



Hans-Peter de Lorent

Täterprofile

Die Verantwortlichen im
Hamburger Bildungswesen
unterm Hakenkreuz

Band 1



Landeszentrale
für politische Bildung
Hamburg


Hamburg

Hans-Peter de Lorent

Täterprofile

Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen
unterm Hakenkreuz

Hans-Peter de Lorent

Täterprofile

Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen
unterm Hakenkreuz

Die **Landeszentrale für politische Bildung** ist Teil der Behörde für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie arbeitet auf überparteilicher Grundlage. Ein pluralistisch zusammengesetzter Beirat sichert die Überparteilichkeit der Arbeit.

Zu den Aufgaben der Landeszentrale gehören:

- Herausgabe eigener Schriften
- Erwerb und Ausgabe von themengebundenen Publikationen
- Koordination und Förderung der politischen Bildungsarbeit
- Beratung in Fragen politischer Bildung
- Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen
- Finanzielle Förderung von Veranstaltungen politischer Bildung
- Veranstaltung von Rathausseminaren für Zielgruppen
- Öffentliche Veranstaltungen

Unser Angebot richtet sich an alle Hamburgerinnen und Hamburger. Die Informationen und Veröffentlichungen können Sie während der Öffnungszeiten

des Informationsladens abholen. Gegen eine Bereitstellungspauschale von 15 € pro Kalenderjahr erhalten Sie bis zu 5 Bücher aus einem zusätzlichen Publikationsangebot.

Die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg arbeitet mit den Landeszentralen der anderen Bundesländer und der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Unter der gemeinsamen Internet-Adresse www.hamburg.de/politische-bildung werden alle Angebote erfasst.

Die Büroräume befinden sich in der Dammtorstraße 14, 20354 Hamburg;

Ladeneingang: Dammtorwall 1

Öffnungszeiten des Informationsladens:
Montag bis Donnerstag: 12.30 Uhr bis 17.00 Uhr,
Freitag: 12.30 Uhr bis 16.30 Uhr

Erreichbarkeit:

Telefon: (040) 428 23-48 08

Telefax: (040) 428 23-48 13

E-Mail: PolitischeBildung@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/politische-bildung

Abbildung Umschlag Die Hamburger NSLB-Führer (v.l.n.r.) Wilhelm Lühning (Schulrat), Willi Schulz (Landeschulrat) und Albert Mansfeld (Oberschulrat); © Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv

Der Verfasser dieser Publikation hat die Bildrechte eingeholt. Sollte dies nicht in allen Fällen möglich gewesen sein, bitten wir die Rechteinhaber, sich an die Landeszentrale zu wenden.

© Landeszentrale für politische Bildung;
Hamburg 2016

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung, der Sendung in Rundfunk und Fernsehen und der Bereitstellung im Internet.

Redaktion: Dr. Rita Bake

Lektorat: Joachim Szodrzynski

Gestaltung und Herstellung: Andrea Orth

Druck: Mundschenk, Soltau

ISBN: 978-3-929728-92-7

Geleitwort	9
Begleitworte	11
Einleitung	17
NS-Personalpolitik im Hamburger Bildungswesen	28
Die unvollendete Entnazifizierung	38
Der Fall von Adolf Hitlers Halbbruder Alois Hitler in Hamburg	69
Täterprofile/Biografien	87
Karl Witt	
Schulsenator 1933 – völkisch-deutschnationaler Reserveoffizier	88
Willi Schulz	
„Fest steht das Gedankengut des Nationalsozialismus. Unsere Aufgabe ist es, dieses pädagogisch in die Tat umzusetzen.“	99
Albert Mansfeld	
Überzeugter Nationalsozialist, „schlicht, aber pedantisch korrekt“	118
Gustaf Adolf Deuchler	
Ordinarius in SA-Uniform: „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt.“	142
Albert Henze	
Nazipropagandist im System von Gauleiter Kaufmann	162
Hermann Saß	
„Vorne SA, hinten SS“	178
Das Denunzianten-System des Hermann Saß in Altona – „Der Fall Robert Grosse“	190
Wie ging es weiter mit Robert Grosse und Peter Meyer nach 1945? Was wurde aus ihren Denunzianten? Notizen und Biografien	207
Karl Schlotfeldt	
„Treue dem Führer! Schutz dem deutschen Volke! Tod dem Verräter!“	254
Paul Dittmer	
Ein karrierebewusster Nationalsozialist „mit lumpenhafter Gesinnung und pöbelhaftem Gebaren“	268
Hermann Reimers	
„Bezeichnete die Rede des Führers im Bürgerbräukeller in München als langweilige Rede mit dummen Witzen.“	281

Horst Kanitz

„Er wollte feststellen, ob der Angeschuldigte ein Staatsfeind sei und wollte ihn dann festnageln.“ 292

Kurt Eitzen

„Er gehörte zu den übelsten Vertretern der Nazis, der sich auch als Denunziant unter seinen Kollegen unmöglich gemacht hat.“ 298

Adolf de Bruycker

Heimlich Dossiers über Kollegen geschrieben: „Ich habe oft, vielleicht aus starker Erregung und Unbeherrschtheit, streitbare Art gezeigt.“ 310

Hermann Lau

„Wir hoffen und glauben, dass Deutschland wieder groß und gewaltig wird.“ 323

Walter Brockmöller

„Er müsse es melden, wenn Witze politischer Art im Lehrkörper erzählt würden. Dies halte er als Mitglied der SA für seine Pflicht.“ 336

Hermann Trog

„This man's attitude is apparently still typically Nazi.“ 346

Sophie Barrelet

„Das deutsche Mädchen muß früh lernen, tapfer durchzuhalten, Entbehrungen zu ertragen.“ 352

Harry Garms

Biologen-Karriere startet in der NS-Zeit 362

Theodor Mühe

Karrierebewusster wendiger Strippenzieher: „An oberster Stelle rangierte allerdings die reine Deutschblütigkeit.“ 371

Karl Züge

Der letzte Vorsitzende des Philologenvereins machte weiter Karriere über die NSDAP-Mitgliedschaft 385

Peter Jacobsgaard

„Sein Kuhhandel: Übergabe der Lehrgewerkschaftskasse gegen die Zusicherung, als Schulleiter anerkannt zu werden.“ 397

Das Kollegium einer Vorzeigeschule in der Nazizeit: Die Jahnschule 404

Rudolf Fehling

„Wir sollten endlich den liberalistischen Satz ‚Wissen ist Macht‘ austreichen und dafür schreiben: ‚Kanonen sind Macht‘.“ 424

Walter Behn	
„Bleich vor Angst deutet er auf seinen Hemdsärmel, unter dem sich die in die Haut eingebrannte SS-Markierung verbirgt.“	438
Hans Einfeldt	
Verbindungsmann zwischen Hitler-Jugend und der Schulverwaltung	450
Walter Behne	
Der nationalsozialistische Ideologe in der Schulverwaltung: „Laßt hinter euch die Welt des reinen Intellekts!“	457
Bruno Peyn	
„Wer Gegner einer solchen Welt- und Lebensordnung werden musste, brauchte kein moralisches Gewissen.“	480
Ernst Hüttmann	
Opfer der eigenen Wahnsinnsideologie	512
Cäsar Iburg	
„Nach den Richtlinien für die Parteigerichte können Parteigenossen, die jüdisch versippt sind, nicht weiterhin in der NSDAP verbleiben.“	517
Wilhelm Oberdörffer	
„Der Gauleiter richtete einen Antrag an den Führer, Dr. Oberdörffer wegen seiner persönlichen Eigenschaften zu gestatten, Parteimitglied zu bleiben.“	528
Erwin Zindler	
„Diesen roten Saustall werde ich schon ausmisten.“	538
Berthold Ohm	
„Die eigentliche Verkörperung eines Nazis“	575
Alfred Grobmann	
Die Hamburger Lehrer-Nachkriegskarriere eines Hauptsturmführers und Propagandisten der Waffen-SS	602
Heinrich Haselmayer	
„Gegen Verbastardisierung und Vernegerung unseres Daseins“	621
Werner Fuss	
Ralph Giordanos Albtraum – die „Speckrolle“	657
Hinrich Wriede, Martin Duttge, Friedrich Grimmelshäuser	
Die braunen Lehrer des schwarzen Schülers	676
Werner Puttfarken	
Schulleiter und praktizierender Antisemit	691

Kurt Holm	
„Er war nicht primitiv und stur, sondern kritisch, wendig, ein guter Diplomat“: Der „Lächler“ und „schlaue Einflüsterer“	701
Hinrich von der Lieth	
Nationalsozialist der ersten Stunde mit „notorischer Unfähigkeit“	717
Richard Schlorf	
„Moralische Verantwortung an dem im KZ erfolgten Tod“	731
Wilhelm Lühning	
Schon als Student NSLB-Mitglied, unauffällig führend im NSLB und im Volksschulbereich, aber „kein übler Streber und Postenjäger“	738
Wilhelm Gundlach	
„Führen ist im Dritten Reich nicht eine Frage der Uniform, sondern der inneren Überlegenheit ganzer Menschen.“	746
Hellmuth Messerschmidt	
„Das Urbild des ‚reinen Toren‘: Er sah das ‚Schaufenster‘ des Nationalsozialismus und begeisterte sich gläubigen Herzens an der Auslage.“	759
Hans Rösch	
„Als Nationalsozialist, SA-Mann, Fachschaftsleiter und Lehrer habe ich zu handeln, wie es der Führer vorschreibt.“	768
Abkürzungen	794
Literaturverzeichnis	794
Bildnachweis	798
Verzeichnis der höheren Schulen Hamburgs	799
Namensverzeichnis	803
Dank und biografische Daten	808



Geleitwort

Joist Grolle

Wer in den zurückliegenden Jahren aufmerksam die „Hamburger Lehrerzeitung“ verfolgt hat, dem konnte nicht entgehen, dass nahezu jedes Heft einen historischen Beitrag zum Thema „NS-Karrieren von Hamburger Lehrern und Lehrerinnen im Dritten Reich“ enthielt. Die durchweg von Hans-Peter de Lorent verfassten biografischen Texte zeichneten sich durch zweierlei aus: gründliche Recherche und engagierte Urteilskraft. Ich gestehe, vor allem wegen dieser Beiträge war ich von Monat zu Monat auf das nächste Heft der HLZ gespannt.

Mit dem vorliegenden, gewichtigen Band ist nun aus der in Jahren geleisteten Forschungsarbeit ein Gesamtwerk erwachsen. Was in der HLZ oft nur anskizziert werden konnte, ist jetzt detailliert ausgeführt und durch Quellenangaben sorgfältig belegt. Was zunächst als eine Sammlung isolierter Einzelbiografien erscheinen mochte, findet sich jetzt unter Leittiteln geordnet. Insgesamt werden Täterprofile vorgestellt, die in ihrer breit gestreuten Fülle einen realitätsnahen Eindruck vom nationalsozialistisch geordneten Hamburger Schulwesen verschaffen.

So unterschiedlich der Autor über die im Schulwesen teils exponiert tätigen, teils hinter den Kulissen wirkenden Nationalsozialisten urteilt, insgesamt ergibt sich ein Tableau, dessen finstere Partien dominieren. Bespitzelung und Bedrohung, Amtsenthebung und Versetzung, Karriereverweigerung und Postenschacher – kein Herrschaftsmittel, das nicht eingesetzt wurde. Nicht zuletzt agierten Pädagogen in Verwaltung und Schule als verlängerter Arm der vor allem gegen Juden gerichteten Rassenpolitik.

Eingehend sind jeweils die von den ehemaligen NS-Akteuren durchlaufenen Phasen der Entnazifizierung dokumentiert. Die Einblicke, die die überlieferten Akten gewähren, vermittelt das Bild einer weitgehend zum Scheitern verurteilten Abarbeitung der braunen Vergangenheit. Deprimierend ist, dass einem weder damals noch später kritisch reflektierte Schuldgefühle bei den Tätern von einst begegnen. Erschreckend der Fall Albert Henze, der dem Führerkorps der NSDAP angehörte und als Oberschulrat unter Einsatz von Denunzianten die Swing-Jugend hasserfüllt

verfolgte. Er, der nach 1945 in Hamburg nicht wieder eingestellt worden war, unterrichtete seit 1952 in Schleswig Holstein unangefochten als Lehrer. Rückblickend auf sein Hamburger schulpolitisches Wirken klagt er (so nachzulesen in seiner Lübecker Personalakte): „Was habe ich nur verbochen, dass ich so hart bestraft werden soll? ... Alles wäre leichter zu ertragen und als gerechter anzusehen, wenn nur die leiseste Schuld nachgewiesen werden könnte.“ Seine Familie mit den Naziverfolgten vergleichend schlussfolgert er: „Wenn hier jemand hätte entschädigt werden können, dann wäre wohl meine Familie ein gerechterer Fall geworden als viele andere.“

Hans-Peter de Lorent steht mit seiner Kritik an solcher gespenstischen Verdrängung nicht allein da. Hellmut Kalbitzer, ein im Widerstand bewährter Sozialist, der in Hamburg bis in unsere Tage als Querdenker einen Namen hatte, hat in seinen 1987 veröffentlichten Erinnerungen angeprangert, dass Männer wie der einstige Wehrmachtsrichter Hans Filbinger zu ihrer nachträglichen Rechtfertigung ins Feld führten: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.“ Und Kalbitzer fügte hinzu: „Noch bedrückender für die Nachkriegsgeneration ist das ‚Komplott des Schweigens‘ meiner Generation, die 1945 erwachsen war, die ihren Kindern, Enkeln und Schülern nicht berichtet hat, welche Schrecken sie erlebt, mitgemacht oder gar veranlasst hat.“ Kalbitzer gestand sogar sich selbst ein, lange Zeit dem Erinnern ausgewichen zu sein: „Auch wir Widerständler standen unter einem lang anhaltenden Schock.“

Wie viel mehr als die Widerständler hatten die NS-Täter Grund zum Schweigen. Vor solchem prekären Hintergrund ist nachvollziehbar, wenn Hans-Peter de Lorent schreibt: „Die Geschichte der Hamburger Schulpolitik unterm Hakenkreuz konnte wissenschaftlich nur von den Nachgeborenen aufgearbeitet werden. Die Beteiligten, Akteure, Betroffene waren zu sehr involviert oder verstrickt. ... Aus Reaktionen von Familienangehörigen von Personen, deren Geschichte ich in der Hamburger Lehrerzeitung porträtiert habe, weiß ich, dass selbst in den Familien diese Zeit nachhaltig ausgespart blieb. Erst durch die veröffentlichten Aufsätze und das zur Verfügung stellen von Dokumenten sind Dimensionen dieser Väter, Großväter und Urgroßväter klarer geworden, wobei immer deutlich war, dass hier etwas düster Unbekanntes unausgesprochen geblieben war.“

Dem Autor ist zu danken, dass er ganz wesentlich dazu beigetragen hat, das „Komplott des Schweigens“ zu brechen.

Joist Grolle, geb. 5. August 1932, Prof. Dr., Historiker, Hochschullehrer, Politiker, war Schulsenator in Hamburg von 1980 bis 1987.



Zwei Personen, Zeitzeugen, mit denen ich in Gesprächen und Korrespondenzen in den letzten Jahren im engen Austausch gewesen bin, sind **Uwe Storjohann** (l.) und **Ralph Giordano**. Mit beiden hatte ich regelmäßigen Kontakt, als ich über die Jahnschule, die Bismarck-Oberrealschule und das Johanneum forschte. Ich hatte Uwe Storjohanns Erinnerungsbuch „Hauptsache: Überleben“ gelesen und seit 2012 mehrere Gespräche mit ihm geführt. Sein phänomenales Gedächtnis hat mich immer wieder verblüfft. Aber auch die Tatsache, wie verstörend Erinnerungen sein können, welche traumatische Wirkung die Quälgeister unter den Lehrern der Nazizeit noch fast 80 Jahre später haben können. Als ich Uwe Storjohann zwei zu dem Zeitpunkt nicht sehr scharfe Fotos der Kollegien der Jahnschule und der Bismarck-Oberrealschule zuschickte (siehe S. 387 und S. 405, d.L.) und um Hilfe bei der Identifikation der Personen bat, antwortete er:

„Auch im hohen Alter lernt der Mensch Erstaunliches dazu. Für versierte Psychologen ist das Phänomen wahrscheinlich eine Binsenweisheit. Ich erlebte es so krass zum ersten Mal. Zwei Fotos anschauen, plötzlich wieder konfrontiert zu sein mit zwei historischen Lehrerkollegien, die den Betrachter nach acht Jahrzehnten in die eigene Schulzeit zurückführen, mag für Leute mit fotografischem Gedächtnis eine lösbare Aufgabe sein. Ich gehöre nicht zu dieser beneidenswerten Spezies. Dennoch ging ich die Sache optimistisch an. Der erste Blick, sowohl auf das eine wie auf das andere Kollegium, war ein Gemengsel aus Ernüchterung, Verwirrung, Ratlosigkeit, Entdeckungslust und Überraschung, – d. h. die Überraschung stellte sich erst später, mit erheblicher Verzögerung ein. Ich hatte bereits ein erstes enttäuschendes Fazit gezogen. Unzufrieden mit dem bescheidenen Ergebnis meiner Spurensuche, stellte ich mir die Frage: ‚Sei ehrlich! Wen von den Herren und Damen auf den beiden Bildern hast Du wirklich auf Anhieb eindeutig identifiziert?‘ Die Antwort darauf ist das anfangs erwähnte Phänomen. Auf Anhieb erkannt, ohne eine Sekunde überlegen zu müssen, hatte ich die ‚Visagen‘, – die Gesichter jener

Pädagogen, die der Schrecken meiner Kindheit und frühen Jugend waren, die hundertmal Verfluchten, denen ich mich hilflos ausgeliefert fühlte. Damals habe ich oft in mich hineingestöhnt: ‚Ich kann diese widerlichen Visagen nicht mehr sehen!‘ Und nun, nach acht Jahrzehnten sind sie die ersten, die ich sofort wiedererkenne, ohne jeden Zweifel. Nicht die Netten, die Unauffälligen, die Redlichen, Bemühten haben sich in das Gedächtnis eingepägt, sie sind alle mit der Zeit verblasst, mir fremd geworden, – die meisten so, als seien sie mir nie begegnet. Aber die Reiseners, die Fehlings, Schmidts und Willwaters starren, grinsen, feixen mir entgegen, als wollten sie augenblicklich wieder ihre zackige Wehertüchtigungspädagogik an mir ausprobieren. ‚Mutproben für die Muttersöhnchen‘, wie Lehrer Reisener es nannte.

Das also haben sie geschafft: Ein lebenslanger Albtraum ist geblieben ohne diese beiden Fotos wäre es mir nie bewusst geworden.

Kommen wir zur Sache: Der fröhliche Smokingträger in der unteren Reihe (dritter von rechts) ist auch ohne Naziuniform unverkennbar reinrassig der Turnlehrer PG Fehling. Sein Stahlhelm-Pendant, der Lehrer Reisener, guckt (als Achter von rechts) aus der oberen Reihe forsch in die tausendjährige Zukunft. Obere Reihe, dritter von links Herr Einfeldt, der neben seiner Lehrertätigkeit ein hohes Amt in der HJ Gebietsführung Gau Hamburg bekleidete.

Beim Kollegium der Bismarck-Oberrealschule wiederholte sich der Schock: in Gestalt des Hauptmanns der Reserve StR. Schmidt. Er sprang quasi aus dem Foto auf mich zu, um mir wie einst im Jahr 1940 mit der Nagelschere die Fassonfrisur auf Streichholzlänge zu stutzen.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Recherchen viel Glück! Halten Sie mich auf dem Laufenden.“

Ich habe Uwe Storjohann dann mehrfach getroffen und ausführliche Gespräche mit ihm geführt, die in die Biografien der Lehrer der Jahnschule und der Bismarck-Oberrealschule eingeflossen sind.

Ähnliches erlebte ich mit Ralph Giordano. Ich kannte Giordano von seinen Büchern und Veröffentlichungen. Regelmäßig habe ich ihn bei den Verleihungen des Bertini-Preises erlebt, jährlich am 27. Januar, und einmal auf und nach einer Veranstaltung über das Johanneum vor einigen Jahren im PI-Hörsaal der Universität Hamburg.

Seit 2012 stand ich im Briefkontakt mit ihm, als ich über die Lehrer des Johanneums forschte und schrieb, über seinen Klassenlehrer und Albtraum, die „Speckrolle“ in den „Bertinis“, Werner Fuss und den damaligen Schulleiter, Werner Puttfarken. Ralph Giordano begleitete die Arbeit an diesem Buch mit Rückmeldungen.

Ich informierte ihn über Aktenfunde, die Lehrer des Johanneums betrafen, die für ihn natürlich von Bedeutung waren. Und ich schickte ihm die Biografien, an denen ich gearbeitet hatte und die in kürzerer Form schon in der Hamburger Lehrerzeitung veröffentlicht worden waren.

Auch Ralph Giordano hat bei der Identifikation zweier Fotos der Kollegien des Johanneums von 1933 und 1938 geholfen (siehe S. 556 und S. 694, d.L.). Am 13.3.2012 schrieb er mir:

„Das ist ja nun eine ungeheure Fleißarbeit, die sie da hinlegen, und das seit 30 Jahren ... Donnerwetter! Und erhellend – wie reif diese akademischen Deutschen damals für Hitler waren, wie sie ihm zugearbeitet haben, wie sehr der Boden bereitet war – siehe Sebastian Haffner, der ‚es‘ gerochen hatte. Das stank, von vornherein, und wer sich nur ein bißchen von seiner humanen Orientierung erhalten hatte, dem mußte es stinken. Sie haben sich mit Ihrer Arbeit regelrecht verdient gemacht: Was da so nach oben kam – und was für ein grauenvoller Abschnitt deutscher Geschichte sich da entblättert. Es bewegt mich, daß Sie in dem Zusammenhang meiner erwähnen, in Sachen Johanneum und ‚Speckrolle‘. Das Foto des Johanneum-Kollegiums bringt mich ins Sinnieren – sehr viele Lehrer erkenne ich auf Anhieb und habe ihre Namen behalten – Tzschaschel (Musik), Both oder Booth, Wagner (guter Mann), der hervorragende, kühne Dr. Klein, regelrechter Antifaschist, und sein gütiger sächsischer oder thüringischer Freund Vogel; Nazi Hesse, Nazi Langhans, SS-Mann Storck (die drei uniformiert), der schwule Turnlehrer Krumbhaar, Struck, Classen (übler Mann), Meyer (französische Frühstück), Dr. Sieveking (Englisch) und Ulmer (Mathematik, Chemiephysik) guter Mensch, lieber Lehrer, dem haben mein Bruder und ich 1945/46 wieder zurück ins Amt geholfen, denn der war kein Nazi, ganz und gar nicht. Der Sohn Ulmers hat mir Jahrzehnte später noch einen Dankesbrief geschrieben – sein Vater hat unsere Intervention nie vergessen.

Da wird mir ganz nostalgisch zu Mute, mischt sich Gutes mit Bösem, schlimme Erinnerungen mit schönen Erlebnissen ... Also noch einmal: Dank.“

Und kurz darauf, am 5.4.2012, ich hatte insbesondere nach Gerhard Rösch, dem Bruder von Hans Rösch, gefragt: „Habe das zweite Foto gefunden, und darin erschüttert Dr. Ernst Fritz entdeckt, obere Reihe ganz recht (Tränen). Rösch ist der sechste von rechts in der oberen Reihe, ganz unverwechselbar (war ein Nazi, aber gut zu mir und meinem Bruder Egon).“

Am 26.4.2012 informierte ich Ralph Giordano über Unterlagen, die ich in Akten gefunden hatte, Dokumente über Fritz Ulmer und Ernst Fritz, beide Lehrer

am Johanneum, Ulmer war 1945 sogar kurze Zeit Schulleiter. Ernst Fritz von Giordano sehr verehrt, war denunziert, verhaftet und entlassen worden. Ich schrieb: „Herzlichen Dank für die Beschriftung der beiden Fotos des Kollegiums des Johanneums. Das ist für mich eine sehr große Hilfe. Ich sende Ihnen heute den zweiten Teil der Fuss-Biografie zu. Sie sehen, dass wir die ihn betreffenden Aussagen Ihres Abendblatt-Interviews dazu gestellt haben. Ich habe inzwischen weitere Personal- und Entnazifizierungsakten von Lehrern des Johanneums gesichtet. Dabei habe ich einige Dokumente gefunden, die Sie sicherlich interessieren werden. Darunter Schreiben, die Sie, Ihr Bruder und Ihre Mutter an die Behörde gerichtet haben, um für Fritz Ulmer einzutreten. Ulmer ist trotz zahlreicher ‚Leumundszeugnisse‘, unter anderem auch vom damaligen Senator Landahl, vermutlich von der Britischen Militärregierung sehr skeptisch gesehen worden, wohl insbesondere wegen seiner Mitgliedschaft in der Marine-SA seit Oktober 1933 und in der NSDAP seit dem 1.5.1933. Seine Aussage, dies sei im Interesse des Ruderclubs des Johanneums notwendig gewesen, sahen die Engländer eher als Schutzbehauptung, wie bei vielen anderen auch. Ich habe ein Dokument gefunden, in dem Ulmer die wohl wahre Begründung dafür gibt, aus der SA wieder ausgetreten zu sein und vielleicht ist das auch ein Schlüssel dafür, wie er Ihnen und Ihrem Bruder begegnet ist. Er schreibt, dass er im November 1935 im Hamburger Staatsarchiv erfahren bzw. entdeckt habe, dass sein Vater der uneheliche (voreheliche) Sohn eines Juden gewesen sei. Außer dieser handschriftlichen Notiz als Anlage zum Fragebogen im Juli 1945 gibt es offenbar keine weitere Äußerung von Fritz Ulmer zu diesem Sachverhalt. Ich lege Ihnen einige Kopien wichtiger Dokumente bei, auch ein Schreiben von Ulmer aus dem Jahre 1955, indem er sein ‚Schicksal‘ nach 1945 beklagt, in der Tat auch unverständlich, mit welchem unterschiedlichem Maß gemessen wurde, angesichts der Tatsache, dass Leute wie Puttfarcken und Struck wieder im Staatsdienst tätig waren.

Ich habe gestern die Personalakte und die ‚Strafakte‘ von Ernst Fritz studiert und sehr viele Dokumente als Kopien bestellt. Da ich weiß und aus Ihrer Bemerkung zu dem Foto, auf dem auch Ernst Fritz zu sehen war, noch einmal gelesen habe, welche Gefühle der Gedanke an ihn und seine Verfolgung bei Ihnen auslöst, möchte ich Ihnen anbieten, für Sie auch hier einige Dokumente zusammenzustellen. Die Ermittlungen sind akribisch dokumentiert. Ausgangspunkt ist die Denunziation des Schulleiters der vormaligen Lichtwarkschule, Erwin Zindler, der später Puttfarcken am Johanneum ersetzte und einiger Schüler der Klasse von Ernst Fritz, ausgehend von den HJ-Aktivistinnen. Wütend waren die Führer über die vernommenen Peter Tügel und Walter Jens, die alle gemachten Vorwürfe nicht bestätigen konnten. In der Hoffnung, dass die Erinnerungen nicht allzu sehr aufwühlen, verbleibe ich mit besten Grüßen.“

Am 3.11.2012 konnte ich ihm Einzelheiten über die Personen mitteilen, die Ernst Fritz denunziert und ins Gefängnis gebracht haben: „Nun habe ich die angekündigten Unterlagen, die ich aus den Personalakten und Untersuchungsakten gegen Ernst Fritz gesichtet habe, zusammengestellt und möchte sie Ihnen heute zusenden. Ich hoffe, es belastet nicht zu sehr. Es wird deutlich, wer Fritz denunziert hat und auch einige Aussagen und Briefe sind dabei, die ihn entlastet haben.“ Ich schrieb auch von der Planung des Projektes „Täterprofile“: „Es wäre insofern ein neuer Akzent, wenn einmal kompakt ‚Täterprofile‘ veröffentlicht werden. In diesen Band gehören dann auch einige Lehrer des Johanneums, Puttfarcken, aber auch der Schulleiter der Lichtwarkschule nach 1933, Erwin Zindler, der Puttfarcken am Johanneum ablöste und der damalige Oberschulrat Behne, der den Fall Fritz in die Hand nahm (und der 1947 in Jugoslawien als Kriegsverbrecher hingerichtet worden ist).“

Ralph Giordano antwortete: „Danke – das ist eine tief verstörende Lektüre, jedenfalls für einen mit einer Beziehung dazu wie der meinen. Da ging es stellenweise nur Zeile per Zeile weiter. Wiederbegegnung mit längst verschollenen Namen, die das Eis aber sofort aufbrechen ließen (Schüler Schulz, Jeschonek, Gernke, Reinke, oder Erwin Zindler, Oberschulrat Behne (dieser 1947 in Jugoslawien hingerichtet – was mußte der auf dem Gewissen gehabt haben).

Und Ernst Fritz natürlich. Ihm wurde wohl erst vor Gericht klar, auf welchen Kampf er sich da eingelassen hatte und mit wem er konfrontiert war. Seine kläglichen Versuche vor den Schranken, das Bild, das er von seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus so unmißverständlich entworfen hatte, nun ein wenig zu glätten und zu polieren ... nichts hat mich so mitgenommen, wie diese Stellen. Da ragte plötzlich das Ungeheuer vor ihm auf, da streifte ihn sein Giftatem ...

Ich bin froh, dass ich heute ein so gutes Verhältnis zu meiner alten Schule habe (habe dort im Oktober gelesen, was mir aus gesundheitlichen Gründen nicht leicht fiel. Man rückt nicht frisch bis auf zehn Jahre an die 100 heran ...) er hat mir aber gut getan, dieser Abend auf dem Johanneum. Alles Beste nun aber für Ihr neues Projekt!“

Im Jahr 2014 ging es Ralph Giordano, 91jährig, nicht gut. Bei der Bertini-Preisverleihung am 27.1.2014 war dies spürbar. Giordano war anwesend, seine von ihm gesprochene Laudatio war vorher gefilmt worden und wurde im Ernst-Deutsch-Theater vorgespielt. Ich schrieb ihm kurz darauf, wie beeindruckend diese Form der Darstellung war und wie wichtig auch nur seine Anwesenheit ist. Er antwortete am 9.2.2014:

„Lieber Hans-Peter de Lorent,

Dank für Ihr verständnistiefes Schreiben vom 30. Januar plus Beilage ‚seiner Unsäglichkeit Heinrich Haselmayer‘. Natürlich interessiert mich seine Ge-

schichte. Es ist gut, daß die Biografie solcher Scheusale ausgegraben und an den Pranger gestellt wird (mit denen hatte ich ja persönlich genügend zu tun). Nach 1945 dann ist H. die reinste Unschuld. Gerechtigkeit hätte bedeutet: Knast, und zwar dauerhaften. Das nun allerdings millionenfach. Mit anderen Worten: dieses Hitlerdeutschland war eigentlich unsühnbar, die Verantwortlichkeit inflationär, die These von der Kollektivschuld jedenfalls durch das schwache Gegengewicht von Widerstand nicht aufzuheben. Die Verlorenheit der damaligen Mehrheit an den ‚Führer‘ – das ist das eigentlich Entsetzliche des Entsetzlichen, und jeder Forschungsarbeit wert.

Ihr Werk schreitet voran – imponierend und notwendig. An den Namen Erwin Zindler erinnere ich mich übrigens noch.

Die ‚Meßmodelle‘ der hochmütigen Johanniter waren damals die Lichtwarkschule, das Wilhelm-Gymnasium und das Christianeum. Hat sich davon etwas erhalten? Mein heutiges Verhältnis zum Johanneum ist wunderbar und eine Bereicherung für mich, bis hinein in eine wohltuende Sentimentalität, die das Böse aus jener Zeit mehr und mehr zurückdrängt. Den 27. Januar habe ich mit letzter Kraft durchgehalten – die Verlesung meiner Laudatio für die Ida-Ehre-Schule hätte sie jedoch überstiegen, das hätte ich nicht mehr geschafft. So aber bleibt auch die 16. Verleihung des Bertini-Preises eine gute Erinnerung. Ich melde schon mal vorsorglich mein weiteres Interesse an Ihrer Arbeit an und bin mit besten Wünschen und Grüßen

Ihr Ralph Giordano“

Ralph Giordano, geb. 23. März 1923, Journalist, Publizist, Schriftsteller und Regisseur, der mit dem 1982 veröffentlichten, teilweise autobiografischen Roman „Die Bertinis“ bekannt wurde. Er starb am 10. Dezember 2014.

Uwe Storjohann, geb. 22. November 1925, hat seine Schulzeit an der Jahnschule und der Bismarck-Oberrealschule in Hamburg und seine Zugehörigkeit zu den Swingboys in seinem autobiografischen Buch „Hauptsache überleben“, Hamburg 1993, beschrieben. Als Journalist und Radioredakteur leitete er bis 1990 den NDR-Schulfunk.

Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut
In der wir untergegangen sind
Gedenkt
Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht
Auch der finsternen Zeit
Der ihr entronnen seid.

BERTOLT BRECHT¹

Als wir vor etwa 30 Jahren die beiden Bände „Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz“ und „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz“² herausgaben, versuchten wir, die nationalsozialistische Schulpolitik, den Schulalltag unterm Hakenkreuz in Hamburg darzustellen und diejenigen zu porträtieren, die Widerstand gegen die Nationalsozialisten geleistet hatten. Ihnen damit auch ein kleines Denkmal setzend.

Ich begann damals, personenbezogene Notizen und Dokumente von den Verantwortlichen der NS-Politik im Hamburger Schulwesen, den Tätern, zu sammeln. Mein Ziel war, einerseits zu verstehen, was die jeweiligen Personen in den zwölf Jahren des „tausendjährigen Reiches“ gemacht hatten, wie ihre Karriere verlief, und wie sie sich nach 1945 erklärten, verteidigten, herausredeten.

Der Zugang zu Archiven, zu Personalakten und persönlichen Dokumenten war schwierig und begrenzt. Der Datenschutz schützte die Täter. Diese hatten ihr politisches und berufliches „Hoch“ mit Ende des Nationalsozialismus hinter sich und waren aber 1945 zum Teil erst etwa 45 Jahre alt (Albert Mansfeld, Kurt Holm, Wilhelm Lühning, Albert Henze), und lebten noch bis in die 1980er und 1990er Jahre. Von einigen der vor 1900 geborenen Verantwortlichen sind die Personalakten immer noch geschützt. Manche von ihnen waren in zweiter oder dritter Ehe mit einer jüngeren Frau verheiratet, die bis nach 2000 noch Witwenpension bezog und deren Daten ebenfalls geschützt waren. Trotz alledem: viele Personalakten sind mittlerweile zugänglich, im Bundesarchiv in Berlin lagern die NSDAP-Karteien, die SS-Personalakten. Im Hamburger Staatsarchiv besteht Zugang zu den Entnazifizierungsakten. Alle erwachsenen Hamburger, die hier gearbeitet hatten, mussten nach dem 8.5.1945 einen Entnazifizierungsfragebogen ausfüllen, benannten und begründeten ihre NS-Mitgliedschaften, holten Leumundszeugnisse ein, sogenannte Persilscheine und wurden in den Entnazifizierungsausschüssen befragt und be-

urteilt. Das sind wichtige Dokumente und Quellen, die heute vorliegen. Interessant auch die Fälle derjenigen, die wussten, dass ihre Karriere in Hamburg zu viele Zeugen gehabt hatte und die versuchten, anderswo, meist in ihren Heimatdörfern oder -gemeinden Unterschlupf zu finden und sich „demokratisch“ sprechen zu lassen. So der NSLB-Funktionär Hinrich von der Lieth, der skrupellose Albert Henze, der nach Lübeck emigrierte, Walter Hecht, den 1944 in Hamburg ein unangenehmes Verfahren gestoppt hatte und der nach Schleswig-Holstein auswich oder Waffen-SS-Mann Walter Behn, der unter falschem Namen nach Niedersachsen verschwand.

So entstand in etwa dreißigjährigem Sammeln und Anlegen von personenbezogenen Akten ein Fundus, aus dem sich ein Buch entwickelte, das einige der Verantwortlichen porträtiert, nicht alle der etwa 300 Personen, über die ich Material archiviert habe.

„Täterprofile“ heißt dieses Buch, weil die Porträtierten im Sinne des Nationalsozialismus Taten begangen haben, später nicht immer juristisch verfolgt. Viele der biografisch Erfassten sind aber auch nach 1945 interniert worden, zumeist erst im Internierungslager Neuengamme, um dann häufig in das Internierungslager Eselheide überführt zu werden, wo sie mit anderen Nationalsozialisten auf ihren Prozess vor dem Spruchgericht Bielefeld warteten. Ein durchaus zweifelhaftes Verfahren, NS-Täter in gemeinsamen Lagern zu sammeln, da hier in meist zwei- bis dreijähriger Haft viel Zeit für inhaltliche und juristische Prozessabsprachen gegeben war und manche Leumundszeugnisse verabredet wurden.

In meiner Auseinandersetzung mit den verantwortlichen Nationalsozialisten im Hamburger Bildungswesen ist deutlich geworden: Sie waren alles andere als ein monolithischer Block. Insbesondere durch Hans Rösch in seinen vielfachen Vermerken bekamen die unterschiedlichen NS-Karrieren Konturen: Nationalsozialisten der ersten Stunde, Träger des goldenen Parteiabzeichens (Mitgliedsnummer unter 100 000), zu denen Heinrich Haselmayer, Hermann Saß, Walter Behne oder auch Albert Mansfeld und Wilhelm Lühning gehören, die schon zu den Gründern des NSLB 1931 zählten. Auf der anderen Seite ehemalige Mitglieder des Stahlhelms, der Deutsch Nationalen Volkspartei (DNVP) oder der Deutschen Volkspartei (DVP) wie Schulsenator Karl Witt, Wilhelm Oberdörffer, Theodor Mühe, die zwar alle 1933 auch in die NSDAP eintraten, aber von den „harten“ Nationalsozialisten skeptisch beäugt wurden und dieses in ihren späteren Entnazifizierungsverfahren zu ihrer „Entlastung“ geltend machten.

Es gab erhebliche Auseinandersetzungen zwischen NSDAP-Aktivisten und Mitgliedern während der NS-Herrschaft. Nach 1945 wurden solche Konflikte häu-

fig als Widerstand gegen den Nationalsozialismus, gegen die Nazis, umgedeutet und als Beleg angeführt, selbst kein überzeugter Nationalsozialist gewesen zu sein.

Erwähnt werden muss auch, dass ich in der Bewertung mancher Personen im Hamburger Schulwesen mit einem anderen verdienten Forscher auf dem Gebiet des Hamburger Bildungswesens, Uwe Schmidt, nicht immer übereinstimme. Ein paar Bemerkungen zu unserem Verhältnis: Ich war GEW-Vorsitzender in Hamburg in den Jahren 1990 bis 1996. Uwe Schmidt langjähriger Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbandes in Hamburg bis 1991. Wir hatten praktisch kaum Überschneidungszeiten als Gewerkschaftsvorsitzender bzw. Verbandsvorsitzender und somit keine persönlichen Auseinandersetzungen in dieser Funktion gehabt. Zu Uwe Schmidts Überraschung nahm ich seine Einladung zu seiner Abschiedsfeier an und gratulierte ihm dort herzlich. Seitdem haben wir uns häufiger im Staatsarchiv und auch persönlich getroffen und ausgetauscht, da wir vielfach parallel geforscht haben. Dabei tauschten wir Daten und Dokumente aus, standen im kontinuierlichen Mailkontakt und haben uns über unsere jeweilige Arbeit verständigt. Einig waren wir uns, dass das wesentliche Kriterium für Schuld und Verstrickung nicht nur die Funktion, das Amt, sondern der Charakter der jeweiligen Person, eine menschenverachtende Haltung, das Ausnutzen von Machtpositionen in der NS-Zeit, Denunziationsverhalten gewesen ist. Besonders kritisch sahen wir beide den skrupellosen Albert Henze. Uwe Schmidt teilte meine Bewertung von Hermann Saß und dessen Denunziantensystem in Altona. Ich war nicht einverstanden mit dem Ansatz von Uwe Schmidt, den NSLB als lineare Fortsetzung der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ (kurz: „Gesellschaft der Freunde“) zu sehen und den Hamburger Philologenverein wegen seiner nicht sofortigen Bereitschaft zur Gleichschaltung positiv hervorzuheben. Uwe Schmidt hat eine durchaus fundierte Darstellung der Geschichte des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) in Hamburg geschrieben³, auf vielfältigen Dokumenten basierend, die eine deutliche Erweiterung des Kenntnisstandes bedeutete, über den ich 1985 verfügte. Aber seine Schlussfolgerung, dass Gauamtsleiter Willi Schulz und sein Stellvertreter, Albert Mansfeld, die seit den 1920er Jahren Mitglieder der „Gesellschaft der Freunde“ waren, als Symbol für die Kontinuität „Gesellschaft der Freunde – NSLB“ zu werten seien, halte ich nicht für schlüssig. Schulz und Mansfeld waren vor 1933 Mitglieder, spielten aber überhaupt keine Rolle, wurden belächelt und als „von fragwürdiger Qualität“ angesehen, wie der ehemalige Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde, Kurt Zeidler, es nannte⁴. Die führenden Personen der Gesellschaft der Freunde in den 1920er Jahren traten der NSDAP nicht bei und wurden ihrer Schulleitungsämter enthoben, um als „einfache“ Lehrer weiterzuarbeiten, wie Max Traeger, Kurt Zeidler und Friedrich Wilhelm Licht, um nur einige zu

nennen. Während die letzten vier Vorsitzenden des Hamburger Philologenvereins, Theodor Körner, Adolf Lindemann, Theodor Mühe und Karl Züge 1933 oder später der NSDAP oder der SA beitraten und, wie Mühe und Züge, wichtige Funktionen in der NS-Schulverwaltung einnahmen.

Viele Volksschullehrer und deren Schulleiter wurden Nationalsozialisten, ebenso Oberlehrer und Leiter der höheren Schulen, die von ihren Kollegen in Zeiten der Selbstverwaltung schon vor 1933 gewählt worden waren. Da kann aus keiner Schulform mit dem Finger auf die andere gezeigt werden. Und dass an Hamburgs höheren Schulen in den Zeiten der Weimarer Republik ein patriotischer Geist und ein deutschnationales Klima herrschten, weil viele ehemalige Offiziere des Ersten Weltkrieges dort unterrichteten oder die Schulen leiteten, was die spätere Akzeptanz des Nationalsozialismus begünstigte und viele Abiturienten bereitwillig später als Soldaten und Offiziere in den Krieg trieb, ist unwiderlegt und nicht nur von Hildegard Milberg, Reiner Lehberger und mir behauptet worden.⁵ Uwe Schmidt hat lange daran festgehalten, dass der ehemalige Kassenverwalter des Philologenvereins Hamburg, Berthold Ohm „ohne Beweis“ nicht als „von tiefbrauner Gesinnung“ oder als „Verkörperung des Nationalsozialisten“ bezeichnet werden kann.⁶ Belege gibt es dafür schon in dessen Arbeit an der Lichtwarkschule. Erst kürzlich habe ich herausgefunden, dass Berthold Ohm sogar als Kriegsverbrecher nach 1945 jahrelang inhaftiert und angeklagt wurde. Ich bedaure sehr, dass ich mich mit Uwe Schmidt darüber nicht mehr auseinandersetzen kann. Gespräche mit ihm über die Hamburger Schulgeschichte waren für mich immer sehr konstruktiv und bereichernd.⁷

Einige der hier veröffentlichten Biografien sind in kürzerer Form bereits in der Hamburger Lehrerzeitung (HLZ) erschienen. Die Reaktionen von Familienangehörigen der Porträtierten darauf waren interessant. In fast allen Fällen meldeten sich Verwandte, Söhne, Töchter, Enkel oder ehemalige Schüler bei mir. Durchgehend gab es die Rückmeldung, dass mit der veröffentlichten Biografie ein familiäres Geheimnis endlich gelüftet wurde. In der Regel wusste man in der Familie, dass irgendetwas in der Zeit des Nationalsozialismus gewesen war, aber es wurde nicht darüber gesprochen, ein Mantel des Schweigens darüber gelegt. Durch die Veröffentlichung war das „Geheimnis“ entzaubert und die Familien hatten Klarheit und konnten zumeist ihren „Frieden“ damit schließen. In manchen Fällen erhielt ich sogar zusätzliche Informationen und Dokumente, Fotos, die mir bis dahin nicht bekannt gewesen waren.

Nun stellte ich mir die Frage, können Kategorien gefunden werden, die die Biografien einteilen nach Schuld, Belastung, Verstrickung, üblem Verhalten, Charakterlo-

sigkeit. Und hier gibt es mehrere Schwierigkeiten. Personen, die hohe Funktionen im NSLB und der Schulverwaltung hatten, wie Landesschulrat und Gauamtsleiter Willi Schulz, sein Stellvertreter Albert Mansfeld, Schulrat Wilhelm Lühning und auch Schulrat und Curio-Haus-Verwalter sowie Verantwortlicher für die „sozialen Kassen“, die von der Gesellschaft der Freunde an den NSLB übergingen, Kurt Holm, waren überzeugte Nationalsozialisten, aber im beruflichen Umgang durchaus „integere Personen“, so schwer einem diese Charakterisierung in diesem Zusammenhang auch fällt. Sie haben schwere Schuld auf sich geladen und sind deswegen zum Teil sehr spät als Lehrer in den Hamburger Schuldienst zurückgekehrt, bis auf den älteren Willi Schulz, der 1943 krank aus allen Ämtern ausgeschieden war und 1947 starb.

Also muss ein Fokus auch auf dem persönlichen Verhalten liegen, ohne die Verantwortung und die Schuld durch die Funktion im nationalsozialistischen Betrieb zu verharmlosen.

Zum Aufbau des Buches: Zu Beginn werde ich über die Personalpolitik der Nationalsozialisten im Schulbereich Hamburgs schreiben. Wichtig ist, zu verstehen, dass durch massenhafte Einstellungen von um 1900 geborenen Lehrern viele von ihnen aus dem sozialen Elend, der Arbeitslosigkeit oder unsozialen, befristeten Verträgen in den Weimarer Zeiten herauskamen und der „sozialpolitische Ansatz“ der NS-Politik dadurch für viele belegt wurde, die freudig in die NSDAP eintraten. Die zahlreichen festen Einstellungen wurden nicht durch neue Stellen finanziert, sondern durch eine große Säuberungsaktion nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, vom 7. April 1933, also die Entlassung politisch unliebsamer Lehrerinnen und Lehrer, von „nichtarischen“ Pädagogen und der sogenannten Doppelverdienerinnen.

Anhand der ursprünglich von der Gesellschaft der Freunde herausgegebenen „grünen“ Lehrerverzeichnisse, die in der NS-Zeit vom NSLB fortgeschrieben wurden, wird zusammengestellt, welche Personen in Schulen, Schulverwaltung und der Lehreraus- und -fortbildung in Ämtern und Funktionen waren.

Zudem soll der Ablauf der Entnazifizierung in Hamburg kompakt dargestellt werden. Kein ruhmreiches Kapitel. Aber auch eine schwierige Aufgabe für die Verantwortlichen nach 1945. Bürgermeister Max Brauer hatte richtungsweisend gesagt, als die Entnazifizierung unter deutscher Regie stattfand, „daß 95 % der Deutschen auf irgendeine Weise mit dem NS-Regime zusammengearbeitet hatten und mit den restlichen 5 % nun mal kein Staat aufzubauen war.“⁸ Ich habe lange gebraucht, um bei aller Enttäuschung und Fassungslosigkeit über die nicht nur in Hamburg praktizierte Entnazifizierung, die Bedeutung dieses Satzes zu verstehen. Hinzu kam, dass

die Bürokratie und die Entnazifizierungsausschüsse zum Teil hoffnungslos überlastet waren. Massenverfahren, eine desaströse Aktenlage, nur persönliche Kenntnis war hilfreich. Aber die Experten wurden schon nach kurzer Zeit für andere Aufbauarbeiten benötigt und die Entnazifizierungsverfahren immer unprofessioneller gehandhabt. Hinzu kam die politische Restauration in Deutschland, flankiert von Gesetzen, die die Rechte der Belasteten stärkten.

Und da waren auch noch die Leumundszeugnisse, Persilscheine, die die Arbeit der Entnazifizierungsausschüsse nicht einfacher machten. Es gab Personen, die exzessiv Persilscheine ausstellten. Ich habe in Hamburg etwa 500 Entnazifizierungsakten angesehen. Immer wieder tauchen dabei dieselben Personen auf, die nach 1945 unendlich viele Entlastungsschreiben verfasst haben. Im Bereich der höheren Schulen zum Beispiel Heinrich Michaelsen, Lehrer am Johanneum, der nach 1933 von Senator Karl Witt als stellvertretender Schulleiter an der Oberrealschule Eimsbüttel (Kaiser-Friedrich-Ufer) eingesetzt worden war. Michaelsen war ein Spötter und Zyniker im Schulalltag und im Lehrerzimmer, bekam Schwierigkeiten mit der NS-Schulverwaltung. Er wurde als stellvertretender Schulleiter entpflichtet und begann fortan, im Kollegium des Johanneums spöttisch und provozierend über die Hamburger Schulpolitik in der NS-Zeit zu reden. Als Freimaurer durfte er nicht NSDAP-Mitglied werden. Nach 1945 machte er sich wichtig und renommierte in zahllosen Entlastungsschreiben für die unangenehmsten ehemaligen nationalsozialistischen Aktivisten damit, niemals Parteigenosse gewesen zu sein. Er produzierte sich mit inflationär vielen Persilscheinen (so unter anderem für den Albtraum von Ralph Giordano, Werner Fuss oder den wendigen Oberschulrat Theodor Mühe).⁹

Aber auch andere fühlten sich aufgefordert, in vielen Fällen nationalsozialistischen Aktivisten, zu denen sie in ihrer eigenen Berufsbiografie Kontakte hatten, mit denen sie zusammengearbeitet hatten, „Persilscheine auszustellen“, so etwa Wilhelm Oberdörffer, den ich auch durchaus kritisch sehe¹⁰, der sich unter anderem für die ehemaligen DVP-Mitglieder Sophie Barrelet und Walter Brockmöller verwendete und insbesondere auch die Schulleiter Peter Jacobsgaard und Peter Meyer, die den NS-Aktivisten ihrer Kollegien ein positives Zeugnis ausstellten. Man kann das auch als ein implizites Eingeständnis werten, selbst „Rädchen im Getriebe“ gewesen zu sein¹¹.

Die weitaus meisten „Persilscheine“ stellte Fritz Köhne aus. Dies wird intensiv in dem Abschnitt über die Entnazifizierung in Hamburg dargestellt.

Und dann passierte 1945 so etwas, dass der Halbbruder von Adolf Hitler, der schon mal in Hamburg gewohnt hatte, wieder nach Hamburg kam und den Antrag stellte,

den Namen „Hitler“ abzulegen und sich hier entnazifizieren zu lassen. Durch einen Zufall habe ich die Akten darüber gefunden, so dass ich diesen Fall als Beleg für die Hamburger Überforderung darstellen kann, die sich auch in anderen Entnazifizierungsverfahren offenbarte.

Zur Reihenfolge der Biografien: Beginnen werde ich mit den wichtigsten Personen im Hamburger Schulwesen: Senator Karl Witt, der nach Verkleinerung des Senates Präsident der Landesunterrichtsbehörde wurde, aber seinen Senatorentitel behielt. Er galt als Notlösung und war wegen seiner deutschnationalen Herkunft bei den fanatischen Nationalsozialisten im Schulwesen umstritten. Dies wird insbesondere in der Biografie von Hans Rösch dargestellt. Danach folgen Landesschulrat und NSLB-Gauamtsleiter Willi Schulz sowie sein Stellvertreter Albert Mansfeld, übrigens der einzige hier dargestellte NS-Belastete, mit dem ich 1989 ein längeres persönliches Gespräch geführt habe. Anschließend der Erziehungswissenschaftler Gustaf Deuchler, der selbst Ambitionen auf die höchsten Ämter hatte und persönlich als unangenehmer und schwieriger Mensch galt.

Der machtbesessene und skrupellose Albert Henze folgt, der Leiter der Gauführerschule in Hamburg war und als Vertrauter des NSDAP-Gauleiters, Karl Kaufmann, in den Zeiten, als Karl Witt zum Kriegsdienst gezogen wurde und Willi Schulz krank ausscheiden musste, in zentraler Stelle der Schulverwaltung fungierte.

Hermann Saß, Träger des goldenen Parteiabzeichens, wird dann porträtiert, erst Schulsenator in Altona 1933, dann Stadtrat und Oberschulrat für die höheren Schulen. Er hatte in Altona ein Denunziantensystem aufgebaut und berief mit Schulrat Karl Schlotfeldt und Paul Dittmer zwei charakterlose Personen zu seiner Unterstützung. Die Zusammenhänge des denunziatorischen Treibens am Christianeum, der Oberschule für Jungen in Blankenese und der Oberrealschule für Jungen in Altona werden dargestellt. Die Denunzianten werden biografisch vorgestellt, allen voran Joachim Carstens und Richard Stender sowie andere von der Altonaer Oberrealschule am Hohenzollernring, die den abgesetzten Schulleiter vom Christianeum, Robert Grosse, ans Messer liefern sollten, der dann pensioniert wurde, während Schulleiter Peter Meyer suspendiert und als Lehrer an eine andere Schule versetzt wurde. Kurt Eitzen und Horst Kanitz bespitzelten den Lehrer Hermann Reimers an der Oberschule für Jungen in Blankenese und lieferten ihn der Gestapo aus, mit dem Ergebnis, dass er in Gefängnishaft kam und aus dem Schuldienst entlassen wurde. Adolf de Bruycker fertigte heimlich Mitschriften von Lehrerkonferenzen am Christianeum für Oberschulrat Hermann Saß und später Oberschulrat Albert Henze an, was zur Entlassung einiger Kollegen und auch des porträtierten Schulleiters Hermann Lau führte.

Walter Brockmöller, der ambitionierte Gegenspieler von Schulleiter Cäsar Iburg am Kirchenpauer-Gymnasium machte später Karriere in Wernigerode im Harz und kam nach 1945 als „Flüchtling“ nach Hamburg zurück, um wieder in den Schuldienst zu gelangen. Er gehörte zu den menschlich und kollegial unangenehmen Personen.

Aus dem Lehrerausbildungs- und Fortbildungsbereich werden neben Gustaf Deuchler der Leiter der Studienseminare, SS-Mann und gleichzeitig für den Sicherheitsdienst (SD) der SS tätige, am Christianeum unterrichtende Studienrat Hermann Trog mit seinem Wirken dargestellt, sowie die Vorzeigefrau der Nationalsozialisten im Hamburger Schulwesen, Sophie Barrelet und der Biologe Harry Garms, vergleichsweise weniger belastet und menschlich als „integer“ bezeichnet, der nach 1945 weiter fortbildet und dessen Biologiebücher mit leichter Bearbeitung auch nach 1945 von mehreren Schülergenerationen bis in die 1970er Jahre genutzt wurden.

Zentrale Funktionäre als Oberschulräte in der NS-Schulverwaltung waren die letzten Vorsitzenden des Hamburger Philologenvereins vor der Gleichschaltung, Theodor Mühe, ein in seinen Anschauungen wendiger Karrierist, und Karl Züge, seit dem 1.5.1933 NSDAP-Mitglied, Schulleiter an der Oberrealschule in der Bogenstraße (später Bismarck-Gymnasium), später auch Oberschulrat und Funktionär im NSLB. Züge, 1945 kurze Zeit in Neuengamme inhaftiert, wurde 1953 bis 1957 wieder aktiv als CDU-Vertreter in der Schul-Deputation Hamburgs.

Nachgezeichnet wird auch der Werdegang von Peter Jacobsgaard, vor 1933 Verbandsfunktionär der Gesellschaft der Freunde, ab 1933 in ähnlicher Funktion im NSLB. Jacobsgaard, ein typischer Verbandsfunktionär, der nicht als Nazi galt, aus „pragmatischen“ Gründen 1937 in die NSDAP eintrat, hatte offenbar einen Deal mit der NS-Schulverwaltung geschlossen, mutmaßt Uwe Storjohann, durch den er in der Schulleitungsfunktion bleiben konnte und dafür sorgte, dass die sozialen Kassen in den NSLB überführt wurden.¹² Jacobsgaards Beispiel hat sicherlich für das von ihm geleitete Kollegium der Jahnschule in der Bogenstraße Vorbildcharakter gehabt, wie ich exemplarisch anhand der biografischen Notizen des gesamten Vorzeige-Kollegiums darstelle, das für die praktische Lehrerausbildung ausersehen worden war und an der NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann seine Kinder unterrichten ließ. Eine besondere Rolle an der Jahnschule spielten die Lehrer Rudolf Fehling, der sich für einen vormilitärischen Sportunterricht stark machte, sowie der SS-Mann Walter Behn, der nach 1945 unter falschem Namen nach Niedersachsen flüchtete und dort nicht nur wieder Lehrer wurde, sondern Karriere machte und seine Waffen-SS-Zugehörigkeit später nie verleugnete. Auch der HJ-Verbindungsmann, Hans Einfeldt, gehörte zum Kollegium der Jahnschule.

Eine besondere Rolle spielten auch die Studienräte der Bismarck-Oberrealschule in der Bogenstraße, Walter Behne und Bruno Peyn. Behne, NSDAP-Mitglied

seit 1930, wurde 1933 Oberschulrat für die höheren Schulen, galt als „der Nationalsozialist“ in der Schulverwaltung. Behne wurde 1947 als Kriegsverbrecher in Serbien hingerichtet. Bruno Peyn, Kompagnon von Behne in der Bogenstraße, der mit ihm das Kollegium schon vor 1933 „terrorisierte“, wie später gesagt wurde, war Lehrer, Schriftsteller und Dramaturg an der Niederdeutschen Bühne, später dem Ohnsorg-Theater. Seit 1933 Schulleiter der Schule vor dem Holstentor. Peyns Leben geriet in bühnenreife Turbulenzen, als er anlässlich des zu erbringenden „Ariernachweises“ feststellte, einen jüdischen Urgroßvater zu haben. Peyn versuchte, die Dokumente in den eingesehenen Kirchenbüchern unkenntlich zu machen, wurde dabei ertappt und verlor seine Parteimitgliedschaft und die Schulleiterstelle. Auch der NSLB-Funktionär für die höheren Schulen, Ernst Hüttmann, und Schulleiter Cäsar Iburg mussten 1937 feststellen, „jüdisch versippt“ zu sein, wie Nationalsozialisten es nannten, und zogen unterschiedliche Konsequenzen. Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer, 1933 Mitglied der NSDAP geworden, nachdem er schon vorher in der Schulverwaltung tätig war, gab 1941 an, in seinen Unterlagen eine jüdische Großmutter entdeckt zu haben. Er schied im Einvernehmen mit Gauleiter Kaufmann aus der Schulverwaltung aus und wurde Personalchef bei Reemtsma. Oberdörffer genoss nach 1945 hohe gesellschaftliche Reputation, machte sich beim Aufbau der Hamburger Staatsoper verdient. Seine Version der Entdeckung „nichtarischer Verwandtschaft“ ist nach meinen Recherchen zumindest fragwürdig.

Bemerkenswert auch die Biografie von Erwin Zindler, der antrat, „das rote Mistbeet“ der Lichtwarkschule zu säubern. Ein überzeugter Nationalsozialist, leidenschaftlicher Offizier, Schriftsteller, der das Vertrauen der höchsten NS-Stellen in Hamburg genoss, der andererseits bei ehemaligen Schülern, auch nach 1945, als inspirierender Lehrer hoch anerkannt und geschätzt war. Auch das zählt zu den Erkenntnissen, die nicht in Schwarz-Weiß-Kategorien zu fassen sind. Zu Zindlers Geschichte an der Lichtwarkschule gehört auch die seines Stellvertreters, Berthold Ohm, der von Lichtwarkschülern als die „Inkarnation eines Nationalsozialisten“ bezeichnet wurde, von Loki Schmidt als „unangenehmer Mensch“, quittierte 1938 den Schuldienst, um als Berufssoldat zur Wehrmacht zu gehen. Ohm tauchte nach 1945 im Hamburger Schulwesen nicht wieder auf. Berthold Ohm, Major und gegen Kriegsende Kommandeur einer Einheit, geriet am 3.5.1945 in eine Lage, in der er in Penzberg den Befehl zur Erschießung von acht Personen gab, die verhindern wollten, dass gegen die anrückende amerikanischen Armee noch gekämpft wurde. Ohm wurde, nach Hamburg zurückgekehrt, verhaftet. Der Kriegsverbrecherprozess gegen ihn zog sich über Jahre und mehrere Instanzen hin.

In die Kategorie „schwer belastet“ gehören sicherlich auch folgende Personen: Alfred Grobmann, ausgebildeter Lehrer, SS-Mann, Dozent an der SS-Junker-

schule in Braunschweig, aktiver Offizier der Waffen-SS im Russlandfeldzug und Autor eines Werkes, 1943 im Zentralverlag der NSDAP in der Schriftenreihe „Volkwerdung und Glaube“, unter dem Titel „Die Sendung des Reiches“ erschienen, in dem er unter anderem seine Erfahrungen mit seiner Waffen-SS-Division bei der Belagerung der Brücke in Dnepropetrowsk schildert. Grobmann kam 1955 als Studienrat an das Hamburger Wilhelm-Gymnasium und war dort im Kollegium ein von Schulleiter Prof. Bömer, der selbst wegen seiner NS-Vergangenheit spät entnazifiziert und auch 1955 an das Wilhelm-Gymnasium gekommen war, geförderter Studienrat.

Heinrich Haselmayer war ein streitbarer Egomane, NS-Mann der ersten Stunde, der nach eigenen Angaben 1923 als Schüler beim Marsch auf die Feldherrenhalle in München beteiligt war, erster AStA-Vorsitzender des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NDStB), der eine dürftige Dissertation über die „Sterilisation Schwachsinniger“ geschrieben hatte und mit 26 Jahren 1933 Direktor der Hamburger Volkshochschule wurde und auch über den Kulturbereich in Hamburg bestimmen wollte. Haselmayer zerschlug Porzellan, wo er auftrat und erlebte erst einen Karriereknick, als er auf einer Veranstaltung in Holland bei der Nationalsozialistischen Auslandsorganisation betrunken eine Rede hielt. 1953 machte er erneut Schlagzeilen, als er zur sogenannten „Naumann-Gruppe“ gehörte und spektakulär verhaftet wurde. Die Biografie eines Unbelehrbaren.

Dann wird die Geschichte des Werner Fuss nachgezeichnet, der „Speckrolle“ im Roman von Ralph Giordano, „Die Bertinis“, der der Albtraum des Schülers Ralph Giordano am Johanneum gewesen war und auch die Geschichte des Schulleiters Hinrich Wriede und der Lehrer Duttge und Grimmelshäuser, „die braunen Lehrer des schwarzen Schüler“ wird untersucht. Die Schulgeschichte des Hans-Jürgen Massaquoi, Autor von „Neger, Neger, Schornsteinfeger“, und die Biografien der ihn drangsalierenden „Pädagogen“.

Im Weiteren werden noch die Schulleiter Werner Puttfarcken, in Giordanos „Bertinis“ der Schulleiter „Pottferk“, sowie die NSLB Funktionäre Kurt Holm, Hinrich von der Lieth, Richard Schlorf, Wilhelm Lühning porträtiert, die eine besondere Rolle in der Geschichte des Curio-Hauses spielten. Dann noch Wilhelm Gundlach, ein besonderer „Wendehals“, der immer wieder der Lüge überführt wurde, Hellmuth Messerschmidt, SS-Mann und Mitarbeiter des SS-Sicherheitsdienstes (SD), der seine Arbeit nach 1945 bagatellierte, sowie der schon erwähnte Hans Rösch, der Fall eines ideologisch äußerst überzeugten Nationalsozialisten, ein unbequem, nach seinem Verständnis absolut geradliniger NS-Mann, aktiv in der SA, der mit einer Rede am 30.1.1934 vor der gesamten Schulgemeinde des Wilhelm-Gymnasiums die Leitung der Schule und große Teile der Schulverwaltung brüskierte und daraufhin strafversetzt und später entlassen wurde. Hans Rösch schrieb mehrere

detaillierte Vermerke, die der Nachwelt Einsichten ermöglicht, z. B. darüber, wie die Schulleiter-Bestellungen im Bereich der höheren Schulen 1933 erfolgten.

Alle Biografien erlauben tiefe Einblicke in die Zeit des Hamburger Bildungswesens im Nationalsozialismus. Fast alle Personen werden in ihrer Entwicklung dargestellt, in ihrem Wirken in der Schulverwaltung und im Nationalsozialistischen Lehrerbund. Die Arbeit von Schulleitern mit ihren Kollegien und der „Schulgemeinschaft“ kann hier nur in besonderen Einzelfällen dargestellt werden, auch das Wirken von besonders auffälligen Lehrkräften. Um hier einen breiteren Eindruck geben zu können, wird ein zweiter Band nötig sein, für den genügend Material schon vorliegt.

Anmerkungen

- 1 Gnade der späten Geburt oder „An die Nachgeborenen“. Bertolt Brecht, Gesammelte Werke, Band 9, Frankfurt a. M. 1967, S. 74.
- 2 Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, und: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986.
- 3 Siehe: Uwe Schmidt: Lehrer im Gleichschritt: Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg, Hamburg 2006, und: Hans-Peter de Lorent: Der Nationalsozialistische Lehrerbund, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S.119ff.
- 4 Kurt Zeidler: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975, S. 82.
- 5 So Uwe Schmidt an mehreren Stellen seiner Bücher: Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium, Hamburg 1999, S. 120ff.; Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „dritten Reich“, Hamburg 2010.
- 6 Ursel Hochmuth: Lichtwarkschule/Lichtwarkschüler: „Hitler führt ins Verderben. Grüßt nicht!“, in Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hrsg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 88; und: Joachim Wendt: Die Lichtwarkschule in Hamburg, 1921–1937, Hamburg 2000, S. 256.
- 7 Uwe Schmidt starb am 23.3.2008.
- 8 Zitiert nach: Karin Werum: Die Entnazifizierung der Verwaltungsbeamten in Hamburg (1945–1950), Masterarbeit, Hamburg 1987, S. 68.
- 9 Zu Heinrich Michaelsen siehe: Uwe Reimer: Johanneum 1945 – Ende und Anfang, Hamburg 2012, S. 36 . Siehe auch die Biografien von Werner Fuss und Theodor Mühe in diesem Buch.
- 10 Siehe auch die Biografie Wilhelm Oberdörffer in diesem Buch.
- 11 Siehe auch: Hans-Peter de Lorent: Rädchen im Getriebe, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 191ff.
- 12 Siehe auch die Biografie Jacobsgaard in diesem Buch.

NS-Personalpolitik im Hamburger Schulwesen

Die nationalsozialistische Schulpolitik in Hamburg war nicht das Werk eines einzelnen Mannes oder einzelner Personen. Neben der katastrophalen politischen Fehleinschätzung der Situation durch den Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“ 1933 gab es personelle Kontinuitäten, die verblüffen, aber auch eine gezielte nationalsozialistische Personalpolitik.¹ In einem ausführlichen Gespräch mit der langjährigen Sekretärin in der „Gesellschaft der Freunde“, später GEW, Annemarie Biedermann, die nach der „Gleichschaltung“ vom NSLB weiterbeschäftigt wurde, erfuhr ich, dass ein Großteil der neuen NSLB-Funktionäre in der Geschäftsstelle im Curio-Haus keine Unbekannten waren.² Viele von ihnen, so Annemarie Biedermann, gehörten zu den langjährigen Vertrauensleuten. Wilhelm Schulz, der neue Vorsitzende, wurde in der Rede von Gustav Kückler auf der Gleichschaltungs Versammlung als Delegierter der „Gesellschaft der Freunde“ auf der Tagung des Deutschen Lehrervereins (DLV) gerühmt.³ Nichts desto trotz hatte er in der vergangenen Zeit keine wirkliche Bedeutung gehabt, er vertrat in der „Gesellschaft der Freunde“ die Landschulen.



GdF-Vorstand 1931. Am Vorstandstisch: Richard Ballerstaedt (2. v.l.), Kurt Zeidler (Mitte sitzend, 6. v.l.), daneben Friedrich Wilhelm Licht, Fritz Köhne und Max Traeger. Stehend: Peter Jacobsgaard (2. v.r.)

Am 27. April 1933 wählte die Hauptversammlung nach der beschlossenen „Gleichschaltung“ einen neuen Vorstand, der sich aus zwölf Vertretern der NS-Bewegung und aus neun Männern der alten „Gesellschaft“ zusammensetzte. Im einzelnen waren dies:

„1. Vorsitzender: Wilhelm Schulz, 2. Vorsitzender: Wilhelm Lühning, 3. Vorsitzender: Ernst Maack, 1. Schriftführer: Albert Mansfeld, 2. Schriftführer: Herbert

Wiencken, 3. Schriftführer: Paul Treutler, 4. Schriftführer: Hermann Lange, Kassenverwalter: Hans Einfeldt, Beisitzer: Albert Herzer, Karl Hoffmann, Kurt Holm, Peter Jacobsgaard, Gustav Kückler, Friedrich Wilhelm Licht, Adolf Luger, Friedrich Marx, Ernst Preuße, Friedrich Albers, Wilhelm Grubert.

Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung: Dr. Heinrich Geffert.

Vertreter der ‚Gesellschaft der Freunde‘ für die Vertreterversammlung des deutschen Lehrervereins, Pfingsten 1933, in Magdeburg: Hans Einfeldt, Albert Herzer, Karl Hoffmann, Peter Jacobsgaard, Gustav Kückler, Wilhelm Lühning, Ernst Maack, Albert Mansfeld, Friedrich Marx, Otto Möller, Wilhelm Schulz, Paul Treutler, Wilhelm Grubert.“⁴

Unter den vorgenannten Umständen überrascht es vielleicht nicht mehr so sehr, welch unerträglicher Text – vermutlich vom neu gewählten HLZ-Schriftleiter und Willi Schulz-Freund, Heinrich Geffert – die Gleichschaltung nahezu huldigte:

„Kein Wesen kann zu nichts zerfallen! Was die ‚Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul und Erziehungswesens‘ in 127 Jahren ihres Bestehens geleistet hat am Ausbau hamburgischer bodenständiger und doch wieder weltoffener, an sozialer und nationaler Geisteskultur, was sie andererseits geleistet hat an Führerschulung, das kann durch den Umbau, mag er vielleicht auch schroff scheinen, nicht aus der Welt geschafft werden. Die besten unseres Standes haben ihre Lebensarbeit in die Arbeit der ‚Gesellschaft‘ hineingebaut. Die ‚Gesellschaft‘ ist geworden aus dem Fleisch und Blut führender Männer des hamburgischen Schulwesens. Wenn sie vor unserm Blick vorüberziehen, die die heutige Generation noch mit erlebt hat, von Scheel bis Kückler, die Führer im Streit, die Meister des Organisationsgedankens, die Vertreter der Stimme Hamburgs auf den Maisfeldern der deutschen Lehrerschaft, so sehen wir, im Innern erhoben, zu ihnen hinauf. Die neue Zeit stellt neue Männer auf die Kommandobrücke. Das Schiff bleibt dasselbe. Und die Last des Schiffes, die eine heilige Fracht ist, deutsche Jugend, deutsche Schule, deutsche Lehrerschaft, muß sorgsam weiter getragen werden. Es ist der schönste Zug im Wesen der ‚Gesellschaft‘, daß sie allerzeit dem neuen Gedanken zugänglich war. In weiser pfleglicher Wahrung alter Lehreriideale verstand sie es, frisches Leben immer wieder einzufangen. Und immer zeigte sich, daß dieses frische neue Leben nichts anderes war als eine neue zeitgemäße Form für die alten Ideale. Das Ewige regt sich fort in allem!

Die Wogen gehen hoch. Aber die Wände des Schiffes sind fest gezimmert. Voran denn, alle Mann! Glückhafte Fahrt!“⁵

Wilhelm Schulz (in seiner Geburtsurkunde steht: Willi Schulz), Landschullehrer aus Geesthacht und unmittelbar vor der Naziherrschaft Assistent von Prof. Deuchler am Seminar für Erziehungswissenschaft an der Universität Haniburg, war, wie beschrieben, kein Unbekannter im Hamburger Schulwesen, als er Landesschulrat und nach der Gleichschaltung Vorsitzender, später Gauamtsleiter des NSLB wurde. Auch der neue Schulsenator, Karl Witt, war als Abgeordneter der Deutschnationalen bereits vor 1933 von der Bürgerschaft in die Landesschulbehörde gewählt worden.

Um die personellen Veränderungen im Einzelnen zu verfolgen, hilft ein Blick in die Hamburgischen Lehrerverzeichnisse dieser Zeit. Im Schuljahr 1932/33, also unmittelbar vor der Naziherrschaft, ergab sich folgendes Bild⁶:

Landesschulbehörde

Mitglieder

Aus dem Senat: Senator Emil Krause, Präses; Senator Curt Platen, Arbeitsbehörde.

Von der Bürgerschaft gewählt: Erich Feger; Prof. Dr. med. Andreas Knack; Maria Krollmann; Max Leuteritz; Ernst Rathlov; Max Traeger; Karl Witt; Heinrich Witthöft.

Von und aus der Lehrerkammer gewählt: Carl Bertheau.

Von und aus der Elternkammer gewählt: Wilhelm Albrecht,

Direktoren im Berufsschulwesen: Clara Bannert; Carl Blume; Prof. Dr. Max Sauerlandt; Prof. Julius Siefken, Prof. Otto Steppes.

Schulbeirat: 1. Vorsitzender der Lehrerkammer: Wilhelm Borchers.

Schulräte:

Landesschulrat Prof. Dr. Ludwig Doermer; Oberschulrat Prof. Dr. Wolfgang Meyer; Oberschulrätin Emmy Beckmann; Oberschulrat Reinhard Rost, Oberschulrat Prof. Dipl.-Ing Udo Lohse; Oberschulrat Johannes Schult; Oberschulrätin Dr. Olga Essig; Schulrat Richard Ballerstaedt; Schulrat Hans Brunckhorst; Schulrätin Dorothea Christiansen; Schulrat Wilhelm Grünewald; Schulrat Friedrich Köhne; Schulrat Gustav Schmidt; Schulrat Kurt Zeidler; Schulrat Max Zelck.

Seminar für Erziehungswissenschaft der Hamburgischen Universität:

Direktoren: Professor Dr. Gustaf Deuchler; Professor Dr: Wilhelm Flitner; Professor Dr. Rudolf Peter.

Wissenschaftliche Räte und Assistenten: Dr. Karl Albrecht; Dr. Sophie Barrelet; Dr. Fritz Blättner; Dr. Hermann Block; Dr. Margarethe Eberhardt; Dr. Julius Gebhardt; Dr. Karl Hansen; Hans Kreß; Dr. Fritz Rössel; Dr. P. Schneider; Dr. Walter Schultze; Dr. Fritz Stückrath.

Freiwilliger wissenschaftlicher Mitarbeiter: Dr. Adolf Röhl.

Institut für Lehrerfortbildung 1. Hauptstelle. Binderstraße 34. Leiter: Prof. Dr. Herbert Theodor Becker, Wissenschaftlicher Rat. Bücherei: Dr. Heinrich Geffert, Wissenschaftlicher Rat. Wissenschaftliche Hilfsarbeiter: Dr. Wilhelm Arp; Dr. Ludwig Kiehn. Musiklehrer: Franz Backhaus; Hermann Erdlen; Heinrich Schumann; Dr. Rudolf Tschierpe; Paul Ehlers.

Im April 1933 wurden in den Ruhestand versetzt: Landesschulrat Prof. Dr. Ludwig Doerner (DDP), die Schulräte im Volksschulwesen Richard Ballerstaedt, Max Zelck und Dora Christiansen (alle SPD). Aus dem Amt als Schulräte entfernt, aber als Lehrer weiterbeschäftigt wurden Kurt Zeidler (SPD) und Hans Brunckhorst (DDP).

Im Amt verblieben die volksparteilichen Mitglieder Schulrat Wilhelm Grünwald und Oberschulrat Dr. Wilhelm Oberdörffer sowie Oberschulrat Prof. Udo Lohse für den Berufsschulbereich. Nach ganz kurzer Suspendierung blieb auch Fritz Köhne (SPD) im Amt, sowie Gustav Schmidt, der parteilos war.

Neu in die Behörde traten ein:

Dr. Walter Behne (NSDAP) und Dr. Theodor Mühe (DNVP) für das höhere Schulwesen. Willi Schulz (NSDAP) und Dietrich Ossenbrügge (DNVP) als Schulräte im Volksschulbereich. Kurz darauf wurden mit Wilhelm Lühning und Albert Mansfeld zwei weitere Nationalsozialisten Schulräte für das Volksschulwesen.



Verändertes Bild im Curio-Haus 1934: Es dominieren Fahnen, Formationen und Saalschutz bei einer Beamtenversammlung.

Ich ernenne zu Schulleitern der höheren Staatsschulen und zu stellvertretenden Schulleitern:

Schule	Schulleiter	stellv. Schulleiter
<u>a) Schulen für die männliche Jugend:</u>		
G.J.	Dr. Werner Puttfarken	Gerhard Rösch
W.G.	Dr. Bernhard Lundius	Dr. Werner Fuß
H.St.Cx.	Friedrich Oldenburg	Wilhelm Brachmann
H.S.	Prof. Dr. Eduard Rüther	Kurt Gallo
R.G.	Dr. Friedrich Diechow	Ernst Ahlgrimm
H.H.R.G.	Dr. Bernhard Studt	Dr. Michael Kaufmann
K.R.G.	Dr. Caesar Jburg	Hermann Jessen
Rg.Bb.	Dr. August Kaphengst	Dr. Heinrich Matthaei
O.R.H.	Dr. Bruno Peyn	Dr. Adolf Winter
O.R.U.	Prof. Dr. Karl Hahn	Wilhelm Koch
O.R.Em.	Alfred Kärner	Dr. Ernst Dätz
O.R.St.G.	Prof. Dr. Frederick Nissen	Prof. Dr. Karl Schütt
O.R.Epp.	Prof. Dr. Rudolf Schmidt	Dr. Hans Olsen
Bism.O.R.	Dr. Karl Züge	Dr. Hermann Schmidt
Hindenb.O.R.	Dr. Franz Stoppenbrink	Dr. Heinrich Michaelson
O.R.El.	Prof. Rudolph Steinvorth	Walter Bohnsteen
R.R.	Dr. August Wulff	Felix Schmidt
<u>b) Schulen für die männliche und weibliche Jugend:</u>		
Li.Sch.	Erwin Zindler	Berthold Ohm
G.H.Sch.	Prof. Dr. Paul Wetzel	Dr. Hans Lüthje
Wäsch.	Dr. Friedrich Dusen Schön	Dr. Heine Hayungs
O.R.Alst.	Dr. Carl Ganzlin	Dr. Gerhard Eckmann
<u>c) Schulen für die weibliche Jugend:</u>		
H.L.O.R.	Viktor Grüber	Kurt Haefeker
M.O.R.L.	Dr. Karl Faehler	Prof. Berthold Hauert
M.O.Vo.	Dr. Gustav Schmidt	Dr. Friedrich Warncke
E.W.Sch.	Dr. Ottomar Hartleb	Aloysius Ramb
M.R.Lüb.	Prof. Dr. Alfred Kleeberg	Rudolf Gröger
L.BgdF.	Dr. Walther Machleidt	Helene Popkes
Kl.Sch.	Dr. Willy Kowallek	Dr. Wilhelm Kruse
M.Rg.Cur.	Hugo Krüger	Otto Ludwig
M.Rg.Cx.	Dr. Otto Junge	Dr. Wilhelm Stahmer
Fröbelseminar Adelheid Barrelet		Konradine Lück

Der Präses der Landesunterrichtsbehörde
Karl Witt

Die Schulleiterbestellungen für die höheren Schulen

Nach dem **Hamburgischen Lehrerverzeichnis** ergab sich im **Schuljahr 1935/36** folgendes Bild, zum Teil unter Nennung der Parteimitgliedschaft in der NSDAP⁷:

Verwaltung für Kulturangelegenheiten: Vorstand: Senator Wilhelm von Allwörden. Regierungsdirektor Dr. Schultz. Schulwesen: Präsident Karl Witt; Landesschulrat Willi Schulz; Regierungsdirektor Rudolf Flemming; Oberregierungsrat Edens; Regierungsrat Dr. jur. Hollburg; Oberschulrat Prof. Dipl.-Ing. Udo Lohse; Oberschulrat Dr. Wilhelm Oberdörffer; Oberschulrat

Dr. Walter Behne; Oberschulrat Dr. Theodor Mühe, Oberschulrat Albert Mansfeld.

Schulräte: Gustav Schmidt; Friedrich Köhne; Dietrich Ossenbrügge; Wilhelm Lühning; Hans Kreß; Kurt Holm; Dr. Wilhelm Arp.

Schuldienststelle der HJ, Dammtorstraße 25: Hans Einfeldt.

Institut für Lehrerfortbildung:

1. Hauptstelle: Binderstraße 34, Leiter: Prof. Dr. Herbert Theodor Becker. Bücherei: Dr. Heinrich Geffert. 2. Nebenstelle: Freiligrathstr. 22, Bücherei: Dr. Max Fehring. 3. Abteilung für Physik: Binderstraße 22, Leiter: Prof. Dr. Ludwig Doermer.

Nationalsozialistischer Lehrerbund

Gauamtsleitung: Dem Gauamtsleiter Pg. Willi Schulz unterstehen ebenfalls sieben Hauptabteilungen:

1. Abteilung Organisation leitet Pg. Albert Mansfeld, der zugleich stellvertretender Gauamtsleiter ist.
2. Abteilung Erziehung und Unterricht leitet der Gauamtsleiter Pg. Willi Schulz; Stellvertretender Abteilungsleiter: Pg. Dr. Wilhelm Arp.
3. Abteilung Presse und Propaganda untersteht dem Pg. Wilhelm Gundlach.
4. Abteilung Verwaltung hat Pg. Richard Schlorf unter sich.
6. Abteilung Schulung leitet kommissarisch Pg. Hellmuth Dahms.
7. Abteilung Bücher und Zeitschriften untersteht dem Pg. Richard Schlorf.

Diesen Abteilungen unterstehen wieder verschiedene Unterabteilungen.

Erziehung und Unterricht:

Gaufachschaft I (Hochschulen) Fachschaftsleiter z. Zt. nicht besetzt.

Gaufachschaft II (Höhere Schulen) Fachschaftsleiter Pg. Dr. Ernst Hüttmann,

Gaufachschaft IV (Volksschulen) Fachschaftsleiter Pg. Wilhelm Lühning,

Gaufachschaft V (Sonderschulen) Fachschaftsleiter Adolf Lambeck,

Gaufachschaft VI (Berufsschulen) Fachschaftsleiter Pg. August Schrader,

Gaufachschaft VII (Freie Erzieher) Fachschaftsleiter Pg. Thomas Schindler.

Neben den Fachschaftsleitern gibt es in der Abteilung für Erziehung und Unterricht eine große Reihe von Gausachbearbeitern, u. a.:

Nationalpolitischer Unterricht: Pg. Albert Mansfeld; Leibesübungen: Werner Müller; Geländesport: Pg. Herbert Manig; Luftschutz: Pg. Arthur Peiserich; Kunsterziehung und Zeichenunterricht: Pg. Schönfeldt; Musik: Pg. Paul Treutler; Schülersauslese: Pg. Kurt Holm; Rassefragen: Pg. Dr. August Hagemann;

Familienforschung: Pg. Dr. Rudolf Pätz; Schullandheime: Dr. Heinrich Sahrhage; Jugendschriften: Pg. Dr. Max Fehring; Deutsches Bildungswesen: Pg. Wilhelm Gundlach; Weibliche Erziehung: Pgn. Dr. Sophie Barrelet; Gauschuljugendwart: Pg. Hans Einfeldt; Grundschulfragen: Pg. Dr. Walter Schultze; Deutschunterricht: Pg. Dr. Heinrich Geffert; Lichtbild und Film: Pg. Herrmann; Geographie: Pg. Dr. Petersen; Alkoholfreie Erziehung. Pg. Landt; Niederdeutsch: Heinrich Behnken; Lehrerstudenten: Pg. Fritz Genske; Liederbuch Arbeitskreis: Pg. Haefeker und Pg. Paul Treutler; Fibel-Arbeitskreis: Pg. Dr. Walter Schultze.“

Diesen beiden Verzeichnissen ist zu entnehmen, dass einige Personen, die im NSLB und im Schulwesen nach 1933 eine wichtige Rolle gespielt hatten, schon vor 1933 im Hamburger Schulwesen an wichtigen Stellen tätig waren. Insbesondere am Seminar für Erziehungswissenschaft und am Institut für Lehrerfortbildung arbeiteten schon vor 1933 später so glühende Nationalsozialisten wie Prof. Gustaf Deuchler, Sophie Barrelet, Wilhelm Arp und Max Fehring.

Im letzten unter nationalsozialistischer Herrschaft herausgegebenen **Verzeichnis des Schuljahres 1938/39** werden folgende Namen genannt⁸:

Oberschulräte:

Höheres Schulwesen: Dr. Wilhelm Oberdörffer; Dr. Hermann Saß; Dr. Walter Behne.

Volksschulwesen: Albert Mansfeld. Berufsschulwesen: Hans Kreß.

Schulräte:

Volksschulwesen: Johannes Böckenhauer; Karl Himstedt; Kurt Holm; Friedrich Köhne; Christoph Kruse; Wilhelm Lühning; Dietrich Ossenbrügge; Karl Schlotfeldt; Gustav Schmidt.

Berufsschulwesen: Richard Schlorf.

Kommissarische Schulräte.

Volksschulwesen: Hugo Millahn; Otto Paetel.

Referenten: Studienrat Alwin Benecke; Studienrat Dr. Sophie Barrelet; Direktor Theodor Kinder.

Hochschule für Lehrerbildung

Leiter der Hochschule: Oberregierungsrat Prof. Bernhard Pein. Hauptamtliche Dozenten der Hochschule: Dr. Karl Albrecht; Dr. Wilhelm Arp; Dr. Sophie Barrelet; Prof. Dr. Theodor Becker; Dr. Fritz Blättner; Dr. Hermann Block; Herrmann Carlsen; Ingeborg Eggers; Dr. Max Fehring; Dr. Harry Garms; Dr. Heinrich Geffert; Dr. August Hagemann; Dr. K. Hansen; Kurt

Holm; Dr. Andreas Isberg; Marg. Martens; Dr. G. Meier; Alb. Melcher; Prof. Dr. Ludwig Müller; Dr. Walter Niekerken; Prof. Dr. Rudolf Peter; Margarete Rode; Dr. P. Schmidt; Walter Schröder; Dr. Walter Schultze; Dr. Kurt Sonntag; Dr. Fritz Stückrath.

Das Gauamt für Erzieher (NS-Lehrerbund, Gau Hamburg)

Gauamtsleiter: Pg. Willi Schulz.

Gauhauptstellen:

1. Organisation: Gauhauptstellenleiter Pg. Albert Mansfeld,
 2. Personal: Derselbe,
 3. Erziehung und Unterricht: Gauhauptstellenleiter Pg. Dr. Wilhelm Arp,
 4. Presse und Propaganda: Gauhauptstellenleiter Pg. Wilhelm Gundlach,
 5. Schrifttum: Gauhauptstellenleiter Pg. Dr. Max Fehring,
 6. Schulung: Gauhauptstellenleiter Pg. Hellmuth Dahms,
 7. Kasse und Verwaltung: Gauhauptstellenleiter Pg. Richard Schlorf,
 8. Wirtschaft und Recht: Gauhauptstellenleiter Pg. Kurt Holm,
 9. Geschäftsführung: Gauhauptstellenleiter Pg. August Fischer.
- Abteilung Schulung: Gauschulungswalter Hellmuth Dahms,

Abteilung Wirtschaft und Recht

Abteilungsleiter: Pg. Schulrat Kurt Holm. Stellvertreter: Pg. Dr. Karl Züge.

1. Unterstützungen und Beihilfen: Pg. Dr. Karl Züge.
2. Umschuldung und Darlehen: Pg. Peter Jacobsgaard.
3. Haftpflicht u. Rechtsschutz: Pg. Friedrich Manow.
4. Schul- und Besoldungsrecht: Pg. Kurt Holm.
5. Wirtschafts und Versicherungsfragen: Pg. Kurt Holm.“

Wichtig waren für die Nationalsozialisten umfangreiche personelle Säuberungen in der Hamburger Lehrerschaft. An „verdächtigen Schulen“, die sich vor 1933 durch demokratische Initiativen oder reformpädagogische Ansätze ausgezeichnet hatten, wurden Versetzungen vorgenommen. Das Prinzip der autoritären Schulleitung setzte voraus, dass Parteimitglieder oder den Nazis wohlgesonnene, zumindest „loyale“ Schulleiter ernannt wurden.

Laut HLZ führte Senator Witt am 21. August 1933 315 neue Schulleiter an höheren Schulen, Volks und Berufsschulen in ihr Amt ein.⁹

Bis 1935 waren an den allgemeinbildenden Schulen Hamburgs 55 Prozent der 1932/33 amtierenden Schulleiter durch neu Ernannte ersetzt.

Im April 1933 gab es die erste umfangreiche Versetzungsaktion in Hamburg. Davon waren 63 Lehrerinnen und Lehrer an höheren Schulen und 98 an Volksschu-

len betroffen. Im Sommer 1933 wurden dann noch einmal 41 Volksschullehrerinnen und -lehrer versetzt.¹⁰ Charakteristisch für die diesen Aktionen zugrundeliegende Absicht ist ein Vermerk des deutschnationalen Schulrats Ossenbrügge in einer Versetzungsfrage: „Unter dem Einfluß eines großen nationalen Kollegiums“ werde der betreffende Volksschullehrer „bald von den marxistische Schlacken gesäubert sein“.

Um das Schulwesen nicht nur „umzugestalten“, sondern auch von unerwünschten Lehrkräften freizuhalten, gab es die große Säuberungsaktion mithilfe des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Nach diesem Gesetz wurden in Hamburg in den Jahren 1933 bis 1935 insgesamt 637 Lehrkräfte aus dem Schuldienst entfernt.¹¹ „Es ist bezeichnend, daß die Behörde aufgrund derjenigen Paragraphen, die auf eine politische Betätigung oder Einstellung von Beamten abgestellt waren, nur wenige Entlassungen vornahm, nämlich 31, und daß sie auch den gegen Beamte ‚nichtarischer Abstammung‘ gerichteten § 3 nur äußerst behutsam anwandte (gegen 48 Lehrkräfte), um so unbekümmerter dagegen den § 6, der Versetzungen in den Ruhestand ‚zur Vereinfachung der Verwaltung‘ vorsah (555 Pensionierungen). Stellenabbau hatte zweimal auch der Weimarer Staat vorgenommen; in politischer Hinsicht war er dagegen mit seinen Beamten überaus weitherzig verfahren. Die hamburgische Schulbehörde wollte sich, da Pensionierungen nach § 6 in der Regel mit vollem Ruhegehalt erfolgten, offenbar nicht nachsagen lassen, sie habe sich der politischen Gegner auf finanziell wenig generöse Weise entledigt. Tatsächlich schloß die extensive Anwendung des § 6 auf sämtliche Lehrkräfte, die mindestens das 55. bzw. 52. Lebensjahr vollendet hatten, die Ausschaltung der gesamten älteren Generation des sozialistisch und demokratisch eingestellten Teils der Lehrerschaft ein; daneben ermöglichte dieses Vorgehen in Einzelfällen die Pensionierung jüngerer politisch mißliebiger Lehrkräfte, die man wie etwa den letzten Leiter der Lichtwarkschule vor 1933 und ehemaligen Bürgerschafts- und Reichstagsabgeordneten der Staatspartei, Heinrich Landahl nach einem der politischen Paragraphen aus dem Schuldienst nicht zu entfernen wagte.“¹²

Hinzu kam die Entlassung von sogenannten Doppelverdienerinnen. Bis Ende August 1933 waren in Hamburg 103 festangestellte verheiratete Lehrerinnen aus dem Schuldienst entlassen worden. 68 noch nicht festangestellten verheirateten Lehrerinnen war ebenfalls gekündigt worden.

Die so freigemachten Stellen besetzte Hamburg von 1933 bis 1935 mit insgesamt 468 jungen Lehrerinnen und Lehrern, zumeist nach 1900 Geborenen. Dass dies zur Stabilisierung des nationalsozialistischen Systems gedacht war, führte Hildegard Milberg näher aus:

„Diese jungen Lehrer waren in der überwiegenden Zahl an der Hamburger Universität ausgebildet worden; die meisten hatten ihr Reifezeugnis aufgrund der

Bestimmungen der Reichsverfassung über die Voraussetzungen der Lehrerbildung an einer höheren Schule erworben. Ihre entscheidende Bildung und politische Erziehung hatten diese Lehrer also durch Institutionen erhalten, die in der Weimarer Zeit nicht im Sinne der republikanisch demokratischen Staatsidee gewirkt, sondern ihre Schüler und Studenten an der Weimarer Republik vorbei auf eine künftige politische Ordnung hinerzogen hatten, was für die höheren Schulen gezeigt werden konnte und für die Universität in mindestens demselben Maße galt. Hinzu kam, daß die Brüningssche Sparpolitik im Schulwesen zu einem zweiten, erheblichen Stellenabbau und zu einer Einstellungssperre geführt hatte. Der nationalsozialistische Staat konnte daher sicher sein, daß er sich die meisten der 1933 neu Eingestellten nach den Jahren beruflicher Ungesichertheit und materieller Not, die sie durchlebt hatten, zu Dank verpflichtete.“¹³

Insgesamt gab es an Hamburger Schulen doch beträchtliche personelle Veränderungen in kurzer Zeit. Das muss man sicher berücksichtigen, wenn man sich die Frage stellt, wie die Nationalsozialisten in der Stadt mit der ältesten Lehrer-gewerkschaft der Welt und langen demokratischen Traditionen im Schulwesen so widerstandslos und schnell Fuß fassen konnten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu: Hans-Peter de Lorent: Rädchen im Getriebe, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent: „Die Fahne hoch“, Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, insbesondere S. 189 ff.
Sowie: Hans-Peter de Lorent: Der Nationalsozialistische Lehrerbund, in: Lehberger/de Lorent 1986, S. 119 ff.
- 2 Siehe dazu auch: Annemarie Biedermann: Als Sekretärin beim NSLB, in: Lehberger/de Lorent 1986, S. 125 ff.
- 3 Hildegard Milberg: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft, Hamburg 1970, S. 368 f.
- 4 HLZ 17/1933, S. 241.
- 5 HLZ 17/1933, S. 241.
- 6 Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis des Stadt- und Landgebietes, Schuljahr 1932–1933, herausgegeben von der „Gesellschaft der Freunde“ und vom Verein Hamburger Volksschullehrerinnen, Hamburg 1932 .
- 7 Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis des Stadt- und Landgebietes, Schuljahr 1935–1936, bearbeitet vom NSLB, Gau Hamburg, Hamburg 1935.
- 8 Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis des Stadt- und Landgebietes, Schuljahr 1938–1939, herausgegeben vom NSLB, Gauverwaltung Hamburg, Hamburg 1938.
- 9 HLZ 30/1933, S. 421.
- 10 HLZ 16/1933, S. 229.
- 11 Zitiert nach Milberg 1970, S. 370.
- 12 Ebd.
- 13 Milberg 1970, S. 371 f.

Die unvollendete Entnazifizierung

und

Was es so schwer machte, die Verantwortlichen im Hamburger Schulwesens in der Zeit des Nationalsozialismus nach 1945 zur Rechenschaft zu ziehen.*

Ich arbeite seit Anfang der 1980er Jahre an dem Thema „Schule unterm Hakenkreuz“, mit dem besonderen Fokus auf die Hamburger Geschichte und ausgeweitet auf den gesamten Bildungsbereich. Aus dieser Arbeit sind zwei Sammelbände entstanden. Einmal das Buch „Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz“, ein gemeinsames Produkt der Redaktion der Hamburger Lehrerzeitung und der Geschichtskommission der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, erschienen 1985, herausgegeben gemeinsam mit Ursel Hochmuth.¹

Im Jahr darauf habe ich mit Prof. Reiner Lehberger einen zweiten Band herausgegeben: „Die Fahne hoch“, Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz“².

Unsere Arbeiten waren zum einen Zeitzeugenberichte und die Aufarbeitung der uns damals zur Verfügung stehenden Quellen. Unser Fokus war die Darstellung der konkreten Auswirkungen nationalsozialistischer Politik: hier insbesondere der Schulpolitik. Die Perspektive war in erster Linie die der Betroffenen, der Opfer, die nicht vergessen werden sollten. Zu kurz kam dabei der Blick auf die Verantwortlichen, auf die Täter. Und genau dieses ist in den letzten Jahren mein Forschungsschwerpunkt geworden. Ich möchte verstehen, was jemanden zu einem Nationalsozialisten, zu einem Rassisten, zu einem Täter gemacht hat, mich interessieren die Motive, die konkreten Biografien und natürlich auch die jeweiligen persönlichen Auseinandersetzungen mit den eigenen Handlungen. Dafür gab es in den 1980er Jahren vielfach noch die Gelegenheit, mit manchen Zeitzeugen zu sprechen. So habe ich mit vielen Nazigegegnern gesprochen³, aber auch mit einem der Hauptverantwortlichen, dem Oberschulrat in der NS-Zeit für das Volksschulwesen und zweitem Mann im Nationalsozialistischen Lehrerbund, Albert Mansfeld, am 14.8.1989.⁴ Mit vergleichsweise wenig Erkenntnisgewinn. Was uns über lange Zeit nicht zur Verfügung stand, waren die Personalakten, auf denen eine Schutzfrist bis weit nach dem Tod der Betroffenen liegt, noch zum Teil erheblich verlängert, wenn es versorgungspflichtige Angehörige gibt. So warte ich heute noch auf die Freigabe der Personalakte eines Lehrers, der 1964 gestorben ist, aber in zweiter Ehe mit

einer erheblich jüngeren Frau verheiratet war, die und deren Versorgungsbezüge mich überhaupt nicht interessieren. Zwar achte ich den Datenschutz, aber was hier geschützt wird, ist für die wissenschaftliche Arbeit absurd.

Ein paar Sätze zur Forschungs- und Quellenlage bei diesem Thema.

Die für mich mittlerweile wichtigsten Quellen sind die Personal- und Entnazifizierungsakten im Hamburger Staatsarchiv oder auch in den Landesarchiven anderer Bundesländer. Viele Hamburger NS-Aktivisten sind in der Erkenntnis, dass sie nach 1945 keine Wiedereinstellungschance in Hamburg haben würden, in andere Bundesländer gewechselt. Nicht alle Akten sind zu erhalten, aber wenn vorhanden, von zum Teil erheblichem Wert. Insbesondere die Entnazifizierungsakten, meist beginnend mit den vielfach schon im Mai 1945 ausgefüllten Fragebögen, in denen zum Teil sehr intensiv die Gründe für NSDAP-Mitgliedschaften und Funktionen dargestellt werden, wo sich Persilscheine wiederfinden und Protokolle von Anhörungen und Sprüche der Entnazifizierungsausschüsse. Diese Dokumente waren in den 1980er Jahren nicht zugänglich. Auch das ehemalige Berlin Document Center, jetzt im Berliner Bundesarchiv, das auch die Personalakten der SS und die Karteien der NSDAP archiviert, sowie das Militärarchiv in Freiburg verfügen über unschätzbare Dokumente und Fotos.

Weil jetzt Quellen zur Verfügung stehen, die vorher verschlossen waren, ist es möglich, sich mit den Verantwortlichen zu befassen, Biografien der NS-Verantwortlichen zu schreiben, Täterprofile zu erstellen. Ich habe bis jetzt Unterlagen über etwa 300 Personen gesammelt und zum Teil schon verarbeitet, darunter alle Verantwortlichen in Regierungs- und leitenden Verwaltungsfunktionen während des Nationalsozialismus, aber auch Funktionäre des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, Schulleitungen und Personen, die im Hamburger Schulwesen besonders auffällig gewesen sind. Dies droht zu einer Lebensaufgabe zu werden, weil Forschung immer dazu führt, mehr Material zu finden, weitere Spuren, zusätzliche Personen und deren Verstrickung kennenzulernen. Im Laufe der Zeit hat sich mein Erkenntnisinteresse vom Verstehen wollen, welche Entwicklung Menschen zu NS-Tätern gemacht hat, darauf fokussiert, zu ergründen, wie diese Akteure sich 1945 und danach verhalten haben, wie sie mit ihrer Schuld umgegangen sind, wie die Entnazifizierung konkret ausgesehen hat.

Zur Frage der Entnazifizierung gibt es einige Arbeiten, einige Dissertationen, Dokumentationen und Sammelbände, in der Regel Übersichten über die Abläufe und Ergebnisse in den vier Besatzungszonen. Über Hamburg gibt es eine sehr gute Magisterarbeit von Karin Werum aus dem Jahr 1987, in der sie die Entnazifizierung der Verwaltungsbeamten untersucht, mit der Schwierigkeit, dass alle personenbe-

zogenen Daten und Akten zu dem Zeitpunkt noch unter Verschluss waren. Aufschlussreich ist auch ein Band, der weitgehend von Hochschullehrern der damaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) erstellt wurde: Restauration im Recht, 1988 herausgegeben. Jüngst gibt es einen Beitrag von Joachim Szodrzynski: „Entnazifizierung – am Beispiel Hamburg“.⁵

In diesem Rahmen ist es nicht möglich, detaillierter darauf einzugehen, wie die Machtübertragung auf die Nationalsozialisten in Hamburg ausgesehen hat und wie die Entwicklung im Hamburger Schulwesen ab 1933 gewesen ist. Aber ein paar Schlaglichter scheinen mir notwendig, auch um einige Entwicklungen nach 1945 differenzierter beurteilen zu können.

Die Nazis kamen 1933 auch in Hamburg nicht aus dem Nichts:

Dazu ein Hinweis auf die Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen 1931. Bei den Bürgerschaftswahlen 1931 gab es folgende Mandatsverteilung:

SPD 46 statt bisher (im Vergleich zu 1928) 60, Staatspartei 14 statt 21, DVP 7 statt 20, NSDAP 43 statt 3 und KPD 35 statt vorher 27.

Am 24.4.1932 erhielt dann die SPD 49 Sitze, die NSDAP 51, die KPD 26, DVP 5 Sitze und die Staatspartei 18 Sitze. Vorschlag von Richard Behn (DVP), einen Rechtssenat zu bilden ohne SPD: 5 NSDAP, 2 DNVP, 2 DVP, 3 Staatspartei notwendig. Behn trat übrigens am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein.

Ein anderes Beispiel: 1931 stellte der NS-Studentenbund bei den AstA-Wahlen an der Hamburger Universität mit 40,3 % der Stimmen erstmals den AstA-Vorsitzenden mit Heinz (Heinrich) Haselmayer. Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 hatte die NSDAP in Hamburg fast 320 000 Stimmen bekommen = 38,8 % und war damit deutlich stärkste Partei geworden (SPD 26,9 %; KPD 17,6 %).

Das war die Situation, aus der heraus das Hamburger Schulwesen umgeschaltet wurde. Der Deutschnationale Karl Witt⁶, der kurz darauf in die NSDAP übertrat, wurde Schulsenator, die reformpädagogisch orientierte „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ (kurz: „Gesellschaft der Freunde“ oder GdF) mit Sitz im Curio-Haus wurde gleichgeschaltet und ging in den NSLB⁷ auf, der Philologenverein folgte.

In diesem Zusammenhang ein paar Erkenntnisse, was dazu beigetragen hat, insbesondere die Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“, aus der viele in Deutschland bekannte Reformpädagogen hervorgegangen waren, so verhältnismäßig geräuschlos und geschmeidig zu vollziehen:

- Die neuen nationalsozialistischen Funktionäre waren in der GdF keine Unbekannten. Willi Schulz⁸, der Landesschulrat wurde und Gauamtsleiter des NSLB,

Albert Mansfeld, sein Stellvertreter im NSLB und Oberschulrat für das Volksschulwesen und Kurt Holm⁹, der zum Schulrat und Professor ernannt wurde und für die Kassen und das Curio-Haus zuständig war, waren als Volksschullehrer schon jahrelang Mitglieder gewesen, wenn auch ohne Bedeutung und Einfluss.

- Es gab eine verbreitete Illusion auf Seiten der alten GdF-Führung. Der Spuk werde bald vorüber sein – manche sprachen von sechs Monaten.
- Die NSDAP und die neue Führung des NSLB und der Schulverwaltung wurden unterschätzt. Über Schulz wurde gesagt, er sei „von fragwürdiger Qualität“¹⁰, ein „zu einer zusammenhängenden Darstellung nazistischen Gedankenguts unfähiger Redner“¹¹. Auch Albert Mansfeld wurde in der GdF vorgeführt, als Redner belächelt und verkannt, was das strategische Denken im Sinne der Nazis betrifft.
- Die bisherigen Größen der Gesellschaft der Freunde wurden zwar per Gleichschaltung Mitglieder des NSLB, traten aber während der NS-Zeit nicht in die NSDAP ein. Etwas anders war es mit wichtigen Funktionären des Hamburger Philologenvereins. Der damalige Vorsitzende, Theodor Mühe¹² wollte die Organisation im vorauseilenden Gehorsam am 11.4.1933 in den NSLB eingliedern und wurde mit einer Oberschulratsstelle belohnt, nachdem er einen NSDAP-Aufnahmeantrag gestellt hatte. Sein Nachfolger als Vorsitzender des Philologenvereins, der Schulleiter der Bismarck-Oberrealschule in Eimsbüttel, Karl Züge, folgte 1940 ebenfalls als Oberschulrat für die Höheren Schulen in die Schulverwaltung. Auch er war am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten.
- Die politisch-ökonomischen Bedingungen in den Wirren am Ende der Weimarer Republik sind zu berücksichtigen. Die Nazis zogen viele junge Lehrer in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen an mit ihrer Politik der massiven Einstellung junger Lehrer. Die ersten Maßnahmen der von der NSDAP geführten Regierung waren die Herabsetzung des Pensionsalters der Lehrer auf 58 Jahre, der Lehrerinnen auf 52 Jahre. Dadurch wurden 540 Lehrerplanstellen frei. Zudem wurden 254 verheiratete Lehrerinnen als sogenannte Doppelverdienerinnen (mit Lehrern verheiratet) entlassen, wodurch 340 männliche arbeitslose Lehrkräfte eingestellt werden konnten.

Um das Schulwesen nicht nur „umzugestalten“, sondern auch von unerwünschten Lehrkräften freizuhalten, gab es die große Säuberungsaktion mithilfe des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933“. Nach diesem Gesetz wurden in Hamburg in den Jahren 1933 bis 1935 insgesamt 637 Lehrkräfte aus dem Schuldienst entfernt.

Die so freigemachten Stellen besetzte Hamburg von 1933 bis 1935 mit insgesamt 468 jungen Lehrerinnen und Lehrern, zumeist nach 1900 Geborenen.

In der Gruppe um Landesschulrat und NSLB-Gauamtsleiter Willi Schulz waren solche jungen Lehrer: Albert Mansfeld, Kurt Holm, Wilhelm Lühning und der berüchtigte Albert Henze, alle 1900 oder 1901 geboren¹⁴ und, bis auf Henze, früh auch Mitglieder der Gesellschaft der Freunde geworden. Auch der NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter in Hamburg, Karl Kaufmann, war übrigens 1900 geboren.

- Der Umgang der neuen Machthaber mit den Repräsentanten der GdF und der Reformbewegung war kompromisslos.

Im April 1933 wurden in den Ruhestand versetzt: Landesschulrat Prof. Dr. Ludwig Doermer (DDP), die sozialdemokratischen Schulräte im Volksschulwesen Richard Ballerstaedt, Max Zelck und Dora Christiansen. Aus dem Amt als Schulräte entfernt, aber als Lehrer weiterbeschäftigt wurden Kurt Zeidler (SPD) und Hans Brunckhorst (DDP).

Im Amt verblieben die volksparteilichen Mitglieder Schulrat Wilhelm Grünewald und Oberschulrat Dr. Wilhelm Oberdörffer¹⁵ sowie Oberschulrat Prof. Udo Lohse für den Berufsschulbereich, die alle in die NSDAP eintraten. Nach ganz kurzer Suspendierung verblieb auch Fritz Köhne (SPD) im Amt sowie Gustav Schmidt, der parteilos war und blieb und deswegen später gehen musste. Auch Köhne trat 1937 in die NSDAP ein.¹⁶

Wichtig waren für die Nationalsozialisten umfangreiche personelle Säuberungen in der Hamburger Lehrerschaft. An „verdächtigen Schulen“, die sich vor 1933 durch demokratische Initiativen oder reformpädagogische Ansätze ausgezeichnet hatten, wurden Versetzungen vorgenommen. Das Prinzip der autoritären Schulleitung setzte voraus, dass Parteimitglieder oder den Nazis wohlgesonnene, zumindest „loyale“ Schulleiter ernannt wurden. Wobei niemand bis 1945 Schulleiter bleiben konnte, der nicht Mitglied der NSDAP wurde oder auf andere Weise nationalsozialistisch aktiv oder organisiert war, zum Beispiel in der SA oder der SS.

Senator Witt führte am 21. August 1933 315 neue Schulleiter an höheren Schulen, Volks- und Berufsschulen in ihr Amt ein.¹⁷ Offenbar waren in dieser Zahl auch stellvertretende Schulleiter enthalten, da es so viele öffentliche Schulen in Hamburg damals gar nicht gab.

Bis 1935 waren an den allgemeinbildenden Schulen Hamburgs 55 % der 1932/33 amtierenden Schulleiter durch neu Ernante ersetzt.

Im April 1933 gab es die erste umfangreiche Versetzungsaktion in Hamburg. Davon waren 63 Lehrerinnen und Lehrer an höheren Schulen und 98 an Volksschulen betroffen. Im Sommer 1933 wurden noch einmal 41 Volksschullehrerinnen und Lehrer versetzt.¹⁸ Charakteristisch für die diesen Aktionen zugrundeliegende

Absicht ist ein Vermerk des deutschnationalen Schulrats Dietrich Ossenbrügge in einer Versetzungsfrage: „Unter dem Einfluß eines großen nationalen Kollegiums“ werde der betreffende Volksschullehrer „bald von den marxistischen Schlacken gesäubert sein“. Auch Ossenbrügge wechselte in die NSDAP.

Durch die Herabsetzung des Pensionsalters gelang übrigens auch die Ausschaltung der gesamten älteren Generation des sozialistisch und demokratisch eingestellten Teils der Lehrerschaft.

- In einem interessanten Dokument des „fanatischen“ Dr. Hans Rösch, der 1934 am Wilhelm-Gymnasium durch eine Rede am 31.1.1934 vor Schülern nahezu das gesamte Kollegium provozierte und niemanden akzeptieren wollte, der keine nationalsozialistischen Wurzeln hatte, ist bekannt geworden, was personalpolitisch hinten den Kulissen passierte. Er verriet, wie die Schulleiterliste zusammengestellt wurde, die der neue Schulsenator Witt unterzeichnete, der als Deutschnationaler in den Senat gekommen war: Der NSDAP-Oberschulrat Walter Behne hatte Rösch erzählt, wie das Verfahren abgelaufen war: „Der kurzzeitige Landesschulrat Meyer, Behne, der schon 1930 NSDAP-Mitglied geworden war und die anderen beiden Oberschulräte für das Höhere Schulwesen, Oberdörffer, früher DVP, und Mühe, früher DNVP, inzwischen aber auch der NSDAP beigetreten“, was für Rösch ein Akt des Opportunismus war, „saßen an einem Tisch: Schlag nun Behne einen Nationalsozialisten vor, so überstimmten ihn sofort die drei andern, wenn ihnen der Vorschlag aus irgend einem Grund nicht genehm war. So kamen vorwiegend Mitglieder des Philologenvereins nicht aber des NSLB auf die Liste.“ Was der Hitzkopf Rösch nicht realisierte, war, dass alle benannten Schulleiter nacheinander auch NSDAP- und NSLB-Mitglieder wurden. Die Philologenverein-Kontakte spielten auch nach 1945 wieder eine Rolle. Netzwerke funktionieren fast zu allen Zeiten.¹⁹
- Wer verstehen will, warum die Lehrerschaft und insbesondere die männliche Schülerschaft eine Affinität für die nationalsozialistische Bewegung entwickelte, muss auch etwas über das Klima an den Höheren Schulen in Hamburg in den Jahren der Weimarer Republik wissen. Zwei verschiedene biografische Wege der Hamburger Lehrerschaft haben dafür eine wichtige Rolle gespielt. Einerseits gehörten die Lehrer in damaligen Zeiten noch nicht zu den gut Verdienenden, den Arrivierten. Das ist durch gewerkschaftliche Aktivitäten nach den 1950er Jahren erkämpft worden. Die Schulmeister in den 1920er und 1930er Jahren waren größtenteils Hungerleider, die mit Nebentätigkeiten versuchen mussten, ihre Familie zu ernähren. Ungesicherte Stellen ließen viele am Existenzminimum leben, die Maßnahmen der NSDAP habe ich schon benannt. Das betraf insbesondere die Generation der um 1900 Geborenen.

Die etwas älteren Kollegen waren durch den Ersten Weltkrieg sozialisiert worden. Unter ihnen eine erhebliche Zahl, die den gesamten Krieg meist als Offiziere mit patriotischer, häufig deutschnationaler Grundhaltung erlebt hatten. Viele von ihnen waren in Gefangenschaft gewesen, eine erhebliche Zahl mit schweren Kriegsverletzungen, die Anzahl der Kriegsversehrten mit Verlust eines Armes oder Beines war evident. Eine große Anzahl der in den 1890er Jahren Geborenen hatte 1914 das Studium, die Ausbildung unterbrechen müssen und war später überaltert in den Beruf gekommen. Die Depression nach der Niederlage, dem „Versailler Diktat“ hatte sich in viele Seelen gebrannt und das Erstarken des Großdeutschen Reiches löste bei manchem alten Kämpfer die Hoffnung aus, „Rache zu nehmen, die persönliche und nationale Ehre wieder herzustellen“, dies alles in Führungsstrichen aber mit einer Wirkung auch auf den Unterricht in den Höheren Schulen.

Ich selbst habe übrigens als Schüler von meinen Lehrern noch Mitte der 1960er Jahre den Begriff „Versailler Diktat“ gelernt.

Als der Band „Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz“ 1985 vorgestellt wurde, hatte der damalige Schulsenator Joist Grolle festgestellt: „Das Problem ist nicht Hitler. Das Problem ist der Faschismus, sind die Denkstrukturen, die den Faschismus ermöglicht haben. Das, was uns nicht ruhen lassen kann, ist die Tatsache, dass ein ganzes Volk, in allen seinen Schichten, sich hat moralisch und politisch korrumpieren lassen; dass ein ganzes Volk Komplize eines Systems geworden ist, das alle bis dahin in Europa gültigen sittlichen Normen sprengte.“²⁰

Gerade diese Komplizenschaft hat sicher dazu beigetragen, dass die dunklen Teile unserer Geschichte nur so mühsam erhellt werden konnten. Wie konnte es angehen, dass ein Buch über Hamburger Schulen unterm Hakenkreuz erst 1985 erschien, als so viele Zeitzeugen nicht mehr lebten? Und die umfassende Darstellung der „Hamburger Schulen im Dritten Reich“ von Uwe Schmidt noch einmal 25 Jahre später?²¹

Diese Fragen beschäftigen mich, seitdem ich intensiv an dem gesamten Thema forsche und arbeite.

Es hat mich schon sehr stutzig gemacht, dass wir bereits bevor die erste Auflage des Buches „Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz“ nach einem Jahr vergriffen war, feststellen mussten: Die geringste Resonanz fand unsere Aufarbeitung der Geschichte bei den älteren Kolleginnen und Kollegen, in den Kreisen der Ruheständler.

Lassen Sie mich dazu ein paar Erkenntnisse formulieren:

1. Die Geschichte der Hamburger Schulpolitik unterm Hakenkreuz konnte wissenschaftlich nur von den Nachgeborenen aufgearbeitet werden. Die Beteiligten, Akteure, Betroffenen waren zu sehr involviert oder verstrickt. Auch die Chronisten, die als Zeitzeugen Geschichte festgehalten haben, etwa für die Gesellschaft

der Freunde, sind nicht frei von Widersprüchen. So etwa Friedrich Kraus, der von 1919 an als Autor für die „Pädagogische Reform“ und dann bis 1972 für die Hamburger Lehrerzeitung als Redakteur und Chronist tätig war, die Festschrift „150 Jahre Gesellschaft der Freunde“ 1955 verfasste und viele Hamburger Schulmänner porträtierte. Selbst ein solch anerkannter Mann wie Friedrich Kraus konnte die NS-Zeit nur vor dem Hintergrund seiner eigenen Biografie aufarbeiten.

Kurt Zeidler berichtete über ihn: „Als dann der Umbruch kam, fürchtete der von Natur so ängstliche wie redliche Mann mit vollem Recht, daß man sich an ihm rächen würde. Um sich zu sichern, entschloß er sich 1933 zum Eintritt in die NSDAP, aus purer Furcht, Ehefrau und drei Kinder würden sonst seine Charakterfestigkeit zu bezahlen haben.“

Auch andere, die viel publiziert haben, wie etwa Hartwig Fiege, von 1935–1937 Assistent bei Prof. Gustaf Deuchler an der Universität Hamburg, der später u. a. eine Biographie über Fritz Köhne schrieb, über eine der am differenziertesten zu beurteilenden Personen in der Schulverwaltung unterm Hakenkreuz, auch Fiege war verstrickt in diese Zeit, was seine Aufsätze zu volkskundlichen Themen etwa aus dem Jahre 1937 und seine NSDAP-Mitgliedschaft belegen. Fiege, der in der NS-Zeit Schulleiter an der Schule Hübbesweg 8 war, trat nach Auskunft der ehemaligen dortigen Schülerin Gerda Rothenburg in der Schule in NS-Uniform auf.²³

Die nationalsozialistische Zeit ist von vielen Beteiligten persönlich niemals aufgearbeitet worden. Aus Reaktionen von Familienangehörigen von Personen, deren Geschichte ich in der Hamburger Lehrerzeitung porträtiert habe, weiß ich, dass in den Familien diese Zeit ausgespart worden ist. Erst durch die veröffentlichten Aufsätze und das zur Verfügung stellen von Dokumenten sind Dimensionen dieser Väter, Großväter und Urgroßväter klarer geworden, wobei immer deutlich war, dass hier etwas düster Unbekanntes unausgesprochen geblieben war.

Hamburg 1945

Bevor ich jetzt auf die Phasen der Entnazifizierung in Hamburg eingehe, muss noch kurz skizziert werden, wie die Stadt im Mai 1945 aussah:

Hamburg lag 1945 in Trümmern. „Es blutet aus tausend ungeschlossenen Wunden“. Von 563 600 Wohnungen waren 277 330 total zerstört worden, die meisten davon im Juli 1943, als britische und amerikanische Bomber im Rahmen der „Operation Gomorrha“ Einsätze über Hamburg flogen. Von den etwa 45 000 Menschen in Hamburg, die Opfer der Luftangriffe wurden, starben allein 35 000 in diesen Tagen, 125 000 Menschen waren verletzt. Hinzu kamen noch etwa 80 000

Tote, die als Soldaten gestorben oder als Juden und antifaschistische Widerstandskämpfer ermordet worden waren.

3500 Industrieunternehmen oder Betriebe waren zerstört. 540 ausgebrannte oder zerbombte Schiffe lagen im Hafen oder in der Elbe auf Grund. 277 Schulen, 24 Krankenhäuser und 58 Kirchen waren zerstört; 43 000 000 Kubikmeter Schutt waren übriggeblieben.

Nahezu zum Erliegen kamen Gewerbe und Industrie im katastrophalen Winter 1946/47. Die letzten knappen Vorräte waren aufgebraucht, gegen die eisige Kälte gab es kaum Abwehrmöglichkeiten. „Frierend hocken unterernährte Hunderttausende in ihren herbstfeuchten Wohnungen, sitzen in ungeheizten Kontoren und Werkstätten und sind den steigenden Gefahren der gesundheitlichen Anfälligkeit ausgesetzt“, stellte Max Brauer fest. Und: „Mit 1500 Kalorien läßt sich keine neue Stadt und keine Demokratie aufbauen.“²⁴

Die englischen Truppen waren am 3.5.1945 in Hamburg einmarschiert. Hamburg kapitulierte und unterstand der britischen Militärregierung.

Zu den ersten Aufgaben, denen sich die Militärs stellten, gehörten die Reorganisation und Kontrolle der Verwaltung. Dementsprechend wurde in Hamburg schon einen Tag nach Übernahme der Machtbefugnisse durch die britische Militärregierung damit begonnen, politisch belastete Beamte und Angestellte der Verwaltung aus dem Dienst zu entlassen.

In Hamburg hatte seit den Luftangriffen im Sommer 1943 kein regulärer Unterricht mehr stattgefunden. Im Zuge der Kinderlandverschickung (KLV) waren etwa 150 000 Hamburger Kinder zwischen 6 und 14 Jahren in den Jahren von 1940 bis 1945 mit etwa 3000 Lehrern in KLV-Lagern, hauptsächlich im Gau Bayreuth, aber auch in den Gauen München-Oberbayern, Sachsen und Wien untergebracht.

Bei Kriegsende waren noch viele Kinder in KLV-Lagern, sodass die Rückführung dieser Schüler nach Hamburg eine der ersten Aufgaben der neuen Schulverwaltung war.

Von den 463 Schulgebäuden in Hamburg waren 97 total zerstört und 60 so schwer beschädigt, dass eine Wiederherstellung auf absehbare Zeit ausgeschlossen schien. Lediglich 179 unbeschädigte Schulgebäude waren erhalten geblieben. Zusammen mit 65 leicht beschädigten Gebäuden war also etwa die Hälfte der Schulgebäude noch benutzbar.

Bei Kriegsende waren 217 Schulhäuser durch deutsche Stellen für andere Zwecke in Anspruch genommen. 64 wurden mit englischen Truppen belegt.

Die Erfassung der Anzahl der Schüler anhand ausgegebener Lebensmittelkarten ergab im Juni 1945 die Zahl von etwa 100 000 Schülern.

Phasen der Entnazifizierung

Zu den Ausgangsbedingungen für die Entnazifizierung:

„Trotz unterschiedlicher methodischer Ansätze kommen alle Autoren zu dem Ergebnis, daß die Entnazifizierung gescheitert ist. Durch sie wurde nicht erreicht:

1. die Ausschaltung aller aktiven Nazis aus dem öffentlichen Leben,
2. eine Änderung der Sozialstruktur und der autoritären Gesellschaftsordnung,
3. eine aktive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.

Der Erfolg der Entnazifizierung, auch darüber sind sich alle Autoren einig, bestand in der zeitweiligen Ausschaltung der Nationalsozialisten, die den Demokraten ermöglicht habe, ihre Kräfte dem neu aufzubauenden Staat zu widmen, und nicht der Auseinandersetzung mit radikalen politischen Kräften.“ So Karin Werum.²⁵

Von Anfang an gab es bei allen Entnazifizierungsüberlegungen „den Konflikt zwischen der Erhaltung von funktionsfähigen Verwaltungen als Voraussetzung für die Regierbarkeit des besetzten Deutschlands einerseits und der Ausschließung politisch belasteter Beamter andererseits“²⁶.

Es gab unterschiedliche Strategien und Positionen der Militärregierungen in den vier Besatzungszonen. Wenn man es vereinfacht abstufen will, gab es das rigoroseste Vorgehen in der sowjetischen Zone, massiv in der amerikanischen Zone, weniger strikt in der englischen und am geringsten in der französischen Besatzungszone.

Ich konzentriere mich im Weiteren darauf, wie die Strategie in der britischen Besatzungszone aussah, insbesondere in Hamburg.

Auf englischer Seite standen sich zwei Positionen gegenüber. Die eine, hauptsächlich von Labour-Politikern vertreten, forderte die kompromisslose Zerschlagung der bisherigen NS-Verwaltung, da nur auf diese Weise eine dauerhafte soziale und politische Neuordnung möglich würde, wofür sogar das Risiko eines Chaos in Kauf genommen werden sollte. Vizepremier Attlee sah das „eigentlich aggressive Element des Nationalsozialismus in der preußischen Junker-Klasse mit ihren tiefen Wurzeln in Reichswehr und Beamtentum im Bündnis mit den Schwerindustriellen. Dieses ‚preußische Virus‘ sollte ausgemerzt werden, um eine Wiederholung der Situation wie nach dem letzten Weltkrieg zu verhindern. Dazu seien tiefgreifende strukturelle Veränderungen in Deutschland erforderlich, die über die Entnazifizierung hinausgehen sollten.“²⁷

„Im Gegensatz dazu legten die Planer des Foreign Office (FO) den größeren Wert auf die Regierbarkeit eines besetzten Deutschlands. Voraussetzung dazu waren funktionsfähige Verwaltungen, deren Bewahrung und Indienststellung sie zum Grundsatz ihrer Überlegungen machten.“²⁸

Ähnliche Überlegungen spielten auch bei den nach 1945 in Hamburg Verantwortlichen der Britischen Militärregierung eine wesentliche Rolle.

Die Siegermächte einigten sich im Hinblick auf ihr Kardinalziel, die Zerschlagung des Nationalsozialismus, auf eine „Minimallösung“. Die Struktur des deutschen Beamtenapparates, der von den Nationalsozialisten zum „Herrschaftsinstrument des totalitären Staates“ umfunktioniert worden war, sollte beibehalten werden. Bei der Erwägung einer Kooperationsbereitschaft der Beamten mit der Militärregierung setzten die Planer auf deren Berufsprinzipien wie Pflichterfüllung und Überparteilichkeit. Der Akzent lag also weniger auf Strukturveränderungen, wie sie von Attlee gefordert worden waren, als auf einer Umwandlung seines politischen Bewusstseins, was die Amerikaner später in ihrer Zone unter dem Motto „reeducation“ herbeizuführen versuchten.²⁹

Im Fokus stand die Entlassung der „politischen Beamten“, der Funktionsträger der NSDAP und der anderen Naziorganisationen. Bei dem anderen Teil des deutschen Beamtentums, den „Laufbahnbeamten“, ging man davon aus – sofern es sich um Parteimitglieder handelte –, daß sie nicht notwendigerweise Nazis aus Überzeugung waren, sondern „gezwungenermaßen“, um ihre Posten nicht zu verlieren, oder „automatisch“ bei Neueinstellung der Nazi-Partei beitraten.³⁰

Joachim Szodrzynski schreibt, dass am 3. Mai 1945 „in Hamburg 21 896 Beamte beschäftigt“ waren, „von denen maximal 10 Prozent nicht der NSDAP oder ihren Gliederungen angehörten.“³¹

Hamburg unter Verwaltung der Britischen Militärregierung

Dem Einmarsch der kämpfenden britischen Truppen in Hamburg am 3. Mai 1945 folgten Einheiten, die für die Verwaltung der Aufgaben der Militärregierung vor Ort zuständig waren.

„Im Dezember 1945 waren in diesem Verwaltungsbezirk der britischen Zone insgesamt alleine 340 britische Offiziere (ohne die anderen britischen Bediensteten) beschäftigt. Hinzu kam eine wachsende Zahl deutschen Personals; im Juni 1946 ca. 3775 Personen.“³²

Festzuhalten ist, dass die britische Besatzungspolitik pragmatischen Überlegungen wie dem Funktionieren der Verwaltung, der Ankurbelung der Wirtschaft sowie der Instandsetzung der Verkehrswege, der Trümmerbeseitigung und Wohnraumbeschaffung den Vorrang einräumte. Die Entnazifizierung wurde diesen Zielsetzungen untergeordnet. Und nachdem, was ich über die Situation in Hamburg 1945 geschildert habe, ist dies durchaus nachvollziehbar.

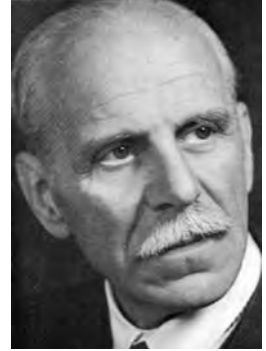
Erste Phase der Entnazifizierung: Einziges Kriterium für die Entfernung eines

Beamten aus seinem Amt war in der ersten Phase, der britischen Phase der Entnazifizierung, die Mitgliedschaft in der NSDAP, sofern der Beitritt vor dem 1. April 1933 erfolgt war. Eine Woche später wurden diese Bestimmungen erweitert um die Mitgliedschaft in der SS oder SA.³³

Der Kreis der auszuschaltenden Nazis wurde dann auf die Parteibuchbeamten, die Amtsträger in der Partei oder deren Organisationen und auf Denunzianten und Spitzel ausgedehnt, unabhängig vom Eintrittsdatum. Die Beamten, die nach dem maßgeblichen Stichtag, der jetzt auf den 1. Mai 1937 (Reichsbeamtengesetz) festgelegt worden war, der Partei beigetreten waren und sich nicht aktiv am Nationalsozialismus beteiligt hatten, durften vorläufig im öffentlichen Dienst verbleiben, wobei nicht genau definiert wurde, wer den „Tatbestand der Aktivität erfüllt hatte.“

Die Unsicherheit der britischen Offiziere bei der Bewertung der Frage, wie gravierend Mitgliedschaften und bestimmte Funktionen in NS-Organisationen zu gewichten seien, nutzte Bürgermeister Rudolf Petersen, um durch ein Gutachten Hilfestellung anzubieten.

Ausgerechnet Oscar Toepffer, seit März 1938 Leiter des Rechtsamtes und später Mitglied des NS-Senates, der nach Ende der Nazizeit von Bürgermeister Rudolf Petersen vorerst im Amt belassen wurde, und Wilhelm Kiesselbach, Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts, wurden mit dieser Aufgabe betraut. Toepffer wurde später, am 14. November 1945, wegen seiner NS-Vergangenheit auf Veranlassung der Militärregierung entlassen. Ein Memorandum von Kiesselbach vom Juni 1945 zur Wiedereinstellung von Richtern und Staatsanwälten, das seitens der Briten scharf kritisiert wurde, führte zu seiner Pensionierung „zum frühestmöglichen Zeitpunkt“ im Oktober 1946. Danach war er allerdings noch in zahlreichen Fällen Vorsitzender der Entnazifizierungsausschüsse, insbesondere im Höheren Schulwesen, und bekannt für äußerst milde Entscheidungen. In seinem Memorandum zur Entnazifizierung hatte Kiesselbach geschrieben, dass schon 1933 „viele angesehene Männer den Eintritt in die Partei warm befürwortet und für die Partei gewirkt“ haben bzw. für



Rudolf Petersen



Oscar Toepffer



Wilhelm Kiesselbach

„den Beitritt so zahlreicher einwandfreier Männer 1937 und auch das Verbleiben in der Partei bei früher Eingetretenen“. Er bescheinigte der NSDAP, „sie richtete sich gegen die Republik und das parlamentarische System, aber sie bekämpfte nicht ... den demokratischen Gedanken“. Und an anderer Stelle behauptete Kiesselbach: „Kein objektiver Historiker wird jemals bestreiten können, daß Hitler damals unerhörte, dem Frieden dienende Chancen gehabt hätte, wenn er ein Staatsmann gewesen wäre.“ Wulff D. Hund und Christian Seegert wiesen darauf hin, dass diese Chancen, die Kiesselbach ausführlich durch die Aufzählung der wirtschafts-, sozial- und außenpolitischen Erfolge des Faschismus bis 1937 bzw. 1939 zu dokumentieren versuchte, auch genutzt worden seien und erst „verspielt wurden durch die skrupel- und ruchlose Ausübung der Regierungsgewalt durch Hitler und seine vielleicht zum Teil auch minderwertigen Gesellen, wie sie namentlich während des Krieges erfolgte und besonders in seinen letzten Phasen und jetzt nachträglich bekannt geworden ist. Selbst die meisten Mitglieder der Partei lebten so infolge einer ‚eisernen Censur‘ in Unkenntnis der Verbrechen ihrer Führer, weshalb nachträglich bloße Parteizugehörigkeit auch für die Entnazifizierung kein Kriterium sein könne und nicht zur Entlassung führen dürfe.“³⁴

Toepffer und Kiesselbach hatten am 3.9.1945 ein entsprechendes umfangreiches Papier vorgelegt. Ihr Gutachten liest sich, wie ein von Amts wegen erstellter „Persilschein“. Die NS-Funktionsträger wurden darin als vom Hitlerregime Verfolgte und Erpresste dargestellt und auf diese Weise von jeglicher geschichtlicher Verantwortung entbunden. Trotz der Disqualifizierung der beiden Gutachter hatte diese Positionierung eine durchschlagende Wirkung. Der Tenor des Gutachtens tauchte in späteren Anweisungen an die Entnazifizierungsausschüsse immer wieder auf. Außerdem wurde diese Schrift an die Beratenden Ausschüsse, die seit August 1945 zur Unterstützung der Denazifizierungsoffiziere eingesetzt worden waren, verteilt, „damit diese bei den Verhandlungen mit den Funktionsoffizieren den Standpunkt des Herrn Bürgermeister kennen“.³⁵ Je weniger die Militärregierung eine klare Vorstellung von den „wirklich gefährlichen“ Nazis hatte, desto mehr war sie auf die Kenntnisse der Deutschen über die Verhältnisse im Nationalsozialismus angewiesen. Die Einflussmöglichkeiten des Bürgermeisters und der Beratenden Ausschüsse waren entsprechend groß.

Nachdem Oscar Toepffer entlassen worden war, bemühte er sich erfolgreich um Zulassung als Rechtsanwalt. Seine Sozietät war dann eine der wichtigsten Anlaufstellen für ehemalige Nazis, die sich mit Toepffers fachkundiger Hilfe Pensionen und Wiedereinstellungen erstritten.

Die Ratlosigkeit der Militärregierung und deren Unkenntnis der personellen und organisatorischen Verhältnisse im Nationalsozialismus nahm Rudolf Petersen

zum Anlass, dem britischen Kommandeur die Bereitschaft der Zivilverwaltung anzubieten, die Säuberung der Beamtenschaft selbst und unter deutscher Verantwortung durchzuführen.

Damit begann praktisch die zweite Phase der Entnazifizierung.

Am 8.8.1945 wurde der Bürgermeister von der Militärregierung beauftragt, unverzüglich in jeder Abteilung der Zivilverwaltung Ausschüsse (Advisory Councils) zu bilden. Jeder Ausschuss sollte sich aus drei deutschen Mitgliedern – jeweils ein Beamter oder Angestellter des höheren, gehobenen und mittleren Dienstes – zusammensetzen. Den Vorsitz übernahm der Funktionsoffizier der zuständigen Abteilung der Militärregierung. Die Ausschussmitglieder durften zu keiner Zeit der NSDAP angehört haben. Ihre politische Vergangenheit wurde an Hand des Fragebogens von der Militärregierung überprüft. Voraussetzung für ihre Mitarbeit war, dass „sie das Personal der betreffenden Abteilung, für die der Ausschuss zuständig war, persönlich kannten“.³⁶ Es sollte darauf geachtet werden, dass jene Kreise der Bevölkerung, die unter dem Nationalsozialismus gelitten hatten, „z.B. Linksparteien, Religionsgemeinschaften usw.“, an der Entnazifizierung beteiligt wurden. Unter dem Vorwand, dass keine Rachegefühle die Urteile der Ausschüsse beeinflussen sollten, strich der bürgerschaftliche Wahlausschuss jedoch Kommunisten und Widerständler von der Vorschlagsliste. Hans Dreckmann, Mitglied dieses Wahlausschusses der Bürgerschaft, schrieb dazu: „Von den vorgeschlagenen Kommunisten lehnen wir einen ab, weil man ihn bei der kommenden Arbeit nicht für objektiv genug hielt, da der Betreffende auf der roten Seite im spanischen Bürgerkrieg gekämpft hatte, zwei andere, weil sie am französischen Widerstand aktiv beteiligt gewesen, und einen vierten, weil er erst seit 1944 in Hamburg lebte und beim Militär unbeliebt war.“³⁷

Von 21 896 Verwaltungsbeamten zum Zeitpunkt der Kapitulation waren am 1.5.1946 4868 verhaftet, entlassen oder suspendiert worden, darunter bis auf wenige Ausnahmen alle Schulleiter. In der Schulverwaltung alle Schulräte außer Fritz Köhne.

Die Mitglieder der Fachausschüsse, die aus sechs bis acht Personen bestanden, wurden vom Zentralausschuss ernannt.

Ende Januar 1947 „waren 2064 Bürger der Stadt mit der politischen Säuberung beschäftigt, und zwar freiwillig und ehrenamtlich.“³⁸

„Für den Großteil der Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen stand die Entfernung aus dem Amt und der Stellung im Ermessen der Entnazifizierungsausschüsse. Die Weiterbeschäftigung eines Betroffenen bedeutete aber keineswegs, dass er straffrei ausging. Er wurde unter Umständen in seiner Position herabge-

setzt, sein Bezüge wurden gekürzt oder seine Beförderung aus der Zeit seiner Zugehörigkeit zur NSDAP rückgängig gemacht.“³⁹

Abstand nahmen die Alliierten jedoch von einer radikalen Säuberung, da sie einen erheblichen Personalmangel befürchteten, wie es die Entnazifizierungspraxis in der amerikanischen Zone gezeigt hatte. Dort war die Militärregierung in den ersten Nachkriegsmonaten härter als in den anderen Besatzungszonen gegen die Nazis vorgegangen.

Die Beratenden Ausschüsse für die Verwaltungsbehörden prüften die Fragebogen der Beamten, die sie danach in drei Kategorien einteilten: zwangsweise oder aufgrund einer Ermessensentscheidung zu entfernen oder aber als „einwandfrei“ anzusehen. Sie verfassten Empfehlungen darüber, ob der Beamte entlassen oder weiterbeschäftigt werden sollte. Stimmt der Funktionsoffizier mit dem Vorschlag des Beratenden Ausschusses überein, wurde die Entfernung bzw. Bestätigung im Amt unverzüglich angeordnet. Komplizierter war das Verfahren in Zweifels- oder Ausnahmefällen („Milderungsparagraph“) oder, wenn der Funktionsoffizier nicht mit der Empfehlung des Beratenden Ausschusses übereinstimmte. Dann wurde der zuständige Fachausschuss um seine Stellungnahme gebeten und die ganze Angelegenheit an den Public Safety/Special Branch weitergeleitet. Kam es auch dann zu keiner Übereinstimmung, wurde noch die Stellungnahme des Zentralausschusses eingeholt und der Fall zur endgültigen Entscheidung dem Kommandeur der Militärregierung vorgelegt.

Die Entnazifizierungsausschüsse hatten also auch jetzt nur beratende Funktion. Ihre Gutachten bekamen aber dadurch Gewicht, dass sie in keinem Falle unberücksichtigt blieben oder nicht gegen ihr Votum entschieden wurde, ohne Anrufung des Kommandeurs.

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Zusammensetzung in den Fach- und Beratungsausschüssen ergaben sich sehr unterschiedliche Verfahren bei den Volksschullehrern und Lehrern der Höheren Schulen und insbesondere auch in anderen Berufszweigen, etwa in der Justiz und den verschiedenen Bereichen im Hochschulwesen, zu dem auch die Ärzte des Universitätskrankenhauses gehörten. Aus meiner Sicht wurden bei den Volksschullehrern und deren Rektoren sehr viel strengere Maßstäbe angelegt als bei den Lehrern und Schulleitern der Höheren Schulen, insbesondere, nachdem Oberschulrat Heinrich Schröder gestorben war, der einen guten und kritischen Überblick über diesen Schulbereich hatte. Kurt Zeidler, ehemaliger Schulleiter und Proponent (Vorsitzender) der „Gesellschaft der Freunde“, beschrieb, wie er mit Senator Heinrich Landahl, Fritz Köhne und Major Shelton, dem für den Bildungsbereich zuständigen Offizier der Britischen Militärregierung, den Anfang der Entnazifizierung organisierte:

„Die Pflicht, die von der Militärregierung angeordnete politische Aussiebung der Lehrerschaft vorzunehmen, war nicht nur zeitraubend, sondern auch seelisch belastend. In Hamburg hatten wir das Glück, mit Major Shelton einen Erziehungsoffizier vorgesetzt bekommen zu haben, mit dem sich reden ließ. Stunden- und tagelang saßen wir mit ihm in Landahls Amtszimmer um den großen Tisch herum, auf dem die Fragebogen in hohen Stapeln lagen, und gingen sie einzeln mit ihm durch. Wir waren froh darüber, daß Shelton diese Form gewählt hatte; hätte er, wie es anderswo vielfach geschah, unsere Empfehlungen verschmäht und seine Entscheidungen lediglich aufgrund der formalen Angaben in den Fragebogen getroffen, wäre eine Unzahl von Fehlentscheidungen unvermeidlich gewesen. Oft ließen die Angaben im Fragebogen eine Belastung vermuten, die keineswegs bestand; andererseits gab es politisch kompromittierte Denunzianten und Zutreiber, deren Fragebogen nichts Nachteiliges aussagte. Hier ausgleichend und korrigierend zu wirken, war unsere Aufgabe, die zu erfüllen uns aber nur dadurch möglich wurde, daß Shelton uns Vertrauen entgegenbrachte.“⁴⁰



Heinrich (Heinz) Schröder



Heinrich Landahl

Bürgermeister Rudolf Petersen plädierte in seiner Denkschrift zur „Denazifikation“ dafür, den Umfang der auszuschaltenden Personen möglichst gering zu halten, mit der Begründung, dass ein großer Kreis von Unzufriedenen die Gefahr für „jede Art von Radikalismus“ heraufbeschwöre. Er schlug deshalb vor, die Masse der Mitläufer von der Entnazifizierung auszunehmen, um sie „für die neue demokratische Entwicklung zu gewinnen“. Er sah darin die Chance, „den inneren Frieden zu sichern und die Kontinuität der Gesellschaftsordnung zu bewahren.“⁴¹

Als neues wichtiges Kriterium wurde die „innere Überzeugung“ in den Vordergrund gestellt. Entscheidend war nicht mehr die tatsächliche Funktion eines NS-Beamten, sondern seine subjektive Bindung an das System. Hier wurde justitiabel, was als das Wunder der Nachkriegszeit in die Geschichte einging: „Die Deutschen waren bis auf die Männer um Hitler praktisch Mitläufer“, wie es der Kommandant der Britischen Militärregierung Hugh Armytage am 21.5.1946 formulierte.⁴² Als ausreichend entlastend



Hugh Armytage

betrachteten die Ausschüsse den Nachweis einer lediglich zahlenden Mitgliedschaft oder den Eintritt in die NS-Organisation „unter Druck“.

„Nach Darstellung der Hamburger Volkszeitung ertranken die Beratenden Ausschüsse geradezu in einer Flut von Leumundszeugnissen, mit denen sich die Nazis zu entlasten suchten. Die Zahl und der Entlastungseifer dieser Zeugnisse waren allerdings nicht davon abhängig, „welche Nazitätigkeit der so ‚Entlastete‘ ausübte, sondern ausschließlich davon, welche (...) verwaltungsmäßige Macht er besaß“. D.h.: Je höher der Posten, umso mehr Beziehungen und umso erfolgreicher die Selbstverteidigung. „Eindeutigen Gerüchten“ zufolge wurden die „Persil-Scheine“ sogar auf dem Schwarzen Markt in Hamburg gehandelt.“⁴³

Dass es sich bei solchen Entlastungszeugnissen oftmals um Gefälligkeitsatteste handelte und wie sie zustande kamen, beschrieb Gerd Bucerius, Herausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“, zu dem nach Kriegsende in Hamburg als „unbelastetem Rechtsanwalt“ viele NSDAP-Angehörige kamen:

„Sie weinten in meinem Sessel, wie sehr sie unterdrückt und ganz gegen ihren Willen in die Partei gezerrt worden seien. Ich wußte: Meist war es anders gewesen. Aber wenn man den Mann oder die Frau laut versichern ließ und ihnen bestätigte, sie seien nie Nazis gewesen, dann war doch wohl die Chance, daß sie es in Zukunft nicht wieder wurden. So habe ich denn für die ‚Mitläufer‘ massenweise ‚Persil-Scheine‘ geschrieben ...“⁴⁴



Fritz Köhne

In einem Porträt über Fritz Köhne berichtete Hartwig Fiege, wie Köhne nach 1945 Persilscheine ausstellte. „Die Überprüfung der politischen Zuverlässigkeit durch das Verfahren der Entnazifizierung führte viele Lehrkräfte mit der Bitte um Hilfe zu Fritz Köhne. Er stellte manchem ehemaligen Parteigenossen, den er als redlichen Menschen kannte, einen ‚Persilschein‘, d.h. ein entlastendes Schriftstück, aus, das dem Betroffenen im Entnazifizierungsverfahren hilfreich sein konnte. Jetzt kamen sogar Menschen zu ihm mit der Bitte um Hilfe, die sich einst gegen das Verbleiben des ‚roten Schulrats‘ in der Behörde gestellt hatten. So manche der gefallenen Größen kam bei der Entnazifizierungsaktion zu Köhne, um sich von ihm bescheinigen zu lassen, daß alles nicht so schlimm gewesen wäre, wie es nach den Daten zu sein schien. In gütiger, innerlich verzeihender Weise hat er allen geholfen, obwohl einige ihm gegenüber sich früher ganz anders gegeben hatten.“⁴⁵

So kann man natürlich ein Entnazifizierungsverfahren ad absurdum führen.

„Auf den ersten Blick wurde eine imposante Arbeit geleistet. Seit der Mit-

arbeit des Komitees wurden erheblich mehr Fragebogen bearbeitet. Waren es im ersten Jahr nach Kriegsende in Hamburg insgesamt rd. 40 000 Fragebogen, wurden in dem Zeitraum vom 1. Juni bis 15. Oktober 1946, also innerhalb von 4½ Monaten, bereits rd. 50 000 Fragebogen geprüft; am 31. Januar 1947 waren es 194 000.

Von 5754 Beamten des höheren und gehobenen Dienstes, die am 1. April 1947 in der Verwaltung beschäftigt waren, gehörten 4638, das sind rd. 80 % der NSDAP oder sonstigen NS-Organisationen an.⁴⁶

Die Zahlen in der Hamburger Lehrerschaft sind nicht bekannt, aber es kann davon ausgegangen werden, dass weit über die Hälfte der Hamburger Lehrerschaft spätestens 1937 Mitglied der NSDAP war.

Dritte Phase der Entnazifizierung

In der nächsten Phase der Entnazifizierung wurde die Aufgabe der Entnazifizierung in Hamburg auf den Senat übertragen. „Gleichzeitig mit den neuen Anweisungen bekam der Hamburger Senat von der Militärregierung ‚weitergehende Verantwortung‘ zugewiesen, d. h. die ‚ausführenden Befugnisse zur Durchführung der Entnazifizierung‘ gingen zum 1. Mai 1947 auf die Hamburger Landesregierung über. Die Besatzungsmacht behielt sich weiterhin die Richtlinienkompetenz und die Kontrolle über die Ausschaltung der Nazis vor.“⁴⁷

Um die Personen, die nach den neuen Anweisungen überprüft wurden, nicht zu benachteiligen, mussten die deutschen Ausschüsse alle bereits erledigten Fälle – im Bereich der Hansestadt rd. 200 000 – nachträglich kategorisieren.⁴⁸

1947 wurde ein Leitender Ausschuss eingerichtet, der über bereits abgeschlossene Fälle erneut beriet, wenn die Betroffenen oder deren Rechtsanwälte begründete Wiederaufnahmeverfahren beantragt hatten. „Die 2060 bis zum 31. Dezember 1947 eingereichten Wiederaufnahmeanträge betrafen allesamt von der Militärregierung abgeschlossene Fälle. Bei rd. 66 % der Anträge, die die Berufungsausschüsse entschieden, wurde der Berufung stattgegeben, bei weiteren 23 % mit Einschränkung und nur in 11 % der Fälle wurde die alte Entscheidung bestätigt.“⁴⁹

Diese Zahl bezieht sich auf den gesamten Bereich der Hansestadt, betrifft also nicht nur den Schulbereich.

Vierte und Abschlussphase der Entnazifizierung

Im Januar 1948 lagen sämtlichen Entnazifizierungsausschüssen in Hamburg noch 30 000 Fragebogen und 1100 Wiederaufnahmeanträge zur Bearbeitung vor, trotzdem wurden Gesetzentwürfe zur Beendigung der Entnazifizierung eingebracht.⁵⁰

Das Gesetz zum Abschluss der Entnazifizierung erklärte die Entnazifizierung mit Wirkung vom 13.5.1950 für beendet und brachte auch eine weitgehende Amnestie für nahezu alle im Hamburger Schulwesen aktiv gewesenen NS-Funktions-träger und Schulleiter. Sämtliche Beschränkungen für die in Gruppe IV Eingestuf-ten (Gering Belastete) wurden aufgehoben und die betreffenden Beamten in Kate-gorie V als entlastet eingereiht.⁵¹



Max Brauer

In seinem Bemühen, die Mitläufer für die erstrebte Demokratie zu gewinnen, setzte Bürgermeister Max Brauer die Politik seines Vorgängers, Petersen, fort. Während Petersen das Überlaufen der „kleinen Parteigenossen“ in das Lager der Kommunisten befürchtete, ging es Brauer primär darum, genügend qualifizierte Arbeitskräfte für die Aufgaben der Verwaltung, vor allem aber für sein Wiederaufbauprogramm zu gewinnen, denn er ging davon aus, „daß 95 % der Deutschen auf irgendeine Weise mit dem NS-Regime zusammengearbeitet hatten und mit den restlichen 5 % nun mal kein Staat aufzubauen war“.⁵²

Nach Abschluss der Entnazifizierung hatten die Berufungsausschüsse rd. 60 % der Einsprüche ganz und 24 % teilweise stattgegeben. Lediglich 14 % der Entscheidungen der Entnazifizierungsausschüsse wurden bestätigt.⁵³

Im Mai 1949 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Gesetz zum Abschluss der Entnazifizierung, durch das die Frage des Anspruchs auf Wiedereinstellung der im Zuge der Entnazifizierung entlassenen Beamten entscheidend befördert wurde.

Am 13.5.1950, dem Tag, an dem das Gesetz zum Abschluss der Entnazifizierung in Kraft trat, wurden die Beschäftigungsbeschränkungen für die in Kategorie IV Eingestufteten aufgehoben und alle Mitläufer automatisch in die Gruppe der Entlasteten überführt. Das führte dazu, dass nahezu alle, die noch nicht im Pensionsalter waren, wiederbeschäftigt werden mussten, „sie hatten jedoch keinen Anspruch auf ihr früheres oder ein gleichwertiges Amt“.⁵⁴

Wobei manche darum noch jahrelang klagten und noch als Pensionäre ihre alten Amtsbezeichnungen in Schriftsätzen verwendeten und viele auch Pensionsansprüche erstritten, die sich an in der NS-Zeit übertragenen Ämtern orientierten.

Bevor ich zum Schluss komme, noch einige aufschlussreiche Zahlen:

- 13 Millionen Deutsche mussten den Fragebogen ausfüllen, davon sind am Ende 98 % als sog. Entlastete in Kategorie IV oder V eingestuft worden.

- 1950 waren in Hamburg 4500 Personen des Öffentlichen Dienstes entlassen, gegenüber 1500 Entlassenen in der freien Wirtschaft.
- Im Verwaltungsbereich gehörten von 5754 Beamten des höheren und gehobenen Dienstes rund 80 % der NSDAP an oder sonstigen NS-Organisationen.
- Gegen Kriegsende zählte die NSDAP rund 6 Millionen Mitglieder.
- In der britischen Zone waren bis zum 1.1.1947 68 500 Personen inhaftiert worden, zum Teil in Neuengamme oder Neumünster. Das waren insbesondere solche, die nach formalen Kriterien als Kriegsverbrecher galten, politische Kader in NS-Organisationen waren.⁵⁶

Weitere Erkenntnisse, wodurch die Entnazifizierung im Schulbereich zusätzlich erschwert wurde

- Die Entnazifizierungsausschüsse waren nach Schulformen sehr unterschiedlich zusammengesetzt. Bedingung für die Mitarbeit war die Nichtmitgliedschaft in der NSDAP. Während die Fachausschüsse zur Entnazifizierung von Volksschullehrern in erster Linie aus ehemals führenden Mitgliedern der Gesellschaft der Freunde zusammengesetzt waren, wo insbesondere zu Anfang Kurt Zeidler und der 2. Vorsitzende nach 1945, Friedrich Wilhelm Licht eine wesentliche Rolle spielten, beraten durch die Schulräte Gustav Schmidt und Fritz Köhne, die nahezu alle Volksschullehrer und deren Berufsbiografie kannten und mit Ausnahme von Fritz Köhne strenge Maßstäbe anlegten, urteilten die Ausschüsse für die Lehrer der Höheren Schulen in den ersten beiden Jahren milder, in denen insbesondere der Vorsitzende des Philologenvereins, Johann Helbig und der Lehrer des Johanneums, Willi Thede eine ausschlaggebende Rolle spielten, und fanden eher Entlastungsgründe. Von entscheidender Bedeutung bei diesen Verfahren war aber auch Heinrich Schröder,



Kurt Zeidler



Friedrich Wilhelm Licht



Johann Helbig

als Sozialdemokrat 1933 am Christianeum kurz suspendiert, aber dann dort weiter als Lehrer beschäftigt. 1945 wurde Heinrich Schröder Oberschulrat für den Bereich der Höheren Schulen und verfügte über einen exzellenten Überblick, kannte die meisten ehemaligen aktiven Nationalsozialisten und deren Wirken aus persönlicher Anschauung. Ähnlich wie Gustav Schmidt im Bereich der Volksschulen, hat Heinrich Schröder mit seinen differenzierten Vermerken einen erheblichen Beitrag zur Entnazifizierung geleistet. Die problematische Rolle Wilhelm Kiesselbachs als Ausschussvorsitzender ist schon erwähnt worden.

- Da alle bis auf Willi Thede aber schon bald auch für den Wiederaufbau des Hamburgers Schulwesens eine zentrale Rolle spielten, musste die Arbeit in den Entnazifizierungsausschüssen auf andere Personen übergehen, die weniger persönliche Kenntnisse besaßen, insofern formaler entscheiden mussten, dann aber auch schon stärker mit einer Großzahl von Leumundszeugnissen oder Persilscheinen und den Schriftsätzen von Rechtsanwälten konfrontiert waren.
- Besonders aufschlussreich sind die Fragebögen, die von Betroffenen unmittelbar nach dem 11.5.1945 ausgefüllt worden waren. Hier sind Äußerungen der Betroffenen zu finden, die noch stark unter dem Eindruck des desaströsen Endes der Naziherrschaft standen. Alle Betroffenen wurden vor Ausfüllen des Fragebogens darauf aufmerksam gemacht, dass falsche Angaben oder das Verschweigen von NS-Mitgliedschaften einen Entlassungsgrund darstellten. Insbesondere schwerer Belastete der Schulverwaltung oder der NS-Hierarchie ließen sich von Beginn an durch Rechtsanwälte oder Sozietäten beraten, die zum Teil selbst NS-Funktionsträger im Staatsapparat gewesen waren und nach 1945 eine Rechtsanwaltszulassung bekamen; wie der ehemalige Senator und Leiter des Rechtsamtes und Mitglied der Hamburger Naziregierung, Oscar Toepffer.
- Persilscheine hatten Hochkonjunktur. Es gab nahezu niemanden, dessen Nachbarn nicht bestätigen konnten, dass er oder sie sich immer absolut hochanständig verhalten habe. Viele Persilscheine schilderten Erfahrungen aus den Jahren 1943 bis 1945, als Hamburg zerbombt war und viele NS-Funktionsträger ihre eigenen Söhne, ihre Angehörigen und ihr Hab und Gut verloren hatten und nur noch völlig „Vernagelte“ an den Endsieg glaubten. In der „Endphase“ gemachte kritische Äußerungen der Ernüchterten wurden geradezu zu Widerstandshandlungen hochstilisiert.
- Da es niemanden gab, der so viele Leumundszeugnisse ausstellte, wie Fritz Köhne, soll am Ende dieses Kapitels die Person Fritz Köhne noch genauer beleuchtet werden.

- Erwähnenswert erscheint die uneingeschränkte Entscheidungskompetenz der Britischen Militärregierung in der Anfangsphase der Entnazifizierung. Es gibt einige Beispiele, wo selbst Leumundszeugnisse von Senator Landahl oder Bürgermeister Rudolf Petersen an der Entlassungsentscheidung nichts änderten. Solange das Kriterium der formalen Belastung eine wesentliche Rolle spielte, wie der frühe Beitritt in die NSDAP zum 1.5.1933 oder sogar davor, sowie höhere Funktionen in der SA oder der SS, konnten manchmal auch hochrangige Senatsmitglieder (nach 1945) keine andere Entscheidung herbeiführen. Das relativierte sich, als die Verantwortung in deutsche Hände überging.
- Kriegsgefangene, die erst nach 1948 wieder nach Hamburg zurückkamen, trafen auf mildere Bedingungen. Zum Teil wurde die Kriegsgefangenschaft als eine Art „Buße“ gegengerechnet.⁵⁷ Der Fokus war inzwischen auf den Wiederaufbau gerichtet und dafür wurde Personal gebraucht.
- Einige in Hamburg besonders Belastete versuchten, sich anderswo, in anderen Bundesländern, entnazifizieren zu lassen. Meist gingen sie in ihre Geburtsorte oder -dörfer zurück und arbeiteten dort in der Landwirtschaft oder in Handwerken und versuchten über nachbarschaftliche und familiäre Kontakte Entlastungsentscheide zu bekommen, die in der Regel in Hamburg aber nicht anerkannt wurden. Weil prinzipiell die Entnazifizierung dort erfolgen musste, wo bis zum Ende des Krieges der Arbeitsplatz gewesen war.⁵⁸
- Einfacher hatten es Pädagogen aus anderen Ländern, die zum Teil ohne Papiere nach Hamburg kamen, aus Ostgebieten oder aus nach 1945 nicht mehr deutschen Städten. Auf diese Weise kam etwa der Altphilologe Oppermann, der vorher in Straßburg eine Professur inne hatte nach Hamburg, nachdem er nach dem Krieg einige Zeit als Privatgelehrter und Schriftsteller gearbeitet hatte. Er wurde, obwohl ideologisch strammer Nazi am Christianeum als Lehrer eingestellt und 1955 dann sogar Schulleiter des Johanneums. Oder der Hamburger Studienrat Walter Brockmöller, der an der Kirchenpauer-Schule als intriganter und karrierebewusster Nationalsozialist agiert hatte, dann 1938 als Schulleiter nach Wernigerode ging, 1949 nach Hamburg flüchtete und 1950 wieder in den Schuldienst eingestellt wurde.⁵⁹
- Dann gab es Personen, die schwer belastet nach 1945 verschwanden, eine andere Identität annahmen und anderswo unter falschen Namen als Lehrer Anstellung fanden. Als Beispiel nennt Uwe Storzjohann den Lehrer der Jahn-schule, SS-Hauptsturmführer Walter Behn, der die Lehrerin Ella Neumann geheiratet hatte und unter dem Namen „Richard Neumann“ als Dorfschullehrer laut Storzjohanns Vater an einer Schule in Niedersachsen untergetaucht war. Es war noch etwas anders, wie in der Biografie Walter Behn beschrieben wird.⁶⁰

- Und letztlich führte neben der geschilderten Gesetzgebung auch der eklatante Lehrermangel dazu, dass auch alle stark Belasteten in der Regel schon bis Ende der 1940er Jahre wieder im Schuldienst waren, falls sie die Altersgrenze noch nicht erreicht hatten. Als der ehemalige Oberschulrat für die Volksschulen in der NS-Zeit und 2. Mann im NSLB, Albert Mansfeld im Dezember 1952 wieder eingestellt wurde, kam er in die Schule Christian-Förster-Straße, in der drei Monate später auch der ehemalige NS-Aktivist Rudolf Fehling unterrichtete, der sich 1938 an der Jahnschule gerühmt hatte, in der Reichskristallnacht mit anderen SA-Leuten in der großen Synagoge am Bornplatz alles kurz und klein geschlagen und in Brand gesetzt zu haben. Schulleiter war zu dem Zeitpunkt ebenfalls ein ehemaliges NSDAP-Mitglied.⁶¹
- Gängig war in den Entnazifizierungsverfahren auch immer der Verweis auf Personen, die „noch schlimmer“ waren, „hundertprozentige Nazis“, denen „das Feld nicht überlassen werden durfte“. Da zeigten die ehemaligen Deutschnationalen, auch wenn sie 1933 sofort in die NSDAP übertraten, auf die Nationalsozialisten von vor 1933, auf die „alten Kämpfer“, von denen sie sich niemals wirklich anerkannt fühlten, was sie sich auch gegenseitig in Persilscheinen bestätigten (Karl Witt, Theodor Mühe, Dietrich Ossenbrügge). Und die ehemaligen Funktionäre des Philologenvereins behaupteten später, sie hätten die Interessen der höheren Schulen retten wollen (Theodor Mühe, Karl Züge).⁶²



Gustav Schmidt

- Und letztlich: Es wurde immer wieder behauptet, für Lehrer sei der Eintritt in die NSDAP zwingend gewesen, um nicht entlassen zu werden. Möglicherweise galt das für einige gefährdete Personen, die vor 1933 sehr exponiert gewesen waren oder scharf beobachtet wurden. Es gilt dafür das Wort des Schulrates Gustav Schmidt, der sich in der Schulbehörde als Nichtmitglied bis 1942 halten konnte. Er schrieb: „Ich weiß keinen Fall, daß einem Lehrer dienstlich etwas geschehen ist, weil er 1937 nicht eintrat.“⁶³
- Die Frage für jeden Einzelnen war also eher: Verzichte ich auf eine mögliche Karriere im NS-Staat. Und ein Nein auf diese Frage hat viele zu Rädchen im Getriebe gemacht.

Interessant und ernüchternd sind auch die demoskopischen Zahlen des Allensbacher Instituts vom November 1953 zur Frage der Entnazifizierung in Deutschland.

Es wurden Aussagen zur zurückliegenden Entnazifizierung vorgegeben und nach der Zustimmung zu diesen Aussagen gefragt:

17 % der Befragten sagten, die Entnazifizierung war notwendig und hat ihren Zweck erfüllt, bzw. habe Mängel gehabt aber im Großen und Ganzen ihren Zweck erfüllt.

23 % erklärten, die Entnazifizierung war notwendig, wäre aber falsch durchgeführt worden.

40 % waren der Meinung die Entnazifizierung wäre nicht notwendig und hätte mehr Schaden als Nutzen gestiftet bzw. wäre nur Schikane der Besatzungsmächte gewesen.

20 % hatten keine Meinung abgegeben.⁶⁴

Fritz Köhne und sein Verhalten bei den Entnazifizierungsverfahren

Die komplizierteste und differenzierteste Persönlichkeit bei der Aufarbeitung der Schulgeschichte im Nationalsozialismus in Hamburg ist zweifellos Fritz Köhne. Köhne, am 27.6.1879 in Lesum geboren, besuchte das Lehrerseminar in Stade, seit 1902 festangestellter Lehrer, 1922 erster Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung (bis 1927), seit Ende 1926 Schulleiter der Reformschule Telemannstraße, später Schulrat, dann Personalchef der Hamburger Volksschullehrer, ein Mann, auf den die Nazis im Amt der Schulbehörde nicht verzichteten und der, obwohl im März 1937 in die NSDAP eingetreten, auch nach 1945 im Amt blieb, mit der britischen Militärregierung verhandelte und das Schulwesen in Hamburg wieder mit aufbaute.⁶⁵



Fritz Köhne 1908 mit Klasse Schanzenstraße 105

Nach dem Studium aller zugänglichen Veröffentlichungen über Köhne, den Akten der Oberschulbehörde im Staatsarchiv und dem Köhne-Nachlass im Archiv der GEW Hamburg, darin insbesondere die aufgehobenen Briefe an Köhne, bleiben viele, viele Fragen.⁶⁶

Fritz Köhne wurde von den Nazis im Schulratsamt belassen, weil sie auf sein Wissen und seine Erfahrung nicht verzichten wollten. Außerdem verfügten sie über keinen nennenswerten Kader. Den anderen von ihnen eingesetzten Schulräten werden keine sonderlichen Qualifikationen zugeschrieben. Köhne selbst: „Meine Arbeit war schwer; ich mußte auf Wort und Schrift in der Öffentlichkeit verzichten und konnte zu meinem Leidwesen den Niedergang des hamburgischen Schulwesens nicht aufhalten, wohl aber im einzelnen manchmal zum Guten wenden.“⁶⁷

Im März 1937 trat Köhne in die NSDAP ein. In seinem beruflichen Lebenslauf schrieb er selbst dazu: „Am 15. März wurde ich im besonderen Auftrage von Oberschulrat Mansfeld aufgefordert, in die NSDAP einzutreten, da es sonst wegen meiner früheren Zugehörigkeit zur SPD nicht möglich sei, mich weiterhin im Amte zu belassen. Im Einverständnis mit meinen schulpolitischen Freunden bin ich der Partei beigetreten, damit die Lehrerschaft weiterhin einen Anwalt und Vertrauensmann in der Schulverwaltung behielte. Die Hamburger Lehrerschaft weiß, daß sich in meiner Haltung und Gesinnung durch diesen Schritt, der mir innerlich sehr schwer geworden ist, nichts geändert hat.“⁶⁸

Unbestritten hat Fritz Köhne unzähligen, insbesondere antifaschistischen und Nicht-Nazi-Lehrern geholfen. Sowohl Caesar Hagener⁶⁹ als auch Hartwig Fiege⁷⁰ berichten davon. Auch im Nachruf der Zeitschrift oppositioneller Lehrer, „Der Pflüger“, ist zu lesen: „In der Nacht des Dritten Reiches hielt Fritz Köhne seine schützenden Hände über gefährdete Kollegen, und wenn diese am Leben bedroht waren, scheute er auch nicht vor Mitteln zurück, die bei Entdeckung ihm nicht nur sein Amt – daran hing er nicht – sondern auch Freiheit und eigenes Leben gekostet haben würden.“⁷¹

In den Briefen des Köhne-Nachlasses im GEW-Archiv gibt es mehrere Dankschreiben. Unter anderem von der jüdischen Lehrerin Betty Rosenbaum, die 1950 aus New York schrieb: „Ich gehöre zu denen, die Ihnen unendlich zu danken haben; denn Sie rieten mir ernsthaft, nicht mit meinem jüngsten Sohn in Deutschland zurückzubleiben und nicht meinen Mann mit meinem ältesten Sohn allein auswandern zu lassen. So sind wir 4 gerettet.“⁷²

Fritz Köhne arbeitete im NS-Apparat der Schulbehörde in der Dammtorstraße. Er hatte zwölf Jahre lang mit Nazis neben und über sich zu tun. Somit war auch er – trotz alledem – ein Rädchen im Getriebe des NS-Staates. Fiege schrieb: „Es wäre jedoch irrig, in ihm einen Untergrundkämpfer gegen den Nationalsozialismus zu

sehen. Er verhielt sich den neuen Machthabern gegenüber als loyaler Beamter. Aber er tat mannhaft und unerschrocken, was er menschlich verantworten konnte.“⁷³

Zu Recht fragte Caesar Hagener: „Wie Köhne allerdings selbst mit dieser Doppelrolle, einmal Personalchef einer NS-Behörde und zum anderen Vertrauter verzweifelter Menschen, oft Beichtvater von NS-Verfolgten – innerlich zurechtgekommen ist, wissen wir nicht. Köhne hat sich darüber, wie über vieles Leidvolle, das sein privates Leben bedrückte, niemals geäußert.“⁷⁴

Ich sehe noch ein weiteres Problem, das die Bewertung der Person Köhne kompliziert. Nach 1945 beriefen sich viele ehemalige Parteigenossen auf Fritz Köhne. Liest man die Akten und Briefe, gewinnt man den Eindruck, als hätte es keine „echten Nazis“ gegeben. Köhne verkörpert den Typus eines Parteigenossen, der „von innen“ vieles zu retten versucht hatte.

Besonders zwiespältig verhielt sich Fritz Köhne in den Entnazifizierungsverfahren nach 1945, nachdem er von der Britischen Militärregierung als Oberschulrat für die Volksschulen im Amt bestätigt war. Der Zentralausschuss für die Entnazifizierung hatte in Fritz Köhnes eigenem Entnazifizierungsverfahren festgestellt: „Oberschulrat Köhne ist zwar im Jahre 1937 Mitglied der NSDAP geworden, es steht aber fest, dass dieses mit Wissen und Willen von Gegnern des Nationalsozialismus geschah und das Oberschulrat Köhne während der ganzen Zeit gegen den Nationalsozialismus illegal gearbeitet hat. Der erweiterte Vorstand des Zentralausschusses ist deshalb einmütig der Ansicht, dass Oberschulrat Köhne als unbestreitbarer Anti-Nationalsozialist anzusehen ist und als Leiter der Schulverwaltung geeignet ist.“⁷⁵

Unter der Überschrift „Nochmals Helfer in der Not“ berichtet Hartwig Fiege, wie Köhne nach 1945 Persilscheine ausstellte.⁷⁶ Sicherlich hat da nicht nur die immer gerühmte, tiefe Güte und Menschlichkeit Köhnes eine Rolle gespielt, sondern auch die Tatsache, dass Köhne selbst 1937 Parteimitglied geworden war, auch anderen ‚bedrohten‘ Kollegen den Rat gegeben hatte, in die NSDAP einzutreten, um sich zu schützen.⁷⁷ Die Parteimitgliedschaft allein sagte somit für Köhne noch nichts aus. Aus seiner Sicht nachvollziehbar. Letztlich führte diese Haltung aber dazu, dass die Entnazifizierung im Lehrerbereich in Hamburg nahezu zur Farce wurde und spätestens bis Mitte der 1950er Jahre auch die strammsten Nazi-Ideologen und NSLB-Funktionäre wieder im Schuldienst waren.

Dazu noch einige Beispiele: „Als ein ihm persönlich bekannter, kurz vor der Pensionierung stehende Rektor Fritz Köhne um Hilfe bat, sagte er sie ihm zu. Da verabschiedete sich der beglückte alte Herr mit dem gewohnten Hitlergruß. Er war selbst tief erschrocken; aber Köhne lachte und meinte: ‚Ich sehe, was für ein guter Demokrat Sie sind!‘ Er ließ ihm trotzdem den erbetenen Entlastungsschein zukom-

men.“⁷⁸ Für mich sind solche von Fiege als launig beschriebene Anekdoten eher makaber.

Am 10.8.45 schrieb der in den Ruhestand versetzte Schulleiter O. an Köhne. O. reklamierte für sich, kein richtiger Nazi gewesen zu sein. Ein Brief, wie viele andere. „In unserem Dorfe weiß jeder, und auch die großen Schulkinder wissen das, daß ich niemals ein echter Nazi gewesen bin. Wenn ich aber trotzdem Mitglied der NSDAP geworden bin, so ist das auf ein Rundschreiben von Landesschulrat Schulz zurückzuführen, der darin mitteilte, daß für ihn die Zugehörigkeit jedes Lehrers zur Partei eine Selbstverständlichkeit wäre. Was konnte man da noch anderes tun, als seine Aufnahme in die Partei beantragen?“ Köhne verwendete sich auch für diesen Kollegen. In einem Vermerk an Schulsenator Landahl wies er auf das persönliche Schicksal des O. hin. „O. ist total ausgebombt, 2 Söhne gefallen, 2 andere vermißt.“⁷⁹

Seinem NSDAP-Zellenleiter stellte Köhne am 15.10.47 einen Persilschein aus. „Herr Liersch ist bis 1940 Zellenleiter der NSDAP in meinem Wohnbezirk gewesen. Ich kann aus persönlicher Begegnung bezeugen, daß er sein politisches Amt mit der ihm eigenen charakterlichen Anständigkeit verwaltet hat.“ „(...) habe ich festgestellt, daß Herr Liersch über die Entwicklung und den Ausgang des Nationalsozialismus aufs Tiefste erschüttert und völlig von ihm befreit ist. Nach meiner Überzeugung kann man Herrn Liersch ohne politische Bedenken wieder in seinem Beruf verwenden, er wird dort stille, zuverlässige Arbeit leisten und sich nicht nach Hitler und seiner Zeit zurücksehen.“⁸⁰

Auch über den Leiter der Schulverwaltung von 1943–1945, Prof. Ernst Schrewe, erstellte Köhne am 14.4.1947 ein entlastendes Gutachten.⁸¹ Schrewe hatte Köhne gegen den Widerstand im NS-Apparat am 1.11.1944 zum Oberschulrat befördert, weil Albert Mansfeld immer noch im Kriegsdienst war.⁸²

In den Gesprächen mit Major Shelton von der britischen Militärverwaltung, die dem Aufbau des Schulwesens nach 1945 dienten, war außer Senator Landahl meist Fritz Köhne anwesend. Auch hier verwendete sich Fritz Köhne für belastete Kolleginnen und Kollegen. So etwa in der Besprechung am 12.7.1945. Das Protokoll hält unter Punkt 6 fest: „Im Landgebiet ergeben sich in der Besetzung der Schulstellen dadurch Schwierigkeiten, daß mehrere Junglehrerinnen Führerstellen innerhalb des BDM bekleidet haben. Major Shelton will versuchen, auch für diese Lehrkräfte die Genehmigung zur Unterrichtserteilung zu erwirken, nachdem die Schulverwaltung eine besondere zuverlässige Schulaufsicht zugesagt hat.“⁸³

Natürlich bestand nach den großen Menschenverlusten des Krieges ein eklatanter Mangel an Lehrern. Auch deswegen war ein formaler Umgang mit den Entnazifizierungsfragebögen nicht hilfreich. Wie die Einzelfallprüfung in der Schulbehörde stattfand, hat Kurt Zeidler beschrieben.⁸⁴

Schon am 12.7.1945 hatte Köhne in einem Brief an Senator Landahl und Major Shelton das Rundschreiben geschickt, mit dem der NSLB-Stellvertreter und Oberschulrat Albert Mansfeld zum Masseneintritt in die NSDAP aufgerufen hatte. Köhne dazu: „Wenn man bedenkt, daß der Gauwalter des NS-Lehrerbundes (Landesschulrat) und sein Vertreter (Oberschulrat) in der Schulverwaltung maßgebende Vorgesetzte sämtlicher Schulräte, Direktoren, Rektoren, Studienräte und Lehrer waren, und als solche auf deren Beförderung oder Zurücksetzung einen entscheidenden Einfluß hatten, dann wird man ermessen können, unter welchem Druck und Zwang damals der Eintritt in die Partei geschah.“⁸⁵

Die Schlussfolgerung, die Fritz Köhne für die Entnazifizierungsverfahren zog: „Es wird darum auch ein unzugängliches Bemühen bleiben, die Lehrerschaft auf Grund eines Fragebogens nach ihrer politischen Zuverlässigkeit zu beurteilen, werten und aufreihen zu wollen.“⁸⁶

Sicherlich war reiner Schematismus aus verschiedenen Gründen problematisch. Aber diese Argumentation hat den Versuch, Nazis aus dem Schuldienst herauszuhalten, letztlich vereitelt.

Es ist auffällig, dass Fritz Köhne sich für den Großteil der ehemals führenden Nationalsozialisten in der Schulverwaltung mit Entlastungsschreiben eingesetzt hat, zumindest, soweit sie aus dem Volksschulbereich kamen. So schrieb er beispielsweise über Albert Mansfeld am 29.12.1947: „Es ging ihm stets um die Idee und um die Sache und nicht um seinen persönlichen Vorteil. Im persönlichen Umgang war Herr Mansfeld offen, schlicht und hilfsbereit.“⁸⁷

Nachdem der ehemalige Landesschulrat und Gauamtsleiter des NSLB, Willi Schulz, 1947 gestorben war, schrieb Fritz Köhne an dessen Frau Bertha Schulz: „Sicher hat ihr Mann das Beste für die Schule und Lehrerschaft gewollt; aber ein einzelner bedeutete wenig. Für die nationalsozialistische Politik war er nicht primitiv und skrupellos genug. Alles, was ihn so liebenswert machte – seine anständige, vornehme Gesinnung, sein gütiges Verstehen, seine Duldsamkeit und tiefe Besinnlichkeit – galt unter den Politischen Leitern nicht viel. Ich glaube, er ist unter ihnen ein Einsamer, ein Fremder geblieben. Manchmal kam er mir vor wie ein Wild in der Treibjagd, das von der Meute zu Tode gehetzt wird.“⁸⁸

Im Entnazifizierungsverfahren des ehemaligen Schulsenators Karl Witt schrieb Fritz Köhne in seinem Leumundsschreiben vom 14.10.1946: „Sie haben während ihrer gesamten Amtsdauer niemals den Typus eines Nationalsozialisten verkörpert sondern sind, wie es ihrer Natur und ihrer parlamentarischen Tätigkeit entsprach, ein Mensch mit einer echt demokratischen Grundhaltung geblieben. Sie bewerteten die Menschen nach ihrem Charakter und ihrer Leistung und besaßen Verständnis und Toleranz für jede ehrliche Überzeugung. Ihrer Menschlichkeit und Güte ist

es zu verdanken, dass 1933 der politische Abbau von Lehrern und Beamten der Schulverwaltung ohne allzu große Härte durchgeführt worden ist.“⁸⁹

In seinem entlastenden Gutachten über den Verbindungsmann zwischen Schulverwaltung und Hitler-Jugend, Hans Einfeldt, schrieb Fritz Köhne am 30.12.1947: „In seiner Arbeit war er still und zurückhaltend, im Umgang bescheiden, angenehm, hilfsbereit und nicht auf seinen persönlichen Vorteil bedacht.“⁹⁰

Wahre Nationalsozialisten hat es nach dem „menschlichen, gütigen“ Fritz Köhne demnach offenbar nicht gegeben.

Später hat sich Köhne dann im privaten Kreise darüber beklagt, dass restaurative Kreise im Bildungswesen die Oberhand gewannen und schulreformerische Ansätze verraten würden.⁹¹

Auch dies gehört zu den Widersprüchen einer Persönlichkeit, die schwerlich in ein Schwarz-Weiß-Schema zu pressen ist.

Und der Fall Köhne zeigt auch, wie schwierig sich die Entnazifizierung gestaltete, wenn objektive Kriterien, wie Ämter und Funktionen im NS-Staat mit subjektiven Einschätzungen der Persönlichkeit und des Charakters der jeweiligen Menschen verbunden wurden und das von Personen, die enge Beziehungen zu den Belasteten hatten, weil sie selbst „Rädchen im Getriebe“ des NS-Staates und ihrer Organisationen waren.

* Leicht bearbeiteter Vortrag vom 20.02.2013 auf einer Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung im Leo-Lippmann Saal der Finanzbehörde in Hamburg

Anmerkungen

- 1 Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985.
- 2 Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986.
- 3 Unter anderen mit Dieter Rothenberg, Walter Flesch, Käthe Jacob, Anita Sellenschloh.
- 4 Siehe die Biografie von Albert Mansfeld in diesem Buch.
- 5 Karin Werum: Die Entnazifizierung der Verwaltungsbeamten in Hamburg (1945–1950), Masterarbeit, Hamburg 1987; Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie: Restauration im Recht, Veröffentlichung der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Opladen 1988; Joachim Szodrzyński: Entnazifizierung – am Beispiel Hamburg, www.hamburg.de/contentblob/4462240/data/aufsatz-szodrzyński.pdf.
- 6 Siehe Biografie Karl Witt in diesem Buch.
- 7 Siehe Hans-Peter de Lorent: Der Nationalsozialistische Lehrerbund, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.). „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986; Uwe Schmidt: Lehrer Im Gleichschritt: Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg, Hamburg 2006.
- 8 Siehe die Biografie Willi Schulz in diesem Buch.
- 9 Siehe die Biografie Kurt Holm in diesem Buch.
- 10 Kurt Zeidler: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975, S. 82f. Zeidler berichtet u. a. von einer Hospitation als Schulrat im Unterricht des Landlehrers Willi Schulz.

- 11 Curt Bär: Von Göttingen über Osleb nach Godesberg. Politische Erinnerungen eines Hamburger Pädagogen 1919–1945. Hamburg 1979.
- 12 Siehe Biografie Theodor Mühe in diesem Buch.
- 13 Siehe Biografie Karl Züge in diesem Buch.
- 14 Siehe die Biografien Lühning und Henze in diesem Buch.
- 15 Siehe die Biografie Oberdörffer in diesem Buch.
- 16 Siehe auch das Kapitel „Personalpolitik“ und den Abschnitt über Fritz Köhne in diesem Kapitel.
- 17 HLZ 30/1933, S. 421.
- 18 HLZ 16/1933, S. 229.
- 19 Siehe die Biografie Hans Rösch in diesem Buch.
- 20 Geleitwort Joist Grolle in: Hochmuth/de Lorent a. a. O., S. 7.
- 21 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010.
- 22 Zeidler, a. a. O., S. 110
- 23 Aussage in einem Gespräch mit mir am 21.1.2015.
- 24 Hans-Peter de Lorent: Schule ohne Vorgesetzte. Geschichte der Selbstverwaltung der Hamburger Schulen von 1870 bis 1986, Hamburg 1992, S. 149ff.
- 25 Werum, a. a. O., S. 4.
- 26 Werum, a. a. O., S. 6.
- 27 Zitiert nach: Werum, a. a. O., S. 8, die sich bezieht auf: Ulrich Reusch: Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung: Planung und Politik 1943–1947, Stuttgart 1985 (Forschungen und Quellen der Zeitgeschichte 6).
- 28 Reusch 1985, S. 103.
- 29 Werum, a. a. O., S. 9.
- 30 Werum, a. a. O., S. 11.
- 31 Szodrzynski, a. a. O., S. 34.
- 32 Michael Ahrens: Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945–1959, München/Hamburg 2011, S. 96ff.
- 33 Werum, a. a. O., S. 24.
- 34 Zitiert nach: Wulf D. Hund/Christian Seegert: Bürgerliche Hegemonie und konservative Kontinuität der Justiz. Das Beispiel der Wiedereröffnung des hanseatischen Oberlandesgerichtes in Hamburg 1945, in: Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie, a. a. O., insbesondere S. 16ff.
- 35 Rundschreiben des Personalamtes an alle Verwaltungen und Ämter sowie die dem Bürgermeister unterstehenden Reichsbehörden vom 22.10.1945, in StA HH, SK II 108.00_5/19.
- 36 Werum, a. a. O., S. 29.
- 37 Hans Dreckmann: Hamburg nach der Kapitulation. Erinnerungen an 1945/46. Geschichte der ernannten Bürgerschaft. Hamburg 1985, S. 79.
- 38 „Die Welt“ v. 13.3.1947.
- 39 StA HH, PA 108.20- 1.4._14 b.
- 40 Zeidler, a. a. O., S. 102.
- 41 StA HH, PA 108.20- 1.2._10.
- 42 Zu Harry Armytage siehe Ahrens, a. a. O., S. 54ff.
- 43 Hamburger Volkszeitung v. 15.11.1947.
- 44 Eckart Spoo in Frankfurter Rundschau v. 9.6.1986, zitiert nach Werum a. a. O., S. 43.
- 45 Hartwig Fiege: Fritz Köhne. Ein großer Hamburger Schulmann 1879–1956, Hamburg 1896, S. 98f.
- 46 Werum, a. a. O., S. 44.
- 47 Werum, a. a. O., S. 47.
- 48 Werum, a. a. O., S. 53.
- 49 Werum, a. a. O., S. 59.
- 50 StA HH, PA 108.20-1.8._23.

- 51 Werum, a. a. O., S. 64.
- 52 Zitiert nach Werum, a. a. O., S. 68.
- 53 Werum, a. a. O., S. 69.
- 54 Werum, a. a. O., S. 78.
- 55 dpa Dezember 1985.
- 56 Clemens Vollnhals (Hrsg): Entnazifizierung, Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen, München 1991, S. 251.
- 57 Siehe z. B. die Biografie von Wilhelm Lühning in diesem Buch.
- 58 Siehe die Biografien von Hinrich von der Lieth.
- 59 Siehe die Biografie von Walter Brockmöller.
- 60 Siehe die Biografie von Walter Behn.
- 61 Siehe die Biografien von Albert Mansfeld und Rudolf Fehling.
- 62 Siehe die Biografien von Karl Witt, Theodor Mühe und Karl Züge.
- 63 Gustav Schmidt in einem Schreiben an Albert Mansfeld vom 9.2.1952, nachdem der ihn um ein Leumundszeugnis gebeten hatte. Siehe auch die Biografie Albert Mansfeld.
- 64 Vollnhals, a. a. O., S. 337.
- 65 Cäsar Hagener: Fritz Köhne – Mythos und Wirklichkeit, in: Hochmuth/de Lorent, a. a. O., S. 244 ff., sowie: Hartwig Fiege: Fritz Köhne. Ein großer Hamburger Schulmann, Verlag des Vereins für Hamburgische Geschichte, Hamburg 1986
- 66 Köhne-Nachlass, eingesehen von mir 1984 im GEW-Archiv. Das gesamte GEW-Archiv ist Ende der 1990er Jahre an das Staatsarchiv Hamburg übergeben worden.
- 67 Archiv Fritz-Köhne-Schule.
- 68 Ebd.
- 69 Hagener, a. a. O., S. 247.
- 70 Fiege, a. a. O., S. 80ff.
- 71 Der Pflüger, 6/7 – 1956, S. 135.
- 72 Brief vom 14.3.1950, im Köhne-Nachlass, GEW-Archiv. Siehe auch Anm. 66.
- 73 Fiege, a. a. O., S. 79.
- 74 Hagener, a. a. O., S. 247.
- 75 Entnazifizierungsakte Köhne, StA HH, 211 – 11_Ed 1146.
- 76 Fiege, a. a. O., S. 98.
- 77 Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand. Frankfurt/M. 1980, S. 267.
- 78 Fiege, a. a. O., S. 98.
- 79 Köhne-Nachlass, GEW-Archiv.
- 80 Ebd.
- 81 Ebd. Siehe dazu auch: Gerhard Hoch: Gustav Holler, in: Hochmuth/de Lorent, a. a. O., S. 179ff.
- 82 Personalakte Köhne, StA HH, 361-3_A 0636.
- 83 Köhne-Nachlass, GEW-Archiv.
- 84 Zeidler, a. a. O, S. 102.
- 85 Köhne-Nachlass, GEW-Archiv.
- 86 Ebd.
- 87 Siehe auch die Biografie Mansfeld in diesem Buch.
- 88 Siehe auch die Biografie Schulz in diesem Buch.
- 89 Siehe auch die Biografie Witt in diesem Buch.
- 90 Siehe auch die Biografie Einfeldt in diesem Buch.
- 91 Der Pflüger, 6/7 – 1956, S. 135.

Der Fall von Adolf Hitlers Halbbruder Alois Hitler, der in Hamburg entnazifiziert werden wollte.

oder

Über die Schwierigkeiten Hamburger Dienststellen nach dem 8.5.1945, ehemalige NS-Nutznieser zu identifizieren.

Am 1. Oktober 1945 schrieb Alois Hitler, wohnhaft im Timm Krögersweg 35 (Fuhlsbüttel) an das Polizeiamt Hamburg, Drehbahn. Für die Adressaten hatte er einen nachvollziehbaren Wunsch:

„Mit diesem Schreiben bitte ich den Herrn Oberst und Kommandeur der Polizei Hamburg meinen Familiennamen Hitler in Hiller umändern zu wollen.“¹

Zur Begründung erklärte Alois Hitler:

„Ich bin selbständiger Kaufmann und habe von 1919 bis 1928 in Hamburg gelebt. Seit 1928 habe ich in Berlin einen größeren Gaststättenbetrieb unterhalten. Die bestehende Verwandtschaft zum ehemaligen Führer Adolf Hitler – ich bin der Stiefbruder von Adolf Hitler – ist von den englischen Militärbehörden und von den zuständigen Dienststellen der Deutschen Polizei untersucht und während einer vierwöchigen Haft ab Mitte Juni 1945 überprüft worden. Ich habe der NSDAP nicht angehört, ebenso keiner ihrer Gliederungen.

Für die Zukunft erscheint es mir unmöglich, meinen Familiennamen Hitler weiterzuführen, der Name erschwert mir, meinen Beruf weiter auszuüben und stellt eine Belastung im Umgang mit dritten Personen dar.“²

Alois Hitler legte eine Bescheinigung der englischen Militärbehörden vor, dass nichts Belastendes gegen ihn vorlag. Die britische Militärregierung war zu diesem Zeitpunkt die höchste Autorität. Sie hatte vermutlich überprüft, dass Alois Hitler weder Mitglied in der NSDAP, der SA oder der SS gewesen war. Und dann ging es schnell. Der Sachbearbeiter legte dem Kommandeur der Polizei Hamburg am 24.10.1945 eine Entscheidungsvorlage auf den Tisch: „Antragsteller ist der Stiefbruder des früheren Führers des Deutschen Reiches Adolf Hitler. Wegen der Namensgleichheit mit diesem hat der Antragsteller jetzt geschäftlich und seelisch schwer zu leiden, indem ihm jede geschäftliche Tätigkeit unmöglich gemacht und im Umgang mit dritten Personen bei der Vorstellung mit seinem Namen sofort auf die erwähnte Namensgleichheit angespielt wird. Der Antrag erscheint daher begründet.“³

Wer wollte im Oktober 1945 schon Hitler heißen? In drei Wochen war alles überprüft: „Nachteiliges über den Antragsteller ist hier nicht bekannt geworden; in den Registern des Amtsgerichts – Schuldner-Verzeichnis –, der Kriminalpolizei einschl. K D IV ist er nicht vermerkt. Von der Britischen Militärregierung ist er als einwandfrei anerkannt worden, von dieser Seite werden Bedenken gegen die Namensänderung nicht erhoben.“⁴

Am 26.10.1945 unterschrieb der Oberst und Kommandeur der Polizei Hamburg: „Der in Hamburg wohnende Kaufmann und Gaststätteninhaber Alois Hitler, geboren am 13. Januar 1882 in Wien, und seine Ehefrau Hedwig Frieda Amalie geb. Mickley, geboren am 5. April 1889 in Groß Neuendorf Kreis Lebus, führen fernerhin anstelle des Familiennamens Hitler den Familiennamen Hiller.“⁵

50 Reichsmark Gebühr. Am 5.11.1945 wurden alle Register bedient, sogar das Pfarramt St. Othmar in Wien, wo Alois Hitler geboren wurde.⁶

Ein Neffe von Adolf Hitler, genannt Johann Hietler, der im Krieg 1942 Erna Mach geheiratet hatte, jetzt auch Hietler, die noch eine besondere Rolle spielen sollte, beide Hietler wollten die nun diskreditierende Namens-Verwandtschaft ebenfalls loswerden und hatten sich auch in „Hiller“ umbenennen lassen. Adresse auch Timm Krögersweg 35, Fuhlsbüttel, heute direkt am Flughafen Hamburg gelegen.

Die staatliche Pressestelle Hamburg erfuhr von Alois Hitlers Namensänderung und fragte bei der Polizei nach der Adresse des ehemaligen Hitlers. Begründung: Radio Hamburg, ein damaliger Sender, wolle ein Interview mit ihm „veranstalten“. Die Antwort des sensiblen Polizeisachbearbeiters: „Ich wies darauf hin, daß der Genannte m. E. schwer krank, mindestens aber seelisch schwer erschüttert sei durch seine Erlebnisse in den letzten Monaten. (Er war von der britischen Besatzungsbehörde einige Zeit in Haft genommen worden). Es wäre zu begrüßen, wenn der Mann von neuen Aufregungen verschont werden würde. Ich stellte anheim, nach Möglichkeit darauf hinzuwirken, daß von dem Interview abgesehen werde, zumal durch eine nochmalige Erörterung dieser Angelegenheit in Rundfunk und Presse weder dem Beteiligten selbst noch der Öffentlichkeit gedient werde.“⁸

Die Medien nahmen erst 1948 von Hitlers Stiefbruder Notiz. Dazu später mehr.⁹

Wer war Alois Hitler? Einige biografische Daten.

Alois Hitler, auch Alois Hitler jun. genannt, weil der Vater von ihm und seinem Stiefbruder Adolf, ebenfalls Alois hieß, wurde am 13.1.1882 in Wien geboren. Alois war das uneheliche Kind von Alois Hitler sen. und dessen späteren Ehefrau Franziska Matzelsberger, als Alois Matzelsberger geboren. Durch Heirat seiner Eltern 1883

wurde er legitimiert und zu Alois Hitler. Nach der Geburt seiner Schwester Angela im selben Jahr starb die Mutter Franziska am 10.8.1884 an Tuberkulose. Schon Anfang 1885 heiratete Alois Hitler sen. zum dritten Mal, Klara Pölzl, die Mutter von Adolf Hitler und seiner Schwester Paula Hitler.¹⁰

Alois Hitler verlebte keine glückliche Kindheit. Die neue Mutter, bei ihrer Heirat 24 Jahre alt, 23 Jahre jünger als der Vater, zog die eigenen Kinder vor. Volker Ullrich schreibt: „Vor allem der älteste Sohn Alois hatte unter dem väterlichen Jähzorn zu leiden (weshalb er auch schon mit 14 Jahren das Elternhaus verließ), aber auch der sieben Jahre jüngere Adolf scheint gelegentlich geschlagen worden zu sein.“¹¹

Mit seinem Bruder Adolf verstand sich Alois nicht, zumal er manche Prügel auch für Adolfs Streiche abbekam. Alois Hitler verließ das Elternhaus, in dem er nicht geliebt war, begann eine Kellnerlehre und wurde straffällig. 1900 wurde er zu einer fünfmonatigen Haftstrafe verurteilt. Danach arbeitete er als Kellner in Linz, wurde abermals wegen Diebstahls verurteilt und wanderte nach Verbüßen der Haft 1905 nach Dublin und Liverpool aus, „jobbt in Kneipen und begeht als Hochstapler Betrügereien. Daraufhin flieht er mit seiner jungen Geliebten Bridget Dowling nach London, heiratet sie und wird 1911 in Liverpool Vater des Sohnes William Patrick Hitler“.¹²

Die Ehe war schwierig, Alois Hitler war ein Trinker, er „verprügelte so regelmäßig wie er trank seine Frau und wohl auch den kleinen William Patrick“. 1915 verließ Alois Hitler Frau und Sohn und ging zurück nach Österreich, später nach Hamburg.¹³

1919 heiratete Alois Hitler in Hamburg „mit gefälschten Papieren“¹⁴ erneut, Hedwig (Hete) Mickley, mit der er 1920 einen Sohn bekam, Heinrich Hitler.

Er betrieb mit geringen Einkünften einen Rasierklingelhandel und eine Hühnerzucht. 1924 wurde er wegen Bigamie angeklagt. Weil seine erste Frau Bridget Dowling sich scheiden ließ und die Klage nicht weiter verfolgte, wurde Alois Hitler auf Bewährung zu sechs Monaten Haft verurteilt.

Adolf Hitler, der sich zu einer Herkunft aus einfachen Verhältnissen bekannte¹⁵, ansonsten aber den Mantel des Schweigens über Einzelheiten seiner Familiengeschichte ausbreitete und alle Familiendokumente verbrennen ließ, als er sich das Leben nahm, konnte in den Zeiten seines Aufstiegs zum „Führer des Deutschen Reiches“ kein Interesse daran haben, dass Einzelheiten über seinen Halbbruder Alois und dessen Vorstrafen bekannt wurden.

Alois Hitler ging 1927 nach Berlin und versuchte es erneut, in der Gastronomie als Kellner und mit Gelegenheitsarbeiten unterzukommen. 1933 kaufte er einen kleinen Weinausschank in Charlottenburg, Leonhardstraße 24. 1937 verkaufte er dieses Lokal und „übernahm“ von einem jüdischen Vorbesitzer am Wittenbergplatz 3



Alois Hitler vor seiner Gaststätte „Alois“, Berlin

eine größere Gaststätte, ein Restaurant, das er „Alois“ nannte, ein beliebter Szenetreff für SA- und SS-Leute. Dieses Restaurant sollte im weiteren Verfahren noch eine besondere Rolle spielen.¹⁶

Der jetzt Alois Hiller Genannte, der innerhalb von drei Wochen den seit dem 8. Mai 1945 nicht mehr förderlichen Namen „Hitler“ ablegen konnte, wurde im Weiteren überprüft. Er musste, wie jeder andere erwachsene Deutsche, entnazifiziert werden.

In Hamburg füllte Alois Hiller (Hitler) am 3.4.1947 zum ersten Mal den Entnazifizierungsbogen mit 132 Fragen aus. Unter Bemerkungen, am Ende des Fragebogens, wurde deutlich, worum es den Hamburger Hillers geht: „Seit dem Zusammenbruch habe ich mehrere Eingaben sowohl an die deutschen Behörden wie auch an die amerikanische Militärregierung gemacht, mir mein Eigentum zurückzugeben und werde seit nunmehr einem Jahr damit getröstet, dass die Entscheidung bei der U. S. Militärregierung läge.“¹⁷

Er gab an, weder Mitglied der NSDAP, der SA oder der SS gewesen zu sein. Am 29.9.1947 wurde erneut ein Fragebogen ausgefüllt, dieses Mal von Erna Hiller als Zeugin mit unterschrieben. Erna Hiller, vormals Erna Mach, seit Ende des Krieges mit Johann Hietler verheiratet, beide nunmehr ebenfalls in „Hiller“ umbenannt, wohnten wie Alois Hiller und seine Frau im selben Haus in Fuhlsbüttel. Erna und Johann Hiller waren langjährige NSDAP-Mitglieder, Erna Mack mit dem goldenen Parteiabzeichen, war im Restaurant „Alois“ Geschäftsführerin und mit Alois Hitler und seiner Frau auf einem beladenen Lastwagen Ende April 1945 von Berlin nach Hamburg geflohen. Erna Hiller war die treibende Kraft bei den Aktivitäten, die das Ziel hatten, das beschlagnahmte Restaurant „Alois“ zurückzubekommen, um es gut verkaufen zu können.

Das Entnazifizierungsverfahren verlief anfänglich gut für Alois Hiller. Der zuständige Fachausschuss und der Beratende Ausschuss entschieden nach kurzer Anhörung von Alois Hiller (früher Hitler) und seiner Frau am 4.3.1948. Für Irritation sorgte lediglich, dass Alois Hiller seine NSDAP-Mitgliedschaft 1926 und 1927

im Fragebogen verschwiegen hatte. Alois konnte sich das nicht erklären, er habe das auch vergessen, außerdem habe seine Frau den Fragebogen ausgefüllt wegen seiner Vergesslichkeit. Er habe wohl als Kellner in der Wandsbeker Chaussee „auf Veranlassung junger Leute eine Beitrittserklärung unterschrieben und einen kleinen Beitrag für die Partei geleistet“. Seine Frau führte vor dem Ausschuss das Wort und erklärte, „dass absolut keine Verbindung irgendwelcher Art zu Adolf Hitler bestanden hat. Das Restaurant in Berlin haben sie aus eigener Kraft aufgebaut. Die Finanzierung erfolgte durch den Architekten, welcher vertraglich fünf Jahre lang mit 50 % am Reingewinn beteiligt war. Das Restaurant befindet sich in Berlin in der amerikanischen Zone, während das Geld auf der Sparkasse im englischen Sektor liegt. Da Hitlers inzwischen ihr Bargeld verbraucht haben, haben Sie die Absicht, ihr Geschäft in Berlin zu verkaufen, um sich in Hamburg eine neue Existenz zu schaffen. Frau H. führt weiterhin aus, dass sie in ihren Bemühungen, in Berlin, wo ihr eigentlicher Tätigkeitsbereich liegt, bis an General Clay herangegangen ist. General Clay soll persönlich zu Frau H. gesagt haben, dass er eine Entnazifizierung des Bruders von Hitler in Hamburg wünsche.“¹⁸

Alois Hiller (Hitler) wurde danach in Kategorie V als Entlasteter eingestuft und ein Entlastungsschein wurde für ihn ausgestellt. Damit war die Sache aber noch nicht erledigt, die Hillers nahmen Dr. Walter Brüggmann, Mönckebergstraße, als Rechtsanwalt zu Hilfe. Offenbar auf Betreiben von Erna Hiller, der ehemaligen Geschäftsführerin im „Alois“, wurde jetzt gezielt die Presse informiert. Es begann mit einem kleinen Artikel ausgerechnet im „Hamburger Echo“ am 13.11.1948. Unter der Überschrift „Er ließ sich umtaufen“ wurde gefragt, welche Gedanken man wohl hätte, stünde an der Nachbarstür: „H. Göring“ oder gar „A. Hitler“, um dann zu der Story zu kommen: „Das wäre dann der Gipfel! Alle Beteuerungen Hitlers, nichts mit dem ‚richtigen‘ Hitler zu tun zu haben, werden bei Ihnen abprallen wie Tennisbälle an Banktresoren. Sie sehen nur rot – in diesem Falle die wohlbekannte Physiognomie des braunen Adolfs. Und sind überzeugt: dann ist er also doch nicht tot! Leider ist dies kein Märchen, obgleich alles sehr unglaublich klingt. Irgendwo in Hamburg gibt es tatsächlich ein Türschild ‚A. Hitler‘. In irgendeinem Wirtschaftssamt steht seit zwei Jahren zwischen 1000 anderen eine Karteikarte ‚A. Hitler‘, und auch im Meldeamt ist ‚A. Hitler‘ kartographisch verankert. Der Mann, der zu dem Namen gehört, ist geächtet – ohne seine Schuld. ‚Gestatten, Hitler‘. Diese Vorstellung muß ähnliche Folgen haben wie die unerwartete Detonation eines Blindgängers. Dazu die frappante Ähnlichkeit. Schließlich kann Alois nichts dafür, daß Adolf sein Halbbruder ist. Da hilft nur etwas: Anträge zu stellen. Es wird der schwierigste amtlich sanktionierte Hürdenlauf gewesen sein, den es überhaupt gibt. Und das will schon etwas heißen. Seit gestern, Freitag, heißt Alois Hitler nun Hans Hiller. Die

Hamburger Behörden gaben ihren Segen dazu. Nun wird Alois – Verzeihung Hans wohler sein. Wir können es ihm nachfühlen.“¹⁹

Welche journalistische Meisterleistung! Wenn der Schreiber nur geahnt hätte, wie einfach „der amtlich sanktionierte Hürdenlauf“ gewesen war! Die staatliche Pressestelle stellte richtig und in mehreren Zeitungen gab es dazu kurze Notizen: „Olle Kamellen. Rundfunk und ein Teil der Presse teilten kürzlich mit, daß sich Adolfs Stiefbruder Alois Hitler, der in Hamburg lebt, jetzt in Hans Hiller habe umtaufen lassen. Dazu ist zu sagen, daß Alois Hitler sich schon lange und zwar im Oktober 1945 von seinem Namen getrennt hat und sich mit Einverständnis der Militärregierung seit damals Alois Hiller nennt, also nicht Hans Hiller. Er war übrigens niemals Mitglied der Nazipartei und auch sonst liegt gegen ihn nichts Belastendes vor, deshalb lasse man ihn gefälligst in Ruhe.“ Schrieb die „Hamburger Freie Presse“.²⁰ Hans Hiller war übrigens der neue Name des umgetauften Johann Hietlers, des Ehemanns von Erna Hiller. Wer wohl Stichwortgeber für die kleine Presseaktion gewesen war?²¹

Am 21.11.1948 erschien in der „Welt am Sonntag“ eine groß aufgemachte Geschichte: „Alois Hitler wird Alois Hiller“. Es war die Legende, die für das weitere Entnazifizierungsverfahren nötig schien. Eine Version, die Rechtsanwalt Brüggmann daraufhin als Dokument für die völlige Unschuld des Alois in seine Schriftsätze zentral einbaute. „Dieser Namenswechsel, diese Flucht in einem tarnenden Buchstaben austausch, ist das Ende einer Lebensperiode, die für Alois Hiller manche Bitternis mit sich gebracht hat. Bereits im Braunauer Elternhaus bestand zwischen den Halbbrüdern durchaus kein herzliches Einvernehmen. Hitlers Vater, er hieß gleichfalls Alois, heiratete dreimal. Aus der zweiten Ehe entstammten die beiden Kinder Alois und Angela. Der 37jährige Zollbeamte schloss eine dritte Ehe, aus der fünf Kinder hervorgingen. Nur zwei blieben am Leben: Adolf und Paula. Daß die Stiefmutter ihren Sohn Adolf dem Stiefsohn bei jeder Gelegenheit vorzog, schaffte bald die unüberbrückbare Kluft zwischen den Brüdern. Dies bewog Alois, bereits in jungen Jahren das Elternhaus zu verlassen, um sich als Kellner durchzuschlagen.“²²

Als vermeintlichen Beleg für Alois NS-Gegnerschaft wurde notiert: „Seine erste Frau, die er in London kennen lernte, war Engländerin. Sie schenkte ihm einen Sohn, William Patrick Hitler. Seit 1944 ist dieser im aktiven Kriegsdienst der amerikanischen Kriegsmarine.“ Und dann folgte eine Variante, die die Hitlers und Hillers bisher noch nicht erzählt hatten: „Es galt für ihn, sich in Deutschland eine neue Existenz zu gründen. So erwarb er ein kleines Lokal, das der Berliner als ‚Quetsche‘ bezeichnen würde, eine jener kleinen Kneipen, in denen man Berliner Bouletten und Bier anbietet. Inzwischen begann die ‚große Karriere‘ Adolfs. Wenn dieser auch bis dahin von dem Bruder weiter keine Notiz mehr genommen hatte, stand er plötzlich

eines Tages fordernd vor Alois: Er habe ‚seiner Partei‘ beizutreten und diese mit Geld zu unterstützen. Diese Forderung schien Adolf ganz selbstverständlich zu sein. Alois jedoch weigerte sich, auch nur einen Pfennig herauszurücken, woraus der Stiefbruder die Konsequenz zog und das familiäre Band endgültig zum Zerreißen brachte. Als sie einander später bei einer Veranstaltung begegneten, nahm Adolf keine Notiz von Alois. Auch zur Zeit der ‚Konjunktur‘ für die Partei verzichtete Alois nach einer Probevisite von einem Jahr auf seine Zugehörigkeit zu der ‚Bewegung‘. Er wandte sich ganz seinem Gastwirtsgewerbe zu und erwarb mit Unterstützung eines Architekten am Berliner Wittenbergplatz eine Gaststätte Alois, die bald stadtbekannt war.“²³ Legenden wurden gestrickt, wie es gerade passte.

Es wurde konstatiert, dass die Gaststätte des Alois Hitler viele Neugierige anzog. „Der Wirt hielt sich betont im Hintergrund, ja zuweilen gab er den Unwissenden sogar selbst die Auskunft, der Wirt sei gar nicht anwesend. Das konnte er sich leisten, da zwischen den beiden Brüdern nur eine ganz geringe Ähnlichkeit besteht. Nach dem Zusammenbruch 1945 zog Alois gen Westen. Sein Prokurist und sein Küchenmeister wollten den Versuch machen, das Geschäft weiterzuführen. Sie wurden aber im Verlauf der Einnahme Berlins durch die Russen erschossen. Vielleicht hatte man eine Beziehung zum ‚Reichskanzler‘ vermutet.“²⁴ Noch eine wilde, nicht belegte Legende. Aber wertvoll genug für Rechtsanwalt Brüggmann, als Dokument in seinen Schriftsätzen zitiert und vorgelegt zu werden.

Die „Welt am Sonntag“ zeigte Empathie für Alois H.: „Bis jetzt hat das Leben ihm keine Chance für eine neue Existenz geboten. Die Verwandtschaft mit dem Vernichter Deutschlands wog schwerer, als er es ahnen konnte. Zusammen mit seiner zweiten Frau lebt der 66-Jährige in einem Zimmer einer kleinen Wohnung und hält sich vom Verkauf der seinerzeit noch geretteten Habe über Wasser. Nun soll der Spruchkammerbescheid ein letzter Versuch sein, dem Leben Alois Hitlers eine neue Richtung zu geben.“²⁵

Rechtsanwalt Brüggmann und Erna Hiller benötigten diese rührselige Home-story. Denn aus Berlin waren ungünstige Informationen aufgetaucht. Es handelt sich um einen Bericht über Alois Hitler, zusammengestellt „nach Aktenmaterial und Zeugenberichten“, schon am 13.7.1946 von Walter Herzog, wohnhaft im Haus des Restaurants „Alois“, am Wittenbergplatz 3. Herzog belegte alle seine Aussagen. Er beschrieb, dass der Erwerb der Gaststätte am Wittenbergplatz im Vergleich zu den früheren kleinen Gastwirtschaften von Alois Hitler eine unvergleichlich hohe Investition gewesen ist. „Hier muss er schon von höherer Seite Unterstützung gefunden haben.“²⁶

Herzog verwies auch darauf, dass dem Vorbesitzer die Aufstellung einer Schankerlaubnis auf der Vorgartenveranda immer untersagt gewesen war. „Alois

Hitler wurde eine Erlaubnis anstandslos gewährt.“ Zur Eröffnung des Restaurants „waren verschiedene Minister und viele hohe SS-Offiziere anwesend“. Herzog benannte einen früheren Kriminalbeamten Pistert, der ein anderes Detail bezeugen konnte: „Alois Hitler erklärte anlässlich eines Diebstahls, bei dem ihm unter anderem auch eine hochwertige Kamera gestohlen wurde, dass er auf diese besonderen Wert lege, weil sie ein Geschenk seines Bruders sei.“



Alois Hitler

Herzog belegt auch mit Dokumenten vom NSDAP-Ortsgruppenleiter, dass Alois Hitler stets als Parteigenosse angeschrieben worden sei und er benannte Zeugen, die erklärten, dass Alois Hitler das Parteiabzeichen am Revers getragen hätte. Nutznießer „durch seine Verwandtschaft mit Adolf Hitler“ sei er gewesen, durch „unverhältnismäßig hohe Zuwendungen von Delikatessen“. Ein Teil dieser Delikatessen ging „auch wieder an hohe Parteimitglieder weiter, mit denen er Freundschaft hielt“. Herzog benannte als Zeugin Frau Looks aus dem Haus, die als „Austrägerin“ fungierte.

Erna Mach, „mit goldenem Parteiabzeichen dekoriert“, sei Geschäftsführerin im „Alois“ gewesen, später auch an dem Betrieb beteiligt. Und: „Während auf der einen Seite in den unteren Räumen ein einfaches, gutbürgerliches Geschäft betrieben wurde, herrschte in den oberen Räumen ein reines Partei- und Wehrmachtsleben, das friedensmäßig aufgezogen war.“



Erna Mach, Krankenschwester, 1934

Herzog benannte Zeugen und erklärte, dass ein Brief in Händen des amerikanischen Sicherheitsdienstes und ein Gästebuch in Händen des russischen Kommandanten seien.

Weiter schrieb Herzog: „Seine Juden- und Ausländerfeindlichkeit wird durch den Briefwechsel bewiesen, den er mit amtlichen Stellen führte und in dem er diese im Gegensatz zu deutschen SA-Männern, Krankenschwestern usw. stellt. Das geht sogar so weit, dass er eine Französin, einen Tschechen und noch einen Angestellten durch Anzeigen ins Konzentrationslager resp. Gefängnis bringt.“ Entsprechende Briefe seien in den Händen des amerikanischen Sicherheitsdienstes.

Über die späte Flucht nach Hamburg in den chaotischen Endkriegstagen in Berlin vermerkte Herzog: „Kurz vor dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands wurden Alois und Erna Hitler mittels eines Lastwagens und eines Personalkraftwagens unter Mitnahme von Lebensmitteln und Wertsachen aus Berlin geschafft. Die Autos gehörten der SS. Zu diesem Zeitpunkt war es Niemandem mehr möglich, Berlin

zu verlassen. Die Betriebe wurden dadurch herrenlos, und weil jeder die schamlose Flucht aus dem Elend mit ansah, wurden sie als erste geplündert. Die Vorräte, die überdurchschnittlich waren und ein Teil des Mobiliars wurden geplündert.“ Auch dafür benannte Herzog Zeugen aus dem Haus.

Dieses Schreiben muss ein schwerer Schlag für Alois Hitler (Hiller) und seine Geschäftsführerin gewesen sein. Die Hoffnung auf den Wiederbesitz des ertragreichen Restaurants war dahin. Herzog hatte seinen Bericht mit dem Hinweis geschlossen: „Der Bezirksbürgermeister Wendland setzte in die verlassenen Räume, die zwei Familien Existenz bieten, durch Trennung des Restaurants vom Kaffee zwei Fachleute ein und zwar Herrn Josef Fent, für die Gaststätte, weil dieser durch den Widerstand der SS aus dem Geschäft in der Augsburger Straße alles verloren hatte und für das Café Herrn Walter Herzog, dessen Betrieb im Rahmen der Judenaktionen 1938 polizeilich geschlossen wurde. Beide Lokale zeichnen sich jetzt durch anerkannte Solidität aus.“

Rechtsanwalt Brüggmann hatte Schwierigkeiten, Entlastendes vorzubringen. Dabei wurde sogar die Parteimitgliedschaft eingeräumt. Irgendjemand aus dem Hause Hitler/Hiller muss doch etwas im Gedächtnis gehabt haben. Die neue Version: „Als er im Jahre 1927 nach Berlin gezogen war, erhielt er eines Tages ein Schreiben der Münchner Parteizentrale, mit welchem die Beiträge für das zurückliegende Jahr von ihm nachgefordert wurden. Bis dahin hatte er praktisch von der Partei nichts gemerkt. Er hatte niemals eine Mitgliedskarte erhalten und an keinen Veranstaltungen teilgenommen, so dass er seiner Beitrittserklärung nicht die Bedeutung des Erwerbs einer vollgültigen Mitgliedschaft beigemessen hatte. Als er jetzt die Aufforderung zur Nachzahlung bekommen hatte, schrieb er, dass er auf die Mitgliedschaft keinen Wert legte und formell seinen Austritt erklärte. So erklärt sich der Eintrag in der Zentralkartei der NSDAP.“²⁷

Offensichtlich war inzwischen auch die zentrale NSDAP-Kartei ausgewertet worden. Und jetzt räumte Rechtsanwalt Brüggmann auch ein, dass Alois Hitlers Bruderschaft zum Vorteil gereicht hätte: „Es mag sein, dass verschiedene Besucher in das Lokal des Herrn Alois Hitler am Wittenbergplatz gekommen sind, als sie gehört hatten, er sei der Halbbruder des ‚Führers‘ und hofften, ihn dort zu sehen. Viele mögen gekommen sein in der Hoffnung, aufgrund der ‚Beziehungen‘ dieses Halbbruders zum Führer irgendein Anliegen durchzusetzen. Solange aber nicht nachgewiesen ist, vielmehr wird das Gegenteil nachgewiesen, dass Herr Alois Hiller eine derartige Entwicklung gewollt und gefördert hat, kann man ihm daraus keinen Vorwurf machen.“²⁸

Inzwischen ermittelten auch Hamburger Dienststellen. So das Polizeikriminalamt Spec. Dep. II. Polizei-Inspektor Müller hatte festgestellt, dass Adolf Hitlers

Neffe Johann, jetzt umgenannt Hiller, mit Alois Hitlers ehemaliger Geschäftsführerin Erna seit dem 12.12.1947 verheiratet war und im selben Haus wie Alois H. wohnte. Über Erna H. bemerkte der Polizeiinspektor, sie sei „am 15.5.1939 vom Landgericht Hildesheim wegen schwerer Amtsunterschlagung in Tateinheit mit Untreue, Betrug und privater Urkundenfälschung zu sieben Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt worden (Bewährungsfrist bis zum 31.8.1943, Straferlass am 26.9.1944).“²⁹

Fürwahr eine ehrenwerte Gesellschaft.

Auch wurde bekannt, dass Alois Hiller 90 000 Reichsmark bei der Deutschen Bank in Berlin habe, „zur Zeit von der russischen Besatzungsbehörde blockiert“.³⁰ Wieviel Geld Alois Hiller und seine Geschäftsführerin bar nach Hamburg mitbrachten, blieb ungeklärt. Mal war bei Alois Hiller von 15 000, mal von 20 000 Reichsmark die Rede. Eine Leica soll er für 15 000 Reichsmark zusätzlich verkauft haben

In Hamburg gab es keine wirklichen Erkenntnisse. Darum sind die Hitlers/Hillers ja hierhergekommen. Der Sekretär des Zentralausschusses für die Entnazifizierung, Rose, wendet sich am 5.5.1948 an den Berliner Landesverband des Hotel- und Gaststättengewerbes und bat um Information.³¹ Die eintreffenden Berichte diskreditierten den im Hamburg 1945 innerhalb von drei Wochen durch die Polizei von dem Namen Hitler befreiten Alois nun völlig. So wurde die Übersetzung eines Schreibens von Otto Strentz bekannt, dem Treuhänder für NSDAP-Vermögen für den Bezirk Schöneberg-Friedenau, der am 5.3.1947 an das Military Government Berlin District, Finance and Property einen Bericht über die Gaststätte „Alois“ verfasst hatte. Otto Strentz schrieb: „Die folgenden Tatsachen zeigen, dass Herr Alois Hiller (früher Hitler), obgleich er behauptet, niemals irgendetwas mit seinem Bruder Adolf Hitler zu tun gehabt zu haben, und er klugerweise seinen Namen geändert hat, nicht nur als Nutznießer der Partei oder des Systems sondern als ein Erz-Geldmacher anzusehen ist.“³²

Otto Strentz berichtete ein neues Detail über den nicht-öffentlichen Kontakt von Alois Hitler zu seinem Halbbruder Adolf: „An jedem Geburtstag des sogenannten Führers veranlasste Alois Hitler seine Kinder, Onkel Adolf anzurufen und ihm auf sehr herzliche Weise zu gratulieren.“

Auch Otto Strentz bestätigte, dass Alois Hitler im Gegensatz zum Vorbesitzer sofort einen Frontgarten genehmigt bekam. Weiter: „Am 16. Juli 1941 bittet Herr Hitler die Fachgruppe Tabak (Handelsgruppe Tabak) um eine Erhöhung seines Tabak-Kontingents, da besonders Ausländer, Japaner, Italiener und viele Offiziere und Soldaten der Wehrmacht seine regelmäßigen Gäste sind. Diese Worte beweisen, dass der erste Stock des Restaurants – wie allgemein bekannt – ein richtiges Nazinest war,

wo prominente Mitglieder von Partei und Wehrmacht ihre Verabredungen hatten.“

Ein anderes Schreiben von Alois Hitler lag Otto Strentz vor: „Am 4. April 1943 schrieb Alois Hitler an die Leitung des Arbeiterlagers für ukrainische Frauen wie folgt: ‚Ich wurde von Frau Conti (der Ehefrau des Staatssekretärs Dr. Conti) davon unterrichtet, daß sie ihr bei der Beschaffung eines fleißigen ukrainischen Mädchens aus ihrem Lager behilflich waren. Frau Conti selbst ermutigte mich, Sie zu bitten, zwei oder drei Mädchen für unser Unternehmen einzustellen.“

Auch ein anderes Anliegen von Alois Hitler wurde ungewöhnlich schnell genehmigt: „Am 24. Juni 1939 bittet er die Polizei des Verwaltungsbezirks Schöneberg um Genehmigung für die Erweiterung seines Betriebes und führt als Begründung an, daß sein Geschäft sich beträchtlich entwickelt habe und er nunmehr 36 Personen beschäftige (früher elf Personen). Er fährt fort, da wir uns jetzt Volk ohne Raum nennen können‘. Ferner führte er aus: ‚Die von dem Hausbesitzer, dem Juden Hefter, begangenen Unterlassungssünden beeinträchtigen natürlich unsere Lokalitäten.“

Otto Strentz bestätigte, es lägen Schreiben vor, die Alois Hitler als Parteimitglied auswiesen. Auch der Hausverwalter des Grundstücks Wittenbergplatz 3, Werner von Puttkamer, bestätigte, dass Alois Hitler „das frühere Abzeichen der Nazis, das Abzeichen eines Amtsträgers trug“. ³³ Und die Hauswartfrau, Grete Looke, schrieb am 2.2.1947: „Seit 1936 bin ich als Hauswartfrau in dem Haus beschäftigt. Meines Wissens war der Bewohner Alois Hitler Inhaber des Parteiabzeichens, während die für ihn tätige Vertrauensperson, Frau Erna Hietler, Inhaberin des goldenen Parteiabzeichens war. Ich musste des öfteren Lebensmittelpakete zum Reichsärz- teführer, Dr. Conti, als Geschenksendungen tragen. Zu Weihnachten erhielten ich und alle anderen Angestellten ein Bild des Führers als Geschenk. Am Geburtstag des Führers dekorierte Hitler die Schaufenster mit Edelweiß und Bildern und ich weiß, daß auf Veranlassung der Erna Hietler ein Kellner und ein französisches Mädchen in ein Konzentrationslager gebracht worden sind. Aus diesen und vielen anderen Gründen kann ich bestätigen, dass Alois Hitler ein Erz-Nazi gewesen ist.“ ³⁴

Damit hatte sich das Blatt endgültig gewendet. Und es wurde vollends deutlich, warum die Hitlers/Hillers lieber mit den unwissenden Hamburger Behörden und Ausschüssen zu tun haben wollten und Berlin im letzten Moment fluchtartig verlassen hatten, trotz der bis dahin sprudelnden Geldquelle.

Als völlig diskreditierend erwies sich ein Schreiben an die Kreisleitung 4 der Deutschen Arbeitsfront vom 15.12.1938. Auch dieses tauchte als Original nun in Hamburg auf. Darin wurde um zusätzliche Räume für das Personal (zum Umkleiden) und für die Lagerung von Lebensmitteln nachgesucht. In dem Schreiben hieß es: „Der Hauswirt hier ist der Jude Philipp Hefter – Wittenbergplatz 3. Im Vorder-Seitenhaus und Quergebäude sind z. Zt. noch 13 Wohnungen von Juden bewohnt. Es

ist damit zu rechnen, dass diese Juden in der nächsten Zeit ihre Wohnungen räumen müssen. Unser Wunsch geht dahin, die Parterrewohnungen des Quergebäudes für unseren Betrieb zu übernehmen, damit zunächst ein Umkleideraum, ein Büro, sowie ein Aufenthaltsraum geschaffen werden kann. Die Küche müsste etwas vergrößert werden, denn elf Menschen können unmöglich auf die Dauer in der kleinen Küche ihre Arbeit verrichteten. Es ist uns schon so ergangen, dass wirklich gutes Personal sich von uns getrennt hat, weil ihnen einfach nicht möglich war, in den mehr als primitiven Arbeitsräumen zu arbeiten. Da die eine Parterrewohnung früher vom Betrieb als gewerblicher Raum benutzt worden ist und nur durch eine einfache Tür getrennt ist, sind kaum große bauliche Veränderungen erforderlich. Sämtliche Bewohner der Parterrewohnungen sind bereit, ihre Wohnung zu wechseln, wenn ihnen im gleichen Haus eine ähnliche Wohnung zur Verfügung gestellt wird. Es handelt sich zunächst um die Portierwohnung von Herrn Looks, dessen 2 Zimmer-Wohnung an unsere Kaffeeküche grenzt. An die Portierswohnung grenzt eine 1 Zimmer-Wohnung, die noch von dem Juden Biener bewohnt wird. Die Parterrewohnung links wird von einer Krankenschwester Mücke bewohnt, die ihre Wohnung kaum benutzt, da sie oft wochenlang außerhalb pflegt. Die Schwester Mücke hat sich bereit erklärt, sofort auszuziehen wenn ihr eine andere Wohnung zugewiesen wird. An diese Wohnung der Schwester Mücke grenzt die Wohnung des SA-Mannes Zeitel, der ebenfalls bereit ist, seine Wohnung zu räumen, wenn ihm eine andere Wohnung zugeteilt wird. Die Polizei hat uns eine Frist von sechs Wochen gestellt, unsere Fleischwaren usw. in einen anderen Keller wie bisher unterzubringen. Uns fehlt bis heute jede Möglichkeit. Der Hauswirt, der Jude Hefter, besitzt nach unserer Kenntnis 3 große geräumige Keller, die zum Teil sogar Tageslicht haben. Die Keller werden von dem Juden nicht benützt, sondern enthalten nur Kellergerümpel. Es liegt also offenbar böser Wille vor, uns für unseren Betrieb keinen weiteren Keller zur Verfügung zu stellen. Das Haus hier ist sehr schwer verschuldet und mit Hypotheken belastet, so dass anzunehmen ist, dass der Besitzer bald wechseln wird. Aus dem vorstehend Geschilderten wollen Sie entnehmen, wie unglücklich hier die Raumverhältnisse meines Betriebes gelagert sind. Ich halte es für meine Pflicht, alle zuständigen Stellen anzurufen, hier endlich Wandel zu schaffen, damit ich meinen Angestellten neben ihrer schweren Arbeit die Möglichkeit schaffe, in anständigen Räumen zu arbeiten. Die Zeit der jüdischen Machthaber im Hausbesitz dürfte nach den letzten Gesetzen ihr Ende gefunden haben und so bitte ich die Deutsche Arbeitsfront nochmals mir ihre Hilfe nicht versagen zu wollen.“³⁵

Unterschrieben war dies mit „gez. Alois Hitler“. „Alois Hitler“ handschriftlich eindeutig von der Hand Erna Machs, wie ein Schriftvergleich mit ihrer späteren Unterschrift als „Erna Hiller“ beweist.

Die Rechtsanwälte gerieten in Argumentationsschwierigkeiten. Durch Berliner Dokumente aufgeschreckt und munitioniert, hatte der Zentralausschuss für die Entnazifizierung am 17.3.1949 Alois Hiller nunmehr in Kategorie III eingruppiert. Nun vertrat neben Rechtsanwalt Brüggmann auch noch der Wirtschaftsberater Gustav Sternberg die Hiller-Interessen. Am 10.6.1949 beantragt Sternberg, den Geisteszustand Alois Hillers überprüfen zu lassen. Er schrieb: „Der Berufungsführer leidet an erheblichem Gedächtnisschwund, wie sich aus dem täglichen Erleben innerhalb seines Angehörigenkreises ergibt. Da nun der Ausgang des Berufungsverfahrens für Herrn Hiller von außergewöhnlicher Bedeutung ist, hinsichtlich seiner Vermögenswerte in Berlin, besteht die Absicht ihn amtsärztlich untersuchen zu lassen, um den einwandfreien und unumstößlichen Beweis für den Gedächtnisschwund zu haben. Da aber eine amtsärztliche Untersuchung nur vorgenommen wird, wenn eine Anordnung von behördlicher Seite vorliegt, wird hiermit darum ersucht, die Untersuchung anzuordnen, damit Herr Hiller in eine Klinik eingewiesen wird. Die Kosten dieser amtsärztlichen Untersuchung werden selbstverständlich von der Familie Hiller getragen.“³⁶

Vor der Sitzung des Berufungsausschusses am 9.11.1949 wurde auch Rechtsanwalt Brüggmann noch einmal tätig. Er schrieb: „Es ist schließlich, was das schwerwiegendste ist, unmittelbar vor der letzten Verhandlung am 17. März 1949 neues Belastungsmaterial aus Berlin beschafft worden, mit welchem Herr Hiller in der Verhandlung überfallen worden ist, ohne sich irgendwie vorbereiten zu können. Dieses musste selbstverständlich, besonders angesichts des gesundheitlichen Zustandes des Herrn Hiller und seines bereits erörterten nervlichen und geistigen Zustandes, dazu führen, dass Herr Hiller derartigen Beschuldigungen völlig wehrlos gegenüberstand.“³⁷ Besonders wohl deswegen, weil es nicht möglich war, eine Verteidigungsstrategie von seinem Rechtsanwalt zu entwickeln und einzuüben.


Der Zentralausschuss hatte Hiller am 17.3.1949 als „Fragebogenfälscher“ bezeichnet. Seine NSDAP-Mitgliedschaft vom 3.8.1926 bis zum 30.9.1927 (Mitgliedsnummer 42 754) habe er verschwiegen. Ebenso seine gerichtlichen Vorstrafen (Frage Nummer 24 im Entnazifizierungsfragebogen). Der Zentralausschuss stellte dann fest: „In diesen gerichtlichen Strafen des Alois Hiller dürfte aber wohl (von anderen Dingen abgesehen) auch die Erklärung dafür zu erblicken sein, dass sein Bruder Adolf ihn sichtbar nicht besonders gefördert hat. Die Strafen seines Halbbruders Alois Hiller werden Adolf Hitler sicher bekannt gewesen sein. Er musste deshalb größten Wert darauf legen, dass dieser mit ihm blutsverwandte Mann möglichst wenig in Erscheinung trat und sich auf die Ausübung seines Berufes beschränkte. Das hat alles Hiller getan und (unter Betonung seiner nationalsozialistischen Gesinnung) im übrigen versucht, aus der Tatsache seiner Verwandtschaft mit Adolf

Hitler möglichst Vorteile zu ziehen und in den ihm gezogenen Grenzen gut zu verdienen.“³⁸ Und weiter argumentierte diese Instanz: „Der Ausschuss ist davon überzeugt, dass Alois Hiller sich in jedem Augenblick darüber klargewesen ist, dass seine Gesuche, Anzeigen und Vorstellungen bei den Behörden ein besonderes Gewicht gehabt haben, weil er in engen verwandtschaftlichen Beziehungen zu Adolf Hitler stand.“ Und letztlich: „Wenn er sich im übrigen politisch passiv verhielt, so bedeutet das keineswegs, dass er dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber stand. Das erhellt eindeutig aus der Tatsache, dass er seinen Sohn auf die Nationalpolitische Bildungsanstalt Ballenstedt/Harz, schickte. Er würde das nicht getan haben, wenn er wirklich irgendwie im Gegensatz zur NSDAP gestanden und nicht an die Zukunft der NSDAP geglaubt haben würde. Wesentliche Entlastungsmomente vermochte der Betroffene nicht vorzubringen.“

Alois Hiller WILL NICHT an seinen Bruder erinnert werden

Alois Hiller hat sich in ein kleines Zweifamilienhaus nach Hamburg zurückgezogen. Das Haus mit dem grün gestrichelten Tor liegt in einem kleinen Garten und ist ein Schmuckkästchen an Sauberkeit. Die weißen Vorhänge blitzen, die Blumentöpfe vor den Fenstern werden täglich von freundlicher Hand gegossen, die Treppen sind frisch gefegt. Im Garten flattern Wäschestücke im Wind und Kinder spielen auf einem Sandhaufen. Besucher des Hauses erzählen, daß der grauhaarige Hausherr stolz darauf ist, die schönsten Äpfel und das beste Gemüse in weitem Umkreis zu ernten. Als er noch Hitler hieß, schrieb er das „H“ und das „l“ seines Namens fast genau so wie der „Führer“ und lieferte auf diese Weise den internationalen Graphologen interessanten Gesprächsstoff. Heute heißt Alois Hiller mit Erlaubnis der Hamburger Polizei und den britischen Besatzungsbehörden Hiller und schreibt nur noch das „H“ mit dem alten Hitler-Schwung. Dieser Mann, der weder an seinen Stiefbruder erinnert werden, noch an ihn erinnern will, wird trotzdem sein Leben lang als ein „echter Hiller“ kennlich bleiben. Seine Ähnlichkeit mit dem Bruder ist verblüffend.

Herr Hiller ist gelernter Kellner, verbrachte fünfzehn Jahre seines Lebens im Ausland und spricht fließend englisch. Er träumt heute noch von seinem schön eingerichteten Restaurant am Nollendorferplatz in Berlin, das er ohne Mithilfe seines Stiefbruders aufgebaut hat. Seit 1945 hat er mehrmals betont, daß er „keine Beziehung“ zu Adolf Hitler und mit diesem „nichts gemeinsam“ hatte. Die Äußerungen, die dabei über den prominenten Stiefbruder fielen, waren nicht immer schmeichehaft. Er nannte ihn „herrschtig“ und „jähzornig“ und bestätigte, daß Adolf „die verrücktesten Einfälle“ hatte und auch durchsetzte. Wenn ihm etwas schiefging, sei er sehr



böse gewesen. Herr Hiller hat einen blütenweißen Frack gebogen und konnte glaubhaft nachweisen, daß er sich für Politik nie so stark interessiert hat wie für guten Kaffee und anständiges Bier. Man hat ihn nach dem Zusammenbruch in „außenpolitische Haft“ genommen, aber schon Anfang August 1945 wieder entlassen. Immer wieder war Alois ge-

fragt worden, ob er seinen Stiefbruder in der Zeit von 1933 bis 1945 gesehen hat. Immer wieder hatte Herr Hiller lächelnd geantwortet: „Ich habe ihn sehr oft gesehen, manchmal sogar zweimal in der Woche — aber nur im Kino!“

Adolf Hillers Stiefschwester Angela hat sich seit der Kapitulation vom 8. Mai 1945 besser versteckt als ihr Bruder Alois. Sie ist bis zum heutigen Tag noch nicht aufgespürt worden. Angela ist das einzige Mitglied der Familie Hiller, von dem die Öffentlichkeit Notiz nahm, denn sie war sechs Jahre lang Hitlers „Hausfrau“ auf dem Obersalzberg, bevor Frau Winter dieses Amt übernahm, die im Testament des „Führers“ ausdrücklich erwähnt wird. Angela heiratete schon in jungen Jahren und ist in der Berchtesgadener Gegend heute noch als „Frau Raubaal“ ein Begriff. Viele Leute erinnern sich noch daran, wie sie im großen Mercedes ihres Stiefbruders unterwegs war, um Einkäufe für das „Haus Wachenfeld“ zu machen, das Hitler später zu dem großen „Berghof“ umbauen ließ.

Hamburg, den 1. Oktober 1945
Tina Krögerweg 15

An Sie
Polizei der Hamburg
abt. für Passkontrollen

B E R E U E R T
Drohmann

Mit diesem Schreiben bitte ich den Herrn Oberst und Kommandeur der Polizei Hamburg namens Penzlinmann

H I L L E R in **H I L L E R**

wandern zu wollen und begründe meine Bitte mit folgendem:

Ich bin selbstständig Kaufmann und habe von 1919 bis 1928 in Hamburg gelebt. Seit 1928 habe ich in Berlin einen größeren Gasstättenbetrieb unterhalten.

Die bestehende Verwandtschaft von meinem Vater Adolf Hiller — ich bin der Stiefbruder von Adolf Hiller — ist von dem sachlichen Militärtribunal und von den zuständigen Dienststellen der deutschen Polizei untersucht und während einer vierwöchigen Haft ab Mitte Juni 1945 überprüft worden.

Ich habe der NSDAP nicht angehört, wurde keiner ihrer Gliederungen — der „Die Sturm“ — angehört, er ist unpolitisch, seitene Penzlinmann Hiller weiter zu führen, der habe drachtet mir, meine Beruf weiter ausüben und stellt eine Forderung im Bezug mit erlitten Fesseln dar.

In der Anlage füge ich eine Beschreibung der englischen Militärbehörde bei, dass gegen mich keine Einlassungen vorliegt, die Mängel der Beschreibung bitte ich.

Alois Hiller

Mit diesem Brief bat Alois um die Aenderung seines Namens.

Die Zeitung „Wochenend“ berichtet am 13.10.1949

82

Trotz des Versuches des Hiller-Vertreters Sternberg, die Gedächtnisfähigkeit von Alois Hiller untersuchen zu lassen, erschien Alois Hiller mit Rechtsanwalt Brüggemann am 9.11.1949 vor dem Berufungsausschuss. Wieder erklärte er, nach dem Umzug nach Berlin vergessen zu haben, einen Parteieintritt unterschrieben zu haben. Es schimmerte durch, dass ihm das ausreichend erschien: „Die meisten haben gedacht ich wäre in der Partei.“³⁹ Er habe nie ein Parteiabzeichen getragen, es wäre wohl das Abzeichen des Reichsluftschutzbundes (RLB) gewesen, „eine kleine Nadel mit dem Hakenkreuz“. Und er sagte noch einmal: „Wie ich schon erwähnte, nahmen die Leute an, daß ich Pg. sei. Das hatte man damals hundertprozentig so angenommen. Ich habe nichts dagegen unternommen, daß man mich allgemein als Mitglied der Partei ansah. Ich habe die Leute in dem Glauben gelassen. Es lag mir nichts daran, sie darüber aufzuklären.“

Die belastenden Schreiben seien von seiner Geschäftsführerin geschrieben worden, insbesondere das an die deutsche Arbeitsfront. Und zur Napola-Beschulung seines Sohnes erklärte er: „Es ist richtig, daß ich meinen Sohn, als er 14 Jahre alt war, genau weiß ich es nicht, auf die Napola-Bildungsanstalt in Ballenstedt geschickt habe. Das war sein Wunsch. Ich konnte mich um nichts kümmern. Für mich war die Hauptsache, dass ich ihn aus der Gastwirtsatmosphäre herausbrachte.“⁴⁰

Alois Hiller konnte sich trotz Gedächtnisschwundes gut an die Strategie seines Rechtsanwaltes halten, die dieser vorher in seinen langen Schriftsätzen formuliert hatte.

Die Verhandlung wurde unterbrochen und am 30.11.1949 fortgesetzt. Hier erklärt Hiller noch einmal, dass er das Schreiben an die deutsche Arbeitsfront gar nicht gekannt habe: „Meine Direktrice – Frau Mach – hat sämtliche Korrespondenz unterschrieben. Sie ist schon ziemlich früh bei mir angefangen. Es war bald danach, wie ich das Geschäft am Wittenbergplatz übernommen habe.“⁴¹

Die letzte Entscheidung des Berufungsausschusses erscheint überraschend, passte sich aber der gängigen Praxis der Entnazifizierungsentscheidungen in Hamburg 1949/1950 an. In der Begründung hieß es: „Der Berufungsausschuß geht davon aus, daß er Fühlung mit seinem Halbbruder Adolf Hitler nicht gehabt hat. Daraus ergibt sich aber nicht, daß er in der Folgezeit im Gegensatz zur Partei gestanden hat. Sein enges Zusammenarbeiten mit Frau Mach, deren Akte dem Berufungsausschuss vorliegt und die politisch stark hervorgetreten ist, spricht dagegen, ebenso wie der Umstand, daß er seinen Sohn auf die Napola Bildungsanstalt in Ballenstedt gesandt hat. Im gewissen Umfange ist er auch Nutznießer der Partei gewesen, indem er die allgemeine Auffassung unterstützt hat, daß er Mitglied der Partei sei. Die Eingaben, die von ihm an die Parteidienststellen gerichtet sind, sind so gefaßt, wie sie damals von aktiven Nationalsozialisten angewandt zu werden

pflegten. Insbesondere hat er mit diesen Schreiben versucht, eine Erweiterung des Geschäftslokals dadurch zu erreichen, daß er gegen seinen jüdischen Hauswirt und die jüdischen Bewohner sich äußerte und in seinen Eingaben zum Ausdruck brachte, daß die Zeit der jüdischen Machthaber im Hausbesitz ihr Ende gefunden habe. Es mag dahingestellt bleiben, ob er selbst die Briefe unterschrieben hat. Selbst wenn Frau Mach sie unterschrieben hat, so geht der Berufungsausschuß davon aus, daß dies in Übereinstimmung mit dem Berufungskläger geschehen ist.

Die Angabe, die der Berufungskläger darüber macht, daß er von all dem keine Ahnung gehabt hat, konnte nicht als beweiskräftig angesehen werden, da die Aussagen des Berufungsklägers in mancher Beziehung unzuverlässig sind, ebenso wie auch seine Angabe darüber, daß er früher Mitglied der Partei gewesen ist. Daß er dieses vergessen hätte, während er die Einzelheiten seines Ein- und Austritts noch weiß, erscheint dem Berufungsausschuß ausgeschlossen.

Immerhin ist zu Gunsten des Berufungsklägers berücksichtigt worden, daß keine Beweise dafür vorliegen, daß er politisch sich sehr stark betätigt hat. Es erscheint deshalb angemessen, ihn als Mitläufer zu erklären und mit Rücksicht auf sein Alter und den Zeitablauf ihn vom 1.4.1950 ab in Kategorie V einzustufen.⁴²



Alois Hitler

Als Entlasteter konnte Alois Hiller nun ohne Beschränkung in der freien Wirtschaft wieder tätig werden. Unbekannt ist, wie die Wiederinbesitznahme des „Alois“ in Berlin verlief. Ich vermute, dass die Hitler/Hillers da nicht erfolgreich waren. Berlin war nicht Hamburg. In Berlin gab es genügend hartnäckige Zeugen und Dokumente. In Hamburg brauchte man ja nur drei Wochen, um den Namen „Hitler“ loszuwerden. Und nur ein Gespräch in der ersten Instanz für die Entnazifizierung. Wer mochte nach dem 8.5.1945 schon gerne Hitler heißen.

Alois Hitler starb am 20.5.1956 in Hamburg.

Nachtrag



Heinrich Hitler

Alois Hitlers Sohn Heinrich Hitler, genannt Heinz, geb. am 14.3.1920, besuchte die Nationalpolitische Bildungsanstalt (Napola) Ballenstedt im Harz, machte dort Abitur, war ein überzeugter Nationalsozialist, meldete sich 1939 freiwillig zum Kriegsdienst, wollte Offizier werden. Als Unteroffizier wurde er in der Sowjetunion gefangen genommen und starb im Gefangenenlager Butyrka am 21.2.1942.

Alois Hitlers älterer Sohn, William Patrick Hitler, geb. am 12.3.1911 in Liverpool, war Buchbinder, lebte in England und Deutschland, bekam auf Grund seiner verwandtschaftlichen Beziehung eine Anstellung in der Deutschen Reichsbank, hatte mit seiner deutschen Frau vier Söhne, wanderte in die USA aus, ging mit großer Publizität 1944 in die US-Army und zog in den Krieg gegen Nazi-Deutschland. Zeitlebens versuchte er aus seiner „bizarren“ Verwandtschaft Aufmerksamkeit herzustellen und daraus Kapital zu schlagen. So durch eine Vortragstournee in den USA über Adolf Hitler und seine Familie. Er schrieb auch am 21.4.1949 einen Brief an das Sekretariat des Entnazifizierungskommissars in Hamburg, in dem er sich für seinen Vater Alois einsetzte, behauptete, dass dieser niemals Kontakt zu Adolf Hitler gehabt habe und forderte insbesondere, dass Alois Hitler „sein ehrlich verdientes Hab und Gut“ zurückgegeben werde.⁴³ Er starb am 14.7.1987 in New York.



William Patrick Hitler

Anmerkungen

- 1 StA HH, 332-4_IV B 7 116/45 . Im Weiteren zitiert als: Umbenennungsakte.
- 2 Ebd.
- 3 Umbenennungsakte, a. a. O.
- 4 Ebd.
- 5 Umbenennungsakte, a. a. O.
- 6 Umbenennungsakte, a. a. O.
- 7 Umbenennungsakte, a. a. O.
- 8 Schreiben vom 22.10.1945, Bl. 14, ebd.
- 9 Offenbar von den Hillers selbst inszenierte Berichte.
- 10 Die fundierteste Beschreibung der Familienverhältnisse Hitlers gibt es bei: Volker Ullrich: Adolf Hitler. Die Jahre des Aufstiegs, S. Fischer Verlag, 2013. Insbesondere das Namenswirrwarr wird aufgelöst im 1. Kapitel, S. 23 ff.
- 11 Ullrich, a. a. O., S.29.
- 12 Alle Angaben nach: Alois' Restaurant. Hitlers Halbbruder bewirte die SA und SS, in: Paul Kohl: 111mal Berlin, Hermann-Josef Emons Verlag 2013 und: Alois Hitler Junior, in: <http://de.wikipedia.org/Alois-Hitler-junior>
- 13 Laut Wikipedia, a. a. O.
- 14 Alois' Restaurant, a. a. O.
- 15 Wobei Volker Ullrich darauf hinweist, dass Adolf Hitlers Vater Alois als „Zollamts-Offizial“ das Gehalt eines Schuldirektors bezog.
- 16 Bisherige Angaben laut Gesprächsprotokoll mit Alois Hiller (Hitler) in seiner Umbenennungsakte, a. a. O.
- 17 Diese und weitere Unterlagen laut ausgefülltem Entnazifizierungsfragebogen in: Umbenennungsakte, a. a. O.
- 18 Protokoll der Sitzung des Fachausschusses vom 4.3.1948, Umbenennungsakte, a. a. O.
- 19 „Hamburger Echo“ vom 13.11.1948.

- 20 So in der „Hamburger Freien Presse“ vom 18.11.1948.
- 21 Zu den Namensänderungen bei Adolf Hitler und Alois Hitler siehe: Ullrich, a. a. O., S. 21 ff.
- 22 Alles zitiert aus: „Welt am Sonntag“ vom 21.11.1948.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Im Weiteren alles zitiert aus dem Bericht von Walter Herzog, Abschrift in der Umbenennungsakte, a. a. O.
- 27 Schreiben vom 30.12.1948 an den Zentralausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten, Umbenennungsakte, a. a. O.
- 28 Ebd.
- 29 Ermittlungsbericht vom 17.6.1947, Umbenennungsakte, a. a. O.
- 30 Schreiben vom Polizei- Kriminalamt Spec. Dep VI vom 18.6.1947, Umbenennungsakte, a. a. O.
- 31 Schreiben ebd.
- 32 Übersetzung der Schreibens von Otto Strentz vom 5.3.1047, Umbenennungsakte, a. a. O. Aus diesem Schreiben wird im Weiteren zitiert.
- 33 Schreiben vom 7.1.1947, Umbenennungsakte, a. a. O.
- 34 Umbenennungsakte, a. a. O.
- 35 Umbenennungsakte, a. a. O.
- 36 Umbenennungsakte, a. a. O.
- 37 Alle Zitate aus dem Schreiben Brügmans vom 20.9.1949, Umbenennungsakte, a. a. O.
- 38 Diese Zitate und auch die weiteren vom Zentralausschuss vom 17.3.1949, Umbenennungsakte, a. a. O.
- 39 133. Sitzung des Berufungsausschusses vom 9.11.1949, Umbenennungsakte, a. a. O.
- 40 Ebd.
- 41 136. Sitzung des Berufungsausschusses vom 30.11.1949, Umbenennungsakte, a. a. O.
- 42 Ebd.
- 43 Siehe: Umbenennungsakte, a. a. O.

Hitlers Stiefbruder warnt

Familie gegen Diffamierung / Kleines Haus in Fuhlsbüttel

Die in Hamburg lebenden Angehörigen Adolf Hitlers wollen gegen den Münchener Tempo-Filmverleih klagen, wenn sie in deren vor der Uraufführung stehenden Film „Bis fünf nach zwölf“ diffamiert werden. Ein Münchener Rechtsanwalt wird sie vertreten.

Die Verwandten Adolf Hitlers leben unter recht bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen als Untermieter in einem kleinen Reihnhaus in Fuhlsbüttel. Die Familie ließ ihren Namen nach dem Kriege in „Hiller“ ändern. Ihr ältestes Mitglied ist der 72jährige Alois Hiller, Stiefbruders Hitlers, einst Inhaber des bekannten Restaurants am Berliner Wittenbergplatz. Die schwierigen Nachkriegsverhältnisse und die britische Haft, in der er sich befand, obwohl er kein Parteimitglied war, haben ihn gesundheitlich zerbrochen. Seine Gattin, eine kleine stille Frau, pflegt ihn. Der 48jährige Kaufmann Hans Hiller, ein Vetter Adolf Hitlers, der aus Wien stammt, ist in seinem Beruf in Hamburg tätig. Seine Frau Erna Hiller war früher Betriebsführerin in dem Berliner Restaurant. Erna Hiller erklärte einem Hamburger - Abendblatt - Vertreter heute früh, sie habe die feste Absicht, dagegen

anzugehen, wenn in dem Film „Bis fünf nach zwölf“ Angriffe gegen ihre Familie enthalten seien. Sie habe kein einziges Photo und keine einzige Tatsachenangabe für den Streifen zur Verfügung gestellt. Erna Hiller erklärte, die einzige nicht in Hamburg lebende Verwandte sei Paula Wolf - Hitler, eine Schwester Adolf Hitlers, die in Berchtesgaden wohnt. Eva Braun Schwester, Grete Fegelein sei erst angesichts des Todes durch die Heirat Adolf Hitlers mit Eva Braun zu Hiller in verwandtschaftliche Beziehungen getreten. Grete Fegelein hat die in den Film eingeblendeten Privataufnahmen vom Obersalzberg zur Verfügung gestellt.

Der Tempo - Filmverleih betont in einer Stellungnahme, in dem Film könne keine Verunglimpfung der Familie Hitler liegen, weil alle Privataufnahmen von Eva Braun selbst gedreht wurden. Der Film soll in den nächsten Tagen in mehreren deutschen Städten gleichzeitig anlaufen. Die freiwillige Selbstkontrolle hat ihn nach zweimaliger Beanstandung — unter anderem mußte die Rahmehandlung herausgeschnitten werden — freigegeben. mhm.

Hamburger Abendblatt
berichtete am 1.11.1953

Täterprofile/Biografien

Karl Witt

Schulsenator 1933 – völkisch-deutschnationaler Reserveoffizier

Um die Besetzung der Stelle des Schulsenators hat es im nationalsozialistisch geführten „Koalitionssenat“ ein längeres Gerangel gegeben. Heinrich Landahl, Schulleiter der Lichtwarkschule und zuletzt Reichstagsabgeordneter für die Staatspartei, ehemals DDP, war im Gespräch. Deutliche Ambitionen zeigte auch der Erziehungswissenschaftler Prof. Gustaf Deuchler. Das Dilemma der NSDAP war, dass sie in den eigenen Reihen in Hamburg keine überzeugende Person hatte, die über die nötige Erfahrung verfügte. So fiel die Wahl auf Karl Witt, den völkisch-deutschnationalen langjährigen Bürgerschaftsabgeordneten, der Berufsschullehrer und Reserveoffizier war und der Landesschulbehörde als gewählter Vertreter der Bürgerschaft schon einige Jahre angehörte. Als der Senat verkleinert wurde, behielt Witt den Senatorentitel und wurde Präsident der Landesunterrichtsbehörde.

Karl Julius Witt wurde am 14.10.1885 in Truttermoor bei Bremen geboren. Er besuchte die Volksschule, danach das Lehrerseminar und arbeitete erst als Lehrer in Preußen, danach im Hamburger Landschuldienst und schließlich, ab 1910, als Volksschullehrer in Hamburg.

Witt hatte als Einjähriger-Freiwilliger in der 3. Matrosen-Artillerie-Abteilung Lehe-Wesermünde gedient. 1910 wurde er Leutnant der Reserve, als Oberleutnant zog er später viereinhalb Jahre in den Krieg.

Als Kapitänleutnant der Reserve kam er 1918 zurück nach Hamburg und nahm dort, als Ruhelehrer im Hamburger Volksschuldienst, das Studium an der Universität Hamburg wieder auf.



Präsident Witt, Leiter der Kultur- und Schulbehörde, 1933

Nach vier Semestern Erdkunde und Geographie am Kolonialinstitut studierte Witt nach dem Krieg drei Semester Volkswirtschafts- und Rechtslehre sowie zwei Semester Erziehungswissenschaft und Kunde des Transportwesens im Hafen. 1922 wechselte er in den Berufsschuldienst.¹

Witt war parallel dazu aktiv in völkisch-deutschnationalen Organisationen. So vertrat er seit 1924 als Führer die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“ in der Hamburgischen Bürgerschaft. Nach dem Zusammenbrechen der Deutschvölkischen Bewegung schloss sich Witt 1927

der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) an. Als Mitglied eines Reserveoffiziersbundes ging Witt nicht zur NSDAP mit den ihm vom Alter her näherliegenden, jüngeren Mitgliedern. Witt „fand den Ton bei den Nationalsozialisten der Jahre 1924–1928 oft zu ‚kumpelig‘, mochte nicht gerne ‚angepumpt‘ werden.“²

Karl Witt war verheiratet, hatte zwei Söhne und zeigte durchweg erhebliches politisches Engagement. Neben seinen Funktionen in der DNVP und dem Bürgerchaftsmandat war er Führer des völkisch-antisemitischen Junglehrerbundes Balduur³, Leiter des politischen Schulungskurses des Hamburger Bismarck-Bundes. 1932 rief Witt in der DNVP zur Gründung eines „Kampfringes“ auf, für den er über 23 Jahre alte Männer suchte, die bereit waren, „Opferbereitschaft und Unterordnung“ zu zeigen. Sie wurden für Saalschutz und die Begleitung von Diskussionsrednern in gegnerische Versammlungen gesucht.⁴

Karl Witt arbeitete gleichzeitig im schulischen Bereich in den Selbstverwaltungsorganen. 1922 wurde er Mitglied der Berufsschul-Lehrerkammer und des Schulbeirates, seit 1931 auch Vertreter in der Landesschulbehörde.⁵

Am Abend der Reichstagswahl besetzten Nationalsozialisten das Hamburger Rathaus. Mit dabei waren auch der Bismarckbund und der Kampfring der DNVP, in denen Witt eine führende Rolle spielte.⁶

Bei der Senatsbildung unmittelbar danach übernahmen die Deutschnationalen zwei Senatsfunktionen. Neben dem Parteivorsitzenden Max Stavenhagen, der die Leitung der Baubehörde bekam, wurde Karl Witt vom Vorstand der DNVP für das Amt des Schulsenators vorgeschlagen.



Der neue Senat vom 8. März 1933: Karl Witt (stehend, 3.v.l.). Später waren auch Wilhelm von Allwörden (sitzend, 2.v.l.) und Friedrich Ofterdinger (stehend, 2.v.r.) für das Bildungswesen verantwortlich.

Witts Berufung erfolgte sicherlich im Einvernehmen mit der NSDAP. In einem Koalitionssenat ohnehin auf die Repräsentanz der Vertreter der anderen Parteien angewiesen, hätte die NSDAP für die Funktion des Schulsenators auch schwerlich einen überzeugenden oder akzeptierten Vertreter anbieten können.

Witt war der Hamburger Lehrerschaft nicht unbekannt, galt aber insbesondere in Kreisen der „Gesellschaft der Freunde“ als „Notlösung“, wobei Kurt Zeidler als hervorstechendste Eigenschaft Witts die bei den Nationalsozialisten geschätzte „Trinkfestigkeit“ nannte.⁸

Es ist aber immerhin festzustellen, dass Witt über mehrjährige parlamentarische Erfahrung verfügte wie auch über langjährige Praxis im Schuldienst sowie Einblicke in die Leitung des Schulwesens als Vertreter in der Landesschulbehörde.

Als autoritär strukturierter, mit Führungsfunktionen vertrauter Reserveoffizier, dessen Berufung zudem noch von kirchlicher Seite begrüßt wurde⁹, hatten die Nationalsozialisten zweifellos einen zuverlässigen Mitstreiter gefunden. Behrens weist darauf hin, dass Witt sich schon 1932 erkennbar an der Politik der NSDAP orientierte¹⁰. Bereits im Frühjahr 1933 setzte sich Witt vehement dafür ein, die DNVP in die NSDAP zu überführen. Witt war dann auch wenig später das einzige prominente DNVP-Mitglied, das in die NSDAP überwechselte. Am 19.5.1933 vollzog er den Übertritt mit einer öffentlichen Erklärung.¹¹

Einige Monate nach der Senatsbildung wurde dieser am 14.9.1933 auf sechs Personen verkleinert. Karl Witt schied aus dem Senat aus, wurde aber Präsident der Landesunterrichtsbehörde, die der „Verwaltung für Kulturangelegenheiten“ und deren Senator Wilhelm von Allwörden unterstellt war.

Mit Witt an der Spitze begann zügig der Umbau des Hamburger Schulwesens. Bereits am 21.6.1933 brachte Witt einen Gesetzentwurf in den Senat ein, mit dem die Selbstverwaltung der Hamburger Schulen beendet wurde. Es entsprach der Grundhaltung Witts, wieder autoritäre Strukturen und das Führerprinzip im Schulwesen zu installieren. So sagte er bei der Einbringung des Gesetzes im Senat: „Die Beseitigung des verantwortlichen den Lehrern vorgesetzten Schulleiters habe in vielen, wenn nicht in den meisten hamburgischen Schulen dazu geführt, eine strafte Schulleitung durch einen der Behörde verantwortlichen Beamten auszuschließen und habe den Schulleiter im wesentlichen zum ausführenden Organ des Lehrkörpers und des Elternrates degradiert.“¹²

In seiner Rede zur Einführung der neuen Hamburger Schulleiter verwies Witt dann auch auf das „Grundprinzip der Regierung“, auf die „Verantwortlichkeit des Führers für das Ganze, für seine Anstalt“.¹³

Es könne auch nicht länger hingenommen werden, „wenn sich Lehrer in ihren eigenen Angelegenheiten an die höheren Regierungsstellen in Hamburg wenden“

würden. Wer in Zukunft den Dienstweg nicht einhalte, müsse disziplinarisch bestraft werden.¹⁴

Witt berief sich nicht nur in dieser Rede auf Erfahrungen in Armee und Marine. In seiner ersten Ansprache an die hamburgische Lehrerschaft als Senator entwickelte er seine Philosophie, seine völkische Grundüberzeugung. So führte er aus:

„Bei den Herrenvölkern durchdringt ein gesunder Rasseinstinkt als Staatserhaltungsgrundgefühl das Ganze. Es durchglüht die eigene Volkskraft, die nationale Wesensart und die Kultur. Bei den Herrenvölkern ist die seelische Einheit zu einem Kraftkern verdichtet. Es ist ein Gesamt-Bewußtsein, ein Gesamt-Ich. Dieses Erkenntnis muß der Erzieher bei seiner Arbeit vor Augen haben und sie bei seinen Schülern zu entwickeln suchen. Wie ein Volk, so strebt auch der einzelne nach Selbständigkeit. Ein Volk aber, das Selbständigkeitsgefühl besitzt, schafft sich auch sein Kraftfeld, das Vaterland. Die Bodenständigkeit, die Verbundenheit mit Heimat, Volk und Volkssitte sind die Grundlagen für den Begriff des Vaterlandes. Wer Selbständigkeit und Bodenständigkeit, wer Kraftkern und Kraftfeld erkennt, der ist besorgt für die Sicherheit oder für den Schutz der Kraft und tritt ein für den Wehrgedanken. Aus diesen Erwägungen heraus sind meine Forderungen nach Erziehung zur Wehrhaftigkeit entstanden.“¹⁵

Neue Töne für die Hamburger Lehrerschaft.

Am Ende dieser ersten Rede an die Hamburger Pädagogen gedachte Witt dann den gefallenen Lehrern, „die in treuer Pflichterfüllung gegenüber Volk und Vaterland ihr junges Leben dahingegeben“ hätten. Er rief die Hamburger Lehrerschaft dazu auf, die deutsche Jugend in ihrem Sinne zu erziehen.¹⁶

Etwa zehn Jahre später verlässt Witt seinen Platz an der Spitze der Landesunterrichtsbehörde und meldete sich 1942 freiwillig für den Kriegsdienst.

Durchaus in diesem Sinne wirkte ein Aufruf Witts anlässlich einer Kolonialausstellung in Hamburg Anfang des Jahres 1936. Motto: „Deutschland braucht Kolonien!“

Karl Witt schrieb dazu:

„Die deutsche Jugend hatte nach dem Kriege die Erinnerung an unsere koloniale Vergangenheit bald verloren und sich mit dem Verlust unseres Kolonialreiches abgefunden.

Die deutsche Jugend aber muß wissen, daß für ein großes Volk wie das Deutsche Kolonialbesitz aus politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen notwendig ist.

Die deutsche Schule hat die unabweisbare Pflicht, den Kampf um den deutschen Lebensraum als eine der wichtigsten Aufgaben der Jugend ans Herz zu legen und eine unermüdliche Aufklärungsarbeit über unseren Kolonialbesitz zu leisten.“¹⁷

Für Schulen und Lehrerschaft sichtbar trat Witt weniger in Erscheinung als Landesschulrat Willi Schulz und Oberschulrat Albert Mansfeld, die aufgrund ihrer Doppelfunktion in Behörde und NSLB und ihrer Verwurzelung in der NSDAP auch eine stärkere Machtposition hatten. Dies wurde etwa 1937 deutlich, als die Aufnahmesperre für Lehrer in die NSDAP gelockert wurde. Karl Witt verfasste ein moderates Schreiben, in dem er die Kollegen auf die Aufnahmemöglichkeit hinwies. Er verband dies mit dem ausdrücklichen Hinweis, „daß keinem durch seinen Nichtbeitritt Nachteile erwachsen werden“.¹⁸

Etwa einen Monat später gab Albert Mansfeld für den NSLB ein Schreiben an alle Vertrauensleute heraus, in dem er in scharfer Form nahelegte, Mitglied der NSDAP zu werden: „Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß sich jeder hamburgische Erzieher und jede Erzieherin um die Aufnahme in die NSDAP bewirbt.“ Und, drohend, wurde hinzugefügt, man werde „den Beamten im deutschen Volke kaum noch verstehen, der dieser Arbeit ausweichen will“. Dieses Schreiben zeigte noch einmal, welche führende Rolle der NSLB spielte und sollte später im Entnazifizierungsverfahren Mansfelds bedeutsam werden.



Karl Witt als Mitglied der Bürgerschaft 1924–1933 in einer Karikatur

Andererseits gibt es keinen Grund, die Rolle Witts in dem nationalsozialistischen „Umbau-Prozess“ des Hamburger Schulwesens zu unterschätzen. Wichtige Erlasse, Verfügungen, Gesetze und Anweisungen tragen seine Unterschrift und entsprechen seinem Geist.

Nur ein paar Kostproben:

Am 10.4.1933 schrieb Witt an alle Schulleiter:

„Betr.: Verbot marxistischer Beeinflussung der Schüler:

Es laufen bei der Landesschulbehörde zahlreiche Beschwerden darüber ein, daß Lehrer aller Schulgattungen ihre Schüler offen oder versteckt marxistisch beeinflussen, Werbetätigkeit im Sinne der Sozialdemokratischen oder Kommunistischen Partei betreiben oder die nationale Regierung durch Verhalten und Wort verächtlich machen.

Die Landesschulbehörde warnt nachdrücklich vor einer derartigen Betätigung. Sie wird alle Lehrer, denen sie nachgewiesen wird, sofort von der Schularbeit ausschließen und gegebenenfalls mit Nachdruck disziplinarisch gegen sie einschreiten.“¹⁹

Ein Jahr später, am 28.3.1934, wendete sich Witt mit einem Schreiben an die Lehrerschaft betreffs „Durchdringung der gesamten Schularbeit mit der nationalsozialistischen Weltanschauung“. Darin hieß es:

„Die Landesunterrichtsbehörde erwartet, daß jeder Lehrer nach ehrlicher, vorbehaltloser Entscheidung zu einer echten, unverdeckten Grundhaltung kommt,

die ihn in seinem gesamten Verhalten und Sichäußern, bei allem Tun und Lassen zu jeder Zeit und an jedem Ort als rechten Nationalsozialisten erweist. Denn nur so kann der Lehrer und Erzieher auch Führer und Vorbild der Jugend sein.

Wer sich nicht entscheiden kann, soll daher jetzt freiwillig den Schuldienst verlassen. Die Schulleiter sind verpflichtet, sich über die politische Haltung der Lehrer offen zu unterrichten und der Behörde jedes abwegige Verhalten sachlich zu berichten. Die Landesunterrichtsbehörde macht die Schulleiter unter allen Umständen für den Geist ihrer Schule und die Haltung ihres Lehrkörpers verantwortlich.“²⁰

In einer von Karl Witt unterzeichneten „Verfügung, betreffend die Anwendung körperlicher Züchtigung in den hamburgischen Schulen“ hieß es, „dass die Lehrkräfte die Strafe der körperlichen Züchtigung auch fortan nur als letztes Mittel zur Aufrechterhaltung der Schulzucht und nur in besonderen Ausnahmefällen (wie z. B. hartnäckigem Lügen, bei frecher Widersetzlichkeit, bei beharrlichem Unfleisse oder Ungehorsam, bei Ausbrüchen sittlicher Rohheit, bei wiederholtem Schulentlaufen, bei Unredlichkeiten und bei Schamlosigkeiten) in Anwendung bringen“. Um die „Gefahr pädagogischer Mißgriffe“ von den Lehrkräften fernzuhalten, „werden diese insbesondere davor gewarnt, an den Kopf zu schlagen und bei den Züchtigungen sich eines anderen als des von der Schulverwaltung dafür bestimmten dünnen Rohrstockes zu bedienen. Die Rohrstöcke sind nach näheren Bestimmungen des Schulleiters in einer genügenden Anzahl im Schulgebäude so aufzubewahren, daß sie den Lehrkräften zu jeder Zeit zugänglich sind.“²¹

Karl Witt zog Anfang 1942 als Offizier in den Krieg und kehrte nach Kriegsgefangenschaft 1948 nach Hamburg zurück.

Er wurde daraufhin, 63jährig, aus dem Staatsdienst entlassen. Er legte dagegen Berufung ein und die Zentralstelle für Berufungsausschüsse gab dieser Berufung mit Schreiben vom 8.12.1948 statt. Witt wurde mit der Pension eines Gewerbeoberlehrers mit Wirkung vom 1.12.1948 in den Ruhestand versetzt. Der Berufungsausschuss stufte ihn nach den Entnazifizierungskriterien in die Kategorie IV (Mitläufer) ein.

Auch dieses Entnazifizierungsverfahren erschien symptomatisch. Es funktionierte nach dem bekannten Muster: Es gab Entlastungszeugen, die in der Regel selbst im Naziapparat tätig waren, es wurde darauf hingewiesen, dass es schlimmere, fanatischere Nationalsozialisten gab und es wurden bei ehemaligen Mitgliedern anderer Parteien Widersprüche zu den NSDAP-Funktionären aufgezeigt, die schon vor 1933 in der Partei gewesen waren.

So hieß es dann in der Begründung des Berufungsausschusses:

„Witt ist am 1.5.1933 der Partei beigetreten. Demgegenüber hat er bereits am 8.3.1933 das Amt eines Senators und Leiters der Schulbehörde übernommen.

Er ist nach außen hin zweifellos als Exponent des Nationalsozialismus aufgetreten. Die eingehende Beweisaufnahme hat auf der anderen Seite ergeben, daß er innerlich niemals auf dem Boden des Nationalsozialismus gestanden hat. Er ist aus dem deutschnationalen Lager in die damalige Koalitionsregierung gekommen und hat seine sich daraus ergebenden Auffassungen auch weiterhin zu vertreten versucht.

Da Witt nach Lage der Dinge als Nutznießer zu bezeichnen ist, war er auf die Stellung zurückzustufen, die er 1933 bekleidet hat. Angesichts seiner persönlichen Haltung, die sich aus der Beweisaufnahme ergeben hat, erschien es andererseits angemessen, ihn mit der Pension eines Gewerbeoberlehrers in den Ruhestand zu versetzen.“²²

Karl Witt, der seit 1949 in einem Dorf im Kreis Soltau wohnte, wurde von der Hamburger Anwaltssozietät Dr. Gerd Bucerius und Partner vertreten. Nachdem Karl Witt am 10.5.1950 auf Grund des Gesetzes zur Beendigung der Entnazifizierung in Kategorie V (Entlasteter) eingestuft worden war, verlangten seine Anwälte für ihn das volle Ruhegehalt als Senator.

Witt sei am 11.5.1945 zwar von der britischen Militärregierung aus seinem Amt als Beigeordneter (Senator) entlassen worden. Nach Entscheidung des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe wäre aber 1952 eine Entlassung durch die britische Militärregierung nicht als Ausscheiden sondern als Suspendierung aus dem Dienst anzusehen. Und bei Einstufung in die Kategorie V, als Entlasteter dürften Pensionsansprüche nicht gekürzt werden.²³

In einer Stellungnahme vermerkte Landesschulrat Ernst Matthewes dazu:

„Witt wurde als deutschnationales Bürgerschaftsmitglied 1933 Senator und trat danach in die NSDAP ein. Er wurde zwar nicht als Nationalsozialist in den Senat berufen, aber doch wegen der engen Verbindung der Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten.

Nach vorliegenden Gutachten der Oberschulräte Dr. Oberdörffer und Köhne hat Witt als Senator und nach dem Ausscheiden als Präsident der Landesunterrichtsbehörde sein Amt nicht als typischer Nationalsozialist verwaltet. Nach dem Gutachten des Oberschulrates Schult hat er sich bemüht, die gute Tradition im Hamburger Schulwesen zu erhalten, niemals persönliche Gehässigkeit verübt und ist politischen Gegnern immer mit Verständnis begegnet.“²⁴

Karl Witt hatte sich von den beiden Oberschulräten in der Schulverwaltung während der Nazizeit, die am stärksten als Nichtnationalsozialisten öffentlich wahrgenommen wurden, ein Leumundszeugnis ausstellen lassen, obwohl auch sie Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Das ist von Karl Witt und seinen Rechtsanwälten zweifellos ein kluger Schachzug gewesen. Wilhelm Oberdörffer gab als ehemaliger Oberschulrat für die höheren Schulen bereitwillig Auskunft und schrieb

am 19.12.1946: „Herr Witt ist nach meinem Dafürhalten, wie ich in mehrjähriger Zusammenarbeit mit ihm an vielen Beispielen habe feststellen können, im Grunde seines Herzens kein überzeugter Nationalsozialist gewesen. Sowohl in der Behandlung personeller Fragen wie auch überspannten Forderungen des NS-Lehrerbundes, der HJ und anderer Parteistellen gegenüber, die Einfluss auf die Gestaltung des hamburgischen Schulwesens verlangten, bewies Herr Witt eine abwehrende besonnene Haltung. Er war stets darauf bedacht, unbillige Härten zu vermeiden und den durch die vorgeschriebenen Abbaumaßnahmen betroffenen Opfern alle nur möglichen Vorteile und Erleichterungen zu gewähren. Auch in der Durchführung der Maßnahmen gegen die konfessionellen jüdischen und katholischen Schulen sowie gegen jüdische und jüdisch-versippte Lehrer zeigte sich Herr Witt äußerst maßvoll und stimmte bei gebundenen Vorschriften gern Vorschlägen seiner Mitarbeiter zu, die eine ruhige Abwicklung und schonende Behandlung vorsahen. Herr Witt ist nach meiner Kenntnis ein aufrechter, uneigennütziger, rechtlich denkender Mensch, der die von ihm übernommenen Pflichten mit aller Sorgfalt so erfüllte, wie er sie vor seinen Gewissen und der ihm anvertrauten Schuljugend verantworten zu können glaubte.“²⁵

Und auch Fritz Köhne, der in seiner „Herzensgüte“ nach dem 8.5.1945 die meisten Persilscheine ausstellte, verwendete sich für Karl Witt: „Hiermit erfülle ich Ihre Bitte um ein Gutachten für Ihre Eingabe an den Berufungsausschuß. Im Vorwege stelle ich fest, daß ich keinerlei verwandtschaftliche, politische, weltanschauliche oder sonstige Bindungen zu Ihnen habe oder gehabt habe. Was ich in dieser Sache zu sagen habe, geschieht in voller Freiheit aufgrund von Beobachtungen und Feststellungen, die ich in meiner Tätigkeit als Schulrat in häufigen dienstlichen Begegnungen mit Ihnen als dem verantwortlichen Leiter der Schulverwaltung Hamburg von 1933–1942 gemacht habe. Sie haben während ihrer gesamten Amtsdauer niemals den Typus eines Nationalsozialisten verkörpert sondern sind, wie es Ihrer Natur und Ihrer parlamentarischen Tätigkeit entsprach, ein Mensch mit einer echten demokratischen Grundhaltung geblieben. Sie bewerteten die Menschen nach ihrem Charakter und ihrer Leistung und besaßen Verständnis und Toleranz für jede ehrliche Überzeugung. Ihrer Menschlichkeit und Güte ist es zu verdanken, daß 1933 der politische Abbau von Lehrern und Beamten der Schulverwaltung ohne allzu große Härte durchgeführt worden ist.“²⁶ Fritz Köhne hatte dabei im Blick, dass er, nachdem Karl Witt als Offizier in den Krieg zog, weit schlimmere Leiter der Schulverwaltung kennenlernte, wie den machtbesessenen und skrupellosen Albert Henze. Fritz Köhne erinnerte in seinem Schreiben auch daran, dass Karl Witt „von machthungrigen nationalsozialistischen Fanatikern und Strebern auf das schärfste verdächtigt und bekämpft“ wurde. „Dieser Kampf nahm im Falle Rösch und Schra-

der Formen an, die jeden menschlichen Anstand vermissen ließen. Wenn es Ihren Widersachern nicht gelang, Sie zur Strecke zu bringen, so ist das nicht zuletzt Ihrer gesunden Vitalität und Ihrem Freimut zuzuschreiben.“²⁷

Das Personalamt lehnte die Forderung nach Senatoren-Ruhegehalt ab und verwies auf die enge Beziehung als Senator und Präsident zur NSDAP.

Die Rechtsanwälte legten Einspruch ein, argumentieren damit, dass Witt nur einfaches Mitglied der Bürgerschaft gewesen sei ohne Parteiämter und die Koalitionsverhandlungen 1933 nicht geführt habe. Sein Ausscheiden bei Verkleinerung des Senates erhielt jetzt geradezu Opfer- und Widerstandscharakter: „Herr Witt ist nicht auf seinen Antrag hin am 1. Oktober 1933 aus dem Senat ausgeschieden. Im Gegenteil hat man Herrn Witt, da er der NSDAP unbequem war, im September mitgeteilt, daß er aus dem Senat ausscheiden müsse. Das Amt des Präsidenten der Schulbehörde hat Herr Witt auf Drängen seiner deutschnationalen Freunde beibehalten, um diesen wichtigen Posten nicht einem Nationalsozialisten zu überlassen.“²⁸

Der Staatskommissar der Hansestadt Hamburg für die Entnazifizierung stufte Witt dann am 21.11.1952 endgültig als Entlasteten (Kategorie V) ein.

Als weiterer Entlastungszeuge wurde dann der ehemalige Schulrat Dietrich Ossenbrügge mit eidesstattlicher Erklärung und persönlichem Schreiben angeführt. Ossenbrügge, der mit Karl Witt deutschnationaler Bürgerschaftsabgeordneter vor 1933 und im Vorstand der DNVP tätig gewesen war und nach 1933 als Schulrat berufen wurde, wurde von Rechtsanwalt Samwer als ein Mann bezeichnet, „der bei dem Nationalsozialismus in Hamburg einen besonders schlechten Ruf hatte, weil er einer Freimaurerloge angehört hatte“.

Ossenbrügge produzierte das, was als Prototyp eines Persilscheins jener Tage gelten kann. Er schrieb an Witt, „Mein lieber Karl“, am 16.12.1952:

„Nachdem der deutschnationale Stavenhagen als Senator der Baubehörde abserviert worden war, kamst Du als zweiter an die Reihe. Für mich war das keine Überraschung, wußte ich doch, dass sich in der Schulbehörde Kreise um OSR Dr. Behne im Senat und im Reichsministerium von Anfang an stark gegen Dich intrigierten.

Auch Quertreibereien durch den NS-Lehrerbund und die Führung der HJ mögen die Partei zu Deiner Ausbootung veranlaßt haben.

Erinnerst Du Dich noch, wie Du mir damals voll Erbitterung erklärtest: ‚Ich haue ab und schmeiße den Nazis den ganzen Kram vor die Füße.‘ Ich sagte Dir, daß ein solcher Entschluß übereilt und unklug sei. Du würdest ja gerade damit erfüllen, was die Nazis wollten, Dich billig ganz loszuwerden. Auch mußtest Du Rücksicht nehmen auf Deine Getreuen in der Schulverwaltung und der Lehrerschaft, denn was sollte aus dem ganzen Erziehungswerk in Hamburg werden, wenn ein

150 %-iger an die Spitze der Schulverwaltung gesetzt würde? Man wollte den un-
bequemen Witt loswerden.“²⁹

Alte Kameraden schrieben sich in der Not.

Dabei war die Not wirklich nicht groß.

Rechtsanwalt Samwer notierte noch, dass gegen Witt 1933 ein Verfahren
gelaufen wäre, weil er Hitler als „Operettendiva“ bezeichnet hätte und wies darauf
hin, dass die „Degradierung vom Senator zum Präsidenten der Behörde“ mit einer
jährlichen Einbuße von 6000,- Reichsmark verbunden gewesen wäre.³⁰

Und in der Schulbehörde vermerkte man intern, dass Karl Witt 1936 ohne
weiteres Oberschulrat für das Berufsschulwesen hätte werden können.³¹

Das Personalamt versuchte im Verfahren vor dem Landesverwaltungsgericht
1954 noch einmal sachlich gegen die „Opfer“-Strategie zu argumentieren: „Tat-
sächlich handelt es sich bei der Entlassung des Klägers aus seinem Amt als Mitglied
der hamb. Landesregierung nicht um eine Einzelmaßnahme, sondern um eine Reor-
ganisation des ganzen Senates, denn gleichzeitig mit ihm sind zum 1.10.1933 auch
die Senatoren von Pressentin, Klepp und Dr. Offerdinger aus der Landesregierung
ausgeschieden und zu Präsidenten der Fachbehörden bzw. zum Landesherrn ern-
annt worden. Der Kläger wird nun nicht ernstlich behaupten wollen, daß auch
z. B. Dr. Offerdinger, der alter Kämpfer der NSDAP und hoher Parteifunktionär war,
aus politischen Gründen aus dem Amt eines Senators entfernt wurde. Auch er ist
wie der Kläger aus organisatorischen Gründen aus dem Amt eines Senators ausge-
schieden.“³²

Das Verfahren endete am 24.5.1954 vor dem Landesverwaltungsgericht mit
einem Vergleich. Rückwirkend erhielt Karl Witt das Ruhegehalt eines Oberschulra-
tes A 1b.

Bei dem Gerichtstermin erschien Karl Witt in Begleitung des ehemaligen Se-
nators Klepp (ehemals Stahlhelm), der sich ebenfalls im Rechtsstreit befand. Alte
Kameraden vereint und erfolgreich.

Karl Witt starb 1969.

Anmerkungen

- 1 Angaben nach Personalakte Witt, StA HH, 361-3_ A 47
- 2 Reinhard Behrens: Die Deutschnationalen in Hamburg 1918–1933, Phil. Diss., Hamburg 1973, S. 351.
- 3 Hildegard Milberg: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen
Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935. Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die
Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg Band VII, Hamburg 1970, S. 311.
- 4 Behrens, a. a. O., S. 116f.
- 5 Personalakte Witt, a. a. O.
- 6 „Hamburger Nachrichten“ v. 8.3.1933.

- 7 Siehe Eidesstattliche Erklärung von Dietrich Ossenbrügge v. 26.11.1952, in Personalakte Witt, a. a. O.
- 8 Kurt Zeidler: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975, S. 82.
- 9 Behrens, a. a. O., S. 377.
- 10 Behrens, a. a. O., S. 380.
- 11 Zitiert nach Behrens, a. a. O., S. 376ff.
- 12 Hans-Peter de Lorent: Schule ohne Vorgesetzte. Zur Geschichte der Selbstverwaltung in Hamburg von 1870 bis 1986, Hamburg 1992, S. 139f.
- 13 HLZ 30/1933 v. 26.8.1933, S. 421.
- 14 HLZ 30/1933, S. 422.
- 15 HLZ 19/1933 v. 13.5.1933, S. 266.
- 16 Ebd.
- 17 HLZ 7/1936 v. 22.2.1936, S. 264.
- 18 Rundschreiben v. 8. Mai 1937, Festschrift Heinrich-Hertz, S. 113.
- 19 Rundschreiben vom 10.6.1937. Siehe auch Biografie Albert Mansfeld, bei dessen Entnazifizierung dieses Schreiben eine zentrale Rolle spielte.
- 20 Siehe Reiner Lehberger: „Der Umbau“ der Hamburger Volksschule, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.). „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 16f.
- 21 Lehberger, a. a. O., S 31 f.
- 22 Festschrift Heinrich-Hertz, S. 116.
- 23 Personalakte Witt, a. a. O.
- 24 Schreiben v. 12.7.1952, Personalakte Witt, a. a. O.
- 25 Schreiben in der Entnazifizierungsakte Witt, StA HH, 221-11_33631 KAT.
- 26 Schreiben vom 14.10.1946, ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Schreiben 1952, o.D. Personalakte Witt, a. a. O.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Schreiben v. 21.11.1952, Personalakte Witt, a. a. O.
- 32 Schreiben v. 19.2.1954, Personalakte Witt, a. a. O.

Willi Schulz

„Fest steht das Gedankengut des Nationalsozialismus. Unsere Aufgabe ist es, dieses pädagogisch in die Tat umzusetzen.“

Die NSDAP verfügte am Tag der Senatsbildung ihrer Herrschaft, am 8.3.1933, im Schulbereich nur über eine dünne Personaldecke. Der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) zählte Anfang 1933 nach Angaben des NSDAP-Bürgerschaftsabgeordneten und Lehrers Albert Mansfeld lediglich 120 Mitglieder.¹

Die Berufung des deutschnationalen Bürgerschaftsabgeordneten Karl Witt zum Schulsenator galt als „Verlegenheitslösung“² und das Amt des Landesschulrates blieb mangels überzeugender Bewerber einige Monate vakant. Der Hamburger Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Gustaf Deuchler, der sich selbst für leitende Funktionen im Schulwesen nachdrücklich ins Spiel brachte³, war wegen seiner früheren Mitgliedschaft in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und seines schwierigen Charakters in den Augen der neuen Machthaber nicht der geeignete Mann. Dass die NSDAP dann ausgerechnet Willi Schulz in dieses Amt berief, der eine kurze Zeit als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei Deuchler gearbeitet hatte, muss Deuchler schwer getroffen haben. Es entstand daraus ein tiefes Zerwürfnis, das später mehrfach die Parteigerichte der NSDAP beschäftigen sollte.⁴

Willi Schulz war am 31.3.1933 auf die durch Entlassung von Olga Essig freigewordene Oberschulratsstelle berufen worden. In der Begründung des Senatsbeschlusses wurde die Fragwürdigkeit dieser Entscheidung trotz der versuchten Aufwertung seiner beruflichen Vita deutlich. So hieß es: „Er habe neben seiner Berufstätigkeit in den Jahren 1923–1930 am Erziehungswissenschaftlichen Seminar pädagogische und psychologische Studien abgelegt und sei vom 1.4.1930–31.3.1932 am Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Universität als Hilfsassistent beschäftigt gewesen. Da dem neuen OSR die Aufsicht über das Volksschulwesen übertragen werden soll, sei Her Schulz für die Wahrnehmung nach seiner Vorbildung und seiner bisherigen Tätigkeit bestens geeignet.“⁵

Am 15.11.1933 wurde Schulz dann zum Landesschulrat ernannt. In beiden Funktionen war er Nachfolger der über Hamburg hinaus bekannten Reformpädagogen und Schulreformer Carl Götze und Ludwig Doerner.⁶

Wenn der ehemalige Vorsitzende der „Gesellschaft der Freunde“ und Schulrat Kurt Zeidler in seinen Erinnerungen auch darauf hinweist, dass die neuen Führer in der Schulverwaltung „von so fragwürdiger Qualität waren“, dass die Lehrerschaft



Willi Schulz, Landesschulrat ab 1933

auf diese Ämterumbesetzungen nur mit „tiefem Schamgefühl reagieren konnte“⁷, so war die Berufung von Schulz letztlich nicht ungeschickt. Schulz war als Landschullehrer in Geesthacht über Jahre Vertrauensmann der „Gesellschaft der Freunde“ gewesen. Er hatte seine Positionen zur Arbeit im Landschulwesen als Referent einer Arbeitsversammlung der „Gesellschaft“ 1922 zur Diskussion gestellt und im ersten Jahrgang der Hamburger Lehrerzeitung veröffentlicht.⁸

Wie Schulz später in einer Lehrerversammlung selbst ausführte, wurde sein Referat „mit Unruhe begleitet“ und seine „Thesen am Ende der Versammlung nicht angenommen, sondern einem Ausschuss überwiesen“.⁹ Als Wortführer in dem Ausschuss habe Gustav Kückler am heftigsten mit Schulz und seinen Formulierungen gerungen, derselbe Kückler, letzter Vorsitzender der „Gesellschaft“ vor 1933, mit dem er sich bei der Gleichschaltung der „Gesellschaft“ durch den NSLB 1933 auseinanderzusetzen hatte.

Mit Unruhe werden die Hamburger Reformpädagogen reagiert haben auf Sätze wie: „Deutschlands Landvolk schickt den Städten nicht nur das Brot, sondern



Umzug am 1. Mai 1936 des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB), geführt u. a. von Willi Schulz (r.)

es schickt ihnen auch die Menschen. Es ist der große Vorrat an physischer, geistiger, moralischer und religiöser Jugend und Gesundheit unseres Volkes ohne den es keine Zukunft hat“¹⁰, oder: „Wir ringen um die Seele des deutschen Volkes. Wo sie ertötet ist, kann es auch keine Kultur geben. Ein Volk ohne Seele kann auch keinen Kulturstaat haben.“¹¹

Schulz charakterisierte seinen Vortrag später als „Gedankengänge, wie sie uns heute durch den Nationalsozialismus geläufig geworden sind“.

Er habe „Kritik an dem undeutschen Geist unserer sogenannten großstädtischen Kultur“ geübt und „eine Neubelebung der grundständigen Volkskräfte in der dörflichen Lebensgemeinschaft durch die Landschule“ angeregt. In derselben Rede in der Lehrerversammlung vom 11.5.1933 machte Willi Schulz unmissverständlich deutlich, worin die Unterschiede des NSLB zur alten „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesen“ bestünden: „Es gibt keine Synthese zwischen nichtnationalsozialistischen und nationalsozialistischen Gedanken. Was es aber geben kann und was es geben muss und wozu ich Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, auffordere, das ist, diese unverrückt wahr feststehenden nationalsozialistischen Grundgedanken nun pädagogisch auszuwerten. Unsere große Aufgabe ist, den Nationalsozialismus in der Erziehung Wirklichkeit werden zu lassen. Und sofern die kritische Haltung der so genannten Nichtnationalsozialisten dazu führen sollte, dieses Gedankengut immer schärfer, immer besser, immer mehr der Wirklichkeit angepasst zu entfalten, kann die Arbeit von großem Segen werden. Ich wiederhole also noch einmal: Fest steht das Gedankengut des Nationalsozialismus. Unsere Aufgabe ist es dieses Gedankengut pädagogisch in die Tat umzusetzen.“¹²

Andererseits hatte sich Willi Schulz in seiner Auseinandersetzung mit Gemeinschafts- und Versuchsschulen, mit Aussagen von Heinrich Wolgast, Johannes Gläser und Fritz Jöde 1922 durchaus im damaligen Diskurs innerhalb der „Gesellschaft“ bewegt.¹³

So kandidierte Schulz 1922 auch auf der gemeinsamen Liste der „Gesellschaft“, des Vereins Hamburger Volksschullehrer und des Vereins Hamburger Landschullehrer, deren Listenführer Max Traeger und Ludwig Doermer waren.¹⁴

In dieser Zeit war er mit führenden Persönlichkeiten der „Gesellschaft“ und des Hamburger Schulwesens bekannt gewesen.

Als er 1924 einen Antrag auf Sonderurlaub stellte, um für ein halbes Jahr im Psychologischen Laboratorium der Universität Hamburg einen Sonderkurs für Pädagogische Psychologie und Jugendkunde zu belegen, schrieb der für seine Schule zuständige sozialdemokratische Schulrat Richard Ballerstaedt in seiner Befürwortung: „Herr Schulz ist ein fleißiger und strebsamer Lehrer, beschäftigt sich schon seit Jahren mit Fragen der Landschule“. Ballerstaedt verwies auf Schulz' Teilnahme

an der Lehrerversammlung des Deutschen Lehrervereins 1925 und seine Veröffentlichungen und bezeichnete es als „sehr zweckmäßig, wenn Schulz als Landschullehrer an der wissenschaftlichen Arbeit teilnehmen könnte“.¹⁵

Willi Schulz war also in der „Gesellschaft“ zwar kein wortführender Funktionär, aber durchaus kein Unbekannter. Seine kurzzeitige Tätigkeit im Erziehungswissenschaftlichen Seminar, auf die noch eingegangen wird, machte ihn mit anderen für das Hamburger Schulwesen nicht unwichtigen Personen bekannt. Mit seiner Berufung zum Oberschulrat für das Volksschulwesen und zum Landesleiter des NSLB, der maßgeblich mit der Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“ 1933 befasst war, hatten die Nazis einen Mann gefunden, der in der Lehrerschaft nicht populär aber auch nicht unbeschrieben war. Mit ihm konnte sich die Illusion in der Lehrerschaft und der Führung der „Gesellschaft“ nähren, es sei alles nicht so schlimm und die alten Werte der „Gesellschaft“ noch zu retten. Schließlich erleichterte die Person Schulz bei den Gleichschaltungs-Verhandlungen die Bildung eines neuen Vorstandes, der aus zwölf Vertretern der neuen Bewegung und neun Männern der alten „Gesellschaft“ bestehen sollte.¹⁶

Die Berufung von Willi Schulz zum Oberschulrat und einige Monate darauf zum Landesschulrat soll folgendermaßen erfolgt sein: Der spätere Reichsstatthalter der NSDAP in Hamburg, Karl Kaufmann¹⁷, hatte vor der Machtergreifung auf einer Parteiversammlung der NSDAP in Geesthacht, 1932, eine propagandistische Rede gehalten. Diese Versammlung war auch von Willi Schulz besucht worden. Schulz machte sich nach der Versammlung mit Kaufmann bekannt und lud ihn zu sich nach Hause zu Kaffee und Kuchen ein. Schulz trat daraufhin am 1.8.1932 in die NSDAP und in den NSLB ein.

Als nach der Machtergreifung die Nazis nicht wussten, wen sie mit der Leitung des Schulwesens beauftragten sollten, erinnerte sich Kaufmann an Schulz, „der ihm außer seinen politischen Ansichten als ‚nordischer‘ Typ aufgefallen war“. Kurz darauf sei Schulz berufen worden.¹⁸

Soweit die in der „Gesellschaft“ kolportierte Geschichtsschreibung.

Dabei verfolgte der NSDAP-Gauleiter Kaufmann durchaus ein handfestes politisches Kalkül: Schulz schien ihm aufgrund seines Alters und seiner Erfahrung der geeignete Mann zu sein, der die Zerstrittenheit und die Machtkämpfe innerhalb des bis 1933 unbedeutenden NSLB beenden sollte. Und diese Funktion nahm Schulz, unterstützt von Albert Mansfeld, erfolgreich wahr. Die bisherige NSLB-Führung, politisch eher orientierungslos und persönlich zerstritten, wurde abgelöst. Und aufgrund seiner „Gesellschafts“-Biographie schien Schulz der geeignete Mann zu sein, die bisherigen Lehrerorganisationen gleichzuschalten.¹⁹

Schulz, der laut Geburtsurkunde Gustav Willi hieß, wurde am 17.3.1887 in Bergen a. d. Dümme im Kreis Lüchow geboren.²⁰ Er entstammte einer Bauernfamilie. Nach dem Besuch der dreiklassigen Volksschule trat er, vierzehnjährig, in die Präparandenanstalt Lüneburg ein, absolvierte von 1904 bis 1907 das Lehrerseminar in Lüneburg, das er mit einem im ganzen sehr guten Zeugnis am 15.6.1907 verließ.²¹

Nach kurzen Hilfslehrertätigkeiten kam er 1908 an die Gemeindeschule Geesthacht, an der er drei Jahre später eine feste Anstellung erhielt und, bis auf die Unterbrechung durch seine Arbeit am Erziehungswissenschaftlichen Seminar, bis 1933 tätig blieb.

Schulz, offenbar von schwacher körperlicher Konstitution, erkrankte häufig, nahm nur knapp zwei Monate als Soldat am Ersten Weltkrieg teil.

Seit dem 12.4.1918 war er in kinderloser Ehe mit seiner Frau Bertha verheiratet.

Schulz, der, wie erwähnt, 1932 in die NSDAP eintrat, muss schon vorher über überregionale politische Kontakte verfügt haben. 1922 fragte der Leiter der deutschen Kulturarbeit im Grenzgebiet an der neuen dänischen Grenze, Trauchner, bei der Oberschulbehörde um Sonderurlaub für Schulz nach, um „vor den Bauern und Lehrern unseres Grenzgebietes Vorträge zu halten, die zur Stärkung des Deutschtums in diesem Gebiet dienen sollen“.²²

Die Oberschulbehörde hatte keine Einwände gegen diese Vortragsreise.

Nachdem Schulz, wie erwähnt, 1924/25 sein Studieninteresse angemeldet hatte, bekam er am 1.4.1930 eine Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei Prof. Deuchler. Er war dafür beurlaubt worden, nachdem die Einreichung einer Dissertation für das WS 1930/31 in Aussicht gestellt worden war.

Schulz machte im Sommersemester schulpraktische Übungen am Erziehungswissenschaftlichen Seminar, parallel zu Dr. Heinrich Geffert und Dr. Max Fehring, Arbeitszusammenhänge bestanden ebenfalls zu Dr. Sophie Barrelet und Dr. Wilhelm Arp, die alle nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten eine Rolle im NSLB und im Schulwesen spielten.

Trotz verhalten positiver Gutachten der Hochschulbehörde kehrte Schulz im Schuljahr 1932/33 wieder an seine Schule in Geesthacht zurück. Mit seiner Promotion war er nicht zum Abschluss gekommen, ein Praktikumsangebot von Schulz für das Landschulwesen wurde mangels Interesse gestrichen.

Auch in der Oberschulbehörde, in der DNVP- und DVP-Vertreter saßen, wie Karl Witt und Heinrich Witthöft und aus der Lehrerkammer der Sprecher der Rechten Fraktion, Carl Bertheau, hatte Schulz Fürsprecher.

Als 1929 Schulrat Wiese in den Ruhestand trat, wurde u. a. Willi Schulz als Nachfolger vorgeschlagen. In der Begründung wurde darauf verwiesen, dass Schulz

mit dem Landschulwesen vertraut wäre. Berufen wurde dann allerdings der langjährige Vorsitzende der Lehrerkammer, Hans Brunckhorst.²³

Durch seine Doppelfunktion, einerseits Gauwalter des NSLB und andererseits Landesschulrat, hatte Schulz von 1933 bis 1945 eine Schlüsselfunktion im Hamburger Schulwesen.

Der letzte Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde, Gustav Küchler, hatte auf der Gleichschaltungsversammlung, mit Hinweis auf den neuen Vorsitzenden Schulz, den Versuch gemacht, eine gemeinsame Ebene zu beschwören: „Wenn im Nationalsozialistischen Lehrerbund Nichtnationalsozialisten und Nationalsozialisten als Pole mit gegenseitigem Funkenaustausch sich gegenüber stehen, nicht wie zwei Heerlager, sondern bewusst, zwei lebendige Kraftzentren zu sein, um sich wechselseitig zu befruchten, dann liegt darin ein ungemein förderndes Moment beschlossen, das zu gleichhafter Synthese führen kann, zu geschlossenem deutschen Volkstum.“²⁴

Schon 14 Tage später, auf der ersten Arbeitsversammlung der „Gesellschaft“, gab Schulz als neuer Vorsitzender zu Beginn eine programmatische Erklärung ab. Mit Hinweis auf Küchlers Ausführungen stellte Schulz klar, dass es „keine Synthese zwischen nichtnationalsozialistischen und nationalsozialistischen Gedanken“ gäbe. „Das Gedankengut der Nationalsozialisten stehe unverrückbar“ fest. Es sei Aufgabe der Lehrerschaft, „dieses Gedankengut in die Tat umzusetzen“.²⁵

Im Weiteren kündigte Schulz an, dass die „neue autoritäre Staatsführung“ keinen Raum mehr biete für eine „mißverständene Selbstverwaltung“. Insbesondere die Rolle des Schulleiters müsse sich ändern: „Es werde Schulleiter ein durch innere Kraft berufener Führer und der Lehrkörper seine durch innere Treue geeinte Gefolgschaft.“²⁶

Mit Ansprachen dieser Art trat Schulz jetzt häufiger vor die Lehrerschaft. Zwar nicht mit der Schärfe und Verbissenheit des Oberschulrates für das höhere Schulwesen, Dr. Walter Behne oder seines Nachfolgers als Oberschulrat für das Volksschulwesen, Albert Mansfeld, aber mit Entschiedenheit machte er sich an den Umbau des Hamburger Schulwesens im nationalsozialistischen Sinne.

Nach zwei Jahren nationalsozialistischer Herrschaft stellte Schulz fest, dass „nationalsozialistischer Geist im hamburgischen Schulwesen schrittweise Wirklichkeit“ werde.²⁷ Schulz wies darauf hin, dass „beim Umbau des Dritten Reiches behutsam vorgegangen werde, das Bestehende nicht „mit einem Schlag“ beseitigt werde. Das habe „die immer noch nicht verschwundenen Hundertprozentigen“ grollen lassen, „weil wir nicht alles Vormärzliche restlos zerschlagen haben“. Kritik gebe es auch aus „liberalistischen Ressentiments“, die aber, nach Schulz, nicht mehr wichtig zu nehmen seien.

Auf einer Kundgebung am 20.10.1933, bei der nach Angaben der HLZ 8000 bis 9000 Lehrerinnen und Lehrer gekommen waren, um den NSLB-Reichsleiter und

Staatsminister, Hans Schemm, zu hören, hatte Willi Schulz noch darauf hingewiesen, wie schwer „die geistige Durchdringung der Erziehschaft mit dem Ideengut der Nationalsozialisten“ sich gestalte. Wenngleich Schulz auch einräumte, „die wertvolle Tradition der Hamburger Pädagogik“ nicht gering zu schätzen“, drohte er an, man werde die „offenen und geheimen Gegner unerbittlich weiter bekämpfen“.²⁸

Dennoch dürfte Schulz mit seinen häufig plattdeutschen und vielfach hohlen Worten die alte reformpädagogische Lehrerschaft kaum erreicht haben.

Typische Sätze in Schulz-Reden hörten sich so an: „In den vergangenen zwei Jahren unserer Arbeit, standen wir alle unter der gewaltigen Wirkung des großen völkischen Geschehens, das der Nationalsozialismus eingeleitet hatte und trug. Eine hohe leuchtende Idee: daß unser Volk leben soll – gesunde, natürliche und richtige Prinzipien, die in Klarheit und Unverfälschtheit aus dem Leben und Wesen unseres Volkes heraus geschaut waren, trugen uns und erzogen uns selbst, die wir wieder erziehen sollen. Und so entwickelt sich Schritt für Schritt auch unsere Schulreform, von der so viel gesprochen wird, aus dem Mutterboden der nationalsozialistischen Idee, des nationalsozialistischen Lebens und Lebensgutes.“²⁹

**Kundgebung
zum Tod des
NSLB-Führers
Hans Schemm,
Curio-Haus,
Willi Schulz (M.)**



Die Inhalte nationalsozialistischer Schulpolitik, die Gleichschaltung von Schule und Erziehung, sind bereits ausführlich thematisiert worden.³⁰ Hierbei spielte die von Willi Schulz geleitete Landesunterrichtsbehörde eine führende Rolle. Bereits am 4.12.1933 wurden „Grundsätze zu einem Bildungsplan für die hamburgische Volksschule“ verfügt. Reiner Lehberger wies darauf hin, dass diesen Grundsätzen für einzelne Fächer später detaillierte Anordnungen und reichseinheitliche Lehrpläne für die Grundschule 1937 und für die Volksschule erst 1939 folgten.³¹

Hamburg hatte hier also eine Vorreiterrolle.

In den von Schulz allen Schulleitern der Volksschulen zugestellten Grundsätzen wurde als Erziehungsziel formuliert, Menschen zu erziehen „von deutscher Artung und deutscher Volkheit, völkische Menschen, die nicht nur blutmäßig und bodenständig, sondern auch seelisch und geistig in Familie und Heimat festwurzeln, politische Menschen, die als ausgereifte Kämpfer in Führung, Gefolgschaft und Kameradschaft, als lebensstüchtige Arbeiter im Lager, Beruf und Stand das Dritte Reich tatenfroh vorantragen“.³²

Kurz darauf hatte Schulz allen Volks-, Hilfs- und Sonderschulen ein rassebiologisches Schulungsprogramm übersandt, das ab Januar 1934 durchgeführt werden sollte.

Das Programm hatte er in einen geschichtlichen und einen lebenskundlichen Lehrgang aufgeteilt. Der historische Lehrgang umfasste die Abschnitte „heimische Vorgeschichte“, „deutsche Rassenkunde“ und „die Judenfrage“. Darin hieß es: „Die Judenfrage ist besonders geeignet, den Willen zur Artreinheit triebstärker zu machen.“³³

In seiner Studie „Die Volksschule im Nationalsozialismus“ charakterisierte Ottwilm Ottweiler die Hamburger Verfügung „Erblehre und Rassenkunde“ folgendermaßen: „Mit diesen Anweisungen schloß die Hamburger Landesunterrichtsbehörde als einzige Kultusverwaltung des Reiches die ‚Judenfrage‘ ausdrücklich in die unterrichtliche Behandlung ein und erreichte mit dieser Maßnahme im schulischen Geschehen des Jahres 1933 das Höchstmaß an zynischer Menschenverachtung und haßerfüllter Demagogie.“³⁴

In seiner Doppelfunktion als Landesschulrat und NSLB-Führer hatte Schulz in der NS-Zeit mehr Macht als der Schulsenator Karl Witt, der nach der Verkleinerung des Senates ab September 1933 Präsident der Landesunterrichtsbehörde geworden war.

Als Witt Anfang 1942 in den Kriegsdienst eingezogen wurde, leitete Schulz die Schulverwaltung für zwei Monate, bevor er selbst wegen einer schweren Erkrankung aus dem Dienst ausscheiden musste.

Andererseits darf die Bedeutung von Karl Witt nicht marginalisiert werden. Uwe Schmidt nannte einige Beispiele, mit denen er beschreiben will, dass Karl Witt als Verantwortlicher für die Schulverwaltung von seinem Landesschulrat Wilhelm Schulz in „die zweite Reihe“ gedrängt worden sei. „Nicht Karl Witt als erster Mann der Schulverwaltung erließ am 28. März 1934 den Aufruf zum zweiten Schuljahr im ‚Dritten Reich‘, sondern der mächtigere, ihm formal unterstellte Landesschulrat Wilhelm Schulz: Die Lehrer, verkündete er, seien durch ihren organisatorischen Anschluss an den NSLB und die Mitarbeit an der nationalsozialistischen Schulreform ‚mit der Weltanschauung und Willensrichtung des Nationalsozialismus so sehr vertraut geworden‘, dass von ihnen nun auch ‚ein inneres Bekenntnis zur nationalsozialistischen Schulführung gefordert werden kann‘. Wer sich nicht zu jeder Zeit

und an jedem Ort als ‚rechter Nationalsozialist‘ erweisen könne, solle freiwillig den Schuldienst verlassen.“³⁵

Ich halte dies nicht für einen schlüssigen Beleg dafür, dass sich die formale Rangordnung umgekehrt hatte. Schulz war nun einmal in der Doppelfunktion Landesschulrat und NSLB-Gauamtsleiter und insofern gab es eine Art Arbeitsteilung zwischen Karl Witt und ihm. Auch ein anderes von Schmidt angeführtes Beispiel steht aus meiner Sicht in demselben Zusammenhang. Schmidt schrieb: „Auch in der spektakulären Außendarstellung der nationalsozialistischen Schule beanspruchte und erhielt Wilhelm Schulz den Vorrang vor seinem nominellen Vorgesetzten Karl Witt: So eröffnete er am 3. Dezember 1934 im Ausstellungshaus der Schulverwaltung, Spitalerstraße 6, eine Ausstellung über ‚Unsere Saar‘, an deren Zustandekommen die Schulverwaltung, das ihr unterstehende Institut für Lehrerfortbildung und der NSLB mitgewirkt hatten. Karl Witt gehörte zu den Gästen. Als ‚Hausherr‘ präsentierte sich Wilhelm Schulz zwei Monate später bei der Eröffnung der im selben Hause stattfindenden Sonderausstellung der Schulverwaltung zum Thema ‚Erbgut in Familie, Volk und Rasse‘. Anlage (Erbgut) und Umwelt, so Schulz, ‚fügen die Entwicklung‘ eines Menschen, die geistigen Ströme erwachsen aus ihrer rassistischen Bedingtheit.“³⁶ Auch hier handelte es sich um eine gemeinsame Aktivität von Schulverwaltung, NSLB sowie dem Institut für Lehrerfortbildung, das dem Landesschulrat unterstand. Der Hintergrund für die Argumentation von Uwe Schmidt lag meines Erachtens darin, dass er sehr stark eine Kontinuität zwischen den schulpolitischen Vorstellungen der Gesellschaft der Freunde und des Nationalsozialistischen Lehrerbundes konstruierte. Dies beglaubigte er durch die Person Willi Schulz und dessen sozialer und beruflicher Biografie. Wie viele andere Volksschullehrer sei Schulz ein „sozialer Aufsteiger“, der über eine sechsjährige Ausbildung auf einer Präparandenanstalt und ein anschließendes Lehrerseminar mit 20 Jahren in den Lehrerberuf gelangte. „Die akademische Ausbildung der Volksschullehrer, von der Bürgerschaft am 15. Dezember 1926 mit großer Mehrheit gesetzlich beschlossen, entsprach ganz und gar seinem berufspolitischen und pädagogischen Selbstverständnis. Den Einzug der ersten Interessenten für diesen Studiengang erlebte Wilhelm Schulz persönlich an der Universität mit, an die er zur Teilnahme an einem Lehrgang über pädagogische Psychologie vom Schuldienst beurlaubt worden war.“³⁷ Schmidt zitierte zum Beleg seiner These die Sonntagsausgabe des nationalsozialistischen „Hamburger Tagblatts“, das bei der Amtseinführung von Schulz feststellte, er werde aus seiner unmittelbaren Verbindung mit der Volksschule „die Kraft gewinnen, mitzuarbeiten an einem neuen Bau aller Schulen, der der völkischen Einheit und ständischen Geltung des Dritten Reiches entsprechen wird und in einem schönen Sinn den stolzen Namen ‚Deutsche Volksschule‘ trägt. Zugleich Leiter des NSLB, sei er geradezu berufen

zur Förderung eines einheitlichen Schulwesens und eines einheitlichen Lehrerstandes und werde daher als ehemaliger Volksschullehrer Gefolgschaft in der gesamten hamburgischen Lehrerschaft finden.“³⁸

Wie wenig Willi Schulz in der Gesellschaft der Freunde verankert und anerkannt war, ergibt sich aus dem, was der Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde von 1929 bis 1930 und Schulrat im Volksschulbereich, Kurt Zeidler, schrieb, der sich über Willi Schulz und Albert Mansfeld ausließ: „Was nun an Nachfolgern einrückte, war von so fragwürdiger Qualität, daß die Lehrerschaft auf diese Ämterumbesetzungen nur mit tiefem Schamgefühl reagieren konnte.“ Über Willi Schulz urteilte er: „Schulz hatte sich zeitweilig unter Deuchler in der Lehrerbildung betätigt, musste dann aber, da man seine Mitwirkung an dieser Stelle wohl zu unergiebig fand, wieder in den Schuldienst zurückkehren. Da Geesthacht, damals noch zu Hamburg gehörig, in meinem Schulaufsichtsbereich lag, wohnte ich einmal einer Unterrichtsstunde bei, die Schulz gab: Er dozierte trockene Grammatik in einer höheren Klasse. Die Kinder langweilten sich, und ich gewann den Eindruck, daß dieser Mann von einem modernen, die Jugend ansprechenden Unterrichtstil keine Ahnung hatte.“³⁹

Willi Schulz stand nicht in der reformpädagogischen Tradition der Gesellschaft der Freunde und war nicht „der Reformpädagoge“, als der er von Uwe Schmidt durchweg bezeichnet wird.

Willi Schulz wurde nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus am 22.6.1945 entlassen. Mit seiner Frau zog er in sein Heimatdorf im Kreis Lüchow und arbeitete dort in der Landwirtschaft.

Das Entnazifizierungsverfahren von Willi Schulz und seiner Frau Bertha war stark davon beeinflusst, dass Willi Schulz am 7.1.1947 starb und es letztlich vor allem um die Versorgungsbezüge für seine Frau ging.

Am 6.10.1947 formulierten die drei Oberschulräte Johannes Schult, Karl Hoffmann und Emmy Beckmann, die im Entnazifizierungsverfahren als Beratender Ausschuss für Oberbeamte fungieren, in einem kurzen Gutachten ihre Bedenken: „Wilhelm Schulz ist schon 1932 der Nationalsozialistischen Partei beigetreten und wurde 1933 Gauamtsleiter, hat also eines der höchsten Ämter der Partei innegehabt. Er war in Hamburg der oberste Vertrauensmann seiner Partei in Angelegenheiten des Schulwesens und hatte die nationalsozialistische Ausrichtung der Schule und des Lehrerstandes durchzuführen. Dieser Aufgabe hat er sich unterzogen. Er war in Schulangelegenheiten der vertrauteste Mitarbeiter des Gauleiters und Reichsstatthalters. Würde er noch leben, dann würde er etwa in die 3. Kategorie eingereiht werden. Niemals würde er auch nur ein Ruhegehalt bekommen haben. Nach dem Beamtenrecht werden die Ruhegehälter der Witwe aus der Stellung des Mannes

abgeleitet. Danach muß das Gesuch der Witwe um Gewährung von Ruhegeldzügen abgelehnt werden. Eine Rente kann nur der Senat im Gnadenwege gewähren.⁴⁰

Johannes Schult und Emmy Beckmann waren als Schulaufsichtsbeamte 1933 von den Nationalsozialisten entlassen worden. Sie werden sich daran erinnert haben, dass Willi Schulz als Gauamtsleiter des NSLB am 28.11.1933 eine große „Kundgebung zu Ehren des Reichsstatthalters Kaufmann“ organisiert und in seiner Begrüßungsansprache Kaufmann gehuldigt hatte: „Als mir vor mehreren Wochen über die Landesunterrichtsbehörde mitgeteilt wurde, daß der Herr Reichsstatthalter zur Hamburger Lehrerschaft sprechen wolle, bedeutete das für mich die Erfüllung eines langgehegten Wunsches der Hamburger Lehrerschaft. Und so hat sich die gesamte Erzieherschaft Hamburgs hier heute versammelt, um teilzunehmen an der Kundgebung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, die für diesen einen Höhepunkt in seiner wechselvollen Geschichte darstellen wird. Diese Stunde fordert uns auf, die Blicke rückwärts gleiten zu lassen. In der schweren und opferreichen und vielleicht darum auch so segensreichen Zeit des Ringens und Kämpfens um die Seele des deutschen Volkes hat sich die hamburgische Lehrerschaft, das sei auch heute Abend noch einmal ausgesprochen, der jugendlichen Bewegung unseres Führers anfangs versagt. Nur ein kleines Häuflein kämpfte in unseren Reihen den Kampf für ein neues, besseres Deutschland. Diese Tatsache hat ihre Schatten weit in die Zeit des Umbruches und des Umbaues hineingeworfen. Schule, Lehrerschaft und auch der NSLB haben die Folgen des Versagens der Lehrerschaft bitter verspüren müssen. Wie überall und immer, so hat unser Gauleiter Kaufmann auch diese Kämpfe und Nöte des Lehrerbundes mit seiner Sorge begleitet, und er hat, wo es nötig war, auch mit starker Hand in die Führung des Lehrerbundes eingegriffen, immer in dem Bestreben und Bemühen, zu fördern, zu helfen und aufzubauen. Und wenn heute der NSLB, Gau Hamburg, zu den Gauen gehört, die im Reich als beispielgebend gelten, die in ihrer Arbeit und in ihrem Leben auch von der Reichsleitung anerkannt sind, so verdanken wir das in nicht geringem Maße der Sorge und der Teilnahme unseres Gauleiters und Reichsstatthalters. Dafür ihm heute an dieser Stelle herzlich zu danken, ist mir Pflicht und Freude zugleich. Und so darf ich Sie, Herr Reichsstatthalter, im Namen des NSLB Hamburg aufs herzlichste begrüßen und Ihnen sagen, wie sehr wir uns freuen, Sie heute bei uns in unserer Mitte zu sehen. (...) Die hamburgische Lehrerschaft galt seit langem als besonders den marxistischen und liberalistischen Ideen verfallen. Eines wollen doch auch wir gern anerkennen, daß die hamburgische Lehrerschaft stets ein warmes Herz für die Kinder der Armen unseres Volkes gehabt und daß sie mit ganzer Kraft und mit großem Idealismus sich in den Dienst dieser Kinder der bedrängten Bevölkerungsschichten unserer Stadt gestellt hat. Und von dieser Stelle aus wird die hamburgische Lehrerschaft je mehr

und mehr den Zugang finden zu dem Gesamtwollen des Nationalsozialismus. In diesem Punkte auch werden sich, davon bin ich fest überzeugt, unser Reichsstatthalter und Gauleiter und die Lehrerschaft Hamburgs voll verstehen. Diese blickt heute mit allergrößtem Vertrauen auf den Repräsentanten des Reiches in Hamburg. Weiß sie doch, daß Ihre Sorge um die Erziehung der Jugend unseres Volkes seine Sorge ist und daß ihm die Erziehung der Jugend und des Volkes ganz besonders am Herzen liegt, sei es als marschierende braune Kolonnen in den Straßen, sei es als wißbegierige Jungen und Mädchen in den Klassen der Schulen. Und so begrüße ich Sie, Herr Reichsstatthalter, noch einmal auf das herzlichste als den Freund der Jugend des ganzen Volkes, als den Beschützer und Förderer unseres hamburgischen, hanseatischen Schul- und Erziehungswesens! ⁴¹

Das Entnazifizierungsverfahren zog sich einige Jahre hin. Am 9.1.1950 verwies Kurt Zeidler für den Fachausschuss noch einmal auf die Bedeutung von Willi Schulz in der NS-Zeit: „Schulz war 1933 einfacher Volksschullehrer und hat durch den Nationalsozialismus das höchste Schulaufsichtsamt erhalten, das die Hansestadt Hamburg zu vergeben hat, nämlich das des Landesschulrats. Ein Hamburger Lehrer, der 1932 der NSDAP beigetreten ist und alle die Jahre hindurch Gauamtsleiter war, wäre nach 1945 auch dann ohne jedes Ruhegehalt aus dem Staatsdienst entlassen worden, wenn er einfacher Lehrer geblieben wäre. Dieser Mann hat durch den in seinem hohen Amte ausgeübten Einfluss unzählige Lehrer politisch auf Abwege geführt und im Schulwesen großes Unheil angerichtet. Die Entscheidung des Berufungsausschusses 3 erscheint angesichts der Sachlage ungewöhnlich human. Den Ansprüchen der Witwe des Schulz, die selbst durch ihre frühe Mitgliedschaft von 1933 sich bewußt zum Nationalsozialismus bekannt hat, noch weiter entgegenzukommen, wäre ein Hohn auf die gesamte Entnazifizierungsaktion und würde in der Hamburger Lehrerschaft nicht verstanden werden. Der Fachausschuß hält daher eine Milderung der Entscheidung des Berufungsausschusses 3 für völlig indiskutabel.“⁴²

Bertha Schulz erhielt zuerst 50 % Hinterbliebenenbezüge vom Volksschullehrergehalt ihres Mannes.

Am 28.1.1950 gestand die Zentralstelle ihr dann die vollen Hinterbliebenenbezüge vom Volksschullehrergehalt zu. Sie wurde in die Kategorie V (Entlastete) eingereiht. Es wird noch einmal festgestellt, dass Willi Schulz in Kategorie IV (Mittäufer) eingestuft worden wäre.

In der Begründung für die Entscheidung des Entnazifizierungsverfahrens wurde angemerkt, dass „Schulz in dieser Stellung (des Landesschulrates, Anmerkung d. L.) die Aufgabe oblag, das Schulwesen nationalsozialistisch auszurichten und daß er sich auch dieser Aufgabe unterzogen hat. Ihm wird jedoch zuerkannt, daß er ein-

wandfreie Haltung gezeigt hat und daß er in manchen Fällen politisch Andersdenkenden gegenüber eine faire Haltung einnahm. Bei dieser Amtsführung konnten Angriffe von Seiten politisch aktiver Nationalsozialisten nicht ausbleiben.“⁴³

In diesem Kontext erscheint es erhellend, sich einmal die Leumundszeugnisse anzusehen, die an Bertha Schulz geschickt und von ihren Rechtsanwälten in das Verfahren eingebracht wurden. An erster Stelle stand ein Schreiben von Fritz Köhne, sicherlich noch unter dem Eindruck des Todes von Willi Schulz ein paar Wochen zuvor verfasst: „Ich kannte ihren Mann, wie Sie wissen, bereits aus der Zeit vor 1933 und habe da erfahren, daß er ein guter, weitherziger Mensch war. Als er mit uns als Delegierter auf der Deutschen Lehrerversammlung in Hannover war, hat er sich in unserer Kreise sehr wohl gefühlt. Das war in den Jahren, als man noch froh sein konnte und eine eigene Meinung haben durfte. Als er dann 1933 in die Schulbehörde eintrat, habe ich ihm in den Aufgaben der Verwaltung redlich geholfen, und er hat mich, gegen manche Widerstände in meinem Amte belassen. Für dieses Vertrauen, um das ich nicht zu bitten brauchte, bin ich ihm immer dankbar gewesen. Mit seinem Weg durch die nationalsozialistische Epoche begann die Tragik seines Lebens. Wohl niemand hat am Anfang gewusst, wie diese Zeit einmal sich entfalten, wie sie enden würde. Sicher hat ihr Mann das Beste für die Schule und Lehrerschaft gewollt; aber ein einzelner bedeutete wenig. Für die nationalsozialistische Politik war er nicht primitiv und skrupellos genug. Alles, was ihn so liebenswert machte – seine anständige, vornehme Gesinnung, sein gütiges Verstehen, seine Duldsamkeit und tiefe Besinnlichkeit – galt unter den Politischen Leitern nicht viel. Ich glaube, er ist unter ihnen ein Einsamer, ein Fremder geblieben. Manchmal kam er mir vor wie ein Wild in der Treibjagd, daß von der Meute zu Tode gehetzt wird. Als 1939 der Krieg begann, trafen wir uns zufällig am Dammtor. Da bedauerte er so sehr den Kriegsausbruch. Er war kein Machtmensch, sondern ein Mann des Friedens und der geistigen Auseinandersetzung. Schade, daß sein persönliches Leben von dem Machtstrom des Nationalsozialismus überspült wurde! Ich glaube, daß sein Herz daran zerbrach.“⁴⁴

Fritz Köhne hat nahezu für jeden, mit dem er während der Zeit des Nationalsozialismus zusammengearbeitet hatte, ein Leumundsschreiben abgegeben. In diesem Brief an Bertha Schulz beschrieb er so etwas wie eine Seelenverwandtschaft zu Willi Schulz, „gütiges Verstehen, Duldsamkeit und tiefe Besinnlichkeit“ waren auch Eigenschaften und Kennzeichen, die immer auch mit Fritz Köhne in Verbindung gebracht wurden.

Wilhelm Bernhardt, Geschäftsführer im Curio-Haus beschrieb, dass Willi Schulz in der Auseinandersetzung mit den „alten Kämpfern“ des NSLB sich gegen deren Vorwürfe gewehrt hätte, „über dem Curio-Haus wehe die Hakenkreuzfahne und

dabei sei es ein Judenhaus“. Bernhard stellte fest: „Es war damals die Zeit aufkommender Judenverfolgung. Tatsächlich wohnten im Hause zwei jüdische Ärzte und jüdische Familien. Die Geschäftsführung hatte mit ihren jüdischen Mietern nie Differenzen gehabt und versuchte den Verstorbenen davon zu überzeugen, daß es nicht im Interesse der Hausverwaltung liegen könne, sicheren Mietern zu kündigen mit der Aussicht auf leer stehende teure Wohnungen. Der Verstorbene ergriff sichtbar erleichtert diesen Vorwand, und so konnte die Kündigung etwa ein Jahr hinaus geschoben werden, so daß die Familien in der Lage waren, in Ruhe anderweitig unterzukommen. Das aber entsprach dem Wunsche des Verstorbenen, dessen feinfühligke Natur jegliche Gewaltmaßregel fern lag.“⁴⁵

Prof. Heinrich Geffert, ehemaliger Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung, erinnerte, dass er mit Willi Schulz in den Jahren von 1901 bis 1907 im Lehrerseminar in Lüneburg gewesen war und Schulz „mein Klassenbruder“ war. „Er zeichnete sich durch Begabung und Fleiß aus und war uns allen ein guter und stets hilfsbereiter Kamerad. Über das Wirken von Willi Schulz in der NS-Zeit schrieb Geffert: „Als er dann 1932 in die NSDAP eintrat und Ende 1933 Landesschulrat wurde, war es sein Bestreben, die Tradition der Hamburger Schule zu wahren und eine Schulpolitik der mittleren Linie einzuhalten. Er wehrte alle radikalen Elemente ab und sorgte dafür, daß tüchtige Hamburger Schulmänner in ihren Ämtern verblieben, obwohl sie der Partei nicht angehörten (Oberschulrat Köhne, Schulrat Schmidt, Prof. Peter, Prof. Becker u. a.). Er hat sich auch für viele Kollegen eingesetzt, die aus politischen Gründen in Schwierigkeiten gerieten. So verdanke ich ihm, daß ich trotz der Angriffe der NSDAP im Amte blieb. Er setzte sich auch dafür ein, daß der kommunistische Lehrer Müller (Geesthacht) aus der Haft entlassen wurde. Immer, wenn ich für bedrängte Kollegen bei ihm vorsprach, konnte ich mit seinem Wohlwollen und seiner Hilfsbereitschaft rechnen.

Herr Schulz ist in die NSDAP eingetreten, weil er sich etwas von der Schulpolitik der NSDAP versprach. Er wurde aber bald in seinen Hoffnungen getäuscht und von Jahr zu Jahr mehr verbittert, als er erfahren mußte, daß die Schule immer stärker politisiert und die sachliche Arbeit eingeengt wurde. Wie sehr ihm an einer Schulpolitik der mittleren Linie lag, ersieht man vor allem daraus, daß er aus dem eigenen Lager die heftigsten Angriffe erfuhr. Radikale Elemente warfen ihm vor, daß er politisch inaktiv sei, die älteren Parteigenossen bei der Besetzung der Stelle nicht genügend berücksichtige und die Schularbeit nicht energisch genug auf den Nationalsozialismus umstelle. Sie bezeichneten ihn in ihren Denunziationen als ‚Liberalisten‘ und ‚Judenknecht‘ und führten ein Gerichtsverfahren nach dem andern herbei. Seit dem Jahre 1935 war sein Leben ein einziges Martyrium. Von seinen Gegnern sind mir besonders die Namen: G. Höller, Hehn, Teichert, Schrader, Millahn, Schlot-

feldt, Henze und Zindler geläufig. Herr Schulz wurde infolge der Aufregungen und Verhandlungen krank und verbittert; aber mit der ihm eigenen Zähigkeit setzte er sich anfangs durch, bis dann 1942 ein stärkerer Angriff erfolgte. Nach sehr erregten Aussprachen mit dem Führer dieser Clique, dem späteren Oberschulrat Henze, erlitt er einen Herzmuskelriss, der 1947 zu seinem frühen Tode führte. Herr Henze wurde 1942 sein Nachfolger.⁴⁶

Es ist schon interessant, daß selbst bei höchsten Repräsentanten der nationalsozialistischen Verwaltung und von NS-Organisationen das Entlastungsmuster, es habe immer noch „Schlimmere oder Üblere“ gegeben, auch hier angewendet wurde. Wobei es sicherlich richtig ist, dass es gerade in den Jahren um 1933 einen massiven Machtkampf im NSLB gab, der zu Parteigerichtsverfahren gegen Willi Schulz führte, der aber dann eindeutig von Gauleiter Karl Kaufmann und der NSLB-Reichsführung zu Gunsten von Willi Schulz geklärt wurde. Dass es im Laufe der Jahre Unzufriedenheit mit der Amtsführung von Willi Schulz gegeben hat und junge, aufstrebende und skrupellose Nationalsozialisten wie Albert Henze bei Karl Kaufmann gegen Schulz intrigierten ist ebenso verbrieft.⁴⁷

Der ehemalige NS-Schulrat Ernst Preuße, der mit Schulz seit 1910 bekannt war und ihn über Jahre aus der näheren Arbeit beobachten konnte, benannte die Ambivalenz, die er mit der Beförderung von Willi Schulz zum Gauamtsleiter des NSLB und Landesschulrat verband: „Die hohe Wertschätzung des Bauerntums und dörflicher Gemeinschaft und Lebensweise war es offenbar, die ihn, den man bis dahin als deutschnational kannte, zum Nationalsozialismus führte. Als es dann eines Tages hieß, dass man ihn zum Gauwalter des NSLB ernannt und an die Spitze des Hamburgischen Schulwesens gestellt hatte, war ich mir klar darüber, dass damit ein hochanständiger, um das Wohl der Schule ehrlich bemühter Mann berufen worden war. Es kann kein Zweifel darüber sein, dass Herr Schulz seinem hohen Amt nicht gewachsen war. Er hatte in Geesthacht ein Menschenalter in der Enge gelebt und nie in größeren Verhältnissen denken und arbeiten gelernt. Das wurde nun von ihm verlangt. Er hatte sich versonnen und versponnen in seine einsame und reiche Gedankenwelt. Nun sollte er sich kämpferisch mit Menschen auseinandersetzen. Dazu fehlte ihm eine wichtige Voraussetzung: es mangelte ihm jede Menschenkenntnis. Außerdem besaß er nicht die dafür erforderliche robuste Kraft. Er hatte von vornherein eine starke Gegnerschaft in den politischen Aktivisten, die, von der Partei gestützt, ihn zu Maßnahmen drängten, die er innerlich ablehnte und ihm besonders die Durchführung einer vernünftigen und sachlichen Personalpolitik unmöglich machten. Die steten Kämpfe haben ihn zermürbt und seine Gesundheit untergraben.“^a

Richard Schlorf, Kassenverwalter des NSLB im Curio-Haus und Oberschulrat für die berufsbildenden Schulen in der Schulverwaltung, ergänzte das Bild von

Willi Schulz auf seine Weise: „Herr Schulz war ein ruhiger besinnlicher Mensch, der seine Entschlüsse erst nach langer und reiflicher Überlegung fasste. Er vertrat gegenüber der oftmals hastigen und überstürzten Art vieler Parteifunktionäre gerne die Überzeugung, dass das Gute sich dank der ihm innewohnenden Kraft auf die Dauer schon von selbst durchsetzen werde. Ob diese Ansicht immer richtig war, mag dahingestellt bleiben. Diese Grundeinstellung von Herrn Schulz führte oft zu Gegensätzen und Spannungen mit anderen einflussreichen Parteifunktionären, denen die Methode von Herrn Schulz zu langsam und nicht ‚aktiv‘ genug war. Das Curio-Haus und die Dammtorstraße 25 (die Schulverwaltung) wurden von diesen Gegnern in ironischer Weise als ‚Häuser des guten Willens‘ bezeichnet, womit dieser Vorwurf ausgedrückt werden sollte. Der Behutsamkeit von Herrn Schulz stand aber andererseits eine große Zähigkeit, Überzeugungstreue und Zuverlässigkeit seines Wesens gegenüber.“⁴⁹

Auch Peter Jacobsgaard verwendete sich für Willi Schulz in einem Schreiben an dessen Witwe. Er kam als jemand, der mit Willi Schulz im NSLB viele Unterredungen hatte, „die meisten fanden unter 4 Augen statt“, zu dem Ergebnis, „daß Ihr Mann seiner wahren Gesinnung nach alles andere als ein s. g. Erznazist war“. Sein Resumee: „So kann ich abschließend mit gutem Gewissen behaupten, daß Ihr Mann alles andere als ein eifriger Parteigenosse war; aber er konnte seine Bindung zur Partei nicht lösen und wird wohl auch zuweilen als Gauamtsleiter anders hat entscheiden müssen als seine innere Einstellung für richtig hielt.“⁵⁰

Zum Schluss soll noch das „politische Gutachten“ von Gustav Schmidt angeführt werden, der sich im Gegensatz zu Fritz Köhne zumeist differenziert äußerte und bei den Entnazifizierungsverfahren ein wichtiger Zeuge war. Gustav Schmidt war der einzige der hier Zitierten, der selbst nicht NSDAP-Mitglied war. Er beschrieb, dass er mit Willi Schulz seit 1925 bekannt war und sich auf Versammlungen einige Male im Widerspruch zu ihm über Fragen des Deutschunterrichts befunden habe. „In der Aussprache trug er seine abweichende Meinung in offener Weise und gut begründet vor. Er war im Streit der Meinungen ein sachlicher Gegner, von dem ich manche Anregungen bekommen habe.“ Und weiter: „Umso erstaunter waren wir, als es 1933 hieß, Herr Schulz sei der kommende Mann in der Verwaltung des Schulwesens, er sei für die Verwaltung des Volksschulwesens vorgesehen. Später übertrug man ihm die Leitung des gesamten Hamburger Schulwesens; er wurde Landesschulrat. Außerdem musste er nach nationalsozialistischem Brauch auch gleichzeitig die Leitung des Fachverbandes, des nationalsozialistischen Lehrerbundes, als Gauamtsleiter übernehmen. Schulz hat also während der nationalsozialistischen Zeit Schlüsselstellungen in der Verwaltung und dem Fachverband innegehabt. Diese Zeit und seine Tätigkeit werden besonders zu beurteilen sein.“

Herr Schulz vertrat wohl die Grundgedanken seiner Partei, allerdings nicht die Tagesmeinungen, sondern versuchte, ins Allgemeine vorzustoßen, die Mängel der Vergangenheit, die er sah, und seine Vorschläge für die Zukunft philosophisch und auf einen weit gespannten Hintergrund zu sehen. Den Tagesphrasen hielt er sich fern; er war ein Mann, dem die wissenschaftliche Arbeit mehr lag als das schnell fertige Handeln der Tagespolitiker. Darum war er den drängenden Forderungen des Tages nicht gewachsen. Er brachte nicht das Maß hetzender Aktivität auf, das die verschiedensten Ansprüche seiner Ämter an ihn täglich stellten. Er vergrübelte sich in seine allgemeinen, reinen Ideen von den Grundlagen einer Erziehungspolitik, die er verfolgen wollte, und die Leitung seiner Ämter ging immer mehr in die Hände seiner Mitarbeiter über, die das gewünschte Ausmaß an Aktivitäten und auch an weitem Gewissen aufbrachten. Herr Schulz konnte auch die sich stets ändernden Kräfteverhältnisse in der Gauleitung nicht für sich einspannen. Darum überspielten ihn Aktivisten; sowohl in der Behörde als im Lehrerbund entglitten ihm die Zügel, und als er nach heftigen Angriffen gegen seine Amtsführung krank wurde, hatte er keinen Einfluss mehr auf den Gang der Geschäfte. Ich sehe die Tragik seines Lebens darin, daß er in Ämter eingesetzt wurde, die er seinem ganzen Wesen nach nicht ausfüllen konnte: er war ein wissenschaftlich ausgerichteter Mensch und kein Mann der leichten und schnellen Tagesarbeit; er war still und besinnlich, konnte sich weder auf der politische Bühne bewegen, noch konnte er in kleinerem Kreise Verhandlungen geschickt leiten; er war ehrlich und offen in seiner Meinung und in seinem Handeln; Ränke lagen ihm nicht; die ‚Erfordernisse der Partei‘ waren nicht die Richtschnur seines Handelns. Leider war er so weich, daß seine aktiven Mitarbeiter manches in seinem Namen tun konnten, was nicht immer zum Besten der Schule gewesen ist; aber er wurde von ihnen einfach ausgeschaltet. Irgend eine gehässige oder gar niederträchtige Handlung ist mir von ihm nicht bekannt geworden. Ich habe es ihm immer hoch angerechnet, daß er von mir auch ein offenes und freies Wort der Kritik an seiner Amtsführung annahm, wie es von mir in unseren Konferenzen gesprochen wurde. Obwohl er wußte, daß ich nicht Mitglied der NSDAP war, hat er mich doch im Amte gegen manche Angriffe gehalten, hat mich auch nie gedrängt, Mitglied zu werden, hat mich sogar nie gefragt, warum ich nicht beitreten wollte.“⁵¹

Aus meiner Sicht ergänzen diese in den Leumundszeugnissen enthaltenen Beschreibungen der Persönlichkeit Willi Schulz' das Bild, das sich aus der bloßen Wiedergabe seiner Reden, Verlautbarungen und der vorliegenden Dokumente ergibt.

Die Klage der Witwe Bertha Schulz vor dem Oberverwaltungsgericht nach dem Gesetz 131 führte dann am 12.11.1953 zu einem Vergleich. Danach bleibt Schulz' Ernennung zum Landesschulrat zwar unberücksichtigt, die Hinterbliebe-

nenbezüge orientierten sich aber an dem Oberschulratsgehalt des verstorbenen Mannes und steigerten sich von bis dato 217,20 DM auf 513,13 DM monatlich.

Der Leitende Regierungsdirektor Otto von Zerssen, der gleichzeitig mit Berufsverbotsverfahren gegen sozialistische und kommunistische Lehrer in Hamburg befasst war, hatte für die Verhandlung noch einmal Schulz' Karriere im Licht seiner nationalsozialistischen Verbundenheit beleuchtet, dabei aber eingeräumt: „Er hat sich zwar nicht als übler, aber doch als überzeugter Nationalsozialist als Landeschulrat betätigt, wurde aber von energischeren Persönlichkeiten allmählich fast völlig beiseite gedrängt, so daß sein Einfluß auch in pädagogischer Hinsicht nur verhältnismäßig gering blieb.“⁵²

Als Zeugen berief von Zerssen die in der Oberschulbehörde nach 1933 verbliebenen Schulräte Fritz Köhne und Gustav Schmidt, die den vorstehenden Text mit inspiriert haben dürften.

Das Personalamt stimmte dem Vergleich zu und von Zerssen hielt dabei fest, dass „Herr Wilhelm Schulz sich neben seiner Tätigkeit als Lehrer nicht nur um seine Weiterbildung bemüht sondern auf diesem Gebiet auch etwas geleistet“ habe. „Außerdem hat er sich als Landeschulrat nicht als engagierter Nationalsozialist betätigt.“⁵³

Anmerkungen

- 1 Albert Mansfeld: Die Gliederung des NSLB, Gau Hamburg, in die politische Organisation der NSDAP, HLZ 25/26 – 1934, S. 394.
- 2 Kurt Zeidler: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975, S. 82.
- 3 Siehe Biografie Deuchler in diesem Buch.
- 4 Ebd.
- 5 Auszug aus dem Protokoll des Senates v. 31.3.1933, in der Personalakte Willi Schulz: StA HH-Hochschulwesen – Dozenten- und Personalakten DPW I_376 Bd. 1
- 6 Siehe Hans-Peter de Lorent: Schule ohne Vorgesetzte, Hamburg 1992, S. 344.
- 7 Zeidler, a. a. O., S. 82
- 8 Wilhelm Schulz: Die Kulturaufgaben des deutschen Volksstaates und die Landschule, in HLZ 17/ 1922, S. 261 ff. und HLZ 18/ 1922, S. 281 ff. Siehe auch den Bericht von der 30. Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins am 4.–7. Juni 1922 in Hannover, in : HLZ 24/ 1922, S. 361 ff.
- 9 HLZ 20/1933, S. 283.
- 10 HLZ 17/1922, S. 264.
- 11 HLZ 18/1922, S. 284.
- 12 HLZ 20/1933, S. 283.
- 13 Siehe dazu Reiner Lehberger: Einflüsse der Reformpädagogik auf das Hamburger Regelschulwesen in der Weimarer Republik, in: Hans-Peter de Lorent/Volker Ullrich: Der Traum von der freien Schule, Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik, Hamburg 1988, S. 118 ff.
- 14 Siehe HLZ 25/1922, S. 386. Schulz wurde nicht gewählt. Siehe dazu auch: Hans-Peter de Lorent: Der Lehrerrat, in de Lorent/Ullrich 1988, S. 25 ff. Schulz kandidierte bei späteren Lehrerkammerwahlen nicht wieder.
- 15 Anmerkung v. 23.12.1924 in Personalakte Schulz, a. a. O.
- 16 Siehe dazu: Hans-Peter de Lorent: „Laßt hinter Euch die Welt des Intellekts“, Der Nationalsozialisti-

- sche Lehrerbund, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 119ff. und Hans-Peter de Lorent: Personalpolitik, ebenda, S. 203ff.
- 17 Siehe Annemarie Biedermann: Als Sekretärin beim NSLB, in: Lehberger/de Lorent, S. 125ff.
 - 18 So der Leitende Regierungsdirektor Otto von Zerssen in einem Schreiben vom 4.3.1952 auf den Einspruch der Witwe Schulz gegen die Höhe der Hinterbliebenenrente, in: Personalakte Schulz a. a. O. Die Darstellung von Zerssens korrespondiert mit der Aussage Kurt Zeidlers in seinen Erinnerungen, Zeidler 1975, S. 83.
 - 19 Siehe auch: Uwe Schmidt: Lehrer im Gleichschritt. Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg, Hamburg 2006.
 - 20 Angaben nach Personalakte Schulz, a. a. O.
 - 21 Lediglich in Turnen und Musik „genügend“.
 - 22 Schreiben in Personalakte Schulz, a. a. O.
 - 23 Siehe StA HH OSB I D 2_Bd. XV. Außer Schulz wurden damals auch vorgeschlagen: Dr. Johannes Saß und Wilhelm Grünewald.
 - 24 HLZ 18/ 1933, S. 250. Siehe auch Hans-Peter de Lorent: Rädchen im Getriebe, in: Lehberger/de Lorent, insbesondere S. 189ff.
 - 25 Die ganze Rede ist abgedruckt in: HLZ 20/1933, S. 189ff. Siehe auch den Versammlungsbericht, ebenda, S. 289f.
 - 26 HLZ 20/1933, S. 284.
 - 27 Wilhelm Schulz: Lehrerbund und Schule in Hamburg 1934, HLZ 1/1935, S. 1.
 - 28 HLZ 43/1933, S. 561.
 - 29 HLZ 43/1935, S. 575. Siehe auch die Rede Schulz' zum 1. Jahrestag des Todes von Hans Schemm in HLZ 10/1936, S. 110f.
 - 30 Siehe Lehberger/de Lorent 1986.
 - 31 Reiner Lehberger: Der „Umbau“ der Hamburger Volksschule, in Lehberger/de Lorent, S. 24.
 - 32 Abgedruckt sind die Grundsätze in HLZ 49/1933, S. 670f. sowie in Lehberger/de Lorent, S. 24ff.
 - 33 Siehe Lehberger/de Lorent, S. 27ff.
 - 34 Ottwilm Ottweiler: Die Volksschule im Nationalsozialismus, Weinheim und Basel 1979, S. 16. Siehe dazu auch Hildegard Milberg: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft, Hamburg 1970, S. 382f.
 - 35 Uwe Schmidt: Nationalsozialistische Schulverwaltung in Hamburg, Hamburg 2008, S. 46.
 - 36 Ebd.
 - 37 Schmidt, 2008, S. 37.
 - 38 „Hamburger Tageblatt“ v. 19.11.1933, zitiert nach Schmidt, 2008, S. 39.
 - 39 Zeidler, a. a. O., S. 82f.
 - 40 Entnazifizierungsakte Bertha Schulz, StA HH, 221-11_Ed 657
 - 41 HLZ 48/1933, S. 645f.
 - 42 Entnazifizierungsakte B. Schulz, a. a. O.
 - 43 Personalakte Willi Schulz, a. a. O.
 - 44 Entnazifizierungsakte B. Schulz, a. a. O.
 - 45 Schreiben vom 5.5.1947, ebd.
 - 46 Schreiben vom 6.6.1947, ebd.
 - 47 Siehe Biografie Albert Henze in diesem Buch.
 - 48 Schreiben vom April 1949, ohne konkretes Datum, ebd.
 - 49 Schreiben vom 2.4.1949, ebd. Siehe auch die Biografie von Richard Schlorf in diesem Buch.
 - 50 Schreiben vom 8.5.1947, Entnazifizierungsakte B. Schulz, a. a. O.
 - 51 Schreiben v. 21.6.1947, Entnazifizierungsakte B. Schulz, a. a. O.
 - 52 Argumente enthalten in Personalakte Schulz, a. a. O.
 - 53 Schreiben vom 30.10.1953, ebd.

Albert Mansfeld

**Überzeugter Nationalsozialist,
„schlicht, aber pedantisch korrekt“**

Zu den wichtigsten Männern des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) und in der Schulverwaltung gehörte Albert Mansfeld, der einer der Gründer des NSLB in Hamburg war und seit 1931 für die NSDAP in der hamburgischen Bürgerschaft saß. Er war der zweite Mann hinter Gauamtsleiter Willi Schulz und Oberschulrat für das Volksschulwesen. An ihm wird deutlich, wie facettenreich auch überzeugte Nationalsozialisten sein konnten. Besonders interessant verlief die Entnazifizierungsgeschichte Mansfelds, die langwieriger und widersprüchlicher war als in anderen Fällen.

Albert Mansfeld gehörte zur jungen Generation in der nationalsozialistischen Bewegung. Am 10.8.1901 in Hamburg als Sohn eines „kleinen“ Beamten geboren, wurde er 1933 zu einem der führenden Nationalsozialisten im NSLB und in der Schulverwaltung, dabei enger Vertrauter vom NSLB-Gauamtsleiter und Landesschulrat Willi Schulz.

Im NSLB fungierte Mansfeld als Stellvertreter von Willi Schulz und war als Gauhauptstellenleiter für das Personal zuständig. Als Vorsitzender des Ehrengerichtes des NSLB hatte Mansfeld alle Hände voll zu tun, die Querelen und persönlichen Fehden insbesondere in den ersten Jahren nach der Machtübernahme mit der Gruppe der „alten Kämpfer“ des NSLB zu schlichten und zu ordnen. Dabei gehörte Albert Mansfeld selbst zu den Gründern des NSLB in Hamburg. Am 28. Mai 1931 hatte er den Hamburger NSLB gemeinsam mit den NSDAP-Mitgliedern Dr. Werner Gloede, Dr. Wilhelm Schönwald, Hedwig Förster und Auguste Wahncou gegründet.¹

Albert Mansfeld war schon am 1.8.1928 Mitglied der NSDAP geworden. Auf verschiedenen Feldern zeigte er sich auch schulpolitisch aktiv. So war er 1930 auf der Liste der „Rechten“ Mitglied der Lehrerkammer und später des Schulbeirates geworden. Auch in der „Gesellschaft der Freunde“ hatte Mansfeld sich schon 1931 als aktiver Nationalsozialist in die schulpolitischen Debatten begeben. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 12. Dezember 1931 im großen Saal des Curio-Hauses, bei der gegen die vom Reich und von Hamburg abwechselnd verfügten „empfindlichen Gehaltskürzungen für die Beamtenschaft, ganz besonders einseitig aber für die Lehrerschaft“ protestiert wurde, trat auch Albert Mansfeld auf, der als Volksschullehrer ebenfalls der „Gesellschaft der Freunde“ angehörte. Mansfelds Auftritt war Teil einer Inszenierung. Friedrich Kraus, langjähriger Chro-

nist der HLZ, vermerkte dies im Protokoll der Versammlung eingangs neutral:

„Herr Traeger stellte den richtigen Grundsatz heraus, daß der parteipolitisch verpflichtete Parlamentarier, auch wenn er Mitglied der ‚Gesellschaft‘ sei, nicht an gewerkschaftspolitischen Debatten teilnehmen solle, um nicht die Gewerkschaft auseinanderzureden; wenn aber einmal ein Parlamentarier das Wort ergreife, dann solle er auch klar sagen können, was er zu tun und zu verantworten bereit ist.



Albert Mansfeld

Aus diesem Grunde beantrage er für Herrn Mansfeld, der Mitglied der Nationalsozialistischen Bürgerschaftsfraktion ist, Ausnahme von der beschlossenen beschränkten Redezeit. Die Versammlung folgte in ihrer – freilich nicht erheblichen – Mehrheit dem Wunsche von Herrn Traeger.“²

Dass sich Mansfeld nicht auf mit ihm sympathisierendem Terrain bewegte, macht die kurze Zusammenfassung seiner Ausführungen deutlich:

„Herr Mansfeld enttäuschte vollständig alle die, die gehofft hatten, er würde aus dem, was Herr Traeger ‚mystische Nebel‘ genannt hatte, hervorkommen und praktische Wege für die Gewerkschaftsführung aufweisen. Er beschränkte sich darauf, den Liberalismus, dem er vorwarf Menschenrechte postuliert zu haben, ohne auf die naturgegebenen Rassen Rücksicht genommen zu haben, dafür verantwortlich zu machen, daß der einzelne sich in wirtschaftlicher Beziehung ausleben und nicht am Schicksal des Volkes mittragen wolle, und andererseits die gegenwärtige Bildungsmisere als ein Stück Erfüllungspolitik zur Befriedigung der Reparationsgläubiger hinstellen. Er forderte, daß die Reparationen in der beabsichtigten Entschließung erwähnt würden.“

Kurt Zeidler, bis 1930 Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde“, danach Schulrat bis 1933, nach 1945 wieder als Schulrat in der Schulbehörde und eine entscheidende Rolle in den Entnazifizierungserfahren spielend, schilderte diesen Auftritt Mansfelds in seinen Erinnerungen auf seine Weise:

„In einer von Gustav Kühler geleiteten Versammlung der ‚Gesellschaft‘ (wohl im Jahre 1931) hatte Mansfeld das Wort genommen. Er war als Sprecher der NSDAP für Schul- und Bildungsfragen in der Hamburger Bürgerschaft erschienen, nachdem seit einer Bürgerschaftswahl, die kurz vorher stattgefunden hatte, diese Partei zum erstenmal mit einer nennenswerten Zahl von Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten war. Was er da über die pädagogischen und schulpolitischen Ziele und Pläne der NSDAP von sich gab, war dürftig genug; immerhin gelang es ihm mit einiger Mühe, die kurze Redezeit, die ihm zur Verfügung stand, leidlich auszufüllen. Kurz vorher war nämlich der Antrag angenommen worden, die Redezeit

auf zehn (oder waren es fünf?) Minuten zu beschränken. Max Traeger, pfiffiger Parlamentarier, sah die Chance, erbat, nachdem Mansfeld von der Rednertribüne heruntergestiegen war, das Wort zur Geschäftsordnung und beantragte, für diesen Redner den vorher gefaßten Beschluß auf Beschränkung der Redezeit außer Kraft zu setzen; denn die seltene Gelegenheit, einen Vertreter der Partei zu hören, die neuerdings so viel von sich reden mache, müsse ergriffen werden, um in aller Ausführlichkeit zu erfahren, was die neuen Leute auf dem Gebiet des Schulwesens anstrebten. Das Schmunzeln in den Gesichtern der Mehrzahl der Anwesenden, die Traegers Antrag unterstützten, ist mir unvergeßlich, ebenso die Bestürzung Mansfelds, der nun wohl oder übel wieder hinaufklettern und von neuem das Wort nehmen mußte. Die Plattitüden, die er, verlegen stotternd, von sich gab, enthüllten besser, als jede Analyse des NS-Parteiprogramms es vermocht hätte, die Hohlheit der ‚Bewegung‘. Es ist verständlich, daß diese offensichtliche Blamage das Ansehen Mansfelds bei seinen Parteigenossen erheblich sinken ließ.“³

Im Jahr darauf hatte die HLZ-Redaktion Albert Mansfeld für die NSDAP gebeten, zur wirtschaftspolitischen Lage Deutschlands eine „Analyse von rechts“ zu schreiben. Für die kontroverse Gegenposition beauftragte die HLZ Ernst Matthes, der nach 1945 Landesschulrat wurde.

Mansfeld zitierte eingangs die Aufforderung der HLZ-Schriftleitung an ihn, „Lehrern zu sagen, wie sie sich als Beamte und Pädagogen im Hinblick auf die Zeitsituation entscheiden müßten.“⁴

Im Weiteren vertrat Mansfeld ebenso naive, wie nationale bis hin zu anti-kapitalistisch-sozialistischen Positionen. Eine scharfe Polemik gegen den Versailler Vertrag wurde, wie auch später immer wieder, gekoppelt mit dem Wunsch, ein stärkerer Machtfaktor nach innen und außen zu werden, ein starkes Volk.

Im Einzelnen schrieb Mansfeld:

„Die National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, der ich angehöre, ist wohl der Organisation und der Art der politischen Betätigung nach ‚Partei‘ – dem Wesen und der Zielsetzung nach jedoch keineswegs, sondern nach wie vor die alte Hitlerbewegung, die aus taktischen Gründen und nach heftigen inneren Auseinandersetzungen den Weg über das Parlament ins Volk sucht.

Es gibt für uns nur einen Standpunkt und der liegt weder rechts noch links, auch nicht in der Mitte, sondern beim ganzen deutschen Volke.“

Und weiter: „Wir haben in der Erkenntnis dessen, daß in Anbetracht der furchtbaren Lage mehr denn je das Schicksal des einzelnen mit dem der Gesamtheit verknüpft ist, eine Grundlage zu suchen, auf der wir die im Inneren gegeneinander wirkenden und im wirtschaftlichen und politischen Klassenkampf sich verzehrenden Kräfte sammeln und zum Aufbau einer ‚Volks‘wirtschaft und eines National-

staates nach innen und nach außen einsetzen können. Hierbei haben wir alle nur verstandesmäßigen Einwände außer Betracht zu lassen und uns zunächst auf natürliche Gegebenheiten zu besinnen, d. h., auf die Zugehörigkeit zu einer innerhalb der menschlichen Rassen durch Sprache, Lebensanschauung und Sitten deutlich gekennzeichneten Menschengruppe in einem bestimmten Lebensraum. Wir wollen Deutsche sein und über alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kirchlichen Bindungen hinweg das Band der Volksgenossenschaft als das teuerste ansehen: das sollte nicht nur, das muß in Zukunft unsere Losung sein.“

Am Ende gab Mansfeld gar ein Bekenntnis zur Einheitsschule ab:

„Die Nation ist im Aufbruch! Daß sie werde, ist unser aller Aufgabe! Es wird aber erst des ganzen Einsatzes, besonders der deutschen Lehrerschaft, bedürfen, bis sie wirklich vorhanden ist. Der Weg kann nur über die von unten nach oben organisch aufgebaute deutsche Einheitsschule führen, die in allen ihren Gliedern nur ein Ziel kennt: den von sozialem Gerechtigkeitsgefühl erfüllten deutschen Menschen in der deutschen Nation!“

Und auch als Mitglied der NSDAP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft trat Mansfeld in den Jahren 1931–1933 in schulpolitischen Auseinandersetzungen in Erscheinung. In einer Debatte 1932 stritten sich neben Albert Mansfeld noch Max Traeger (Deutsche Staatspartei), Karl Witt (Deutsche Reichspartei) und Richard Ballerstaedt (SPD). Auch der Hamburger Schulsenator nach 1945 und damalige Schulleiter der Lichtwarkschule, Heinrich Landahl, war als Abgeordneter der Deutschen Staatspartei und Vizepräsident der Bürgerschaft anwesend, wenngleich er sich an dieser Debatte zum Thema „Fürsorgemaßnahmen für Schüler und Schulentlassene“ nicht beteiligte. Es zeigt sich auch hier, dass sich Personen, die maßgebliche Rollen in der NS-Zeit und nach 1945 spielten, schon am Ende der Weimarer Republik im Diskurs, bzw. in heftigen Kontroversen befanden.

Andererseits zeigte diese Debatte aber auch, dass hier Schulpolitiker auf sachlichem Niveau diskutierten und Mansfeld sich dabei als ernsthafter und engagierter Debattenredner erwies, der, anders als der spätere Schulsenator Karl Witt, völlig auf Provokationen und Polemiken verzichtete.

Mansfeld hielt eine Brandrede für mehr Lehrer im Schuldienst, für die Senkung der Klassenfrequenzen, um eine bessere Betreuung der Schuljugend zu erreichen. Heftig umstritten war dabei allerdings der Finanzierungsvorschlag, die am Ende der Weimarer Republik von verschiedenen Seiten diskutierte und von der NSDAP in die Bürgerschaft eingebrachte Parole, das „Doppelverdienen zu beseitigen“. In dem von Mansfeld für die NSDAP eingebrachten Antrag hieß es:

„1. Sofort die nötigen Mittel zur Einstellung der in Hamburg vorhandenen Junglehrer freizumachen,

2. unverzüglich die verheirateten Beamtinnen, deren Lebensunterhalt durch das Einkommen des Mannes gesichert ist, ohne Entschädigung aus dem Dienst zu entlassen mit der Maßgabe, daß bei Eintreten der Erwerbslosigkeit des Mannes die Rechte der Frau als Beamtin wieder Geltung bekommen.“⁵

Am Ende der Rede dann das von Mansfeld auch später immer wieder geäußerte Bekenntnis zur Volksgemeinschaft, zur Bedeutung des Einzelnen im Ganzen, in der Gemeinschaft, im Volk:

„Wenn wir immer nur in Teilen gedacht und gelebt haben, wenn wir nur als Gruppen oder Interessenten dieser oder jener Art unsere Lebensaufgabe gesucht haben, meine Damen und Herren, daß das Große dabei zugrunde ging. (Sehr richtig! Bei den Nationalsozialisten) Indem wir Umkehr halten und wieder auf das Ganze zustreben, indem wir fürs Ganze denken und fürs Ganze handeln, bauen wir wieder auf. Und die Voraussetzung für dieses Stehen des Einzelnen innerhalb einer großen Gemeinschaft, die durch das Schicksal zusammengeschweißt ist, ist eine Haltung, die mit dem Charakter aufs engste verbunden ist.“⁶

Albert Mansfeld war also schon 1928 in die NSDAP eingetreten, hatte 1931 den NSLB in Hamburg mitgegründet, sodass er sich schon 1933, gerade 32-jährig, als „alten Kämpfer“ bezeichnen konnte. Folgerichtig machte er schnell Karriere im Hamburger Schulwesen. Am 11.7.1933 wurde er Schulleiter der Schule Eilbecktal 37, die bald darauf in Adolf-Hitler-Schule umbenannt wurde. Wobei es sicherlich von kalkulierter Symbolik war, Mansfeld gerade dort als Schulleiter einzusetzen, wo der letzte Vorsitzende der „Gesellschaft der Freunde“, Gustav Kückler, seit 25 Jahren Lehrer und zuletzt vom Kollegium zum Schulleiter gewählt worden war. Kückler wurde an die Schule Stresowstraße versetzt, an der Mansfeld zuvor als Lehrer gearbeitet hatte.⁷

Knapp ein halbes Jahr später wurde Mansfeld Schulrat (am 5.3.1934) und schon wenig später, am 1.7.1934 Oberschulrat für das Volksschulwesen in Hamburg, damit auch Stellvertreter des Landesschulrates Willi Schulz.

Im NSLB war Albert Mansfeld die rechte Hand des 14 Jahre älteren Willi Schulz, mit wichtigen Funktionen betraut. Insbesondere in den ersten Jahren der Auseinandersetzungen mit der politisch unzureichend orientierten, sich als „alte Kämpfer“ des NSLB gerierenden Gruppe, die vornehmlich einen persönlichen Kampf mit Willi Schulz ausfochten, hatte Mansfeld als Vorsitzender des Ehrengerichtes des NSLB eine wichtige und zeitraubende Aufgabe.⁸

Zum inneren Zirkel um Willi Schulz zählten neben Mansfeld auch noch Kurt Holm und Richard Schlorf sowie Wilhelm Bernhard, die für den NSLB, das Curio-Haus und die von der „Gesellschaft der Freunde“ übernommenen Kassen wichtige Funktionen innehatten.

Aber auch beim nationalsozialistischen Aufbau des Hamburger Schulwesens spielte Mansfeld an der Seite von Willi Schulz eine entscheidende Rolle.

Obwohl kein begnadeter Redner, übernahm Mansfeld gegenüber der Lehrerschaft eine propagandistische Funktion, sicherlich auch eine Art Arbeitsteilung mit dem Landesschulrat.

Mansfeld oblag die Aufgabe, in den ersten Jahren nach 1933 über den NSLB eine politische Orientierung in die Hamburger Lehrerschaft zu bringen. Wie das aussah, veranschaulicht eine Rede, die Mansfeld Ende 1933 vor den Vertrauensleuten des NSLB im Curio-Haus hielt. Er begann mit einem glühenden Bekenntnis zu Adolf Hitler:

„Als an jenem historischen Tage der Wende des deutschen Schicksals, am 30. Januar 1933 unser Führer Adolf Hitler auf dem höchsten verantwortungsvollen Posten des Deutschen Reiches, den des Reichskanzlers berufen wurde, da wußten wir Nationalsozialisten, wir alten Kämpfer, die zu jedem Einsatz bereit waren, dreierlei:

Adolf Hitler würde, komme, was da immer wolle, seine Machtstellung in Berlin nicht preisgeben. Oder aber, seine Gegner hätten über die Leichen seiner SA und SS, seiner Amtswalter und Parteigenossen, über die Leichen der nationalsozialistischen Kämpfer hinweg, Hand an das Leben unseres Führers selbst legen müssen! Wir wußten dieses, weil der Führer im Wahlkampfe 1932 gesagt hatte: ‚Nach Berlin geht man nur dann, wenn man die feste Absicht und den eisernen Willen hat, nicht wieder hinauszugehen.‘

Und an demselben Tage hatte er das alte Bekenntnis erneuert: ‚Die Fahne des Nationalsozialismus als letzter hochzuhalten und zu verteidigen bis zum letzten Blutstropfen als derjenige, der diese Fahne aufgepflanzt und die Kämpfer um die Fahne geschart habe.‘

Wir alten Kämpfer wußten, daß diese wenigen Sätze eingepflochten in eine großangelegte zweistündige Rede, ein Manneswort bedeuteten, ein Manneswort unseres Führers, auf das wir in altgewohnter Weise wie auf felsigem Grunde bauen konnten.“⁹

In seiner politischen Analyse wurde dann deutlich, welchen strategischen Hintergrund die von Willi Schulz und seinen Hauptmitstreitern Albert Mansfeld und



Albert Mansfeld (r.) neben Willi Schulz und Wilhelm Lühning, 1. Mai 1936

Kurt Holm betriebene Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“ und die Stärkung des NSLB hatte:

„Daß mit der Übernahme des Kanzlerpostens durch Adolf Hitler der Weg zum nationalsozialistischen Staate und damit zum Dritten Reich betreten war: daran zweifelten wir nicht! Daß dazu aber eine ganze Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein mußten, war uns gleichermaßen vollkommen klar!

1. Der Parteienstaat war noch vorhanden!
2. Standesorganisationen, Vereine und Verbände wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art konnten nach wie vor ihr Wesen treiben und das Werden einer lebendigen Volksgemeinschaft verhindern!
3. Der Marxismus, von der Mitte bis ganz Links, konnte ungehindert hetzen und aufputschen und die Seele des deutschen Volkes vergiften.
4. Die Länderregierungen konnten durch Mehrheitsbeschlüsse die Aufbauarbeit der Reichsregierung sabotieren.

Die Beseitigung dieser Übel war die Voraussetzung für den Beginn des Wiederaufbaus unseres Volks- und Staatslebens. Schritt für Schritt mußte diese Arbeit getan werden, und immer wieder erwies sich der Führer der Bewegung auch als der Führer des deutschen Volkes – als der geniale Staatsmann und getreue Verfechter der nationalsozialistischen Weltanschauung.“¹⁰

Bedeutsam auch die Abrechnung Mansfelds mit der Weimarer Republik und insbesondere mit den nach dem Ersten Weltkrieg abgeschlossenen Verträgen, eine Position die im Geschichtsunterricht Hamburger Schulen in den 1950er und 1960er Jahren noch vehement vertreten wurde:

„Wir wußten, daß diese ehemaligen Gegner, ihre Führer und führenden Cliquen, die geistigen Treiber nach wie vor denselben Willen, dieselbe Absicht hatten: dem deutschen Volke das Daseinsrecht abzusprechen – es seiner Lebensrechte zu berauben – es geistig und sittlich und körperlich zu verderben – es so zu einem Sklavenvolke zu erniedrigen, daß es willenslos Werkzeug dieser Mächte werden und sein könnte.

Das war der Sinn der uns aufgezwungenen Verträge – das war der Sinn unserer Ausbeutung bis zum Weißbluten – das war der Sinn der aufgezwungenen Parlamentsherrschaft und des Weimarer Systems! Das war der Sinn des Paktierens mit dem abgewirtschafteten System!

Historisch gesehen ist die größte Schuld der Novemberverbrecher und ihrer Epigonen nicht die Unterzeichnung von Verträgen, die Hergabe von Gütern und Vermögen des deutschen Volkes, die Auslieferung von Waffen und Flotten, ja nicht einmal die Auslieferung von Landesteilen. Die größte Schuld dieser Männer, die ihnen die Bezeichnung Vaterlands- und Volksverräter eintragen mußte, solange und

wenn überhaupt noch ein guter Kern im deutschen Volke steckte, liegt darin: Daß sie die Ehre und Freiheit des großen deutschen Volkes preisgaben! Hierher gehören der Artikel von der deutschen Alleinschuld am Weltkriege und der Dawesplan! An dieser Ehrlosigkeit und Mißachtung des Rechtes auf Freiheit eines Volkes durch die Novembergesellen und ihre Nachfolger entzündete sich der gewaltige Haß gegen das System von Weimar und zugleich der fanatische Wille, Ehre und Freiheit des deutschen Volkes wiederzugewinnen!“

Wie in Mansfelds Reden üblich, zitierte er abschließend den Führer des NSLB, Hans Schemm, insbesondere wohl auch deshalb, weil es hier auch noch um die Aufwertung der Volksschullehrer ging:

„Ich erkläre bewußt, daß das Wort Hochschul- oder Mittelschullehrer oder Professor sowie überhaupt die gesamten Titulationen absolut nicht das wesentlichste sind. Die deutschen Erzieher marschieren gemeinsam auf ein Ziel los: Heranbildung der deutschen Jugend zum Bekenntnis zum deutschen Volk und Vaterland, zu Gott, Blut und Heimat. Die große Erziehergemeinschaft, die wir heute gründen, wird ein gewissenhafter Wächter sein darüber, daß die Erzieherschaft des deutschen Volkes niemals wieder zerrissen und zersetzt werden darf.“

Albert Mansfeld war umtriebig und unermüdlich. Er war überzeugter Nationalsozialist. Und als solcher sowohl in der NSLB-Funktion als auch als Oberschulrat Überzeugungstäter.

Über ihn als Personalchef der Hamburger Volksschullehrer gelangte personalpolitisch relevantes Material, das er zur Entscheidung an die Spitze der Schulverwaltung weiterleitete. Er agierte als Vorsitzender des Ehrengerichtes des NSLB, begründete im NSLB einen Arbeitskreis für Grenz- und Ostarbeit, war Leiter der nationalsozialistischen Formation des Schulschutzes, fand 1934 noch Zeit, in HLZ-Rezensionen Geschichtsbücher zu kritisieren. Im „Geschichtsbuch für die Jugend des Dritten Reiches“ werde zwar das, nach Mansfeld „richtige Ziel gesetzt, die deutsche Jugend für deutsches Volkstum und seine Werte zu begeistern, den Lebens- und Freiheitswillen der Volksgenossen zu steigern, zur Pflichttreue und Opferbereitschaft zu erziehen, damit das Vaterland sich auf seine Söhne und Töchter verlassen kann.“ Ihm gefiel auch der Schwerpunkt, „der deutschen Jugend den Kampf unseres Volkes um den Lebensraum darzulegen“. Er kritisierte hingegen, dass der „heroische Kampf Deutschlands von 1914–1918“ nicht gebührend gewürdigt worden sei: „Die Aufgabe des Geschichtsunterrichts darf sich nicht darauf beschränken, allein den Kampf um die Vergrößerung unseres Lebensraums zu schildern, sondern hat in ebensolchem Maße den Kampf um die Erhaltung des Lebensraumes aufzuzeigen.“¹¹

Zum Überzeugungstäter Mansfeld gehörte sicherlich auch, dass er am 20. Juni 1937 alle Mitglieder des NSLB aufforderte, sich mit Sippenkunde zu beschäftigen, „über das eigene Blut Bescheid zu wissen“ und innerhalb eines Jahres „die Aufstellung einer Ahnentafel in dreifacher Ausfertigung vorzulegen“. Damit gerieten jene Hamburger Pädagogen in Schwierigkeiten, die keine rein arischen Ahnentafeln präsentieren konnten. Mansfeld forcierte die Aussonderung von „Judenkindern“, die Zerschlagung jüdischer Schulen ging über seinen Schreibtisch (wie auch über den von Fritz Köhne), mit allen persönlichen Folgen für die betroffenen Familien und PädagogInnen.

Als Oberschulrat war Albert Mansfeld auch für die Hilfsschulen zuständig. Somit auch für die Maßnahmen zur „Begutachtung erbkranker Kinder“ in den Hilfsschulen und damit für die Vorbereitung der Sterilisationsmaßnahmen. Durch enge Beziehungen zum Rasse- und Siedlungsamt der SS ermöglichte Mansfeld dem dort tätigen SS-Obersturmbannführer Heinrich Thole 1939, Reihenuntersuchungen in 4. Grundschulklassen zum Zwecke „anthropologischer Erhebungen“ durchzuführen.¹²

Andererseits zeigte sich Mansfeld als Oberschulrat auch unerschrocken und streitbar in Konfliktfällen mit nationalsozialistischen Schulleitern, die selbstherrliche Fehler begingen oder in der Dauerauseinandersetzung mit der Führung der Hitler-Jugend, einem ständigen Thema besonders auch an vielen höheren Schulen.

Von einer Sitzung der „höheren Amtswalter des NSLB mit der Hamburger Oberbannführung der Hitler-Jugend“ am 13. September 1934 im Curio-Haus berichtet die HLZ.

Der Gebietsführer der Hamburger HJ, Hans Einfeldt, hielt ein Plädoyer für die größere Eigenständigkeit der HJ, der „durch Einmischung anderer Mächte das Eigene verloren ging. Daher der Ruf: Jugend soll nur von Jugend geführt werden.“¹³

Einfeldt plädierte darüber hinaus für einen Lehrer an jeder Schule an der Seite der HJ, „möglichst ein Junglehrer, der das Schrifttum und die Organisationsarbeit der HJ genau kennt“. Einstweilen könnte es auch der Vertrauensmann des NSLB sein. Wünschenswert sei es auch, wenn die Lehrerschaft die Hitler-Jugend finanziell unterstütze.

Albert Mansfeld hielt dagegen und zeigte die Konfliktlinien recht deutlich auf:

„Zuerst wurde 1933 der HJ von der ganzen Partei ein blindes Vertrauen entgegengebracht, aber dieses Vertrauen wurde schwer enttäuscht. Das kam daher, daß die HJ alles machen wollte und keine Grenze gegenüber Elternhaus und Schule mehr anerkannte. Jugend soll von Jugend geführt werden, gewiß, aber Jugend kann schon graue Haare haben und doch noch Knabenherzen begeistern. Daher sage ich: Was innerlich jung ist unter Vätern und Lehrern, müßte hinein in die Führerschaft der HJ! Ich sehe die Aufgaben so: Der Vater ist Herr im Hause; da, wo ich

als Vater allein verantwortlich bin, lasse ich mir von niemandem hineinreden. Die Schule hat die Aufgabe, den Jungen in die großen Werte des Volkes einzuführen, vor allem aber auch ihn zur Pflichterfüllung und Haltung zu erziehen. Sie, meine Kameraden von der HJ, haben den Jungen im Kreise der Altersgenossen hinauszuführen, ihn draußen herumzutummeln und abzuhärten. Dazu brauchen Sie keine Flugzeuge und Gasmasken, dazu brauchen Sie nur echte Jugendführer. Wir Lehrer sehen ferner eine Gefahr des Staatsjugendtages, die wir Ihnen nicht verschweigen wollen. Die ganze Woche müht sich ein Lehrer ab, um Kameradschaft in seiner Klasse zu erreichen, am Sonnabend wird sie ihm zerrissen und dadurch der Erfolg seiner Arbeit in Frage gestellt. – Wie endlich soll die Schule Leistungen erreichen, die allerorts von ihr verlangt werden, wenn Sie die Jugend nicht zur Arbeit kommen lassen? Es wurde vorhin schon gesagt, die Lehrer müßten Schrifttum und Organisation der HJ kennen. Das ist doch Liberalismus! Hinein in die Bewegung, wer hinein gehört! Nehmen Sie unsere jungen Lehrer als Führer auf!“

Albert Mansfeld blieb ein ideologisch verbohrt Nationalsozialist. Dabei zeigte er durchaus Charakter und Stärke gegen andere Nationalsozialisten, die sich in der Schule fehlverhielten.

So besuchte Mansfeld mit Schulrat Fritz Köhne am 26.3.1935 eine Lehrerkonferenz der Schule Griesstraße 101. In der von Mansfeld geleiteten Konferenz ging es um einen einzigen Tagesordnungspunkt: Bestehende Schwierigkeiten zwischen Kollegium und Schulleitung. Das war brisant, denn der Schulleiter, Reinhard Albrecht, war ein „alter Kämpfer“ des NSLB, Mitglied schon seit 1932, in der NSDAP seit dem 27.4.1933, mit verschiedenen Funktionen in beiden Organisationen. Albert Mansfeld hatte mit Albrecht schon vor 1933 eng zusammengearbeitet, als beide auf der von Albrecht angeführten Liste der „Rechten“ in der Lehrerkammer arbeiteten.

Mansfeld notierte über diesen Konflikt: „Durch das Kollegium geht die Sehnsucht nach einer nationalsozialistischen Führung; aber bei Herrn A. fehlt die Einsatzbereitschaft, wenn Not am Mann ist.“¹⁴

Im Weiteren formulierte Mansfeld die Gründe, Albrecht als Schulleiter abzulösen. Darin wurde auch deutlich, welches Führungsverständnis Albrecht hatte:

- „1. Vertrauen des Kollegiums ist nicht vorhanden.
2. Es ist nicht vorhanden, weil A. nicht Führer des Kollegiums ist und nicht sein will.
3. (...) über diese Korrektheit hinaus fehlt aber gerade das, was Menschen bei gemeinsamer Arbeit verbindet: Der Geist der Kameradschaft. (...)
5. Gerade der NS will die vielen Einzelnen zu einer kleinen oder großen Gemeinschaft zusammenschließen, um bei dem Einzelnen Bewußtsein und Er-

kenntnis darüber werden zu lassen, daß Gemeinschaft notwendig und auch möglich ist. Aus dem Ich muß endlich das Wir werden. Das ist die Aufgabe des Schulleiters.“

Reinhard Albrecht wurde nach dieser Konferenz als Schulleiter abgesetzt und als Lehrer an die Schule Wendenstraße versetzt.¹⁵

Auch in einem anderen, politisch brisanten Fall, wurde Mansfeld aktiv. Dabei ging es um Ernst Matthewes, bis 1933 stellvertretender Schulleiter an der von Max Traeger geleiteten Schule Borgesch. Beide waren nach der Machtübertragung an die Nazis abgesetzt worden. Matthewes verblieb an der Schule als Lehrer. Sein Kollege John Wöhlert schilderte im August 1952 in einem Brief, der in die Entnazifizierungsakte Mansfeld einging, Mansfelds „gerechtes Verhalten“ in diesem Fall:

„Ein ehemaliger Kollege von Borgesch, Herr Ernst Matthewes, jetzt Landeschulrat wurde vom Dienst dispensiert, weil er angeblich mit seinen Schülern kommunistische Propaganda betrieben hatte. Auch hier hatte man versäumt, die Anzeige gründlich zu prüfen. Sachlich lag der Fall anders. Fast alle Kollegen hielten damals einen Einspruch gegen das Fehlurteil bei der Unfehlbarkeitseinstellung der herrschenden Richtung für sinnlos. Herr A. Mansfeld hat meine Richtigstellung des Falles Matthewes sofort in Ruhe und mit großer Geduld angehört und hat damals die Fehlentscheidung sofort aufgehoben.“¹⁶

Zwei Seiten der Person Albert Mansfeld, die in seiner Biografie immer wieder deutlich wurden.

Albert Mansfeld wurde am 10.8.1901 in Hamburg geboren. Von 1908 bis 1916 besuchte er die Volksschule Louisenweg, machte dann eine Aufnahmeprüfung für das Lehrerseminar Steinhauerdamm. Nachdem er nicht genommen wurde, begann er eine kaufmännische Lehre, um dann, ein halbes Jahr später, im Oktober 1916, in das neu eröffnete Lehrerseminar Hohe Weide 18 aufgenommen zu werden.

Nachdem er am 26.1.1922 die Abgangsprüfung mit durchschnittlichen Leistungen bestanden hatte, wies er darauf hin, wie notwendig seine Einstellung in den Schuldienst für seine Familie sei. Er müsse seine Mutter und vier Geschwister unterstützen, da sein Vater im November 1917 im Krieg bei der Kaiserlichen Marine gefallen sei.¹⁷

Mansfeld heiratet 1923 und bekam mit seiner Frau Anna Liese von 1925 bis 1938 fünf Töchter.

Für seine Anstellung als Hilfslehrer am 1.4.1922 füllte Mansfeld die „Nachweisung der Personalverhältnisse vor dem Dienstantritt“ aus und schrieb in der Rubrik „Militärverhältnis“: „Militärisch ausgebildet beim Zeitfreiwilligenkorps Bahrenfeld, während des Krieges kein Soldat gewesen, war noch zu jung.“

1923/24 belegte Mansfeld Seminare an der Universität Hamburg, arbeitete an der Volksschule Stresowstraße und bestand am 29.6.1925 die Prüfung zur Festanstellung. Prüfungsvorsitzender war Oberschulrat Carl Götze, dessen Stelle und Funktion er 1934 übernehmen sollte.

Mansfeld wurde am 1.10.1927 Beamter auf Lebenszeit und begann danach seine politische Karriere.

Am 1.8.1928 wurde er Mitglied der NSDAP. Da bereits beschrieben, hier noch einmal sein weiterer Werdegang in Kürze: 1930 Mitglied der Lehrerkammer auf der Liste der „Rechten“, im selben Jahr Bürgerschaftsabgeordneter der NSDAP (bis 1934), vorher Gründungsmitglied des Hamburger NSLB.

1933 Schulleiter, ein Jahr später Schulrat und kurz danach Oberschulrat für das Hamburger Volksschulwesen.

Der Umbau des Hamburger Schulwesens ist von Reiner Lehberger an anderer Stelle ausführlich beschrieben worden.¹⁸

Mansfeld war dabei einer der Hauptakteure. Ihm blieben dafür insgesamt sieben Jahre.

Am 6.5.1940 wurde Albert Mansfeld zum Kriegsdienst eingezogen. Als Vater von fünf zum Teil noch sehr kleinen Töchtern und seiner Dienststellung hätte sich Mansfeld die Unabkömmlichkeit bestätigen lassen können. „Ich brauchte nicht“, erklärte Mansfeld in einem Gespräch, das ich 1989 mit ihm führte. „Er meldete sich freiwillig“, ergänzte seine Frau, „und ich saß mit fünf Kindern zu Hause.“¹⁹

Seinen freiwilligen Kriegsdienst begründete er im späteren Entnazifizierungsverfahren so:

Nicht „weil ich im Grunde meines Herzens Soldat bin (,habe es von 1940–43 nur bis zum Unteroffizier und von 1943–45 nur zum Obermaat gebracht‘), sondern weil ich mich als Personalchef von 2500 Lehrern verpflichtet fühlte, denselben Weg der Einberufung zu gehen, den über die Hälfte der Lehrerschaft schon damals gegangen war.“²⁰

Mansfeld absolvierte eine dreimonatige militärische Ausbildung in Wentorf, nahm an den Feldzügen 1940 in Belgien, 1941 in Frankreich und 1941–1943 in der Sowjetunion teil, wurde 1943 verwundet, war ein halbes Jahr im Lazarett in Riga und kam danach zur Kriegsmarine (Marinefeuerwehr). Bis Mai 1945 war er im Memelland stationiert, kehrte zurück und war nach kurzer englischer Kriegsgefangenschaft am 20.7.1945 wieder zu Hause.

Inzwischen hatte die Britische Militärregierung seine Entlassung aus dem Schuldienst verfügt.

Hierauf reagierte Mansfeld anders als die meisten anderen schwer belasteten Nationalsozialisten im Hamburger Schulwesen, die sofort, zumeist mit Hilfe von

Rechtsanwälten, zum Teil abenteuerliche Versuche unternahmen, sich rein zu waschen, Schuld und Verstrickung zu negieren, abzustreiten, Persilscheine beizubringen oder gar ihren Widerstand gegen das NS-Regime geltend machten, weil sie persönlichen oder beruflichen Streit mit anderen Nationalsozialisten, Parteigliederungen oder Behördenvertretern hatten, der nachträglich zu Konflikten mit dem Naziregime umgedeutet wurde.

Albert Mansfeld war sich bewusst, dass er überzeugter Nationalsozialist war und dass diejenigen es wussten und belegen konnten, die jetzt, nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, in Senat und Schulverwaltung arbeiteten und Verantwortung trugen, in den Hamburger Schulen, in der wieder zugelassenen „Gesellschaft der Freunde“ und natürlich auch in den Entnazifizierungsausschüssen.

Mansfeld stellte keinen Antrag für die Weiterarbeit im Hamburger Schulwesen. Er begann eine Maurerlehre, arbeitete im Wohnungsbau und legte später sogar die Gesellenprüfung ab.

Prekär wurde seine Lage, als er auf dem Bau einen Bruch erlitt, dadurch arbeitsunfähig und schließlich entlassen wurde. Mit seinen fünf noch auf Unterstützung angewiesenen Töchtern in materieller Not, forcierte er Bemühungen, gegen die Entlassung Berufung einzulegen.

Als Leumundszeugen benannte er die Schulräte Fritz Köhne und Gustav Schmidt, „die mich aus langjähriger und guter Zusammenarbeit kennen.“²¹

Fritz Köhne legte am 29.12.1947 ein Gutachten vor, in dem er schrieb:

„Herr Mansfeld hat diese Ämter als überzeugter Nationalsozialist mit der ihm eigenen Verantwortung versehen. Er genoß im Kreise seiner Mitarbeiter – auch unter den Nichtparteimitgliedern – Achtung und persönliches Vertrauen für seine anständige Gradheit und seine Fürsorge für Schule und Lehrerschaft. Es gebrach ihm nicht an Mut, in Sitzungen öffentliche und parteiliche Mißstände als solche aufzuzeigen und die Autorität der Schule gegenüber den Machtansprüchen der HJ zu verteidigen. Es ging ihm stets um die Idee und um die Sache und nicht um seinen persönlichen Vorteil. Im persönlichen Umgang war Herr Mansfeld offen, schlicht und hilfsbereit.“²²

Köhne hatte bis zu Mansfelds Einberufung sieben Jahre an dessen Seite gearbeitet. Interessant ist, wie sich Mansfeld in dem Gespräch, das ich 1989 mit ihm führte, über Köhne äußerte:

„Köhne war eine ruhige, ausgleichende Persönlichkeit, ein feiner Mann. Ich hatte ein sehr gutes Verhältnis zu ihm.“ Meine Frage: „Gab es denn keine politischen Divergenzen, die aus der Zeit vorher rührten?“ Mansfeld: „Nein, Köhne wandelte sich mit der Zeit. Er sah ein, dass doch nicht alles so war, wie er vorher gedacht hatte.“ Frage: „Hat Fritz Köhne sich nicht für Sie nach 1945 eingesetzt?“ Mansfeld: „Nein, das hat er nicht, obwohl er es hätte tun können, er war für solche Fragen

von entscheidender Bedeutung.“ Frau Mansfeld dazu: „Mein Mann war zu sehr gekränkt, er war zu stolz, er kämpfte nicht um sein Recht. Andere sind viel früher eingestellt worden.“²³

Und auch Gustav Schmidt, der sich als parteiloser Schulrat in der Schulverwaltung nach 1933 bis in den Krieg hinein halten konnte, zeigte sich 1947 bereit, über Mansfelds Charakter persönlich Auskunft zu geben:

„Ich bestätige Ihnen gern, daß ich während unserer langjährigen Zusammenarbeit in der Schulbehörde, Sie immer als einen geraden und aufrechten Mann kennen gelernt habe, der sich stets bemühte, die Menschen und die Sachen, die an ihn herantraten, klar und gerecht zu beurteilen und auch so zu entscheiden. Sie sind dort, wo Sie Mißstände in der Partei, ihren Gliederungen, in der HJ oder in der Verwaltung fanden, dagegen aufgetreten und haben immer darauf gedrungen, daß sie abgestellt werden. Sie haben sich selbst und Ihre Stellung dabei nicht geschont. Sich selbst haben Sie keine Vorteile verschafft. Ich habe Sie immer empfunden als einen Nationalsozialisten, der für die Ideale, die seine Partei ihm eingab, lebte und arbeitete.“²⁴

Schmidt urteilte also ähnlich wie Köhne. Beide hatten eng mit Mansfeld zusammengearbeitet, sich gegenseitig bei Krankheit und Urlauben vertreten. Bedeutsam auch, was Schmidt noch ausdrücklich anmerkte: „Besonders bin ich Ihnen dankbar, daß Sie mich, der ich der Partei nicht beitreten wollte und auch nicht beigetreten bin, gerecht beurteilten und in meiner Tätigkeit unterstützten.“

Die Frage, wie tolerant sich Mansfeld gegenüber Nicht-Parteimitgliedern zeigte, sollte noch eine besondere Rolle spielen.

Die beiden Leumundszeugnisse der Schulräte Köhne und Schmidt nützten Mansfeld zunächst nichts. Die Berufung wurde abgewiesen. Der Beratende Ausschuss für die Oberbeamten, dem die Schulräte Johannes Schult, Emmy Beckmann und Karl Hoffmann angehörten, verwies auf Mansfelds Nazikarriere, sein goldenes Parteiabzeichen:

„Er war innerhalb der Lehrerschaft einer der sehr wenigen, der sich schon früh und lebhaft für die nationalsozialistische Bewegung einsetzte.“

Emmy Beckmann, nach 1945 Oberschulrätin, hatte zur selben Zeit wie Mansfeld vor 1933 der Bürgerschaft angehört, allerdings der Fraktion von Max Traeger und Heinrich Landahl.

Der Beratende Ausschuss empfahl 1949, „keine Wiedereinstellung als Lehrer. Im Hinblick auf seine unversorgten Kinder sollte man ihm für 23 Jahre Staatsdienst eine Rente gewähren.“²⁵

Mansfelds Versuche, wieder in den Schuldienst zu gelangen, gestalteten sich schwierig. Wie bei Kurt Holm wurde ihm seine Funktion bei der Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“ übel genommen. Führende Funktionäre der „Ge-

sellschaft der Freunde“ wie Max Traeger und insbesondere Kurt Zeidler, aber auch ehemalige politische Widersacher wie Heinrich Landahl, der nach 1945 für die SPD Schulsenator wurde, spielten jetzt beim Aufbau des Hamburger Schulwesens eine wichtige Rolle. Und Kurt Zeidler war es auch, der nicht nur als Schulrat für das Volksschulwesen die Verantwortung hatte, sondern auch in den Entnazifizierungsverfahren persönlich beteiligt war.

Zunächst befasste sich das Berufungsverfahren mit dem Fall Mansfeld am 25.5. 1949 unter Leitung des „für milde Entscheidungen“ bekannten Juristen Dr. Kiesselbach.²⁶ Zeidler war als Vertreter des Fachausschusses auch Mitglied dieses „Berufungsausschusses für die Ausschaltung von Nationalsozialisten“.

Mansfeld hatte vor dem Ausschuss auf seine familiäre Notlage hingewiesen. Der Berufung wurde stattgegeben „mit der Maßgabe, daß Weiterbeschäftigung im Schuldienst nicht in Betracht kommt“. Allerdings sollte Mansfeld das entsprechende Ruhegehalt zugesprochen und Kinderzuschläge jetzt schon gewährt werden.

Er wurde in Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft, verbunden mit dem Hinweis, dass Mansfeld bei der Entnazifizierung direkt nach dem Krieg sicherlich als Aktivist des Nationalsozialismus in Kategorie III eingestuft worden wäre. Für das positive Votum seien auch die Gutachten Köhne und Schmidt wesentlich gewesen.

Das Verfahren lief weiter, Mansfeld wurde in die Kategorie V (Entlasteter) überführt (!), blieb aber weiter draußen, obwohl sich jetzt auch Landesschulrat Matthewes bei Senator Landahl in seiner Sache grünes Licht eingeholt hatte. Matthewes Argumentation am 30.11.1950:

„Mansfeld war einer der ersten Nationalsozialisten unter den Hamburger Lehrern und gehörte der Bürgerschaft vor 1933 an, aber ist stets ein anständiger und gerader Mensch von einer fast pedantischen Korrektheit gewesen. Als Oberschulrat hat er sich für manchen Verfolgten eingesetzt. Als Soldat lehnte er eine ihm angebotene bevorzugte Verwendung ab. Herr Köhne und Herr Schmidt, die ihn aus der Nähe während der Jahre des Nationalsozialismus beobachten konnten, betonen seine stets anständige Gesinnung.

Bezeichnend für ihn ist, daß er nach 1945 sofort das Maurerhandwerk lernte und als Geselle tätig war. Infolge eines Bruches kann er die schwere Maurerarbeit nicht mehr leisten und ist augenblicklich in einer Brauerei tätig.

Das Schulratskollegium befürwortet seine Wiedereinstellung und glaubt, daß er genügend gebüßt hat.

Er ist als Lehrer kein Bahnbrecher mit neuen Ideen, aber ein gewissenhafter, zuverlässiger und in seiner Art tüchtiger Lehrer.“²⁷

Bei dem Hinweis auf „manchen Verfolgten“ stand Matthewes sicherlich auch noch seine eigene Suspendierung vor Augen.

Noch sträubten sich aber der Lehrerbetriebsrat und die Deputation gegen die Wiedereinstellung von Albert Mansfeld. Und auch Schulrat Kurt Zeidler erinnerte alle Beteiligten an einen Vorgang aus dem Jahre 1937, der für die Hamburger Lehrerschaft von großer Bedeutung war.

1937 war die Sperre für Beamte und Angestellte des Öffentlichen Dienstes, Mitglieder der NSDAP werden zu können, gelockert worden. Daraufhin hatte der damalige Präsident der Kultur- und Schulbehörde, Karl Witt, am 8.5.1937 ein Rundschreiben an alle Bediensteten der beiden Behörden herausgegeben und darauf hingewiesen, dass nunmehr auch wieder Beamte und Angestellte im Schulbereich in die NSDAP aufgenommen werden könnten, „die sich der NSDAP innerlich verbunden fühlen und sich bewußt sind, daß sie mit ihrem Eintritt der Volksgemeinschaft gegenüber erhöhte Pflichten übernehmen“. Antragsteller sollten sich bis zum 12. des Monats, also innerhalb einer Woche entscheiden. „Anträge der Lehrkräfte sind von den Schulleitern zu sammeln und bis zum vorstehenden Termin dem zuständigen Schulrat bzw. Oberschulrat einzureichen.“ Der Dienstweg sollte also eingehalten werden.

Karl Witt schloss seinen Aufruf allerdings mit der Aussage: „Ich erkläre ausdrücklich, daß durch dieses Rundschreiben irgendein Druck auf die Beamten, Angestellten und Arbeiter zum Beitritt in die N.S.D.A.P. nicht ausgeübt werden soll, und versichere, daß keinem durch seinen Nichtbeitritt Nachteile erwachsen werden.“²⁸

Einen Monat später, am 10.6.1933 folgte ein zweiter Aufruf: „Betrifft: Aufnahme in die Partei“ an die Vertrauensleute des NSLB in den Schulen, herausgegeben von der Gauverwaltung Hamburg des NS-Lehrerbundes, unterschrieben mit: „Heil Hitler, Mansfeld, Gauwalter i.V.“

Darin hieß es ziemlich unmissverständlich:

„Nach dem vom Führer aufgestellten Grundsatz: ‚Partei und Staat sind eins‘ wird es künftig immer weniger verstanden werden, wenn ein Beamter nicht Parteimitglied ist.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß sich jeder hamburgische Erzieher und jede Erzieherin um die Aufnahme in die NSDAP bewirbt.

Nach den überwältigenden gemeinsamen Bekenntnissen des ganzen deutschen Volkes zum Führer ist es gleichgültig geworden, welcher parteipolitischen Organisation jemand früher angehört hat. Nach 4 Jahren gemeinsamer Aufbauarbeit braucht niemand mehr zu fürchten, als ‚Konjunkturritter‘ angesehen zu werden, wenn er seine Aufnahme beantragt; denn heute weiß jeder, dass in der NSDAP seiner Arbeit harret. Umgekehrt wird man den Beamten im deutschen Volke kaum noch verstehen, der dieser Arbeit ausweichen will – ganz gleich aus welchen Gründen – denn der Beamte ist vor allen Berufsständen verpflichtet, jederzeit seine ganze Kraft dem Volke zu widmen.“²⁹

Hamburg, den 10.6.1937.

An die Vertrauensleute in den Schulen!

Betrifft: Aufnahme in die Partei.

Die folgenden Mitteilungen sind den Mitgliedern des Lehrkörpers in aller Eindringlichkeit bekannt zu geben:

Nach dem vom Führer aufgestellten Grundsatz "Partei und Staat sind eins" wird es künftig immer weniger verstanden werden, wenn ein Beamter nicht Parteimitglied ist. Wir befinden uns auch hier in einer Entwicklung, deren Berechtigung jedem Einsichtigen aus den Leistungen heraus verständlich ist, die die NSDAP für das deutsche Volk vollbracht hat und vollbringt.

Daher hat der Gauleiter die Absicht, alle hamburgischen Beamten zur Aufnahme in die Partei selbst vorzuschlagen, weil und soweit daran ein politisches Interesse vorliegt.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass sich jeder hamburgische Erzieher und jede Erzieherin um die Aufnahme in die NSDAP bewirbt. (Ausgeschlossen sind nur diejenigen, die Angehörige einer Freimaurerloge oder ähnlicher Organisationen gewesen sind und dieselben nicht mehrere Jahre vor der Machtübernahme schon verlassen haben).

Alle anderen haben in ihrer zuständigen Ortsgruppe die Aufnahme zu beantragen, gleichgültig, ob sie für andere Stellen Antragsformulare ausgefüllt haben oder noch ausfüllen werden. Zuständig ist die Ortsgruppe der NSDAP, in der man wohnt. Die Formulare sind mit Schreibmaschine auszufüllen, es ist keine Frage unbeantwortet zu lassen und kein Nein durch Striche anzudeuten.

Alle diejenigen, die nach dem 1.10.1934 in einem angeschlossenen Verband (oder einer Gliederung) der NSDAP irgendwie Mitarbeiter (oder Mitglied) geworden sind, beantragen an dieser Stelle eine Bestätigung, die der Ortsgruppe dann nachgereicht werden muss.

Nach den überwältigenden gemeinsamen Bekenntnissen des ganzen deutschen Volkes zum Führer ist es gleichgültig geworden, welcher parteipolitischen Organisation jemand früher angehört hat. Nach 4 Jahren gemeinsamer Aufbauarbeit braucht niemand mehr zu fürchten, als "Konjunkturritter" angesehen zu werden, wenn er seine Aufnahme beantragt; denn heute weiss jeder, dass in der NSDAP seiner Arbeit barrt. Umgekehrt wird man den Beamten im deutschen Volke kaum noch verstehen, der dieser Arbeit ausweichen will - ganz gleich aus welchen Gründen - denn der Beamte ist vor allen Berufsständen verpflichtet, jederzeit seine ganze Kraft dem Volke zu widmen.

Heil Hitler!



Gauwalter i.V.

Albert Mansfelds Schreiben vom 10.6.1937, das viele Lehrerinnen und Lehrer unter Druck setzte, in die NSDAP einzutreten.

Zeidler nannte dieses Rundschreiben „berüchtigt“ und wies in einem Schreiben am 23.5.1951 an Senator Landahl darauf hin, dass durch diesen Aufruf „damals unzählige Hamburger Lehrer in schwere Gewissensnöte gestürzt wurden. Mansfeld hat es auf dem Gewissen, daß viele Lehrkräfte den unverblühten Drohungen dieses Rundschreibens keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen wagten, entgegen ihrer Überzeugung der NSDAP beitraten.“

Zeidler fügte die Aufrufe von Witt und Mansfeld in Abschriften bei und erklärte:

„Offenbar hat Mansfeld seine Machtstellung als führender Mann im NS-Lehrerbund benutzt, um die ihm zu ‚weich‘ erscheinende Werbemethode seines Präsidenten zu korrigieren. Ich weiß aus zahllosen Bekenntnissen innerlich bedrängter Kollegen, die sich durch Mansfelds Schreiben eingeschüchtert fühlten, daß sie niemals der NSDAP beigetreten wären, wenn auf das Schreiben Witts nicht noch dasjenige Mansfelds gefolgt wäre.“

Erhellend auch was Zeidler im Weiteren über die Begegnung mit Mansfeld im Berufungsausschuss berichtete:

„In der Verhandlung der Angelegenheit Mansfeld vor dem Berufungsausschuss, an dem ich selbst teilgenommen habe, hat die Vorlage seines Rundschreibens mehr als alles andere zu der Entscheidung geführt, daß für diesen Mann, der sich so erheblich im Sinne des Nationalsozialismus exponiert und einen so unheilvollen Einfluß ausgeübt hat, eine Wiederverwendung als Lehrer nicht in Frage käme. Von manchen Seiten wird Mansfeld eine aufrechte Haltung nachgerühmt; er soll immer für seine Gesinnung und seine Taten ‚gerade gestanden‘ haben. In der Berufsverhandlung behauptete Mansfeld, von seinem Rundschreiben vom 16.6.37 überhaupt nichts zu wissen; er wollte die Tatsache der Herausgabe eines solchen Rundschreibens völlig vergessen haben. Das ist einfach unglaublich und steht zu der erwähnten charakterlichen Kennzeichnung Mansfelds in einem merkwürdigen Gegensatz.“³⁰

In der Schulratssitzung am 1.6.1951 wurde unter TOP 8 auch die Wiedereinstellung von Albert Mansfeld behandelt. Landesschulrat Matthewes berichtete, dass der Lehrerbetriebsrat nunmehr der Einstellung von Mansfeld zugestimmt habe. Er beschrieb ihn als alten Nationalsozialisten, dem „die Einsicht in die Tragweite seiner Anschauungen“ (handschriftlich korrigiert: Entscheidungen) fehlte, „er war ein harmloser Eiferer“, er „überschätzte Hitlers ‚MEIN KAMPF‘ in grotesker Weise“.³¹

Im Protokoll hieß es dann weiter:

„SR Zeidler lehnt eine Wiedereinstellung ab. Im weiteren Verlauf wird mehrfach auf die Notwendigkeit hingewiesen, M. im Falle einer Wiedereinstellung im Schuldienst zu beschäftigen. Der Vorschlag, ihn im Verwaltungsdienst unterzubringen, stößt auf starke Bedenken. Mehrfach wird auf die anständige Haltung M's hingewiesen. Trotzdem sind alle Referenten der Meinung, daß M. im Falle einer Wiedereinstellung beobachtet werden muß. Es werden Bedenken geäußert, M. nach Erteilung eines Unterrichtsauftrages auch im Geschichtsunterricht einzusetzen. Diese Bedenken werden aber zerstreut, denn in gleichem Maße gelten sie auch bei vielen anderen nach 1945 wieder eingestellten Lehrern. M's Verschulden

resultiert nicht aus seiner Arbeit als Lehrer, sondern aus seiner Tätigkeit als Oberschulrat. Auch SR Zeidler gibt zu, daß M. in der Schule selbst ungefährlich sein wird, er fürchtet nur, daß seine Wiedereinstellung als Signal wirken wird.“

Zusätzlich wurde noch erörtert, wie viele von Mansfeld geschädigte Kollegen noch nicht wieder eingestellt worden seien. Deren Zahl wurde auf etwa sechs beziffert und die gleichzeitige Prüfung dieser Fälle angeregt.

Am Ende wurde Mansfelds Wiedereinstellung mit 9 gegen 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen befürwortet.

Nachdem Mansfeld mit dem Vorwurf, das „berüchtigte Rundschreiben“ 1937 herausgegeben zu haben konfrontiert worden war, schrieb er an jeden einzelnen der Deputierten, die am 13.6.1951 erneut die Zustimmung zu seiner Wiedereinstellung verweigert hatten. In diesem Schreiben argumentierte er, wohl juristisch beraten, wie es auch aus anderen Verfahren bekannt ist. Er sei erst durch eine Aussage in einem Gespräch mit Richard Ballerstaedt darauf aufmerksam geworden, dass ihm dieses Schreiben zur Last gelegt werde.

Mansfeld: „Tatsache ist, dass dieses Rundschreiben weder von mir verfasst noch inhaltlich von mir gebilligt wurde. Es war eine Auflage der Gauleitung der N.S.D.A.P.

Da der N.S.L.B. keine Gliederung der Partei, sondern nur ein angeschlossener Verband war, musste das Rundschreiben an die Lehrerschaft die Unterschrift des Gauwalters des N.S.L.B. tragen. Bis 1936 habe ich den Gauwalter wegen Krankheit, dienstlicher Abwesenheit von Hamburg oder dienstlicher Unabkömmlichkeit am Orte sehr oft vertreten müssen, so dass bei einem Teile der Lehrerschaft der Eindruck entstanden war, ich sei der verantwortliche Leiter des Bundes. Bei solchen Gelegenheiten oblag mir auch zur Aufrechterhaltung des Geschäftsganges die Zeichnung von Rundschreiben.

Das oben erwähnte Rundschreiben wurde mir wiederholt in der Unterschriftenmappe vorgelegt. Ich habe mich geweigert, es mit meinem Namen zu versehen und es unbearbeitet liegen lassen. Pflicht des Gauwalters, dem meine Einstellung bekannt war, wäre es gewesen, mich aus der Verantwortung herauszulassen und die Erledigung selbst in die Hand zu nehmen. Das geschah nicht. Wie ich hierzu später erfuhr lehnte auch der Gauwalter das Rundschreiben inhaltlich ab. Durch wiederholte telefonische und mündliche Anmahnungen der Gauleitung der N.S.D.A.P. wurde ich schließlich in Anwesenheit des Gauleiters zur Herausgabe des Rundschreibens gezwungen. Es hat damals begreiflicherweise für mich einen erheblichen inneren Kampf gekostet; aber eine Weigerung war unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich.“³²

Dies erscheint nur begrenzt glaubwürdig und reproduzierte die übliche juristische Argumentation in einem „Befehlsnotstand“ gehandelt zu haben, wobei dafür gern die NSDAP-Gauleitung als Befehlszentrale reklamiert wurde.

Es entsprach durchaus Mansfelds Haltung, gegen die „weiche Formulierung“ von Karl Witt die mächtigere Position des NSLB zu setzen. Die Arbeitsteilung mit Willi Schulz würde auch erklären, warum Mansfeld und nicht Schulz unterschrieb, der dies in seiner gleichzeitigen Funktion als Landesschulrat schwerlich hätte tun können.

Mansfeld hatte seine NSLB-Funktion durchaus auch als politische Führungsfunktion verstanden und, im Gegensatz zu Schulz, immer wieder versucht, politische Orientierungen zu geben, die auch regelmäßig über die HLZ verbreitet wurden. Ein Vergleich des im späteren Entnazifizierungsverfahren inkriminierten Rundschreibens von 1937 mit anderen Äußerungen Mansfelds zeigt, dass dieser Aufruf zum kollektiven Parteieintritt durchaus der Auffassung Mansfelds entsprach. Ein Jahr zuvor, zur Reichstagswahl am 29.2.1936, hatte er noch einmal seine Hitler-Gläubigkeit unter Beweis gestellt, seine Erwartung an alle „Volksgenossen“, sich zum Führer und zur nationalsozialistischen Bewegung zu bekennen. Er schrieb:

„Trotz dieser jahrzehntelangen Gewöhnung und der festen Bande, die Menschen an Überkommenes binden, ist festzustellen, daß heute, nachdem der Nationalsozialismus und der Führer erst drei Jahre Macht in den Händen haben, das deutsche Volk die Lösung von der Vergangenheit vollzogen und erkannt hat, daß die Schicksalsfragen eines Volkes nur ergründet und gelöst werden können von einem Führer, der, empfangen aus demselben Blute, Kraft und Willen des ganzen Volkes verkörpert und im engsten Kreise gleichartiger und gleichgesinnter Mitkämpfer die für alle entscheidenden Taten vollbringt.

Jedermann weiß, daß es nicht darum geht, einer ‚Partei‘ im überkommenen Sinne, einem Teile des großen Ganzen, einer Interessengruppe seine Stimme zu geben, sondern vielmehr darum, sich für das Ganze selbst und seinen Führer zu entscheiden und dafür ein offensichtliches Zeichen zu geben.“³³

Am Ende seines Schreibens an die Deputierten der Schulbehörde brachte Mansfeld sich noch in scharfem Gegensatz zum Reichsstatthalter, Karl Kaufmann, der ihn zu sich zitiert und, kurz vor seiner Einberufung gedroht habe, „daß er mich von meinem Posten in der Behörde entfernen müsse, wenn ich meine Sinnesart nicht änderte“.

Solche Aussagen finden sich in nahezu allen Entnazifizierungsverfahren.

In dem Gespräch, das ich 1989 mit Albert Mansfeld führte, hörte sich das so an: Mansfeld wies mich darauf hin, dass er 1934 der jüngste Schulrat gewesen sei, seine Frau ergänzte: „Impulsiv, fordernd, aber immer gerecht. Er war ein Idealist.“

Sie erzählten, Mansfeld sei ein unerschrockener Kämpfer für die Schule gewesen. Einmal habe er sich mit dem Reichsstatthalter Kaufmann in Schulfragen schwer angelegt. „Aber wir hatten ein gutes Verhältnis“, fügte er hinzu.³³

Um den Vorwurf zu entkräften, er habe das folgenschwere Rundschreiben 1937 nicht nur unterschrieben, sondern auch verfasst, legte Mansfeld ein Schreiben vor, zu der er die ehemalige Sekretärin des NSLB, Gisela Abe, veranlasst hatte. Diese konnte sich 15 Jahre später in einer Erklärung vom 22.7.1952 an folgendes erinnern:

„1. Das Rundschreiben des NSLB vom 16. Juni 1937 ist weder von Ihnen angeregt, noch entworfen, noch aufgesetzt worden.

2. Den geistigen Urheber des Schreibens kann ich Ihnen nicht nennen. Ich weiß aber genau, daß die Aktion von der Gauleitung der NSDAP ausging. Der Entwurf des Rundschreibens kam seinerzeit entweder als Einzelstück oder mit anderen zusammen in den ‚Mitteilungen der Gauleitung‘ zu uns in den NSLB. Die Aktion muß aber schon im Mai 1937 begonnen haben.

3. Sie wollten Ihre Unterschrift nicht geben. Es gab heftige Auseinandersetzungen mit der Gauleitung. Schließlich mußten Sie doch unterschreiben, weil Sie sich auf Dauer nicht weigern konnten.“³⁴

Auch so sehen Persilscheine aus.

Letztlich stellten Deputation und Lehrerbetriebsrat ihre Bedenken zurück, Albert Mansfeld wurde mit Verfügung vom 11.12.1952 eingestellt und begann seinen Dienst am 15.12.1952 an der Schule Christian-Förster-Straße.

Dort arbeitete er, bis er zum 31.12.1964 seine Pensionierung beantragte. Alle dienstlichen Beurteilungen über ihn fielen sehr positiv aus. „Vorbildlicher Eifer“ wird ihm bescheinigt, er habe „schnell mit den Kindern Kontakt bekommen, vor allem wurden die Kinder zu planmäßigem Arbeiten angehalten und in guter Disziplin erzogen“. Im Kollegium halte sich Mansfeld zurück und erfahre „allseitige Wertschätzung durch sein ruhiges Wesen und sein stets taktvolles Verhalten“.³⁵

„Politisch ist Herr Mansfeld nicht hervorgetreten; er ist zurückhaltend. Gerade das wird ihm vom Kollegium hoch angerechnet.“³⁶

Mit der Pensionierung stellte Mansfeld den Antrag, das Ruhegehalt eines Oberschulrates zu erhalten, was aber von Landesschulrat Matthewes und Schulse-nator Drexelius nicht befürwortet wurde.

Zum 70. Geburtstag wies man behördenintern vor den üblichen Glückwunschscheiben des Landesschulrates auf Mansfelds Nazibiografie in der Schulbehörde hin. Der damalige Landesschulrat Wolfgang Neckel schrieb dann Glückwünsche und dankte „für Ihre Arbeit, die Sie als Lehrer für Kinder unserer Stadt geleistet haben“.³⁷

Albert Mansfeld lebte nach der Pensionierung zurückgezogen und starb am 7.9.1995.

Zum Schluss sollen noch einmal Fritz Köhne und Gustav Schmidt zu Wort kommen mit zwei Schreiben, die sowohl für das Verständnis dieser beiden Männer aber auch für die Beurteilung der Situation 1937 von Bedeutung sind.

Fritz Köhne hatte lange vor Kurt Zeidler auf das von Mansfeld unterzeichnete Rundschreiben von 1937 aufmerksam gemacht. Und zwar schon am 12.7.1945, zu einem Zeitpunkt also, als Albert Mansfeld sich noch in kurzer englischer Kriegsgefangenschaft befand.

In einem Schreiben an den gerade berufenen Schulsenator Heinrich Landahl und den für das Bildungswesen zuständigen Major Shelton von der Britischen Militärregierung hatte Köhne das Rundschreiben des NSLB im Original und englischer Übersetzung vorgelegt. Darin hieß es:

„In der Anlage übergebe ich im Original und in der Übersetzung das Rundschreiben des NS-Lehrerbundes Hamburg vom 10.6.1937, unterzeichnet Mansfeld, das den Masseneintritt der Lehrer in die NSDAP bezweckte. Das Rundschreiben kennzeichnet deutlich die Grundsätze und Methoden der Werbung. Wenn man bedenkt, daß der Gauwalter des NS-Lehrerbundes (Landesschulrat) und sein Vertreter (Oberschulrat) in der Schulverwaltung maßgebende Dienstvorgesetzte sämtlicher Schulräte, Direktoren, Rektoren, Studienräte und Lehrer waren, und als solche auf deren Beförderung oder Zurücksetzung einen entscheidenden Einfluß hatten, dann wird man ermessen können, unter welchem Druck und Zwang damals der Eintritt in die Partei geschah. Es handelt sich hier im ganzen betrachtet nicht mehr um eine Gesinnungsäußerung, sondern um eine zwanghafte Einordnung und Beitragsleistung.

Dabei waren die politischen Leiter des NS-Lehrerbundes ehrlich davon überzeugt, daß sie durch solche Werbemethoden das Beste für den Erzieher- und Lehrerstand und jeden einzelnen Lehrer beabsichtigten.

Sie spürten nur noch selten, daß ihnen in Wirklichkeit die Lehrerschaft innerlich entglitten war, wenn sie sich auch äußerlich dem politischen Machtwillen unterworfen hatten.

Es wird darum auch ein unzulängliches Bemühen bleiben, die Lehrerschaft auf Grund des Fragebogens nach ihrer politischen Zuverlässigkeit beurteilen, werten und aufreihen zu wollen.“³⁸

Dieses Schreiben Fritz Köhnes zu Beginn der Entnazifizierungsverfahren hatte sicherlich den Zweck, Beurteilungen nicht nur nach der formalen Parteimitgliedschaft vorzunehmen. Es hatte aber auch die Funktion, gegenüber der Britischen Militärregierung und Senator Landahl, der nach seiner Absetzung als Schulleiter der Lichtwarkschule aus dem Schuldienst ausgeschieden war, seine ganz persönliche Entscheidung zu rechtfertigen. Köhne selbst war 1937 Mitglied der NSDAP geworden, er hatte dem Druck nicht standgehalten, wiewohl er von vielen Freunden und

Vertrauten sehr ermuntert und gedrängt wurde, nicht aus der Behörde auszuscheiden, um „seine schützende Hand“ weiter über Kollegen halten zu können.³⁹

Das letzte Wort soll der ehemalige Schulrat Gustav Schmidt haben, der nie Mitglied der NSDAP wurde. Er verwendete sich im Entnazifizierungsverfahren noch ein zweites Mal für Mansfeld. Bemerkenswert erscheint, was er zu der von Mansfeld unterschriebenen Aufforderung, in die NSDAP einzutreten, feststellte:

„Daß Sie damals das drängende Schreiben des Lehrerbundes unterschrieben haben, ist Ihr Schicksal gewesen; aber man sollte Ihnen nicht allein die Schuld an dem Masseneintritt zuschieben. Nach meiner Meinung liegt bei den Eingetretenen die gleiche Schuld. Warum sind sie so ängstlich gewesen? Warum haben sie nicht widerstanden? Sollten Sie nun die Feigheit der anderen alleine ausbaden? Das wäre ungerecht. Ich weiß keinen Fall, daß einem Lehrer dienstlich etwas geschehen ist, weil er 1937 nicht eintrat.“⁴⁰

Anmerkungen

- 1 Albert Mansfeld: Die Eingliederung des NSLB, Gau Hamburg, in die politische Organisation der NSDAP, HLZ 25/26-1934, S. 393 ff. Siehe auch Uwe Schmidt: Lehrer im Gleichschritt: Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg, Hamburg 2006, S. 15 ff.
- 2 HLZ 51/52- 1931, S. 745.
- 3 Kurt Zeidler: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975, S. 83.
- 4 Alle Zitate: HLZ 3-1932, S. 26 ff. Matthewes vertritt auch in der Diktion ziemlich radikale, sozialistische Positionen.
- 5 Protokoll der 18. Sitzung der Bürgerschaft, 7.Dez. 1932, S. 728.
- 6 Ebd., S. 734.
- 7 150 Jahre Gesellschaft der Freunde, Hamburg 1950, S. 122.
- 8 Siehe Hans-Peter de Lorent: Der Nationalsozialistische Lehrerbund, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 119 ff. NSLB; dazu auch Uwe Schmidt: Lehrer im Gleichschritt: Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg, Hamburg 2006.
- 9 HLZ 1-1934, S. 9 f.
- 10 Alle weiteren Zitate ebenda, S. 10.
- 11 HLZ 22- 1934, S. 349.
- 12 Alle Zitate: HLZ 36/37- 1934, S. 543 f.
- 13 Ebd., S. 544. Hier auch die Zitate Mansfelds. Siehe auch die Biografie Einfeldt.
- 14 Alle Zitate: StA HH, Akte Gesellschaft der Freunde/GEW_643.
- 15 Es ist natürlich nicht auszuschließen, dass die Auseinandersetzung zwischen den „alten Kämpfern des NSLB“, zu denen auch Albrecht gehörte und die seit 1933 bis zu Parteigerichtsverfahren gegen den Landesschulrat und NSLB-Führer Willi Schulz führten, eine Rolle bei diesem Konflikt spielten. Siehe auch Uwe Schmidt 2006. Und: Bundesarchiv Berlin BDC DPG I 83, mir von Uwe Schmidt freundlicherweise in Kopie zur Verfügung gestellt.
- 16 Entnazifizierungsakte Mansfeld, StA HH, 221-11_58263.
- 17 Alle nicht besonders gekennzeichneten Angaben aus der Personalakte Albert Mansfeld, Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburg.
- 18 Siehe: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent 1986, insbesondere Reiner Lehberger: „Der Umbau“ der Hamburger Volksschule, S. 15 ff.

- 19 Nicht veröffentlichtes Protokoll meines Gespräches mit Albert Mansfeld in Anwesenheit seiner Frau vom 14.8.1989.
- 20 Entnazifizierungsakte Mansfeld, a. a. O.
- 21 Alle Angaben, wenn nicht besonders gekennzeichnet, aus der Entnazifizierungsakte Mansfeld, a. a. O.
- 22 Siehe auch: Cäsar Hagener: Fritz Köhne, Mythos und Wirklichkeit, in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hg): Hamburg.Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 244 ff.; Hartwig Fiege: Fritz Köhne. Ein großer Hamburger Schulmann, Hamburg 1986; Hans-Peter de Lorent: Rädchen im Getriebe, in Lehberger/de Lorent 1986, S. 191 ff.
- 23 Nicht veröffentlichtes Protokoll meines Gespräches mit Albert Mansfeld in Anwesenheit seiner Frau vom 14.8.1989.
- 24 Entscheidung vom 31.3.1949, Entnazifizierungsakte Mansfeld, a. a. O.
- 25 Schreiben vom 13.12.1947, ebd.
- 26 So der Jurist der Behörde, v. Zerssen, in einem Schreiben an LSR Matthewes v. 14.2.1951, Personalakte Mansfeld, a. a. O.
- 27 Schreiben v. 30.11.1950, ebd.
- 28 Witt-Schreiben vom 8.5.1937, Personalakte Mansfeld, a. a. O.
- 29 Mansfeld – Schreiben vom 10.6.1937, ebd.
- 30 Schreiben v. 23.5.1951 an Senator Landahl, Personalakte Mansfeld, a. a. O.
- 31 Protokoll Schulratssitzung v. 1.6.1951, StA HH OSB F V v 2I-III_ 491 Bd 1.
- 32 Schreiben v. 10. Nov. 1951 an den Deputierten Dietrich Rothenberg, liegt mir im Original vor.
- 33 Nicht veröffentlichtes Protokoll meines Gespräches mit Albert Mansfeld in Anwesenheit seiner Frau vom 14.8.1989.
- 34 Siehe Entnazifizierungsakte Mansfeld, a. a. O.
- 35 Päd. Gutachten von Schulleiter Stölken 1953, Personalakte Mansfeld, a. a. O.
- 36 Schulrat Werdier am 4.11.1953, ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Schreiben Köhne, in: Handakte Britische Militärregierung, GEW- Archiv, Hamburg.
- 39 Siehe Fiege, a. a. O.
- 40 Schreiben v. 9.2.1952, Entnazifizierungsakte Mansfeld, a. a. O.

Gustaf Adolf Deuchler

**Ordinarius in SA-Uniform:
„Recht ist, was dem deutschen Volke nützt.“**

Der in der Weimarer Republik renommierte Erziehungswissenschaftler Gustaf Deuchler, der seit 1923 sehr viele Hamburger Lehrer ausgebildet hatte, wurde schon 1932 zum glühenden Nationalsozialisten. Geprägt durch großen Ehrgeiz, gefürchtete Streitsucht und eigenwilligen Charakter, hatte er 1933 größte Ambitionen, Schulsenator oder wenigstens Landesschulrat zu werden. Auch als dies nicht gelang, blieb Deuchler umtriebig, führte seine Lehrveranstaltungen in SA-Uniform durch und konzentrierte sein Machtstreben auf den universitären Betrieb. Nach 1945 stilisierte er seine zahllosen persönlichen Auseinandersetzungen mit nationalsozialistischen Repräsentanten zum Kampf gegen das NS-System und steigerte sich in die Pose des Quasi-Widerstandskämpfers.

Nachdem Hindenburg am 30.1.1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte, begannen in Hamburg die Vorbereitungen zur Bildung eines neuen Senates unter Führung der NSDAP.

Der Ordinarius für Erziehungswissenschaft in Hamburg, Gustaf Deuchler, seit dem 1.5.1932 Mitglied der NSDAP¹, sah seine Chance, eine führende Funktion im Bildungsbereich zu bekommen.

Deuchler, bekannt wegen seines eigenwilligen Charakters, seines Ehrgeizes und von gefürchteter Streitsucht, schrieb, gerade Mitglied in der NSDAP geworden, „mit dem ungebrochenen Selbstbewußtsein eines deutschen Ordinarius“² einen Protestbrief an Adolf Hitler, mit dem Ziel, diesen zu bewegen, die Entlassung und den Parteiausschluss des Schriftleiters der Hamburger Parteizeitung, Dr. Albert Krebs, rückgängig zu machen.³

Kurz zuvor hatte Deuchler sich an den Minister für Volksbildung im Land Braunschweig, Dietrich Klagges, gewandt, dessen nationalsozialistische Regierung erwogen hatte, Hitler zum Professor zu ernennen, um ihm so die deutsche Staatsangehörigkeit zuerkennen zu können. Deuchler schrieb an Klagges, „daß die Verleihung des Staatsbürgerrechtes an Hitler ohne die Ernennung zum Professor durchgeführt werden konnte, wird gerade im Hochschulwesen außerordentlich dankbar begrüßt“.⁴

Auf der anderen Seite bekannte sich Deuchler an der Universität offen zu seiner NSDAP-Mitgliedschaft, trotz des seit November 1930 bestehenden Erlasses für Beamte, nach dem die Mitgliedschaft in der KPD und der NSDAP verboten war.

Nach Aussagen Deuchlers war er deswegen Ende 1932 vom Landesschulrat Ludwig Doermer in die Behörde zitiert worden, der nach dem Gespräch davon absah, Deuchler aus den Prüfungskommissionen zu entfernen.⁵

Auch in der Lehreröffentlichkeit erregte Deuchler Aufsehen. So, als er 1932 in der Erziehungswissenschaftlichen Hauptstelle des Deutschen Lehrervereins „ganz offen und mit größter Zungenfertigkeit für den Nationalsozialismus eintrat“, im Beisein des später emigrierten Psychologen William Stern, den Kurt Zeidler „leise in sich hineinstöhnen“ hörte.⁶

Im Herbst hatte Deuchler an einer öffentlichen Lehrerwahlversammlung der NSDAP teilgenommen und erhebliches Aufsehen erregt, als er sich „am Faschistengruß durch Erheben der Hand beteiligte“.⁷

Neben seiner persönlichen Unberechenbarkeit war für eine größere Nazikarriere sicherlich ein zusätzliches Handicap, dass Deuchler von 1919 bis Dezember 1931 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, später in Deutsche Staatspartei umbenannt, gewesen war.

Um sich nachhaltig für die Regierungsbildung ins Gespräch zu bringen, richtete Deuchler am 17.2.1933 einen Brief an den Reichsleiter des NSLB, Hans Schemm, mit einem Durchschlag an den Hamburger Gauleiter, Karl Kaufmann. Mit am Ende unverholener Gier auf eine „leitende Stelle“, unternahm Deuchler den fast verzweifelten Versuch, Senator oder zumindest Landesschulrat zu werden. Da dieser Brief so erhellend für Charakter und Psyche des Gustaf Deuchler ist, soll er im Wortlaut wiedergegeben werden. Die Durchschrift an Kaufmann war überschrieben „als Beleg für meine Stellungnahme zu dem Plan, mich zum Schulsenator zu ernennen“. Deuchler schrieb: „Da man von verschiedenen Seiten innerhalb und außerhalb der Partei – außerhalb bedeutet hier von seiten national eingestellter Hochschullehrer – an mich herangetreten ist mit der Frage, ob ich den Schulsenatorenposten übernehmen würde, und da man mich zum Teil direkt geradezu gedrängt und mir Vorwürfe gemacht hat, daß ich mich bisher so ablehnend verhalten habe, gestatten Sie mir, mich in dieser Frage ganz offen zu äußern. Meine grundsätzliche Stellung zu der Frage steht in einigen Bemerkungen am Schluß meines Lebenslaufes, d. h. ich bin frei von jedem Motiv, mich der Bewegung offiziell angeschlossen zu haben, um – kurz gesagt – Karriere zu machen. Das kommt für mich gar nicht in Frage. Meine Linie liegt in der Richtung: Schaffung einer für uns Deutsche tragfähigen Bildungs- und Erziehungswissenschaft, innerer und äußerer Ausbau eines Bildungswesens unter der Idee des deutschen Menschen.“



Gustav Adolf Deuchler

Ich habe mich viel mit praktischen und organisatorischen Fragen befaßt, immer freilich stark unter dem Bedürfnis, die großen Lebenszusammenhänge in concreto genauer zu erkennen. Ich kann rein theoretisch arbeiten und die für eine erfolgreiche Arbeit notwendigen Organisationen schaffen; ich kann auch organisatorisch, politisch, das Bildungswesen praktisch leitend arbeiten. Beides wächst bei mir völlig einheitlich aus der einen Idee, der Idee des deutschen Menschen heraus. (...) Ich frage mich auch ernsthaft, ob nicht auch der Bewegung mehr gedient ist, wenn ich in den nächsten 2 Jahren mit meinen großen Publikationen herauskomme. Wenn ich also der Partei und der Bewegung damit natürlich auch der Allgemeinheit mit meiner Kraft, mit meinem Wissen und mit meiner Arbeit einen Dienst leisten kann durch die Übernahme einer leitenden Stelle, so bin ich selbstverständlich bereit. Ist ein anderer geeigneter oder besserer Mann da, dann bin ich für diesen Posten nicht nötig.

In diesem Fall (d. h. im Falle der Notwendigkeit) würde ich vorschlagen (ja ich möchte es am liebsten zur Bedingung machen), daß die Volkspartei in der Person des Kollegen Dr. Thilenius den Hochschulsenator, ev. im Nebenamt, stellt.“⁸

Deuchler wurde nicht Schulsenator.

Die NSDAP ging eine Koalition mit den Rechtsparteien ein, Schulsenator wurde der langjährige DNVP-Bürgerschaftsabgeordnete und Berufsschullehrer, Karl Witt. Die „großen Publikationen“, die Deuchler in dem Brief an Schemm angekündigte, erschienen nie.

Offensichtlich hatte Hans Schemm Deuchler dann mitgeteilt, wie in der Schulsenatoren-Frage verfahren werde, offenbar auch, welche zentrale Rolle Deuchlers ehemaliger wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, Willi Schulz, spielen sollte. Deuchler schrieb darauf an Schemm:

„Mit Herrn xx in Verbindung zu kommen, ist mir jetzt trotz eifrigen Bemühens nicht möglich gewesen. Inzwischen habe ich von einwandfreien Persönlichkeiten Äußerungen von ihm aus den letzten Tagen berichtet bekommen; daraufhin trage ich mich mit der Absicht, mich von dem Lehrerbund in der jetzigen Gestalt vollkommen zurückzuziehen.“⁹

Der Name war von Deuchler unkenntlich gemacht. Beide Schreiben wurden nur zugänglich, weil Deuchler sie später in seinem Entnazifizierungsverfahren einbrachte.

In einer 26seitigen Philippika gegen einen Bescheid des Zentralen Berufungsausschusses im Entnazifizierungsverfahren, steigerte sich Deuchler später in die Pose des Quasi-Widerstandskämpfers. Er gerierte sich als jemand, der standhaft blieb, als die „Nazi“, wie er schrieb, ihn mit Posten lockten: „Weshalb ‚zog‘ ich denn nicht, als ich hätte Senator werden können, sondern winkte brieflich ab, paßte

mir das ganze Konsortium und die Rechtskoalition nicht. Weshalb sagte ich nein, als mich der Gauleiter im März 1933 frug, ob man mir den Landesschulrat-Posten anbieten darf? Weil ich kein rechtes Vertrauen zu diesen Herren hatte; meine Abneigung gegen eine Verwaltungsfunktion hätte ich im Interesse einer großen Aufgabe überwinden können ...“¹⁰

Obwohl mit einer anderen Intention geschrieben, sie schimmerte durch, die verdrängte Verletztheit. Nachdem Willi Schulz NSLB-Gauwalter geworden war, ging Deuchler nicht mehr zu NSLB-Versammlungen.¹¹ Nur noch einmal schrieb er für die gleichgeschaltete HLZ und zwar in der Phase des Jahres 1933, in der er sich für die Landesschulratsfunktion zu profilieren versuchte.¹²

Neben der persönlichen Befriedigung seines Ehrgeizes war die LSR-Funktion für Deuchler natürlich auch deswegen von Bedeutung, weil er damit die Leitung der Schul- und der Hochschulabteilung in der Landesunterrichtsbehörde übernommen hätte. Ab 1936 war der Landesschulrat dann auch noch als kommissarischer Direktor der Hansischen Hochschule für Lehrerbildung von Amtswegen für die Lehrerbildung zuständig.¹³

Es kann von daher nicht verwundern, dass Deuchler in seinem HLZ-Artikel zum Thema Hochschulreform, zur Neugestaltung der Universität besonderen Wert darauf legte, dass die Hochschule immer zugleich im Zusammenhang mit den anderen Bildungsanstalten gesehen werden müsse. Denn: „Die neue Hochschule hinge ja vollständig in der Luft, wenn sie nicht im Unter-, Mittel- und Oberbau der vorangehenden Schule eine tragfähige Stütze hätte.“¹⁴

Deuchler forderte in seiner Literatur-Aufbereitung eine neue Gesamthaltung, einen neuen „Ethos, wie er sich ausdrückt in der Wahl und Akzentuierung der Themen für die Vorlesungen und Übungen“. In dem Zusammenhang wies er auf Vorschläge hin, eine „Deutschkundliche Fakultät“ einzurichten, bei der „Rassenkunde“ an erster Stelle stehe, aber auch „Wehrwissenschaft“ als Gebiet in Betracht komme.¹⁵

Er nannte auch die Vorschläge der Hamburger Professoren Rein und Westphal zur Einrichtung der „politischen Universität“, zu deren Abteilungen auch eine Abteilung Kriegswissenschaft gehört.¹⁶

An eigenen Gedanken brachte Deuchler schon im Juni 1933 ein: „Die spezifische Erziehung aber erhält der Student am besten in der SA; dahin gehört er und sein Professor mit.“¹⁷ Deuchler agierte hier als Vorbild, indem er im Dienst in SA-Uniform erschien.

In der HLZ wurde am 18.2.1933 eine Meldung der „Täglichen Rundschau“ kolportiert, in der Deuchler als Kandidat für die Leitung der Landesunterrichtsbehörde erwähnt wurde. Kommentarlos hieß es: „Deuchler ist Professor für Pädago-

gik an der Universität Hamburg und hat in dieser Eigenschaft bisher nicht gezeigt, zu welchen Grundsätzen er sich bekennt.“¹⁸

Etwa einen Monat nachdem Witt zum Schulsenator gewählt worden war, schickte Deuchler ihm von ihm bearbeitete Leitsätze über die neue Schulverwaltung zu, nach denen Schulleiter wieder „nach dem Führerprinzip für die Durchführung der Arbeit im Geiste der deutschen Schule zuständig“ sein sollten.¹⁹

Darüber hinaus legte Deuchler einen ersten Entwurf zur Neugestaltung der Universität vor, in dem er vorschlug, dass keine Verträge mehr geschlossen werden mit Personen, die nicht deutsche Volksgenossen sind. Außerdem forderte er die Einrichtung oder den Ausbau von Lehrstühlen für die deutsche Geschichte und Rassenkunde.

Als sich Deuchlers Hoffnungen auf eine leitende Funktion im neuen NS-Staat zerschlugen, brach er mit dem NSLB, dessen Gauwalter am 15.11.1933 zum Landeschulrat ernannt worden war.

Für Deuchler muss es eine unverständliche Schmach gewesen sein, dass ihm ausgerechnet sein ehemaliger Hilfsarbeiter vorgezogen wurde, der es nicht fertiggebracht hatte, seine Dissertation zu beenden.

Wie in anderen Fällen auch, entstand aus dieser persönlichen Niederlage eine persönliche Feindschaft. Deuchler führte später im Entnazifizierungsverfahren zu seiner Entlastung an, dass er gegen die NS-Spitzen der Unterrichtsbehörde nach 1933 dauernd „Front“ gemacht habe.²⁰

Deuchler strengte mehrfach Parteigerichtsverfahren an, zumindest eines auch gegen Willi Schulz, das 1939 aber nicht mehr entschieden wurde, weil mittlerweile der Zweite Weltkrieg begonnen hatte.²¹

Deuchler konzentrierte sich wieder auf seine beruflichen Belange an der Universität.

Er, dessen Rufname in der Geburtsurkunde mit „f“ geschrieben wurde, war am 23.2.1883 im badischen Unteröwisheim (Kreis Karlsruhe) geboren worden. Sein Vater war Landwirt, seine Mutter Gastwirtstochter.²²

Deuchler besuchte am Heimatort acht Jahre lang die Volksschule, danach zwei Jahre die Präparandenanstalt in Gengenbach, drei Jahre das Lehrerseminar in Karlsruhe, das er 1902 mit der Lehrprüfung abschloss. Nach einer sechsmonatigen Lehrtätigkeit in Mannheim, besuchte er die Oberrealschule in Mannheim, die er nach einem Jahr mit dem Reifezeugnis verließ.

Anschließend studierte er zwei Semester in Heidelberg, ein Semester in Jena und 10 Semester in Leipzig und promovierte bei Wilhelm Wundt mit einer Arbeit „Über Reaktionsversuche mit unbestimmter Erwartung“.

Deuchler wurde dann Assistent am Institut für experimentelle Pädagogik des Leipziger Lehrervereins, bis er 1910 an der Universität Tübingen eine Dozentur im

neu eingerichteten erziehungswissenschaftlichen Studiengang erhielt. 1921 wurde er außerordentlicher Professor in Tübingen.

Zwei Jahre später, 1923, nach zähen Verhandlungen, übernahm Gustaf Deuchler das erste Ordinariat für Erziehungswissenschaft in Hamburg. Neben seinen Veröffentlichungen auf pädagogisch-psychologischem Gebiet, seinen empirischen Einzeluntersuchungen und grundsätzlichen methodologischen Arbeiten etwa „Zur Morphologie und Psychologie der Schularbeit“ hatte nach Hans Scheuerls Vermutung Deuchlers Beschäftigung mit Grundfragen der Lehrerbildung und sein entschiedenes Eintreten für die „Akademisierung der Pädagogik“ (1910) den Ausschlag für seine Berufung gegeben.²³

Deuchler begann seine Lehrtätigkeit mit großem Elan, hatte viele Studenten, Doktoranden und wissenschaftliche Hilfsarbeiter. Die erste Stelle eines wiss. Hilfsarbeiters besetzte er mit dem habilitierten ehemaligen Schulleiter der Lichtwarkschule, Dr. Peter Petersen, der jedoch kurz darauf einen Ruf als Ordinarius nach Jena erhielt.

Daraufhin kam neben dem Gymnasiallehrer Dr. Ulrich Peters vom Wilhelm-Gymnasium auch Dr. Julius Gebhard von der Schule am Dulsberg, je auf einer halben Stelle, zu Deuchler ans Seminar.²⁴

Deuchler erwarb sich große Verdienste bei der Durchsetzung der Universitätsausbildung der Lehrer, die im Lehrerbildungsgesetz vom 20.12.1926 mündete. Danach, mit Arbeiten über „Die neue Lehrerbildung“ (1925), über „Möglichkeiten und Grenzen der experimentellen Pädagogik“ (1926) und seiner als Buch veröffentlichten Vorlesung über „Das Wesen der Erziehungswissenschaft“ (1928) endete Deuchlers wissenschaftliche Produktion in Form zusammenhängender, größerer Veröffentlichungen.²⁵

Nachdem auf Grund des neuen Lehrerbildungsgesetzes in Hamburg ein zweites Ordinariat für Erziehungswissenschaft eingerichtet wurde und Wilhelm Flitner zum Sommersemester darauf berufen wurde, begann ein zum Teil sehr unproduktiver Streit zwischen den beiden Ordinarien, der sich auf das Klima im Seminar, die betroffenen Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter negativ auswirkte.²⁶

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass Deuchler aus seiner Mitgliedschaft in der NSDAP 1932 keinen Hehl machte. Er hatte sich in der Zeit seines Hamburger Ordinariats in den Jahren der Weimarer Republik als reger Kongressbesucher erwiesen und dafür wie auch für zahlreiche Auslandsreisen Zuschüsse für Dienstreisen genehmigt bekommen. Am 31.3.1932 stellte er bei der Hochschulbehörde einen Antrag zur Gewährung eines Reisekostenzuschusses für eine Dienstreise zur Reichstagung des NSLB am 2.–4.4.1932 im Berliner Sportpalast zum Thema „Deutsche Erziehung: Pestalozzi–Fichte–Hitler“. Als Referenten waren, wie das beige-

legte Programm auswies, Prof. Ernst Kriek, Hans Schemm, Joseph Goebbels und Adolf Hitler vorgesehen.

Zur Begründung hatte Deuchler ausgeführt: „Bei der großen Bedeutung, die die ganze Bewegung heute zweifellos hat, auch innerhalb der Bildungsarbeit und der Bildungsbewegung und bei der Schwierigkeit, auf Grund des Schrifttums sich ein genaueres Bild zu machen von dem Gehalt der Bewegung, scheint mir der Besuch dieser Tagung unter dem Gesichtspunkt unerlässlich zu sein. Ich füge hinzu, daß ich seit einiger Zeit über das Bildungsproblem der NS-Bewegung arbeite, und daß auch eine genauere Kenntnis für die wissenschaftliche Behandlung der Frage in Vorlesungen und Übungen unerlässlich ist.“²⁷

Deuchler scheint schon ein „genaueres Bild der Bewegung“ gehabt zu haben. Am Tag und vor dem Reiseantritt unterschrieb er einen Aufnahmeantrag für die NSDAP.²⁸

Der Reisekostenantrag wurde von Senator Paul de Chapeaurouge abgelehnt mit Hinweis auf den Senatsbeschluss vom 3.10.1930, der die Förderung und Unterstützung der NSDAP verbot.²⁹

Nach 1933 war Deuchlers Karrieresprung nach seinen Maßstäben nicht zufriedenstellend. Als Kompensation für die Ernennung von Willi Schulz zum Landesschulrat, betraute Karl Witt ihn mit der Aufgabe, das Psychologische Institut der Universität zu leiten und, nach der Entlassung von William Stern, einstweilen als Direktor zu fungieren.³⁰

Mit Elan begann Deuchler auch in den Seminaren und Vorlesungen sowohl im Psychologischen Institut als auch im Erziehungswissenschaftlichen Seminar Inhalte im Sinne der neuen Bewegung, der „politischen Universität“ im Sinne Adolf Reins zu etablieren. Deuchler, der seit dem 19.5.1934 auch Mitglied der SA-Reserve war, trat an der Universität und in seinen Lehr-Veranstaltungen jetzt durchweg in SA-Uniform auf.³¹

Auch wenn von den Themen der Seminare und Übungen nicht immer auf die behandelten Inhalte geschlossen werden kann, bei Deuchler gab es keine Zweifel. So lauteten einige seiner Übungen, Vorlesungen und Seminare nach 1933:

„Nationalsozialismus und nationalsozialistische Erziehung“, „Über die Gestaltung des deutschen Lebens durch den Nationalsozialismus“, „Bildung und Volksgemeinschaft“, „Über Alfred Rosenbergs Mythos des 20. Jahrhunderts“.

Im Psychologischen Institut hielt er u. a. folgende Vorlesungen:

„Das Seelenleben in seiner rassistisch, völkisch und geschichtlich bestimmten Gestalt“, „Rassenpsychologisches Kolloquium“, „Rassenpsychologische Forschungsgemeinschaft“, „Sozialpsychologische Übung der politischen Organisationen: PO, SA, SS, HJ, AD, DAF, NSV, NSKG“.

Veranstaltungen Deuchlers im Krieg, also ab Wintersemester 1939/40:

„Volkscharakterologie“, „Pol. Charakterologie“, „Germanisch-deutsche Glaubenshaltungen“, „Ostprobleme“, „Der NS-Wirtschaftsethos“, „Der Marsch nach Osten“ (Sommersemester 1943).³²

Insbesondere am Psychologischen Institut führte Deuchler intensive, zum Teil auch sehr persönliche Fehden. „Gustaf Deuchler befand sich nun schon seit Jahren in regelrechtem Kampfgetümmel um sein Institut, das Psychologische, da das Erziehungswissenschaftliche Seminar seit 1936 durch die Neuregelung der Lehrerbildung außerhalb der Universität einer weitgehenden Aufgabenschumpfung unterlegen war; er wurde nicht nur durch den inzwischen als Gaudozentenführer mächtig gewordenen Anschütz behindert, auch die Fakultät und das Rektorat blockierten alle seine Bemühungen, seine Psychologie zum Beispiel durch Einrichtung einer militärpsychologischen Abteilung durchzusetzen.“³³

Im Laufe des Jahres 1941 wurde deutlich, dass Deuchler den Kampf um das Psychologische Institut verlieren würde, „auch wenn Georg Anschütz' Ernennung erst am 6.11.1942 von Adolf Hitler unterschrieben wurde und er gleichzeitig das neu errichtete Extraordinariat für Psychologie erhielt“.³⁴

Möglicherweise hing es mit dieser Entwicklung zusammen, dass Deuchler seinen Einsatz- und Arbeitsschwerpunkt noch einmal verlagerte. Auffällig ist jedenfalls, dass Deuchler insbesondere seit 1941 schwerpunktmäßig in der Zeitschrift „Der SA-Führer“ publizierte.

Es ist der Geltungssucht Deuchlers zu verdanken, dass hier viele Einzelheiten überliefert sind, weil Deuchler diese immer wieder an seine vorgesetzten Stellen weiterleitete, sodass sie in seiner Personalakte gesammelt wurden.

Deuchler trat am 19.5.1934 in die SA ein, wurde am 30.4.1936 Scharführer, am 9.11.1938 Truppführer und 1942 Sturmführer.³⁵ Im Seminar bevorzugte er das Tragen der SA-Uniform. Als am 2.6.1938 im Museum für Kunst und Gewerbe der „Kulturzug der SA-Gruppe Hansa“ gegründet wurde und der Führer der Gruppe Hansa Deuchler seine Absicht mitteilte, ihn in den Kulturzug zu berufen und ihm darin „das Gebiet ‚Politische Bildung‘ zu übertragen“, dankte Oberscharführer Deuchler dem Obergruppenführer Kasche „für die ehrenvolle Berufung“ und stellte sich „selbstverständlich zur Verfügung“.³⁶

In einem Schreiben an den Rektor der Universität renommierte Deuchler am 31.1.1941 mit der Aussage des Führers der SA-Gruppe Hansa, dass „trotz des Krieges und der damit verbundenen gesteigerten Anforderungen in Beruf und Wehrdienst“ im Rahmen der SA einige wichtige Arbeiten gefordert werden. So habe „Truppführer Deuchler“ in seiner Eigenschaft als Professor an der Hamburger Uni-

versität eine Reihe erziehungswissenschaftlicher und psychologischer Studien erarbeiten und herausbringen lassen, die im Leben der SA wurzeln, teilweise von SA-Männern abgefasst worden sind und Fragen der politischen und weltanschaulichen Erziehungsarbeit behandeln.“³⁷

Der sich so lobend über Deuchler äuernde Siegfried Kasche wurde kurz darauf als Gesandter (Minister) nach Zagreb geschickt, tat sich dort als Fürsprecher des Ustascha-Regimes hervor, war an der Deportation von Juden aus Kroatien beteiligt und wurde nach dem Krieg als Kriegsverbrecher verurteilt und am 19.6.1947 in Zagreb hingerichtet.

Es lohnt, sich mit den so gelobten Schriften ein wenig zu befassen, weil sie auch im Entnazifizierungsverfahren Deuchlers eine wichtige Rolle spielten. Von Bedeutung sind diese Aufsätze aber auch deswegen, weil sie vermutlich wiedergeben, was Deuchler in seinen vom Titel identischen Vorlesungen behandelt hat.

Unter der Überschrift „Politische Charakterologie“ schrieb er: „Der totale Krieg unserer Zeitwende schafft wie alle großen Lebenssituationen außerordentliche Voraussetzungen für die Erweisungen des Charakters und gestaltet ihn. Die großen einmaligen Aufgaben, die er stellt, verlangen von jedem das Letzte. Da zeigt sich über die innerlich mitgehende Bewegung hinaus (...) die Treue gegenüber Führer und Volk, Kameraden und sich selbst.“³⁸

Deuchler hatte am Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Hansischen Universität einen Arbeitskreis installiert, in dem von ihm inspirierte Schriften seiner Schüler veröffentlicht wurden. So etwa von Werner Eitze: „Vom Wesen und den Formen der Schulung in der Ortsgruppe der NSDAP“³⁹, in der Deuchler im Geleitwort schrieb: „Die nationalsozialistische Bewegung zielt auf eine durchgängige Neugestaltung des gesamten völkischen Lebens im Schutze ihrer totalen Weltanschauung.“⁴⁰

Sowohl den Pädagogen als auch den Psychologen Deuchler wissenschaftlich diskreditierend war auch ein Aufsatz im „SA-Führer“, April-Heft 1941, überschrieben: „Die umbildende und volksschöpferische Kraft der weltanschaulichen Erziehung der SA“. Darin hieß es: „Und schließlich, ob das innere Wissen und Fühlen dabei ist, daß diese Weltanschauung von Männern desselben Blutes im Kampf um unsere Seele geschaffen wurde, daß sie unser eigenes Wesen ausdrückt, so daß eine Abweichung davon Verbrechen ist.“⁴¹

Später adaptierte Deuchler, was sein Schüler Erwin Küster über nationalsozialistische Weltanschauung geschrieben hatte: „Volksgemeinschaft wurde dann das einzig Richtige, und ‚das Führerprinzip, wenn alles so aus der Hand läuft‘, kam dann als einziges noch in Frage (...) Und wenn man dann noch Nürnberg erleben konnte, dann hatte man alles ganz begriffen, das ging einem ‚in die Knochen‘. Was

der Führer sagt, ‚das muß ja in Ordnung sein, ist immer richtig‘ (...) Verfestigt wurde dann noch die Überzeugung durch die großen Erfolge der neuen Staatsführung und schließlich das Behaupten und Verteidigen der NS-Weltanschauung in der täglichen Kleinarbeit der persönlichen Propaganda. Die Entwicklung geht also durch den Zweifel an die Richtigkeit der früheren Anschauungen über das Geltenlassen hinweg zur Überzeugung der Richtigkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung. Ein Heer politischer Soldaten steht.“⁴²

Auch in seinem Aufsatz „Das nationalsozialistische Wirtschaftsethos“ gab Deuchler offenbar wieder, was er in seinem gleichnamigen Seminar seinen Studierenden vermitteln wollte: „Folgerichtig – das ist der Wille des Gesetzes zur Ordnung der nationalsozialistischen Arbeit – gestaltet sich dann auch die Auslese, dem richtig verstandenen Führerfolgsschaftsprinzip entsprechend, nach der inneren Haltung und Einstellung zum nationalsozialistisch gestalteten Betrieb und Volk, und diese Haltung wird vorbereitet in der Familien- und Schulerziehung, befestigt und ausgeweitet in der HJ, SA, SS, NSW, im RAD, in der Wehrmacht und in der Partei und sie erhält ihre abschließende Prägung in den Betrieben und in der DAF mit ihren besonders dazu geschaffenen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen.“⁴³

Nach den Luftangriffen auf Hamburg im Juli/August 1943 verfasste Deuchler einen Aufsatz über „Die Bewährung der SA bei der Großkatastrophe Hamburgs“. Darin beschrieb er das „Vertrauen der Volksgenossen in den SA-Mann“ als „grenzenlos“. Die „deutsche Seele“ sei eine „vom unerschütterlichen Glauben an Führer und Volk durchglühte, weltanschaulich erfüllte und ausgerichtete, mit politischem Willen und Weitblick ausgestattete, d. h. (...) nationalsozialistische Seele“.⁴⁴

Ende 1942 hielt sich Deuchler mehrfach mehrere Wochen mit dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg in der Ukraine auf, wo er im „Sonderstab Wissenschaft“ in Kiew psychologische Forschungen betrieb.⁴⁵

1944 war Gustaf Deuchler wiederum mit dem Einsatzstab Rosenberg im Kraichgau Ratibor, „um volkpsychologische Studien über die Menschen im Ostraum anzustellen“.⁴⁶ Seine Erkenntnisse warfen ein Licht auf die Psychologie, die Deuchler am Psychologischen Institut der Universität Hamburg lehrte.

In einem Vergleich der sowjetischen mit der deutschen Psychologie kam Deuchler zu dem Ergebnis, dass die deutsche Psychologie noch weit entfernt sei „von ihrem mit innerer Notwendigkeit sich einzustellendem Ziel, nämlich von der inneren Einheitlichkeit auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung, der Grundlegung der Geistes- und Gemeinschaftswissenschaften sowie Volks- und Rassenlehre ... Diesen Zustand wird sie nur überwinden, wenn sie auf der Grundlage des psychologischen Rassenbegriffes die nationalsozialistische Weltanschauung entschlossen und systematisch ausgestaltet.“⁴⁷

Seiner dienstvorgesetzten Stelle meldete Deuchler zur gleichen Zeit die Auszeichnung für seine zehnjährige NSDAP-Tätigkeit, dass ihm, in seiner Diktion, „am 24.2.1942 die Dienstauszeichnung der NSDAP in Bronze durch den Führer verliehen“ wurde.⁴⁸

Kurz darauf erhielt er auch das silberne Ehrenzeichen des Nationalsozialistischen Studentenbundes.⁴⁹

Bevor beleuchtet wird, wie die Entnazifizierung Deuchlers nach 1945 vorstättenging, noch ein Blick auf die Ereignisse 1933 am Psychologischen Institut der Universität Hamburg. Nachdem Deuchler keine Führungsposition im Senat oder in der Schulverwaltung bekommen hatte, war ihm das Direktorat des Psychologischen Instituts übertragen worden. Vorausgegangen war eine Hetz- und Denunziationskampagne gegen den bisherigen Direktor des Institutes, den international renommierten jüdischen Psychologen Prof. William Stern. Die Kampagne mit einem Denunziations schreiben war vom ehemaligen Mitarbeiter Sterns, Hans Paul Roloff, NS-Aktivist und Lehrer an der Hansa-Schule in Bergedorf, initiiert worden. William Stern, mit dem Deuchler jahrelang in Prüfungsausschüssen zusammengearbeitet hatte, wurde im April aus seinem Institut ausgesperrt, fürchtete als Jude um sein Leben und emigrierte bald darauf.⁵⁰ In dem Hetz schreiben vom 10.7.1933 hieß es: „Mit dem Amtsantritt von Prof. Stern setzte erst langsam, dann immer stärker eine völlige Verjudung des Instituts ein. Frl. Dr. Muchow, die engste Vertraute von Prof. Stern, die ihn auch heute täglich besucht und mit ihm alle Pläne ausarbeitet, ist die gefährlichste von allen dreien. Sie war aktivstes Mitglied des marxistischen ‚Weltbundes für Erneuerung der Erziehung‘, hat auf internationalen Tagungen, zum Beispiel Genf, in seinem Sinne gewirkt, und war von Oberschulrat Götze in dessen letztem Amtsjahr beauftragt, das hamburgische Schulwesen ‚psychologisch‘ im marxistischen Sinne zu durchdringen. Ihr pädagogisch-psychologischer Einfluss ist unheilvoll und einer deutschen Staatsauffassung direkt zuwiderlaufend.“⁵¹ Nachdem William Stern emigriert war, richtete sich der nationalsozialistische Druck gegen Martha Muchow. Der machtbesessene Gustaf Deuchler beteiligte sich daran und erreichte es, dass Martha Muchow ihm die Leitung des Institutes am 25.9.1933 übergeben und das Psychologische Institut verlassen musste, um in den Schuldienst zurückzugehen. Der Druck und die Hetzkampagne waren zu viel für Martha Muchow, die sich am 27.9.1933 im Alter von 41 Jahren das Leben nahm.⁵² Der Tod Muchows war willkommen für Gustaf Deuchler. Am Tag danach erneuerte er den Antrag, seinen Mitarbeiter Fritz Stückrath zum Wissenschaftlichen Rat zu ernennen, jetzt mit ausdrücklichem Hinweis „auf das Ableben von Frau Dr. Muchow.“⁵³

Aus meiner Sicht trug Deuchler an dieser Entwicklung eine eindeutige Mitschuld.

All dies hinderte Deuchler nicht daran, sich im Entnazifizierungsverfahren drei Jahre später als „Nazigegner“ oder gar als „Widerstands“-Kämpfer zu bezeichnen.

Am 22.5.1945 wurde Deuchler vom Dienst beurlaubt, zehn Tage später die „vorläufige Einstellung der dienstlichen Tätigkeit“ verfügt und ihm das Betreten des Instituts untersagt.

Bevor er dann am 28.6. entlassen wurde, erhielt er noch Gelegenheit, seine Bücher und Unterlagen abzuholen.

Danach begann eine intensive schriftliche Auseinandersetzung Deuchlers gegen seine Entlassung und ein verbissener Kampf um Wiedereinstellung, ein Vorgang der sich in vielen Entnazifizierungsverfahren wiederholte: Versuche, seine Distanz zum Nationalsozialismus anhand von subjektiven Schilderungen zu behaupten, bis dahin, sich als Gegner des Naziregimes zu gerieren und sich sogar als „verfolgt und unterdrückt“ zu bezeichnen. Bei Deuchler kam hinzu, dass er seine persönlichen Auseinandersetzungen mit manchem Repräsentanten des Nationalsozialismus in der Retrospektive *mit dem Kampf gegen den Nationalsozialismus* gleichsetzte, wobei er die jeweiligen Kontrahenten, etwa Landesschulrat Willi Schulz oder den Gaudozentenführer Anschütz als Inkarnation des Nationalsozialismus darstellte, die ihn aus politischen Gründen behindert und verfolgt hätten.

Deuchler durchlief in seinem mehrjährigen Verfahren alle Stufen dieser Argumentation.

Er legte von nun an den größten Wert darauf, auf seine frühere Mitgliedschaft in der Deutschen Staatspartei (vormals DDP) hinzuweisen, die ihm in der NSDAP nur Nachteile eingebracht hätte.

In seinem ersten Schreiben zur Entlassungsverfügung begann Deuchler damit, sich als nicht integriert in die nationalsozialistische Bewegung zu bezeichnen. Sein Argumentationsmuster: Er sei, nicht aus einer der Rechtsparteien kommend, „mit Misstrauen behandelt“ worden. „Hätte ich früher den Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei angehört, so hätte ich höchstwahrscheinlich sehr rasch ‚Carriere‘ machen können, wenn ich gewollt hätte.“⁵⁴

In diesem Schreiben begründete Deuchler die Legende, er habe mit dem Parteeintritt im Wesentlichen die universitäre Lehrerbildung sichern wollen. Als Begründung für seinen SA-Eintritt führte er an, er habe die SA als „Erziehungsinstrument“ kennenlernen wollen und „um mich (auf Anraten meines Arztes) sportlich zu betätigen“.⁵⁵

In einer Stellungnahme des neuen Rektors der Universität, Prof. Wolf, wies dieser darauf hin, dass Deuchlers Einlassungen kein Gewicht zukomme, „compared with the evident facts that incriminate him“.⁵⁶

Wolf verwies dabei u. a. auf die von Deuchler selbst angefertigte Liste seiner Veröffentlichungen und kam zu dem Schluss, Deuchler habe seit 1935 in seiner

Arbeit als Hochschullehrer als ein Repräsentant der nationalsozialistischen Doktrin agiert.

In seinen zahlreichen Einlassungen und Gesuchen, als Hochschullehrer weiterarbeiten zu können, verwies Deuchler immer wieder auf seine Auseinandersetzungen innerhalb der NS-Bewegung mit Personen, Gegnern, Kollegen, die er mit *dem Nationalsozialismus* gleichsetzt, sich selbst im Gegensatz dazu als Oppositionellen schildernd. So schrieb er an den für Schule und Hochschule zuständigen Senator Heinrich Landahl: „Denn richtig bleibt richtig, recht bleibt recht. Persönliche Gewissensentscheidungen bleiben eine Angelegenheit eigener Verantwortung, die einem niemand abnehmen kann und der Mut zur eigenen Entscheidung ist eine Sache des freien Mannes, nicht des Sklaven und Profitgierigen – diese sind nicht die Idealisten, haben erst abgewartet und sind dann in die Posten gesprungen, als es sich lohnte und haben ‚Carriere‘ gemacht, haben die Idee verwässert, umgebogen, missbraucht und schließlich verraten; diesen ‚Nazis‘ und ihrem Getriebe musste man den Kampf ansagen. Darum stand ich seit 33/34 in der Opposition.“⁵⁷

Später wählte Deuchler gar die Formulierung: „Daß ich im Nazi-System des öfteren gefährdet war, war mir bekannt. Zum KZ hat es nicht gereicht, wie bei einem meiner Bekannten.“⁵⁸

Persönliche Querelen als Auseinandersetzung mit dem Naziregime umdeutend, beschrieb Deuchler seine Niederlagen an der Universität und in der Lehrerbildung als Bestrafungen für einen unbequemen Oppositionellen und kam zu dem Schluss:

„Wenn man glaubt mich strafen zu müssen (obwohl das ja schon früher erledigt wurde), so mag man meiner wegen mir die Erziehungswissenschaft nehmen für den Augenblick und mich nur in die Psychologie und das Psych. Institut setzen. Dann läge zugleich eine Wiedergutmachung gegenüber dem Naziregime vor.“⁵⁹

Der Einspruch Deuchlers gegen seine Entlassung wurde am 8.11.1946 abgewiesen. Nunmehr bereits 63 Jahre alt, durfte er auch in der Folgezeit an der Universität nicht wieder lehren.

Zu diesem Schluss kam auch die Zentralstelle für Berufungsausschüsse, die Deuchlers Berufung allerdings teilweise stattgab und ihn in Kategorie IV (Mitläufer) einstuft.⁶⁰ Der Fachausschuss hatte Deuchler im Jahr zuvor, 1948, als Aktivist in Kat. III eingeordnet, verbunden mit Berufsbeschränkung, also der Auflage, keine Lehrtätigkeit mehr auszuüben.

Neben einer lückenlosen Auflistung sämtlicher Mitgliedschaften Deuchlers kam der Berufungsausschuss zu der erstaunlichen Aussage: „Seit der Machtergreifung im Jahre 1933 habe er jedoch erkannt, daß der Nationalsozialismus sich anders entwickle und habe von diesem Zeitpunkt an nicht nur der NS-Bewegung

kritisch gegenüber gestanden, sondern sich direkt einer Oppositionsbewegung angeschlossen und die von der NS-Regierung eingeschlagene politische Ausrichtung bekämpft.“⁶¹

Es wurde auf einige Leumundszeugen verwiesen und darauf, dass sich Deuchler in mehreren Fällen gegenüber rassistisch Verfolgten oder politisch Andersdenkenden loyal verhalten habe.

Gegen Deuchler sprachen dann allerdings auch seine Schriften, insbesondere im „SA-Führer“, wobei das aufmerksame Studium dieser Aufsätze wohl kaum eine NS-kritische Haltung oder gar eine oppositionelle Rolle bestätigt hätten.

Unmittelbar nach Zustellung der Entscheidung des Berufungsausschusses wendet sich Deuchler an Senator Landahl. Er verweist darauf, dass ihm die Ausübung der Lehrtätigkeit zwar noch nicht genehmigt worden sei – dazu sei, laut Deuchler, noch eine bereits zugesicherte Berufungsverhandlung notwendig.

Bis zu seiner „vollständigen Rehabilitation“ stelle er sich für andere Dienste der Unterrichtsbehörde zur Verfügung“. Deuchler listet folgende Möglichkeiten auf:

- „1. im psychologischen und charakterologischen Bereich
 - a.) Begutachtung von Schülern und Anwärtern
 - b.) Aufbau eines psychologischen und charakterologischen Auslesesystems für die gesamte Gliederung der Schule, also eine wissenschaftliche Aufgabe für die Schulorganisation.
 - c.) Die Klarstellung besonderer Begabungen und Schwächen z. B. für Mathematik, Sprache, Technik, Kunst etc. für organisatorische bzw. unterrichts-erzieherische Maßnahmen.
2. Wissenschaftliche Tätigkeit in einer Bücherei
3. Verwaltungsarbeit im Wissenschaftlichen Bereich.“⁶²

Am meisten war Deuchler daran gelegen, im Aufgabenkreis psychologischer Gutachten tätig zu werden, „der ja auch mit der Verwaltung des offenbar verwaiseten Psychologischen Institutes gekoppelt werden könnte“.

Hoffnungen machte sich Deuchler möglicherweise in Bezug auf Senator Heinrich Landahl auch deswegen, weil er ihn aus der gemeinsamen Zeit in der Deutschen Staatspartei vor 1933 kannte.

In einem Antwortschreiben teilte Landahl ihm allerdings mit, dass weder im Rahmen der Hochschulabteilung noch in der Schulbehörde eine Verwendungsmöglichkeit bestehe.⁶³

Am 31.3.1950 hob die Zentralstelle für Berufungsausschüsse alle bisherigen Entscheidungen auf und billigte Deuchler die ihm ab 1.1.1950 gesetzlich zustehenden

Pensionsansprüche zu. Deuchler war nun in Kat. IV eingestuft worden und wurde am 1.5.1950 in Kat. V (Entlasteter) überführt. Seine Konten wurden freigegeben.

Zwar verwies die Begründung entlastend auf Deuchlers 1919 begründete Mitgliedschaft in der DDP, zitierte aber auch noch einmal ausführlich aus seinen Schriften u. a. im „SA-Führer“: „Geradezu unbegreiflich und sehr belastend aber ist, dass sich der Berufungskläger vor allem als Professor der Pädagogik in einem 1938 gemachten Vortrag sogar das fundamentale Führerwort ‚Recht ist, was dem deutschen Volke nützt‘ zu eigen machte und sich auf Befragen aus dem Zuhörerkreise zu dieser Richtschnur bekannte, die Deutschland letztlich ins Verderben geführt hat.“⁶⁴

Der Berufungsausschuss sah die Verstrickung Deuchlers in die Naziideologie offenbar als erheblich an. Im Resultat urteilte er:

„Es bleibt bedauerlich, dass ein Mann von dem Format des Berufungsklägers überhaupt der Naziideologie erliegen konnte und doch wohl nicht immer die lebensnahe Erkenntnis besaß, deren er sich rühmt. Der Berufungskläger hat jedoch seinen politischen Irrtum in den vergangenen Jahren schwer genug büßen müssen, so dass der Berufungsausschuß schon im Hinblick auf den inzwischen eingetretenen Zeitablauf es durchaus vertreten kann, ihn mit Wirkung vom 1.5.1950 völlig zu rehabilitieren.“⁶⁵

Am Tag der Überführung in Kat. V, am 1.5.1950, stellte Deuchler beim Rektor der Hamburger Universität den Antrag auf Wiedereinsetzung als ordentlicher Professor. „Die Aufnahme meiner Lehrtätigkeit kann in Kürze erfolgen, denn ich habe die unfreiwillige ‚Muße‘ von beinahe 5 Jahren ausschließlich zu wissenschaftlichen Arbeiten verwendet.“⁶⁶

Deuchlers Pension wurde im Mai auf DM 836,75 festgelegt.

Auf Anfrage teilte der Leiter der Zentralstelle für Berufungsausschüsse, Rose, Deuchler mit, dass das am 10.5.1950 in Kraft getretene Schlussgesetz die Tätigkeit der Berufungsausschüsse eingestellt habe und dass ein Rechtsanspruch auf Deuchlers frühere Tätigkeit nicht gegeben sei.⁶⁷

Nunmehr ohne Perspektive, noch einmal an der Universität wissenschaftlich tätig werden zu können, verfasste Deuchler, inzwischen 67jährig, einen 26seitigen Schriftsatz gegen einzelne Passagen des für ihn in der endgültigen Entscheidung eigentlich günstigen Spruchs der Zentralstelle.

Der Schriftsatz Deuchlers ist von der Argumentation und Diktion her erhellend für den Charakter dieses Mannes. Schon die Forderung Deuchlers in seinem Begleitbrief, als Verfolgter des Naziregimes behandelt zu werden, zeugte von Verdrängung und mangelnder Selbstreflexion: „Ich erwarte die Gleichstellung mit denjenigen, die dem nazistischen Gewaltssystem theoretisch und praktisch Widerstand geleistet haben und von diesem System geschädigt wurden.“⁶⁸

Wie schwierig Deuchler im persönlichen Umgang gewesen sein muss, bezeugen nicht nur die vielen Parteigerichtsverfahren (insbesondere von ihm gegen Landesschulrat Willi Schulz angestrengt), sondern auch zahlreiche Formulierungen in dieser letzten Philippika: Da heißt es etwa:

„Ich laß mir den Satz unter keinen Umständen unterstellen, da beißt man auf Granit“; „Bitte, ohne mich!“; „Also bitte, weg damit!“; „An diesem Tatbestand gibt es nichts zu deuteln.“

Zum Vorwurf des Antisemitismus schrieb Deuchler: „Wer versucht, mir das anzuhängen, macht sich eines Verleumdungsversuchs schuldig und muß mit den entsprechenden Gegenmaßnahmen rechnen.“

Auf welchem Niveau sich Deuchler bewegte, zeigte seine Darstellung über Grad und Formen der Verfolgung, die er angeblich erlitten hatte. Da war von Überwachung des Telefons die Rede, erstmals auch von Verhaftung, Haussuchung und davon, dass die Gestapo ihn 1944/45 dreimal zum Verhör kommen ließ. Deuchler dazu: „Das soll keine politische Verfolgung gewesen sein? Gewiß, ich bin nicht um die Ecke gebracht worden, das wäre bei mir auch nicht so einfach gewesen.“

Laut Deuchler waren in der Zeit des Nationalsozialismus ohnehin diejenigen am geschütztesten, die nicht der Bewegung oder der NSDAP angehörten: „Wer nicht in der Partei war, dem passierte weniger, wenn er nicht gerade am unrechten Ort eine unpassende Äußerung tat und dem ‚Dämmerschoppen-Widerständler‘ stieß im allgemeinen, wie ich weiß, auch nichts zu, wenn er nicht denunziert wurde.“⁶⁹

Nachdem klar war, dass Deuchler nicht wieder an die Universität zurückkehren würde, betätigte er sich im „Verband der nichtamtierenden (verdrängten) Hochschullehrer“.⁷⁰

1952 war er dann an der Gründung der „Vereinigung der Entnazifizierungsgeschädigten“ beteiligt, deren geschäftsführendem Vorstand er angehörte.

Diese Vereinigung brachte einen Aufruf heraus, in dem es u. a. hieß:

„Von Hamburg muß gesagt werden, daß der Geist, in dem die Entnazifizierung durchgeführt wurde, von rücksichtsloser Brutalität, von grenzenlosem Haß und einer nicht verlöschenden Vergeltungssucht getragen war. Hinter dieser aber verbarg sich zusätzlich – was die wirtschaftlichen Auswirkungen anbelangt – größtenteils die selbstsüchtige Absicht materieller Bereicherung und Nutzung von Pfründen.

Völlig unberufene Geschäftemacher und eine Anzahl von teilweise durch den Nationalsozialismus Geschädigte haben sich bei der Entnazifizierung im Verein mit den politischen Machträgern das Recht genommen, deutsche Männer und Frauen in die Hölle der Existenzlosigkeit und der Verelendung zu stoßen.“⁷¹

Auf diesen Aufruf hin stellte der Hamburger Senat Strafantrag wegen Beleidigung.⁷²

Gegen Deuchler wurde ein förmliches Dienststrafverfahren eingeleitet.⁷³

Er berief sich darauf, er habe den veröffentlichten Text nicht persönlich autorisiert. Da ihm das nicht widerlegt werden konnte, wurde das Dienststrafverfahren eingestellt.⁷⁴

1954 veröffentlicht Deuchler einen Aufsatz über „Das Problem der Lehrerbildung im gegenwärtigen Deutschland“ in der „Hamburger Studentenzeitung“.⁷⁵

Wie schon in früheren Zeiten schickte Deuchler ein Exemplar an die Obrigkeit, diesmal an den Bürgermeister des neu gewählten Hamburg-Blocks, Kurt Sieveking. Er erhielt ein Dankeschreiben und den Hinweis, die Schrift sei an Schulsenator Wenke weitergeleitet worden.⁷⁶

Deuchler starb am 19.1.1955 in Hamburg.⁷⁷

Die „Gedächtnisrede“ bei der Trauerfeier am 27.1.1955 hielt Deuchlers ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter, Fritz Stückrath, den Deuchler nach dem Freitod von Martha Muchow auf „die freigewordene Stelle“ befördern konnte. Stückrath hielt eine empathische Rede, in der er Gustaf Deuchler als einen Wissenschaftler und Hochschullehrer schilderte, der erfüllt gewesen war „von einem unbändigen und ungebändigten Drang nach wissenschaftlicher Erkenntnis“. Er sagte, Deuchler habe „den lebendigen Sinn für die Probleme und das unermüdliche Ringen um Klarheit als tragende Gesinnung einer ganzen Generation von Erziehern mitgegeben“. Und weiter: „Mit sicherem Griff packte er den Kern der Phänomene. Sein Denken war von einer bohrenden Dynamik. Er dachte nicht mit dem Kopf, sondern mit der ganzen Person. Kein Student wird das Bild vergessen, das sich bot, wenn Deuchler auf dem Katheder des Hörsaales entlangschritt, breitschultrig, mit wichtigen Gebärden, den markanten Kopf auf dem unbeugsamen Nacken und dann mit den Händen die Dinge der Nähe umspannte, als wollte er sie zwingen, den Satz herzugeben, den sein Geist suchte.“

Fritz Stückrath schilderte das Wirken Deuchlers empathisch, fast ohne Einschränkung: „Unerhört war das Maß an Lebenskraft und Kampfesmut, das ihm die Natur geschenkt hatte. Tag um Tag fällte er die Bäume im Reich des Geistes, zog er die Pflugscharen über das Land der Gedanken; aber er liebte auch das von Witz knisternde Gespräch der männlichen Runde. Er erschien uns wie eine Fackel, die sich unablässig erneuert, indem sie sich versprüht. Er hat die Züge seiner erdnahen Herkunft nie abgestreift. So konnte er ungebärdig und rauh sein; aber hinter all diesem alemannischen Brausen und Rollen spürte man den Schlag eines gütigen Herzens, ja in der letzten Tiefe war er voll Empfindsamkeit und Schüchternheit. Es gab für ihn keine Autorität als das Kriterium der Wahrheit, und wer nach Wahrheit drängte, war ihm ein Gleichgestellter und Gleichgesinnter.“

Man vermisst in dieser Rede ein Wort zu den Irrungen und Wirrungen des

Gustaf Deuchler in der Zeit des Nationalsozialismus. 1955 war Fritz Stückrath nicht in der Lage, deutlicher zu sagen, was er verhalten ausdrückte (vielleicht hat er aber auch nichts anderes gedacht): „Aber Gustaf Deuchler war ein tragischer Mensch. Er stand sich selbst im Licht. Seine unerbittliche Kritik lastete zeitlebens auf seiner eigenen Leistung. Er fürchtete jeden Gedanken, dessen Form nicht kristallklar da stand. Er streute den geistigen Samen in alle Winde und verstand nicht die Kunst, die Früchte zu schneiden. Was er mit den Händen gepflanzt hatte, das zertrat er oft beim nächsten Schritt, weil er mit Ungestüm einem ferneren Ziel zustrebte. Zuletzt sah er nur noch das Firmament und nicht mehr den Stern in der eigenen Brust. So ging er voll Unruhe beständig an seinem Werk und an seinem Glück vorbei.“⁷⁸

Anmerkungen

- 1 Deuchler hatte am 1.4.1932 den Aufnahmeantrag gestellt. Siehe seine Personalakte, StA HH, DPA I_155 Bd. 1
- 2 Klaus Saul: Lehrerbildung und Demokratie und Diktatur. Zum Hamburger Reformmodell einer universitären Volksschullehrerausbildung, in: Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“, Die Hamburger Universität 1933–1945, Teil I, S. 385.
- 3 Schreiben v. 27.5.1932. Abgedruckt in: Werner Jochmann: Nationalsozialismus und Revolution. Ursprünge und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933, Hamburg 1963, S. 392f. Siehe zur Auseinandersetzung um Krebs auch: Thomas Krause: Hamburg wird braun, Der Aufstieg der NSDAP 1921–1933, Hamburg 1987, insbesondere S. 123ff.
- 4 Schreiben an Klagges v. 24.3.1932, in: StA HH, HW-DPA I_155 Bd. 6.
- 5 Anschreiben Deuchlers an Schulsenator Landahl am 22.7.1945, in: StA HH, HW-DPA I_155 Bd.1. Landahl und Deuchler werden sich aus der gemeinsamen Zeit in der DDP und späteren Deutschen Staatspartei gekannt haben.
- 6 Kurt Zeidler: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975, S. 79.
- 7 Zit. nach Saul, 1991, S. 384.
- 8 Das Schreiben ist in Kopie enthalten in Deuchlers Personalakte, a. a. O.
- 9 Ebd. Siehe auch die Biografie Willi Schulz in diesem Buch.
- 10 Ebd.
- 11 Darauf wies Deuchler in seiner 26-seitigen Entlastungsschrift hin, freilich ohne den Hintergrund dafür zu nennen. Personalakte Deuchler, a. a. O.
- 12 Gustaf Deuchler: Neue Stimmen zur Hochschulreform, HLZ 23/24-1933, S. 346ff.
- 13 Siehe Saul 1991, S. 385. Siehe auch: Klaus Saul: „Ein Volk, eine Schule, ein einheitlicher Lehrerstand“. Die Durchsetzung der Universitätsausbildung für Volksschullehrer in Hamburg 1903–1926, in: Hans-Peter de Lorent/Volker Ullrich: Der Traum von der freien Schule. Schule und Schulpolitik während der Weimarer Republik, Hamburg 1988, S. 135ff.
- 14 HLZ 22/23-1933, S. 346.
- 15 Ebd.
- 16 Aus einer Denkschrift im Auftrag der Abteilung Rasse und Kultur des Gaues Köln-Aachen der NSDAP, S. 348.
- 17 Ebd.
- 18 HLZ 7/1933, S. 118.
- 19 Schreiben Deuchlers an Senator Witt v. 15.4.1933, in: StA HH, OSB VI F II a5/6 392.
- 20 Aus der 26-seitigen Stellungnahme Deuchlers v. 3.6.1950, StA HH, HW-DPA I 155 Bd. 1.

- 21 Die Parteigerichtssache sollte vor dem NSDAP-Kreisgericht Hamburg-Eimsbüttel am 15.8.1939 stattfinden und war wegen Deuchlers Urlaub verschoben worden. Auch dieses war von Deuchler im Entnazifizierungsverfahren als Beleg für seinen „Widerstand“ angeführt worden, StA HH, HW-DPA I 155 Bd. 1.
- 22 Sofern nicht anders ausgewiesen, sind alle Angaben der Personalakte Deuchlers entnommen, StA HH, HW- DPA I 155 Bd. 1.
- 23 Hans Scheuerl: Zur Geschichte des Seminars für Erziehungswissenschaft, in: Krause u.a. 1991, S. 520. Siehe auch die äußerst pointierte Darstellung des Wirkens Deuchlers in Tübingen, eine Würdigung seiner Arbeit anlässlich seines Ausscheidens, in: HLZ 14/15 1923, S. 199.
- 24 Siehe dazu auch Saul 1991, Saul 1988 sowie Scheuerl 1991.
- 25 Scheuerl 1991, S. 521.
- 26 Siehe dazu Scheuerl 1991, S. 522 ff., Saul 1991, S. 376. Siehe auch Wilhelm Flitner: Erinnerungen 1889–1945, Paderborn 1986, S. 335 ff.
- 27 Antrag enthalten in: StA HH, HW-DPA I Bd. 4.
- 28 StA HH, HW-DPA I 155 Bd. 1.
- 29 StA HH, HW- DPA I 155 Bd. 4.
- 30 „Hamburger Tageblatt“ v. 22.9.1933. Zu der negativen Rolle, die Deuchler hier gespielt hat, siehe: Helmut Moser: Zur Entwicklung der akademischen Psychologie in Hamburg bis 1945. Eine Kontrast-Skizze als Würdigung des vergessenen Erbes von William Stern, in: Krause u.a. 1991, S. 483 ff.
- 31 Laut Flitner schon ab März 1933, was aber auf Grund der etwas späteren SA-Mitgliedschaft Deuchlers wohl als zu früh erinnert wurde. Vgl. Flitner 1986, S. 377.
- 32 Deuchler selbst war ein eifriger Chronist und stets um ein positives Licht bei der für ihn zuständigen Behörde bemüht. So gab er Übersichten über von ihm verfasste Schriften und seiner Veranstaltungen weiter, die in seine Personalakte gelangten. StA HH, HW-DPA IV 172. Vgl auch Scheuerl 1991, S. 524 f.
- 33 Helmut Moser: Zur Entwicklung der akademischen Psychologie in Hamburg bis 1945. Eine Kontrast-Skizze als Würdigung des vergessenen Erbes von William Stern, in Krause u.a. 1991, S. 517.
- 34 StA HH, Phil Fak. 7. Siehe dazu auch Moser 1991, S. 505 ff.
- 35 Von Deuchler jeweils selbst zu den Akten gegeben, siehe StA HH, HW DPA I 155 Bd 1. Zusätzlich vermerkte Deuchler am 25.3.1942 bei der Bitte um Personaländerung: „Zum Stab der SA-Gruppe Hansa kommandiert (Referat: Wissenschaftliche Mitarbeit, pädagogische Betreuung von SA-Kriegswaisen und Mitarbeit in der Abteilung Presse); StA HH, HW DPA IV 172.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 „Der SA-Führer“, Heft 12, S. 37 Ziffer 4.
- 39 Martin Riegel-Verlag, Hamburg 1941.
- 40 Martin Riegel-Verlag, Hamburg 1941, S. 5. Im Vorwort dankte der Autor Deuchler, der die Anregung für die Schrift gegeben und „die wissenschaftliche Führung“ der Arbeit übernommen habe.
- 41 Ebd. In den von Deuchler herausgegebenen „Erziehungswissenschaftlichen und psychologischen Studien“ erschien 1939 als Heft 10 eine Dissertation von Diez Jäger über „Angst und Charakter beim Kampfsport“. Jäger führte an 400 Männern auf einer Hinderniskampfbahn ausdruckspsychologische und charakterologische Untersuchungen durch. Jäger fiel 1941 als Leutnant an der Ostfront. Siehe: Helmut E. Lück: 100 Jahre Deutsche Gesellschaft für Psychologie. Internet-Kalendarium.
- 42 Die von Küster 1940 herausgegebene Schrift „Die nationalsozialistische Weltanschauung als Umbildungsfaktor in der seelischen Lebendigkeit“, aus der Deuchler Zitate übernahm, war von Deuchler inspiriert, wissenschaftlich begleitet und von ihm mit einem Begleitwort versehen.
- 43 „Der SA-Führer“, Oktober-Heft 1941, S. 23.
- 44 Geschrieben für die Dezember-Ausgabe der Zeitschrift „Der SA-Führer“, 1943, zitiert nach Scheuerl, 1991, S. 527.
- 45 Laut Personalakte war Deuchler v. 7.9.–30.10.1942 in Kiew und noch einmal im Dezember des Jahres. Vgl. StA HH, HW- DPA I_155 Bd. 1
- 46 STA HH HW- DPA I_155 Bd. 4

- 47 Aus seiner Schrift: „Die sowjetische Psychologie und ihr Verhältnis zur deutschen.“ In Auszügen in Personalakte Deuchler, a. a. O.
- 48 StA HH, HW-DPA IV_172
- 49 Am 21.2.1942 mit der Bitte um Aufnahme in die Personalakte gemeldet, ebd.
- 50 Siehe Moser 1991, S. 496 ff.
- 51 Moser 1991, S. 497.
- 52 Walter Thorun: Martha Muchow (1892–1933) – Opfer ihrer Überzeugung, in: Hamburger Notizen 2/2003, hrg. von der Patriotischen Gesellschaft von 1765, S. 37 ff.
- 53 Moser 1991, S. 498.
- 54 Schreiben Deuchlers v. 23.7. 1945, in seiner Personalakte, a. a. O.
- 55 Ebd.
- 56 Schreiben vom 7.12.1945, ebd.
- 57 Schreiben Deuchlers an Landahl v. 22.7.1945, ebd.
- 58 Ebd.
- 59 Ebd., also schon am 22.7.1945 geschrieben. Deuchler war so geschmacklos, für seine Interessen an der Psychologie auf William Stern hinzuweisen, dessen Lehrstuhl für Psychologie Deuchler nach dessen Emigration übertragen bekommen hatte und ihm „die Promotion in Psychologie einräumen“ wollte, angeblich etwa 1927. Ebd.
- 60 Schreiben v. 30.7.1949, ebd.
- 61 Ebd.
- 62 Schreiben Deuchlers an Landahl v. 2.8.1949, ebd.
- 63 Schreiben von Landahl an Deuchler v. 17.8.1949, ebd.
- 64 Begründung der Zentralstelle v. 31.3.1950, ebd.
- 65 Ebd.
- 66 Schreiben Deuchlers an den Rektor der Universität Hamburg, Prof. Dr. Harbeck, ebd.
- 67 Ebd.
- 68 Begleitbrief zur 26-seitigen Schrift Deuchlers v. 28.6.1950, ebd. Alle weiteren Zitate aus der Schrift Deuchlers.
- 69 Ebd., S. 23.
- 70 Siehe Einladung von Deuchler zu einem Vortrag des Verbandes am 12.11.1951 im Baseler Hof, ebd.
- 71 Bericht im „Hamburger Echo“ v. 12.3.1952.
- 72 „Hamburger Abendblatt“ v. 12.3.1952.
- 73 Schreiben v. 28.3.1952, StA HH, HW-DPA I_155 Bd. 6.
- 74 Mitteilung des Senates v. 6.11. 1952, ebd.
- 75 „Hamburger Studentenzeitung“ Nr. 37 v. 24.2.1954.
- 76 Schreiben in: StA HH, HW- DPA I_155 Bd. 6.
- 77 Siehe Todesanzeige in der „Welt“ v. 28.1.1955.
- 78 Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte IZ. 017.

Albert Henze

Nazi-Propagandist im System von Gauleiter Kaufmann

Zu den übelsten Gestalten im Hamburger Schulwesen in der Nazizeit zählte Albert Henze, der dem Führerkorps der NSDAP angehörte, als Oberschulrat die Swing-Jugend verfolgte, für kurze Zeit Leiter der Schulverwaltung wurde und nach dem Krieg über alte Kameraden in Lübeck als Studienrat bis 1965 unbehelligt am Gymnasium arbeiten konnte.

Albert Henze, Jahrgang 1900, ebenso wie die NSLB-Größen Oberschulrat Albert Mansfeld und Schulrat Kurt Holm, gehörte zum Kreis des ebenfalls 1900 geborenen Hamburger Reichsstatthalter und Gauleiter Karl Kaufmann. Henze hatte einen engen Kontakt zu Kaufmann, zählte zum „System Kaufmann“.

Ähnlich wie Albert Mansfeld und Kurt Holm hat Albert Henze (1900–1994) noch ein langes Leben nach Ende des Nationalsozialismus gehabt. Rechnet man die Zeit als Erwachsener vom 18. Lebensjahr an, wo Henze Kriegsdienst leisten musste, stehen 27 Jahre bis 1945 fast 50 Jahren nach 1945 gegenüber. Wie geht ein Nazikarrierist und NS-Propagandist mit seiner Vergangenheit um, wie blickt er auf seine Verstrickung zurück?

Dies soll beleuchtet werden, insbesondere die Variante, die Henze wählte, um wieder in den Schuldienst zu kommen.

Albert Henze wurde am 12.6.1900 in Oedelsheim/Hessen im Kreis Hofgeismar geboren als Sohn des Postboten Ferdinand Henze und seiner Frau Auguste. Nach Besuch der dortigen Dorfschule übersiedelte die Familie 1908 nach Hannover-Münden¹. Albert Henze ging dort auf die „gehobene Abteilung“ der Volksschule, aus der die spätere Mittelschule hervorgeht.

1912 zog die Familie nach Einbeck, Albert Henze besuchte bis 1916 die Mittelschule und wechselt dann, 17-jährig, in das Lehrerseminar Einbeck. Dort wurde er bis 1920 zum Volksschullehrer ausgebildet. Von Juli bis Dezember 1918 wurde die Ausbildung durch den Einzug in den Kriegsdienst unterbrochen.

Henze absolvierte das 1. Volksschullehrerexamen 1920 in Einbeck, ging dann als Lehrer an die höhere Knabenschule J. Borbis in Hamburg.

Parallel zu seiner Lehrtätigkeit besuchte Henze das Realgymnasium der Domschule Schleswig als Externer und legte dort 1923 die Reifeprüfung ab. Danach studierte er parallel zur Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg Germanistik, Geschichte, Philosophie und Erziehungswissenschaft und trat einer Burschenschaft bei.

1930 bestand er die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen.

Nach dem 1. Staatsexamen war Albert Henze 1930 neun Monate arbeitslos und überbrückte diese Zeit durch die Aufnahme von Darlehen. Sicherlich hat die unsichere soziale Lage bei Henze zur weiteren Politisierung und Radikalisierung beigetragen.

1930 heiratete Albert Henze Gerda Uhr und bekam mit ihr in den nächsten 5 Jahren vier Kinder, einen weiteren Sohn, 1944.

Ende 1930 wurde Henze Kandidat an der Oberrealschule St. Georg und an der Oberrealschule auf der Uhlenhorst, bestand das 2. Staatsexamen am 14.9.1931 mit „gut“.

Am 1.10.1932 trat Albert Henze in die NSDAP ein. 1933 erfolgte die Einstellung Henzes als Assessor in den Hamburger Schuldienst.

Am 1.10.1933 ging er mit Wilhelm Gundlach in die Gauführerschule Ritterstraße über, zunächst als Lehrer, ab 1934 als Stellvertretender Leiter der Gauführerschule, ab dem 1.9.1939 als Angehöriger des Führerkorps der NSDAP.

Was 1939 als ein Karrieresprung zu werten ist, primär der Verbindung zum „System Kaufmann“ zu verdanken, wurde später, nach 1945, von Henze umgedeutet, als wäre es gegen seinen Willen, vom Reichsstatthalter dekretiert worden.

Waren auch manche Versuche, die eigene Biographie zu schönen und umzuinterpretieren nach 1945 erfolgreich, zum Teil durch beigebrachte Persilscheine und die Vernichtung von kompromittierenden Unterlagen und Teilen der Personalakte durch diejenigen, die Ende 1944 und Anfang 1945 noch Zugang dazu hatten und nicht im Kriegsdienst waren, so hat doch die deutsche Bürokratie und Gründlichkeit in der Verwaltung den Historikern Erkenntnisse gesichert, weil nicht der gesamte Aktenbestand vernichtet werden konnte. Die Dokumente der Verantwortlichen, Schriftsätze, Bemerkungen, Anweisungen und Protokolle haben sich über den gesamten Aktenbestand der Schulverwaltung und der NS-Gliederungen verteilt und sind dort auch wiederzufinden.

Als NSDAP-Mitglied seit 1.10.1932 war Henzes Karriere vorgezeichnet:

Nachdem Albert Henze vor 1933 über ein Jahrzehnt an einer Hamburger Privatschule gearbeitet hatte, wurde er 1933 als Assessor in den Hamburger Schuldienst übernommen und dann am 1.10.1933 mit voller Stundenzahl als Lehrer an die Gauführerschule der NSDAP abgeordnet. Er blieb jedoch Bediensteter der



Albert Henze



Karl Kaufmann

Schulverwaltung und schneller als andere wurde er bereits nach dreieinhalb Monaten zum Studienrat und Beamten auf Lebenszeit ernannt. Diese Ernennung erfolgte etwa zeitgleich mit seiner Bestellung zum stellvertretenden Leiter der Gauführerschule im Februar 1934.

Henze fuhr zweigleisig, sicherte sich politisch und beamtenrechtlich ab. Und dies war sicherlich eine bloße Rückversicherung und nicht der Distanz zum NSDAP-Machtapparat geschuldet, wie er später behauptete. Nach 1945 strickte Henze, wie noch zu zeigen sein wird, an der Legende, als sei er gegen seinen Willen gezwungen worden, aus dem Staatsdienst abgeordnet im Apparat der NSDAP Dienst zu leisten.

„Diese Lebenslüge diente ihm als Instrument der Verdrängung und erleichterte es ihm, sich nach dem Scheitern seines nationalsozialistischen Lebensabschnitts seine zweite Identität zuzulegen.“²

Am 1.4.1937 wurde Albert Henze zum Nachfolger von Wilhelm Gundlach als Leiter der Gauführerschule ernannt. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe blieb er auch weiterhin vom Schuldienst beurlaubt. Die Gauführerschule, auch Gauamtswalterschule genannt, war am 5.10.1933 im Gebäude der früheren Realschule Eilbek, in der Ritterstraße 44, durch Gauleiter Karl Kaufmann eingeweiht worden. Sie war auch Sitz des Parteiarchivs der Hamburger NSDAP. Als eine „Einrichtung zur Heranbildung der politischen Führerschaft der Nation“ war die Gauführerschule der Schulverwaltung angeschlossen. Somit war auch legitimiert, dass die beiden Leitungspositionen im Personenbestand der Schulverwaltung geführt wurden und Wilhelm Gundlach und Albert Henze von der Schulverwaltung besoldet wurden.

Zum Zeitpunkt seiner Bestellung zum Leiter dieser nationalsozialistischen Einrichtung, verbunden mit der Ernennung zum Studienrat und der Gewährung einer amtsbezogenen Stellenzulage, war Wilhelm Gundlach schon 54 Jahre alt.



**Kaufmann (l.)
mit Hitler auf
dem Balkon
des Hamburger
Rathauses**

Mit der Person Wilhelm Gundlach sind manche Merkwürdigkeiten verbunden. Gundlach, am 12.11.1878 in Bujendorf bei Lübeck geboren, war im Lehrerseminar ausgebildeter Volksschullehrer gewesen, machte die Mittelschullehrerprüfung, die ihn für eine Schulleitertätigkeit qualifizierte, holte das Abitur nach und studierte in Hamburg Englisch und Französisch für die höhere Schule. Gundlach war von 1920 bis 1923 Leiter der Polizeischule und Mitglied der SPD gewesen. Im Fragebogen zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums gab Gundlach an, seit 1924 immer NSDAP gewählt zu haben und seit dem 1.11.1931 eingetragenes Mitglied der NSDAP zu sein. Peinlich wurde es für Gundlach, als das Gaugericht feststellte, dass Gundlach erst zum 1.3.1933 NSDAP-Mitglied geworden war. Gegenüber Reichsstatthalter Kaufmann gab Gundlach folgende Erklärung ab: „Als am 24. August 1936 der Herr Reichsstatthalter mir die Eintragung in meiner Personalakte zeigt: ‚seit dem 1. Nov. 1931 eingetragenes Mitglied der NSDAP‘ musste ich sehen, daß ich unterlassen hatte, zur gegebenen Zeit eine Berichtigung einzusenden. Ich hole sie daher nach. Anfang 1931 habe ich mich zum Eintritt in die NSDAP und den NSLB gemeldet. Für erstere habe ich trotz wiederholter Aufforderung durch die Kreisleitung Uhlenhorst keinen Beitrag bezahlt, sondern nur für den NSLB, da ich der Meinung war, das genügte. Am 21. Jan. 1933 erfuhr ich meinen Irrtum und trat noch am selben Tage in die NSDAP ein, wobei ich die Bitte aussprach, die Rückdatierung meines Antrags zu versuchen, da ich doch ‚im guten Glauben‘ gehandelt hätte. Als ich 1934 meine rote Mitgliedskarte erhielt, mußte ich sehen, daß eine Rückdatierung nicht vorgenommen worden war. Nun versuchte ich das selbst noch einmal. Doch auch dieses war umsonst.“³ Einen Tag später meldete Gundlach der Landesunterrichtsbehörde: „Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsstatthalter werde ich demnächst wegen meines fortgeschrittenen Alters als Gauschulungsleiter zurücktreten. Wegen angegriffener Gesundheit bin ich auch der Tätigkeit eines Studienrates nicht mehr gewachsen.“ Schulsenator Witt vermerkte dazu: „Von einer ärztlichen Untersuchung wird abgesehen.“ Eine peinliche Veranstaltung für Gundlach und eine gute Gelegenheit für Karl Kaufmann, der diese Führungsposition schon länger für Gundlachs Stellvertreter, den ihm gleichaltrigen Albert Henze vorgesehen hatte, der zu seinem Umfeld gehörte. Dies war übrigens nicht der erste Hinweis auf die Charakterschwächen bei Wilhelm Gundlach. Er war schon als Leiter der Polizeischule 1923 abgelöst worden, weil es zu finanziellen Unregelmäßigkeiten durch ihn kam und zu vielfältigen Versuchen, „mit Penetranz“ Vergünstigungen für „seinen ausgedehnten Bekanntenkreis“ zu erwirken⁴. Infolge der Ablösung als Leiter der Polizeischule und der Versetzung als Lehrer an die Volksschule für Knaben Stresowstraße 20, an der damals auch der spätere NS-Oberschulrat Albert Mansfeld als junger Lehrer arbeitete, war Gundlach dann aus der SPD ausgetreten.⁵

Albert Henze entsprach dann auch den Erwartungen der NSDAP-Führung und erweiterte und intensiverte insbesondere die ideologische Arbeit der Gauführerschule. Das Programm der Gauführerschule umfasste Lehrveranstaltungen, nationalsozialistische Feiern und Lagerschulungen. Die Vorträge wurden insbesondere von Amtswaltern der Hamburger NSDAP gehalten.

Dadurch stellte Henze eine enge Verzahnung von Gauführerschule und Partei her.

Auch der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) war dabei stark einbezogen. Der NSLB musste zu jedem Kursus der Gauführerschule 10 bis 15 Lehrer anmelden. In den folgenden Jahren wurden in Lütjensee, Rissen und Barsbüttel weitere Gauführerschulen eingerichtet. Als die neue Gauführerschule Barsbüttel am 1. Mai 1937 eingeweiht wurde, stellte Albert Henze fest, in der Gauführerschule würden „hunderte, tausende von Männern mit jenem Wissen ausgestattet, das ihnen die wahrhaft kämpferische Kraft verleiht“.

In welcher Ausrichtung in den Gauführerschulen gearbeitet wurde und wie stark Albert Henze mit der nationalsozialistischen Ideologie verwoben war, zeigen die Vorgaben der Schulungsthemen: Kernfragen des Nationalsozialismus wie Volk und Rasse, nationalsozialistische Erbpflege, in der Weltgeschichte überlieferte Judenausweisungen, Erhaltung der „von Gott gegebenen blutgebundenen Art des deutschen Volkes“, Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus, Bekämpfung der Gegner wie „Reaktion“, Liberalismus, Kapitalismus, Marxismus, Freimaurer, Juden, Katholische Aktion, „Bekennnisfront“, „Sektierer“, „Bibelforscher“ usw.⁶

Uwe Schmidt wies darauf hin, wie eng die Schulungsämter mit anderen Dienststellen des NS-Machtapparates verbunden waren, was zum Teil auch an den Referentenlisten ersichtlich wurde.

So trafen am 10.11.1938 das Hauptschulungsamt der NSDAP und der Reinhard Heydrich unterstehende Sicherheitsdienst des Reichsführers SS eine Vereinbarung. Sie sollte der „erfolgreichen Durchführung der Schulungsarbeit der NSDAP auf dem Gebiete der Bekämpfung politischer und weltanschaulicher Gegner“ dienen und den Erfahrungsaustausch über die Bekämpfung politischer und ideologischer Gegner intensivieren. „Ausarbeitungen“ des Sicherheitshauptamtes „in Form von Leitheften über alle Grundzüge politischer und weltanschaulicher gegnerischer Strömungen und deren Bekämpfung“ gingen an die nachgeordneten Dienststellen (Gauschulungsleiter). In umgekehrter Richtung wurde der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS über alle in den Berichten der Basis erwähnten Vorfälle informiert.⁷

Albert Henze war damit einer der bestinformierten nationalsozialistischen Funktionäre. Schmidt nahm an, dass er vom 19. bis 27. März 1939 an der reichsweit angelegten Tagung des Hauptschulungsamts für die Kreisleiter und Gauamtsleiter in Sonthofen teilgenommen hat. Die Einladung erfolgte im Namen des Reichsor-

ganisationsleiters Robert Ley. Die hochkarätige Referentenliste umfasste Heinrich Himmler, Walter von Brauchitsch, Alfred Rosenberg und als Höhepunkt am Schluss- tag den „Führer“.⁸ Die Nähe Henzes zum nationalsozialistischen Machtapparat und seine Bereitschaft, diesem überzeugt und effektiv zu dienen, sind vielfältig belegt.

Am 5.12.1939 erfolgte Henzes Einberufung zum Kriegsdienst. Bis dahin hatte er als Leiter der Gauführerschule drei Jahre als aus dem Schulbereich abgeordneter Gauschulungsleiter gearbeitet.

Zu seinem achtmonatigen Kriegseinsatz (als Soldat in einer Sonderkompanie in Hamburg-Wandsbek und später als Soldat bei einer Luftlandeeinheit in Belgien) schrieb Henze, er habe versucht, „durch die Tat zu beweisen, was man jahrelang als Lehrer und Erzieher gefordert hatte“.⁹ Albert Henze wurde im März 1941 auf Betreiben von Reichsstatthalter Kaufmann u. k. gestellt und aus Belgien (inzwischen zum Gefreiten befördert) zurück als Oberschulrat für das Höhere Schulwesen für den ausgeschiedenen eher gemäßigten Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer berufen und eingesetzt.

Noch von der Luftlandeeinheit schrieb Henze an die Schulverwaltung:

„Ich weiß, dass mir mit dem neuen Amt neue Verpflichtungen und neue Verantwortung übertragen werden, die nicht leicht sind. Aber ich weiß auch, dass ich auch an dieser Stelle weiter wie bisher dem Führer und der nationalsozialistischen Idee mit einem heißen Herzen und einem unerschütterlichen Glauben an den Endsieg unserer Revolution dienen kann.“

Ein Bekenntnis, das in seiner Personalakte erhalten geblieben ist.¹⁰

Absurd und interessant zugleich, dass Henze auf Vorschlag von Reichsstatthalter Karl Kaufmann das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse ohne Schwerter erhielt. Begründung: „Pg Henze hat während des Krieges nicht nur sein Gauschulungsamt vorbildlich geleitet, sondern hat sich auch besonders in der Schulverwaltung, mit deren Leitung er von mir während des Krieges beauftragt wurde, als Nationalsozialist eingesetzt und bewährt.“¹¹

Ab dem 14.1.1941 war Albert Henze vom zwischenzeitlich für die Schulen zuständigen Senator Oscar Toepffer „mit der leitenden Bearbeitung der Schul- und Erziehungsangelegenheiten“ beauftragt. Bei ihm konzentrierte sich ab sofort erhebliche Macht. Ihm unterstand die Schuldienststelle der HJ, er war Personalreferent, damit für Ernennungen, Beförderungen und Entlassungen von Lehrkräften zuständig und übernahm dann auch die Aufgaben des zur Wehrmacht eingezogenen Schulsenators.

Da Henze auch seine vorherige Aufgabe, die nebenamtliche Leitung der Gauführerschule, behielt, agierte er mit einem ideologisch geprägten Selbstverständnis

der Durchsetzung nationalsozialistischer Doktrin: „Das Schicksal hat uns ausersehen, mit dem größten Sohn unseres Volkes, dem genialsten Führer, Träger der Idee zu bleiben, die im Nationalsozialismus unsere tiefste religiöse Verankerung, unser Gotterleben, erkennt: [...] Der uns ruft, ist der, den Gott uns sandte.“

Der Unterschied zu seinen Vorgängern in der Leitung der Hamburger Schulverwaltung, Willi Schulz und Karl Witt, zeigte sich schnell.

Durch ihn wurde der Antisemitismus von der Schulverwaltung gezielt in alle Schulen getragen. Henze wies alle Lehrerinnen und Lehrer an, jüdische Sprichworte und Redensarten zu sammeln, „in denen nichtjüdische Völker die Niedertracht des Juden gekennzeichnet haben“.

Henze folgte dabei den Vorgaben des Hauptschulungsamtes, der Zentrale seines zweiten Aufgabenfeldes. In den „Richtlinien des Hauptschulungsamtes der NSDAP für die Schulung im Kriege“ wurde explizit darauf gedrängt, „die Judenfrage wieder eindringlich zu behandeln“. Für die politischen Leiter komme es „darauf an, [...] den Juden so zu zeigen, wie er ist. Beispiele stehen ja in übergroßer Zahl zur Verfügung und sind auch aus den mit den Juden im eigenen Volk gemachten Erfahrungen noch im Bewusstsein des Volkes lebendig. Hier muss wieder aufgefrischt werden. Der Jude in der Sowjetunion, in England und der Umgebung Roosevelts ist als Treiber in diesem Krieg herauszuarbeiten. Er muss als der schließliche und entscheidende Gegner erkannt werden, auf den sich der Vernichtungswille unseres Volkes zu konzentrieren hat. Damit müssen zugleich jene hier und da noch anzutreffenden Begriffe über Juden als ‚Auch-Menschen‘ beseitigt werden.“¹²

In einer seiner ersten Sitzungen mit Schulleitungen referierte Albert Henze über die „Verwahrlosung der Jugend, die auch eine Anzahl von Schülern der Oberschulen betrifft“. Die Schulleiter „müssen mit allen Mitteln bestrebt sein, die Schüler(innen) aus der Schule zu entfernen, die durch äußere und innere Haltung zu erkennen geben, daß sie nicht würdig sind, eine höhere Schule zu besuchen.“¹³

Damit waren in erster Linie die Schüler gemeint, die der sogenannten Swing-Jugend zugerechnet wurden.

Am 21.10.1940 hatte die Gestapo eine mehrere Monate umfassende Aktion gestartet, die zu einer ersten großen Verhaftungswelle gegen die Swing-Jugend führte, die in erster Linie auch gegen Schülerinnen und Schüler gerichtet war.

63 Jugendliche wurden festgenommen. Es ist offenkundig, dass Albert Henze diese Verhaftungen veranlasste, denn in der genannten Sitzung hatte er als Beispiel für Jugendverwahrlosung, Ausschweifungen, Swing-Tänze und englische Platten genannt. Er berichtete von Überfällen auf HJ-Angehörige durch Jugendliche, die gekennzeichnet seien „durch lange Haare, auffallend weiße Schals und Hut im Nacken“.¹⁴

Henze arbeitete in der Kampagne gegen die Swing-Jugend eng mit dem gleichaltrigen SS-Sturmbannführer Karl Hintze zusammen, der verantwortlich war für die Misshandlungen und Einlieferungen von Swing-Jugendlichen in Konzentrationslager. Auf Initiative von Albert Henze fand am 13.12.1941 eine Schulleiterkonferenz unter Vorsitz von Reichsstatthalter Karl Kaufmann statt. Dies war ein Novum, zeigte einerseits, wie sehr Henze seine Aufgaben in der Schulverwaltung mit dem NSDAP-Apparat verband, andererseits war dies natürlich auch eine massive Kampfansage gegen eine Jugendbewegung, die als nonkonform eingeschätzt wurde. Gestapomitarbeiter, die zu dieser Schulleiterkonferenz als Referenten eingeladen worden waren, berichteten über Swing-Jugendliche an Hamburger Oberschulen. Die Schulleiter wurden eingeschworen, verdächtige Jugendliche über Henze an die Gestapo-Leitstelle zu melden. Einer dieser Verdächtigen war der 16jährige Heiner Fey, Schüler des Christianeums.

Der am 11.10.1925 geborene Heiner Fey war im Sommer 1941 bei einer Kontrolle aufgefallen, weil er einen Sticker auf dem Rockaufschlag trug, der die amerikanische Flagge zeigte. In seiner Brieftasche fand der HJ-Streifendienst den Text und die Noten der „Internationalen“ sowie ein Foto, das englische Matrosen bei der Zerstörung eines Hitlerbildes zeigte. Ein viertel Jahr später geriet Heiner Fey vollends in die Verfolgungsmaschinerie der Gestapo und des NS-Staates, als er nach einer Denunziation wegen des Abhörens von „Feindsendern“, wegen des Verbreitens von „feindlichen Flugschriften“ und als Swing-Jugendanhänger festgenommen wurde. Am 19.6.1942 wurde er nach Moringen überstellt (Lagernummer 661). Am 7.1.1944 entließ ihn die SS, wohl nicht zuletzt aufgrund seiner angeborenen Herzerkrankung. Heiners Feys Mutter erinnerte sich später an die Rückkehr des Sohnes aus dem Jugend-KZ: „Er kam nach Hause wie ein Skelett und die Beine waren voller Entzündungen – so Löcher. Er sah furchtbar aus.“ Heiner Fey starb 1961 im Alter von 36 Jahren.¹⁵

Insgesamt standen etwa 25 Jugendliche, viele davon Schüler des Christianeums, miteinander in Verbindung.

Henze gab ein Verzeichnis der Schulverwaltung über die „Schüler und Schülerinnen der hiesigen Höheren Schulen, die seit dem 1. April 1940 von der Schule verwiesen oder an eine andere Schule strafversetzt worden sind“ in Auftrag, das an die Gestapo weitergeleitet wurde. Darüber hinaus ging eine Aufstellung mit weiteren 13 Namen von Schülerinnen und Schülern, die wegen staatsabträglichen Verhaltens bestraft worden waren, ebenfalls an die Gestapo.

Am 29.6.1942 konnte Henze vor dem Beirat der Schulverwaltung Erfolge präsentieren: „Die Beteiligung von Schülern an der Swing-Bewegung habe nachgelassen, nachdem durch 20 bis 30 Verweisungen von der höheren Schule streng durch-

gegriffen worden sei. Es sei Vorsorge getroffen worden, dass die Betroffenen auch an den privaten Vorbereitungsanstalten ihre Reifeprüfung nicht ablegen könnten. Die Swing-Bewegung als solche sei jedoch bisher nicht abgeflaut. Es seien daher weiterhin zahlreiche Verhaftungen und Bestrafungen erforderlich geworden.“¹⁶

In einer Dienstbesprechung mit den Direktoren der Oberschulen am 19.12.1942 gab Albert Henze die Anweisung: „Schülern und Schülerinnen, von denen die Schule erfahre, dass sie der Swing-Jugend angehören, sind, ohne sie zu vernehmen, über die Schulverwaltung dem Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, SD-Leitabschnitt Hamburg, Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 46, mitzuteilen“.

Der Kampf gegen mögliche Gegner des NS-Regimes beschränkte sich nun nicht nur auf auffällige Jugendliche, sondern auch auf Lehrer und Schulleiter, die Henze nicht als zuverlässig im Sinne des NS-Staates einschätzte. Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Swing-Jugend, richtete Henze sein Augenmerk auf die Schulleitung des Christianeums und Lehrer dieser Schule, die er verantwortlich für die „Verwahrlosung“ der Schülerschaft machte.

Am 13. und 16.1.1942 suchte Albert Henze die Schule auf und trug dort eine Anklageschrift vor, die aufgrund einer Untersuchung der Schulverwaltung über die politische Haltung des Schulleiters Hermann Lau und mehrerer Kollegen erstellt worden war und auf Denunziationen mehrerer dortiger Lehrer beruhte. Diese Anklageschrift war eine der Konsequenzen der Schulleiterkonferenz vom 13.12.1941 unter dem Vorsitz des Reichsstatthalters Karl Kaufmann. Die zu einer Gesamtkonferenz zusammengerufenen Lehrer forderte Henze auf, weiteres Belastungsmaterial gegen den wegen politischer Unzuverlässigkeit zu überprüfenden Schulleiter Hermann Lau und zwei weitere Kollegen vorzubringen. In Folge dieser Aktion wurde der Schulleiter „aus politischen Gründen“ an eine andere Schule als Leiter versetzt. Er „genieße nicht mehr das Vertrauen des Reichsstatthalters“.¹⁷

Für den Nationalsozialisten Henze war es unerträglich, in der Schulverwaltung mit einem Schulrat zusammenarbeiten zu müssen, der sich weigerte, in die NSDAP einzutreten. Gustav Schmidt war genauso wie Fritz Köhne wegen seiner Kompetenzen 1933 als Nicht-NSDAP-Mitglied in der Schulverwaltung geblieben. Während Fritz Köhne 1937 in die NSDAP eintrat, blieb Gustav Schmidt parteilos.

Das war Henze bei Übernahme seiner Funktion in der Schulverwaltung ein Dorn im Auge. Schmidt führte ein Tagebuch über die Zeit von 1939–1945, das unter dem Titel „Kriegstagebuch“ 2004 von Jörg Berlin veröffentlicht wurde.

Darin beschrieb Gustav Schmidt, welch Geist mit Albert Henze in die Behörde kam und wie er von Henze drangsaliert wurde.

Am 17.3.1941 notierte Schmidt zum ersten Mal, dass er von Henze mit ausfallenden Worten attackiert worden sei, weil Henze sich in den zwei Monaten, die er in der Schulverwaltung arbeitete, von dem vierzehn Jahre älteren Schmidt nicht beachtet fühlte. Und schon am 11.8.1941 notierte Gustav Schmidt, dass Henze einen Lehrer aus dem von Schmidt betreuten Schulkreis über den Schulrat Schmidt ausgefragt hätte, nach seiner Haltung und nach seinem Können. Schmidt sei nicht NSDAP-Mitglied und es lägen Henze viele Klagen über ihn vor. Fritz Köhne, Schulratskollege, auch von Henze befragt, riet Schmidt zur Vorsicht bei allen Äußerungen und versuchte, ihn zum Pro-forma-Eintritt in die NSDAP zu bewegen. Köhne vermutete, dass an Henze in der von ihm geleiteten Gauführerschule Äußerungen über Schmidt herangetragen worden seien. Am 29.11.1941 notierte Schmidt ein Gespräch mit Henze, in dem ihm seine Nichtmitgliedschaft in der NSDAP vorgeworfen wurde. Schmidt habe die autoritären Entscheidungen der NSDAP im geistigen Bereich und deren Kirchenfeindlichkeit kritisiert. Nach dem Gespräch schrieb Schmidt in sein Tagebuch über Henze: „Er ist kein geistiger Mensch.“

Am 19.12.1941 notierte Schmidt über eine Rede von Albert Henze vor den Lehrern des 6. Schulkreises, den Gustav Schmidt leitete: „Seine Rede war unglücklich, laut, polternd, schreiend, drohend.“ Am 15.1.1942 schrieb Schmidt, dass er von Henze telefonisch zur Rede gestellt worden wäre, weil er eine Karte zur Veranstaltung mit Joseph Goebbels anlässlich dessen Hamburg-Besuchs zurückgegeben hätte. „Der Reichsstatthalter sei darüber äußerst ungehalten und wolle die Gründe wissen“. Am 29.1.1942 wurde Schmidt von Henze zur Rede gestellt: Ihm, Henze, sei gemeldet worden, dass Schmidt bei den Haussammlungen für das Winterhilfswerk zu wenig Geld geben würde. Schmidt scheint durch seinen Nachbarn denunziert worden zu sein. Am 31.5.1942 teilte Henze Gustav Schmidt mit, der Reichsstatthalter Karl Kaufmann habe verfügt, Schmidt aus der Schulaufsicht zu entfernen. Henze hatte sicherlich seinen entscheidenden Beitrag dazu geleistet.

In einem Schreiben an Henze hatte Gustav Schmidt schriftlich begründen müssen, warum er nicht in die NSDAP eintreten wollte. Schmidt schrieb unter anderem: „Wenn ich der NSDAP beitrete, verpflichte ich mich zu unbedingtem Gehorsam gegenüber allen Anordnungen der mir dann bestellten Vorgesetzten ... Es hat sich herausgebildet, daß Fragen geistiger Art ... von oben her autoritär gelöst werden. Eine andere Meinung von unten kann sich kaum oder nur sehr schwer bemerkbar machen. Dadurch wird sehr viel geistiges Leben unterbunden und muß absterben. Es ist keine fruchtbare Kritik möglich und ein guter, lebenswerter Fortschritt im Kampf der Meinungen wird heute sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Diese Haltung widerspricht meiner Anschauung vom Wert geistigen Lebens und geistiger Auseinandersetzung für das Volksleben.“¹⁸

Daraufhin wurde Gustav Schmidt am 3.6.1942 vom Dienst suspendiert und am 15.6.1942 untersagte ihm Karl Kaufmann die weiteren Dienstgeschäfte.

Am 1.12.1943 wurde der 57jährige Gustav Schmidt dann noch für den Kriegsdienst eingezogen und in der Heeresstandortgebührenstelle Wandsbek eingesetzt.

Ab dem 1.6.1945, nachdem der „Spuk“ vorüber war, wurde Gustav Schmidt dann wieder in die Schulverwaltung geholt.¹⁹

Albert Henzes Vorgänger in der Leitung der Schulverwaltung, Karl Witt, ebenso wie Landesschulrat Willi Schulz und Oberschulrat Albert Mansfeld, hatten in der Auseinandersetzung zwischen der forsch fordernden HJ und den Schulleitern und Kollegien stets darauf geachtet, dass die Macht der HJ nicht zu groß und der pädagogische Betrieb nicht von der HJ dominiert wurde. Albert Henze nun, dem die Schuldienststelle der HJ unterstand, stärkte den Einfluss der HJ in den Schulen, wobei freilich der geordnete Schulbetrieb in der fortgeschrittenen Kriegssituation zunehmend eingeschränkt wurde.

Es begann damit, dass Henze am 28.5.1941 verfügte, dass ein hausaufgabenfreier Nachmittag in jeder Schule im Einvernehmen zwischen Schulleitung und den HJ-Bannführern festgelegt wurde. „Der Pimpf mit den besten Führeigenschaften wird als Klassenführer (Klassensprecher), der bewährteste HJ-Führer der Schule als Schulführer (Schulsprecher) eingesetzt. Unter seiner Leitung werden geeignete HJ-Führer vom Schulleiter zum Ordnungsdienst in der Schule herangezogen.“²⁰

Nun blieb es nicht dabei, der HJ Zeiten für ihre Organisationsarbeit zu sichern und sie als Disziplin-Faktor in den Schulalltag zu integrieren. Der nächste Schritt war „die beratende Mitwirkung der HJ bei allen Prüfungen und Ausleseverfahren in Bezug auf die außerschulische Einsatzbereitschaft der Prüflinge“. Nicht schwer zu erkennen, dass hier die Macht der HJ gestärkt wurde, mit dem Ziel, deren Einfluss und Organisationsgrad zu steigern.²¹

Welche konkreten Auswirkungen ein solcher Einfluss der HJ haben konnte, wird in einem Fall deutlich, bei dem OSR Albert Henze eine Einzelfallentscheidung der Schulverwaltung unterschrieb. Danach „wird der Schüler Gerhard Marx nicht zur Reifeprüfung zugelassen, weil er seit längerer Zeit keinen Dienst in der HJ macht.“²²

In einem anderen Fall wurde Henze über „schuldisziplinarische Maßnahmen“ gegen die Schüler Heinrich Wahl und Wolfgang Kropp am Wilhelm-Gymnasium informiert. Der Schüler Wahl hatte in einem Klassenaufsatz zum Thema „Welche Haltung kann die Front von der Jugend in der Heimat fordern?“ in Form rhetorischer Fragen die Aktivität des HJ-Streifendienstes kritisiert, der Altersgenossen wegen des Hörens von Jazzmusik angezeigt und verhaften ließ. Jugendliche sollten nach eigenem Geschmack ihre Freizeit gestalten können, forderte Heinrich Wahl in dem Klassenaufsatz. Denunziationsschreiben bezogen sich auf Meinungsäußerun-

gen von Schülern in Klassenarbeiten, das Zusammenspiel von Henze und der HJ funktionierte.²³

Albert Henze hatte in seiner Wirkungszeit in der Schulverwaltung parallel die ideologische Schulungsarbeit als Gauschulungsleiter niemals vernachlässigt, die hauptamtliche Tätigkeit in der Schulverwaltung und die abgeordnete Arbeit befruchteten sich gegenseitig.

Vom 2. bis 5.8.1942 nahm Henze an einer mehrtätigen Arbeitstagung der Schulungsbeauftragten der NSDAP (Gauschulungsleiter und Reichsschulungsbeauftragte) teil. An den Referenten zeigte sich, wer Henze maßgeblich beeinflusste und welchen Zugang Henze zum NS-Machapparat hatte: Es sprachen u. a. Joseph Goebbels, Albert Speer und Alfred Rosenberg, Goebbels hatte zu Beginn einen Empfang gegeben.²⁴

Henze nahm am 22.3.1943 an einer weiteren Arbeitsbesprechung der Gauschulungsleiter teil, deren Schwerpunkt die Fortsetzung der Schulungsarbeit nach Ausrufung des „totalen Krieges“ durch den „Führererlass über den umfassenden Einsatz für Aufgaben der Reichsverteidigung“ vom 13.1.1943 bildete. Dieser Erlass hatte die „Anordnung A 10/43“ von Reichsleiter Martin Bormann vom 18.2.1943 im Führerhauptquartier über die „Stilllegung des Hauptamtes für Erzieher und des NSLB“ zur Folge: Zeitschriften stellten ihr Erscheinen ein, frei werdende Personen, Räume und Gebäude wurden anderweitig genutzt. Demgegenüber gingen die Schulungen des Gauschulungsamtes nicht nur weiter, sie wurden sogar noch intensiviert.²⁵

Für die NSDAP trat der Krieg nun in die entscheidende Phase. Da wurden Parteisoldaten wie Henze mit voller Kraft für Aufgaben auf höherer Ebene benötigt.

Seine letzten Amtshandlungen in der Schulverwaltung fanden nach den massiven Bombenangriffen im Juli/August 1943 statt und hatten keine pädagogischen Anliegen. In vier Konferenzen der Schulverwaltung ging es darum, welche Maßnahmen nach den alliierten Bombenangriffen zu ergreifen seien. Danach schied Henze am 1.10.1943, wie es hieß, „auf eigenen Wunsch“ aus der Schulverwaltung aus.

Das Amt des Gauschulungsleiters sollte nunmehr enger an die Parteiorganisation der NSDAP gebunden und hauptamtlich besetzt werden. Henze hatte all die Jahre nebenamtlich als ein staatlich abgeordneter und besoldeter Beamter zweigleisig gearbeitet und im Staatsapparat Karriere gemacht.

Parteisoldat Henze übernahm nun die schon „nebenberuflich“ innegehabte Leitung eines der 42 Gauschulungsämter der NSDAP. Die später von Henze verbreitete Mär, er sei gegen seinen Willen in den Parteiapparat gezwungen worden, entsprach nicht seinem bisherigen Wirken. Und auch die Tatsache, dass er noch ein Jahr vor Kriegsende, im Mai 1944, seinen Eintritt in die SS betrieb, indem er ein „Aufnahmegesuch verbunden mit einem handgeschriebenen Lebenslauf und Pass-

bildern, an die 28. SS-Standarte des SS-Oberabschnitts Nordsee (Harvestehuder Weg 8a)“ richtete, zeigte eher, dass Henze sich politisch zu einem Zeitpunkt weiter festlegte, als das Ende der Nationalsozialisten, für ihn nicht absehbar, nicht mehr fern war.²⁶ Henze gehörte nunmehr auch zum persönlichen Kreis um Reichsstatthalter Karl Kaufmann. Uwe Schmidt hat im Bundesarchiv Dokumente gefunden, in denen Henze in einem Schreiben an seinen Freund Rudolf Querner von den „frohen Stunden“ schwelgte, die er und Querner „im engen Kreise um den Gauleiter und seinen Mitarbeitern verleben durften“.²⁷

Wie anfangs ausgeführt, hatte Albert Henze beim Ende der nationalsozialistischen Herrschaft 1945, 45jährig, noch die längere Hälfte seines Lebens vor sich.

Zunächst wurde er, wie viele nationalsozialistische Funktionäre, die nicht untertauchten, interniert und in verschiedenen Gefängnissen und Lagern untergebracht. Ein Verfahren gab es 1948 in Bielefeld gegen ihn. Die 9. Spruchkammer des Spruchgerichts Bielefeld verurteilte ihn am 24.4.1948, „weil er Mitglied einer verbrecherischen Organisation, nämlich des Führerkorps der NSDAP gewesen ist und gewußt hat, daß diese für Handlungen verwandt wurde, die gemäß Art. VI des Internationalen Militärgerichtshofes als verbrecherisch erklärt worden ist“. In der weiteren Begründung wurde darauf verwiesen, dass der Angeklagte von der Existenz von KZs für politische Gegner wusste. Zur Arbeit des Führerkorps erklärte das Gericht: „Der Angeklagte hat selbst erklärt, daß der Führerkorps die Aufgabe hatte, die Bevölkerung zu überwachen und notfalls Meldungen an die Gestapo zwecks Überweisung in ein KZ zu erstatten. Der Führerkorps hatte die Aufgabe, Verständnis für die grausamen Maßnahmen gegen die Juden bei der Bevölkerung zu erwecken.“

Zu Henezes Gunsten wurde mildernd gewertet, dass er „in der Hauptverhandlung einen offenen und ehrlichen Eindruck machte“.

Albert Henze wurde lediglich zu einer Geldstrafe von 1200 Reichsmark verurteilt und musste die Kosten des Verfahrens tragen. Die Geldstrafe galt allerdings durch die dreijährige Internierungshaft als verbüßt.²⁸

Am 20.7.1949 kam die Zentralstelle für Berufungsverfahren in Hamburg bei der Entnazifizierung Albert Henezes zu der Entscheidung, ihn in Kategorie IV (Mittäufer) einzustufen, vermerkte aber: Wiederbeschäftigung als Lehrer kommt nicht in Frage. Henze wurde in den Entnazifizierungsverfahren übrigens von Rechtsanwalt Oscar Toepffer vertreten, der ihn 1941 als Senator mit den Aufgaben in der Schulverwaltung betraut hatte. So schlossen sich Kreise. Und das blieb nicht der einzige Bezug Henezes zu alten Kameraden.²⁹

Albert Henze verließ mit seiner Familie Hamburg und zog nach Lübeck. In einem von Henze 1975 geschriebenen „Rückblick und Ausblick“ erklärte er, dass „ein

früherer Mitarbeiter des Reichsschulungsamtes der NSDAP ihm die Rückkehr in den Schuldienst“ ermöglicht hätte.

Henze trat am 16.4.1952 den Dienst als angestellter Lehrer für Deutsch, Geschichte und Leibesübungen an der Oberschule am Dom in Lübeck an. Protegiert wurde er durch den ehrenamtlichen Schulsenator in Lübeck, Helmut Lemke. Lemke war 1933 mit 27 Jahren NSDAP-Bürgermeister in Eckernförde geworden, trat sein Amt im Februar 1933 in SA-Uniform an und hatte erklärt: „Wir alle, jeder an seiner Statt, sind dazu aufgerufen, die Hammerschläge des Dritten Reiches auszuführen“. Von 1937 bis 1945 war Lemke NS-Bürgermeister in Schleswig. Nach dem Krieg arbeitete er erst als Rechtsanwalt und Notar, von 1951 bis 1954 war er ehrenamtlicher Schulsenator in Lübeck, danach Kultusminister in Schleswig-Holstein, von 1955 bis 1963 Innenminister und von 1963 bis 1971 Ministerpräsident in Schleswig-Holstein.³⁰



Henze 1958

Ein guter Protegé für Albert Henze.

Wie in allen anderen Fällen auch fand Albert Henze weitere Befürworter, die sich für seine Wiederverbeamtung einsetzten und Persilscheine ausstellten, wie den Lübecker Pastor Lewerenz. Lewerenz bezeichnete Henze „als tadellosen Charakter“. Er sei „durch eine eigenartige Verquickung der Umstände in die mit der brutalen Regelmäßigkeit eines Naturgesetzes laufende Entnazifizierungsmaschine geraten und vitaltechnisch von ihr zermalmt worden. Nicht, dass er ein zu wilder Nazi gewesen wäre! Da sind ganz andere wieder in hohen Ämtern. Aber er hat die juristische Dummheit begangen, 1943 hauptamtlich in den Parteidienst zu gehen und damals auf alle seine Beamtenrechte zu verzichten“.³¹

Es gelang Henze, durch sogenannte „Kettenverträge“ 23 Jahre als Lehrer an der Oberschule zum Dom in Lübeck tätig zu sein. Zwischenzeitlich gab es immer wieder Versuche, Henze in das Beamtenverhältnis zu überführen, Hamburg zeigte sich dabei aber nicht kooperativ.

An ein paar Beispielen soll gezeigt werden, wie die Vergangenheit zunehmend verklärt, verdreht und verfälscht wurde.

Als Albert Henze 1965 die Altersgrenze erreichte, wurde in der Zeitschrift der Oberschule zum Dom eine Laudatio über Henze veröffentlicht, in der es heißt:

„Nach seiner Beförderung zum Studienrat übernahm er im Laufe der Jahre eine Reihe wichtiger Tätigkeiten in der Verwaltungsarbeit der Hamburger Schulbehörde.“ Hamburg habe seinen Lebensweg in mehr als 30 Jahren „mit hohen beruflichen Erfolgen mit glücklichen Jahren in der eigenen siebenköpfigen Familie

und nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 mit bitteren Enttäuschungen geprägt“. Über seine pädagogische Arbeit wurde festgestellt, er sei ein „Lehrer aus Berufung“, der „aufgrund seiner großen pädagogischen Erfahrung ständig in der Oberstufe eingesetzt worden sei und fünfmal eine Klasse zum Abitur geführt habe. Fachliches Können, eine positive Lebenseinstellung und eine Haltung als vertrauensvoller, väterlicher Freund seiner Schüler, Hilfsbereitschaft und Lauterkeit seines Charakters wären kennzeichnend für ihn. Alles Persönliche stellt er zurück, wenn er nur irgendwann und irgendwo helfen kann.“³²

Henze arbeitete übrigens über die Pensionsgrenze hinaus weiter an dem Lübecker Gymnasium. Noch als 71-Jähriger übernahm er eine Sexta mit 34 Schülern, mit 74 Jahren unterrichtete er noch zwei Stunden Deutsch.

Albert Henze selbst äußerte sich in seinem „Rückblick und Ausblick“, im Juli 1975 geschrieben und in seiner Personalakte nachzulesen. Darin bilanzierte er sein Leben als „Pflichterfüllung“, er habe sich „in jeder Richtung“ bemüht, „stets ohne Seitenblick auf den Verdienst dort meine Pflicht zu tun, wohin man mich gestellt hat und wo man glaubte mich am besten zu brauchen.“

Der Stachel, nach dem Krieg nie wieder auf die Karriereleiter gestiegen zu sein und vermutlich wirtschaftliche Not mit seiner siebenköpfigen Familie gelitten zu haben, saß tief und verdrängte alle Aspekte eigener Schuld und Verstrickung. Auch die Phase im Führerkorps, als Vermittler nationalsozialistischen Gedankenguts, als Verantwortlicher, der Hamburger Jugendliche verfolgte und inhaftieren ließ, subsumierte Henze einfach als „ein halbes Jahrhundert lehrender und erzieherischer Tätigkeit im schulischen Dienst“.

Sein Lamento begann mit den Fragen: „Was habe ich nur verbrochen, dass ich so hart bestraft werden soll? Was soll der gerechte Lohn sein für alle Mühen, Strapazen und Entbehrungen und aufopfernde Tätigkeit?“ Er beklagt: „Alles wäre leichter zu ertragen und als gerechter anzusehen, wenn nur die leiseste Schuld nachgewiesen werden könnte. Warum musste ich drei Jahre hinter Stacheldraht? Warum durfte ich jahrelang nur niedrige Arbeiten verrichten und nicht wieder in den Staatsdienst?“

Henze verstieg sich in Selbstmitleid und Klage, wenn er „schwerste seelische Belastung“ beklagte, weil er seine Familie in furchtbare Not und Verfolgung gebracht und ihnen die Berufschancen verbaut habe. Seit 1945 habe ihm seine Frau immer wieder vorgeworfen, für die Situation der Familie trage er die Verantwortung. Das mag persönlich sicherlich schwierig gewesen sein. Aber abstrus war die Schlussfolgerung Henzes, wenn er seine Familie mit den Naziverfolgten verglich: „Wenn hier jemand hätte entschädigt werden können, dann wäre wohl meine Familie ein gerechterer Fall geworden als viele andere.“³³

Albert Henze starb am 1.10.1994 in Lübeck.

Anmerkungen

- 1 Alle biographischen Daten, wenn nicht anders vermerkt, aus: StA HH, Senatskanzlei-Personalakten_C 621.
- 2 Uwe Schmidt: Nationalsozialistische Schulverwaltung in Hamburg, Hamburg 2008, S. 61.
- 3 Personalakte Gundlach, StA HH, 361-3_A 1037.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd. Siehe auch die Biografie Gundlach in diesem Buch.
- 6 Zitiert nach Uwe Schmidt, a. a. O., S. 64.
- 7 Zitiert nach Uwe Schmidt, a. a. O., S. 65.
- 8 Ebd.
- 9 StA HH, 361- 2 VI_1530- Zusammenarbeit Schulen-HJ 1941–1944.
- 10 Personalakte Henze, a. a. O.
- 11 Zitiert nach Uwe Schmidt, a. a. O., S. 81.
- 12 Alles zitiert nach Uwe Schmidt, a. a. O., S. 68.
- 13 StA HH, 361- 2 VI_1530; Zusammenarbeit Schulen-HJ 1941–1944.
- 14 StA HH, 361-2 VI_990; Schulverwiesene oder strafversetzte Schüler (sog. Swing-Jugend, 1940–1942).
- 15 <http://www.martinguse.de/jugend-kz/mobiografie5.htm>.
- 16 StA HH, 361-2 VI_990; Schulverwiesene oder strafversetzte Schüler (sog. Swing-Jugend, 1940–1942).
- 17 Siehe dazu auch die ausführliche Darstellung in den Biografien Lau, Trog und de Bruycker in diesem Buch. Auch an anderen Schulen, an denen Henze eine straffere Führung haben wollte, wurden Schulleiter ausgewechselt und anderswo eingesetzt. So etwa am Johanneum. Siehe die Biografien Puttfarcken und Zindler.
- 18 Gustav Schmidt: Kriegstagebuch 1939–1945, Hamburg 2004.
- 19 Personalakte Gustav Schmidt, StA HH, 361-3_A 706.
- 20 StA HH, 361- 2 VI_1530 ; Zusammenarbeit Schulen-HJ 1941–1944.
- 21 Ebd.
- 22 StA HH, 361-2 VI_92
- 23 StA HH, 361-2 VI_500 ; Schuldisziplinarische Maßnahmen gegen die Schüler Wahl und Kropp wegen staatsfeindlicher Äußerungen, 1942–1948
- 24 Zitiert nach Uwe Schmidt, a. a. O., S. 81.
- 25 Uwe Schmidt, a. a. O., S. 81f.
- 26 Uwe Schmidt, a. a. O., S. 83.
- 27 Ebd. Rudolf Querner war höherer Polizeiführer in Hamburg gewesen, SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, wesentlich verantwortlich für Verbrechen im Zuge der Räumung von KZs und Kriegsgefangenenlagern. Nach Kriegsende wurde Querner verhaftet und beging am 27.5.1945 in der Haft Selbstmord. Siehe u. a.: Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Koblenz 2013, S. 475.
- 28 Personalakte Henze, a. a. O.
- 29 Alle Angaben: Personalakte Henze, a. a. O.
- 30 Siehe: Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Koblenz 2013, S. 365.
- 31 Landesarchiv Schleswig-Holstein Abt. 811 Nr. 43195, Schulakte. Nach Hinweis von Uwe Schmidt.
- 32 Zeitschrift Oberschule zum Dom, OzD 35.Jg. Ferien-Sondernummer, S. 6, nach Hinweis von Uwe Schmidt.
- 33 Landesarchiv Schleswig-Holstein Abt. 811 Nr. 43195, Schulakte.

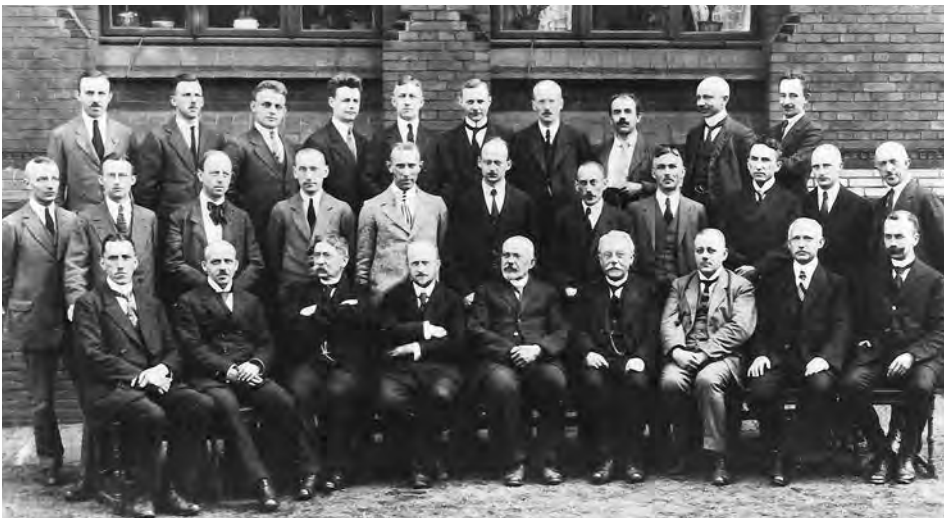
Hermann Saß

„Vorne SA, hinten SS“

Hermann Saß, Schülerjargon „vorne SA, hinten SS“¹, Träger des goldenen Parteiabzeichens, war seit dem 16.3.1933 erst als Senator, dann als Stadtrat und später als Oberschulrat verantwortlich für die Schulen Altonas. Wohl auch vor dem Hintergrund seines eigenen Erlebnisses, 1925, als Lehrer wegen „mäßiger Unterrichtserfolge“ entlassen worden zu sein, führte Saß eine Art Rachefeldzug, als er selbst über Macht verfügte. Er beförderte seine Getreuen und Parteifreunde zu Schulleitern und Schulräten im Altonaer Schulwesen und nutzte willfährige Nationalsozialisten in den Altonaer Lehrerkollegien als Zuträger und Spitzel, die Äußerungen von Lehrern, Schülern und Schulleitern an ihn weiterleiteten, ja, geheime Protokolle in Lehrerkonferenzen schrieben.

Hermann Saß wurde am 17.5.1891 in Elmshorn geboren. Er besuchte die Oberrealschule in Altona, studierte danach in Freiburg, München und Kiel, unterbrochen durch den Kriegsdienst vom 19.3.1915 bis zum 9.12.1918, in dem er zum Vize-Feldwebel befördert wurde.

Am 9.10.1918 promovierte er in Kiel („Die Stellung des Adverbs bei Roger Ascham“) und am 29.7.1920 bestand er die wissenschaftliche Prüfung für das höhere



Realgymnasium Schleeschule 1923: Hermann Saß in der letzten Reihe (6. v. l.). In seiner Nähe steht Paul Dittmer (3. v. l.), der 1934 von ihm zum Stadtschulrat in Altona befördert wurde.

Lehramt mit den Hauptfächern Deutsch und Französisch. Die pädagogische Prüfung absolvierte er am 16.3.1921. Er fand Anstellung als Studienrat am Realgymnasium in Altona. Dort arbeitete er bis zum 30.4.1924. Saß wurde dann nach der Personalabbauverordnung in den einstweiligen Ruhestand versetzt.²



Hermann Saß

Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wurde Hermann Saß am 16.4.1933 kommissarischer Senator für das Schulwesen und am 21.10.1933 als Stadtrat für die Altonaer Schulen verantwortlich. Am 4.1.1934 schrieb Stadtrat Dr. Hermann Saß an den neuen Oberbürgermeister Daniel und lieferte seine Version seiner Versetzung in den Ruhestand 1924. Er wies darauf hin, dass die „wirklichen Gründe für meine damalige Verabschiedung auf politischem Gebiete gesucht werden“ müssen.³

Offiziell war Saß nach einem mit „genügend“ bestandenen Staatsexamen und nach einer Beurteilung durch den Schulleiter der Schlee-Reformschule, später Realgymnasium in Altona, Gohde, der ihm nur mäßige Unterrichtserfolge bescheinigt hatte, pensioniert worden.

Darüber hinaus hatte das Provinzialkollegium Schleswig am 8.12.1925 die Pensionierung von Hermann Saß auch damit begründet, dass er „einen bedenklichen Hang zur Bequemlichkeit habe“.⁴

Laut Saß gab es ganz andere Motive:

„Anfang 1924 rollte unter dem Eindruck der Ereignisse in München die erste völkische Welle durch Norddeutschland und erzeugte auch hier bei den marxistischen Machthabern eine gewisse Nervosität und Beunruhigung. Zweifellos ist meine völkische Einstellung (Anlage 2) damals dem roten Magistrat der Stadt Altona, in dem zu jener Zeit der sozialdemokratische Oberbürgermeister Brauer (z. Z. in China) und der sozialdemokratische Senator Kirch (z. Z. im Zuchthaus) dominierten, bekannt geworden, und der letztere hat als Schuldezernent und Vorsitzender des Kuratoriums für die höheren Schulen seinen Einfluß dahin geltend gemacht, daß ich dem ‚Abbau‘ verfiel. Zwar war es nach den damals geltenden Bestimmungen des Personalabbaugesetzes unstatthaft, einen Berufsbeamten wegen seiner politischen Überzeugung in den Wartestand zu versetzen (‚abzubauen‘). Doch war man bekanntlich, wenn es galt, einen politisch unangenehmen Beamten zu erledigen, um sogenannte ‚sachliche‘ Gründe nicht sehr verlegen.“⁵ Eine ähnliche Aussage machte auf Veranlassung von Hermann Saß das gleichgeschaltete „Hamburger Tageblatt“: „Als völkisch gesonnener Lehrer wurde er unter der Aera Kirch frühzeitiges Opfer der damaligen Schulpolitik.“⁶

Gohde hätte in Kollegenkreisen, „die seine mangelnde direktoriale und charakterliche Eignung treffende Bezeichnung ‚Der Schuster‘ geführt. Saß bezeichnet ihn als die ‚beamtete Kreatur‘, welche den höheren Orts erwünschten dienstlichen ‚Abbaubericht‘ lieferte“ und nennt es „ein starkes Stück“, dass „ausgerechnet dieser Flachmann-Typ und Karikatur eines deutschen Erziehers über meine methodischen und pädagogischen Fähigkeiten den Stab zu brechen wagte.“⁷

Gegen den „Abbau“ von Hermann Saß hätte der Schleswig-Holsteinische Philologenverein protestiert. Saß legte zwei Erklärungen von Paul Dittmer und Erich Grabke bei, die dieses bestätigten.⁸

Dittmer war im Schuljahr 1923/24 Studienassessor an derselben Anstalt gewesen, habe mit Saß in derselben Klasse unterrichtet und am „gemeinsamen Mittagstisch“ gegessen. „Besonders am Mittagstisch haben wir uns in einem Kreise von 4 Kollegen des Reform-Realgymnasiums sehr häufig über die politische Lage unterhalten. Im Laufe dieser Unterhaltungen betonte Herr Dr. Saß stets seine unbedingt völkische Einstellung und brachte Gedankengänge in unsere täglichen Gespräche hinein, die den größten Teil des Kollegiums der damaligen Zeit noch völlig fremd waren.“⁹

Und der kommissarische Leiter des Philologenvereins Altona, Erich Grabke, bestätigte als ehemaliger Referendar der Schlee-Reformschule, dass Schulleiter Gohde bei Schülern und Lehrern den Spitznamen „Uns Schuster“ führte. Beide, Dittmer und Grabke, aktive Nationalsozialisten, wurden später von Saß zu Schulleitern in Altona befördert, Dittmar war zeitweise in Altona auch als Stadtschulrat tätig.

Im selben Schreiben beschrieb Hermann Saß seine persönlichen Konsequenzen aus seiner Versetzung in den Ruhestand.

„Es mag noch erwähnt werden, daß, als ich von dem Widerstand Kirch's gegen meine Wiedereinstellung erfuhr, ich keinesfalls meine antimarxistische und antidemokratische Gesinnung verleugnete. Meine Rückkehr in den Schuldienst, die ich unter Preisgabe meiner politischen Überzeugung wohl hätte erkaufen können, wurde damit zur Unmöglichkeit. Ich zog vor, Nationalökonomie zu studieren, wurde Diplomvolkswirt und trat im Jahre 1927 der N.S.D.A.P als Mitglied Nr. 67 846 bei.“ Mit seinem frühen Beitritt zur NSDAP, Mitgliedsnummer unter 100 000, reihete sich Saß ein in die Gruppe der „alten Kämpfer“, die später das goldene Parteiabzeichen erhielten.¹⁰

Saß schrieb regelmäßig Artikel für den „Völkischen Beobachter“ und andere NS-Zeitungen. 1930 bestand er an der Hamburger Universität die Prüfung zum Diplom-Volkswirt. Vom 1.5.1931 bis zum 31.3.1933 fungierte er als Ortsgruppenleiter der NSDAP in Barmstedt. Dann begann seine Karriere als Senator und Stadtrat in Altona. Nach dem Groß-Hamburg-Gesetz vom 26.1.1937 wurde Hermann Saß zum 1.4.1938 als Oberschulrat für das Höhere Schulwesen eingesetzt.

Der erste Akt des neuen Senators für die Altonaer Schulen, Hermann Saß, war die massive Intervention gegen zwei 1930 eingerichtete überkonfessionelle Samschulen. Diese waren von dem Altonaer Schuldezernenten Hermann Leo Köster in schulreformerischer Intention etabliert worden.¹¹

Saß hatte die Schulleiter und Lehrer beider Schulen zum 29.4.1933 ins Altonaer Rathaus zitiert und die Ausrichtung dieser Schulen als „besonders unerfreulich“ bezeichnet. Die sozialdemokratische vormalige Regierung mit Schulsenator Kirch hätte in Altona „die Schule zur Brutstätte weltfremder und zerstörerischer Theorien gemacht, in einem Geist, der alles andere als deutsch gewesen sei“. Und den Lehrern, die er als „willige und törichte Helfer“ bezeichnete, rief er zu:

„Wer etwa glaubt, fürderhin die ihm anvertraute Jugend zur Ablagerungsstätte veralteter international-marxistischer Gedankengänge machen zu können, hat seinen Beruf als deutscher Lehrer, als deutscher Erzieher verfehlt.“¹²

Hatte Saß sich noch 1934 mit scharfen Worten darüber beklagt und behauptet, als Lehrer aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt worden zu sein, führte er selbst als verantwortlicher Vorgesetzter ein gnadenloses Regime. Dazu gehörte ein ausgeprägtes System der Bespitzelung und Denunziation. Sowohl am Christianeum, an der Oberrealschule für Jungen in Altona (Hohenzollernring) und der Oberschule für Jungen in Blankenese hatte Hermann Saß nationalsozialistische Lehrer, die aus eigenem Antrieb und auf Anforderung kleine Dossiers über andere Kollegen schrieben. Im Fokus von Hermann Saß stand insbesondere Robert Grosse, der seit 1932 Schulleiter des Johanneums gewesen war. Grosse war von Hermann



Kundgebung der NSDAP mit dem neuen Altonaer Senat, 1933; Saß (vorn, 4. v. r.)

Saß 1934 abgesetzt und als Lehrer an die Oberrealschule für Jungen zum Hohenzollernring versetzt worden. Der Lehrer Joachim Carstens lieferte mit anderen Lehrerkollegen kleine denunziatorische Dossiers über angebliche Aussagen von Grosse im

Unterricht und im Lehrerzimmer. Am Christianeum bespitzelte der Kunsterzieher Adolf de Bruycker Kollegium und Schulleitung und belieferte Saß mit geheimen Mitschriften von Lehrerkonferenzen und Dossiers.



Saß (2. v. r.) mit NS-Größen bei einer Parteiversammlung 1935

In Blankenese waren es Kurt Eitzen und Horst Kanitz, die Äußerungen des Kollegen Hermann Reimers im Lehrerzimmer und in persönlichen Gesprächen an Saß

weitergaben, woraufhin die Gestapo eingeschaltet wurde. Über das Spitzelnetz des Hermann Saß soll im Weiteren noch ausführlicher berichtet werden.

Obwohl der HJ-Organisationsgrad der Schüler des Christianeums 1936 bei 97% lag, gab es gerade dort, wie auch am Johanneum eine aktive Gruppe der Swing-Jugend, die bespitzelt und verfolgt wurde. Schüler des Christianeums waren es auch, die Saß im Schülerjargon „vorne SA und hinten SS“ nannten.¹³ Saß verlangte von allen Abiturienten, in HJ-Uniform zur Prüfung anzutreten.

Nach dem Groß-Hamburg-Gesetz wurde Altona wie auch Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek zum 1.4.1938 zusammen mit Bergedorf Teil der Einheitsgemeinde Hamburg.

Am 3.5.1938 informierte der für die höheren Schulen verantwortliche Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer die Schulleiterkonferenz, dass Hermann Saß jetzt als Oberschulrat in die Hamburger Schulverwaltung versetzt worden sei, unter Beibehaltung seines Amtssitzes in Altona. Saß, der ideologisch wie kaum ein zweiter Schulaufsichtsbeamter einen erbitterten Kampf gegen alle Anzeichen nichtnationalsozialistischer Aktivitäten führte, versagte als Vorgesetzter und Repräsentant der Schulverwaltung immer deutlicher.

Nachdem Saß die Direktorenkonferenz leitete, mehrten sich seine augenscheinlichen Defizite. Im Februar 1941 beklagte der Schulleiter der Oberrealschule für Jungen in Altona, Peter Meyer, „das personelle Chaos in der Behörde“ und gab zu erkennen, dass er „den Saß für einen ausgemachten Wichtigtuier hält“.¹⁴ Und an anderer Stelle machte sich Meyer lustig über Oberschulrat Saß, der im Januar den missliebigen Robert Grosse im Unterricht an der Oberschule für Jungen in Altona

hospitieren wollte und von Schulleiter Peter Meyer angekündigt wurde, da „kommt so ein kleiner Schulrat“.¹⁵

Als Nationalsozialist entschied Saß Einzelfälle von HJ-Funktionären. Der Schulbeauftragte der HJ im Gebiet Hamburg, Gefolgschaftsführer Bahrs, hatte am 19.2.1942 die Schulen aufgefordert, bewährte HJ-Führer, die nicht versetzt worden waren, nachträglich zu versetzen. Hermann Saß folgte dem am 7.10.1942 nach einem politischen Gutachten des Oberstammführers vom Bann 11 in Altona und versetzte einen Schüler der 11. Klasse der Schlee-Schule, der in Deutsch mit „mangelhaft“ und in Französisch mit „ungenügend“ beurteilt worden war.¹⁶

Eine Beurteilung, die von Senator Dr. Ofterdinger am 10.5.1943 unterschrieben wurde, offenbarte die Unfähigkeit des Hermann Saß, der auch mit Krankheit auf diese Situation reagierte. 1940 war er mehrere Monate gar nicht im Amt erschienen.

In der dienstlichen Beurteilung hieß es, dass „von einem Arbeitseinsatz oder auch nur interessierter Mitarbeit nichts zu spüren“ sei. Über seinen Einsatz wurde vermerkt: „Nimmt in der Regel seine zweimal wöchentliche Sprechstunden wahr (11–12 Uhr)“ und: „Zu den allgemeinen angesetzten Sitzungen erscheint er nur, wenn Benachrichtigung möglich ist.“

Eingereichte Anfragen von Eltern „werden von ihm oft nach Gutdünken oder ganz persönlicher Einstellung“ entschieden.¹⁷ Und über seine Beurteilungskriterien von Lehrern wurde festgestellt: „Bei der Beurteilung der in seinem Schulkreis vorhandenen Lehrkräfte läßt Dr. Saß sich leicht nach der günstigen Seite hin beeinflussen, wenn die betr. Lehrkräfte es verstehen, sich im Unterricht der nationalsozialistischen Ausdrucksweise zu bedienen, ohne aber in ihrer Haltung und ihrem Charakter auch Nationalsozialisten zu sein.“ Welch Offenbarungseid.

Positiv wurde vermerkt: „Menschlich und charakterlich ist Dr. Saß durchaus angesehen.“

Das Gesamtresümee stellte allerdings fest, dass er kein Interesse an seiner Arbeit und kein inneres wissenschaftlich-pädagogisches Interesse habe. „Mitarbeiter sagen, daß nur ein Beamter als Träger des goldenen Parteiabzeichens sich das erlauben könne.“¹⁸

Am 21. 5.1943 bekräftigte Ofterdinger noch einmal in einem Schreiben an Bürgermeister Krogmann, dass Saß „für meine Bemühungen ein Hemmniss darstellt“. Er hoffe, dass für Saß ein Arbeitsfeld gefunden werde, „auf dem OSR Dr. Saß seinen Fähigkeiten entsprechend – und die hat er wirklich – für sich und die Allgemeinheit befriedigend eingesetzt werden kann.“¹⁹

Reichsstatthalter Karl Kaufmann griff die Frage nach einer anderweitigen Verwendung von Hermann Saß am 12.7.1943 auf und bat um einen Vorschlag. Falls es keine geeignete Verwendung in Hamburg gebe, müsse auch eine Abordnung nach

außerhalb erwogen werden. Der NSDAP-Kreisleiter von Altona solle einbezogen werden. Der NSDAP-Kreisleiter in Altona, Piwitt, war offenbar selbst unter Handlungsdruck geraten. Am 3.9.1943 hatte ein Mitarbeiter von Bürgermeister Carl Vincent Krogmann dem Leiter der Schulverwaltung handschriftlich und vertraulich mitgeteilt: „Kreisleiter Piwitt soll Dr. S. Vorhaltungen gemacht haben, er habe sich nicht genügend eingesetzt. Daraufhin hat Dr. S. sich das Leben nehmen wollen.“ Der Umgang mit unfähigen Inhabern des goldenen Parteiabzeichens war eine heikle Angelegenheit, wie schon das Beispiel Heinrich Haselmayer gezeigt hatte.

Hermann Saß' Ehefrau, die mit ihm nach Barmstedt gezogen war, wo ihr Vater eine Molkerei besaß, schrieb an die Schulverwaltung, dass ihr Mann „schon seit längerer Zeit an nervösen Störungen und Schlaflosigkeit litt und dieser Zustand sich besonders seit den Terrorangriffen in Hamburg erheblich vermehrte“. Saß sei zu einem längeren Aufenthalt in der Nervenklinik und benötige einen längeren Urlaub.²⁰

Die Schulverwaltung ersuchte Bürgermeister Krogmann, Saß im Bereich der Verwaltung anderweitig unterzubringen.²¹

Am 3.11.1943 wurde er mit der kommissarischen Leitung des Ortsamtes Altona beauftragt, ein Amt, das er nie antrat.

Parallel dazu bereitete man die Pensionierung von Hermann Saß vor. „Nach den mit Herrn Oberschulrat Dr. Saß in der Schulaufsicht in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen ist damit sowohl Herrn Dr. Saß als auch den Interessen der Schulen am besten gedient“, schrieb Senator Ofterdinger an Bürgermeister Krogmann am 10.9.1943.

Nach Korrespondenz des neuen Leiters der Schulverwaltung, Prof. Ernst Schrewe, mit Saß-Schwiegervater Rathjens wurde die Pensionierung eingeleitet. Schrewe teilte dem Meierei-Direktor mit, dass Saß nahezu den Höchstsatz der Pensionsbezüge erhalte. Auf die Pension angerechnet wurden am Ende auch die zwei Jahre als Ortsgruppenleiter der NSDAP in Barmstedt.

Der Schwiegervater zeigte sich einverstanden und auch der behandelnde Arzt der Psychiatrischen und Nervenklinik in Kiel, der Saß seit dem 3.10.1943 stationär behandelt hatte, erklärte im Januar 1944 die Krankheitsdauer für nicht absehbar.

Am 27.5.1944 schrieb Schrewe erneut dem Meierei-Direktor und bat diesen, den immer noch kranken Schwiegersonn zu veranlassen, ein Pensionierungsgesuch einzureichen. So behutsam verfuhr man mit Trägern der goldenen Parteiabzeichens.

Am 1.6.1944 stellte Saß einen entsprechenden Antrag.

Das amtsärztliche Gutachten fiel eindeutig aus. Der Amtsarzt des Kreises Pinneberg war aufgefordert worden, Saß auf „seinen Geisteszustand“ zu untersuchen. Saß habe seit 1941 deutlich depressive Phasen, fühle sich matt und habe schlecht geschlafen. „Anfang 1943 sei eine wesentliche Verschlechterung eingetreten, er sei

vor allem niedergeschlagen gewesen. Die Ursache sieht der Amtsarzt z.T. in den dienstlichen Verhältnissen, er sei mit seiner Tätigkeit nicht recht fertig geworden.“²²

Unter dem Eindruck der Fliegerangriffe auf Hamburg habe sich sein Zustand weiter verschlechtert. Im August habe er „eine große Menge Phariodom eingenommen, wodurch er längere Zeit bewusstlos gewesen sei“. Kurz: Er sei in die Psychiatrische- und Nervenklinik Kiel eingeliefert worden. Dort habe sich sein Zustand verschlechtert und „infolge großer Erregung“ sei er dort „ohne jede Überlegung eines Tages aus dem Fenster des ersten Stockes hinausgesprungen“. Eine Wiederherstellung aus Sicht des Arztes sei bei „Depressionszuständen der Rückbildungsjahre“ nicht zu erwarten.²³

Hermann Saß wurde zum 1.6.1944 in den Ruhestand versetzt. Eine Pikanterie am Rande. Damit wurde eine Planstelle frei für die Beförderung von Fritz Köhne zum Oberschulrat für das Volksschulwesen, „eine Funktion, die er seitdem Oberschulrat Mansfeld sich im Felde befindet, wahrnimmt“. Laut Schrewe führte Köhne die Geschäfte ausgezeichnet. „Er ist eine Persönlichkeit von hohem pädagogischem Rang, die sich einer ganz ungewöhnlichen Verehrung der gesamten Hamburger Lehrerschaft erfreut“.²⁴

Gleichwohl fiel das Abschiedsschreiben zur Pensionierung von Hermann Saß milde aus. Der Leiter der Schulverwaltung, Prof. Ernst Schrewe, schrieb: „Ich weiß aus meiner persönlichen Bekanntschaft mit Ihnen, wieviel Aufregungen, Umstellungen, Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten die letzten Jahre für Sie mit sich brachten. Davor liegt eine lange Zeit unermüdlichen Einsatzes und Kampfes. Es ist verständlich, daß bei einer derartigen Inanspruchnahme schließlich eine physische und psychische Grenze der Widerstandsfähigkeit erreicht wird.“²⁵

Die Vorlage für das Dankesschreiben hatte offenbar Fritz Köhne formuliert. Walter Behne, Oberschulrat für höhere Schulen und nationalsozialistischer Hardliner, hatte sich geweigert. Er habe Saß „nur vorübergehend im Gebäude gesehen“. Und in der Personalakte befände sich „nichts Greifbares“.²⁶ So unterschiedlich kann man Personalakten lesen.

Die Kraft bei Hermann Saß kehrte zurück, als es darum ging, das Entnazifizierungsverfahren zu bestehen. Wobei Saß am 21.6.1948 noch defensiv bemerkte: „Die Ersparnisse reichten aus, das Leben zu fristen.“ Er habe „mit Rücksicht auf die finanzielle Lage Hamburgs davon abgesehen, rechtliche Ansprüche geltend zu machen“.²⁷

Handschriftlich führte Hermann Saß seine Reden und Schriften auf. Im „Völkischen Beobachter“ hatte er schon 1927 veröffentlicht. Nach seiner Erinnerung nur geschichtsphilosophische und wirtschaftspolitische Inhalte, er sei für eine „geordnete, d. h. sozialistische Wirtschaft“ eingetreten. Das Ziel von Hermann Saß erschien

deutlich. Bagatellisieren und umdeuten seiner Schriften und Reden: „Mögen auch meine Ausführungen von nationalistischem Geist getragen gewesen sein – wie konnte es damals anders sein! – so möchte ich doch bemerken, dass ich nach März 1933, als der Nationalsozialismus die ‚totale‘ Macht besaß, in Wort und Tat ständig eine sehr tolerante und humane Richtung vertreten habe, die damals von so manchen Parteigenossen abfällig kritisiert wurde und mir 1934 eine ernste Verwarnung von Seiten des Gauleiters und Oberpräsidenten in Schleswig-Holstein Lohse eintrug.“²⁸

Die Leumundszeugnisse, die Saß organisierte und anregte, fielen dürftig aus. So behauptete der ehemalige Parteigenosse Wilhelm Keidel: „Dr. Saß ist der einzige mir bekannte, leitende Beamte in der Altonaer Stadtverwaltung gewesen, der immer aufrecht und verständig, nur gehalten von seinem Sauberkeitsgefühl und seinem Gerechtigkeitsinn für politisch gefährdetes ihm unterstelltes Personal eintrat.“²⁹

Merkwürdig, warum Peter Meyer, wiederernannter Schulleiter der Oberschule für Jungen in Altona sich bemüht fühlte, für den „kleinen Schulrat“ einzutreten, der ihn als Schulleiter abgesetzt hatte. Meyer schrieb: „Auf Wunsch von Herrn Dr. Hermann Saß bescheinige ich ihm wahrheitsgemäß, daß er im Jahre 1933 oder 1934 als damaliger Senator der Stadt Altona auf meinen begründeten Vorschlag den Zeichenlehrer meiner Anstalt, Herrn Hugo Schnüge, pensioniert hat, obgleich er wußte, daß Letzterer altes Parteimitglied der NSDAP war. Man hat Herrn Dr. Saß diese Entscheidung in Parteikreisen sehr verdacht, weil gleichzeitig der andere Zeichenlehrer, der nicht Pg. war, im Amte verblieb“. Und Saß vermerkte unter dem Persilschein des Peter Meyer, den er am 12.11.1947 einreichte: „P. Meyer war der einzige von den 1945 amtierenden Oberstudiendirektoren in Hamburg, der von 1933–45 nicht Pg. war.“³⁰

Peter Meyer hatte sich auch in anderen Fällen für ehemalige Nationalsozialisten eingesetzt und sich auch vor 1945 z. T. ambivalent verhalten. Er war aus meiner Sicht nicht die so eindeutig positive Persönlichkeit, wie sie Uwe Schmidt zeichnete.³¹



Hugo Schnüge

Der von Meyer genannte Schnüge war frühzeitiges NSDAP-Mitglied gewesen, aber auch Zeit seines Lebens für die Verwaltung ein permanent anstrengender Querulant.³²

Als wäre die Entscheidung von Hermann Saß im Fall Schnüge ein Beweis für eine liberale Amtsführung. Was immer Saß im Fall Schnüge zu seinem Handeln bewegt haben mag, bemerkenswert ist, dass Hugo Schnüge bei der Reifeprüfung des Abiturienten Hermann Saß im Jahre 1908 Mitglied der Prüfungskommission gewesen war.

Am 22.7.1948 richtete Hermann Saß ein Schreiben an den Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten in Hamburg. Er habe das Entnazifizierungs-

verfahren in Pinneberg betrieben und somit die Berufungsfrist in Hamburg verläßt. Diesen Weg hatten auch einige andere NS-Belastete in Hamburg versucht, wie etwa Albert Henze und Hinrich von der Lieth. Nicht dort zur Entnazifizierung anzutreten, wo dienstliche Expertise vorlag, sondern in Heimatdörfern und Gemeinden, wo es in der Regel familiäre, nachbarschaftliche Netzwerke gab und es z. T. Bezüge und Erinnerungen aus der Vornazizeit gab.

Der Pinneberger Ausschuss hatte allerdings das Verfahren nach Hamburg delegiert.

Die Argumentation von Hermann Saß erschien kühn. Er, der alles dafür getan hatte, den sozialdemokratischen Schulleiter des Christianeums, Robert Grosse, seines Amtes zu entheben und ihn, nachdem er zur Oberschule für Jungen am Hohenzollernring als Lehrer versetzt worden war, bespitzeln zu lassen, um Material für dessen Frühpensionierung oder Entlassung zu sammeln, dieser Saß gerierte sich am 22.6.1948 als Mann mit sozialistischen Neigungen: „Als Mitglied der Freien Studentenschaft (der am weitesten links stehenden Studentenorganisation vor 1914) und Leser und Abonnent der von Eduard Bernstein herausgegebenen ‚Sozialistischen Monatshefte‘ war ich in jüngeren Jahren mit dem Problemkreis des ‚Sozialismus‘ in Berührung gekommen und stand z. T. auch durch meine Herkunft bedingt den Zielen der Sozialdemokratie sympathisch gegenüber. Von der Entwicklung nach 1918 enttäuscht, schien mir das Programm der NSDAP zur Verwirklichung einer ‚sozialistischen‘, d. h. nach gemeinnützigen Gesichtspunkten ‚geordneten‘ Wirtschaft auf nationaler Grundlage und damit zur Lösung der sozialen Frage in Deutschland beizutragen. So trat ich im September 1927 der NSDAP als Mitglied bei. Dass der damit beschrittene Weg letzten Endes zu einer Katastrophe von geschichtlichem Ausmaß führen würde, war nicht von mir vorauszusehen. Wenn ich auch zugebe, dass die spätere Wirklichkeit, zumal nach 1938/39, allmählich zu einer Parodie auf die von mir vertretenen Ideale wurde, möchte ich doch zu meiner persönlichen Entschuldigung und Entlastung anführen, dass ich mich in meiner Haltung und meinen Handlungen stets von dem Gedanken der Humanität und Toleranz leiten ließ, auch nach 1933, als diese Ideale fast ganz aus dem öffentlichen Bewusstsein schwanden.“³³

Oberschulrat Saß beschrieb seine Tätigkeit ab 1938 als vollständig überflüssig, auf einer „Nachtwächterstelle“. Und: „Gewissenskonflikte, die sich aus kritischer Einstellung zu der 1938/39 deutlicher zu Tage tretenden doktrinären Entwicklung von Staat und Partei ergaben, führten seit 1940/41 zu einer schweren Nervenkrankheit. Im Juli 1944 erfolgte ein totaler Nervenzusammenbruch, der meine Überführung in die Universitäts- u. Nervenlinik Kiel notwendig machte.“³⁴

Seine Erklärungen verfangen nicht. Oberschulrat Schult stellte am 13.12.1948 nüchtern fest: „Im Jahre 1924 ist er in Altona im Verfolg von Sparmaßnahmen ab-

gebaut worden. Die dortige Schulverwaltung hielt ihn für entbehrlich, offenbar wegen unbefriedigender Leistungen. Seine Leistungsfähigkeit hat sich seitdem nicht gebessert. Die Schulbehörde kann ihn nirgends mit gutem Gewissen einsetzen. Sie empfiehlt, ihn im Ruhestande zu belassen.“³⁵

Und der Entnazifizierungsausschuss folgte dem und empfahl: „Wegen seiner politischen Belastung rechtfertigt es sich nicht, ihm das volle Ruhegehalt zu gewähren. Der Beratende Ausschuss empfiehlt, ihm die Hälfte des Ruhegehaltes als Studienrat unter Anrechnung der im Staatsdienst geleisteten Dienstjahre zuzuerkennen.“³⁶

Der Berufungsausschuss unter dem Vorsitz von Dr. Kiesselbach, der für Milde bekannt war, billigte ihm am 9.3.1949 die Hälfte der Pension zu, die er vor 1933 bezogen hat. „Ein Mitglied des Ausschusses hat darüber hinaus bestätigt, daß Dr. Saß als durchaus aktiver Nationalsozialist in Altona hervorgetreten und bekannt geworden ist und zu dem engeren Kreis um den Kreisleiter Piwitt und den Bürgermeister Brix gehörte. Auf der anderen Seite ergeben die bei der Akte befindlichen Entlastungszeugnisse, daß er sich auch Andersdenkenden gegenüber menschlich anständig und neutral verhalten und in seiner Personalpolitik keine Rücksicht auf politische Einstellungen und Überzeugungen genommen hat.“³⁷

Saß forderte, ihm die volle Pension zuzubilligen und nannte Beispiele seiner „toleranten und humanen Haltung“. So habe er sich 1934 für die Haftentlassung seines sozialdemokratischen Vorgängers als Senator in Altona, August Kirch, eingesetzt.³⁸

Es half nicht. Der Antrag wurde abgelehnt, eine „unbillige Härte“ bestehe nicht. Die Antwort von Hermann Saß klang schon verzweifelt. Er bestand darauf, 1927 die Entwicklung der NSDAP nicht habe voraussehen zu können. Und schließlich sei er damals in eine legale politische Partei eingetreten.

Seine Behandlung durch den Entnazifizierungsausschuss bezeichnete er als „Hass- und Vernehmungspolitik“.³⁹

Interessant ist, dass Saß vom 1.5.1951 bis zum 31.3.1953 sogar wieder als Lehrer an der Mittelschule in Barmstedt Beschäftigung fand. Kein Einzelfall. In Schleswig-Holstein tickten die Uhren eben anders.

Saß führte noch einen mehrjährigen Kampf um die Anerkennung von ruhegehaltstfähigen Dienstzeiten.

Er starb am 22.5.1959.

Anmerkungen

- 1 Die Schreibweise ist laut Personalakte „Saß“, zuweilen aber auch „Sass“. Personalakte Saß, StA HH, A 361-3_A1065
- 2 Alle Angaben nach Personalakte, a. a. O.
- 3 Alle Dokumente in seiner Personalakte, ebd.

- 4 Ebd.
- 5 Schreiben an Oberbürgermeister Daniel vom 4.1.1934, daraus wird auch weiter zitiert. Personalakte Saß, a. a. O.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
8. Siehe Biografie Dittmer in diesem Buch.
- 9 Personalakte Saß, a. a. O.
- 10 Diese und weitere Daten Personalakte Saß, a. a. O.
- 11 Köster war Sozialdemokrat und Vorsitzender des in der Novemberrevolution in Hamburg 1919 gegründeten Lehrerrates gewesen. Siehe seine Biografie: Hans-Peter de Lorent: Hermann Leo Köster, Pädagogischer Lehrerfunktionär, in: Hans-Peter de Lorent und Volker Ullrich: Der Traum von der freien Schule, Hamburg 1988, S. 335ff.
- 12 StA HH, 421-5 Regierung Schleswig: S b 1 Band 53 (Schulen in Altona 1932–1935). Zitiert nach Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 217.
- 13 Ulf Andersen: Das Christianeum im Dritten Reich, in: 250 Jahre Christianeum 1738–1988, Festschrift, hrsg. von Ulf Andersen, Hamburg 1988, S. 138.
- 14 Reinhard Dargel/Dierk Joachim: „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen!“ Zur Geschichte der Oberrealschule für Jungen Altona (OJA) im Faschismus, in: Festschrift 1882–1982 Gymnasium Altona, Hamburg 1982, S. 34. Der Aufsatz von Dargel und Joachim ist gekürzt auch abgedruckt in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hrsg.): Hamburg-Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 68ff.
- 15 Ebd.
- 16 Zitiert nach Uwe Schmidt, 2010, S. 423f.
- 17 Alle Zitate aus: StA HH, Senatskommission für den höheren Verwaltungsdienst, 131-8_G 8 c HV 1943 VII/2.
- 18 Alle Zitate aus der Personalakte von Hermann Saß, a. a. O.
- 19 StA HH, 131-8_G 8 c HV 1943 VII/5.
- 20 Personalakte Saß a. a. O.
- 21 Alle weiteren Dokumente ebd.
- 22 Gutachten vom 22.3.1944 in der Personalakte, a. a. O.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Schreiben Schrewes an Hermann Saß vom 29.6.1944, ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Entnazifizierungsakte von Hermann Saß, StA HH, 221-11_Z 10469.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd. Siehe dazu auch die Biografien Peter Meyer und Hugo Schnüge.
- 31 Uwe Schmidt: Peter Meyer, in: Hamburgische Biografie Band 4, Personenlexikon, herausgegeben von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Göttingen 2008, S. 240.
- 32 Siehe Personalakte Schnüge, StA HH, 361-3_A1667 sowie seinen Streit mit Paul Dittmer in: StA HH, 421-3_Provinzial-Schulkollegium III a 2. Siehe dazu auch die Biografien Schnüge und Dittmer in diesem Buch.
- 33 Entnazifizierungsakte Saß a. a. O.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Ebd.

Das Denunzianten-System des Hermann Saß in Altona – „Der Fall Robert Grosse“

Hermann Saß, Schülerjargon „vorne SA, hinten SS“, Träger des goldenen Parteiabzeichens, war seit dem 16.3.1933 erst als Senator, dann als Stadtrat und später als Oberschulrat verantwortlich für die Schulen Altonas. Von Beginn an baute er ein Spitzelsystem unter Lehrern auf und ließ sich Dossiers liefern. Er beförderte seine Getreuen und Parteifreunde zu Schulleitern und Schulräten im Altonaer Schulwesen und nutzte willfährige Nationalsozialisten in den Altonaer Lehrerkollegien als Zuträger und Spitzel. Das erste Opfer der neuen nationalsozialistischen Personalpolitik war Robert Grosse, der am 1.4.1932 Schulleiter des Christianeums geworden war.

Robert Grosse war als Sohn des Stadt-Schuldirektors Dr. Karl Grosse im westfälischen Hohenlimburg am 25.12.1880 geboren. Dort besuchte er von 1890 bis 1895 die Stadtschule, danach das Gymnasium in Hagen, wo er am 25.2.1899 die Reifeprüfung bestand.

Er studierte 1899 bis 1904 in Bonn und Marburg Theologie und Philologie, promovierte am 3.3.1904 in Göttingen und bestand ein halbes Jahr später die 1. Lehramtsprüfung in Deutsch und Religion. Grosses Lehrerlaufbahn war im Weiteren durch Ortswechsel geprägt. Nach dem Seminarjahr 1905 in Königsberg, einer Oberlehrerstelle „am Kadettenhause“ zu Berenberg bei Köln von 1906 bis 1911 und einer Tätigkeit als Oberlehrer an der Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde (vom 1.10.1911 bis zum 1.4.1920) arbeitete er von 1920 bis 1924 als Oberstudienrat und Alumnati-Leiter an der staatlichen Bildungsanstalt zu Naumburg an der Saale, ehe er danach in Suhl Studiendirektor der Oberrealschule wurde (bis zum 31.3.1932).

Zu Grosses Biografie gehörte auch eine militärische Ausbildung und die aktive Offizierskarriere im Ersten Weltkrieg, die er nach einer Verwundung an der Westfront Ostern 1916 als „nicht mehr Front dienstfähiger Hauptmann beendete, um im Kadettenkorps weiter zu unterrichten“.¹

Grosse hat parallel auch stets wissenschaftlich gearbeitet. So veröffentlichte er 1920 eine Schrift über die römische Militärgeschichte.

Als nach einjähriger Schulleitertätigkeit Grosses die NSDAP 1933 in Altona die Macht übernahm, war abzusehen, dass der neue Schulsenator, Hermann Saß, sofort Erkundigungen über alle Schulleiter, insbesondere über Robert Grosse ein-



Das Probekollegium des Christianeums, Schulleiter Dr. Robert Grosse in der Mitte vorn (4. v.l.), 1932. Zum Kollegium gehörten auch der in diesem Buch porträtierte Hermann Trog (vorn, 2. v.r.) und der spätere Oberschulrat Heinrich Schröder (letzte Reihe, 2. v.r.)

ziehen würde, der von der sozialdemokratischen Vorgängerregierung im Jahr zuvor am traditionsreichen Christianeum berufen worden war.

Wie stark der Druck auf Schulleiter wie Robert Grosse war, wird deutlich bei seinen zusätzlichen Erläuterungen zum ausgefüllten Fragebogen zum Gesetz der Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933. Grosse räumte ein, von 1922 an Mitglied im Bund Christlicher Sozialisten gewesen zu sein, „den größten Teil dieser Zeit auch Mitglied der SPD“. Er strich seine Aktivität für die christlichen Jugendvereine heraus, und „immer habe ich mich als vaterländisch, christlich und als Gegner des Pazifismus bekannt. Es war stets mein Bestreben und wird mein Bestreben bleiben, die Schüler zu Vaterlandsliebe und Wehrhaftigkeit zu erziehen.“ Was er durch die Hinweise unterstrich: „Ich bin Frontkämpfer, Hauptmann der Reserve a. D., eines Feldartillerieregiments, Inhaber des Verwundetenabzeichen“. Und Grosse fühlte sich auch genötigt, zu erklären: „Gegen die heutigen Führer unseres Volkes habe ich nie Stellung genommen. Im Gegenteil habe ich mehrfach bei meinen Schülern in dem Unterricht und außerhalb ungerechtfertigte Äußerungen über sie zurückgewiesen. Pazifistische Strömungen habe ich bei ihnen stets bekämpft. Auf diesem Gebiete glaube ich als alter Frontkämpfer Erfolge erzielt zu haben.“²

Saß ließ Erkundigungen einholen. Der NSLB in Altona hatte wenig gegen Grosse beizutragen, verwies aber auf das auch dort Vorliegende aus Suhl, der vormaligen Arbeitsstelle Grosses. Dort hatten sich sowohl der Ortsgruppenführer der NSDAP,

Wunderlich, wie auch der Kreisleiter der NSDAP Suhl, Ernst Ulrich, über Grosse geäußert. Wunderlich berichtete am 23.6.1933, sich schon 1924 in Naumburg über Grosse erkundigt zu haben, da dieser der NSDAP „schon wenige Tage nach seiner Herkunft verdächtig“ vorgekommen sei. Man habe in Naumburg erfahren, „dass G. sich einem seiner Kollegen gegenüber als Sozialdemokrat bezeichnet hätte“. Im Weiteren wurde deutlich, dass schon lange vor der NS-Zeit Gesinnungsdruck herrschte, zumindest nach NSDAP-Hörensagen in Suhl an der Saale. Wunderlich schrieb: „Der Vorsitzende des Beirats der Suhler Kaiser-Wilhelm-Oberrealschule, an die G. unter Ernennung zum Studiendirektor versetzt worden war, stellte G. dieserhalb zur Rede. Der bestritt, jemals Sozialdemokrat gewesen zu sein. Die Mitteldeutsche Zeitung in Erfurt, die hier viel gelesen wurde, schrieb darauf: ‚Wann hat Direktor G. gelogen? Damals in Naumburg oder jetzt in Suhl?‘ G. zog es vor, sich in Schweigen zu hüllen.“³ Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum sahen so aus: „Ob G. eingeschriebenes Mitglied der SPD war, konnte ich nicht austragen. Dass er aber überzeugter und begeisterter Marxist war, das unterliegt keinem Zweifel. Marx war sein Heiliger. Verschiedene Oberprimaner haben mir wiederholt versichert, sie brauchten in ihre Arbeiten nur ein paar Marxzitate einzuflechten, dann erhielten sie gute Noten. Einer sagte mir wörtlich: ‚Wir werden an unserer Schule geradezu zu Gesinnungslumpen erzogen. Geben wir uns als Marxisten aus, so haben wir bei unserem Alten eine gute Nummer.‘ G. erfreute sich in Kreisen der SPD und Kommune großer Beliebtheit. Auch verkalkte bürgerliche Elemente schätzten ihn ob seiner großen Klugheit und Belesenheit ungemein. G. war eine Zierde des republikanischen Stammtisches in der ‚Post‘, an dem vorzugsweise Juden saßen, wie er überhaupt gern mit Juden verkehrte. Verschiedene Mitglieder des Stammtisches waren Führer der ‚Friedengesellschaft‘. Ich habe G. ein einziges Mal sprechen hören und habe dabei den Eindruck gehabt, einem Juden zu lauschen. Meiner Überzeugung nach ist er Judenstämmeling. Bezeichnend ist, dass er im Rahmen der Volkshochschulkurse in Suhl über ‚die Geschichte der Sozialdemokratie‘ und ‚die Geschichte des Judentums‘ gesprochen hat. Juda war darüber sehr erbaut.“⁴

Im Deutschunterricht habe Grosse „sich stets nach den Wünschen der Schüler gerichtet“. Er las alles, was sie ihm vorschlugen, „so unter anderem auch Toller“. Und: „Mit Vorliebe behandelte er, auch in gemischten Klassen, sexuelle Dinge. Da er das alles in geschickter Weise und mit einem wissenschaftlichen Mäntelchen umgab, fielen viele auf ihn herein.“ Laut Ortsgruppenführer Wunderlich habe die „national und christlich denkende Elternschaft“ erleichtert aufgeatmet, als Grosse die Schule verließ.⁵

Und auch vom Kreisleiter der Suhler NSDAP, Ernst Ulrich, gab es einen ausführlichen Bericht, der „auszugsweise“ auf sieben Seiten nach Altona, genauer: an

den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein ging. Ernst Ulrich denunzierte in ganz anderer Weise, wenn er über die „Verhältnisse an der Suhler Oberrealschule in der Zeit der Marxistenherrschaft“ schrieb. Grosse habe „dem Vernehmen nach schon bald nach seinem Eintreffen dort versucht, mit nationalsozialistischen Elternratsmitgliedern Fühlung zu nehmen und sich sogar um Aufnahme in die Partei bemüht.“⁶

NSDAP-Kreisleiter Ulrich malte das Bild eines skrupellosen Karrieristen: „Es kann nicht nachdrücklich genug vor ihm gewarnt werden, zumal er durch seine liebenswürdigen Umgangsformen, verbunden mit hoher Intelligenz und vielseitigen Interessen (auf Deutsch: jüdischer Geschäftigkeit) auf den ersten Blick manchen über seinen unzuverlässigen, verlogenen und heimtückischen Charakter täuschen kann. Durch vierjährige Übung hatte er es in der Kunst des Heuchelns ziemlich weit gebracht.“ Grosse sei stets so verfahren, sich der jeweils einflussreichsten Gruppe anzuschließen und sich dort in „skrupelloser Weise Gönner zu verschaffen“. Ulrich unterstellte Grosse „obwohl er selbst offenbar jüdischer Abstammung ist“, es vor dem Krieg „mit nationalen Kreisen gehalten zu haben“. Seine ganze Berufstätigkeit bis zur Revolution an Kadettenanstalten tätig gewesen zu sein, „in ehrgeiziger, aber charakterloser Weise“ sich bemüht habe mit möglichst vielen einflussreichen Persönlichkeiten in Fühlung zu kommen. Aus Karrieregründen habe er „sich eine adlige Frau genommen“. Und als „nach der Novemberrevolution alles anders kam, sei er in die SPD eingetreten.“⁷

Grosse habe unter dem Patronat seines Parteifreundes und preußischen Kultusministers Adolf Grimme gestanden, enge Freundschaft zu Suhler Juden gepflegt: „Als Grosse zur SPD übertrat, verwandelte sich sein früherer Antisemitismus in die Judenliebe.“⁸

Marxistische Lehrer seien „begünstigt“ worden, „antimarxistisch eingestellte Kollegen dienstlich und außerdienstlich geschädigt“. Ulrich nannte eine Reihe von „national eingestellten“ Männern an der Suhler Oberrealschule und es wurde deutlich, woher die detaillierten Vorhalte kamen.⁹

In Altona und Schleswig fielen die denunziatorischen Dossiers auf fruchtbaren Boden. Altonas NS-Schul-Senator Hermann Saß war bereit, zu säubern und der neue kommissarische Oberschulrat, Bernhard Pein, der kurz darauf „Direktor der Hansischen Lehrerbildungsanstalt“ in Hamburg werden sollte, bestätigte die Aussagen des NSDAP-Kreisleiters aus Suhl auf seine Weise. Er habe „gelegentlich einer Direktorenversammlung in Neumünster bestätigt gefunden, wo Grosse sich in widerlich geschäftiger Art um den Ausbau des Wehrsports an den höheren Schulen bemühte“.¹⁰

Es folgten offenbar Gespräche mit Robert Grosse. Ein rigides Entlassungsverfahren wurde vermieden. Grosse erklärte sich mit einer Versetzung einverstanden und



Kollegium der Oberrealschule für Jungen Altona 1932 – Vorn: Schulleiter Peter Meyer (1), Adolf Meyer („Chile-Meyer“) (2), Hugo Schnüge (3); in der 2. Reihe: Kurt Silber (4), Richard Stender (etwas höher stehend) (5), SS-Mann Chemnitz (6); letzte Reihe: Paul Dittmer (7), der 1933 von OSR Hermann Saß zum Stadtschulrat gemacht wurde, SS-Mann Heinrich Paulsen (8), SS-Mann Prof. Karl Raebel (9).

bat um eine Direktorenstelle „in einer Universitätsstadt Preußens außerhalb Schleswig-Holsteins mit Ausnahme Königsbergs“ (in einem Gesuch vom 22.9.1933).¹¹ Da dies nicht möglich war oder keine Bereitschaft bestand, sein Anliegen zu verfolgen, wurde er als Studienrat an das Oberlyzeum und später an die Oberrealschule Altona versetzt, wobei Grosse das Gehalt eines Studiendirektors erhielt.¹²

Robert Grosse unterrichtete also ab 1934 an der Oberrealschule für Jungen in Altona am Hohenzollernring. In der Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Schule beschrieben Reinhard Dargel und Dierk Joachim den Lehrer Grosse eher als Typ des Wissenschaftlers und Gelehrten¹³, mehr für die Universität als für die Schule bestimmt. Dargel und Joachim haben die Unterlagen des Schularchivs und Aussagen ehemaliger Schüler ausgewertet. Sie schrieben: „Schülern trug er bisweilen aus Büchern vor, in brillantem Deutsch und verblüffte sie beim Vorzeigen des Textes, stand dieser doch nur in Latein dort. Schulbücher wurden bei ihm fast gar nicht benutzt, wohl weil die Nazi-Bücher zu schlecht und Schulbücher überhaupt unter seinem Niveau waren. Ein wenig weltfremd war er auch, aber gerade das trug ihm nicht selten die Sympathie der Schüler ein. Einmal verließ er laut über ‚diesen Bubenstreich‘ schimpfend eine Klasse, nachdem ein Schüler ihm Tintenkleckse auf dem Anzug beigebracht hatte. Anderntags erwarteten die Schüler vielleicht den Direktor, vielleicht eine Fortsetzung des Donnerwetters. Grosse jedoch entschuldigte sich für seinen lauten Ton vom Vortag und vergaß nicht anzumerken, seine

Frau hätte die Flecken leicht mit Zitrone („Schitrone“, wie er es aussprach) entfernen können. Dieser Dr. Robert Grosse stand dem NS-Regime von Anfang an kritisch gegenüber und war an der Schule wegen dieser ablehnenden Haltung bekannt. Dem als größten Staatsmann geltenden Hitler hielt er seinen, „den eigentlich größten“, Bismarck, entgegen. Das Geschichtsbild der Nazis war für ihn eine beliebte Zielscheibe. So wies er im Unterricht etwa auf die Homosexualität Friedrichs des Großen hin. Das hätte schon fast als Straftat, als Verrat an der Geschichte gewertet werden können, war doch die Homosexualität eines Hohenzollern für die Nazis weder existent noch überhaupt ein Thema. Es machte ihm auch nichts, im Unterricht über verbotene Bücher zu sprechen, etwa Remarques ‚Im Westen nichts Neues‘.“¹⁴

Wenig verwunderlich, dass zu einem fast erstaunlich späten Zeitpunkt aus den Reihen der nationalsozialistischen Kollegenschaft gegen Grosse intrigiert wird.

Der Denunziantenstart erfolgte durch den Studienrat Joachim Carstens, der sich am 19.1.1942 an Oberschulrat Hermann Saß wandte. Es handelte sich hierbei sicher um die schriftliche Form einer vorher schon mündlich eingeleiteten Kommunikation. Carstens schrieb als Biologie- und Physiklehrer der 6b, was Schüler von dem Deutsch- und Geschichtslehrer Grosse verstanden hatten. Unter der Überschrift: „Bericht des Studienrates Joachim Carstens über Mitteilungen von Schülern betr. Ausführungen von Dr. Grosse“ wandte sich Carstens handschriftlich an Oberschulrat Hermann Saß:

„Während der Physikstunde am 14. des Monats in der Klasse 6b stellte der Schüler H. folgende Frage: ‚Sind die Zigeuner ein arisches Volk?‘ Herr Dr. Grosse behauptete in der Geschichtsstunde, dass sie arisch seien.‘ Ich fragte nun die Klasse, ob Herr Dr. Große nicht auf den Unterschied zwischen arisch als Rassenbegriff und arisch als sprachwissenschaftlichen Begriff hingewiesen habe. Die Klasse verneinte diese Frage.“¹⁵

Und weiter führte Carstens an: „In der auf diese Unterrichtsstunde folgenden Pause fragte mich der Schüler Nielsen der gleichen Klasse: ‚Stimmt es, dass Heiraten zwischen Deutschen und Japanern erlaubt sind? Herr Dr. Grosse teilte mir in der Geschichtsstunde mit, dass er durch eine hohe Parteistelle in Erfahrung gebracht habe, Heiraten zwischen Deutschen und Japaner seien erlaubt. Wie ist dies mit den Nürnberger Gesetzen in Einklang zu bringen?‘“

Carstens gab sich in den folgenden Erläuterungen wissenschaftlich. Er zitierte aus Hitlers „Mein Kampf“ und schrieb: „Der Führer braucht den Ausdruck ‚Arier‘, bzw. ‚arisch‘ hier nur als Rassenbegriff“. Carstens zitierte aus einem Biologiebuch: „Arischer Abstammung ist also ein Mensch, der frei von anderem (fremdem) Rassenerbgut, ‚Blut‘ ist. Als fremd gelten außer den Juden alle Rassen der nicht europäischen Erdteile sowie Zigeuner!“. Und Carstens kam zu dem Schluss: „Wenn der Geschichtslehrer den Ausdruck ‚arisch‘ gebraucht, so hat er unbedingt die Forde-

rung des Reichs-Erziehungsministeriums in ‚Erziehung und Unterricht in den höheren Schulen‘ S. 91 zu gebrauchen, wo es, den Geschichtsunterricht in der Klasse 6 betreffend, heißt: ‚Die Begriffe Rasse, Volk, Sprache sind klar abzugrenzen.‘“ Das aber habe Dr. Grosse keineswegs getan. Im Gegenteil, „er hat auf dem Gebiet der Rassenlehre Unklarheiten geschaffen“.



Joachim Carstens

Und zu der deutsch-japanischen Heirats-Frage erklärte der Kollegenbeobachter Joachim Carstens: „Ob nun Eheschließungen zwischen Deutschen und Japanern in Ausnahmefällen erlaubt sind oder nicht, spielt sicher gar keine Rolle, denn die Nürnberger Gesetze sind nicht gegen die Japaner gerichtet, sondern vor allem gegen die Juden. Wesentlich ist jedoch in diesem Zusammenhang, dass in dem Ganzen der Schüler kein Zweifel an der unbedingten Richtigkeit der Maßnahmen des Führers geweckt wird.“

Es bestehe aber „die Gefahr, dass durch das fahrlässige Verhalten Dr. Grosses – vielleicht unbewusst und ungewollt – das Vertrauen der Jugendlichen zu unserem Führer beeinträchtigt wird“.

Das Schreiben ging, wie wohl gefordert, auf dem Dienstweg an Oberschulrat Saß. Der Schulleiter, Peter Meyer, bemerkte am selben Tag: „Nach Kenntnisnahme mit der Bitte um Klärung der Angelegenheit weitergegeben.“ Und Hermann Saß vermerkte auf diesem Schreiben: „Dr. Grosse: Jugend, besonders in den oberen Klassen denkt schon wieder liberalistisch.“¹⁶

Offenbar war die unmittelbare Folge dieser Denunziation eine Unterrichtshospitation von Hermann Saß. Noch im Januar, kurz nach Carstens Bericht, hospitierte er den Geschichtsunterricht von Robert Grosse in der Klasse 6b, in der Carstens Biologie unterrichtete. „Saß, von Peter Meyer vorangekündigt mit den Worten, da kommt ‚so ein kleiner Schulrat‘, nahm sofort den Unterricht in die Hand, um den Schülern, sprich Grosse, auf den Zahn zu fühlen. Obwohl es in der Klasse auch einige stramme HJ-Führer gab, wollten doch alle die Situation für Grosse retten. Es ging um den Ersten Weltkrieg und die Schuldfrage. An der entscheidenden Stelle, so können sich beteiligte damalige Schüler noch lebhaft erinnern, hätte Grosse der dem Saß in einem buchstäblichen Sinn im Rücken saß, das Wort ‚Jude‘ in die Luft gemalt. Der Nazi-Schulrat gab sich aber immer noch nicht zufrieden. ‚So dumm, wie der Grosse dachte, war er nun doch nicht‘. Er bohrte weiter, bis die Floskel vom ‚Weltjudentum‘ endlich fiel. Grosse war fürs erste gerettet. Aber nur für ein Jahr.“¹⁷

Joachim Carstens hatte offenbar nicht nur Schwierigkeiten, weil die Schüler durch einen intelligenten Unterricht von Grosse sensibilisiert waren. Carstens „vertrat fanatisch die NS-Ideologie, insbesondere deren Rasselehre, und wurde deshalb an

der Schule überhaupt nur von wenigen ernst genommen. Hatten Schüler keine Lust auf eine Fortsetzung des regulären Unterrichts, so ließ er sich gern und ausgiebig vom Thema abbringen. Das ließ sich nahezu an jeder beliebigen Stelle bewerkstelligen, beispielsweise mit der Frage: ‚Sagen Sie, was machen wir eigentlich nach dem Krieg mit Norwegen?‘ Worauf der Biologielehrer eine Landkarte ausrollen ließ und sich daran machte, Europa zu verteilen. Natürlich geriet dabei alles unter deutsche Herrschaft oder Vorherrschaft. Norwegen hatte er dabei dazu ausersehen, mit den anderen skandinavischen Ländern das ‚Große Nordreich‘ zu bilden. Als Hauptstadt hatte er bereits ‚Thorsgard‘ auserkoren. Manchmal gab er, als eigene Gedanken, versteht sich, auch nur weiter, was am Abend zuvor beim Kreisleiter der NSDAP, Piwitt, verhandelt und beschlossen worden war.“¹⁸



Dr. Robert Grosse,
Schülerkarikatur

Bemerkenswert auch, was Hermann Saß nach dieser Hospitation am 31.2.1942 handschriftlich vermerkte: „Nach Unterrichtsbesuch in Klasse 6, wo Dr. Grosse Geschichtsunterricht gibt, ist die Angelegenheit von mir in Gegenwart von Direktor Meyer behandelt worden. Dr. Grosse ist angewiesen worden, in Zukunft umstrittene Fragen, wie Carstens sie ausführt, nicht mehr im Unterricht zu behandeln. Letzten Endes ist es auch im Unterricht so, dass es der Ton ist, der die Musik macht. Es besteht die Möglichkeit, dass die Behandlungsweise solcher Fragen durch Dr. Grosse geeignet ist, Unklarheit und Verwirrung in den Köpfen der Schüler anzurichten. Das muss aber auf alle Fälle vermieden werden.“ Er gab dieses dem neuen NS-Oberschulrat Albert Henze zur Kenntnis, der dieses auch abzeichnete.¹⁹



Peter Meyer,
Schülerkarikatur

Der nächste Vorstoß von Joachim Carstens erfolgte am 1.2.1943. Der Überschrift ist zu entnehmen, dass ihm durchaus bekannt ist, zu welchem Ergebnis seine erste Initiative geführt hatte. Er schrieb: „Gesuch des Studienrates Joachim Carstens um Wiederaufnahme des am 31.1.1942 eingestellten Verfahrens gegen Dr. Grosse an der Oberschule für Jungen in Altona, veranlasst durch mein Schreiben vom 19.1.1942 an die Oberschulbehörde der Hansestadt Hamburg.“

Erneut handschriftlich erhielt Oberschulrat Hermann Saß Material für einen entscheidenden Schlag. Diesmal konzertiert, jeder willkommene Satz von Saß fett unterstrichen. Diese Denunziation Carstens' soll komplett zitiert werden:

„In meinem Biologieunterricht in der Klasse 7b stoße ich auf innere Ablehnung, sobald es sich um Rassenfragen handelt.

Anläßlich der Beantwortung der Judenfrage so hat der Schüler Nissen, Fähnleinführer 14/31, mit großer Bestimmtheit den offenbar seiner Überzeugung entsprechenden Standpunkt, daß der Rassengedanke keineswegs als einziges und ausschließliches Deutungsprinzip für geschichtliche Vorgänge zu gelten habe. Diese Ansicht offenbart sich u. a. in folgenden mit größter Entschiedenheit vorgetragene Behauptungen:

1) Die Entstehung der jüdischen Völker hat nicht das geringste mit der Rassenfrage zu tun, sondern ist einzig und allein ein Problem der Religion.

2) Die rassische Zusammensetzung der heutigen jüdischen Völker ist hinsichtlich der menschlichen Bestandteile völlig anders als die der jüdischen Völker nach der Rückkehr aus dem babylonischen Exil.

Demnach hat also auch heute die Rassenfrage keinerlei Bedeutung für das Judenproblem.

Nissen beruft sich in seiner Einstellung zum Judentum auf das Lexikon und auf Dr. Grosse. Da der gut begabte Junge seine innere Ansicht kaum – durch Mißverständnis – dem Lexikon entnommen haben kann, bleibt als Quelle nur der Deutsch- und Geschichtsunterricht durch Dr. Grosse. Schon in meinem Schreiben vom 19.1.1942 machte ich Dr. Grosse den Vorwurf, daß er auf dem Gebiet der Rassenlehre Unklarheit geschaffen hat. Die gleiche Instinktlosigkeit in Rassenfragen tritt ferner in folgendem Fall zutage: Der Schüler Richter, ein hochbegabter Junge der gleichen Klasse, nannte in einem Hausaufsatz, der u. a. philosophische Probleme behandelt, als bedeutendsten Nachkantianer den Juden Cohen.

Wenn der Führer sagt, daß die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit des völkischen Staates ihre Krönung darin finden muß, daß sie den Rassesinn und das Rassegefühl, instinkt- und verstandsmäßig in Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend hineinbrennt, so ist von diesem Geist in der Klasse 7b nicht ein Hauch zu verspüren.

Die Instinktlosigkeit dieser Klasse in Rassenfragen ist m.E. einzig und allein auf das Verhalten Dr. Grosses zurück zu führen. Sofern in meinem Schreiben vom 19.1.1942 betont ist, daß Dr. Grosse in den Herzen der Schüler Zweifel an der Richtigkeit der Maßnahmen des Führers weckt. Da die Einstellung der Klasse 7b offenbar zeigt, daß Dr. Grosses Haltung sich inzwischen nicht geändert hat, so fühle ich mich verpflichtet, zum Beweis meiner obigen Behauptungen folgendes zu melden:

1) Nach dem Eintritt Japans und Amerikas in den Krieg bemerkte Dr. Grosse dem Kollegen Silber gegenüber, im Interesse der weißen Rasse sei zu hoffen, daß Amerika den Sieg über Japan davon tragen möge.

2) Anläßlich meiner Schulwache am 16.II.1942 mit den Schülern Lennardt und Gall aus der Klasse 8 teilte mir Gall folgendes mit:

Im Anschluß an die Eingliederung Österreichs in das Reichsgebiet habe Dr. Grosse den Auftrag gehabt, in seiner, Galls Klasse, in einer Feierstunde die Bedeutung dieser Ereignisse zu würdigen. Er habe jedoch – so führte Gall wörtlich aus –, ‚in keiner Weise Positives zu dieser Angelegenheit gesagt‘, vielmehr habe er lediglich darauf hingewiesen, daß das wirtschaftlich sowieso schon ungeheuer belastete deutsche Reich nun durch die Eingliederung Österreichs in noch viel höherem Maße belastet werden würde.

Zeuge dieser Aussage war Lennardt.

3) Mir gegenüber betonte Dr. Grosse im Anschluß an das gesellige Beisammensein des Lehrerkollegiums nach der Rückkehr der KLV-Verschickten im Jahr 1941, daß unsere Regierung bei der Kleindeutschen Politik hätte bleiben sollen.

Es fragt sich, ob ein Geschichtslehrer, der wiederholt sein Mißfallen an der Politik des Führers bekundet hat, noch weiterhin auf der Oberstufe unterrichten darf Heil Hitler! J. Carstens, Oberstudienrat.“²⁰

Nach dem NSDAP- und SA-Mann Joachim Carstens²¹ legte als nächstes der Oberschullehrer Heinrich Paulsen, SS-Mann und Parteigenosse nach.²²

Er schrieb Oberschulrat Dr. Saß am 4.2.1943, „Betreff meine Auffassung über Oberstudiendirektor Dr. Grosse“: „Wie jedem Kollegen in der Schule, so ist auch mir die gegnerische Einstellung G. zur nationalsozialistischen Weltanschauung, insbesondere in der Rassenfrage, seit langem bekannt. Zwar äußert er sich mir gegenüber selten, weil er weiß, dass ich SS-Mann bin. So erinnere ich mich, dass er mich vor etwa zwei Jahren fragte, ob es wahr sei, ein höherer Parteiführer hatte es zu ihm gesagt, dass die SS im Kriege bewusst geschont wurde, um nach dem Kriege der klassischen Aufzucht zu dienen.

Paulsen habe ‚in scharfer Form solchen Unsinn, zurückgewiesen anhand Seiten langer wörtlicher Veröffentlichungen im ‚Schwarzen Korps‘. Und er habe geantwortet: ‚Ja, nicht wahr, schließlich wird man aus Deutschland kein Gestüt machen.‘ Paulsen: ‚Die Abfuhr muss so scharf gewesen sein, dass er mich in Zukunft kaum mehr behelligt hat.‘“²³

Es könnte auch andere Gründe gehabt haben, dass Grosse ein Gespräch mit dem SS-Mann im Weiteren gemieden hat. Auffällig erscheint, dass die Kollegen mit Spott und Ironie Grosses nicht umgehen konnten oder dieses gar nicht bemerkten.

Als nächstes meldet sich am 8.2.1942 Adolf Meyer bei Oberschulrat Hermann Saß mit den Worten: „Ihrem Wunsch nachfolgend teile ich Ihnen die Gründe mit, aus denen ich den Einfluss von Herrn Dr. Grosse auf die Schüler für sehr schädlich halte.“

Adolf Meyer, der im scharfen Gegensatz zu Schulleiter Peter Meyer stand,

wegen seiner langjährigen Tätigkeit als Lehrer in Südamerika an der Schule „Chile-Meyer“ genannt, war schon 1932 in die NSDAP und in den NSLB eingetreten.²⁴

Adolf Meyer gab Oberschulrat Saß die gewünschten Argumente. Seine Einlassung zeigt einmal mehr, wie gespalten Kollegien in den nationalsozialistischen Zeiten waren und mit welchem Spott Grosse seine nationalsozialistischen Kollegen irritierte. Adolf Meyer stellte fest: „Den Klassen, die Herr Dr. Grosse gehabt hatte, konnte ich seinen Einfluss sofort anmerken. Sie waren in Haltung und Denken durchaus unnationalsozialistisch, huldigten der so genannten wissenschaftlichen Objektivität, d.h. sie waren standpunktlos und kritizistisch. Es war ihnen selbstverständlich und sie hielten sich darauf etwas zugute, gegen nationalsozialistische Behauptungen Einwände vorzubringen.“²⁵

Und: „Herrn Dr. Grosses Gesinnung lernte ich durch persönliche Erfahrungen kennen. Ich habe mit ihm grundsätzlich keine Unterhaltungen geführt und Auseinandersetzungen mit ihm gemieden. Ich musste aber erleben, dass er immer wieder an mich herantrat, um mir Sachen mitzuteilen, von denen ich zunächst nicht wusste, warum er das Bedürfnis hatte, sie mir zu erzählen, bis ich zu der Überzeugung kam, dass er mich, besonders meine Gesinnung damit angreifen wollte. Es geschah immer in so eingeschleicher Form, dass man zunächst nicht gleich den Sinn der Sache sah und sie harmlos schien. Beispiele: So meinte er eines Tages während der Kämpfe in Spanien, mich als kunstinteressierten Menschen würde es wohl freuen, zu hören, dass die Kunstschätze des Prado gerettet seien. Nun wurde damals Madrid von Francos Truppen angegriffen. Also waren die Kommunisten die Retter der Kulturwerte vor dem Zerstörungswerk Francos. Ein andermal äußerte er, er stehe natürlich auf nationaler Seite, es sei doch aber schade, dass Franco mit Unterstützung der Fremden, der Marokkaner kämpfe, während doch die Kommunisten für die Sache der Freiheit Spaniens anträten.“²⁶

Am 8.2.1943 meldete sich dann Prof. Karl Raebel mit einem „Urteil“ über Grosse bei Oberschulrat Saß. Raebel, Jahrgang 1877, SS-Mann seit 1933, berichtete, und es wurde immer deutlicher, dass Grosse offenbar deutlich abweichende Standpunkte zu wesentlichen Fragen vertreten hatte:

„In Privatgesprächen geriet ich früher öfters mit Direktor Grosse über die Judenfrage heftig aneinander. Er beklagte sich über das harte Los der Juden, führte Beispiele zu strenger Behandlung an und wollte nicht zugeben, daß die Juden dieses Los mehr als vollauf verdient haben. Schließlich sagte er vermittelnd, daß ich an die Ostjuden dächte und er die Westjuden im Auge habe.

Als er einmal auch die Behandlung der Polen für zu hart hielt und ihre Gräueltaten als übertrieben hinzustellen versuchte, erregten wir uns so erbittert, daß wir

in Zukunft derartige Gespräche unterließen. Mit den Oberprimanern, die 1937 ihr Abitur bestanden, machte ich im Herbst als Klassenlehrer eine Harzwanderung. In Gesprächen mit den Jungen bekomme ich den Eindruck, daß sie in Rassefragen einen sehr fraglichen und objektiven Standpunkt einnehmen wollten.

Die Schüler liebten und stützten Dr. Grosse sehr und waren darum umso leichter geneigt, sich durch seine methodische Behandlung derartiger Fragen beeinflussen zu lassen.²⁷

Einen Tag später erfüllte dann auch Kurt Silber seine Pflicht und übersandte „im Anschluss an die heutige Besprechung eine schriftliche Darstellung über das von mir beanstandete Verhalten von Oberstudiendirektor Dr. Grosse“.

Hermann Saß war gründlich vorgegangen und sammelte systematisch Material bei den nationalsozialistischen Lehrern des Kollegiums.

Silber, NSDAP-Mitglied seit dem 1.5.1933, resümierte als schulischer Vertrauensmann des NSLB: „Solange Herr Dr. G. an unserer Schule tätig ist, fiel er bei allen Kollegen, die ihre innere Einstellung zum 3. Reich durch aktiven Einsatz beweisen, stets durch seine negative Kritik an innen- und außenpolitischen Maßnahmen der Regierung unangenehm auf. Daß er jemals zu irgendeinem Ereignis der letzten so erfreulichen 10 Jahre freudigen Herzens anerkennende Worte gefunden hat ist mir nicht erinnerlich. Nicht nur mein persönlicher Eindruck ist es, daß Herr Dr. G. mit seinen Ausführungen bezweckte, die Kollegen und insbesondere die Parteigenossen in ihrer inneren Haltung zu beeinflussen und Zweifel zu wecken.“²⁸

Richard Stender, Parteimitglied seit 1933, Presse- und Propagandaverantwortlicher des NSLB-Kreises Altona, ab 1943 auch Ortsgruppen-Schulungsleiter der NSDAP in Altona²⁹ lieferte seinem Kreisschulungsleiter Hermann Saß, dienstlich sein Oberschulrat, ein weiteres Urteil über Robert Grosse. Stender, Mathematik- und Physiklehrer, berichtet von einem Gespräch, das er mit Grosse „vor mehr als einem Jahr unter vier Augen“ führte:

„Grosse fragte mich damals, was ich von der Einsteinschen Relativitätstheorie hielte, die doch in der Welt anerkannt sei. Ich erklärte ihm aus meiner Kenntnis der Dinge heraus, dass zwar die spezielle Relativitätstheorie zum gesicherten Bestand der Physik gehöre (s. alle Lehrbücher der theor. Physik), dass aber die allgemeine Relativitätstheorie bisher durch Beobachtungen nicht sicher bestätigt sei. Bei allem bleibe festzustellen, dass Einstein zersetzend auf unser Denken gewirkt hat, wobei ich mich auf Zahlen stütze, und dass er sich als Staatsfeind betätigt habe und daher ausgebürgert sei. Grosse berief sich auf andere sog. Gewährsmänner und stellte die Sache so dar, als wenn ich wohl nicht genügend in das Gebiet eingedrungen sei.

Ich kannte Grosse in seinem Negieren und verbat mir, mich künftig mit solchen Fragen zu behelligen, die meine weltanschauliche Grundhaltung irgendwie anzutasten geeignet seien.“²⁹

Dass Grosse Lust am Spott hatte und dabei nicht sonderlich vorsichtig agierte, zeigte auch ein von ihm vorgetragener Witz, der an der Schule kolportiert wurde: „Jemand hat seinem Papageien beigebracht zu sagen: ‚Heil Hitler! Durchhalten! Wenn es auch schwer fällt!‘ Kommt eines Tages der Blockleiter. Der Papagei begrüßt ihn mit: ‚Heil Hitler! Wenn’s auch schwer fällt!‘“³¹

Eindeutig war, dass sich Schulleiter Peter Meyer sehr stark vor Robert Grosse stellte, wie sein am 23.1.1942 in der Schulverwaltung ankommender Bericht zeigte. Meyer begutachtete die Qualitäten Grosses, indem er feststellte: „Grosse ist besonders auf dem Gebiet der alten Geschichte sehr zu Hause. Auch sonst ist er ein wissenschaftlich hoch gebildeter und sehr belesener Kollege, der in seinem Unterricht aus dem Vollen schöpfen kann, daher ist es nicht verwunderlich, dass die Schüler ihn als Lehrer außerordentlich schätzen.“ Und geschickt baute Peter Meyer Grosses Frontkämpferschicksal in sein Gutachten ein: „Freilich, zu den modernsten Lehrern gehört er nicht mehr. Sein Alter und die nie ganz überwundenen Folgen einer Kriegsverletzung aus dem Weltkrieg 1914/18 (Nervenleiden verbunden mit zeitweiligem Gedächtnisschwund – infolge Verschüttung) hindern ihn daran, der gegenwärtigen Zeit mit ihren Erfordernissen voll gerecht zu werden, in dem Sinne einer aktivistischen Betätigung im Rahmen des Dritten Reiches.“³²

In seinem Resümee stellte Peter Meyer fest: „Er ist wohl schon zu alt, um aus seiner reinen Wissenschaftlichkeit heraus den Zugang zu allen Erfordernissen moderner Pädagogik immer gleich finden zu können. Wiederholte Revisionen seines Unterrichts in den letzten acht Jahren haben bisher noch in keiner Weise zu Beanstandungen Anlass gegeben. Das Misstrauen, das ihm von einigen Kollegen entgegengebracht wird, angeblich weil er seine Schüler schlecht beeinflusst, kann ich nicht teilen. Weder von Schülern noch aus der Elternschaft ist mir jemals eine Klage darüber zugetragen worden.“³³

Ehrenhaft von Schulleiter Meyer, könnte man sagen. Leider verwandte sich Meyer nach 1945 in ähnlicher Weise auch für die nationalsozialistischen Lehrer seiner Schule und schrieb fleißig Persilscheine.

Auch Hermann Saß schien zwischenzeitlich zumindest etwas irritiert, als sich der Leiter der Fachabteilung Nordmark der nationalsozialistischen Kriegsgopfervereinigung nach einer Unterredung mit Saß noch einmal schriftlich an ihn wandte. Grosse habe sich mit seinen spanischen Sprachkompetenzen in Wort und Schrift bereit erklärt, die Verbindung „erblindeter Krieger aus Deutschland und Spanien ehrenamtlich zu unterstützen und sich dafür in den Vereinen zur Verfügung zu

stellen“. Saß stimmt dem ausdrücklich zu und verwies auf das Einverständnis der Schule.³⁴

Was von Hermann Saß 1943 so generalstabsmäßig vorbereitet und durch individuelle Gespräche abgesichert wurde, konnte für Grosse zu keinem positiven Ende führen. Und so lautete denn das resümierende Urteil von Hermann Saß am 13.2.1943: „Beiliegende Berichte erweisen, dass Dr. Grosse vollkommen unfähig ist, nationalsozialistischen Geschichtsunterricht zu erteilen. Es fehlt ihm der politische Standort, so bietet er nur Stoffliches. Seine kritischen Bemerkungen tragen Verwirrung und Unsicherheit in die Köpfe der Schüler. Ich habe deshalb veranlasst, auch auf Grund eines Unterrichtsbesuches, der den verheerend ‚unpolitischen‘ Eindruck seines Unterrichts bestätigte, dass ihm ab 15.2.1943 jeglicher Geschichtsunterricht genommen wird.“³⁵

Albert Henze war der neue nationalsozialistische Scharfmacher in der Schulverwaltung und wurde nun um Veranlassung gebeten. Der zweite alte NS-Oberschulrat Behne, für das höhere Schulwesen seit 1933 verantwortlich, wurde ebenfalls involviert. Und Henze exekutierte schon am 16.2.1943. Er entzog Grosse „mit sofortiger Wirkung den Geschichtsunterricht (und den Biologieunterricht, falls auch der gegeben wird)“ (was nicht so war, d. L.). Und: „Nach Durchsicht der Akte Dr. Grosse und der vorliegenden Beurteilungen und Meldungen von Kollegen halte ich es für ausgeschlossen, dass Grosse überhaupt noch länger tätig bleiben kann.“ Henze forderte, die endgültigen Schritte einzuleiten, damit Grosse „verschwindet“.³⁶

Hermann Saß vermerkte schon am 19.2.1943: „Im Einverständnis mit Herrn Senatsdirektor Henze: Dr. Grosse den Rat erteilt, Antrag auf Pensionierung zu stellen!“³⁷

Grosse reagierte darauf am selben Tag und bat um Versetzung in den Ruhestand zum 1.4.1943. Er schrieb: „Ich werde 63 Jahre alt, und meine Kräfte lassen nach, so dass ich mich den herrschenden Anforderungen und Anstrengungen meines Berufes nicht mehr gewachsen fühle.“³⁸

Saß vermerkte auf dem Schreiben Grosses: „Dr. Grosse ist politisch untragbar.“ Auf dem Dienstweg hatte Schulleiter Meyer lapidar nur „ok“ abgezeichnet. Der damalige für Schulen zuständige Senator Offerdinger ordnete Pensionierung an und Bürgermeister Krogmann nahm zur Kenntnis. Formal wurde die Dienstfähigkeit als unbedenklich festgestellt, da Grosse „im Weltkrieg verschüttet war“.³⁹ Grosse erhielt zu diesem Zeitpunkt die Höchstpension als Oberstudiendirektor.

Und Offerdinger teilte Grosse mit: „Wie mir von zuverlässiger Seite berichtet ist, haben Sie sowohl im Unterricht als auch in Gesprächen mit Kollegen wiederholt namentlich in Rassefragen eine mit nationalsozialistischer Weltanschauung und Politik nicht vereinbare Auffassung vertreten. Ich kann daher nicht umhin, Ihnen

anlässlich ihrer Versetzung in den Ruhestand zum Ausdruck zu bringen, dass ich von der Einleitung dienststrafrechtlicher Ermittlungen lediglich deshalb Abstand genommen habe, weil ihre vorzeitige Dienstunfähigkeit wohl teilweise auf eine Verschüttung im Ersten Weltkriege zurückgeführt werden kann.“⁴⁰

Eine Verschärfung erfuhr das Verfahren durch ein Schreiben aus dem Büro des Reichsstatthalters in Hamburg, Karl Kaufmann, vom 2.4.1943, an Senator Ofterdinger, in dem es hieß: „Der Reichsstatthalter lässt Sie ersuchen, falls aus den von ihnen in der Senatsberatung angeführten Gründen von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens zwecks Anerkennung des Ruhehaltes abzusehen ist, aktenkundig zu machen, dass lediglich mit Rücksicht darauf, dass Dr. Grosse ein alter und gebrechlicher Mann ist, Strafmaßnahmen gegen ihn wegen seines Verhaltens in der Schule nicht ergriffen worden sind. Dies ist Dr. Grosse auch schriftlich mitzuteilen. Der Reichsstatthalter erwartet im übrigen auch, dass das Verhalten des Schulleiters einer Nachprüfung unterzogen wird und sieht einem Bericht hierüber entgegen.“⁴¹

Damit war der Fall Grosse erst einmal abgeschlossen. Ein Nachspiel gab es aber noch für Schulleiter Peter Meyer.

Es fand zu einem Zeitpunkt statt, als nur noch Albert Henze und Walter Behne die Schreiben und Vermerke abzeichnen, weil Hermann Saß selbst schon nicht mehr dienst- und arbeitsfähig war.⁴²

Für Schulleiter Peter Meyer blieb die Auseinandersetzung um Robert Grosse auch nicht ohne Konsequenzen. Das Gesuch von Joachim Carstens, also die zweite schriftliche Denunziation, hatte Meyer in einem kurzen Schreiben an Oberschulrat Hermann Saß kommentiert, „vertraulich“ überschrieben. Er schrieb am 3.2.1943: „Zu dem beifolgenden Gesuch des Studienrats Carstens bemerke ich, dass ich allmählich große Besorgnisse hinsichtlich des Geistes- und Nervenzustandes meines Kollegen Carstens hege. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die außerordentliche Beanspruchung jedes Deutschen in dieser aufgewühlten schicksalsträchtigen Zeit bei ihm sehr bedenkliche Folgen hat. Es ist dies umso bedauerlicher, als ich ihn in seiner Dienstbereitschaft und Arbeitsfreudigkeit ganz besonders hoch schätze. Ich hoffe, dass der ihm bevorstehende KLV-Aufenthalt bei seiner Klasse in dem schönen Lager Reichenbach, Niederbayern, diejenige Entspannung bringen wird, die er dringend nötig hat, damit er nicht frühzeitig seine Frische und Jugend gleich verliert.“ Hermann Saß bemerkte handschriftlich am Rand: „Ich finde diese Stellungnahme von Meyer mehr als merkwürdig.“⁴³

Albert Henze, neuer starker Nationalsozialist in der Schulverwaltung, sorgte schnell für eine Entscheidung. Am 14.4.1943 schrieb Senator Ofterdinger an das Zentralbüro des Reichsstatthalters Kaufmann: „In Veranlassung der Versetzung des Ober-

studiendirektors Grosse von der Oberschule für Jungen in Altona in den Ruhestand hat sich herausgestellt, dass der Leiter dieser Anstalt, Oberstudiendirektor Peter Meyer, es nicht verstanden hat, durch straffe Führung das ihm unterstellte Kollegium im Geiste nationalsozialistischer Weltanschauung und Politik zusammenzuschließen.⁴⁴⁴

Ofterdinger ordnete an, dass Meyer „unter Wahrung seiner Dienstbezüge und seiner Amtsbezeichnung fortab nicht mehr als Schulleiter oder stellvertretender Schulleiter, sondern nur noch im Amt eines Studienrates zu beschäftigen ist.“

Vorbereitet war dies bereits im Dezember. Am 10.12.1942 hatte Senatssyndikus Schultz Oberschulrat Saß ersucht, „durch persönliche Vernehmung eine Äußerung des Oberstudiendirektors Meyer herbeizuführen, aus welchem Grunde er es unterlassen hat, der NSDAP beizutreten.“ Und Schulleiter Peter Meyer verabschiedete sich in einem letzten Rundschreiben an die Lehrerkollegen, die in der Kinderlandverschickung und bei der Wehrmacht waren. Erst äußerte er sich zur „Pensionierung“ von Robert Grosse: „In unserer Schularbeit sind inzwischen die im vorigen Rundschreiben angekündigten und schwerwiegenden Veränderungen eingetreten. Zunächst ist zu melden, dass der Kollege Oberstudiendirektor Dr. Grosse zum 1. April 1943 in den Ruhestand getreten ist. Die Beanstandungen, die hier und da hinsichtlich seines Unterrichts in biologisch-rassistischer Hinsicht erhoben worden sind, haben ihn nach vorausgegangener Rücksprache mit dem Oberschulrat Dr. Saß bewogen, sein Abschiedsgesuch einzureichen, welches dann von Bürgermeister Krogmann in einer Sonderaudienz angenommen wurde. Die Schule dankt dem scheidenden Kollegen, der von seinen Schülern sehr vermisst wird, für seine hingebende und treue Arbeit, die er zumal auf der Oberstufe geleistet hat.“⁴⁴⁵

Er bekannte sich also noch einmal ausdrücklich zu Robert Grosse und berichtet dann relativ nüchtern von seiner eigenen Degradierung: „Im Zusammenhang mit der obigen Meldung betr. die Pensionierung des Kollegen Grosse steht eine andere Personalveränderung, die an sich schon lange in der Schulverwaltung erwogen worden ist, die nun zur Wirklichkeit wird. In aller Kürze: Von Ostern ab werde ich meines Amtes als Direktor der Oberschule für Jungen Altona enthoben und werde weiter im Amte eines Studienrates an einer anderen Schule beschäftigt werden (mündliche Mitteilung des Oberschulrates Dr. Behne).“⁴⁴⁶

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach Personalakte Robert Grosse, StA HH, 361-3_ A 1300.
- 2 Ebd., Schreiben vom 6. Juni 1933.
- 3 Personalakte Grosse, Bl. 151.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.

- 6 Ebd., Bl. 153.
- 7 Alles ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd., Bl. 133.
- 11 Personalakte Grosse, a. a. O.
- 12 Ebd.
- 13 Reinhard Dargel/Dierk Joachim: „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen“. Zur Geschichte der Oberrealschule für Jungen Altona (OJA) im Faschismus, in: Festschrift 1882–1982, Gymnasium Altona, Hamburg 1982, S. 17ff. In gekürzter Fassung derselben Autoren auch in: Hochmuth/de Lorent, a.a.O., S. 60ff.
- 14 Dargel/Joachim, a. a. O., S. 34.
- 15 Das gesamte Schreiben mit handschriftlichen Notizen in der Personalakte Grosse, a. a. O.
- 16 Ebd.
- 17 Dargel/Joachim, a. a. O., S. 34.
- 18 Ebd.
- 19 Personalakte Grosse, a. a. O.
- 20 Das gesamte Schreiben, aus dem zitiert wird, in der Personalakte Grosse, a. a. O.
- 21 Siehe Personalakte (StA HH, 361-3_3673) und Entnazifizierungsakte (StA HH, 221-11_Ed 6630) von Joachim Carstens und seine biografischen Daten in diesem Buch.
- 22 Entnazifizierungsakte Heinrich Paulsen, StA HH, 221-11_Ed 2616
- 23 Alle Denunziationen sind handschriftlich gefertigt und in der Personalakte Robert Grosses a. a. O. mit Unterstreichungen und Bemerkungen von Hermann Saß gesammelt.
- 24 Entnazifizierungsakte Adolf Meyer, StA HH, 221-11_X516
- 25 Personalakte Grosse, a. a. O.
- 26 Ebd.
- 27 Das Schreiben Raebels, ebd. Zur Person Raebel siehe: Personalakte Prof. Karl Raebel, StA HH, 361-3_A1051. Im Entnazifizierungsfragebogen (StA HH, 221-11_Ed 6932) verschwieg Raebel seine SS-Mitgliedschaft, die er am 1.4.1938 in seiner Personalakte angegeben hatte. Danach war er SS-Mitglied seit 1.12.1933, Mitgliedsnummer 254909.
- 28 Silbers Schreiben ebenfalls in Personalakte Grosse, a. a. O.
- 29 Entnazifizierungsakte Richard Stender, StA HH, 221-11_Ed 6930.
- 30 Schreiben Stenders in Personalakte Grosse, a. a. O.
- 31 Dargel/Joachim, a. a. O., S. 34.
- 32 Siehe Personalakte Grosse, a. a. O., Bl. 42.
- 33 Ebd.
- 34 Schreiben vom 10.6.1942, ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Senatssyndikus Dr. Schultz am 3.3.1943, ebd.
- 40 Ebd.
- 41 Ebd.
- 42 Siehe die vorstehende Biografie Hermann Saß.
- 43 Alles Personalakte Robert Grosse, a. a. O.
- 44 Ebd., Bl. 71.
- 45 Dargel/Joachim, a. a. O., S. 34.
- 46 Ebd., S. 35.

Wie ging es weiter mit Robert Grosse und Peter Meyer nach 1945? Was wurde aus ihren Denunzianten?

Notizen und Biografien

Die konzertierte Denunziation von Lehrern der Oberrealschule für Jungen in Altona des Kollegen Robert Grosse im Zusammenspiel mit Oberschulrat Hermann Saß führte 1943 zur Pensionierung von Robert Grosse und zur Suspendierung von Schulleiter Peter Meyer. Wie ging es weiter mit den Denunzianten, wie wurden sie entnazifiziert und was passierte nach 1945 mit Robert Grosse und Peter Meyer?

Robert Grosse

Robert Grosse konnte sich – in Relation zu anderen Kollegen – glücklich schätzen, mit der Pension des Oberstudiendirektors in den Ruhestand versetzt worden zu sein. Das minimiert weder das Unrecht noch die psychische Belastung, der er in den Zeiten der Verfolgung, Denunziation und Degradierung ausgesetzt war. Am 22.5.1945 stellte Grosse ein Gesuch auf Wiedergutmachung. Da er sich im 65. Lebensjahr befand, wurde eine Wiedereinstellung als Leiter einer höheren Schule mit Hinweis auf sein Alter von der Schulverwaltung abgelehnt. Auch mit Verweis auf seinen Gesundheitszustand konnte er nicht wieder eingestellt werden. Seine Bitte, eine Stelle an der Staatsbibliothek zu erhalten, konnte mangels freier Stellen ebenfalls nicht realisiert werden.¹ Näher traten Schulverwaltung und Senat dem Wunsch Grosses, ihm den Professorentitel zu verleihen.

Der nächste Impuls für eine ‚Wiedergutmachungsmaßnahme‘ kam von dem ehemaligen Schüler Grosses und späteren SPD-Bürgerschaftsabgeordneten, Hans-Joachim Heydorn, der im Januar 1946 eine Eingabe an die Schulbehörde sandte. Darin stellte er fest: „Wie viele andere seiner ehemaligen Schüler habe ich es zum größten Teile ihm zu verdanken, dass mir echte und lebendige demokratische Überzeugung in mein Leben mitgegeben wurden. In den dunkelsten Jahren des Krieges war dieser hervorragende Lehrer und Menschenführer immer mitten unter uns, um uns in diesen unseren Überzeugungen zu erhalten und die Verzweifelten mit zu reißen. So war es für ihn, der die ganzen Jahre nur auf diesen einen Tag gehofft hatte, da es ihm wieder vergönnt sein dürfte, nach allem persönlichen Leiden der vergangenen Jahre an dem Aufbau eines neuen Deutschlands mitzuarbeiten, beinahe unfassbar, als man ihm drakonisch mitteilte, dass er auch heute nur mehr ein pensionierter Beamter sein dürfe. Wenn man bedenkt, welch ein erschütternder Mangel an de-

mokratischen Lehrern und Hochschullehrern heute besteht und wie herzlich wenige Beamte den Mut aufgebracht haben, wie Dr. Grosse für ihre Überzeugungen einzustehen, dann ist es wohl beinahe eine Art Zynismus, wenn man diesem Manne heute mitteilt, dass er für das neue Deutschland zu alt sei, jenes Deutschland für dessen Kommen er alles auf sich zu nehmen bereit war.“²

Heinrich Schröder, neuer Oberschulrat für die höheren Schulen und ehemaliger Kollege am von Grosse ein Jahr lang geleiteten Christianeum, relativierte die Aussagen Heydorns. Er schrieb: „Der Bericht des Herrn Heydorn ist nicht frei von Übertreibungen. Die Charakterisierung Dr. Grosses als eines ‚hervorragenden Lehrers und Menschenführers‘ dürfte zweifellos eher auf den Vorgänger Dr. Grosses, auf Herrn Dr. Vohwinkel, passen. Als Mitglied einer Widerstandsbewegung kann man Dr. Grosse wohl nur dann bezeichnen, wenn man das gelegentliche Zusammenkommen mit Gesinnungsfreunden schon als Widerstandsbewegung ansehen will. Ob Herr Heydorn Herrn Dr. Grosse als Lehrer gehabt hat, entzieht sich meiner Erinnerung.“³

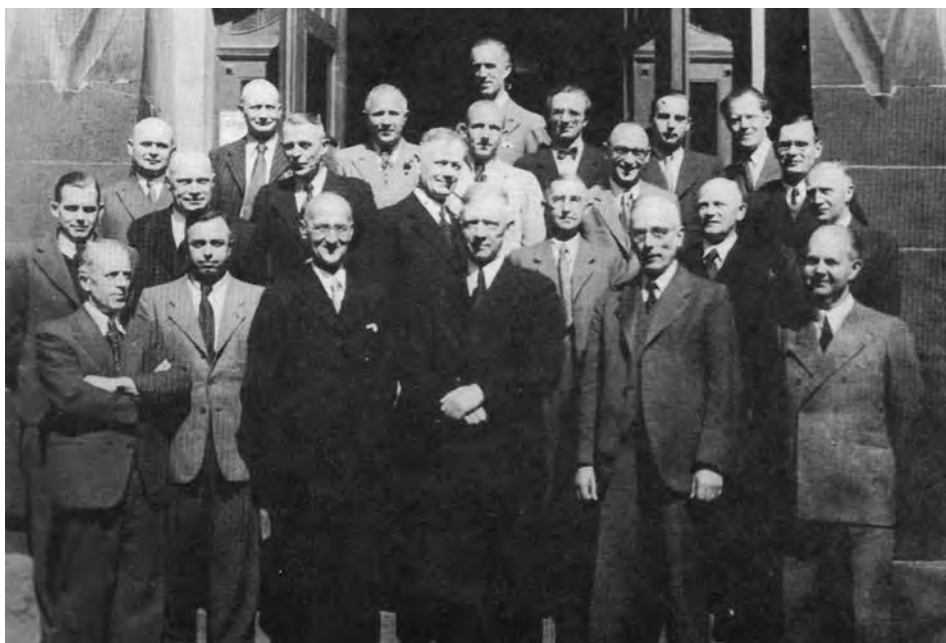
Die „Wiedergutmachung“ bestand schließlich darin, dass Grosse auf Initiative der Deputierten der Schulverwaltung, zu denen 1950 auch Hans-Joachim Heydorn gehörte, zum 70. Geburtstag der Professorentitel verliehen wurde. Und das Amt für Wiedergutmachung entschied „den entstandenen Schaden“ durch die vorzeitige Pensionierung auszugleichen.

Zum 80. Geburtstag gratuliert Landesschulrat Ernst Matthewes dem Jubilar Robert Grosse und schrieb: „In den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft haben Sie nach ihrer Überzeugung gehandelt und die ihnen anvertraute Jugend zu wissenschaftlicher Objektivität und vorurteilsfreier Denkweise erzogen.“⁴ Robert Grosse antwortete darauf: „Sie erweisen mir zu viel der Ehre. Ich konnte gar nicht anders handeln, da ich von Anfang an tiefe Einblicke in die unfassliche Unmoral des herrschenden Systems und seiner führenden Persönlichkeiten getan hatte.“

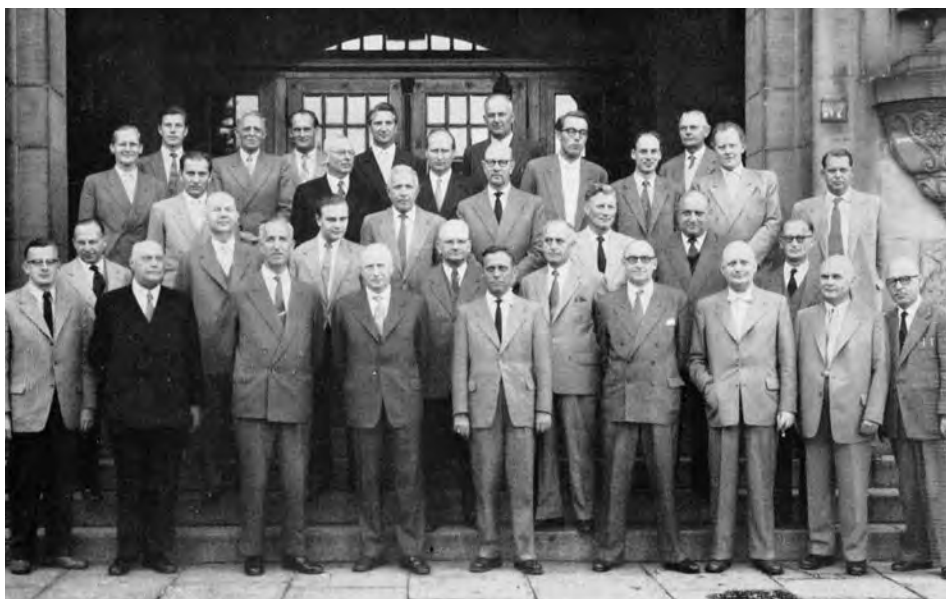
Robert Grosse starb am 21.10.1968 in Hamburg.

Anmerkungen

- 1 Personalakte Robert Grosse, StA HH 361-3_ A 1300.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Schreiben von E. Matthewes vom 23.12.1960. Grosse antwortete am 27.12.1960; ebd.



Kollegium der Oberschule für Jungen Altona mit dem Schulleiter Peter Meyer (4.v.l.), 1949. In der 2. Reihe (2.v.l.) steht Cäsar Iburg, der in diesem Buch auch porträtiert wird, ehemaliger Leiter der Kirchenpauer-Schule. Vorn rechts steht der Vertraute von Peter Meyer, Richard Stender.



Kollegium derselben Schule, acht Jahre später: Wieder im Dienst und zurück an alter Wirkungsstätte sind Richard Stender (2. Reihe, 2.v.l.) und Joachim Carstens (1. Reihe, 5.v.r., auf der 1. Stufe stehend).

Joachim Carstens

Joachim Carstens wurde am 5.3.1899 in Ockholm bei Husum geboren. Sein Vater war Lehrer. Er besuchte bis 1914 eine einklassige Dorfschule, ab August 1916 die Realschule in Tondern. Seit Juli 1917, mit Obersekundareife „stand ich eineinhalb Jahre unter der Waffe“, schrieb er in seinem Lebenslauf.¹

1919 trat er in den Sonderkurs für Kriegsteilnehmer an der Oberrealschule in Neumünster ein und bestand dort im Jahr darauf die Reifeprüfung. Das Studium Chemie, Biologie, Physik, Mineralogie für das höhere Lehramt absolvierte er 1920–1927 an der Universität in Kiel. Bei seiner angestrebten chemischen Doktorarbeit im Sommersemester 1925 zog er sich eine Gasvergiftung zu, „die mich zwang, die Arbeit aufzugeben“, wie er später schrieb. Danach konzentrierte er sich auf biologische und philologische Studien. 1928 bestand Joachim Carstens die Lehramtsprüfung für Chemie, Biologie in der Oberstufe und Physik in der Unterstufe. Seine schriftlichen Themen: „1. Über freie Radikale und 2. Die Metamorphose der Insekten“. Das Referendariat absolvierte er 1928/29 an der Hebbelschule, der Oberrealschule in Kiel, danach an der Lauenburger Gelehrtenschule.²

Die Berichte über den Referendar Joachim Carstens fielen verhalten positiv aus. Am 22.3.1929 stellte Mentor Dr. Thietz von der Hebbelschule in Kiel fest: „Er bewährte sich bei einer Wanderung unter meiner Führung in der Lüneburger Heide als wertvoller Helfer. Zu den Schülern gewann er bald ein kameradschaftliches Verhältnis. Besonders gern schlossen sich die jüngeren ihm an; so wirkte er anregend unter den Schülern und hatte meist einen ganzen Kreis von ihnen um sich. Er scheint durchaus Geschick zum Erzieherberuf zu besitzen.“³

Und im Referendatsbericht der Lauenburgischen Gelehrtenschule vom 30.8.1929 hieß es: „Eine gewisse Unsicherheit und Befangenheit im Auftreten, die Herrn Carstens eigen ist, ließ mich anfangs befürchten, dass er erzieherische Schwierigkeiten haben könne. Das ist erfreulicherweise nie eingetreten, da Herr Carstens sich sofort in ganz famoser Weise freund- und kameradschaftlich zu den Zöglingen stellte und nicht in den Fehler mancher Anfänger verfiel, anstatt dem Geist dem Buchstaben nach Erzieher zu sein. Ich selbst darf sagen, dass ich bisher noch nie einen so bescheidenen, pflichttreuen, gewissenhaften und unermüdlich tätigen Assistenten im Ratzeburger Alumnat gehabt habe wie Herrn Carstens. Er sieht selbst, wo es fehlt, achtet auf Ordnung und Sauberkeit in Haus und Hof und nimmt sich unaufgefordert der Kleineren auch in den Freistunden behrend und fördernd an. Sein einfaches, frommes, lauterer Wesen hat ihn uns allen lieb gemacht, so dass wir wünschten, wir könnten ihn noch recht lange behalten“, schrieb der Leiter des Alumnats, Dr. Irmisch, in seinem Bericht vom 30.8.1929. Und Dr. Schmidt, Leiter an

der Kieler Hebbelschule, prognostizierte, dass Carstens „einen guten Lehrer abgeben wird“.⁴ In einem anderen Referendarsbericht vom 20.12.1929 wurde vermerkt, dass er jede Gelegenheit nutze, um zu lernen, er sei „offenbar dankbar für jeden Ratschlag. Gelegentlich konnte seine Gründlichkeit allerdings ermüdend wirken. Sein Tempo war dann zu stark gemäßigt.“ Und im zusammenfassenden Bericht über den Referendar Carstens hieß es: „Dabei ist er eine ernste, zielstrebige Natur, pflichteifrig, gründlich und gewissenhaft. In seiner bescheidenen, zu übertriebener Selbstkritik neigenden, Art ist er leicht geneigt, seine Person allzu sehr zurücktreten zu lassen. Bescheiden, dabei aber doch von ansprechender Gewandtheit, sind auch seine Umgangsformen. Seine Intelligenz ist durchschnittlichen Grades. Für theoretische Fragen der Pädagogik und besonders für jugendpsychologische Probleme hat er ein natürliches Interesse. Es entspricht aber seiner Natur, dass er bei den Erörterungen in den Sitzungen wenig hervortritt.“⁵

Selten enthalten Personalakten dieser Zeit so viele Berichte über den Ausbildungsgang eines Lehrers. Somit werden die Berichte fast zum Psychogramm und können einen Hinweis geben, wie ein Lehrer Carstens reagierte, wenn er im Berufsalltag mit Menschen wie Robert Grosse zu tun hatte in ideologisch aufgeheizter Situation.

Das Referendariat war für Joachim Carstens offenbar herausfordernd und anstrengend. 1930 benötigte er einen vierwöchigen Erholungsurlaub wegen „nervöser Abspannung“.⁶

Als Assessor erhielt Joachim Carstens nach dem Referendariat einen Lehrauftrag in Plön, danach einen Lehrauftrag am staatlichen Oberlyzeum in Flensburg. Wie viele Lehrer in dieser Zeit durchlebte Carstens längere unsichere Beschäftigungen bis ins Jahr 1933. Im Fragebogen zur „Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933“ teilte Carstens der Schulverwaltung mit, seit dem 20.4.1933 Mitglied der NSDAP zu sein.⁷

Bis zum 30.4.1934 arbeitete er am Gymnasium in Kiel, danach an der Privatrealschule Bad Bramstedt.

Joachim Carstens strebte nach einer festen Beschäftigung und Beförderung zum Studienrat. Im Mai 1935 bemühte er sich erfolgreich um eine Anstellung in Altona. Dabei kam er in Kontakt mit Stadtrat Hermann Saß und Schulrat Paul Dittmer. Carstens beantragte für den Umzug von Bad Bramstedt nach Altona eine Umzugsbeihilfe, vom Oberstudiendirektor des Oberlyzeums Altona, Bernhard Müller, befürwortet mit dem Hinweis: „Assessor Carstens gehört der NSDAP an.“ Wegen fehlender Mittel entschied Saß, den Antrag abzulehnen. Ein paar Monate später, am 25.9.1935 beauftragte Saß seinen Intimus, Schulrat Paul Dittmer, zu prüfen, ob Carstens „evtl. ein Betrag bis zu 100 Reichsmark gezahlt werden kann“. Sie waren also im Gespräch mit Carstens, und er war ihnen verpflichtet.⁸

Am 8.4.1937 teilte Paul Dittmer im Namen des Oberbürgermeisters der Stadt Altona mit, dass Carstens mit Wirkung vom 1.4.1937 zum Studienrat an die Oberrealschule für Jungen berufen werde und er sich am 14. April 1937 bei Oberstudiendirektor Peter Meyer melden soll. Die Urkunde werde ihm persönlich beim Stadtrat Dr. Saß überreicht. Damit waren die Kontakte hergestellt. Studienrat Carstens wusste, wie die Herrschaftsverhältnisse in Altona funktionierten.

Wie prekär die Lage der nicht fest beschäftigten Lehrer war, zeigt eine Eingabe Carstens, „ein Gesuch um eine Notstandsbeihilfe“. Am 12.10.1936 wurde die Frau von Joachim Carstens von einer Tochter im Krankenhaus „Jerusalem“ (!) per Kaiserschnitt entbunden. Komplikationen bei Mutter und Kind führten zu Aufwendungen, die den Lehrer Carstens in eine „schwere wirtschaftliche Not“ brachten. Umso dankbarer war Carstens, als er 1937 endlich zum Studienrat befördert wurde. Wozu dies in Kombination mit NS-Überzeugung und schwachem Charakter führen kann, sollte bei seinen Denunziationen deutlich werden. Uwe Schmidt hat das Bild von Joachim Carstens nach Gesprächen mit Harald Schütz abgerundet und pointiert. Schütz war Schüler von Carstens an der Oberrealschule Altona (Abitur Jahrgang 1947), später Schulleiter des Johanneums und Oberschulrat für Gymnasien. Schmidt schrieb als Resümee nach dem Gespräch mit Harald Schütz: „Allein die Tatsache, dass Grosse so anders war als andere Lehrer, müsse den Denunzianten Joachim Carstens schon provoziert haben, einen ‚eindeutigen Nationalsozialisten und politischen Wichtigtuer, unbeherrscht und jähzornig‘: Schüler seien von ihm angeschrien und niedergemacht worden. Seine Zensierungen seien unberechenbar und ungerecht gewesen. Er habe seine Aktentasche auf das Lehrerpult geschmissen und sich verbissen, wenn ihm etwas nicht gepasst habe. Er habe Schüler auf Grosse angesprochen und sie regelrecht ausgehorcht.“⁹

Bevor Carstens den Kollegen Robert Grosse anschwärzte, zog er erst einmal im November 1939 als Infanteriesoldat in den Krieg.¹⁰

Am 27.1.1941 kehrte er an die Schule zurück. Interessant erscheint, dass er kurz nach dem zweiten Denunziationsschreiben vom 1.2.1943 schon am 17.2.1943 als Lagerlehrer der Kinderlandverschickung (KLV) für ein halbes Jahr in das Kloster Reichenbach abgeordnet wurde. Die Konfrontation mit Robert Grosse ersparte man ihm somit. Auch das passt zum schwachen Charakter der Denunzianten. Die Demontage von Grosse und Schulleiter Peter Meyer konnte er aus der Ferne beobachten. Nach dem KLV-Lager folgte am 29.8.1944 erneut der Kriegsdienst, den er als Unteroffizier beendete.¹¹

Am 28.6.1945 meldete sich Carstens zurück bei der Schulverwaltung in Hamburg. Er wurde von Schulsenator Heinrich Landahl erst beurlaubt, am 22.10.1945 dann entlassen und musste sich dem Entnazifizierungsverfahren stellen.

Im Entnazifizierungsfragebogen, den er am 31.7.1945 erstmals ausfüllt, gibt er an, seit dem 1.5.1933 NSDAP-Mitglied zu sein, der SA vom 6.7.1933 bis zum 1.10.1934 angehört zu haben, der NSV seit 1934, ebenfalls dem NSLB, der VDA seit 1937 und dem Reichskolonialbund ab 1936.¹²

Im weiteren Verfahren, war das Verhalten von Robert Grosse und Peter Meyer überraschend.

Der Beratende Ausschuss für das höhere Schulwesen (Helbig, Thede und Broscheit) konnte sich am 25.11.1946 „nicht dazu entschließen, eine Milderung des Urteils“, der Entlassung, zu befürworten. Peter Meyer hätte ausgesagt, dass Carstens „bis zuletzt ein überzeugter Anhänger der Nazis gewesen ist. Er ist allerdings in der ganzen Zeit der Kirche treu geblieben. Aber er hat durch eine Anzeige bei der Schulverwaltung veranlasst, dass der Oberstudiendirektor Grosse in den Ruhestand versetzt und der Oberstudiendirektor Meyer als Studienrat an eine andere Schule versetzt wurden. Herr Grosse hat sich inzwischen mit ihm ausgesprochen und setzt sich trotz allem für ihn ein, da er ihn nur für das Werkzeug von Hintermännern hält.“¹³

Carstens selbst brachte Leumundszeugnisse bei von Nachbarn, Mitsoldaten, Kriegskameraden, meist bekannt aus den letzten Kriegsjahren. Seine Argumentation fiel schlicht aus. Zur NSDAP-Mitgliedschaft und seinen Funktionen als Blockwaller und Zellenleiter schrieb er: „Mein Beitritt zur NSDAP und die Übernahme eines Amtes in der Partei erfolgte aus Pflichtbewusstsein dem deutschen Volk und Staat gegenüber. Wenn ich als überzeugter Christ auch von vornherein Bedenken hatte, der NSDAP beizutreten, so tat ich dies doch im Vertrauen auf christlich klingende Worte Hitlers und vor allem auf dessen Erklärung in seinem Aufruf an das deutsche Volk vom 1. Februar 1933: ‚Die Regierung wird das Christentum als Grundlage unserer gesamten Moral in ihren festen Schutz nehmen.‘ Damals durchschaute ich noch nicht die Tatsache, dass der Nationalsozialismus grundsätzlich mit Lügen arbeitete und dass er solche Versprechungen nur aus Nützlichkeitsgründen gab. Sobald ich aber nach einer Reihe von Jahren erkannte, dass die Methoden der nationalsozialistischen Diktatur meinem Ideal von Gewissensfreiheit und Gerechtigkeit direkt zuwiderliefen, machte ich eine innere Wandlung durch und habe seit Ende 1943 keine inneren Bindungen mehr zum Nationalsozialismus.“¹⁴

Wie in vielen anderen Fällen auch konstruierte Carstens seine Distanz zum Nationalsozialismus aus den späten Kriegsdepressionen. Nicht zu vergessen dabei, dass seine zweite große Denunziation im Januar 1943 stattfand, also kurz vor diesem vermeintlichen Gesinnungswandel. Aus der inneren Wandlung „zog ich die Konsequenzen, indem ich im Schuldienst – insonderheit in der Kinderlandverschickung im Jahre 1943 – begann, einen energischen Kampf gegen die Hitler-Jugend

zu führen, während ich mich im Parteidienst mit Erfolg bemühte, mein Amt als Zellenleiter loszuwerden und nun als Helfer in einer Ortsgruppe ein Nebenamt von geringer Bedeutung ausübte. Um aber dem Parteidienst völlig zu entgehen, bemühte ich mich bei der Schulbehörde, meine U.-K.-Stellung rückgängig zu machen. Dies gelang mir schließlich im Sommer 1944. Von vorneherein habe ich die Ablehnung von Willkür und Unrecht in der NSDAP auch nach außen vertreten, soweit ich die Möglichkeit eines erfolgreichen Eingreifens sah.“¹⁵

Und auch zu seinen Aktivitäten gegen den Kollegen Grosse nahm Carstens Stellung: „Schließlich möchte ich darauf hinweisen, dass mein Vorgehen gegen meinen ehemaligen Kollegen Herrn Dr. Grosse im Jahre 1942/43 – so bedauerlich auch das Unrecht ist, das ich ihm aufgrund falscher Voraussetzungen und Missverständnisse zugefügt habe – nicht als Denunziation gewertet werden kann. Ich handelte dabei in dem durch die unwahre Propaganda des Nationalsozialismus bedingten Glauben an die Gerechtigkeit der deutschen Sache. Da ich aber seit dem Beginn des russischen Feldzuges den Sieg der deutschen Waffen für sehr gefährdet hielt, war ich sehr besorgt um das Schicksal des deutschen Vaterlandes. Nun hatte ich durch ständig sich wiederholende Äußerungen meiner Schüler den – objektiv gesehen völlig ungerechtfertigten – Eindruck gewonnen, dass Herrn Dr. Grosses Bestrebungen – besonders im Geschichtsunterricht – darauf abzielten, in den Schülern der Oberstufe, die vor der Einberufung zur Wehrmacht standen, Zweifel an der Gerechtigkeit der deutschen Sache zu erwecken. Ich konnte mich damals des Eindrucks nicht erwehren, dass er hierbei von Problemen ausging, die zu meinem Unterricht in entgegengesetztem Sinn behandelt worden waren. Da eine Aussprache mit Herrn Dr. Grosse durch Lässigkeit meinerseits leider unterblieb, wurde ich auf dem Instanzenwege bei der Schulbehörde vorstellig, die ich lediglich bat ihm den Geschichtsunterricht auf der Oberstufe zu nehmen.“¹⁶

Ein Jahr später, am 12.11.1947, vor dem „Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten“ erklärte Carstens noch einmal, 1937 Blockleiter und 1941/42 Zellenleiter der NSDAP gewesen zu sein. Auch Peter Meyer wird noch einmal gehört. Der Ausschuss vermerkte: „Nach der Bekundung des Oberstudienleiters Meyer hat Carstens wohl den äußeren Anlass zu Maßnahmen gegen ihn und Oberstudienleiter Grosse gegeben, von einer Denunzierung seitens Carstens könne jedoch keine Rede sein. Es habe sich vielmehr um eine naive Rückfrage seitens Carstens auf dem Gebiet der Rassenlehre gehandelt, die dann zum Anlass für längst gegen ihn und Grosse geplante Maßnahmen genommen sei. Unter diesen Umständen konnte Carstens nicht der Vorwurf einer Denunzierung gemacht werden, wenn sein Verhalten auch unüberlegt war.“¹⁷

In ähnlicher Weise verwendete Meyer sich auch für andere aktive Nationalso-

zialisten, so unter anderem für Richard Stender und trug damit dazu bei, dass eine wirkliche Entnazifizierung nicht stattfand.¹⁸

Carstens' Anwalt hatte eine Woche vorher noch behauptet, Carstens hätte sich sogar für Schulleiter Meyer stark gemacht, als dessen Suspendierung drohte: „Wenn das gegen Herrn Grosse eingeleitete Verfahren unter anderem auch Veranlassung dafür gewesen sein soll, dass der Oberstudiendirektor Meyer versetzt worden ist, so hat jedenfalls Carstens mit dieser Versetzung persönlich nicht das Allgeringste zu tun und ihm kann hieraus ein Vorwurf nicht gemacht werden. Ganz im Gegenteil hat sich Carstens noch für Herrn Oberstudiendirektor Meyer verwandt. Er wurde nämlich aufgrund seiner Eingabe eines Tages zum früheren Oberschulrat Henze vorgeladen. Die Besprechung mit Oberschulrat Henze dauerte nur 2–3 Minuten. Unter anderem wurde hierbei an Carstens die Frage gestellt, wie er über Herrn Oberstudiendirektor Meyer denke. Daraufhin hat Carstens sofort erwidert, dass Herr Oberstudiendirektor Meyer in jeder Hinsicht in Ordnung sei und er für ihn eintrete. Carstens ist bereit, dieses Gespräch unter Eid jederzeit zu bestätigen.“¹⁹

Die Folge war, dass Carstens wieder eingestellt wurde. Am 18.1.1948 war er zunächst an der Oberschule für Jungen Alstertal, dann ab dem 6.9.1948 wieder an der Oberschule für Mädchen tätig, wo er 1936 seinen Start als Lehrer in Altona gehabt hatte. Ab 1.7.1949 wurde er auch wieder Beamter.

Das erste Gutachten über ihn vom 10.2.1949 von Schulleiterin Rähling fiel nicht überragend aus: „Herr Carstens hat sich dieser gewiss schweren Aufgabe ohne jede Klage mit Eifer und Fleiß angenommen. Er zeigt überhaupt größte Bereitwilligkeit und Arbeitseifer, auch im Erteilen von Vertretungsstunden. Anfangs machte Herr Carstens einen sehr gedrückten, fast verängstigten Eindruck. Allmählich ist er freier und selbstbewusster geworden. Sein Unterricht ist gründlich und klar, die Klassen zeigen Interesse, Verständnis, gutes Wissen und gute Mitarbeit. Der Unterricht wirkt etwas freudlos, auch zeigt Herr Carstens große Nervosität.“²⁰

Fünf Jahre später, am 4.10.1954, schrieb Oberschulrätin Pollitz: „Es hat mir sehr leid getan, dass aus organisatorischen Gründen Ihre Versetzung an die wissenschaftliche Oberschule für Jungen in Altona nötig wurde. Ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit herzlich danken für die Arbeit, die Sie an der wissenschaftlichen Oberschule für Mädchen geleistet haben. Ich weiß, dass Ihre Schülerinnen von Ihrem Unterricht viel Nutzen gehabt haben und dass Sie im Kollegium ein wertvolles Mitglied gewesen sind. Ich wünsche Ihnen, dass Sie sich an der neuen Schule schnell einleben und auch dort Freude und Befriedigung in ihrer Arbeit finden werden.“²¹

So schnell geriet alles in Vergessenheit. Carstens kehrte zurück an den Hohenzollernring. Dort war Peter Meyer mittlerweile, nachdem er 1945 als Schulleiter wieder eingesetzt worden war, pensioniert worden. Aber Mitdenunziant Richard



Joachim Carstens

Stender befand sich auch wieder mit an Bord, ebenso wie einige ehemalige NSDAP- Aktive anderer Altonaer Schulen.

Carstens arbeitete dort noch zehn Jahre und trat am 31.3.1964 in den Ruhestand.

Als Landesschulrat Wolfgang Neckel Carstens in dem üblichen Schreiben zum 70. Geburtstag gratulierte, bedankte sich Carstens und antwortete: „Nun ich das biblische Alter erreicht habe, stelle ich rückschauend dankerfüllt fest, dass nächst Gottes Güte das Wohlwollen meiner Vorgesetzten für mein Leben bestimmend war.“²²

An wen er da wohl gedacht hatte.

Joachim Carstens starb am 3.4.1975

Anmerkungen

- 1 Wenn nicht anders zitiert, beruhen alle Angaben auf Unterlagen in der Personalakte Carstens Bd. 1, StA HH, 361-3_3673 (Ablieferung 2005/01) und Personalakte Carstens Bd. 2, StA HH, 361-3_3674 (Ablieferung 2005/01).
- 2 Personalakte Carstens Bd. 1, a. a. O.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd. Siehe auch die Biografie Dittmer.
- 9 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 355.
- 10 Personalakte Carstens Bd. 2, a. a. O.
- 11 Ebd.
- 12 Entnazifizierungsakte Carstens, StA HH, 221-11_Ed 6630. Die weiteren zitierten Dokumente im Entnazifizierungsverfahren befinden sich in dieser Akte.
- 13 Ebd.
- 14 Gesuch um Wiedereinstellung in den Schuldienst vom 25.9.1946, ebd.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Siehe auch die Biografie Peter Meyer.
- 19 Entnazifizierungsakte Carstens, a. a. O.
- 20 Personalakte Carstens Bd. 2, a. a. O.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.

Richard Stender

Ein besonderer Fall war Richard Stender, geboren am 11.5.1901 in Lübeck. Von Stender, promovierter Mathematik- und Physiklehrer, existiert keine Personalakte mehr. Sein Bildungsgang ist somit schwer zu rekonstruieren. Allerdings liegt seine Entnazifizierungsakte vor.¹

Danach ist Stender seit dem 1.5.1933 NSDAP-Mitglied, im NSV seit 1933 als Blockwarter tätig, ab 1934 Zellenwarter. Im NSLB war er Mitglied seit dem 1.4.1933, als Propaganda- und Pressewarter für den Kreis Altona tätig und seit 1943 auch als Ortsgruppen-Schulungsleiter. Und Stender gehört zu der kleinen Denunziantengruppe, die Grosse anschwärzte. Das machte er im Februar 1943, zu dem Zeitpunkt, als er die NSDAP-Ortsgruppenschulungen durchführte, während gleichzeitig sein Vorgesetzter, Hermann Saß, Kreisschulungsleiter für Altona war und der neue starke Mann in der Schulverwaltung, Oberschulrat Albert Henze, als Gauschulungsleiter fungierte. Da geriet man schon in Abhängigkeiten.

Soweit die Datenlage. Aus der Feder Stenders sah alles ganz anders aus. Stender stand in der zweiten Oktoberwoche 1945 auf der Liste von 30–40 von der Britischen Militärregierung zu entlassenden Lehrern, wie aus dem Tagebuch von Peter Meyer hervorgeht², der ihm persönlich sehr zugetan war und auch persönlichen Kontakt zu Stender pflegte. Verfügt wurde die Entlassung am 26.10.1945 und Stender nannte Gründe, warum er aus seiner Sicht zu Unrecht als Nazi-Aktivist betrachtet wurde:

„Meinen Eintritt in die NSDAP habe ich nach schweren inneren Kämpfen unmittelbar vor dem 1. Mai 1933 aus folgenden Motiven vollzogen. Als Arbeitersohn hatte ich mir mein Studium unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten erkämpft und war früh ins Amt gekommen. Nach der Machtübernahme musste ich den Verlust meiner schwer errungenen Stellung befürchten. Meine Mutter litt an manisch-depressivem Irresein und musste deswegen zeitweilig in der Heilanstalt verweilen. Mir war klar, dass diese Erbkrankheit und ihre unglücklichen Träger von den Nationalsozialisten verfolgt werden würden. Hinzu kam, dass mein einziger Bruder als ehemaliger Funktionär der SAP (Sozialistischen Arbeiter-Partei) im April 1933 in Lübeck verhaftet worden war. An meiner Schule war eine Reihe von besonders aktiven Nationalsozialisten tätig, denen bekannt war, dass ich ideenmäßig dem Nationalsozialismus völlig fern stand durch meine philosophische Verankerung im Neukantianismus (als Schüler des jüdischen Professors Ernst Cassirer und des Sozialisten Albert Görland), was auch in meiner philosophischen Dissertation, die sich mit einem Problem aus der Einsteinschen Relativitätstheorie beschäftigte, zum Ausdruck kam.“³

Angst um die Studienratsstelle war ein häufig genannter Grund für den Eintritt in die NSDAP, meist allerdings, wenn es um den Parteieintritt 1937 ging. Merkwürdig bei dem Bekenntnis Stenders zum „jüdischen Professor Cassirer“ und zu seiner philosophischen Beschäftigung mit „einem Problem aus der Einsteinschen Relativitätstheorie“, dass sie im krassen Gegensatz zur Denunziation Grosses stand, von Stender „Urteil über Oberstudiendirektor Dr. Grosse“ überschrieben. Auch da ging es um Einsteins Relativitätstheorie und Stender schrieb: „Ich besinne mich nur auf ein Gespräch, das ich vor mehr als einem Jahr unter vier Augen mit ihm führte. Grosse fragte mich damals, was ich von der Einsteinschen Relativitätstheorie hielte, die doch in der Welt anerkannt sei. Ich erklärte ihm aus meiner Kenntnis der Dinge heraus, dass zwar die spezielle Relativitätstheorie zum gesicherten Bestand der Physik gehöre, dass aber die allgemeine Relativitätstheorie bisher durch Beobachtung nicht sicher bestätigt sei. Bei allem bleibe festzustellen, dass Einstein zersetzend auf unser Denken gewirkt hat, wobei ich mich auf Zahlen stützte, und dass er sich als Staatsfeind betätigt habe und daher ausgebürgert sei. Grosse berief sich auf andere sog. Gewährsmänner und stellte die Sache so dar, als wenn ich wohl nicht genügend in das Gebiet eingedrungen sei. Ich kannte Grosse in seinem Negieren und verbat mir, mich künftig mit solchen Fragen zu behelligen, die meine weltanschauliche Grundhaltung irgendwie anzutasten geeignet seien.“⁴

Zwischen beiden Schreiben lagen nur etwa drei Jahre. Wie schnell die Sicht sich wendete. Als Presse- und Propagandawalter des NSLB „hatte ich aufgrund meiner kurzschriftlichen Fertigkeit lediglich kurze Zeitungsberichte über Lehrertagungen abzufassen, die ausschließlich Tatsachenberichte waren. Es war gar nicht meine Aufgabe, Propaganda zu machen für NS-Ideen“, versuchte Stender, seine Arbeit zu bagatellisieren.

An anderer Stelle schrieb er, dreizehn seiner Berichte seien in Zeitungen abgedruckt worden, drei davon unter seinem Namen.

Zum Schulungsleiter der Ortsgruppe sei er von seinen Vorgesetzten Saß und Henze gezwungen worden. Dramatisch schilderte er die Situation: „Im Frühjahr 1943 musste ich zum zweiten Male den Verlust meiner Stellung befürchten. Damals wurde mein Direktor, der mir sehr nahe stand, auf Betreiben der Oberschulräte Dr. Saß und Henze aus weltanschaulichen Gründen seines Amtes enthoben. Diese Herren, auch meine dienstlichen Vorgesetzten, zwangen mich, Vorträge für den abwesenden Schulungsleiter in der Ortsgruppe Koch-Büddig zu halten. Ich konnte nur abwehren, zum Schulungsleiter ernannt zu werden.“ Er habe den Befehl „sabotiert“ dadurch, „dass ich jeweils nur 20 min vorlas, ohne mich an vorgeschriebene Themen zu halten. Ich wählte möglichst nur sachliche Gegenstände völkerkundlichen und philosophischen Inhalts und hielt mich frei von propagandistischen Reden.“⁵

Dies machte er nach eigenen Angaben, ohne Überprüfung, von April 1943 bis Ende 1944, „etwa 12 mal“.

Was Stender nicht erwähnte war eine andere Art denunzierendes Verhalten in seiner NSLB-Presse- und Propagandafunktion.⁶

Am 6.10.1944 wurde er von Hasso von Wedel, dem Justitiar der Schulverwaltung, zum Verhalten des Altonaer Schulrats Karl Schlotfeldt vernommen. Schlotfeldt hatte im „Mitteilungsblatt des NSLB“, dem Nachfolgeorgan der HLZ während des Krieges, einige Aufsätze zu „wehrgeistigen Fragen“ unter seinem Namen veröffentlicht. Diese waren aber zum großen Teil von anderen, zumeist Altonaer Rektoren geschrieben und von Schlotfeldt eingesammelt worden. Die Schulleiter hatten sich darüber beschwert und dies als „Lumperei“ und „geistigen Diebstahl“ bezeichnet. Peinlich für Schulrat Schlotfeldt und den NSLB. Nun wollte Justitiar von Wedel vom Altonaer Presse- und Propaganda-Verbindungsman zum NSLB hören, was er damit zu tun hatte. „Sein Name sei in diesem Zusammenhang als Mitwisser genannt worden.“⁷

Stender erwies sich als jemand, der vielfältige Gespräche über diesen Fall geführt hatte, ohne dies jemals offiziell zu thematisieren und als Problem zu lösen.

Jetzt bestand die Möglichkeit, Schlotfeldt zu entlasten oder weiteres Öl in das Feuer zu gießen. Stender entschied sich für letzteres: „Ich bin seit 1934 im NSLB tätig, und zwar seit 1935 als Kreishauptstellenleiter ‚Presse und Propaganda‘ im Kreise 7. Ich bin noch von dem Vorgänger von Schulrat Schlotfeldt eingesetzt und von ihm dann später in dieser Stelle übernommen worden. Schulrat Schlotfeldt war mein Kreisamtsleiter.“

Zur Sache konnte Stender sagen, dass er im Vorwege der Veröffentlichungen nicht einbezogen gewesen sei: „Es ist richtig, dass in den Jahren 1940–1942 Schulrat Schlotfeldt zahlreiche Aufsätze im ‚Mitteilungsblatt des NSLB‘ zur Veröffentlichung gebracht hat. Diese Aufsätze habe ich immer nur als Leser zu Gesicht bekommen. Ich bin vollkommen dabei übergangen worden, als die Aufsätze in das Blatt lanciert wurden.“ Und Stender konnte auch berichten, dass Zweifel an Schlotfeldts Autorenschaft bestanden hätten: „Über diese Aufsätze ist viel geredet worden, auch innerhalb der höheren Schulen, denen ich angehöre. Vor allem wunderte man sich über die große Vielseitigkeit der behandelten Fachgebiete. Stil und Form der Aufsätze sind recht verschieden, so dass, wenn man sie aufmerksam liest, auch der Verdacht nahe liegt, dass sie von verschiedenen Verfassern stammen. Erschienen sind sie aber alle unter dem Namen von Karl Schlotfeldt.“

Stender, der Zeuge vom Hörensagen, der mit vielen redete, aber nicht angemessen mit seinem Wissen umging. Mit vier konkreten, von ihm am 4.10.1944 benannten Personen, tatsächlichen Autoren, hatte Stender gesprochen, auch denjenigen

Rektoren, die letztlich Beschwerde eingelegt hatten, und: „Ich habe mich im privaten Kreise, wenn man, wie natürlich, über derartige Dinge im Mitarbeiterkreis des NSLB mal redete, geäußert, mir würde so etwas nicht passieren, ich würde keinen der Aufsätze unter eigenem Namen veröffentlichen.“

Solche Mitarbeiter wie Richard Stender wünscht man sich: „Es ist auch über die Honorarfrage im Kollegenkreis öfter geredet und Schulrat Schlotfeldt verdächtigt worden, dass er vielleicht doch aus dem Honorar persönliche Vorteile ziehe. Ob das aber der Fall ist und ob nicht vielleicht doch das Honorar für NSLB-Zwecke im Kreis verwandt worden ist, weiß ich nicht.“

Stender stellte dann noch einmal klar: „Ich persönlich kann nur sagen, was im Mitarbeiter- und Kollegenkreis geredet worden ist. Ich habe mich nicht für verpflichtet und befugt gehalten, hinter meinem Kreisamtsleiter her zu spionieren und ihn etwa zur Anzeige zu bringen.“ Vielleicht hätte es vorher noch andere Möglichkeiten gegeben.

Stender verzichtete in seinem Entnazifizierungsverfahren auf rechtsanwaltlichen Beistand. Ungewöhnlich bei der Belastungslage. Allerdings verfügte er über starke Unterstützer.

Wenn man weiß, dass Stender zu seinem Schulleiter, Peter Meyer, einen engen, persönlichen Kontakt insbesondere auch seit Mai 1945 hatte, wie das Tagebuch Meyers verrät, ist Meyers „Vernehmung“ vor dem Beratenden Ausschuss geradezu als genial zu bezeichnen:

„M. erklärt: Ich war niemals Mitglied der NSDAP noch ihrer Gliederungen. Ich kenne Herrn Dr. S. seit 1926, ich leitete seine Ausbildung als Studienreferendar und übernahm ihn 1929 an die von mir geleitete Oberrealschule Altona-Ottensen. Dort habe ich bis zu meiner Entlassung 1943 mit ihm zusammen gearbeitet. Ich kann mir also ein Urteil über ihn erlauben. Meines Erachtens ist er 1933 der Partei beigetreten, weil man es damals ziemlich allgemein tat und er aus verschiedenen Gründen befürchtete, andernfalls seine Stellung zu riskieren. Es war zweifellos ein gewisser Mangel an Rückgrat, der aber seiner im ganzen weichlichen und schwächlichen Natur entsprach. Sein Verhalten mir und anderen Anti-Nationalsozialisten gegenüber ist aber trotz seiner Parteizugehörigkeit stets anständig geblieben. Er hat sich sogar für mich und andere gefährdete Kollegen eingesetzt. Die Ämter die er hatte, wurden ihm eigentlich gegen seinen Willen angehängt, da man über ihn der Meinung war, er lasse sich alles aufpacken, ohne sich zu wehren. Seine Tätigkeit als Kreisabteilungsleiter für Presse und Propaganda war meines Erachtens recht unpolitisch. Was er bei der Schulung der politischen Leiter getan hat, weiß ich nicht aus eigener Kenntnis, ich weiß nur, dass ihm an sich diese Aufgabe nicht sympathisch war. Zusammenfassend möchte ich sagen, dass seine Wiedereinstellung in den Schuldienst

verantwortet werden kann, da er als anständiger Charakter sich einer anständigen Gemeinschaft einordnen wird.“⁸

Stender benötigte noch einen weiteren anerkannten Befürworter und fand ihn in Jes Juhl, mit dem er im Pädagogischen Verein Altona zusammengearbeitet hatte. In der NS-Zeit war Stender Vorsitzender, seit dem 6.10.1945 Rechnungsführer. Jes Juhl, 1. Vorsitzender der „Partei Freier Demokraten“, sagte am 29.7.1946 aus: „Ich selbst bin nie Mitglied der Partei gewesen und 1933 aus meiner Stellung als Erziehungsdirektor entlassen worden. S. kenne ich seit vor 1933, ich habe ihn auch hinterher oft getroffen, weil er in meiner Nachbarschaft wohnte und insbesondere ich immer über ihn habe berichten hören. Danach war S. trotz seiner Ämter kein Nazi, vielmehr ließ er sich aus Angst zum Eintritt in die Partei und später zur Übernahme dieser Ämter bestimmen. Er war und blieb aber politisch ein anständiger Mensch und hat nie irgendjemand denunziert oder sonst geschädigt. Noch im Oktober 1945 wurde er einstimmig zum Rechnungsführer des Pädagogischen Vereins, Hausbaugemeinschaft, wieder gewählt. Dieses ist besonders wichtig, weil die 60 Wähler, wie auch S., zum großen Teil in dem ‚Pädagogenblock‘ wohnten und ihn dadurch auch außerhalb seiner beruflichen Tätigkeit kannten.“⁹

Die für das höhere Schulwesen nach Ende der Nazizeit in den ersten Jahren wichtigen Entscheider in Entnazifizierungsverfahren sprachen sich für Stender aus. So hatte Johann Helbig, Leiter des Beratenden Ausschusses, vermerkt: „Der Beratende Ausschuss empfiehlt, gestützt vor allem auf das Gutachten des uns wohl bekannten Oberstudiendirektors Peter Meyer, den Fall einer erneuten Überprüfung zu unterziehen.“¹⁰

Und Heinrich Schröder, Oberschulrat für die höheren Schulen nach 1945, enger Bekannter von Peter Meyer, mit dem er laut Tagebuch Meyers in dieser Zeit fast täglich Kontakt hatte, schrieb: „Die vielen Gutachten antifaschistischer Persönlichkeiten bestätigen den Eindruck, den auch die Schulverwaltung von Stender hat: Ein Lehrer, der in der Sorge für seine Schüler und für die ihm anvertrauten Aufgaben aufgeht und der trotz der Ämter, die er bekleidet hat, nicht als aktiver Nationalsozialist angesehen werden kann. Besonders das Gutachten seines früheren Schulleiters, des von den Nationalsozialisten abgesetzten Oberstudiendirektors Meyer, der immer ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus gewesen ist und das Gutachten des ebenfalls von den Nationalsozialisten abgesetzten Rektors Jes Juhl dürften von besonderer Bedeutung für die Entscheidung sein. Die Schulverwaltung befürwortet die Wiedereinstellung.“¹¹

So ging es auch ohne Rechtsanwälte. Eine zusätzliche Entlastung erfolgte durch die renommierte Altonaer Buchhandlung Christiansen, gegründet 1878 mit Sitz in der Bahrenfelder Straße in Ottensen. Die Christiansens bescheinigen: „Herr

Studienrat Dr. Stender war 18 Jahre lang Verbindungsmann zwischen der Oberschule für Jungen in Altona und meinem Geschäft. Trotzdem wir nicht Mitglied der NSDAP waren, ist Herr Dr. Stender ausschließlich zu uns gekommen. Herr Dr. Stender ist uns stets unpolitisch entgegengetreten, und wir haben den festen Eindruck, dass Herr Dr. Stender nur aus Pflichterfüllung zusammengesetzt war.“¹²

Der entscheidende Ausschuss kam am 30.7.1946 zu folgendem Ergebnis: „Bei dieser Belastung hat der Ausschuss ernsthaft erwogen, ihn nicht wieder einzustellen. Nur die günstige Beurteilung durch zwei sehr zuverlässige Zeugen, die persönlich vernommen wurden, lässt es rechtfertigen, St., der offenbar als besonders ängstliche Natur sich zu allen Ämtern hat drängen lassen, endgültig doch wieder zuzulassen. Er muss aber noch einige Zeit durch körperliche Arbeit Sühne leisten. Seine Wiedereinstellung soll daher erst zum 1. Oktober 1947, d. h. zwei Jahre nach seiner Entlassung erfolgen.“¹³

Ab dem 1.6.1950 wurde Stender in Kategorie V als Entlasteter eingeordnet. Er kehrte 1947 in den Schuldienst zurück und auch an seine alte Schule. Im Oktober 1954 war er dort wieder mit seinem alten Kollegen Joachim Carstens vereint. Alte Kämpfer in der zweiten Reihe auf dem Kollegiumsbild aus dem Jahr 1957.

Am 31.3.1964 wurde Richard Stender pensioniert, er starb am 12.12.1974

Anmerkungen

- 1 Entnazifizierungsakte Richard Stender, StA HH, 221-11_Ed 6930
- 2 Peter Meyer: Chronik (Tagebuch) 1945/1946, Eintrag vom 20.10.1945, StA HH, 731-1 Handschriftensammlung_Nr. 2912, S.20.
- 3 Schreiben vom 22.6.1946, wie alle nicht anders ausgewiesenen Dokumente in der Entnazifizierungsakte Stenders, a. a. O.
- 4 Schreiben in Personalakte Grosses, StA HH, 361-3_A1300
- 5 Beides im Schreiben vom 22.6.1946, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 6 Dienststrafsache Schlotfeldt, in: StA HH, G8cHV 43 IV/31
- 7 Ebd., wie auch die weiteren Dokumente in dieser Sache. Siehe auch die Biografie Schlotfeldt.
- 8 Vernehmung vom 29.7.1946. Wie alle anderen Dokumente in der Entnazifizierungsakte Stenders, a. a. O.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.

Kurt Silber

Der dritte Denunziant, Kurt Silber, wurde am 27.3.1892 in Regenwalde geboren. Auch von ihm existiert keine Personalakte mehr, wohl aber seine Entnazifizierungsakte.¹

Silber war 1930 Studienrat geworden. Seit 1927 arbeitete er an der Oberrealschule für Jungen in Altona. Er war politisch vielfältig aktiv. Der NSDAP trat er am 1.5.1933 bei. Gleichzeitig gehörte er dem NSLB an, für den er Schulwalter war, wie die Nationalsozialisten dies nannten, Vertrauensmann, der NSLB-Vertreter der Schule. Als Organisationswalter seit 1938 war er Vertreter des Ortsverantwortlichen seit 1939. Ihm wurde die Medaille für Volkspflege verliehen sowie das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse für die ehrenamtliche Tätigkeit im NSV. Vom Kriegsdienst wurde er aufgrund eines Herzfehlers zurückgestellt.

Über Grosse hatte er in seinem Schreiben vom 9.2.1943 geschrieben, dass dieser „stets durch seine negative Kritik der innen- und außenpolitischen Maßnahmen der Regierung aufgefallen wäre“. Er hätte niemals „zu irgend einem Ereignis der letzten so erfreulichen zehn Jahre freundlichen Herzens anerkennende Worte gefunden“.²

Nachdem Silber mit Grosse „in meiner Eigenschaft als Schulwalter auf Verlangen mehrerer Kollegen ernstlich gesprochen“ habe, sei Grosse danach gegenüber Silber „bedeutend vorsichtiger“ gewesen, ohne dass dies an Grosses „innerer Einstellung“ etwas geändert hätte.³

Silber wurde am 26.10.1945 entlassen und arbeitete danach als Bauarbeiter für die Firma Kemna-Bau, die Silber für Räumungsarbeiten einstellte. Silber konnte einige Leumundszeugnisse präsentieren, die sein soziales Engagement hervorhoben, so von Käthe da Fonseca-Wollheim, deren Mann im Mai 1944 im KZ Buchenwald starb.⁴

Silber füllte den Fragebogen zur Entnazifizierung am 27.7.1946 aus und legte Einspruch gegen die Entlassung ein. Für seinen Eintritt in die NSDAP bot er dabei eine originelle Begründung an: „Wie ich auf dem anliegenden Fragebogen angegeben habe, gehöre ich der NSDAP seit dem 1.5.1933 an. Ich bin jedoch nur nominales Mitglied gewesen. Seit Beginn meiner Lehrertätigkeit im Jahre 1922 war ich Mitglied des Philologen-Verbandes und wurde bereits im Jahre 1923 zum Vertrauensmann meiner Schule gewählt. Es ist bekannt, dass der Philologen Verband im scharfen Gegensatz zur NSDAP und zum NSLB stand. Deshalb wurde er nach 1933 aufgelöst und seine Mitglieder – damit ich selbst auch – wurden in den NSLB überführt. Um meinen Dienst, insbesondere aber meine Aufgaben als Vertrauensmann (Schulwalter) meiner Amtsgenossen weiterführen zu können, blieb mir nach Lage der Dinge kein anderer Weg, als in die Partei einzutreten. Ich glaubte als Vertrau-

ensmann meiner Schule durch den Beitritt zur Partei zum Wohle meiner Berufsgenossen zu handeln. Irgendwelche persönlichen Vorteile (zum Beispiel Beförderungen) habe ich damit nicht erstrebt; sie sind mir tatsächlich auch nicht erwachsen. Eine zweimalige Aufforderung, das Amt eines politischen Leiters zu übernehmen, habe ich abgelehnt, da eine Reihe von politischen Punkten der NSDAP sich auch schon damals nicht mit meinem Gewissen vereinbaren.“⁵

Der Beratende Ausschuss, dem Heinrich Schröder, Johann Helbig und Willi Thede angehörten, dürfte in erster Linie Heinrich Schröder gefolgt sein, der als Lehrer des Christianeums wegen seiner sozialdemokratischen Zugehörigkeit 1933 von den Nazis kurzzeitig entlassen worden war und nach 1945 als Oberschulrat für die höheren Schulen eine zentrale Rolle bei den Entnazifizierungsverfahren im Bereich der höheren Schulen spielte. Schröder war mit der Geschichte der Altonaer Schulen eng vertraut. Der Beratende Ausschuss begründete seine Ablehnung: „Silber war überzeugter Nationalsozialist und hat die nationalsozialistischen Lehren auch in der Schule vertreten. Er gehört zu jenen Aktivisten, mit denen man nicht offen zu sprechen wagte. An der Denunziation und Belastung des früheren Studiendirektors Grosse war Silber nach Grosses Aussage beteiligt.“⁶

Als sich am 15.12.1947 der Berufungsausschuss mit Silber befasste, wurden unter dem Vorsitz des für seine Milde bekannten Dr. Kiesselbach auch Peter Meyer und Robert Grosse vernommen. Schulleiter Peter Meyer äußerte sich folgendermaßen: „Bis kurz vor 1933 wurde sich im Kollegium wenig über politische Dinge unterhalten. Erst als 1932 die politische Lage immer brenzlicher wurde, änderte sich dieses. Ich bin davon überzeugt, dass Silber nicht der NSDAP beigetreten ist, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Ich glaube, dass er nur beigetreten ist, weil es eben so kam. Mir gegenüber hat er nie den Parteigenossen heraus gekehrt. Meiner Ansicht schießt das Gutachten des Beratenden Ausschusses weit über das Ziel hinaus. Silber hat mich wiederholt gewarnt, wenn für mich Gefahr im Verzuge war. An dem Klüngel im Kollegium, der mich bekämpfte, war er selber nicht beteiligt. Ich fasse mein Urteil über Silber dahin zusammen, dass er kein Aktivist gewesen ist und sich mir gegenüber stets anständig und kollegial verhalten hat. Seine Haupttätigkeit lag auf sozialem Gebiet.“⁷

Und auch Robert Grosse trug zu einem positiven Ergebnis für Silber bei:

„Ich lernte Silber 1934 kennen, als ich in die Oberschule für Jungen in Altona kam. Ich bin kollegial gut mit ihm ausgekommen. Silber war überzeugter Nazi, war aber immer anständig. Ich weiß nichts Ungünstiges über ihn. Ich habe bemerkt, dass Silber viel für die Partei gearbeitet hat, es handelte sich aber immer um soziale Angelegenheiten. Der Oberschulrat Saß hatte verschiedene Kollegen über mich befragt und Berichte über mich eingefordert. Wie der Bericht von Silber gelautet

hat, weiß ich nicht. Ich kann nicht behaupten, dass ich von Silber denunziert worden wäre. Im Gegenteil warnte er mich, als ich einmal von dem Studienrat Meyer angegriffen wurde. In zwei weiteren Fällen hat er zu meinen Gunsten vermittelt. Mein Urteil über Silber geht dahin, dass er ein absolut anständiger Mensch ist.“⁸

Somit wundert es nicht, wenn der Berufungsausschuss dafür plädierte, dass Silber wieder eingestellt wurde und „nicht vor dem 1.10.1949 wieder in das Beamtenverhältnis übernommen werden darf“. Zur Begründung hieß es:

„Wie die Vernehmung der Herren Meyer und Grosse ergeben hat, ist Silber aktiv nicht hervorgetreten, wenngleich er offenbar überzeugter Nazi war. Seine Tätigkeit in der NSV und die dort von ihm bekleideten Ämter beruhen offenbar auf seinem regen sozialen Interesse; politisch sind sie von untergeordneter Bedeutung. Eine Bereitschaft, zu seinem Teil wieder gutzumachen, hat er dadurch bewiesen, dass er seit zwei Jahren ohne Unterbrechung als Steinarbeiter tätig ist.“⁹

Und somit wurde Silber 1948 wieder als Lehrer eingestellt, an der Oberschule für Mädchen in Altona (Allee). Kurz darauf gesellte sich im Kollegium ein alter Bekannter hinzu, Joachim Carstens, der später dann auch zur alten Wirkungsstätte am Hohenzollernring zurückkehrte.

Am 31.3.1957 wurde Silber pensioniert.

Er starb am 10.8.1965



Kurt Silber (sitzend, 3. v.l.) und Joachim Carstens (o.r.) als wiedereingestellte Lehrer im Kollegium der Oberschule für Mädchen in Altona, Herbst 1951

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben, wenn nicht anders gekennzeichnet, aus der Entnazifizierungsakte Silbers, StA HH, 221-11_Ed 6932.
- 2 Schreiben Silbers in Grosses Personalakte, StA HH, 361-3_A 1300.
- 3 Ebd.
- 4 Entnazifizierungsakte Silber, a. a. O.
- 5 Einspruch Silbers vom 27.7.1946, ebd.
- 6 Stellungnahme vom 10.8.1946, ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.

Heinrich Paulsen

Heinrich Paulsen wurde am 25.1.1883 in Tondern geboren, wo sein Vater Johannes Paulsen als Lehrer arbeitete. Heinrich Paulsen besuchte das dortige Lehrerseminar, „genügte dann 1903 bis 1904 meiner Militärflicht“, von 1904 bis 1907 arbeitete er auf der Insel Alsen und kam am 1.4.1907 an die Volksschule nach Altona. Danach ging er auf die Landesturnanstalt nach Berlin, um nach beendeter Ausbildung am 1.7.1911 als Turnlehrer an die Oberrealschule Altona zu wechseln. Von 1914 bis 1918 war Paulsen im Kriegsdienst, als Leutnant. Am 27.11.1927 wurde ihm die Eignung zur Anstellung als Oberturnlehrer zugesprochen, am 1.4.1934 wurde er dann zum Studienrat (Oberturnlehrer) ernannt.¹

In seinem Einspruch gegen die am 17.9.1945 verfügte Entlassung aus dem Beamtenverhältnis legte er Widerspruch ein und behauptete, bis 1933 „unpolitisch“ gewesen zu sein. Ein Blick auf seine politischen Mitgliedschaften zeigt, dass Zweifel an dieser Aussage berechtigt sind. So war Paulsen schon am 1.6.1932 Mitglied des NSLB geworden. Am 1.8.1933 war er Mitglied der SS, wie er im Entnazifizierungsfragebogen selbst schrieb.² Mit seiner SS-Mitgliedschaft ging Paulsen bagatellisierend um:

„Im September 1933 habe ich meinen Beitritt zur SS erklärt; dieser Beitritt wurde später auf den 1.4.1933 vordatiert. In der SS habe ich zuletzt den Rang eines Oberscharführers bekleidet. 1937 ging ich auf meinen Antrag in die Stammbabteilung über. Seit Januar 1933 war ich, ohne schon der SS anzugehören, auf Bitten des SS-Sturmführers Dr. Chemnitz von meiner Schule als Turn- und Sportlehrer vom Fach in seinem Sturm tätig. Ende August des Jahres meinte nach einem Sportabend der Obersturmbannführer Brockmann: ‚Sie müssen auch bei uns eintreten, Uniform zu Uniform ist besser, Sie können dann freier auftreten‘. Ich erwiderte: ‚Ich habe in meinem Leben so viel Uniform getragen, daß mein Bedarf gedeckt ist. Sie sehen doch, daß es auch so geht‘. Nach einer Zeit weiterer Beeinflussung sagte mir Brockmann, meine Anmeldepapiere seien inzwischen zum untersuchenden Arzt gegangen, ich möge nur hingehen. Die Sportarbeit mit den Männern des Sturms gefiel mir, Mitte September 1933 tat ich den entscheidenden Schritt, der durch die Hoffnung auf einen Wiederaufleben des von mir so geschätzten deutschen Idealismus stark gefördert worden war. Ich wurde dem Sturm 3/Res/4 zugeteilt. Mein Eintritt wurde, ob als Belohnung, weiß ich nicht, auf den 1.4.1933 vordatiert. Ich hatte die Bedingung gestellt, nur im Turnen und im Sport Verwendung zu finden und konnte mich, wenn wieder und wieder versucht wurde mich andersweitig einzusetzen, meist mit Erfolg gegen eine weitere Verwendung wehren.“³

SS als Sportverein. „Meist“ konnte er sich gegen andere Verwendung wehren. In welchen Fällen nicht, blieb die unbeantwortete Frage.

Konflikte hatte Paulsen, wie viele ältere Lehrer und Schulleiter an höheren Schulen, mit der HJ, insbesondere auch in der Kinderlandverschickung (KLV). Ehemalige Offiziere ließen sich von den Jungspunden und Schnöseln nichts sagen: „In den Jahren meiner Zugehörigkeit zur NSDAP habe ich mich stets, ob allein oder zusammen mit Kollegen, gegen die Ein- und Übergriffe der HJ in das Leben der Schule und ihre Rechte in Wort und Tat gewehrt. Wie der Direktor der Schule wurde ich bald davon überzeugt, dass die alte Institution der Schule durch das Vorgehen der HJ und der Partei im Kern getroffen und zerstört werden sollte. In der KLV gab es laufend Konflikte zwischen der schulischen Leitung und der steten Einmischung der HJ, schwerste Auseinandersetzungen, die ich gegen die Gebietsführung in Bayreuth, die mich als schulischen Leiter des Lagers in Mallersdorf unter ihre mir fremden Gesetze zwingen wollte, hier siegreich bestand, während ich im Kloster Reichenbach nicht zum Ziele gelangen konnte.“⁴

Das wurde dann in den Entnazifizierungsverfahren als Kampf gegen HJ und Partei umgedeutet, so auch von Paulsen.

Seinen frühen Beitritt zum NSLB begründete er so: „Am 1.6.1932 bin ich dem NSLB als Mitglied beigetreten. Mein Beitritt erfolgte ausschließlich aus Gründen weltanschaulicher Art, keineswegs wollte ich durch diese Beitrittserklärung eine Besserung meiner beruflichen Stellung bezwecken. Meine im Jahre 1937 erfolgte Ernennung zum Studienrat (Oberturnlehrer) geschah aus rein sachlich-beruflichen Gründen ohne irgendein Mitwirken von Parteidienststellen.“⁵ Paulsen war also schon 1932 weltanschaulich mit dem Nationalsozialismus verbunden.

Und in die NSDAP (Beitritt am 1.5.1937) kam Paulsen über die SS: „Ich gehörte bereits seit 1.4.1933 der SS an. Seitens der Führung der SS wurde nachdrücklich verlangt, dass die SS-Angehörigen der Partei beitreten. Ich konnte mich diesem Verlangen nicht entziehen, ein persönliches Aufnahmegesuch in die NSDAP ist von mir niemals gestellt worden, vielmehr wurde die Aufnahme der SS-Angehörigen durch die zuständige Standarte der SS in die Wege geleitet.“⁶

In der Auseinandersetzung mit Robert Grosse hatte sich Paulsen gerühmt: „Zwar äußert er sich mir gegenüber selten, weil er weiß, dass ich SS- Mann bin“ und „dass ich ihm eine scharfe Abfuhr erteilt und Grosse mit Ausführungen aus dem ‚Schwarzen Korps‘ zurecht gewiesen hätte“, nicht wirklich realisierend, wie sich Grosse über ihn und die SS lustig gemacht hatte.⁷

Paulsen wurde am 17.9.1945 entlassen. Da war er bereits 62 und kämpfte somit nicht um Weiterbeschäftigung sondern um seine Pension.

Hilfreich auch für Heinrich Paulsen wurde das Leumundszeugnis von Schulleiter Peter Meyer. Er schrieb über Paulsen:

„1.) Er hat in seiner Eigenschaft als SS-Mann niemals bei den älteren Schülern

und besonders bei unseren Reifeprüflingen für diese Gliederung geworben.

2.) Er hat sich stets mit aller Energie gegen die Ein- und Übergriffe der HJ in das Leben und die Rechte der Schule tapfer gewehrt. Diese Feststellung in seiner Eingabe kann ich Wort für Wort bestätigen.

3.) Trotz unserer unterschiedlichen politischen Auffassung hat er sich mir gegenüber stets als anständiger Charakter gezeigt. Ich rechne es ihm hoch an, dass er sich an zwei entscheidenden Zeitpunkten in meinem Leben deutlich von einer mir feindlich gesonnenen Clique distanzierte. Das erste Mal hat er sich nicht an der schätzbaren Aktion beteiligt, die zum Ziel hatte, meinem inzwischen verstorbenen Sohn den Zugang zur Universität unmöglich zu machen. Beim zweiten Mal hat er sich ebenfalls mit aller Deutlichkeit von dem Kesseltreiben abgesetzt, das zum Ziel hatte, mich aus meinem Amte zu entfernen.“⁸

Es zeigt, dass es an der Oberrealschule Altona jenseits der Auseinandersetzung um Robert Grosse noch andere interne Kämpfe gegeben hatte. Darauf werde ich in der Biografie Peter Meyers noch genauer eingehen. Zentrale Akteure gegen Schulleiter Peter Meyer waren die „alten Kämpfer“ Adolf Meyer und Zeichenlehrer Hugo Schnüge gewesen.

Den Beratenden Ausschuss beeindruckte auch in diesem Fall insbesondere die Stellungnahme von Peter Meyer. Er stellte fest: „Er hat in den ersten Jahren eine gewisse Aktivität gezeigt. Nach Ansicht des Herrn Oberstudiendirektor Peter Meyer hat er sich später weniger betätigt und menschlich korrekt verhalten. Wir befürworten, ihm eine Pension zu gewähren.“⁹

Hilfreich für Paulsen auch das Schreiben von Erich Harte, dem Direktor des Sportamtes vom 30.7.1947. Harte kannte Paulsen aus der Kinderlandverschickung und bescheinigte ihm, „dass er sich der menschlichen Betreuung der ihm anvertrauten Kinder in den schweren Tagen vor und nach der Besetzung von Gössweinstein durch die Amerikaner mit großer Sorgfalt widmete. Von einer nationalsozialistischen Aktivität ist mir in den Monaten des Zusammenseins nichts bekannt geworden.“¹⁰

Ob das Bemühen Paulsens, deutsche Kinder in der KLV vor den besetzenden Amerikanern am Ende des Krieges zu schützen aufwiegt, ein frühzeitiger Nationalsozialist und über die gesamte NS-Zeit SS-Mann gewesen zu sein?

Der Berufungsausschuss kam dann nach Anhörung von Peter Meyer zu dem Ergebnis, Paulsen mit der Pension eines Oberschullehrers in den Ruhestand zu versetzen. Unter Vorsitz des milde entscheidenden Dr. Kiesselbach hieß es in der Begründung: „Er ist aber schon am 1.6.1932 Mitglied des NSLB in Altona geworden. Der Berufungsausschuss unterstellt, dass der Beitritt zum NSLB damals für Angehörige der städtischen Schulen in Altona nicht verboten war. Ihm ist aber andererseits

bekannt, dass der NSLB gerade in den Jahren vor der Machtübernahme und auch später noch besonders unerfreulich in Erscheinung getreten ist. Überdies ist Paulsen im September 1933 zunächst als Turnlehrer in der SS tätig gewesen und am 1.9.1933 auch als Mitglied beigetreten, um im Laufe der Zeit den Dienstgrad eines Oberscharführers zu erreichen. Wenn der Berufungsausschuss auch davon ausgeht, dass Paulsen dem NSLB weniger aus politischen Erwägungen als vielmehr deshalb beigetreten ist, weil er in diesem Beitritt eine Möglichkeit sah, seine berufliche und gesellschaftliche Stellung seinen akademisch gebildeten Kollegen gegenüber anzugleichen, und dass er weiter zur SS durch seine turnerischen Interessen und Fähigkeiten gekommen ist, sieht er sich doch angesichts der geschilderten Belastung außer Stande, ihm die Pension eines Studienrates zuzubilligen, vielmehr erscheint seine Zurückstufung zum Oberschullehrer angebracht.“¹¹

Bemerkenswert blieb die Bereitschaft Peter Meyers, auch im dritten Fall eines mit NS-Oberschulrat Hermann Saß zusammenarbeitenden Denunzianten, einen entscheidenden Persilschein auszustellen.

Paulsen bemühte sich in den weiteren Jahren darum, die Pension eines Studienrates zu erhalten, was möglicherweise auch gelang. Seine Personalakte ist nicht mehr erhalten. Aber mit Wirkung des 1.6.1952 wurde er zum Abschluss der Entnazifizierung in Kategorie V als Entlasteter eingestuft.

Heinrich Paulsen starb am 17.12.1964.

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach der Entnazifizierungsakte Heinrich Paulsens, StA HH, 221-11_Ed 2612. Eine Personalakte existiert nicht mehr.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Paulsens Schreiben in: Personalakte Grosse, StA HH, 361-3_A1300.
- 8 Entnazifizierungsakte Paulsen, a. a. O.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.

Karl Raebel

Professor Dr. Karl Raebel war der älteste aus der Gruppe der Denunzianten: „In Privatgesprächen geriet ich früher öfters mit Direktor Grosse über die Judenfrage heftig aneinander. Er beklagte sich über das harte Los der Juden, führte Beispiele zu strenger Behandlung an und wollte nicht zugeben, daß die Juden dieses Los mehr als vollauf verdient haben. Schließlich sagte er vermittelnd, daß ich an die Ostjuden dächte und er die Westjuden im Auge habe.“ Der Effekt des Unterrichts von Robert Grosse aus Sicht von Karl Raebel: „In Gesprächen mit den Jungen bekomme ich den Eindruck, daß sie in Rassefragen einen sehr fraglichen und objektiven Standpunkt einnehmen wollten.“¹

Das passte Raebel nicht. Er war neben Heinrich Paulsen und dem früh gestorbenen Ernst-Wilhelm Chemnitz mindestens der dritte Lehrer der Altonaer Oberrealschule für Jungen, der schon früh der SS angehörte.

Am 1.4.1938 teilte Raebel der Schulverwaltung mit, seit 1.12.1933 Mitglied der SS (Nummer 254 909) zu sein, in der NSV seit 1934, im NSLB seit 1933, außerdem im Reichskolonialbund und der VDA.²

Da kann schon von einem strammen Nationalsozialisten gesprochen werden.

Karl Raebel war am 3.6.1877 in Tschernow, Kreis Küstrin in Brandenburg geboren worden. Die Reifeprüfung absolvierte er 1898 in Frankfurt an der Oder, studierte danach Englisch und Französisch in Berlin und Halle, wobei mich jedes Mal überrascht, wenn Neusprachler, die sich mit der Sprache, Kultur und den Menschen etwa in Frankreich und England beschäftigten, sich dort zu Studienzwecken auch aufhielten, zu Chauvinisten und Nationalsozialisten wurden.

Raebel promovierte 1901, besuchte am 1.4.1903 das Seminar, absolvierte ab 1.4.1904 das Probejahr und fand Anstellung am 1.4.1905 im Realgymnasium Reichenhall, wo er Oberlehrer wurde. 1911 zog er nach Altona um und arbeitete seitdem an der Oberrealschule für Jungen.

Kurz nach dem Kesseltreiben gegen Robert Grosse und anschließend auch gegen Schulleiter Peter Meyer, ereignete sich ein „Schicksalsschlag“ für Karl Raebel: „Beim Terrorangriff in der Nacht vom 24. zum 25. Juli 1943 verlor ich meine Wohnung in Altona, Alsenstraße 38, mit aller meiner Habe. Durch dieses Unglück fühle ich mich in meiner Gesundheit recht erschüttert und den Anforderungen des Schuldienstes nicht mehr gewachsen. Da ich in Altona keine Wohnung habe, halte ich mich z. Zt. in Tschernow bei Küstrin auf. Gleichzeitig bitte ich, mir bis zur Pensionierung Urlaub gewähren zu wollen.“³

Ausgebombt war Raebel mit seiner Frau in seine Geburtsstadt Tschernow zu Verwandten gezogen. Er beantragte seine Pensionierung am 24.9.1943. Der Nach-

folger Peter Meyers als Schulleiter, Leo Lüders, befürwortete. Er bezeichnete Raebel als „vortrefflichen Lehrer“ und allseitig beliebten und geachteten Kollegen, der „stets gewissenhaft seinen Pflichten nachgekommen ist und auch darüber hinaus zum Einsatz bereit war. So war er noch im Jahre 1942, trotz seines hohen Alters, aktiv in der Kinderlandverschickung tätig.“ Und weiter: „Im laufenden Jahr machten sich dann allmählich die Auswirkungen seines Alters bemerkbar. Es fiel ihm körperlich ersichtlich schwerer, den durch die Kriegsverhältnisse gesteigerten Ansprüchen des Dienstes gerecht zu werden und damit im Zusammenhang zeigten sich gewisse nervöse Ermüdungserscheinungen, die in Sprache und Reaktionsfähigkeit zum Ausdruck kamen. Ohne Zweifel sind diese Ausfallerscheinungen durch die körperlichen und seelischen Belastungen, die von den englischen Terrorangriffen verursacht wurden, so verstärkt worden, daß mit einer weiteren fruchtbaren Tätigkeit von Professor Raebel im Schuldienst nicht mehr gerechnet werden kann.“⁴

Raebel war mittlerweile 66 ½ Jahre alt. Der zwischenzeitlich für das Schulwesen verantwortliche Senator Ofterdinger schrieb ihm zur Pensionierung am 1.12.1943: „Anlässlich ihres Ausscheidens aus dem aktiven Dienst ist es mir ein Bedürfnis, auch namens der Schulverwaltung Ihnen meinen herzlichen Dank und meine persönliche Anerkennung zum Ausdruck zu bringen für Ihre langjährigen treuen Dienste, die sie der hamburgischen Verwaltung und damit dem deutschen Volke geleistet haben. Mit besonderer Befriedigung können sie darauf zurückblicken, dass es ihnen vergönnt war, in der großen Zeit, in der wir leben, an der Erziehung und Ausbildung unserer Jugend mitzuarbeiten, die unser Führer Adolf Hitler wiederholt als eine der wichtigsten Aufgaben des nationalsozialistischen Staates bezeichnet hat.“⁵

Nachdem der „Spuk“ des Nationalsozialismus vorbei war, musste auch Raebel, nunmehr wieder in Altona wohnend, den Entnazifizierungsfragebogen ausfüllen. Bei SS-Mitgliedschaft schreibt er, wahrheitswidrig, „nein“.⁶

Zur Rechenschaft kann er nicht mehr gezogen werden. Er starb am 24.6.1947.

Seine Witwe, Margarethe Raebel, erhielt die volle Witwenpension eines Oberlehrers bis zu ihrem Tod am 26.8.1967.⁷

Anmerkungen

- 1 Siehe Schreiben Raebel in: Personalakte Robert Grosse, StA HH, 361-3_ A 1300,
- 2 Personalakte Karl Raebel, StA HH, 361-3- A 1051,
- 3 Ebd.
- 4 Schreiben von Leo Lüders vom 4.10.1943, ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.

Adolf Meyer

Der größte Kontrahent von Schulleiter Peter Meyer und eingefleischter Nationalsozialist an der Oberrealschule in Altona war offenbar Adolf Meyer. In den vielen Leumundszeugnissen, die Peter Meyer nach 1945 für fast alle NS-belasteten Kollegen ausstellte, fehlen Adolf Meyer und Hugo Schnüge, die er zu „einer mir feindlich gesonnenen Clique“¹ zählte, die ihm das Leben schwer gemacht habe. Dabei geht aus den vorliegenden Akten nicht hervor, was die „Clique“ gegen den Schulleiter unternommen hatte.

Adolf Meyer, am 8.4.1888 in Berlin geboren, in der Schule „Chile-Meyer“ genannt, weil er als junger Lehrer einige Jahre an der deutschen Schule in Valparaiso (Chile) gearbeitet hatte, war einer derjenigen, die schon vor 1933 nationalsozialistisch sehr aktiv waren. In die NSDAP trat er am 1.8.1932 ein, im selben Jahr auch in den NSLB, wo er eine Sektion leitete. Im Herbst 1933 wurde er außerdem förderndes Mitglied der SS.²



Im Kollegium der Oberrealschule für Jungen in Altona, 1932: Adolf Meyer (1) (mit Uhrkette und „Hitler-Bärtchen“) rechts neben Schulleiter Peter Meyer (2); Ernst-Wilhelm Chemnitz (3), 2. Reihe.

Kennzeichnend für den Geist Adolf Meyers war die von ihm gehaltene Gedenkrede bei einer Trauerfeier im März 1933 in der Aula der Schule. Am 26.2.1933 war überraschend der Lehrerkollege Ernst-Wilhelm Chemnitz gestorben. Chemnitz, der schon vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten seine SS-Mitgliedschaft und -aktivitäten in Altona offen zur Schau gestellt hatte, erlitt „angetreten in SS-Uniform und marschbereit, seinen Sturm auf einer Demonstration anzuführen, einen Herzschlag“. Ähnlich wie zuvor schon Schulleiter Peter Meyer sagte Adolf Meyer in der Gedenkrede:

„Schön war sein Tod, und es war ein Tod, wie er zu ihm gehörte: kein langsames Dahinsiechen, kein Tod in gehemmter Erlebensfähigkeit, sondern in unerhörter Erlebensfülle. Wenn je sein Leben gehaltgeladen war, so in den letzten Monaten, als er unterm Hakenkreuz im braunen Hemd Kampf und Siegeszug der Bewegung, die ihm zum Ein-und-alles geworden war, miterleben konnte. Und noch im Glücksrausch über den Sieg vom 30. Januar, bei der gewaltigen Kundgebung vom letzten Sonntag, mitten im freigewählten, doch strammen Dienst – ein kurzer Augenblick – und Wilhelm Chemnitz war nicht mehr; das Gestirn, das uns leuchtete, war schnell und unbewusst erblichen.“³

Adolf Meyer rühmte Chemnitz als „wahrhaften Führer, der die Jugend in den Bahnen der gewaltigen Erneuerungsbewegung herausführen sollte aus dem Materialismus, der Vergreisung und Verwahrlosung der Zeit“.

Er schloss: „Das Wort, das unter unserem Gefallenen Ehrenmal steht, das durch die ideale Jünglingsgestalt verkörpert wird: in ihm ist tiefstes Erleben, tiefste Wahrheit geworden. Nehmen auch wir – das sei unser Dank und Gelöbnis – es immer tiefer in Fleisch und Blut auf: ‚Deutschland muss leben, auch wenn wir sterben müssen‘“.

Adolf Meyer war am 20.6.1945 auf Anordnung der britischen Militärregierung entlassen worden. Am 2.6.1946 legte er Widerspruch dagegen ein. Seine Begründung:

„Mein Eintritt in die NSDAP und in den NSLB am 1. August 1932 war kein unerlaubter oder regierungsfeindlicher Schritt. Ich war damals als Studienrat in Altona, also in Preußen, angestellt, und seit dem 20. Juli 32 war in Preußen die Regierung Braun-Severing gestürzt, Reichskanzler von Papen war Reichskommissar von Preußen geworden, die NSDAP hatte den Charakter einer legalen Partei. Nach der Machtübernahme ist die nationalsozialistische Regierung ja auch von den auswärtigen Mächten anerkannt worden. Mein Eintritt erfolgte im guten Glauben. In meiner Betätigung als Nationalsozialist bin ich mir keiner Handlung bewusst, die Rechtswidrigkeiten und persönlichen Vorteil in sich schliessen.“⁴

In der Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen machte Meyer Angaben, die verdeutlichen, wie umtriebiger er im Sinne der Nationalsozialisten unterwegs gewesen war. So sprach er „in einigen Ortsgruppen über das Wesen des Nationalsozialismus“. 1934 hielt er in Elmshorn die Rede zur Eröffnung der Volkshochschule. Schon in den „20er Jahren war er mit Vorträgen zu Literatur und politischen Themen“ unterwegs, womit er deutlich machen will, dass er nicht erst durch die Nationalsozialisten politisch aktiviert worden war. Ab dem 11.9.1933 war er zudem Leiter des Pädagogischen Vereins in Altona und: „Als förderndes Mitglied der SS zahlte ich seit Herbst 1932 bis zum Kriegsausbruch monatlich eine Mark.“⁵

Über seine chilenische Zeit vermerkte er: „Ich war acht Jahre an der deutschen Schule in Valparaiso tätig und habe mich dort in der Republik Chile sehr wohl ge-

fühlt. Ich verkehrte hier mit Angehörigen anderer Religionen, anderen Volkstums und anderer Rassen. Die deutsche Kolonie stand in enger Verbindung mit der englischen. Auch unter den Schulkindern waren etliche Engländer, weitere Chilenen, Spanier, Italiener und Slawen. Ich habe dabei durchaus Hochachtung vor fremdem Volkstum gewonnen.“⁶

Diese „weltoffene“ Haltung skizzierte er, bevor er seine Motivation, in die NSDAP einzutreten, näher begründete: „Wenn ich 1932 in die NSDAP eintrat, so geschah das aus folgenden Beweggründen: Die Verhältnisse im damaligen Deutschland schienen das Reich in den Abgrund zu treiben. Nach ihrem ganzen Auftreten schien mir in der NSDAP die einzige Rettung zu liegen. Mich ergriff der Idealismus der Anhänger, die ich kennen lernte, besonders, dass sich die von mir so geliebte Jugend ihr stark verschrieb. Ferner kam meinem sozialen und meinem vaterländischen Empfinden die dort versuchte Synthese beider Werte entgegen. Dass das damit verbundene Führerprinzip so versagen würde, ahnte ich nicht. Den stärksten Eindruck machte der Grundsatz ‚Gemeinnutz vor Eigennutz‘. Die Forderung, alles vom Wir statt vom Ich aus zu sehen, schien mir eine wirkliche Erneuerung unseres Volkes herbeiführen zu können.“

Die weitere Begründung Adolf Meyers unterschied sich kaum von den Versuchen anderer, ihre Haut zu retten und wieder in Beschäftigung zu kommen.

- Ich habe „keinen Vorteil“ gehabt von meinem Parteiengagement. „Alle Angebote auf höhere Posten, wie zum Beispiel Schulrat in Altona, habe ich grundsätzlich abgelehnt.“⁷

- Ich habe nichts gewusst. Bei Adolf Meyer las sich das so: „Die Wege, welche die Partei später eingeschlagen hat, und die Methoden, die sie angewandt hat, waren damals für mich noch nicht zu erkennen. Später verfolgte ich ihr Vorgehen mit kritischen Augen. Zwar erfuhr ich nur sehr wenig von den haarsträubenden Dingen, die jetzt bekannt geworden sind; doch an den mir zur Kenntnis gekommenen nahm ich Anstoß, vor allem an jedem rechtlosen Verfahren und an der Kirchenpolitik.“

- Ich habe nicht gehetzt. „Ich bin immer sachlich und menschlich geblieben.“
- Ich „war kein Militarist“.

Den Beratenden Ausschuss für das höhere Schulwesen konnte Adolf Meyer damit nicht überzeugen. Johann Helbig, Thede und Broscheit lehnen die Wiedereinstellung am 16.8.1946 ab: „Er ist nach Aussagen von den Herren Dir. P. Meyer und Dr. Grosse ein so genannter 150 %iger Nazi gewesen, der in fanatischer Weise den Nationalsozialismus bis zum Schluss des Krieges vertreten hat. Er hat Direktor Grosse denunziert und diese Tatsache ihm gegenüber zugegeben. Der Beratende Ausschuss kann eine Wiedereinstellung nicht befürworten.“⁸

Nun nahm sich Adolf Meyer Rechtsanwälte. Das Altonaer Rechtsanwaltsbüro Jürgen Frahm/Arthur Schmidt legte Berufung ein. Es verwies darauf, dass Grosse und Peter Meyer vor dem Ausschuss nicht gehört worden seien, was wohl zutraf. Allerdings bestand ein enges Arbeitsverhältnis zwischen Johann Helbig und Peter Meyer, beide nach 1945 wieder Schulleiter. So hieß es bei den Rechtsanwälten Frahm und Schmidt: „Der Beschwerdeführer bestreitet auch entschieden, Herrn Direktor Dr. Grosse denunziert zu haben. Richtig ist, dass er auf eine dienstliche Anforderung des Schulrates einen Bericht über Herrn Direktor Dr. Grosse abgegeben hat. Den Anlass hierzu gab eine beim Schulrat eingegangene Beschwerde über Herrn Direktor Dr. Grosse, die zunächst auf einer Lehrerkonferenz vom Schulrat geprüft wurde. Um diese Konferenz, die auch noch andere Fragen zum Gegenstand hatte abzukürzen, forderte der Schulrat die anwesenden Lehrer, darunter auch den Beschwerdeführer, auf, ihm ihre Erfahrungen über den von Herrn Direktor Dr. Grosse erteilten Unterricht sowie über dessen weltanschauliche Einstellung schriftlich einzureichen. Da es sich hierbei um eine dienstliche Aufforderung handelte, hat der Beschwerdeführer den verlangten Bericht, wie übrigens auch die anderen Kollegen, erstattet. Von einer Denunziation kann somit nicht die Rede sein.“⁹

Seine Rechtsanwälte beschrieben Adolf Meyer als jemanden, der „sich aus Überzeugung und Idealismus dem Nationalsozialismus zugewandt, (...) nur das Positive gesehen“ habe, „während ihm Idealisten infolge der geschickten Propaganda die Kehrseite verborgen blieb“. Letztlich wurde darauf verwiesen, dass Adolf Meyer „die durch die NSDAP befohlene Ausmerzungen verbotener Literatur nicht mitmachte“. Er hatte noch Werke von Heinrich Heine, Thomas und Heinrich Mann, Stefan Zweig unter anderem in seinem Bücherschrank stehen. Sogar ein signiertes Bild von Käthe Kollwitz hätte er behalten.

Als im Juli 1948 in der Sache noch nicht entschieden war, verwiesen die Rechtsanwälte auf Meyers wirtschaftliche Notlage: „Er hat keinerlei Einkommen. Zunächst war er als Bauarbeiter beschäftigt. Diese Arbeit konnte er jedoch infolge seiner körperlichen Konstitution nicht durchhalten, so dass er deshalb seine Arbeit niederlegen musste. Da im übrigen die Ersparnisse des Herrn Meyer durch die Währungsreform zusammengeschmolzen sind, weiß Herr Meyer nicht, wie er den notdürftigen Lebensunterhalt für seine Familie noch fristen soll.“¹⁰

Am 23.2.1949 wurde Adolf Meyer vor dem Berufungsgericht gehört. Seine Aussage lautete zusammengefasst: „Mein Eintritt in den NSLB ist gleichzeitig mit meinem Eintritt in die NSDAP erfolgt. Seit 1945 bin ich zunächst als Bauarbeiter tätig gewesen, dann jedoch zweimal körperlich zusammengebrochen, so dass ich meine Tätigkeit nicht mehr ausüben konnte. Ich bin dann mit meiner Frau in ein Haus in Wilster, das meinem Schwager gehörte, gezogen und habe dort bis jetzt

gelebt. Da meine Ersparnisse aufgebraucht sind, bin ich auf die Unterstützung meiner Tochter angewiesen.“¹¹

Robert Grosse und Peter Meyer waren immer noch nicht gehört worden. Peter Meyer hatte sich offenbar auch weiterhin nicht schriftlich zu Adolf Meyer geäußert. Wohl ein Höchstmaß an Unterstützung, jede Aussage hätte eigentlich vernichtend sein müssen. So blieb es diesmal an Robert Grosse, die Rolle des Verzeihenden zu übernehmen. Am 22.2.1949 schrieb er: „Ich beschuldige den früheren Studienrat Adolf Meyer nicht der Denunziation, da er über mich berichtet hat infolge eines dienstlichen Befehls des Oberschulrats Saß. Der Inhalt seines Berichtes ist mir unbekannt. Ich kann mich nicht erinnern, ihn als „150-prozentigen Nationalsozialisten“ bezeichnet zu haben. Heute würde ich seine frühere Haltung bezeichnen als die eines unbedingten Nationalsozialisten, nicht aus eigennützigen Motiven, sondern aus einer inneren, gewissermaßen religiösen, Überzeugung. Ich glaube, daß er später seinen Irrtum erkannt hat und daß er danach handeln wird.“¹²

Hier sei noch einmal darauf hingewiesen, was Adolf Meyer sechs Jahre zuvor über Robert Grosse an NS-Oberschulrat Saß geschrieben hatte:

„Den Klassen, die Herr Dr. Grosse gehabt hatte, konnte ich seinen Einfluss sofort anmerken. Sie waren in Haltung und Denken durchaus unnationalsozialistisch, huldigten der so genannten wissenschaftlichen Objektivität, d. h. sie waren standpunktlos und kritizistisch. Es war ihnen selbstverständlich und sie hielten sich darauf etwas zugute, gegen nationalsozialistische Behauptungen Einwände vorzubringen.“ Und: „Herrn Dr. Grosses Gesinnung lernte ich durch persönliche Erfahrungen kennen. Ich habe mit ihm grundsätzlich keine Unterhaltungen geführt und Auseinandersetzungen mit ihm gemieden. Ich musste aber erleben, daß er immer wieder an mich herantrat, um mir Sachen mitzuteilen, von denen ich zunächst nicht wusste, warum er das Bedürfnis hatte, sie mir zu erzählen, bis ich zu der Überzeugung kam, daß er mich, besonders meine Gesinnung damit angreifen wollte. Es geschah immer in so eingeschleicher Form, daß man zunächst nicht gleich den Sinn der Sache sah und sie harmlos schien. Beispiele: So meinte er eines Tages während der Kämpfe in Spanien, mich als kunstinteressierten Menschen würde es wohl freuen, zu hören, daß die Kunstschatze des Prado gerettet seien. Nun wurde damals Madrid von Francos Truppen angegriffen. Also waren die Kommunisten die Retter der Kulturwerte vor dem Zerstörungswerk Francos. Ein andermal äußerte er, er stehe natürlich auf nationaler Seite, es sei doch aber schade, daß Franco mit Unterstützung der Fremden, der Marokkaner kämpfe, während doch die Kommunisten für die Sache der Freiheit Spaniens anträten.“¹³

Der Spötter Robert Grosse, der seine Suspendierung 1943 auch Adolf Meyer zu verdanken hatte und diesen Brief im Wortlaut vermutlich nicht zu sehen bekom-

men hatte, war 1949 christlich verzeihend und brachte die Wende im Entnazifizierungsverfahren für Adolf Meyer.

Auf Grosses Schreiben hin konnte der Berufungsausschuss schnell entscheiden. Der Berufung wurde stattgegeben, Adolf Meyer wurde in den Ruhestand versetzt, ihm 75 % seines Ruhegehaltes als Studienrat zuerkannt, ab dem 65. Lebensjahr das volle Ruhegehalt eines Studienrats. Meyer wurde in die Kategorie IV (Mitläufer) ohne Vermögenssperre eingestuft, mit Wirkung ab dem 1.1.1950 in die Kategorie V, als Entlasteter.¹⁴

Ab 1950 galt Adolf Meyer also als völlig entlastet. Und er hatte noch einmal Glück gehabt. Die Jahre ohne Einkommen wurden wohl als Sühnezeit gewertet. Wie in anderen Fällen auch. Trotzdem, in der Begründung stellte der Ausschuss fest: „Meyer war überzeugter Nationalsozialist, der auch diese Einstellung offen an den Tag legte. Für den aktiven Schuldienst erschien er bei dieser formalen Belastung nicht tragbar.“¹⁵

Adolf Meyer starb am 10.11.1960.

Anmerkungen

- 1 Siehe Biografie Peter Meyer.
- 2 Alle Daten und Zitate, wenn nicht anders angegeben, aus der Entnazifizierungsakte Adolf Meyers, StA HH, 221-11_X516. Seine Personalakte existiert nicht mehr.
- 3 Alles zitiert nach Reinhard Dargel/Dierk Joachim: „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen!“ Zur Geschichte der Oberrealschule für Jungen Altona (OJA) im Faschismus, in: Festschrift 1882–1982 Gymnasium Altona, Hamburg 1982, S. 23. Die Äußerungen Peter Meyers zu Ernst-Wilhelm Chemnitz sind in der Biografie Peter Meyers nachzulesen.
- 4 Entnazifizierungsakte Adolf Meyer, a. a. O.
- 5 Ebd.
- 6 Schreiben Adolf Meyers vom 2.7.1946, ebd.
- 7 Alle Zitate ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Schreiben vom 3.11.1947, ebd.
- 10 Schreiben vom 5.7.1948, ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Schreiben vom 22.2.1949, ebd.
- 13 Schreiben von Adolf Meyer an OSR Saß vom 8.2.1943, in: Personalakte Robert Grosse, StA HH, 361-3_A1300.
- 14 Entnazifizierungsakte Adolf Meyer, a. a. O.
- 15 Entscheidung vom 30.4.1949, ebd.

Hugo Schnüge

Hugo Schnüge wurde am 25.9.1875 in Braunschweig geboren. Sein Vater war Pedell. Schnüge besuchte ein Lehrerseminar, absolvierte die erste Volksschullehrerprüfung am 20.3.1896, die zweite Prüfung am 19.8.1899. Er war Lehrer in Braunschweig von 1898–1904, bestand am 1.8.1903 nach begleitender Ausbildung die Zeichenlehrerprüfung. In Essen arbeitete er daraufhin als Zeichenlehrer und wechselte am 1.4.1907 an die Oberrealschule nach Altona.¹

Wie viele Zeichen- und Turnlehrer kämpfte er um Wahrnehmung, immer mit dem Gefühl, bei einem deutlich geringeren Gehalt an einer höheren Schule nur Lehrer zweiter Klasse zu sein.

Schnüge führte seit 1920 einen jahrzehntelangen Kampf um Anerkennung und bessere Besoldung und das stets mit einem sehr personifizierten „Feindbild“. Sein erster Adressat war der sozialdemokratische Schulsenator August Kirch in Altona.

Schnüge strebte die Beförderung zum Oberzeichenlehrer bzw. Studienrat an und führte einen jahrelangen Rechtsstreit, der Nerven und Gerichtskosten verschlang.²

Schließlich, nachdem das Oberlandesgericht Hamburg im Juni 1927 seine Klage zurückgewiesen und auch die zweite Instanz abgelehnt hatte, wurde am 26.12.1927 ein Vergleich geschlossen, der im Endeffekt lediglich knapp Schnüges Prozess- und Rechtsanwaltskosten abdeckte.

Schnüge schrieb und schrieb. Am 13.11.1928 kündigte er Senator Kirch an, dass der Zeichenlehrerverband nunmehr über „ein Mitglied des Unterausschusses im preußischen Landtag im Kultusministerium vorstellig“ werde. Schnüge verkämpfte sich. 1929 starb seine Ehefrau. 1930 heiratete er erneut.³

Fast absehbar, dass Schnüge die neue politische Bewegung der Nationalsozialisten gelegen kam. Und tatsächlich wurde er am 1.4.1932 Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer 1 047 441).⁴

Aber auch das führte nicht dazu, dass Schnüge aus dem Streit und Getümmel herausfand. Als im März 1933, also kurz bevor die Machtübertragung an einen nationalsozialistisch geführten Senat in Altona stattfand und mit Hermann Saß ein „alter Kämpfer“ der NSDAP Schulsenator wurde, zu diesem Zeitpunkt also, sollte Schnüge von der Oberrealschule Altona versetzt werden.

„Herr Oberstudiendirektor Meyer teilte mir vor wenigen Tagen mit, dass er mich für überzählig erklärt habe, und vom Schulamt erfuhr ich, dass man mich künftig an einer Mittelschule beschäftigen wolle. Das empfinde ich als eine bittere Härte, deren Unumgänglichkeit ich nicht einsehen kann.“⁵

In zwei ausführlichen Schreiben führte Schnüge aus, warum besser sein fünf Jahre jüngerer Kollege Franz Bernack von der Schule gehen sollte:

„Herr Oberstudiendirektor Meyer geht von dem Gedanken aus, prinzipiell den ältesten Lehrer jeder Fachgruppe als überzählig vorzuschlagen, ‚um einer Überalterung des Kollegiums vorzubeugen‘. Ist in gewisser Weise nicht jedes Kollegium überaltert, seitdem keine jungen Lehrkräfte mehr zur Anstellung gelangen? Ist aber umgekehrt ein Lehrer von 57 Jahren mit voller Lebenskraft und glühendem Interesse für seine Arbeit (...) der Schuljugend weniger wertvoll als einer, der den Wert des Jungseins mitbringt? Wenn es noch Unterrichtswerte gibt, kann das unmöglich ein berechtigter Grund zum Abbau eines Lehrers sein. Der Staat erkennt die vollgültige Arbeitskraft mindestens bis zum 62. Lebensjahre an.“⁶

Schnüge stellte berechtigte, zeitlose Fragen. Schulleiter Peter Meyer dürfte sicher auch noch andere Gründe gehabt haben, den Zeichenlehrer Hugo Schnüge an eine andere Schule versetzen zu wollen. Die weitere Argumentation Schnüges lässt dies erahnen.

Auf den „Konkurrenten“ Bernack war Schnüge nicht gut zu sprechen. „Meine ganze Kraft habe ich der Erziehung der jungen Menschen zu echtem deutschen Kunstempfinden gewidmet – und jetzt soll ich gehen. Herr Bernack, der erst seit 11 Jahren bei uns ist, soll bleiben. Er ist von der jetzt beseitigten Regierung vor einigen Jahren mit einem kleinen Teil der preußischen Zeichenlehrer zum Studienrat ernannt worden. Es ist uns Zeichenlehrern stets unklar geblieben, nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl geschah. Er genießt seitdem den Vorteil eines bedeutend höheren Einkommens. Da empfinde ich es mir gegenüber als grosse Härte, dass er auch noch vor Versetzung geschützt und ihm das Mittragen der allgemeinen Not der Zeit erspart werden soll.“

Schnüge machte diverse konkrete Vorschläge, wie das Problem durch die Versetzung anderer Kollegen gelöst werden könnte. Und in einem zweiten Schreiben, betitelt „Vorschläge zur Vermeidung einer Beschäftigung des Zeichenlehrers Schnüge an einer Mittelschule“, gerichtet an den neuen NS-Senator Hermann Saß, wurde Schnüge deutlich: „Zum Schluss möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen, dass ich unter der alten nationalen Regierung 1907 ohne eine Bewerbung meinerseits nur aufgrund meiner unterrichtlichen Erfolge vom RG in Essen, an dem ich fest angestellt war, an die OR Altona geholt worden bin. Dieser Umstand allein sollte es nicht erlauben, mich gegen meinen Willen von der OR zu entfernen, solange gegen meine Arbeit nichts einzuwenden ist. Ich bin der festen Hoffnung, dass die jetzige Regierung, deren nationalen Gedanken ich als altes Parteimitglied freudig bejahe, mich in meiner kritischen Lage verstehen und stützen wird.“

Hermann Saß kam dem nicht nach. Er entschied gegen Schnüge, der sich in seiner Argumentation unkollegial zeigte und nach seiner persönlichen Geschichte als Querulant verrufen war.

Das Provinzialschulkollegium Schleswig schrieb Schnüge am 23.3.1933: „So sehr wir bedauern, dass Sie nach 26jähriger Tätigkeit an der Oberrealschule die Anstalt wechseln müssen, so können wir uns doch nicht den Gründen verschließen, die das Kuratorium der höheren Schulen zu seinem Antrage bewogen haben.“⁷

Am 6.4.1933 meldete der Magistrat in Altona nach Schleswig: „Wir haben ihn für die dritte Mädchenmittelschule vorgesehen. Herr Schnüge ist von dem Gedanken erfüllt, dass die Versetzung nicht hätte ihn treffen dürfen. Er ist dadurch in eine so starke seelische Depression geraten, dass wir ihm Glauben schenken müssen, wenn er erklärt, seine starke Erschütterung habe ihn für die nächste Zeit der Möglichkeit beraubt, Dienst zu tun und so vor der Klasse zu stehen, wie es das Amt verlangt. Er hat sich daher zu dem Entschluss durchgerungen, für ein halbes Jahr um Urlaub zu bitten.“⁸ Schnüge ist dann offenbar nicht versetzt worden.

Als er im September 1933 durch einen Aushang in der Oberrealschule Altona erfuhr, dass ihm eine durch den Vergleich 1928 gewährte jährliche Zulage von 500 Reichsmark infolge einer Gesetzesänderung wegfallen sollte, erhitzte er sich erneut. Diesmal war der Adressat ein anderer. Am Ende dieser Aufregung teilte man Hugo Schnüge im Februar 1934 mit, dass er zum 1.6.1934 in den Ruhestand versetzt werde.

Erwähnenswert erscheint noch ein Streit, den Hugo Schnüge mit einem anderen Kollegen an der Oberrealschule Altona austrug, mit Paul Dittmer, der vor Ort nicht geklärt werden konnte, wie Schulleiter Peter Meyer mitteilte. Am 21.7.1933 schrieb Schnüge an Dittmer: „Gelegentlich einer Unterredung mit Herrn Senator Dr. Saß über eine außerhalb meines Dienstes liegende Angelegenheit erfuhr ich, dass Sie ihm gegenüber folgende Angaben über mich gemacht haben:

- 1) Ich sei Mitglied der SPD gewesen,
- 2) Ich hätte bei einem Umzüge eine rote Fahne getragen,
- 3) Ich hätte mich durch meine aggressive Art im Kollegium missliebiger gemacht und sei mit einem großen Teil des Kollegiums verfeindet.⁹

Schnüge forderte Dittmer auf, diese Aussagen zurückzunehmen oder zu belegen. „Dass sie über einen Kollegen, mit dem Sie persönlich verfeindet sind, eine derart belastende Auskunft geben, ist unverständlich und nicht fair. Sie wissen, dass diese Feindschaft ihrem aggressiven Verhalten zuzuschreiben ist und nicht dem meinen.“¹⁰

Das Muster kommt einem bekannt vor. Dienstgespräche mit Hermann Saß erzeugten Unruhe, Aufregung und persönliche Beschuldigungen.

Dittmer antwortete „Ich habe in meiner Auskunft, die ich Herrn Senator Dr. Saß erteilt habe, die Behauptungen, die Sie mir in den Mund legen, nicht aufgestellt: Herr Senator Dr. Saß hat Ihnen gegenüber die Äußerungen in dieser Form auch nicht gemacht; Ihre Angriffe gegen mich in Ihrem Schreiben vom 21. Juli stellen eine glat-

te Verdrehung der Tatsachen dar. Ich betone noch ausdrücklich, dass ich meine Antwort über Sie nach Aufforderung durch Herrn Senator Dr. Saß gegeben habe. Diese Auskunftserteilung hat gar nichts mit unserem persönlichen Verhältnis zu tun, sondern ich habe diese Auskunft ganz allein aus der Empfindung heraus gegeben, dass ich als Nationalsozialist verpflichtet bin, zu verhindern, dass Personen, von denen bekannt ist, dass sie gesinnungsgemäß pazifistisch-liberalistisch eingestellt gewesen sind, heute in führende Stellung der nationalsozialistischen Bewegung gelangen.“¹¹

Daraufhin hatte Schnüge offenbar Saß aufgesucht und antwortete anschließend Dittmer: „Herr Dr. Saß äußert sich dahin, er hätte nicht gesagt, ich sei Mitglied der SPD gewesen, sondern nur, man habe die Meinung, ich hätte wohl der SPD angehört. Da ich meines Wissens mit Ihnen nie politische Gespräche geführt habe, müssten Sie für diese Aussage Gewährleute haben. Wenn diesen die Wesenszüge des Nationalsozialismus bekannt gewesen wären, hätten sie mich gewiss nicht der SPD zugerechnet.“¹²

Es wird deutlich, dass wohl auch andere Lehrer der Schule an der „Diskreditierung“ von Schnüge beteiligt waren, so der zwischenzeitlich verstorbene SS-Mann Ernst-Wilhelm Chemnitz, und offenbar hatte Dittmer auch die persönlichen Lebensverhältnisse des Lehrerkollegen Schnüge thematisiert, worauf Schnüge schrieb: „Klatsch nachzureden ist eines deutschen Mannes unwürdig.“¹³

Interessant noch eine andere Replik Schnüges: „Die Begründung Ihrer ‚Auskunftserteilung‘ allein ‚aus der Empfindung heraus gegeben, dass ich als Nationalsozialist verpflichtet bin‘ setzt mich in Verwunderung. Nach mir gewordener Auskunft gehören Sie der NSDAP nicht an, während ich ihr bereits vor über eineinhalb Jahren beigetreten bin. Wenn sie ihre Zugehörigkeit zum Nationalsozialistischen Lehrerbund als Unterlage ansehen, Nationalsozialist zu sein, so ist es nur tief bedauerlich, dass die große Sache, der wir dienen wollen, dadurch verdunkelt wird, dass ein Gesinnungsgenosse den anderen durch gehässige Unterstellungen verdächtigt und zu erniedrigen versucht.“

Da Dittmer zum 22.6.1933 von Hermann Saß zum Schulinspektor über die Volksschulen in Altonas gemacht und am 1.4.1934 städtischer Schulrat wurde, hatte Schnüge keine Chance.¹⁴

Die Auseinandersetzung mit Hugo Schnüge hatte auch Schulleiter Peter Meyer jahrelange Anstrengung gekostet. Insofern ist es erklärbar, dass sich Meyer, der von Hermann Saß als Schulleiter suspendiert wurde, sich in einem Leumundszeugnis 1947 für Saß verwendet. Er verweist dabei auf den Fall Schnüge: „Auf Wunsch von Herrn Dr. Hermann Saß bescheinige ich ihm wahrheitsgemäß, dass er im Jahre 1933 oder 1934 als damaliger Senator der Stadt Altona auf meinen begründeten Vorschlag den Zeichenlehrer meiner Anstalt, Herrn Hugo Schnüge pensioniert hat,

obgleich er wusste, dass Letzterer altes Parteimitglied der NSDAP war. Man hat Herrn Dr. Saß diese Entscheidung in Parteikreisen sehr verdacht, weil gleichzeitig der andere Zeichenlehrer, der nicht Pg. war, im Amte verblieb.“¹⁵

Ein Nachspiel gab es noch am 28.12.1948:

Hugo Schnüge schrieb an die Schulbehörde, dass er „durch die nationalsozialistische Regierung seit dem Jahre 1933 in seinen Gehaltsbezügen geschädigt ist“.¹⁶ Er führte noch einmal alles auf und rechnete 19 832 Reichsmark plus 500 DM zusammen, um die er seit 1920 geschädigt worden sei. Er forderte Wiedergutmachung. Am 6.1.1949 antwortete der Jurist der Schulbehörde, von Zerssen: „Die Ihnen nach Ihrer Berufung nach Altona gezahlte Zulage ist aufgrund des Beamtenrechts-Änderungsgesetzes vom 30. Juni 1933 in Fortfall gekommen. Dieses Gesetz ist zwar unter der Herrschaft des Nationalsozialismus ergangen, jedoch nicht als ein typisch nationalsozialistisches Gesetz anzusehen, so dass es auch weiterhin in Wirkung geblieben ist. Einen Wiedergutmachungsanspruch aufgrund dieses Gesetzes könnten Sie nur erheben, wenn Sie nicht nur durch ein unter der nationalsozialistischen Regierung ergangenes Gesetz geschädigt wären, sondern wenn Sie aus politischen, rassistischen oder weltanschaulichen Gründen geschädigt worden wären. Da das Gesetz aber unterschiedslos angewandt wurde, liegen die Voraussetzungen zur Wiedergutmachung nicht vor.“¹⁷

Als politisch, rassistisch oder weltanschaulich motivierter Widerstandskämpfer wollte Hugo Schnüge offenbar denn doch nicht auftreten.

Er starb am 20.5.1960.

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut seiner Personalakte: StA HH, 361-3_A1667.
- 2 Ebd. dokumentiert.
- 3 Ebd.
- 4 Bundesarchiv, NSDAP-Karteikarte.
- 5 Schreiben von Schnüge vom 17.3.1933, Personalakte Schnüge, a.a.O.
- 6 Beide Schreiben Schüges ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Dokumentiert in: StA HH, 421-3_Proventialschulkollegium III a 2.
- 10 Ebd.
- 11 Schreiben Dittmers vom 4.8.1933, ebd.
- 12 Schreiben Schnüges vom 16.8.1933, ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Siehe Biografie Dittmer.
- 15 Siehe Biografie Hermann Saß und: Hans-Peter de Lorent: Hermann Sass – „Vorne SA, hinten SS“, Teil 2, HLZ 11/2014, S. 48.
- 16 Personalakte Schnüge, a. a. O.
- 17 Ebd.

Peter Meyer

Peter Meyer wurde am 26.11.1888 als Sohn eines Fischers in Altenwerder geboren. Dort besuchte er drei Jahre die Gemeindeschule, wechselte dann auf die Realschule Seilerstraße 42 auf St. Pauli und von dort zur Oberrealschule vor dem Holstentor, wo er Ostern 1908 die Reifeprüfung ablegte. Das Studium (Mathematik und Physik für das höhere Lehramt) absolvierte er in Göttingen und Kiel. Die pädagogische Prüfung bestand er in Kiel am 27. bis 29.6.1912. Im Seminarjahr arbeitete er am Altonaer Reform-Realgymnasium und am Christianeum. In dem Bericht über den Kandidaten Peter Meyer hieß es: „Meyer, zu wissenschaftlicher Arbeit wohl befähigt, besitzt gute Kenntnisse, zeigt reges Interesse für den Beruf und selbständiges Urteil. Er hat erfreuliches Lehrgeschick, bemüht sich auch ernstlich, seine Neigung zu hastigem und undeutlichem Sprechen abzulegen. Die Handhabung der Schulzucht macht ihm keine Schwierigkeiten. Sein Verhalten ist in jeder Hinsicht völlig einwandfrei, er beherrscht die gesellschaftlichen Formen sicher und scheint in guten Verhältnissen zu leben, sich auch fester Gesundheit zu erfreuen.“¹

Ein Herzfehler befreite ihn vom Militärdienst. Nach dem Probejahr in Altona arbeitete er zunächst als wissenschaftlicher Hilfslehrer an der Oberrealschule in Heide (1914 bis 1918), danach als Oberlehrer an dem Realgymnasium Itzehoe, bevor er Ostern 1920 an die Oberrealschule nach Altona wechselte. 1925 wurde er dort auf die Fachberaterstelle gewählt und zum Oberstudienrat ernannt. Schon zwei Jahre später, als Oberstudiendirektor Dr. Breucker die Leitung des Bezirksseminars in Altona übernahm, wurde Peter Meyer mit der vertretenden Leitung beauftragt.

Am 26.10.1931 betraute man Peter Meyer dann mit der Leitung der Oberrealschule Altona. In der Begründung hieß es: „Oberstudienrat Peter Meyer hat den Erwartungen, die wir in ihn gesetzt haben, voll und ganz entsprochen. Wegen seiner vorbildlichen methodischen Leistungen wurde ihm die Ausbildung der Studienreferendare in seinen Fächern übertragen, eine Aufgabe, die er mit anerkanntem Erfolg durchgeführt hat. Er ist wissenschaftlich gut ausgerüstet und nimmt lebhaften Anteil an allen methodischen Fragen seiner Fächer. Er hat ein klares Urteil über Menschen und Dinge, ein sicheres Auftreten und natürlichen Takt im Verkehr mit Lehrern, Eltern und Schülern. Während der viereinhalbjährigen Vertretung des Oberstudiendirektors Dr. Breucker hat er den Beweis erbracht, daß er sich für die Leitung einer realen Vollenstanz durchaus eignet. Meyer steht durchaus auf dem Boden der Verfassung und ist geeignet, die Jugend zur Mitarbeit am heutigen Staat heranzuziehen.“

Uwe Schmidt, der ein sehr positives Bild von Meyer zeichnete, schrieb: „Seine politische Sozialisation hatte Peter Meyer in dem von Bismarck gegründeten wilhel-

minischen Reich erfahren, und über dem Sofa in seiner Wohnung in der heutigen Bernadottestraße hing die Reichskriegsflagge.“²

Die Arbeit als Oberstudiendirektor an dieser Schule gestaltete sich anstrengend. Mehrfach muss Meyer längere besondere Erholungsurlaube beantragen zur „Wiederherstellung seiner Gesundheit“, Diagnose des Gesundheitsamtes Altona: „Nervöser Erschöpfungszustand“.³

Die Auseinandersetzungen mit einigen herausfordernden Kollegen sind geschildert worden. Meyer zeigte am Ende Courage, als das Kesseltreiben gegen Robert Grosse für ihn inakzeptable Formen annahm und er den für seine Schule verantwortlichen Schulaufsichtsbeamten, Hermann Saß, für völlig unfähig hielt. Aber vorher, im Übergang in die NS-Zeit und auch danach agierte Peter Meyer durchaus anders, konservativ, deutschnational und mit deutlicher Affinität zur nationalsozialistischen Bewegung, wie Dierk Joachim und Reinhard Dargel mit einer Vielzahl von Zitaten von Peter Meyer aus den Archiven der Schulgeschichte der Oberrealschule Altona deutlich machen. Sie schildern ihn vor allem als souveränen Schulmonarchen:

„Alle Ehemaligen, die wir zur Schulgeschichte befragen, haben P. M., wie er zugleich respekt- und liebevoll abgekürzt wird, in der denkbar besten Erinnerung. Ausgesprochen gut gekleidet sei er gewesen, äußerst vornehm im Umgang und Auftreten, darauf bedacht, bei Bürgern und Intellektuellen als gesellschaftsfähig zu gelten; kurz: ein Gentleman. Sowohl zugänglich wie diplomatisch geschickt zeichnete er sich überdies noch durch einen hervorragenden Unterricht aus. Politisch galt er als konservativ bis deutsch-national und dürfte so mit seiner ganzen Person den an der Schule seit je herrschenden Geist repräsentiert haben.“⁴

Und präziser, die politische Haltung beschreibend: „Dieser P. M., am Beginn des Faschismus zum Aufbruch zu neuen Ufern bereit, hielt den Krieg durchaus für unumgänglich zur Lösung von Gegenwartsproblemen. In seinen Rundschreiben findet der Leser sehr oft die Rede vom Heldentod und Blut oder Schwertadel. Der Tenor jeweils: Opfer müssen gebracht werden, wenn's auch schwer fällt. So schreibt er beispielsweise am 1. April 1941 zum Kriegstod von 17 Ehemaligen, sie hätten ‚ihre Liebe zu Volk und Vaterland in Deutschlands Kampf um seine Größe und Unabhängigkeit durch ihren Heldentod besiegelt‘ und schließt diesen Abschnitt mit – wie könnte es auch anders sein – den Worten ‚Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen!‘“

Joachim und Dargel haben auch die Rundschreiben Peter Meyers während des Krieges durchgesehen und kommen zu dem Ergebnis: „Am Krieg gibt es für Meyer keinen, jedenfalls noch keinen Zweifel, auch wenn er hart ist und härter wird, auch wenn man sich abstrakt einen Frieden sehr schön vorstellen kann, auch wenn Meyer die Rundschreiben schließlich nicht mehr mit ‚Heil Hitler‘ unterzeichnet. Das Fortlas-

sen dieser Formel in den späten Rundschreiben deutet dagegen schon eine Differenz zu den Nazis an. Allerdings nicht hinsichtlich der Notwendigkeit des Krieges, den er zudem in preußischer Tradition als Domäne des Militärs verstanden hat.“

Der konservative, deutschnationale Geist hatte sich schon von Beginn der Amtszeit Peter Meyers gezeigt. In seiner Einführungs-Rede als Direktor nach fünfjähriger kommissarischer Tätigkeit, wandte sich Meyer direkt an die Schüler und „verlangt von ihnen Unterstützung durch ‚treuen Fleiß, gestützt auf die altpreußischen Tugenden Pflicht und Gehorsam‘. Dies hält er für notwendig, damit das vornehmste Erziehungsziel erreicht werden kann, ‚nämlich euch zu sittlich tüchtigen, im Denken und Handeln freien Staatsbürgern zu erzielen, die, ausgerüstet mit einem zielsicheren, starken Willen und reinen Herzen, ihr Größtes und Bestes darin sehen, dem Vaterlande alle Kräfte zu weihen, ihm in guten und bösen Tagen treu zu dienen! Dies wäre der schönste Lohn meiner Arbeit. Daß ich dieses einst ernte, das walte Gott. Amen.“⁵

Joachim und Dargel stellen auch fest: „Zumindest in der Anfangsphase des Faschismus glaubte Peter Meyer, seine Hoffnungen auf eine nationale Erneuerung können sich im Rahmen der NS-Herrschaft erfüllen. So schreibt er resümierend:

‚50 Jahre hat die Oberrealschule im Dienste der ihr anvertrauten Jugend gewirkt, und sie verspricht, nach wie vor alle ihre Kräfte im Dienste des neu erwachten Deutschland einzuspannen, um wie bisher ihr Hauptziel zu erreichen: Ihre Schüler zu tüchtigen, national zuverlässigen und willensstarken Menschen zu erziehen, die gewillt sind, dem Vaterlande alle Kräfte zu bringen und ihm in guten und bösen Tagen in unerschütterlicher Treue zu dienen!‘“

Joachim und Dargel vermerken dann sogar: „Auch Peter Meyer soll bei der Partei vorstellig geworden sein, die ihm doch zu laut und gewöhnlich, zu proletenhaft und rabaukig war; diese wies ihn aber ab, weil sie seine Tätigkeit als Mitglied des Kirchenvorstands der Christianskirche für unvereinbar mit einer Parteizugehörigkeit ansah. Seiner Bereitschaft, an der gemeinsamen nationalen Sache mitzuarbeiten, tat das zunächst keinen Abbruch.“⁷

Ich frage mich, warum Uwe Schmidt in seinen Darstellungen diese Aspekte völlig unerwähnt ließ. Sie schmälern nicht, relativieren aber für mich deutlich die Verdienste Peter Meyers in der Auseinandersetzung um Robert Grosse. Vielmehr zeigen sie, welche Ernüchterung eintrat, seit dem für viele hoffnungsfrohen Aufbruch 1933 in den Kriegsjahren, die nicht mehr von Siegen gekennzeichnet waren, und andeuteten, in welche Depression, welches Entsetzen und welches Grauen die NS-Bewegung führte.

Zumindest verwunderlich die Einlassungen und Reden von Peter Meyer zum Tod des Kollegen Dr. Ernst-Wilhelm Chemnitz. Chemnitz, am 16.11.1892 in Vissel-

hövede geboren, Studienrat für Deutsch, Geschichte und Religion, war 1928 von der Oberrealschule Blankenese nach Altona gekommen. Chemnitz war schon vor 1933 offen als Nationalsozialist aufgetreten, als SS-Mann, Sturmführer der SS bekannt, beliebt bei Schülern und offenbar im Kollegium. „Nicht zuletzt unter seinem Einfluss kamen viele Schüler zur HJ und SS.“⁸

Chemnitz, dem eine große Karriere in der NSDAP, der SS oder der Schulverwaltung bevorstand, starb plötzlich am 26.2.1933: „Vier Wochen nach der Machtübernahme der Nazis erlitt Chemnitz an einem Sonntag, angetreten in SS-Uniform und marschbereit, seinen Sturm auf einer Demonstration zu führen, einen Herzschlag. Nun hatte die Schule einen Helden, der als Vorkämpfer für den nationalen Aufbruch gefeiert werden konnte.“⁹

Die Trauerfeier für den SS-Führer wurde zu einer Manifestation nationaler Gesinnung, zu einer Gelegenheit, „sein Treuebekenntnis zum NS-Staat ablegen zu können“.¹⁰

Die „Norddeutschen Nachrichten“ berichteten: „Der Trauerzug setzte sich in Bewegung, eröffnet von der Schupo-Kapelle, ihr folgt der SS-Spielmanszug. Und dann kamen die Ober- und Mittelstufen der Oberrealschule zu Ottensen, deren heiß geliebter Lehrer der Verstorbene war und jetzt, das mit dem goldenen Adler gekrönte, weithin leuchtende Banner der Standarte Altona 31 voran, ein Wald von Fahnen der braunen Männer, seine Klasse, die Oberprima, der SS-Sturm 2/III/4, den Dr. Chemnitz so oft geleitet, den er noch an seinem Todestag geführt, an seiner Spitze, tief ergreifend, die beiden Knaben des Verstorbenen, auch in dem braunen Tuch des geliebten Vaters.“¹¹

Peter Meyer, der als Leiter der Schule auf der Totenfeier sprach, bezeichnete Chemnitz als „ein brennendes und schimmerndes Licht“. Und im Jahresbericht 1932/33 schrieb Meyer: „Mitten aus rastloser Arbeit heraus wurde der hervorragende Lehrer und glänzende Pädagoge durch Herzschlag aus seinem Wirkungskreis herausgerissen. In seiner Begeisterung für die neuauflammende nationale Bewegung hatte er sich in seiner Hingabe, offenbar in Überschätzung seiner Kräfte, zu viel zugemutet. Sein geschwächter Körper war den Anstrengungen nicht gewachsen, und so musste er seine Hingabe im Dienste des Vaterlandes mit seinem Tode bezahlen.“¹²

Abstand hielt Schulleiter Peter Meyer von unfähigen Dienstvorgesetzten wie Hermann Saß, und, wie viele andere Oberstudiendirektoren, die in der Regel Offiziere des Ersten Weltkriegs gewesen waren, wenn HJ-Funktionäre ihnen in ihre autokratische Regentschaft hineinreden wollten: „Besonders empfindlich und entschieden reagierte Peter Meyer, wenn man ihm von seiten der Behörde oder gar der HJ in die Geschäftsführung seiner Schule hineinreden wollte. Gegen eine Be-

schwerde der Hitler-Jugend Gau Nordmark über ihn (P. M. war einer Anweisung des Reichsministers nicht nachgekommen, nach der der Samstag von Hauptfächern freizuhalten war, um den HJ-Mitgliedern die Teilnahme am Staatsjugendtag zu ermöglichen), setzte er sich beim Oberpräsidenten für höhere Schulen in Schleswig durch. P. M. blieb vorerst Alleinherrscher in seinem Palast zu Ottensen.“¹³

Beides – Auseinandersetzungen im Apparat der Schulverwaltung und mit der HJ – wurde dann nach 1945 von vielen Schulleitern als standhaftes antinationalsozialistisches Verhalten hervorgehoben.

Die Widersprüchlichkeit der Person Peter Meyers muss dargestellt werden: Einerseits stellte er nach 1945 den aktivsten Nationalsozialisten seiner Schule Persilscheine aus und sagte dazu: „Für Denunziationen stehe ich nicht zur Verfügung“, hier gemeint: früherer Nationalsozialisten, habe auch im Krieg hinsichtlich systemkritischer Äußerungen gegolten.“¹⁴

Gleichzeitig berichtete Harald Schütz von einem Vorfall 1941 an der Oberrealschule Altona: „Bei Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941 hätten sich zwei Lehrer der Oberprima, Offiziere des Ersten Weltkrieges, skeptisch geäußert: Auch Napoleon habe vergeblich versucht, Russland zu erobern. Peter Meyer habe seine Hand über diese beiden Lehrer gehalten und verhindert, dass sie denunziert worden seien. Sie seien aber bald verschwunden.“¹⁵

In seinem Tagebuch, „Chronik 1945/1946“ schrieb Peter Meyer: „Der Ablauf der Ereignisse, insbesondere das Ende des Krieges, von Hitler in verbrecherischem Leichtsinn vom Zaun gebrochen, hat mir leider nur allzu recht gegeben, alle Sorgen sind in ihrer Tragweite von der Wirklichkeit noch weit übertroffen: das Ende Deutschlands ist da! Das ist der Erfolg eines Systems, das in ungeheurer Selbstüberhebung und Verblendung aus unserem herrlichen Vaterland ein einziges Leichen- und Trümmerfeld gemacht hat. Äußerlich und innerlich ist unser Deutsches Reich vernichtet, eine ungeheure Not ist über deutsches Land und seine Menschen gekommen, ein unsagbarer Jammer hat die Familien zerrissen (...), bis ins Mark getroffen (...) die Grundlagen unseres Daseins überhaupt, das sittlich-religiöse Leben unseres Volkes, zerbrochen zu Gunsten einer so genannten ‚NS-Weltanschauung‘. Das ist das Erbe des verbrecherischen Hitlerregiments! Statt eines ‚Herren‘-Volkes eine Herde von Sklaven ohne Würde, das ist das Bild des einst so stolzen Volkes heute!“¹⁶

Hier drängt sich die Frage auf, ab wann Peter Meyer diese Sorgen, ab wann er diese Erkenntnisse gehabt hat?

In seinen Tagebuchaufzeichnungen notierte er: „Je länger ich wieder im Amte bin, je mehr geht mir das ungeheuerliche Verbrechen auf, dass die NSDAP am deutschen Volk begangen hat, besonders in den letzten Jahren noch, als der Zusammenbruch jedem denkenden Menschen klar war.“¹⁷

Hier wird deutlich, wie sich die Sicht im Laufe der zwölfjährigen nationalsozialistischen Herrschaft veränderte. Peter Meyer sah auch sich als Hintergangenen, Verführten. Peter Meyer hat nach dem Krieg jahrelang in der evangelischen Kirchensynode gearbeitet. Beides – die Ernüchterung als sich selbst betrogen Fühler und der Wunsch, zu vergeben aus christlicher Nächstenliebe – erklärt vielleicht, warum er sich nach 1945 mit Leumundszeugnissen für fast alle seiner ehemaligen NS-Aktivisten im Kollegium einsetzte (mit Ausnahme von Adolf Meyer).

Das Deutsch-Nationale hatte Peter Meyer auch 1945 noch verinnerlicht. Uwe Schmidt verwies auf eine Notiz von Meyer in seinem Tagebuchaufzeichnungen. Er zitierte dabei die „zwiespältigen Gefühle“ Meyers, dass der für den Bildungsbe- reich zuständige Major Shelton bei der britischen Militärregierung in Hamburg den neuen Schulsenator Heinrich Landahl 1945 bei den Veranstaltungen der „pädagogischen Woche“ begleitete. Bei Meyer löste dies Gefühle der Beschämung aus und er notierte, „daß deutsche akademisch gebildete Menschen in ihrer geistigen Arbeit vom Feinde kontrolliert werden, was in dieser Form in der deutschen Geschichte noch nicht vorgekommen ist“.¹⁸

Für Meyer waren die Engländer im Oktober 1945 noch die Feinde und nicht die Befreier vom Nationalsozialismus.

An anderer Stelle empörte sich Meyer darüber, dass und wie die britische Militärregierung 1945 die Entnazifizierung in die Hand genommen hatte: „Es ist doch ein recht unwürdiger Zustand, dass derartige demütige Diskussionen mit dem Engländer über das Schicksal deutscher Männer geführt werden müssen – auch ein Erbe des Hitlersystems! Wirklich: die Zeit der Buße für die Deutschen hat begonnen, ihr Leidensweg ist noch lange nicht zu Ende, besonders derjenige der gebildeten Schichten nicht.“¹⁹

So verwundert es auch nicht, wie Peter Meyer sich gegenüber den Belasteten seiner eigenen Schule verhielt. Peter Meyer war seit dem 7.9.1945 als Schulleiter an der alten Schule wieder inthronisiert, nachdem er nach seiner Suspendierung 1943 als Studienrat an der Albrecht-Thaer-Oberrealschule vor dem Holstentor gearbeitet hatte. Er bekam die Amtsgeschäfte von dem zwischendurch beauftragten Schulleiter, dem NS-belasteten Leo Lüders schon am 6.7.1945 übergeben, als der suspendiert wurde. Peter Meyer protokollierte in seinem Tagebuch auch die Begegnungen mit den NS-Aktivisten seiner Schule, den Denunzianten, die schließlich auch zu seiner Abberufung beigetragen hatten.

Am 7.7.1945 vermerkte er ein erstes Gespräch im Kollegium, namentlich auch mit Kurt Silber. Und dann: „Am Nachmittag begrüßt mich Studienrat Dr. Stender hoch beglückt, dass ich nun wieder als sein Chef eingezogen bin und bringt mir als Zeichen seiner Verehrung und Dankbarkeit das schöne Werk von Max Planck ‚Wege zur physikalischen Erkenntnis.‘“²⁰

Am 30.7.1945 erwähnte er die erste Begegnung mit Joachim Carstens, „der mir sein Beurlaubungsschreiben der Schulverwaltung mitteilt, mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienste“. Peter Meyer war emotionalisiert durch die Begegnungen. Er notierte: „Damit schließt sich ein weiterer bedeutungsvoller Tag in meinem Leben, das ich bewusst unter Ablehnung verlockender Angebote in den bisherigen Rahmen weiterführen möchte.“ Er reagierte wie ein rehabilitierter Vater und nicht von ungefähr dachte er in diesem Kontext an seinen am 11.10.1935 nach schwerer Krankheit mit 20 Jahren verstorbenen Sohn Erich: „Mit welcher Befriedigung und Genugtuung mein Erich diesem Tag wohl genossen hätte, wenn er noch unter uns weilte.“

Am 4.8.1945 notierte er: „Morgens vor Beginn der Sprechstunde habe ich ein langes Gespräch mit St. R. Dr. Stender, der wegen seiner eigenen Zukunft in größter Sorge ist. Aus Gesprächen anderer hat er erfahren, daß in neuester Zeit wieder eine größere Zahl von Verhaftungen aus dem Kreise der Parteimitglieder vorgenommen ist. Er ist besorgt, daß auch ihn dieses Schicksal treffen kann, da er als Propagandaleiter seiner Ortsgruppe immerhin zu den Aktivisten der Partei zählt. Sollte dieser Fall eintreten, so bittet er mich, daß wir uns seiner hilfsbedürftigen Frau annehmen. Er ist seelisch auf das Äußerste bedrückt. Ich sprach ihm Mut zu und erkläre ihm, dass die Hilfestellung für seine Frau in diesem Falle für uns eine Selbstverständlichkeit ist. Ich hoffe, ihm dadurch etwas Erleichterung verschafft zu haben.“

4. August 1945: Morgens vor Beginn der Sprechstunde habe ich ein langes Gespräch mit St. R. Dr. Stender, der wegen seiner eigenen Zukunft in größter Sorge ist. Aus Gesprächen anderer hat er erfahren, daß in neuester Zeit wieder eine größere Zahl von Verhaftungen aus dem Kreise der Parteimitglieder vorgenommen ist. Er ist besorgt, daß auch ihn dieses Schicksal treffen kann, da er als Propagandaleiter seiner Ortsgruppe immerhin zu den Aktivisten der Partei zählt. Sollte dieser Fall eintreten, so bittet er mich, daß wir uns seiner hilfsbedürftigen Frau annehmen. Er ist seelisch auf das Äußerste bedrückt. Ich sprach ihm Mut zu und erkläre ihm, daß die Hilfestellung für seine Frau in diesem Falle für uns eine Selbstverständlichkeit ist. Ich hoffe, ihm dadurch etwas Erleichterung verschafft zu haben.

Ich gelese ihm und Respektbrück die Liste der Verhaftungen für die St. R. Dr. Stender...

Die häufig zitierte Passage aus Peter Meyers Tagebuch

Die Tagebuchaufzeichnungen Peter Meyers sind eine historisch und psychologisch unschätzbare Quelle, um das Verhalten, das Denken und Fühlen von zentralen Personen im Entnazifizierungsverfahren nachvollziehen zu können. Meyer verhielt sich ähnlich wie im Volksschulbereich Fritz Köhne, der in vergleichbarer Weise noch erheblich mehr Persilscheine ausgestellt hatte, ohne seine Innenwelt so ausführlich zu beschreiben.

Am 20.8.1945 hielt Peter Meyer fest: „Wiederum sind es eine ganze Reihe von Besprechungen und Telefongesprächen, die auf mich warten. Es ist erschütternd, wie viel Hilfe und Ratschläge begehrt werden, welche Not und seelische Unruhe zu Tage tritt, und man kann nicht helfen. Je länger ich wieder im Amte bin, je mehr geht uns das ungeheuerliche Verbrechen auf, daß die NSDAP am deutschen Volke begangen hat, besonders in den letzten Jahren noch, als der Zusammenbruch jedem denkenden Menschen klar war. Welch eine Hoffnungslosigkeit welche Verzweiflung hat sich der Herzen der Jugendlichen bemächtigt! Und ich kann nur in verstehender und helfender Beratung Hilfestellung leisten wo ich so gerne durchgreifend meinen Jungen zur Seite stehen möchte. Aber auch den Lehrern, die in Verblendung dem Hitlerideal nachgelaufen sind, wie zum Beispiel Oberschullehrer Paulsen, der sich vorgestern noch meldete mit der Frage, ob er bei mir unterschlüpfen dürfte, falls er im Amte bleibt. Dabei ist dieser Fall ganz klar, denn wie wird die Militärregierung einem SS-Mann gestatten, in der Jugenderziehung weiter tätig zu sein, was ich ihm natürlich vorgreifend nicht sagen darf.“

Möglicherweise war Meyer dabei bewusst, daß er selbst in den zurückliegenden zwölf Jahren, zumindest in der ersten Zeit auch Phasen der Verblendung gehabt hatte.

Am 7.10.1945 erfuhr Meyer vom Lehrerkollegen Renzenbrink, daß „der frühere Lehrer unserer Schule, Professor Dr. Raebel nach abenteuerlicher Flucht den Russen entkommen und nun hier in Altona als furchtbar gealterter Mann bei ihm erschienen sei, er habe ihn nicht wiedererkannt“.

Raebel war im Juli 1943 in Altona ausgebombt worden und dann in seine Geburtsstadt Tschernow bei Küstrin in Brandenburg gezogen.

Am 20. Oktober 1945 vermerkte Meyer: „In der letzten Woche haben die Engländer bei den Entlassungen die Dezernenten der Schulverwaltung überhaupt nicht zugezogen bzw. orientiert. Es ist einfach eine Liste von etwa 30–40 Entlassungen der Behörde zugestellt mit dem Ersuchen, das Weitere zu veranlassen. Es ist also ganz ohne Zweifel, daß eine Verschärfung der Lage eingetreten ist. Und nun kommt für mich das Betrübliche an dieser Liste: Neben Stud.R. Silber ist auch Stud.R. Dr. Richard Stender vom Dienste suspendiert mit dem Ziel der Entlassung. Das ist sehr, sehr bitter. Seit meinem Dienstantritt als Leiter und später als Direktor unserer Ot-

tenser Schule hat dieser Mann mir in unerschütterlicher Treue angehangen. Seit seiner Referendarzeit war er mir ununterbrochen zugetan und auch die politische Umwälzung 1933, die ihn jetzt zu Fall bringt, hat keinerlei Einfluss auf das schöne und menschliche Vertrauensverhältnis gehabt, daß ohne Trübung bis auf den heutigen Tag zwischen uns besteht. Mit seltenem Fleiß und vorbildlicher Hingabe an seinen Beruf, den er in allen seinen Aufgaben unter rechtlicher und erzieherischer Art von ganzem Herzen anhing, hat er unserer Schule gedient und vielen Schülern in seinen Fächern tüchtiges Wissen und Können vermittelt. Daneben ermüdete er nie in wissenschaftlicher Forschung und Lektüre, wodurch sich ein weiteres Band zwischen uns beiden ergab, denn wie ich hat er eine geradezu kindliche Freude an dem Ausbau seiner Bücherei auf allen Gebieten der wissenschaftlichen und schöngeistigen Produktion. Ganz besonders bin ich ihm aber zu Dank verpflichtet für seine Hilfe auf dem Gebiete des Finanzwesens der Schule. Ob es sich um das amtliche Rechnungswesen mit seinen Vorschriften und Formularen handelte, in das ich nie eindrang, ob es die Führung der von Eltern gestifteten Hilfskasse der Schule war, die der Betreuung bedurfte, ob besondere Fälle wie das 50 jährige Schuljubiläum oder Vortragsreihen zur Beschaffung von Mitteln für das Gefallenenehrenmal oder nie abreißen Sammlungen in der Schule, nach einem finanzkundigen Mann riefen, immer war Stud. R. Dr. Stender zur Stelle, wenn der Ruf an ihn erging, und sauber und untadelig liegen die vielen von ihm in seiner tadellosen Handschrift angefertigten Übersichten und Abrechnungen im (?) des Dienstzimmers. Auch über seine Arbeit, zu der noch die stete Hilfsbereitschaft für alle Kollegen in ihren finanziellen Nöten ihres Privatlebens kam, kann man mit vollem Recht das Wort setzen: ich muss wirken, solange es Tag ist! Diese Lücke, die durch sein Ausscheiden aus dem Kollegium gerissen wird, kann sich in den Jahren meiner mir noch verbleibenden Schultätigkeit für mich nicht mehr schließen. Umso tiefer und unauslöschlicher Dank folgt diesem treuen Manne in seine ungewisse Zukunft!“

Am Sonntag darauf, am 21.10.1945, besuchte Peter Meyer von sich aus Joachim Carstens und Adolf Meyer, „womit ich alle bisher entlassenen Kollegen bedacht habe. Der Studienrat Silber wird nachmittags telefonisch von mir in die morgige Sprechstunde bestellt, damit ich ihm ebenfalls seine Entlassung mitteilen kann.“

Schulleiter Peter Meyer stand also mit allen ehemaligen Kollegen, die schwer belastet waren und durch die britische Militärregierung suspendiert wurden, in Verbindung. Peter Meyer setzte sich nicht nur für die NS-Aktivisten seiner eigenen Schule ein, wie eine Notiz vom 10.2.1946 zeigte: „Morgens Besuch bei Frau Oberstudienrat Dr. Trog. Sie hat sich in ihrer Not an mich gewandt und um Besuch gebeten. Um ½ 11 Uhr bin ich bei ihr und nun schildert sie mir ihr Leid. Ihr Mann, den

ich zweimal in seinem Leben entscheidend gefördert habe, weil er zweifellos eine geistige Potenz darstellt, ist SS-Sturmführer und SD-Mann gewesen und als solcher natürlich den Angloamerikanern sehr verdächtig. Seit Juni 1945 ist er im Lager Neumünster der politischen Häftlinge und von seiner Frau getrennt. Nun braut sich ein neues Ungewitter über ihrem Haupte zusammen, da sie als Frau eines Aktivisten ihre Wohnung räumen soll, um ‚anderweitig notdürftig untergebracht zu werden‘. Man kann sich ihre Verzweiflung vorstellen. Sie bittet mich nun, mich als Leumundszeugen zur Verfügung zu stellen, falls es zur Verhandlung vor dem Wohnungsamt kommt, was ich ihr auch zusage, da ich Trog für keinen üblen Charakter halte. Die Tatsachen selbst sind freilich nicht aus der Welt zu schaffen. So wird meine ganze Tätigkeit fast rein sozialer und karitativer Art. Zu groß ist die körperliche, geistige und seelische Not aller Orten, um ihr wirksam zu begegnen, aber meinen bescheidenen Beitrag kann ich doch zu ihrer Linderung hier und da leisten. Man muss schon sein Herz etwas panzern, um diesen Erschütterungen nicht zu erliegen.“²¹

Am 6.4.1946 vermerkte Peter Meyer: „In den Morgenstunden fahre ich zunächst nach Flottbek, wo ich in der Holbeinstraße 8 Frau Oberstudienrat Dr. Trog aufsuche, die man vom Wohnungsamt mit der Entziehung der Wohnung bedroht hat, da ihr Mann als SS- und SD-Mann politisch besonders belastet und in Neumünster inhaftiert ist. Sie berichtet mir wieder wie vor etwa acht Wochen von dem Stand der Dinge und ihrem hartnäckigen Kampf um die Wohnung, wobei sie nur Gutes von ihrem Mann zu berichten weiß. Mir sind diese Beichten furchtbar, da ich nichts, aber auch gar nichts unternehmen kann, um einem SS-Sturmführer zu helfen. Es bleibt mir also nur übrig, der Frau allgemeine Trostworte zu sagen und sie zur Geduld zu mahnen.“

Ich verstehe die Motivation nicht, warum Meyer einem SS-Sturmführer und Mann des Sicherheitsdienstes helfen wollte? Wo hörte die christliche Nächstenliebe auf?

Peter Meyer arbeitete ehrenamtlich als Synodaler und Mitglied der Kirchenleitung Schleswig-Holstein. Aktiv war er ebenfalls in der Deutschen Mathematischen Vereinigung. Trotz immer wiederkehrender Erkrankungen wurde Meyer über das 65. Lebensjahr hinaus beschäftigt. Am 5.2.1954 wurde er dann pensioniert.

Zum 70. Geburtstag gratulierte Landesschulrat Ernst Matthewes und schrieb unter anderem:

„Als Lehrer und Direktor waren sie den jungen Menschen ein warmherziger Freund und Berater. Sie gaben ihnen durch Ihre Haltung ein gutes Vorbild in einer Zeit, in der die Würde des Menschen vielfach unterdrückt wurde.“²²

Peter Meyer starb am 28.6.1967, „von seinem tapfer ertragenen Leiden sanft erlöst“, wie es in der Traueranzeige hieß.²³

Anmerkungen

- 1 Bericht (Bl. 14), wie alle nicht anders ausgewiesenen Dokumente, siehe Personalakte Peter Meyers, StA HH, 361-3_A 1191.
- 2 Uwe Schmidt: Peter Meyer, in: Hamburgische Biografie 4, Personenlexikon, herausgegeben von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Göttingen 2008, S. 240.
- 3 So am 6.3.1934, auch schon 1932. Personalakte Peter Meyer, a. a. O.
- 4 Alle Zitate siehe: Reinhard Dargel/Dierk Joachim: „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen!“ Zur Geschichte der Oberrealschule für Jungen Altona (OJA) im Faschismus, in: Festschrift 1882–1982 Gymnasium Altona, Hamburg 1982, S. 17ff.
- 5 Dargel/Joachim, a. a. O., S. 20.
- 6 Dargel/Joachim, a. a. O., S. 22.
- 7 Dargel/Joachim, a. a. O., S. 24.
- 8 Dargel/Joachim, a. a. O., S. 23.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Dargel/Joachim, a. a. O., S. 20.
- 13 Dargel/Joachim, a. a. O., S. 25.
- 14 Zitiert nach Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 355. Dieses Zitat resultiert aus Gesprächen mit dem ehemaligen Schüler der OR Altona, Harald Schütz, der in den 1950er Jahren Schulleiter und später OSR in der Schulbehörde Hamburg wurde.
- 15 Zitiert nach Uwe Schmidt 2010, S. 685, Anm. 1315.
- 16 Peter Meyer Tagebuch (Chronik 1945/46), StA HH, 731-1 Handschriftensammlung_Nr. 2912.
- 17 Ebd. Notiz vom 20.8.1945, S. 88.
- 18 Peter Meyer Tagebuch, Ebd., S.135, zitiert nach Schmidt 1999, S. 428f.
- 19 Peter Meyer Tagebuch, a. a. O., S. 110f.
- 20 Alle Angaben aus dem Tagebuch Peter Meyer, a. a. O.
- 21 Siehe auch Biografie Trog.
- 22 Schreiben vom 25.11.1958, Personalakte Peter Meyer, a. a. O.
- 23 Personalakte Peter Meyer, a. a. O.

Karl Schlotfeldt

**„Treue dem Führer! Schutz dem deutschen Volke!
Tod dem Verräter!“**

Karl Schlotfeldt gehörte zu den NS-Aktivisten in der Schulverwaltung, die in Altona zusammen mit Hermann Saß eine besonders üble Rolle gespielt haben. Gegen Schulrat Schlotfeldt hatte es noch in der NS-Zeit Vorwürfe gegeben, die von der Schulverwaltung dienstrechtlich geprüft werden mussten. Schlotfeldt ist nach 1945 verhaftet und interniert worden und kurz nach der Entscheidung des Spruchkammergerichts Bielefeld am 6.10.1947 verstorben. Seine Geschichte ist deshalb weitestgehend unbekannt.

Karl Schlotfeldt wurde am 13.4.1894 als Sohn eines Bäckermeisters, späteren Werftarbeiters, in Neumünster geboren. Er besuchte in Kiel zunächst die Volksschule, danach drei Jahre die Mittelschule. Nachdem er die Präparandenanstalt und das Lehrerseminar in Kiel absolviert hatte, wurde er in Burg auf Fehmarn als Lehrer eingestellt. Vom 17.12.1914 bis zum 1.1.1919 nahm er am Ersten Weltkrieg teil. Er wurde dort zum Leutnant befördert und hatte der Schulverwaltung stolz mitgeteilt,

an der Schlacht an der Somme beteiligt gewesen zu sein. Nach dem Krieg arbeitete er zunächst als Volksschullehrer in Kiel und bildete sich an der Universität in besonderen Lehrkursen auf fremdsprachlichem Gebiet fort, so dass er 1926 die Prüfung als Mittelschullehrer in neueren Sprachen bestand. Am 1.6.1932 trat Schlotfeldt dem NSLB bei und kurze Zeit später wurde er im Oktober 1932 zum Mittelschul-Rektor in Bredstedt berufen.¹

Schlotfeldt war also im Oktober 1932 Rektor geworden, nachdem er kurz zuvor dem Nationalsozialistischen Lehrerbund beigetreten war und er gehörte zu den ehemaligen Offizieren des Ersten Weltkrieges, die neuere Sprachen studierten, also der Länder, gegen die er als Offizier nach 1939 einen zweiten Krieg führte.



Karl Schlotfeldt

Am 1.1.1937 wurde Karl Schlotfeldt kommissarischer Stadtschulrat in Altona. Ausgewählt von Stadtrat Hermann Saß und seinem Vertrauten, dem städtischen Schulrat Paul Dittmer. Saß und Dittmer hatten am 6.11.1936 eine Dienstreise nach Bredstedt unternommen, um Karl Schlotfeldt im Unterricht der Adolf-Hitler Schule zu begutachten und „in einer anschließenden Besprechung persönlich kennen zu

lernen“. Da Gleichgesinnte zusammenkamen, fiel das Urteil nicht überraschend aus. „Das Ergebnis der Besprechung geht dahin, dass Schlotfeldt als städtischer Schulrat von mir empfohlen werden kann“, resümierte Paul Dittmer.²

Nachdem Schlotfeldts Vorgänger, der von Saß berufene SS-Mann Hermann Stegemann zum Regierungs- und Schulrat anderweitig berufen worden war, konnte Schlotfeldt am 19.11.1937 die Schulrats-Stelle endgültig übertragen werden. Denn: Karl Schlotfeldt „versieht den Dienst zur vollsten Zufriedenheit“.³

Welche Rolle Schlotfeldt insbesondere in den politischen „Säuberungsaktionen“ am Christianeum in Altona spielte, wird ausführlich in den Biografien Dittmer, Lau, Trog und de Bruycker dargestellt.

Schlotfeldts Aktivitäten steigerten sich mit Beginn des Krieges. Er absolvierte Übungen, besuchte KLV-Lager in Sachsen und Bayern und widmete sich dem Feld der „wehrgeistigen Erziehung“. Darunter litt seine Gesundheit, Diagnosen: Chronischer Magen- und Darm-Katarrh und erhebliche Erschöpfungszustände. Schlotfeldt wurde am 4.6.1940 einberufen als Verbindungs-Offizier des Stv. Generalkommandos Hamburg. Gleichzeitig war er Schulrat und Kreisamtsleiter des NSLB sowie Gausachbearbeiter für wehrgeistige Erziehung im NSLB. Kernstück dieser Arbeit waren Schriften zum Thema „wehrgeistige Erziehung“, Tagungen und Vorträge dazu und „Betreuungsarbeit“. Schlotfeldt, zum Hauptmann befördert, schrieb in einem Tätigkeitsbericht über seine Arbeit am 19.8.1942: „Als Gausachbearbeiter für wehrgeistige Erziehung im NSLB-Hamburg stehe ich mit rund 1600 Lehrersoldaten in Verbindung. Dieser vorwiegend briefliche Verkehr umfasste bisher 348 Glückwunschschriften an ausgezeichnete und beförderte Kameraden, 32 Schreiben an Verwundete, Fühlungnahme mit den Hinterbliebenen der 90 Gefallenen, ferner Beratung bei persönlichen Anliegen mancherlei Art. Alle ausgezeichneten und beförderten Lehrersoldaten wurden der Reichsverwaltung des NSLB über die Verbindungsstelle Berlin gemeldet. Die Namen der Gefallenen wurden im Gaumitteilungsblatt veröffentlicht und für ein Ehrenbuch, das nach dem Kriege erscheinen wird, laufend genauere Unterlagen gesammelt.“⁴

Stolz machte es Schlotfeldt, dass insbesondere die von ihm veröffentlichten Schriften zur wehrgeistigen Erziehung Wertschätzung erfuhren. Die Inspektion Erziehungs- und Bildungswesens des Heeres richtete am 18.6.1942 ein Schreiben an das stellvertretende Generalkommando X. A.K. Hamburg, dass sie „die Arbeit von Hauptmann Schlotfeldt außerordentlich begrüßt“. Es sei beabsichtigt, „die Arbeit in einer größeren Auflage zu drucken, um sie bei den zuständigen Stellen von Schule und HJ zur Verteilung zu bringen“.⁵ Überreicht werden sollte die Schrift vom Oberkommando des Heeres (Inspektion des Erziehungs- und Bildungswesens) unter der Überschrift „Der deutschen Erzieherchaft zur Pflege des wehrgeistigen

Gedankens“. Hauptmann Schlotfeldt, Offizier für Schulfragen beim stellvertretenden Generalskommando in Hamburg, sollte als Bearbeiter dieser Schrift genannt werden. Schlotfeldt reichte dies zur Kenntnis bei der Schulverwaltung ein. Oberschulrat Henze und Schulrat Köhne zeichneten es ab.⁶

Diese Schrift rekurrierte auf Aufsätze, die Kurt Schlotfeldt im Mitteilungsblatt des NSLB, Gauverwaltung Hamburg, in den Jahren 1940 bis 1942 veröffentlicht hatte.



Mitteilungsblatt des NSLB, herausgegeben August 1940 (o.) und Mai 1941

Im August 1940 berichtete Schlotfeldt im Mitteilungsblatt des NSLB über seine einjährige Tätigkeit in der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wehrmacht im Wehrkreis Altona. Er schrieb unter anderem: „Hand in Hand mit der weltanschaulichen Schulung des ganzen Volkes ist die wehrgeistige Erziehung die Forderung unserer Zeit. Sie muss bereits in der Schule beim Ranzenträger einsetzen und über den Waffenträger bis hin zum letzten Volksgenossen führen; denn Last und Verantwortung in einem Kriege ruhen nicht allein auf den Waffenträgern, sondern unterschiedslos auf dem gesamten Volk, und darum wird die soldatische Nation gefordert. Die allgemeine Zielsetzung der Wehrerziehung durch die Schule ist: Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit der Jugendlichen und Aneignung der notwendigen theoretischen Kenntnisse und praktischen Fähigkeiten für den Wehrdienst und geistig-seelische Aktivierung der Jugend zur Wehrbereitschaft und Wehrhaftigkeit. Der Reichswalter des NS-Lehrerbundes hat diese Forderungen schon vor Ausbruch des Krieges dem Oberbefehlshaber des Heeres gegenüber bestätigt, und die inzwischen erschienenen Richtlinien des Reichserziehungsministers für Erziehung und Unterricht in der deutschen Schule tragen dem Gedanken der wehrgeistigen Erziehung bereits weitgehend Rechnung. Die deutsche Schule ist sich der hohen Verantwortung bewusst, die ihr damit auferlegt ist.“⁷

Schlotfeldt berichtete über seine Vorträge unter dem Titel: „Der soldatische Mensch als Endziel deutscher Erziehungsarbeit“ und stellte fest: „Wehrgeistige Erziehung ist Unterrichtsgrundsatz, der in jedem Fach zur Geltung zu bringen ist.“⁸

Als Beispiele für die jeweiligen Fächer verwies Schlotfeldt auf die verbindlichen Aufgaben, die er der Lehrerschaft in Altona gestellt hatte:

„Deutsch: Einführung des militärischen Stils bei Aufsätzen über Heldische Zeiten der Kriegsgeschichte; Geschichte: 1. Hervorhebung der politischen Bedeutung der Schlachtfeldentscheidung. 2. Der Soldat im Kampf mit dem Politiker; Erdkunde: Gunst und Ungunst unserer wehrgeographischen Lage; Chemie: Die wichtigsten Kampfstoffe; Mathematik: 1. Das Messverfahren (auch Schallmessverfahren). 2. Die Ballistik; Physik: 1. Die Verbrennungsmotoren. 2. Funk und Fernsprechdienst und seine Störungen; Zeichnen: Grundlagen des Kartenzeichnens, Anfertigung einfacher Geländeskizzen.“⁹

An anderer Stelle forderte Schlotfeldt, Feldpostbriefe zu sammeln: „Es gibt wohl keine Schulgemeinschaft, die nicht ein inniges Band mit den Kameraden an der Front geknüpft und diese Verpflichtung zugleich als Herzensbedürfnis empfunden hat. In der Schulchronik oder in der Kriegsmappe des Schulwalters haben die Frontbriefe einen ehrenvollen Platz erhalten.“¹⁰

Schlotfeldt wies auch auf die Bedeutung der Korrespondenzen mit ehemaligen Schülern hin und gab als Beispiel den Brief eines seiner Schüler, der zur Luftwaffe gegangen war und seinem ehemaligen Lehrer Schlotfeldt stolz berichtete: „Ich ging zur Luftwaffe, da ich mein Fach auf Flugzeugzellenbau gelegt hatte. Ein Jahr sollte es dauern, machte meine Flugscheine, musste aber doch einsehen, dass es mit einem Jahr nicht zu erreichen war, sondern legte noch elf Monate zu. (...) Doch da kam der Krieg, abrechnen musste ich, den Steuerknüppel der Maschine in die Hand nehmen, dem Feind ins Auge sehen. Ich konnte noch keinen größeren Erfolg erringen als bis heute neun Maschinen auf W.-Gebiet abzuschießen, drei auf F.-Gebiet, und vier zur Landung auf W.-Gebiet zu zwingen. Mir wurde dafür das EK II und EK I verliehen. (...) Ja, Herr Lehrer S., dieses sind nun die Erfolge, zu denen ich von ihnen aus der Schulzeit die Grundlagen mitgenommen habe. Ihr Bild als Lehrer war mir immer eine Ansteuerung zur Erreichung des Zieles. Meinen Dank bringe ich Ihnen heute zum Ausdruck; Charakter und Willen brachten den Sieg, der doch nur durch die Grundlagen in der Kindheit erzielt werden kann.“¹¹

Im Mai 1941 machte Schlotfeldt Vorschläge, wie zum Thema „Feindpropaganda, Spionage, Spionageabwehr und Landesverrat“ im Unterricht in der Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen und in Berufs- und Fachschulen gearbeitet werden soll: „Die ausländische Spionage hält Augen und Ohren offen. Die Spionageagenten vertrauen auf zwei deutsche Nationalfehler: Schwatzhaftigkeit und

Leichtfertigkeit, d. h.: Fahrlässigkeit in Worten und Werken.“ Und: „Wer es wagt, die Hände gegen sein Vaterland zu erheben, der ist des Todes! Wer es unterlässt, rechtzeitig von einem geplanten Landes- oder Hochverrat oder einer Sabotage Anzeige zu erstatten, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus oder mit dem Tode bestraft. Auch der fahrlässige Landesverräter hat hohe Gefängnisstrafen zu erwarten. Deine Parole: Treue dem Führer! Schutz dem deutschen Volke! Tod dem Verräter!“¹²

Am 30.1.1943 bekam Schlotfeldt das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse „vom Führer“, wie er der Schulverwaltung mitteilte.¹³

Im Zuge von Einsparungen außerplanmäßiger Stellen bei der Wehrmacht schied Hauptmann Schlotfeldt am 28.2.1943 aus dem aktiven Wehrdienst aus. „An meiner Tätigkeit als Wehrmachtsredner und Verbindungsoffizier zum NSLB ändert sich nichts“, teilte er am 1.3.1943 der Schulverwaltung mit.¹⁴

1944 verdunkelten sich die Wolken über Karl Schlotfeldt. Hermann Reimnitz, Schulleiter der Schule Dockenhuden in Schlotfeldts Schulkreis, bezeichnete die Veröffentlichungen zur wehrgeistigen Erziehung unter Schlotfeldt Namen als „Lumperei“ und „geistigen Diebstahl“ und „unter Deutschen nicht üblich“.¹⁵ Dabei ging es um die Aufsätze, die Schlotfeldt unter seinem Namen im Mitteilungsblatt des NSLB veröffentlichte, die teilweise aber von ihm unterstellten Schulleitern stammten und wörtlich oder in leichter Überarbeitung veröffentlicht worden waren.

Die Vorwürfe waren so schwerwiegend, dass es eine dienstliche Untersuchung gab, die vom Justitiar der Schulverwaltung, Hasso von Wedel, durchgeführt wurde. Von Wedel führte einige Gespräche, die protokolliert wurden, mit wichtigen Zeugen, neben den Beteiligten und den betroffenen Schulleitern auch mit dem Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung, Max Fehring, der auch für das Mitteilungsblatt des NSLB verantwortlich war, nachdem das Erscheinen der HLZ im Krieg eingestellt worden war. Fehring erklärte zu Schlotfeldt Veröffentlichungen am 5.10.1944: „Ich war Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung. In dieser Zeitung sind zahlreiche Aufsätze unter Schulrat Schlotfeldts Namen erschienen, die meisten unter dem Leitgedanken, wie kann die wehrgeistige Erziehung in die einzelnen Fächer hineingetragen werden. Oft ist fast in jeder Nummer ein Aufsatz von Schulrat Schlotfeldt gewesen. Ich persönlich habe mich über die außerordentliche Fruchtbarkeit von Schulrat Schlotfeldt gewundert, ebenso über seine große Vielseitigkeit, da er sich nicht auf ein oder wenige Fächer beschränkte. Die Aufsätze breiteten ein großes Material aus, wenn sie vielleicht auch manchmal gröber zusammengeschlagen waren. Ich bin immer davon ausgegangen, daß Schulrat Schlotfeldt der Verfasser dieser Aufsätze war. Ich glaube auch, daß ich noch Manuskripte zu Hause habe, die er als Verfasser unterzeichnet hat. Manche Aufsätze sind auch an die Gauamtsleitung

des NSLB in Durchschrift gegangen, um dieser von dem Aufsatz Kenntnis zu geben. Landesschulrat Schulz hat sie meines Wissens erhalten. Mir selber als Schriftleiter fielen schließlich sogar, wenn ich ganz offen bin, die vielen Aufsätze von Schulrat Schlotfeldt auf die Nerven, weil es für eine Zeitschrift nicht gut wirkt, wenn immer ein und derselbe Autor in ihr erscheint. Ich habe ihm das aber nie gesagt.“¹⁶

Schlotfeldt hatte gegenüber von Wedel zugegeben, dass nicht alle Aufsätze von ihm geschrieben worden seien. Sie unter seinem Namen zu veröffentlichen sei ein Rat von Max Fehring gewesen, da „es nicht angängig sei, sie als Berichte einer AG hamburgischer Lehrer seines Schulkreises zu veröffentlichen“.¹⁷

Fehring erklärte, sich an eine solche Unterredung nicht zu erinnern: „Ich halte das sogar für ausgeschlossen, weil ja, wie ich vorhin schon sagte, es mir als Schriftleiter viel lieber gewesen wäre, wenn gelegentlich andere als Verfasser zu diesem Thema gezeichnet hätten und ich Schulrat Schlotfeldt dann sicher den Vorschlag gemacht hätte, doch einmal einen anderen als Verfasser anzuführen. Ich hätte auch sicherlich, wenn ich Schulrat Schlotfeldt den von ihm behaupteten Rat erteilt hätte, ihm vorgeschlagen, in einer Fußnote zu bemerken, daß die Aufsätze von einem Arbeitskreis erarbeitet seien. Die Vorgänge liegen ja immerhin mehrere Jahre zurück, deswegen möchte ich hier nicht erklären, daß das, was Schulrat Schlotfeldt anführt, nicht wahr sei. Richtig ist, daß ich Schulrat Schlotfeldt gelegentlich, wenn ich Stoff brauchte, auch gefragt habe, ob er wieder etwas habe. Gedrängt habe ich ihn allerdings nicht, da ich ja sehr häufig schon auf Vorrat Artikel von Schulrat Schlotfeldt liegen hatte. Gedrängt habe ich ihn lediglich bei der Zusammenstellung der Gefallenenanzeigen.“¹⁸

Die Aussagen der Schulleiter fielen sehr unterschiedlich aus. Alle waren von Schlotfeldt angesprochen worden, hatten Material geliefert, das von Schlotfeldt be- und verarbeitet worden war. Dafür hätte es als Anerkennung Bücher mit Widmung von Schlotfeldt gegeben. Geärgert hatte sich Schulleiter Hermann Weyland, dass Schlotfeldt einen Aufsatz von ihm zum Thema „Zeichenunterricht und wehrgeistige Erziehung“ unter eigenem Namen veröffentlicht hatte. „Unternommen habe ich dagegen jedoch nichts. Ich empfand Schulrat Schlotfeldt gegenüber keine besondere Achtung und Neigung, hörte von anderen, dass es ihnen so ergangen sei und ließ die Sache laufen.“¹⁹

Offenbar hatte es mehr Rumoren gegeben, als in den Vernehmungen zugegeben. So sagte etwa der Schulleiter Otto Anders über einen Aufsatz der AG Geschichte, an dem sechs bis sieben Schulleiter gearbeitet hatten und der vom Schulleiter der Arnkielstraße, Georg Jessen, zusammengefasst worden war, allerdings unter Schlotfeldts Namen veröffentlicht wurde: „Ich persönlich hatte erwartet, daß am Ende der Reihe ein besonderer Hinweis erschienen wäre, in dem festgestellt

war, daß diese unter Schlotfeldts Namen verfasste Serie eine Gemeinschaftsarbeit der Lehrerschaft sei. Daß ich darauf vergeblich gewartet habe, hat mir einen kleinen Knacks gegeben und mich in Bezug auf die Ehrlichkeit von Schulrat Schlotfeldt enttäuscht.“²⁰

Öl ins Feuer goss Richard Stender, NSLB-Kreishauptstellenleiter „Presse- und Propaganda“. Stender wusste über alles Bescheid, beförderte eher die Zweifel an seinem NSLB-Kreisamtsleiter. Am 6.10.1944 wurde er von Hasso von Wedel zum Verhalten von Karl Schlotfeldt, vernommen. Nun wollte Justitiar von Wedel vom Altonaer Presse- und Propaganda-Verbindungsmann zum NSLB hören, was er damit zu tun hatte. „Sein Name sei in diesem Zusammenhang als Mitwisser genannt worden.“

Stender erwies sich als jemand, der vielfältige Gespräche über diesen Fall geführt hatte, ohne dies jemals aufklärend zu thematisieren. Dies ist an anderer Stelle ausführlich beschrieben worden.²¹

Stender stellte klar: „Ich persönlich kann nur sagen, was im Mitarbeiter- und Kollegenkreis geredet worden ist. Ich habe mich nicht für verpflichtet und befugt gehalten, hinter meinem Kreisamtsleiter her zu spionieren und ihn etwa zur Anzeige zu bringen.“

Er hätte ihn vielleicht ansprechen können als Presse- und Propagandaverantwortlicher, ihn über das Gerede informieren können, eine Änderung der Praxis anregen können. Oder passte solches nicht in die „Kultur“ der Kommunikation im autoritären NS-System? Es passte zumindest nicht zu Richard Stender, der in heiklen Fragen lieber über die Betroffenen redete als mit ihnen.²²

Am Ende der Untersuchung wurden Schlotfeldt und Fehring in einem gemeinsamen Gespräch noch einmal miteinander konfrontiert. Schlotfeldt insistierte und behauptete sehr bestimmt, von Fehring den Rat bekommen zu haben, dass er alle Artikel mit seinem Namen zeichne. Fehring wurde gefragt, ob er diese Darstellung nicht doch für denkbar halte und erklärte: „Ich muss diese Frage verneinen; selbst wenn ich einkalkuliere, daß man etwas vergessen kann und die Sache so weit zurückliegt, halte ich es für unmöglich, daß ich diesen Rat gegeben habe. Über die Frage der Veröffentlichung überhaupt ist natürlich mit Schulrat Schlotfeldt gesprochen worden, aber ich habe ihm nicht den von ihm behaupteten Rat gegeben.“²³

Interessant auch, was Schulleiter Hermann Reimnitz zu seinen Gründen angab, gegenüber Schulrat Fritz Köhne die Vorwürfe Karl Schlotfeldt betreffend erhoben zu haben. Und dabei kam noch etwas mehr auf den Tisch: „Ich erhebe gegen Schulrat Schlotfeldt den Vorwurf geistigen Diebstahls. Schon seit Jahren hat Herr Schlotfeldt sich bei seiner reichen literarischen Tätigkeit der Vorarbeiten anderer bedient, die er zum Teil in nur wenig veränderter Form in Zeitschriften unter seinem Namen veröffentlicht hat. Über diese Vorgänge ist auch unter Kollegen viel geredet

worden. Als ich einmal erklärte, Schlotfeldt müsse doch ein erstaunliches Wissen haben bei seiner schriftstellerischen Produktivität wurde mir gesagt, das sei nur Arbeit anderer. Dadurch wurde ich aufmerksam und hörte noch mehrfach darüber etwas. Zum Beispiel fielen mir gegenüber Bemerkungen, warum denn keiner sich unter den Parteigenossen finde, der den Mut habe, Schlotfeldt dies zu sagen.“²⁴

Aber Hermann Reimnitz hatte auch ganz persönliche Gründe, sich über Schulrat Schlotfeldt zu ärgern und so massiv zu protestieren: „Wenn ich nach meinen Motiven für meine Meldung bei Herrn Köhne gefragt werde, so ist doch die Tatsache solchen geistigen Diebstahls Motiv genug. Ich gebe aber offen zu, daß ich auch in der letzten Zeit persönlich sehr verärgert war, weil ich auf Schlotfeldts Veranlassung durch Schulrat i. V. Backeberg eines Morgens revidiert worden bin. Ich bin als alter Parteigenosse sehr stark in politische Arbeit eingespannt und komme dadurch naturgemäß gegenüber Kollegen, die weniger aktiv sind, leicht ins Hintertreffen. Die Besichtigung fand Dienstag vor einer Woche statt (26. September). Am Tag vorher war ich unmittelbar nach meiner Schulzeit bis gegen 22:00 Uhr wegen Parteiarbeit fort und hatte, todmüde zurückgekehrt, keine Gelegenheit mehr gehabt, mich zu präparieren. Meine Leistungen vor der Klasse waren daher am Tage der Besichtigung nicht gut. Ich hätte, da Schlotfeldt die Verhältnisse kannte, es richtig gefunden, wenn er mich vorher auf die geplante Besichtigung meines Unterrichts aufmerksam gemacht hätte. Überhaupt halte ich das Regiment von Schlotfeldt in seinem Schulkreis für zu rigoros und nicht kollegial. Für mich alten Pg., der Jahrzehnte im völkischen Kampf stand, ist es hart zu sehen, daß andere, die damals wer weiß wo waren, jetzt das Rennen machen. Ich bin zum Beispiel auch früher kommissarischer Schulrat gewesen, dann aber durch irgendwelche Beurteilungen Fremder abgelöst worden. Ich betone aber, daß diese Verärgerung für mich nicht der entscheidende Grund war. Ich habe die Tatsache, daß Schlotfeldt geistigen Diebstahl begangen hat, schon lange als Unmöglichkeit empfunden. Diese letzten Ereignisse brachten aber einfach das Fass zum überlaufen. Entscheidend war für mich, daß ich als Pg. mich verpflichtet fühle, für Sauberkeit zu sorgen.“²⁵

Wie schwierig das Verhältnis von Schulrat Schlotfeldt und dem Parteigenossen und Schulleiter Reimnitz war, wird deutlich, wenn Reimnitz von der letzten Begegnung berichtete: „Ich habe dann letzten Dienstag mich mit Schlotfeldt ausgesprochen und ihm meine Vorwürfe ins Gesicht gesagt. Schlotfeldt hat mir zur Sache gesagt, daß die Kollegen einverstanden gewesen wären und daß der Erlös der Beiträge für Bücheranschaffungen verwandt worden sei. Er sagte mir zunächst, daß er mir danke, daß ich ihm das eröffnet habe. Ich wollte aber nicht diese Sache auf sich beruhen lassen, sondern habe ihm dann in sehr schroffer Form meine Beurteilung der Angelegenheit gesagt. Von Lumpereien und über Gesinnung gesprochen,

den Ausdruck ‚Pfui Teufel‘ gebraucht und gesagt, daß er sich schämen müsse, Parteiuniform zu tragen. Schlotfeldt war nach meiner Auffassung sehr bestürzt und sagte im wesentlichen nur: ‚Aber, Herr Kollege‘.“²⁶

Die Bewertung der Schulverwaltung war im Ergebnis zurückhaltend. Schlotfeldt habe zugegeben, dass die Aufsätze nur zum Teil von ihm stammten. Das Verfahren sei aber auf Rat von Schriftleiter Max Fehring so getroffen worden. Fehring bestreite das, es könne im Endeffekt nicht geklärt werden. Die Honorare seien zur Anschaffung von Büchern über wehrgeistige Schriften für die Schulkreisbücherei verwendet worden. „Angesichts der öffentlichen Erklärung von Schulrat Schlotfeldt auf der Rektorenkonferenz über die von ihm beabsichtigte Verwendung der Beiträge, der Ausführungen in dem Tätigkeitsbericht in der Augustnummer der Mitteilungsblätter, der von keiner Seite bestrittenen Verwendung des Honorars für schulische Zwecke kann jedoch nicht festgestellt werden, daß der Fehler von Schulrat Schlotfeldt und das Versäumnis, auf die wahren Verfasser der Beiträge in angemessener Weise hinzuweisen, auf unlauteren Motiven beruht. Bei dieser Sachlage ist es nicht berechtigt, das Verhalten von Schulrat Schlotfeldt als ‚geistigen Diebstahl‘ zu bezeichnen, weil die Gesinnung eines Diebes zweifellos nicht vorlag. Man wird andererseits aber, da Schulrat Schlotfeldt objektiv gesehen fremdes Eigentum in unzulässiger Weise verwandt hat, gegen den Anzeigenden nicht vorgehen können. Dieser muss aufgeklärt werden, daß unlautere Motive Schulrat Schlotfeldt bei dem von ihm zweifellos begangenen Fehler nicht vorgeworfen werden können.“²⁷

Hasso von Wedel schlug vor, Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann von dem Fall zu unterrichten, da Schlotfeldt Ortsgruppenleiter der NSDAP und Schulrat sei. Angemessen sei eine formlose Missbilligung Schlotfeldts und ihn auf das „Fehlerhafte“ seines Verhaltens hinzuweisen. Gleichzeitig sollten die Zeugen und die Schulaufsichtsbeamten unterrichtet werden.²⁸

Senatssyndikus Dr. Schultz erklärte sich gegenüber dem Personalamt mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden. Er gehe aber auch davon aus, „dass in der Schulverwaltung dann (gedeckt durch die Autorität des Herrn Reichsstatthalters und Gauleiters) gelingen wird, auch den Rektor Reimnitz, der seinen dienstlichen Vorgesetzten, Schulrat Schlotfeldt, in seiner begreiflichen Empörung über dessen unkorrekten Verhaltens ‚geistigen Diebstahl‘, ‚Lumpereien‘, ‚Pfui Teufel‘ und ‚Unmöglichkeit, die Parteiuniform zu tragen‘ vorwerfen durfte, für die Zukunft zum Schweigen zu bringen und ihn zu verpflichten, auf die Angelegenheit in keiner Weise wieder zurückzukommen. Andernfalls würde die Autorität des Schulrates natürlich stark erschüttert sein.“²⁹

Im Weiteren wurde Vollzug gemeldet. Ernst Schrewe, Leiter der Schulverwaltung in den letzten Monaten vor Ende des Krieges, schrieb an Reichsstatthalter

Kaufmann, dass Schlotfeldt „das Fehlerhafte seines Verhaltens eingesehen habe“. Rektor Reimnitz sei davon unterrichtet worden, dass es dennoch unberechtigt sei, „dessen Verhalten als geistigen Diebstahl zu bezeichnen, da Schulrat Schlotfeldt nicht aus unlauteren Beweggründen, die den Motiven eines Diebes vergleichbar seien, gehandelt habe“.³⁰

Karl Schlotfeldt war von dem Verfahren mitgenommen. Das zeigte sich daran, dass er 1944 mehrere Wochen wegen körperlicher und nervöser Erschöpfungszustände dienstunfähig war.³¹

Am 12.5.1945 gab es einen Vermerk in der Personalakte, dass Karl Schlotfeldt von der Britischen Militärregierung verhaftet und interniert worden sei. Schlotfeldt wurde erst im Internierungslager seiner Geburtsstadt Neumünster, dann im Internierungslager Eselheide bei Paderborn mit anderen möglichen Kriegsverbrechern untergebracht. Dort wartet er auf das Verfahren vor dem Spruchgerichts Bielefeld.

Das Verfahren gegen den seit zwei Jahren in Eiselheide internierten Schlotfeldt wurde erst mit der Anklageschrift vom 31.7.1947 eingeleitet.³²

Und auch dieses Verfahren zeigte, wie begrenzt es für die Spruchgerichte in den massenhaften Verfahren möglich war, sich ein Bild von den Angeklagten zu verschaffen. Schlotfeldt hatte zwei Jahre Zeit, sich im Internierungslager mit Gleichgesinnten und der Hilfe eines Hamburger Rechtsanwaltes auf das Verfahren vorzubereiten. Rechtsanwalt Friedrich Koch aus Altona brachte in der Zwischenzeit Leumundszeugnisse insbesondere von Nachbarn aus der Lisztstraße 45 in Altona bei. Alles was im Altonaer Schulwesen stattgefunden hatte, der Anteil Schlotfeldts in Bezug auf die wehrgeistige Erziehung von Schülern, die für Führer und Vaterland in den Krieg und vielfachen Tod geschickt wurden, waren dem Gericht nicht bekannt und konnten kaum recherchiert werden. Der Fokus im Prozess bildete die Tätigkeit Schlotfeldts als Ortsgruppenleiter der NSDAP und somit Mitglied des Führerkorps ab August 1944.

Entsprechend dürftig und allgemein fiel schon die Anklageschrift vom 31.7.1947 aus. Dort wurde kurz der berufliche Werdegang Schlotfeldt aufgeführt, sein NSLB-Beitritt zum 1.7.1932, die NSDAP-Mitgliedschaft ab dem 1.5.1933, seine NSLB-Funktionärstätigkeit und schließlich seit August 1944 die Ortsgruppenleitung der NSDAP in Hamburg-Othmarschen, die er bis Kriegsende innehatte. Dann wurde festgestellt, Schlotfeldt bestreite, vom kriegsverbrecherischen Charakter des Korps der politischen Leiter Kenntnis gehabt zu haben. Schlotfeldt bestreite auch, gewusst zu haben, dass „die politischen Leiter zur Verfolgung politischer Gegner eingesetzt waren“.³³

Und die Anklageschrift stellte fest: „Der Beschuldigte war lange Zeit als Parteimann und gerade gegen Kriegsende als Ortsgruppenleiter in Hamburg tätig,

ganz in der Nähe von Hamburg war das KZ-Lager Neuengamme. Die dortigen Zustände waren in gewissem Umfange in der Umgebung von Hamburg ganz allgemein bekannt, so dass sie auch dem Beschuldigten aufgrund seiner Stellung nicht verborgen geblieben sein konnten. Mithin muss der Beschuldigte als überführt angesehen werden.“³⁴

Zudem hatte das Polizeikriminalamt (Special Branch II) am 18.7.1947 notiert, dass „Schlotfeldt sich nach Angaben der Zeugen durchaus korrekt verhalten habe. Personen, die Nachteiliges über Schlotfeldt hätten aussagen können, konnten nicht ermittelt werden.“³⁵

Schlotfeldt nahm dazu Stellung und betonte, er habe, trotz der räumlichen Nähe des KZ Neuengamme, nichts gewusst. „Darüber hinaus bestreite ich überhaupt, Kenntnis von einer unvorschriftsmäßigen Behandlung gehabt zu haben; denn erst während meiner Internierung habe ich aus dem Nürnberger Prozess von solchen Dingen etwas erfahren. Es ist zweifellos der Spruchkammer die durch das Nürnberger Urteil festgestellte Tatsache bekannt, dass die Insassen eines KZ bei ihrer Entlassung sich verpflichten mussten, zu schweigen; demnach ist mit Sicherheit anzunehmen, dass, wenn sie doch über die ihnen zuteil gewordene Behandlung sprachen, es nur gegenüber solchen Personen taten, die sie als Gegner des Hitler Staates ansahen.“³⁶ Und das war Schlotfeldt ja nun wirklich nicht.

Rechtsanwalt Friedrich Koch wurde hinzugezogen. Und für ihn genügte es, Folgendes zu erklären: „Von dem Zustand in Konzentrationslagern war dem Beschuldigten nichts bekannt. Er hat weder von Misshandlungen, geschweige denn Tötungen, Vergasungen und dergleichen etwas vor der Kapitulation gehört. Auch über Neuengamme war der Hamburger Bevölkerung oder den politischen Leitern nichts bekannt. Sie hatten ja auch nicht damit zu tun. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Konzentrationslager in der Nähe kleiner Städte, deren Einwohnern eher bekannt wurden als wenn sie im Umkreis großer Städte lagen. Neuengamme ist etwa 20 km von Hamburg, dessen Stadtgebiet ein großes Areal umfasst, entfernt. Der Hamburger wusste von dem KZ in Neuengamme nicht mehr als der Berliner vom KZ in Oranienburg.“³⁷

Dass die Existenz und Funktion von KZs in Hamburg durchaus bekannt war, ergibt sich aus einem Leumundszeugnis, das Rechtsanwalt Koch fast gleichzeitig von Julius Murmann aus Othmarschen einbrachte: „Im Herbst 1944 fand eine Luftschutzversammlung statt. Die Versammlung wurde geschlossen ohne den üblichen dreimaligen ‚Heil Hitler‘. Darüber wunderte sich einer. Darauf gab ich zur Antwort: ‚Darüber braucht sich heute doch keiner zu wundern. Wir haben doch alle die Nase voll. Da hat doch der Mensch keine Lust mehr zur Sache.‘ Das war jedenfalls der Sinn meiner Worte. Ein Spitzel brachte mich deswegen in einer schriftlichen

Meldung bei der Ortsgruppe zur Anzeige. Ortsgruppenleiter war damals Herr Karl Schlotfeldt. Dieser hatte die gegen mich erstattete Anzeige nicht der Gestapo weitergegeben. Er sagte zu mir, ich könnte zu ihm so etwas unter vier Augen sagen, zu ihm könne ich sagen, was ich wolle, er werde nichts daraus machen; ich solle aber so etwas nicht zu anderen sagen. Der Spitzel, welcher mich anzeigte, hatte meine Worte als Sabotage bezeichnet. Hätte Herr Schlotfeldt die Anzeige weitergegeben, wäre ich sicherlich ins KZ gekommen.“³⁸

Am 13.9.1947 fand das Verfahren statt. Dabei gab sich Schlotfeldt liberal. Als Ortsgruppenleiter habe er „den Einsatz der Einsatztrupps im Verein mit der Polizei nach Luftangriffen zu übernehmen und hier sehr viel mit zu tun gehabt. Ich führte selbst einen Trupp. Wir hatten über 600 Alarme zu verzeichnen. (Auch Luftangriffe). Die Kreisleitung befand sich in Altona im Haus der Jugend.“³⁹

Zur „Judenfrage“ wurde Schlotfeldts Einlassung so protokolliert: „Ich habe sogar mit einem jüdischen Rechtsanwalt verkehrt. Dass Juden evakuiert wurden, habe ich gewusst, wusste aber nicht wohin sie kamen. Auf Vorhalt des Staatsanwalts, ob er die Führerrede, wonach der Führer gesagt hat, wenn Amerika in den Krieg eintritt, so bedeutet das das Ende des Judentums in Europa, kenne, äußerte der Angeklagte, dass er dieses als Drohung aufgefasst habe. Ich wüsste auch nicht, dass die politischen Leiter bei den Judenpogromen eingesetzt waren.“⁴⁰

Am Ende dieses Verfahrens forderte der öffentliche Ankläger vier Monate Gefängnis, die auf die volle Internierungshaft angerechnet wurden. Der Verteidiger beantragte Freispruch und Schlotfeldt erklärte: „Ich bin als Beamter und Lehrer an den Staat gebunden gewesen und habe im monarchistischen Staat, im republikanischen Staat und schließlich im Nazistaat meine Pflicht getan. Ich habe auch keine Kenntnis gehabt im Sinne der Anklage und fühle mich nicht schuldig. Ich bitte um Freisprechung.“⁴¹

Das Urteil setzte dann eine Geldstrafe von 1000 Reichsmark fest, sowie das Tragen der Verfahrenskosten. Die Geldstrafe „wird durch die Anrechnung der erlittenen Internierungshaft für verbüßt erachtet“. In der Begründung schrieb der Vorsitzende der Spruchkammer, Landgerichtsdirektor Nestwerdt dann noch: „Die Schuld des persönlich und politisch untadeligen Mannes, der in der höchsten Not des Vaterlandes geglaubt hat, sich der Mitarbeit auf dem Gebiet der örtlichen Parteiarbeit mit seinen vielseitigen und schweren Aufgaben schon deshalb nicht versagen zu sollen, um die Bestellung weniger geeigneter Kräfte zu verhüten, ist naturgemäß gering.“⁴²

Hier zeigte sich der Unterschied zwischen der Verfolgung von Naziaktivisten unter Verantwortung der britischen Militärregierung und den Verfahren unter deutscher Verantwortung.

Karl Schlotfeldt legte am 20.9.1947 Revision gegen das Urteil ein, das ihm eigentlich die Freiheit gebracht hatte.

Am 3.10.1947 begründete Rechtsanwalt Koch die Revision. Schlotfeldt war aus der Internierung nach Hause entlassen worden.

Überraschend starb er unmittelbar danach. In der Sterbeurkunde hieß es: „Der Schulrat außer Dienst, Karl Johannes Schlotfeldt – gottgläubig – ist am 6. Oktober 1947 um 11:00 Uhr in Hamburg in genannter Wohnung tot aufgefunden worden.“⁴² Keine Todesursache – Anlass für Interpretationen.

Nachtrag: Interessant ist, dass Karl Schlotfeldt im Internierungslager Eselheide eine Krankenpflegerausbildung absolviert hatte, mit einer Prüfung am 28.6.1947, wie er der Schulbehörde am 6.8.1947 mitteilte. Das deutet darauf hin, dass Schlotfeldt durchaus über berufliche Perspektiven nachgedacht hatte. Im Gegensatz dazu steht ein handschriftlicher Brief von Schlotfeldts Ehefrau, Martha Schlotfeldt, an Oberschulrat Fritz Köhne vom 8.10.1947. Sie schrieb: „Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen persönlich mitzuteilen, dass mein Mann vor 14 Tagen aus dem Internierungslager zurückgekommen, wieder für immer von uns gegangen ist. Er hat nicht mehr können, seine Nerven waren völlig zerrüttet. Es ist ein sehr harter Schlag für uns drei. Ich tröste mich damit, dass mein Mann sich wohl nicht in diese Zeit zurück gefunden hätte. Er hat mir gegenüber einmal die Absicht geäußert, Sie, werter Herr Oberschulrat aufzusuchen. Wir werden ihn am Montag in Kiel bestatten. In tiefem Schmerz, Frau M. Schlotfeldt.“⁴³

Das erwartungsgemäß kurze Entnazifizierungsverfahren endete am 26.5.1948 mit der Entscheidung, den Hinterbliebenen vom 1.4.1948 an dreiviertel der Pensionsansprüche eines Mittelschullehrer (Rektoren)-Gehaltes zuzubilligen. Der Leitende Ausschuss entschied am 10.9.1951, Schlotfeldts Witwe ab dem 1.9.1951 die Hinterbliebenenbezüge eines vollen Rektorengehaltes zu gewähren.

Und der Sachbearbeiter der Schulbehörde, vom Personalreferenten Oberschulrat Karl Hoffmann abgezeichnet, hatte in der entsprechenden Vorlage notiert: „Die Personalakte enthält keine Anhaltspunkte, aus denen hergeleitet werden kann, dass S. wegen seiner Verbindung zum Nationalsozialismus zum Schulrat ernannt wurde.“⁴⁴

So unterschiedlich kann man Personalakten lesen.

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach Personalakte Karl Schlotfeldt, StA HH, 361-3_A2222.
- 2 Vermerk vom 7.11.1936, ebd.

- 3 Schreiben vom 3.12.1937, ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Karl Schlotfeldt: Wehrgeistige Einflußnahme auf das Schulwesen, in : „Der Deutsche Erzieher“, Mitteilungsblatt des NSLB, Gauverwaltung Hamburg, August 1940, S. 61.
- 8 Ebd.
- 9 Alle Beispiele ebd.
- 10 Mitteilungsblatt des NSLB, Oktober 1940, S. 79.
- 11 Ebd.
- 12 Mitteilungsblatt des NSLB, Mai 1941, S. 36.
- 13 Personalakte Schlotfeldt, a. a. O.
- 14 Ebd.
- 15 Schreiben von Reimnitz vom 4. und 6.11.1944, in: StA HH, Senatskommission für den höheren Verwaltungsdienst, G 8c HH 1943 IV/31
- 16 Protokoll vom 5.11.1944, Vernehmung Max Fehring, ebd.
- 17 Zusammenfassender Bericht von Hasso von Wedel vom 18.10.1944, ebd.
- 18 Protokoll vom 5.10.1944, ebd.
- 19 Vernehmung Hermann Weyland vom 6.10.1944, ebd.
- 20 Vernehmungsprotokoll vom 7.10.1944, ebd.
- 21 Protokoll vom 6.10.1944, ebd. Siehe den Abschnitt in diesem Buch: Wie ging es weiter mit Robert Grosse und Peter Meyer nach 1945? Was wurde aus ihren Denunzianten?
- 22 Siehe dazu die Biografie Richard Stender in diesem Buch.
- 23 Protokoll vom 13.10.1944, StA HH, Senatskommission für den höheren Verwaltungsdienst, G 8c HH 1943 IV/31
- 24 Protokoll vom 5.10.1944, ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Bericht von Hasso von Wedel vom 18.10.1944, ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Vermerk vom 23.11.1944, ebd.
- 30 Schreiben vom 20.2.1945, ebd.
- 31 Laut Personalakte, a. a. O.
- 32 Alles dokumentiert in BArch_242/IV Nr 74.
- 33 BArch, a. a. O., Blatt 23ff.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Einlassung vom 18.8.1947, ebd.
- 37 Schreiben vom 17.8.1947, ebd.
- 38 Erklärung vom 30.8.1947, ebd.
- 39 Ebd.
- 40 Ebd.
- 41 Ebd.
- 42 Sterbeurkunde in Personalakte Schlotfeldt, a. a. O.
- 43 Ebd.
- 44 Ebd.

Paul Dittmer

Ein karrierebewusster Nationalsozialist „mit lumpenhafter Gesinnung und pöbelhaftem Gebaren“

Paul Dittmer galt als karrierebewusster und unangenehmer Nationalsozialist. Peter Meyer, an dessen Schule Dittmer vom 1.4.1927 bis zum 30.4.1933 als Studienrat arbeitete, bezeichnete ihn in seinem Tagebuch als Menschen „mit einer lumpenhaften Gesinnung“ und einem „pöbelhaften Gebaren“. Meyer stellte fest: „Kein Altonaer Lehrer hat wohl einen derartigen Hass auf sich gezogen.“¹ Schulleiter Peter Meyer hatte Dittmer schon als Referendar kennengelernt und war Mitglied der Prüfungskommission bei der zweiten Lehrprüfung von Paul Dittmer lange vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten gewesen.

Die Einschätzung von Peter Meyer korrespondierte durchaus mit Erinnerungen und Äußerungen der Abiturienten des Jahres 1950 vom Christianeum, die 50 Jahre später über ihre Schulzeit von 1941 bis 1950 ein ausführliches „Klassenbuch“ erstellten.² Was die ehemaligen Schüler des Christianeums erinnerten, illustriert die Aussage von Oberstudiendirektor Peter Meyer.

Paul Dittmer war von Altonas Oberschulrat Hermann Saß zum Schulleiter des Christianeums berufen worden, als der von den Schülern geachtete Schulleiter Hermann Lau am 26.8.1942 abgelöst wurde.³

So hieß es bei Burkhard Elsner, dessen Vater selbst Lehrer am Christianeum war: „Der Neue kam und mit ihm ein anderer ‚Geist‘. Ein Mann mit scharfem Blick und energischem Gang. Den linken Arm hatte er wohl schon im ersten Weltkrieg verloren. Der leere Ärmel des Jacketts war flach in die Außentasche gesteckt. Aber der Rock saß nun nicht mehr richtig, sondern rutschte beständig links ab. Fortwährendes Zucken mit der Schulter diente der Korrektur seines Sitzes. ‚Jungs, das muss anders werden!‘ war die bevorzugte Redensart des nunmehr Regierenden, den einige von uns aus nahe liegenden Gründen auch ‚Fleischer‘ nannten. Der alte Schlendrian sollte abgeschafft werden. Jeden Montag war vor dem Gebäude Flaggenparade, zu der wir anzutreten hatten. Täglich vor Schulbeginn ließ uns Dittmer (so hieß der Forsche) klassenweise an der Eingangstreppe antreten und vom jeweiligen Klassenlehrer nacheinander ins Gebäude führen. Diese Prozedur dauerte endlos und wollte nicht klappen. Ich weiß nicht mehr, ob sie lange beibehalten wurde. Dittmer trug am Revers das Abzeichen seiner Partei, die ja damals die einzige in Deutschland war. Alsbald verlangte er von allen seinen Lehrer-Untergebenen, die

gleichfalls ‚PeGes‘ waren das Tragen dieses schwarz-weiß-roten Signums.“⁴

An anderer Stelle wurde berichtet: Drei Schüler hatten mit einem typischen Pennälerstreich den Kartenraum von außen mit einer Wandkarte blockiert, dass ein Kartenholder die Tür von innen nicht mehr öffnen konnte. „Dabei waren wir von Dittmer, dem Nachfolger des alten Direktors Lau, erwischt worden. Dittmer, einarmig, war ein Nazi und übler Typ. Aus irgendeinem Grund wurde ich von ihm für die Hauptstrafe ausgesucht und für Pfingstsonntag vormittags in die Schule bestellt. Da Sonntags die Dampfzüge nur selten fahren, musste ich früh aufstehen. Dittmer ließ sich zunächst ganz ruhig und freundlich von der Munitionsexplosion erzählen, die ich aus ziemlicher Nähe miterlebt hatte. Dann zog er sein Jackett aus, hängte es über seinen Stuhl und holte einen langen Stock hinter dem Schrank hervor. Ich musste mich bücken und bekam etwa fünf sehr starke Schläge auf das Hinterteil. Zu seinem offensichtlichen Ärger gelang es mir, die Tränen zurückzuhalten, bis ich nach Ermahnungen über die notwendige Schuldisziplin in Kriegszeiten entlassen wurde. Als ich mittags nach Haus kam, hatte ich lange, blaurote, aufgeplatzte Striemen auf Hintern und Rücken. Mein Vater rief sofort Heinz Schröder in Blankenese an, der noch am Nachmittag kam und sich die Angelegenheit ansah. Offiziell habe ich nichts mehr davon gehört, aber Schröder (Sozialdemokrat mit Zivilcourage) soll in der Schule beträchtlich gegen Dittmer vorgegangen sein.“⁵

Heinz Schröder war Klassenlehrer dieser Klasse, bis 1933 Sozialdemokrat und wurde nach 1945 Oberschulrat für die höheren Schulen, was für Dittmer nach Ende der Nazizeit nicht günstig sein sollte.

Der zuvor geschilderte Fall war beileibe kein Einzelfall: „Des Direktors Energie beschränkte sich aber nicht nur auf politische Bereiche. Spürbar verstand er es, seine Schüler in Angst und Schrecken zu versetzen. Da Zucht und Ordnung sein Hauptanliegen schien, wurde schon die kleinste Disziplinlosigkeit (Ballspiel auf dem Gang, Sitzen auf der Fensterbank und dergleichen) mit grausamer Strafe belegt. Er ließ unterschiedslos jeden, den er bei einer solchen Lappalie erwischte, nach dem Unterricht ins Direktorzimmer kommen, wo der Delinquent in gebückter Haltung mittels eines elastischen Steckens drei gut gezielte und mit fürchterlicher Wucht geschlagene Hiebe auf sein Hinterteil erhielt, dass ihm für Minuten Luft und Sprache wegblieb. Versuche, sich die Hose mit Wollsocken auszustopfen, wurden entdeckt und mit vermehrter Schlagzahl entlohnt. Manch einer, wie wohl hart gesotten, trat weinend den Heimweg an.“⁶

Die Einlassungen der damaligen Schüler dieser Klasse des Christianeums werfen kein günstiges Licht auf Schulleiter Paul Dittmer: „Das braune Lager hatte sich wahrhaft Satanisches ausgedacht, um wenigstens noch ein paar der Verdächtigten, aber schwer Angreifbaren, zu Fall zu bringen. In immer kürzeren Abständen

mussten wir uns in der Aula versammeln, um uns irgend eine neue Philippika des Einarmigen anzuhören. Jetzt gab es dort regelmäßig einen militärischen Lagebericht, der zuerst von unserm Lateiner Schröder, dann von Wilhelm Elsner – beides entschiedene Demokraten – an der Landkarte absolviert werden musste. Ein heikles Unternehmen, denn in Russland ging es schon zurück. So jung wir waren: Viele von uns wussten, dass man an entsprechender Stelle nur auf ein falsches ‚Wort‘ des Referenten wartete.“

Ergänzt wurde: „Es ging nach dem Krieg die Fama um, es habe einen Judas unter den Lehrern gegeben, der dem neuen Herren verriet, auf welchen Kollegen ein scharfes Auge zu werfen sei. In den Konferenzen soll er mitstenographiert haben. Tatsächlich wurde er nach dem Kriege in unserer Schule nicht mehr gesehen. Nur einmal noch bekam ich ihn zu Gesicht: im Gang vor der Turnhalle stand er, scheu in eine Ecke gedrückt, und bat mich, einen ehemaligen Kollegen aus dem Lehrerzimmer zu holen; er hätte noch etwas mit ihm zu besprechen. Ich glaube, er hat vergeblich gewartet ...“ Bei dem Judas handelte es sich um den Zeichenlehrer Adolf de Bruycker, der in diesem Buch gesondert porträtiert ist.

Die Schüler hatten ein feines Gespür dafür, welche Lehrer der Schule zu welchem „Lager“ gehörten. So schrieb der ehemalige Schüler Detlev Stoltenberg:

„Während der Nazizeit wussten wir genau, welche Lehrer regimetreu waren, wer als Spitzel fungierte (Dr. Trog) und welche Lehrer oppositionell eingestellt waren: Zum Beispiel Bangen, Elsner, Gabe, Schröder, Stadel. Obwohl ich begeisterter Hitlerjunge und mit 13 Jahren bereits Jungzugführer und Fahnenträger war, zollte ich den zuletzt Genannten Respekt ob ihrer klaren Haltung. Bewundert habe ich auch unseren ersten Direktor Lic. Dr. Lau, eine vornehme, durchgeistigte Gestalt. Bald nach unserer Einschulung wurde er durch einen strammen Nazi ersetzt. Dittmer hieß er, grobschlächtig war er. Ich sehe ihn einarmig und mit einem Stock in der verbliebenen Hand durch das Schulgebäude marschieren, nicht selten in SA-Uniform. Wir haben ihn nicht ernst genommen, ihn trotz seiner Drohgebärden eher verachtet und als völlig fehl am Platze empfunden.“⁷

Sollte es sich bei der von Dittmer getragenen Uniform tatsächlich um eine SA-Uniform gehandelt haben, hatte Dittmer diese Mitgliedschaft in seinem Entnazifizierungsfragebogen 1945 nicht angegeben.

Paul Dittmer war früh, am 1.4.1932 Mitglied (Nummer 6082) des NSLB geworden, dort als Gau-Fachschaftsvertreter und kommissarischer Leiter Erziehung und Unterricht tätig. Mitgliedschaften auch im NSV, dem VDA, dem Reichskolonialbund, der NSKOV und, zum 1.5.1937, auch in der NSDAP.⁸

Seine dienstliche Karriere begann am 1.4.1934. Stadtrat Hermann Saß ernannte ihn zum Stadtschulrat für Volks- und Mittelschulen. Dittmer nutzte die Seil-

schaft zu dem neuen starken Mann im Altonaer NS-Schulwesen. Kurz zuvor war er Saß behilflich gewesen. Als Hermann Saß sich gegen den Makel zur Wehr setzte, 1924 wegen Unfähigkeit aus dem Schuldienst entlassen worden zu sein, testierte Dittmer dem neuen Stadtrat, dass damals politische Gründe die Ursache gewesen seien. Dittmer war im Schuljahr 1923/24 Studienassessor an derselben Anstalt gewesen. Er habe mit Saß in derselben Klasse unterrichtet und gemeinsam gegessen. „Besonders am Mittagstisch haben wir uns in einem Kreise von vier Kollegen des Reform-Realgymnasiums sehr häufig über die politische Lage unterhalten. Im Laufe dieser Unterhaltungen betonte Herr Dr. Saß stets seine unbedingt völkische Einstellung und brachte Gedankengänge in unsere täglichen Gespräche hinein, die dem größten Teil des Kollegiums der damaligen Zeit noch völlig fremd waren.“⁹

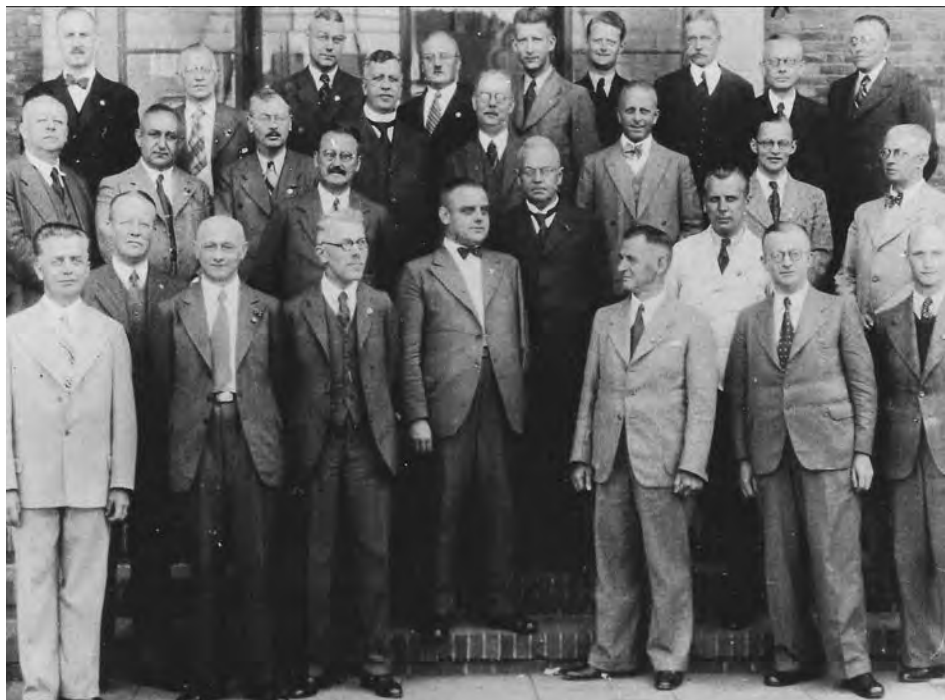
Ungewöhnlich, dass Dittmer als Studienrat für die höheren Schulen nun die Verantwortung für die Volks- und Mittelschulen in Altona erhielt. Das geeignete NS-Personal dafür war offenbar überschaubar und Saß vertraute seinem Verbündeten aus den für ihn schwierigen Zeiten unter sozialdemokratischer Ägide. Dittmer war zudem als Funktionär des NSLB in Altona aktiv gewesen.

Paul Dittmer war am 15.11.1894 als Sohn des Lehrers Waldemar Dittmer in Hamburg-Stellingen geboren worden. Er hatte die Volksschule in Stellingen besucht, dann die II. Knabenmittelschule in Altona, war danach zur Realschule St. Pauli gegangen, um darauf die Oberrealschule Eimsbüttel (Kaiser-Friedrich-Ufer) zu besuchen und dort die Reifeprüfung abzulegen. Aufgrund der begrenzten Mittel der Familie, die ein Studium nicht ermöglichten, begann Dittmer zunächst eine kaufmännische Lehre.¹⁰ Nach Beginn des Krieges meldete er sich freiwillig beim Infanterie-Regiment 31 in Altona. Dittmer nahm „am Feldzug in Frankreich“ teil, wurde bei „Stellungskämpfen“ 1915 an Kopf und Rücken durch Granatsplitter verletzt. Am 15.7.1916 erlitt er eine Minensplitterverletzung, die zur Amputation des linken Arms führte.¹¹

Nach dem Krieg studierte Paul Dittmer Mathematik und Naturwissenschaften an der Universität Jena. Danach absolvierte er seinen Vorbereitungsdienst an der Oberrealschule Altona. Mitglied der Prüfungskommission war Peter Meyer, der ebenfalls Mathematiklehrer war. Anschließend arbeitete Dittmer am Lehrerseminar in Segeberg und kam am 1.4.1923 für ein Jahr als Assessor vertretungsweise an das Realgymnasium nach Altona, wo er Hermann Saß als Lehrerkollegen kennenlernte. Nach einer weiteren Station am Lyzeum II in Altona gelangte Dittmer dann am 1.4.1927 an die Oberrealschule Altona, an der er bis zu seiner Berufung als Stadtschulrat unter Schulleiter Peter Meyer unterrichtete.

Die weitere Karriere führte Dittmer weg aus Altona. Städtischer Schulrat blieb er bis zum 31.3.1938, dann wurde er zum Oberstudiendirektor befördert. Zuerst,

ab 1.4.1938, für ein Jahr an der Richard Wagner Schule in der Felix-Dahn-Straße, im Gebäude des heutigen Instituts für Lehrerfortbildung. Zum 1.4.1939 wurde Dittmer an die Kirchenpauer-Schule versetzt. Tags zuvor war der dortige Schulleiter, Cäsar Iburg des Amtes enthoben und an die Oberrealschule Altona als Studienrat versetzt worden, weil der Vater seiner Ehefrau Jude war. Dittmer sprang in die Bresche, der eifrige machtbesessene Soldat der Partei.¹²



Paul Dittmer (Mitte, auf der ersten Stufe stehend) mit den Kollegen der Kirchenpauer-Schule, 1939

Im Sommer 1939 wurde er dann Schulleiter an der Oberschule für Jungen an der Armgartstraße und als die NS-Schulverwaltung ein weiteres Revirement unter Schulleitern vornahm, Erwin Zindler sollte das Johanneum straffer führen, der vorherige parteitreue Schulleiter Puttfarken musste untergebracht werden und wurde an die Armgartstraße als Schulleiter versetzt. Hermann Saß holte Paul Dittmer am 26.8.1942 zurück nach Altona, wo er den bisherigen Schulleiter Hermann Lau auswechselte, weil aus Sicht von Schulverwaltung und NSDAP auch das Christianeum straffer geführt werden sollte.¹³

Die Wechsel der Schulleitung am Johanneum und Christianeum hingen damit zusammen, dass an beiden Schulen eine Reihe von Schülern sich in für die Nationalsozialisten empörender Weise veränderten. Ulf Andersen beschrieb dies in der

Festschrift zum 200jährigen Jubiläum des Christianeums 1988: „Von Anfang 1940 an legten sich Schüler des Christianeums und anderer Hamburger Oberschulen erst vereinzelt, dann immer häufiger, ein äußeres Erscheinungsbild zu, das den Erziehungsidealen der HJ und dem Zeitgeist des zweiten Kriegsjahres total widersprach: längere Haare, wie legere weite Hosen, karierte Sakkos, dazu ein Regenschirm, Seidenschal und Baskenmütze. Unter den Söhnen der Hamburger Kaufmannsfamilien, und damit auch in den Elbvororten, war ein anglophiler Anstrich gefragt.

Das verbindende Element, das diese Gruppen für 16–18jährige Oberschüler über alle Exklusivität hinaus anziehend machte, war der Swing. Man schwärmte für Duke Ellington und Teddy Staufer, tauschte heimlich Schallplatten aus und genoss mit dieser ‚Niggermusik‘, wie die offizielle Sprachregelung lautete, ein Gefühl der Ungezwungenheit und Weltläufigkeit auf kleinen Partys im Hause oder in den Sportclubs. Zunächst war diese Welle nicht mehr als ein harmloser Protest gegen die als spießig empfundene Moral von Partei und HJ und gegen die von der Reichsrundfunkkommission verordneten Klänge in den Volksempfängern. Die Parteigewaltigen reagierten jedoch äußerst empfindlich auf diese Mode.“¹⁴

Der Ton der Schulverwaltung hatte sich verschärft, als der bisherige Landeschulrat Willi Schulz durch Krankheit ausfiel und der Leiter der Gauführerschule in Hamburg, Albert Henze¹⁵, 1940 als Oberschulrat für die höheren Schulen der starke Mann in der Hamburger Schulverwaltung geworden war: „In einer seiner ersten Sitzungen mit Schulleitungen referiert Albert Henze über die ‚Verwahrlosung der Jugend‘, die auch eine Anzahl von Schülern der Oberschulen betrifft. Die Schulleiter ‚müssen mit allen Mitteln bestrebt sein, die Schüler (innen) aus der Schule zu entfernen, die durch äußere und innere Haltung zu erkennen geben, dass sie nicht würdig sind, eine höhere Schule zu besuchen.‘“¹⁶

Damit waren in erster Linie die Schüler gemeint, die der sogenannten Swing-Jugend zugerechnet wurden.

Am 21. Oktober 1940 hatte die Gestapo eine mehrere Monate umfassende Aktion gestartet, die zu einer ersten großen Verhaftungswelle gegen die Swing-Jugend führte, die in erster Linie gegen Schülerinnen und Schüler gerichtet war. 63 Jugendliche wurden festgenommen. Offenkundig veranlasste Albert Henze diese Verhaftungen, denn in der genannten Sitzung hatte er als Beispiel für Jugendverwahrlosung und Ausschweifungen Swing-Tänze und englische Platten genannt. Er berichtete von Überfällen auf HJ-Angehörige durch Jugendliche, die gekennzeichnet seien „durch lange Haare, auffallend weiße Schals und Hut im Nacken“.¹⁶

Henze arbeitete in der Kampagne gegen die Swing-Jugend eng mit dem gleichaltrigen SS-Sturmbannführer Karl Hintze zusammen, der verantwortlich war für Misshandlungen und Einlieferungen von Swing-Jugendlichen in Konzentrations-

lager. Auf Initiative von Albert Henze fand am 13. Dezember 1941 eine Schulleiterkonferenz unter Vorsitz von Reichsstatthalter Karl Kaufmann statt. Dies zeigte, wie sehr Henze seine Aufgaben in der Schulverwaltung mit dem NSDAP-Apparat verband und war überdies eine massive Kampfansage an eine Jugendbewegung, die als gefährlich eingeschätzt wurde. Gestapomitarbeiter, die zu dieser Schulleiterkonferenz als Referenten eingeladen worden waren, berichteten über Swing-Jugendliche an Hamburger Oberschulen. Die Schulleiter wurden eingeschworen, verdächtige Jugendliche über Henze an die Gestapo-Leitstelle zu melden. Einer dieser Verdächtigten war der 16jährige Heiner Fey, Schüler des Christianeums. Das Schicksal von Heiner Fey ist in der Biografie von Albert Henze näher beschrieben worden.¹⁷

Insgesamt standen etwa 25 Jugendliche, viele davon Schüler des Christianeums, miteinander in Verbindung.

Henze gab ein Verzeichnis der Schulverwaltung über „Schüler und Schülerinnen der hiesigen höheren Schulen, die seit dem 1. April 1940 von der Schule verwiesen oder an eine andere Schule strafversetzt worden sind“ in Auftrag, das an die Gestapo weitergeleitet wurde. Darüber hinaus ging eine Aufstellung mit weiteren 13 Namen von Schülerinnen und Schülern, die wegen staatsabträglichen Verhaltens bestraft worden waren, ebenfalls an die Gestapo.

Am 29.6.1942 konnte Henze vor dem Beirat der Schulverwaltung Erfolge präsentieren: „Die Beteiligung von Schülern an der Swing-Bewegung habe nachgelassen, nachdem durch 20–30 Verweisungen von der höheren Schule streng durchgegriffen worden sei. Es sei Vorsorge getroffen worden, dass die Betroffenen auch an den privaten Vorbereitungsanstalten ihre Reifeprüfung nicht ablegen könnten. Die Swing-Bewegung als solche sei jedoch bisher nicht abgeflaut. Es seien daher weiterhin zahlreiche Verhaftungen und Bestrafungen erforderlich geworden.“¹⁸

In einer Dienstbesprechung mit den Direktoren der Oberschulen am 19.12.1942 gab Albert Henze die Anweisung: „Schülern und Schülerinnen, von denen die Schule erfahre, dass sie der Swing-Jugend angehören, sind, ohne sie zu vernehmen, über die Schulverwaltung dem Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, SD-Leitabschnitt Hamburg, Hamburg 36, Kaiser Wilhelmstraße 46, mitzuteilen“.¹⁹

Der Kampf gegen vermeintliche Gegner des NS-Regimes beschränkte sich nun nicht auf auffällige Jugendliche, sondern auch auf Lehrer und Schulleiter, die Henze nicht als zuverlässig im Sinne des NS-Staates einschätzte. Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Swing-Jugend, die unter den Schülern auffällig viele Anhänger am Christianeum hatte, richtete Henze sein Augenmerk auf die Schulleitung des Christianeums und Lehrer dieser Schule, die er für die „Verwahrlosung“ der Schülerschaft verantwortlich machte.

Am 13. und 16.1.1942 suchte Albert Henze die Schule auf und trug dort eine Anklageschrift vor, die aufgrund einer Untersuchung der Schulverwaltung über die politische Haltung des Schulleiters Hermann Lau und die Studienräte Dr. Gabe, Heinrich Schröder und Wendling erstellt worden war und auf Denunziationen mehrerer Lehrer des Christianeums beruhte. Diese Anklageschrift war eine der Konsequenzen der Schulleiterkonferenz vom 13.12.1941 unter dem Vorsitz des Reichsstatthalters Karl Kaufmann. Die zu einer Gesamtkonferenz zusammengerufenen Lehrer des Christianeums forderte Henze auf, weiteres Belastungsmaterial gegen den wegen politischer Unzuverlässigkeit zu überprüfenden Schulleiter Hermann Lau und die genannten Kollegen vorzubringen. Das Kollegium weigerte sich in der Konferenz, diesem Ansinnen nachzukommen.²⁰

So sah die Situation am Christianeum aus, als Paul Dittmer dort als Schulleiter eingesetzt wurde, um für die rechte Ordnung zu sorgen. Ulf Andersen beschrieb, wie Paul Dittmer am Christianeum agierte: „Als die völlig überraschten Schüler sich nach den Ferien zum Fahnenappell versammelten, stand ein neuer Direktor vor ihnen: Paul Dittmer, bisher Leiter der Schule Armgartstraße, davor Schulrat in Altona. An seiner Linientreue brauchte die Partei nicht zu zweifeln. Er hatte schon vorher bewiesen, daß er mit politisch unzuverlässigen Schülern nicht lange fackelte. Nun hatte er Gelegenheit, mit strammer Gesinnung und massiven Drohungen die ‚Verwahrlosung der Jugend‘ am Christianeum ein für allemal zu beenden. Schon nach wenigen Tagen trat er mit dem Bannführer vor die Schülerschaft, um ihr die Leviten zu lesen. Als abschreckendes Beispiel musste der ‚ehrlose Mischling‘ H. herhalten. Das Christianeum aber wurde mit dem Dienstantritt Dittmers vom Reichserziehungsminister offiziell in den Rang einer ‚besonders bedeutenden‘ Anstalt erhoben. Im Umgang mit dem Kollegium kehrte der Ton von Führerbefehlen in die Schule ein. Ein tiefer Graben, über den es keine Verständigung mehr gab, spaltete die Mehrheit der Lehrer von denen, die den Sturz Laus betrieben hatten.“²¹ Der Rang einer „besonders bedeutenden Anstalt“ hatte in erster Linie eine Besoldungsverbesserung für Dittmer zur Folge.

Paul Dittmer kam zu einem Zeitpunkt, als Schulunterricht nicht mehr wie gewohnt stattfand. Ulf Andersen stellte dar, wie es am Christianeum ab 1940 aussah: „Seit den ersten großen Luftangriffen auf Hamburg im Herbst 1940 organisierte die NSDAP gemeinsam mit der Schulverwaltung die groß angelegte Kinderlandverschickung (KLV) in die ungefährdeten Gaue des Großdeutschen Reiches. Sie dauerte in der Regel mehrere Monate. Im Mai 1941 wurden erstmals 250 Unterstufenschüler des Christianeums mit der KLV aus Hamburg fortgebracht. Auf die Zurückgebliebenen warteten in den verlängerten Ferien Ernteeinsätze in Meck-

lenburg und im Landkreis Stade, am Ende auch der Dienst als Luftwaffenhelfer an der Heimatfront. Die größten Lücken in der Lehrerschaft wurden durch reaktivierte Ruheständler notdürftig aufgefüllt. Fremde Klassen und Lehrer aus zerstörten Nachbarschulen fanden in dem beengten Gebäude Unterschlupf, das trotz schwerer Bombeneinschläge auf dem Schulgelände im wesentlichen unversehrt blieb. Der Unterricht musste immer häufiger unterbrochen oder abgekürzt werden. Nach jedem Fliegeralarm begann die Schule entweder später oder fiel ganz aus. Mehrfach führte Kohlemangel wochenlang zur völligen Schließung.“²²

Paul Dittmer leitete also keinen regulären Schulbetrieb. Das bedeutete nicht, dass er nicht trotzdem noch Übles anrichten konnte. So hatte er dem Schüler Max Josef Miller 1943 trotz erbrachter Leistung das Reifezeugnis verweigert. Die Eltern bemühten deswegen einen Rechtsanwalt um Unterstützung. Rechtsanwalt Lurati wendete sich an Dittmer und schickte dem inzwischen im Kriegsdienst befindlichen Soldaten Miller die Antwort des Oberstudiendirektors Dittmer mit der Feldpost am 9.7.1943. Dittmer hatte dem Rechtsanwalt erklärt: „Dem Schüler Max Josef Miller konnte die Reife nicht zuerkannt werden, da nach seiner politischen Einstellung die Voraussetzung nicht gegeben war. U. a. ist er während seiner Schulzeit nicht zu bewegen gewesen, der HJ beizutreten. Im Einverständnis mit der Schulverwaltung bin ich jedoch bereit, ihm eine Brücke zu bauen: Wenn er sich nach einjährigem Fronteinsatz besonders bewährt hat und diese Bewährung durch Bestätigung seiner Truppenteile nachweist, bin ich bereit, ihm die Reife nachträglich zuzusprechen.“²³

Paul Dittmer markierte den unrühmliche Schlusspunkt der personellen Entwicklung am Christianeum während der NS-Zeit.

Interessant ist nun, wie Dittmer sich äußerte, als die Herrschaft der Nationalsozialisten beendet war.

Am 27.6.1945 wurde Paul Dittmer vom Schulsenator Heinrich Landahl im Auftrag der britischen Militärregierung beurlaubt und später entlassen. Dittmer, dem der sonst mit christlicher Grundhaltung und weitem Herzen vergebende Oberstudiendirektor der Altonaer Oberrealschule, Peter Meyer, eine „lumpenhafte Gesinnung und pöbelhaftes Gebaren“ nachgesagt hatte, dieser Paul Dittmer sollte es im Entnazifizierungsverfahren nicht leicht haben.

In seinen Einlassungen versuchte Dittmer das Bild zu zeichnen, in erster Linie reine Berufsverbandsinteressen verfolgt zu haben. Seinen frühen Eintritt in den NSLB erklärte er fast gewerkschaftlich motiviert: „Seit dem 1.4.1932 war ich Mitglied des N.S. Lehrerbundes. Massgebend für meinen Eintritt war die Tatsache, dass der N.S.L.B. ein Zusammenschluss von Lehrern aller Schularten, der Ober-, Volks- und Berufsschulen, war, sodass in ihm eine Erörterung der Erziehungsfragen auf beson-

ders breiter Grundlage möglich war. In ihm habe ich die Betreuung der Jugend nach Vollendung der Volksschulpflicht, die erzieherischen Vor- und Nachteile des Landjahres bearbeitet. Irgend einen politischen Charakter hatte meine Arbeit in keiner Weise. Der Lehrerbund hatte z. Zt. überhaupt gar keine Bindungen zur NSDAP. Bis zur Machtübernahme durch den Nationalsozialismus habe ich im NSLB kein Amt bekleidet. Im Berufsverband – dem Phil. Verein – war ich vor 1933 Vertrauensmann des Lehrkörpers meiner Schule, später Vorsitzender der Kreisgruppe Altona und als solcher im Vorstand des Provinzialverbandes.“²⁴

Er vertuschte dabei, dass Anfang des Jahres 1932 nur eine kleine Anzahl von besonders überzeugten nationalsozialistischen Lehrern dem NSLB überhaupt angehörten, und der Philologen-Verein zu diesem Zeitpunkt keineswegs in diese Richtung tendierte.

„Während mich im Jahr 1932 lediglich rein fachliche und berufsethische Motive in den NSLB geführt hatten, lehnte ich dagegen den Eintritt in die Partei – auch im Jahre 1933 – trotz mehrfacher Aufforderung ab. Ich hatte eine grundsätzliche Abneigung gegen jede Parteitätigkeit, darüber hinaus aber befürchtete ich durch die Dienststellen der Partei eine Beeinflussung meiner Diensttätigkeit – ich war inzwischen auf das Schulamt berufen worden. Ich wollte bei der Durchführung des Gesetzes zur Bereinigung des Berufsbeamtentums auf jeden Fall meine Selbständigkeit bewahren.“²⁵

Als Stadtschulrat hatte er kurz nach seiner Berufung seinen ehemaligen Kollegen, den Zeichenlehrer Hugo Schnüge, gegenüber Stadtrat Hermann Saß denunziert und das Schnüge gegenüber damit begründet, er habe „diese Auskunft ganz alleine aus dem Empfinden gegeben, daß ich als Nationalsozialist verpflichtet bin, zu verhindern, daß Personen, von denen bekannt ist, dass sie gesinnungsgemäß pazifistisch-liberalistisch eingestellt gewesen sind, heute in führende Stellung der nationalsozialistischen Bewegung gelangen“.²⁶

Dittmer verschwieg auch, dass erst die aktive Mitarbeit im NSLB ihn erneut in den Fokus von Hermann Saß rückte, der Dittmer aufgrund langer Bekanntschaft und der Nähe zu völkischem Gedankengut schätzte. Gerade wegen seiner NSLB-Aktivitäten in Altona wurde Dittmer von Hermann Saß zum Stadtschulrat gemacht. Da ging es wahrlich nicht um berufsethische Motive.

Und auch die weitere Einlassung glich vielen ähnlichen Stellungnahmen, in denen NS-Aktivisten sich zu Unschuldslämmern stilisierten, die nicht aufgrund politischer Verbindungen, sondern allein wegen ihrer Leistungen im NS-Staat Karriere gemacht hätten: „Im Jahre 1937 bin ich dann der NSDAP beigetreten, ohne jedoch jemals engere Bindungen zu dieser gehabt zu haben. Ämter in der Partei habe ich nicht bekleidet.“ Und: „In meinen Dienstgeschäften habe ich mich stets bemüht, objektiv gegen jedermann zu sein, ob er nun Parteimitglied war oder nicht. Die

damalige Schulverwaltung in Hamburg hatte mir dann aufgrund meiner pädagogischen und organisatorischen Fähigkeiten eine Schulleiterstelle übertragen. Als Direktor verschiedener Hamburger Schulen habe ich stets ein gutes Verhältnis zu den Schülern, Eltern und den arbeitswilligen Lehrern gehabt.“²⁷

Das sahen diejenigen, die Dittmer an den Schulen oder im Schulwesen erlebten, ganz anders.

Der Beratende Ausschuss für die Entnazifizierung im höheren Schulwesen hatte Peter Meyer gehört, sowie die Studienräte Dr. Kunrede, Claussen und Kurenbach der Oberschule Armgartstraße, die Dittmer geleitet hatte, bevor er ans Christianeum kam: „Herr P. Meyer spricht mit harten Worten von der politischen Tätigkeit Herrn Dittmers in den ersten Jahren nach 1933. Er sagt, wenn das Wort Aktivist überhaupt auf jemanden zutrefte, dann auf Herrn Dittmer. Die weiteren Zeugen, die unter Herrn Dittmer in der OS für Jungen Armgartstraße tätig waren, sagen aus, dass er begeisterter Nationalsozialist gewesen ist, aus seiner Zugehörigkeit (oder seinen Beziehungen) zum SD und aus seiner Freundschaft mit dem Altonaer Kreisleiter keinen Hehl gemacht habe. Es sei nicht angenehm gewesen, mit ihm als Direktor zusammenzuarbeiten.“²⁸

Im Berufungsausschuss wurde auch der schon erwähnte Fall des Schülers Max Josef Miller verhandelt. Millers Vater hatte schon am 2.10.1947 an die Zentralstelle für Berufungsausschüsse geschrieben und festgestellt: „Der Oberstudiendirektor Dittmer hat meinem Sohne Max Josef Miller die Reife nicht zuerkannt, weil nach seiner politischen Einstellung die Voraussetzung nicht gegeben war und weil er während seiner Schulzeit nicht zu bewegen war, der HJ beizutreten. Bei seiner Antrittsansprache soll Dittmer erklärt haben, daß Schülern die nicht der HJ angehören, die Reife nicht zuerkannt werden kann.“²⁹

Dittmer erklärte dazu, der Vorgang habe schon im Herbst 1942 stattgefunden, unter Leitung seines Vorgängers Dr. Lau. Er habe dann nach Vermittlung des Rechtsanwalts Lurati nach einjährigem Fronteinsatz des Max Miller „und der Verleihung des Eisernen Kreuzes an Miller das Reifezeugnis erteilt“.³⁰ Die Hinweise auf seine Antrittsrede am Christianeum kommentierte er nicht.

Der Beratungsausschuss urteilte am 27.4.1949 milder und beschloss, Dittmer in den Ruhestand zu versetzen und ihm bis zum 65. Lebensjahr 75 % der Pension eines Studienrats und von diesem Zeitpunkt an die volle Pension zuzuerkennen. „Es war hierbei zu berücksichtigen, dass Dittmer seit seiner Entlassung überhaupt kein Gehalt oder Ruhegehaltsbezüge erhalten hat und dass ihn diese Maßnahme besonders hart traf, weil er infolge seiner Kriegsbeschädigung keine andere Arbeit und damit kein anderes Einkommen fand. Dittmer war bei seinem frühen Beitritt zum NSLB und seinem Eintreten für den Nationalsozialismus in die Kategorie IV einzustufen.“³¹

Eine Rolle spielte dabei, dass Dittmer auch Leumundszeugnisse zu seinen Gunsten vorbringen konnte von Nachbarn und auch von ehemaligen Altonaer Schulleitern. Befremdlich ist aus meiner Sicht eine Bescheinigung von Hans Lühje, der in der NS-Zeit selbst an verschiedenen Schulen leitende Funktionen innehatte, so etwa als Schulleiter der Heilwigschule, an der die Lehrerin Yvonne Mewes der Gestapo ausgeliefert wurde, weil sie sich geweigert hatte, in der Kinderlandverschickung (KLV) zu arbeiten. Sie wurde Ende 1944 ins KZ Ravensbrück eingeliefert, wo sie am 6.1.1945 starb.³² Schulleiter Lühje spielte dabei eine problematische Rolle. Er hatte durch seine Beurteilung von Yvonne Mewes in einem Schreiben an die Schulverwaltung einen Anstoß für das Schicksal der Lehrerin gegeben. Lühje war vorher stellvertretender Schulleiter an der Richard-Wagner Schule gewesen, Stellvertreter in dem Jahr, als dort Paul Dittmer Schulleiter geworden war. Hans Lühje, nach 1945 erstaunlicherweise wieder als Schulleiter eingesetzt an der Emilie-Wüstenfeld-Schule, schrieb: „Aus unserer gemeinsamen Arbeitszeit kenne ich Herrn Dittmer als überzeugten Nationalsozialisten, der aber in keiner Weise durch ‚Druckmittel‘ seiner Ansicht im Kollegium Geltung zu verschaffen suchte, vielmehr sich stets human und hilfsbereit gegen alle Kollegen – ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit – gezeigt hat. Im Kollegium galt Herr Dittmer – um es mit dem damals oft gebrauchten Wort zu sagen – als ein durchaus ‚anständiger Kerl‘.“³²

Wohl eine sehr singuläre Sicht, aber für den Ausschuss eine schwergewichtige Aussage. Lühje unterzeichnete als Oberstudiendirektor und suggerierte damit, 1945 zu den Unbelasteten zu gehören, deren Aussage Gewicht hatte.

Über die KLV-Verweigerin Yvonne Mewes hatte Lühje fünf Jahre vorher geschrieben: „Ein bis zum Fanatismus wahrheitsliebender Mensch, der keine Bindung anerkennt und anerkennen will, sich rücksichtslos gegen alles stemmt, was nach Zwang aussieht, sich mit allen Kräften gegen die notwendigen Anforderungen der Gemeinschaft sträubt. Sie ist alles in allem der Prototyp eines Individualisten, in ihre Ideen verrannt, schwer, wenn überhaupt, belehrbar und anderen Gedanken kaum zugänglich ...“³⁴

Später, als Yvonne Mewes schon bedroht war, hatte Lühje noch ergötzt: „Mewes ist in ihrer Sucht jeglicher Bindung auszuweichen, auch nicht der NSDAP beigetreten.“³⁵

Aber Paul Dittmer war für Lühje ein „anständiger Kerl“, dem fünf Jahre nachdem Yvonne Mewes, die im Gegensatz zu Dittmer und Lühje „jeglicher Bindung auszuweichen“ suchte, im KZ Ravensbrück umgekommen war, im vierten Jahr nach der Naziherrschaft 75 % des Studienratsgehalts im Ruhestand und mit 65 Jahren das volle Ruhegehalt zugesprochen wurde.³⁶

Paul Dittmer starb am 31.5.1967. In der Traueranzeige im „Hamburger Abendblatt“ wird er als Oberstudiendirektor im Ruhestand betitelt.

Anmerkungen

- 1 Peter Meyer: Chronik (Tagebuch) 1945/1946, Eintrag vom 20.10.1945, StA HH, 731-1 Handschriftensammlung_Nr. 2912, Notiz vom 18.6.1945, S. 15.
- 2 Unser Klassenbuch, 12g Abitur 1950, Erinnerungen an die Zeit im Christianeum 1941–1950. Ein Exemplar befindet sich im Archiv des Schulmuseums Hamburg. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des „Klassenbuchs“ waren alle ehemaligen Schüler selbst etwa 65 Jahre alt.
- 3 Siehe Biografie Hermann Lau in diesem Buch.
- 4 Erinnerung von Burkard Elsner, in: Unser Klassenbuch, a. a. O., S. 65 f.
- 5 Unser Klassenbuch, a. a. O., S. 54.
- 6 Ebd., wie auch die weiteren Zitate.
- 7 Unser Klassenbuch, a. a. O., S. 117. Detlev Stoltenberg wurde später von 1972–1994 Schulleiter des Albrecht-Thaer-Gymnasiums in Hamburg.
- 8 Alle Angaben nach Entnazifizierungsakte Dittmers, StA HH, 221-11_Ed 1045.
- 9 Siehe Biografie Hermann Saß in diesem Buch.
- 10 Alle Angaben nach Personalakte Dittmer, StA HH, 361-3_A 1611.
- 11 Ebd.
- 12 Siehe Biografie Iburg in diesem Buch.
- 13 Siehe Biografie Hermann Lau.
- 14 Ulf Andersen: Das Christianeum während des Dritten Reiches, in: Ulf Andersen (Hrsg.): 250 Jahre Christianeum 1738–1988, Bd.1. Hamburg 1988, S. 152
- 15 Uwe Schmidt, Nationalsozialistische Schulverwaltung, Hamburg 2008, S. 61. Siehe auch die Biografie Albert Henze in diesem Buch.
- 16 StA HH, 31-2 IV_1530, Zusammenarbeit Schule HJ.
- 17 Siehe die Biografie Albert Henze. Zu Heiner Fey siehe: [http:// www.martinguse.de/jugend-kz/mobiografies.htm](http://www.martinguse.de/jugend-kz/mobiografies.htm)
- 18 StA HH, 31-2 IV_1530, Zusammenarbeit Schule HJ.
- 19 Siehe Biografie Albert Henze.
- 20 Schmidt 2008, S.77. Siehe auch Andersen, a. a. O., S. 157.
- 21 Andersen, a. a. O., S. 158.
- 22 Ebenda, S. 158f.
- 23 Entnazifizierungsakte Dittmer, StA HH, 221-11_Ed 1045
- 24 Eingabe Dittmers: „Einspruch gegen meine Entlassung ohne Gewährung von Ruhegehalt“ vom 31.12.1948, ebd.
- 25 Ebd. Alle Äußerungen Dittmers aus diesem Schreiben.
- 26 StA HH, 421-3Provinzialschulkollegium_III a 2. Siehe auch Biografie Hugo Schnüge in diesem Buch.
- 27 Schreiben vom 31.12.1948, Personalakte Dittmer, a. a. O.
- 28 Stellungnahme vom 27.1.1949, in: Entnazifizierungsakte Dittmers, a. a. O.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Gerhard Hoch: Yvonne Mewes: „Warten, daß ich mich ins Unrecht setze ...“, in: Ursel Hochmuth/ Hans-Peter de Lorent (Hg): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 259ff.
- 33 Schreiben vom 5.7.1948, Entnazifizierungsakte Dittmers, a. a. O.
- 34 Gerhard Hoch, a. a. O., S. 260.
- 35 Gerhard Hoch, a. a. O., S.262.
- 36 Personalakte Dittmer, a. a. O.

Hermann Reimers

„Bezeichnete die Rede des Führers im Bürgerbräukeller in München als langweilige Rede mit dummen Witzen.“

Ein besonderer Fall ist der des Hermann Reimers, der von Kollegen an der Oberschule für Jungen in Blankenese bespitzelt und bei der Gestapo denunziert wurde. Hermann Reimers war offenbar ein eigenwilliger Geist, der einen nicht ganz stromlinienförmigen beruflichen Weg ging. Reimers agierte als Spötter und Realist, als er merkte, dass Hitler-Deutschland 1939 auf einem verhängnisvollen Weg war. Äußerungen von Hermann Reimers auf dem Schulweg wurden später von dem Lehrerkollegen Horst Kanitz protokolliert, an den Nazi-Aktivisten der Schule, Kurt Eitzen, weitergegeben. Die Aussagen landeten bei der Gestapo und Hermann Reimers wurde der Prozess gemacht. Eine weitere Denunziationsgeschichte in einem Kollegium, hier der Oberschule für Jungen in Blankenese.

Die biografischen Daten von Hermann Reimers sollen kurz dargestellt werden, um danach das Strafverfahren gegen ihn genauer zu beleuchten, insbesondere die protokollierten Ermittlungen im Lehrerkollegium der Oberschule für Jungen in Blankenese.

Hermann Reimers wurde am 5.7.1901 in East-London, Südafrika geboren. Sein Vater arbeitete dort als Exportkaufmann, seit 1905 lebte die Familie in Hamburg, wo Hermann Reimers das Realgymnasium in Blankenese bis 1919 nach Erreichung der Obersekunda-Reife besuchte. Danach wechselte er für ein dreiviertel Jahr in die Oberrealschule St. Georg. Er verließ die Schule und schlug die mittlere Forstlaufbahn ein.

Während der praktischen Ausbildung bereitete er sich auf das Abitur vor, um in die höhere Forstlaufbahn wechseln zu können. Im September 1923 legte er die Reifeprüfung in Heide ab und absolvierte 1924 an der forstlichen Hochschule in Hannoversch-Münden seine akademische Vorprüfung. 1927 gab er das Studium für die höhere Forstlaufbahn auf, da er wegen Überfüllung des Berufs keine Möglichkeit auf Anstellung sah. Er hatte bis dahin die für seine Laufbahn vorgeschriebenen Studien der Staats- und Rechtswissenschaften 1924 bis 1926 in München durchgeführt. Nunmehr setzte er in München seine naturwissenschaftlichen Studien fort, promovierte in Botanik und Zoologie. Im Dezember 1928 bestand er in Kiel seine wissenschaftliche Staatsprüfung mit der Lehrberechtigung für Biologie, Chemie und Physik, arbeitete dann an der Oberrealschule auf der Uhlenhorst und

an der Oberrealschule vor dem Holstentor, wo er seinen Vorbereitungsdienst ab dem 1.4.1929 antrat. Im Mai 1930 bekam Hermann Reimers einen Erholungsurlaub zugebilligt, weil er „immer sehr bleich und angegriffen aussieht“, wie Schulleiter Hahn am 28.5.1930 feststellte.¹

Anschließend war Hermann Reimers als Hilfslehrer an verschiedenen Schulen tätig, gab Vertretungsunterricht an der Wichernschule und ging dann als Lehrer für fünf Jahre nach Cuxhaven. Die Gutachten über seinen Unterricht fielen nicht durchweg glänzend aus. So wurde am Gymnasium Johanneum in Lüneburg im November 1937 über Hermann Reimers festgestellt: „Der Assessor hat den Unterricht erst nach den Herbstferien übernommen. Er hat mit der Erweiterung und der Vertiefung der Vererbungslehre begonnen, hält sich allerdings zu lange bei der Wiederholung einfacher Fragen auf. Die Zusammenarbeit zwischen Lehrer und Schülern ist befriedigend. Der Lehrer agiert etwas langsam und umständlich. Ein lebhafteres Tempo ist erwünscht, wenn das Pensum erledigt werden soll.“²

Und in einer Beurteilung, die nötig wurde, weil Hermann Reimers von Cuxhaven nach Hamburg wechseln wollte, wurde festgehalten: „Reimers Leistungen in Unterricht und Erziehung völlig gerecht zu werden, fällt mir schwer. Er besitzt ein langsames, schwerfälliges und sanftmütiges Temperament. Fraglos ist er wissenschaftlich gut vorgebildet; dabei ist er ein kluger, kritischer Mensch. Sein Unterricht ist durchdrungen von einem starken Verantwortungsbewusstsein. Doch ist mir seine Art zu unterrichten zu ‚tüterig‘, um einen landschaftlich bedingten, aber treffenden Ausdruck anzuwenden. Sein Unterricht ist zu monoton, nicht bewegt genug. Gutmütigkeit scheint der hervorstechendste Zug seines Wesens zu sein. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob sie nicht von den Schülern etwas ausgenutzt wird. Es ist allerdings auch schon vorgekommen, dass er zum Stock gegriffen hat, was ich durchaus verstehen kann. Bei seiner gütigen und wohlwollenden Einstellung den Jungen gegenüber erregte ihn ihr wenig entgegenkommendes Wesen umso mehr. Über sein Verhalten im Dienst ist nichts Nachteiliges zu berichten. Infolge seines erst kurzen Aufenthaltes in Lüneburg ist mir über sein außerdienstliches Verhalten nichts zu Ohren gekommen. Im Verkehr mit dem Schulamt ist jedoch in Erscheinung getreten, dass seine Frau, die bei mehrjähriger Ehe kinderlos ist, das Lebensschifflein beider steuert. Herr Dr. Reimers ist wie auch in Cuxhaven als Blockwalter der NSV tätig. Er ist Parteianwärter.“³ – Was Schulleiter so alles in Gutachten und Personalakten vermerken.

Nach seiner Rückkehr nach Hamburg im April 1938 wurde er am 9.11.1938 zum Studienrat unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ernannt.

Hermann Reimers war also Parteianwärter, sein Eintritt in die NSDAP wurde auf den 1.5.1937 rückdatiert. Möglicherweise spielten für ihn dabei opportunistis-

tische Gründe eine Rolle, um die Rückkehr nach Hamburg zu erleichtern. Später erklärte er seinen späten Eintritt in die NSDAP damit, es habe „ihm nicht gelegen, nun sofort in die Partei einzutreten; er hätte den Anschein vermeiden wollen, als sei er ein Konjunkturritter“.⁴

Auf Anfrage der Hamburger Kultur- und Schulbehörde gab Reimers am 6.10.1936 auch seine weiteren NS-Zugehörigkeiten an: „NS-Lehrerbund seit dem 1.1.1935, Reichsluftschutzbund 1933, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge 1934, NSV 1935.“⁵

Nach Hamburg kehrte er am 1.4.1938 zurück und nahm seinen Dienst an der Oberschule für Jungen in Blankenese auf. Dort freundete er sich mit dem Studienassessor Horst Kanitz an oder, wie er es selbst im späteren Dienststrafverfahren ausdrückt, „er habe mit Kanitz seit zwei Jahren engere Beziehungen und fühle sich ihm gegenüber in Freundschaft verbunden“.⁶

Äußerungen von Hermann Reimers, die Horst Kanitz sich notierte und weiterreichte, führten am 16.3.1940 zu Reimers Verhaftung und zu mehrmonatigen Ermittlungen, die in einem Prozess vor dem Sondergericht in Hamburg am 4.9.1940 mündeten, in dem Reimers wegen „Vergehens gegen § 2 Abs. 2 des Heimtückegesetzes vom 20.12.1934“ zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten verurteilt wird. Im anschließenden Verfahren der Dienststrafkammer Hamburg wird Reimers am 17.6.1941 zur Entfernung aus dem Dienst verurteilt. Ihm wird „ein Unterhaltsbetrag in Höhe von 75 % des von ihm erdienten Gehalts für die Dauer von zwei Jahren zugebilligt“.⁷



Hermann Reimers

Da das Ermittlungsverfahren einen Einblick in das Kollegium der Jungenoberschule in Blankenese gibt und offenbart, wie die aktiven Nationalsozialisten im Kollegium agierten, sollen die Ermittlungen genauer rekonstruiert werden.

In der Anschuldigungsschrift vom 12.3.1941 wurde Reimers vorgeworfen, er habe:

„1. am 9. November 1939 im Lehrerzimmer der Oberschule in Blankenese die Rede des Führers im Bürgerbräukeller in München als ‚langweilige Rede mit dummen Witzen‘ bezeichnet. Der Kreis der Zuhörer sei auch danach gewesen;

2. ausgeführt, daß der Führer am 8. November 1923 als Hysteriker in die Luft geschossen habe, um das Zeichen der Revolution zu geben. Am 9. November 1923 habe sich der Führer dann an der Feldherrnhalle feige gedrückt. Die einzige sympathische Figur sei Ludendorff gewesen und die Gefallenen seien

die einst vom Führer so gehaßten Bürgerlichen gewesen. Die alten Kämpfer seien Halunken und Hasardeure;

3. über den in der Schule im Winterhalbjahr 1938/39 oder im Frühjahr 1939 vorgeführten Hindenburg-Film, in dem der Führer bei der Feier am 21. März 1933 zu sehen war, zu dem Vorführenden geäußert: ‚Haben Sie Adolf gesehen im gepumpten Frack als braunschweigischer Regierungsrat?‘;

4. bei der Straßensammlung (November 1939) den Kauf eines Zeichens abgelehnt, da er bei seinem Einkommen kein Geld dafür habe; (...).“⁸

Die meisten Anschuldigungen gingen zurück auf Äußerungen von Reimers, die er angeblich am 9.11.1939 auf dem Weg vom Blankeneser Bahnhof zur Schule gemacht hatte, als er auf den Studienassessor Horst Kanitz traf und mit ihm gemeinsam den 5- bis 10minütigen Weg zurücklegte. „Der Zeuge Kanitz hat die Äußerung des Beschuldigten nach seiner Angabe sofort nach Eintreffen in der Schule auf einem bei den Straftakten befindlichen Zettel im wesentlichen stichwortartig aufgeschrieben und sie hierauf dem Zeugen Studienrat Eitzen mitgeteilt.“⁹

Obersenatsrat Edens, der die Anschuldigungsschrift verfasst hatte, wies darauf hin: „Das Sondergericht hat danach festgestellt, daß die Aussage des Zeugen Kanitz subjektiv und, da er sich über die Äußerungen des Beschuldigten sofort Aufzeichnungen gemacht hat, auch objektiv wahr seien. Danach muss als erwiesen gelten, daß der Beschuldigte die ihm zur Last gelegten Äußerungen vom 9.11.1939 gemacht hat.“¹⁰

Horst Kanitz trat als Kronzeuge auf und Kurt Eitzen, NS-Aktivist in Blankenese, agierte als Mentor für Kanitz bei der Kontaktaufnahme zum Sicherheitsdienst (SD) und zur Gestapo. Darauf soll noch anhand der Ermittlungsprotokolle genauer eingegangen werden.

Reimers hatte durchaus auch positive Leumundszeugnisse. Edens stellte fest: „Im allgemeinen wird von den Zeugen anerkannt, daß der Beschuldigte sich in ganz hervorragendem Maße für die Arbeit in der Schule eingesetzt habe; besonders die früheren Kollegen des Beschuldigten in Cuxhaven haben das betont und hervorgehoben, daß der Beschuldigte fast täglich, und zwar auch sonn- und feiertags, bis spät abends in der Schule gearbeitet habe.“¹¹

Wilhelm Oberdörffer, zuständiger Oberschulrat für Blankenese, bekundete, „daß der Unterricht des Beschuldigten sorgfältig vorbereitet und aufgrund sicherer Fachkenntnisse erfolgreich für die Schüler gewesen sei. Es fehle dem Beschuldigten allerdings eine gewisse natürliche Frische und Lebhaftigkeit im Unterricht, sowie eine mitreißende Art des Vortrags. Seiner Persönlichkeit nach hält der Zeuge den Beschuldigten für einen gewissenhaften und aufrichtigen Menschen, der wohl et-

was leicht unzufrieden erscheine, dessen Angaben aber ohne Bedenken geglaubt werden können.“¹²

Und aus Cuxhaven äußerte sich Landgerichtsrat Dr. Wünnenberg, „daß nach den Beobachtungen, die er von Herbst 1932 bis Ende September 1934 in Cuxhaven gemacht hat, Dr. Reimers sich dem Umbruch gegenüber kritisch einstellte und die politischen Ereignisse mehr vom theoretischen Standpunkt ansah, als daß er das Bestreben hatte, sich praktisch der neuen Zeit anzuschließen. Sein Verhalten sei damals individualistisch gewesen; das sei aber vielleicht daraus zu erklären, daß einzelne Geschehnisse in der Umgebung des Beschuldigten in Cuxhaven das große Geschehen in starkem Maße überschatteten.“¹³

Der Anfang der Vernehmung von Horst Kanitz wurde dann so protokolliert: „Ich kenne den Beschuldigten seit meiner Zugehörigkeit zur Blankeneser Schule. Wir wurden insbesondere durch unsere gelegentlich gemeinsamen Fahrten von Altona nach Blankenese miteinander bekannt. Im Laufe der Zeit wunderte ich mich, daß Reimers pessimistisch eingestellt war. Ich gewann den Eindruck, daß er glaubte in mir einen Gleichgesinnten zu finden. Am 9. November 1939, also am Tage nach dem Attentat auf den Führer in München, fuhr ich mit Reimers wieder nach Blankenese. Reimers fragte mich, ob ich die Rede des Führers gehört hätte. Bei dieser Gelegenheit machte er die von mir aufgezeichneten und bei der Akte des Gerichts befindlichen Äußerungen. Es kamen dann auch die Ereignisse des 8. November 1939 zur Sprache, und Reimers tat dann die dem Gericht bekannten Äußerungen. Er fügte seinen Äußerungen dann auch heftige Kritiken an unserer jetzigen Ernährung und dem Mangel an Metallen, wie Kupfer usw. hinzu, was sich auch bei der Herstellung von Rundfunkgeräten beispielsweise auswirke. Die Anzeige gegen Reimers ist nicht von mir erstattet worden, sondern ich hatte Eitzen von den Vorkommnissen erzählt; wörtlich habe ich dann zu Eitzen gesagt: ‚Was wollen wir mit Reimers tun?‘ Eitzen sagte dann am andern Tage zu mir: ‚Wundere Dich nicht, wenn jemand von der Gestapo bei Dir erscheint.‘ Eitzen war für uns im Lehrerkollegium ‚der Nazi‘. Ich hatte bei den Äußerungen des Reimers das Gefühl, daß er bedauerte, daß der Anschlag gegen den Führer nicht zum Erfolg für die Attentäter geführt hatte. An einem Freitag und an einem Sonnabend war ich mit Reimers auf dem Weg zum Bahnhof begriffen. Auf diesem Wege wurden uns Abzeichen zum Kauf angeboten; Reimers lehnte ab. Auch sonst habe ich feststellen müssen, daß Reimers nie Abzeichen trug.“¹⁴

Ich halte es für unwahrscheinlich, dass Kanitz bei seinen Aussagen nicht bewusst war, welche gravierenden Folgen sie haben mussten.

Hermann Reimers wurde mit allen Vorhaltungen und Zeugenaussagen konfrontiert. Insbesondere die Kanitz-Notizen schwächte er ab und versuchte sie in anderen Zusammenhang zu bringen.

Der Studienassessor Lemburg, SS-Mann, hatte zu Protokoll gegeben, dass Reimers ihm gegenüber die nationalsozialistische Rassen- und Vererbungslehre als „übertrieben und bedenklich“ bezeichnet hatte. Reimers erklärte dazu: „Hinsichtlich der angeblichen Äußerung über die Rassen- und Vererbungslehre bemerke ich, daß ich mich vor etwa zwei Jahren manchmal mit dem Studienassessor Lemburg, der SS-Mann ist, über Rassen- und Vererbungslehrefragen unterhalten habe. An diesen Dingen hatte ich als Biologe besonderes Interesse. Studienassessor Lemburg hat mir auch mal gesagt, daß er gern mit mir über die Dinge diskutiere, weil er dadurch von mir allerhand Neues erfahre. Ich bekam einerseits von ihm, der die Sache vom politischen Standpunkt aus betrachtete, auch allerhand Anregungen auf meinem Fachgebiet. Der einzelnen Äußerungen entsinne ich mich nicht mehr. Mein Standpunkt in der Sache ist aber der, daß eine übermäßige Betonung des Wertes der nordischen Rasse im Vergleich zu anderen in Deutschland vorkommenden Rassen, wie zum Beispiel der dinarischen oder ostischen Rasse, politisch und auf das Gemeinschaftsgefühl der Volksgenossen schädigend wirken könnte.“¹⁵

Horst Kanitz erklärte am 2.12.1940 in seiner Vernehmung bei Obersenatsrat Edens:

„Ich hatte bei Gesprächen mit Herrn Dr. Reimers vielfach die Beobachtung gemacht, daß er sich in Bezug auf das parteipolitische Geschehen stets negativ einstellte. Zum Beispiel bezeichnete er einmal den Abschluss des Russenpaktes als einen Theatercoup, an den doch niemand glauben würde. Dr. Reimers und ich haben von Altona bis Blankenese denselben Weg, so daß wir uns häufig auf der Bahn getroffen haben, oder wir gehen gemeinsam von der Schule zum Bahnhof und fahren zusammen bis Altona.“¹⁶

Und über seinen Kontakt zu Kurt Eitzen sagte er: „Ich habe die Äußerungen dem Kollegen Eitzen mitgeteilt und sagte zu ihm, ‚Was machen wir?‘ Es läutete gerade zum Unterricht, so daß wir uns trennen mussten. Am nächsten Tag erklärte mir Eitzen: ‚Wenn du von der Gestapo etwas hörst und so ähnlich, dann weißt du Bescheid.‘ Daraus musste ich entnehmen, daß er die Angelegenheit an die Gestapo weitergegeben hatte.“¹⁷

Am 4.12.1940 wurde Kurt Eitzen von Obersenatsrat Edens in Gegenwart von Hermann Reimers und Horst Kanitz befragt und erklärte: „Ich kann im allgemeinen nur den Eindruck wiedergeben, dass der Beschuldigte mir als typischer Meckerer und Miesmacher in seinem ganzen Verhalten erschienen ist. Einzelheiten darüber kann ich nicht mehr angeben. Ich entsinne mich nur folgender Tatsache: Ich sah eines Tages zu meiner größten Überraschung, dass Herr Dr. Reimers das Parteiabzeichen trug. Ich fragte ihn, wie er als typischer Meckerer und Miesmacher denn dazu käme, das Parteiabzeichen zu tragen. Er entgegnete, ‚man müßte doch mitmachen,

wenn man fest angestellt werden wollte.“¹⁸

Interessant erscheint vor allem der Abschnitt im Protokoll, der sich damit beschäftigt, wie die Gestapo von Kanitz' Vorwürfen und Notizen erfahren hatte. Eitzen erklärte: „Ich wollte zum Unterricht gehen, als der Zeuge Kanitz hinter mir her kam und mir diese Äußerung berichtete. Ich entsinne mich, daß, als wir uns trennten, unter uns gesagt wurde, es müsste in dieser Sache doch irgendetwas geschehen. Die Anzeige über diese beiden Äußerungen habe ich bei der Gestapo nicht gemacht. Ich wurde im Frühjahr 1940 eines Morgens von der Gestapo angerufen, daß ich mich im Stadthaus zur Vernehmung einfinden sollte. Dort wurden mir diese beiden Äußerungen von dem vernehmenden Beamten, Kriminalinspektor Kiesel, vorgehalten. Auf welche Weise die Gestapo von den Äußerungen Kenntnis erhalten hat, ist mir nicht bekannt.“

Zwei weitere Äußerungen von Horst Kanitz und Hermann Reimers in dieser Vernehmung: Kanitz: „Ich wurde vom Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, SD-Leitungsabschnitt Hamburg, etwa 2–3 Wochen nach dem Gespräch vom 9.11. 1939 vorgeladen. Dort wurde mir gesagt, es seien die betreffenden Äußerungen von dem Studienrat Dr. Reimers gefallen, ob ich das gehört hätte. Ich wurde um Stellungnahme gebeten und habe dort ausgesagt. Daraufhin wurde ich von der Gestapo vorgeladen, habe auch dort ausgesagt und wurde noch zur Einreichung des Protokolls aufgefordert und auch zum unbedingten Stillschweigen den dienstlichen Vorgesetzten gegenüber verpflichtet.“

Reimers: „Zu der Bemerkung des Zeugen Eitzen, daß ich im allgemeinen den Eindruck eines typischen Meckerer und Miesmacher auf ihn gemacht habe, führe ich aus: Ich weiß nicht, woraus Herr Eitzen dieses entnommen hat, da ich nie ein innenpolitisches Gespräch mit ihm geführt habe, d. h. politische Diskussion geführt habe, und mir auch nie von derartigen Gesprächen mit Herrn Eitzen einen Gewinn versprochen habe. Ich habe gelegentlich wohl mal belanglose Dinge mit Herrn Eitzen besprochen.“

Auch Karl Gotzhein charakterisierte Hermann Reimers aus seiner Sicht: „Er neige zu geistreichem Gedankenspiel, was manchen der Kollegen anscheinend nicht passte. Diese sagten zum Beispiel über ihn, er sei ein alter Quasselfritze und er wurde in dieser Beziehung nicht ernst genommen. Irgendwie als gefährlich oder politisch zersetzend wurde Dr. Reimers niemals angesehen. Ich habe, nachdem die Sache mit Dr. Reimers allgemeiner bekannt geworden war, mit einzelnen älteren Schülern, die zweifellos als durchaus zuverlässig anzusehen sind, gesprochen. Diese haben mir sämtlich erklärt, sie seien ganz erschlagen von diesen Geschehnissen mit Dr. Reimers, es sei im Unterricht niemals auch nur das geringste vorgekommen, was in politischer Beziehung zu beanstanden sei.“¹⁹

Bemerkenswert war auch was Karl Gotzhein über Eitzen und Kanitz zu Protokoll gibt: „Bezüglich des Zeugen Eitzen bemerke ich noch, daß sein Ruf nicht nur im Lehrerkollegium, sondern auch in Parteikreisen in Blankenese nicht besonders günstig war. Man sagte in Parteikreisen, ‚er suche sich wohl dadurch, daß er einen Übereifer im Parteidienst an den Tag legt, etwas zu rehabilitieren‘. Er spielte sich gern auf mit seiner Zugehörigkeit und mit seinem Dienst in der Partei, ich hatte aber nicht die Überzeugung, daß seine Leistungen seinen Worten durchaus entsprachen. Das war auch bei seiner unterrichtlichen Tätigkeit festzustellen.“ Und bei Kanitz' Verhalten habe ihn „eigenartig berührt, daß er die angeblichen Äußerungen des Dr. Reimers ausgerechnet dem Studienrat Eitzen mitgeteilt hat. Bei der Einstellung und dem Charakter des Eitzen müsse er sich nach meiner Ansicht sagen, daß Eitzen einen unkameradschaftlichen und unfairen Weg einschlagen und die Angelegenheit nicht innerhalb des Kollegiums bleiben würde. Nach meiner Auffassung hätte der Zeuge Kanitz, als er diese angeblichen Äußerungen des Dr. Reimers hörte, diese gleich zurückweisen müssen, oder er hätte wenigstens, wenn er glaubte, das mitteilen zu müssen, die Angelegenheit dem Schulleiter weitergeben müssen.“²⁰

Horst Kanitz wurde auch von Schülern kritisch gesehen. So sagte der Abiturient Volker Franzen: „Bei Herrn Studienassessor Kanitz hatten wir Deutschunterricht. Er tat wohl sehr kameradschaftlich, aber wir hatten doch den Eindruck, daß er es nicht ganz so meinte. Er hatte auch mal eine so genannte ‚Meckerstunde‘ über die anderen Lehrer bei uns abgehalten, in der einzelne Schüler allerhand über ihre Lehrer vorbringen konnten. Das geschah unter der Zusicherung der Verschwiegenheit von Seiten des Kanitz. Man merkte aber nach einiger Zeit, daß die Schüler, die abfällige Bemerkungen über ihre Lehrer gemacht hatten, dann bei den betr. Lehrern schlecht angeschrieben waren. Daraus war zu entnehmen, daß Kanitz die abfälligen Bemerkungen der Schüler den betreffenden Lehrern weiter gesagt hatte. Das haben wir Kanitz sehr übel genommen.“²¹

Im Urteil in der Dienststrafsache wurde Horst Kanitz' Vorgehen so gewürdigt: „Der Zeuge Kanitz hatte sich dem Angeschuldigten gegenüber, wie er selber sagt, getarnt, nachdem der Angeschuldigte schon verschiedene auffällige politische Bemerkungen gemacht hatte. Er hatte den Angeschuldigten reden lassen, ohne ihn auf das Unglaubliche seiner Handlungsweise aufmerksam zu machen. Er wollte feststellen, ob der Angeschuldigte ein Staatsfeind sei und wollte ihn dann festnageln.“²²

In einem Verfahren, bei dem die Gestapo und der Sicherheitsdienst ermittelten, wurde alles überprüft. Bei der Hausdurchsuchung von Hermann Reimers wurde festgestellt, daß er über eine umfangreiche Zeitungsausschnittssammlung verfügte, selbst angefertigt und mit zahlreichen eigenen Randvermerken versehen. Dazu stellte das Urteil fest: „Wie weit aber seine Ironie geht, ergibt sich aus

den von dem Angeschuldigten zensierten Zeitungsausschnitten, die bei ihm in der Wohnung beschlagnahmt worden sind. Die Art, wie er sich hier als Besserwisser mit politischen Dingen zu Hause beschäftigt, mit welcher Nörgelsucht und mit welcher Unfähigkeit, zu notwendigen politischen Maßnahmen einmal ja zu sagen, er Randbemerkungen loslässt, ist geradezu verblüffend und legt nach Ansicht der Dienststrafkammer den von den Zeugen schon bekundeten Hang, an politischen Kleinigkeiten Kritik zu üben, dahin bloß, daß diese Kritik nicht aus dem Bedürfnis entspringt, zur Anregung einer Debatte beizutragen und einen Widerspruch herauszulocken, sondern der tief in dem Angeschuldigten wurzelnden Neigung zu nörgelnder Kritik und zum Besserwissen. Der Angeschuldigte bleibt nach Überzeugung des Gerichts bei dem Versuch, sich ein Bild von dem politischen Geschehen zu machen, bei kleinen Schönheitsfehlern stecken und ist seiner Veranlagung nach nicht in der Lage, der Gesamtpolitik und der Volksführung bedingungslos zu folgen.“²³

Sehr befremdlich erscheint mir auch das Urteil des hinzugezogenen sachverständigen Mediziners Dr. Schlippe. Im Urteil wurde dazu festgehalten: „Ergänzend für die Persönlichkeit des Angeschuldigten muß noch das Urteil des Sachverständigen Dr. Schlippe gewertet werden, der sein Gutachten im Strafverfahren erstattet hat. Dieses Gutachten ist durch Verlesung Gegenstand der Verhandlung vor der Dienststrafkammer gewesen. Dr. Schlippe hat sich eingehend mit der Persönlichkeit des Angeschuldigten beschäftigt. Er hat zunächst festgestellt, daß der Vater des Angeschuldigten schon in einem amtsärztlichen Attest als Sonderling und seine Mutter als Hysterika bezeichnet wurden. Die Eltern sind wegen der Gegensätze 1914 geschieden. Ein Bruder des Angeschuldigten ist als ausgesprochen erbkranker Schizophrener in Friedrichsberg in Behandlung gewesen und 1924 in Barmbek an Lungentuberkulose und Darmgeschwüren gestorben. Zusammenfassend bezeichnet er den Angeschuldigten als einen entschieden schizoiden Psychopathen, bei dem eine konstitutionelle Disposition zur Schizophrenie-Erkrankung besteht. Solche Kranken seien verbohrt Menschen mit dem Hang zur uferlosen Problematik und zur zwangsmäßigen Grübeleien. Sie seien meist mißmutig, mürrisch und verbissen, reizbar und nörgelnd. Der Sachverständige betont die von ihm bei dem Angeschuldigten festgestellte skeptische Lebensauffassung, seine Selbstunsicherheit und seine Neigung zur Übertreibung.“²⁴

Hermann Reimers wurde nach der Verbüßung der Haft kurz zum Kriegsdienst eingezogen, aber als kriegsuntauglich wieder entlassen. Er fand dann als Chemiker eine Anstellung in der Industrie.

Am 15.7.1945 meldete sich Hermann Reimers bei der Schulverwaltung und ersuchte um Wiedereinstellung in den Schuldienst. Er schrieb: „Zur Zeit bin ich

als Chemiker in der Industrie beschäftigt. Da ich meinen jetzigen Arbeitgebern zu großem Dank verpflichtet bin, daß sie das Wagnis auf sich nahmen, mich als politischen Häftling in Kriegszeiten in einem Rüstungsbetrieb mit einer führenden Vertrauensstellung zu betrauen, kann ich mein Dienstverhältnis dort nicht kurzfristig lösen, es sei denn, der Betrieb komme durch die Not der Zeit zum Erliegen. Ich bitte daher, mit einer Wiedereinstellung in den Schuldienst erst zu Ostern 1946 rechnen und mich bis dahin als beurlaubt betrachten zu dürfen.“²⁵

Die Behörde kam ihm entgegen. Heinrich Schröder teilte ihm am 8.2.1946 mit, dass es großen Einstellungsbedarf gebe und auch der Wunsch Reimers, ihm die chemische Sammlung der Oberrealschule Uhlenhorst-Barmbek anzuvertrauen, gewährt würde. Reimers entschied sich dann aber doch anders und bat um einseitige Verlängerung „meines jetzigen unbezahlten Urlaubs“. Seine Begründung: „Es kommt hinzu, daß ich nach meiner Rückkehr nach Hamburg die fürchterlichsten Lebensbedingungen vorfinden werde in Bezug auf Ernährung, Wohnung und Heizung: ich würde bei meinem Ausscheiden aus meiner jetzigen Arbeit mich aller der heute unbezahlbaren Fürsorglichkeiten begeben, die das Werk in dieser Hinsicht für seine Angehörigen aufwendet. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß man mit 1040 Kalorien bei bestem Willen seine Pflicht als Lehrer erfüllen kann, heute bei den schwierigsten Erziehungsaufgaben weniger denn je. Der Schwarzmarkt, den ich jetzt als ‚freier Mann‘ notfalls in Anspruch nehmen könnte, wäre mir als Beamter und Erzieher hinfort unzugänglich. Ich würde mich in Hamburg in meinem eigenen Hause ein einziges bewohnbares Zimmer mit meiner berufstätigen Frau teilen müssen.“²⁶

Oberschulrat Heinrich Schröder reagierte am 29.4.1946 angesäuert, zeigte sich befremdet von Reimers Schreiben, „weil es eine Berufseinstellung zeigt, die ich nicht bei einem Lehrer erwartet hätte, der heute deutsche Kinder erziehen will“.²⁷

Hermann Reimers kam erst 1951 auf den Wunsch der Wiedereinstellung zurück. Er wurde wieder eingestellt am Albrecht-Thaer Gymnasium. Am 13.12.1951 wurde dann noch das rechtskräftige Urteil der Dienststrafkammer Hamburg vom 17.6.1941 aufgehoben.²⁸

Die Schulbehörde prüfte 1952, ob Reimers zum Oberstudienrat befördert werden könne. Reimers hatte in dieser Frage mit dem ehemaligen Oberschulrat Oberdörffer Kontakt aufgenommen.

Am 31.3.1953 starb Reimers Frau Wilhelmine, kurze Zeit später heiratete er erneut.

Aber schon am 18.4.1959 starb auch Hermann Reimers.

Anmerkungen

- 1 Alle nicht extra ausgewiesenen Zitate nach Personalakte Reimers, StA HH, 361-3_A 2659.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Dienststrafverfahren vom 29.3.1940, S. 2, ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Dienststrafsache vom 17.6.1941, S. 5, ebd.
- 7 Das Urteil ist in der Personalakte enthalten, ebd.
- 8 Anschuldigungsschrift vom 12.3.1941, ebd.
- 9 Ebd., S. 5.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Alle Äußerungen und Zeugenvernahmen in der Dienststrafsache vom 17.6.1941, ebd.
- 15 Vernehmung vom 29.11.1940 durch OSR Edens, ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Alle Aussagen ebd.
- 19 Vernehmung vom 10.12.1940, ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Urteil in der Dienststrafsache vom 17.6.1941, S. 6, ebd.
- 23 Ebd., S. 16.
- 24 Ebd.
- 25 Alle weiteren Angaben nach Personalakte Reimers, a. a. O.
- 26 Schreiben vom 13.4.1946, ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.

Bei Herrn Studienassessor Kanitz hatten wir Deutschunterricht. Er tat wohl sehr kameradschaftlich, aber wir hatten doch den Eindruck, daß er es nicht ganz so meinte. Er hatte auch mal eine sogenannte "Meckerstunde" über die anderen Lehrer bei uns abgehalten, in der einzelne Schüler allerhand über ihre Lehrer vorbringen konnten. Das geschah unter der Zusage der Verschwiegenheit von Seiten des Kanitz. Man merkte aber nach einiger Zeit, daß die Schüler, die abfällige Bemerkungen über ihre Lehrer gemacht hatten, dann bei den betr. Lehrern schlecht angeschrieben waren. Daraus war zu entnehmen, daß Kanitz die abfälligen Bemerkungen der Schüler den betr. Lehrern weiter gesagt hatte. Das haben wir Kanitz sehr übel genommen."

g. u.

gez. Edens

gez. Wolker Franzen

E/HU.

gez. Huckenbeck.

Vernehmungsprotokoll eines Schülers zum Verhalten von Horst Kanitz, 1940

Horst Kanitz

„Er wollte feststellen, ob der Angeschuldigte ein Staatsfeind sei und wollte ihn dann festnageln.“

In dem Fall Hermann Reimers ist ausführlich geschildert worden, wie Reimers von seinen Kollegen Horst Kanitz denunziert wurde. Reimers, der sich Kanitz „in Freundschaft verbunden fühlte“¹, hatte 1938/39 auf dem gemeinsamen Weg zur Schule Äußerungen gemacht, die Kanitz nach Ankunft in der Schule aufgeschrieben hatte und die am Ende in die Hände der Gestapo gelangten. Dabei ist es unerheblich, ob direkt durch Horst Kanitz oder über den profilsüchtigen NS-Aktivisten an der Schule, Kurt Eitzen. Kanitz musste davon ausgehen, dass er Reimers dadurch in eine gefährliche Lage brachte. Reimers wurde verhaftet, vor Gericht gestellt, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt und aus dem Schuldienst entlassen.² Auf Grund welcher Persönlichkeitsstruktur, welcher Lebenssituation und Motivation wird jemand zum Denunzianten?

Bei Horst Kanitz ist das nicht ganz einfach zu beurteilen. Seine Personalakte liegt nicht mehr vor, er ist nach 1945 nicht mehr im Hamburger Schuldienst beschäftigt worden. Danach verliert sich die Spur. Vermutlich fand er in einem anderen Bundesland Beschäftigung.

Erhalten ist seine Entnazifizierungsakte im Hamburger Staatsarchiv. Danach arbeitete er im März 1950 in Regensburg als Expedient. Und seine Lehrerausbildung ist dokumentiert in einer Akte im Landesarchiv Schleswig-Holstein. Daraus ergibt sich folgendes Bild:

Horst Kanitz wurde am 20.10.1904 in Halle an der Saale geboren. Sein Bildungsgang verlief nicht ganz nach Plan. Nach dem Besuch des Stadtgymnasiums in Halle kam er nach Sangerhausen, wo er mit einem relativ schlechten Zeugnis (Zeichnen, Kunst und Musik allerdings mit sehr gut) am 23.3.1928 die Reifeprüfung ablegte. Vermerkt wurde: „Kanitz will Musik studieren.“³

Horst Kanitz studierte dann allerdings Evangelische Religionslehre, Deutsch und Erdkunde mit dem Ziel, Gymnasiallehrer zu werden. Von 1928 bis 1930 in Berlin, danach zwei Jahre in Kiel. Dort meldete er sich am 15.11.1932 zur Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen. Diese bestand er in Religion und Erdkunde im Juli 1933 und in Deutsch und Philosophie im Juni 1934.⁴

Den zweijährigen Vorbereitungsdienst begann er am Christianeum in Altona, danach für ein Semester an der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt in Plön, das zweite Jahr an der Oberrealschule in Altona. Kanitz' Leistungen wurden zumindest

anfänglich als schwach bewertet. Der erste Bericht vom 30.3.1935 über Kanitz' Arbeit als Referendar glich nahezu einem Psychogramm: „Kanitz ist der älteste der Referendare. Er hat ein schweres Halbjahr hinter sich. Neben den Anforderungen des Vorbereitungsdienstes traten für ihn die Anforderungen, die seine Familie an ihn stellte. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. So möchte man ihm manches nachsehen; aber es kann nicht verschwiegen werden, dass er im verflossenen Halbjahr im ganzen den Eindruck eines Menschen machte, dessen seelisch-geistige und Willenskräfte den Anforderungen des Dienstes nicht ganz gewachsen waren. Er gefällt beim ersten Kennenlernen durch ein sicheres Auftreten und grosse Liebenswürdigeit. Auch den Altersvorsprung weiss er geschickt herauszukehren. Aber im Seminar zeigt sich sehr bald, dass er wohl das Zeug zu einem unverbindlichen Gespräch, aber weder Kenntnisse, noch Denkkraft, noch Mut genug hat, eine eigene Meinung zu vertreten oder auch bloß zu wagen. So trat er mehr und mehr zurück. In der Schule hat er niemals den großartigen Eifer gezeigt, mit dem unsere Referendare im ersten Halbjahr im Schulleben gleichsam unterzutauchen pflegen. Er war nur während der Pflichtstunden anwesend. Was er in seinem Unterricht bot, ging nirgends über bescheidene Erfolge hinaus. Und ich glaube, dass dieser geringe Fortschritt zurückzuführen ist auf mangelnde Vorbereitung der Lehrstunden und allzu große Milde in der Bekämpfung eigener Mängel. Kanitz kennt seine Fehler: Er unterrichtet ohne festen Plan, wird wortreich und abstrakt, spricht undeutlich und schnell, fragt ungeschickt oder falsch, ist vergesslich und gleichgültig. Ich kann ihm den Vorwurf nicht ersparen, dass er es an Härte gegenüber sich selbst in der Bekämpfung dieser Mängel hat fehlen lassen. Der Seminargemeinschaft gehörte er nur äußerlich an. Die Jungens lehnten ihn nicht ab, bekundeten aber auch keine besondere Anhänglichkeit. Nur wenn er sich im Sommerhalbjahr wesentlich bessert, sollte er auf den Weg A übernommen werden.“⁵



Horst Kanitz

Verantwortlich für das Studienseminar in Altona zeichnete Hermann Trog, gleichzeitig Lehrer am Christianeum. Vermutlich war dieser zusammenfassende Bericht auch von Trog geschrieben worden. In der Ausbildungsakte existiert noch eine Karteikarte mit handschriftlichen Notizen, von Hermann Trog unterschrieben, worauf er vermerkte: „Bei der Glätte seiner Art sich zu geben, ein schwer durchschaubarer Mensch. In seinem Verhältnis zur Klasse wurde oft ein warmherziger Grundton vermisst.“⁶

Später sah Trog aber deutliche Ansätze für eine Verbesserung: „In letzter Zeit scheint hier ein Wandel eingetreten zu sein. Ähnliche Entwicklung in seinem Un-

terrichtet; mit wachsender Sicherheit gelingt ihm jetzt die glatte Durchführung einer Stunde und eine geschickte Leitung des Unterrichtsgesprächs. Sehr große Fortschritte in seiner Art zu sprechen und vorzutragen. Zweifel bleiben aber, wie weit er wichtigen Gebieten des Deutsch- und Religionsunterrichts auf der Oberstufe gerecht zu werden vermag.“⁷

Zwischenzeitlich wurden Kanitz die Zweifel an seinen Kompetenzen mitgeteilt. Schulrat Erichsen schrieb ihm am 24.12.1935(!): „Auf Grund Ihrer bisherigen Leistungen bin ich nicht in der Lage, Sie in den ordnungsmässigen Vorbereitungsdienst zu übernehmen.“⁸

Eine Weiterentwicklung war aber festzustellen. Hermann Trog, selbstbewusster und führungsstarker Seminarleiter, Nationalsozialist und SS-Mann⁹, ließ Kanitz zur Prüfung zu: „Mein erster Bericht über den Studienreferendar Kanitz von Ostern 1935 konnte kein günstiges Bild ergeben. Inzwischen hat Kanitz aus mancher Enttäuschung gelernt und viel an sich gearbeitet, so dass man ihm heute die Anerkennung nicht versagen kann, dass er zuletzt erfolgreich in Schule und Seminar tätig war. Er hat seit Herbst 1935 einen auffälligen Fortschritt erzielt. Im Unterricht fesselt er die Schüler durch gut vorbereitete, lebhaftere Arbeit und den Versuch größtmöglicher Aktualität. Auf allen Stufen betätigte er sich als kameradschaftlicher Erzieher, und ich zweifle nicht, dass diese Betätigung einem echten erzieherischen Willen entspricht. Er fügt sich jetzt dem Kreis der Mitreferendare reibungslos ein und stellt gern seine Talente (Cellospiel) in den Dienst der Gemeinschaft. Auch seine Mitarbeit in den Seminarsitzungen ist ergiebiger geworden als im ersten Semester. Doch zeigt sich hier noch der alte Fehler, etwas vorschnell und oberflächlich zu urteilen. Im Unterricht muss er noch ein nervös-hastiges Sprechen und Verhalten bekämpfen. Ich befürworte die Zulassung zur pädagogischen Prüfung.“¹⁰

Kanitz absolvierte mehrere Lehrproben, bestand und wurde am 24.10.1936 als Assessor an der Oberrealschule für Jungen in Blankenese eingestellt.

Er war jetzt 32 Jahre alt, mit Familie, in noch ungesicherter beruflicher Situation mit bescheidenem Einkommen, in seiner Persönlichkeit offenbar nicht sonderlich gefestigt. Aus seiner Entnazifizierungsakte geht hervor, dass Kanitz 1935 SA-Mitglied geworden war, am 1.9.1937 in die NSDAP eintrat, in den NSLB 1937/38 und die NSV 1938. In der NSDAP übernahm er die Funktion eines Blockleiters.

Wie zu vermuten schrieb Kanitz über seine Motive, in die SA und die NSDAP einzutreten: „Der SA im eigentlichen Sinne habe ich nicht angehört. Wohl habe ich als Referendar auf allgemeines Anraten hin Anfang 1935 formal meinen Eintritt erklärt. Ich liess mich jedoch sofort und dann wiederholt beurlauben, was zur Folge hatte, dass ich Anfang 1936 aus der SA entlassen wurde. An Auf- oder Propagandamärschen habe ich nicht teilgenommen. Ein Eintrittsdatum ist mir nie mitgeteilt,

eine Mitgliedskarte nicht ausgehändigt worden. Da ich jedoch, um in meinem Beruf voranzukommen, irgend einem Verband angehören musste, entschloss ich mich schließlich 1937, in die Partei einzutreten, in die ich aber nur aufgenommen wurde, wenn ich mich bereit erklärte, das Amt eines Blockleiters zu übernehmen. Ein Mitgliedsbuch habe ich nie erhalten.“¹¹

Der Erfolg blieb nicht aus. 1940 wurde Kanitz zum Studienrat ernannt. Vom Militärdienst wurde er als untauglich zurückgestellt.

Kein Zufall war sicherlich, dass Horst Kanitz nach dem Verfahren gegen Hermann Reimers an der Oberrealschule Blankenese „aus der Schusslinie“ genommen wurde. Kanitz „wurde zum Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg kommandiert“ und verbrachte den Krieg „vom 5.8.1941 bis zum Umbruch“, wie er das später nannte, in den Niederlanden.¹²

Im Entnazifizierungsfragebogen lieferte Kanitz noch einen zweiseitigen Bericht über die Tätigkeit beim Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR), der nach allen Erkenntnissen und Forschungen eine Rauborganisation der NSDAP für Kulturgüter aus den besetzten Ländern während des Zweiten Weltkrieges war, die unter Leitung des NS-Parteiideologen Alfred Rosenberg und dem von ihm geführten außenpolitischen Amtes stand. Hitler hatte am 5.7.1940 den Einsatzstab ermächtigt,

- „alle wertvoll erscheinenden Kulturgüter des so genannten ‚herrenlosen jüdischen Besitzes‘ zu erfassen und zu beschlagnahmen,
- Die Staatsbibliotheken und Archive nach Schriften zu durchsuchen, die für das nationalsozialistische Deutschland wertvoll seien,
- Die Kanzleien der Kirchenbehörden und Logen nach gegen Deutschland gerichteten Vorgängen zu durchforsten und das Material sicherzustellen.“¹³

Einsatzstab
Reichsleiter
Rosenberg in
Charkow 1942



Geradezu absurd erscheint, wie Kanitz diesen „Raubzug“ zu einer unbürokratischen Bibliothekserfassung umdeutete: „Die Tätigkeit des ERR verstieß nicht gegen die ‚Haager Landkriegsverordnung‘, die den Schutz von Privateigentum der Einwohner eines besetzten Gebietes fordert. Bei der Massenflucht bestimmter Bevölkerungskreise war ein solcher Schutz nicht zu garantieren, da das Eigentum der Geflüchteten herrenlos und unbeaufsichtigt geblieben war. Die Tätigkeit des ERR bedeutete keinen Eingriff in die Eigentumsrechte der Bewohner. Sie erfolgte vielmehr im Interesse dieser abwesenden Eigentümer und fällt unter den zivilrechtlichen Begriff der ‚Geschäftsführung ohne Auftrag‘.“

Es mutet schon überaus zynisch an, die deportierten, ermordeten und emigrierten Juden noch 1948 als „abwesende Eigentümer“ zu bezeichnen und in diesen Fällen von „Massenflucht bestimmter Bevölkerungskreise“ zu sprechen. Kanitz führte weiter aus: „Das Buchmaterial, das dem ERR auf diese Weise in Verwahrung gegeben wurde, wurde innerhalb der einzelnen anfallenden Bibliotheken systematisch geordnet. Die wertvolleren Bücher wurden karteimäßig aufgenommen, bei den weniger wertvollen wurde die Stückzahl festgestellt, Name und Wohnung des Eigentümers wurden aufgenommen, ein Protokoll geschrieben und das Buchmaterial in signierte Kisten verpackt und zunächst in Holland, später, als die Lagerräume anderweitig in Anspruch genommen wurden, in Deutschland luftschuttsicher untergebracht. Herkunft und nähere Umstände einer jeden Bibliothek waren auf diese Weise jederzeit feststellbar. Die Karteien und Protokolle wurden nach Berlin geschickt, die Kisten teils nach Ratibor in Oberschlesien, teils ins Kloster Banz a. M. gebracht. Die Bücher in Ratibor und Banz müssen zur Zeit des Umbruchs noch da selbst gelagert gewesen sein.“¹⁴

Auch dieses ist für mich ein Dokument eines Bürokraten des Holocaust.

Horst Kanitz war 1945 entlassen worden. Er lebte 1948 auf elterlichem Besitz in Bossee bei Kiel. Der Beratende Ausschuss unter Leitung von Johann Helbig stellte am 7.4.1948 über Kanitz fest: „Er hat kritische Bemerkungen des Studienrats Dr. Reimers sich notiert und sie dem fanatischen Nationalsozialisten Eitzen zugeleitet. Wir verweisen auf die Untersuchungsakte im Dienststrafverfahren gegen Dr. Reimers, wo auf den Seiten 67 ff. eindeutiges Material gegen Kanitz zu finden ist. In einer langen Unterredung, die der Ausschuss mit ihm hatte, zeigte er keinerlei Reue oder Sinnesänderung. Eine Wiedereinstellung des K. kann keineswegs stattfinden.“¹⁵

Kanitz wurde in Kategorie III (Belastete) eingeordnet.

Horst Kanitz legte Widerspruch gegen diese Entscheidung ein. Unter Vorsitz von Dr. Kiesselbach am 18.5.1949 tagte der Berufungsausschuss, dem die Unter-

lagen aus der Dienststrafakte ebenfalls vorlagen, die Kanitz schwer belasten. Am 15.2.1950 entschied der Ausschuss, nachdem Kanitz noch einmal gehört worden war. Die Berufung wurde zurückgewiesen und in der Begründung hieß es: „Materiell dagegen ist K. durch die Rolle, die er im Strafverfahren gegen den Studienrat Dr. Reimers gespielt hat, schwer belastet. Insoweit wird auf die Ausführungen des Urteils des Hanseatischen Sondergerichts in der Strafsache gegen Herrn Dr. Reimers vom 4.9.1940, das sich in der Disziplinarstrafakte gegen Dr. Reimers befindet, verwiesen. Auch Herr Kanitz sieht ein, dass er infolge seines damaligen Verhaltens für die Weiterbeschäftigung als Lehrer nicht in Betracht kommen kann. Er erklärt auch glaubhaft, dass er dieses Verhalten aufrichtig bedauere. Darüber, dass Herr Kanitz tatsächlich für den Schuldienst und eine Tätigkeit als Lehrer nicht mehr tragbar ist, kann ein ernstlicher Zweifel nicht obwalten.“ Der Berufungsausschuss berücksichtigte allerdings auch, „dass Herr Kanitz eine Frau und drei Kinder zu ernähren hat. Zur Zeit ist K. als Expedient in Regensburg tätig, während seine Familie bei seiner verwitweten Mutter lebt, die auf eine bescheidene Rente angewiesen ist.“¹⁶

Kanitz wurde somit in Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft.

Über sein weiteres Leben war bisher leider nichts herauszufinden.

Anmerkungen

- 1 Siehe Biografie Hermann Reimers.
- 2 Urteil der Dienststrafkammer Hamburg vom 17.6.1941 in der Dienststrafsache Dr. Hermann Reimers, S. 6. In Personalakte Reimers, StA HH, 361-3_A 2659.
- 3 Alle Angaben aus: Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 343_Nr. 16.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Siehe Biografie Hermann Trog in diesem Buch.
- 10 Prüfungsakte Kanitz, Landesarchiv Schleswig-Holstein, a. a. O.
- 11 StA HH, Entnazifizierungsakte Kanitz 221-11_X2401.
- 12 Ebd.
- 13 Siehe: Jonathan Petrououlos: Kunstraub und Sammelwahn. Kunst und Politik im Dritten Reich, Berlin 1999; und: Stefan Koldehoff: Die Bilder sind unter uns. Das Geschäft mit der NS-Raubkunst, Frankfurt/M., 2009.
- 14 Entnazifizierungsbogen Kanitz, Anlage 3 in Entnazifizierungsakte Kanitz, a. a. O.
- 15 Alle weiteren Dokumente ebd.
- 16 Ebd.

Kurt Eitzen

„Er gehörte zu den übelsten Vertretern der Nazis, der sich auch als Denunziant unter seinen Kollegen unmöglich gemacht hat.“

Ein überzeugter Nationalsozialist und Militarist ist Kurt Eitzen gewesen, am Ende eine gescheiterte Existenz. Er war mit dem Kollegen Horst Kanitz an der Oberrealschule in Blankenese wesentlich für die Verhaftung und Verurteilung von Hermann Reimers verantwortlich. Sein Werdegang ohne herausgehobene Funktion im Hamburger Schulwesen soll hier nachgezeichnet werden.

Kurt Eitzen wurde am 29.5.1890 in Hamburg als Sohn des Kaufmanns Friedrich Wilhelm Eitzen, den er auch als Sprachforscher bezeichnete, geboren. Kurt Eitzen besuchte in Cuxhaven das Gymnasium: „Meine gesamte Schulbildung vermittelte mir das humanistische Gymnasium“, schrieb er in seinem Lebenslauf.¹ Im Hause Eitzen muss Geld vorhanden gewesen sein, Kurt Eitzen konnte „seine drei Lieblingsfächer (Deutsch, Englisch, Geschichte)“ ab 1910 an den Universitäten Straßburg (sechs Semester) und Oxford (vier Semester) studieren.²

„Anschließend das Staatsexamen abzulegen, ging nicht an. Denn zur Mobilmachung aus England zurückgeeeilt, musste ich sogleich als Offiziersvertreter ins Feld rücken“, schrieb Eitzen in seinem Lebenslauf, als er sich an der Heeresfachschule für Verwaltung und Wirtschaft als Studienassessor bewarb. Da sollte die Biografie verdeutlichen, dass Kurt Eitzen für die Ausbildung in der Reichswehr der rechte Mann war. So notierte er unter der Überschrift „Militaria“, welchen Weg er als Oberlehrer und Oberleutnant gegangen war: „1910–1911 Einjährig-Freiwilliger beim 4. Unter-Elsässischen Infanterie-Regiment Nummer 143 zu Strassburg i. E. Als Unteroffizier der Res. und Reserveoffiziers-Aspirant entlassen. 1912 Übung A. beim alten Regiment. Als Vize-Feldwebel d. R. und Reserveoffizier-Aspirant entlassen. 1913 Übung B beim alten Regiment. Wieder als Reserveoffiziers-Aspirant entlassen. Bei der Mobilmachung als Offiziersstellvertreter mit dem Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 85 ausgerückt. Auf eigenen Wunsch an die Yser versetzt. Dort beim Brigade-Ersatz-Bataillon Nr.36 zum Leutnant d. R. ernannt. Im Mai 1915 zum erstenmale schwerverwundet: Linkes Bein, Bauchschuss rechts. Nach einem halben Jahr in Lazaretten auf freiwillige Meldung wieder an die Westfront. Im Frieden am Maschinengewehr groß geworden, Führer verschiedener M. G.-Formationen. Eine Zeitlang M. G. Sachverständiger beim A. O. K. 7 bis zur erbetenen Rückkehr an die Front. Sämtliche Kämpfe der Westfront mitgemacht. Zwischendurch als Gas-Offi-

zier in Berlin ausgebildet. Als Kompagnieführer in der M. G. Scharfschützen-Abteilung 2 zum Schluss der großen Vlandern-Schlacht wieder schwer verwundet: linker Arm, zertrümmert, linker Ober- und Unterschenkel schwer beschädigt. Im Herbst 1918 als 60 % Schwerkriegsbeschädigter entlassen. Verabschiedet als Oberleutnant d. R. Auszeichnungen: Eisernes Kreuz I. und II. Kl., Hamburgisches Hanseatenkreuz, Verwundetenabzeichen.“

Und zu seiner persönlichen Lebenssituation ergänzte Eitzen: „Aus der Front auf eine Woche dazu beurlaubt, ließ ich mich am 4. März 1916 mit der zweiten Tochter des (1923 verstorbenen) Buchhändlers Adolf Mantels in Schlettstadt im Elsass, der als echter Deutscher von den Franzosen ausgewiesen wurde, kriegsstraufen. Unser Sohn Hilmar ist am 21. November 1919 geboren.“³

Kurt Eitzen kehrte also aus dem Ersten Weltkrieg als 28jähriger Oberleutnant schwer verwundet mit einem nicht zu „gebrauchten“ linken Arm zurück als Reserveoffizier. Um ein weiteres Drama der Familie Eitzen gleich vorweg zu nehmen: Sohn Hilmar, einziges Kind der Familie Eitzen, der sich ebenfalls freiwillig zum Kriegsdienst im Zweiten Weltkrieg meldete, wurde kurz nach der Mobilmachung am 15.9.1939 in Brest-Litowsk als Soldat getötet.⁴

Kurt Eitzen wurde zur Ablegung der wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen mit „ministerieller Erlaubnis“ aus dem Lazarett beurlaubt und erhielt die Lehrbefähigung für Deutsch und Englisch für die Oberstufe und Geschichte für die Mittelstufe am 10.7.1918 an der Universität Greifswald. Am Heinrich-Hertz-Realgymnasium und der Höheren Stadtschule in Cuxhaven absolvierte er das Probejahr und wurde als wissenschaftlicher Hilfslehrer angestellt. Ende Dezember 1922 endete seine Lehrertätigkeit vorerst. Er schrieb: „Wegen der Überfüllung des philologischen Berufes war ich gezwungen, vorübergehend Kaufmann zu werden. Durch meine, in vier Englandsemestern befestigte Beherrschung der englischen Sprache war es mir leicht, in dem großen Japanhause C. Illies & Co. in Hamburg eine gute Stellung zu finden. In mehr als 2 Jahren aber bin ich kaum kaufmännisch tätig gewesen. Hingegen lernte ich bei der Übersetzung von Katalogen und Broschüren aus allen Fabrikationsgebieten auch die Sprache des englischen Technikers vollkommen, und im Einzel- wie im Kursus-Unterrichte in der Firma und ausserhalb pflegte ich meine Kenntnisse der Handels- und Umgangssprache. In den freien Abendstunden aber förderte ich meine Doktor-Dissertation aus dem Gebiete der neuen deutschen Literatur. Daneben schrieb ich regelmäßig englische und deutsche Aufsätze für Zeitungen. Ich darf aber getrost behaupten, dass ich mich auch in den letzten beiden Jahren wissenschaftlich und unterrichtstechnisch vollkommen auf der Höhe gehalten habe.“⁵ Eine Dissertation vollendete Eitzen niemals.

Eitzen bewarb sich um Anstellung an der Heeresfachschule in Minden (Westfalen): „Da mir aber daran gelegen ist, den Lehrberuf, zu dem ich erzogen wurde, und zu dem ich mich berufen fühle, wieder hauptamtlich auszuüben, bewerbe ich mich nunmehr um Anstellung als Studienrat an einer Fachschule der Reichswehr. Dazu fühle ich mich, abgesehen von den wissenschaftlichen Grundlagen und der anerkannt pädagogischen Betätigung, befähigt, da ich in den drei Jahren, die ich im Felde Kompagnieführer war, und als Leiter des vaterländischen Unterrichtes in Hamburgischen Lazaretten hinreichende Übung und Erfahrung im Unterrichten von Militärpersonen habe.“

Es gelang. Kurt Eitzen wurde als Studienassessor eingestellt, ab dem 17.5.1930 war er Studienrat, ab dem 1.4.1933 wechselte er an die Heeresfachschule nach Göttingen. Als sich Eitzen 1922 an der Marine-Fortbildungsschule in Wilhelmshaven bewarb, hatte diese eine Stellungnahme über Eitzens Wirken in Hamburg eingeholt. Oberschulrat Wolfgang Meyer schrieb am 11.1.1922, warum Hamburg Kurt Eitzen nicht weiter beschäftigt hatte. Einerseits wurde positiv hervorgehoben: „Herr Eitzen besitzt gute Kenntnisse besonders im Englischen, auch seine Aussprache, durch längeren Aufenthalt in England geschult, ist unbedingt zu loben. Seine Unterrichtsführung ist nicht ungeschickt, er gibt sich natürlich und mit Frische und versteht wohl eine Klasse menschlich und unterrichtlich zu gewinnen und festzuhalten.“⁶ Aber Oberschulrat Meyer deutete auch an, wo Eitzens Defizite lagen und dass es Vorfälle gegeben hatte, die gegen eine Weiterbeschäftigung von Kurt Eitzen sprachen: „Sein Streben natürlich zu sein, verführt ihn allerdings bisweilen, die gebotene Distanz zwischen Lehrer und Schüler zu vergessen und sich allzu burschikos zu geben. Indem er so mehr unvorsichtig als bewusst gelegentlich die Linie pädagogischer Zurückhaltung überschritt, hat er hier und da Anstoß erregt, und die daraus erwachsenen Unerquicklichkeiten haben den Anlaß gegeben, daß er zum Herbst aus seiner Stellung geschieden ist.“⁷ Daraufhin wurde er auch in Wilhelmshaven nicht eingestellt.

Seine späteren Beurteilungen bei der Heeresfachschule fielen positiv aus. Im Personalbericht für den Truppenlehrer Eitzen stand: „Hat sich weiterhin mit sichtbarem Erfolg bemüht, die früher an ihm gerügten Mängel restlos zu tilgen. Mit einem schon in meinem letzten Bericht hervorgehobenen nicht gewöhnlichen Maß von Selbstzucht hat er die Neigung, andere seine geistige Überlegenheit fühlen zu lassen, bekämpft. Seinen Schülern ist er ein wissenschaftlich hochstehender, wohlwollender Führer und Berater geworden. Sein Fleiß und seine unermüdliche Tätigkeit im Dienste der Heeresfachschule verdienen warme Anerkennung, seine Arbeit an der eigenen Fortbildung, insbesondere auf dem Gebiet des Englischen und der lebenskundlichen Auswertung des Deutsch-Unterrichts sind in jeder Bezie-

hung vorbildlich zu nennen.“⁸ Zusammenfassend wurde Kurt Eitzen am 4.9.1928 als „intelligenter, entwicklungsfähiger Lehrer“ bezeichnet.

Und am 7.1.1930 wurde dies noch einmal bestätigt, als es um Eitzens Festanstellung als Studienrat geht. „Hervorgehoben zu werden verdient neben seiner Intelligenz und Schlagfertigkeit im Unterricht seine weit über den Durchschnitt hinausgehende wissenschaftliche und praktische Durchbildung im Englischen, die ihn für den Unterricht in den oberen Klassen einer höheren Lehranstalt als besonders geeignet erscheinen lässt. Sein militärisch-englisches Wörterbuch (im Verlag „Offene Worte“, Berlin) hat auch in englischen Fachkreisen eine vorzügliche Beurteilung gefunden“⁹, schrieb der Chef des Stabes 1 des Wehrkreiskommandos Münster, von Brauchitsch.

Später muss etwas vorgefallen sein, was in der Personalakte nicht dokumentiert ist. Kurt Eitzen verließ die Heeresfachschule in Göttingen und wurde durch Verfügung des Reichserziehungsministers Ostern 1936 in den höheren Schuldienst Preußens versetzt.¹⁰ Der Vorfall muss gravierend gewesen sein. Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein wies Kurt Eitzen am 8.4.1936 ausdrücklich darauf hin: „Gleichzeitig habe ich Ihnen im Namen des Herrn Ministers zu eröffnen, dass Sie ihre Weiterbeschäftigung als Studienrat lediglich Ihrer guten nationalsozialistischen Einstellung und Bewährung zu verdanken haben, und dass nunmehr erwartet werden muss, dass Sie sich in Ihrer neuen Dienststelle in Ihrem dienstlichen und außerdienstlichen Verhalten jederzeit einwandfrei führen werden.“¹¹ Ein Thema, das sich durch die gesamte Berufszeit Kurt Eitzens hindurchziehen sollte.



Kurt Eitzen

Eitzen wurde als Studienrat der Oberrealschule für Jungen in Blankenese zugeordnet. Die „gute nationalsozialistische Einstellung und Bewährung“ hatte er u. a. durch seinen Eintritt in die NSDAP zum 1.5.1933 gezeigt, dem Korps der politischen Leiter gehörte er seit 1934 an.¹²

In Kurt Eitzens Personalakte ist eine Rede in Kopie enthalten, die er beim Portafest auf der Wartburg gehalten hatte, abgedruckt in der Landsmannschafter Zeitung im November 1933. Da wurde seine „nationalsozialistische Einstellung“ sehr deutlich:

„Das deutsche Wunder: wir Glücklichen durften es miterleben. Wir werden vielleicht noch einmal darum beneidet werden, daß wir mitschaffen durften an Adolf Hitlers Riesenwerk, dem Bismarckreiche das Reichsvolk zu schaffen. Was in der Weimarer Verfassung noch wie Hohn wirkte, – ‚Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen ...‘ –, ist durch den Mann des deutschen Schicksals beseligende

Wahrheit geworden. In grenzenloser Bewunderung, in nie auszulöschender Dankbarkeit blicken wir auf unseren Führer, der Bismarcks großes Werk so herrlich vollendet.“ Und: „In dieser nächtlichen Weihestunde wollen wir alten Landsmannschafter mit unseren jungen Verbandsbrüdern zusammen geloben, gemeinsam weiterzukämpfen als begeisterte Soldaten Adolf Hitlers, getreu dem Befehle des Führers der Deutschen Landsmannschaft: ‚Soldaten Adolf Hitlers wollen wir sein, sonst nichts!‘ Wir alten Frontsoldaten wissen ja, wie viel schwerer es ist, eine Stellung zu halten und auszubauen, als sie zu erobern. Und dieser schwere Teil der gewaltigen und zugleich unblutigsten deutschen Revolution liegt noch vor uns. Wir Landsmannschafter, die wir in treuer Wahrung unserer besten Überlieferung jetzt, wo akademische Freiheit und akademische Ehre im herrlich auferstandenen Deutschen Reiche in nie zuvor gekanntem Glanze strahlen, auf alle Eigenbrötelei verzichten und uns freudig einreihen in des Führers Heer, geloben zwischen den Denkmälern des alten Kaisers und des ersten Soldaten des Dritten Reiches, aus allen Kräften unserer begeisterten Hingabe an Volk und Vaterland mitzuarbeiten am Werke des Kanzlers. Wir bekräftigen dies Gelöbnis durch den himmelan brausenden Ruf: dem Deutschen Reiche und Volke, dem Reichspräsidenten von Hindenburg und dem Kanzler Adolf Hitler: Sieg Heil!“¹³

Kurt Eitzen war also ab dem 1.4.1936 an der Oberschule für Jungen in Blankenese tätig. In einem Bericht, den der langjährige Stellvertretende Schulleiter dieser Schule, Hermann Koch, am 7.7.1945 anfertigte, wurde die ganze fragwürdige Persönlichkeit Kurt Eitzens ausführlich beleuchtet. Daraus wird noch umfangreich zu zitieren sein. Zunächst schilderte Hermann Koch, man sei in der Schule froh gewesen, dass Eitzen am 20.6.1940 „als Oberleutnant zur Dolmetscherersatzkompanie in Berlin-Moabit eingezogen“ wurde.¹⁴ Vorangegangen war die Denunziation, Verhaftung und Verurteilung des Blankeneser Kollegen Hermann Reimers, für die einerseits der Studienassessor Horst Kanitz verantwortlich war, der Äußerungen von Reimers auf den gemeinsamen Schulwegen aufgeschrieben und sich dann an den als NS-Aktivisten bekannten Kollegen Eitzen gewandt hatte. Daraus war eine Anzeige bei der Gestapo geworden, mit den entsprechenden Folgen für Hermann Reimers.

Über Eitzen hatte bei den dann durchgeführten Vernehmungen ein anderer Blankeneser Lehrer, Karl Gotzhein, gesagt: „Bezüglich des Zeugen Eitzen bemerke ich noch, daß sein Ruf nicht nur im Lehrerkollegium, sondern auch in Parteikreisen in Blankenese nicht besonders günstig war. Man sagte in Parteikreisen, er ‚suche sich wohl dadurch, daß er einen Übereifer im Parteidienst an den Tag legt, etwas zu rehabilitieren‘. Er spielte sich gern auf mit seiner Zugehörigkeit und mit seinem Dienst in der Partei, ich hatte aber nicht die Überzeugung, daß seine Leistungen seinen Worten durchaus entsprachen. Das war auch bei seiner unterrichtlichen Tätigkeit festzustel-

len.“ Und zu dem Zusammenspiel zwischen Kanitz und Eitzen bemerkte Gotzhein: „Allerdings hat es mich sehr eigenartig berührt, daß er die angeblichen Äußerungen des Dr. Reimers am 9.11.1939 ausgerechnet dem Studienrat Eitzen mitgeteilt hat. Bei der Einstellung und dem Charakter des Eitzen musste er sich nach meiner Ansicht sagen, daß Eitzen einen unkameradschaftlichen und unfairen Weg einschlagen und die Angelegenheit nicht innerhalb des Kollegiums bleiben würde.“¹⁵

Hermann Koch beleuchtete noch einmal anschaulich, wie das Kollegium die Rolle Eitzens in diesem Fall beurteilte: „Für unsere Stellungnahme war bestimmend, das, was uns Herr Oberstudiendirektor Dr. Schramm und Herr Oberstudiendirektor Dr. Franz über den Fall und seine gerichtliche Erledigung erzählten. Für uns war Eitzen der Mann, der die von dem Studienassessor Kanitz über Reimers gemachten Notizen unter Umgehung des Dienstweges an die amtlichen Polizeistellen weiter leitete, sei es direkt, sei es durch vorsorglich ausgewählte Mittelsperson. Damit war Herr Eitzen für uns als Kollege erledigt. Wir waren daher froh, als Eitzen auf seinen Wunsch als Dolmetscher zur Wehrmacht eingezogen wurde.“¹⁶ Auch Eitzen verließ also, ebenso wie Kanitz nach der Reimers-Denunziation erst einmal von sich aus die Blankeneser Schule.

Aber schon am Ende des Jahres 1940 wurde Kurt Eitzen aus dem Dolmetscherdienst wieder entlassen. Direktor Schramm konnte „seine Wiederbeschäftigung bei uns verhindern mit der Begründung, daß bei uns die Unterrichtsverteilung mit den vorhandenen Lehrkräften voll gedeckt sei“, wie Koch notierte.

Eitzen musste nun an der Oberschule für Jungen in Rothenburgsort arbeiten. Von dort schrieb er am 18.3.1942 ein Versetzungsgesuch an Oberschulrat Karl Züge. Seine Begründung: „In der Blankeneser Oberschule für Jungen fühle und fühle ich mich so verwurzelt, dass ich hier, auch durch meine Tätigkeit in der Partei und damit in der Hitlerjugend, wirklich als Erzieher wirken kann, während ich mich in Rothenburgsort (Brekelbaums Park) in der untergeordneten Rolle des nur Unterrichters befinde, da die weiten Entfernungen ein außerschulisches Zusammenkommen mit den Schülern verhindern.“¹⁷

Dann wies er noch auf seine Kriegsverletzung hin, mit der er auf dem beschwerlich langen Schulweg gefährdet sei und: „Ich habe den Auftrag, noch in diesem Jahre die dritte Auflage des im Auftrage des Oberkommandos der Wehrmacht von mir verfaßten militärentglischen Wörterbuchs herauszubringen. Bei dem jetzigen weit mehr als zwostündigen Schulwege würde diese kriegswichtige Arbeit um Monate verzögert.“

Der starke Mann in der Schulverwaltung zu diesem Zeitpunkt, Oberschulrat Albert Henze, befürwortete und Hermann Koch beschrieb, dass die Schule sich vehement dagegen gewehrt hatte: „Ich habe daher Herrn Dr. Franke (Personalre-

ferent für höhere Schulen, de. L.) klargelegt, warum die Kollegen Herrn Eitzen hier nicht wieder sehen wollen. Er hat meiner Bitte entsprochen, bis unser damaliger Dezernent Herr Oberschulrat Dr. Saß von ihm verlangte, daß Eitzen nach Blankenese zu versetzen sei und zwar aus parteipolitischen Gründen. Worin diese bestanden ist nicht klar, denn im Stab der Ortsgruppe der Partei hatte Eitzen, nachdem er im Anfang seines Aufenthalts hier, als Geschäftsführer tätig gewesen war, durch seine Art auch hier bald seine Stellung sich verdorben und hat sich dann mit Rücksicht auf Erkrankung zurückgehalten. Vielleicht war der Grund auch, wie manche der Kollegen argwöhnten, daß Eitzen eine Art Überwachung über uns ausüben sollte. Wenigstens hatten wir zum Teil den Eindruck, daß Eitzen sich als nationalsozialistischer Betreuer fühlte. Irgendwelchen Einfluss auf die Kollegen hat Eitzen nie ausgeübt. Einstimmig wurde seine Entfernung aus dem Kollegium gewünscht.“¹⁸

In seinem sechsseitigen Bericht beschrieb Hermann Koch eindringlich, aus welchen Gründen Kurt Eitzen vom „gesamten Lehrkörper“ abgelehnt wurde: Eitzen sei zwar „freundlich und hilfsbereit, stets bereit, dienstliche Nebentätigkeiten“ zu übernehmen. Er bemühe sich „kameradschaftlich“ zu sein. Allerdings „in jener Kameradschaftlichkeit, die aus den Schützengräben von 1914–1918 stammt. Er betont bei jeder Gelegenheit, daß er alter Frontkämpfer sei. Damit begründet er auch seine oft reichlich burschikose Art, seine stark mit drastischen Ausdrücken versetzte Redeweise; sein Ton ist, wie er sagt, ‚rauh aber herzlich‘, im Vergleich zu dem sonst in Lehrerzimmern höherer Lehranstalten üblichen Ton reichlich derb. Eine Gelegenheit, Zweideutigkeiten anzubringen, läßt er sich selten entgehen und steigert sie oft zu hässlichen Eindeutigkeiten, die oft in Zoten ausarten. Auf die Dauer wirkt diese Art direkt abstoßend und wird unerträglich.“

Hermann Koch wies darauf hin, dass es auch von Schüler- und Elternseite deutliche Einwände gegen Eitzen gegeben habe: „Schlimm ist, daß er sich auch im Unterricht in dieser Beziehung keine Zügel auferlegt und recht derbe Ausdrücke gebraucht, so daß sich Eltern darüber beschwert haben. Es ist mir auch nachträglich bekannt geworden, daß eine Luftwaffenhelferklasse 8, die er ein Jahr lang betreute, durch ihren Sprecher bei ihm selbst vorstellig wurde und ihn bitten ließ, sich im Unterricht einer gepflegten Ausdrucksweise zu bedienen. Als er ihm daraufhin entgegnete, daß sie doch jetzt Soldaten seien, ist ihm entgegengehalten worden, sie hörten diesen Ton den ganzen Tag lang von den alten Soldaten und wollten im Unterricht gerade als Ausgleich eine andere Sprache hören.“

Und Hermann Koch ergänzte: „Gelegentlich einer Aussprache mit Herrn Eitzen über eine Beschwerde eines Vaters habe ich Eitzen ernstlich ermahnt, den Schülern gegenüber alle derben, ganz abgesehen von unanständigen, Ausdrücken zu vermeiden. Bei dieser Gelegenheit habe ich ihn auch darauf hingewiesen, als wie

unpassend und anstößig seine ganze Ausdrucksweise vom Kollegium empfunden würde und wie er dadurch schon seit langem die Stellung der Kollegen zu ihm beeinflusst habe, ganz abgesehen von seinem sonstigen Verhalten. Er war über diese Eröffnung sehr betroffen und hat sich dann eine Zeit lang recht zusammengekommen und zurückgehalten. Viel Gelegenheit zum Sprechen mit Kollegen hat er im Lehrerzimmer seit dem Fall Reimers überhaupt nicht gehabt, da die meisten Kollegen seit jener Zeit jedes Zusammensein mit ihm und auf jeden Fall jedes andere als dienstliche Gespräch mit ihm vermieden.“

Und auch die Unterrichtserträge Eitzens seien begrenzt: „Eitzen arbeitet sicherlich mit zu vielen Schlagwörtern der neueren Zeit und seiner eng begrenzten persönlichen Einstellung. Es ist auch anzunehmen, daß er in allen Klassen, in denen er unterrichtet, – und das bezieht sich nicht nur auf die Geschichtsstunden – allzu viel Zeit mit Betrachtungen über ‚Zeitgeschehen‘ verbrachte, die gar zu leicht bei ihm zu breiten Plaudereien auswuchsen, so daß der eigentliche fortlaufende Unterricht zu kurz kam.“ Und: „Mit manchen abgelegenen Einzelheiten wurde viel Zeit vertrödel. Dazu kommt noch, daß Eitzen mit den Schülern viele Scherze auf seine Art treibt und sie zu einer unruhigen Haltung herausfordert und sie zu ernster Arbeit unlustig macht. Aus allem diesen erklärt sich der geringe Erfolg seiner Arbeit, über den die Kollegen, Eltern und auch die Schüler selbst klagen.“

Ostern 1944 wurde Kurt Eitzen dann an die Abendoberschule versetzt.¹⁹

Am 11.6.1945 reichte Kurt Eitzen seinen Entnazifizierungsfragebogen ein. Darin renommierte er mit seinen Englischkenntnissen und der Herausgabe des „Deutsch-englischen, englisch-deutschen Militärwörterbuches, „which is commonly known in the services as The Military Eitzen“.²⁰

Am 26.6.1945 wurde er suspendiert; am 30.10.1945 entlassen. Eitzens Wunsch, Privatunterricht geben zu dürfen, wurde nach der Entlassung im Oktober 1945 abgelehnt. Am 31.12.1945 stellte Kurt Eitzen den Antrag auf Gewährung einer Pension. Seine Begründung: „Als 70 % Schwerkriegsbeschädigter meine ich, auch nach Deutschlands Zusammenbruch einer Staatshilfe sicher sein zu dürfen. Das umso mehr, als die mir seit langen Jahren vom Versorgungsamt gezahlte Rente im Mai des Jahres nach den allgemeinen Bestimmungen erlosch. Außer den Folgen meiner Kriegsverletzungen behindert mich seit einigen Jahren ein Leber- und Gallenleiden, das mich in große Kosten gestürzt hat und bei seinem chronischen Wiederauftreten noch viel kosten wird. Die zur Wiederherstellung meiner Dienstfähigkeit ärztlich verordneten Kurreisen habe ich als gewissenhafter Beamte restlos in den großen Sommerferien erledigt, auch von der Unterstützungskasse der Schulverwaltung nur ein Bruchteilchen der erheblichen Kosten ersetzt bekommen. Als 70 % Schwer-

kriegsbeschädigter mit einem zusätzlichen chronischen Leiden muss ich mit einem frühen Verbrauch und einem häufigen Versagen meiner Arbeitskräfte rechnen, so dass ich eines gesicherten geldlichen Rückhalts schon aus diesem Grunde bedarf. Auch ist meine Frau nicht im Stande, irgendwie Geld zu verdienen. Daher hoffe ich zuversichtlich auf Gewährung meines Gnadengesuchs.“ Kurt Eitzen unterschrieb mit seinem Namen und dem Zusatz „Oxonian“. Damit wies er die britische Militärregierung darauf hin, dass er Oxford-Student gewesen war.²¹

Kurt Eitzen versuchte, sich mit Englisch-Privatunterricht über Wasser zu halten. Am 29.4.1946 wandte er sich an die Schulverwaltung und meldete: „Ich bin denunziert worden.“²² Eitzen sei von einem Polizeibeamten vernommen worden, ob er privat Unterricht geben würde. Am 1.6.1946 stellte Oberschulrat Schröder klar, dass dies nicht im Auftrag der Schulverwaltung geschehen sei. Andererseits erklärte er noch einmal eindeutig: „Im übrigen wird Ihnen mitgeteilt, daß den von der Militärregierung entlassenen Beamten die Pflicht auferlegt ist, sich beim Arbeitsamt zu melden und daß es ihnen nicht gestattet ist, ohne schriftliche Genehmigung des Arbeitsamtes und der Schulverwaltung irgendwelchen Privatunterricht, auch an Erwachsene nicht, zu erteilen. Ihre Auffassung, daß es den entlassenen Lehrkräften gestattet sei, Schulkindern Nachhilfeunterricht zu erteilen, entspricht nicht den Tatsachen.“²³ Schröder schrieb so deutlich, weil sich Eitzen gegenüber der polizeilichen Ermittlung auf eine mündliche Zusage von Oberschulrat Schröder berufen hatte.

Der Ermittlungsbericht ergab, dass Eitzen fünf „nicht zahlende Schüler“ und fünf zahlende Erwachsene als Schüler aus Blankenese (unter anderem einen Staatsanwalt) hatte. Darüber hinaus wurde festgestellt: „Eitzen ist in Blankenese als politischer Aktivist, und zwar bis zum letzten Tage, bekannt. Wie ich in Erfahrung bringen konnte, äußert er sich noch heute, daß für ihn der Nationalsozialismus Evangelium gewesen sei, und er darum auch bis zum letzten Tage keinen Zweifel an der Berechtigung dieser Weltanschauung gehabt habe. Es muss angenommen werden, daß Eitzen auch heute im Stillen noch dieser Idee anhängt. Für Letzteres spricht besonders die Tatsache der Wohnungsausstattung. Sprüche, wie z. B. ‚Achtung, Feind hört mit‘, Frontbilder, Bismarck- und Hindenburg-Bilder etc. sowie entsprechende Literatur, nehmen einen bedeutenden Platz ein.“²⁴

Der Schlussbericht der Polizei Hamburg vom 18.10.1946 stellte fest: „Zum Teil sind es ehemalige Schüler des Eitzen, die unentgeltlich Unterricht bei ihm bekommen. Sie sind bis auf den Zeugen 7 und 8 politisch unbelastet und geben mit ihren Vernehmungen zum Ausdruck, daß sie wohl wissen, daß Eitzen sich aktiv für den Nazismus eingesetzt hat; aber weil er ein guter Lehrer im Englischen ist, trotzdem Unterricht bei ihm nehmen, zumal er sich klugerweise jeder Äußerung um politische Gespräche enthält.“²⁵

Und noch eine weitere Information wurde festgehalten: „Den schriftlichen Beweis, daß Eitzen Ortsgruppenleiter gewesen ist, ergibt die NS-Kartei der Kripo, Spec. Dep. 1 im Deutschen Ring. Eine Erklärung ist dort abgeheftet unter der Nr. 358 vom 18.10.1945 mit eigenhändiger Unterschrift des Eitzen. Er war demnach Ortsgruppenleiter von 1934 bis 21.6.1940. An diesem Tage beendete er sein Parteiamt, weil er zur Wehrmacht als Dolmetscher im Offiziersrang einberufen wurde. Außerdem hat er sich auf der Haushaltsliste, die beim Meldeamt, Drehbahn, abgelegt ist, am 1. September 1945 mit eigenhändiger Unterschrift ebenfalls als Ortsgruppenleiter eingetragen.“²⁶

Der Beratende Ausschuss urteilte am 17.12.1945: „Bei einer eingehenden Aussprache mit Eitzen hat der Beratende Ausschuss festgestellt, dass E. nach wie vor die Idee der Gewalttätigkeit und des Rassenhasses verteidigt. Als er auf die Tötung politisch Andersdenkender während der NS-Zeit hingewiesen wurde, antwortete er, man habe diese als Schädlinge beseitigt, so wie man Ratten tötet. Bei einer amtlichen Vernehmung hat sein Gesinnungsgenosse Kanitz seinerzeit ausgesagt, Eitzen habe die Anzeige bei der Gestapo gemacht, die zur Verurteilung von Dr. Reimers geführt hat. Eitzen kann sich nicht darauf besinnen.“²⁷

Der Beratende Ausschuss „ist sich darüber klar, einen Nazi vor sich zu haben, der nicht daran denkt, seine alte Haltung zu ändern. Es ist zu überlegen, ob es nicht besser wäre, diesen Mann wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit verhaften zu lassen.“²⁸

Äußerungen dieser Eindeutigkeit sind sonst kaum von Entnazifizierungsausschüssen in Hamburg zu finden.

Kurt Eitzen ließ sich jetzt anwaltlich vertreten. Der Beratende Ausschuss blieb bei seiner Auffassung. Johann Helbig notierte am 3.4.1948 für den Ausschuss, dass „er den Studienrat Kurt Eitzen für völlig untragbar hält“.²⁹

Der Berufungsausschuss schloss sich dem am 27.4.1949 an, er versetzte Eitzen in den Ruhestand „mit der Maßgabe, dass Eitzen mit Wirkung vom 1.4.1949 50 % seiner Ruhegehaltsbezüge bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres und von dort ab 75 % seines Ruhegehaltsanspruchs zuerkannt werden. Eitzen wird in die Kategorie IV eingestuft.“³⁰

Und auch der Leitende Ausschuss, der die Entnazifizierung abschloss, blieb bei der Entscheidung der Pensionsregelung.³¹

Ein letztes Nachspiel ist in Eitzens Entnazifizierungsakte dokumentiert. Von Kurt Eitzen war am 6.4.1950 im „Hamburger Abendblatt“ eine kurze Geschichte abgedruckt worden. Ein „moderner Papa“ klärt seinen sechsjährigen Sohn auf. Die Pointe der kleinen Aufklärungsgeschichte, bei der der Vater von Bienen und Pflan-

zen spricht und dem Sohn am Ende eine letzte Frage gewährt: Der Sohn: „Vati, wie machen die Männer das bloß, daß sie das Abendblatt immer schon mittags verkaufen?“³²

Zwei Leser wandten sich an die Schulverwaltung, namentlich an Oberschulrat Schröder: „Zu unserem großen Erstaunen ist der Studienrat Eitzen offenbar bei dem ‚Hamburger Abendblatt‘, das nach eigenen Angaben die meistgelesene Zeitung Hamburgs ist, publizistisch tätig. Als ehemalige Schüler des Studienrats Eitzen haben wir während der nationalsozialistischen Zeit, besonders in dem von ihm gegebenen Geschichtsunterricht, diesen als einen fanatischen Nationalsozialisten und Antisemiten allerschlimmster Sorte kennengelernt. Studienrat Eitzen denunzierte im Jahre 1939 seinen damaligen Kollegen, Herrn Studienrat Reimers wegen dessen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus. Weiterhin dürfte über die linientreue Einstellung des Studienrats Eitzen zum nationalsozialistischen Regime sein Militärwörterbuch der englischen Sprache ‚Military Eitzen‘ hinreichend Aufschluss geben, wir verweisen zum Beispiel auf das Vorwort des Buches und die Erläuterung der Vokabel ‚Atlantik-Charta‘, wo es heißt: ‚Versuch der Hochgradmaurer Roosevelt und Churchill, die Welt wieder auf Wilson-Leim zu locken‘.

Wir erachten als unsere Pflicht, das ‚Hamburger Abendblatt‘ über die politischen Qualitäten ihres Schreibers aufzuklären, denn wir können uns nicht vorstellen, dass diese Zeitung derartige Elemente auch nur die geringsten und unverfänglichen Artikel veröffentlichen lässt.“³³

Heinrich Schröder wandte sich postwendend an die Schriftleitung des „Hamburger Abendblatts“: „In der Anlage übersende ich Ihnen die Abschrift eines Briefes, den ehemalige Schüler des früheren Studienrats Eitzen an die Schulbehörde gerichtet haben. Diese Schüler haben Anstoß daran genommen, dass Herr Eitzen sich in der Öffentlichkeit durch Zeitungsaufsätze in Erinnerung bringt. Die Bedenken der Schüler sind durchaus berechtigt. Die einzelnen Angaben, die sie über den Studienrat Eitzen machen, können Punkt für Punkt bestätigt werden. Eitzen gehörte zu den übelsten Vertretern der Nazis, der sich auch als Denunziant unter seinen Kollegen unmöglich gemacht hat. Auch die Schulbehörde ist daher daran interessiert, dass solche Vertreter in Zukunft keine Möglichkeit haben, sich in der Öffentlichkeit in irgend einer Form zu betätigen.“³⁴

Das „Abendblatt“, Abteilung Feuilleton, antwortete: „Zu Ihrem Brief in Sachen Eitzen möchte ich Ihnen nur mitteilen, dass dieser Herr Eitzen keineswegs beim Hamburger Abendblatt ‚publizistisch‘ tätig ist, wie die Herren Banuscher und Erdland annehmen. Ich habe beiden schon geschrieben, dass es sich um eine ganz zufällige Mitarbeit handelt. Herr Eitzen ist mir unbekannt, und so hatte ich auch von der geschilderten Vergangenheit keine Ahnung. Solchen Irrtümern und Rein-

fällen, wenn man sie so nennen will, sind wir natürlich einmal ausgesetzt.“³⁵
Kurt Eitzen starb am 19.1.1960.³⁶

Anmerkungen

- 1 Die Angaben sind der Personalakte Eitzens entnommen; StA HH, 361-3_A 1673. Darin enthalten sind ein Lebenslauf von Kurtz Eitzen und ein ausführliches Personalblatt A für Höhere Lehranstalten.
- 2 Alle Zitate: Lebenslauf, ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Laut Personalakte, a. a. O.
- 5 Lebenslauf, a. a. O.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Personalbericht vom 4.9.1928, ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Personalblatt A, ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Entnazifizierungsfragebogen Eitzen, ausgefüllt am 26.5.1945, in: Entnazifizierungsakte Eitzen, StA HH, 211-11_Ed 3528
- 13 Personalakte Eitzen, a. a. O.
- 14 Bericht über den Studienrat Kurt-Hilmar Eitzen vom 7.7.1945, ebd.
- 15 Vernehmung vom 10.12.1940 in der Dienststrafsache Hermann Reimers, Personalakte Reimers: StA HH, 361-3_A 2659. Siehe auch Biografie Hermann Reimers in diesem Buch.
- 16 Bericht von Hermann Koch über Eitzen, Personalakte Eitzen, a. a. O.
- 17 Schreiben in der Entnazifizierungsakte Eitzen, a. a. O.
- 18 Alle Zitate aus dem Bericht von Hermann Koch vom 7.7.1945, ebd.
- 19 Laut Personalakte Eitzen, a. a. O.
- 20 Alle Dokumente Entnazifizierungsakte Eitzen, a. a. O.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Ermittlungsbericht vom Kriminalamt Hamburg vom 26.4.1946, ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Entscheidung vom 25.9.1952, ebd.
- 32 „Hamburger Abendblatt“ vom 6.4.1950, in Kopie ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Schreiben vom 15.4.1950, ebd.
- 35 Schreiben vom 19.4.1950, ebd.
- 36 Laut Personalakte Eitzen, a. a. O.

Adolf de Bruycker

Heimlich Dossiers über Kollegen geschrieben:
„Ich habe oft, vielleicht aus starker Erregung und
Unbeherrschtheit, streitbare Art gezeigt.“

Auch Adolf de Bruycker gehörte zum Denunzianten- und Spitzelsystem im Altonaer Schulwesen während der NS-Zeit. Über Jahre lieferte de Bruycker Mitschriften von Konferenzen am Christianeum und Dossiers über einzelne Kollegen an Oberschulrat Hermann Saß. Als es im Zusammenhang mit Aktivitäten von Schülern des Christianeums, die der Swing-Jugend angehörten, 1941 zu Untersuchungen am Christianeum kam, wurden seine Methoden publik, de Bruycker wurde „enttarnt“, Schulleiter Hermann Lau ausgewechselt und einige Kollegen entlassen.

Nach 1945 kam es im Entnazifizierungsverfahren zu einer schriftlichen Auseinandersetzung zwischen Adolf de Bruycker, der seine Schuld verwischen wollte und seinem ehemaligen Kontrahenten am Christianeum, Heinrich Schröder, der nunmehr Oberschulrat für die höheren Schulen war mit maßgeblicher Verantwortung in Entnazifizierungsfragen. Die argumentativen und charakterlichen Gegensätze wurden dabei anschaulich deutlich.



Adolf de Bruycker

Adolf de Bruycker, am 14.2.1886 in Hamburg geboren, war ein schwieriger Charakter. Als Kunsterzieher an höheren Schulen war er immer um Anerkennung bemüht, stets mit dem Gefühl, dass die eigene Arbeit im Vergleich zu der anderer Lehrerkollegen deutlich geringer honoriert wurde. Das allein wäre nachvollziehbar. De Bruycker schrieb am 17.12.1945 rückblickend: „Ich habe oft, vielleicht aus starker Erregung und Unbeherrschtheit, streitbare Art gezeigt.“¹

Unter den Schülern hat Adolf de Bruycker sicherlich diejenigen ansprechen können, die seine Leidenschaft für Flugmodelle teilten. In den auch in den Biografien von Hermann Lau und Paul Dittmer erwähnten Erinnerungen einer Abiturklasse des Christianeums, kommt de Bruycker nicht gut weg: „Ein guter oder auch nur passabler Zeichner bin ich immer noch nicht, und mein mehrdimensionales Vorstellungsvermögen ist katastrophal, aber ich kenne und liebe die bildende Kunst. Das ist ganz gewiß nicht unserem ersten Kunstlehrer, de Bruycker, zu verdanken, den wir auch längere Zeit in Erdkunde hatten. Ganz oben im Gebäude war (wohl nach Norden) ein großer und heller Zeichensaal. Ich erinnere mich besonders an viele sehr schön gefertigte Flugmodelle, die wir aber

nie fliegen sahen. Sie standen nur so da. Es war sehr wichtig, dass wir genau die richtigen Bleistifte, Farben und Papier hatten. Was wir zeichneten, weiß ich nicht mehr, ich weiß aber, dass de Bruycker ein Sadist (und dazu ein großer Nazi) war. Er fasste die Haut unter dem Kinn, drückte fest zu und begann dann seine Hand zu drehen. Das tat teuflisch weh.“²

Von Adolf de Bruycker ist keine Personalakte erhalten. Dafür eine sehr umfangreiche Entnazifizierungsakte. De Bruycker wurde beschuldigt, der größte Denunziant im Kollegium des Christianeums gewesen zu sein, der Dossiers über nicht nazistische Lehrerkollegen angelegt und auch den Schulleiter Hermann Lau ans Messer geliefert habe. Bevor das genauer untersucht wird, kurz ein paar biografische und politische Daten über de Bruycker.

Die bloße Faktenlage weist de Bruycker als begrenzt aktiven Nationalsozialisten aus. In die NSDAP trat er erst am 1.5.1937 ein, zuvor war er schon Mitglied im NSLB und der NSV, jeweils seit 1934, im VDA seit 1927 und dem Reichskolonialbund. Dem Stahlhelm trat er 1932 bei. Er behauptete später, den Stahlhelm wieder verlassen zu haben, als dieser in die SA überführt wurde.³

Beruflich arbeitete er als Zeichenlehrer in Schleswig-Holstein, von 1927 bis 1932 als Oberzeichenlehrer, 1932 an der staatlichen Bildungsanstalt in Plön, die 1933 in eine Nationalpolitische Anstalt (Napola) umgewandelt wurde. Dort wurde er zum Studienrat befördert. Ab 1934 war de Bruycker am Christianeum tätig.

Am Christianeum pflegte de Bruycker Konflikte und Auseinandersetzungen mit diversen Lehrerkollegen. Am intensivsten offenbar mit Karl Wendling, der eine starke Stellung an der Schule innehatte, eine zu starke, wie de Bruycker fand, insbesondere in seinem Einfluss auf den Schulleiter Hermann Lau.

Ihren Höhepunkt erlebte die Auseinandersetzung bei zwei großen Konferenzen am Christianeum 1941 und 1942. Zuvor war in der Schulbehörde ein schärferer Ton angeschlagen worden, nachdem der Leiter der Gauführerschule, Albert Henze, Oberschulrat für die höheren Schulen und später für einige Zeit Leiter der Schulverwaltung geworden war. Gegen eine sich ausbreitende Swing-Jugendbewegung, der viele Schüler des Johanneums und des Christianeums angehörten, wurden drakonische Maßnahmen von Schulverwaltung und Gestapo ergriffen.

Am 13. und 16.1.1942 suchte OSR Albert Henze das Christianeum auf und trug dort eine Anklageschrift vor, die aufgrund einer Untersuchung der Schulverwaltung über die politische Haltung des Schulleiters Hermann Lau und der Studienräte Dr. Walther Gabe, Heinrich Schröder und Karl Wendling erstellt worden war und auf Denunziationen mehrerer Lehrer des Christianeums beruhte. Diese Anklageschrift war eine der Konsequenzen der Schulleiterkonferenz vom 13.12.1941

unter dem Vorsitz von Reichsstatthalter Karl Kaufmann. Die zu einer Gesamtkonferenz zusammengerufenen Lehrer des Christianeums forderte Henze auf, weiteres Belastungsmaterial gegen den wegen politischer Unzuverlässigkeit zu überprüfenden Schulleiter Hermann Lau und die genannten Kollegen vorzubringen. Das Kollegium weigerte sich in der Konferenz, diesem Ansinnen nachzukommen.⁴

Die Anschuldigungen waren offenbar von Adolf de Bruycker gesammelt, aufgeschrieben und weitergegeben worden, was auf der Konferenz dem Kollegium insofern bestätigt wurde, als de Bruycker dazu intensiv Stellung nahm und die Vorwürfe im Einzelnen bestätigte. Heinrich Schröder hatte über die Konferenz und die Untersuchungen gegen Lau und die genannten Kollegen wegen ihrer politischen Haltung geschrieben, die „zurückging auf Anzeigen, die wie Herr Oberschulrat Henze im Verlauf der Verhandlung mitteilte, von dem Studienrat de Bruycker und den früheren Mitgliedern des Kollegiums, den Studienräten Köhler (SS), Wehrt (Amtswalter der NSDAP), Oberstudienrat Dr. Trog (SS) (alle anscheinend Mitglieder des SD) erstattet worden waren. Diese Anzeigen waren bei der Gestapo gemacht worden, dann in einer auf Antrag der Gestapo einberufenen Sitzung der Hamburger Schulleiter, die am 13.12.1941 unter dem persönlichen Vorsitz des Reichsstatthalters stattfand, war es der Vertreter der Gestapo gewesen, der diese Anklage vertrat und dem Christianeum den Vorwurf der staatsfeindlichen Haltung machte.“⁵

Im Zuge dieser Konferenzen wurde Hermann Lau aus der Leitung des Christianeums abberufen. Die ihm angebotene Leitung der Oberschule für Jungen in Blankenese akzeptierte er nicht und ließ sich pensionieren. Karl Wendling, 65 Jahre alt wurde ebenfalls pensioniert. Dr. Walther Gabe wurde aufgrund jüdischer Vorfahren gleichfalls in den Ruhestand versetzt.⁶ Gegen Heinrich Schröder ließen sich die Vorwürfe nicht erhärten, weil aus der Lehrer- und Schülerschaft trotz Aufforderungen nichts weiter Belastendes vorgetragen wurde. In de Bruyckers Entnazifizierungsakte befindet sich die Abschrift eines mutigen Schreibens von Heinrich Schröder, der am 1.9.1942 folgende Erklärung an die Schulverwaltung abgab:

„Ich erfahre heute, dass Herr Studienrat de Bruycker mit dem Beginn des neuen Schuljahres seine Tätigkeit am Christianeum wieder aufnehmen will. Dazu habe ich folgendes zu erklären: Nachdem Herr de Bruycker seine Beurlaubung und seine Abwesenheit von der Schule dazu genutzt hat, sich ohne den Dienstweg innezuhalten, direkt an die Schulverwaltung zu wenden und mich der früheren Zugehörigkeit zur SPD zu bezichtigen, sowie mich als schlechten Lehrer, der keine Disziplin halten könne, und als schlechten Deutschen, der pro-englischen Geschichtsunterricht gebe, zu denunzieren, ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür vorzubringen, nachdem diese und andere von ihm gemachten Angaben sich bei den eingehenden Vernehmungen, die Herr Oberschulrat Henze in der Schule bei Lehrern und

Schülern vorgenommen hat, entweder als längst bekannte und sogar aktenkundige Tatsachen (wie meine frühere Parteizugehörigkeit) oder als völlig unwahre Behauptungen und infame Verleumdungen erwiesen haben, nachdem Herr de Bruycker es daraufhin nicht für nötig gehalten hat, diese Behauptungen zurückzunehmen oder sich gar zu entschuldigen, nachdem er auch aus der einmütigen Haltung des Kollegiums in der unter dem Vorsitz des Oberschulrats Henze abgehaltenen Konferenz keine Konsequenzen gezogen hat, sondern jetzt nach seinem Urlaub wieder ans Christianeum zurückkehren will, bin ich es meiner Ehre und dem einfachsten Gefühls für Sauberkeit und Anstand sowie dem Geist und der Tradition des Christianeums, an dem solches Verhalten von Kollegen untereinander bisher unmöglich war, schuldig, jeden kollegialen Verkehr mit Herrn de Bruycker abzulehnen. Eine erfolgreiche dienstliche Zusammenarbeit mit ihm, die schon bei einem korrekten Verhältnis wie für die meisten Mitglieder des Kollegiums so auch für mich nicht ohne große Schwierigkeiten möglich war, dürfte unter solchen Umständen vollends unmöglich sein.“⁷

Mittlerweile war aber Paul Dittmer als Schulleiter am Christianeum eingesetzt worden. Und wie Dittmer darauf reagierte, schrieb Heinrich Schröder in einer Eingabe am 17.5.1945, als er sich für die Rehabilitierung von Hermann Lau, Karl Wendling und Walther Gabe einsetzte: „Mit Herrn de Bruycker, der, wie sich bei den Verhandlungen herausstellte, jahrelang Äußerungen einzelner Kollegen aufgeschrieben hatte, um sie dann in einem bestimmten Augenblick der Behörde zu übergeben, haben dann die nicht der Partei angehörigen Mitglieder des Kollegiums im Interesse ihrer persönlichen Sauberkeit jeden weiteren Verkehr abgelehnt und haben dies dem Nachfolger von Herrn Direktor Lau, Herrn Direktor Dittmer, zum Ausdruck gebracht. Dieser erklärte in einer Konferenz ein solches Verhalten für unzulässig und nahm Herrn de Bruycker in Schutz, indem er behauptete, Herr de Bruycker habe im Auftrag des SD gehandelt und habe nur seine Pflicht getan.“⁸

Das war ein Befreiungsschlag für Adolf de Bruycker, den er 1942 vermutlich genoss, so von den verantwortlichen Nationalsozialisten gestützt und gebraucht zu werden. Nach dem 8.5.1945 sah das natürlich anders aus. Da wurde die Geschichte uminterpretiert und Adolf de Bruycker führte nun einen verzweifelten Kampf gegen die Entlassung und für seine Rehabilitierung. Und dies war sehr erhellend, sowohl was die Person de Bruycker betrifft, aber auch, um die Arbeit der Entnazifizierungsausschüsse zu beleuchten. Auch die Persönlichkeit des neuen Oberschulrats Heinrich Schröder wurde in einem differenzierteren Licht wahrnehmbar. Sicherlich ein Drama für de Bruycker, dass sein ehemaliger Kollege und Antagonist am Christianeum, Heinrich Schröder, dem er so übel mitzuspielen versucht hatte, nunmehr eine entscheidende Rolle in den Entnazifizierungsverfahren im Gymnasialbereich spielte.

Im Fokus stand die Frage, wer und was ist ein Denunziant? Interessant war dabei auch, wie de Bruycker sich im Laufe der Auseinandersetzung äußerte, die sich über mehr als fünf Jahre hinzog.

Am 27.11.1945 antwortete Adolf de Bruycker, der ab 1945 seinen Vornamen nur noch mit A. abkürzte, um schon damit keine Nähe zum Nationalsozialismus aufkommen zu lassen, auf die Entlassungsverfügung vom 17.11.1945. Adolf de Bruycker erklärte an „Eidesstatt, daß ich nie ein Schriftstück an die Geh. Staatspolizei angefertigt oder unterschrieben habe, auch nicht an sonst jemand richtete. Die dies betreffende, infame Zeugenaussage von Dittmer ist unwahr und ist ein Mittel, die Schuld von sich abzuwälzen und gut Wetter zu erhalten. Ich behalte mir Schritte gegen ihn vor.“⁹

Hier bröckelte die Wand, die so solide gegen die Nichtnationalsozialisten gestanden hatte. Jetzt hieß es: „Rette sich wer kann.“ De Bruycker protestierte gegen den Vorwurf, „denunziert“ zu haben. Er sagte, dass Gespräche mit Schulrat Karl Schlotfeldt „missbraucht wurden aus klar erkennbaren und auch zugegebenen selbstsüchtigen und politisch ehrgeizigen Zielen“. Schlotfeldt habe also „abgeschöpft“, was der Zeichenlehrer de Bruycker über die Kollegen des Christianeums zu berichten hatte. Die Unterhaltungen mit Schlotfeldt hätten „von mir aus keinen informatorischen Charakter gehabt“. Auch seinen Anteil an der Konferenz mit OSR Albert Henze versuchte de Bruycker herunterzuspielen. Er habe sich lediglich gegen das „anmaßende Verhalten von Herrn Wendling“ zur Wehr gesetzt, „den Schulleiter Lau immer gewähren ließ“. Durch die auf der Konferenz von de Bruycker bekräftigten Vorwürfe, die sich mit den von Henze vorgetragenen Hinweisen deckten, sei „fälschlicherweise“ der Eindruck erweckt worden, „daß ich der Anzeiger war“. Und: „Eine Klärung meines Verhältnisses zum Kollegium ist durch meine sofortige Abreise für 3/4 Jahr nach Brüssel, durch das Verhalten einiger Kollegen bei meiner Rückkehr, besonders aber durch das brutale Eingreifen Dittmers unmöglich gemacht worden. Er musste Interesse daran haben, dass nichts aufgeklärt wurde. Seine Pläne gingen ja noch weiter.“¹⁰

Erstmals spricht de Bruycker in seinem Schreiben von „meiner erwiesenen Ablehnung des Nationalsozialismus“. In der Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen wies er darauf hin, dass nach Umwandlung der staatlichen Bildungsanstalt Plön 1933 in eine Nationalpolitische Anstalt (Napola), er diese ein Jahr später verlassen musste („wurde ich abgebaut“). Seine Beispiele (u. a.: „Ich habe eine abfällige Bemerkung über Hitler gemacht.“) deuten eher darauf hin, dass ein impulsiver und streitbarer Mensch in Konflikte mit so manchen Personen geriet, was von ihm 1945 als antinazistische Haltung interpretiert wurde.¹¹

Wenn de Bruyckers „Ego“ angesprochen wurde, konnte man ihn gewinnen. So etwa der NSLB-Hauptstellenleiter Prof. Wilhelm Arp, der ihm, de Bruycker, nach

Der beratende Ausschuss

Hamburg, den 17.10. 46

De Bruycker.

Aus dem Protokoll der Verhandlung in der Schulverwaltung vom 10.9. 45 geht hervor, dass B. ein gefährlicher Aktivist der Nazis gewesen ist und ausserdem belastende Aussagen gegen politische Andersdenkende gemacht hat. Damit ist bewiesen, dass er für die Schule untragbar ist. Eine Wiedereinstellung kann nicht befürwortet werden.

Helbig Thede Broschert

Die Beurteilung des Beratenden Ausschusses vom 17.10.1946

dessen Aussage zum Gaureferenten für Kunsterziehung machen wollte, was de Bruycker abgelehnt, auf Bitten Arps aber zahlreiche Vorträge über Kunsterziehung gehalten habe, sogar in Bayreuth auf einer Tagung der Gaureferenten des NSLB.¹²

Es existiert ein Schriftwechsel zwischen de Bruycker und Heinrich Schröder, der sehr aufschlussreich ist, was die jeweilige Persönlichkeit der beiden Antagonisten betrifft.¹³

Für de Bruycker war es eine heikle Angelegenheit, Schröder zu schreiben. Aber es geschah am 17.12.1945 aus der Verzweiflung, entlassen zu werden und ohne Einkommen zu sein und vor einer ungewissen Zukunft zu stehen. Aber: „Mir ist bewusst, daß Sie der maßgebliche Mann sind“, schrieb er an den ehemaligen Kollegen, den er mit „Sehr geehrter Herr Oberschulrat“ betitelt.

Adolf de Bruycker beschrieb die aus seiner Sicht bedenkliche „Bevormundung durch den Kollegen Wendling“ und die Schwächen von Schulleiter Hermann Lau, der „selbst dann nicht eingriff, wenn bedenkliche Verfehlungen eines Kollegen vorkamen, die unbedingt ein Verfahren erforderten“. Dabei dachte de Bruycker offenbar auch an sich selbst, wenn er feststellte: „Mir wäre damals heilsam gewesen, wenn Dr. Lau mir meine Empfindlichkeit einmal gründlich zu Gemüte geführt hätte.“ De Bruycker beschrieb aus seiner Sicht, wie der Ablauf am Christianeum gewesen war. Die Informationen für die Anklage kamen von de Bruycker, und laut de Bruycker, von „Dr. Trog und den Vertrauensleuten des NSLB“. Und es dürfte de Bruycker Seele gestreichelt haben, von den Mächtigen in Altona gefragt und ho-

fiert zu werden: „Politischer Ehrgeiz und selbstsüchtige Postenjägerei (Schlotfeldt, Dittmer) haben es verstanden, mich für ihre Zwecke zu nutzen, ohne, dass ich damals etwas davon merkte und die einzelnen Beziehungen kannte. Gelegentliche Gespräche lockten mir Bestätigungen über mein Wissen um die Dinge und einige Angaben über meinen persönlichen Kampf ab. Beim Zusammentragen des Stoffes aus verschiedenen Quellen hat Schlotfeldt sich viel Zeit genommen, über ein Jahr. Schlotfeldt war es damals darum zu tun, sich beim Kreisleiter gegen den Swingunfug der Oberschüler als besonders aktiv zu zeigen. Fürs Christianeum aber hatte Dittmer ein besonderes Interesse an einer Verdrängung von Dr. Lau. Die beiden Freunde arbeiteten ganz zielbewusst zusammen, was mir aber erst jetzt klar geworden ist, nachdem man mir die Augen geöffnet hat.“¹⁴

Die Aussagen de Bruycker wirken widersprüchlich und zum Teil verworren. Beziehungen zur Gestapo sieht er bei Dittmer und Schlotfeldt und bei Oberschulrat Albert Henze. Dass er selbst zur Anklageschrift der Gestapo wesentlich beigetragen hatte, wird sichtbar, wenn er schrieb: „Beim Verhör kam mir in keiner Weise zum Bewusstsein, daß politische Hintergründe und persönliche Machenschaften eine so verhängnisvolle Rolle spielten, und so ging ich ins Garn. Ich hoffte vielmehr, daß nunmehr der Kollege Wendling seine anmaßende Stellung revidieren würde. Ich sah den Oberschulrat als Vertreter der Behörde an, dem ich Auskunft schuldig wäre.“¹⁵

Interessant ist auch eine kurze Einlassung de Bruyckers über die ersten Kontakte zwischen ihm und Heinrich Schröder: „Darf ich nun noch auf unser Verhältnis eingehen, Herr Oberschulrat? – Als ich noch in Plön war, kamen sie bei mir vor, als sie ihren Sohn für die Nationalpolitische Erziehungsanstalt anmeldeten. In freundlicher Weise fragten sie nach meinen Wünschen für den Stundenplan in Altona. Ich war davon freudig überrascht. Die erste Spannung trat ein, als ich mich in Ihrer Klasse dem SS-Mann Besser gegenüber und einem anderen, der ihn aufhetzte, nur noch mit Gewalt glaubte durchsetzen zu können. Damals forderten Sie die ganze Klasse auf, sich schriftlich zu äußern und übergaben das Resultat, ohne vorher mit mir Rücksprache zu nehmen, dem Direktor.“ Hier wird wirklich nicht deutlich, was de Bruycker bezweckt. Wollte er Schröder kompromittieren? In einem Schreiben, das an Schröder selbst gerichtet war? Wollte er sagen: „Bei Ihnen war auch nicht immer alles ganz eindeutig, sauber und antinazistisch?“ Er bat darum, „das von mir erinnerte persönliche Geplänkel zu vergessen“ und fasste zusammen: „Ich habe nicht denunziert, bin vielmehr ein Opfer meiner Unbeherrschtheit geworden, vor allen Dingen ein schaffiges Opfer eines politischen Ehrgeizlings und eines krassen Egoisten. Dabei dürfte feststehen, daß ich für mich nie etwas erstrebt habe. Wenn ich Strafe erleiden muss, dann will ich sie mit dem Vorsatz tragen, Schwächen abzustellen. Meine vollständige Vernichtung aber ist eine Ungerechtigkeit.“ Am Ende bat de Bruycker um Verständ-

nis, „mir als Mensch und Christ zu helfen, der bemüht ist an seiner Vervollkommnung zu arbeiten und tatsächliche Schuld der Vergangenheit gutzumachen sucht“. Er bittet „offen um Gnade und christliches Mitgefühl für meine Familie und für mich.“¹⁶

Heinrich Schröder, tatsächlich ein entscheidender Mann bei Personalplanungen und Entnazifizierungsverfahren im Bereich der höheren Schulen, antwortete ausführlich am 9.1.1946. Und Schröder machte gleich zu Beginn deutlich, dass es für de Bruycker keine Absolution geben könne: „Ihren Brief vom 17. Dezember 1945 habe ich erhalten. Ich entnehme daraus, daß das schwere Schicksal der Entlassung, daß Sie wie so viele andere Kollegen getroffen hat, Sie bewogen hat, ernstlich darüber nachzudenken, wie weit Ihr eigenes Verhalten die Schuld an diesem Schicksal trifft. Sie geben jetzt selbst zu, daß Sie sich von führenden Nationalsozialisten für deren verwerfliche, persönliche Zwecke haben mißbrauchen lassen. Sie behaupten, Sie hätten nicht gewusst, zu welchen Zwecken Sie gebraucht wurden. Als aber Herr Direktor Lau diesen Intrigen zum Opfer gefallen war und Herr Dittmer sein Ziel, die Leitung des Christianeums, erreicht hatte, da hätte Ihnen klar werden müssen, wozu das verwerfliche Treiben, an dem auch Sie beteiligt wurden, hätte dienen sollen. Was haben Sie damals getan, um zum Ausdruck zu bringen, daß Sie nur eine geschobene Schachfigur, um ihre Worte zu gebrauchen und kein aktiver Teilnehmer des Komplotts gewesen seien. Haben Sie etwa Herrn Direktor Lau oder irgend einem Mitglied des Kollegiums, das mit allen seinen Mitgliedern nach dem Verlauf der Verhandlungen und nach den Bemerkungen des Herrn Henze unter dem Eindruck stehen musste, daß die Anklage auf Sie zurückzuführen sei, eine Erklärung abgegeben, die diesen Eindruck zerstörte? Hier hätten Sie Gelegenheit gehabt Ihr ‚offenes‘ Wesen, von dem Sie in Ihrem Brief schreiben, zu zeigen. Stattdessen ließen Sie sich ruhig gefallen, daß Herr Dittmer, den Sie jetzt so sehr angreifen, Sie in Schutz nahm und erklärte, Sie hätten nur Ihre Pflicht getan. Sie schreiben, Herr Dittmer habe dadurch jede Möglichkeit der Verständigung unterbunden. Inwiefern das der Fall gewesen sein soll, ist nicht klar. Jeden Tag hätte Ihnen freigestanden, uns, d. h. den in der Anklage beschuldigten Kollegen persönlich oder durch einen Mittelsmann schriftlich oder mündlich eine Erklärung abzugeben, daß dies Verfahren nicht auf Ihre Veranlassung und ohne Ihr Wissen und gegen Ihren Willen eingeleitet worden sei, daß Sie dabei nur benutzt worden seien und daß Sie dies Verfahren und das Ergebnis nicht gewollt hätten und es bedauerten. Wir wären die letzten gewesen, die diese Erklärung zurückgewiesen hätten und wir wären sicherlich bereit gewesen, dieses Verhalten Ihrer Unbeherrschtheit, von der Sie selbst in ihrem Brief sprechen, zugute zu halten. Aber keine solche Erklärung ist von Ihrer Seite geschehen. Jetzt, drei Jahre später, wo alle Verbrechen der Nazizeit ihre Sühne finden sollen, da geben Sie diese Erklärung ab. Sie können nicht erwarten, daß die-

selbe jetzt noch bei den Beteiligten Glauben findet, obwohl ich persönlich geneigt bin, einige Punkte Ihrer Darstellung, vor allem das Verhalten des Herrn Dittmer für glaubwürdig zu halten; wenn Sie sich in anderen Punkten sicherlich irren. Aber über die Tatsache, daß Sie drei Jahre nichts taten, um sich von dem Verdacht Ihrer Mitschuld zu befreien, kann die Schulverwaltung nicht hinwegsehen.“¹⁷

Schröder ging auch kurz auf die persönlichen Kontakte zwischen ihm und de Bruycker ein und schrieb: „Die Reibungen, die Sie mit mir persönlich gehabt haben, haben bei dieser Entscheidung keine Rolle gespielt.“

Bedeutsam sind Schröders Aussagen über die Probleme bei den Entnazifizierungsverfahren, die er selbst in Hamburg sah: „Nun wenden Sie sich an mich als an den, wie Sie meinen – maßgeblichen Mann – und appellieren gleichzeitig an mein menschliches und christliches Gewissen. Ich darf Ihnen sagen, daß ich es damit sehr ernst nehme und daß mir in meinem jetzigen Amt manche seelische Belastung dadurch entsteht, daß ich Entscheidungen der Militärregierung, die allein die Entlassungen verfügt, ausführen muss. Und wenn Sie in diesem Zusammenhang Gerechtigkeit verlangen, so gebe ich ohne weiteres zu, daß bei den Entlassungen leider gewisse Ungerechtigkeiten vorkommen; so sind auf Anordnung der Militärregierung Kollegen entlassen worden, die innerlich nie etwas mit dem Nationalsozialismus zu tun gehabt haben, die auch nie im Verdacht gestanden haben, an nationalsozialistischen Aktivitäten beteiligt gewesen zu sein, ja solche, die entschiedene Gegner des Nationalsozialismus gewesen sind. Hier liegen die größten Ungerechtigkeiten vor, und solange diese Fälle, die von allen als ungerecht empfunden werden, nicht wieder gut gemacht sind, können Sie nicht erwarten, daß Ihre Entlassung, die von den damaligen Kollegen des Christianeums durchaus als gerecht angesehen wird, als ein Fall besonderer Ungerechtigkeit revidiert wird.“

Heinrich Schröder erklärte, auch die Schulverwaltung halte die Anordnung der Britischen Militärregierung für problematisch, dass mit den Entlassungen von belasteten Beamten auch deren Versorgungsansprüche verfielen.

Am Ende gab Schröder de Bruycker einen Rat, den dieser sicherlich zu diesem Zeitpunkt nicht annehmen konnte: „Nehmen Sie das Schicksal auf sich, das über Sie gekommen ist, wie es Hunderte, ja Tausende auch tun müssen und machen Sie das Beste daraus, was Sie können. Sehen Sie auf die Tausenden von Flüchtlingen, auf die Hunderte von Kollegen aus dem Osten, die nicht nur ihr Amt, sondern auch ihre Wohnung, ihr Hab und Gut, ihre ganze Existenz, oft auch ihre Familie verloren haben. Sie haben noch Ihr Heim und Ihre Familie, Sie sind ein Künstler in Ihrem Fach – Sie wissen, ich habe Ihre handwerklichen Fähigkeiten immer bewundert –. Suchen Sie diese in irgend einer neuen Form zu verwerten. An Gelegenheit dazu dürfte es in einer Stadt wie Hamburg nicht fehlen. Diese Fähigkeiten haben Sie manchen an-

deren entlassenen Kollegen voraus, die nur Geistesarbeiter sind und die völlig ratlos der Zukunft gegenüberstehen. Dann, davon bin ich überzeugt, werden Sie bei Ihrem Willen und Ihrer Energie auch wieder zu einer fruchtbaren Tätigkeit kommen, und diese Tätigkeit wird Ihnen dann helfen, den gegenwärtigen Zustand der Verbitterung zu überwinden, in dem Sie jetzt immer nur auf Ihr eigenes Schicksal sehen.“

De Bruycker antwortete am 19.2.1946 und entnahm Schröders Antwort, „daß Sie zu keinerlei Milde oder Rücksicht bereit sind“. Er zeigte sich verbittert und verstand letztlich nicht, was Schröder ihm gesagt hatte: „Für mich ist nun klar erwiesen, daß das pflichterfüllte, fast 40jährige, selbstlose Streben eines im Reich wohl anerkannten Kunsterziehers Ihnen und der Behörde absolut nichts bedeutet. Es erübrigt sich, da noch von christlichen und menschlichen Gewissen zu sprechen. Das wird späteren Zeiten der Besinnung vorbehalten bleiben müssen.“¹⁸

Die Entnazifizierungsausschüsse behandelten den Fall von Adolf de Bruycker sehr intensiv und arbeiteten insbesondere auf, was im Kollegium des Christianeums abgelaufen war. Der Beratende Ausschuss stellte am 17.10.1946 fest, „dass B. ein gefährlicher Aktivist der Nazis gewesen ist und außerdem belastende Aussagen gegen politisch Andersdenkende gemacht hat. Damit ist bewiesen, dass er für die Schule untragbar ist. Eine Wiedereinstellung kann nicht befürwortet werden.“¹⁹ Und auch der für das Schulwesen zuständige Fachausschuss 6b stellte fest, dass die vielen Leumundszeugnisse, die de Bruycker eingebracht hatte, die angaben, de Bruycker sei niemals ein aktiver Nationalsozialist gewesen, keinen Einblick in die Vorgänge am Christianeum gehabt hätten. Der Vorsitzende des Fachausschusses, Friedrich Wilhelm Licht, stellte am 2.12.1946 fest: „Nicht einer seiner Kollegen, der zu seiner Zeit an dieser Schule tätig war, ist aufgestanden, um Partei für ihn zu nehmen. Alle, die vernommen wurden, haben sich entschieden gegen ihn gewandt und ihn als den Lehrer bezeichnet, der an dem Unfrieden, der im Kollegium herrschte, die Hauptschuld trug. In Besprechungen mit Studienrat Hamfeldt, mit Studienrat Dr. Stadel und Oberschulrat Schröder, dreier ehrenwerter Männer, die de Bruycker genau kennen und sich niemals zu einer unbegründeten Belastung eines Mitarbeiters herbeilassen würden, kam dies erneut zum Ausdruck.“²⁰

Licht verwies auf eine dem Fachausschuss offenbar vorliegende Akte des Sicherheitsdienstes (SD)-Hamburg, mit Randbemerkungen, und kam zu dem Schluss: „Br. ist ein Mensch, der schon von Natur aus für das Leben in einer durch den Beruf gleichgerichteten Gemeinschaft ungeeignet ist. Viel schlimmer aber ist die Tatsache, daß er durch sein politisches Verhalten in der Zeit des tyrannischen nationalsozialistischen Systems aufrichtige Kollegen in die schwerste Gefahr gebracht hat.“

Licht räumte ein, dass de Bruycker „kein Nationalsozialist war, als er an das Christianeum versetzt wurde“. Im Weiteren habe er aber offenbar einen Prozess

durchlaufen, den Licht so beschrieb: „Nun hat der Nationalsozialismus nicht nur mit der Peitsche, sondern auch mit Zuckerbrot gearbeitet. Die letztere Methode hat Br. vermutlich bewogen, seine anfängliche Einstellung zu ändern. Er sah eine Plattform, von der aus er die Minderwertigkeitskomplexe, die er als Nichtvollakademiker unverständlichlicherweise hatte, verdrängen zu können glaubte und von der aus er zugleich sich den ersehnten Resonanzboden für seine gewiss nicht immer uneigennütigen beruflichen Pläne zu schaffen hoffte. Er wurde zu einem jener Konvertiten, die, fanatisch in ihrem neuen Glauben, rücksichtslos und unaufrichtig in ihrer Handlungsweise, ihre Ziele zu erreichen suchen.“

Und auch der Fachausschuss schloss sich am 2.12.1946 der Argumentation Heinrich Schröders an, wenn er feststellte: „Ein Lehrer, der von seinen Kollegen allgemein als Denunziant angesehen und dementsprechend behandelt wird, muss seine Gründe haben, wenn er sich nicht sofort dagegen zur Wehr setzt und alles tut, um sich zu rechtfertigen. Er hat es nicht getan; denn er wusste, dass Kräfte hinter ihm standen – die ihn selbst gegen die innere und äußere Ablehnung durch das Kollegium im Sattel hielten. Br. will kein Denunziant gewesen sein, ein Handlanger der NSDAP war er bestimmt – jedenfalls soweit es die Verhältnisse im Christianeum betrifft – wenn er sich auch Außenstehenden gegenüber möglicherweise anders gegeben hat.“²¹

Auch der Fachausschuss hielt de Bruycker für die Schule für ungeeignet und „lehnt einen Mann wie de Bruycker“ als nicht wieder einstellbar ab.

Danach beschäftigte sich der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten zwischen 1947 und 1950 mit dem Fall de Bruycker. Er selbst und sein Rechtsanwalt verlangten die Berufung, Wiedereinstellung und, bei Pensionierung, die Auszahlung der Versorgungsbezüge. Der Berufungsausschuss führte selbst noch einmal Befragungen durch, um sich ein eigenes Bild zu machen. Am 3.12.1947 wurde der ehemalige Direktor des Christianeums, Hermann Lau, gehört. Er sagte: „Ich habe mit de Bruycker, bevor sich dieser Vorgang abgespielt hat, der Gegenstand der Konferenz vom 16.1.1942 wurde, Nachtwachen beim Luftschutz gehabt. Wir haben uns bei diesen Gelegenheiten ganz manierlich unterhalten, umso überraschter war ich, dass ich jetzt bei dem Vorgang annehmen musste, dass de Bruycker zu dem gegnerischen Kreis gehörte.“²²

Am 18.2.1948 hörte der Berufungsausschuss einige Zeugen an. So den Lehrer Otto Peters, der erklärte, Adolf de Bruycker habe auf der Konferenz „die Rolle des Anklägers“ gespielt. Zu klären hatte der Berufungsausschuss die Frage, wo die Denunziation anfang. Die Abläufe wurden nicht definitiv geklärt. Die Anklagepunkte der Gestapo, die in der Konferenz eine Rolle gespielt hatten, beruhten ganz wesentlich auf Angaben von Adolf de Bruycker. Es sei aber nicht erwiesen und eher unwahrscheinlich, dass de Bruycker selbst mit dieser Liste an die Gestapo herangetreten sei.

„Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass es Kontakte zwischen Oberschulrat Albert Henze von der Schulverwaltung und dem Sachbearbeiter Rühle vom Sicherheitsdienst (SD) gegeben hatte. Durch die Vernehmung der Zeugen ist nicht erwiesen, dass de Bruycker selbst der Verfasser des Aktenvermerkes vom 19.7.1941 gewesen ist. Auch der Oberstudiendirektor Dittmer hat bei seiner Vernehmung am 15.9.1945 nur bekundet, dass er den bestimmten Eindruck gehabt habe, dass in dem bei dem Kreisamtsleiter, Schulrat Schlotfeldt, befindlichen Vorgang ein von de Bruycker abgefasster Bericht vorhanden war.“ Der Ausschuss kam zu dem Schluss, „dass de Bruycker bei den Vorgängen im Christianeum im Jahre 1941/42 ein willfähiges Werkzeug nationalsozialistischer Kreise bei der Hetze gegen Rektor Lau, Dr. Wendling und Studienrat Schröder gewesen ist. Mit Recht haben sich verschiedene Mitglieder des Kollegiums, wie aus den Zeugenbekundungen ersichtlich ist, über diese Rolle des Berufungsklägers damals entrüstet.“²³

Der Berufungsausschuss entschied darum, „ihm bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres 75 % seines Ruhegehaltes und von diesem Zeitpunkt an das volle Ruhegehalt unter Einstufung in Kategorie V zuzuerkennen.“

Adolf de Bruycker hätte sich mit dieser Entscheidung zufrieden geben können, tat er aber nicht. Im Gegenteil. Er versuchte jetzt insbesondere Heinrich Schröder zu diskreditieren, die Entscheidungen der Entnazifizierungsausschüsse als das manipulierte Werk von Heinrich Schröder hinzustellen, unter anderem damit, dass er eine Nähe zwischen Schröder und Paul Dittmer konstruierte: „Dittmer hat mich 1943 durch seine infame Aussage Studienrat Schröder gegenüber belastet, um die schwere Schuld von sich auf andere abzuwälzen. Er glaubte nicht mehr an einen guten Ausgang des Krieges und wollte gut Wetter für sich machen. Er sah in Schröder den kommenden Mann. Beide Herren hatten sich trotz großer politischer Gegensätze genähert. Dittmer zeigte sich hoch beglückt, als Studienrat Schröder Oberschulrat und Personalchef wurde.“²⁴

De Bruycker demonstrierte in seinen Schriftsätzen, wie sehr er sich in einen persönlich gehaltenen Kleinkrieg hineinsteigern konnte. In seinem Fadenkreuz stand immer wieder Heinrich Schröder, dem er eine subjektiv motivierte, befangene Vorgehensweise gegen ihn unterstellte, mit der er, Schröder, auch die Ausschüsse beeinflusst habe: „Herr Schröder wollte keine Aufklärung, sondern meine Belastung und Diffamierung.“²⁵

De Bruycker verfasste umfangreiche Schriftsätze und sandte am 7.2.1950 einen langen Brief an Schulsenator Heinrich Landahl. Darin griff er erneut Schröder an. Es macht wenig Sinn, auf alle Konstruktionen de Bruyckers einzugehen. Der Vorsitzende des Berufungsausschusses, Rechtsanwalt Soll, nahm Heinrich Schröder noch einmal ausdrücklich vor den Vorwürfen de Bruyckers in Schutz. Soll schrieb

am 5.5.1950: „Ich empfinde die Angriffe von de Bruycker angesichts der gründlichen Behandlung seitens unseres Berufungsausschusses, der sich alle erdenkliche Mühe gegeben hat, um ein klares Bild über die damaligen Vorgänge am Christianeum zu gewinnen, als ungehörig, namentlich die Behauptung, dass wissentlich falsche Angaben gegen ihn gemacht und zu seinem Nachteil verwendet worden seien. Das Gegenteil dürfte sich einwandfrei aus dem Akteninhalt ergeben.“²⁶ Und auch Friedrich Wilhelm Licht, der den Fachausschuss leitete, stellte sich vor Heinrich Schröder und forderte am 21.2.1950 vom Senatskommissar für die Entnazifizierung, „dass sich de Bruycker für die freche Verleumdung, durch die Sie sich in Ihrer Ehre und ihres Ansehens auf das schwerste verletzt fühlen, verantworten muss und stellt an Sie das Ersuchen, die hierfür notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.“²⁶

Adolf de Bruycker blieb seit dem 3.3.1948 pensioniert, seit 1951 mit vollem Ruhegehalt.

Er starb am 29.12.1974.

Anmerkungen

- 1 In einem Schreiben an Heinrich Schröder, auf das noch näher eingegangen wird. Siehe Entnazifizierungsakte Adolf de Bruycker, StA HH, 221-11_Ed 3467.
- 2 Unser Klassenbuch, 12 g Abitur 1950, Erinnerungen an die Zeit im Christianeum 1941–1950, S. 49; Schulmuseum Hamburg.
- 3 Alle Angaben laut Entnazifizierungsakte de Bruycker, a. a. O.
- 4 Siehe auch die Biografien Dittmer, Lau und Henze.
- 5 Schreiben vom 17.5.1945, Personalakte Lau, StA HH, 361-3_A1670.
- 6 Siehe auch Biografie Lau.
- 7 Schreiben vom 1.9.1942, in Entnazifizierungsakte de Bruycker, a. a. O.
- 8 Schreiben vom 17.5.1945 in Personalakte Lau, a. a. O.
- 9 Alle Dokumente in der Entnazifizierungsakte de Bruycker, a. a. O.
- 10 Schreiben de Bruyckers vom 27.11.1945, ebd.
- 11 Ausgefüllt am 27.5.1945, ebd.
- 12 Siehe Anlage 2 zum Fragebogen zur Entnazifizierung, ebd.
- 13 Alle Schreiben ebd.
- 14 Schreiben vom 17.12.1945, ebd. Siehe auch Biografie Trog.
- 15 Entnazifizierungsakte de Bruycker, a. a. O.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Vermerk vom 3.12.1949, ebd.
- 23 Entscheidung vom 3.3.1948, ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Schreiben de Bruyckers an den Leitenden Ausschuss vom 7.2.1949, ebd.
- 26 Ebd.

Hermann Lau

„Wir hoffen und glauben, dass Deutschland wieder groß und gewaltig wird.“

Nachdem die Nationalsozialisten den sozialdemokratischen Schulleiter am Christianeum, Robert Grosse, im Laufe des Jahres 1933 als Schulleiter absetzen, wurde Hermann Lau nach Hamburg geholt, der vorher schon als Studiendirektor in Glückstadt gearbeitet hatte. Auch Lau entsprach eigentlich nicht dem Bild eines nationalsozialistischen Aktivisten. Lau trat 1937 in die NSDAP ein, sonst wäre er nicht Schulleiter geblieben, und hielt zur 200-Jahrfeier des Christianeums eine Rede, die Adolf Hitler und die „neue Volksordnung“ pries. Indes, es gab Schlimmere, die sein Amt anstrebten. Als am Christianeum eine Gruppe Swing-Jugendlicher aktiv geworden war, wurde eine denunziatorische Kampagne entfacht, der einige nichtnazistische Lehrer und Schulleiter Lau zum Opfer fielen. Nur: Auch wenn sich menschlich üble Nationalsozialisten in den Vordergrund schoben, war Hermann Lau bis zu seiner Ablösung 1942 ein Rädchen im Getriebe.

Hermann Lau wurde am 15.10.1882 in Lübeck als Sohn eines Kaufmanns geboren. Er besuchte dort das Gymnasium Katharineum und machte Ostern 1901 Abitur.¹

Das Studium der Theologie und Philologie absolvierte er in Erlangen, Berlin und Kiel. Am 9.2.1907 promovierte er, Thema: „Die angelsächsische Missionsweise im Zeitalter des Bonifaz“. 1908 machte er die Lehramtsprüfung in Lübeck, 1910 war er Seminarkandidat am königlichen Gymnasium in Kiel. 1911 wechselte er dann an das Gymnasium Glückstadt, an dem er 1912 Oberlehrer wurde.

Für den Kriegsdienst wurde Hermann Lau am 20.7.1915 für unabkömmlich erklärt.

Aufschlussreich erscheinen die Gutachten, die seinen Werdegang begleiten. Hermann Lau war offensichtlich ein ambitionierter Mann. 1918 bewarb er sich das erste Mal um eine Direktorenstelle am Lyzeum in Lüdenscheid. Das Kuratorium des Lyzeums bat in Schleswig am 26.8.1918 um Auskunft, ob Lau „nach seinem Auftreten und seinen ganzen Veranlagungen geeignet erscheint, eine höhere Lehranstalt zu leiten, im Lehrkörper die führende Stellung einzunehmen, auch durch Betätigung außerhalb der Schule die Verbindung mit der Bürgerschaft herzustellen.“²

Und Studiendirektor Krumm, Leiter des königlichen Gymnasiums in Glückstadt, urteilte über Lau, er „würde für die Stellung und Wirkung des Direktors in vieler Beziehung wohl geeignet sein.“³ Durch das „wohl“ klang das nicht völlig überzeugt.

Im Weiteren ergab sich aber eine sehr positive Beurteilung: „Er ist eine ernste und würdige, wissenschaftliche Persönlichkeit mit ruhigen und angenehmen Umgangsformen. Seine Beziehungen zu dem Direktor und dem Kollegium waren gut. Die Pflichten seines Amtes hat er gewissenhaft erfüllt. In den oberen Klassen hat er sich in seinem Hauptfach als tüchtiger und feiner Lehrer erwiesen, der mit feinem Takt selbständiges religiöses Leben anzuregen verstand. Auch in den anderen Klassen und Fächern wusste er sich den Schülern anzupassen und ihnen den Stoff gut zum Verständnis zu bringen, auch erwarb er durch seine zu gleicher Zeit bestimmte und freundliche Art deren Vertrauen.“ Und an anderer Stelle hieß es zu seiner Leitungsqualifikation: „Seine wissenschaftliche Tüchtigkeit und umfassende allgemeine Bildung würden ihm die Übersicht auch über das Leben einer andersartigen Schule erleichtern, seine Lebensklugheit und Gewandtheit würden ihm bei der Leitung des Lehrerkollegiums und bei der Herstellung und Aufrechterhaltung einer guten Verbindung mit dem Publikum die richtigen Wege weisen.“⁴

Der Karrieresprung nach Lüdenscheid realisierte sich nicht. Aber schon 1924 bewarb Lau sich erfolgreich um die Studiendirektorenstelle des Stadt-Lyzeums in Itzehoe, der Auguste-Viktoria Schule. In der Begründung wurden Laus Leistungen im Unterricht und seine Persönlichkeit sehr positiv gewürdigt: „Studienrat Lau ist eine ernste, würdige Persönlichkeit von reifem Urteil und ruhigen und angemessenen Umgangsformen. Die fachwissenschaftliche wie allgemeine Bildung überragt den Durchschnitt erheblich; er ist ein tüchtiger und zugleich feinsinniger Lehrer, der auf allen Stufen erfolgreich arbeitet, auch in solchen Fächern, für die er keine Fakultas hat, zum Beispiel Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Griechisch. Er weiß trotz hoher Anforderungen die Schüler für sich zu gewinnen und genießt in Folge seiner bestimmten und doch freundlichen Art Vertrauen und Verehrung.“⁵ Gleichzeitig wurde in diesem Schreiben darauf hingewiesen, dass die Entscheidung für Lau in Itzehoe nicht unumstritten gewesen war. Der bürgerliche Schulausschuss hatte sich für einen leitenden Direktor aus der Provinz Hannover entschieden. „Der sozialistische Magistrat hat dagegen den Studienrat Lau, der auf eine vertrauliche Anregung auch von unseren Anstaltsdezenten empfohlen worden war, vorgezogen.“ Gewählt wurde Lau gegen die Stimme des Bürgermeisters bei einer Enthaltung.⁶

Und wenn abschließend vermerkt wurde, dass es sich hier um „eine Machtfrage in dem alten politischen Streit zwischen dem bürgerlichen Schulausschuss und dem sozialistischen Magistrat handelt“, deutete sich an, dass die Arbeit für Hermann Lau nicht ganz einfach werden würde.

Insofern wundert es nicht, dass Lau schon 1927 an sein altes Gymnasium in Glückstadt zurückkehrte, wo er zum Studiendirektor ernannt wurde. Interessant auch, dass es sich die Mitarbeiter des Regierungspräsidenten in Schleswig mit ihrer

Begründung für Laus Ernennung nicht schwer machten. Sie legten das Schreiben von 1924 zugrunde und nahmen nur marginale Änderung vor. Neu war die Aussage: „Er ist politisch niemals hervorgetreten, weder in Glückstadt, noch in Itzehoe. Es ist daher auch anzunehmen, dass er mit dem sozialistischen Magistrat in Glückstadt gut auskommen wird.“⁷



Kollegium Christianeum 1938: Schulleiter Hermann Lau vorn in der Mitte (1), rechts daneben Karl Wendling (2), neben ihm Hermann Trog (3); vor ihm Heinrich Schröder (4); mittlere Reihen: Adolf de Bruycker (5) und NSDAP-Amtswalter Erich Wehrt (6); hinterste Reihe die beiden SS-Männer Siegfried Gruber (7) und Ernst Köhler (8)

Als Hermann Saß und der Altonaer Stadtrat sich entschieden, in Abstimmung mit dem Oberpräsidenten in Schleswig, am Christianeum den bisherigen Schulleiter Robert Grosse abzulösen,⁸ schlug Oberschulrat Dr. Erichsen als Nachfolger Hermann Lau vor. In der Begründung hieß es: „Lau ist eine ernste Persönlichkeit von reifem Urteil und aufrechtem Charakter. Bei seiner umfassenden Bildung ist er auch im Stande, in Fächern zu unterrichten, für die er keine Lehrbefähigung erworben hat; zum Beispiel im Deutschen, in Geschichte und Griechisch. Seit vielen Jahren erteilt Lau auf der Oberstufe mit Liebe und großem Erfolg den griechischen Unterricht.“⁹

Seine Leitungsarbeit wurde sehr positiv beurteilt: „Während der Zeit seines Direktorats in Itzehoe und in Glückstadt hat Lau den in ihn gesetzten Erwartungen voll und ganz entsprochen. Er hat es verstanden, durch sein geradezu vorbildliches Pflichtgefühl und seine geistige Überlegenheit sich die Anerkennung seiner Kollegen und durch die stets gerechte Behandlung seiner Schüler auch die Achtung der Elternschaft zu erwerben. Gerade wegen dieser Eigenschaften halte ich ihn für be-

sonders geeignet, auch den schwierigen Verhältnissen an der großen Doppelanstalt in Altona Herr zu werden.“

Interessant erscheint, wie Laus politische Haltung eingeschätzt wurde: „Lau gehörte früher der Deutschen Volkspartei an, von 1930 bis zu ihrer Auflösung war er Mitglied der DNVP. Doch ist er niemals politisch irgendwie hervorgetreten. Wenn er beim Ausbruch der nationalen Erhebung nicht sofort in die NSDAP eingetreten ist, so hat er das nicht getan, um nicht als Konjunktur-Politiker zu gelten.“ Erichsen war offenbar mit dieser Frage konfrontiert worden und kam zu dem Ergebnis: „Wegen dieser Zurückhaltung ist ihm aus nationalsozialistischen Kreisen heraus der Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit gemacht worden, und es wurde sogar der Antrag gestellt, ihn aus Glückstadt zu versetzen.“ Gegen seine Weiterverwendung als Studiendirektor hatte man allerdings nichts einzuwenden, „weil seine fachliche Eignung und Befähigung außer Frage stehen“ und auch seine „geschäftliche Amtsführung“ einwandfrei sei. „Ich habe die gegen ihn erhobenen Vorwürfe seinerzeit eingehend geprüft und bin mit meinen Dezernenten und den Mitgliedern meines politischen Vertrauensausschusses zu dem Ergebnis gekommen, dass keine Veranlassung vorliegt, gegen Lau etwas zu unternehmen. Ich habe die Überzeugung gewonnen, dass Lau ein ehrlicher und aufrichtiger Mann ist und sich rückhaltlos für den neuen Staat einsetzen wird.“¹⁰

Die Ausgangsvoraussetzungen erschienen also nicht ganz günstig für Hermann Lau. Trotzdem wurde er nach kommissarischer Tätigkeit am Christianeum 1934 bestätigt. Lau hätte den in ihn gesetzten Erwartungen durchaus entsprochen: „Durch seine besonnene und durchaus sachliche Art hat er sich in der kurzen Zeit die Achtung seiner sämtlichen Kollegen erworben. Selbst von tief religiöser Natur, versteht er es, seine Schüler für religiöse Fragen lebhaft zu interessieren. Dies ist ihm von seinen Primanern mehrfach bezeugt worden. Er führt die Anstalt mit Tatkraft und Umsicht und hält auf Zucht, Ordnung und Genauigkeit auch in den kleineren Dienstobliegenheiten; das ist umso mehr anzuerkennen, als es die bisherige Leitung der Schule gerade in diesen Punkten hatte fehlen lassen. Seine Ansprachen bei nationalen Feiern und Gedenktagen wirkten, wie ich erfahren habe, durch ihren Gehalt und ihre Echtheit und hinterließen so bei Lehrern und Schülern stets einen starken Eindruck.“¹¹

Auch die Gauleitung der NSDAP Schleswig-Holstein hatte gegen Laus Ernennung zum Oberstudiendirektor nichts einzuwenden.¹²

Die Reaktion der Schüler auf Lau war dann auch am Christianeum positiv: „Bewundert habe ich auch unseren ersten Direktor Lic. Dr. Lau, eine vornehme, durchgeistigte Gestalt“, schrieb Detlev Stoltenberg¹³ und Burkhard Elsner bemerkte, „ich erinnere mich noch gut an den Tag, an dem wir – aus der Volksschule entlassen

– vom Christianeum aufgenommen wurden, dessen Gymnasialen Zug wir besuchen sollten. Wir Neulinge und Hunderte von älteren Schülern standen vor dem Eingang im Karree und um den Fahnenmast versammelt, wo der weißhaarige Direktor, der ehrwürdige Lic. Dr. Lau, mit sonorer und deutlich skandierender Stimme seine Ansprache hielt: ‚Chris-tianeer!‘ Mir flößte seine Persönlichkeit Respekt und Bewunderung ein. So ein Mann schien mir für diese Schule der richtige Leiter.“¹⁴

Das Christianeum veränderte sich mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten erheblich, wie Ulf Andersen beschrieb: „Ostern 1934 zählte das Christianeum 375 Schüler. Rechtzeitig zum neuen Schuljahr war eine Fahnenstange auf dem Schulhof errichtet worden, an der am 11. April in Gegenwart aller Schüler und Lehrer feierlich die Hakenkreuzfahne gehisst wurde. Schon im August 1933 hatte die Konferenz die Anschaffung einer schwarz-weiß-roten und einer Hakenkreuzfahne beschlossen, dazu auf Antrag eines eifrigen Assessors ein Hindenburg- und ein Hitler-Bild. Nun hatte das Kollegium ein übriges getan und aus eigenen Mitteln eine Hitlerbüste gestiftet, die zum ersten offiziellen ‚Führergeburtstag‘ am 20. April 1934 in der Aula geweiht wurde. Gleichfalls mit Schuljahresbeginn mußten die Klassenlehrer darangehen, eine gesonderte Statistik über die rassische Zugehörigkeit ihrer Schüler aufzustellen; die Nürnberger Gesetze warfen ihre Schatten voraus. In sogenannten ‚Sippschaftstafeln‘ auf der Rückseite neuer Schülerbogen war für jeden Schüler ein Stammbaum anzulegen, möglichst bis zurück zum Jahre 1800. Erstaunlicherweise sind diese Rubriken in den uns vorliegenden Unterlagen am Christianeum nie ausgefüllt worden. Es genügte offenbar eine Erklärung der Eltern, dass der Sohn ‚arisch‘ sei.“¹⁵

Und auch über die Rolle und Bedeutung Laus schrieb Andersen: „Wenn am Christianeum in den folgenden Jahren trotzdem nicht die Jasager und ‚Märzgefallenen‘ Oberwasser bekamen, so ist das wesentlich dem neuen Direktor Lic. Dr. Hermann Lau zu verdanken, der zu Pfingsten 1934 die Leitung der Schule übernahm. In seinem Wesen von tiefer humanistischer Bildung und entschiedener Religiosität, hat er der Schule bis zu seiner Entlassung in bescheidenem Maße ein eigenes Profil und einen besonderen Freiraum erhalten können.“¹⁶

Als es für Beamte 1937 wieder möglich war, NSDAP Mitglied zu werden, trat auch Hermann Lau in die NSDAP ein. Andersen bemerkte dazu: „Direktor Lau wurde im Juni 1937 von Parteidienststellen unter Druck gesetzt, der NSDAP beizutreten. Gesinnungsfreunde im Kollegium bedrängten ihn, diesen Schritt zu vollziehen, um der Schule als Leiter erhalten zu bleiben. Angst und gegenseitiges Misstrauen verbreiteten sich im Kollegium.“¹⁷

Über die Veränderungen in der Lehrerschaft des Christianeums notierte

Andersen: „Eine besondere Verunsicherung ging seit 1937 von zwei neuen Lehrern aus. Der eine war SS-Mann seit 1931 und auf dem besten Wege, eine Karriere in dieser Organisation zu machen. Der andere hatte sich ebenfalls seit 1931 in der NSDAP verdient gemacht; wegen seiner frühen Parteimitgliedschaft war er, trotz eines negativen Befähigungsberichtes von Lau, vorzeitig zum Beamten auf Lebenszeit ernannt worden. Später wurde die Vermutung laut, daß beide für den SD gearbeitet hatten. Zu spät erkannten Lau und seine Mitstreiter, daß die eigentliche Gefahr jedoch von einem Kollegen ausging, der schon länger an der Schule war und der jahrelang insgeheim alle Äußerungen protokolliert und an die Partei weitergeleitet hatte.“¹⁸ Das war der Kunsterzieher Adolf de Bruycker, der in diesem Buch gesondert porträtiert worden ist.¹⁹

Getrübt wurde das so positiv gemalte Bild von Hermann Lau aus meiner Sicht durch eine Rede, die Lau zur 200-Jahrfeier des Christianeums am 24.9.1938 hielt, also ein Jahr nach seinem Eintritt in die NSDAP. Lau sagte in seiner Festrede: „Erst der Nationalsozialismus, die politische Tat Adolf Hitlers, schuf durch die Stiftung einer neuen Volksordnung, durch die Zusammenfassung der Volkskraft in einem einzigen politischen Willen, in einer einzigen umspannenden Weltanschauung die notwendigen Voraussetzungen für ein geschlossenes neues System der Jugenderziehung, für eine neue völkische Bildung. Diese neue Erziehung geht bewusst vom Leibe aus und bringt den ursprünglichen Gedanken des griechischen Gymnasium zu neuer Geltung, den Gedanken der harmonischen Ausbildung nach der körperlichen und der seelisch-geistigen Seite.“²⁰

Es sollen noch drei weitere Abschnitte dieser Rede zitiert werden: „Aber die Wertung der Leibesübungen ist erst durch die nationalsozialistische Auffassung von einer den Menschen einheitlich erfassenden Erziehung aus dem Zustand der geringeren Einschätzung zur Gleichbewertung gegenüber den wissenschaftlichen Fächern geführt worden. Denn darüber besteht Klarheit, daß die Leibesübungen nicht nur für die körperliche Ertüchtigung, sondern ebenso für Willens- und Charakterbildung wichtigste Arbeit leisten. In dieser Zielsetzung, der Wirkung auf Wille und Charakter, vereinigen sie sich mit den künstlerischen und wissenschaftlichen Fächern. Sie alle haben der Schaffung des neuen deutschen, des nationalsozialistischen Menschen zu dienen und die höhere Schule würde ihre neue Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie nicht gerade auch mit den Mitteln des Erkennens und Verstehens ihrer erzieherischen Verpflichtung nachzukommen vermöchte.“²¹

An anderer Stelle führte Lau aus: „Nicht etwa nur, weil der Unterricht in den alten Sprachen in eine starke geistige Zucht nimmt und weil die Einsicht in den fremden Sprachbau zu einem vertieften Bewußtsein und einem sicheren Gefühl für die Muttersprache führen soll, sondern weil uns die Beschäftigung mit der Antike hohe

völkische Bildungswerte vermittelt, wenn wir auf dem Wege des Rassegedankens an sie herantreten. Die nationalsozialistische Weltanschauung hat, wie wir wissen, dem Ringen um echte Menschenbildung ein neues Hochziel gesetzt: das Vorbild des Menschen nordischer Rasse.“²²

Und zum Schluss, wertschätzend, dass das Christianeum vor zweieinhalb Jahren in ein neues, helles Gebäude umziehen konnte, resümierte Hermann Lau:

„Es hat mit diesem Wechsel auch äußerlich an sich selbst die große Zeitenwende erlebt, die der Nationalsozialismus unserem Volke gebracht hat. Daß es aber diese Schicksalswende auch innerlich in tiefstem und stärkstem Miterleben erfahren hat, davon kündigt die schöne Halle unseres Hauses, in der uns das glühende Bekenntnis des Führers entgegenleuchtet: Wir hoffen und glauben, daß Deutschland wieder groß und gewaltig wird. Dieses Bekenntnis, in der Zeit der tiefsten Demütigung Deutschlands gesprochen, dieser unerschütterliche Glaube – wie wunderbar hat er sich in Deutschlands Wiederaufrichtung in seiner neuen Größe, seiner neuen Freiheit und Ehre erfüllt! Wenn aber dieser herzerhebende und mitreißende Glaube an Deutschlands Zukunft bisher die gewaltige Triebkraft im Führer und in seiner Bewegung gewesen ist, dann kann er auch weiterhin im deutschen Geschehen nicht entbehrt, das deutsche Volk und vor allem seine Jugend nicht ohne ihn gedacht werden.“²³

Es fällt schwer, in diesen Worten nicht einen überzeugten Nationalsozialisten zu sehen. Zumindest im Jahre 1938. Und wenn es Anpassung war, wenn man sich das Auditorium vor Augen hält, vornean die Repräsentanten des NS-Staates und der NS-Schulverwaltung: Mit dieser Rede war Hermann Lau zumindest belastet, ein Rädchen im Getriebe gewesen zu sein, wenngleich es sicherlich noch ungleich belastetere Personen gerade auch am Christianeum und an nahezu allen anderen Hamburger Schulen gegeben hat. Und sicherlich hatte Hermann Lau eine menschliche, anständige Grundhaltung, charakterlich ganz anders als sein Nachfolger Paul Dittmer.²⁴

Als der bisherige Landesschulrat Willi Schulz durch Krankheit ausfiel, der Ton der Schulverwaltung sich verschärfte und der Leiter der Gauführerschule in Hamburg, Albert Henze, 1940 als Oberschulrat für die höheren Schulen der starke Mann in der Hamburger Schulverwaltung wurde, geriet insbesondere das Christianeum ins Fadenkreuz:

„In einer seiner ersten Sitzungen mit Schulleitungen referiert Albert Henze über die ‚Verwahrlosung der Jugend‘, die auch eine Anzahl von Schülern der Oberschulen betrifft. Die Schulleiter ‚müssen mit allen Mitteln bestrebt sein, die Schüler (innen) aus der Schule zu entfernen, die durch äußere und innere Haltung zu erkennen geben, dass sie nicht würdig sind, eine höhere Schule zu besuchen.“²⁵

Damit waren in erster Linie Schüler gemeint, die der sogenannten Swing-Jugend zugerechnet wurden.

Am 21.10.1940 hatte die Gestapo eine mehrere Monate umfassende Aktion gestartet, die zu einer ersten großen Verhaftungswelle gegen die Swing-Jugend führte, die in erster Linie gegen Schülerinnen und Schüler gerichtet war. 63 Jugendliche wurden festgenommen. Offenkundig veranlasste Albert Henze diese Verhaftungen, denn in der genannten Sitzung hatte er als Beispiel für Jugendverwahrlosung und Ausschweifungen Swing-Tänze und englische Platten genannt. Er berichtete von Überfällen auf HJ-Angehörige durch Jugendliche, die gekennzeichnet seien durch lange Haare, auffallend weiße Schals und Hut im Nacken“.²⁶

Henze arbeitete in der Kampagne gegen die Swing-Jugend eng mit dem gleichaltrigen SS-Sturmbannführer Karl Hintze zusammen, der verantwortlich war für die Misshandlungen und Einlieferungen von Swing-Jugendlichen in Konzentrationslager. Auf Initiative von Albert Henze fand am 13.12.1941 eine Schulleiterkonferenz unter Vorsitz von Reichsstatthalter Karl Kaufmann statt. Dies zeigte, wie sehr Henze seine Aufgaben in der Schulverwaltung mit dem NSDAP-Apparat verband und war überdies eine massive Kampfansage an eine Jugendbewegung, die als unangepasst eingeschätzt wurde. Gestapomitarbeiter, die zu dieser Schulleiterkonferenz als Referenten eingeladen worden waren, berichteten über Swing-Jugendliche an Hamburger Oberschulen. Die Schulleiter wurden eingeschworen, verdächtige Jugendliche über Henze an die Gestapo-Leitstelle zu melden. Einer dieser Verdächtigten war der 16jährige Heiner Fey, Schüler des Christianeums, dessen Schicksal in diesem Buch an anderer Stelle schon beschrieben wurde.²⁷

Insgesamt standen etwa 25 Jugendliche, viele davon Schüler des Christianeums, miteinander in Verbindung.²⁸

Am 29.6.1942 konnte Henze vor dem Beirat der Schulverwaltung Erfolge präsentieren: „Die Beteiligung von Schülern an der Swing-Bewegung habe nachgelassen, nachdem durch 20–30 Verweisungen von der höheren Schule streng durchgegriffen worden sei. Es sei Vorsorge getroffen worden, dass die Betroffenen auch an den privaten Vorbereitungsanstalten ihre Reifeprüfung nicht ablegen könnten. Die Swing-Bewegung als solche sei jedoch bisher nicht abgeflaut. Es seien daher weiterhin zahlreiche Verhaftungen und Bestrafungen erforderlich geworden.“²⁹

Der Kampf gegen mögliche Gegner des NS-Regimes beschränkte sich nun nicht auf auffällige Jugendliche, sondern richtete sich auch auf Lehrer und Schulleiter, die Henze nicht als zuverlässig im Sinne des NS-Staates einschätzte. Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Swing-Jugend, die unter den Schülern auffällig viele Anhänger am Christianeum hatte, richtete Henze sein Augenmerk auf die Schulleitung des Christianeums und Lehrer dieser Schule, die er für die „Verwahrlosung“ der Schülerschaft verantwortlich machte.

Am 13. und 16.1.1942 suchte Albert Henze die Schule auf und trug dort eine

Anklageschrift vor, die aufgrund einer Untersuchung der Schulverwaltung über die politische Haltung des Schulleiters Hermann Lau und der Studienräte Dr. Walther Gabe, Heinrich Schröder und Karl Wendling erstellt worden war und auf Denunziationen mehrerer Lehrer des Christianeums beruhte. Diese Anklageschrift war eine der Konsequenzen der Schulleiterkonferenz vom 13.12.1941 unter dem Vorsitz des Reichsstatthalters Karl Kaufmann. Die zu einer Gesamtkonferenz zusammengerufenen Lehrer des Christianeums forderte Henze auf, weiteres Belastungsmaterial gegen den wegen politischer Unzuverlässigkeit zu überprüfenden Schulleiter Hermann Lau und die genannten Kollegen vorzubringen. Das Kollegium weigerte sich in der Konferenz, diesem Ansinnen nachzukommen.³⁰

Trotzdem wurde Hermann Lau als Schulleiter des Christianeums abgelöst, die Lehrer Gabe und Wendling pensioniert.

Ulf Andersen beschrieb, wie der Schulleiterwechsel am Christianeum vollzogen wurde:

„Als die völlig überraschten Schüler sich nach den Ferien zum Fahnenappell versammelten, stand ein neuer Direktor vor ihnen: Paul Dittmer, bisher Leiter der Schule Armgartstraße, davor Schulrat in Altona. An seiner Linientreue brauchte die Partei nicht zu zweifeln. Er hatte schon vorher bewiesen, dass er mit politisch unzuverlässigen Schülern nicht lange fackelte. Nun hatte er Gelegenheit, mit strammer Gesinnung und massiven Drohungen die ‚Verwahrlosung der Jugend‘ am Christianeum ein für allemal zu beenden. Schon nach wenigen Tagen trat er mit dem Bannführer vor die Schülerschaft, um ihr die Leviten zu lesen. Als abschreckendes Beispiel musste der ‚ehrlose Mischling‘ H. herhalten. Das Christianeum aber wurde mit dem Dienstantritt Dittmers vom Reichserziehungsminister offiziell in den Rang einer ‚besonders bedeutenden Anstalt‘ erhoben. Im Umgang mit dem Kollegium kehrte der Ton von Führerbefehlen in die Schule ein. Ein tiefer Graben, über den es keine Verständigung mehr gab, spaltete die Mehrheit der Lehrer von denen, die den Sturz Laus betrieben hatten.“³¹ Der Rang einer „besonders bedeutenden Anstalt“ hatte in erster Linie eine Besoldungsverbesserung für Dittmer zur Folge.

Im Kontext des Entnazifizierungsverfahrens von Hermann Lau wurde noch ein Schreiben von Heinrich Schröder eingebracht, das zusätzliche Informationen und eine innere Sicht zu den dargestellten Abläufen bot.

Am 26.8.1942 wurde Hermann Lau als Oberstudiendirektor des Christianeums abgelöst und als Nachfolger für den in den Ruhestand getretenen Schulleiter der Oberschule für Jungen in Blankenese mit der dortigen Leitung beauftragt.³²

Lau wies dieses „Angebot“ zurück. Am 5.9.1942 stellte er einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand. Oberschulrat Walter Behne beauftragte das Gesund-

heitsamt Altona am 8.9.1942, eine gutachterliche Äußerung abzugeben, ob Hermann Lau als dienstunfähig anzusehen sei. Um sicher zu gehen, dass die erwünschte Pensionierung auch realisiert werden konnte, ergänzte Behne auf seinem Vermerk handschriftlich: „Der eigentliche Vorgang ist am 12.9.1942 von mir dem Obermedizinalrat Dr. Stuhlmann, Altona, persönlich ausgehändigt.“

Und so kam der Obermediziner zu dem gewünschten Ergebnis: „Aufgrund der objektiv nachgewiesenen fortgeschrittenen Alterung und Verbrauchtheit und organischen Leiden sind die von Dr. L. vorgebrachten Beschwerden als vollkommen glaubhaft hinzustellen. Bei der Summe, Schwere und Art dieser Leiden ist nicht anzunehmen, dass durch die beabsichtigt gewesene Kur eine Wiederherstellung der körperlichen und geistigen Kräfte erzielt wird. Es ist vielmehr anzunehmen, dass eine weitere Verschlechterung bei dem Lebensalter des L. eintreten dürfte, so daß die bei Dr. Lau zurzeit vorliegende Dienstunfähigkeit als eine dauernde anzusehen ist und die Inruhestandversetzung wegen überkommener körperlicher und geistiger Schwäche angezeigt ist.“³³

Hermann Lau füllte am 8.2.1946 einen Entnazifizierungsfragebogen aus. Er wohnte noch in Flottbek und gab als Beschäftigung an: „Abhaltung von Kursen in Geschichte und Hebräisch für Theologiestudierende. Neben der NSDAP 1937 war Lau Mitglied in der NSV seit 1934, im NSLB seit dem 14.10.1934, im VDA und dem Reichskolonialbund seit 1940. Zur Parteimitgliedschaft vermerkte er: „Schon 1933 unternahm es die NSDAP, mich wegen Kampfes gegen den nationalsozialistischen Geist aus meinem Amte – ich war damals Direktor am Reformgymnasium in Glückstadt – zu entfernen. Sie stützte sich dabei unter anderem auf einen öffentlichen Vortrag über das Thema ‚Rasse und Bibel‘, den ich gegen die nationalsozialistische Rassenlehre gehalten hatte. Und auf den Widerstand, den ich der Werbung für die Hitlerjugend entgegengesetzt hatte. Ich wurde dann 1934 nach Altona an das Christianeum versetzt, hatte aber weiter unter der Bespitzelung und Anfeindung durch die Partei zu leiden. Auch als ich 1937 trotz meiner beim Ortsgruppenleiter vorgebrachten Einwendungen in die Partei hatte eintreten müssen, wurden die Treibereien gegen mich fortgesetzt und endeten damit, dass mir 1942 mein Amt genommen wurde.“³⁴

Bei früherer politischer Mitgliedschaft gab Lau „keine“ an, also weder DVP oder DNVP, wie in einem Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein vom 18.9.1934 festgestellt worden war.

Bedeutsam war eine Initiative von Heinrich Schröder an die Schulverwaltung vom 17.5.1945. Schröder, der kurz darauf Oberschulrat für die höheren Schulen werden sollte und bei den Entnazifizierungsverfahren in diesem Bereich eine wich-

tige Rolle spielte, forderte die Rehabilitierung von Hermann Lau und den ehemaligen Lehrerkollegen am Christianeum Wendling und Gabe. Dabei beschrieb er noch einmal präziser die Vorgänge, so wie sie bisher mit persönlicher Zuordnung nicht bekannt waren:

„Im Winter des Jahres 1941/42 wurde gegen den damaligen Direktor des Christianeums, Herrn Dr. Lau, sowie gegen die Studienräte Wendling, Dr. Gabe, Schröder von der Schulbehörde eine Untersuchung wegen ihrer politischen Haltung eingeleitet, die zurückging auf Anzeigen, die, wie Herr Oberschulrat Henze im Verlauf der Verhandlung mitteilte, von dem Studienrat de Bruycker und den früheren Mitgliedern des Kollegiums, den Studienräten Köhler (SS), Wehrt (Amtswalter der NSDAP), Oberstudienrat Dr. Trog (SS) (alle anscheinend Mitglieder des SD) erstattet worden waren. Diese Anzeigen waren bei der Gestapo gemacht worden, denn in einer auf Antrag der Gestapo einberufenen Sitzung der Hamburger Schulleiter, die am 13. Dezember 1941 unter dem persönlichen Vorsitz des Reichsstatthalters stattfand, war es der Vertreter der Gestapo gewesen, der diese Anklage vertrat und dem Christianeum den Vorwurf der staatsfeindlichen Haltung machte. Zu welchen Mitteln übrigens die Gestapo griff, um weiteres Belastungsmaterial zu bekommen, möge die Tatsache zeigen, dass der damals 15-jährige (!) Sohn des Unterzeichneten eines Tages ins Stadthaus bestellt wurde zu einem Verhör unter anderem darüber, ob sein Vater ausländische Sender höre, einem Verhör, das in der Akte wieder erwähnt wurde.“³⁵

Schröder beschrieb noch einmal die Lehrerkonferenz am 13.1.1942, auf der Oberschulrat Henze eine Anklageschrift vortrug in Anwesenheit des Denunzianten de Bruycker. „Die Konferenz sei völlig ergebnislos verlaufen: das Kollegium des Christianeums lehnte es einmütig ab, zum Teil in schärfster Form, einer solchen Aufforderung nachzukommen, weiteres Belastungsmaterial gegen die genannten Kollegen vorzulegen. Auch der von der Partei eingesetzte Schulwalter, Studienrat Irs, sowie der Studienrat Schindler, den Herr Henze mehrere Wochen vorher ans Christianeum versetzt hatte zu dem, wie Herr Schindler selbst ausgesagt hat, besonderen Zweck das Kollegium zu ‚überwachen‘, sie wagten nicht, vor diesem Forum die Anklage zu stützen geschweige denn zu erweitern.“

Obwohl die Konferenz ergebnislos verlief, wurden Hermann Lau und die Kollegen Wendling und Gabe versetzt bzw. pensioniert

Was ihn betraf, schrieb Schröder: „Als – um nur ein Beispiel anzuführen – die Primaner nach dem angeblich ‚proenglischen‘ Geschichtsunterricht des Unterzeichneten gefragt wurden, erklärte der damalige Schulführer der HJ-Führer Lucca wörtlich: ‚Wir würden gern auf jeden anderen Unterricht verzichten, wenn wir dafür bei Herrn Schröder Geschichte haben können.‘“

Somit glaubte Henze, dass Schröder „aus Versehen auf die Liste gekommen“ sein müsste.

Und was den Schulleiter betraf, stellte Schröder fest: „Herrn Direktor Lau wurde von Herrn Senator Offerdinger mitgeteilt, dass er nicht mehr das Vertrauen des Gauleiters habe. Da ihm für die Leitung einer anderen Anstalt – er sollte nach Blankenese versetzt werden – dies Vertrauen eigenartigerweise nicht entzogen wurde, so war es offensichtlich, dass bei dieser Entscheidung noch andere Gründe mitspielten. Da das Christianeum gerade damals in den Rang einer besonders bedeutungsvollen Anstalt erhoben wurde, so lag die Vermutung nahe, dass die mit dieser Einstufung verbundenen erhöhten Bezüge des Schulleiters einem besonders ausgewählten Parteigenossen zugutekommen sollten, eine Vermutung, die durch die Ernennung des für die Leitung eines Gymnasiums völlig ungeeigneten Herrn Dittmer prompt bestätigt wurde.“

Somit forderte Schröder, Hermann Lau und die beiden Kollegen zu rehabilitieren.

Interessant auch, was Heinrich Schröder zum Denunzianten de Bruycker feststellte: „Mit Herrn de Bruycker, der, wie sich bei der Verhandlung herausstellte, jahrelang Äußerungen einzelner Kollegen aufgeschrieben hatte, um sie dann in einem bestimmten Augenblick der Behörde zu übergeben, haben dann die nicht der Partei angehörigen Mitglieder des Kollegiums im Interesse ihrer persönlichen Sauberkeit jeden weiteren Verkehr abgelehnt und haben dies dem Nachfolger von Herrn Direktor Lau, Herrn Direktor Dittmer, zum Ausdruck gebracht. Dieser erklärte in einer Konferenz ein solches Verhalten für unzulässig und nahm Herrn de Bruycker in Schutz, indem er behauptete, Herr de Bruycker habe im Auftrag des S.D. gehandelt und habe nur seine Pflicht getan. Daß alle anständigen Mitglieder des Kollegiums des Christianeums es in Zukunft ablehnen werden, nicht nur außerdienstlich, sondern auch dienstlich mit Männern an einem Tisch zu sitzen, die sich in dieser Weise in den Dienst des Spitzel- und Denunziantentum der Partei gestellt haben, wird die Schulbehörde verstehen.“³⁶

Alle drei Kollegen wurden rehabilitiert. Karl Wendling war inzwischen verstorben und Walther Gabe wurde 1945 wieder eingestellt. Bei Hermann Lau war es schwieriger. Aufgrund seines Alters (fast 63 Jahre) gab man ihm nicht das Direktorat des Christianeums zurück. Dafür erhielt Lau die Ruhestandsbezüge als Schulleiter „einer besonders bedeutungsvollen Schule“.

Ab 1946 gab Hermann Lau Kurse an der Universität Hamburg. Von 1954 bis 1958 war er noch an der kirchlichen Hochschule tätig.³⁷

Hermann Lau starb am 4.2.1964.

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach der Personalakte Hermann Lau, StA HH, 361-3_A 1670.
- 2 Ebd.
- 3 Schreiben vom 6.9.1918, ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Entwurf eines Schreibens an das Kultusministerium Berlin vom 16.6.1924, ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Schreiben vom 22.12.1926, ebd.
- 8 Siehe Biografie Robert Grosse und: Das Denunzianten-System des Hermann Saß in Altona in diesem Buch.
- 9 Entwurf vom 27.10.1933, Personalakte Lau, a. a. O.
- 10 Ebd.
- 11 Entwurf vom 18.9.1934, ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Unser Klassenbuch, 12 g Abitur 1950, Erinnerungen an die Zeit im Christianeum 1941–1950, S. 117; Exemplar im Schulmuseum Hamburg.
- 14 Unser Klassenbuch, a. a. O., S. 65.
- 15 Ulf Andersen: Das Christianeum während des Dritten Reiches, in: Ulf Andersen (Hrsg.): 250 Jahre Christianeum 1738-1988, Bd. 1 Hamburg 1988, S. 133.
- 16 Andersen, a. a. O., S. 134.
- 17 Andersen, a. a. O., S.147.
- 18 Ebd.
- 19 Siehe Biografie de Bruycker.
- 20 Die Reden von Hermann Lau und dem Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums, Bernhard Lundius sind abgedruckt in: Die 200-Jahr-Feier des Christianeums in Altona. Bericht über die Festtage 23.-25 Sept.1938, S. 6–18. Wiedergegeben auch in Andersen, a. a. O., S. 120ff. Dass Hermann Lau durchaus auch eingepasst war in das NS-System wird auch deutlich in einem Gutachten, das er über Hermann Trog geschrieben hat, siehe Biografie Trog.
- 21 Andersen, a. a. O., S. 123f.
- 22 Andersen, a. a. O., S. 124.
- 23 Andersen, a. a. O., S. 125.
- 24 Siehe Biografie Dittmer.
- 25 Siehe StA HH, 362-2/21_Nr. 2.
- 26 StA HH, 361-2 VI_990 ;Schulverwiesene oder strafversetzte Schüler (sog. Swing-Jugend, 1940–1942). Siehe auch Biografie de Bruycker.
- 27 Siehe auch die Biografie Albert Henze. Zu Heiner Fey siehe: <http://www.martinguse.de/jugend-kz/mobiografie5.htm>
- 28 StA HH, 361-2 VI_990; Schulverwiesene oder strafversetzte Schüler (sog. Swing-Jugend, 1940–1942).
- 29 Ebd.
- 30 Siehe Biografie de Bruycker.
- 31 Andersen, a. a. O., S. 158.
- 32 Personalakte Lau, a. a. O., Bl. 11.
- 33 Amtsärztliches Gutachten vom 17.9.1942, Personalakte Lau, a. a. O., Bl. 12,
- 34 Siehe Entnazifizierungsakte Lau, StA HH, 221-11_Ed 10294. Danach blieb Lau NSDAP-Mitglied auch nach seiner Amtsenthebung.
- 35 Schreiben vom 17.5.1945, in Personalakte Lau, a. a. O.
- 36 Ebd. Siehe auch die Biografien Dittmer und de Bruycker.
- 37 Laut Personalakte Lau, a. a. O.

Walter Brockmöller

„Er müsse es melden, wenn Witze politischer Art im Lehrkörper erzählt würden. Dies halte er als Mitglied der SA für seine Pflicht.“

Walter Brockmöller hatte eine bewegte und ungewöhnliche berufliche Geschichte. Früh eifriger Nationalsozialist, als Studienassessor am Kirchenpauer-Realgymnasium für den NSLB Verbindungsmann, von vielen Kollegen als spitzelnde Bedrohung gesehen, machte er dann als Oberstudiendirektor in Wernigerode Karriere. 1949 floh er aus der „Ostzone“, kam zurück nach Hamburg, wo ihn seine alte Geschichte wieder einholte.

Walter Brockmöller wurde am 3.3.1898 als Sohn eines Lehrers in Avendorf auf Fehmarn geboren. Die Familie übersiedelte am 1.4.1902 nach Wandsbek. Walter Brockmöller besuchte von 1904 bis 1915 die Mittelschule und anschließend das Matthias-Claudius Gymnasium in Wandsbek, wo er am 26.6.1915 die Reifeprüfung bestand. Danach meldete er sich freiwillig zum Kriegsdienst, kam am 15.7.1915 zum Fußartillerie-Regiment Nr. 20, blieb im Krieg bis zum 30.11.1918 und wurde dabei zum Leutnant befördert. Die Hälfte seiner Klassenkameraden, die ebenfalls in den Krieg zogen, kam im Ersten Weltkrieg als Soldaten um.

Brockmöller besuchte das Lehrerseminar in Lübeck, nach etwas mehr als einem Jahr absolvierte er die erste Lehrerprüfung und kam als Volksschullehrer nach Wandsbek, später arbeitete er auch in Wilhelmsburg und Hamburg als Volksschullehrer. Die zweite Lehrerprüfung in Wilhelmsburg bestand er am 19.3.1923. Ambitioniert wie Walter Brockmöller war, studierte er parallel zum Volksschullehrerdienst erst an der Universität Kiel und danach an der Universität Hamburg. Seine Fächer waren Geschichte, Deutsch und Philosophie. Die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen bestand Brockmöller am 1.3.1929, seine schriftliche Hausarbeit schrieb er zum Thema „Der deutsche Gedanke in der schleswig-holsteinischen Bewegung in der Zeit von den Freiheitskriegen bis zur Erhebung im März 1848“. Einer seiner Prüfer war der jüdische Psychologe William Stern, der emigrierte, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Brockmöller bestand die Prüfung mit Auszeichnung und war ab dem 1.4.1929 für ein Jahr Studienreferendar.¹

Auch in der Ausbildung erhielt er sehr positive Rückmeldungen: „Herr Walter Brockmöller verfügt über die verhältnismäßig hohe pädagogische Bildung, die rege Betätigung in Standesvereinen dem begabten, fleißigen, für sein Amt interessierten jungen Lehrer zu vermitteln imstande ist. Seine Redegewandtheit, seine Debattierfreudigkeit, sein lebhaftes Temperament sind auch der Arbeit unseres Seminars,

dem er ein Jahr lang angehört hat, zugute gekommen. Seine Kandidatenarbeit zeigt, daß er die Fragen, die in den letzten Jahrzehnten die pädagogische Welt bewegt haben, kennt und selbständig zu beurteilen vermag.“² Das schrieb sein Ausbilder Prof. Walter Ziesenitz vom Realgymnasium des Johanneums. Auch Oberstudien- direktor Prof. Eduard Rütter von der Hansaschule in Bergedorf zeigte sich voll des Lobes über Walter Brockmüller: „Infolge seiner längeren Lehrtätigkeit und seiner gefestigten Persönlichkeit bewies er eine solche Sicherheit im Auftreten und eine so überzeugende Art, daß er auch widerstrebende Schüler auf den rechten Weg brachte. Er steckte in der Lektüreauswahl seine Ziele hoch und fesselte die durchweg regsamen Schüler.“ Er habe sein Amt „zur vollen Zufriedenheit versehen“, und Rütter resümierte: „Der Kandidat hat die Klasse zur regen Mitarbeit erzogen und auch sonst jede gestellte Aufgabe vorzüglich gelöst.“³

Nach einem Jahr als Studienassessor in Harburg-Wilhelmsburg, wechselte Brockmüller nach Hamburg und arbeitete als Studienassessor an der Kirchenpauer-Ober- realschule. 1933 wurde er in das Beamtenverhältnis über- nommen. Zum 1.5. 1933 trat er in die NSDAP ein, gleich- zeitig wurde er aktiv in der SA und im NSLB. Brockmüller erwies sich auch als politisch ambitioniert und strebte das einflussreiche Amt eines NSLB-Schulwalters an, verfügte über gute Kontakte zur NSLB-Zentrale im Curio-Haus.⁴ So war er Ansprechpartner für Assessoren in der Region um das Kirchenpauer-Realgymnasium, in einer Gruppe einfluss- reicher NSLB-Aktivisten aus dem Bereich der höheren Schu- len.⁵ Über Brockmüllers Arbeit am Kirchenpauer-Realgym- nasium gibt es die Darstellung eines ehemaligen Schülers in der Festschrift der Schule. Er schilderte folgende Begeben- heiten: „In der Obersekunda-Reife, die plötzlich in Klasse 7 umbenannt worden war, hatten wir Herrn Brockmüller in Religion. Er war einer der wenigen entschiedenen Nationalsozialisten unter unseren Lehrern, trotzdem noch mit schwachen Bindungen an das Christentum. Einerseits vertrat er im Unterricht antisemitische Thesen, ande- rerseits lehnte er die Lehren von Mathilde Ludendorff mit äußerster Heftigkeit ab. Wir kauften deshalb ihre neuesten Hefte und legten sie zu Beginn der Stunde auf den Lehrertisch. Wenn Herr Brockmüller dann mit forschem Schritt hineinstürmte, als ob er bestens für den Unterricht präpariert sei, und das Heft sah, blätterte er zunächst schweigend darin herum und biß sich schließlich an irgendwelchen Thesen fest, über die er über die Fünfminutenpause nach der ersten Stunde hinweg bis zum Ende der folgenden Geschichtsstunde zu dozieren pflegte. So hatten wir in zwei Fächern ein recht gemütliches Jahr.“



Walter Brockmüller

Nur einmal geriet ich durch Herrn Brockmüller in größte Verlegenheit. Er hatte wieder die damals gängige These vertreten, Jesus sei kein Jude, sondern arischer Abstammung. Als ich spontan einwandte, daß mein Pastor uns im Konfirmandenunterricht aus der Bibel das Gegenteil bewiesen habe, kam eine Reaktion, mit der ich nie gerechnet hätte. Herr Brockmüller explodierte förmlich, verlangte den Namen des Pastors zu hören, ließ mich aber gar nicht zu Worte kommen, sondern redete ununterbrochen weiter, nämlich daß ein solcher Pastor ins KZ gehöre und dergleichen. Er steigerte sich derartig in Wut, daß er, wie mir schien, zum Schluß offenbar nicht mehr wusste, was ihn so erregt hatte. So ist er glücklicherweise nicht auf seine Frage nach dem Namen des Pastors zurückgekommen. 1938 wurde Herr Brockmüller Oberstudiendirektor in Wernigerode. Später hörte ich, daß für die Berufung die dienstliche Beurteilung entscheidend gewesen sei, die ihm Dr. Iburg gegeben hatte: ‚Herr Brockmüller ist ein typischer Vertreter des Dritten Reiches.‘ Sein Dienstfeifer war nämlich auch für Schüler erkennbar, nicht gerade rühmenswert.“⁶

Schulleiter Cäsar Iburgs Charakterisierung Brockmüllers war sicherlich auch Ausdruck seiner Abneigung. Und Iburg war froh, den ihm unangenehmen Brockmüller loszuwerden, auch wenn das mit einer Beförderung verbunden war, die der ehrgeizige Walter Brockmüller angestrebt hatte. Die Geschichte Cäsar Iburgs ist ebenfalls bemerkenswert. Iburg war selbst seit 1933 Mitglied der NSDAP, was er später damit begründete, ihm sei bewusst gewesen, dass er damit seine Frau, die aus einer jüdischen Familie stammte, schützen wollte. Darauf gehe ich in der Biografie Iburg genauer ein.⁷

Schulleiter Iburg musste sich an seiner Schule mit dem NSLB-Aktivisten Brockmüller auseinandersetzen, wie einige Kollegen der Schule nach 1945 ihm bescheinigten, als er selbst um seine Rehabilitierung kämpfte. So schrieb der ehemalige Lehrer der Kirchenpauer-Oberrealschule, Theodor Claussen, dass Walter Brockmüller im Kollegium von vielen Lehrern als Denunziant und Zuträger zum NSLB angesehen wurde: „Als später das widerliche Denunziantentum, das die Partei ihren Mitgliedern vorschrieb, um sich griff und auch in unser bis dahin, man darf wohl sagen, vorbildlich zusammenarbeitendes Kollegium den Keil des Zwiespalts trieb, sind Sie es wiederum gewesen, der die Schule geschickt durch alle Fährlichkeiten hindurchgesteuert hat. Vermeiden ließen sich die Zusammenstöße nun nicht mehr, aber man konnte doch mancherlei Schlimmes abwenden, so wie Sie es z. B. taten, als Sie dem unangenehmen Kollegen Brockmüller das Amt des Vertrauensmannes des NSLB, das dieser als Deckung für widerwärtige Parteizwecke zu benutzen drohte, aus der Hand nahmen, was Sie als nominelles Parteimitglied, wofür ich Sie immer gehalten habe, unauffällig tun konnten.“⁸

Iburg hatte für einige Zeit verhindern können, dass Brockmüller die Verbin-

dungsfunktion zum NSLB übernahm, weil Iburg selbst „Schulwalter des NSLB“ wurde. An anderer Stelle bemerkt Claussen: „Einmal habe ich übrigens auch beobachtet, als ich gerade auf dem Katheder stand, daß der widerliche Brockmöller sich eine Äußerung von mir notierte. Na, in meiner ‚schwarzen Liste‘ wird noch mehr gestanden haben!“⁹

Der Stellvertreter Cäsar Iburgs, Hermann Jessen, der nicht Parteimitglied war, bestätigte, warum Iburg die NSLB-Schulwalterfunktion an der Schule 1933 übernahm. Jessen schrieb: „Daß Dr. Iburg später Schulwalter wurde, hatte folgende Bewandnis: Herr Studienrat Hestermann war im Kollegium der Vertrauensmann des Philologenvereins und legte das Amt nieder bei der Umwandlung dieses Vereins in den NS-Lehrerbund. Da bestand die Gefahr, daß Herr Brockmöller, ein S.A. Sturmführer und Aktivist, sich dieses Postens bemächtigen würde. Daher übernahm Dr. Iburg dieses Amt, das ohne sein Zutun zum Amt eines Schulwalters wurde; er hoffte, die Parteispitzel auf diese Weise unbehindert im Schach zu halten und von der Schule eine dauernde Beunruhigung abzuwehren.“¹⁰

Am Kirchenpauer-Realgymnasium gab es eine Gruppe von zehn bis zwölf Kollegen, die sich bis 1945 weigerten, in die NSDAP einzutreten. Diese Gruppe fühlte sich besonders durch Brockmöller bedroht. Einer von ihnen war Walther Gabe, der sich auch zu Brockmöllers Wirken an der Schule geäußert hat: „Ich erinnere mich auch gern, wie Sie bei dem Angriff des Herrn Brockmöller gegen mich sowohl der Schulverwaltung wie auch dem NSLB gegenüber für mich eingetreten sind. Sie taten das in vollem Bewusstsein der Gefährdung Ihrer eigenen Stellung, denn meine Person musste den Nazis doppelt anrühlich sein: 1) weil ich stets der Partei ferngeblieben war, 2) wegen meiner Abstammung: eine Großmutter Jüdin, eine Großmutter Engländerin.“¹¹

Der Fall Gabe soll später noch einmal beleuchtet werden. Gabe wurde nämlich noch einmal im Entnazifizierungsverfahren Brockmöllers 1949/1950 befragt. Ende 1945 bemerkte er noch: „Herr Brockmöller erhielt dann für sein dunkles Handwerk einen Direktorenposten. Nunmehr, darf ich annehmen, ist dieser Ehrlose aus dem Amt gejagt worden.“¹²

Zunächst aber kam Walter Brockmöller in ein Amt. Als profilierter Nationalsozialist mit großer Rückendeckung insbesondere im NSLB hatte er sich in Wernigerode im Harz auf eine Oberstudiendirektoren-Stelle beworben an der Fürst-Otto-Schule, der städtischen Oberschule für Jungen. Da Brockmöller erst am 1.4.1937 Studienrat geworden war, gaben politische Gründe den Ausschlag, dass Brockmöller die Stelle zum 1.4.1938 bekam. Aufatmen bei einem großen Teil des Kollegiums im Hamburger Kirchenpauer-Realgymnasium. Schon am 1.2.1939 wurde Brockmöller dann

endgültig Oberstudiendirektor. Lange währte die Arbeit Brockmöllers an der Schule nicht. Am 18.8.1939 zog Walter Brockmöller mit dem Artillerie-Regiment Nr. 31 in den Krieg, in dem er bis zum 18.8.1944 blieb und zum Major befördert wurde. Er hatte also, den Ersten Weltkrieg mitgerechnet, über acht Jahre Kriegsdienst hinter sich. Zurück in Wernigerode wurde Brockmöller am 31.5.1945 aus dem Schuldienst entlassen. Unterlagen über die Entlassung sind in der Personalakte nicht enthalten, aber nachvollziehbar. Und nachhaltig, denn Brockmöller arbeitete in Wernigerode vom 1.12.1945 bis zum 20.8.1949 als Elektroinstallateur, am Ende dieser Zeit zusätzlich als Korrektor und Fachreferent für den Deutschunterricht an der Landesfernschule in Halle (Sachsen-Anhalt).¹³

In seinem chronologischen Lebenslauf, den er für die Wiedereinstellung am 8.8.1950 in Hamburg verfasste, notierte er: „Entnazifizierung in Wernigerode (Ostzone).“ Später konnte Brockmöller die Abschrift eines Schreibens aus Wernigerode vorlegen, in dem es hieß: „Die Gründe, die zu Ihrer Entlassung führten, sind folgende: 1. Sie sind am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten. 2. Sie gehörten seit August oder September 1933 der SA an und waren in ihr Sturmführer.“¹⁴

Danach begann für Walter Brockmöller ein neuer Lebensabschnitt. Ende September 1949 floh er und wurde in das Flüchtlingslager Uelzen aufgenommen.

Vermerkt wurde in der Personalakte Brockmöllers auch, dass er 1922 die Lehrerin Anna Johanne Lobes heiratete und mit ihr zwei Töchter hatte (1926 und 1930 geboren).

Brockmöller wurde vom Flüchtlingslager Uelzen der Hansestadt Hamburg zugewiesen. Hier wandte er sich an Peter Jacobsgaard bei der „Gesellschaft der Freunde“, den er sicherlich noch aus seiner NSLB-Zeit kannte und der jetzt „Leiter der Betreuungsstelle für Flüchtlingslehrer in Hamburg“ war. Jacobsgaard beglaubigte einige Dokumente von Walter Brockmöller.

Brockmöller stellte dann den Antrag, im Hamburger Volksschuldienst beschäftigt zu werden. Vermutlich nahm er an, dass der Oberschulbereich für ihn kaum zugänglich sein würde. Nach einem Gespräch mit dem Personalreferenten für den Volksschulbereich, Karl Hoffmann, bewarb Brockmöller sich für eine Stelle im Berufsschulwesen. Das Personalamt vermerkte am 9.2.1951: „Wie vom Amt für Wohnungswesen bestätigt wird, ist B. von der Überprüfungscommission des Flüchtlingsdurchgangslagers Uelzen-Bohldamm in die BRD aufgenommen und nach Hamburg eingewiesen worden, weil er in der Ostzone an Leib und Leben bedroht war. B. ist mithin verdrängter Beamter.“¹⁵

Vor der Wiedereinstellung in Hamburg stand aber noch das Entnazifizierungsverfahren und das erwies sich auch 1950 keineswegs als Selbstgänger für Walter

Brockmüller. Auf dem ersten Fragebogen war eine kuriose Stellungnahme des Beratenden Ausschusses unter Vorsitz von Johann Helbig vermerkt: „Es muss als Ironie des Schicksals bezeichnet werden, wenn jemand, der, wie uns berichtet wird, an der Kirchenpauer-Schule in den Jahren nach 1933 seine Kollegen bespitzelte, indem er an Klassentüren horchte, um sich Eindrücke von dem Geschichtsunterricht anderer Kollegen zu verschaffen und sich entsprechende Notizen machte, heute aus der Ostzone geflüchtet ist, weil ihn die SMA zu Spitzeldiensten zwang. Wir bitten den Fachausschuss dringend, vor einer Entscheidung den Kollegen Dr. Walther Gabe vom Christianeum zu hören, dem er, wie man uns berichtet, als einem nicht voll arischen Manne schweres Leid zugefügt hat. Wenn Hamburg ihn überhaupt wieder aufzunehmen hat, scheint uns nur die Gewährung der halben Pension eines Studienrats möglich zu sein.“¹⁶

Unterzeichnet war das Blatt vom 2. Vorsitzenden des Fachausschusses, Kurt Zeidler. Brockmüller wurde in Kategorie IV eingeordnet. Votum: „Als Lehrer nicht wieder zugelassen.“ Im Protokoll des Fachausschusses vom 10.1.1950 wurde das ablehnende Urteil ausführlich begründet: „Der Fachausschuss hat sich sehr eingehend mit diesem Fall beschäftigt und in dreimaliger Verhandlung die in dem Gutachten des Beratenden Ausschusses erhobenen Anklagen nachgeprüft. Danach hat der Betroffene seit 1933 eine höchst unheilvolle Rolle im Kollegium des Kirchenpauer-Realgymnasiums gespielt. Vor allem die Herren, die nicht in der Partei waren, fühlten sich von ihm bespitzelt. Dem Schulleiter Dr. Iburg wurde mehrfach berichtet, daß Brockmüller an den Türen horche. Der Betroffene bestreitet dies. Von den Zeugen hat keiner diese Spionagetätigkeit, von der man allgemein im Kollegium sprach, persönlich beobachtet. Auch in der Art, wie Brockmüller in der Uniform eines SA-Sturmführers in der Schule erschien, glaubte man seine Absicht zu erkennen, einen Druck auszuüben und sich ein Ansehen zu geben, das man sonst seiner Persönlichkeit als Mensch und Lehrer nicht zubilligte. In diesem Rahmen paßt die Aussage von Dr. Pätz. Danach hat der Betroffene darauf hingewiesen, daß er es melden müsse, wenn Witze politischer Art im Lehrkörper erzählt würden. Dies halte er als Mitglied der SA für seine Pflicht.“

Besonders übel hat sich Brockmüller seinem Kollegen Dr. Gabe gegenüber verhalten. Diesem Manne, der es als nicht vollarisch sowieso schon nicht leicht hatte, hat er die größten Schwierigkeiten bereitet, als er die ihm von Brockmüller angebotenen Karten nicht abnehmen wollte. Der Betroffene hat Dr. Gabe beim NSLB denunziert, so daß dort ein Verfahren gegen ihn stattfand. Er hat es sogar vermocht, den Landesschulrat Schulz zur Abiturientenprüfung im Kirchenpauer-Realgymnasium heranzuholen; obgleich Oberschulrat Dr. Oberdörffer als Prüfungskommissar anwesend war. Dieser ließ sich nur von Dr. Gabe die Geschichtsprüfung vorführen

und dabei Brockmüller, der überhaupt nichts mit der Prüfung zu tun hatte, Protokoll führen. Ein einmaliger Vorgang in Hamburg!“¹⁷

Der Berufungsausschuss urteilte am 31.3.1950 milder. Er wies darauf hin, dass es unterschiedliche Stellungnahmen zu Brockmüllers Wirken gebe. Brockmüller wurde als Studienrat bestätigt: „Der Rang eines Oberstudiendirektors war ihm abzuerkennen, da diese Beförderung unter dem nationalsozialistischen System erfolgt ist und zweifellos eine positive Einstellung zum Nationalsozialismus hierbei von Bedeutung gewesen ist. Da das Verfahren sich ungewöhnlich lange hinausgezögert hat, erschien es dem Berufungsausschuss geboten, Brockmüller alsbald in die Kategorie V wie geschehen zu überführen.“¹⁸

Hilfreich für Brockmüller war auch ein Leumundszeugnis des ehemaligen Oberschulrats Wilhelm Oberdörffer. Oberdörffer, der vor 1933 der Deutschen Volkspartei (DVP) angehört hatte und 1933 bereits Oberschulrat gewesen war, war ebenfalls am 1.5.1933 Mitglied der NSDAP geworden. Sein Schreiben für Brockmüller erscheint dennoch überraschend: „Ich habe Herrn Brockmüller, der früher der Deutschen Volkspartei angehörte, in seiner Lehrer- und Erziehungsarbeit als einen sehr eifrigen, vielleicht etwas ehrgeizigen Jugenderzieher kennengelernt, der die ihm übertragenen Aufgaben gewissenhaft und mit gutem Erfolg erfüllt hat. Seine spätere Berufung als Oberstudiendirektor in Wernigerode ist, soweit mir innerlich, nicht aufgrund seiner Zugehörigkeit zur NSDAP, sondern wegen seiner pädagogischen und wissenschaftlichen Eignung erfolgt.“²⁰ Insbesondere der letzte Satz wirkt besonders befremdlich, weil es meines Wissens keinen Fall gibt, wo ein im Jahre 1937 zum Studienrat ernannter Lehrer schon ein Jahr später Oberstudiendirektor wurde, wenn es nicht eine massive politische Protektion gegeben hatte. Das dürfte dem ehemaligen Personalreferenten Oberdörffer völlig bewusst gewesen sein! Aber Oberdörffer hat in vielen Fällen ehemaligen Mitgliedern der DVP einen Persilschein ausgestellt, der im deutlichen Widerspruch zu deren Handeln in der NS-Zeit stand.²¹

Am 23.8.1950 schlug die Schulbehörde Brockmüller vor, sich an einer Handelsschule vorzustellen: „Zwei Lehrproben verliefen zur vollen Zufriedenheit.“ Der Lehrerbetriebsrat stimmte dem nicht zu. Letzten Endes konnte Brockmüller aber am 4.10.1950 den Dienst antreten.

Oberschulrat Ebel notierte am 18.1.1951 für das Personalamt: „Infolge der politischen Verhältnisse in der Ostzone musste er 1949 nach Berlin flüchten und wurde dort als politischer Flüchtling geführt.“²²

Am 18.5.1952 wurde Walter Brockmüller zum Studienrat ernannt. Vorher wurde vom Personalamt eine von Brockmüller produzierte Legende relativiert: „Wie aus dem vom Notaufnahmestelle Lager Uelzen-Bohldamm angeforderten Gutachten her-

vorgeht, hat B. die sowjetische Besatzungszone nicht wegen einer ihm unverschuldet drohenden unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben oder für die persönliche Freiheit verlassen.“²³

1953 wandte sich der neue Studienrat an seinen Schulaufsichtsbeamten Dr. Ebel mit einem merkwürdigen Brief, der auch wieder als eine Form der Denunziation gewertet werden kann: „Vorige Woche sprach ich im Lehrerzimmer am Holzdamm mit dem Kollegen Albus über Fragen des Deutschunterrichts und besonders bittere Erfahrungen in einer bestimmten Klasse. Der zufällig dazukommende Klassenlehrer lobte demgegenüber seine Klasse über den grünen Klee und nannte einen Schüler als besonders leistungsfähig. Ich übergab ihm die letzte Klassenarbeit dieses Schülers. Die noch nicht korrigierte Arbeit bezeichnete der Klassenlehrer als ‚gut‘. Herr Albus und ich begründeten dann im einzelnen unser übereinstimmendes Urteil: ‚nicht ausreichend‘ = 5. Dieser Fall mag besonders krass sein, ich erlebe aber oft Ähnliches, und es wäre lohnend, einmal sämtliche Prüfungsaufsätze von der Handkammer zu erbitten und die Beurteilungen und Zensierungen zu vergleichen.“²⁴

Es muss offen bleiben, ob es in Verbindung zu diesem Brief stand. Jedenfalls wollte Brockmüller den Schulbereich wechseln, um wieder einen anderen Unterricht geben zu können: „Mein ernstes Anliegen ist aber der muttersprachliche Deutschunterricht, um den ich mich seit langem nur in Nächten an meiner reichhaltigen, fast vollständigen Bücherei bemühen kann.“²⁵

Walter Brockmüller wurde nach einem Gespräch mit dem Personalreferenten für die höheren Schulen, Dr. Reimers, zu Ostern 1954 in diesen Bereich umgesetzt und begann am 23.4.1954 am Matthias-Claudius-Gymnasium, dem Gymnasium seiner eigenen Schulzeit. Schulleiter dort war Johann Helbig, der mit Brockmüllers Entnazifizierung knapp fünf Jahre vorher betraut gewesen war. Helbig verfasste am 18.6.1954 einen sehr positiven Bericht über Brockmüller, u. a.: „Herr Brockmüller hat sich willig und gut in das Kollegium eingefügt. Wenn er auch gern und etwas zu viel redet, so kann man seinen Ausführungen Gehalt und Form nicht absprechen. (...) Seine Stellung zu den Schülern ist daher gut; Disziplinschwierigkeiten kennt er nicht. (...) Sein Deutschunterricht in der Klasse 7 muß als interessant und originell bezeichnet werden. Der Unterzeichnete sieht in ihm eine durchaus brauchbare Lehrkraft.“²⁴



Walter Brockmüller

Danach setzte offenbar eine deutliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Walter Brockmüller ein. Schulleiter Werner Rockel, Nachfolger von Helbig am Matthias-Claudius-Gymnasium kennzeichnete es am 16.6.1958 folgender-



Kollegium des Matthias-Claudius-Gymnasiums 1954, Direktor Helbig in der Mitte am runden Tisch; Walter Brockmüller in der hintersten Reihe, 8. v. r.

maßen: „Herr Brockmüller ist ohne Zweifel der geborene Pädagoge, den die Liebe zu jungen Menschen und das ernste Bemühen, sie zu erreichen und zu führen, zu seinem Beruf gebracht haben.“ Und: „Es überraschte mich immer wieder, mit welchem Eifer Herr Brockmüller sich die Literatur seiner Fachgebiete zu eigen machte. Da er außerdem den Ehrgeiz hatte, seinen Blick auf jede Art zu erweitern – er ließ kaum einen Vortrag aus, selbst wenn er mit seinem Fachgebiet nur eine leise Berührung hatte.“ Mit Auswirkungen, dass er „in seinem Streben, zu lernen, sich Kenntnisse anzueignen, über das Maß hinausging und sich damit geistiger Belastung aussetzte, die er auf die Dauer nicht zu tragen vermochte. Das wirkte sich bei Herrn Brockmüller jedenfalls soweit ich es nach Ostern 1955 bis zu seinem Ausscheiden im Matthias-Claudius-Gymnasium beurteilen kann, in einer übersteigerten Nervosität und Reizbarkeit aus. Dadurch wurde seine unterrichtliche und erzieherische Arbeit, besonders in den Unter- und Mittelstufenklassen sehr erschwert, so dass bei den jungen Menschen Disziplinschwierigkeiten auftraten. Diese Situation verschlechterte sich leider von Jahr zu Jahr so, dass es mit Beginn jedes Schuljahres immer größere Schwierigkeiten gab, wie ich Herrn Brockmüller einsetzen sollte.“ Und schließlich: „Auf Herrn Brockmüllers Gesundheitszustand dürfte es zurückzuführen sein, dass sich der Umgang mit seinen Kollegen immer schwieriger gestaltete, so dass es verschiedentlich zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihm und anderen Herren kam, die den kollegialen Verkehr sehr erschwerten. Selbst wenn sich auch alle Herren darüber im klaren waren, dass man Herrn Brockmüller viel zugute halten müsse, so wurde es doch allgemein begrüßt, dass Herr Brockmüller selbst den Wunsch äu-

berte, das Matthias-Claudius-Gymnasium zu verlassen und an eine andere Schule versetzt zu werden, die in der Nähe seiner Wohnung liege.“²⁵

Brockmüller wechselte zweimal die Schule, Heilwig-Schule, Gymnasium für Mädchen Groß-Flottbek. Mehrfach war er in Behandlung bei dem nicht unumstrittenen Professor Hans Bürger-Prinz, nervöse Erschöpfung, vegetative Störungen, lange Fehlzeiten, Kuren, neun Wochen Braunlage im Harz.²⁶

1952 wurden in der BRD die Gesetze für ehemalige Nationalsozialisten geändert, das sogenannte 131er-Gesetz, das „den Abschluss der Unterbringung regelte“: Walter Brockmüller war danach in die Besoldungs-Gruppe A 15 übernommen worden.²⁷

Am 31.3.1963 wurde Walter Brockmüller pensioniert.

Er starb am 16.10.1979.²⁸

Anmerkungen

- 1 Personalakte Brockmüller, StA HH, 361-3_A 2592
- 2 StA HH, 361-12_A 263 Bd.1
- 3 Ebd.
- 4 Entnazifizierungsakte Brockmüller, StA HH, 221-11_77806 KAT
- 5 Siehe HLZ 1/1936, S. 8.
- 6 Festschrift 50 Jahre Kirchenpauer-Gymnasium 1930-1980. Hamburg 1980, S. 44f.
- 7 Siehe Biografie Iburg in diesem Buch.
- 8 Schreiben vom 6.12.1945, Personalakte Iburg, StA HH, 361-3_A 1595, Bd. 2
- 9 Ebd.
- 10 Schreiben vom 16.12.1945, ebd.
- 11 Schreiben vom 31.12.1945, ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Alle Angaben Personalakte Brockmüller, a. a. O.
- 14 Schreiben des Bürgermeisters aus Wernigerode vom 10.8.1945 an Walter Brockmüller, ebd.
- 15 Alles ebd.
- 16 Alle Dokumente in Entnazifizierungsakte Brockmüller, a. a. O.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Schreiben vom 29.3.1950, ebd.
- 21 Siehe die Biografie Oberdörffer in diesem Buch.
- 22 Personalakte Brockmüller, a. a. O.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Schreiben vom 21.1.1954, ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Schreiben vom 1.2.1962, ebd.
- 28 Alle Angaben ebd.

Hermann Trog

„This man's attitude is apparently still typically Nazi.“

Hermann Trog war ein ambitionierter Pädagoge, Dr. phil. und Dr. theol., Studienrat am Christianeum, in der Lehrerausbildung tätig, erst in Altona, später Leiter des Studienseminars in Hamburg, nachdem er zuvor in die SS eingetreten war. Weitestgehend unbekannt und von ihm im Entnazifizierungsverfahren verschwiegen war, dass er sich bereits seit Ende 1935 im Sicherheitsdienst (SD) der SS betätigte, für den er geheime Berichte insbesondere über Geschehnisse im Bildungsbereich schrieb.

Hermann Trog wurde am 30.5.1893 in Steele (Kreis Essen) als Sohn des Oberpostsekretärs Rudolf Trog geboren und, wie er in seinem Lebenslauf schrieb, „im evangelischen Glauben erzogen.“¹ Er besuchte in Wesel die Grundschule, danach das Gymnasium, das er Ostern 1914 mit der Reifeprüfung abschloss.

Trog begann ein Theologiestudium in Marburg. Ein gravierender Lebenschnitt folgte bald darauf. Trog hielt fest: „Bei Kriegsausbruch trat ich in das Heer ein, wurde im Mai 1915 in Galizien verwundet und rückte nach meiner Wiederherstellung ins Feld. Im Juni 1916 verlor ich vor Verdun als Leutnant der Reserve mein linkes Bein.“²

Zum Sommersemester 1917 konnte Hermann Trog weiter studieren in München, Rostock und Kiel, wo er in Deutsch und Religion das Staatsexamen ablegte. Im Gymnasium Kiel trat er den Vorbereitungsdienst an. Ein Gutachten beschreibt den ersten Eindruck von seiner Lehrerpersönlichkeit: „Er hat dabei natürliches pädagogisches Geschick und großen Eifer, sich die methodische Disziplin anzueignen, an den Tag gelegt. Zur Zeit leidet er noch etwas an einem seiner Natur eigenen, etwas schwerfälligen Wesen und gelegentlicher Befangenheit, wenn andere dem Unterricht beiwohnen. Andererseits bekundet er eine besonders hohe Auffassung seines Berufes und große Liebe zur Jugend, die ausserordentlich an ihm hängt. Dies letztere, verbunden mit seiner unleugbaren Veranlagung zur Einwirkung auf die Jugend, gibt die Gewähr, dass Herr Trog dereinst ein tüchtiger Lehrer werden wird.“³

Bei seiner Festanstellung 1926 am Gymnasium Altona wurde dann bei der Behandlung von „Meister Eckhart“ im Deutschunterricht vermerkt: „Er zerstreut die Jungen auch durch zu vieles Vorlesen vielfach in seinem Unterricht. Er überschätzt offenbar den Wert solchen bloßen Hörens.“⁴

Hermann Trog war ein ehrgeiziger Mann. 1926 promovierte er in Germanistik („Rahel Varnhagen und die Romantik“) und am 27.5.1933 in Jena auch in Theo-

logie. Seine Unterrichtsfächer am Christianeum waren seit 1925 Deutsch, Religion und Geschichte.

Am 1.10.1932 übernahm Hermann Trog die Fachleitung für Deutsch und Religion am Staatlichen Studienseminar in Altona.

**Klassenfoto 1932
am Christianeum
mit Klassenlehrer
Hermann Trog**



Die politische Belastung Trogs war formal nicht unerheblich. Er war Mitglied im NSV, NSKOV, VDA und dem NS-Altherrenbund seit 1933. In die NSDAP trat er am 1.5.1937 ein.⁵

Seit dem 30.1.1941 gehörte Hermann Trog offiziell der SS an, am Ende im Rang eines Hauptsturmführers. Als SS-Mann hatte Trog für den Sicherheitsdienst (SD) gearbeitet und auch im Konflikt am Christianeum offenbar Angaben gemacht, die in der Anklageschrift von Oberschulrat Henze und der Gestapo verwertet wurden.⁶

Augenfällig ist auch, dass die Parteimitgliedschaft, aber insbesondere das Engagement für die SS karrierefördernd war.

Eingeleitet wurde die Beförderung am 25.1.1941 durch ein Schreiben von Oberschulrat Theodor Mühe, der ein Gutachten und die Personalakte erbat, weil „es in Aussicht genommen“ ist, „Dr. Hermann Trog als Leiter eines Studienseminars in Vorschlag zu bringen.“⁷

Am 30.1.1941 trat Trog der SS bei, am 3.2.1941 erstellte Schulleiter Hermann Lau ein Gutachten über Trog und im April 1941 wurde Trog zum Leiter des Staatlichen Studienseminars II in Hamburg ernannt. Dieser Karrieresprung bleibt zu berücksichtigen, wenn Trog nach 1945 begründete, warum er für die SS aktiv geworden war.

Hermann Lau zeigte sich voll des Lobes für Studienrat und Referendarausbilder Hermann Trog und setzte auch ganz bewusst den Akzent auf die NS-Weltan-

schauung, die bei Trog zum Ausdruck komme: „Jeder Besuch seines Unterrichts gab Einblick in seine reiche Belesenheit und seine große Beherrschung des Stoffes und der Form. Für die Behandlung der Gegenstände und Fragen seiner Fachgebiete bestens ausgerüstet, wusste er seinen Schülern die festen Richtpunkte der Beurteilung von der weltanschaulichen Grundlage des Nationalsozialismus aus zu zeigen. Sein ausgeprägtes ästhetisches Gefühl leitete sie zu eindringender Erfassung und Würdigung künstlerischer Gestaltungen. Auf Anregung und weitgehender Förderung ihrer Selbsttätigkeit war er immer bedacht, ohne etwas von der methodisch sicheren Führung des Unterrichts preiszugeben. Psychologisch geschult, ging er den Begabungsrichtungen und charakterlichen Anlagen seiner Schüler nach und legte seine Beobachtung in Gutachten nieder, die von seinem Glauben an die Entwicklungsmöglichkeiten jugendlicher Menschen zeugen. Erfüllt von den Forderungen des nationalsozialistischen Staates, hat er so durch geistige Anregung und Förderung seinen Schülern viel gegeben.“

Anschließend bemerkte Lau noch: „Im Dezember 1940 war er zur Teilnahme an einem weltanschaulichen Lehrgang der SS nach Berlin einberufen.“⁸

Der zeitliche Ablauf seines Karrieresprungs weiter: Im Dezember 1940 im weltanschaulichen Lehrgang der SS, am 30.1.1941 SS-Beitritt und danach zum Leiter des Studienseminars II befördert.

OSR Hermann Saß ergänzte dann am 5.2.1941 auf dem Gutachten von Hermann Lau handschriftlich: „Studienrat Trog ist weltanschaulich, wissenschaftlich und pädagogisch in jeder Hinsicht geeignet für die Leitung eines Studienseminars“ und Oberschulrat Albert Henze, neuer starker NS-Mann in der Schulverwaltung, „schließt sich den vorstehenden Ausführungen“ an.⁹

Am 1.4.1941 wurde Trog Leiter des Studienseminars II und nach dem Tod des Leiters des zweiten Studienseminars, Andreas Isberg, übernahm Trog dann die Leitung beider Studienseminare. Im März 1942 wurde er zum Oberstudienrat befördert.

Nach dem Ende der Nazi-Herrschaft wurde Hermann Trog am 13.6.1945 verhaftet und in das Internierungslager Neumünster gebracht, wo er bis zum 15.4.1946 verblieb.

Am 3.8.1946 füllte er den Entnazifizierungsfragebogen aus. Was Hermann Trog verschwie, kann in seinem Lebenslauf nachgelesen werden, den er für einen anderen Zweck geschrieben hatte, nämlich für seinen Beitrittsantrag zur SS:

„Seit 1933 bin ich im Dienst der Bewegung tätig, zunächst im Kampfbund für Deutsche Kultur; seit 1934 verwalte ich ein Amt im NSLB und habe außerdem viele Vorträge in Schulungslehrgängen gehalten. Seit Ende 1935 bin ich im SD der SS tätig.“¹⁰

In den Ergänzungen zum Fragebogen begründete er seinen Beitritt zur SS damit, mehrfach zur „ehrenamtlichen Mitarbeit in der SS“ aufgefordert worden zu sein. „In den Formationen habe ich wegen meiner schweren Beschädigung nicht

Dienst getan.“¹¹ Seine „ehrenamtliche SS-Mitarbeit“ habe darin bestanden, „Stimmungsberichte (besonders allgemeine Stimmung, Schulen und Hochschulfragen) zu schreiben und in der „Mitarbeit beim Führungsoffizier“. Trog habe „zahlreiche, zum Teil umfangreiche Berichte“ geschrieben und dabei die „gesamte Schul- und Hochschulpolitik ständiger scharfer Kritik unterzogen. Es wurde versucht, die gesamten Argumente der Lehrerschaft, auch des gegnerisch eingestellten Teils, zu erfassen.“¹² Da kann man einige Fantasien entwickeln, wie die gegnerischen Positionen dargestellt wurden. Und ein Ergebnis dieser Darstellung war am Christianeum deutlich geworden.

Der Offizier der britischen Militärregierung vermerkte: „This man's attitude is apparently still typically Nazi. I think this man requires special attention.“¹³

Der Beratende Ausschuss für das höhere Schulwesen war ähnlich eindeutig. Am 19.10.1946 stellte er fest: „Als Hauptsturmführer der SS und Leiter des Studienseminars, an dem er die Anwärter in extrem nationalsozialistischem Sinne zu beeinflussen suchte, ist er für die Schule nicht tragbar.“¹⁴

Hermann Trog legte am 19.7.1947 Berufung gegen die Entlassung ein. Über seinen Parteieintritt schrieb er: „Am 1.5.1937 trat ich nach langem Zögern in die Partei ein. Vor 1933 hatte ich als überzeugter Kriegsgegner und Anhänger sozial fortschrittlicher Ideen sozialdemokratisch gewählt, da mir diese Gedanken in dieser Partei am besten vertreten schienen.“ Er benannte dafür als Zeugen Heinrich Schröder, der keine Stellungnahme zu Trog abgab – sehr ungewöhnlich, wenn man weiß, dass sich Schröder ansonsten ausführlich zu ihm bekannten ehemaligen Kollegen äußerte.

Und Trog erklärte weiter: „Irrtümlicherweise begann ich damals an die Möglichkeit zu glauben, dass Vergünstigungen an die Arbeiterschaft, die Schwerbeschädigten u.s.w. Ausdruck einer vielleicht echten sozialistischen Haltung seien. Irrtümlicherweise begann ich nach den immer wiederholten Friedensbeteuerungen der Regierung besonders im Reichstag und im Anschluss an die Olympischen Spiele 1936 in Berlin an den echten Friedenswillen der Regierung zu glauben. Ich konnte es mir einfach nicht vorstellen, dass so eindringlich formulierte Friedenserklärungen nur der Tarnung dienen und nur Lüge darstellten.“¹⁵

Auch die SS-Tätigkeit spielte Trog herunter. Er habe Berichte geschrieben, „da ich einen größeren Überblick über das Erziehungsgebiet besaß“. Dass er daraufhin befördert worden war, erwähnte er nicht. Er habe immer in „kritischer Weise Berichte geschrieben, auf Missstände hingewiesen“ und am 9.3.1945 sei er sogar aus der SS ausgetreten, weil man ihm seine Kirchenzugehörigkeit vorgehalten habe. „Ich erkläre, dass ich von den später aufgedeckten Grausamkeiten durch bestimmte Gruppen der SS nichts geahnt habe.“¹⁶

Bemerkenswert erscheint, dass OSR Heinrich Schröder und Peter Meyer keine Stellungnahme abgaben. Peter Meyer hatte lediglich in seinem Tagebuch am 10.2.1946 notiert, dass ihn die Ehefrau von Hermann Trog mehrfach aufgesucht und um Hilfe gebeten habe: „Ihr Mann, den ich zweimal in seinem Leben entscheidend gefördert habe, weil er zweifellos eine geistige Potenz darstellt, ist SS-Sturmführer und SD-Mann gewesen und als solcher natürlich den Anglo-Amerikanern sehr verdächtig.“ Und am 6.4.1946, nach einem weiteren Treffen mit Frau Trog, notierte er: „Mir sind diese Beichten furchtbar, da ich nichts aber auch gar nichts unternehmen kann, um einem SS-Sturmführer zu helfen. Es bleibt mir also nur übrig, der Frau allgemeine Trostworte zu sagen und sie um Geduld zu mahnen.“¹⁷

Andere, selbst belastete Nationalsozialisten, erwiesen sich da bereitwilliger, wie Theodor Mühe, SA-Mitglied seit 1933, Oberschulrat für die höheren Schulen und für die Studienseminare und pädagogischen Prüfungen zuständig. Mühe kennzeichnete Trog als einen Mann, der sein Amt „ohne parteidogmatische Enge“ betrieben habe. Es wurden zwei Beispiele genannt, die das belegen sollen. So habe Trog sich gegen die Forderung der Gebietsführung der HJ gewandt, die am 1.1.1944 gefordert hatte, eine Referendarin aus politischen Gründen zu entlassen. Trog habe das nicht getan, „obwohl die Referendarin dem Seminarleiter Dr. Trog erklärt hatte, sie sei politisch uninteressiert und habe kein Verständnis für den Nationalsozialismus“. Diese Referendarin nicht zu entlassen, galt Mühe offenbar als Beleg für eine Heldentat.¹⁸

Am 7.11.1947 plädierte der Beratende Ausschuss erneut: „Eine Wiedereinstellung kommt bei der schweren Belastung nicht in Frage. Der Ausschuss würde sich einer teilweisen Pensionierung nicht widersetzen, da Trog schwer kriegsbeschädigt ist und lange Jahre als erfolgreicher Lehrer tätig war.“¹⁹

Der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten entschied dann am 10.3.1948: „Der Berufung wird mit der Maßgabe stattgegeben, dass Dr. Trog als Studienrat im Angestelltenverhältnis bis Ostern 1949 und als dann als Studienrat im Beamtenverhältnis bestätigt wird. Dr. Trog wird in die Gruppe IV eingestuft.“ Kategorie IV, als Mitläufer.²⁰

Die Begründungen muteten erstaunlich an: „Formell ist Dr. Trog durch seine Zugehörigkeit zur SS und seinen Rang als Hauptsturmführer erheblich belastet. Es war jedoch zu berücksichtigen, dass der Beitritt Dr. Trogs zur SS kein politisches Bekenntnis zur NSDAP darstellt. Seine Darlegungen, dass er seine ehrenamtliche Tätigkeit in der SS, die auf Kriegsdauer beschränkt war, lediglich aufnahm, um das deutsche Volk vor den schweren Folgen eines verlorenen Krieges zu bewahren, erschien bei seiner Gesamthaltung glaubhaft.“²¹

Tatsächlich wurde Trog aber nicht wieder als Lehrer eingestellt. Da intervenierte offenbar Heinrich Schröder noch einmal: „Auf Veranlassung der Schuldeputation soll beim

Leitenden Ausschuss eine Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt werden, weil Dr. Trog sowohl für die Schulbehörde als auch für den Fachausschuss als Lehrer wegen seiner starken politischen Belastung untragbar erscheint“, schrieb er am 14.6.1948.²²

Trog stellte einen Antrag auf Pensionierung, das amtsärztliche Gutachten stützte diesen und bescheinigte Trog die Dienstunfähigkeit.²³

Mit Abschluss der Entnazifizierung am 1.6.1952 wurde Trog in Kategorie V als Entlasteter eingestuft, was einer „echten Entnazifizierung“ gleichkam. Trog erhielt die Pension eines Oberstudienrates.

Eine spätere Nachfrage Trogs ergab dann sogar, dass er zum 1.7.1969 nach A15 eingestuft wurde, woran sich dann auch die Pension orientierte.

Hermann Trog erhielt Dankeschreiben und Glückwünsche von der Schulbehörde zu seinem 70. und 80. Geburtstag, die er „in Zuversicht und Heiterkeit“ dankend beantwortet.

Er starb am 23.12.1976.

Anmerkungen

- 1 Alle persönlichen Angaben nach seiner Personalakte, StA HH, 361_A 2753.
- 2 Ebd., Bl. 2.
- 3 Ebd., Bl. 30.
- 4 Ebd.
- 5 Alle Angaben und Dokumente laut Entnazifizierungsakte Trog, StA HH, 221-11_Ed 15845
- 6 Siehe Biografien Henze, Lau, Dittmer und de Bruycker.
- 7 Personalakte Trog, a. a. O.
- 8 Ebd., Bl.76.
- 9 Ebd.
- 10 BArch, RS/ 60326, Bl. 1702.
- 11 Alle Angaben nach Entnazifizierungsakte Trog, a. a. O.
- 12 Ebd., Bl. 8.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Ebd., Bl. 13.
- 16 Ebd.
- 17 Siehe: Peter Meyer: Tagebuch (Chronik 1945/1946), StA HH, 731-1 Handschriftensammlung_Nr. 2912 und auch Biografie Peter Meyer.
- 18 Entnazifizierungsakte Trog, a. a. O.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Laut Personalakte Trog, a. a. O., wie auch die weiteren Daten.

Sophie Barrelet

„Das deutsche Mädchen muß früh lernen, tapfer durchzuhalten, Entbehrungen zu ertragen.“

Sophie Barrelet war sicherlich eine starke und resolute Frau. Aber sie war auch die führende Repräsentantin der Nationalsozialisten im Hamburger Schulwesen. Mit ihrer fünf Jahre jüngeren Schwester Adelheid Barrelet erwies sie sich als glühende Nationalsozialistin, die zu den Aktivistinnen im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) gehörte. Die Barrelets galten als „die Nazissen“ im Hamburger Schulwesen von 1933 bis 1945, die im Nazi-System Karriere machten.

Als Sophie Barrelet am 26.10.1987, 94jährig starb, trauerten in einer Anzeige im Hamburger Abendblatt für die Angehörigen Horst Barrelet, Rechtsanwalt und ehemaliger HSV-Präsident und der evangelische Landesbischoff und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands, Eduard Lohse. Die Gnade eines langen Lebens hatte Sophie Barrelet zu einer verdienten Hamburgerin gemacht.¹

Ihre Leistung war u. a., Gründerin und langjährige Vorsitzende (von 1927 bis 1965) des Hamburger Ruderinnen Clubs gewesen zu sein.²

Schon zum 50jährigen Bestehen des Clubs hatte das „Hamburger Abendblatt“ sie 1975 gefeiert: „Als junge Lehrerin, ein Beruf, dem sie sich mit Leib und Seele verschrieben hatte, setzte sie bereits 1924 an der Lichtwarkschule, der ersten Koedukationsschule in Hamburg, die tägliche Turnstunde für alle durch und gab damit ein noch heute aktuelles Beispiel.

Noch heute ist die 82Jährige häufig im Klubhaus am Isekai anzutreffen, nicht nur bei den Vorstandssitzungen, an denen sie als Ehrenvorsitzende teilnimmt, sondern auch regelmäßig beim Treffen der sogenannten ‚Morgenfrauen‘, die sich mittwochs zum Rudern und Kaffeetrinken treffen. Bis vor kurzem stieg Frau Barrelet selbst noch ins Boot. Außer dem Rudern gehört ihr Herz den Bergen; die Westalpen und die Dolomiten kennt sie aus dem ‚Effeff‘.“³

Und noch an anderer Stelle fand Sophie Barrelet als ehrenwertes Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft Erwähnung. Als der in Amerika gegründete Zonta Club (Advancing the status of women worldwide), „die weibliche Antwort auf Rotary“⁴, im Jahre 2006 sein 75jähriges Jubiläum feierte, titelte das „Hamburger Abendblatt“: „Der Club der starken Frauen“. 39 Frauen, Ärztinnen, Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen und Geschäftsfrauen hatten im April 1931 im neuen Rechtshaus in der Rothenbaumchaussee 44 die Vereinsstatuten festgelegt.

Zwei Jahre nach der Clubgründung „wurden die Zonta-Maximen ‚überparteilich, überreligiös und politisch neutral‘ auf eine harte Probe gestellt. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten sollte auch der Hamburger Zonta-Club sich von seinen jüdischen Mitgliedern trennen. Daraufhin ließ der Zonta-Club sich aus den Vereinsregistern streichen und die Mitglieder setzten ihre Treffen im Geheimen fort.

„Die Kaffeemütze, als Abwehrschutz über das Telefon gestülpt, wurde plötzlich zum Symbol eines Frauen-Netzwerks, das alles andere als ein Kaffeekränzchen war.“⁶

Dennoch – einige dieser Frauen mussten emigrieren. Die Zahnärztin Clara Goldschmidt beging Selbstmord, nachdem Nazis ihr Praxisschild in Eppendorf mit der Aufschrift „Jude“ beschmiert hatten.⁷

Die Autorin Traute Hoffmann hat in einem Buch die Kurz-Biographien einiger Zontians geschrieben⁸. Stellvertretend genannt wird dabei auch Sophie Barrelet. Und hier stimmt die Geschichte nicht mehr – sie wird praktisch auf den Kopf gestellt, wohl weil nach über 70 Jahren auch so Entscheidendes vergessen oder unbekannt ist.

Sophie Barrelet war sicherlich eine starke und resolute Frau. Aber sie war auch die führende Repräsentantin der Nationalsozialisten im Hamburger Schulwesen. Mit ihrer fünf Jahre jüngeren Schwester Adelheid Barrelet war sie Nationalsozialistin, gehörte sie zu den Aktivistinnen im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB). Beide galten als „die Nazissen“ im Hamburger Schulwesen von 1933–1945, die im Nazi-System Karriere machten.

Insofern erscheint es befremdlich, dass Sophie Barrelet ohne irgendeinen Hinweis auf ihre nationalsozialistische Vergangenheit in die Porträt-Sammlung: „Auf den Spuren außergewöhnlicher Frauen“ aufgenommen wurde.¹⁰

In der Rubrik „Pädagoginnen“ zusammen mit Olga Essig und Emmy Beckmann, die von den Nazis 1933 als Oberschulrätinnen entlassen wurden. In dem Porträt von Sophie Barrelet heißt es am Ende knapp:

„Aus dem Zonta-Club Hamburg ist sie wahrscheinlich zur Zeit des Nationalsozialismus ausgetreten.“¹¹

Sophie Barrelet wurde am 10.1.1893 als Tochter des Kaufmanns Edouard Barrelet und seiner Frau Mary Adelaide, geb. Walbaum, geboren.¹²

Ihre Herkunft ließ die spätere Hinwendung zum Nationalsozialismus nicht unbedingt erwarten. Ihr Vater entstammte einer französisch-schweizerischen Familie. Der Großvater und andere Familienmitglieder waren lange Zeit Pastoren der Französischen Kirche in Hamburg, eng verbunden mit der Hugenotten-Gemeinde. So war

Sophie Barrelet von Kindheit auf mit der französischen Sprache vertraut. Bei den zahlreichen Familienbesuchen in der Schweiz wurde stets französisch gesprochen.

Auch mit dem Englischen war Sophie Barrelet aufgewachsen. Mit ihrer Mutter, die in London geboren wurde und lange dort gelebt hatte, sprach sie stets Englisch. Großvater und Urgroßvater mütterlicherseits waren deutsche Hofprediger am englischen Hofe gewesen.¹³

1913 bestand Sophie Barrelet die Reifeprüfung am Wilhelm-Gymnasium. Danach studierte sie erst in Göttingen, dann in Hamburg. Während des Ersten Weltkrieges musste sie das Studium unterbrechen, um in den Kriegsdienst eingezogene Lehrer zu vertreten.

1921 legte sie die Prüfung für das höhere Lehramt ab und erhielt die Lehrbefähigung für Französisch, Spanisch, Latein, Mathematik und Philosophie. 1922 promovierte sie mit einer Dissertation zum Thema: „Sprachgeographische Untersuchungen zum Problem der Nasalierung in Frankreich“ an der Universität Hamburg.

Danach war sie als Lehrerin tätig an der Oberrealschule in St. Georg, danach an der Lichtwarkschule.

1924–1925 schloss sie dann noch eine Ausbildung als Turn- und Schwimmlehrerin erfolgreich ab.

Sophie Barrelet war fachlich sehr vielseitig aufgestellt und rege. Sie wechselte 1926 an die Universität Hamburg als „Akademische Turn- und Sportlehrerin“ und arbeitet seit dem 1.1.1930 als Dozentin an der Hochschule für Lehrerbildung. 1929 wurde Sophie Barrelet für ihre Tätigkeit beim Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Hamburgischen Universität vom Schuldienst beurlaubt.¹⁴ Im Hamburgischen Lehrerverzeichnis für das Schuljahr 1932–33 wurde Sophie Barrelet in diesem u. a. von Prof. Deuchler¹⁵ als Direktor geleiteten Seminar geführt. Deuchler setzte sich insbesondere im Jahr 1932 sehr für sie ein.¹⁶



Sophie Barrelet

Sophie Barrelet trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein, gleichzeitig in den NSLB, wo sie sofort zur Leiterin der Abteilung für weibliche Erziehung avancierte. Im Rahmen der Parteistrukturen übernahm sie viele verantwortliche Aufgaben. So leitete sie die Gaustelle für weibliche Erziehung und die NS-Frauenschaft, wurde Gausachbearbeiterin für Frauenturnen, Mitglied der NS-Volkswohlfahrt sowie des Reichs-Luftschutzbundes¹⁷.

Ihre Schwester Adelheid Barrelet vollzog die gleichen Schritte und leitete im NSLB die Gaufachgruppe der Kindergärtnerinnen. Beide wurden auf vielen Feldern aktiv,

berufliches, ideologisches und parteipolitisches wurde miteinander verbunden und vermischt.

Sophie Barrelets Lehrtätigkeit stand unter dem Zeichen nationalsozialistischer Ideologie. Ihre letzte fremdsprachendidaktische Veranstaltung an der Hamburger Universität trug den Titel „Die national-politische Aufgabe des fremdsprachlichen Unterrichts“. Der Kurs im darauf folgenden Semester: „Mädchenerziehung und Frauenbildung im Neuen Reich“.¹⁸

Auch ihre Begeisterung für die Sporterziehung entstand nicht ohne politisch-ideologischen Hintergrund. So schrieb sie in einem Artikel in der „Berliner Zeitung“ über „Politische Leibeserziehung“:

„Das Ziel aller Erziehung und damit auch der Leibeserziehung ist die Heranbildung der Mädchen zu gesunden deutschen Frauen, die sich ihrer völkischen Aufgabe bewusst sind. Volk, Rasse und Persönlichkeit sind die Richtungspunkte der Erziehung. Die Leibesübungen formen Leib und Seele als Träger des Rassenerbes.“¹⁹

Die „Hamburger Lehrerzeitung“ legte ab 1933 regelmäßig Zeugnis ab über die propagandistischen Schulungsaktivitäten der Schwestern Barrelet. Adelheid Barrelet war nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zur Leiterin des Fröbelseminars ernannt worden. Beide referierten regelmäßig auf Versammlungen der Lehrerinnen und Erzieherinnen sämtlicher Fachschaften des NSLB. Diese fanden häufig im großen Saal des Curio-Hauses statt. Sophie Barrelet: „Allgemeines über die Mädchenschule im Neuen Deutschland“. Adelheid Barrelet: „Die Aufgaben der Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Jugendleiterinnen im Dritten Reich“. Voll werden die Säle durch den Ankündigungszusatz: „Es ist Pflicht aller Lehrerinnen und Erzieherinnen im NSLB, an dieser Versammlung teilzunehmen.“²⁰

Sophie Barrelet berichtete fortlaufend in der HLZ von den Tagungen für weibliche Erziehung, die immer politischer wurden, vornehmlich im deutschen Osten stattfanden, in Königsberg, im „Weichselgebiet“. Thematisiert wurden die „Grenzlandprobleme“, mit Referaten über die „nationalsozialistische Arbeitsweise für Boden und Geschicke der Heimat“, Vorträgen „aus den Gebieten der Erb- und Rassenbiologie sowie auch Ostraum- und Kolonialschulung“.

Sophie Barrelet schwärmte von den Gemeinschaftserlebnissen. Die Tage begannen gern um 6 Uhr mit einem Geländelauf und Gymnastik und endeten mit Nachtwanderungen und Paddelfahrten.

Mit welcher Haltung und welchen Zielsetzungen Sophie Barrelet als Leiterin der Abteilung für weibliche Erziehung wirkte, hatte sie 1934 in einem programmatischen Aufsatz zum Thema Körpererziehung der Mädchen ausgeführt:

„Für die Gesundung und Gesunderhaltung des Volkes, für die Stärkung und Erhaltung der besten rassischen Kräfte im Volke ist eine gute Körpererziehung der

deutschen Jugend, der männlichen wie der weiblichen, von wesentlicher Bedeutung.“ Und weiter:

„Das Erziehungsziel steht fest: Der Knabe soll zum Mann erzogen werden, das Mädchen zur Frau und Mutter – beide zu deutschen Menschen, die ihrem Volke zu dienen bereit und befähigt sind.“

Man glaubt, die Bilder Leni Riefenstahls vor sich zu sehen. Sophie Barrelet schrieb: „Echte, verantwortungsbewusste Körpererziehung, wie sie unser Führer für das männliche u n d weibliche Geschlecht fordert, ist nicht möglich ohne Anstrengung und Kampf.“ Wobei ihr besonders die weibliche Körpererziehung ein Anliegen war: „Mut, Selbstbeherrschung, Zähigkeit und Tapferkeit werden geweckt und gestärkt durch entsprechende Anforderungen an den Leistungswillen der Mädchen. In der Überwindung von Hindernissen und Gefahren (tatsächliche oder vermeintliche), wie sie zum Beispiel das Geräteturnen und das Wasserspringen bieten, in der Bekämpfung der Müdigkeit und Unlust, wie sie bei Dauerleistungen auftreten, und in der Meisterung von Schwierigkeiten, wie Wanderungen sie mit sich bringen können, stählt sich der Wille des Kindes. Das deutsche Mädchen muß früh lernen, tapfer durchzuhalten, Entbehrungen zu ertragen.“

Und etwas später: „Dasselbe gilt aber vor allem auch für die Charakterformung. Auch die weibliche Jugend muß erfüllt werden vom heldischen Ideal; denn die zukünftige Frau und Mutter trägt im besonderen Maße die Verantwortung in sich für das kommende Geschlecht, für die Pflege von Gesittung und Volkstum in der Familie.“²²

Sophie Barrelet war eine selbstbewusste, streitbare Frau. Sie verfügte über gute Kontakte und war in der NSDAP und im NSLB ausgezeichnet vernetzt. Im Institut für Leibesübungen führte sie eine Auseinandersetzung mit dem Institutsdirektor, Prof. Knoll, offensiv um einen größeren Praxisbezug durch Hinzuziehung akademischer Turnlehrer bei der Lehrerausbildung. Knoll unterstellte „Fräulein Dr. Barrelet“ intrigantes Verhalten. „Ich erwarte, daß bis zum Ende des Semesters keine Quertreibereien mehr von Ihrer Seite kommen und verbleibe mit Heil Hitler“.²³

Sophie Barrelet, bisher nur Lehrbeauftragte, pflegte auch gute Kontakte außerhalb des Dienstweges, wandte sich direkt an den Landesschulrat und NSLB-Führer Willi Schulz. Sie war aber auch fachlich vielseitig und wechselte 1936 an die Hochschule für Lehrerbildung.

Am 7.6.1940 wurde sie „im Namen des Führers“ zur Professorin ernannt, am 1.4.1942 zur stellvertretenden Leiterin der Lehrerinnenbildungsanstalt (LBA), seit 1939 war sie bis Kriegsende auch als Referentin in der Schulverwaltung tätig.

Ausschlaggebend für diesen Aufstieg waren einerseits sicherlich ihre Aktivitäten in der nationalsozialistischen Bewegung. Andererseits besaß Sophie Barrelet

eine breite fachliche Qualifikation, erstklassige Zeugnisse – außerdem wurden im Oktober 1939 „5 Dozenten zum Heerdienst eingezogen“, ebenso wie mehrere Schulräte.²⁴

Weil Hochschullehrer und Lehrerausbilder ebenfalls für den Kriegsdienst verpflichtet wurden, arbeitete Sophie Barrelet parallel auch noch von 1941 bis 1944 als Fachleiterin im Staatlichen Studienseminar.²⁵

Sophie Barrelet blieb bis zum Ende des Nationalsozialismus aktiv. Am 27.2.1945 referierte sie vor Wehrmachtshelferinnen zum Thema „Die Position von Frauen, vom historischen Standpunkt aus gesehen“. Und am 6.3.1945 sprach sie in Osdorf vor Führeranwärterinnen über „Die Aufgabe der Wehrmachtsführerin“.²⁶ Ausdauer und Durchhaltevermögen waren bei ihr offensichtlich vorhanden.

Durch Verfügung der Schulverwaltung vom 8.6.1945 wurde Sophie Barrelet von ihrem Amt als Leiterin der Lehrerinnenbildungsanstalt (LBA) beurlaubt. Am 21.11.1945 erfolgte dann, ähnlich wie bei Kurt Holm²⁷, die Entlassung, endgültig dann durch Verfügung der Britischen Militärregierung vom 31.1.1946.

Den Entnazifizierungsbogen füllte Sophie Barrelet am 19.5.1945 aus. Ihre Sprachkompetenz bewies sie durch parallel gelieferte perfekte englische Übersetzungen ihrer Antworten.²⁸

Am 23.6.1945 schien sie noch hoffnungsfroh, weiterbeschäftigt zu werden, „falls es nicht länger möglich sein sollte, mich in einer führenden Position zu beschäftigen“, bot sie eine Tätigkeit als „Tutor für training and higher education of teachers an oder in der Schule.“²⁹

Sie verwies auf ihre Schweizer und englischen Wurzeln.

Als ihre politische Überzeugung und ihre Prinzipien („I have always upheld ...“) nannte sie „nationale Ehre und soziale Gerechtigkeit“, sie habe „niemals Hass oder Fanatismus“ gefördert („fostered“). Sie verwies auf ihre kurze DVP-Mitgliedschaft, die während der NS-Zeit von ihr vehement bestritten worden war.

Ihren Beitritt zur NSDAP begründete sie mit dem Glauben „in die Ideale nationaler Ehre und sozialer Gleichheit“.

Immer habe sie „gegenüber ‚defects, unadequateness or faults in the party‘ das Wort erhoben, wiederholt die Politik gegen die Juden kritisiert, keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt bekommen wegen ihres kritischen Verhaltens, niemals finanziell oder beruflich profitiert von ihrer Arbeit im NSLB oder der Frauenschaft“.³⁰

Später schrieb sie, „nie Gehässigkeiten gegen andere gelehrt oder bei meinen Schülern geduldet zu haben.“³¹

Am 23.3.1946 hoffte sie noch, „daß ich noch einmal Gelegenheit bekomme, an der deutschen Jugend zu arbeiten“.³²

Es begann eine langjährige Auseinandersetzung um die geforderte Wiedereinstellung, später, als ihr klar wurde, wie aussichtslos dieses Anliegen schien, auch um die Festsetzung der Versorgungsbezüge. Dabei wurde Sophie Barrelet zum Teil von ihrem Neffen, dem Rechtsanwalt Horst Barrelet vertreten.

Die Anwälte benannten Leumundszeugen, die Sophie Barrelet entlasten oder Persilscheine ausstellen sollten.

So schrieb die spätere Direktorin des Institutes für Lehrerbildung, Anne Banaschewski, am 5.11.1947, dass sie selbst auf Vorschlag von Fritz Köhne Ostern 1944 an die Lehrerinnen-Bildungsanstalt abgeordnet worden sei. „Es war Fr. Dr. Barrelet bekannt, dass ich nicht Parteimitglied war; trotzdem hat sie mich ohne politische Beaufsichtigung arbeiten lassen. Allerdings übte sie einen gewissen Druck auf mich aus, dass ich mich irgendwo ‚einsetzen‘ müsste. An ihrer überzeugten nationalsozialistischen Einstellung war nicht zu zweifeln, doch versuchte sie auch zu jenen ihrer Mitarbeiterinnen, die nicht Parteimitglieder waren, (wir waren zwei) in ein menschlich anständiges Verhältnis zu kommen.“³³

Einen echten Persilschein erhielt Sophie Barrelet von dem ehemaligen Oberschulrat Dr. Wilhelm Oberdörffer. Er bescheinigte ihr, „nie über das durch ihr Amt gebotene Maß“ politisch hervorgetreten zu sein, „nie verschärfend, sondern stets ausgleichend in ihrem Arbeitsbereich gewirkt“ zu haben.³⁴

Sophie Barrelet verwies in ihrem Einspruch gegen die Entlassung wieder auf ihre englischen und Schweizer familiären Wurzeln und erklärte: „Ich bin mit vielen Engländern, Amerikanern und Franzosen verwandt und befreundet.“

Der Beratende Ausschuss lehnte die Wiedereinstellung am 23.4.1948 erneut ab: „Nach eingehender Beratung und vor allem nach längerer Rücksprache mit Frau Oberschulrätin Beckmann sind wir der Meinung, dass sie unmöglich im aktiven Schuldienst wieder beschäftigt werden kann. Der Gewährung einer Pension widersetzen wir uns nicht.“³⁵

Das war besonders interessant, wurde Barrelet doch mit Emmy Beckmann in der Zonta-Porträt-Sammlung 50 Jahre später auf eine Stufe gestellt.

Emmy Beckmann musste noch einmal als Zeugin aussagen, weil der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten am 8.12.1948 die Tatsache prüfen lassen wollte, „dass Barrelet in Berlin die Auflösung des Philologinnenvereins mit beschlossen habe. Barrelet weist darauf hin, dass sie in Hamburg zur 1. Vorsitzenden des Philologinnenvereins gewählt worden wäre und deshalb dahin gefahren wäre“. Nach der Aussage von Emmy Beckmann wurde festgestellt, „Barrelet hatte entgegen dem Votum des Hamburger Philologinnenvereins sich in Berlin parteigetreu für die Auflösung eingesetzt“.³⁶

In der Sitzung des Berufungsausschusses am 9.2.1949 wurde Sophie Barrelet

damit konfrontiert, ob sie „noch im April 1945 eine Art Gedenkfeier anlässlich Hitlers Tod veranstaltet“ habe. Laut Vermerk erwiderte sie: „Ich hatte in meiner Schule ein Wohnheim Ende April oder Anfang Mai, als die Truppen einrückten. Als dieses Wohnheim aufgelöst wurde und die Mädels weggingen, sind wir noch einmal in die Aula gekommen. Daß bei dieser Gelegenheit Hitler gedacht wurde, ist mir nicht erinnerlich.“³⁷

Es war wieder einmal Fritz Köhne, der bestätigte, dass Barrelet keinen Druck auf politisch „nicht als richtige Nationalsozialisten“ zu bezeichnende Lehrer ausgeübt habe. „Meine persönlichen Beziehungen zu Frau Barrelet sind stets angenehm gewesen und hatten keineswegs eine politische Note.“³⁸

Der Berufung wurde stattgegeben, Barrelet als Studienrätin mit 75 % in den Ruhestand versetzt und in Kategorie IV eingestuft (Mitläuferin). Als Lehrerin sei „sie nicht mehr tragbar“.³⁹

Am 16.10.1952 änderten sich die Grundlagen für Sophie Barrelet. Der Leitende Ausschuss entschied gemäß § 6 des Gesetzes zum Abschluss der Entnazifizierung, dass sie mit Wirkung vom 1.10.1952 in Kategorie V eingestuft werde. Damit war sie als unbelastet entnazifiziert.³⁹

Im Weiteren wurde ihre Wiederverwendung sowohl vom Lehrerbetriebsrat als auch von der Deputation nicht getragen. Ähnlich wie im Fall Kurt Holm war auch bei ihr nicht vergessen worden, wie sie im Sinne der Nationalsozialisten zur Auflösung der alten Lehrerorganisationen aktiv beigetragen hatte. Eine Rolle, die in den Akten nicht zu verifizieren ist, hat sicherlich auch Heinrich Landahl gespielt, nach 1945 Schulsenator in Hamburg, vor 1933 Schulleiter der Lichtwarkschule, an der Sophie Barrelet einige Jahre gearbeitet hatte. Aus eigener Anschauung und in langjähriger Kenntnis der Person hatte Landahl sich nicht für die Wiedereinstellung von Barrelet eingesetzt.

Erst nach den Bürgerschaftswahlen 1953 unter der Regierung des Hamburg-Blocks mit dem neuen Schulsenator Hans Wenke wurde die Wiedereinstellung von Sophie Barrelet betrieben. In der Zwischenzeit hatte sie bei der privaten Rakow-Schule Sprachen unterrichtet.

Mit Wirkung vom 1.4.1954 wurde sie, 61jährig, an der Wissenschaftlichen Oberschule für Jungen im Alstertal eingestellt, wo sie Religion, Englisch, Latein, Spanisch und Nadelarbeit unterrichtete. Der Schulleiter begutachtete Sophie Barrelet und lobte sie am 2.2.1956 in den höchsten Tönen: „Frau Barrelet hat sich schnell in das Schulleben hineingefunden und verrichtet ihre Arbeit mit Lust und Liebe. Bei ihrem vorgerückten Alter ist sie von einer außerordentlichen körperlichen und geistigen Frische und Lebendigkeit und besitzt ein erfreuliches Maß von Humor und guter Stimmung. Für alle schulpolitischen und pädagogischen Probleme ist

Frau Barrelet aufgeschlossen.“³⁹ Hier schloss sich ein weiterer Kreis. Schulleiter war Dr. Hans Roemer, der mit Sophie Barrelet als Lehrer zusammen an der Lichtwarkschule gearbeitet hatte.

1958 wurde Sophie Barrelet in den Ruhestand geschickt.

Zu ihrem 70. Geburtstag beglückwünschte sie der Landesschulrat, Ernst Matthewes. Er gratulierte und erwähnte, dass sie noch bis zum 69. Lebensjahr Lehraufträge übernommen hatte, „einen Verein für das Frauenrudern leiten, noch an schwierigen Kletterpartien teilnehmen würde und frisch und munter wie eine junge Forelle“ wäre.⁴⁰

Auch Ernst Matthewes, der Barrelet in den Auseinandersetzungen der 1930er Jahre kennengelernt hatte, machte offenbar knapp 30 Jahre später seinen Frieden mit ihr.

Anmerkungen

- 1 Traueranzeige „Hamburger Abendblatt“ vom 30.10.1987.
- 2 Siehe Curt Grass u. a.: Allgemeiner Alster-Club Hamburg von 1844–1969, Hamburg 1969.
- 3 „Hamburger Abendblatt“ vom 1.12.1975.
- 4 „Hamburger Abendblatt“ vom 12.5.2006, Heike Gätjen: „Der Club der starken Frauen.“
- 5 „Welt-online“ vom 1.12. 2002, Saskia Bertling: „ Auf den Spuren besonderer Frauen.“
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Traute Hoffmann: Der erste deutsche Zonta-Club. Auf den Spuren außergewöhnlicher Frauen, Hamburg 2002, S. 144ff.
- 9 „Hamburger Abendblatt“ vom 12.5.2006
- 10 Siehe Traute Hoffmann, a. a. O..
- 11 Ebd., S. 146.
- 12 Wenn nicht anders genannt, laut ihrer Personalakte, BSB-Archiv.
- 13 Schreiben von Sophie Barrelet vom 25.6.1945 an die Schul- und Hochschulabteilung in Hamburg, ebd.
- 14 Joachim Wendt: Die Lichtwarkschule in Hamburg, Hamburg 2000, S. 358
- 15 Siehe: Hans-Peter de Lorent: Personalpolitik, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 205.
- 16 Siehe Biografie Deuchler in diesem Buch.
- 17 Siehe auch: Sophie Barrelet: Leben und Schaffen, in: www.romanistinnen.de/frauen/barrelet.html .
- 18 Personalakte Sophie Barrelet, a. a. O.
- 19 HLZ Nr. 23- 1934, S. 374.
- 20 Ebd.
- 21 Siehe etwa: HLZ 31/32-1935, S. 316; HLZ 48-1935, S. 470 ; HLZ 16-1936, S. 176 .
- 22 HLZ 7- 1934, S. 100ff.
- 23 Personalakte Sophie Barrelet, a. a. O.
- 24 Schreiben vom 25.10 1939, ebd.
- 25 Nach ihren eigenen Angaben, siehe Entnazifizierungsakte Sophie Barrelet, StA HH, 221-11_Ed 9754
- 26 Ebd.

- 27 Siehe Biografie Kurt Holm in diesem Buch.
- 28 Alle Zitate aus der Entnazifizierungsakte Sophie Barrelet, a. a. O., falls nicht anders angegeben.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Siehe Biografie Oberdörffer in diesem Buch. Oberdörffer war mit Sophie Barrelet in den 1920er Jahren Mitglied der DVP.
- 35 Personalakte Barrelet, a. a. O.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Schulleiter Roemer am 2.2.1955, ebd.
- 40 Ernst Matthewes am 9.1.1968, ebd.

Abblatt Freitag, 30. Oktober 1987

ernommen.

1987

er
r Angehörigen
scheid

. Von Beileids-

Am 26. Oktober 1987 starb nach einem erfüllten Leben unsere liebe Tante, Großtante und Urgroßtante

Sophie Barrelet
Professor Dr. phil.

im 95. Lebensjahr.

Im Namen aller Angehörigen
Dr. Horst Barrelet
und **Frau Inga**, geb. Pantaenius
Günter Konejung
und **Frau Gisela**, geb. Barrelet
Dr. Eduard Lohse
und **Frau Roswitha**, geb. Flitner
Dr. Mina Fandrych, geb. Lohse
und **Bernhard Lohse**
und **Frau Annelotte**, geb. Streitel

Hamburg
Solingen
Hannover
Burgdorf
Waldsenweg 14, 2000 Hamburg 20

Trauerfeier am Donnerstag, dem 5. November 1987, um 12 Uhr in der St. Johannis-Kirche zu Hamburg-Eppendorf.
Die Beisetzung findet anschließend im kleinen Kreise statt.
Anstelle zugedachter Blumen bitten wir um eine Spende an den Hamburger Ruderinnen-Club von 1925 e.V., Konto bei der Hamburger Sparkasse Nr. 1280/133 230, BLZ 200 505 50.

für uns unerwar-

f.

tratebaus für unser

offen und werden
n bewahren.

hling
d Mitarbeiter
NG
aratebau GmbH

Wir trauern um unsere Clubgründerin, langjährige Vorsitzende und Ehrenvorsitzende

Prof. Dr. Sophie Barrelet
10. Januar 1893 26. Oktober 1987

Sie hat mit ihrem beruflichen und ehrenamtlichen Wirken Generationen für den Sport und seine Ideale begeistert und mit der Gründung unseres Clubs im Jahre 1925 einen mutigen Schritt für den Frauensport getan.
Bis zu ihrem letzten Tag war sie mit ihrer optimistischen und weisen Lebensanschauung mitten unter uns.
In Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Hamburger Ruderinnen-Club von 1925 e.V.
Angela Braasch-Eggert
1. Vorsitzende

i Garciss
† 24. Oktober 1987

unser guter Vater, Opa,
und Onkel ist nach einem
z plötzlich für immer von
Trauer

Am 22. Oktober 1987 entschlief unsere liebe Mutter, Oma und Uroma

Schmidt

Wasst nicht so meinem Geseht –
denkt wie ich gebliten hab
ob ich schick ...

Traueranzeigen im Hamburger Abendblatt zum Tod von Sophie Barrelet

Harry Garms

Biologen-Karriere startet in der NS-Zeit

Viele Schüler der Nachkriegsgeneration sind – bis heute – mit Biologiebüchern von Harry Garms unterrichtet worden. Weitgehend unbekannt blieb, dass Garms Karriere 1933 als NSDAP-Mitglied und Funktionär und Redner des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) begann.

Harry Garms wurde am 20.10.1903 in Cranz an der Elbe als Sohn des Fischers Johann Garms und dessen Frau Berta geboren. Er besuchte die Volksschule in Cranz bis zu seinem 14. Lebensjahr. 1919 ging er in die Präparandenanstalt und anschließend in das Lehrerseminar in Stade. 1925 absolvierte er die 1. Lehrerprüfung, wechselte nach Schleswig, um 1927 die Reifeprüfung abzulegen, begann ein Studium an der Universität Hamburg, promovierte am 17. Mai 1930 „mit Auszeichnung“. Seine Doktorarbeit: „Untersuchungen über Wundheilung an Früchten“.¹

Im Sommerhalbjahr 1930 begann Garms als Hilfslehrer an der Wichernschule zu arbeiten. Im selben Jahr heiratete er Elsa Garms, geb. Peper, mit der er drei Kinder bekam.

Die Beschäftigungssituation war für Lehrer am Ende der Weimarer Republik nicht einfach. Garms arbeitete an der Wichernschule als Referendar und Assessor, danach als halbbeschäftigter Vertragslehrer, vollbeschäftigt erst ab 1936. Das dürfte mit drei Kindern nicht leicht gewesen sein.

Mit zehn Stunden war er seit 1930 noch als Biologie- und Chemielehrer an dem privaten Institut Dr. Goldmann beschäftigt.

Am 1.5.1933 trat Harry Garms in die NSDAP ein, kurz vorher war er im NSLB aktiv geworden.²

In der NSLB-Gaufachschaft II (Höhere Schulen) übernahm er die Leitung für das Fach Biologie.³

Dort arbeitete er eng zusammen mit dem Parteigenossen Dr. August Hagemann, der in der Abteilung Erziehung und Unterricht des NSLB für Rassefragen und Lebenskunde zuständig war.

Harry Garms war ein gefragter Redner bei NSLB-Kreisversammlungen. Seine Themen: „Die erbbiologischen Grundlagen des Nationalsozialismus und ihre Bedeutung für die Erziehung“⁴ oder: „Auswertung rassekundlicher Fragen im Unterricht“.⁵

Landesschulrat Willi Schulz, der gleichzeitig Gauamtsleiter des NSLB und Leiter der Hochschule für Lehrerbildung war, lud Harry Garms am 6.12.1936 zu einer Sitzung des Lehrkörpers der Hochschule ein, weil er ihn als hauptamtlichen Dozenten bestellen wollte auf dem Gebiet: „Biologie und Methodik des Naturkundeunterrichts“. Das geschah dann am 7.1.1937. Die Gauleitung der NSDAP schrieb an das Amt für Erzieher im Curio-Haus am 23.1.1937: „Pg. Garms gehört der NSDAP seit dem 1.5.33 und der NSV seit September 33 an. Er ist aktiv als Fachgruppenleiter des NSLB tätig. Seitdem Pg. Garms in Cranz wohnt – Sommer 1935 – hat er gleich die Führung einer Zelle übernommen. Er ist in politischer und charakterlicher Hinsicht unbedingt zuverlässig.“

Heil Hitler
gez. Fromm,
Gaupersonalamtsleiter“.⁶

Fachliche Kompetenz aber auch politische Zuverlässigkeit waren dabei die Kriterien, offen dargelegt.

Harry Garms publizierte regelmäßig in der Hamburger Lehrerzeitung. Im Kontext Vererbungslehre und Rassenkunde war er in mehreren Aufsätzen meist für die biologische Fundierung zuständig. So bei einer großen und wichtigen Schulausstellung in Hamburg 1935 zum Thema „Erbgut, Rasse und Volk“.⁷

Nachdem Garms unter dem Titel „Erbanlage und Umwelt“ zwei eher banale Untersuchungen mit Gemüsebohnen und zwei (!) Zwillingspaaren der Wichernschule beschrieben hatte, kommt er zur Schlussfolgerung: „Für unser Volk wichtige Förderung wertvollen und Zurückdrängung minderwertigen Erbgutes liegt also nicht unmittelbar im Bereich unserer Erziehungsarbeit, sondern das ist die Aufgabe bevölkerungspolitischer Maßnahmen, deren Berechtigung im Sinne des Nationalsozialismus sich aus dem Vorhergehenden ohne weiteres ergibt.“⁸

Was damit gemeint war, hatte sein Kollege August Hagemann, auf den er sich bezog, bei der Schulausstellungseröffnung zuvor gesagt:

„Völkerschicksale werden letzten Endes nicht entschieden durch die Gunst oder Ungunst der Umweltverhältnisse, durch Wirtschaft oder Politik an sich. Völker sind Lebewesen, wenn auch höherer Ordnung, sie sind als solche biologischen Gesetzen unterworfen. So einfach und selbstverständlich uns heute diese Erkenntnis erscheint, es blieb unserer nationalsozialistischen Staatsführung vorbehalten, als erste diese grundlegenden Einsichten bewußt und mit voller Absicht ihren gesetzgeberischen Maßnahmen zugrunde zu legen und diese in Einklang zu bringen mit den exakten Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung. Man betrachte unter diesem Gesichtspunkt das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, das

Reichserbhofgesetz, das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Arierparagraf) und die damit zusammenhängenden Erlasse zum Schutze gegen geistige und rassische Überfremdung, die Steuerreformen und die Maßnahmen zur Förderung der Eheschließung. Sie alle sind biologisch begründet und bezwecken letzten Endes die Aufartung unseres in seinem Bestande gefährdeten Volkes. Erfolg wird diesen Bemühungen auf die Dauer nur beschieden sein, wenn hinter der biologisch ausgerichteten Staatsführung ein Volk steht, daß die Gedankengänge, die den Gesetzgeber leiteten, zu seinen eigenen macht und daraus die notwendigen Folgerungen für sein Wollen und Handeln zieht“.⁹



An dieser großen Schulausstellung hatte Harry Garms mit dem Rassebiologen der Hamburger Lehrerbildung, August Hagemann, gearbeitet (Ausschnitt)

Wie dies im Euthanasie-Programm mündete und welche Bedeutung dies für Sonderschulen, als erbesten sollte, zeichnete sich in den weiteren Ausführungen schon ab:

„Darstellungen (z.T. aus Hamburger Sonderschulen), der von Schülerhand aufgezeichneten Familien- und Geschlechtertafeln von Verbrechern und Erbkranken wird uns das ungeheure Elend, die ganze Not offenbar, die das Wort ‚erbkrank‘ umschließt. Da begreift man den tiefen Sinn des Führerwortes: ‚Wer körperlich und geistig nicht gesund und würdig ist, darf sein Leid nicht im Körper seines Kindes verewigen!‘“¹⁰

Im Kontext dieser Ausstellung wurde in der HLZ im Anschluss an den Aufsatz von Harry Garms auch dargestellt, welche rassenpolitischen Richtlinien Reichserziehungsminister Rust erlassen hatte. Es wurden drei Ziele formuliert:

„1. Einsicht zu gewinnen in die Zusammenhänge, die Ursachen und die Folgen aller mit Vererbung und Rasse in Verbindung stehenden Fragen.

2. Verständnis zu wecken für die Bedeutung, welche die Rassen- und Vererbungserscheinungen für das Leben und Schicksal des deutschen Volkes und die Staatsführung haben.

3. In der Jugend Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesamtheit des Volkes, d.h. den Ahnen, den lebenden und kommenden Geschlechtern zu stärken. Stolz auf die Zugehörigkeit zum deutschen Volk als einem Hauptträger des nordischen Erbgutes zu wecken und auf den Willen der Schüler in der Richtung einzuwirken, daß sie an der rassistischen Aufartung des deutschen Volkstums bewusst mitarbeiten.

Diese Schulung von Sehen, Fühlen, Denken und Wollen soll nach der Verordnung bereits auf der Unterstufe einsetzen, so daß entsprechend dem Willen des Führers ‚kein Knabe und kein Mädchen die Schule verläßt, ohne zur letzten Erkenntnis über die Notwendigkeit und das Wesen der Blutrreinheit geführt zu sein.‘“¹¹

Abgeleitet wurde daraus eine „rassische Geschichtsbetrachtung“: „Aus dem Rassegedanken ist weiterhin die Ablehnung der Demokratie oder anderer Gleichheitsbestrebungen (Pan-Europa-Menschheitskultur) abzuleiten und der Sinn für den Führergedanken zu stärken.“¹²

Harry Garms hatte an dieser Schulausstellung maßgeblich mitgearbeitet, dort geredet, danach publiziert und trug auch die Verantwortung für den hergestellten Zusammenhang. Es ging wahrlich nicht nur um Versuchsreihen mit Gemüsebohnen.

Harry Garms war für die Partei auch weiter überregional unterwegs. Im Haus der Deutschen



Schulbuch-Titel

Erziehung in Bayreuth fand vom 20.–26.6.1938 ein Reichslehrgang für die Biologie-Gausachbearbeiter statt. Garms bekam dafür Dienstbefreiung an der Hochschule für Lehrerbildung. Der Reichserziehungsminister lud ein zu Arbeitstagungen der hauptamtlichen Dozenten der Hochschulen für Lehrerbildung, zu der Harry Garms und August Hagemann zum Thema Vererbungslehre und Rassenkunde, Biologie und Methodik des naturkundlichen Unterrichts gemeinsam entsandt werden.¹³

Dienstlich erhielt Harry Garms gute Beurteilungen. Er galt als „jüngeres Mitglied“ des Lehrkörpers, als „bescheidener, zuverlässiger Kamerad, der durch sein Wesen auf die Studierenden einen natürlichen, guten Einfluß ausübt“.¹⁴ Er „ist stets einsatzbereit“ und „ergänzt seine Berufstätigkeit durch seine Stellung als Gaufachberater für Biologie im NSLB Hamburg“. So wurde er im April 1939 endgültig auf eine Dozentenstelle an der Hochschule für Lehrerbildung befördert und gleichzeitig zu einem dreiwöchigen „Lehrgang im Reichslager der NSDAP in Bad Tölz im Oktober 1939“ entsandt. Beruflicher Aufstieg und Partei gingen da Hand in Hand. Der für Rassenkunde an der Hochschule und im NSLB zuständige August Hagemann gehörte zum selben Beförderungspaket.¹⁵

Mittlerweile hatte der Krieg begonnen. Die Vereidigung auf den Führer erfolgt am 23.11.1940.

Als an der Hansischen Universität der Dozent Dr. Kuhn die Einberufung erhielt, wurde Harry Garms beauftragt, die „Vorlesung über Vererbungslehre“ zu übernehmen.¹⁶

42jährig wurde Harry Garms am 12.10.1945 auf Anordnung der Britischen Militärregierung entlassen.¹⁷

Garms legte dagegen mit Schreiben vom 2.11.1945 Berufung ein. In einer kurzen, nüchternen Erklärung begründet er seinen NSDAP-Beitritt und legte sechs gutachterliche Stellungnahmen von Cranzer Bürgern bei, ehemaliger SPD-Funktionäre, des Pfarrers, politisch Verfolgter. Er schrieb: „Im Jahre 1933 war ich an der privaten höheren Schule der Wichernstiftung als Studienassessor tätig. In einer Konferenz des Lehrkörpers Ende April 1933 forderte der damalige Schulleiter Ackermann im Interesse seiner Schule alle Lehrer auf, der N.S.D.A.P. beizutreten, widrigenfalls er sich nach anderen Lehrkräften umsehen müsste. Um mit meiner Familie nicht brotlos zu werden, trat ich gegen meine Überzeugung der Partei bei. Als der Druck der Partei, ein Amt zu übernehmen, auf mich immer größer wurde, wechselte ich meinen Wohnort, indem ich 1934 außerhalb Hamburgs in meinem Heimatdorfe Cranz auf dem Grundstück meiner Mutter ein Eigenheim baute. Hier forderte mich später (1936) der Ortsgruppenleiter Schuback auf, den damaligen Zellenleiter von Cranz, Gustav Rahmann, der gleichzeitig Kreisbauernführer war und jetzt noch Ortsbauernführer ist, in

seiner Arbeit zu unterstützen, was ich als Lehrer und Angestellter des Staates unter den gegebenen Verhältnissen nicht ablehnen konnte, ohne meine Berufsstellung zu gefährden. Als ich dann 1938 die Tätigkeit eines Zellenleiters übernehmen musste, war es mein fester Entschluß, allen Nazi-Terror von meinem Heimatdorfe fernzuhalten und nur meinem christlichen Gewissen zu folgen. So diente ich einer rein sozialen Aufgabe, was mir in Cranz jeder, und zwar ohne Ausnahme bestätigen kann. In den wenigen Fällen, wo es durch die Einwirkungen Außenstehender doch zu politisch Verfolgten und Bedrängten kam, ohne daß ich es verhindern konnte, kann ich von allen Betroffenen Gutachten beibringen, daß ich mich, soweit ich überhaupt Einfluß nehmen konnte, ganz auf ihre Seite stellte und sie mit allen Mitteln unterstützte.“¹⁸

Die beiliegenden Stellungnahmen bestätigten Garms Version. Garms und seine Familie seien Mitglieder der Kirche gewesen, er habe sich gegenüber ehemaligen SPD-Funktionären „stets freundlich und hilfsbereit“ verhalten und sich nicht „von nationalsozialistischen sondern von menschlichen Gesichtspunkten“ leiten lassen. Garms wurde als anständig und menschenfreundlich bezeichnet. Die Inhaberin des Milchgeschäftes in Cranz stellte fest, „jeder hier in Cranz wird bestätigen können, dass Dr. Garms kein Nazi war“.¹⁹

Garms Einspruch gegen die Entlassung, unpräventiös, ohne Rechtsbeistand, schien erfolgreich zu verlaufen. Schon am 9.11.1945 wird in der Schulbehörde in einem vermutlich von Schulrat Gustav Schmidt verfassten Text für Senator Landahl die Version von Harry Garms zur offiziellen Stellungnahme der Schulbehörde an die Britische Militärregierung gestützt. Ins Englische übersetzt wurde argumentiert, dass Garms „im kleinen Dorf Cranz, on the south bank of the Elbe, among the peasants, fruitgrowers, fishermen and workmen“ mit seinen Fähigkeiten und seiner Bildung der Einzige gewesen sei, der die Arbeit als Zellenleiter habe übernehmen können. Dabei hätte er, social minded, den Menschen geholfen, wo er nur konnte.²⁰

Nun mag Harry Garms ein im persönlichen Umgang freundlicher und hilfsbereiter Mensch gewesen sein. In die NSDAP war er aber nicht in Cranz eingetreten und sein beruflicher Werdegang war, wie aufgezeigt eng mit seinen Aktivitäten für den NSLB und als Parteimitglied verbunden.

Die Einlassung der Schulverwaltung überzeugte die Britische Militärregierung zunächst nicht. Im weiteren Entnazifizierungsverfahren erfuhr Harry Garms aber weitere Unterstützung. So setzte sich etwa Schulrat Gustav Schmidt für ihn ein. Zur Zellenleiter-Tätigkeit von Garms in dem kleinen Dorf Cranz merkte er an: „Die Enge des Dorfes, wo jeder jeden kannte, brachte es aber nicht notwendigerweise mit sich, dass der Zellenleiter nun auch, wie in der Stadt der unpersönliche Propagandist war, der nur nach strengen Parteirichtlinien mit der Bevölkerung zu arbeiten hatte.“²¹

Leumundszeuge für Garms war auch sein Kollege, Dr. Robert Böse, der von 1942 bis 1945 parallel zum Biologen Garms in der Lehrerbildung für Chemie die Fachverantwortung innegehabt hatte. Er schrieb am 15.11.1946:

„Biologie war im 3. Reich ein sehr betontes Fach, musste es doch vor allem erhalten, die n.s. Rassepolitik ‚wissenschaftlich‘ zu begründen.

In Unterhaltungen mit Dr. Garms hat sich dieser über den Missbrauch der Vererbungslehre und die teilweise Verfälschung ihrer Lehren oft beklagt.“²²

Harry Garms selbst, dessen Karriereschritte sich durchaus auf seine NSDAP-Mitgliedschaft und seinen Aktivitäten innerhalb der Partei und des NSLB gründen, distanzierte sich schon ein Jahr nach Ausfüllen des Entnazifizierungsfragebogens sehr deutlich vom Nationalsozialismus. In einem Schreiben vom 21.7.1946, „Erklärung über meine politische Betätigung“, führte er aus: „Weltanschaulich war ich ein extremer Gegner des nationalsozialistischen Systems und ich habe die 12 Jahre hindurch seelisch schwer unter dem politischen Druck gelitten, so dass ich mich jetzt, trotz der seelischen und wirtschaftlichen Not, die meine Entlassung aus dem Staatsdienst mit sich brachte, als Mensch viel glücklicher fühle, als in der Zeit von 1933–1945.

Ich habe meine Wahlstimme gegen Hitler abgegeben auch dann noch, als ich schon Mitglied der N.S.D.A.P war.“²³

Und zum NSLB, für den Garms unmittelbar nach der Machtübertragung an die Nazis als Gaufachberater tätig war, stellt er fest, dass ihm „bei der Aufnahme dieser Tätigkeit nicht bewusst (war), daß es sich dabei um eine politisch zu beurteilende Tätigkeit handelt“.²⁴

Der Beratende Ausschuss im Entnazifizierungsverfahren schloss sich den entlastenden Argumentationen am 15.1.1947 an und stellte einleitend fest, dass Garms den Mitgliedern aus seiner Tätigkeit an der Hochschule bekannt sei. Zur NSDAP-Zellenleiter-Tätigkeit bemerkte der Ausschuss: „In dieser Gemeinde ist Garms nach unserer festen Überzeugung geradezu der politische Seelsorger gewesen“.²⁵

Am 30.1.1947 wurde der Berufung stattgegeben, Garms für ein Jahr als Angestellter beschäftigt. Zum 1.1.1948 sollte er wieder Beamter werden.²⁶

Am 30.4.1947 teilte Schulrat Gustav Schmidt Harry Garms mit, er solle die Beratungsstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht in der Felix-Dahn-Straße schon am 24.2.1947 übernehmen, parallel dazu eine kleine Unterrichtsverpflichtung an der Oberschule für Jungen in Eppendorf.²⁷

Schon im April 1949 war Garms für Hamburg als Lehrerbildner wieder unterwegs. Zuerst bei einer Tagung des Vereins zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts in Göttingen. Im Januar 1950 führt Garms in Bremen ein von ihm entwickeltes biologisches Experimentiergerät ein.

1951 gab er einen Kurs „Biologie in der Schule“ am Pädagogischen Institut in Hamburg. Parallel dazu schrieb Garms Biologie-Schulbücher, die ihn bundesweit bekannt machten und sicherlich auch einträglich waren.

1955 erhielt Harry Garms die Genehmigung, einen Experimentalvortrag auf der Jahresversammlung des Schwedischen Biologievereins zu halten. Zu seinem 25jährigen Dienstjubiläum gratulierte ihm am 1.4.1955 der Schulsenator des Hamburg-Blocks, Prof. Hans Wenke, dessen NSDAP-Mitgliedschaft später bekannt werden sollte. „Die Schulbehörde beglückwünscht Sie zu einem so reichen Arbeitsleben im Dienste unserer Schule.“²⁸

Zwei Jahre später wurde Garms zum Oberstudienrat befördert. Besonder Erwähnung fanden seine „über die Grenzen Hamburgs hinaus bekannten Bücher“.²⁹

Die Behörde beurlaubte Harry Garms 1961 für eine zweimonatige Vortragsreise in die USA.

1962 nahm er an einem OECD-Ausschuss für Naturwissenschaftler und Techniker in Lausanne 1961 teil. Die Direktorin des Instituts für Lehrerfortbildung, Anne Banaschewski, beantragte für Harry Garms eine Dienstalterszulage wegen seiner besonderen Verdienste, die ihm 1962 gewährt wurde.

1965 wurde Harry Garms aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig pensioniert. Zu seiner Pensionierung fand im November 1965 noch ein Ehrenkolloquium statt, zu dem Landesschulrat Matthewes einlud.³⁰

Zwanzig Jahre nach dem Krieg war alles vergessen.

Wie schnell Vergessen funktionieren kann, zeigt ein anderes Beispiel.

Loki Schmidt erinnert sich in dem Buch: „Mein Leben für die Schule“ in einem Gespräch mit Reiner Lehberger, einem der profundesten Kenner der Hamburger Schulgeschichte, an ihre 1. Lehrerprüfung 1940.

In Biologie hatte sie sich zu einer mündlichen Prüfung angemeldet „und zwar bei Herrn Garms“.

Daraufhin sagte Reiner Lehberger: „Harry Garms war ja nach dem Krieg ein sehr bekannter Schulbuchautor für Biologie. In meiner Schulzeit in den sechziger Jahren war der ‚Garms‘, wie das Lehrbuch genannt wurde, an den höheren Schulen ein Standardwerk.“

Loki Schmidt: „Dass er später so erfolgreich war, wusste ich gar nicht. Nur, für die Biologieprüfung hatte er mir einen dicken Stapel Bücher gegeben, die ich durcharbeiten sollte. Ich habe in einigen rumgeblättert und beschlossen: Das bringt nichts, die Zeit benutze ich lieber, um noch ein bisschen Geld zu verdienen. Ich



Harry Garms

kam also in die Prüfung und habe zu Herrn Garms gesagt: ‚Entschuldigen Sie, Ihre Lehrbücher habe ich nicht gelesen, aber wie mein Biologieunterricht später aussehen soll, das weiß ich genau.‘ Da hat er mich mit seinen großen Augen angeguckt und schließlich gesagt: ‚Na, dann beginnen Sie mal. ‚Nun, ich habe ihm ich weiß nicht was erzählt, und nach gut einer halben Stunde, als ich gerade dabei war, ihm meinen idealen Schulgarten mit einer kleinen Wetterstation zu entwerfen, hat er zur mir gesagt: ‚Ja, das reicht. Alles Gute für Sie, Zwei.‘³¹

So wird es gewesen sein.

Anmerkungen

- 1 Personalakte Harry Garms, StA HH, 361-6 HW – DPA IV_287
- 2 Ebd.
3. Siehe Hamburgisches Lehrerverzeichnis Schuljahr 1935-36, S. 133.
- 4 So z.B. Vorträge am 3.5.1934 und am 11.5.1934 im Kreis Eilbek-Süd und Hamm; siehe HLZ 17-1934, S. 261.
- 5 Am 17.10.1934 in der Curschmannstraße 39, siehe HLZ 40- 1934, S. 582.
- 6 Personalakte Garms, Bl. 53.
- 7 HLZ 5- 1935, S. 49ff.
- 8 Harry Garms: Erbanlage und Umwelt, in: HLZ 5- 1935, S. 51.
- 9 August Hagemann: Erbgut in Familie, Rasse und Volk, in: HLZ 5- 1935, S. 49.
- 10 Ebd.
- 11 Rassenpolitische Schulungsarbeit in den Schulen, in: HLZ 5- 1935, S. 53.
- 12 Ebd.
- 13 Am 11.–14. Oktober 1937 in Berlin, siehe Personalakte Hagemann, Blatt 55.
- 14 Siehe Personalakte Garms, a. a. O.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd., Bl. 115. Siehe auch Entnazifizierungsakte Garms StA HH, 221-11_Ed 6720
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Schreiben vom 12.8.1946, ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Personalakte Garms, a. a. O.
- 28 Alle Angaben ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Alle Angaben ebd.
- 31 Loki Schmidt: Mein Leben für die Schule, im Gespräch mit Reiner Lehberger, Hamburg 2005, S. 133f.

Theodor Mühe

Karrierebewusster wendiger Strippenzieher: „An oberster Stelle rangierte allerdings die reine Deutschblütigkeit.“

Theodor Mühe wechselte im Laufe seines politischen Lebens mehrfach seine Positionen, immer das Ziel im Auge, Macht und Einfluss zu bekommen und Karriere zu machen. Das gelang ihm kurz in der Schule, länger im Philologenverein und endgültig, als er 1933 Oberschulrat in der NS-Schulverwaltung wurde. 1945 ließ er sich, fast 70jährig pensionieren, nachdem er im Auftrag der Britischen Militärregierung vorher entlassen worden war. Am Ende erstritt er die Oberschulratspension, als wäre nie etwas Belastendes gewesen.

Theodor Mühe wurde am 15.12.1875 als Sohn eines Altonaer Kaufmanns geboren. Er besuchte das von Ernst Schlee gegründete Realgymnasium in Altona, wo er am 20.2.1895 das Abitur bestand. Die Vermögensverhältnisse im Hause Mühe erlaubten ihm ein Studium der neueren Sprachen und Philosophie in München, Göttingen, London und Paris, was er mit einer Promotion am 4.10.1901 und dem 1. Staatsexamen am 7. und 8.11.1901 in Göttingen abschloss. Die schulpraktische Ausbildung Mühes erfolgte dann in Hamburg am Realgymnasium des Johanneums, das Probejahr ebendort und an der Realschule vor dem Holstentor.¹

Am 3.4.1904 wurde Mühe in den Staatsdienst übernommen, ab dem 1.10.1904 war er Oberlehrer an der Oberrealschule Eimsbüttel (Kaiser-Friedrich-Ufer).

Theodor Mühe gehörte politisch zu den Personen im Hamburger Schulwesen, die am stärksten in ihren inhaltlichen und politischen Positionen schwankten und die Lager wechselten. 1903 war Theodor Mühe Mitglied der „Gesellschaft der Freunde“ geworden. Aus dem Verein der Oberlehrer, in dem er 1908 Schriftführer gewesen war, trat er 1911 wieder aus. „Er war wie zahlreiche andere jüngere Oberlehrer unzufrieden wegen der Misserfolge der Organisation, die weder eine den Oberlehrern angemessene Besoldung, noch die jahrzehntelang intensiv verfochtene Gleichstellung mit den Richtern erreicht hatte. Außerdem kritisierte Mühe die Bevormundung jüngerer Oberlehrer durch die autoritären Direktoren, die im Verein der Oberlehrer in der Vorkriegszeit eine maßgebliche Rolle spielten.“²

Uwe Schmidt berichtete, dass Mühe 1907 zum Vorsitzenden der Hamburger Ortsgruppe des Bundes für Schulreform gewählt wurde und unter anderem eine Veranstaltung zum Thema „Einheitsschule und Übergangsklassen“ leitete.³ Festzustellen ist, dass sich durch Mühes Biografie auch Auseinandersetzungen ziehen,

Kontroversen, die auch persönlicher Art waren. So beschrieb Schmidt diese Phase von Mühes Karriere: „Eine Mehrheit ihm nicht wohlgesonnener Volksschullehrer sorgte jedoch 1912 für seinen Rücktritt von diesem Amte.“⁴

Theodor Mühe, ehrgeizig und in Opposition zu Schulstrukturen, die durch Bevormundung durch die Direktoren an höheren Schulen gekennzeichnet waren, stimmte einer zentralen Forderung der Novemberrevolution im Schulbereich zu, nämlich der Selbstverwaltung der Schule mit der zeitlich begrenzten Wahl der Schulleiter durch Kollegium und Elternvertreter.

Es waren wechselvolle Zeiten. Mühe hatte zuvor als Freiwilliger den Kriegsdienst absolviert, war zum Leutnant befördert worden, mit dem EK I dekoriert, und wurde erst am 20.12.1918 aus dem Heer entlassen.⁵

Theodor Mühe schloss sich der Deutschen Volkspartei (DVP) an, kandidierte an der Oberrealschule Eimsbüttel als Schulleiter und wurde am 3.3.1920 nach Stichwahl gegen Karl Franz gewählt.

Ein Kollegiumsbild aus dem Jahr 1920 lädt zur Interpretation ein. Überzeugend sah Theodor Mühe in der ersten Reihe im Rahmen seines Kollegiums nicht aus. Und offenbar überzeugte er auch nicht. Schon bei der nächsten Wahl 1921 setzte sich sein Kontrahent, Karl Franz, durch; 1925 erhielt Franz 31 Stimmen, Mühe lediglich zwei Stimmen und 1928 war das Stimmenverhältnis: Franz zu Mühe 30 zu 1.⁶



Kollegium des Kaiser-Friedrich-Schule, Eimsbüttel, 1920, Theodor Mühe, sitzend, 5. v. r.

Mühe änderte seine inhaltlichen Positionen, wobei er an den Grundsätzen der Selbstverwaltung zunächst festhielt, er forderte aber, die Position des Schulleiters zu stärken.

Uwe Schmidt beschäftigte sich intensiv mit der Entwicklung des Philologenvereins in Hamburg während der Weimarer Republik. Theodor Möhe wurde ab 1924 2. Vorsitzender im Philologenverein, formulierte scharf, wenn er sich in persönliche Auseinandersetzungen begab, fungierte als gewiefter „Strippenzieher“ im Philologenverein. Schmidt konstatierte, dass jetzt bei Möhe „auch sozialdarwinistische und rechtspopulistische Denkmuster zum Vorschein kommen, die wir heute als gegensätzlich zur Tradition der Aufklärung und zu den ihr verpflichteten Prinzipien von ‚Chancengleichheit‘ und ‚Chancengerechtigkeit‘ interpretieren würden und die bis in unsere Zeit zum Gedankenvorrat der politischen ‚Rechten‘ gehören: ‚Die deutsche Kulturzukunft erschien ihm im Lichte der Erblichkeitsforschung‘ gefährdet in ‚unserer erziehungsfreudigen Gegenwart, in der ... jeder jeden zu erziehen trachtet“. In Ablehnung der ‚Fiktion des Einheitskindes‘ berief sich Möhe auf die durch Charles Darwin ‚entdeckten‘ Erbfaktoren als ‚Willen der Natur‘. Eine Kultur, die sie mißachte, sei dem Untergang verfallen: ‚Begabte Familien pflegen die sozialen Oberschichten, unbegabte den Bodensatz der Bevölkerung zu bilden.‘ Von hier war es nicht weit zu – sonst im Philologenverein äußerst selten – antisemitischen Äußerungen, die aber nur völkisch verkleidet vorgebracht wurden: ‚Heinrich Heine dürfe im Deutschunterricht nicht bevorzugt werden, weil ihm sein Deutschtum nicht wichtig gewesen sei.“⁷

Theodor Möhe war ambitioniert, karriereorientiert und sah die Möglichkeit, „über die politische Rechte in der schulpolitischen Hierarchie aufzusteigen“.⁸ Schmidt gab einige Beispiele aus Møhes Veröffentlichungen, mit denen er sich auf dem rechten Flügel profilierte: „Am 9.9.1931 kritisierte Möhe an der hamburgischen Schulpolitik, daß sie tatsächlich auf die Lähmung und Unterdrückung der wahren geistigen Energien auslief und lediglich auf die gutgemaßten Bedürfnisse der angeblich mit unentdeckten Intelligenzen übervollen ‚Massen‘ zugeschnitten war. Obwohl die Erblichkeitsforschung und Rassehygiene der ganzen Welt diesen parteipolitisch ausgeheckten Schwindel von dem ungenutzten Begabungsreichtum, der in den Massen stecken soll, seit langem aufgedeckt hat, fanden sich wiederum gerade in Hamburg, auch im Lager der Marxistengegner, weite Kreise, die hier den Sozialdemokraten ‚auf den Leim gingen‘.“⁹

Theodor Möhe vertrat den Philologenverein „auch im Bund Deutscher Akademiker, einer rechtsextremen Organisation, die eng mit dem Deutschnationalen Lehrerbund und dem Alldeutschen Verband zusammenarbeitete und z.B. die Universitätsausbildung für Volksschullehrer bekämpfte“.¹⁰ Und Schmidt ergänzte: „In die gleiche Richtung zielte Møhes 1931 geäußerte Kritik an der zwölf Jahre zuvor gegründeten Hamburger Universität: Großuniversitäten würden ‚in erster Linie der Masse und ihren geistigen Führern, den sozialdemokratischen Lehrern‘ zuliebe gegründet.“¹¹

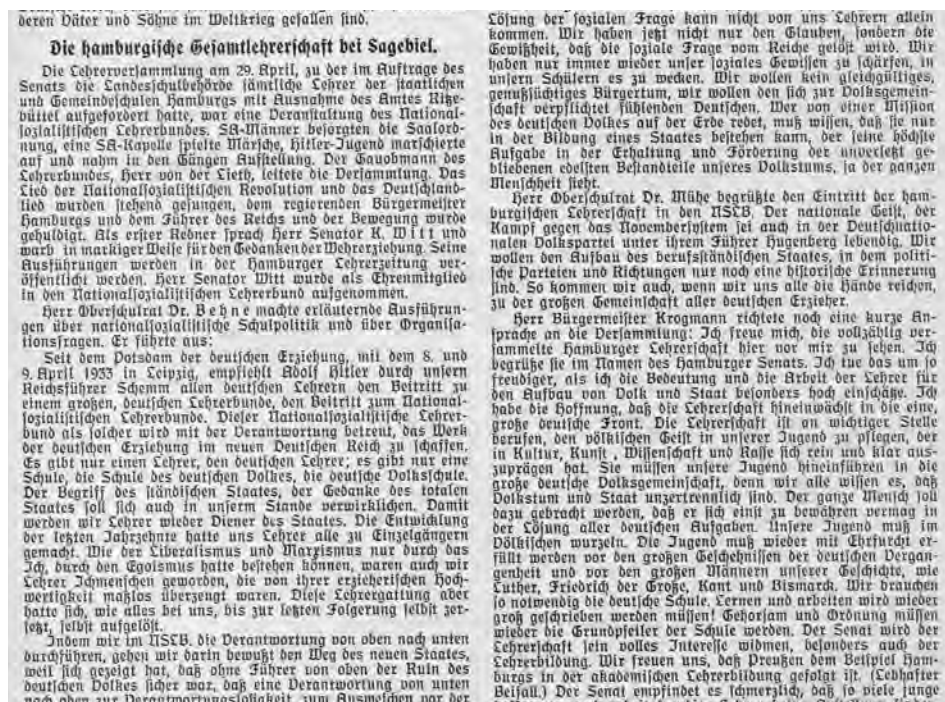
Verwunderlich mutet in diesem Zusammenhang an, dass Mühe bei dieser Haltung am 2.12.1932 damit belohnt wurde, Dozent am gemeinsamen Seminar für die Ausbildung der Kandidaten des höheren Lehramtes zu werden, berufen vom sozialdemokratischen Schulsenator Emil Krause. Am 7.12.1932 wurde Mühe dafür die Amtsbezeichnung „Professor“ verliehen.¹²

1932 wurde Theodor Mühe dann 1. Vorsitzender des Hamburger Philologenvereins und holte seinen Vertrauten, den Schulleiter der Oberrealschule in der Bogenstraße, Karl Züge, an seine Seite, der dann ein Jahr später sein Nachfolger werden sollte, als er den nächsten Sprung in die Schulverwaltung vollzog. Mühe wurde am 30.3.1933 zum kommissarischen Schulrat für die höheren Schulen ernannt. Er war damit auf der Zielgeraden. Am 25.11.1933 wurde er endgültig zum Oberschulrat bestellt.¹³

Die Überleitung des Philologenvereins in den NSLB hatte er vorbereitet, und trat ihm sofort bei. Ein letztes Schreiben von Theodor Mühe an die Schulverwaltung war nicht ganz uneigennützig. Im Namen des Philologenvereins teilte er dem Präses der Landesschulbehörde mit: „Im Hinblick auf die bevorstehenden Personalveränderungen in der Landesschulbehörde wurde einstimmig beschlossen, dem Wunsche Ausdruck zu geben, dass zu der Verwaltung und Schulaufsicht im Bereich des höheren Schulwesens künftig nur Männer berufen werden.“¹⁴

Interessant ist, dass Theodor Mühe schon als 1. Vorsitzender des Vereins hinter den Kulissen als Strippenzieher agiert hatte, eine Einigung zwischen Philologenverein, der Rechtsfraktion der Lehrerkammer und der NSDAP herzustellen. Mühe, der inzwischen selbst Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei geworden war, für die er 1931 und 1932 erfolglos zur Bürgerschaft kandidiert hatte, führte im August 1932 auf dem Briefpapier des Philologenvereins einen Briefwechsel mit dem Sprecher der Rechtsfraktion Carl Bertheau und den Nationalsozialisten Walter Behne und Albert Mansfeld. Ziel: ein gemeinsames schulpolitisches Papier zu erstellen. Mühe wurde im Februar 1933 aktiv, um zu verhindern, dass der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Staatspartei, Heinrich Landahl, noch Schulleiter der Lichtwarkschule, im April 1933 Schulsenator in Hamburg wurde. Aus dem Schriftwechsel ging hervor, dass die Rechtsfraktion Vorschläge zur Besetzung von Schulleiter- und Schulratsstellen gemacht hatte und Theodor Mühe dabei zu den wichtigsten Drahtziehern gehörte.¹⁵ Theodor Mühe war dort angekommen, wohin er immer gewollt hatte. Er war dem NSLB am 1.4.1933 beigetreten, über seinen Beitritt zur NSDAP existieren unterschiedliche Angaben. Er selbst nannte später den 1.7.1937, der Vorsitzende des Fachausschusses 6b, Friedrich Wilhelm Licht, vermerkte im Entnazifizierungsverfahren, Mühe „hatte schon 1933 um Aufnahme nachgesucht“, was Mühe selbst im Verfahren bestätigte.¹⁶

Theodor Mühe war ein wichtiger Propagandist im nationalsozialistischen Bildungsprozess. Als die Hamburger Pädagogen zur ersten größeren Lehrerversammlung im Veranstaltungssaal bei Sagebiel zusammengerufen wurden, schwor man die Hamburger Lehrerschaft auf die nationalsozialistische Schulpolitik ein. „SA-Männer besorgten die Saalordnung, eine SA-Kapelle spielte Märsche, Hitler-Jugend marschierte auf und nahm in den Gängen Aufstellung.“¹⁷



Aussriss aus der Hamburger Lehrerzeitung, Ausgabe Nr. 18, 1933

Nach Schulsenator Witt und Oberschulrat Walter Behne sprach Oberschulrat Theodor Mühe. Er „begrüßte den Eintritt der hamburgischen Lehrerschaft in den NSLB. Der nationale Geist, der Kampf gegen das Novembersystem sei auch in der Deutschnationalen Volkspartei unter ihrem Führer Hugenberg lebendig. Wir wollen den Aufbau des berufsständischen Staates, in dem politische Parteien und Richtungen nur noch eine historische Erinnerung sind. So kommen wir auch, wenn wir uns alle die Hände reichen, zu der großen Gemeinschaft aller deutschen Erzieher.“¹⁸

Und als Mühe von seinem Nachfolger Karl Züge am 27.6.1933 im Philologenverein verabschiedet wurde, dankte Züge seinem Vorgänger „für seinen zähen Kampf um die Belange der höheren Schule, den er seit Jahren – lange vor dem Durchbruch der ‚nationalen Revolution‘ – mit scharfer Klinge gegen die zersetzenden

den Einflüsse eines volksfremden Novembersystems und seine Exponenten in Wort und Schrift geführt habe.“¹⁹

Uwe Schmidt stellte fest, es könne kein Zweifel daran bestehen, „dass sich Theodor Mühe mit den ‚Lehren‘ des neuen Regimes persönlich identifiziert hat“.²⁰

Mühe habe ganz wesentlich die „Hamburger Richtlinien für politische Erziehung“ erarbeitet, in denen es hieß: „Die nationalsozialistische Revolution gestaltet das deutsche Volk zur politischen Nation. Diesem revolutionären Geschehen haben auch die Schule und vor allem der deutsche Unterricht zu dienen. Wegen der langdauernden Schwächung der völkischen Kraft der gefährdeten Lage des Vaterlandes ist diese Erziehung zum politischen Deutschen mit besonderem Nachdruck durchzuführen. Die Unterrichtsbehörde verlangt in diesem Sinne die Umstellung des deutschen Unterrichts an den höheren Schulen. Als erste und vorläufige Maßnahme fordert sie die Auswahl und Darbietung des Literaturgutes unter dem Gesichtspunkt der revolutionären Erfordernisse.“²¹

Und in einer Denkschrift für die zukünftige nationalpolitische Erziehung hatte Mühe am 30.11.1930 den Ausbildungsleitern der Studienseminare mitgeteilt: „Der Sieg des Nationalsozialismus habe den Weg freigemacht, für die aus dem Bewußtsein in Blut und Boden wurzelnder Verbundenheit erwachsende Einheit der deutschen Volksgemeinschaft“. Der künftige Lehrer müsse sich daher ernsthaft mit den Grundlagen des Nationalsozialismus beschäftigen, mit dem Gedanken der Verbindung von Blut und Boden, von Rasse und Volkstum.“²²

Neben völkischen waren auch antisemitische Tendenzen bei Theodor Mühe unübersehbar. Als nach der Reichspogromnacht im November 1938 vom Reichserziehungsministerium (REM) Erlasse herausgegeben wurden zur „Säuberung der allgemeinbildenden Schulen von Juden“ und die „vorläufige Zusammenfassung der Juden in besonderen Judenschulen“, durften die jüdischen Sammelklassen in öffentlichen Gebäuden nicht mehr unterrichtet werden. Theodor Mühe fragte daraufhin beim REM an, „ob und in welchem Umfange die Juden in Deutschland überhaupt einer Schulpflicht unterliegen sollen“.²³

Mühe war es auch, der im August 1938 die Pflichten von Schulleitern formulierte und betonte, „dass sich Leiter und Lehrer über ihre unmittelbare amtliche Pflichtübung hinaus an geeigneter Stelle in der NSDAP und ihren Gliederungen wie NSLB und der HJ dauernd in politischer Schulung und Betätigung halten müssten.“²⁴ Und bei potentiellen Kandidaten für Schulleitungsstellen wurde explizit darauf hingewiesen, dass die von der Schulverwaltung vorgeschlagenen Schulleiter „Parteigenossen und entweder Amtsträger im NSLB oder sonstwie in Gliederungen oder Verbänden der nationalsozialistischen Bewegung tätig“ seien. „Die Nachrangigkeit der professionellen Eignung gegenüber der politischen wurde auch hier

deutlich markiert: ‚Neben der politischen Zuverlässigkeit ist auch die pädagogische Leistungsfähigkeit bei ihrer Auswahl berücksichtigt.‘ An oberster Stelle rangierte allerdings die reine Deutschblütigkeit.“²⁵

So wundert es nicht, dass im Befähigungsbericht über Theodor Mühe, den Karl Witt am 4.1.1936 verfasste bzw. unterzeichnete, zu lesen war, Mühe wäre ein „kluger, energischer Mann von starker wissenschaftlicher Begabung und Durchbildung, guter Aufsichtsbeamter und Organisator, bisweilen etwas stur“.²⁶

Theodor Mühe, 1875 geboren, war für die NS-Schulverwaltung unverzichtbar. Nach dem Ausscheiden von Hermann Saß, Wilhelm Oberdörffer und Albert Henze, nachdem Walter Behne zwischenzeitlich als Reserveoffizier zum Kriegsdienst eingezogen worden war, erschien das fortgeschrittene Alter Mühes eher als Vorteil. Und Theodor Mühe hielt durch, bis er am 25.6.1945, fast 70jährig, auf Anordnung der Britischen Militärregierung mit sofortiger Wirkung entlassen wurde.²⁷

Theodor Mühe gab im Entnazifizierungsfragebogen an, Mitglied der NSDAP seit 1937 zu sein, im NSLB seit dem 1.4.1933, in der NSV, dem NSKK seit 1933 und dort auch als Scharführer tätig und im NS-Altherrenbund gewesen zu sein. Seine Aktivitäten wurden von ihm völlig entpolitisiert. So erklärte er zur Frage nach von ihm gehaltenen Reden und Schriftenwerken: „Seit 1921 bis zum Eingehen der ‚Hamburger Nachrichten‘ im Jahre 1938 war ich dort ständiger Mitarbeiter am Feuilleton und Referent für philosophische, allgemeinwissenschaftliche und kulturpolitische Literatur und Vortragsveranstaltungen. Vorlesungen habe ich im gleichen Zeitraum über nicht politische Themen an der Volkshochschule gehalten. Im April 1944 habe ich im Rahmen der von der Schulverwaltung veranstalteten ‚Pädagogischen Woche‘ vor Hamburger Lehrern über ‚Charakter als Idee und Wirklichkeit‘ gesprochen. Am 24. Juli 1944 ist im ‚Hamburger Fremdenblatt‘ eine Abhandlung von mir über ‚Verstandesbildung und Gefühlsbildung‘ erschienen.“²⁸

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie Mühe propagandistisch für den Nationalsozialismus wirkte, mutet es schon erstaunlich an, was er zu seiner Entlastung anführte:

„Da ich im März 1933 – seit damals bereits 25 Jahren in der pädagogischen und in der Tagespresse an der Erörterung von Schul- und Erziehungsfragen beteiligt, Vertreter der Interessen der Lehrer an höheren Schulen, Begründer und Schriftleiter einer Wochenschrift für Erziehung und schließlich Vorsitzender und Ehrenmitglied des Hamburger Philologenvereins – zur Dienstleistung als kommissarischer Schulrat in die Schulverwaltung (damals Oberschulbehörde) berufen wurde – obwohl im Herbst des gleichen Jahres endgültig zum ändern – abweichend von der pfleglichen Behandlung unfähiger Parteibonzen erst 6¼ Jahre später, seit dem 1. Januar 1940,

das meinem Amte entsprechende Gehalt der Oberschulratsstufe, A1b, bezog, darf ich wohl für mich in Anspruch nehmen, dass mir aus der Machtergreifung des Nationalsozialismus ein persönlicher Vorteil nicht erwachsen ist. Auf diesem Gebiet liegt also wohl kaum ein Anlaß für meine Amtsenthebung.“²⁹

Im Weiteren versuchte Theodor Mühe, ähnlich wie nach 1945 auch Karl Witt oder Schulrat Dietrich Ossenbrügge, darauf hinzuweisen, dass sie als vormalige DNVP-Mitglieder nie so richtig von den Nationalsozialisten akzeptiert worden seien, was bei Mühe und Witt definitiv nicht zutraf, sieht man davon ab, dass radikale Nationalsozialisten wie etwa Hans Rösch nie ihren Frieden mit ehemaligen Deutschnationalen, die so häufig ihre Positionen wechselten, fanden.³⁰

Bei Mühe las es sich so:

„Auch mein am 1. Mai 1937 vollzogener Beitritt zur NSDAP kommt schwerlich dafür in Betracht, weil ja seit diesem Zeitpunkt nur noch Parteimitglieder als Beamte in gehobenen Stellungen geduldet wurden. Ich vermute daher, daß die Veranlassung für die Anordnung der Militärregierung in meiner Zugehörigkeit zum NSKK zu suchen ist, dem ich vom 10. Juli 1933 bis zum 18. November 1939 angehört habe. Zur Erklärung meines Eintritts in die damalige ‚Motor-SA‘ bitte ich zu berücksichtigen, daß er eine Abwehrmaßnahme während der wilden Anfangszeit der NS. Revolution darstellte, als kein Nichtparteiangehöriger in der Oberschulbehörde sich seines Amtslebens sicher fühlte und die so dringend erforderliche ruhige, planvolle Aufbauarbeit immer wieder durch die Besuche, um nicht zu sagen: Einbrüche stürmisch fordernder und unbekümmert denunzierender Parteigewaltiger und für den Neueingeweihten ihrer Kompetenz nach schwer abzuschätzender Uniformträger beeinträchtigt wurde. Als besonders erschwerende Belastung kam für mich noch hinzu, daß ich mir durch Beitritt zum NSLB vor der ersten allgemeinen Lehrerversammlung bei Sagebiel, um die März-April-Wende 1933, den Anspruch gesichert hatte, gleich nach der Rede des damals vorläufigen Gauamtsleiter des NSLB, unter SA-Umrahmung zu der gesamten Hamburger Lehrerschaft zu sprechen, und daß ich diese Angelegenheit benutzte, um gegen den von meinem Vordredner erhobenen Totalitätsanspruch der NSDAP und des NSLB zu betonen, daß außer der NSDAP auch noch eine Deutschnationale Volkspartei und außer dem NSLB noch ein Deutschnationaler Lehrerbund da sei, als dessen Vorsitzender ich mich – nicht ohne sehr vernehmbares Zustimmungsecho aus der Riesenversammlung – bekennen konnte.

Um meiner Amtsführung eine gegen Parteigenossenüberhebung besser gesicherte Grundlage zu geben, versuchte ich im Juli 1933, als alle früheren sonstigen Parteien den Weg der Auflösung gingen, auf Anraten von Senator Witt trotz inzwischen eingetretener Mitgliedersperrung zunächst, Parteimitglied der NSDAP zu

werden. Ich begründete mein schriftliches Aufnahmegesuch mit dem Hinweis auf das Übereinstimmende in den Zielen der DNVP und der NSDAP und mit der Hoffnung, das deutschnationale Gedankengut innerhalb der NSDAP befruchtend nutzbar machen zu können. Mein Aufnahmeantrag wurde jedoch trotz ausdrücklicher Befürwortung durch Senator Witt unter Berufung auf die Aufnahmesperre abgelehnt. Daraufhin ergriff ich eine sich mir bietende Gelegenheit, gleichzeitig mit zwei aus ähnlicher Veranlassung dazu bewogenen Schulleitern einem der Motorstürme der in Wandsbek stehenden und später nach Altona verlagerten Standarte XI als SA-Anwärter beizutreten, bei der ich dann im Laufe der Jahre bis zum Scharführer aufrückte und stehenblieb. Was uns, abgesehen von unserem Hauptanliegen eines politischen Alibi die Mitgliedschaft überdies anziehend machte, war vor allem die Möglichkeit, ohne großen Kostenaufwand kraftfahren zu lernen und zu üben, sowie den Führerschein zu erwerben.“

Eine für die geistige Kapazität Mühes ziemlich erbärmliche Erklärung.

Eitelkeit und Unverfrorenheit charakterisierten Mühes nächste Argumentation:

„Wie wertvoll es damals sein konnte, auf solche Weise in der Partei verankert zu sein, ohne doch Parteimitglied zu werden, hatte ich nicht lange danach Gelegenheit, nachdrücklich zu erproben. Als nämlich im Jahre 1935 durch das Hamburgische Staatsamt unter dem Namen ‚Hamburg im Dritten Reich‘ Arbeiten der Hamburgischen Verwaltung in Darstellungen herausgegeben wurden, deren Heft 1, ‚Die Neugestaltung der Schule‘, unter der Verantwortung des Landesschulrats Schulz durch einen 120-prozentig nationalsozialistischen Hilfsreferenten bearbeitet, im Entwurf vorlag, nahm ich Veranlassung, in einer eingehenden kritischen Analyse die sachliche Unzulänglichkeit und die stilistische Kitschigkeit dieses Entwurfes darzutun und dem Präses sowie allen Referenten der Landesunterrichtsbehörde je ein Exemplar meiner Kritik vorzulegen. In der unter dem Vorsitz von Senator Witt daraufhin einberufenen Referentensitzung, an der unter anderem Landesschulrat Schulz und die Oberschulräte Dr. Oberdörffer, Dr. Behne und Mansfeld teilnahmen, wurden mir von dem letzteren ebenso wie von dem Verfasser des Entwurfs wegen der Schärfe meiner Kritik leidenschaftliche Vorwürfe gemacht, wobei mir Herr Mansfeld mit einer Anklage vor dem Parteigericht winkte, während der jugendliche Entwurfsverfasser mich in dieser amtlichen Sitzungen mit ‚Parteigenosse‘ und ‚Du‘ anredete. Ich verbat mir das ‚Du‘ und erklärte, ich sei kein ‚Parteigenosse‘ und für ihn immer nur der Oberschulrat Professor Dr. Mühe – eine sehr überraschende Aufklärung für meine Widersacher, denen es bis dahin unbekannt geblieben war, daß man der SA beziehungsweise dem NSKK angehören konnte, ohne Parteigenosse zu sein. Daß bei dieser Gelegenheit einerseits meine Kritik an dem Entwurf sehr ernst genommen wurde und nach der Besprechung die Ausmer-

zung oder die Milderung wenigstens der handgreiflichsten Unmöglichkeiten für die Drucklegung nach sich zog, hatte ich jedenfalls wesentlich der Autorität meiner NSKK-Uniform – die Rettung vor dem Parteigericht andererseits nebst wahrscheinlicher Verurteilung zum Ausschluss aus der Partei und damit zwangsläufig aus dem Staatsdienst dagegen lediglich meiner Nichtzugehörigkeit zur Partei zu verdanken, womit die gelegentliche Zweckmäßigkeit einer solchen Kombination von Mitglied- und Nichtmitgliedschaft sich praktisch erwiesen hatte.“

Im Weiteren erklärte natürlich auch Theodor Mühe, er habe jüdische Skatfreunde und einen jüdischen Hausarzt sowie einen jüdischen Apotheker gehabt. Dann schloss er:

„Wenn ich heute in meinem siebenzigsten Lebensjahre, als meines Wissens ältester bisher im aktiven Dienst stehender Beamter der Schulverwaltung, die fast 44 Jahre meines Amtslebens und daneben den gleichen Abschnitt meines Privatlebens rückblickend überschaue, finde ich nichts, was die Vermutung rechtfertigen könnte, ich sei vom Nationalsozialismus so durchdrungen, daß es mir unmöglich wäre, aus der Katastrophe, in die mein über alles geliebtes, unglückliches deutsches Vaterland durch den Nationalsozialismus und die diktatorischen Methoden seiner Führung gestürzt wurde, zu lernen und für die Zukunft die entsprechenden Folgerungen zu ziehen, so daß auch nur eine kurze Fortsetzung meiner Amtswaltung zu einem Hemmnis für die Beseitigung nationalsozialistischen Einflusses werden könnte. Und es würde mir schwer fallen zu verstehen, wenn die englische Militärregierung bei eingehender Kenntnis der Zusammenhänge auf der Durchführung einer Anordnung bestehen bliebe, die mir ein ehrenvolles Ausscheiden aus dem Dienst versagte und mich ein halbes Jahr vor dem naturgegebenen Abschluß einer 44jährigen Beamtenlaufbahn mit sofortiger Wirkung entläßt.“

Er bat also um Pensionierung zum 1.1.1946.

Juristisch war das kompliziert, weil die Pensionierung die Entlassung aufgehoben hätte. Außerdem stellte Senator Landahl fest, dessen Eintritt in den Senat 1933 Theodor Mühe mit den Rechten konspirativ verhindert hatte, „daß die erneute Überprüfung der Sachlage ergeben hat, daß der Betreffende nicht so stark politisch belastet ist, daß er unter Verlust seiner Bezüge aus dem Dienst scheiden muss, sondern daß er die gesetzliche Versorgung beanspruchen kann. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß die Entlassungsverfügung auf unrichtigen Informationen beruhte und sachlich nicht gerechtfertigt war. Hätte die Militärregierung bereits damals die richtigen Informationen gehabt, so wäre bereits damals keine Entlassung ausgesprochen worden, sondern eine Versetzung in den Ruhestand.“³¹

Theodor Mühe wurde am 4.10.1945 in den Ruhestand versetzt und erhielt sein Oberschulratsgehalt nachgezahlt.

Der Beratende Ausschuss plädierte am 23.10.1947 dafür, Mühe in Zukunft nur die Pension eines Studienrates zuzubilligen. Begründung: „Er wurde 1933 in die Behörde berufen in dem Augenblick, als man die demokratischen Formen im Schulwesen durch autoritäre ersetzte, als zum Beispiel Frau Beckmann und die Herren Schult und Zeidler aus der Behörde auszuschneiden hatten. Er hat, obgleich er damals schon 58 Jahre alt war, braune Uniform angelegt. Reichstagsbrand, Röhmaffäre und Judenhetze haben ihn offenbar nicht beeindruckt, wenn er im Juni 1945 schreibt, bei seinem Eintritt in die Partei im Jahre 1937 (er hatte schon 1933 um Aufnahme nachgesucht) sei er ein gläubiger Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung und des Führers gewesen, dem er bis zum bitteren Ende treu und redlich seinen Beamteneid gehalten habe. Somit ist seine Mitgliedschaft keineswegs nur nomineller Natur gewesen.“³²

Der Berufungsausschuss mit Dr. Kiesselbach als Vorsitzendem gab dem Berufungsantrag Theodor Mühes statt. Er verwies am 6.7.1949 auf die Leumundszeugnisse, „die sämtlich von Nicht-Parteimitgliedern entstammen“, aus denen sich überzeugend ergebe, „dass Prof. Mühe politisch nicht hervorgetreten ist“.³³

Insbesondere zwei Personen trugen letztlich zu dieser Entscheidung bei. Einmal der ehemalige Studienrat des Johanneums, Ernst Fritz, über den von seinen ehemaligen Schülern Walter Jens und Ralph Giordano viel Empathisches geschrieben wurde. Ernst Fritz war durch Denunziation, Verhaftung, Gestapoverhöre und Gefängnisaufenthalt am Ende eine kranke und tragische Person, die nach 1945, wie auch Uwe Reimer darstellte, in einer gewissen Verwirrung agierte. Ernst Fritz verfasste einige Leumundszeugnisse, die nicht ganz frei von einer gewissen Trübung waren, aber aufgrund seines Schicksals eine „hochmoralische“ Glaubwürdigkeit für einen Entnazifizierungsausschuss hatten. Ernst Fritz schrieb am 20.5.1948: „Obgleich mir als Paßträger (Nummer 5997 vom 18.7.46) für ehemalige politische Gefangene vom V.V.N.-Komitee zu Hamburg größte Zurückhaltung in Gutachten zur Pflicht gemacht wurde und Erfahrungen im besetzten Gebiet, wo ich bis April 1946 einer Deutschen Gemeinde aushielt, aber auch beim Versuch, meine durch Hitlerknechte mir geraubte Tätigkeit wieder aufzunehmen, meine stete Kampfstellung gegen jede Schattierung des nicht ausgerotteten Nationalsozialismus zunehmend stärken und vertiefen, darf ich nicht schweigen, wo Übereifer in der Verfolgung Unrecht wäre. Herr Dr. Mühe ist mir nie als fanatischer selbstsüchtiger Nationalsozialist erschienen, obgleich ich ihn als Vorgesetzten (etwa seit der Machtübernahme), viel persönlicher aber als Mitarbeiter im Philologen-Verein (ich war lange Jahre Vertrauensmann des Kollegiums, der Gelehrtenschule d. Joh.) mit aufrichtiger Anerkennung als Rezensenten der ‚Hamburger Nachrichten‘ recht genau kenne. Schulpolitisch

fragte er nach Tüchtigkeit und anständiger Haltung, nicht nach Mitgliedsnummer und dem verlogenen Affentheater, das die Mehrzahl der Kollegen mitspielte. Überwacht wurde er offensichtlich; ich schätze, u. a. von einer auch mir damals schädlichen Person. In die Behörde trug ihn das große, schöne Vertrauen unserer Berufs-Organisation aus den Jahrzehnten vor dem unseligen ‚Umbruch‘! Wer so klar denkt und spricht, wie dieser feine Kopf, war stets in Gefahr, von brutaler Faschisten-Gemeinheit abgeharkt zu werden. Ehrlich bewundert habe ich den Mut, mit dem ein tief schärfender Aufsatz (in d. HN) über die Gebildeten im 3. Reich aus ernster Besorgnis zu jener Besinnung mahnte, in der sich heute die Guten die Hände reichen. Denn ‚Aktivist‘ ist er in keiner Hinsicht.“³⁴

Ärgerlich auch der Persilschein, den ein anderer ehemaliger Lehrer des Johanneums ausstellte. Heinrich Michaelsen, der sich in so vielen Fällen als Gutachter aufspielte, der dabei selbst von Senator Witt 1933 als stellvertretender Schulleiter ernannt worden war, wegen seines schwierigen Charakters und als zynischer Kommentator in der NS-Zeit aneckte und wegen seiner ehemaligen Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge nicht NSDAP-Mitglied werden durfte. Michaelsen renommierte mit seiner Nicht-Parteimitgliedschaft und gab Persilscheine für die übelsten Nationalsozialisten ab, unter anderem für den Giordano-Schinder Werner Fuss. Auch in diesem Fall mit der genannten Wirkung. Michaelsen trumpfte mit seinen Kenntnissen auch zu Gunsten von Theodor Mühe auf: „Herr Oberschulrat i. R. Prof. Dr. Theodor Mühe ist mir seit meiner Schulzeit als Schüler bekannt. Als Schüler schätzten wir in ihm nicht nur den tüchtigen Pädagogen, sondern vor allem sahen wir in ihm einen vorbildlichen Menschen, der uns das vorlebte, was unserm deutschen Volke in so verhängnisvoller Weise fehlt: die Persönlichkeit, die ihr Leben aus einer in sich ruhenden Haltung, nicht einer schwankenden Meinung gestaltete. Als Lehrer begegneten wir uns schon gleich nach dem ersten Weltkriege wieder und dann immer häufiger: wir erkannten unsere gleiche schulpolitische und pädagogische Einstellung, sodaß ein Zusammenarbeiten sich von selbst ergab. Ich fand meinen Eindruck aus der Schülerzeit nicht nur bestätigt, sondern konnte bei den verschiedensten Gelegenheiten erkennen, daß hier ein Mensch sich auslebte, der aus wertvoller menschlicher und pädagogischer Substanz schöpfte. So war es nur natürlich, daß Herr Prof. Mühe früh schon in der Hamburger Philologenschaft zur Führung berufen wurde: als Vorsitzender des Hamburger Philologenvereins hat er diese Berufsvertretung jahrelang durch das bewegte Wasser des öffentlichen Lebens jener Jahre mit sicherer und zielstrebigem Hand geleitet. Diese Tätigkeit wurde von seinen Mitgliedern dadurch anerkannt, daß Herr Prof. Mühe als einziger Fall während des Bestehens des Vereins schon zu Amtszeiten zum Ehrenmitglied ernannt wurde. Aus solcher Tätigkeit und solcher Anerkennung erklärt sich die Berufung des Herrn Prof. Mühe in die Behörde: nicht aus Gunst, sondern

aus Kunst – nicht aus irgendwelcher Parteizugehörigkeit, sondern aus Tüchtigkeit im Berufe! Während der Nazizeit, in der ich mehrfach von einem anderen Schulrat zum Beitritt in die Partei aufgefordert wurde, hat Herr Prof. Mühe niemals versucht, mich in die Partei hineinzuziehen. In Unterhaltungen mit ihm konnte ich mich überzeugen, daß er kein Aktivist geworden sei, sondern aus einer bekannten weltanschaulichen Einstellung auch weiter sein Leben und seine Berufsarbeit gestaltete.“³⁵

Heinrich Michaelson war eigentlich der Letzte, der als seriöser Gutachter in Frage kam. Aber es nützte. Die Schreiben waren erfolgreich. Mühe erhielt die Pension eines Oberschulrats noch etliche Jahre. Am 12.12.1955, zu seinem 80. Geburtstag, lobt ihn die „Welt“ als „hoch verdienten Pädagogen, als philosophischen Kritiker und Journalisten“.³⁶

Senator Landahl gratulierte zum 85. Geburtstag am 13.12.1960: „Ihr 85. Geburtstag ist mir Veranlassung, Ihnen noch einmal herzlich zu danken für alle Arbeit, die sie in einem langen und von mancherlei Erfolg begleiteten Leben geleistet haben. Als Lehrer und Schulleiter, in der Arbeit des Philologenverbandes und der Volkshochschule und schließlich als Oberschulrat in der Schulbehörde haben Sie einen so weiten Wirkungskreis gehabt, daß die Zahl derer, die heute Ihrer in Dankbarkeit gedenken, sicherlich nicht gering ist.“³⁷



Theodor Mühe

Theodor Mühe blieb ein Mann der überraschenden Wendungen, wenn auch im persönlichen Bereich. Am 29.10.1948 ließ Mühe sich nach 51 Jahren Ehe scheiden, um zwei Tage später erneut zu heiraten.

Am 22.4.1962 starb Theodor Mühe. Landesschulrat Matthewes würdigte ihn „als einen Mann, der durch seine lautere und vornehme Gesinnung das Vertrauen seiner Mitarbeiter genoß“.³⁸

Interessant ist, zu welchem Urteil Uwe Schmidt gelangte, der wahrlich nicht leichtfertig negativ über ehemalige Funktionäre des Philologenvereins urteilte. Uwe Schmidt schrieb: „Mit seinen ohne äußeren Zwang abgegebenen pädagogischen, bildungspolitischen und anthropologischen Äußerungen hat sich Theodor Mühe selbst zu einem der geistigen Weggefährten und Wegbereiter der Mörder gemacht. Der Historiker, der Theodor Mühes Position und Funktion in der Geschichte der Berufsvertretung der Gymnasiallehrer nachzeichnet, kann sich dem abschließenden Urteil des Entnazifizierungsfachausschusses – ‚unbelastet‘ – nicht anschließen. Mit Theodor Mühe hat zum ersten Mal in der Geschichte des Hamburger Philologenvereins ein Vorsitzender die unverzichtbare Grenze zwischen Berufspolitik und Parteipolitik mißachtet und überschritten.“³⁹

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach Mühes Personalakte, StA HH, 361-3_A 1159.
- 2 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium, Hamburg 1999, S. 284.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Personalakte Mühe, a. a. O.
- 6 Uwe Schmidt 1999, a. a. O., S. 285. Zur Geschichte der Selbstverwaltung der Schulen in Hamburg siehe auch: Hans-Peter de Lorent: Schule ohne Vorgesetzte, Hamburg 1992.
- 7 Uwe Schmidt 1999, a. a. O., S. 286.
- 8 Ebd., S. 287.
- 9 Ebd., S. 286, zitiert nach Reinhard Behrens: Die Deutschnationalen, Hamburg 1973, S. 169.
- 10 Schmidt 1999, S. 287.
- 11 Ebd.
- 12 StA HH, 362-2/8 Oberrealschule Eimsbüttel_95.
- 13 Personalakte Mühe, a. a. O.
- 14 StA HH, OSB VI 2 F XIV d 17; siehe auch Biografie Karl Züge.
- 15 Schriftwechsel der Rechtsfraktion, StA HH, 361-4_C a 18.
- 16 Entnazifizierungsakte Mühe, StA HH, 221-11_Ed 1155.
- 17 HLZ 18/1933, S. 259.
- 18 Ebd.
- 19 Schmidt 1999, S. 288.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd., S. 288f.
- 22 StA HH, OSB VI_1722.
- 23 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 209f.
- 24 StA HH, 361- 7 Staatsverwaltung- Schul- und Hochschulabteilung_4011-10.
- 25 StA HH, 361- 7 Staatsverwaltung- Schul- und Hochschulabteilung_4011-00, zitiert nach Schmidt 2010, a. a. O., S. 57f.
- 26 Personalakte Mühe, a. a. O.
- 27 Entnazifizierungsakte Mühe, a. a. O.
- 28 Ebd.
- 29 Das auch im Weiteren zitierte 4-seitige Schreiben Mühes vom 28.6.1945, ebd.
- 30 Siehe Biografie Hans Rösch.
- 31 Schreiben vom 20.10.1945, Entnazifizierungsakte Mühe a. a. O.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Ebd. Zu Fritz Ernst siehe: Walter Jens: Ernst Fritz: „Schließt die Augen, Jungs“, in: Ursel Hochmuth/ Hans-Peter de Lorent (Hg): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 214ff.; Ralph Giordano: Rassismus und Militarismus im NS-Schulalltag. In : Johanneum 1 (1988), S. 21 ff.; Uwe Reimer: Johanneum 1945 – Ende und Anfang, Hamburg 2012, S. 52 ff.
- 35 Entnazifizierungsakte Mühe a. a. O. Zu Heinrich Michaelsen siehe: Uwe Reimer, a. a. O., S. 36.
- 36 Welt vom 12.12.1955, Kopie auch in der Personalakte Mühes, a. a. O.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd. und „Welt“ vom 27.4.1962.
- 39 Schmidt 1999, S. 292.

Karl Züge

Der letzte Vorsitzende des Philologenvereins machte weiter Karriere über die NSDAP-Mitgliedschaft

Karl Züge war eine wichtige Person in Hamburgs Schulgeschichte. Jahrelang führte er an der Oberrealschule in der Bogenstraße, später Bismarck-Oberrealschule, ein Kollegium, das aus vielen Reserveoffizieren bestand, konservativ, deutschnational und, als die Zeit gekommen war, zu einem erheblichen Teil nationalsozialistisch. Aus dem Kollegium gingen mit Walter Behne, Bruno Peyn und Erwin Zindler andere einflussreiche Personen der Hamburger NS-Schulgeschichte hervor. Züge war der letzte Vorsitzende des Philologenvereins, in enger Abstimmung mit seinem Vorgänger und Förderer Theodor Mühe, der 1933 Oberschulrat für die höheren Schulen wurde. Karl Züge wurde 1933 NSDAP-Mitglied und kam 1942 als Oberschulrat in die Schulverwaltung. Diese Karriere endete 1945. Züge musste für kurze Zeit ins Internierungslager Neuengamme, nach schleppender Entnazifizierung übergab man ihm erneut eine Funktion im Hamburger Schulwesen. 1957 wurde er CDU-Deputierter in der Schulbehörde.

Karl Züge wurde am 28.4.1885 in Hamburg als Sohn eines Telegrafensekretärs geboren. Er besuchte nach der Seminarschule des Lehrerseminars (1892–1895) das Realgymnasium in Altona, wo er 1904 die Reifeprüfung bestand. Er studierte danach in Halle neuere Sprachen (Englisch und Französisch) und legte am 23.1.1909 das 1. Staatsexamen ab. 1907 promovierte er, seine Arbeit: „Das Verkleidungsmotiv in den englisch-schottischen Volksballaden“.

Die praktische Ausbildung absolvierte Karl Züge an der Realschule Eilbek und am Realgymnasium des Johanneums. Schon 1910 wurde er an die Oberrealschule an der Bogenstraße versetzt, die Schule, an der er, mit kurzen Unterbrechungen bis Ende 1941 bleiben sollte, die längste Zeit als Schulleiter.¹

Am 22.9.1911 war Karl Züge zum Oberlehrer ernannt worden.

Eine prägende Zeit für Züge, wie für viele Lehrerkollegen seiner Generation, war der Erste Weltkrieg. Züge wurde am 4.2.1915 zur Gardeinfanterie eingezogen, 1916, nach einer Kriegsverletzung, im Hilfslazarett Halle behandelt, erklärte man ihn für „dauernd untauglich“. Doch nach kurzer Vertretungszeit am Kirchenpauer-Realgymnasium zog Züge „wieder ins Feld“. Dabei fungierte er „als Verbindungsmann des Vereins der Oberlehrer zu allen dem Verband angehörenden Kriegsteilnehmern“.²

Seit dem 14.6.1918 „galt Unteroffizier Züge als vermisst“.³ Er war in Kriegsge-

fangenschaft geraten, aus der am 14.7.1919 entlassen wurde und anschließend an die Bogenstraße als Oberlehrer zurückkehrte.

Am 28.12.1923 heiratete Züge die Lehrerin Paula Behr, im selben Jahr wählten ihn das Kollegium und der Elternrat der Oberrealschule an der Bogenstraße zum Schulleiter. Das Kollegium wurde von Karl Züge und einigen Reserveoffizieren dominiert, konservativ, deutschnational, die in der NS-Zeit Karriere machten und auch schon vorher entsprechend agierten. Seit 1913 waren der spätere Oberschulrat Walter Behne, Bruno Peyn und seit 1922 Erwin Zindler Mitglieder des Kollegiums.⁴

Uwe Storjohann, der beeindruckende Erinnerungen an seine Schulzeit an der Jahnschule und an der Oberrealschule in der Bogenstraße, ab 1933 Bismarck-Oberrealschule, veröffentlichte, schilderte Schulleiter Karl Züge folgendermaßen:



Karl Züge

„Karl Züge hat immer großen Wert auf sein Äußeres gelegt, sei ‚wie aus dem Ei gepellt‘, wie ein Gentleman gekleidet gewesen, besonders korrekt und nicht, wie sein Stellvertreter, Hermann Schmidt, cholerisch, hinterhältig und gemein.“ Wobei Storjohann die „Feierliche Wehestunde“ am 9. November 1938 schilderte, die in der Aula stattfand und einen anderen Zug Züges offenlegt: „Unser Direx, Dr. Züge schwört uns ein auf den Geist der Männer, die am 9. November 1923 zusammen mit dem Führer für unser aller Zukunft und die Reinerhaltung der Rasse zur Münchener Feldherrenhalle marschiert waren und im Kugelhagel der Reaktion ihren Blutzoll entrichtet

hatten. Die ‚Reinerhaltung der Rasse‘ hatte Dr. Züge bei den Feierstunden in den Jahren vorher nie erwähnt. Sie dient ihm nur zur Überleitung auf die ‚jüdische Freveltat‘ in Paris. Und während er das Opfer vom Rath den Helden des 9. November zu Seite stellt, dröhnt durch die Aula Studienrat Timms bulliger Baß: ‚Gnade Gott ihnen allen, wenn er es nicht überleben sollte.‘“⁵

Im späteren Entnazifizierungsverfahren wurde Behne und Peyn bescheinigt, dass sie das Kollegium schon vor 1933 in Richtung der späteren Staatsdoktrin „terrorisiert“ hätten. Durchaus im grundsätzlichen Einverständnis mit Karl Züge.

In der schwierigsten Zeit der Weimarer Republik feierte die Schule ihr 25jähriges Jubiläum. Karl Züge hielt die Festansprache „in der schlichten Gedenkstunde“, die in der Aula stattfand. Er beschrieb dabei die Sorgen um die Zukunft der Jugend angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und mancher Wirren in diesen Zeiten: „Die besten Kräfte werden brachgelegt; es bleibt kein Platz, keine freie Stelle mehr für die nachwachsenden Jahrgänge der Jugend ... Gewiß ist die materielle Not der Nachkriegszeit in vielen Ländern groß, viel schlimmer aber ist die seelische Not einer

Generation, die infolge der Bedrängnisse des vergangenen Jahrzehnts den Glauben an eine vernünftige und gerechte Ordnung der Welt zu verlieren beginnt. In der heutigen Notzeit ist unsere Aufgabe schwer und verantwortungsvoll. Aber wir schöpfen stets neue Kraft aus dem Optimismus der Jugend, der uns täglich anfeuernd begegnet.“ Und: „Wir wollen dahin wirken, dass die Jugend sich freimacht von den Ketten der Verhetzung, des Hasses, des Brudermordens; wir müssen helfen, die Brücken zu bauen, die alle Stände verbinden, müssen die Jugend weiter ausrüsten mit der Schärfe geistiger Waffen, die geführt werden von einem gesunden Körper, müssen vor allem Männer erziehen, denen das Vaterland mit seinen Aufgaben über dem Ich steht ... In uns lebt dieser Glaube an eine bessere Zukunft, da krasser Pessimismus und Jugend unvereinbar sind, solange diese sich nicht selbst aufgibt.“⁶



Oberrealschule an der Bogenstraße, Mitte der 1920er Jahre: Karl Züge ist Schulleiter (4. v. r.), Stellvertreter Hermann Schmidt (2. v. l.). Die NS-Aktivisten Walter Behne und Bruno Peyn stehen nebeneinander in der 2. Reihe (1. und 2. v. l.)

1933 wurde die Schule in Bismarck-Oberrealschule umbenannt. Karl Züge trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein, in den NSLB am 1.8.1933.⁷

Walter Behne wurde Oberschulrat für höhere Schulen, Bruno Peyn Leiter der Oberrealschule vor dem Holstentor. Insbesondere Behne, der schon 1931 in die NSDAP eingetreten war, forderte nun in seinem alten Kollegium von allen Lehrern, ebenfalls der NSDAP beizutreten. Dieses gelang im Laufe der Zeit auch nahezu vollständig. Entsprechend hatte sich der Geist der Schule entwickelt. Und so wurde in der Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der Schule 1956 lapidar berichtet: „Die Politisierung der Schule trat in den ‚Richtlinien‘ für den Unterricht am deutlichsten

hervor. Da an unserer Schule von jeher der Standpunkt vertreten worden war, daß der heranwachsende junge Mensch auch zum Staate hin erzogen werden müsse, stimmte man den Richtlinien in manchem zu. Man hielt an der Erziehungsaufgabe, wie sie bisher verstanden worden war, auch weiterhin fest, was bei aller Betonung des vaterländischen Gedankens eine Humanisierung des Politischen bedeutete. Die unterrichtliche Wegroute wurde zwar immer genauer vorgeschrieben und Unterrichtsgebiete wie Rassenkunde und Vererbungslehre, deutsche Vorgeschichte und Stammeskunde erhielten einen besonderen Rang, aber der propagandistischen Absicht wurde meistens schon dadurch entgegengetreten, daß die Kompliziertheit der Probleme den Schülern erkennbar wurde. Die Förderung der Leibesübungen wurde durchaus begrüßt. Mit der Einführung der vierten Turnstunde wurde ein lange umkämpftes Ziel erreicht. Selbst der in den Richtlinien von 1937 enthaltene Satz ‚Erstrebenswert ist, daß jeder Klassenlehrer zugleich Turnlehrer ist‘, konnte nicht sonderlich befremden, hatte doch schon der erste Direktor unserer Schule darauf Wert gelegt, dass die jüngeren Herren des Kollegiums wie er selbst die Lehrbefähigung im Turnen erwarben. Auf die Bestimmung, daß die Leistungen in den Leibesübungen zum Ausgleich in der Reifeprüfung berechtigten, berief man sich nur in strittigen Fällen, wenn die charakterliche Haltung des Schülers zur Beurteilung herangezogen wurde.“⁸

Karl Züge war nicht nur nominelles NSDAP-Mitglied, sondern der Bewegung loyal und aktiv verbunden. Uwe Schmidt schrieb über Karl Züge, er „entwickelte sich geradezu zu einem Fachmann in der Organisation von Kampagnen durch Aktionen wie Aula-Versammlungen und -Feiern, Luftschutzübungen, Geldsammlungen und – nicht zuletzt – Aufmärschen. Zur Teilnahme an einer nationalsozialistischen Großkundgebung im November 1933 ließ Züge Texte für Sprechchöre herstellen und nahm die Planung des Aufmarsches seiner Schüler selbst in die Hand, am 1. Mai 1935 marschierte er an der Spitze seiner klassenweise in Dreierreihen angeordneten Schüler zu einer paramilitärischen Jugendkundgebung auf der Moorweide. Dort begegneten sie zahlreichen gleichartigen Schülerformationen.“⁹

Und natürlich fand auch unter Schulleiter Züge an der Bismarck-Oberrealschule der normale Antisemitismus statt, zum Teil mit skurrilen Zügen: „Ein externer Lehrer der Bismarck-Oberrealschule forderte 1934 den jüdischen Schüler Hans Engel auf, ‚den Juden‘ zu beschreiben, ohne ihn selbst als Juden zu erkennen. Nichts von den angeblich typischen Merkmalen passte auf Engel, und nichts von den angeblich typischen germanischen Merkmalen passte auf Hitler. Engel, Primus der Klasse, verstand offenbar das Grotteske an dieser Zumutung und referierte mithilfe seiner Nachbarn alle gängigen Klischees: schwarzes Haar, Koteletten, Plattfüße, dünne Beine, schwarze Samtaugen, dicke Lippen und die Beschneidung. Durch dieses Schauspiel brachte er die ganze Klasse zum Lachen.“¹⁰

Uwe Schmidt berichtete davon, dass derselbe Hans Engel sich weigerte, an der Bismarck-Oberrealschule an einem Konzert mitzuwirken, das der Musiklehrer, ein – wie es heißt – „100 % iger Nazi“, vorbereitete und in dem das Lied „Wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's nochmal so gut“ gegeben werden sollte. „Obwohl der Schulleiter Karl Züge wie der Musiklehrer die Auffassung vertrat, Engel dürfe seine Mitwirkung nicht an Bedingungen knüpfen, blieb der Schüler bei seinem Nein, musste aber in der letzten Reihe sitzen und sich das Lied anhören.“¹¹ Verwaltungsmäßig, bürokratisch loyal verhielt sich Züge auch bei der Abschulung von jüdischen Schülern, deren Anteil durch den nationalsozialistischen Terror auch in Hamburg immer weiter reduziert wurde. Die Zahl der jüdischen Schülerinnen und Schüler in Hamburg hatte sich seit Beginn des Schuljahres 1938/39, nach dem auch in Eimsbüttel heftigem November-Pogrom „von 1285 auf 600 Schülerinnen und Schülern zum 1.4.1939 reduziert“. Neun Tage nach dem Anzünden der Synagoge am Bornplatz, an dem auch mindestens ein Lehrer der Bismarck-Oberrealschule beteiligt war, nämlich Paul Löden, wie Uwe Storjohann berichtete¹², notierte Schulleiter Karl Züge im Mitteilungsbuch der Schule: „In der Mitteilungsmappe befindet sich die Anordnung betr. sofortige Abschulung jüdischer Schüler. Ich glaube nicht, dass bei uns noch Schüler infrage kommen, ordne aber an, dass jeder Klassenlehrer nochmals eine Überprüfung vornimmt und mir Meldung erstattet.“¹³

Karl Züge unterhielt eine enge Verbindung zu dem wendigen und ehrgeizigen Theodor Mühe, der ehemals eher reformerisch orientiert gewesen war, parallel zu Züge Schulleiter an der Nachbarschule, der Oberrealschule Eimsbüttel (Kaiser-Friedrich-Ufer), gearbeitet hatte und sehr aktiv im Hamburger Philologenverein. Mühe fungierte dort als eine Art Mentor für Karl Züge. Mühe, der ab 1924 2. Vorsitzender im Philologenverein gewesen war und 1. Vorsitzender 1932–33, hatte Züge animiert, als einfaches Mitglied 1931, wiewohl noch erfolglos als stellvertretender Vorsitzender zu kandidieren. 1932 kam Karl Züge dann in den Vorstand des Philologenvereins und löste 1933 Mühe als Vorsitzenden ab, als dieser in die Schulverwaltung zum Oberschulrat berufen wurde. Züge hat nach seiner Wahl dem ihm so verbundenen Vorgänger Mühe gedankt „für seinen zähen Kampf um die Belange der höheren Schule, den er seit Jahren – lange vor dem Durchbruch der ‚nationalen Revolution‘ mit scharfer Klinge gegen die zersetzenden Einflüsse eines volksfremden Novembersystems und seine Exponenten in Wort und Schrift gefördert habe.“¹⁴

Uwe Schmidt hat in seinen Publikationen zur Hamburger Schulgeschichte immer betont, dass die Gleichschaltung des Hamburger Philologenvereins länger gedauert hatte als die der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ und daraus eine gewisse Resistenz gegen den Nationalsozialismus

abgeleitet. Am Ende ging auch der Philologenverein 1935 im NSLB auf, Karl Züge war 1933 Doppelmitglied und Theodor Mühe sorgte mit einer Art „Kuhhandel“, wie Hans Rösch dies titulierte, dafür, dass bei der Besetzung der Schulleiterstellen 1933 die Mitglieder des Philologenvereins zu einem Drittel berücksichtigt wurden.¹⁵

In seinen Aussagen lieferte der neue 1. Vorsitzende des Philologenvereins, Karl Züge, kaum einen Grund, die Eigenständigkeit weiter so zu betonen. Ideologisch unterschied er sich nicht wirklich vom NSLB. NSDAP-Mitglied Züge erklärte nach seiner Wahl, „Schwergewicht und Programmatik der Verbandsarbeit würden weiterhin die Bildungsziele und Bildungsaufgaben der höheren Schule im Dritten Reich sein“.¹⁶ Und am 23.10.1933 versicherte Karl Züge dem Leiter der Schulverwaltung, Karl Witt, der Philologenverein entspreche in „seiner Konstruktion allen Anforderungen des nationalsozialistischen Staates“, denn er werde „von der Spitze bis in seine Untergliederungen hinein nationalsozialistisch geführt, seine Zielsetzung ist nationalsozialistisch, seine Satzungen sind auf dem Führerprinzip, dem Arierparagraphen und den politischen Grundsätzen der NSDAP aufgebaut und gestatten ohne weiteres auch die Eingliederung sämtlicher an höheren Schulen tätigen Lehrkräfte. Er hat seit Jahren bildungs- und kulturpolitisch vorbildliche und national wertvolle Arbeit geleistet, ist niemals in den Verdacht marxistischer Einstellung gekommen, und steht auch heute mitten im Herzen bildungspolitischer Arbeit auf dem riesigen Gebiet des Neubaus der deutschen höheren Schulen.“¹⁷

Theodor Mühe hatte am 13.4.1933 als noch erster Vorsitzender des Philologenvereins rechtzeitig vor der Besetzung der entscheidenden Stellen im Hamburger Schulwesen durch den neuen NS-geführten Hamburger Senat den einstimmigen Beschluss seiner Organisation mitgeteilt, dass „in der Verwaltung und Schulaufsicht im Bereich der höheren Schulwesens künftig nur Männer berufen werden möchten“.¹⁸

Am Ende blieb die Eigenständigkeit des Philologenvereins nicht bestehen. 1935 wurde die Eingliederung in den NSLB vollzogen und Karl Züge übernahm später die Leitung der Fachschaft höhere Schulen, als der bisherige Leiter, Ernst Hüttmann, ausscheiden musste, weil er beim Erbringen des Ariernachweises feststellte, dass seine Ehefrau jüdische Vorfahren hatte.¹⁹

Karl Züge herrschte weiter an der Bismarck-Oberrealschule in der Bogenstraße, besuchte Führertagungen und Reichslehrgänge in Bayreuth, nachdem er als NSLB-Funktionär im nahegelegenen Curio-Haus ein- und ausging.²⁰

Am 9.9.1940 wurde Züge von Karl Witt zum Vertreter eines Oberschulrats im höheren Schulwesen bestellt. Seit dem 24.9.1940 agierte er als Stellvertreter Theodor Mühes als Prüfungsvorsitzender beim wissenschaftlichen Prüfungsamt.

Der interimistische Senator für das Schulwesen, Oscar Toepffer, erstellte am 31.12.1940 einen Vermerk, in dem er dem Reichsstatthalter Karl Kaufmann vorge-

schlagen hatte, Züge zum Oberschulrat zu ernennen. Der bisherige dienstunfähige Oberschulrat Dr. Hermann Saß sollte laut Toepffer eine andere Verwendung finden, etwa in Elsass-Lothringen. Kaufmann stellte die Entscheidung über Züge „bis nach dem Krieg zurück“, falls Saß gehen sollte, würde Züge berufen werden.

Am 1.1.1942 wurde Karl Züge als Oberschulrat in die Behörde geholt. Oberschulrat Saß war nicht mehr dienstfähig und Wilhelm Oberdörffer hatte um Versetzung in den Ruhestand ersucht.²²

Karl Züge war Oberschulrat in Zeiten des Krieges, der den Schulalltag immer stärker überschattete und in dem der Unterricht mehr und mehr zusammenbrach. Uwe Schmidt nannte Züge einen „zwar angepassten, funktionierenden, dennoch nicht inhumanen“ Schulaufsichtsbeamten: „Am 9.5.1942 nahm er an der 50-Jahr-Feier der Oberschule für Jungen Eilbek teil, dankte für die geleistete Arbeit und ‚wies die Richtung für Haltung und Einsatz im Kriege und übergab ein Führerbild als Geschenk der Schulverwaltung‘. Im November/Dezember 1942 leitete Züge die Arbeitsbesprechungen der mit der Auslese beauftragten Schulleiter der zehn Auslese-Schulkreise. Am 8.2.1945 gab Züge in Ausführung von Direktiven des Reichsunterrichtsministeriums bekannt, die zum Kriegsdienst eingezogenen Schüler der Geburtsjahrgänge 1926 und 1927, würden, da sie die Schule ohne ordnungsgemäße Abiturprüfung verlassen mussten, einen sog. ‚Reifevermerk‘ erhalten.“²³ Natürlich exekutierte Karl Züge alles, was die Partei vorgab. In Auseinandersetzung mit Swing-Jugendlichen, die es auch an seiner alten Schule und an einigen höheren Schulen in Hamburg gab und gegen die mit harter Hand vorgegangen wurde, entschied Oberschulrat Züge beim Swing-Jugendlichen-Schüler P.: „Die ganze Haltung des P. lässt erkennen, dass er nicht auf die höhere Schule gehört. Die beiliegende Akte der Gestapo bestätigt seine sittliche Unreife. Er wird daher von der höheren Schule verwiesen.“²⁴

Und als es Probleme mit der Akzeptanz der Kinderlandverschickung gab, forderte Oberschulrat Karl Züge die Schulleiter auf, „dafür zu sorgen, dass die in der Öffentlichkeit immer wieder auftauchenden Klagen über ungenügenden Einsatz der Lehrerschaft zum Verstummen gebracht werden“, und sicherzustellen, „dass in der Schule sachdienliche Auskünfte erteilt und Sprechstunden angekündigt würden, auf denen weiterhin für die KLV geworben werden sollte. Die besten Erfolge habe die KLV dort, wo der Schulleiter selbst mit ins KLV-Lager gegangen sei“.²⁵

Am 11.10.1943 bescheinigte Justitiar Hasso von Wedel Karl Züge, dass er „im Interesse seiner wissenschaftlichen und fachlichen Arbeiten eine gute und umfassende philosophische Hausbibliothek benötigte.“²⁶ Kurz zuvor war die Privatwohnung Züges in der Schlankreye 29 in einer Bombennacht ausgebrannt und vernichtet worden.²⁷

Da Karl Züge mit Theodor Mühe der einzig verbliebene Oberschulrat für die höheren Schulen war, wurde er am 25.1.1944 „Uk“ gestellt.

Das nächste Datum in Züges Personalakte war die Anordnung seiner Entlassung durch die britische Militärregierung am 25.6.1945.²⁸ Vorher, am 18.5.1945 hatte er den Entnazifizierungsfragebogen ausgefüllt: NSDAP ab 1.5.1933, NSLB ab 1.8.1933, seit 1939 Fachschaftsleiter für höhere Schulen im NSLB; dann noch NSV, Reichsbund der deutschen Beamten seit 1935, NS-Reichskriegerbund, NS-Altherrenbund.²⁹

Am 22.9.1945 teilte Schulsenator Landahl mit, Züge sei auf Anordnung der Militärregierung aus seinem Amt entlassen und später verhaftet worden. Die Schulverwaltung bat die Militärregierung, Schritte zu unternehmen, die zu einer Freilassung des Herrn Dr. Züge führen könnten. Erst einmal wurde Karl Züge nach der Verhaftung vom 19.7.1945 noch einige Monate, bis zum 6.12.1945, in das Internierungslager Neuengamme überführt. In der Öffentlichkeit tauchte Züge das erste Mal bei der Trauerfeier des verstorbenen ehemaligen Oberstudiendirektors der Oberrealschule Eppendorf, Prof. Rudolf Schmidt wieder auf, am 21.3.1946.³⁰

Mitte Juni 1945 war Züge noch davon ausgegangen, dass er weiter als Leiter einer höheren Schule beschäftigt werden könnte.³¹ Am 19.1.1946 beantragte er seine Wiedereinstellung und gab eine geschönte Interpretation seines beruflichen Weges zu Papier. So schrieb er unter anderem: „1933 trat ich im Zwange des Verlaufs der Ereignisse in die NSDAP ein, in der ich mich niemals politisch betätigt habe, als Schulleiter wurde ich bestätigt. Schon mehrere Jahre vor dem politischen Umsturz gehörte ich dann dem Vorstand des Hamburger Philologenvereins an, in den ich durch das Vertrauen der Lehrerschaft gewählt worden war und dessen Vorsitz ich übernahm, um seine Belange auch nach 1933 weiter zu vertreten. Schnell wurde ich in eine Kampfstellung gegen die NSDAP gezwungen und wehrte mich in Ansprachen und Rundschreiben energisch gegen die Auflösung meiner Fachorganisation, deren gewerkschaftliches Eigenleben zerstört werden sollte. Kurz vor Ausbruch des Krieges übernahm ich dann auf Zureden vieler alter Mitarbeiter und meines unmittelbaren Vorgesetzten, Dr. Oberdörffer, im NSLB die Leitung der Fachschaft höhere Schulen, um die kontinuierliche Fortsetzung früherer Arbeit und den alten Geist nach Möglichkeit zu erhalten. Bewusst lenkte ich meine Arbeit ausschließlich auf pädagogisch-wissenschaftlichem Zielgebiete, mit Politik hatte diese Tätigkeit nichts zu tun. 1940 wurde ich auf die ausdrückliche Bitte von Herrn Dr. Oberdörffer in die Schulverwaltung berufen, als dieser sein Amt niederlegen musste und wünschte, die von ihm seit 1921 in der Verwaltung geleistete Arbeit in seinem Sinne fortgesetzt zu sehen. Schon viele Jahre vor 1933 war ich von Herrn Dr. Oberdörffer bei wichtigen schulischen Entscheidungen beratend hinzugezogen worden. Auch als Oberschulrat habe ich mich bemüht, frei von politischen Bindun-

gen, zum Wohle aller zu wirken, bin niemals in Reden und Schriften hervorgetreten, so schwer mir diese Haltung bisweilen gemacht wurde. Da ich weiß, dass ich ohne eine innere Umstellung auch heute jederzeit wirkungsvoll mitarbeiten kann, bitte ich, mir eine meinen Fähigkeiten und Kräften angemessene Beschäftigung zuzuweisen, oder sollte diesem Wunsche nicht entsprochen werden können, mich auf der Grundlage des von mir verdienten Ruhegehalts und gegebenenfalls der späteren Hinterbliebenenversorgung zu pensionieren, zumal ich mich, besonders nach dem 20wöchigen Aufenthalt im Internierungslager Neuengamme erhöhten Ansprüchen zur Zeit grundsätzlich nicht gewachsen fühle.“³²

Und in der Tat, es gab gewichtige Leumundszeugnisse, die Züge unterstützten und sich für ihn verwendeten. So etwa der ehemalige Lehrer an der Bismarckschule und jetzige Schulleiter dieser Schule, Otto Nicolai, der am 29.8.1945 schrieb: „Unter Dr. Züges Führung hat die junge Schule sich eine Tradition geschaffen, wie es wohl selten einer Schule in so kurzer Zeit gelungen ist. Als 1933 hereinbrach, hat Dr. Züge unter dem Druck der Verhältnisse, besonders wohl durch das Einwirken der Herren Behne und Peyn, sich aus Sorge um seine geliebte Schule an der er mit allen Fasern seines Herzens hing, der Partei angeschlossen“. Er habe „niemals Druck im Nazisinne ausgeübt, auch später als Oberschulrat in seinem erweiterten Arbeitsbereich irgendwie parteimäßigen Gesinnungszwang ausgeübt.“³³

Otto Nicolai war ein in der Bismarck-Oberrealschule angesehene Lehrer, der aufgrund seiner früheren Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge nicht NSDAP-Mitglied werden konnte und sich auch für zahlreiche andere schwer belastete NS-Aktivisten mit Leumundszeugnissen einsetzte.

Auch der ehemalige Landesschulrat Prof. Ludwig Doermer, der 1933 seines Amtes enthoben worden war, bot Senator Landahl einige Argumente für eine etwaige Besprechung mit dem für den Bildungsbereich der Britischen Militärregierung Verantwortlichen, Major Shelton, an: „Die Schulbehörde kennt Dr. Karl Züge als einen besonders sachlich arbeitenden Beamten, der keinerlei NS-Gesinnung zur Schau trug. Landesschulrat Doermer, dessen Schulaufsicht Dr. Züge bis 1933 unterstand, hat in den Jahren vor 1933 mancherlei Zeichen nationalsozialistischer Umtriebe am Lehrkörper der von Dr. Züge geleiteten Schule beobachten können, aber nichts dergleichen hat er je bei Dr. Züge feststellen können. Dr. Züge gehört zu den Männern, denen die Erfüllung ihrer Pflichten als Lehrer und Erzieher alles andere überwog, so dass er seine politische Zugehörigkeit nicht mit der erforderlichen Einsicht und Klugheit wählte. Aber er ist ein völlig unbescholtener Mann, von dessen Haltung keinerlei Gefährdung des neuen demokratischen Staatswesens zu befürchten ist.“

Auch der Direktor des Thalia-Theaters, Willi Maertens erklärte am 19.2.1946, dass bei seinem Sohn, Schüler der Oberrealschule in der Bogenstraße, die arische

Abstammung angezweifelt worden sei und Schulleiter Züge stets bemüht gewesen sei, ihm bei diesen Schwierigkeiten zu helfen: „Er hat im Verlaufe unserer wiederholten Unterhaltungen offen seine scharfe Kritik über die ihm unverständlichen Verfügungen gegenüber den Nichtariern zum Ausdruck gebracht.“

Pastor Voß von der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Hoheluft bestätigte am 19.2.1946, dass Züge immer ein Mitglied seiner Kirche gewesen sei und mit der Kirche auch nach 1933 Kontakt gehalten habe.

Der Beratende Ausschuss für die Oberbeamten der Schulbehörde, dem Heinrich Schröder, Gustav Schmidt und Johannes Schult angehörten, entschied am 9.8.1946: „Seine Belastung erscheint nicht gering. Eintritt in die NSDAP 1933, Fachschaftsleiter NSLB, Beförderung zum Oberschulrat 1942. Aber alle, die die Gesinnung Züge kennen und die seine Tätigkeit beobachten konnten, sind übereinstimmend der Meinung, dass er alles andere war als ein NS-Aktivist. Er glaubte durch seine nominelle Mitgliedschaft und durch die Annahme der ihm gebotenen Ämter der höheren Schule Nachteiliges als Schulleiter, als Oberschulrat und als Vorsitzender des Philologenvereins zu verhindern, wozu er nur durch diese Stellung in der Lage war. Er hat sich, wie beigefügte Gutachten zeigen, auch für nichtarische Schüler eingesetzt und im Gegensatz zu Oberschulrat Behne, der ein fanatischer Nationalsozialist war, hat er sein Amt immer nur sachlich und unparteiisch geführt.“ Es gäbe in der Hamburger Lehrerschaft auch keine lautgewordene Stimme, die dieses bestreiten würde. „Infolgedessen erscheint es gerechtfertigt, Züge als nominelles Mitglied anzusehen und ihm die Pension eines Studienrats, die er sich zweifellos durch seine jahrzehntelange einwandfreie Amtsführung verdient hat, zu bewilligen.“³⁴

Am 14.2.1947 entschied der Berufungsausschuss, Züge mit der Pension eines Oberstudiendirektors in den Ruhestand zu versetzen. Der Fachausschuss 6b stufte ihn am 9.9.1947 als Mitläufer ein und am 10.1.1950 wurde er in Kategorie V eingestuft, als Entlasteter.

Im August 1947 reaktivierte die Schulbehörde Karl Züge dann sogar wieder und beschäftigte ihn als Direktor der Dienststelle Schülerkontrolle. Erst ab dem 1.10.1950 schied er wegen Erreichung der Altersgrenze aus und wurde in den Ruhestand versetzt.³⁵

Landesschulrat Ernst Matthewes schrieb Züge zu seiner Pensionierung: „Sie übernahmen am 23. August 1948 nach dem so plötzlichen Ableben ihres Vorgängers völlig unvorbereitet die Leitung der Dienststelle Schülerkontrolle und damit einen Aufgabenbereich, der sich im Stadium einer inneren Umgestaltung befand. Schnell und mit großem Geschick haben sie sich in die neue Aufgabe hineingefunden. Kraft ihrer reichen pädagogischen Erfahrung und ihrer freudigen uneigennütigen Hingabe an die Aufgabe ist es ihnen gelungen, in den wenigen Jahren ihres

Wirkens an der Dienststelle Schülerkontrolle ein Werk aufzubauen, das sich schon jetzt als außerordentlich segensreich erwiesen hat. Die Schulbehörde bedauert, dass Sie infolge der Erreichung der Altersgrenze mitten aus dem Schaffen abberufen werden. Sie weiß, dass sie in Ihnen einen treuen und tüchtigen Mitarbeiter verliert.“³⁶

In der Wahlperiode 1953 bis 1957, in der in Hamburg der konservative Hamburg-Block regierte, wurde Karl Züge als CDU-Mitglied in die Schuldeputation geschickt. Und Hans Wenke, Schulsenator in dieser Zeit, gratulierte Züge mit den Worten: „Sie sind, lieber Herr Dr. Züge, stets ein Schulmeister aus Leidenschaft gewesen und haben auf ihrem langen Wege, ob vor der Klasse, als Schulleiter oder in der Behörde immer den Weg zu den Herzen der jungen Menschen gefunden und gespürt, was sie brauchten und was sie suchten.“³⁷

Eine beispiellose Rehabilitation.

Uwe Schmidt, völlig unverdächtig, ehemalige Funktionäre des Philologenvereins zu positiv zu bewerten, kam zu einer zum Teil gänzlich anderen Einschätzung der Persönlichkeit und des Wirkens von Karl Züge. Er resümierte:

„Karl Züge erscheint uns 30 Jahre nach seinem Tode wie ein Wesen aus sehr weit zurückliegenden Zeiten. Es ist nicht ersichtlich und auch nicht sehr wahrscheinlich, dass er sich wie sein Vorgänger Theodor Mühe mit modernen pädagogischen und jugendpsychologischen Fragestellungen auseinandergesetzt hat, wohl aber scheint er eine Art ‚natürliches‘ Unterrichtsgeschick und Freude im Umgang mit Jugendlichen besessen zu haben. Sein durch personale Autorität geprägter schulischer Führungsstil entsprach offenkundig den Erwartungen und subjektiven Bedürfnissen der großen Mehrheit der von ihm Geführten. Nicht offensive Entscheidung – geleitet von Überzeugung und Bekenntnis – machte den preußischen Konservativen Karl Züge zum Nationalsozialisten. Er gehörte vielmehr zu ‚der überaus breiten Schicht der willfähigen, auf Ordnung und Funktionieren bedachten Durchführer, ... die in wesentlichen Punkten mit dem Nationalsozialismus übereinstimmen, sich in anderen aber sorgfältig auf Distanz hielten. Wie Theodor Mühe, war auch Züge tief verstrickt in die Irrtümer und Irrwege des Nationalsozialismus und ist vermutlich gar nicht auf den Gedanken gekommen, sich zu einer Zeit, als das möglich und er alt und reif genug dafür war, über seine eigene Vergangenheit Rechenschaft abzulegen.“³⁸

Karl Züge starb am 7.8.1969



Karl Züge

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte, StA HH, 361-3_A 1180.
- 2 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium, Hamburg 1999, S. 207.
- 3 Personalakte Züge, a. a. O.
- 4 Siehe die Biografien Behne, Peyn und Zindler.
- 5 Uwe Storjohann im Gespräch mit mir am 13.9.2012 und in: Uwe Storjohann: „Hauptsache überleben“, Hamburg 1993, S. 55.
- 6 50 Jahre Bismarck-Schule 1906-1956, Hamburg, S. 22.
- 7 Entnazifizierungsakte Züge, StA HH, 221-11_Ed 1160.
- 8 50 Jahre Bismarck-Schule, a. a. O., S. 23.
- 9 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 151.
- 10 75 Jahre Bismarck-Gymnasium, Hamburg 1981, S. 19f.
- 11 Uwe Schmidt 2010, S. 74f.
- 12 Storjohann, a. a. O., S. 49f.
- 13 StA HH, 362-2/26 Bismarck-Gymnasium_19 Band 5.
- 14 Jahresbericht Hamburger Philologenverein 1932/33, S.11. Zitiert nach Schmidt 2010, S. 288.
- 15 Siehe auch die Biografien Hans Rösch, Walter Behne und Theodor Mühe.
- 16 Uwe Schmidt 2010, S. 165.
- 17 StA HH, OSB VI_2 F XIV d 17.
- 18 Schreiben des 1. Vorsitzenden des Philologenvereins an die Landesschulbehörde vom 13.4.1933.
- 19 Siehe Biografie Ernst Hüttmann.
- 20 Alle Angaben laut Personalakte Züge, a. a. O.
- 21 Ebd.
- 22 Siehe die Biografien Hermann Saß und Wilhelm Oberdörffer.
- 23 Uwe Schmidt 2010, S. 310.
- 24 Ebd., S. 674. Siehe auch die Biografie von Albert Henze.
- 25 Ebd., S. 581.
- 26 Personalakte Züge, a. a. O.
- 27 Uwe Schmidt 1999, S. 92.
- 28 Personalakte Züge, a. a. O.
- 29 Alle Angaben laut Entnazifizierungsakte Züge, a. a. O.
- 30 Uwe Schmidt 1999, S. 423.
- 31 Peter Meyer: Tagebuch (Chronik 1945/1946), StA HH, 731-1 Handschriftensammlung_Nr. 2912, S. 11.
- 32 Entnazifizierungsakte Züge, a. a. O., Schreiben vom 19.1.1946.
- 33 Alle Leumundszeugnisse ebd.
- 34 Ebd.
- 35 Personalakte Züge, a. a. O.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Uwe Schmidt 1999, S. 312.

Peter Jacobsgaard

„Sein Kuhhandel: Übergabe der Lehrgewerkschaftskasse gegen die Zusicherung, als Schulleiter anerkannt zu werden.“

Er war einer der Aktiven der „Gesellschaft der Freunde“ in der Weimarer Zeit, engagierte sich für Beamtenrechte und die sozialen Kassen der Lehrerschaft und geißelte in der Hamburger Lehrerzeitung in scharfen Worten die Personalabbauverordnungen. Als die „Gesellschaft der Freunde“ gleichgeschaltet wurde, blieb Jacobsgaard dabei und versuchte, sich im NSLB als Rechnungsführer und Entschuldungsreferent, insbesondere für den Erhalt des Curio-Hauses und der sozialen Kassen einzusetzen. Dafür blieb er Schulleiter und übernahm mit der Jahnschule eine „Vorzeigeschule“.

Peter Jacobsgaard wurde am 16.6.1879 in Lund, Kreis Tondern, als Sohn des Lehrers Andreas Jacobsgaard geboren. Jacobsgaard besuchte das Lehrerseminar in Tondern von 1897 bis 1900. Es schloss sich eine einjährige militärische Ausbildung an, die er 1901 als Unteroffizier beendete.

Danach begann er am 1.4.1901 seine Lehrtätigkeit. Am 1.4.1902 wechselte er in den Hamburger Staatsdienst und arbeitete 22 Jahre an der Mädchenschule Papendamm 3 a unter Rektor Guido Höller, der später ein unangenehmer Nationalsozialist werden sollte.

Im Ersten Weltkrieg diente Jacobsgaard im IX. Armeekorps Altona-Bahrenfeld, zeigte sich als guter Organisator und Herr der Zahlen, war Unterzahlmeister.¹

Nach dem Krieg, in den Zeiten der Republik, engagierte sich Jacobsgaard in der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“, wie der schon 1805 gegründete älteste Lehrerverein der Welt mit Sitz im Curio-Haus hieß (kurz: „Gesellschaft der Freunde“). Dort kümmerte er sich um Beamtenrechte und die sozialen Kassen der Lehrer, die damals noch schlecht bezahlte Hungerleider waren. In Artikeln in der Hamburger Lehrerzeitung geißelte Jacobsgaard die Personalabbauverordnungen in den letzten Jahren der Weimarer Republik, kritisierte insbesondere die Hamburger Praxis, das „Besoldungselend und -chaos“, als der Lehrerlohn kaum dazu ausreichte, „um die notwendigen Ausgaben für Wohnung, Kleidung und Nahrung zu decken“.²

Er sah die „Gesellschaft der Freunde“ nicht so sehr als Lehrerverein, sondern als Gewerkschaft und war deren Experte in Besoldungsfragen und Beamtenangelegenheiten. So konnte er in der HLZ detailliert vorrechnen, wie sich in Zeiten des Abbaus von Beamtenbesoldungen das Gehalt zusammensetzte.³ Jacobsgaard gehörte

dem Landesvorstand der Gesellschaft der Freunde bis zur „Gleichschaltung“ durch die Nationalsozialisten an, zusammen mit verdienten Hamburger Pädagogen wie Kurt Zeidler, Richard Ballerstaedt, Max Traeger, Fritz Köhne. Auch dem gleichgeschalteten Vorstand unter NS-Führung, der am 27.4.1933 gewählt wurde, gehörte Peter Jacobsgaard an.

Das Curio-Haus war Jacobsgaards zweiter Arbeitsplatz. Als Schulleiter residierte er seit 1927 an der Knabenschule Kielortallee 18, an die er zum 1.4.1924 gewechselt war. Er leitete dort ein Kollegium mit 21 Personen. Jacobsgaard war dann auch vorgesehen für die Schulleitung in einem modernen Schulneubau in der Bogenstraße am Rande eines damals großen Kleingartengeländes. Das nach Plänen des Schulbaupioniers Fritz Schumacher auch für reformpädagogische Veränderungen konzipierte Gebäude, dessen Bau 1929 begann, musste 1931 infolge der Weltwirtschaftskrise, der Politik der Notverordnungen und der damit einhergehenden Finanzknappheit des Hamburger Haushalts unterbrochen werden. Erst nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wurde der Bau der Schule vollendet und 1934 eingeweiht. Schulleiter wurde, nun unter NS-Herrschaft, Peter Jacobsgaard.⁴

Jacobsgaard, vor 1933 Mitglied der eher liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die später zur Deutschen Staatspartei wurde, war von seiner Biografie und Grundeinstellung kein Nationalsozialist. 1933 stand er vor der Frage, 54jährig, auf eine weitere Karriere als Schulleiter zu verzichten und wieder als Lehrer zu arbeiten. Und als Verwalter des Vermögens, der sozialen Kassen und des Curio-Hauses der „Gesellschaft der Freunde“ stand für ihn noch mehr auf dem Spiel. Uwe Storjohann, ehemaliger Schüler und Sohn des Jahnschul-Lehrers Adolf Storjohann, brachte es auf eine einfache Formel. Er nannte es einen „Kuhhandel“, auf den sich Jacobsgaard 1933 „mit der Nazischulbehörde eingelassen“ habe: „Übergabe der Lehrgewerkschaftskasse, die er als Kassenwart verwaltete, gegen die Zusicherung, trotz exponierter gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeiten für das republikanische System, als Schulleiter der neuen, nach dem Turnvater Jahn getauften Hamburger Musterschule anerkannt zu werden.“⁵

Er trat in einige nationalsozialistische Organisationen ein. Im Nationalsozialistischen Lehrerbund (Mitglied seit dem 1.5.1933) wurde er Rechnungsführer und Entschuldungsreferent, insbesondere für das Curio-Haus. Dem NS-Reichskriegerbund gehörte er seit dem 23.3.1935 an, der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) seit dem 15.6.1934, dem VDA (Volksbund für das Deutschtum im Ausland) seit April 1934. In die NSDAP trat er zum 1.5.1937 ein, zu einem Zeitpunkt, an dem die Parteimitgliedschaft für Schulleiter von der NSDAP ultimativ eingefordert wurde.⁶

Jacobsgaard hatte in die neu gegründete Jahnschule in der Bogenstraße einen Großteil des Kollegiums der Schule Kielortallee mitgenommen. Insofern wusste er,

auf wen er sich als Schulleiter einließ. Aber die Zeiten hatten sich geändert und mit ihr die Personen, wie ein Blick auf die biografischen Notizen des Kollegiums zeigt.

Es gab die Aktivisten des Deutschen Turnerbundes, des Deutschvölkischen Turnvereins „Jahn“, der damit warb, Turnen „streng im Geiste des Altmeisters Friedrich Ludwig Jahn auf völkischer (nationaler) Grundlage zu betreiben.“ Und: „Nur Deutsche, germanisch-arischer Herkunft können Mitglieder werden. Juden, Polen Tschechen und sonstige Fremdstämmige sind von der Mitgliedschaft ausgeschlossen.“



Schulturnfest
Jahnschule
1936, Jacobs-
gaard redete
und verteilte
Urkunden.

Schulturnwart Rudolf Fehling, SA-Mann und strammer Nationalsozialist, betrieb eine vormilitärische Ausrichtung des Sportunterrichts.⁷ Zu den Turnveranstaltungen der Jahnschule luden Jacobsgaard und Fehling immer gemeinsam ein. Das 3. Schauturnfest im März 1936 begann nach der Fahnenweihe und dem Lied „Die Fahne hoch“ mit dem Sprechchor. „Rassereinheit, Volkseinheit, Geistesfreiheit“. Jacobsgaard und Fehling luden auch gemeinsam zu den völkischen Abenden ein. Der 7. Völkische Abend zeigte am 3.11.1936 den Film „Unser Heer“.⁸

Und der Personalakte Fehlings ist zu entnehmen, dass Jacobsgaard seinen nationalsozialistischen Turnwart auch zu Arbeiten bei den Kassen des NSLB heranzog.

Laut Schulchronik der Jahnschule vermeldete der Parteigenosse und Turnwart Rudolf Fehling dem NSDAP-Kreisleiter: „Die Volksschule in der Bogenstraße 34 wurde Ostern 1934 durch Beschluss des Senats Jahnschule genannt, in Erinnerung an einen unserer ersten Vorkämpfer für ein deutsches Volkstum. An dieser Schule sollen schätzungsweise 40 bis 50 Kinder jüdisch sein. Wenn sich auch jede Schule heute noch mit artfremden Kindern abfinden muss, so müsste diese jedenfalls bei zwei Schulen unter allen Umständen vermieden werden, nämlich bei der Adolf-Hitler-Schule, wo auch tatsächlich keine Juden aufgenommen wurden, und in der Jahn-Schule.“⁹

Die Schulverwaltung stellte nach Intervention des NSDAP-Kreisleiters daraufhin fest, dass es 1934 etwas mehr als 2 % jüdischer Schüler an der Jahnschule gab, 29 von 1331, und ordnete zum nächsten Aufnahmeterrin ein restriktiveres Verfahren an.

Uwe Schmidt schrieb, Peter Jacobsgaard habe unter dem ausgeübten Druck das Gespräch mit den betroffenen Eltern gesucht und sich bemüht, „menschlich tragbare Lösungen“ zu finden.¹⁰



Peter Jacobsgaard im Schulleiterzimmer

Jacobsgaard gab als Schulleiter keinen regelmäßigen Unterricht, übernahm aber Vertretungsstunden. Während sein Enkel ihn als etwas pedantisch beschreibt, wurde sein Unterricht von Uwe Storjohann als „recht unterhaltsam“ bezeichnet. Storjohann berichtete auch, dass nach einem Erlass Jungen von den Lehrern nicht mehr geschlagen werden durften und statt dessen zum Rektor Ja-

cobsgaard geschickt wurden. „Dieser war jedoch kein Anhänger der Prügelstrafe und zog es vor, das Gespräch zu suchen“.¹¹

Jacobsgaard musste auf vielen Feldern laviieren. Die Jahnschule war seit dem 5.11.1934 wie die Schule Binderstraße 34 „Institutsschule“.¹² Sie war der Abteilung für praktische Pädagogik des Seminars für Erziehungswissenschaften der nahen Hansischen Universität als Übungsschule zugewiesen und der Schulaufsicht des bisherigen Schulrats entzogen. Verantwortlich für die Jahnschule als geschäftsführender Schulrat war jetzt der Leiter der Abteilung für praktische Pädagogik, Prof. Rudolf Peter.

Das hieß für die Jahnschule, dass einige pädagogisch eher der Reformpädagogik, des Werkstattunterrichts zugeneigte Lehrer wie Walter Jeziorsky pädagogisch ausbildend wirken konnten, wobei fast alle Lehrer der Jahnschule auch Praktikanten bekamen, so Turnlehrer Fehling die Sportstudenten. Und schließlich war auch das Seminar für Erziehungswissenschaften inzwischen nazifiziert.

Die ganze Widersprüchlichkeit der 12 Jahre Schulleiterarbeit unter der Herrschaft der Nationalsozialisten wurde anschaulich deutlich in der Schilderung Uwe Storjohanns, der beschrieb, was er am 1. Mai 1945 an der Jahnschule erlebte, ein paar Tage bevor die Nazis die Macht endgültig an das einmarschierende britische Militär abgeben mussten:

„Als ich am Mittag, kurz nach zwölf, in der Jahnschule aufkreuze, räumen Herr Jacobsgaard, mein Vater und noch ein paar Kollegen mit der Vergangenheit auf.

Vater lässt gerade ein Prunkstück der Schulbibliothek, Alfred Rosenbergs ‚Mythos des 20. Jahrhunderts‘, im Mülleimer verschwinden, gefolgt von Günters ‚Rassenlehre‘.

Auch die letzten Volkssturmhelden treffe ich noch an. Ich werde Zeuge, wie Schulleiter Jacobsgaard den harten Kern der Schulbesetzer, eine Gruppe von SA-Männern, die ihren Volkssturmposten offensichtlich nicht verlassen wollen, wutschnaubend aus der Schule hinausjagt. ‚Das ist ein Befehl von Ihrer Gauleitung‘, schreit er. ‚Hier wird nichts mehr verteidigt! Sie haben hier nichts mehr zu suchen! Verlassen Sie sofort meine Schule! Hier habe ich das Hausrecht! Verschwinden Sie! Hinaus! Hinaus!!‘ ‚Meine Schule‘, sagt er – und in der Schimpfkanonade macht sich der aufgestaute Zorn eines Mannes Luft, der zwölf Jahre lang mit Wölfen geheult hat, die ihm im Grunde vom ersten Tage an zuwider waren. Es ist eine Abrechnung, auch mit sich selbst. Gewiss hat er schon hundertmal bereut, sich 1933 auf den Kuhhandel mit der Nazischulbehörde eingelassen zu haben: Übergabe der Lehrer-gewerkschaftskasse, die er als Kassenwart verwaltete, gegen die Zusicherung, trotz exponierter gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeiten für das republikanische System, als Schulleiter der neuen, nach dem Turnvater Jahn getauften Hamburger Musterschule anerkannt zu werden. Gut, er hat in seinem Amt über politisch gefährdete Kollegen und Kolleginnen die Hand gehalten, dafür gesorgt, dass als ‚demokratische Pädagogen‘ verschriene Junglehrer weiter unterrichten konnten, dass die bekennende Christin Fräulein Petersen lange Zeit ungeahndet Jesu Bergpredigt über Adolf Hitlers ‚Mein Kampf‘ setzen durfte, aber er hat auch geduldet, dass Lehrer wie der Synagogenschänder Fehling, die Chauvinisten Reisener und Kumlehn, der HJ-Einpeitscher und Herrenmenschenzüchter Einfeldt, der Heinrich-Himmler-Gefolgsmann Behn seine Schule zum Vorzeigehort ihrer Nazipädagogik machten, dem Hamburgs braune Prominenz, einschließlich der Gauleiter, bedenkenlos ihre Sprößlinge anvertrauten. Er hat darunter gelitten, der gute Peter Jacobsgaard, hat Ängste ausgestanden, sich insgeheim vor sich selbst geschämt, wie so viele Deutsche mit demokratischer Vergangenheit. Nun hat auch er sich von der Angst befreit: ‚Hinaus! Hinaus! Und wenn ich in der Schule auch nur eine Waffe finde, mache ich Sie dafür verantwortlich! Nun gehen Sie schon! Ich will Sie nicht mehr sehen!‘ Die SA-Leute trollen sich wie geprügelte Hunde. Ich verbringe den Tag im Lehrerzimmer der Schule. Dort höre ich die Radiomeldung: ‚Aus dem Führerhauptquartier wird gemeldet, daß unser Führer Adolf Hitler heute nachmittag in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzuge gegen den Bolschewismus kämpfend, für Deutschland gefallen ist.‘ (...) Fünf, sechs Leute sind wir im

Lehrerzimmer der Jahnschule, es ist niemand dabei, der diesen Heldentod beweint. ‚Jetzt ist Schluß mit dem Morden‘, sagt Schulleiter Jacobsgaard und nimmt das Hitlerbild von der Wand. ‚Für diese Erbschaft wird sich keiner finden‘.“¹³

Die Widersprüche spiegelten sich auch in der Familie Jacobsgaard wider. Der Enkel des Jahnschulleiters, ebenfalls mit Namen Peter Jacobsgaard, Jahrgang 1936, der für ein paar Wochen selbst Schüler an der Jahnschule gewesen ist, bekräftigte in einem Gespräch, das ich mit ihm am 25.3.2014 geführt habe, dass sein Großvater, genauso wie er selbst, keine wirklichen Sympathien für die Nationalsozialisten gehabt hätte. Anders als der Mann zwischen den beiden Peter Jacobsgaards, Sohn des Großvaters, 1907 geboren, Mediziner, Parteimitglied und seit 1933 in der SA als Sanitäts-Obertruppführer. Obwohl von nationalsozialistischer Ideologie infiziert ließ der Vater des Enkels die Familie besonders während des Krieges ständig den Wohnort wechseln, da seine Ehefrau jüdische Vorfahren gehabt haben soll.¹⁴

Peter Jacobsgaard wurde mit Ablauf des 30.9.1945 in den Ruhestand versetzt. Er war mittlerweile 66 Jahre alt.

Peter Jacobsgaard starb am 4.1.1961

Senator Heinrich Landahl, der Jacobsgaard aus der DDP und der Deutschen Staatspartei kannte, der er vor 1933 seinerzeit angehört hatte, und dessen Vater Heinrich (geb. 9.4.1866) Lehrerkollege von Jacobsgaard an der Kielortallee 18 gewesen war, ehrte Jacobsgaard in seinem Beileidsschreiben vom 11.1.1961 nachdrücklich: „Peter Jacobsgaard gehörte wohl zu den markantesten Persönlichkeiten der Hamburger Lehrerschaft. Er war ein tüchtiger Lehrer und Schulleiter, der seiner Schule ein eigenes Gesicht zu geben verstand. Ganz besonders aber hat er sich in jahrzehntelanger ehrenamtlicher Arbeit der Kollegen innerhalb der Lehrerschaft angenommen, die in Bedrängnis und Not geraten waren. Vielen Hamburger Lehrern hat er durch seine Tatkraft und Umsicht geholfen, und für jeden fand er trotz seiner Arbeitsfülle ein verständnisvolles menschliches Wort.“

Die Schulbehörde und die Lehrerschaft gedenken in Dankbarkeit dieses Mannes, der sein Bestes für die Schule und für seine Kollegen gab und dessen Name bei ihnen in guter Erinnerung bleiben wird.“¹⁵

Die Wertschätzung, die Jacobsgaard in der Lehrerschaft und ihrer Gewerkschaft genoss, wird auch in dem Nachruf deutlich, den Friedrich Kraus in der Hamburger Lehrerzeitung veröffentlichte. Darin hieß es:

„Da rief der Standesausschuß die gesamte hamburgische Lehrerschaft zu der ersten großen Protestversammlung im Juni 1930 zusammen, die den großen Saal des Curiohauses überfüllte, und Peter Jacobsgaard richtete eine flammende Anklagerede gegen die Regierung, die ihre Beamten nicht schützte, sondern sie preisgab,

die die Not durch Schaffung neuer Not und Ungerechtigkeit noch vergrößern wollte. In seiner Anklage bezeugte er die Triebkräfte seines Temperaments und seines Handelns, einen unbeugsamen Rechtssinn und den inneren Zwang zu helfen, Not zu lindern und zu beseitigen. Ohne Recht keine Sicherheit und kein Vertrauen. Die Rede schloß mit seinem Wahlspruch: Treue um Treue!“¹⁶ Und Kraus beschrieb, ähnlich wie Senator Landahl, dass Jacobsgaard sich den Respekt und die Dankbarkeit der Kollegenschaft erworben hatte:

„Wer etwas auf dem Herzen hatte, kam zu Peter Jacobsgaard und wurde angehört. Für viele war er Lehr- und Rechenmeister, Vater, Bruder, Kollege und Zuchtmeister in einer Person.

Manch einen hat er gerettet, und er konnte derb und laut zufassen und drohen, er konnte aber auch Untertöne und wunde Schwingungen vernehmen und gütig helfen.

So war es vor und nach 1933 und so war es auch wieder nach 1945.

Peter Jacobsgaard gehörte zu denen, die, wie auch Fritz Köhne, mitten im Strome stehen geblieben waren, von ihm wohl umspült wurden, dabei ihrem selbst gestellten Auftrage sich verpflichtet fühlend und dienend, die ganze trübe Flut an sich vorüberauschen ließen, und wenn sie gefragt wurden, so weit antworteten, wie eine Antwort eine Hilfe in ihrem Sinne sein konnte. Das war Traditionstreue in schwerer Zeit.“¹⁷

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Jacobsgaard, StA HH, 361-3_A753.
- 2 HLZ 44/1930, S. 806.
- 3 HLZ 27/28- 1932, S. 364.
- 4 Siehe Thomas Littmann in: 50 Jahre Jahnschule, Hamburg 1984, S. 14ff.
- 5 Uwe Storjohann: „Hauptsache überleben“, Hamburg 1993, S. 207.
- 6 Laut Entnazifizierungsakte Jacobsgaard, StA HH, Staatskommissar für die Entnazifizierung, 221-11_ F 9513.
- 7 Siehe Biografie Fehling in diesem Buch.
- 8 Staatsarchiv Hamburg: StA HH, 362- 9/14, 2 Chronik.
- 9 Beate Meyer: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999, S. 192.
- 10 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 79.
- 11 Uwe Storjohann im Gespräch mit mir am 15.8.2012.
- 12 Staatsarchiv Hamburg: StA HH, 362- 9/14, 2 Chronik.
- 13 Storjohann, a. a. O., S. 207f.
- 14 Manfred Kuhn über den Enkel Peter Jacobsgaard, in: Steine des Anstoßes, Hamburg, S. 29.
- 15 Personalakte Jacobsgaard, a. a. O.
- 16 HLZ 3/1961, S. 102f.
- 17 HLZ 3/1961, S. 103.

Das Kollegium einer Vorzeigeschule in der Nazizeit: Die Jahnschule

Was der Nationalsozialismus aus einem durchschnittlichen Kollegium zu machen im Stande war, kann am Beispiel der Jahnschule aufgezeigt werden. Dabei konzentriere ich mich auf die Knabenschule, Bogenstraße 34, wobei auch die Schulleitung der Mädchenschule im selben Gebäude erwähnt wird und es einen Personenaustausch zwischen beiden Kollegien über die Jahre gegeben hat. Schulleiter war Peter Jacobsgaard, der aus der reformpädagogisch geprägten, im Curio-Haus beheimateten, „Gesellschaft der Freunde“ gekommen war und der eine Institutsschule für den pädagogischen Nachwuchs leiten sollte. Die schlimmsten Auswüchse im Lehrerkollegium sind sicherlich bei Rudolf Fehling, Hans Einfeldt und Walter Behn festzustellen. Darum werden diese drei extremen Nationalsozialisten ausführlicher porträtiert.¹

Die erschreckende Erkenntnis bei Durchsicht fast aller Personalakten und Entnazifizierungsakten des Jahnschul-Kollegiums, die im Hamburger Staatsarchiv aufbewahrt werden, lautet: Bis auf eine Ausnahme sind alle Männer des Kollegiums Mitglieder der NSDAP und anderer NS-Organisationen gewesen. Die Tatsache, dass ein alter und in der Lehrerschaft bekannter Demokrat wie Peter Jacobsgaard am 1.5.1937 in die NSDAP eintrat, ebenso wie der verehrte und langjährige Sozialdemokrat Fritz Köhne, der als Schulrat für den Volksschulbereich 1933 im Amt geblieben war, mag Schleusen geöffnet haben. Sicher mag auch die Tatsache, dass der Gauleiter der NSDAP und Reichsstatthalter Hamburgs, Karl Kaufmann, und der Hafen-Wirtschaftsführer Rudolf Blohm ihre Kinder in die Jahnschule schickten, dazu beigetragen haben.

Die Rekonstruktion der Biografien der meisten Kollegiumsmitglieder ist im Detail schwierig, weil deren Personalakten vielfach nicht erhalten geblieben sind, wohl aber die Entnazifizierungsakten, die in der Regel die Mitgliedschaften in NS-Organisationen enthalten. Viele zusätzliche Informationen, konkret und subjektiv, habe ich den Gesprächen mit Uwe Storzjohann entnommen, die ich am 21.6.2012, 15.8.2012 und 13.9.2012 geführt habe und die von Lena Griem schriftlich festgehalten wurden.



Kollegiumsfest am 2.2.1935, darunter: 1. Reihe: Von links: Tiedemann (1), Piper (2), Fehling (3), Seggelke (4) und Waage (5). 2. Reihe: links Ella Neumann (6). 3. Reihe: Jacobsgaard (7), Adolf Storjohann (8), Reisener (9) und Einfeldt (10).

Rudolf Hartnack, geb. am 3.7.1881 in Marne, Dithmarschen

Rudolf Hartnack besuchte in Marne das Realgymnasium, danach die Präparandenanstalt in Barmstedt und das Lehrerseminar in Bad Segeberg. Seit 1905 war Hartnack Lehrer in Hamburg, später Soldat im Ersten Weltkrieg.

Hartnack wurde nach 1933 Mitglied im NSLB, in der NSV und dem Reichskriegsbund. Er arbeitete nebenbei als niederdeutscher Schriftsteller und veröffentlichte plattdeutsche Gedichte: „Baven un ünn“ (Oben und unten) und trat als launiger Redner bei Feiern in der Jahnschule auf. Der Chronist des Kollegiums berichtete: „Das traditionelle Mahl wird trefflich eingeleitet durch Hartnäckische Begrüßungsworte.“² Auch Uwe Storjohann erinnerte ihn als einen netten, launigen Lehrer.³

Vom 1.1.1930 bis 1934 war Hartnack Stellvertretender Schulleiter hinter Jacobsgaard an der Schule Kielortallee, wurde in der Nazizeit abgesetzt, weil er einer Freimaurerloge angehörte. Er war das einzige Mitglied des Kollegiums der Jahnschule, das nicht Mitglied der NSDAP wurde, die Freimaurer nicht aufnahm.⁴

Befremdlich wirken die vielen Persilscheine, die Hartnack nach 1945 schrieb, ausdrücklich auf seine Nicht-NS-Mitgliedschaft hinweisend. Man findet diese Persilscheine in den Personalakten von Rudolf Fehling, beim SS-Mann Walter Behn und auch für den HJ-Verbindungsmann Hans Einfeldt, dessen Anleiter Rudolf Hartnack gewesen war.⁵



Rudolf Hartnack mitten unter seinen Schülern im Gras liegend, Klassenausflug nach Hoisbüttel 1935

Es zeigt sich, das Jahnschul-Kollegium fühlte sich miteinander verbunden, und es gab eine objektive und empfundene Verbindung mit dem NS-System. Hartnack, der als niederdeutscher Schriftsteller plattdeutsche Gedichte schrieb, schaffte es, 1940 ein Bändchen zu veröffentlichen unter dem Titel: „Baven un ünn“, übersetzt: „Oben und unten“. Und darin gab es deutliche Bekenntnisse zum Militärischen und zur NS-Bewegung. So etwa im Gedicht „Steckt Fүү an“.

Ich habe es übersetzt und da lautet es so:

„Steckt Feuer an

Die Glocken klingen,
die Lieder singen,
die Fahnen tanzen im Wind.
Steckt Feuer an,
ruft Mann für Mann:
Das Deutsche Reich ist gegründet!
Ein Mann macht wahr,
was tausend Jahr
ein deutscher Traum nur blieb.
Nun steht zuhauf,
es gibt nur einen Ruf:
Dem Führer Dank und Leben!

Die Hörner sollen schallen,
die Büchsen knallen.
Macht all die Fenster hell.
Von Österreich
zum Nordseedeich
sind einig wir zur Stelle.
Die Glocken klingen,
die Lieder singen,
die Fahnen tanzen im Wind.
Steckt Feuer an,
ruft Mann für Mann:
Das Reich, das Reich ist
gegründet!“⁶

Auch der Nicht-Parteigenosse Hartnack hatte mitgejubelt und wurde dafür 1940 mit der Veröffentlichung seiner Gedichte belohnt. Vor diesem Hintergrund ist es besser zu verstehen, warum er so viele Persilscheine schrieb.

Franz Wallis, geb. 10.9.1903 in Brunsbüttelkoog.

Franz Wallis war Lehrer seit dem 1.5.1927, an der Jahnschule seit 1934. Uwe Storjohann sagte über ihn: „Wallis war in der SS bzw. SA, sogenannter Dithmarscher Nazi, ein sehr eitler und auf sein Äußeres bedachter Mann. Nachdem dieser aus Dithmarschen an die Jahnschule wechselte und diese Tatsache in der Dithmarscher Tageszeitung als ‚Großereignis‘ verkündet wurde und die neuen Hamburger Kollegen dies mitbekamen, wurde er von diesem Moment an in seinem Auftreten etwas weniger ernstgenommen. Dennoch unterhielt er anscheinend gute Kontakte zur Partei und der Parteioorganisation. Als Wallis an die Schule kam, gehörte er einer nationalsozialistisch extrem eingestellten Minderheit des Kollegiums an.“⁷

Ab dem 25.3.1943 wurde Wallis zur Wehrmacht eingezogen, war dort beim Heeresnachschub als Leutnant tätig und geriet 1945 in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er nach drei Jahren am 29.3.1948 zurückkehrte.

In seinem Entnazifizierungsfragebogen gab er keine SA- oder SS-Mitgliedschaft an, wohl aber den Beitritt zur NSDAP am 1.5.1937, auch eine stv. Blockleitertätigkeit, ebenfalls war er organisiert bei der NSV ab 1934 und dem NSLB seit 1934, dort auch als Blockwalter tätig. Wallis bagatellierte sein Engagement und schrieb: „Bis zu meiner Kinderlandverschickungszeit 1940 war ich jeweils für kurze Zeit als Blockhelfer und vertretungsweise als Blockleiter, sowie als Ortsgruppenmitarbeiter beschäftigt (Mitarbeiter bei Fest- und Feiern, Mitarbeit bei der Verschickung der Heimatszeitung an die Soldaten der Ortsgruppe usw.).“⁸ Vorzugsweise wurden möglichst unpolitische Tätigkeiten aufgezählt.

Wie bei vielen Rückkehrern aus der Kriegsgefangenschaft gestaltete sich die Entnazifizierung 1948 deutlich milder. Wallis wurde als entlastet eingestuft, verließ Hamburg und ging als Lehrer nach Dithmarschen zurück.⁹



Franz Wallis begleitet eine Schülerformation auf dem Weg zum Sportplatz, 1936

Hermann Reisener, geb. 17.3.1897

Hermann Reisener besuchte das Lehrerseminar und war bereits 1920, mit 23 Jahren, festangestellter Lehrer, nachdem er als Soldat auch schon einige Monate am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte.

1930/31 gehörte Reisener zum Kollegium der Kielortallee 18 unter Schulleiter Jacobsgaard.

Reisener trat 1933 in die SA ein, ebenfalls in den NSLB und wurde am 1.5.1937 Mitglied der NSDAP. An jährlichen Wehrübungen 1936, 1937 und 1938 nahm er teil, die jeweils ein bis zwei Monate dauerten und für die er vom Schuldienst freigestellt und durch die Reisener noch vor dem Krieg zum Leutnant befördert wurde.¹⁰

In den Gesprächen mit Uwe Storzjohann beschrieb er Reisener als einen „der allerschlimmsten Lehrer und übelsten Nazis überhaupt“. Reisener sei vor dem Eintritt in die Partei „Stahlhelm“-Führer gewesen und wurde dann 1933 in die SA überführt. Reisener sei „bekennender Nazi gewesen und schlimmer als Fehling“. Er war auch Turnlehrer an der Jahnschule und Storzjohann beschrieb den Psychoterror den Reisener besonders dem Schüler Gutzeit antat: So habe er den Schüler im Turnunterricht an einer Sprossenleiter turnen lassen, wobei Reisener den Jungen immer wieder durch die Sprossen habe fallen lassen und ihn erst in letzter Sekunde an den Füßen festgehalten habe. Ähnliches ereignete sich während einer Barkassenfahrt auf der Elbe, wo er den Jungen kopfüber über Bord baumeln ließ, den Schopf kurz über der Wasseroberfläche. „Der Höhepunkt dieser Schikane war im Frühjahr 1935 erreicht, während die Jungen für die Feier anlässlich des Führergeburtstags eine turnerische Aufführung probten. Der ungelenke Gutzeit sollte die Pyramidenspitze sein, wohlwissend, dass dieser die Aufgabe nicht würde erfüllen können. Der Vater



Hermann Reisener startet einen Wettlauf, Schulturnfest 1936

des Schülers Gutzeit hatte wohl von den Schikanen erfahren und kam genau zu diesem Zeitpunkt dazu und war so erzürnt, dass es schließlich zu einer Prügelei zwischen Vater Gutzeit und Reisener kam.“ Storjohann erzählte, dass sowohl die Schüler als auch Schulleiter Jacobsgaard erfreut über diese Abreibung gewesen seien. Als Turnlehrer habe Reisener seinen Hang zum Sadismus an den Schülern ausgelebt. Es gab aber offenbar auch eine andere Seite, laut Uwe Storjohann: „Sein anderer Unterricht hingegen ist eine wahre Freude gewesen. Gab Reisener eine Vertretungsstunde ist diese eine wahre Wonne gewesen. Er hat dann sein schauspielerisches Talent zum Geschichtenerzählen gezeigt.“¹¹

Reisener musste seinen Entnazifizierungsfragebogen am 26.6.1945 ausfüllen. Seine Akte ist erstaunlich kurz gehalten, keine Leumundszeugnisse, keine Problematisierung seiner frühen SA-Aktivitäten. Er wurde am Ende vom Ausschuss in Kategorie V (Entlasteter) eingruppiert und arbeitete dann wieder als Lehrer an der Schule Paul-Sorge-Straße in Niendorf. 1955 wurde er frühzeitig pensioniert.¹²

Ernst Kumlehn, geb. 16.10.1899 in Hamburg

Ernst Kumlehn, den Uwe Stojohann in einem Atemzug mit Hermann Reisener einen „Chauvinisten“ nannte¹³, wurde als 18-Jähriger im Ersten Weltkrieg als freiwilliger Soldat schwer verletzt und als 40 % Kriegsbeschädigter aus dem Lazarett entlassen. Das hat offenbar sein weiteres Leben stark geprägt. Als die NSDAP eine Wohlfahrtseinrichtung für Schwerekriegsbeschädigte und Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges gründete, die „Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung“ (NSKOV), arbeitete Kumlehn dort neben der Schule bis 1940 als Sachbearbeiter. Sonst war er noch Mitglied im Deutschen Frontkämpferbund, in der NSV seit 1933, in dem VDA und seit 1937 in der NSDAP. Er wurde ebenfalls als Entlasteter entnazifiziert¹⁴ und arbeitete nach dem Krieg weiter als Lehrer an der Schule Elbgaustraße.

Kumlehn war ebenfalls über das Lehrerseminar Lehrer geworden, arbeitete schon seit dem 1.4.1920 als festangestellter Lehrer in Hamburg, also schon als 20-Jähriger. Auffällig erscheint der häufige Schulwechsel Kumlehns. Nach den mir vorliegenden Lehrerverzeichnissen arbeitete Kumlehn im Schuljahr 1924/25 an der Schule Steinhauerdamm 6, im Schuljahr 1930/31 an der Schule Wallstraße, im Schuljahr 1932/33 an der Schule Burgstraße 35 und im Schuljahr 1935/36 an der Jahnschule. Schon im Lehrerverzeichnis 1938/39 wurde er an der Volksschule Kurze Mühren 39 geführt. Man kann darüber spekulieren, warum keine Schule Kumlehn auf längere Sicht gehalten hat.

Wieso Uwe Storjohann den Lehrer Ernst Kumlehn als „Chauvinisten“ bezeichnete und welche Auswirkungen offenbar das Trauma der jugendlichen Kriegser-

fahrung mit schwerer Verletzung auf den späteren Lehrer Kumlehn hatte, zeigt ein Bericht, den Kumlehn über einen 14tägigen Schullandaufenthalt mit seiner 6. Klasse in der Zeit vom 15.9. bis 30.9.1934 geschrieben hat.

Als Zielsetzung des Schullandaufenthaltes nannte Kumlehn:

„Der Nationalsozialismus setzt als Hauptfaktoren der Jugenderziehung der keineswegs in den Hintergrund gedrängten Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten durch die Schule voran:

- Körperliche Ertüchtigung
- Charakterbildung an sich und
- Einführung in nationalpolitisches Denken auf der Grundlage des Volksgemeinschaftsdenkens.

Alle Maßnahmen der Jugenderziehung kennen nur das eine Ziel, dass die Jugend dem Nationalsozialismus und damit dem neuen Staat mit Leib und Seele verfällt. Aufgabe der Schule ist es, mit den anderen Erziehungsmächten, Landjahr und Hitlerjugend gleichen Schritt zu halten. Das Schullandheim hat so eine Schlüsselstellung innerhalb der gesamten deutschen Nationalerziehung inne; denn, gewachsen und geformt aus dem Geist der ‚vom Wandervogel zur SA‘ führte und heute in der HJ und der Bewegung lebt, ist es der Schmelzriegel der Volksgemeinschaft.“¹⁵

Und, da es nur wenige Einblicke in die konkrete Erziehungsarbeit mit den Schülern der Jahnschule in dieser Zeit gibt, sei der von Kumlehn skizzierte Tagesverlauf im Schullandheim zitiert:

„7 Uhr 45. Flaggenparade!

‚Hermann Löns, der Heidesohn, Dichter und Jägersmann zog aus der Lüneburger Heide nach Frankreich in den grossen Krieg. Am 26. September 1914 starb der freiwillige, fast 50 Jahre alte Landsturmmann den Heldentod für Deutschlands Glück.‘ Unsere Fahnen sinken auf Halbmast zu stillem Gedenken.

8 Uhr. Frühstück. Wir reichen uns die Hände: ‚Wir werden Deutschland nicht verderben lassen! Und wenn auch alle Völker Deutschland hassen, wir stehn für Deutschland ein in jedem Streit!‘

19 Uhr 30. Es dunkelt schon über der Heide. Auf der Heidestrasse marschiert schweigend die junge Mannschaft nach Schierhorn. Wir halten am Dorfeingang. Fackeln flammen auf. Marschgesang verkündet dem Heidedorf unser Kommen. Am Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges halten Fackelträger die Wacht. Wir halten zur Gedenkfeier an. ‚Auf der Lüneburger Heide, in dem wunderschönen Land‘ ... der deutsche Spruch erklingt im Chor. Unser Klassenführer redet kurz und schlicht von der Kameradschaft der Millionen Feldgrauen und ihrem Opfertod für Deutschland, von der Hingabe an Deutschland, die die Kämpfer, alte und ganz junge, beseelte, die ihr Leben für das dritte Reich gaben, für uns. Wir senken die

Fahne und tragen den Kranz aus Eichenlaub in das Ehrenmal unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden. ‚Die Fahne hoch ...‘

Das Lied der Deutschen steigt zum Himmel empor. Marschtritt dröhnt durch die Nacht. Singend kehrt unsere Marschkolonne unter leuchtendem Sternenhimmel heim: Unser Kamerad Hermann Löns marschiert mit uns mit! Wir tragen in hämmerndem Herzen den Glauben an Deutschland mit.“

Und zum Schluss fasst der Lehrer und „Chauvinist“ Kümlehn noch einmal zusammen, was der „nationalpolitische“ Effekt seiner Arbeit sein sollte, sicherlich nicht für die kritische Nachwelt, sondern für die damalige Obrigkeit geschrieben:

„Nationalpolitische Stellung:

Die Klasse bildet eine festgefügte Gemeinschaft. Klassenführer und Jungen sind Kameraden. Die jugendgemässe, soldatische Ordnung schenkte den Jungen das beglückende Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Marschkolonnen der Bewegung. Die Kameradschaft – und immer wieder die Kameradschaft erzieht die Jungen, bildet ihren Charakter, überwindet schlechte Eigenschaften und Gewohnheiten, gewöhnt an Einordnung und Disziplin, beweist, wer Führernatur ist, hebt alle sozialen Unterschiede auf, führt zum Erleben der gewaltigen Idee der deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft. Kein Tagesverlauf glich dem anderen; doch durch alle zog sich wie ein roter Faden das Erleben nationalsozialistischer Weltanschauung. Aus dem Faden aber wird eine feste Kette und diese zum geschmiedeten Glied der Volksgemeinschaft der deutschen Zukunft.

Im nächsten Jahr wollen wir wieder fort, und alle sollen mit, möglichst 4 Wochen, darum wird jetzt im Winter gearbeitet, dass es nur so raucht. Und wir werden es schon schaffen durch – K a m e r a d s c h a f t .“

Richard Waage, geb. 30.9.1901 in Hamburg

Richard Waage, nach der Schule durch das Lehrerseminar gegangen, war mit 21 Jahren schon festangestellter Lehrer an der Schule Lehmweg 14. Waage wurde jung Stv. Schulleiter an der Jahnschule.

Da keine Personalakte von Richard Waage vorliegt, sind Daten über ihn spärlich. Er war sicherlich schon seit dem 1.4.1933 NSDAP-Mitglied, möglicherweise auch der SA. Als Stv. Schulleiter fungierte er mit gut lesbarer Schrift als Chronist des Kollegiums, der somit manches überlieferte. Besonders wichtig für Waage war das von ihm geschriebene Kapitel: „Der Soldat in der Jahnschule“. Waage begann mit dem Satz: „In unserem Kollegium befindet sich eine ganze Reihe Vertreter alten und neuen Soldatentums.“ Er nannte die Namen Bock, Fehling, Haasis, Hartnack, Jacobsgaard, Reisener, Rohlf, Storzjohann und Tiedemann. Bitter für Richard Waage,

dass die knapp älteren Fehling, geb. 1897, Reisener, geb. 1899 und Tiedemann, geb. 1898 schon dabei gewesen waren, als die Patrioten in den Ersten Weltkrieg zogen, Waage, geb. 1901, aber nicht. Zum Glück: „In den Revolutionswirren der Nachkriegszeit diente R. Waage im Freikorps Hamburg-Bahrenfeld.“ Und weiter:

„Infolge der Wehrverfassung des Nachkriegsdeutschlands fanden die jüngeren Kollegen keine Gelegenheit, die für jeden Deutschen selbstverständliche Pflicht des Wehrdienstes zu erfüllen. Erst nach dem nationalsozialistischen Umbruch 1933 (wurde) durch Volkssport-Lehrgänge der nationalen Wehrverbände der Versuch gemacht, die bis zu einem gewissen Grade durch den Vertrag von Versailles noch immer eingeschränkte Wehrrtüchtigung des deutschen Volkes wieder einzuleiten. Bis zur Erklärung der Wehrfreiheit des deutschen Volkes durch den Führer im März 1935 haben diese Volkssport-Lehrgänge wesentlich dazu beigetragen, den Geist der Wehrhaftigkeit auch in der Nachkriegsgeneration wieder zu wecken und zu pflegen.“¹⁶

Waage schrieb, dass die Lehrgänge von der SA, SS und dem Stahlhelm geleitet wurden und nannte auch die Schulschutz-Lehrgänge, „Fortbildungen zur Eingliederung der jungen Lehrerschaft in die nationale Bewegung und die Vorbereitung auf die nationale Aufgabe der Schule insbesondere den Turnunterricht“.

Diese Ausbildung wurde von SS-Führern geleitet „fanden wöchentlich an einem Nachmittag auf der Kampfbahn im Stadtpark, dann auf den HSV-Plätzen in Ochsenzoll statt.“

Stolz berichtete Waage dann, „in der neuen Wehrmacht dienen von uns bisher: R. Fehling, H. Reisener und R. Waage“. Und seine Übungen zählt er präzise, detailliert auf. Von 1935 bis 1938 zusammengerechnet über 7½ Monate. Belohnung: Im Februar 1938 wurde Waage zum Leutnant ernannt.

Der Wermutstropfen für das Kollegium: „Die Übungszeiten dieser Kollegen lagen zum großen Teil innerhalb der Schulzeit, ohne dass die Behörde Vertretungslehrkräfte schicken konnte. Einige Mitglieder des Kollegiums wurden durch die Übernahme der Vertretung stark belastet.“¹⁷

Im September 1939 zog Richard Waage dann in den Krieg, für den er so intensiv geübt hatte. Am 24.9.1942 starb er „den Heldentod für Führer, Volk und Vaterland“ bei einer Schlacht vier Kilometer südöstlich von Snijawino, im Belagerungsring von Leningrad.¹⁸

Zurück ließ Richard Waage seine Frau, Elsa Waage, geb. Boie, geb. 13.1.1896 in Hamburg, die er kurz vor seinem Kriegseintritt noch geheiratet hatte.

Elsa Waage wurde von ehemaligen Schülerinnen und Schüler der Jahnschule als stramme Nationalsozialistin bezeichnet, Mitglied der NSDAP seit 1.5.1937, ebenso



Elsa Boie unterrichtet eine vierte Klasse der Mädchenabteilung Jahnschule, 1935

im NSLB und in der NSV. Uwe Storjohann verband mit ihr das Bild: „Die rothaarige Frau mit einem Tamburin in der Hand unter der Hakenkreuzfahne. Sie hat in der Mädchenschule in der Bogenstraße 34 den NS-Frühspport eingeführt. Ihr Spitzname. ‚Die Rotgebeizte‘.“¹⁹

Elsa Waage wurde problemlos entnazifiziert und arbeitete nach 1945 weiter als Lehrerin an der Schule Moorkamp 3. Sie wurde 1961, 65jährig, pensioniert.²⁰

Henry Tiedemann, geb. 18.6.1898 in Hamburg

Henry Tiedemann kam auch über das Lehrerseminar in den Schuldienst. Er machte am 24.3.1919 seine Prüfung, 20jährig und arbeitete ab 1923 an der Schule Kielort-allee 18 mit Peter Jacobsgaard. Tiedemann war Mitglied im NSLB (ab 1933), in der NSV (ab 1935) und trat am 1.5.1937 in die NSDAP ein. Er wechselte mit Jacobsgaard an die Schule Bogenstraße 36 und blieb auch nach dem Krieg als Lehrer bis zur Pensionierung 1962 an der Jahnschule.²¹

Max Hess, geb. 15.9.1902 in Suhl/Thüringen

Max Hess besuchte die Volksschule in Hamburg von 1908–1917, danach das Lehrerseminar. 1923 absolvierte er die Prüfung und wurde 1924 als Lehrer fest ange-

stellt. Hess kam von der Schule Lutterothstraße 78 in die neu gegründete Jahnschule 1934.

Wie die meisten anderen Mitglieder des Kollegiums trat Hess 1933 dem NSLB bei, war in der NSV (1936) und in der NSDAP seit 1937.

1943 zog Hess in den Krieg, gehörte zu den Besatzungstruppen in Holland und wurde im November 1944 von der Britischen Armee in Gefangenschaft genommen. Bis zum 20.2.1947 war er Kriegsgefangener in England, danach wurde er in Hamburg entnazifiziert. In Hamburg ist er danach wieder in Niendorf an der Schule Sootbörn 22 als Lehrer tätig gewesen.²²

Rudolf Bock, geb. 26.8.1884 in Schanzfeld, Kreis Osterode

Rudolf Bock gehörte wie die meisten anderen dem NSLB seit 1933, der NSV, für die er als Zellenwarter ein Jahr arbeitete und der NSDAP ab 1.5.1937 an; außerdem auch dem NS Reichskriegerbund.

Auch Rudolf Bock hatte schon dem Kollegium Kielortallee 18 angehört und war mit in die Bogenstraße gewechselt. Nach 1945 arbeitete Bock weiter als Lehrer und wurde 1950 pensioniert.²³

Otto Rohlf, geb. 31.10.1896 in Hamburg

Otto Rohlf war ebenfalls Mitglied im NSLB (seit 1933), in der NSV (1934, zeitweise als Blockwart) und in der NSDAP seit 1937. Darüber hinaus noch im NS Reichsbund für Leibesübungen. Auch er wurde problemlos entnazifiziert und arbeitete nach 1945 weiter an der Jahnschule bis zu seiner Pensionierung.²⁴

Paul Piper, geb. 5.11.1881

Paul Piper gehörte dem NSLB ab 1935 an, der NSV ab 1935 und der NSDAP ab 1.5.1937. Problemlose Entnazifizierung, Weiterarbeit an der Jahnschule nach 1945 bis zur Pensionierung 1948.²⁵

Adolf Storjohann, geb. 23.12.1889 in Hamburg

Adolf Storjohann war eine besondere Person im Jahnschul-Kollegium, nicht nur weil über ihn durch seinen Sohn Uwe Storjohann in dessen Erinnerungen einiges Familiäres durchaus kritisch veröffentlicht wurde. Storjohann war seit dem 1.4.1943 als Konrektor der Stellvertreter Jacobsgaards an der Schule, in dem Jahr, als Hamburg

zu einem großen Teil zerstört wurde und Schule geregelt nicht mehr stattfinden konnte, dafür Kinderlandverschickungen (KLV) verstärkt organisiert wurden. So war Adolf Storjohann zwischen 1942 und 1944 mit Schülern der Jahnschule in KLV-Lagern in Landshut und Ungarn, auch als Lagerleiter.

Besonders war die Person Storjohann aber auch deswegen, weil er größere Schwierigkeiten bei der Entnazifizierung bekam. Storjohann, war wie die anderen Kollegen der Jahnschule, Mitglied des NSLB (seit 1933), der NSV (seit 1935) im VDA seit 1934 und auch in der NSDAP seit dem 1.5.1937. Und 1939 war er im Eppendorfer Weg, für die Häuser Nr. 179 bis 193, Blockwart der Partei geworden. Im Entnazifizierungsverfahren wurde das von der Britischen Militärregierung als Funktionärstätigkeit als „Politischer Leiter“ gewertet.²⁶

Uwe Storjohann beschrieb die Situation, in der der bisherige Blockwart diese Funktion Adolf Storjohann übergab. Adolf Storjohann versuchte abzuwehren – erfolglos. Als Blockwart bemühte er sich dann angeblich, zu schlichten und zu vermitteln, Denunziationen nicht weiterzuleiten, sondern die Denunzierten zur Vorsicht anzuhalten.

Familie Storjohann stand durchaus nicht in Gegnerschaft zum neuen Regime. Uwe Storjohann beschrieb seinen Vater so:

„Mein Vater war kein Nazi, er war Nationalsozialist. Das ist ein Unterschied – kein gravierender, aber doch erwähnenswert. Er spricht meinen Vater frei von dem Verdacht, ein skrupelloser Karrierist oder ein buckelnder Opportunist gewesen zu sein, er ist indessen ohne Bedeutung für die Bemessung ethischen und politischen Fehlverhaltens. Also kein Rechtfertigungsversuch, sondern nur die Erwähnung der Tatsache, daß mein Vater zu jenen im späten Kaiserreich ausgebildeten Hamburger Volksschullehrern gehörte, die ihre pädagogische Identität aus der Verquickung der Begriffe ‚national‘ und ‚sozial‘ ableiteten, wobei das Nationale überwog.“²⁷

Am Ende des „Tausendjährigen Reichs“, also 1945, war Adolf Storjohann kuriert. Aber die Entnazifizierung wurde für ihn schwierig. Am 20.3.1946 wurde er auf Befehl der Britischen Militärregierung als Lehrer entlassen. Erst nach einem achtzehn monatigen Verfahren wurde die Entlassung aufgehoben, Storjohann als Lehrer wieder zugelassen, aber vom Konrektor zum Lehrer zurückgestuft.

Ausschlaggebend für seine Entnazifizierung waren auch hier die positiven Leumundszeugnisse. Sowohl Nachbarn aus dem Block des Eppendorfer Wegs bezeugen Storjohann ausgleichendes Wirken. Peter Jacobsgaard stellte am 30.3.1946 fest, dass Storjohanns „Verhalten im Lehrkörper ohne Tadel war“. Er habe „sich nie um Politik gekümmert und auch nie im Sinne des Nationalsozialismus auf den Lehrkörper einzuwirken versucht“.²⁸

Und der kommissarische Schulrat Otto Wommelsdorf, vormals Lehrer an der

Schule Eduardstraße, nannte Storjohann einen „Freund und Förderer der Jugendbewegung und des internationalen Austausches“. Wommelsdorf erklärte sich Storjohanns Blockwarttätigkeit „aus seiner Hilfsbereitschaft und sozialen Einstellung“.²⁹ Storjohann arbeitete dann seit seiner Wiedereinstellung 1947 an der Schule Sootbörn 22 in Niendorf und wurde am 1.4.1955 pensioniert.³⁰

Hedwig Heinrich, geb. 20.3.1892 in Liebstadt/Ostpreußen

Die Schulleiterin der Mädchenschule der Jahnschule, Bogenstraße 34, während der NS-Zeit war schon von 1931 bis 1933 Schulleiterin in Hamburg an der Schule Lutherothstraße 80 gewesen. Die NS-Behörde hatte sie abgesetzt und ließ sie vom 1.8.1933 bis zum 31.3.1935 wieder als Lehrerin arbeiten. Danach wurde sie wieder als Schulleiterin an der Bogenstraße 36 eingesetzt und blieb dieses bis 1945 neben Peter Jacobsgaard. Und auch nach 1945 leitete Hedwig Heinrich die Mädchenschule weiter bis sie 1957, 65jährig, pensioniert wurde.

Auch Hedwig Heinrich war Mitglied des NSLB seit dem 1.5.1933, in der NSV (ab 1934) und trat, wie Peter Jacobsgaard, am 1.5.1937 in die NSDAP ein. Von Schulleitungen wurde der Parteieintritt zu diesem Zeitpunkt erwartet und eine nochmalige Absetzung wollte Hedwig Heinrich offensichtlich nicht riskieren.³¹

Johannes Wulff, geb. 1.7.1900 in Kiel

Johannes Wulff besuchte nach Übersiedlung seiner Eltern von Kiel nach Hamburg 1908 die Volksschule Tornquiststraße bis 1914 und wechselte dann als Schüler an die Realschule in der Bogenstraße. Nach der Obersekunda-Reife im Januar 1917 trat er über in das Lehrerseminar in der Binderstraße 34. Im Juni 1914, noch 17-jährig, meldete er sich freiwillig zum Kriegsdienst, wurde Soldat im Infanterie Regiment 76 (RIR 76), kam im Oktober an die Front nach Flandern und beendete den Krieg am 2. Dezember 1918, nachdem er „den 500 km langen Rückmarsch gut überstanden“ hatte, wie er im Lebenslauf in seiner Personalakte schrieb.³² Danach meldete sich Wulff zum berüchtigten Freikorps Bahrenfeld, wie auch der spätere Stellvertretende Schulleiter der Jungenschule der Jahnschule, Richard Waage. Dem Freikorps gehörte Wulff bis zum 1.4.1920 an, bis er dann wieder das Lehrerseminar besuchte, wo er am 16.2.1922 die Abschlussprüfung bestand.

Als Lehrer arbeitete Wulff danach an der Schule Böhmerstraße und wechselte im März 1935 an die Jahnschule, Bogenstraße 36.³³

Auf Vorschlag von Oberschulrat Albert Mansfeld wurde Wulff am 11.6.1937 als Stv. Schulleiter eingesetzt, einen Monat nach seinem Eintritt in die NSDAP. Im

NSLB war Wulff schon seit 1933 organisiert. Zu Kriegsbeginn 1939 wurde Wulff wieder an die Front geschickt, nach einer Kriegsverletzung am 11.12.1940 dann als Gefreiter aus der Genesendenkompanie 376 entlassen und am 15.2.1941 für den Krieg unabkömmlich (uk) gestellt.

Als Schule in Hamburg kaum noch durchgeführt werden konnte, arbeitete Wulff in der Kinderlandverschickung (KLV), ab 1.3.1943 als Lagerleiter im KLV-Lager Schwandorf in der Oberpfalz für Schülerinnen der Jahnschule.

Wulff wurde 1945, für mich bei seiner Vita durchaus überraschend, problemlos entnazifiziert und als Entlasteter eingestuft.³⁴ Sein Arbeitsort blieb weiter die Jahnschule (Mädchen), immer noch als Stv. Schulleiter. 1950 wurde Wulff mit fünfzehn Stunden abgeordnet an das Pädagogische Institut der Universität Hamburg als Leiter des Schulpraktikums. Und als sich Hedwig Heinrich am 31.3.1957 pensionieren ließ, schlugen der Findungsausschuss und das Kollegium Wulff einstimmig zum Schulleiter vor. Er galt als „sehr befähigter Pädagoge“, dessen „humorige Art“ es ihm leicht machte, „Kontakt zu Eltern und Lehrern zu finden“. 1959 wurde er nach zwei Jahren einstimmig bestätigt und leitete die Jahnschule (Mädchen) bis zu seiner Pensionierung am 30.9.1962.

Johannes Wulff starb am 12.12.1990.³⁵

Heinrich Seggelke, geb. 17.6.1904 in Großelbe (Kreis Marienburg)

Heinrich Seggelke, Sohn eines Landwirts, besuchte von 1918 bis 1924 das Lehrerseminar in Northeim in Holstein. Nach bestandener Prüfung 1924 arbeitete er zwei Jahre im Gemeindegeldbescheidendienst. Danach kam er 1926 als Lehrer nach Hamburg und unterrichtete seit 1928 an der Schule Kielortallee 18 unter Schulleiter Peter Jacobsgaard, mit dem er 1934 auch an die Bogenstraße wechselte.³⁶ Seggelke war einige Jahre Klassenlehrer von Uwe Storjohann und wurde von ihm als „Anhänger der Reformpädagogischen Bewegung“ bezeichnet und „als guter Lehrer, der auch menschlich angenehm war“.³⁷

Auch Seggelke trat am 1.5.1937 in die NSDAP ein, war von Dezember 1939 bis September 1940 Blockleiter, bevor er Soldat wurde. Vom 1.10.1940 bis 1945 war er als Wetterdienst-Inspektor in der Oberpfalz stationiert, eine Zeitlang soll er auch mit seiner Familie für die Deutsche Luftwaffe nach Wien gegangen sein, wie Uwe Storjohann berichtete.

Seggelke kehrte erst im Dezember 1945 nach Hamburg zurück, möglicherweise nach kurzer Gefangenschaft. Nach einem schnellen Entnazifizierungsverfahren wurde er als entlastet eingestuft. Seine kurze Blockleiter-Tätigkeit für die NSDAP hatte ihn für die Brit. Militärregierung verdächtig gemacht, aber der Entna-



Heinrich Seggelke während des Schulturnfests 1936

zifizierungsausschuss mit dem ehemaligen Schulrat Gustav Schmidt wertete diverse Leumundszeugnisse, u. a. vom ehemaligen sozialdemokratischen Senator Otto Weinheber zugunsten Seggelkes, sodass er weiter als Lehrer arbeiten konnte.³⁸

Am 11.4.1953 wurde er als kommissarischer Schulleiter an der Jahnschule (Jungen) eingesetzt und am 19.5.1954 stimmten 31 der 32 Anwesenden für seine endgültige Bestellung als Schulleiter. Er blieb es bis zu seiner Pensionierung am 12.9.1969.³⁹

Wilhelm Behn, geb. 26.1.1906 in Hamburg

Wilhelm Behn, von Uwe Storjohann als zweiter der drei Reformpädagogen an der Jahnschule bezeichnet, wurde in den 1950er Jahren mit seinen „Tierfreund“-Sendungen im Schulfunk des NDR bekannt. Er ist nicht zu verwechseln mit dem zum Schuljahr 1939/40 an die Jahnschule gewechselten SS-Mann Walter Behn, der an anderer Stelle porträtiert wird.

Wilhelm Behn, Sohn eines Oberzollsekretärs, ging in Hamburg zur Schule in den Realschulen Seilerstraße und Weidenstieg, dann auf der Lichtwarkschule, einer Reformschule, wo er 1924 Abitur machte. Von 1924 bis 1930 studierte er an der Universität Hamburg und bestand am 1.10.1930 die Prüfung für das Lehramt für Volksschulen „mit Auszeichnung“. Prüfer waren Prof. William Stern und Prof. Gustaf Deuchler. Der Psychologe Stern, der nach 1933 als Jude emigrieren musste, und Deuchler, einer der Fachbereichsdirektoren, der nach 1933 Vorlesungen in SA-Uniform hielt.⁴⁰

Wilhelm Behn wurde als Hilfslehrer eingestellt. 1935 kam er an die Jahnschule und führte parallel für das Pädagogische Institut biologische Exkursionen durch.

Während des Krieges wurde Wilhelm Behn von 1940–1945 als Wehrmachtsbeamter beim Luftwaffenkommando Nordost in Uetersen eingesetzt, Amtsbezeichnung: Wetterdienstassistent auf Kriegsdauer.

Am Ende des Krieges war Behn kurz im Sammellager Eiderstedt interniert, wo er nach einem Schreiben von Schulrat Gustav Schmidt ausgelöst wurde, weil er „zum Wiederaufbau des Schulwesens dringend gebraucht“ würde. Er arbeitete danach weiter an der Jahnschule und wechselte am 1. Januar 1953 als Dozent und Studienleiter an das Pädagogische Institut. Seit 1946 produzierte Wilhelm Behn beim Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR),



Wilhelm Behn

später NDR, Schulfunksendungen zu biologischen Themen. Damit wurde er bekannt. Die Sendungen waren sehr beliebt: „Belauschte Tierwelt“, „Der kleine und große Tierfreund“. Das „Hamburger Abendblatt“ schrieb darüber: „Wilhelm Behn, Autor und Sprecher der Tierfreund-Sendereihe im Schulfunk des NDR, hat auch unter Erwachsenen viele begeisterte Zuhörer. Seine Art, Tiere in Wald und Fluss, aber auch bei Hagenbeck, zu beobachten und zu belauschen, ist oft spannend wie ein Kriminalroman. Zugleich aber liebenswürdig und voll echten Gefühls für die Wunder der Natur.“⁴¹

Die Aufnahmen der Sendungen sind noch heute erhältlich.

Von ähnlicher Lebendigkeit und Beliebtheit war der Biologieunterricht Behns bei den Jahnschülern.

Die politischen Zugehörigkeiten Behns während der NS-Zeit entsprechen der „Norm“ des Jahnschul-Kollegiums. Auch Wilhelm Behn wurde am 1.5.1937 NSDAP-Mitglied. Er war ebenfalls Mitglied im NSLB seit 1933 und in der NSV seit 1924, dort auch Blockwart von 1937 bis 1940.

Auch Wilhelm Behn wurde bereits am 18.9.1945 entnazifiziert und von der Britischen Militärregierung für den Schuldienst bestätigt.⁴²

Walter Jeziorsky, geb. 9.3.1903 in Hamburg

Walter Jeziorsky war der dritte, von Uwe Storjohann als Reformpädagoge bezeichnete Lehrer der Jahnschule. Jeziorsky, in Hamburg geboren, als Volksschüler in der Bismarckstraße unterrichtet, absolvierte danach das Lehrerseminar an der Hohen Weide und war bereits 1925, 22jährig, festangestellter Lehrer in Hamburg. Er war früh mit den führenden Köpfen der Hamburger Reformpädagogen-Bewegung in Kontakt gekommen. William Lottig, einer der Protagonisten der „Pädagogik vom Kinde

aus“, hatte als Ausbilder an der Seminarschule gearbeitet. In der „Gesellschaft der Freunde“ lernte er einige Reformpädagogen kennen. So etwa Carl Götze, den späteren Oberschulrat für das Volksschulwesen. In Eimsbüttel hatte Jeziorsky im von Fritz Köhne und Heinrich Behnken gegründeten Volksheim Eimsbüttel gearbeitet. Und an der ersten Station seiner Lehrtätigkeit, der Schule Eduardstraße, war er mit dem Kunsterzieher und Bildgestalter Otto Wommelsdorf zusammengetroffen.

Fritz Köhne, 1927 zum Schulrat berufen, war es, der Walter Jeziorsky, damals 28jährig, zum jüngsten Schulleiter Hamburgs berief, an der neu gegründeten Schule Osterbrook 17, Ostern 1931. Hartwig Fiege, kaum zwei Jahre älter, wurde Jeziorskys Stellvertreter.⁴³ Fiege beschrieb die Arbeit Jeziorskys in den aufgewühlten Zeiten gegen Ende der Weimarer Republik:

„Walter Jeziorsky meisterte die schwere Aufgabe, unser Kollegium im Geiste einer gemäßigten Schulreform zu fruchtbarer Zusammenarbeit zu führen, mit Geschick und Takt durch sein Vorbild, Beratung mit einzelnen Kollegen und die sachliche Auseinandersetzung in den wöchentlichen Konferenzen. Der Arbeitseifer und der jugendliche Schwung seiner Kollegen kam ihm entgegen.“⁴⁴ Die Nazis setzten Jeziorsky 1933 als Schulleiter ab und schickten ihn im folgenden Jahr als Lehrer an die Jahnschule, wo er sich mit Besessenheit daran machte, mit seiner Grundschulklasse eine Art des selbsttätigen Unterrichts auszuprobieren.



Walter Jeziorsky unterrichtete 41 Grundschüler an der Jahnschule 1937 auf engem Raum in anderer Sitzform.

Er war zu der Überzeugung gekommen, dass die herkömmliche Art des Unterrichts in geschlossener Klassenfront für die Übung im Lesen, Rechtschreiben und Rechnen nicht sinnerfüllt und nicht ergiebig genug war. Darum schuf er in mühevoller Kleinarbeit Hilfsmittel, die interessant und anschaulich jedem einzelnen Schüler ermöglichen sollten, in eigener Weise zu üben, die seiner Begabung, seiner Leistungsstufe und seinem Arbeitstempo entsprach.⁴⁴⁵

Jeziorsky entwickelte einen ausgeklügelten, didaktisch und methodisch aufgefächerten Lehrplan für die Sachkundearbeit an der Grundschule. Das von ihm dazu produzierte Unterrichtsmaterial stellte er im Ausstellungsgebäude der Schulbehörde in der Spitalerstraße aus. Dort, wo kurz darauf eine große rasekundliche Ausstellung inszeniert wurde.

Jeziorsky veröffentlichte darüber hinaus einige Aufsätze in der Hamburger Lehrerzeitung unterm Hakenkreuz, prominent jeweils auf der ersten Seite beginnend. Die Arbeiten erwiesen sich als pädagogisch, didaktisch und methodisch revolutionär und prägend nicht nur für den Grundschulunterricht bis in die heutige Zeit. Aufmerksam gelesen findet sich darin nicht eine einzige Zeile der Anbiederung an die neue Zeit, an Politik, Sprache und Propaganda der Nationalsozialisten.⁴⁶



Walter Jeziorsky

Die Veröffentlichung an so herausgehobener Stelle in der vom NSLB gleichgeschalteten Hamburger Lehrerzeitung verwundert. Man kann sie als Anerkennung für den Vollblutpädagogen Walter Jeziorsky werten. Was nicht minder ungewöhnlich gewesen wäre. Möglicherweise wollten sich die NS-Schulfunktionäre auch mit einem Walter Jeziorsky in ihrem Organ schmücken. Erleichtert wurde es durch die Tatsache, dass Jeziorsky vor der zweiten Veröffentlichung am 1.5.1937 in die NSDAP eingetreten war, vorher, 1933, dem NSLB und der NSV.⁴⁷

Man kann es als Opportunismus werten, andere würden sagen, es war ein nötiger Selbstschutz für einen Gefährdeten. Wahrscheinlich war es beides. Und es fällt auf, dass alle drei reformpädagogisch aktiven Jahnschullehrer, Jeziorsky, Seggelke und Wilhelm Behn seit 1937 in verblüffender Weise synchron handelten. Das dürfte kein Zufall gewesen sein: Sie traten am 1.5.1937 der NSDAP bei, wie auch Peter Jacobsgaard und die meisten anderen im Kollegium, die noch keine Parteimitglieder waren. Sie waren Mitglieder des NSLB und engagierten sich sozial in der NS Volkswohlfahrt (NSV). Jeziorsky absolvierte seinen Kriegsdienst wie Walter Behn und Heinrich Seggelke ab 1940 bis Kriegsende bei dem Reichswetterdienst der Luftwaffe.⁴⁸

Ich vermute, dass Schulleiter Peter Jacobsgaard bei alledem Mentorendienste geleistet hatte.



Walter Jeziorsky beim
HLZ-Gespräch 1979

Walter Jeziorsky wurde 1945 prompt entnazifiziert und im Herbst 1945 als Schulleiter an der Jahnschule eingesetzt. Schon 1947 folgte Jeziorsky dem Ruf an das Pädagogische Institut, wo er als Dozent und später Professor für Grundschulpädagogik Generationen von Hamburger Lehrerinnen und Lehrer ausbildete, für die „Jezi“ eine prägende „Lichtgestalt“ als Lehrerbildner wurde. Auch in der GEW blieb Walter Jeziorsky ein anregender und streitbarer Geist, was ich als HLZ-Schriftleiter in den 1980er Jahren mehrfach selbst erlebte und bezeugen kann.

Er starb am 12.4.1992.

Problematisch fiel aus meiner Sicht Jeziorskys Rückblick auf die Schule unterm Hakenkreuz in Hamburg aus. In einem Gespräch, das Rainer Petersen und ich mit Walter Jeziorsky und drei weiteren KollegInnen 1979 führten, sagte Jeziorsky: „Trotz alledem gab es in der pädagogischen Arbeit keine wesentlichen Einschränkungen. Die damals verkündeten neuen Erziehungsziele wurden heimlich belächelt. Man hörte es sich an, diskutierte nicht darüber, weil das zwecklos war und machte in der Klasse weiter, wie bisher.“⁴⁹

Das mag Jeziorskys Einstellung nach 1933 charakterisieren. Alles Augenmerk auf die pädagogische Arbeit zu richten. Aber es blendete aus, was auch an der Jahnschule um ihn herum mit jüdischen Schülerinnen und Schülern passierte, wie die Fehlings, Reiseners, Kumlehns, Einfeldts und Walter Behns innerhalb und außerhalb der Jahnschule agierten und kennzeichnet auch ein wenig die Lebenslügen einer ganzen Pädagogengeneration, der bezogen auf ihr persönliches Handeln zum Teil wenig vorzuwerfen ist.

Anmerkungen

- 1 Siehe die Biografien Peter Jacobsgaard, Hans Einfeldt, Rudolf Fehling und Walter Behn in diesem Buch.
- 2 Richard Waage in der Schulchronik der Jahnschule am 1.4.1937, StA HH, 362-9/14_2 Chronik.
- 3 Uwe Storjohann in einem Gespräch am 21.6.2012.
- 4 StA HH, 221-1_Ed 2007.
- 5 Siehe deren Biografien in diesem Buch.
- 6 Rudolf Harnack: Baven un ünn, Falken-Verlag Hamburg 1940, S. 14.
- 7 Storjohann im Gespräch am 21.6.2012.
- 8 Entnazifizierungsakte Wallis, StA HH, 221-11_KAT 31863.
- 9 Ebd.
- 10 Entnazifizierungsakte Reisener, StA HH, 221-11_Ed 6008.
- 11 Storjohann in Gesprächen am 21.6.2014 und am 15.8.2014.

- 12 Entnazifizierungsakte Reisener, a. a. O.
- 13 Uwe Storjohann: „Hauptsache überleben“, Hamburg 1993, S. 207.
- 14 Entnazifizierungsakte Kumlehn, StA HH, 221-11_Ed3031.
- 15 Alles zitiert nach StA HH, 362- 9/14_2 Chronik.
- 16 Richard Waage: Der Soldat in der Jahnschule, StA HH, 362-9/14_2 Chronik.
- 17 Festgehalten von R. Waage am 18.1.1939 in der Chronik, a. a. O.
- 18 Chronik, a. a. O.
- 19 Uwe Storjohann im Gespräch am 21.6.1913.
- 20 StA HH, 221-11_Ed 1320 und Lehrerverzeichnisse 1953/54 und 1962/63.
- 21 Personalakte StA HH, 361-3_57843 und Entnazifizierungsakte Tiedemann, StA HH, 221-11_Ed 3164.
- 22 StA HH, 221-11_POW 1423.
- 23 StA HH, 221-11_Ed 2122.
- 24 StA HH, 221-11_Ed 10512.
- 25 StA HH, 221-11_Ed 1833.
- 26 StA HH, 221-11_Ed 1989.
- 27 Uwe Storjohann 1993, a. a. O., S 33.
- 28 StA HH, 221-11_Ed 4318.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 StA HH, 221-11_Ed 1989.
- 32 StA HH, 361-3_Nr. 3803.
- 33 Ebd.
- 34 StA HH, 221-11_Ed 3146.
- 35 Angaben nach seiner Personalakte StA HH, 361-3_Nr. 3803.
- 36 StA HH, 361-3_A 1493.
- 37 Storjohann im Gespräch am 21.6.2012.
- 38 StA HH, 221-11_Ed 12592.
- 39 StA HH, 361-3_A 1493.
- 40 Siehe auch Biografie Deuchler in diesem Buch.
- 41 „Hamburger Abendblatt“ vom 2.8.1962.
- 42 StA HH, Lehrerprüfungsamt A 119 Bd 1; StA HH, 361-6 HWDP IV_3074; StA HH, 221-11_Ed 4004.
- 43 StA HH, 361-6 HWDP IV_1315.
- 44 Hartwig Fiege: Nachruf Walter Jeziorsky, HLZ 6-7/ 92, S. 49.
- 45 Ebd.
- 46 Walter Jeziorsky: Gesichtspunkte für den Aufbau eines Lehrplans für die sachkundliche Arbeit in der Grundschule, in: HLZ 47/ 1936, S. 444ff. und Walter Jeziorsky: Sachkunde, ihre Methodik und das Problem des Gesamtunterrichtes, in: HLZ 24/1937, S. 261ff.
- 47 StA HH, 221-11_Ed 1650.
- 48 Ebd.
- 49 Das Gespräch mit Walter Jeziorsky, Anne Banaschewski, Käthe Jacob und Ludolf Mevius ist abgedruckt in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 144ff.

Rudolf Fehling

„Wir sollten endlich den liberalistischen Satz ‚Wissen ist Macht‘ austreichen und dafür schreiben: ‚Kanonen sind Macht‘.“

Ein Mann mit vielen Gesichtern war offenbar Robert Fehling. Auf dem Foto von der Kollegiumsfeier der Jahnschule 1935 (S. 405) sitzt er im Smoking auf dem Boden in der ersten Reihe, zentral, verschmitzt, selbstbewusst, in gerader Haltung in die Kamera blickend. Man sieht ihm dabei nicht an, in welchem Geist, mit welcher Mission er als Turnwart die Jahnschüler für das System drillt. Dies wird erst auf den Bildern von den jährlichen Sportfesten deutlich. Fehling im kurzen Sportdress, im Turnhemd mit dem Emblem des Deutsch-Völkischen Turnvereins auf der Brust bei der Siegerehrung vor der Hakenkreuzfahne. Und da gibt es noch die Erinnerungen von Uwe Storjohann, der beschreibt, was Rudolf Fehling in der Reichspogromnacht am Bornplatz trieb.

„Ich war in meinem Zimmer, als Vater am frühen Nachmittag von der Jahnschule nach Hause kam. Ich habe genau gehört, was auf dem Korridor gesprochen wurde. Jedes Wort. ‚So macht man Deutschlands Namen keine Ehre. Stell dir vor, der Fehling hat die Synagoge in der Rutschbahn angezündet ...‘. Fehling ist Vaters Kollege, Turnlehrer in der Jahnschule. ‚Und am Bornplatz in der großen Synagoge haben sie alles kurz und klein gemacht, die Fensterscheiben, den Vorhang, die heilige Lade, Thorarollen und Teppiche.‘

‚Sie‘ – das sind die Vollzugstruppen des heiligen Volkszorns: SA, SS, Politische Leiter, Jahnschullehrer Fehling als Kreisleiter an der Spitze.

Vater nimmt die Juden nicht in Schutz. Natürlich müsse man sich wehren, wenn deutsche Staatsbürger im Ausland niedergeschossen würden, aber doch nicht mit solchen Übergriffen.

‚Lass die Juden sein, wie sie wollen, aber Synagogen – das sind Gotteshäuser, das sind ihre Tempel. Daran vergreift man sich nicht.‘ Der Kollege Fehling hat mit seinen Brandschatzfackeln auch Vaters Idealbild vom ‚edlen Deutschen‘ angekokelt. ‚Und er brüstet sich auch noch mit seiner ‚Heldentat‘! Tut sich damit dicke, daß sie die Juden rudelweise aus den Häusern raus geprügelt haben, mitten in der Nacht! Und lacht sich halbtot darüber, dass einer von den Geprügelten ‚Hilfe, Polizei‘ gerufen hat.“¹

Rudolf Fehling wurde am 9.4.1897 in Hamburg geboren. Sein Vater war Postschaffner und langjähriger Geschäftsführer des ehemaligen Bauvereins der Postbeamten

in der Gustav-Falke-Straße. In der Mansteinstraße in Eimsbüttel ist ein Block nach ihm benannt und eine Gedenktafel angebracht.

1916 hatte Rudolf Fehling sich freiwillig für den Kriegsdienst gemeldet und war „6 Wochen im Felde“, wie er in seinem Lebenslauf schrieb.²

Rudolf Fehling besuchte das Lehrerseminar in Hamburg und absolvierte schon am 22.2.1918, als noch 20-Jähriger, die Prüfung. „Festangestellter beamteter Lehrer“ wurde er am 1.4.1922, seine erste Schule war die Volksschule Wrangelstraße 83.

1927 wechselte Fehling an die Schule Kielortallee zu Schulleiter Peter Jacobsgaard. Parallel zu seiner Lehrtätigkeit betrieb der vielfältig interessierte Fehling in der Mansteinstraße 26 in Eimsbüttel ein Fotogeschäft.³

Der Deutsche Photo- und Kinohändler Verbund beklagte sich bei der Schulbehörde über Fehlings Nebentätigkeit in nahezu denunziatorischer Weise.

Mit Jacobsgaard und einem Großteil des Kollegiums wechselte Fehling 1934 von der Kielortallee an die Schule Bogenstraße, die auf Fehlings Initiative kurz darauf in Jahnschule umbenannt wurde.

Rudolf Fehling trat zum 1.5.1933 in die NSDAP ein. Gleichzeitig war er Mitglied im NSLB geworden. Dort übernahm er bald die Funktion eines Gauhauptstellenleiters für Eimsbüttel. Offenbar in Zusammenarbeit mit Schulleiter Peter Jacobsgaard war Fehling auch im Curio-Haus beim NSLB aktiv als Unterstützung des Kassenverwalters. Laut späterem Entnazifizierungsfragebogen war Fehling weder in der SA noch SS-Mitglied. Die Exzesse Fehlings in der Synagoge am Bornplatz zeigen, dass dort nicht nur die SA wütete, und, laut Uwe Storjohann, gab es für Fehlings Gewalteinsatz in der Reichspogromnacht kein Verständnis im Kollegium der Jahnschule: „Das Verhältnis des Kollegiums an der Jahnschule ist nicht spezifisch durch die eine oder andere vorherrschende Einstellung geprägt gewesen. Nur einmal hat sich öffentliche Empörung gezeigt. Nach der Reichskristallnacht vom 9. November 1938. Am Morgen danach sei Fehling mit deutlichen Spuren einer ‚schmutzigen Arbeit‘ in die Schule gekommen und habe mit den Ereignissen und seinem Mitwirken sowohl vor Kollegen als auch vor Schülern geprahlt. Das Kollegium sei sowohl über die Ereignisse an sich als auch über das Verhalten Fehlings schockiert gewesen.“⁴

SS-Mann Walter Behn gehörte zu diesem Zeitpunkt noch zum Kollegium der Schule Binderstraße 14.

Neben seiner schulischen Haupttätigkeit als Turnwart war Fehling für die NS-Bewegung und für militärische Übungen unterwegs, mit dem Ziel, seine Offizierskarriere schon vor dem Krieg auf den Weg zu bringen. Vom 18.2. bis zum 16.3.1935 nahm er an einem Lehrgang der Gauführerschule teil. 1936 jubelte er Hitler und Goebbels beim Reichsparteitag in Nürnberg zu (10.–17.9.1936).⁵

Urlaub für die Reichswehr und für militärische Übungen gab es ab 1935 jedes



Rudolf Fehling

Jahr. In jeweils etwa 6 Wochen wurden die potenziellen Offiziere auf den zukünftigen Krieg vorbereitet.

Am 29.7.1937 teilte Fehling nach einer Übung stolz mit, zum Leutnant der Reserve befördert worden zu sein. Alles kam in die Lehrer-Personalakte.

Im Jahr 1938 erhielt er gleich zwei Beurlaubungen. Vom 21.4.–18.5.1938 eine „Pflichtübung“ für Reserveoffiziere und im Herbst (15.9.–24.10.1938) eine „aktive Wehrübung“. Vertretungskräfte gab es keine, die Wehrübungen gingen zu Lasten des übrigen Kollegiums, wie auch bei Hermann Reisener und Richard Waage, die genau so häufig zu militärischen Übungen unterwegs waren. Schulleiter Jacobsgaard zeigte sich gar nicht begeistert. Er wies darauf hin, Fehling sei in

dem Schuljahr schon einen Monat beurlaubt gewesen. Er habe „kaum Gelegenheit“ gehabt, „im Sommerhalbjahr seine Klasse zu unterrichten“. Aber Hitler-Deutschland hatte Großes vor. Im März 1939 beantragte Fehling eine weitere Übung für den 20.4.–3.5.1939. Jacobsgaard wies darauf hin, er müsse dann Fehlings Klasse „auf Parallelklassen aufteilen“. Trotzdem genehmigte die Behörde.⁶



Rudolf Fehling unterrichtet Grundschüler der Jahnschule, 1936 – anders als Walter Jeziorsky, S. 420

Am 30.8.1939 wurde Fehling zur Wehrmacht eingezogen. Jacobsgaard blieb nur noch die Aufgabe, Ersatz und Vertretung zu regeln. Der Behörde teilte er am 8.5.1940 mit, Fehling und Reisener seien jeweils zum Oberleutnant befördert worden, Walter Behn zum Leutnant.

Über Fehlings weitere Kriegskarriere wurde erst 1947 wieder etwas aktenkundig, als er 1946 nach 2¾ Jahren aus amerikanischer Gefangenschaft nach Hamburg zurückkehrte. Dazu später mehr im Kontext seines Entnazifizierungsverfahrens.

Das Turnen bekam unter NS-Herrschaft eine besondere Bedeutung. Wobei eine 3. Sportstunde in der Woche, ein Spielnachmittag, das pflichtmäßige Schulschwimmen schon vor 1933 in Hamburg eingeführt worden waren. Neu war: „Der Wandel des bisherigen Schulturnens zur ‚politischen Leibesübung‘ und damit die grundsätzliche Anerkennung der Leibesübungen als ein gleichberechtigtes Erziehungsgebiet“.⁷

Fehling arbeitete mit in einem Ausschuss des NSLB, der Fachschaft Turnen. Dort wurde ein „Schulplan für den Unterricht in allen Leibesübungen“ verfasst, den der Präsident der Kultur- und Schulbehörde probeweise in Kraft setzte. Danach sollten in Zukunft alle Schüler im Fach Leibesübungen bewertet und zensiert werden.

Darüber hinaus setzte sich Fehling dafür ein, an der Jahnschule eine „bewußt vaterländische und völkische Erziehung“ durchzusetzen, „das alte Jahnsche Turnen mit neuem Geist“. Richard Waage schrieb in der Schulchronik der Jahnschule auch, dass es Fehling war, der schon 1932 den Gedanken, die neue Schule in der Bogenstraße „Jahnschule“ zu nennen, „mit führenden Männern der Deutschen Turnerschaft in Hamburg“ ins Gespräch gebracht habe. Und Fehling war es auch, der ein Fortbildungsprogramm entwickelte, die Lehrer der Jahnschule zu befähigen, den Unterricht „im neuen Geiste“ zu erteilen. So schrieb er in seinem Bericht als Turnwart der Jahnschule über das 1. Halbjahr 1934: „Es war nicht immer möglich, Turnlehrkräfte für alle Klassen frei zu bekommen. Um trotzdem noch gute Erfolge zu erzielen, wurden für weniger kundige Lehrkräfte 3 Musterturnstunden vom Turnwart abgehalten. In einer letzten Schulstunde wurden die Kinder bis auf die Vorführklasse nach Hause geschickt, um allen Lehrkräften die Teilnahme zu ermöglichen.“⁸

Dass Fehling nicht allein das Turnen am Herzen lag, wie er es strategisch einbettete, vielleicht auch, wie NS-Ideologie des sich für Höheres rüstenden Offiziers sich in seinem Denken auswirkte, zeigt ein Aufsatz, der am 12.2.1938, prominent aufgemacht, auf der Titelseite der Hamburger Lehrerzeitung unterm Hakenkreuz erschien, Titel: „Vormilitärische Erziehung der deutschen Jugend“. Da nahezu alle Hamburger Pädagogen Mitglieder im NSLB waren, kamen Fehlings kriegsvorbereitende Gedanken auf jeden Lehrertisch. Im Entnazifizierungsverfahren nach dem Krieg sollte dieser Aufsatz eine besondere Rolle spielen. Darum und um die Gedan-

ken Fehlings im Jahr vor Beginn des Zweiten Weltkrieges genauer zu kennen, hier einige wesentliche Zitate:

„Es gibt leider noch sehr viele Erzieher, die die Grundsätze der nationalsozialistischen Erziehung nicht beherzigen. Und unser Führer hat sie in seinem ‚Kampf‘ so klar herausgestellt: Auf Seite 452 lesen wir: ‚Der völkische Staat hat seine Erziehungsarbeit in erster Linie auf die Heranzüchtung kerngesunder Körper einzustellen. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten. Hier aber an der Spitze die Entwicklung des Charakters ... Erst als Letztes die wissenschaftliche Schulung.‘ – Die Reihenfolge der Aufgaben ist wichtig; wichtig ist aber auch, daß nicht eins allein gefordert wird, sondern Ziel ist der ganze Mensch im Charakter, Geist, Körper und Wissen. Die heutige stärkere Betonung der Leibesübungen ist noch vielen unverständlich, aber immer noch gibt es Ballast, der aus der Schule herausgeworfen werden müsste, damit die Bahn wirklich frei wird für eine neue Erziehung, für vermehrte Leibesübungen. In der alten liberalistischen Zeit war die Schule weniger Erziehungsstätte sondern ein Mittel, die einzelnen Fähigkeiten für seinen Kampf ums Dasein zu vermitteln. Nicht die Methode, nicht der Geist waren den Eltern wichtig, die Hauptsache war, daß der Junge etwas lernte. Das ist eine liberalistische Auffassung, die nur darum sorgt, daß es dem einzelnen gut gehe. Aber der große Krieg hat es doch besonders in seinen letzten Jahren jedem anschaulich bewiesen, daß der einzelne nichts, die Nation alles ist, daß ein Schicksalsband uns alle umschlingt, und demgemäß muß die Schule das Volk im Kampf ums Volksdasein stärken. Damit erhalten wir eine andere Einstellung zu den wissenschaftlichen Fächern.“⁹

Obwohl der Aufsatz sicherlich von der HLZ-Schriftleitung redigiert wurde, dokumentierte er auf allen Ebenen die Dürftigkeit des Denkens und Schreibens Fehlings. Vielen reformpädagogisch orientierten Mitgliedern des alten Lehrerverbandes (Gesellschaft der Freunde) dürften die Haare zu Berge gestanden haben.

„Daß in dieser Einstellung der Schule zu Volk und Vaterland auch die Wehrziehung einen Raum einnehmen muß, sollte jedem Lehrer klar sein, Volk und Staat gehen sonst auch hier über die Lehrerschaft hinweg, wie sie es schon einmal getan haben.“

Fehling beschrieb unmissverständlich, worum es geht. Wenn Uwe Storjohann als Grundschul-Kind im Sportunterricht darunter gelitten hat, nicht Fußball spielen zu dürfen, sondern von Schleifern und Sadisten gequält zu werden, wurde in diesem Aufsatz deutlich, welche Ziele dahinter steckten:

„An der Marne hat sich die deutsche Illusion eines Menschenalters gerächt, Deutschland könnte sich anders als wehrhaft behaupten.‘ Dieser Satz von Horst von Metzsch, daß es um die Bewahrung des deutschen Lebensraumes geht, findet

Rudolf Fehling verteilt Urkunden beim Schulturnfest der Jahnschule 1936

heute überall Anerkennung, aber ist man auch geneigt, die Folgerungen daraus zu ziehen? Und dabei sind wir doch über die Auswirkungen eines totalen Krieges im Klaren. (...) Wir dürfen also im Frieden nichts versäumen, wenn wir aus den



Erfahrungen des letzten Krieges etwas gelernt haben. Noch lebt die Generation der Kriegsteilnehmer, und sie hat noch eine große Aufgabe zu erfüllen: Der Jugend die große Schicksalsbedeutung des Weltkrieges klarzumachen.(...) Denn das sind die Lehren der letzten Jahre: Niemand hilft uns, wenn wir uns nicht selber helfen. Der Starke hat immer recht. Ein Völkerrecht gibt es nicht, wenn es um Lebensfragen des eigenen Volkes geht. (...) Wer in der Stunde der Not nicht kriegstüchtig ist, muß es gegebenenfalls mit seinem Leben bezahlen und droht damit, sein Volk in Mitleidenschaft zu ziehen. Unsere Jugend sei männlich hart, gehorsam, waffentüchtig und charakterfest; das sind mit kurzen Worten die Forderungen, die heute an unsere Jugend gestellt werden.“¹⁰

Es gibt nur wenige Beispiele in der Hamburger Lehrerzeitung, in denen so unverblümt auf den Krieg vorbereitet wurde:

„Erforderlich ist der Einbau des Wehrgeistes in die gesamte Lebenshaltung des Volkes. Nicht Elternhaus, Schule und Jugendbewegung sind Träger einer Wehrerziehung, die ihre Krönung im Militärdienst findet. Nein, sein ganzes Leben lang muß der Deutsche sich als Verteidiger der Nation und ihres Lebensraumes fühlen. Höchster Stolz des Jünglings wie des Mannes ist, Waffenträger der Nation zu sein!“¹¹

Und Wehrerziehung ist fächerübergreifend für Fehling und muss das Elternhaus mit einbeziehen, wie er schreibt:

„Im Elternhaus erinnern den Jungen Kriegsbriefe, Andenken, Tagebücher und Erzählungen des Vaters an die große Zeit, formen einen gewissen Familienstolz, erwecken oft eine alte Tradition. (...)“

Im Deutsch- und Geschichtsunterricht bietet die Auswahl des Stoffes genug Gelegenheit, von Helden- und Soldatentum zu sprechen. Die Jungen müssen Geschichte

erleben, Zeiten und Zustände verstehen lernen. In der Erdkunde kann man geopolitische Fragen streifen, auf Kartenkunde und Wetterdienst eingehen, in der Mathematik Landmessung, in der Physik Flugbahnen, Fernsprecher, Radio behandeln, Kampfstoffe sind ein Thema für den Chemieunterricht. Ferner müssen in den staatspolitischen Unterricht Truppenkunde und Waffenkunde einbezogen werden, ohne daß man sich dabei in Einzelheiten verlieren muß.“¹²

Nach 1945 wird Fehling wie viele andere behaupten, er sei „kein Aktivist kein Militarist und immer Demokrat“ gewesen, wie er eines seiner Papiere überschrieb.¹³ Eine groteske Behauptung von jemandem, der sich an so exponierter Stelle in dieser Weise schriftlich geäußert hatte. Ich beschränke mich auf einige Zitate. Der ganze Aufsatz, 1937 geschrieben, war ein krudes Sammelsurium unzweideutiger Aussagen, die eine Jugend zielgerichtet auf einen Krieg vorbereiten sollten.

„Wir sollten endlich den liberalistischen Satz ‚Wissen ist Macht‘ ausstreichen und dafür schreiben: ‚Kanonen sind Macht!‘ Das sollte heute jeder begriffen haben. Unsere Jugend drängt zum Soldatischen, sie fordert es ernsthaft und will keine Soldatenspielererei. Das ist aber nur eine Frage der Ausbilder.“¹⁴

Fehlings Vorstellungen des Zusammenwirkens vormilitärischer Erziehung und militärischer Ausbildung wurden klar benannt :

„Ich halte folgenden Plan für die Wehrausbildung als geeignet: Vom 10. bis 14. Lebensjahr: Vorbereitung im DJ., Geländedienst, Erziehung zur Härte, wie bisher. Vom 14. bis 16. Lebensjahr wird die Vorausbildung fortgesetzt, dazu treten Kriegsspiele, Schießen und anderes. Vom 16. bis 18. Lebensjahr erfolgen die soldatische Grundausbildung mit Gewehr und der formale Schützendienst. Vom 18. bis 20. Lebensjahr gehört der Jugendliche der Miliz (SA?) an und erfährt seine Ausbildung im Felddienst und in den Spezialwaffen. Bei 40 Wochen Dienst im Jahr, einem Übungs- oder Unterrichtsnachmittag von 3 Stunden in der Woche, einem monatlichen Ausmarsch ins Gelände, erstreckt sich dann die Ausbildung über 10 Jahre!“¹⁵

Im Entnazifizierungsverfahren zeigte Fehling eine andere Seite, larmoyant, opportunistisch und unverfroren, wenn es darum ging, Taten zu verleugnen und Fakten zu verbiegen. Sicherlich hatten die persönlichen Erlebnisse der Jahre zuvor dazu beigetragen.

Seit 1939 befand sich Rudolf Fehling im Kriegsdienst. Am 1.6.1942 war er, in Tunesien stationiert, zum Hauptmann befördert worden und Ortskommandant in Sousse.

Im Mai 1943 geriet Fehling in Tunesien in amerikanische Gefangenschaft und wurde in Mexia, Texas im Kriegsgefangenenlager interniert, aus dem er nach 2¾ Jahren entlassen wurde. Vorher hatte er sich freiwillig zu einem viermonatigen

Ernteeinsatz gemeldet, wodurch seine Entlassung aus dem Gefangenenlager beschleunigt wurde.

Am 10.7.1946 füllte er den Entnazifizierungsfragebogen aus, als Zeuge unterschrieb der damals als Schulleiter eingesetzte Walter Jeziorsky, seit 1934 Lehrerkollege von Fehling an der Jahnschule.¹⁶

Es begann ein langes Entnazifizierungsverfahren. Das war vergleichsweise ungewöhnlich, weil die Ausschüsse mit zurückgekehrten Kriegsgefangenen besonders milde umgingen.

Rudolf Fehling war trotz vergleichsweise geringer Funktionen im NS-Staat ein anderer Fall. Zitiert wurde vom Beratenden Ausschuss am 3.12.1946 zwar die Aussage des Oberschulrats für das Volksschulwesen in der Nazizeit und zweithöchsten NSLB-Funktionärs in Hamburg, Albert Mansfeld. In der Übersetzung für die Britische Militärregierung hieß es: „He (Fehling) is not only an National Socialist at heart but also publicly works for it.“¹⁷

Und der Ausschuss fügte hinzu, dass alle Lehrer, die Fehling von früher gut kannten, vom Ausschuss befragt, sich geweigert hätten, ihn zu verteidigen („refused to vindicate him“).

Die Einlassungen Fehlings waren für den Ausschuss sachlich und logisch nicht haltbar.¹⁸

Fehling hatte behauptet, „kein Aktivist, kein Militarist und immer Demokrat“ gewesen zu sein. Dagegen stellte der Ausschuss einige Zitate aus dem HLZ-Artikel des Jahres 1938, etwa: „Wir sollten endlich den liberalistischen Satz: ‚Wissen ist Macht‘ ausstreichen und dafür schreiben: ‚Kanonen sind Macht‘.“¹⁹

Fehling und seine Familie (Frau und Sohn) litten sicherlich materielle Not ohne seine Anstellung in der Schule. Fehling musste als Trümmerarbeiter seinen Lebensunterhalt verdienen, seit April 1947 arbeitete er als Bauhilfsarbeiter.

Auch unter dem für Milde bekannten ehemaligen Oberlandesgerichtspräsidenten Wilhelm Kiesselbach gab es am 1.12.1948 keine Milde für Rudolf Fehling, der Widerspruch gegen die Entlassung aus dem Schuldienst eingelegt hatte. „Der Ausschuss hat gewisse Bedenken, ob es möglich ist, einen Mann, der sich bereit gefunden hat, einen derartigen Artikel von sich zu geben, wieder als Lehrer der Jugend zu beschäftigen.“²⁰

Fehling stellte am 23.7.1949 erneut einen Antrag, zum 1.10.1949 als Lehrer wieder eingestellt zu werden. Der Personalreferent, Karl Hoffmann, teilte ihm mit, dass eine Wiedereinstellung in den Hamburger Schuldienst nicht vorgesehen sei. Es dauerte noch knapp ein Jahr. Zum 15.4.1950 wurde Fehling dann doch wieder als Lehrer an der Schule Imstedt 20 beschäftigt. Schulsenator Landahl zeichnete einen Vermerk ab, in dem es hieß: „Die Einstellung wurde zunächst abgelehnt, weil er sich

als Nationalsozialist gebärdet hatte. Eine erneute Überprüfung hat zu der Auffassung geführt, daß er im Grunde ein harmloser Wichtigtuer gewesen ist.“²¹ Ein Jahr später, am 5.9.1951, wurde Rudolf Fehling zum Abschluss der Entnazifizierung in Kategorie V eingeordnet, als Entlasteter.

Einige Angaben Fehlings sollen noch einmal kurz dargestellt werden. Wie belegte jemand seine angeblich demokratische Haltung, der sich 1938 noch gebrüstet hatte, die Synagoge am Bornplatz mit in Brand gesetzt zu haben und der die Juden in Angst und Schrecken versetzt hatte?

„Mein Eintritt in die Partei erfolgte ohne Bedenken, denn die Regierung war vom ganzen Volk gewählt worden, außerdem wollte ich meinem Vater die Stellung erhalten.“²² In der Anmerkung zu dieser Aussage, „ohne Bedenken in die NSDAP eingetreten zu sein“, schrieb er dann „vom seelischen Druck“, unter dem er gestanden habe. Sein Vater, Geschäftsführer der Baugenossenschaft der Postbeamten, habe ein SPD-Mitglied zum Freund gehabt. Und: „Da ich selber durch die soziale Stellung meines Vaters verdächtig war und selbst gelegentlich illustrierte Zeitschriften, die gegen Kapitalismus und gegen Krieg propagierten, herumgezeigt hatte, befürchtete ich ebenfalls zu den ‚Roten‘ gerechnet zu werden und ebenfalls wie der Genosse P. meines Amtes verlustig zu gehen.“ Und Fehling behauptete: „Da auch einige Bekannte, die Parteimitglieder der NSDAP waren, mir dies prophezeiten und mir drohten, die Partei würde gegen alle sozialistisch gesonnenen Lehrer vorgehen, so sah ich den einzigen Ausweg darin, noch eben vor Toresschluss in die Partei einzutreten. Gleichzeitig hoffte ich damit meinem Vater zu helfen.“²³

Auf die Spitze trieb es Fehling, als er in einem Schreiben vom 20.9.1946 unter PS anfügte: „Am 3. Oktober meldete ich mich zum Eintritt in die S.P.D., was von 2 Mitgliedern unterstützt wird.“²⁴

Grotesk auch die Behauptung: „Meine inneren Vorbehalte führte ich besonders in der Judenfrage durch.“²⁵ Es ist bedauerlich, dass Uwe Storjohann dazu nichts sagen konnte: „Nach der Reichskristallnacht vom 9. November 1938, am Morgen danach ist Fehling mit deutlichen Spuren einer ‚schmutzigen Arbeit‘ in die Schule gekommen und hat mit den Ereignissen und seinem Mitwirken sowohl vor Kollegen als auch vor Schülern geprahlt. Das Kollegium ist sowohl über die Ereignisse an sich als auch über das Verhalten Fehlings schockiert gewesen.“²⁶

Fehling hatte als polarisierender Charakter natürlich Streit mit manchen NS-Funktionären. Wie in anderen Fällen auch stilisierte Fehling diese Auseinandersetzungen zur Ablehnung des NS-Systems.

Und: „Wie konnte ich als unpolitischer Mensch voraussehen, welche verbrecherische Führerclique Deutschland ans Ruder gelassen hatte. Als ich allmählich

Bedenken bekam (seit 1938) habe ich mich immer mehr zurückgezogen.“²⁷ Bedauerlich für den wendigen Rudolf Fehling, dass sein HLZ-Artikel aus eben diesem Jahr 1938 nicht vergessen war.

Irritierend, dass Leumundszeugnisse für Fehling auch von Peter Jacobsgaard und dem ehemaligen Jahnschullehrer Rudolf Hartnack gegeben werden.

Hartnack schrieb über Fehling: „Ich kenne ihn als einen sehr fleißigen Lehrer, der sich besonders auf künstlerischem und sportlichem Gebiet betätigte. Ich nehme an, daß ihn zu seinem frühzeitigen Eintritt in die Partei das Bestechende des Wortes ‚national-sozialistisch‘ veranlasste. Er neigte zum Sozialismus und glaubte ihn dort national gebunden zu finden.“²⁸ Hartnack hatte auch anderen eindeutigen NS-Aktivisten der Schule Persilscheine ausgestellt.²⁹

Die ausgeprägte Bereitschaft von Lehrern, in Schwierigkeiten geratenen ehemaligen Kollegen nach 1945 Persilscheine zu geben, versetzt mich immer in Erstauen, weist aber möglicherweise darauf hin, dass nach deren Auffassung, nahezu alle im nationalsozialistischen System involviert waren, wie sie selber auch. Aber bei einer dermaßen exaltierten Person wie Rudolf Fehling erscheint die Bereitschaft, sich für ihn einzusetzen schon verwunderlich.

Auch Jacobsgaard verwandte sich aus dem Ruhestand für Fehling. Allerdings erst zu einem Zeitpunkt, als der verzweifelte Fehling ihn wohl noch einmal nachdrücklich gebeten hatte. Am 28.4.1947 bezeichnete er Fehling als „pflichttreu, gewissenhaft und erfolgreich in seiner Arbeit“. Er habe sich als NSDAP-Mitglied seit 1933 „sowohl dem Lehrkörper gegenüber als auch bei seinen Schülern ganz neutral verhalten und nie propagandistisch für Parteipolitik gewirkt“.³⁰ Mit ähnlichen Worten hatte Jacobsgaard 1943 für Fehlings Beförderung argumentiert. Unter der Überschrift: „Steht zur Zeit als Hauptmann vor dem Feind“ schrieb Jacobsgaard am 6.2.1943: „Die Schuldisziplin war sehr gut, streng aber gerecht, Differenzen mit den Eltern, der Schulleitung und dem Lehrkörper gab es nicht, er war verträglich, pünktlich, gewissenhaft und erfolgreich. Herr Fehling ist Parteigenosse und hat sich sowohl im Dienste der Partei (Kr. 2) als auch im N.S.L.B. (Kreiswalter) verdient gemacht. Er ist würdig und auch fähig, das Amt eines Hauptschullehrers zu bekleiden.“³¹ So änderte sich der Fokus der Beurteilung ganz nach Bedarf.

Grotesk auch, dass Fehling den ehemaligen NSDAP-Kreisleiter aus Eimsbüttel und Reichstagsabgeordneten, Walter Gloy, besuchte und zu einem Schreiben animierte. Und Gloy bestätigte am 1.7.1947, dass er Fehling „im März 1939 von seinem Amte im Lehrerbund entband, weil er den Posten eines Zellenleiters nicht übernehmen wollte“.³² Fehling hoffte den Eindruck zu erwecken, sich 1939 von der NS-Bewegung abgewandt zu haben, für die er im selben Jahr in den Krieg zog und für politische Funktionen in Hamburg gar nicht mehr zur Verfügung stehen konnte.



Politische Leiter werden von Kreisleiter der NSDAP Walter Gloy in der Gewerbeschule 2 Am Schlump unterwiesen, 1940

Was wurde bekannt über Rudolf Fehling, nachdem er nun doch wieder mit Schülern arbeiten durfte? An der Schule Imstedt arbeitete er erfolgreich, wie der Schulleiter Johannes Böttger am 22.1.1951 in einem Gutachten feststellte. Daraufhin gab Schulrat Gustav Schmidt seine Zustimmung zu Fehlings Verbeamtung. Einspruch kam aus den Kreisen des Schulratskollegium: „Es wäre ungerecht, wenn F., der schwer belastet ist, noch vor den anderen festangestellt würde, die einen Termin von dem Fachausschuss erhalten haben, was bei Fehling nicht der Fall ist.“³³

Beim nächsten Gutachten der Schule Imstedt war Fehling schon wieder Schulturnwart und hatte sein Repertoire erweitert: „Neben der Klassenarbeit hat er als Fachlehrer Englischunterricht erteilt. Hier konnte er gut die Kenntnisse anwenden, die er während seiner Gefangenschaft im Kriege erworben hat.“³³

Die endgültige Ernennung zum Beamten unterschrieb Senator Heinrich Landahl am 27.3.1953 verbunden mit dem Satz: „Es darf wohl angenommen werden, daß er nicht nur äußerlich sondern auch innerlich auf dem Boden der Demokratie steht.“³⁴

Fehling, so ermutigt, beantragte etwa zur gleichen Zeit die Versetzung an die Jahnschule. Das wurde abgelehnt und Schulrat Robert Werdier vermerkte: „Der alte Stamm der Jahnschule lehnt es ab, wieder mit Herrn Fehling zusammen zu arbeiten.“³⁵

Dafür versetzte man Fehling an die Schule Christian-Förster-Straße. Der ehemalige NS-Oberschulrat für Volksschulen und NSLB-Vize, Albert Mansfeld, den die Schulbehörde zum 15.2.1952 wieder als Lehrer in den Schuldienst eingestellt hatte, war dort ebenfalls gelandet. Unter Schulleiter Alfred Stölken, einem ehemaligen Parteigenossen der NSDAP, der darüber hinaus noch Lehrerkollege von Fehling in der Schule Wrangelstraße gewesen war, als beide frisch vom Lehrerseminar kamen. Da dürfte sich Fehling schnell heimisch gefühlt haben.³⁶

Kapazitäten waren bei Fehling vorhanden, in Nebentätigkeit erteilte er noch Fachunterricht beim Grenzschutz-Kommando in Rahlstedt.³⁷

Man könnte hoffen, dass so etwas wie Läuterung bei Fehling eingetreten sei. Gäbe es nicht einen Vorgang aus dem Jahr 1960, der mit einem Schreiben von Dr. Wolfgang Gebauer vom 28.2.1960 begann. Er adressierte es an die Schulbehörde und beklagte körperliche Züchtigungen im Turnunterricht der Volksschule Christian-Förster-Straße. Opfer, seine Tochter, Gabriele, Klasse 4b, wegen „eines geringfügigem Ungehorsam ungehörig fast geprügelt“. Täter: Rudolf Fehling, Turnlehrer, der „auf der Vorderseite des rechten Oberschenkels einen Tamburinstock zerschlug“. Außerdem habe Fehling „das Kind derart derb in die eine Backe gekniffen, daß diese Seite heute noch geschwollen ist“.³⁸ Der Vater berichtet außerdem, dass Fehling Züchtigungen sonst immer „mit den dort vorhandenen Hanfseilen“ durchführen würde. Und er beklagte: „Ich halte es auch für pervers, weil der Aussage meiner Tochter nach nur die Mädchen darunter zu leiden hatten.“ Auch eine andere Familie habe sich darüber schon beschwert.

Vater Gebauer forderte Konsequenzen und erwartete von Fehling eine schriftliche Entschuldigung. Fehling, nunmehr in einem demokratischen System, in dem die Rechtsabteilung ermittelte, wurde vernommen.

Er habe an besagtem Tag aufgrund von Krankheiten zwei vierte Klassen in der Turnhalle zum Unterrichten gehabt und musste besonders „auf Ordnung halten“. Die Schüler „hätten die Neigung, ohne Erlaubnis an die Geräte zu gehen und der Stock des Tamburins wäre ‚bereits alt und sehr brüchig‘ gewesen, außerdem ‚schon mit Leukoplast repariert‘. Deshalb gehörte ‚kein besonderer Kraftaufwand dazu, ihn entzwei zu brechen‘“. Und „körperliche Züchtigungen mit Hilfe der Kletterseile“ führe er höchstens bei einem „besonders widersätzlichen Jungen“ mit einem „Schlag auf das Hinterteil“ durch. Fehling sei eben „ein lebhafter Mensch“.³⁹

Das Kneifen räumte er ein, hielt aber eine „Schwellung“ am Tag danach für ausgeschlossen. Der demokratische Lehrer Fehling 1960.

In ihrem Vermerk schrieb die untersuchende Juristin Miething, nach ihrem Eindruck könne Fehling nicht ohne Disziplinarstrafe davonkommen. Der zuständige Schulrat Werdier habe erklärt, „Fehling sei eine seiner schwierigen Lehrkräfte“. Und: „Er habe den Eindruck, daß Fehling zu Tätlichkeiten neige.“⁴⁰

Senator Landahl notierte an den Vermerk, dass Fehling „sofort aus allem Turnunterricht herauszunehmen“ sei.

Am nächsten Tag wandte sich Landahl persönlich an den Vater: Er bekräftigte, dass die vorgetragenen Anschuldigungen sich als wahr herausgestellt hätten. „Ich verurteile eine solche Verhaltensweise des Lehrers in gleicher Weise wie Sie und werde die erforderlichen dienstlichen Maßnahmen ergreifen.“⁴¹ Und er ergänzte: Auch bei schwierigen Unterrichtssituationen im Turnunterricht „muss körperliche Züchtigung von Mädchen in jedem Fall unterbleiben“. Schulleiter Stölken, seit über

35 Jahren mit Fehling bekannt, stimmte in einem Schreiben an die Rechtsabteilung das Hohelied auf den Lehrer Fehling an, der in „seiner über 40 Jahre langen Schularbeit von jeher mit ganz besonderem Eifer auf dem Gebiet der Leibeserziehung gearbeitet“ habe. Er lobte die aktuelle Arbeit des Turnobmannes und kam zu dem Schluss: „Ein Verbot der Erteilung der Turnstunden wäre m. E. für den Kollegen ein pädagogische ‚Todesurteil‘.“ Stölken bat „um eine milde Beurteilung seines einmaligen Verfehlens“, insbesondere „zumal die betroffene Schülerin unsere Schule zu Ostern 1960 verlassen hat (Übergang auf das Gymnasium)“.⁴²

Fehling wurde in der Rechtsabteilung erneut gehört und erklärte, er „würde es nicht verwinden können, wenn er nun plötzlich keinen Turnunterricht mehr geben soll.“ Seine „Lebensarbeit“ würde damit in Frage gestellt.

Am Ende erhielt Fehling einen Verweis, er sei „offenbar ein ausgesprochener Jungenlehrer“. Fehling sollte deshalb an eine reine Jungenschule versetzt werden. Landahl erklärte sich einverstanden, dass Fehling dort auch wieder im Sportunterricht eingesetzt werde.

Am Ende kommunizierte Stölken den Vorgang noch einmal in denkwürdiger Weise. Über Fehling schrieb er, es verberge sich bei ihm „unter einer rauen Schale ein guter Kern“. Und dem Vater, der sich beschwert hatte, sagte er nach, dass er „auch eine durchaus negative Einstellung zu unserer Schule zeigte“.⁴³ Wer konnte es dem Vater verdenken?

1960 wurde Fehling dann an die Schule Moorkamp 3 versetzt, wo er auf Elsa Waage, geb. Boie, traf, die an der Mädchenschule der Jahnschule in NS-Zeiten den harten Frühsport eingeführt hatte.

Schon ein Jahr später, am 1.4.1961, durfte Fehling unter Befürwortung des Kollegiums an die Christian-Förster-Straße zurück. Albert Mansfeld, alter NS-Oberschulrat, wirkte dort noch immer.

Am 30.9.1962 trat Rudolf Fehling in den Ruhestand. Er war danach noch mit Lehraufträgen an Wilhelmsburger Schulen unterwegs, zog 1967 nach Neu-Darchau und unterrichtete noch von 1964 bis 1966 in Hitzacker.⁴⁴

Fehling starb am 24.6.1972.

Anmerkungen

- 1 Uwe Storzjohann: „Hauptsache überleben“, Hamburg 1993, S. 51f. Fehling war nie Kreisleiter der NSDAP, aber Funktionär im NSLB.
- 2 Alle Angaben aus der Personalakte Fehlings, StA HH, 361-3_67030.
- 3 Siehe StA HH, 361-3_M1123B 1/1.
- 4 Uwe Storzjohann in einem Gespräch mit mir am 21.6.2012.
- 5 Alle Angaben nach der Personalakte Fehlings, a. a. O.

- 6 Alles laut Personalakte Fehlings, a. a. O.
- 7 Richard Waage (nach Angaben von R. Fehling) am 29.1.1938 unter der Überschrift: „Jahnschule – ein Name, eine Verpflichtung.“ In StA HH, 362-9/4_2 Chronik.
- 8 Alles ebd.
- 9 Alle Zitate aus: HLZ 6/1938, S. 81ff.
- 10 HLZ 6/1938, S. 81.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Siehe Fehlings Schreiben vom 20.9.1946 in seiner Entnazifizierungsakte, StA HH, 221-11_Ed 16194.
- 14 HLZ 6/1938, S. 83.
- 15 Ebd.
- 16 Entnazifizierungsakte Fehling StA HH, 221-11_Ed 16194.
- 17 Ebd.
- 18 Schreiben v. 15.3.1948, ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Siehe Personalakte Fehlings, a. a. O.
- 21 Alles aus Personalakte Fehlings, a. a. O.
- 22 Entnazifizierungsakte Fehlings, a. a. O.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Uwe Storjohann im Gespräch mit mir am 21.6.2012.
- 27 Einspruch Fehlings gegen die Entlassung im Schreiben vom 21.6.1947, in Personalakte, a. a. O.
- 28 Schreiben vom 13.7.1946, Entnazifizierungsakte Fehling, a. a. O.
- 29 Siehe biografische Notizen zu Rudolf Harnack in diesem Buch sowie die Biografien Hans Einfeldt und Walter Behn.
- 30 Entnazifizierungsakte Fehling, ebd.
- 31 Personalakte Fehling, a. a. O.
- 32 Entnazifizierungsakte Fehlings, a. a. O.
- 33 Gutachten vom 7.3.1953, Personalakte Fehling, a. a. O.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Siehe auch die Biografie Mansfeld.
- 37 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.
- 38 Der ganze Vorgang ist enthalten in der Personalakte, a. a. O.
- 39 Ebd.
- 40 Ebd.
- 41 Schreiben vom 15.3.1960, Personalakte, a. a. O.
- 42 Schreiben vom 23.3.1960, ebd.
- 43 Ebd.
- 44 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.

Walter Behn

„Bleich vor Angst deutet er auf seinen Hemdsärmel, unter dem sich die in die Haut eingebrannte SS-Markierung verbirgt.“

Walter Behn war Sturmbannführer bei der Waffen-SS am Ende des Krieges, vorher Lehrer an der Jahnschule. Wissend, in Hamburg nicht wieder in den Schuldienst zu bekommen sondern verhaftet zu werden, beschaffte er sich eine neue Identität und tauchte für einige Zeit in Niedersachsen unter. Wie es ihm gelang, wieder Lehrer zu werden und in kürzester Zeit Karriere zu machen, dabei als Lehrerverbandsvorsitzender zu Beratungen des Kultusministers eingeladen zu werden, zeigt eine bittere Realität in der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren.

Von Walter Behn berichtete Uwe Storzjohann in seinem autobiografischen Buch „Hauptsache überleben“, in dem seine Schulzeit in der Jahnschule und der Bismarck-Oberrealschule eine zentrale Rolle spielen. Uwe Storzjohann, in den letzten Tagen des Krieges aus der Wehrmacht desertiert, hielt sich in dem Wochenendhaus der Storzjohanns in Quickborn versteckt:

„Auch der SS-Hauptsturmführer Behn hat angeblich keine Ahnung von Verschleppungen, Verfolgungen, Ermordungen, Massakern, von Gettosäuberungen, von Vernichtungstransporten und Verbrennungsöfen. Zwar sind die Lieblingsworte seiner Totenkopfgötter: ausmerzen, ausradieren, erledigen, beseitigen, vernichten, liquidieren, aber er, so scheint es, ist von aller Schlechtigkeit der Welt vollkommen unberührt geblieben. Wie jemand, der seine Karriere bei der Heilsarmee gemacht hat, steht er am 8. Mai in alten, irgendwo ergatterten Zivilklamotten schwitzend und kreidebleich vor unserer Sommerlaube. Es ist ein warmer Frühlingstag, der Tag der deutschen Gesamtkapitulation.



Walter Behn

SS-Hauptsturmführer Behn, der Kollege meines Vaters, auch er Lehrer der Jahnschule, einer von den Wehrsportenthusiasten, die auf der schuleigenen Hindernisbahn an der Gustav-Falke-Straße Mutproben veranstalteten, die ihren Schülern das Sterben für Führer und Vaterland als ‚heiligsten und schönsten aller Tode‘ priesen und die Vermittlung dieser Werte als höchstes pädagogisches Ziel ansahen.

Nun, da sich die Welt gedreht hat, steht er im Bettlergewand vor uns. Aus dem Zuchtmeister der Jugend ist ein gehetztes Schwein geworden. Bleich vor Angst deutet er auf seinen Hemdsärmel, unter dem sich die in die Haut eingebrannte SS-Markierung verbirgt. ‚Wenn die Engländer das entdecken‘, jammert er, ‚bin ich geliefert. Dann schicken sie mich zu den Russen nach Sibirien.‘

Und als müsse er sich vor uns verteidigen, als seien wir schon die Entnazifizierungsspruchkammer, beteuert er mit den üblichen Redensarten seine Unschuld. Er habe nie etwas anderes als seine Pflicht getan, nie einen Wehrlosen misshandelt oder gar getötet, auch keinen Juden, Polen oder Russen, nicht mal die! Ihm könne niemand eine Schweinerei nachweisen, seine Hände seien sauber.

Und am Ende dann die Bitte, ihn doch eine Zeitlang aufzunehmen, zu verbergen, ihm dabei zu helfen, sich eine andere, eine neue Identität zu verschaffen.

Mutter ist voll des Mitleids. Ihr fällt ein, dass ich tags zuvor auf der Quickborner Gemeindeverwaltung von einem Kumpel einen Packen Wehrmachts-Entlassungsscheine abgestaubt habe, mit dem Stempel irgendeiner Infanterie-Ersatzeinheit versehen. Mit einem dieser Scheine habe ich mich selbst vom Kommiß entlassen, und der Kumpel hat die Unterschrift eines ausgedachten Hauptmann Riefenstahl darunter gekritzelt. Nun, auf Drängen der Eltern und vom eigenen Gefühl getrieben, nicht mehr mitzuhassen, wird auch der ‚unwissende SS-Hauptsturmführer‘ mit so einem Entlassungspapier ausgestattet. Wir degradieren ihn zum ‚Obergefreiten Richard Neumann‘. Und den ‚Hauptmann Riefenstahl‘, der das beglaubigt, den setze diesmal ich darunter. Das ist mein Beitrag zum 8. Mai 1945.

Ich besorge einem SS-Offizier, um den ich eine Woche vorher noch selbst im Falle äußerster Lebensmüdigkeit einen weiten Bogen gemacht hätte, eine neue Identität, helfe ihm, unter falschem Namen unterzutauchen und übernehme, als es wieder möglich ist, nach Hamburg hineinzufahren, auch noch die Botenrolle. Ich informiere seine Frau, die mich nach alter Gewohnheit mit ‚Heil Hitler‘ begrüßt. Ich sage ‚Guten Tag, Frau Neumann‘, gebe einen Brief ab und verschwinde in der Hoffnung, endgültig zum allerletzten Mal mit diesem Gruß empfangen worden zu sein.

Den Hauptsturmführer Behn alias Richard Neumann sehe ich nicht wieder. Von meinem Vater erfahre ich drei oder vier Jahre später, daß er Dorfschullehrer im Landkreis Hadeln ist.“¹

Der Hinweis von Uwe Storjohann, dass der unter falschem Namen abgetauchte Walter Behn im niedersächsischen Landgebiet wieder in den Schuldienst gekommen ist, war ein Anreiz, diese Spur zu verfolgen. Ich habe dabei mit Oliver Thron² zusammen gearbeitet und ihm ist es zu verdanken, dass wir nicht nur die SS-Personalakte von Walter Behn aus dem Bundesarchiv vorliegen haben, sondern auch gemeinsam in die Schul-Personalakte Walter Behns Einsicht nehmen können, der

zufolge er tatsächlich in Niedersachsen wieder in den Schuldienst gelangte und dort sogar eine erstaunliche Karriere gemacht hat. Dabei haben wir festgestellt, dass Behn im November 1944 sogar zum Sturmbannführer befördert worden war. Das wussten auch die Storjohanns nicht.

Walter Behn wurde am 15.9.1909 in Schiffbek (heute Billstedt) geboren. Sein Vater war kaufmännischer Angestellter. Nach dem Tod seiner Mutter, 1917, wurde er mit seinen Geschwistern die nächsten Jahre von der Großmutter aufgezogen. Walter Behn besuchte von 1916 bis 1924 die Volksschule und kam anschließend auf die Aufbauschule, ein Hamburger Versuch, begabte Schüler nach Absolvieren der Volksschule zum Abitur zu führen. Schulleiter war damals Alfred Kleeberg. Walter Behn machte dort 1928 Abitur und studierte anschließend an der Universität Hamburg Erziehungswissenschaft, Psychologie, Philosophie und Chemie. Er bestand am 8.4.1931 die Erste Lehrprüfung für das Lehramt an Volksschulen. Parallel zur Lehrertätigkeit an der Schule Binderstraße 34 setzte Behn sein Chemiestudium fort und machte am 1.7.1933 das Erste Verbandsexamen (heute Vordiplom) für Chemiker. Am 2.11.1934 absolvierte er auch die Zweite Lehrprüfung und am 20.4.1937 wurde er fest angestellt.

Ostern 1935 wechselte Walter Behn dann an die Jahnschule, wo Ella Neumann, die Klassenlehrerin von Uwe Storjohann, arbeitete.

Am 2.11.1935 heirateten Walter Behn und Ella Neumann, am 16.9.1936 wurde ihr erstes Kind geboren.³

Walter Behn war auch politisch aktiv. Im Lebenslauf seiner SS-Akte schrieb er: „Im Frühjahr 1933 trat ich dem Wehrsport der hamburgischen Polizei bei, gleichzeitig erklärte ich meinen Eintritt in die NSDAP, wo ich als Politischer Leiter tätig war. Nach der Auflösung des Wehrsports trat ich in die SS der NSDAP ein.“⁴

Die SS-Karriere Walter Behns ist anhand seiner SS-Personalakte rekonstruierbar und entwickelte sich parallel zu seinem Schuldienst. Schrittweise machte er in der SS Karriere. Vorerst absolvierte er als Wehrpflichtiger in den Jahren von 1935 bis 1939 mehrere Wehrmachts-Lehrgänge beim Ersatz-Bataillon 57 in Heide und dem Infanterie-Regiment 69 in Hamburg und wurde in dieser Zeit zum Feldwebel befördert.⁵

Zu Kriegsbeginn wurde Walter Behn als Angehöriger der Allgemeinen SS zur Waffen-SS eingezogen: Seine Einheit gehörte zum Verband der SS-Division „Totenkopf“, die ursprünglich aus den Wachmannschaften der Konzentrationslager gebildet worden war. Vom 13.5. bis zum 13.6.1940 nahm Behn am Überfall auf Frankreich teil. Im August 1940 wurde er zur SS-Polizei-Division versetzt. Er übernahm als Kommandeur die „1. Kompanie der ersten Nachrichten-Abteilung 300“ (ab 1943 „SS-Nachrichten-Abteilung 4“ der „SS-Polizei-Division“, mit der er ab Juni 1941

am Russlandfeldzug teilnahm. Seine SS-Division beteiligte sich an der fast drei Jahre dauernden Belagerung Leningrads, in deren Verlauf über eine Million Menschen verhungerten. Walter Behn wurde dort mit drei Kriegssorden dekoriert: „EK II 1941 (Tapferkeit); Ostmedaille 1942, Leningrad; KVK II mit Schwertern 1942, Leningrad Fronteinsatz.“ Darüber hinaus wurde Walter Behn rasch befördert, im November 1941 zum SS-Obersturmführer. Nach kurzer Erkrankung 1942 und Aufenthalt in einem Lazarett kam er 1942 zur „Führerreserve“ nach Metz in Frankreich. Damit stand Walter Behn, der im September 1943 zum SS-Hauptsturmführer befördert wurde, kurz vor seinem Karrierehöhepunkt. Heinrich Himmler, der „Reichsführer SS“ überreichte ihm den „Julleuchter“, eine Auszeichnung für verdiente SS-Männer. Anfang 1944 wurde die „18. SS-Freiwilligen-Panzer-Grenadier-Division ‚Horst Wessel‘“ gebildet. Ursprünglich sollte sie aus SA-Männern rekrutiert werden, in Ermangelung von Freiwilligen wurde sie aber mit SS-Freiwilligen aus Ungarn vervollständigt. Behn wurde 1944 Kommandeur der Nachrichtenabteilung, der für die von ihr begangenen Kriegsverbrechen berüchtigten „1. SS-Infanterie-Brigade“ und im November 1944 zum Sturmbannführer befördert.⁶

Über mehrere Quellen, die zum Teil Rechtfertigungscharakter haben, weil sie von ehemaligen Angehörigen der „Horst Wessel“-Division stammten⁷, können die Verbrechen dieser Division nachvollzogen werden. Seitdem Walter Behn zu dieser SS-Division im März 1944 versetzt wurde, befand sie sich in Rückzugsgefechten, zuerst noch in Ungarn. Vermerkt wurde: „Als die Rote Armee am 9. November 1944 ihre Offensive startete, lösten sich Teile der Division bereits beim ersten Aufeinandertreffen mit den Russen auf und ergaben sich. Die Gründe für das Versagen der Division waren mangelnde Führung, Ausbildung und Bewaffnung der überwiegend zwangsmobilisierten Volksdeutschen.“⁸ Und: „Bei den Kämpfen um Budapest erwies sich die Division erneut als unzuverlässig, erneut lösten sich einzelne Einheiten komplett auf.“ Das Ende war nah: „Als die Rote Armee im März 1945 ihre Offensive startete, wurde die Division fast vollständig zerschlagen.“⁹ Die Reste der Division versammelten sich am 21.3.1945 im Raum Oberstdorf. Der Rückzug endete per Befehl an der Elbe, von dort hatte sich Walter Behn offenbar bis zum Wochenendhaus der Familie Storjohann in Quickborn durchgeschlagen.

Vor diesem Hintergrund ist sicherlich auch Walter Behns spätere Aussage entstanden, er sei 1944 versetzt worden und bei „militärischen Nichtskönnern gelandet“.¹⁰

In den 1960er Jahren, als Walter Behn längst wieder ein angesehenes Mitglied der Gesellschaft war, wie noch zu beschreiben ist, wurden Ermittlungen wegen der begangenen Kriegsverbrechen der „1. SS-Infanterie Brigade“ geführt. In zwei Akten, die im Bundesarchiv vorliegen, wurde Walter Behn als einer der Brigadeführer genannt.¹¹

Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Coburg nannte am 23.5.1967 neben Walter Behn, „SS Hauptsturmführer, derzeit Mittelschuldirektor“, noch sieben andere ermittelte ehemalige Brigadeführer, unter anderem: „Heinz Dronke, derzeit Volksschulrektor und Josef Gabor, derzeit Oberstudienrat“, die wieder im Schuldienst arbeiteten. Die Ermittlungsarbeit etwa 25 Jahre nach den begangenen Verbrechen vollzog sich unter wenig erfolgsversprechenden Bedingungen: „Es werden noch etwa 1200 ehemalige Angehörige der Brigade zu vernehmen sein. Das Landeskriminalamt kann für die weiteren Ermittlungen zwei Sachbearbeiter und einen Beamten stellen. Es ist beabsichtigt, nach Fertigstellung eines weiteren Tatort- und Täterverzeichnis, eine zweite Vernehmungsguppe einzusetzen.“

Die gleichzeitig vorgelegte Liste der Kriegsverbrechen liest sich erschütternd. Sie umfasst 158 Taten in der Zeit vom 23.6.1941 bis zum 23.10.1942. „Säuberungsaktionen, Partisanenaktionen, Judenaktionen, Abbrennen ganzer Orte, sämtliche Einwohner getötet, Banditenbekämpfung, Banditen erhängt und erschossen“. Dabei wurden zusammengefasst mehrere 1000 „Partisanen, Juden, Banditen, Bolschewisten“ und die Einwohner mit Kindern ganzer Ortschaften ermordet.¹² Für seinen Kriegseinsatz in dieser Zeit erhielt Walter Behn noch das „EK I, 1944 Russland (Tapferkeit)“, wie er bemerkte und das Infanteristenabzeichen in Bronze 1945, auch wegen „Tapferkeit“.¹³

Am 8.5.1945 hatte Walter Behn bei Storzjohanns in Quickborn beschworen: „Er habe nie etwas anderes als seine Pflicht getan, nie einen Wehrlosen mißhandelt oder gar getötet, auch keinen Juden. Polen oder Russen, nicht mal die! Ihm könne niemand eine Schweinerei nachweisen, seine Hände seien sauber.“¹⁴

Der Sturmbannführer einer Nachrichtenabteilung der Waffen-SS hatte möglicherweise niemanden mit eigenen Händen erschossen, erhängt oder ermordet, aber wofür wurden eigentlich Nachrichten übermittelt? Bei der einjährigen Belagerung von Leningrad? Und bei dem Aufspüren und der Bekämpfung von „Partisanen, Banditen, Juden“ und einer Zivilbevölkerung, die dem Rückzug der deutschen Truppen im Wege stand? Wer zeichnete verantwortlich bei den massenhaften Morden bei dieser Form der Arbeitsteilung in einer Armee?

Walter Behn war mit den Unterlagen, die auf Richard Neumann ausgestellt waren, aus Hamburg verschwunden. Dort wäre er zweifellos verhaftet worden und in das Internierungslager Neuengamme gekommen.

In Niedersachsen gingen die Eheleute Behn planmäßig vor. Walter Behn nahm im Oktober 1945 in der Gemeinde Bleckwedel auf dem „Hof Tadel“ bei Johann Wilkens eine Arbeit als landwirtschaftlicher Gehilfe an. Später beschrieb er dies als Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft, bei der Moorkultivierung. Noch später wurde er mit seinen chemischen Kenntnissen Experte für „Schädlingsbekämpfung“.

Am 4.3.1946 ließen sich Walter und Ella Behn scheiden, eine „Scheinscheidung“, um die angestrebte Wiedereinstellung von Ella Behn in den Schuldienst nicht zu gefährden. Die Kinder waren inzwischen zehn, sechs und vier Jahre alt. Am 1.9.1946 wurde Ella Behn dann tatsächlich als Lehrerin in Jeddigen eingestellt.¹⁵ Walter Behn wartete noch ab und musste zunächst noch entnazifiziert werden. Das machte er nicht in Hamburg, das wäre zu gefährlich. Dort hatte er sich gar nicht zurückgemeldet und ist am 31.12.1946 aus dem Hamburger Schuldienst entlassen worden. 1949 fand die Entnazifizierung nicht mehr unter der Regie der Besatzungsmächte statt. Am 7.3.1949 füllte Walter Behn den Entnazifizierungsfragebogen aus, bei der Anführung seiner politischen Mitgliedschaften weitgehend wahrheitsgemäß.¹⁶

Seinen Lebenslauf schönzte er. Er bezeichnete sich als Angehörigen der „christlichen Jugendbewegung“ während seiner Schulzeit. „Als Student und Lehrer war ich demokratisch eingestellt ohne parteipolitische Bindung.“ Und: „Unter dem Einfluss meines damaligen Schulleiters, der deutschnational organisiert war, trat ich in jugendlicher Begeisterung am 1.5.1933 der NSDAP bei.“¹⁷

Der Besitzer des Hofes Tadel, Wilkens, der Bürgermeister von Jeddigen und der Bürgermeister der Gemeinde Bleckwedel bezeugten Behns „einwandfreie, demokratische Haltung und Gesinnung“.¹⁸

Aus Hamburg, von der ehemaligen Jahnschule, äußerte sich Rudolf Hartnack, das einzige Nicht-NSDAP-Mitglied der Schule, der als Freimaurer der Partei nicht beitreten konnte. Hartnack hatte sich auch in „Persilscheinen“ für die beiden anderen NS-Aktivisten der Schule verwendet, Rudolf Fehling und Hans Einfeldt. Hartnack schrieb, er halte Behns „Zugehörigkeit zur NSDAP für irreführenden Patriotismus des bei seinem Eintritt erst 24-Jährigen“. Von „einer Propagandatätigkeit in Wort oder Schrift ist mir nichts bekannt geworden“. Und: „Der Waffen-SS trat er nicht freiwillig bei, sondern wurde gezogen. Eine weltanschauliche Gefährdung der Jugend ist bei seiner Wiedereinstellung als Lehrer meines Erachtens nicht zu befürchten.“ Natürlich wies Rudolf Hartnack auch in diesem Fall darauf hin, er sei nie „Pg“ gewesen.¹⁹

Am 13.6.1949 entschied der Entnazifizierungs-Hauptausschuss Rothenburg über Walter Behn. „Es wird festgestellt, dass Behn gemäß § 8 der Rechtsgrundsätze vom 3.7.1948 den Nationalsozialismus ohne besondere Förderung desselben unterstützt hat. Er wird in die Kategorie IV ohne Maßnahmen eingereiht.“ In der Begründung hieß es: „Nach den vorliegenden Leumundszeugnissen ist der Betroffene politisch im Sinne der NSDAP weder werbend noch propagandistisch hervorgetreten. Er scheint daher kein besonders eifriger Verfechter des Nationalsozialismus gewesen zu sein. Sein Dienst bei der Waffen-SS stellt keine politische Belastung dar, weil dieser Dienst Wehrdienst war. Anders muss die Mitgliedschaft bei der Allgemeinen SS bewertet werden. Der Betroffene war hier rund sechs Jahre Mitglied und wurde

bis zum Untersturmführer befördert. Durch seine Mitgliedschaft, besonders nach dem 1.9.1939, seit welchem Tage die SS als verbrecherisch anzusehen ist, hat er den Nationalsozialismus erheblich unterstützt.“²⁰

Behns Anwalt Korshenrich forderte, Behn in Kategorie V (als Entlasteter) „umzustufen“, damit er „seine Tätigkeit wieder aufnehmen kann“. Zur Begründung schrieb er: „Es handelt sich um einen Fall, bei dem von vornherein eine Entlastung gerechtfertigt gewesen wäre, da der Betroffene im wesentlichen nur Sportler und Soldat war ohne politisches Interesse.“²¹

Der öffentliche Kläger bei dem Entnazifizierungs-Hauptausschuss im Regierungsbezirk Stade antwortete, dass „seine Verwendung als Lehrer somit schon jetzt möglich ist“.²²

Damit war der Weg frei. Walter Behn hatte schon am 27.6.1949 geschrieben: „In Kürze werden wir uns wieder verheirateten.“²³

Die Strategie des noch geschiedenen Paares Behn sah folgendermaßen aus: Walter Behn schrieb am 27.6.1949 an Schulrat Zahrt in Rotenburg, dass er nach der Entnazifizierung nicht nach Hamburg zurückkehren wolle, sondern um Einstellung in seiner „neuen Wahlheimat Jeddingen“ bitte. Sein Ziel: „Anstellung als Lehrer anstelle meiner geschiedenen Frau.“ Begründung: „In Kürze werden wir uns wieder verheiraten, da möchte meine Frau ihren Beruf als Lehrerin wieder aufgeben und sich wieder ganz ihren drei Kindern und ihrem Haushalt widmen.“²⁴

Das Verfahren gestaltete sich komplizierter als von dem Ende 1949 wieder verheirateten Paar gedacht. Es gab Vorbehalte aus dem Regierungsbezirk Lüneburg mit Hinweis auf Behns SS-Tätigkeit. Walter Behn machte deswegen zwischenzeitlich eine Prüfung als staatlicher Schädlingbekämpfer und war vorübergehend als solcher tätig.²⁵

Am 14.2.1951 fand er dann als Vertretungslehrer in der Volksschule Stellichte, Kreis Fallingb., Anstellung.²⁶

Am 19.11.1951 kam der Schulrat zum Unterrichtsbesuch zu Walter Behn, Klasse 3/4, 30 Kinder, Heimatkunde. Sein Resümee bekundete keine überragenden Leistungen: Die Schüler sind „lebhaft und ungeniert, vielfach recht undiszipliniert. Ständiges Durcheinanderreden verhinderte die zum Arbeiten erforderliche Ruhe und Aufmerksamkeit.“ Über den Lehrer wurde geurteilt: „Sichere Haltung vor den Kindern und ruhiger, freundlicher Unterrichtston. Der Lehrer lehrt. Er nimmt den Kindern zu viel Nachdenken ab und überhörte in der allgemeinen Unruhe manche Ungenauigkeit. Häufigere Aufforderungen zur Ruhe und zum Aufpassen dringen nicht durch.“ Das ist der Unterschied zwischen Schule und Militär. Über die Besprechung mit dem Lehrer wurde notiert: „1. Hinarbeiten auf die notwendige Disziplin. 2. Notwendigkeit, die Kinder zum eigenen Nachdenken anzuregen und zum

selbständigen Arbeiten anzuhalten. 3. Notwendigkeit, das Unterrichtsverfahren auf den Stand der heutigen pädagogischen Erkenntnisse zu bringen.“ Gesamtbeurteilung: „Ein Lehrer, der zweifellos Befähigung für seinen Beruf hat, aber nach den langen Jahren, die er nicht als Lehrer tätig war, seine Arbeit erst wieder auf die Höhe bringen muss“, resümierte Schulrat Rexhausen.²⁷

Walter Behn arbeitete weiterhin in Stellichte. Am 26.2.1953 hospitierte Schulrat Rexhausen erneut in Behns Unterricht und befand nunmehr: „Ein geschickter und gut geeigneter Lehrer. Bei einer bewussten Hinwendung zu den heutigen, erzieherischen Problemen würde er sicherlich nicht erfolglos sein.“²⁸

Walter Behn blieb ambitioniert. Am 15.10.1953 meldete er, am Tag zuvor die Mittelschullehrerprüfung in den Fächern Mathematik, Chemie und Physik mit „gut“ bestanden zu haben. Er beantragte die Freigabe in das Mittelschulamt.²⁹

Am 1.12.1953 wurde Walter Behn in Visselhövede zum Mittelschullehrer ernannt.³⁰ Für diese Bewerbung schrieb er erneut einen Lebenslauf, in dem natürlich keine nazistische Verstrickung Erwähnung fand. „Bei Ausbruch des 2. Weltkrieges war ich Zugführer in einer Fernsprechkompanie und in den letzten Kriegsjahren war ich Major und Kommandeur einer Nachrichtenabteilung in einer Panzergrenadierdivision.“ Und seine Schwierigkeiten nach 1945 in Hamburg, seiner Heimatstadt, aus der er klammheimlich unter falsche Namen geflohen war, notiert er so: „Nach dem Zusammenbruch konnte ich, als Militarist gebrandmarkt, in Hamburg in meinem Beruf keine Verwendung finden.“³¹

Vier Jahre später wurde an der Mittelschule in Visselhövede die Stelle des Konrektors frei. Walter Behn bewarb sich. Er wurde am 21.5.1957 vom Schulrat Stellmann hospitiert. Dessen Ergebnis: „Der Lehrer hat einen frischen Unterrichtston. Er ist klar in der Veranschaulichung. Die Unterrichtsarbeit schreitet flott voran. Die bewältigte Stoffmenge ist angemessen. Der Lehrer versteht es, die Kinder zu mathematischem Denken anzuhalten.“³²

Inzwischen war auch die Schulleiterstelle der Mittelschule in Visselhövede vakant, auf die sich Walter Behn gleichfalls beworben hatte. Schulrat Dr. Koch hospitierte Behn mit Schulrat Stellmann am 30.8.1957 in Mathematik und Physik. Zusammengefasst urteilten beide Schulräte: „Nach Vorbildung und Persönlichkeitswert bringt B. einige Voraussetzungen für die Übernahme der angestrebten Schulleiterstelle mit. Auch hat er sich in mehreren Vertretungssituationen durchaus bewährt. Weniger entwickelt ist seine methodische Fertigkeit, insbesondere sein Eingehen auf die Gestaltungsmöglichkeiten des Unterrichts aus den Anlagen und Kräften der Kinder heraus. Allgemeine Leistung und bisherige Erfahrungen geben B. auf jeden Fall die Eignung für das – ebenfalls vakante Korrektorat –. Gegen eine Übernahme der Schulleitung (Direktorenstelle) mit ihren beispielgebenden

Aufgaben für Unterricht und Menschenführung bestehen jedoch im Sinne der o. a. Ausführungen Bedenken.“³³

Walter Behn bekam die Stelle des Konrektors.³⁴ Er wollte aber mehr. Ein paar Monate später, am 2.10.1958 bewarb er sich auf die Direktorenstelle der Mittelschule in Verden/Aller. Schwerpunktmäßig wollte Behn sich dort auf den naturwissenschaftlichen Unterricht konzentrieren und bei dem Neubau der Schule dafür die notwendigen Räume einrichten, schrieb er.³⁵ Parallel dazu hatte er sich auch für die Schulleiterstelle in Hannover beworben. Er gab außerdem an, in Visselhövede Geschäftsführer des Sportvereins und vom Kreis Rotenburg Kreissportwart des Kreissportbundes zu sein. „Seitdem bin ich Leiter des Kulturrings in Visselhövede.“ Sein Lebenslauf wurde von ihm erneut begründet: „Seit 2.11.1935 bin ich mit Ella Behn, geborene Neumann verheiratet. Meine Frau hat das Lehrerinnenexamen abgelegt. Zur Zeit hat sie einen befristeten Lehrauftrag an der Volksschule in Visselhövede.“ Die Phase der Schein-scheidung passte nicht in den Eindruck, den Walter Behn machen wollte.³⁶

Am 14.4.1959 meldete die „Verdener Aller Zeitung“, Walter Behn habe sich gegen sechs Mitbewerber durchgesetzt und sei einstimmig als Rektor der Mittelschule in Verden gewählt worden.³⁷ Der Stadtdirektor schrieb dazu an den Regierungspräsidenten in Stade: „Der Kultur- und Schulausschuss war der Meinung, dass der Bewerbung des Herrn Behn von der Mittelschule in Visselhövede deswegen der Vorzug gegeben werden sollte, weil er mit Abstand die besten Zeugnisse besitze und sonst auch nach den eingeholten übereinstimmenden guten Beurteilungen bestens für die Leitung der Mittelschule – auch im Hinblick auf den beabsichtigten Schulneubau – geeignet sei.“³⁸

Die „Rotenburger Kreiszeitung“ lobte Walter Behn, der diesen Schritt „durch Fleiß, Tüchtigkeit und unermüdliche Arbeit geschafft“ habe. Wie gelang es dem Redakteur der Zeitung über die Klippe von Behns Waffen-SS-Zeit im Krieg und seine Abstinenz von der Schularbeit nach 1945 zu kommen? Mit Leichtigkeit: „Da kam der Krieg und rief auch den dreißigjährigen Lehrer Behn zu den Waffen. Die volle Kriegsdauer tat er seine Pflicht, zuletzt als Major und Abteilungscommandeur in einer Nachrichtenabteilung, wo sein naturwissenschaftlich-technisches Wissen eine Härting in der rauhen Praxis erfuhr. Nach dem Zusammenbruch, als alle Kräfte gebraucht wurden, machte sich Walter Behn zunächst in der Landwirtschaft nützlich und arbeitete längere Zeit auf Hof Tadel bei Johann Wilkens. Daß er auch diese berufsfremde Zeit nutzte, bestätigte er durch die Ablegung der Prüfung als landwirtschaftlicher Gehilfe und Schädlingbekämpfer. Für einen echten Lehrer konnte diese Zeit nur Überbrückung sein und deshalb zog es Walter Behn mit allen Fasern zu der schönen Schulmannsarbeit zurück.“ Überschrift: „Eine verdienstvolle Lehrerpersönlichkeit“.³⁹

Der neue Rektor Walter Behn bezog im Januar 1960 eine „Staatsbediensteten-Wohnung“ in Verden.⁴⁰

In der Folgezeit war Behn ehrenamtlich unterwegs. Er wurde gleichzeitig zum Leiter der Volkshochschule in Verden ernannt und beantragte dienstfrei für eine Studienreise nach Israel vom 26.10. bis 9.11. 1964, vom Landesverband der Volkshochschulen organisiert.⁴¹ Ein halbes Jahr später beantragte Behn die

Teilnahme an einer Studienreise der Gemeinnützigen Gesellschaft Tagesheimschulen für Pädagogen und Erzieher in die UdSSR vom 1.4. bis 13.4.1965. Da dürfte ihm manches bekannt vorgekommen sein.⁴²

Am 15.12.1964 meldete Walter Behn, wieder als Jugendschöffe am Amtsgericht Buxtehude ausgewählt worden zu sein.⁴³

Und auch verbandspolitisch war Walter Behn tätig. Dienstbefreiung erhielt er als Landesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbandes für den niedersächsischen Philologentag 1966.⁴⁴ Am 12.4.1967 wurde Behn dienstbefreit, als Landesvorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer für eine Besprechung in Hannover, „zu der sie der niedersächsische Kultusminister eingeladen hat“. ⁴⁵ Kultusminister war Richard Langeheine (CDU). So ging es weiter. Zu einer Besprechung als Mitglied des Hauptvorstandes des Deutschen Beamtenbundes mit dem niedersächsischen Finanzminister in Hannover wurde Behn am 18.2.1968 eingeladen.⁴⁶

Während die 68er-Generation sich auf den Weg machte, vertrat Rektor Walter Behn das Establishment. Eine letzte Beurteilung fand sich in Behns Personalakte. Resümee: „Herr Behn unterrichtet geschickt und sicher. Seine Einstellung zu den Schülern ist vornehmlich durch Autorität bestimmt, jedoch nicht durch Strenge. Ein

Eine verdienstvolle Lehrerpersönlichkeit

Konrektor Walter Behn unterrichtet heute zum letzten Mal an der Visselhöveder Mittelschule bn. Visselhövede. Der Konrektor der Mittelschule Visselhövede, Walter Behn, scheidet am heutigen 30. Juni nach fünfeinhalbjähriger Tätigkeit als Lehrer für Mathematik, Physik und Chemie aus der hiesigen Mittelschule aus. Wie wir bereits mehrfach berichteten, übernimmt Walter Behn am morgigen 1. Juli die Leitung der Mittelschule in Verden. Mit seinem Weggang verliert Visselhövede eine bekannte und allseits geschätzte Lehrerpersönlichkeit. Im Kollegium der Mittelschule entsteht eine Lücke, die sich nur schwer schließen lassen wird. Konrektor Behn, der bereits gestern in Verden in sein neues Amt eingeführt wurde, wird am Donnerstag im Rahmen einer Feierstunde in der Mittelschule Visselhövede offiziell verabschiedet.

Der Wechsel nach Verden in die verantwortungsvolle Stellung des Rektors der dortigen Mittelschule ist für Walter Behn die Krönung seiner 28jährigen Lehrerbahn, die er — trotz mehrjähriger Unterbrechung während der Kriegs- und Nachkriegszeit — durch Fleiß, Tüchtigkeit und unermüdete Arbeit an sich selbst erfolgreich gestalten konnte. Für den scheidenden Konrektor begann diese Laufbahn am 8. April 1931 mit der Uebernahme in den Schuldienst der Hansestadt Hamburg, nachdem er im März das Staatsexamen abgelegt und damit die Befähigung zur Ausübung des Lehramtes an Volksschulen erworben hatte. Hamburg ist auch die Geburtsstadt Walter Behns. Er kam dort am 15. September 1908 als Sohn eines kaufmännischen Angestellten zur Welt, besuchte später das Gymnasium (Aufbauschule) und studierte nach Ablegung des Abiturs im Jahre 1928 bis zum Examen Erziehungswissenschaft, Philosophie, Psychologie und Chemie.

Zunächst unterrichtete der junge Lehrer Behn vier Jahre an einer Mädchenschule und später, von 1933 bis zum Kriegsbeginn 1939, an zwei Hamburger Volksschulen, die über einen sogenannten Oberbau verfügten, was unserer heutigen Mittelschule entspricht. Während der Hamburger Zeit setzte er das Studium in Chemie fort und belegte daneben Vorlesungen und Übungen in Physik. Nach vier Semestern bestand er das erste Verbandsexamen für Chemiker. Der zweiten Lehrprüfung halte er sich bereits im Jahre 1934 unterzogen, wobei er als technisch-künstlerisches Fach Werken bevorzugte.



Da kam der Krieg und rief auch den 30jährigen Lehrer Behn zu den Waffen. Die volle Kriegsdauer tat er seine Pflicht, zuletzt als Major und Abteilungskommandeur in einer Nachrichtenabteilung, wo sein naturwissenschaftlich-technisches Wissen eine Erhärtung in der rauen Praxis erfuhr. Nach dem Zusammenbruch, als alle Kräfte gebraucht wurden, machte sich Walter Behn zunächst in der Landwirtschaft nützlich und arbeitete längere

wenig verstehende Verbindlichkeit wäre auch im Umgang mit dem Lehrerkollegium zu wünschen. Auftreten, Haltung und Sprache sind einwandfrei. Außerhalb der Schule ist Herr Behn als Landesvorsitzender des Realschullehrerverbandes und der Volkshochschule Verden recht stark in Anspruch genommen, so daß er mancherlei Problemen seiner Schule nicht den vollen Einsatz seiner Person widmen kann.⁴⁸ Die verhaltene Kritik an einem Angekommenen.

Am 8.5.1972 trat Walter Behn in den Ruhestand.

Er starb 1985 in Verden.⁴⁹

Die Nachkriegskarriere Walter Behns, vom Vertretungslehrer 1951 in acht Jahren zum Schulleiter einer Mittelschule erscheint bei der Vorgeschichte schon erstaunlich. Oder bezeichnend. Wehrmachtsoffiziere stiegen in zahlreichen Fällen in Leitungsfunktionen im Schulbereich auf. Wäre es eine erfolgreiche Resozialisierungsmaßnahme gewesen – bei Walter Behn war es keine. Laut Auskunft seiner Enkel hat er später seine Waffen-SS-Karriere niemals verschwiegen. Im Gegenteil. Er gehörte der 1949 gegründeten „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG) der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS an. Man kann sich die zynischen Kommentare auf Kameradschaftsabenden und entsprechenden Gelagen vorstellen, wenn Walter Behn von seiner Prüfung und Arbeit als „Schädlingsbekämpfer“ erzählt hat, was in den Augen der HIAG nur die Fortsetzung der vor 1945 erprobten Praxis gewesen ist. Die Enkel von Walter Behn berichten gegenüber Oliver Thron und mir, dass nach dem Tod von Walter Behn Kränze von der HIAG auf seinem Grab von Behns Witwe entfernt wurden.⁵⁰

Anmerkungen

- 1 Uwe Storjohann: „Hauptsache überleben“, Hamburg 1993, S. 218f.
- 2 Oliver Thron, Lehrer und Autor, hat in beispielhafter Weise mit KollegInnen der Hamburger Ida Ehre Schule die Geschichte der Jahn Schule (später in Ida Ehre Schule umbenannt) aufgearbeitet. Daraus sind zwei Schriften entstanden: Ida Ehre Kulturverein/Ida Ehre Schule (Hrsg.): „Steine des Anstoßes-An- und Innehalten“, Hamburg 2012; Arbeitskreis Erinnerung an der Ida Ehre Schule (Hrsg.): Die Jahn-Schule 1933–1945. Eine Schule auf dem Weg in den Krieg. (Bd. 2), Hamburg 2014. Im 2. Band ist auch veröffentlicht: Oliver Thron: Der SS-Mann: Walter Karl August Behn, S. 29ff.
- 3 Alle Angaben nach Personalakte Walter Behn, LA Niedersachsen (Stade), Rep. 280 B acc 2014/024 Nr. 1.
- 4 Behns SS-Personalakte in: BArch, R 9361/ 9910
- 5 Personalakte Behn, a. a. O. und SS-Personalakte Behn, a. a. O.
- 6 Ebd. Siehe auch Oliver Thron, 2014, insbesondere S. 31.
- 7 Wilhelm Tieke/Friedrich Rebstock: Im letzten Aufgebot. Die 18. SS-Freiwilligen- Panzergrenadier-Division Horst Wessel, Truppenkameradschaft 18/33, 1995.
- 8 www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/PanzergrenadierdivisionenSS.
- 9 Ebd.

- 10 Im Lebenslauf von Walter Behn vom 1.9.1949 bei seinem Entnazifizierungsverfahren, Personalakte, a.a.O.
- 11 Siehe BArch, B 162/ 5547 und B 162/ 5557
- 12 Alles in BArch, B 162/5557
- 13 Entnazifizierungsfragebogen, Personalakte Behn, a.a.O.
- 14 Storzjohann, a.a.O., S. 218
- 15 Laut Personalakte Behn, a.a.O.
- 16 Personalakte Behn, a.a.O.
- 17 Lebenslauf vom 9.3.1949, ebd.
- 18 Personalakte Behn, a.a.O.
- 19 Schreiben vom 3.3.1949, ebd. Siehe die Biografien von Rudolf Fehling und Hans Einfeldt sowie die biografischen Notizen über Rudolf Hartnack in diesem Buch.
- 20 Personalakte Behn, a.a.O.
- 21 Schreiben vom 4.3.1950, ebd.
- 22 Schreiben vom 14.3.1950, ebd.
- 23 Personalakte Behn, a.a.O.
- 24 Schreiben vom 27.6.1949, ebd.
- 25 Siehe Lebenslauf vom 23.12.1950, Personalakte Behn, a.a.O.
- 26 Personalakte Behn, a.a.O.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Lebenslauf vom 2.7.1953, Personalakte Behn, a.a.O.
- 32 Bericht der Besichtigung vom 21.6.1957, Personalakte Behn, a.a.O.
- 33 Besichtigungsbericht vom 5.9.1957, Personalakte Behn, a.a.O.
- 34 Schreiben der Stadt Visselhövede vom 6.2.1958, Personalakte Behn, a.a.O.
- 35 Bewerbungsschreiben, Personalakte Behn, a.a.O.
- 36 Lebenslauf Behns für die Bewerbung in Verden, Personalakte Behn, a.a.O.
- 37 „Verdener Aller Zeitung“ vom 14.4.1959, Kopie in Personalakte Behn, a.a.O.
- 38 Schreiben vom 14.4.1959, Personalakte Behn, a.a.O.
- 39 „Rotenburger Kreiszeitung“ vom 30.6.1959, Kopie in Personalakte Behn, a.a.O.
- 40 Schreiben des Regierungspräsidenten vom 5.1.1960, Personalakte Behn, a.a.O.
- 41 Antrag vom 6.10.1964, Personalakte Behn, a.a.O.
- 42 Antrag vom 2.2.1965, Personalakte Behn, a.a.O.
- 43 Personalakte Behn, a.a.O.
- 44 Schreiben des Schulrates Verden-Ost an Walter Behn vom 21.10.1966, Personalakte Behn, a.a.O.
- 45 Schreiben vom 10.4.1967, Personalakte Behn, a.a.O.
- 46 Schreiben vom 26.1.1968, Personalakte Behn, a.a.O.
- 47 Schreiben vom 22.2.1968, Personalakte Behn, a.a.O.
- 48 Bericht vom 22.5.1968, Personalakte Behn, a.a.O.
- 49 Laut Personalakte Behn, a.a.O.
- 50 In einem Gespräch am Rande einer Veranstaltung in der Ida Ehre Schule am 1.9.2014.

Hans Einfeldt

Verbindungsmann zwischen Hitler-Jugend und der Schulverwaltung

Durch seine Mitarbeit im völkisch-antisemitischen Junglehrerbund „Baldur“ in den 1920er Jahren hatte Hans Einfeldt, Lehrer an der Jahnschule, einen guten Kontakt zu Karl Witt, der 1933 Schulsenator wurde. Einfeldt wurde von Witt zum Verbindungsmann zwischen der immer selbstbewusster auftretenden Hitler-Jugend und der Schulverwaltung berufen. Keine leichte Aufgabe, zwischen den Schulen und den sich in ihren Entscheidungskompetenzen eingeschränkt fühlenden Schulmonarchen und der HJ zu vermitteln.

Hans Einfeldt wurde am 9.5.1903 in Fitzbek, Kreis Steinburg, geboren. Sein Vater war Schlachtermeister und starb mit 46 Jahren, als Einfeldt gerade vier Jahre alt war. Einfeldt hatte noch acht Geschwister. Und auch die Mutter starb 1918, als Einfeldt erst fünfzehn Jahre alt war. Er beschrieb in seiner Einlassung zum Dienstantritt, dass er mit Unterstützung seiner Geschwister das Lehrerseminar erfolgreich besuchen konnte und 1924 zum Abschluss kam. Danach absolvierte er neun Monate „Dienst bei der Reichswehr“ und wurde 1925 in Hamburg als Lehrer eingestellt in der Schule Kielortallee. Dort traf er, wie auch andere junge Absolventen des Lehrerseminars (Fehling und Reisener) auf Peter Jacobsgaard, der die Schulleitung übernahm und mit 48 Jahren so etwas wie eine „Mentoren- und Vaterfunktion“ für die Junglehrer innehatte.¹

Der biografische Hintergrund Einfeldts erklärt vielleicht den Wunsch nach Gruppenzugehörigkeit. Einfeldt wandte sich früh der Wandervogelbewegung und der Bündischen Jugend zu. Dabei fand er Kontakt zum völkisch-antisemitischen Junglehrerbund „Baldur“, dessen Leiter der Bürgerschaftsabgeordnete der Deutsch-nationalen Volkspartei (DNVP) und Berufsschullehrer Karl Witt in den 1920er Jahren war. Diese Kontakte zu Karl Witt sollten nach 1933 noch eine besondere Bedeutung bekommen, da Witt Schulsenator im NS-geführten Senat wurde.²

Hans Einfeldt ging als Lehrer mit Peter Jacobsgaard und dem Großteil des Kollegiums der Schule Kielortallee 18 an die neugegründete Schule in die Bogenstraße, die seit 1934 Jahnschule hieß.

Seit dem 1.11.1933 fungierte Einfeldt als Verbindungsmann zwischen Schule und Hitler-Jugend, berufen von Schulsenator Karl Witt. Ab dem 5.3.1936 wurde Einfeldt ganz von der Unterrichtsarbeit freigestellt und leitete die HJ-Schuldienststelle, die ihren Sitz in der Unterrichtsbehörde in der Dammtorstraße 25 hatte. Von

Einfeldt ist im Archiv der Jahnschule von daher auch nur ein Foto vorhanden, das ihn auf dem Kollegiumsfest 1935 zeigt. Wenig Zeit, um an der Jahnschule nachhaltig Eindruck zu hinterlassen.

Uwe Storjohann berichtete, Einfeldt habe das Kollegium der Jahnschule damit schockiert, „dass er im Kollegium erzählte, seine Kinder jeweils im Säuglingsalter für eine Frostnacht im Winter auf den Balkon zum Schlafen gelegt zu haben, um die körperliche Konstitution, Härte und Lebenswillen des Kindes auf die Probe zu stellen. Im Lehrerkollegium stieß er damit auf eine fassungslose und totale Ablehnung.“¹³ Zugleich ließ das aber auch Rückschlüsse auf den Charakter Einfeldts zu.

Gruselig wurde diese Geschichte für mich dadurch, dass laut Personalakte Einfeldts drei seiner sechs Kinder im Säuglings- oder Kleinkindalter starben, zumindest ein auffälliger Tatbestand.



Kollegiumsfest in der Jahnschule Februar 1935: Einfeldt steht in der hinteren Reihe, 3. v. l.

Hans Einfeldt trat am 1.5.1933 in die NSDAP und den NSLB ein. Zumindest 1933 nahm er als Delegierter auch am NSDAP-Reichsparteitag in Nürnberg teil, wie in seiner Personalakte vermerkt wurde.

Die Verbindung zum ehemals deutsch-nationalen Bürgerschaftsabgeordneten Karl Witt wurde bereits erwähnt. Witt, seit dem 8.3.1933 Schulsenator, trat danach mit öffentlicher Erklärung schon bald zur NSDAP über (zum 18.5.1933). Die Protektion von Hans Einfeldt war offensichtlich, weil für die anderen neu besetzten Stellen in der Schulverwaltung zumeist in der Regel schon vor 1933 der NSDAP beigetretene Lehrer ausgewählt wurden.

Einfeldt war seit dem 1.9.1933 Funktionär in der HJ und brachte es dort zur Position eines Bannführers (Rang im Vergleich zur Reichswehr: Oberst).

Unmittelbar nachdem Einfeldt aus der Schule ausschied und Leiter der Dienststelle der HJ wurde, erfolgte am 20.4.1936 die Beförderung zum Mittelschullehrer.⁴

Die Schuldienststelle der HJ hatte in erster Linie eine Art Mittlerrolle zwischen den Schulen und der Hitler-Jugend. So wurden insbesondere jüngere Lehrer als „Schulwalter für Fragen der Hitler-Jugend“ berufen, später „HJ-Vertrauensleute“ genannt.⁵

Und Einfeldt nahm im Laufe der Jahre immer häufiger eine wirkliche Vermittlungsfunktion ein. Die Hitler-Jugend trat insbesondere an den Höheren Schulen selbstbewusster auf und es kam besonders auch mit autoritär agierenden Schuldirektoren, die völlig im Einklang mit dem Nationalsozialismus standen, zu Konflikten, weil diese nicht bereit waren, selbstständiges Agieren der HJ zu akzeptieren. Es kam



Hans Einfeldt

dabei auch immer wieder zu Anmaßungen der HJ. Wenn etwa der Fähnleinführer des Jungbannes 421 einem Lehrer schrieb: „Leider habe ich feststellen müssen, daß der moralische Stand der Obertertia – also Ihrer Klasse – sehr schlecht ist. Ich habe einwandfrei festgestellt, daß unsittliche Tätlichkeiten vorgekommen sind, deren Veranlassung aber nach meiner Ansicht darin liegen, daß Elemente in der Klasse sind, die durch ihren Einfluss den anderen mehr als schädlich sind. Ich bitte Sie – da es mir sehr daran liegt, die Angelegenheit schon im Interesse der Jungvolkangehörigen zu einem guten Ende zu führen –, mich doch so bald wie möglich in meiner Dienststelle aufzusuchen, damit wir diese Möglichkeit schaffen.“⁶

Oder die Untergauführerin des Jungmädel-Untergaus Harburg, die an eine Vertrauenslehrerin am 8.5.1939 schrieb: „Da ich mir eine friedliche Zusammenarbeit mit Ihnen nicht verspreche, Sie mir ebenfalls gezeigt haben, daß Sie auf eine Zusammenarbeit mit mir verzichten, enthebe ich Sie Ihres Amtes als Vertrauenslehrerin.“⁷

Die HJ weitete ihre Dienste immer stärker aus, sodass Schüler ihren Verpflichtungen in der Schule nicht mehr nachkommen konnten. So stellte der Schulleiter der Oberrealschule Eppendorf, Prof. Rudolf Schmidt, fest, dass er nach Beschwerden von Eltern in einer Klasse älterer Schüler überprüft habe, dass diese statt der üblichen und verabredeten zweimaligen Dienste für die HJ in der Woche, 3 bis 5 mal in der Woche für die HJ unterwegs seien und dadurch der Schulbetrieb und die Leistungen der Schüler leiden würden.⁸

Und auch der schneidige Leiter der Bismarck-Schule, Dr. Hermann Schmidt, beschwerte sich bei der Schulverwaltung: „1. Durch den Bann 188 wurden insgesamt 8 Schüler zur Teilnahme an der Straßensammlung am Sonnabend, dem 15.2.41, vormittags befohlen. Die Schule erhielt weder vorher eine Benachrichtigung noch

hinterher Bestätigung. 2. Durch den Bann 76 wurden vor 2 Wochen 2 Schüler zum Wachdienst der HJ herangezogen und am nächsten Tage mit schriftlichem Ausweise des Bannes vom Unterricht freigestellt.“⁹

In all solchen Fällen leitete die Schulverwaltung solche Schreiben an Hans Einfeldt zur Stellungnahme weiter. Keine leichte Aufgabe, zwischen den Schulen, den sich in Ihren Entscheidungskompetenzen eingeschränkt fühlenden Schulmonarchen und der HJ zu vermitteln. Einfeldt saß, obwohl im Gebäude der Schulverwaltung stationiert, zwischen den Stühlen und wurde auch von der HJ mit Skepsis betrachtet, weil er von Beruf Lehrer war und von der Hitler-Jugend darum nicht als Jugendvertreter gesehen wurde. Andererseits hatte Einfeldt in der Dammtorstraße 25 auch eine Machtposition. Alle Oberschulräte und Schulaufsichtsbeamten mussten ihn einbeziehen, um Vermittlung ersuchen.

Die Konflikte zwischen der HJ und den Schulen und Schulleitungen spitzten sich während des Krieges, insbesondere 1941 und 1942 zu, als der berühmte Oberschulrat Albert Henze, die Federführung in diesen Fragen übernahm.¹⁰

In einem Abkommen „Schule und Hitlerjugend“ am 31.1.1941 war reichsweit festgelegt worden, dass die Schulen nur noch bis 13.30 Uhr die Schüler beanspruchen durften und diese nachmittags „grundsätzlich“ der HJ und den Eltern vorbehalten waren. Am Sonnabend und einem weiteren Nachmittag waren Hausaufgaben untersagt.¹¹

Und Henze verfügte 1942, dass die Schulen bei der Beurteilung von Schülern bei Prüfungen und Versetzungen „die Dienstleistungen bei der HJ zu berücksichtigen“ hätten.¹²

Da war Hans Einfeldt aber schon lange nicht mehr zuständig. Einfeldt war am 21.11.1939 als Gefreiter zur Wehrmacht eingezogen worden. Er wurde befördert zum Unteroffizier und Feldwebel, dann aber schon zum 1.12.1940 auf unbestimmte Zeit beurlaubt, um als Inspekteur der Kinderlandverschickung (KLV) unterwegs zu sein (1.10.1940 bis 1.11.1943), danach war er Leiter der KLV-Lagerleiter-Schule in Bad Podiebrad (im Protektorat Böhmen und Mähren, heute Tschechien). Und ab dem 1.9.1944 war er erneut zum Kriegsdienst eingezogen.¹³

Hans Einfeldt stellte erst 1947 einen Antrag auf Wiedereinstellung in den Hamburger Schuldienst. Er verband dies mit dem ausgefüllten Fragebogen zur Entnazifizierung. Er schrieb, er sei „bis zur Kapitulation an der Ostfront eingesetzt“ und danach in kurze Kriegsgefangenschaft geraten.

Nach seiner Rückkehr nahm er bei seinem Onkel in Osterstedt/Ostholstein „die Arbeit als landwirtschaftlicher Gehilfe“ auf und widmete sich ausschließlich „der praktischen Arbeit sowie der Fürsorge meiner Familie“.¹⁴

Damit hatte er sich ziemlich schlau angestellt, wie der Beratende Ausschuss im Entnazifizierungsverfahren am 18.3.1949 feststellte. „Er hat seit 1945 in der Landwirtschaft gearbeitet und sich dadurch den Schwierigkeiten entzogen, die man ihm sicherlich in den ersten Monaten in Hamburg gemacht hätte.“¹⁵

Einfeldts Einlassungen wirkten verhältnismäßig nüchtern und sachlich. Seine Arbeit als Leiter der HJ-Dienststelle bezeichnete er als „wenig erfreulich, da es in den meisten Fällen nicht möglich war, eine beiderseits befriedigende Lösung zu finden“. Er sei gerade von den HJ-Führern „oft als der verkalkte Lehrer“ hingestellt worden, was sicherlich dadurch begünstigt wurde, dass sich sein Arbeitsplatz in der Schulverwaltung in der Dammtorstraße befand.

Interessant in Einfeldts Schreiben erscheint auch, wenn er darauf hinweist, dass die HJ-Führer mit seiner Arbeit als Leiter der KLV-Lagerleiter-Schule „in politischer Hinsicht nicht zufrieden waren. Etwas merkwürdig dabei die Beschreibung eines Vorfalls, der zur Ablösung Einfeldts als Leiter der Lagerleiter-Schule führte:

„Eine Mitarbeiterin der Schule hatte sich in abfälliger Weise über Hitler geäußert und die Art der Weitergabe der hierauf erfolgten Anzeige durch mich bewirkte, daß sofort auf meine Abberufung gedrängt wurde.“¹⁶

Leider bleibt unklar, wie Einfeldt in dieser Sache konkret agiert hatte und welche Kräfte mit ihm nicht einverstanden waren.

Während Einfeldt sich auch weiterhin ziemlich sachlich äußerte und sich nicht als Widerstandskämpfer oder Unschuldiger gerierte, wie es viele andere taten, zog der von Einfeldt hinzugezogene Rechtsanwalt im weiteren Verfahren alle Register.

Da Einfeldt in Kategorie III (Minderbelastete) eingestuft wurde, übernahm Rechtsanwalt Lurati seine Verteidigung mit aufwendigen Schriftsätzen und dem Versuch der globalen Reinwaschung mit vielen Leumundszeugen und Persilscheinen. Grotesk dabei die Argumentation des ehemaligen Schulsenators Karl Witt, der Einfeldt berufen hatte.

Rechtsanwalt Lurati zitierte nur den zusammenhanglosen staatstragenden Satz von Witt: „Ich habe als ehemaliger Vorgesetzter Herrn Einfeldts für seine mühevollen und schwere Arbeit zu danken. Er hat mir geholfen, daß unsere Schularbeit von allen Parteieinflüssen so wenig wie möglich berührt wurde.“¹⁷

So wurde Geschichte verbogen, die eine Strömung setzte sich nachträglich einen Heiligenschein auf und machte die andere alleinverantwortlich. Ignoriert wurde, dass beide Personen Parteimitglieder waren und das Hamburger Schulwesen unter Witts Leitung in Windeseile umgestaltet worden war.¹⁸

Sicherlich gab es Schlimmere als Witt und Einfeldt, aber sie waren exponierte Räder im Getriebe. Und Witt befand sich übrigens zum selben Zeitpunkt selbst im Entnazifizierungsverfahren.

Auch Peter Jacobsgaard, Schulleiter und Mentor von Hans Einfeldt, äußerte sich am 5.12.1947. Wie nicht anders zu erwarten, stellte Jacobsgaard Einfeldt in ein positives Licht, wie schon Rudolf Fehling. Er schrieb, Einfeldt wäre im Kollegium „außerordentlich beliebt, war verträglich und gefällig und stets einsatzbereit nach jeder Richtung hin“. Politisch sei Einfeldt nie hervorgetreten. Jacobsgaard bestätigte auch, dass Einfeldt „bei Differenzen zwischen Schulleitung und den Führern der HJ stets und oft erfolgreich die Belange der Schule energisch vertreten“ hätte.¹⁹

Und auch Fritz Köhne äußerte sich über Einfeldt. Köhne, der als Sozialdemokrat vor 1933 schon in der Schulverwaltung arbeitete, von den Nazis dort belassen wurde, weil sein Überblick und seine Kompetenzen unverzichtbar waren, schrieb am 30.12.1947: „Herr Einfeldt hat diese schwierige Aufgabe mit der ihm eigenen Ruhe und Einsicht zu lösen versucht. Wenn sein Bemühen auch nicht immer von Erfolg begleitet gewesen ist – das war bei dem Totalitätsanspruch der HJ auf die Erziehung auch nicht möglich, so hat er doch als ehrlicher Makler manche Mißverständnisse und Konflikte beseitigt. In seiner Arbeit war er still und zurückhaltend, im Umgang bescheiden, angenehm, hilfsbereit und nicht auf seinen persönlichen Vorteil bedacht.“²⁰

Ärgerlich und von den Entnazifizierungsausschüssen wohl nicht immer durchschaubar, wenn sich auch andere ehemalige Schulleiter für Einfeldt verwendeten, die selbst belastete Nationalsozialisten waren, wie der Schulleiter des Johanneums, Werner Puttfarken und Adolf Lambeck, Schulleiter einer Sprachheilschule und ehemaliger NSLB-Funktionär.

Der zuständige Fachausschuss ließ sich durch die vielen Leumundszeugnisse nicht beeindrucken. Die herausgehobene Funktion, die Einfeldt innehatte, war in der Hamburger Bildungsöffentlichkeit allen bekannt. Und so kam der Fachausschuss am 20.4.1948 zu dem Schluss: „Die Tatsache, daß er auf diesen verantwortungsreichen Posten berufen wurde, beweist, daß er der Partei als ein überaus sicherer Mann galt. Seine Herkunft aus der deutschnationalen Jugendbewegung und aus dem Umkreis des völkischen Baldurbundes lassen berechnete Zweifel darüber zu, ob er trotz gegenteiliger Versicherung heute in der Lage ist, die Jugend im Geiste der Demokratie und der Völkerveröhnung zu erziehen.“

Einstimmig lehnte der Fachausschuss die Wiedereinstellung Einfeldts ab.

Und auch der Beratende Ausschuss argumentierte am 18.3.1949 in ähnlicher Weise und kam zu dem Schluss: „Die Leichtigkeit, mit der er vor dem Ausschuss aussagte, daß er jetzt durchaus demokratisch im Sinne der Völkerverständigung arbeiten könne (bei seiner früheren betont völkischen Einstellung) hat bei dem Beratenden Ausschuss Unbehagen erweckt.“ Es wurde vorgeschlagen, Einfeldt erneut zu verhören.²¹

Am 16.4.1949 wurde dann vom Berufungsausschuss der Berufung stattgege-

ben und Einfeldt wieder als Lehrer eingestellt, er unterrichtete danach an der Schule Schulkamp.

Später führte Einfeldt dann mit der Schulbehörde einen Streit darüber, dass er nur als einfacher Lehrer besoldet wurde. Am 25.3.1955 erhielt er dann die Beförderungsbesoldung, die er 1936 erworben hatte, als er zum Leiter der Schuldienststelle HJ berufen wurde. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Beförderung und seiner „engen Verbindung zum Nationalsozialismus“ sei durch die Personalakte Einfeldts nicht „beweiskräftig“ belegbar. So unterschiedlich können Personalakten gelesen werden.

Ab dem 1.4.1966 unterrichtete er dann an der Schule Goosacker, wo ihm der Schulleiter „ausgezeichnete Arbeit“ bescheinigte, „in seiner Klasse und für die ganze Schule“ und feststellte: „Er gibt noch heute einen sehr guten Sport- und Schwimmunterricht“.²²

Am 14.2.1969 trat Hans Einfeldt in den Ruhestand.

Er starb am 13.2.1995

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben zu Einfeldt aus der Personalakte, StA HH, 361-3_A 2820.
- 2 Zur Person Karl Witt siehe: Hans-Peter de Lorent: Karl Witt – Schulsenator 1933, in: HLZ 8/9-2007, S. 36ff. und Biografie Witt in diesem Buch.
- 3 Uwe Storjohann im Gespräch mit mir am 15.8.2012.
- 4 Alle Angaben laut Personalakte Einfeldt, a. a. O.
- 5 Siehe dazu Hans Einfeldt und Albert Mansfeld in: HLZ 36/37-1934, S. 543f. Und Hans Einfeldt: Der organisatorische und arbeitsmäßige Aufbau der Hitlerjugend, in: HLZ 44/1935, S. 418f.
- 6 Anschreiben vom 3.1.1938 in: StA HH, 361-2, OSB VI_1536 Blatt 03.
- 7 Ebd., Blatt 089.
- 8 Ebd., Blatt 074.
- 9 StA HH, 361-2, OSB VI_1935, Blatt 27.
- 10 Zu Henze siehe: Hans-Peter de Lorent: Albert Henze – Nazi-Propagandist im System des Gauleiters, in: HLZ 8-9/2011, S. 42ff. und HLZ 10-11/2011, S. 46ff. Siehe auch die Biografie Henze in diesem Buch.
- 11 Siehe Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 439f.
- 12 Uwe Schmidt, a. a. O., S. 442.
- 13 Alle Angaben aus Entnazifizierungsakte Einfeldts, StA HH, 211-11_X707.
- 14 Schreiben vom 18.12.1947 in der Personalakte, a. a. O.
- 15 Siehe Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 16 Schreiben vom 18.12.1947, in Personalakte, a. a. O.
- 17 Siehe Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 18 Siehe dazu Reiner Lehberger: „Der ‚Umbau‘ der Hamburger Volksschule“, in: Reiner Lehberger/ Hans-Peter de Lorent: „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 15ff.
- 19 Siehe Entnazifizierungsakte, a. a. O. Siehe auch die Biografie Jacobsgaard in diesem Buch.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.

Walter Behne

Der nationalsozialistische Ideologe in der Schulverwaltung: „Laßt hinter euch die Welt des reinen Intellekts!“

Walter Behne war eine der wichtigsten und einflussreichsten Personen im Hamburger Schulwesen während der Zeit des Nationalsozialismus. Am 15.11.1933 zum Oberschulrat für das höhere Schulwesen berufen, war Behne der nationalsozialistische Ideologe in der Schulverwaltung und aufgrund seiner frühen Mitgliedschaft in der NSDAP (seit dem 31.12.1931, Aufnahme beantragt im August 1931) als „alter Kämpfer“ eine wesentliche Autorität in der Schulverwaltung bei allen Entscheidungen im Bereich der höheren Schulen.

Nach 1945 holte Walter Behne seine zwischenzeitliche militärische Kriegstätigkeit in Serbien ein. Für einen Kriegsverbrecherprozess 1946 nach Belgrad ausgeliefert, wurde Walter Behne am 9.3.1947 nach kurzem Prozess hingerichtet.

Walter Behne wurde am 19.3.1888 in Altona geboren als Sohn des Lehrers Johann Heinrich Behne. Er besuchte von 1894 bis 1897 die Volksschule Taubenstraße 6, an der sein Vater als Lehrer tätig war. Danach wechselte er auf das Johanneum („von meinem Vater zu Hause privatim vorbereitet“), wo er 1906 die Reifeprüfung bestand.

Er studierte danach in Erlangen, zuerst das Hauptfach Latein, dann Deutsch und Geschichte mit dem Schwerpunkt Mittelalter. In seinem Lebenslauf schrieb er, „für das religiöse Gebiet, insbesondere für Kirchengeschichte eine starke Neigung“ gehabt zu haben.¹

1908 setzte er das Studium in Göttingen fort, wo er 1911 promovierte mit einer Arbeit zum Thema: „Die Reihenfolge der Lieder Gottfrieds von Neißen“. Die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen fand in Göttingen im Juni 1912 statt, vorher hatte er schon 1909 die Turnlehrer- und 1910 die Schwimmlehrerprüfung erfolgreich absolviert. Die praktische Ausbildung und das Probejahr erfolgten dann an der Oberrealschule vor dem Holstentor bei Schulleiter Prof. Dr. Albrecht Thaer. 1914 wurde Behne an der Realschule an der Bogenstraße eingestellt und am 3.4.1916 zum Oberlehrer ernannt. Tatsächlich befand er sich zu dieser Zeit, wie auch sein Kollege und späterer Freund, Bruno Peyn, im Kriegsdienst. Vom 5.11.1915 bis 24.10.1917 in Stellungskämpfen vor Düna, vermerkt in seinen Kriegsaufzeichnungen war außerdem die Schlacht bei Soisson und Reims. Am 31.12.1916 wurde Behne zum Leutnant befördert. Nach dem Krieg schloss er sich den Bahrenfelder Zeitfreiwilligen an, ebenso wie Erwin Zindler und Hartwig Fiege.

Die Tristesse und die Gefühlslage im Stellungskrieg beschrieb Walter Behne in einem Brief an den Schulleiter der Realschule an der Bogenstraße, Prof. Lorenz, am 18.4.1916: „Für ihren liebenswürdigen Glückwunsch, vor allem aber auch für das mir erwiesene Wohlwollen spreche ich Ihnen meinen ergebenden Dank aus. Ich selbst kann mir nach Beendigung dieses Krieges nichts Schöneres denken, als an Ihrer Anstalt meine Tätigkeit wieder aufnehmen zu können. In manchen einsamen Stunden gibt mir die Aussicht auf diese schöne Zukunft wieder neue Spannkraft, und die hat man nötig in dem oft eintönigen, aber auch wieder die Nerven anstrengenden Stellungskrieg. Ein Artillerist merkt ja im allgemeinen vom Krieg im eigentlichen Sinne nicht soviel wie ein Infanterist. Ich halte mich aber als Artilleriebeobachter die meiste Zeit vorn im Schützengraben auf, und dort herrscht gewöhnlich sogenannte ‚dicke Luft‘. Man wundert sich nur zu oft, dass man mit heiler Haut davon kommt. Der heutige Stellungskrieg hat etwas Hinterlistiges und darum Niederdrückendes an sich, ist man doch jederzeit einem plötzlichen Artillerie- oder Infanteriefire ausgesetzt, dazu die kleinen Gewehrgranaten, Sprengungen usw. Die Russen haben in der letzten Zeit darin viel gelernt, französische Artillerie- und Pionieroffiziere sind die Lehrmeister bei ihnen. In den letzten Tagen ist es bei uns wieder unruhiger geworden, der Gegner fürchtet anscheinend eine Gegenoffensive unsererseits. Was man hier freilich vorhat, weiß keiner, am wenigsten so ein simpler Unteroffizier wie ich. Ich bitte höflichst, mit diesen wenigen Zeilen Vorlieb nehmen zu wollen, erstens kann ich über große Erlebnisse nicht berichten, dann erlauben die unruhigen Lebensverhältnisse im Unterstand kein ausführliches Schreiben. Mit den besten Wünschen zum Osterfest, Ihr ergebener Walter Behne.“²



Walter Behne

Ein anderer Brief Behnes an den Schulleiter ist ebenfalls in seiner Personalakte enthalten. Behne schrieb am 19.9.1918: „Zum 15. Juli standen wir nach einigen Nachtmärschen bei Reims, erlebten hier die leider unglückliche Offensive, hatten große Verluste und traten dann den Rückzug an. Dies Erlebnis und die folgenden Tage drohten uns anfänglich gänzlich aus der Fassung zu bringen. Der Gegensatz zu unserem Maierlebnis war zu groß. Im August begann dann für uns die schwere Abwehrschlacht, an der wir noch beteiligt sind. Ich muss mich leider mit der nüchternen Aufzählung dieser Tatsachen begnügen. Das Papier freilich ist geduldig, weniger die Überwachungsangestellten, zumal, wenn gar die Herren Kollegen dort einen Brief von mir zur Einsicht erhalten sollten. Immerhin hoffe ich, dass ich vielleicht in diesem Jahr noch einmal auf Urlaub komme. Ich hoffe nichts mehr von der Zukunft, wage noch viel

weniger, darüber zu urteilen. Körperlich geht es mir immer noch gut, trotz monatelangen Aufenthalts und Wohnens im Freien, wie glücklich waren wir, wenn wir wenigstens ein Zelt über uns hatten. Auch sonst darf ich nicht klagen, seitdem ich beim Regimentsstab gelandet bin, wenn auch mir in vieler Beziehung der Aufenthalt beim Stabe nicht genehm ist – persönliche Auffassung.“³

Und später hieß es: „Ich sitze gegenwärtig in einem großen, aber feuchten Stollen, habe Nachtdienst, aber anscheinend lässt mir der Fernsprecher, diese schlimmste Erfindung im Kriege, einige Ruhe. Ich bitte nur zu berücksichtigen, dass in diesem Stollen mein Regimentsstab, sowie ein Bataillon Infanterie sich aufhält, Raum-, Licht-, und besonders Luftverhältnisse sehr beschränkt sind, außerdem ist da vorn allerlei los, wie immer des Nachts. Aber ich kann mir wenigstens den Luxus leisten, mit Tinte zu schreiben und das bedeutet viel für uns.“

Aus dem Krieg zurück, begab sich Behne nach der Ausbildung zum ersten Mal wieder in die Schularbeit. Er traf auf einige ehemalige Offiziere, unter anderem auf Bruno Peyn, ebenfalls Lehrer für Deutsch und Geschichte und eine Art Bruder im Geiste. Später wurde gesagt, dass beide im Kollegium „sehr gewütet und das Kollegium terrorisiert hätten“.⁴

Behne kümmerte sich stark um das Schullandheim der Schule an der Bogenstraße im Sylter Wenningstedt.

1927 heiratete Walter Behne zum ersten Mal, im Jahr darauf erhielt er eine Reisebeihilfe von 300 Reichsmark für eine Studienreise mit seiner Frau nach Griechenland, Ägypten und Italien. 1929 wurde diese Ehe mit Erna Behne geschieden. Vorwurf der Frau: Walter Behne „sei streitsüchtig“.⁵

Erwähnt wurde bereits, dass Walter Behne am 31.12.1931 in die NSDAP eintrat, gleichzeitig in den NSLB, das war ungewöhnlich, weil sich die meisten Lehrer an höheren Schulen im Philologenverein organisierten. Die Orientierung Behnes war rechtsgerichtet. Auch im NSV war er seit 1931 organisiert, im VDA bereits seit 1928. Im Fragebogen zur Entnazifizierung, den er am 25.5.1945 ausfüllte und von Karl Züge bezeugen ließ⁶, schrieb er, er habe von 1919 bis 1923 der Deutschen Volkspartei (DVP) angehört und sei von 1923 bis 1931 Mitglied der Loge Hanseatentreue, Große Landesloge von Preußen, Johannesloge 3. Grad gewesen. Der Makel in den Augen der Nationalsozialisten, einer Loge angehört zu haben, konnte nur durch das frühe Bekenntnis zur NSDAP wettgemacht werden.

Walter Behne war schon vor 1933 sehr produktiv. Neben seiner Arbeit als Oberlehrer und Klassenlehrer an der Oberrealschule in der Bogenstraße wirkte er



Walter Behne und Bruno Peyn, Kollegen an der Bismarck-Oberrealschule Ende der 1920er Jahre

von 1924 bis 1931 nebenamtlich mit 8 Stunden an der Hamburger Polizeischule, wo er Unterricht in Deutsch, Geschichte und Politik erteilte.⁷

Mit seiner zweiten Frau, Herta Behne, geborene Vierth, bekam er drei Söhne (1931, 1933, 1937). In der SA engagierte sich Behne seit November 1932, in der SA-Gruppe Hansa hielt er häufig Vorträge und wurde zum Sturmführer befördert. Als SA-Obertruppführer nahm Behne 1937 am Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg teil.⁸

Über seinen Eintritt in die NSDAP, den er als Aktivität für eine „legale, zugelassene Partei“ betrachtete, schrieb er in seinem Einspruch gegen die Entlassung 1945: „Als ich im Dezember 1931 der NSDAP beitrat, meinen Beitritt meiner vorgesetzten Dienststelle meldete, hatte dies keine nachteiligen Folgen in der Stellung als Beamter.“⁹



Walter Behne (r.) als Klassenlehrer 1927 an der Oberrealschule an der Bogenstraße. Links der gefürchtete Sportlehrer Carl Willwater

Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten weitete Walter Behne seine Vortragstätigkeit aus. Als nationalsozialistischer Oberschulrat versuchte er die Hamburger Lehrerschaft auf die neue politische Ausrichtung einzuschwören.

Die erste große Lehrerversammlung nach der Gleichschaltung der Lehrerschaft durch den nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) fand bei Sagebiel (an der Drehbahn) statt. Nach der Begrüßung durch den neuen Schulsenator, Karl Witt, bekam Walter Behne das Wort. Er sagte: „Der Nationalsozialismus will im deut-

schen Menschen diese Ehrfurcht vor dem Tod und vor dem Leben, die uns im Blute liegt, die unsere großen Führer und Künstler uns von jeher vor Augen gestellt haben, erneut erwecken, um uns alle dadurch zur höchsten Verantwortung zu erziehen. Wir alle sollen dadurch wieder die Sicherheit, die Freudigkeit zum Leben und den Ernst zum Lebenswillen erhalten. Dann begreifen wir, dass das Leben durch Einsatz des Lebens über den Tod hinaus Sieger bleibt. Sinnbildlich haben wir alle, die wir mehr sehen als die Oberfläche, den Sieg des deutschen Lebens in den Tagen vom 30. Januar 1933, über den 5. und 21. März bis zum 20. April miterleben dürfen.“¹⁰

Sein Schwerpunkt war die Werbung für den Eintritt in den NSLB, wobei er sich in erster Linie an die Lehrer der höheren Schulen wandte, die bisher zumeist im Philologenverein organisiert waren: Er bemühte dabei seine höchsten Autoritäten, wenn er berichtete, dass „Adolf Hitler durch unsern Reichsführer Hans Schemm allen deutschen Lehrern den Beitritt zu einem großen, deutschen Lehrerbunde“ empfehle. „Dieser Nationalsozialistische Lehrerbund als solcher wird mit der wundervollen, großen und ernsten Verantwortung betraut, das Werk der deutschen Erziehung im neuen Deutschen Reich zu schaffen. Wenn Ihnen heute abend dieser Wunsch übermittelt wird, so ist gewiß mancher unter Ihnen, der den Sinn dieser Übermittlung nicht verstehen kann, ja ihn im ersten Augenblick innerlich ablehnt. Denn dieser und jener, der hier im Saale anwesend ist, sieht ja zum ersten Male einen SA-Mann als Saalschutz, hört zum ersten Male eine SA-Kapelle spielen, sieht die Farben und die braunen Hemden der Nationalsozialisten zum ersten Male vor sich und neben sich. All denen ist der Nationalsozialismus noch eine fremde, vielleicht sogar noch feindliche Welt. Tausend und aber tausend Gründe haben in allen frühen Jahren gerade die Lehrer gefunden, um sich abzuschließen von dem neuen Werden unseres Volkes. Dem einen war Adolf Hitler nicht vornehm genug, ja, vom Standpunkt dessen, der Bildung in abgelegten und bestandenen Prüfungen sieht, zu ungebildet. Die Bewegung als solche wurde wieder verurteilt als eine Erscheinung der Straße, der sich anzuschließen dem gebildeten Menschen, dem geruhsamen Erzieher nicht gezieme. Die Weltanschauung des Marxismus und Liberalismus bis zur letzten, aufgelösten Form wurde gerade von Teilen der Hamburger Lehrerschaft teils ehrlich, teils aus Nützlichkeitsgründen bis zuletzt verteidigt. Daneben gab es manchen, der im stillen Kämmerlein, am gesicherten Schreibtisch, in geschlossenen Veranstaltungen sein nationales Herz schlagen hörte und sich mit dieser Tatsache vollauf begnügte. All diese Menschen haben ihre Zeit gehabt. Viele von ihnen konnten sich doch nur deshalb in ihre alte Gedankenwelt einspinnen, weil dort draußen die SA marschierte und dafür sorgte, daß nicht der Ausbruch des Bolschewismus den geruhsamen deutschen Geistesarbeiter völlig zugrunde richtete. Wir Nationalsozialisten wollen keinen Dank dafür, daß unser Volk, unser Reich

in letzter Stunde vor dem Untergang bewahrt worden ist, wir wollen aber, daß jetzt alle, die eines guten Willens sind, sich einreihen in unsere Bewegung, um in gemeinsamer Front das Neue Reich aufzubauen, zu verteidigen, zu sichern, solange uns ein gnädiges Geschick noch einen Atemzug zu tun vergönnt. Alle deutschen Erzieher werden jetzt in Deutschland zu diesem Werk aufgefordert. Im Nationalsozialistischen Lehrerbund verkörpert sich der Stand des deutschen Lehrers. Alle früheren Verbände haben aufgehört zu bestehen, sie gehen alle in den NSLB über.“¹¹

Dies war schon deutlich mehr als eine Empfehlung bei Sagebiel, einem großen Veranstaltungssaal, wo die Hamburger Pädagogen zu einer „obligatorischen Lehrerversammlung“ dienstverpflichtet waren. Man kann sich nach dieser Rede vorstellen, wie Behne in seinem ehemaligen Kollegium in der Bogenstraße ultimativ den Eintritt in den NSLB und die NSDAP forderte. Und Behne stellte auch gleich klar, dass für den neuen NSLB das Führerprinzip galt: „Die Zeit des Wählens ist, wie im Reich, so auch im Bereich des deutschen Lehrers, vorbei. Wir Nationalsozialisten erkennen nur den Führergedanken an, der Führer ist allein verantwortlich.“ Und weiter führte Walter Behne aus: „Denn im NSLB gibt es, wie im nationalsozialistischen Staat, keine Wert- oder, wie man früher sagte, Klassenunterschiede. Bei uns gilt nur Führung und Leistung, wer das hat, besitzt die Wertung. So erlebt die deutsche Lehrerschaft zum ersten Male die Verwirklichung ihrer Sehnsucht: es gibt nur einen Lehrer, den deutschen Lehrer; es gibt nur eine Schule, die Schule des deutschen Volkes, die deutsche Volksschule. Wenn Sie ehrlich sind, meine Damen und Herren, könnten Sie für dieses Werk, dessen Erfüllung kaum noch zu hoffen war, unserem Führer Adolf Hitler gar nicht dankbar genug sein. Wir Lehrer alle gemeinsam im deutschen Vaterlande sollen uns zusammenfinden zu dem einen großen deutschen Lehrerstand. Der Begriff des ständischen Staates, der Gedanke des totalen Staates soll sich auch in unserem Stande verwirklichen. Damit werden wir Lehrer wieder Diener des Staates.“

Und Behne präziserte: „Wir vom NSLB bekennen: die Geister, die ihr rief, wir werden sie schon los. Indem wir im NSLB die Verantwortung von oben nach unten durchführen, gehen wir darin bewußt den Weg des neuen Staates, weil sich gezeigt hat, daß ohne Führung von oben der Ruin des deutschen Volkes sicher war, daß eine Verantwortung von unten nach oben zur Verantwortungslosigkeit, zum Ausweichen vor der Verantwortung führen mußte. Wir sind hier Diener des Staates, wir reden nicht, wie es unter den Lehrern auf den Konferenzen üblich ist, durcheinander, wir liefern die Arbeit, die die Führung von uns verlangt. So macht der NSLB durch Führung bis zu den kleinsten Fachschaften doch alle Kräfte frei zum Dienst am Ganzen, so wendet sich der NSLB an alle die, von denen wir wissen, mit welcher Liebe, Treue, Arbeitskraft, Sauberkeit sie an ihrem Lehrerberuf hängen.“

Behne warnte: „Denjenigen aber, die da meinen, im NSLB Unterschlupf zu finden, um getarnt ihre liberalistische marxistische Weltanschauung noch einmal wieder zur Auswirkung zu bringen, sei gesagt: Ihr werdet nichts mehr erreichen, ihr seid uns restlos bekannt, eure Zeit ist gewesen! – Wer trotzdem aber noch so denken sollte, beweist eben immer wieder, daß er den Sinn unserer Tage noch nicht begriffen hat. Das Fanal, das da jetzt brennt über Deutschland, heißt: Adolf Hitler und sein Nationalsozialismus. Darin liegt unser Schicksal beschlossen. Wir deutschen Lehrer werden dazu als Mitwirkende aufgerufen im NSLB.“

Walter Behne versuchte die Lehrerschaft einzuschwören: „Mit dem heutigen Tage, dem 29. April vollzieht sich in Hamburg die Zusammenfassung von Lehrern aller Schulgattungen in dem NSLB. Nationalsozialisten, deutsche Erzieher, die ihr heute vor der Hamburger Regierung steht, erlebt die Größe, die Weihe dieses geschichtlichen Augenblicks. Die Hamburger Regierung verlangt von uns deutschen Erziehern, daß wir uns einsetzen mit unserer ganzen Kraft für die Erziehung unserer Jugend mit der Zielsetzung: Rasse, Wehr, Führertum und Persönlichkeit, Religiosität, Volk, Volksgemeinschaft, Vaterland, mit einem Wort: für den Nationalsozialismus. Laßt hinter Euch die Welt des reinen Intellekts, werft endlich ab alle Hemmungen, die Euch immer und immer wieder gekommen sind dem Nationalsozialismus gegenüber. Laßt wieder wach werden in Euch den Instinkt des deutschen Menschen, dann werdet Ihr auch wieder Willensmenschen. Vorüber sind die Zeiten der Aufklärungssucht.“

Und Walter Behne begründete eine der ersten Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates, um Arbeitslose oder stellungsmäßig ungesicherte Junglehrer an sich zu binden, nicht ohne Polemik und im Endeffekt gegen verheiratete Lehrerinnen gerichtet: „Wir wollen kein gleichgültiges genußsüchtiges Bürgertum, wir wollen den sich zur Volksgemeinschaft verpflichtet fühlenden Deutschen. Es geht nicht mehr an, daß wir in Hamburg 254 verheiratete Lehrerinnen im Staatsdienst beschäftigen, wenn noch 340 nicht angestellte männliche Lehrkräfte auf der Straße liegen. Es geht nicht mehr an, daß Lehrerinnen, verzeihen Sie das harte Wort, als Nutznießerinnen des Marxismus aufgrund ihres Gehaltes Ostern nach Rom, im Sommer nach Nordland, im Herbst an die Riviera, im Winter in die Berge fahren, während verheiratete, brotlose Junglehrer nicht einmal das Fahrgeld haben, wenn sie zur Behörde gerufen werden.“

Zum Schluss seiner Rede deutete Walter Behne an, was am Ende der nationalsozialistischen Politik stehen würde: „Wir alle, und wir Lehrer im besonderen, werden aufgerufen von unserem Führer zum letzten und größten Kampf in der deutschen Geschichte. Was zwei Jahrtausende im deutschen Volke nicht haben vollenden können, wir und die Generationen nach uns werden es schaffen – oder wir sind nicht

mehr. Welch eine Gnade für uns alle, hierfür berufen zu sein, Welch eine Gnade aber besonders für uns Frontkämpfer, noch einmal wieder antreten zu dürfen!“

Sieben Jahre später würde der „Frontkämpfer“ Behne wieder antreten, mit bösen Folgen für ihn persönlich. Mit schlimmen Folgen für das deutsche Volk.

Einstweilen gestaltete Behne das höhere Schulwesen um und hielt Reden, um die nationalsozialistische Sichtweise in Schule und Gesellschaft zu transportieren. So war er einer der Dozenten bei der Offensive der Hamburger Volkshochschule, die der Hamburger Lehrerschaft ein nationalsozialistisches Geschichtsbewusstsein vermitteln wollte. Behnes Thema: „Geschichte des 19. Jahrhunderts und Fichtes Reden an die deutsche Nation.“¹²

In einem Sonderlehrgang über den Nationalsozialismus für Angehörige des öffentlichen Dienstes sprach Behne über die „weltanschaulichen Grundlagen des Nationalsozialismus“ und eröffnete am 27.10.1933 in der Musikhalle das Wintersemester mit einem Vortrag über „Volkshochschule und nationalpolitische Erziehung“.¹³

In der „Zeitschrift für deutsche Bildung“, die Beiträge zur Etablierung nationalsozialistischer Ideologie veröffentlichte, unterstrich Behne „den totalen Anspruch des Staates zur Durchführung der geistigen Revolution, der nicht mehr mit den pädagogischen Interessengruppen um die innere Gestaltung der Schule ringe“.¹⁴

Für die Aufbereitung der großen historischen Themen für die Hamburger Lehrerschaft zeichnete Walter Behne verantwortlich. In der Hamburger Lehrerzeitung schrieb er über „das Gefühl der Wehmut und tiefen inneren Ergriffenheit“, das „noch lange über den deutschen Menschen liegen“ werde: „Denn der große Deutsche, Paul von Hindenburg, ist in die Ewigkeit eingegangen. Ehrevoll für einen jeden von uns sind Trauer und Schmerz über diesen Verlust.“

Behne führte aus, dass „die großen Männer der Geschichte (...) Führer, Gestalter und Erzieher in einer Person“ seien. Das Drama, die Tragik der „Geschichte unseres Volkes“ sei, dass „nie die fortlaufende Linie gewahrt worden ist“. Die Geschichte der deutschen Kaiser sei eine Geschichte der Diskontinuitäten. Behne belegte dies an vielen Beispielen, um dann ins Schwärmen zu geraten und den historischen Durchbruch zu skizzieren: „Zum ersten Male in der deutschen Geschichte erlebt nun das deutsche Volk am 2. August und 19. August 1934 sein ganz großes, zu der Gründung des Dritten Reiches neugeschenktes Wunder: Die lückenlose Staatsführung. Wenige Stunden, nachdem das deutsche Volk die erschütternde und doch in ihrer Form heroische Nachricht erhalten hatte: Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg ist heute früh, 9 Uhr in die Ewigkeit abgegangen, meldete der Rundfunk das Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, das mit Wirkung von dem Zeitpunkt des Ablebens des Reichspräsidenten von

Hindenburg in Kraft tritt. Das deutsche Volk, ja die ganze Welt war dem Gemüte der Liebe, der Achtung nach erschüttert vom Heimgang unseres Hindenburg. Aber Deutschland und die Welt bebten nicht. ‚Weltwende‘ auch hier, denn in unserem Führer lebt der Nationalsozialismus. Aber die ganze Festigkeit der neuen Bewegung wird der Welt klar durch die lückenlose Staatsführung unseres neuen Reiches. Möge das deutsche Volk diese ungeheure, in seiner ganzen Geschichte noch nie da gewesene Tatsache begreifen. Der 19. August sei unser Dank an das gütige Schicksal, sei unser Dank an den großen Deutschen Paul von Hindenburg, sei unser neues Gelöbnis für unseren Führer Adolf Hitler!“¹⁵

Behne zeichnete unermüdlich die großen Linien seines Geschichtsbildes auf allen Ebenen. So berichtete die Hamburger Lehrerzeitung von dem Bemühen, auch die Führer der Hitler-Jugend zu qualifizieren. „Die Erziehung unserer Hitlerjugend zu politischem Soldatentum setzt eine planmäßige weltanschauliche Schulung der Führerschaft voraus“, schrieb der Verbindungsmann von Schulverwaltung und Hitler-Jugend, Hans Einfeldt. Er berichtete von einem Schulungslager der Hamburger Kameradschaftsführer der Hitler-Jugend. Einer der Referenten war Walter Behne: „Dr. Behne zeigte, wie die Germanen dem ersten römischen Einbruch im Teutoburger Wald mit rücksichtsloser Brutalität ein Ende bereiteten, wohl ahnend, um welche geschichtliche Wende es sich handle. Das Ausströmen der germanischen Stämme in der Völkerwanderung hielt die Unterwerfung unter Rom für lange Zeit von unseren Grenzen fern. Es war aber eine tragische Entwicklung, daß es nirgends möglich war, für die Dauer die germanische Lebensordnung aufzurichten. Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet die Vandalen, die sicher zu den edelsten Stämmen zählten, von der Geschichtsmeinung in das schwärzeste Licht gerückt wurden; ein frühes Ergebnis der Lügen- und Greuelpropaganda; denn die Juden waren es auch hier, die das Vandalenreich in Nordafrika unterhöhlten und zersetzten.“

Von den Vandalen und der „Lügenpropaganda der Juden“ leitete Behne zur französischen Revolution über: „Die französische Revolution bereitet dem Liberalismus den Weg, der dann in alle deutsche Lebensbereiche Auflösung und Zersetzung hineinträgt und damit den Juden die volle Entfaltung ermöglicht. Es will uns heute noch fast unbegreiflich erscheinen, dass die jüdischen Kreise des Bürgertums die Führung der neu entstehenden Arbeiterschaft übernehmen konnten.“¹⁶

Das waren nur einige Kostproben Behneschen Geschichtsverständnisses. Neben seiner Vortragstätigkeit am Rande der Aufgabe als Oberschulrat für das höhere Schulwesen war Behne seit 1936 noch Mitglied des Justizprüfungsamtes, wo er auch Vorträge vor Rechtsreferendaren über neuere Geschichte hielt.¹⁷

Einfluss nahm er auch als Herausgeber Deutscher Lesebücher für Oberschulen, die sich sicherlich auch honorarmäßig als einträglich erwiesen. Hier teilte er sich die

Herausgeberschaft mit den Oberstudiendirektoren Paul Wetzel, Bruno Peyn und den Lehrern Wolfgang Jünemann und Alexander Mrugowski. Mit diesen Schulbüchern wurde ideologisch vorgegeben, was Hamburger Gymnasiasten lernen sollten. Neben Klassikern der deutschen Literatur wurde die nationalsozialistische Bewegung um den „Führer Adolf Hitler“ in Szene gesetzt. Etwa durch Gedichte von Baldur von Schirach im Abschnitt: „Aus dem großen Kriege und der Kampfzeit“.¹⁸

Der Jugendführer der NSDAP dichtet:

Den Soldaten des großen Krieges
Sie haben höher gelitten, als Worte sagen.
Sie haben Hunger, Kälte und Wunden
schweigend getragen.
Dann hat man sie irgendwo gefunden:
verschüttet, zerschossen oder zerschlagen.
Hebt diesen Toten hoch zum Gruß die Hand!
Sie sind so fern vom Vaterland gefallen,
die Türme aber ihrer Treue tragen
uns allen, allen
mitten im Land.

BALDUR VON SCHIRACH¹⁹

Ein anderes Werk dieses Dichters:

Das ist an ihm das Größte...
Das ist an ihm das Größte, daß er nicht
nur unser Führer ist und vieler Held,
sondern er selber, grade, fest und schlicht,
daß in ihm ruh'n die Wurzeln uns'rer Welt
und seine Seele an die Sterne strich
und er doch Mensch blieb, so wie du und ich ...²⁰

Die Nationalpolitische Sammlung im Verlag Moritz Diesterweg, war nicht besser. Sie verfolgte dasselbe Ziel. Herausgeber: Walter Behne, Bruno Peyn und Paul Wetzel. Dort wurden unter anderem Schriften des jungen nationalsozialistischen Hamburger Aktivisten Wolfgang Jünemann verlegt. Ein weiterer verblendeter Propagandist nationalsozialistische Ideologie.²¹

Ein Schatten fiel auf Behnes nationalsozialistische Karriere 1937, als der Hilfshausmeister des Johanneums, Herzogenrath, einen Bericht über seine Beobachtungen am Johanneum an die HJ-Gebietsführung leitete, in dem er scharf den Umgang der Schule mit den dortigen jüdischen Schülern kritisierte. Es gäbe ein einträchtiges, ka-

meradschaftliches Nebeneinander der Schüler, „als gäbe es keine Rassenfrage“. Herzogenrath forderte eine Aufklärungsaktion der HJ in der Aula des Johanneums: „Da wir leider die Juden nicht einfach aus der Schule hinausschmeißen dürfen, muss zur Selbsthilfe geschritten werden, um unsere Jugend dem verderblichen Einfluss des Judengesindel zu entziehen, und müssen die Juden von den Angehörigen der HJ so behandelt werden, daß ihnen die Lust vergeht, noch länger an der Schule zu bleiben.“²²

Herzogenrath hatte sich als SA-Führer direkt an die HJ gewandt: „Die Lehrerschaft bürge nicht für eine Erziehung im nationalsozialistischen Sinne. So würden bei Schulveranstaltungen die Mütter mit ‚gnädige Frau‘, ‚Frau Professor‘ und ‚Frau Doktor‘ angeredet, was der Denunziant als ‚Schleimscheißereien‘ und ‚Verrenkungen‘ bezeichnete.“²³

Nachdem Herzogenraths Denunziation in der „Nordmark-Jugend“, der Regionalzeitung der HJ am 15.12.1936 veröffentlicht worden waren, bestellte der zuständige Oberschulrat Walter Behne, der selbst Schüler des Johanneums gewesen war, den Hilfshausmeister ein, um ein gemeinsames Gespräch mit Schulleiter Werner Puttfarcken und dessen Stellvertreter, Gerhard Rösch, zu führen, beides ebenfalls ausgewiesene Nationalsozialisten.²⁴

Im Namen der Schulverwaltung verwarnte Behne Hilfshausmeister Herzogenrath und forderte ihn auf, zukünftig den Dienstweg einzuhalten. Das nahm Herzogenrath zum Anlass, ein Disziplinarverfahren gegen Behne zu beantragen. Uwe Schmidt schrieb dazu: „Offenbar erwirkten einflussreiche Parteigenossen mit Vorbehalt gegen Akademiker und hochgestellte Funktionsinhaber der Schulverwaltung einen Beschluss des Parteigerichts, durch welchen Behne die Fähigkeit zur Wahrnehmung eines Parteiamtes auf Lebenszeit aberkannt wurde. Hiervon konnte er sich am 28. April 1937 nur durch ein Gnadengesuch an den ‚Führer‘ befreien, welches durch eine Stellungnahme des Führers der SA-Standarte R 463 (Holstenwall 9) – dem Behne als SA-Truppführer unterstellt war – unterstützt wurde: Behne beherrsche wissens- und bekenntnismäßig die Weltanschauung des Nationalsozialismus. Er sei daher mehrfach als Referent für Fragen der deutschen Geschichte in Sonderlehrgängen für SA-Führer der Brigade 12 (Gellertstraße 37) aufgetreten und sei ein weltanschaulich gefestigter Mann.“²⁵

Behnes Macht war auch im Bereich der höheren Schulen bei Personalentscheidungen nicht uneingeschränkt. So berichtete der Lehrer Hans Rösch, was Behne ihm über die Schulleiterbestellungen 1933 im Bereich der höheren Schulen anvertraut hatte. Hans Rösch bezeichnete diese als „Kuhhandel“. Rösch, Aktivist der ersten Stunde im NSLB für die Fachschaft höhere Schulen, dadurch eng mit Walter Behne in Beziehung, Lehrer am Wilhelm-Gymnasium, der mit einer Rede vor der dortigen Schulgemeinschaft am 30.1.1934 einen Skandal verursachte und in der

anschließenden Auseinandersetzung Interna aus der Startphase des nationalsozialistisch geführten Senates im Schulbereich offenbarte.

Über die Entstehung der Schulleiterliste im Bereich der höheren Schulen vermerkte Rösch, der viele vertrauliche Gespräche mit Walter Behne geführt hatte: „Die Führung der Behörde hat eine durch parlamentarischen Kuhhandel zustande gekommene Schulleiterliste genehmigt, trotzdem ihr von der Gauleitung des NSLB eine rein nationalsozialistische Schulleiterliste vorgelegt worden war. Die Einzelheiten des Kuhhandels berichtete Oberschulrat Behne vor Dr. Machleidt, Dr. Peyn und mir. Nach dem Bericht Behnes setzten sich Landesschulrat Meyer, Oberschulrat Mühe (deutsch-national), Oberschulrat Oberdörffer (Volkspartei), Oberschulrat Behne an einen Tisch. Schlug nun Behne einen Nationalsozialisten vor, so überstimmten ihn sofort die drei anderen, wenn ihnen der Vorschlag aus irgend einem Grunde nicht genehm war. So kamen vorwiegend Mitglieder des Philologenvereins, nicht aber des NSLB auf die Liste. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Äußerung des Schulleiters der Klosterschule, Kowallek: er hätte sich eigentlich sagen müssen, daß er Schulleiter würde, da er ja lange Jahre im Vorstand des Philologenvereins gewesen sei. Behne legt nun Witt die Kuhhandelsliste vor. Witt mußte nun glauben, daß es sich um die nationalsozialistische Liste handele, fragte aber trotzdem noch einmal nach, ob die Liste so gut sei, und genehmigte dann die Liste ohne die ihm vorliegende Liste des NSLB zum Vergleich heranzuziehen.“²⁶

Die Aufzeichnungen von Hans Rösch geben einen Einblick in die Binnenstruktur der Schulverwaltung nach 1933. Auch wenn der eilfertige Eintritt in die NSDAP zum 1.5.1933 von vielen aus Überzeugung, Karrierismus oder Opportunismus vollzogen wurde, unterschieden Nationalsozialisten der ersten Stunde und insbesondere diejenigen, die schon vorher „der Bewegung“ angehörten, sehr genau: Da hieß die Parole zwar: „Ein Reich, ein Volk, ein Führer“, aber bei den Parteigenossen wurde sehr genau unterschieden, woher sie jeweils kamen. Schulsenator Witt war jahrelang Bürgerschaftsabgeordneter der DNVP gewesen, dann im Mai 1933 in die NSDAP übergetreten. Er hatte den deutschnationalen Theodor Mühe in die Behörde geholt, den bisherigen Oberschulrat Oberdörffer, früher DVP im Amt belassen, da er auch rechtzeitig in die NSDAP eingetreten war. Da hatte der „alte Kämpfer“ Walter Behne einen schweren Stand, wie er im kleinen Kreis, unter anderem Hans Rösch und der alten NSLB-Führung anvertraut hatte.²⁷

Walter Behne wurde am 15.6.1940 zum Kriegsdienst eingezogen, am 1.2.1941 zum Oberleutnant befördert, danach zum Hauptmann. Am 21.4.1942 wurde er dann aus dem Kriegsdienst wieder entlassen und kehrte in die Schulverwaltung zurück²⁸. Drei Jahre später sollte sein Kriegseinsatz noch eine bedeutende Rolle spielen.

Am 16.5.1945 führte Walter Behne mit seinem ehemaligen Oberschulratskollegen Oberdörffer ein Gespräch. Oberdörffer war 1941 auf eigenem Antrag aus der Schulverwaltung ausgeschieden mit Hinweis auf seine jüdischen Vorfahren. Er war 1945 kurz als möglicher Landesschulrat im Gespräch. Behne bat in einem Schreiben an Oberdörffer „um vorläufige Beurlaubung von der Führung meiner Amtsgeschäfte“. Er verwies dabei nicht nur auf „die gegebenen gegenwärtigen Verhältnisse“, sondern auch auf seinen Gesundheitszustand.²⁹

Am 18.6.1945 teilte die Schulverwaltung Behne die sofortige Entlassung mit. Dagegen legte er Einspruch ein. Seine Begründung: „1. Als ich im Dezember 1931 der NSDAP beitrete, meinen Beitritt meiner vorgesetzten Dienststelle meldete, erwachsen mir daraus damals keine nachteiligen Folgen in meiner Stellung als Beamter. 2. Im Jahr 1933 ist keiner der aus dem Bereich der damaligen Schulverwaltung ausgeschiedenen Oberbeamten ohne die ihm gesetzlich zustehende Pension entlassen worden. 3. Als Vater von drei Jungen im 15., 12., und 9. Lebensjahr bin ich verpflichtet, für deren Fortkommen zu sorgen. Unter Berücksichtigung dieser rein sachlichen und rechtlichen Begründungen bitte ich, zu der Überzeugung kommen zu wollen, daß die Zahlung einer Pension an mich als gerechtfertigt erscheinen dürfte.“³⁰

Am 29.8.1945 teilte der neue Schulsenator Heinrich Landahl Behne mit, dass seine Weiterbeschäftigung von der Britischen Militärregierung nicht genehmigt worden ist.³¹

Am 27.9.1945 wurde Walter Behne „wegen angeblicher Kriegsverbrechen in Serbien“ (wie sein Rechtsanwalt Herbert Vierth schrieb) verhaftet, zuerst in Altona ins Gefängnis gebracht, dann in das Internierungslager Neumünster, danach nach Neuengamme überführt. Am 10.5.1946 wurde Walter Behne dann nach Belgrad ausgeliefert, wo ein Kriegsverbrecherprozess gegen ihn und andere ehemalige deutsche Wehrmachtsoffiziere vorbereitet wurde.

Vorher hatte Behne in der Erwartung, dass er sicherlich nicht wieder in der Schulverwaltung oder im öffentlichen Dienst beschäftigt werde, den Antrag gestellt, „ein Gewerbe für Übersetzungen und Sprachvermittler anzumelden, sowie das Erteilen von Sprachunterricht“ genehmigt zu bekommen. Beides wurde im August 1946 endgültig abgelehnt. Am 3.9.1945 hatte schon das Gewerbeamt abschlägig entschieden. Am 14.8.1946 teilte Oberschulrat Heinrich Schröder dem Gewerbeamt mit, dass Dr. Behne für diese Tätigkeiten „nicht tragbar erscheint“. Lakonisch ergänzte er: „Im übrigen dürfte die Angelegenheit erledigt sein, weil Dr. Behne kaum in absehbarer Zeit nach Deutschland zurückkehren dürfte.“³²

Walter Behne hatte tatsächlich andere Probleme. Das Entnazifizierungsverfahren in Hamburg lief in seiner Abwesenheit weiter. Betrieben wurde es von Rechts-

anwalt Herbert Vierth, dem Schwager Behnes. Vierth wandte sich am 22.5.1946 kurz nach der Auslieferung Behnes nach Belgrad an Schulsenator Landahl. Er schrieb: „Mein Schwager hat stets von Ihnen mit Hochachtung gesprochen. Ich nehme daher an, dass sie auch jetzt noch Interesse an dem Schicksal meines Schwagers haben und nach Möglichkeit verhindert wollen, dass frühere Beamte ihrer Behörde und deutsche Reserveoffiziere unschuldig wegen angeblichen Kriegsverbrechens in Serbien verurteilt werden.“³³ Eine Antwort Landahls fand sich in Behnes Personalakte nicht.

Der Beratende Ausschuss für die Oberbeamten, der sich aus den Oberschulräten Johannes Schult, Karl Hoffmann und Emmy Beckmann zusammensetzte, verwarf am 27.1.1947 die Berufung gegen Behnes Entlassung: „Seiner ganzen Eigenart nach bietet er nicht die geringste Gewähr, dass er am Aufbau eines demokratischen Staatswesens teilnehmen kann.“³⁴

Einem Vermerk von Oberregierungsrat von Zerssen war zu entnehmen: „Nach einer Rundfunkmeldung ist Dr. Behne auf Grund eines Urteils eines Kriegsgerichts in Belgrad vom 9.3.1947 wegen angeblich als Adjutant eines Oberkommandanten in Jugoslawien begangener Kriegsverbrechen erschossen worden.“³⁵

In der Hamburger Schulbehörde nahm man offiziell am 4.7.1947 davon Kenntnis. Bei der 72. Besprechung der Schulaufsichtsbeamten und Referenten wurde protokollarisch festgehalten: „Herr Senator Landahl teilt mit, dass der ehemalige Oberschulrat Dr. Behne als Kriegsverbrecher in Belgrad hingerichtet worden sei. Eine Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 12. Juli, in der Rissener Kirche statt. Beamten und Lehrkräften der Schulbehörde sei der Rat zu geben, an der Trauerfeier nicht teilzunehmen.“³⁶ Die zu den Personalakten genommene Sterbeurkunde hielt fest, Behne sei „im Frühjahr 1947 in Belgrad, Jugoslawien, verstorben“.³⁷

Im Weiteren ergaben sich zwei Stränge. Das Entnazifizierungsverfahren, das Bedeutung hatte für die Witwenbezüge von Behnes Ehefrau, Herta Behne, geborene Vierth, und andererseits die Versuche von Herta Behne, über ihren Bruder und Rechtsanwalt Herbert Vierth zu bezweifeln, dass Walter Behne tatsächlich ein Kriegsverbrecher gewesen sei.

Interessant erscheint am weiteren Verfahren auch, nachdem die Nachricht von der Erschießung Behnes in Jugoslawien Hamburg erreicht hatte, wer sich für Behne verwendete und mit welcher Argumentation.

Gravierender war allerdings, die Vorwürfe und Abläufe während des Krieges in Serbien genauer zu beleuchten.

Walter Behne war als Hauptmann bei der Wehrmacht. Er war Adjutant bei der Ortskommandantur in Arras (Frankreich) und kam im April 1941 mit dieser Kommandantur nach Jugoslawien, wo sie als Ortskommandantur in Sabac eingesetzt

wurden. Im August 1941 wurden fünf serbische Bauern festgenommen, nachdem sie mit der Waffe in der Hand angetroffen worden waren. Sie wurden im Gefängnis inhaftiert. Serbische Partisanen verwundeten kurz später einen deutschen Soldaten der Ortskommandantur. Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht Süd-Ost hatte für solchen Fall angeordnet, dass als Vergeltung eine Anzahl von Serben erschossen werden solle. Der Ortskommandant, Hauptmann Kwasny, dem die Verwundung seines Soldaten abends gemeldet worden war, befahl die Erschießung der festgenommenen Bauern. Die Beteiligung Walter Behnes an diesem Erschießungskommando wurde widersprüchlich dargestellt.

In einem zweiten Fall hatte der Ortskommandant befohlen, dass einige serbische Geiseln in das Gefängnis einzuliefern seien. Damit wurden zwei Feldwebel beauftragt. Den Befehl des Ortskommandanten verlas sein Adjutant, Walter Behne. Der Befehl enthielt die Anweisung, dass auf die Geiseln zu schießen sei, wenn diese einen Fluchtversuch unternehmen würden. Einer der beiden Feldwebel erschoss fünf Geiseln. Rechtsanwalt Vierth stellte in seinem Schreiben den Fall so dar, dass der Auftrag des Adjutanten Behne von dem Feldwebel, der die Geiseln erschossen hatte, falsch verstanden worden sei.³⁸

In einem weiteren Fall wurden 300 Serben im Oktober 1941 in Sabac von der Wehrmacht erschossen. Ob Walter Behne zu diesem Zeitpunkt überhaupt in Sabac und an der Beauftragung oder der Erschießung der 300 Serben beteiligt gewesen war, wird von Herbert Vierth und Frau Behne bestritten, die behaupteten, Walter Behne sei zu dieser Zeit im Heimaturlaub gewesen. Angezeigt worden war Behne von dem Hamburger Hermann Schacht, der Soldat in Behnes Einheit gewesen war. Schacht hatte ausgesagt, dass Behne „den Befehl gegeben hatte, dass die Geiseln bei Flucht zu erschießen seien. Das hat Feldwebel Winter als Aufforderung angesehen.“ Schacht soll auch angegeben haben, „dass Behne den Befehl über die Erschießung einiger hundert Serben gegeben und dann sofort in Urlaub gefahren sei“.³⁹

Rechtsanwalt Herbert Vierth zeichnete ein sehr geschöntes Bild von seinem Schwager und Mandanten. Er sei für solche Befehle und Taten „als Mensch auch viel zu weich und sensibel“ und „streng christlich“ eingestellt gewesen.

Aus meiner Sicht bleibt die Frage, ob ein Offizier dafür verantwortlich gemacht werden kann, wenn infolge eines von ihm gegebenen, möglicherweise „falsch verstandenen oder falsch interpretierten“ Befehls Geiseln erschossen werden.

Allerdings stand die Glaubwürdigkeit des Rechtsanwalts auf höchst wackligem Fundament. Vierth räumte zwar ein, dass Behne zum Oberschulrat befördert worden sei, weil er schon „vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten der Partei angehörte“. Er habe sich aber „von jeher aus dem lauten Parteibetrieb ferngehalten“. Er sei „in anständigem Sinne aus reinen Idealen tätig gewesen“ und

„Herr Dr. Behne hat nicht etwa fanatisch alles, was anderer Meinung war, als er, in Grund und Boden verdammt, sondern hat im Gegenteil stets auf den innerlichen Menschen gesehen und ist auch andersdenkenden Leuten, die unter der NS-Herrschaft irgendwie verfolgt wurden, stets hilfreich entgegengekommen“. Schließlich: „Sein Charakter war in jeder Beziehung rein und sauber und seine Gesinnung auch. Für seine Überzeugung trat er kompromisslos ein und hat niemals um eigener Vorteile willen gehandelt. Mit seiner Frau führte er ein harmonisches Eheleben, das nur hin und wieder dadurch gestört wurde, dass seine Frau den Nationalsozialismus nicht sehr schätzte.“ Zusammenfassend erklärte der Schwager von Walter Behne: „Dr. Behne ist ein rechtlich denkender, in jeder Beziehung nur ideal veranlagter Mann, dessen Charakter es widersprach, dem geringsten Menschen auch nur das kleinste Unrecht zuzufügen. Er war kein Aktivist im üblichen Sinne.“⁴⁰

Das passt nicht wirklich zusammen mit den zitierten Äußerungen Behnes und dem, was der Beratende Ausschuss für das höhere Schulwesen am 23.8.1946 im Entnazifizierungsverfahren Bruno Peyn feststellte: „Von vielen Seiten ist uns geschildert, wie er zusammen mit dem früheren Oberschulrat Behne 1933 das Kollegium der Bismarck-Oberschule terrorisierte und fast ganz in die Partei hineinzwang.“⁴¹

Diese offensichtlich mit Behnes Agieren zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft nicht in Kongruenz zu bringende Charakterisierung durch seinen Schwager Viehrt weckt auch Zweifel an dessen Rekonstruktion der Vorgänge in Serbien.

Im weiteren Entnazifizierungsverfahren fand am 14.6.1948 eine Sitzung unter Vorsitz des für milde Urteile bekannten Dr. Wilhelm Kiesselbach statt. Dabei werden zwei Drittel der Witwenpension eines Studienrats ins Gespräch gebracht. Erst die Zentralstelle für Berufungsausschüsse vom 27.10.1948 entschied, nachdem auch Frau Behne, die angab, nie irgend einer NS-Organisationen oder -gliederung angehört zu haben, den Fragebogen ausgefüllt hatte und entnazifiziert worden war (in Kategorie V, Entlastete, eingeordnet). Die Entscheidung befürwortete 60 % der Pensionsbezüge, „wenn ihr verstorbener Mann als Studienrat gestorben wäre.“⁴²

1951 stellte Frau Behne einen Antrag auf Hinterbliebenenversorgung, da ihr Mann „im Frühjahr 1947 in Belgrad in Kriegsgefangenschaft verstorben sei“. Da als Todesursache auf der Sterbeurkunde vermerkt war: „Erschießung“, fragte die Landesversicherungsanstalt am 26.2.1951, aus welchem Grunde Walter Behne erschossen worden sei. Der Jurist der Schulbehörde, von Zerssen, antwortete: „Aufgrund eines Urteils eines jugoslawischen Gerichts wegen angeblich als Adjutant eines Ortskommandanten in Jugoslawien begangener Kriegsverbrechen. Von Seiten der Familie ist unter Vorlage vieler Urkunden angegeben, dass es sich um ein Fehlurteil handelt. Tatsächlich ist die Rechtsprechung der jugoslawischen Gerichte gegen sogenannte Kriegsverbrecher außerordentlich scharf gewesen.“⁴³

Kurios auch eine Anfrage der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg, die laut Schreiben vom 13.3.1951 gegen Behne wegen „Verbrechens an der Menschlichkeit“ ermittelte. Sie fragte bei der Schulbehörde nach dem Aufenthaltsort Walter Behnes.⁴⁴

Am 14.12.1950 unternahm Rechtsanwalt Herbert Vierth einen erneuten Vorstoß. Er schrieb, dass gegen den Ehemann von Herta Behne „bisher ein Entnazifizierungsverfahren noch nicht eingeleitet worden“ sei. „In irgendeine Kategorie ist er noch nicht eingereiht. Da Herr Dr. Behne, der seit 1910 im Schuldienst tätig war, verstorben ist, steht seiner Witwe eine volle Pension zu. Es widerspricht der Gerechtigkeit und den gesetzlichen Vorschriften, wenn der Witwe jetzt nur ein Teil der ihr zustehenden Pension ausbezahlt wird.“

Und in der Tat: Der Staatskommissar der Hansestadt Hamburg für die Entnazifizierung und Kategorisierung entschied am 22.2.1952 endgültig: „Mit Wirkung vom 1.2.1952 wird Herta Behne 100 % der Hinterbliebenenbezüge eines Studienrates ausbezahlt.“⁴⁵

Den nächsten Schritt unternahm Rechtsanwalt Oscar Toepffer, der selbst in der Zeit des Nationalsozialismus Parteimitglied gewesen war und dem Hamburger Senat bzw. als Beigeordneter der Hamburger Regierung angehörte, vorübergehend auch die Verantwortung für die Schulverwaltung hatte und bei dieser Gelegenheit Walter Behne kennengelernt hatte. Toepffer rollte den Fall noch einmal auf, verwies auf das sogenannte 131er Gesetz und forderte, dass Herta Behne die Versorgungsbezüge eines Oberschulrates ausgezahlt würden. Toepffer, der selbst nach 1945 nicht wieder in den öffentlichen Dienst übernommen worden war, hat eine Reihe ehemaliger Nationalsozialisten als Rechtsanwalt verteidigt.⁴⁶

In einer Stellungnahme zu Toepffers Anliegen schrieb Oberschulrat Wulle am 30.1.1956, dass Behne „ohne Machtergreifung der Nazis niemals Oberschulrat geworden wäre. Behne muss als Aktivist seiner Partei bezeichnet werden, er war der führende Nationalsozialist im damaligen Oberschulratskollegium.“ Wulle sprach sich aber gegen ein Aufrollen des Verfahrens aus, man müsste Belastungszeugen feststellen und das würde bedeuten, „sehr viel Staub aufzuwirbeln“ und das „riefe Entlastungszeugen auf den Plan“.

Landesschulrat Matthewes stellte dazu am 30.1.1956 fest, dass es keinen Zweifel daran gäbe, dass Behne nur Oberschulrat geworden sei, weil er Nationalsozialist war „und als solcher hat er auch sein Amt ausgeführt“. Matthewes kam aber auch zu dem Schluss: „Ich halte es für sehr unzweckmäßig und schwierig, Zeugen zu benennen und meine deshalb, man solle dem vorgeschlagenen Vergleich zustimmen.“

Der von Rechtsanwalt Oscar Toepffer vorgeschlagene Vergleich sah vor, dass die Versorgung und Hinterbliebenenbezüge neu festgesetzt und an der Besoldung

eines Schulrates orientiert wurden. Im Laufe der nächsten Jahre wurden diese dann auf A 14 festgesetzt.⁴⁷

Interessant übrigens, dass Mitglieder der Entnazifizierungsausschüsse auch zu ganz anderen Bewertungen gelangten.

Am 8.3.1948 schrieb der Vorsitzende des Fachausschusses 6b, Friedrich Wilhelm Licht, dass er mit der wohlwollenden Gewährung der Hinterbliebenenpension für Behnes Witwe Herta Behne nicht einverstanden sei: „Nachforschungen in Rissen haben ergeben, dass Frau Behne sich keineswegs von der nationalsozialistischen Richtung so völlig ferngehalten hat, wie es nach dem Fragebogen den Anschein hat und wie der Beratende Ausschuss infolgedessen angenommen hat. Personen, die sie während der Nazizeit haben beobachten können, sagen aus, dass sie politisch ‚mindestens‘ so fanatisch gewesen sei wie ihr Mann und es wohl auch noch heute sei. Die der Schulbehörde bekannt gewordene Tatsache, dass Frau Behne nach der erfolgten Hinrichtung ihres Mannes in Rissen eine öffentliche Trauerfeier zu veranstalten versucht hat, weist in die gleiche Richtung. Frau B. ist die Besitzerin eines acht Zimmer umfassenden Hauses in Rissen, das ihr belassen worden ist, da sie es als persönliches Eigentum mit in die Ehe gebracht hat. Gegenwärtig wohnen außer ihr und ihren Kindern mehrere Untermieter in dem Hause, die ihr eine nicht unbeträchtliche Miete einbringen, so dass von einem eigentlichen Notstand kaum die Rede sein kann. Angesichts der besonders schweren Belastung des früheren Oberschulrates Behne und des ungünstigen Ergebnisses dieser Nachforschungen, hält der Fachausschuss die Bewilligung auch nur einer Teilpension für untragbar.“⁴⁸

Auch nach 1945 waren die Gräben noch sehr tief.

Walter Behnes Witwe Herta starb am 4.2.1977.

Zu guter Letzt soll noch darauf eingegangen werden, wie sich andere aktive Nationalsozialisten in Leumundszeugnissen zu Walter Behne äußerten und wie sie jeweils argumentierten.⁴⁹

Theodor Mühe, der seine Aussage mit Prof. Dr. Mühe, Oberschulrat i.R. unterschrieb, der mit Walter Behne Oberschulrat für die höheren Schulen in der Nazizeit gewesen war und als ehemaliger Lehrer der Oberrealschule in Eimsbüttel (Kaiser-Friedrich Ufer) Behne über Jahrzehnte aus nächster Nähe kannte, sagte am 18.11.1947 aus:

„Ich versichere eidesstattlich, dass der verstorbene ehemalige Oberschulrat Dr. Behne bei aller Begeisterung für den Nationalsozialismus mit unbeugsamer Energie und Leidenschaft den Standpunkt vertrat und weitgehend durchsetzte, dass Beförderungen, Versetzungen, Urlaub und sonstige Personalangelegenheiten stets in erster Linie nach pädagogischen Gesichtspunkten entschieden wurden.

Ich versichere eidesstattlich, dass der verstorbene ehemalige Oberschulrat Dr. B e h n e bei aller Begeisterung für den Nationalsozialismus mit unbeugbarer Energie und Leidenschaft den Standpunkt vertrat und weitgehend durchsetzte, dass Beförderungen, Versetzungen, Urlaub und sonstige Personalangelegenheiten stets in erster Linie nach pädagogischen Gesichtspunkten entschieden wurden.

Er wurde dadurch höheren Orts so unbequem, daß bei einer Besprechung, an der ausser mir noch die damaligen Oberschulräte Dr. Z ü g e und Dr. P e i n, sowie der Leiter der Studienseminare Dr. Dr. T r o g, teilnahmen, der Vorsitzende Senator Dr. O f t e r d i n g e r, eine Zwischenpause, in der Dr. Behne kurze Zeit hinausgegangen war, dazu benutzte, uns übrigen mitzuteilen, dass er entschlossen sei, Dr. Behne aus seiner Funktion als Oberschulrat abzuberufen, indem er uns fragte, ob wir Vorschläge machen könnten, wo er an untergeordneter Stelle beschäftigt werden könnte. -

Hamburg, den 18. November 1947.

gez. Prof. Dr. M ü h e.
Oberschulrat i. R.

Er wurde dadurch höheren Orts so unbequem, dass bei einer Besprechung, an der außer mir noch die damaligen Oberschulräte Dr. Züge und Dr. Pein, sowie der Leiter des Studienseminars Dr. Dr. Trog, teilnahmen, der Vorsitzende Senator Dr. Ofterdinger, eine Zwischenpause, in der Dr. Behne kurze Zeit hinausgegangen war, dazu benutzte, uns übrigen mitzuteilen, dass er entschlossen sei, Dr. Behne aus seiner Funktion als Oberschulrat abzuberufen, indem er uns fragte, ob wir Vorschläge machen könnten, wo er an untergeordneter Stelle beschäftigt werden könnte.“ Eine Legende, für die drei fanatische Nationalsozialisten als Mitzeugen benannt wurden über eine Sitzung und Aktivität des Senators Ofterdinger, der mittlerweile im Internierungslager Neumünster gestorben war.⁵⁰

Das nächste Schreiben stammte von Prof. Dr. Karl Hahn, dem langjährigen Schulleiter der Oberrealschule auf der Uhlenhorst, selbst Nationalsozialist seit 1933 und durch ein langwieriges Entnazifizierungsverfahren gegangen. Er schrieb am 25.11.1947: „Herrn Dr. Walter Behne habe ich kennengelernt, als er 1933 Oberschulrat in Hamburg wurde. Dass er überzeugter Nationalsozialist war, wusste ich und habe auch in dieser Hinsicht immer in einem starken inneren Gegensatz zu ihm gestanden. Heute, wo er einem tragischen Geschick, schuldlos, soweit ich unterrichtet bin, zum Opfer gefallen ist, möchte ich im Interesse seiner Frau und seiner heranwachsenden Söhne, darauf hinweisen, dass er sich immer taktvoll in seinen Maßnahmen erwiesen und immer in dem Bestreben, die höhere Schule zu fördern, gehandelt hat. Ich habe

ihn immer zu denen gerechnet, die vom Idealismus getrieben sind und nicht mit Politik materielle Ziele verfolgen, und muss auch anerkennen, dass er den unheilvollen Einfluss der Hitlerjugend, wo es anging, entgegengetreten ist. Wäre er heute noch am Leben, so würde ich auf dem Standpunkt stehen, dass er für seine Überzeugung und Handlung einzustehen hat. Nachdem er aber mit dem Tode seine Schuld mehr als gesühnt hat, scheint es mir eine Härte zu sein, seine Hinterbliebenen von der Versorgung auszuschließen, die er sich bis zu seinem Amtsantritt verdient hat.“

Auch mehrere Hamburger Pastoren setzten sich für Walter Behne ein, so unter anderem Pastor A. Claussen, der in Hamburg-Hoheluft am 30.10.1945 bezeugte: „Dr. Behne ist nicht nur persönlich ein überzeugter Christ, sondern er war auch der Überzeugung, dass dem deutschen Volke die Verbindung mit dem Evangelium erhalten bleiben müsse, wenn es nicht schweren Schaden erleiden sollte.“

Außerdem veröffentlichte ein anderer nationalsozialistischer Oberstudiendirektor, Dr. Bernhard Studt noch einige biografische Details, die aus anderen Quellen nicht bekannt waren. Er erklärte am 20.10.1947: „Dr. Walter Behne hat mir in langjährigen freundschaftlichen und bundesbrüderlichen Beziehungen nahe gestanden; ich glaube daher, einen guten Einblick in seine Denkungsart und seinen Charakter getan zu haben und berechtigt zu sein, ein Urteil über ihn abzugeben.

Walter Behne entstammte einem gebildeten Elternhause, das durch schlichte Rechtlichkeit, Biederkeit und wahrhaftig christliche Gesinnung gekennzeichnet war. Seine trefflichen Eltern ließen ihrem einzigen Sohn eine liebevolle, sorgfältige Erziehung zuteil werden. Anständige Gesinnung in jeder Beziehung, Pflichter, Gewissenhaftigkeit und Verantwortungsbewusstsein waren die Eigenschaften, die sie in ihm zu pflegen verstanden; er hat diese Tugenden denn auch im späteren Leben jederzeit und in allen Lagen bewährt. Als Student in Erlangen wurde er in der christlichen Studentenverbindung Uttenruthia (Schwarzburgbund) aktiv. In ihrem ernsten christlich-deutschen Geist fand er die Grundzüge seiner eigenen ideal gerichteten Denkungsart wieder. Die Zugehörigkeit zur Uttenruthia und zum Schwarzburgbund waren ihm Herzenssache; er hat sie Zeit seines Lebens gepflegt und ist für ihre Ideale – Gott, Freiheit, Vaterland, die Ideale der alten Burschenschaft – immer mit Wärme und Eifer eingetreten. Die angesehene Stellung, die er im Bunde genoss, führte dazu, dass er 1933 zum Bundesführer berufen wurde. Als solcher suchte er 1935 bei der allgemeinen Auflösung der akademischen Verbände engere Fühlung mit der Hitler-Jugend, in dem Glauben, dass hier die große Zukunftsaufgabe des Schwarzburgbundes liege, nämlich das Christentum in die deutsche Jugend und damit in das deutsche Volk hineinzutragen. Zum Beweise für seine damalige Einstellung führe ich einige von ihm getane Äußerungen an: „Manch einer mag Bedenken haben gegenüber der Einstellung der HJ zum Christentum. Ich kann

dazu nur sagen, dass jeder, der in die Arbeit der HJ mehr hineinsieht, erkennt, wie lebendig in der deutschen Jugend um die letzten Entscheidungen gerungen wird.'

„Unser Bund glaubt, dass bei allem Für und Wider gegenüber dem Christentum in den Reihen der HJ dennoch gerade in ihren Reihen der größte Mut zum Bekenntnis eines Glaubens an Gott und seinen Willen über uns allen – auch über jeden einzelnen – lebendig werden wird.' Dieser Idealismus musste naturgemäß letzten Endes an der Entwicklung der Dinge scheitern; aber bezeichnend für Behne ist die mit seinen Worten sprechende Einstellung, in allen Dingen und Menschen nur das Gute und Ideale zu sehen. Er war ein ausgesprochener Optimist, der sich für alles, was er als gut und recht erkannt zu haben glaubte, mit allen Kräften und voller Begeisterung einsetzte, der kein Opfer an Zeit, Kraft und Gesundheit scheute, für das Gute zu wirken. Dass er dabei gelegentlich die Realitäten des Lebens nicht klar erkannte und über das Ziel hinausschoss, ist menschlich und verzeihlich. Die Beweggründe seines Handelns waren immer durchaus ehrlich, vornehm und uneigennützig. Der Ehrgeiz, der ihn beseelte, war nur der Ehrgeiz, etwas zu leisten, nicht der Ehrgeiz, eine Rolle zu spielen und etwas zu bedeuten.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Dr. Behne war ein Mann von absolut aufrechtem, ehrlichen Willen, ehrenhafter, vornehmer Denkungsart, erfüllt von christlicher und sozialer Gesinnung und offenherzigem Verständnis für seine Mitmenschen.“

Und zum Schluss soll ein weiteres Mal Herbert Vierth zitiert werden, der am 20.12.1947 folgendes Leumundszeugnis abgab: „Ich kenne Herrn Dr. Behne seit 1914. Er ist ein in jeder Beziehung gerecht denkender Mann gewesen, der niemandem bewusst irgendein Unrecht tat. Im Gegenteil, er trat immer und überall für Hilfsbedürftige ein. Er war tief religiös veranlagt. Später war ich mit ihm zusammen in der Freimaurerloge ‚Zur Hanseatentreue‘ in Hamburg. Hier betätigte er sich sehr eifrig und hielt sehr oft bei den Arbeiten Vorträge, die überall hellste Begeisterung fanden. Er war überaus empört, als die Partei die Freimaurerei überall in den Dreck zog und versuchte stets, ihr humanitäres Ideengut mit den Ideen des Nationalsozialismus in Einklang zu bringen. Bis zu seinem Tode war er in tiefster Seele Freimaurer und Christ.

Als wir uns nach dem Kriege wiedersahen (wir waren beide Soldaten), war er auf das tiefste enttäuscht über die unglaublichen Auswüchse in der Partei, die er nicht für möglich gehalten hatte. Ich erinnere mich wiederholter Gespräche, in denen er seiner Empörung Ausdruck gab und immer wieder und wieder erklärte, dass er, wenn er die Wahrheit gewusst hätte, zu den ernstesten Gegnern der Partei gehört haben würde. Er sprach immer davon, dass die Entwicklung der Partei für ihn die bitterste Enttäuschung seines ganzen Lebens gewesen ist. Er war empört über die Dinge, die aus den Konzentrationslagern nach dem Kriege verbreitet wurden

und erklärte mir wiederholt, er schäme sich ganz gewaltig, dass derartige Dinge von Deutschen ausgeführt würden, und dass sie von deutschen politischen Führern angeordnet seien. Er äußerte auch die Absicht, sich wieder mit ganzer Energie der Freimaurerei widmen zu wollen, wenn die Logen wieder eröffnet werden würden.“

Alle übermittelten Leumundszeugnisse wurden nach dem gemeldeten Tod von Walter Behne verfasst. Sie waren vielleicht auch Zeugnis persönlicher Betroffenheit, insbesondere, weil kolportiert wurde, Walter Behne sei Opfer eines Fehlurteils bzw. falscher Anschuldigung geworden. Die Leumundszeugnisse ergänzen und vervollständigen das Bild von Walter Behne. Sie entlasten ihn aber nicht von dem, was er in der Zeit des Nationalsozialismus zu verantworten hatte.

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Behnes Personalakte, StA HH, 361-3_A 1381, Bd. 1.
- 2 StA HH, 362-2/26 Bismarck Gymnasium_ 46 Bd.1 Personalakten.
- 3 Dieser Brief ebd.
- 4 So schrieb der Beratende Ausschuss für das höhere Schulwesen im Entnazifizierungsverfahren Bruno Peyn: „Von vielen Seiten ist uns geschildert worden, wie er zusammen mit dem früheren Oberschulrat Behne 1933 das Kollegium der Bismarck-Oberschule terrorisierte und fast ganz in die Partei hineinzwang“. StA HH, 221-11_Ed 10964.
- 5 Personalakte Behne Bd. 1, a. a. O.
- 6 Entnazifizierungsakte Walter Behne, StA HH, 221-11_X 62.
- 7 Laut Personalakte, Bd. 1 und Bd. 2.
- 8 Personalakte StA HH, 361-3_A 1381 Bd. 2.
- 9 Ebd.
- 10 Die Rede Behnes ist abgedruckt in: HLZ 20/1933, S. 281 ff.
- 11 Ebd., S.281. Alle weiteren Zitate aus dieser Rede, S. 281f.
- 12 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 100.
- 13 Schmidt, a. a. O., S. 102.
- 14 Schmidt, a. a. O., S. 101.
- 15 Alle Zitate aus: Walter Behne: Der 2. und der 19. August 1934, in: HLZ 27/1934, S. 421.
- 16 Alle Zitate aus: HLZ 28/1934, S. 455. Siehe auch die Biografie Einfeldts in diesem Buch.
- 17 Laut Behnes Personalakte, Bd.2, a. a. O.
- 18 Deutsches Lesebuch für Oberschulen und Gymnasien, 1. Band, 4. Auflage Hamburg 1944.
- 19 Deutsches Lesebuch für Oberschulen und Gymnasien, a. a. O., S. 257.
- 20 Deutsches Lesebuch für Oberschulen und Gymnasien, a. a. O., S. 292.
- 21 Siehe z. B.: Wolfgang Jünemann: Um der Freiheit Willen, Frankfurt/M. 1938.
- 22 Zitiert nach Schmidt 2010, S. 372.
- 23 Ebd. Bei Herzogenrath handelte es sich um eine „verkrachte Existenz“. Am 8.8.1902 in Kreuznach geboren, hatte er 1916 bis 1919 in Münster einem Lehrerseminar angehört, später in allen möglichen Anlernberufen gearbeitet, war von 1930 bis 1933 erwerbslos, bekam als SA-Mann und NSDAP-Mitglied seit 1931 eine Hilfsarbeiter- und Hilfshausmeister-Anstellung 1933, aus der er im Zuge des genannten Konfliktes 1937 „wegen disziplinarwidrigen Verhaltens gegen die Behörde“ entlassen worden war. Angaben nach Entnazifizierungsakte Herzogenrath, StA HH 211-11_75465 KAT.
- 24 Siehe Biografie Puttfarken in diesem Buch.

- 25 Schmidt 2010, S. 374.
- 26 Siehe Biografie Hans Rösch in diesem Buch und seine Personalakte, StA HH, 361-3_A 1399 Bd. 1 und Bd. 2. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit habe ich Zusatzbemerkungen Röschs hier weggelassen.
- 27 Siehe auch die Biografien Karl Witt, Wilhelm Oberdörffer, Theodor Mühe und Hans Rösch in diesem Buch.
- 28 Personalakte Behne Bd. 1, a. a. O.
- 29 Personalakte Bd. 2, a. a. O.
- 30 Ebd.
- 31 Personalakte Bd. 1, a. a. O.
- 32 Personalakte Bd. 2, a. a. O.
- 33 Personalakte Bd. 1, a. a. O.
- 34 Personalakte Bd. 2, a. a. O., Bl. 134.
- 35 Vermerk vom 21.3.1951, ebd., Bl. 161.
- 36 Ebd., Bl. 137.
- 37 Ebd., Bl. 139.
- 38 Aus diversen Unterlagen zusammengestellt, in erster Linie aus Schreiben und Protokollen von Rechtsanwalt Vierth, insbesondere aus dem Schreiben von Vierth vom 6.6.1946, Personalakte Bd. 2, a. a. O.
- 39 Alle Dokumente in Personalakte Bd. 2 im Kontext der notariellen Erklärung des ehemaligen Wehrmachtangehörigen Dralle. Über den Zeugen Schacht, der Behne angezeigt hatte, ist wenig bekannt. Interessant ist aber, dass er in Hamburg nur etwa 500 Meter von der Oberrealschule Bogenstraße entfernt wohnte, eine Kfz-Werkstatt betrieb und nach eigenen Angaben in seiner Entnazifizierungsakte, seit 1925 Mitglied der KPD war. Schacht war von 1939 bis 1944 Werkmeister bei der Wehrmacht gewesen und als solcher in der Kompanie von Behne in Frankreich und Serbien. Siehe Entnazifizierungsakte Schacht, StA HH, 221-11_Misc. 19937.
- 40 Antrag der Witwe Herta Behne vom 12.9.1947 auf Gewährung einer Witwenpension und Schreiben vom 20.12.1947, in Personalakte Bd. 2, a. a. O.
- 41 Entnazifizierungsakte Bruno Peyn, StA HH, 221-11_Ed 10964.
- 42 Personalakte Bd. 2, a. a. O.
- 43 Schreiben vom 10.3.1951, ebd.
- 44 Ebd.
- 45 Ebd.
- 46 Alle Dokumente ebd. So war Toepffer u. a. auch der Rechtsbeistand von Behnes OSR-Kollegen Albert Henze.
- 47 Ebd.
- 48 Ebd.
- 49 Alle Leumundszeugnisse in der Entnazifizierungsakte Walter Behne, StA HH, 221-11_X 62.
- 50 Siehe auch die Biografien Karl Züge, Bruno Peyn, Hermann Trog und Theodor Mühe in diesem Buch.



Walter Behnes
Sicht der Dinge
wurde frühzeitig
gedruckt

Bruno Peyn

„Wer Gegner einer solchen Welt- und Lebensordnung werden musste, brauchte kein moralisches Gewissen.“

Bruno Peyns Leben nachzuvollziehen führt zwangsläufig dazu, eine vielfältige Karriere und einen jähen Sturz als Drama in mehreren Akten darzustellen, auch aufführbar als Operette. Bruno Peyn liebte stets den Auftritt, das Dramatische, das Deklamatorische. Er war seit 1933 Schulleiter, nebenbei niederdeutscher Schriftsteller, Dramaturg der Niederdeutschen Bühne, später für das Ohnsorg-Theater. Am Ende stürzte er fast posenhaft, geschockt, als seine persönliche Inszenierung und sein ideologisches Gerüst zusammenbrachen. Das Drama für den leidenschaftlichen Nationalsozialisten begann damit, dass er jüdische Wurzeln feststellte und dies vertuschen wollte.

Bruno Peyn wurde am 8.6.1887 in Cuxhaven als Sohn des Buchführers und Kassierers der Lotsinspektion Cuxhaven, Karl Hermann Peyn, geboren.

Nach Besuch der Gemeindeschule Cuxhaven von 1893 bis 1896 wechselte er in seiner Heimatstadt in die Realabteilung der dortigen Realschule. Nach dem „Einjährigen“ besuchte er in Hamburg die Oberrealschule auf der Uhlenhorst, wo er 1906 die Reifeprüfung bestand.

Danach studierte er in Tübingen, Berlin und Marburg Deutsch und Geschichte, später auch Englisch und Latein. Die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen absolvierte er im April 1911, zwischendurch machte er 1909 die Turnlehrerprüfung und promovierte am 11.5.1911 zum Dr. phil. mit einer Dissertation zum Thema „Theodor Storms lyrisches Schaffen“.

In seinem handgeschriebenen Lebenslauf, einer aufschlussreichen Darstellung seines persönlichen Bildungsplans, schrieb er: „Nach Süddeutschland war ich in meinen ersten Semestern hauptsächlich darum gegangen, weil mir so am besten Gelegenheit wurde, genauer anderer deutscher Stämme Eigenart kennen zu lernen. Ganz besonders aber ist der dreisemestrige Aufenthalt auf oberdeutschem Sprachgebiet mir Niederdeutschem bei meinen historisch grammatischen Sprachstudien zugute gekommen. Gerade der historischen Grammatik habe ich seit meinen ersten Semestern warmen Anteil geschenkt, angeregt in Tübingen durch einführende Vorlesungen in das Gotische, Althochdeutsche u.s.w., gefördert in Berlin und Marburg durch mehr ins einzelne gehende Collegs und nicht zum wenigsten durch die Kenntnis verschiedener germanischer Dialekte, unter denen ich das Plattdeutsche immer zu schätzen gewusst habe.“¹

Präzise beschrieb Bruno Peyn, wie er seine sprach- und literaturwissenschaftlichen Studien aufbaute. Eigenwillig dabei der Bezug zur Pädagogik: „Meinem späteren Beruf, dem Lehrerberuf, kam ich in meinem fünften und sechsten Semester näher. Die heilsame Wirkung unseres deutschen Turnens habe ich nie verkannt und von meinem ersten Semester an mir in allwöchentlichen Turnstunden selbst erfahren. Mit Freuden beteiligte ich mich darum, sobald sich mir Gelegenheit dazu bot, in Berlin an der Landesturnanstalt an dem zum ersten Male abgehaltenen sechswöchentlichen Kursus für Spiele und volkstümliche Übungen, mit dem methodische Anweisungen und Lehrübungen reichlich verbunden waren. In meinem sechsten Semester, meinem ersten Marburger, beteiligte ich mich an dem fünfmonatlichen Turnlehrerkursus, der wöchentlich neben praktischen Turnstunden, Turngeschichtsstunden u.s.w. zwei Stunden Methodik und drei Lehrerübungen vorschrieb. Auf Grund des Berliner Spielkursus meines fünften Semesters und des Turnlehrerkursus meines sechsten bestand ich vom 13. bis 16. März 1909 in Marburg mein Turnlehrerexamen.“²

Peyn absolvierte das praktische Jahr (Referendariat) am Realgymnasium des Johanneums in Hamburg von Juni 1911 bis Juni 1912. Das Probejahr dann ebenfalls dort und an der damaligen Realschule in der Bogenstraße.

Anschließend wurde Bruno Peyn vom 1.10.1913 bis 2.8.1914 militärisch ausgebildet („Friedensdienst“), um anschließend in den Krieg zu ziehen (bis zum 15.12.1918). Während er im französischen Schützengraben (Artois) lag, wurde er am 1.2.1915 als Oberlehrer an der Realschule an der Bogenstraße (später Bismarck-Gymnasium) fest angestellt. Peyn schrieb unter der Adresse: Schützengraben vor Autherville bei Albert: „Ich danke der Oberschulbehörde für das mir durch die Anstellung erwiesene Wohlwollen, obgleich ich, vorm Feinde liegend, in absehbarer Zeit im hamburgischen Schuldienst nicht werde wirken können.“³

Peyn sandte am 8.2.1918 einen Feldpostbrief an den Schulleiter der Realschule an der Bogenstraße, den er adressierte an „Herrn Hauptmann Dir. Prof. Dr. Lorenz“ und macht einige Angaben zu seinem militärischen Status „in der wenig beneidenswerten Lage im flandrischen Sumpfkampfgebiet“, da „in Bälde wieder eine Mitteilung des Oberlehrervereins erfolgen soll“. Peyn fungierte mittlerweile als „Kompanieführer eines württembergischen Infanterie-Regiments, Leutnant und zugleich Unterrichtsoffizier meines Bataillons und habe so Gelegenheit, vor langem einmal geübte Lehrertätigkeit wieder aufzufrischen“. Peyn war zweimal verwundet worden und zählte alle Kriegsauszeichnungen auf (u. a. EK I und EK II), kündigte aber auch an, er wolle sich im April 1918 mit Maria Pomp vermählen, die er in Tübingen als Pharmaziestudentin kennengelernt hatte. Und: „Damit ist in mir, dem es früher nicht auf etwas mehr oder weniger Kriegsgeschrei ankam, nun vollkommen

eine Wandlung, die auf den Frieden zielt, eingetreten.“ Stellungskämpfe in Sumpfgeländen entromantisierten.

Zurück im Frieden, der von Offizieren wie Bruno Peyn in der Regel als Schand angesehen wurde, besiegelt durch das „Versailler Diktat“, arbeitete Bruno Peyn an der Oberrealschule an der Bogenstraße und befreundete sich mit Walter Behne, ebenfalls Oberlehrer für Deutsch und Geschichte. Später, als die Arbeit an der Schule und das Wirken dieser beiden Brüder im Geiste aufgearbeitet wurde, stellte man fest, dass Behne und Peyn an ihrer Schule „gewütet“ hätten „und das Kollegium der Bismarck-Oberschule terrorisierten“.⁴



Bruno Peyn mit seiner Klasse, 1927

Wobei Peyns Hauptaktivitäten immer dem Niederdeutschen galten. Er verschrieb sich der Niederdeutschen Bühne, war eng befreundet mit Richard Ohnsorg, wurde Autor, Dramaturg, Schauspieler und Intendant von plattdeutschen Bühnenstücken, ein gefeiertes Engagement, das das „tausendjährige Reich“ überdauerte. Die Frage war, wieviel Zeit und Augenmerk für die Schularbeit blieb?

Deutsch-Kollege und Freund an der Bogenstraße, Walter Behne, war 1931 schon Mitglied der NSDAP und des NSLB geworden, später auch aktiv in der SA. Peyn tat es ihm gleich und wurde am 25.2.1933 Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer: 2726139). Vorher war er bereits in der SA tätig geworden.⁵

Als Behne nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten Oberschulrat für die höheren Schulen wurde, vollzog auch Bruno Peyn einen Karriereschritt. Er wurde zum Schulleiter an der Oberrealschule vor dem Holstentor gemacht. Mit

der Ernennung Bruno Peyns „wurde die als betont liberal bekannte Schule mit der neuen autoritären Schulverwaltung äußerlich gleichgeschaltet. Daß es auch innerlich geschehen müsse, darüber hat Dr. Peyn keinen Zweifel gelassen, als er erklärte, daß die Schule ein Organ des nationalsozialistischen Staates sei, der ihr nach seinen erzieherischen Bedürfnissen und staatspolitischen Zwecken Richtung, Ziel und Inhalt geben müsse, und hinzufügte, daß sie sich nun in ihrer stillen Arbeit als Bildungsmittel für den Intellekt, als Erziehungsmittel für den Willen, als Bindemittel für eine neue völkische Gemeinschaft bewähren müsse, in der jedem Glied die Pflicht zur selbstbeherrschten Einordnung unter die Zwecke der Gesamtheit auferlegt sei.“⁶



Bruno Peyn (2. v.l.) neben seinem Kollegen und Freund Walter Behne (1. v.l.) in der 2. Reihe, Oberrealschule an der Bogenstraße, Ende der 1920er Jahre

Kurz nach seiner Berufung zum Schulleiter schrieb Peyn den Leitartikel zum 60jährigen Jubiläum der Schule im Oktober 1933, der darin mündete: „Unseren Kindern wieder ein Vaterland zu geben, war das redliche Bemühen der Besten unseres Volkes; diesem Vaterlande hinfort unbeirrbarer Träger des neuen großen Gedankenguts nationalsozialistischer Weltanschauung zu geben, muß das Ziel unserer Schulmannsarbeit sein. Die Thaer-Oberrealschule vor dem Holstentore wird mithelfen und damit weiter wirken im Geist eines Albrecht Thaer! Heil Hitler! Dr. Bruno Peyn, Schulleiter.“⁷

Peyn fand Gefallen an der gesteigerten Aufmerksamkeit. So kam er schnell in Kontakt mit den Führern von Staat und Partei. Der neue Bürgermeister, Carl Vincent Krogmann, empfing ihn mehrfach im Hamburger Rathaus. Im Januar 1935 waren Richard Ohnsorg und Bruno Peyn bei Krogmann, vorbereitet wurde ein Vortrag Peyns zum Thema: „Die Aufgabe des niederdeutschen Theaters im hambur-

gischen Kulturleben“. Krogmann notierte in seinem Tagebuch: „Die Unterhaltung war sehr anregend.“⁸

Zwischen 1933 und 1939 war Peyn ständig unterwegs. In seiner Personalakte sind allein 15 Dienst-Freistellungen für Tagungen und Schulungslehrgänge der Reichsschrifttumskammer enthalten, für die Peyn in Hamburg die organisatorische und inhaltliche Verantwortung hatte oder als Referent agierte. Zum Teil wurde er beauftragt von Oberschulrat Walter Behne oder Senator von Allwörden.⁹ Nach Peynschem Geschmack waren die Veranstaltungen Mischungen aus Arbeitstagung und Dichterlesung. Bei der Arbeitstagung auf Hof Thansen vom 24. bis 27.8.1935 begann der Tag mit Wecken um 6:30 Uhr, danach 7:00 Uhr Frühmarsch im Gelände, dann Frühstück und Arbeitstagung. Unter den Referenten fiel SS-Obersturmführer Dr. Walter Best, Köln, auf. Thema: Das Werk der Tragödie im völkischen Ringen. Teilnehmer waren übrigens auch Hermann Claudius und Rudolf Kinau.¹⁰

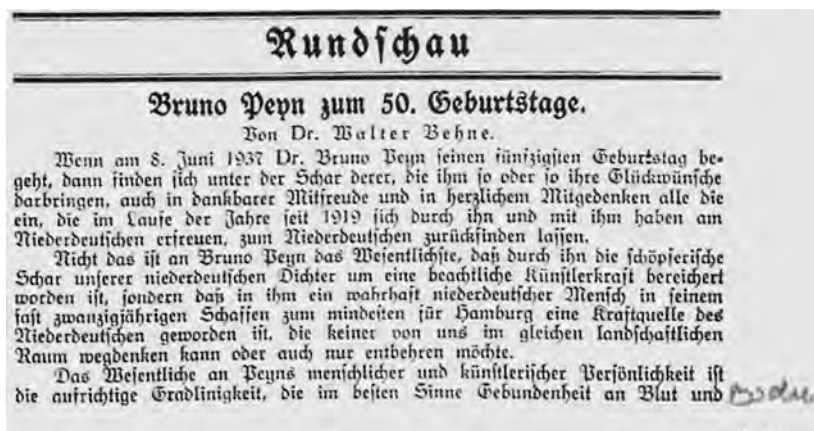
In Hamburg war Peyn schon 1933 initiativ auf kulturpolitischem Gebiet und auch in Hinblick auf die Umgestaltung des Unterrichts an den Schulen Hamburgs war er aktiv geworden. Die Hamburger Schulverwaltung hatte wenige Monate nach der Machtübertragung die Umgestaltung der Unterrichtsziele formuliert: Es gelte „an der Wasserkante Menschen zu erziehen von nordischer Artung und deutscher Volkheit, von hansischem Wagemut und festem Gottesglauben, völkische Menschen, die nicht nur blutmäßig und bodenständig, sondern auch seelisch und geistig in Familie und Heimat festwurzeln und hineinwachsen in Leben, Geschichte, Kultur und Landschaft der deutschen Volksgemeinschaft, politische Menschen, die als ausgreifende Kämpfer in Führung, Gefolgschaft und Kameradschaft, als lebensstüchtige Arbeiter im Lager, Beruf und Stand das Dritte Reich tatenfroh vorantragen.“¹¹ Im Kontext damit hatte der neue Leiter der Hamburger Volkshochschule, Heinrich Haselmayer, im Sommer 1933 Kurse ins Programm genommen, die zum Geschichtsunterricht und zur Kulturpolitik für Lehrer gedacht waren. Hier hatte Haselmayer ein Netzwerk glühender Nationalsozialisten aufgeboten, die allesamt in diesem Buch porträtiert werden. Peyn referierte zum Thema: „Das Niederdeutsche und seine Literatur“. Die anderen Dozenten waren unter anderem: Walter Behne, Albert Henze, Theodor Mühe und Hans Rösch, allesamt hochaktive Nationalsozialisten in Schulverwaltung und Schule.¹²

Parallel dazu fand eine Vortragsreihe von Erwin Zindler statt, dem neu ernannten Schulleiter der bis 1933 reformpädagogisch aktiven Lichtwarkschule, der unter dem Motto: „Erziehung zur Deutschheit“ zu folgenden Themen referierte: „Maß und Anmaßung in der alten Lichtwarkschule“, „Geschichte, deutsch empfunden“, „Weltanschauungswandel“, „Nationalsozialismus als deutsche Sendung“, „Kunst deutscher Art, vornehmlich im Schrifttum“ und „das deutsche Nibelungenlied als Ausdruck der Deutschheit“.¹³

Zindler war es auch, der in eine Kommission berufen wurde, der Walter Machleidt (neuer Schulleiter der Hansa-Oberrealschule in Bergedorf), Otto Ludwig (Lehrer und später Leiter der Luisen-Schule in Bergedorf), Alexander Strempele (Lehrer an der Oberrealschule Eimsbüttel) und Bruno Peyn angehörten. Die Kommission hieß „Kommission zur Überprüfung der Schülerbüchereien an den höheren Schulen Hamburgs“. Schon im Mai 1933 legte die Fünfergruppe einen Bericht vor. Darin enthalten waren zwei Listen. Liste A benannte 114 Autoren und Herausgeber, deren Bücher vernichtet, aussortiert und „in nächster Zeit öffentlich verbrannt werden sollten“, weil sie „politisch oder völkisch, sittlich oder gesellschaftlich zersetzend wirken könnten“. Die zweite Liste, Liste B, enthielt Namen von Autoren, deren Bücher „dem freien Zugang von Schülern entzogen werden sollte“.¹⁴

Zum 50. Geburtstag, am 8. Juni 1937, erfuhr Bruno Peyn eine Würdigung durch seinen Freund Walter Behne in den „Mitteilungen aus dem Quickborn“.

Behne schrieb: „Nicht das ist an Bruno Peyn das Wesentlichste, daß durch ihn die schöpferische Schar unserer niederdeutschen Dichter um eine beachtliche Künstlerkraft bereichert worden ist, sondern daß in ihm ein wahrhaft niederdeutscher Mensch in seinem fast zwanzigjährigen Schaffen zum mindesten für Hamburg eine Kraftquelle des Niederdeutschen geworden ist, die keiner von uns im gleichen landschaftlichen Raum wegdenken kann oder auch nur entbehren möchte. Das Wesentliche an Peyns menschlicher und künstlerischer Persönlichkeit ist die aufrichtige Gradlinigkeit, die im besten Sinne Gebundenheit an Blut und Boden.“¹⁵



Ein Freund würdigt Peyn in den Mitteilungen aus dem Quickborn

Peyns Vater und Großvater seien Lotsenkapitäne in Cuxhaven gewesen (Peyn selbst hatte in seinem Lebenslauf von seinem Vater als Buchführer und Kassierer bei der Lotsinspektion geschrieben). Und weiter schweigt Oberschulrat Behne: „Altes Seemannsblut lockte den jungen Menschen immer wieder in die Weite und

in Gefahren. Alles Erleben fand im elterlichen Hause, wo auch noch die Großeltern mitlebten, sprachlichen Ausdruck im Plattdeutschen. Plattdeutsch war auch die Umgangssprache unter den Mitschülern. So hat Peyn aus seinem Elternhause, aus seiner Heimat die Gaben mit auf den Lebensweg als gute Erbanlage bekommen, aus denen und mit denen der Mann sein Werk gestaltet hat.“¹⁶

Blut und Boden, gute Erbanlage, daran wird noch zu denken sein, wenn die Ereignisse des Jahres 1943 zu beleuchten sind.

Noch aber war die Welt von Bruno Peyn und Walter Behne in Ordnung und Freund Behne schrieb weiter: „So formte der Krieg mit seinem bis zu den letzten Entscheidungen fordernden Einsatz am Menschen und Künstler Peyn. Deutschland, Vaterland, Heimat – diese drei wurden seine selbstverständliche Mannesliebe. Echtheit, Sauberkeit, Bekennermut waren und blieben die Grundlagen seines Schaffens.“ Behne beschreibt Peyn als „echten Mann, der niemals des äußeren Erfolges wegen von seiner inneren Haltung als kämpferischer Mensch für die Größe seiner Heimat und seines Vaterlandes abgewichen ist. Leicht ist ihm dabei in der Systemzeit sein Weg selbstverständlich nicht gemacht worden.“¹⁷

Zum Ausdruck kam dies, nachdem Peyn 1919 sein erstes niederdeutsches Stück geschrieben hatte: „Düütsche Noot“. Behne wusste zu berichten: „Als dies Stück 1923 im Altonaer Stadttheater zur Aufführung kam, sollte es während einer ganzen Woche gegeben werden. Aber bei der ersten Aufführung erhoben sich die Anwesenden, mitgerissen von dem Inhalt, und stimmten das Deutschlandlied an. Darauf wurde dies Werk vom Spielplan wegen ‚anderer‘ Verpflichtungen seitens der Leitung des Altonaer Stadttheaters abgesetzt. Selbstverständlich hatte sich Peyn durch diese seine Haltung die Gunst mancher damals tonangebender Menschen verscherzt. Aber ‚nach dem Gesetz, wonach du angetreten‘ – ging Peyn seinen Weg unbeirrt weiter.“ Ziel seines Schaffens: „Immer will Peyn seine deutschen Volksgenossen aus dem Wirkungskreis heraus, der ihm als Mensch und Künstler gesetzt ist, herausreißen aus der Entwurzelung und zurückführen zur Bodenständigkeit, zu deutschem Menschen- und Heldentum.“

Behne dankte dem unermüdlich Schaffenden und flocht als Oberschulrat für die höheren Schulen fast alibimäßig ein: „Wenn ihn auch seine Stellung als Schulleiter der Thaer-Oberrealschule genügend in Anspruch nimmt.“¹⁸ Gedacht war: „ihm genügend Zeit dafür lässt“.

Der Mann, dem es nach eigener Aussage „früher nicht auf etwas mehr oder weniger Kriegsgeschrei ankam“, wurde am 22.6.1940 wieder zum Kriegsdienst gerufen. Im November 1940 wurde er zum Oberleutnant und am 1.6.1941 zum Hauptmann befördert. Bis zu seiner Entlassung aus dem Heeresdienst war Peyn Leiter der

Passierscheinstelle Moulins, eigentlich eine eher gemütliche Besatzeraufgabe, wie man denken könnte.¹⁹

Die Wende im Leben des wortgewaltigen Blut- und Boden-Nationalsozialisten Bruno Peyn wurde aber 1937 eingeläutet. Bruno Peyn musste, wie alle anderen erwachsenen Deutschen, mit Aufforderung vom 1.7.1937 den „Ariernachweis“ für sich und seine Ehefrau einreichen. In diesem Zusammenhang wurde Peyn der versuchten Fälschung der Kirchenbücher in Ritzebüttel überführt. Der Schulleiter und Schriftsteller, für den Blut und Boden eine so große Bedeutung besaßen, dessen Freund Walter Behne die Peynschen Erbanlagen rühmte, hatte feststellen müssen, mütterlicherseits von jüdischem Blut zu sein. Dies wurde aber erst 1943 zu einem Problem.

Von der Staatsanwaltschaft vernommen, äußerte sich Bruno Peyn am 12.3. 1943 zum Vorwurf der Urkundenvernichtung. Das Protokoll der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Stade hielt die Aussage Peyns wörtlich fest und soll als Grundlage für das weitere Verfahren wiedergegeben werden:

„Ich bin in meinem Elternhause groß geworden, in dem seit frühesten Kindheitstagen meine Großmutter, Frau Bäckermeister Jackerott, uns Kinder betreute. Sie war eine außerordentlich kinderliebe Frau, der wir in ihrer Liebe viel zu verdanken haben. Es ist auch nie mit einem Wort uns Kindern gegenüber angedeutet worden, daß sie nicht die legitime Mutter meiner Mutter gewesen sei. Sie starb im Jahre 1912 oder 1913. Auch bei ihrem Tode und bei ihrer Beerdigung, zu der ich von Hamburg nach Cuxhaven fuhr, wurde von den Eltern uns Kindern kein Aufschluss gegeben. Nach dem ersten Weltkriege begann ich bereits 1919 und 1920 mit einer Art Ahnenforschung, zu der ich wiederholt das Staatsarchiv in Hamburg aufsuchte. Ich habe damals aus den Döser und Grodener Kirchenbüchern geschöpft, und zwar alles, was die Peyns und die Jackerotts anging. So hatte ich 1933, als Ahnenforschung zu einer amtlichen Einrichtung wurde, vieles schon vorliegen, was ich nur zu ergänzen brauchte, so wie allerdings Mußstunden es zuließen. Es mag die Nachforschung manches Mal jahrelang geruht haben, dann ging ich aber 1936/37 noch einmal ernstlich an die Sache heran, um auch meine Papiere in Ordnung zu bringen. Meine Mutter hat nun unter größter Kümmernis und vielen Tränen uns endlich Aufschluss über ihre Herkunft gegeben. So mußte ich dann plötzlich erfahren, daß die von mir seit langem liebevoll nachgegangene Ahnenreihe Jackerott gegenstandslos wurde, stattdessen eine Familie Goldenstein mich interessieren sollte. Auf meine Frage an meine Mutter, ob ich Verdacht haben müsse, daß sie durch dieses Herkommen irgendwie jüdisches Blut in sich habe, wurde mir eine bestimmte, dies zurückweisende Äußerung zuteil, so daß ich der bestimmten Annahme sein durfte, daß nichts derartiges in Frage kam. Wenn meine Mutter ihr Herkommen uns Kindern verschwiegen hatte, so schien mir jetzt der wesentliche Grund zu sein,

daß sie unehelichen Herkommens war, worin diese alte Frau uns Kindern gegenüber, die wir mittlerweile was geworden waren, einen Makel glaubte bestätigen zu müssen. War ich 1937 unter ganz anderen Voraussetzungen nach Cuxhaven gefahren, um mir amtliche Bescheinigungen meiner Abstammung zu besorgen, so erkannte ich jetzt, daß mir bei Einsichtnahme in die Ritzebüttler Kirchenbücher freie Hand gelassen war, zu meiner großen Bestürzung, daß die Erklärung meiner Mutter in Bezug auf ihre Abstammung, wenn auch sicherlich im besten Glauben, so doch irrig gewesen war. Diese für mich neuen Namen, die ich jetzt mit meinen eigenen Augen sah, schlugen mich mit ihrem Pincus und Michael wie mit einem Hohnlachen ins Gesicht. Die altersblasse Tinte gab rasch nach, daß mir diese Fratzen nicht mehr entgegenstarren konnten. Das Ganze war Wahnsinn, weil ich ja wusste, daß ein Duplikat vorhanden war und mit einem raschen Finger nichts aus den Akten zu wischen war. Es handelte sich um meinen Urgroßvater, den ich also als Volljuden erkennen musste. Ich erkläre, daß ich mich bei der da notwendig werdenden Verwendung beglaubigter Papiere nur eines Materials bedient habe, daß authentisch ist und nicht irgendwie gefälscht ist. Ich bin ohne Absicht an die Bücher herangegangen, was schon daraus klar ersichtlich ist, daß ich tags vorher bei meiner Mitschüler, Pastor Roth in Döse, eine außerordentlich penible Behandlung erfuhr und in Ritzebüttel, wo ich den Pastor Schmidt erst kennen lernte, gar nichts anderes erwarten konnte. Ich hatte mich also nicht irgendwie für diese Dinge präpariert, was das unzulängliche Verwischen auch bestätigt. Wenn ich es mir heute überlege, war, was ich in einer gewissen Schockwirkung tat, gänzlich unüberlegt; ich war in diesem Augenblick aber sicher nicht Herr meiner selbst, meiner tief betroffenen Gefühle und konnte in ihnen keinen abwägenden Überlegungen Raum geben. Daß ich bei ruhigem Nachdenken mir dessen bewusst war, eine Fälschung begangen zu haben, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen. Wenn ich zunächst geschwiegen und beharrlich geschwiegen habe, so nicht in Rücksichtsname auf meine Person, sondern auf Pastor Schmidt, den ich vor einem Verfahren von Seiten seiner Kirchenbehörde bewahren wollte. Ich kann heute nicht mehr sagen, ob ich die verwischten Stellen extra angefeuchtet habe oder ob meine Finger infolge der durchlebten Aufregungen sowie der Jahreszeit entsprechend feucht waren. Irgendwelche Instrumente habe ich nicht benutzt.“²⁰

Der Oberstaatsanwalt in Stade stellte in seiner Verfügung vom 23.3.1943 fest, dass die „Rasuren“ in den Kirchenbüchern strafrechtlich nicht weiter zu verfolgen seien, da bereits verjährt. „Der Beschuldigte Dr. Peyn ist jedoch weiterhin des Betruges verdächtigt, begangen dadurch, daß er in Kenntnis der jüdischen Abstammung seiner Mutter zum Nachweis seiner arischen Abstammung eine Ahnenstafel mit von ihm selbst oder von seinem Geschäftsführer Hollatz beglaubigten Urkunden

einreichte, in denen seine Mutter nicht als uneheliche Tochter der Halbjüdin Dorothea Louise Goldenstein, sondern als eheliche Tochter ihrer Adoptiveltern Jackerott erscheint und demnach als Urgroßvater mütterlicherseits statt des getauften Volljuden Michael Goldstein der arische Schneidermeister Matthias Erasmus Jackerott, der Vater des Adoptivvaters seiner Mutter.“²¹

Im Detail soll die staatsanwaltliche Stellungnahme nicht nachgezeichnet werden. Absehbar war jedenfalls, dass trotz Verjähmung der „Rasur“, des „Verwischens“ der Kirchenbücher, alles eine dienstrechtliche Konsequenz haben würde. Bemerkenswert war, dass es unterschiedliche Haltungen zu Peyns peinlicher Aktion im Affekt gab. Pastor Schmidt, den Peyn in Ritzebüttel „erst kennengelernt“ haben wollte, der aber tatsächlich ein Jugendfreund war, der im Hause Peyn ein- und ausging, stand „solidarisch“, unterstützend und vertuschend an Peyns Seite. Aufgedeckt wurde die Angelegenheit durch den Lehrer Walter Höpcke, Heimat- und Sippenforscher, der mit geradezu kriminalistischer Energie den Betrug Peyns entdeckte und zur Anzeige brachte. Höpcke erklärte auf Befragen: „Daß die Mutter des Beschuldigten Dr. Peyn jüdischer Abstammung ist, weiß ich seit vielen Jahren als Gerücht von meinen Eltern, die beide alteingesessenen Familien angehören. Diese haben nicht anders von ihr gesprochen als von der Goldenstein. Sie sprachen öfters davon, weil meine Mutter kurz vor ihrer Verheiratung zusammen mit ihrer Mutter bei Peyns gewohnt hat. Ich habe aber auch von verschiedenen anderen Seiten im Verlaufe meiner Praxis als Sippenforscher dasselbe Gerücht gehört. Ich bin dann schon vor längerer Zeit beim Durcharbeiten der Ritzebüttler Kirchenbücher wiederholt auf die in Rede stehende Judentaufe Goldenstein gestoßen. Da sie die einzige Judentaufe in den hiesigen Kirchenbüchern ist, die ich bisher kenne, und wir Berufssippenforscher von unserem Verband angehalten werden, solche Judentaufen zu melden, hat sie mich interessiert und ich habe sie mir auch wohl gelegentlich abgeschrieben.“²²

Höpcke war offenbar kein fanatischer Nazi. Wie seine Personalakte ausweist, war er allerdings 1937 in die NSDAP eingetreten, und war nach seiner Pensionierung lange Zeit Leiter des Staatsarchivs in Cuxhaven gewesen. Höpcke wies akribisch nach, dass Peyn offenbar schon von Beginn an über die jüdische Herkunft seiner Großmutter informiert gewesen sein musste. Höpcke ging bei der Vernehmung so weit, ein vorsätzliches Handeln zu unterstellen: „Ich halte es für unmöglich, daß man mit einem nassen Finger die altersblasse Tinte so wegwischen kann, wie Dr. Peyn es getan hat. Ich habe als Lehrer oft genug festgestellt, ob ein Schüler seine Arbeit morgens in der Schule oder am Tage zuvor zu Hause gemacht hat. Im ersteren Falle kann man die Schrift mit einem nassen Finger wegwischen, im zweiten Falle aber schon nicht mehr. Die Tinte der früheren Zeit ist bedeutend beständiger gewesen, als die heutige Tinte. Das alte Döser Kirchenbuch hat die Weihnachtsflut

von 1717 mitgemacht und hat im Wasser geschwommen. Trotzdem ist nicht eine Stelle darin, die so vollkommen ausgelöscht ist, wie die von Dr. Peyn verwischten Stellen im Kirchenbuch Ritzebüttel. Ich selbst glaube, daß Dr. Peyn ein chemisches Hilfsmittel benutzt hat und eventuell die Tat selbst schon zu Hause vorbereitete. Ob ein chemisches Hilfsmittel benutzt wurde ließe sich durch eine Untersuchung der fraglichen Stellen auch jetzt noch feststellen.“²³

Ich frage mich: Warum musste dieser Heimat- und Sippenforscher in dieser Sache so hartnäckig sein und in dieser Weise auftrumpfen? Warum hatte er seine Erkenntnisse zur Anzeige gebracht und den ihm bekannten Bruno Peyn nicht vorher damit konfrontiert? Wobei das Hauptproblem natürlich nicht die Anzeige oder Denunziation durch einen Sippen- und Heimatforscher war sondern die Naziideologie der „Herrenmenschen“, die jüdisches Blut und jüdische Herkunft als „artfremd“ und minderwertig verdammten und verfolgten.

Jedenfalls zeigte sich Hamburgs NS-Apparat alarmiert. Der zwischenzeitliche Senator für die Schulverwaltung, Friedrich Offerdinger, teilte am 1.4.1943 mit, dass Bruno Peyn aus seinem Amt als Schulleiter beurlaubt werde. Das Zentralbüro von Reichsstatthalter Karl Kaufmann meldete am 19.4.1943 dem Reichspropagandaamt Hamburg und der Verwaltung für Kunst und Kulturangelegenheiten, dass Peyn wegen „Vernichtung von Urkunden“ festgenommen worden sei und ein Verfahren gegen ihn laufe.²⁴

Danach wurde Obersenatsrat Edens beauftragt, eine Untersuchung zur Vorbereitung eines Verfahrens vor der Dienststrafkammer vorzubereiten. Aus den etwa 100 Seiten Ermittlungen sollen nur die wichtigsten Aussagen und Stellungnahmen beleuchtet werden.

Der Leiter des Reichspropagandaamtes Hamburg und Nachfolger Peyns als Leiter der Reichsschrifttumskammer Hamburg, Hans Rodde, sagte: „Wenn bekannt gewesen wäre, daß er nicht rein deutschblütiger Abstammung ist, so wäre er überhaupt niemals zum Landesleiter bestellt worden.“ Ansonsten sprach er sehr positiv über Bruno Peyn: „Er war stets einsatzbereit, verantwortungsbewusst und hat sein Amt in jeder Weise einwandfrei versehen. Er war kameradschaftlich und hilfsbereit. Ich habe in keiner Weise irgendetwas Ungünstiges über ihn zu sagen.“²⁵

Interessant war auch die Aussage von Hauptmann Witt vom 18.12.1943, einem ehemaligen Schüler Bruno Peyns. Peyn war von 1919 bis 1927, also während der Weimarer Republik, Klassenlehrer von Witt an der Oberrealschule in der Bogenstraße gewesen. Dieser schrieb an Oberschulrat Karl Züge, der damals langjähriger Schulleiter an dieser Schule gewesen war: „Herr Dr. Peyn hat uns Schüler stets in einem betont nationalen Sinne erzogen, und zwar nicht reaktionärnational, sondern im Sinne der heutigen nationalsozialistischen Weltanschauung. Viele Schüler

sind stets sehr glücklich darüber gewesen, einen solchen Erzieher als unseren Klassenlehrer zu besitzen, war es doch in den Jahren 1919–1927 nicht ganz einfach, sich in dieser Weise als Staatsbeamter festzulegen. Es war uns Schülern auch bekannt, daß die nationalsozialistische Art des Auftretens von Herrn Dr. Peyn mehrfach zu Reibungen mit anderen Herren des Lehrer-Kollegiums führte, und daß Sie, sehr verehrter Herr Oberschulrat, als Schulleiter damals schon die Arbeit des Dr. Peyn im nationalsozialistischen Sinne förderten und unterstützten.“²⁶

Und weiter schrieb der ehemalige Schüler Witt: „Umso mehr schlossen wir Schüler uns um unseren Klassenlehrer als einen Bannerträger der neuen Zeit zusammen. Wie stolz waren wir, wenn Dr. Peyn aus Anlaß nationaler Gedenktage in unserer Aula die Schulgemeinschaft mitriß; wie waren wir ihm dankbar, wenn er im Deutsch- und Geschichtsunterricht trotz des damaligen nationalen Niederganges uns Schülern den festen Glauben, geboren aus der Größe unserer nationalen Vergangenheit an ein neues besseres Deutschland mitgab.“ Und Witt, der sich als überzeugter Parteigenosse und Frontsoldat des Zweiten Weltkriegs bezeichnete, hielt es für richtig, „daß es im Hinblick auf die Persönlichkeit und die großen Verdienste Dr. Peyns gerade auf dem Gebiet der nationalsozialistischen Erziehung richtiger ist, das Augenmerk auf die sieben arischen Großeltern als auf den einen nichtarischen zu lenken.“ Er wende sich ausdrücklich an Karl Züge, denn: „Ich bin davon überzeugt, daß Sie, verehrter Herr Oberschulrat, der Sie unserer Schule lange vor der Machtübernahme den jungen nationalen Impuls gaben, meine Ausführungen bestätigen werden.“

Als Peyn nach 1945 um seine Entnazifizierung kämpfte, gab er drei Leumundszeugen an, einer davon war „Amtsgerichtsrat E. L. Witt, Hamburg, Johnsallee 69, heute als Jugendrichter eingesetzt“.²⁷ Es ist anzunehmen, daß es sich bei diesem Zeugen um den ehemaligen Hauptmann Witt handelte, den „überzeugten Parteigenossen und Frontsoldaten“. Nun passte es besser, als Amtsgerichtsrat zu firmieren. Andere Zeiten, anderes Gewand.

Dann gab es noch die Aussage von Schulrat Dietrich Ossenbrügge, der von 1899 bis 1933 in Cuxhaven gewohnt hatte und dort als Lehrer tätig gewesen ist. Schulrat Ossenbrügge erklärte: „Der Beschuldigte ist mir seit etwa 1900 bekannt. Ich habe auch niemals aus der Bevölkerung etwas gehört, daß irgendwelche Zweifel in Bezug auf die arische Abstammung der Frau Peyn geäußert worden sind. Ich bemerke hierzu, daß ich im Jahre 1899 Mitglied der antisemitischen Partei geworden bin. 1905 wurde ich Vorsitzender der Gruppe Cuxhaven und Umgegend. Bis zum Übergang der antisemitischen Partei in die deutschnationale Volkspartei im Jahre 1918 bin ich Vorsitzender dieser Gruppe gewesen. Wenn irgendwelche Zweifel an der arischen Abstammung der Mutter des Beschuldigten in der Bevölkerung

Cuxhavens laut geworden oder sonst irgendwelche Anzeichen in dieser Beziehung aufgedeckt worden wären, so hätte ich sicher hiervon Kenntnis erhalten.“²⁸

Und zu guter Letzt gab es auch noch ein Gutachten von Peyns Intimus, Oberschulrat Walter Behne. Zur Auswahl Peyns als Schulleiter der Oberrealschule vor dem Holstentor erklärte Behne: Peyn habe als Behnes Lehrerkollege an der Oberrealschule Bogenstraße „sowohl im Unterricht wie im Verkehr mit seinen Kollegen stets eine aufrechte politische und pädagogische Haltung gezeigt, die ihn als eine Führerpersönlichkeit erscheinen ließ“. Zur Schulleitertätigkeit Peyns stellte Behne fest: „Dr. P war aufgrund seiner Persönlichkeit für diese Schulleitung ausersehen, um den starken Einbruch des Liberalismus und Marxismus, der sich an dieser höheren Schule sehr stark bemerkbar gemacht hatte, zu beseitigen. Er ist der ihm gestellten politischen und pädagogischen Aufgabe bis zum Jahre 1940, als er zur Wehrmacht einberufen wurde, in jeder Beziehung gerecht geworden. Es gelang ihm, der Schule ein nationalsozialistisches Gepräge zu geben und sie aufgrund seiner politischen und pädagogischen und künstlerischen Haltung wieder auf eine beachtliche Höhe zu bringen, sodaß die Schulverwaltung keine Bedenken hatte, ihn 1937 an dieser Anstalt zum Oberstudiendirektor zu ernennen.“²⁹

Auch die weiteren Ausführungen Bruno Peyns waren aufschlussreich. Er kämpfte dafür, Mitglied der NS-Bewegung bleiben zu können. Und seine Argumente würden noch einmal Relevanz haben, wenn es 18 Monate später darum ging, entnazifiziert zu werden.

Peyn führte aus, sich „immer in selbstloser Weise in völkischem und nationalem Sinne eingesetzt“ zu haben. Seine nationalsozialistische Sozialisation beschrieb er so: „Dennoch darf ich von mir behaupten, dass auch meine politische Haltung stets gradlinig war, so wenn ich nach meiner Rückkehr aus dem Weltkriege deutschnational, seit 1929 – damals erstmalig in Blankenese zum preußischen Landtag – nationalsozialistisch wählte. Ich habe nach dem Kriege der Einwohnerwehr bis zu ihrer Auflösung angehört; als ich 1933 auf meine Meldung zu einer Übung in der Wehrmacht den Bescheid erhielt, in Hinblick auf mein Alter über 45 Jahre das Weitere abzuwarten, meldete ich mich zur S.A., in der ich mich vom Sturmmann zum Obertruppführer hinaufdiente. Ich glaube, damit in der SA jüngeren Kameraden ein Vorbild gewesen zu sein. Dass meine Einstellung zum Nationalsozialismus schon früh an Gehalt gewann, danke ich vor allem auch meinen Besuchen in meiner Heimatstadt Cuxhaven, wo ein jüngerer Bruder bereits 1929 der Kreisleitung der NSDAP unter Morissee als Kassenverwalter angehörte und mir manchen Aufschluss über Aufbau und Programmpunkte der Partei gab. So habe ich zur Reichstagswahl im September 1930 bereits in Hamburger Bekanntenkreisen werben können, stand im Kollegium meiner Schule mit wenigen anderen vorn an

und wurde, um etwas Greifbares zu erwähnen, beispielsweise mit dem Erscheinen des Hamburger Tageblattes sein Abonnent.“³⁰

Er habe sich immer „betont völkisch und staatsbejahend“ verhalten. „Das gilt unbedingt von meinem Unterricht in den Fächern Deutsch und Geschichte, gilt aber nicht weniger für meine literarischen Arbeiten. Wenn ich die Sprache der Heimat und meiner seefahrender Gross-, Ur- und Ururgroßväter zum Ausdruck dessen wählte, was in der Folge alle niederdeutschen Bühnen im plattdeutschen Sprachraum als Volkstum gebunden darzustellen für Wert achteten, dann habe ich damit ehrlicher meinen Teil beigetragen als mancher andere deutsche Schriftsteller, der in der Systemzeit auch auf seine Weise die seelischen Kräfte des Volkes verhunzen half. Die ablehnende Kritik, wie ich sie zum Beispiel immer wieder im Hamburger Echo erfuhr, konnte für mich nur als ein ehrendes Zeugnis gelten, ebenso wie die Tatsache, dass ich mich wiederholt vor dem damaligen Hamburger Schulsenator zu verantworten hatte, weil ich in der Schule nationale Feiern veranstaltet hatte.“

Peyn wies darauf hin, dass in seiner Familie alle Kinder und Enkelkinder der Mutter eine „einwandfreie Haltung und unbestreitbar unverfängliche Erscheinungsformen“ hätten. Er schrieb: „In einer Überspitzung des Prinzips verblassen 15/16 arischen Blutes gegen 1/16 anderes. Wie beharrlich muss dies eine Sechzehntel uns gelten, wenn man danach den Menschen bemisst und bezeichnet und 15/16 seiner eigentlichen und weitüberwiegenden Art für gänzlich null und nichtig erklärt.“ Und: „So kam ich nach langem Hin- und Hererwägen immer mehr zu der Erkenntnis, dass der aus den Urkunden sprechende artfremde Bluteinfluss letztenendes innerhalb der gesamten Familie so bedeutungslos sein musste, dass er schlechterdings nicht weiter ins Gewicht fiel.“

Peyn zog die letzte Karte, wenn er die Opfer aufführte, die seine Familie für Führer, Volk und Vaterland gebracht hätte: „Meinem siebzehnjährigen Jungen machte ich im September 1939 zur Pflicht, sich kriegsfreiwillig bei der Luftwaffe zu melden. Unter 50 Bewerbern an einem Tage bestand er bei dem Ausleseverfahren mit einem Kameraden als einziger als Flugzeugführer.“ Ein Sohn, der im November 1942 vom Feindflug gegen die englisch-amerikanischen Landungstruppen vor Algier nicht zurückgekehrt war. Nicht das einzige Opfer in der Familie Peyn: „Ich bin erneut in diesem Kriege über zweieinhalb Jahre als Offizier zur Verfügung gewesen, meine Brüder stehen im Wehrmachtsdienst, die Söhne von uns dreien gingen entweder in den Tod oder verloren im Osteinsatz ihre gesunden Gliedmaßen; alle aber tragen sie für ihre heroischen Leistungen die vom Führer gestifteten Ehrenzeichen der Nation. Der von Ihnen heute noch lebt, ist Offizier und steht an besonderer Stelle.“ Und Peyn stellte die Frage: „Gelten sie nur heute, wo das Vaterland ihrer bedarf, und sind sie hernach, wenn wir wieder ‚zivil‘ sind und denken, Ausgestossene?“

Nach der Erkrankung von Obersenatsrat Edens hatte Landgerichtsdirektor Hasso von Wedel als neuer Justitiar der Schulverwaltung den Fall übernommen. Peyn wurde von den Rechtsanwälten Cammann und Schaeffer vertreten, die als weitere Zeugen zu seinen Gunsten den Schulleiter und Schriftsteller Hinrich Wriede sowie Oberschulrat Karl Züge benannten. Züge war an der Oberrealschule in der Bogenstraße der Schulleiter von Bruno Peyn und Walter Behne gewesen. „Ich kenne den Beschuldigten seit 1913. Von 1919 bis 1933 bin ich mit dem Beschuldigten an der gleichen Schule tätig gewesen. 1920 bin ich mit ihm in enge Zusammenarbeit gekommen. In unserer Schule ist der Beschuldigte die treibende Kraft bei der Bekämpfung des Marxismus gewesen. Schon vor 1933 hatte er sich zur Aufgabe gemacht, die Heldengedenkfeiern in besonders feierlicher Weise zu begehen. Die Jungen sind heute noch begeistert von diesen Feiern. Ohne jede Übertreibung kann ich sagen, daß der Beschuldigte einer unserer besten Lehrer an der Schule gewesen ist. Er hatte nur einen Fehler. Er war leicht erregt und aufbrausend.

Besonders im Geschichtsunterricht hat er den Jungen viel gegeben. Diesen Unterricht hatte er immer auf eine Zeit ausgerichtet, die Deutschland einmal wieder aufwärts führt. Als 1933 der Tag gekommen war, das neue Reich zu begrüßen, erschien nur der Beschuldigte als der dazu geeignete Mann. Er hat dann die Begrüßung in so hervorragender Weise vorgenommen, daß er nachher von der Gaupropagandastelle aufgefordert worden ist, seine Ausführungen öffentlich im Radio zu wiederholen.“ Und Karl Züge resümierte: „Ich habe Dr. Peyn als vorbildlichen deutschen Menschen mit nationaler und nachher nationalsozialistischer Gesinnung zu schätzen gelernt.“³¹

Hinrich Wriede, Peyns Nachfolger als Obmann für die Gruppe Schriftsteller in der Reichsschrifttumskammer, erklärte, dass nach den Aufnahmebedingungen der Reichsschrifttumskammer „Vierteljuden nur in Ausnahmefällen, beispielsweise bei feindlicher Einstellung gegen den heutigen Staat, von der Mitgliedschaft ausgeschlossen“ sind. Und zu Peyn sagte er: „Den Beschuldigten kenne ich sehr lange, schon aus der Zeit vor der Machtübernahme. Er hat nie das seine gesucht. Von seinen Stücken habe ich allerlei gesehen. Weil mein Gedächtnis seit meiner Krankheit sehr schlecht geworden ist, kann ich genaues über die Stücke nicht sagen. Doch kann ich soviel sagen, daß sie bodenverbunden waren und heimatverständlich wirkten.“³²

Es nützte alles nichts. Am 16.3.1944 entschied die Dienststrafkammer unter Vorsitz von Oberlandlandesgerichtspräsident Dr. Schmidt-Egk, „dass Bruno Peyn eines Dienstvergehens schuldig ist“. Peyn „wird zur Strafe der Entfernung aus dem Dienst verurteilt“. Er soll „fünf Jahre lang 75 % des erdienten Ruhegehalts und danach dessen 50 % erhalten“.³³ In der Begründung wurde der Tathergang noch einmal nüchtern dargestellt. Komprimiert hatte er den dramatischen Gehalt eines

Stoffes für ein Bühnenstück von Bruno Peyn: Peyn hatte am 1.7.1937 die Aufforderung bekommen, seinen Ariernachweis zu erbringen. Vorher hatte er lediglich die Erklärung abzugeben gehabt, ihm sei nicht bekannt, dass er von jüdischen Eltern oder Großeltern abstamme. „Er fuhr zur Beibringung des Nachweises nach Cuxhaven und bat seine dort lebende Mutter um ihre Geburtsurkunde. Unter Tränen beichtete sie ihm bei dieser Gelegenheit, daß sie die leibliche Tochter der Dorothea Goldenstein und nur die Adoptivtochter der Eheleute Jackerott sei, sie habe das bisher verschwiegen, um den Makel der unehelichen Geburt zu verdecken. Dabei übergab sie ihm ihre Taufurkunde, in welcher sie als Tochter der Dorothea Goldenstein, adoptierte Jackerott, bezeichnet ist. In der Geburtsurkunde des Beschuldigten und in der Heiratsurkunde seiner Eltern, die er beide im Besitz hatte, ist sie dagegen als Anne Jackerott aufgeführt. Als er die Mutter in Hinblick auf den Namen Goldenstein dann fragte, ob sie jüdisches Blut trage, habe sie das mit Entrüstung zurückgewiesen.“³⁴

Am nächsten Morgen „begab er sich in das Kirchenbüro der St. Martinskirche in Ritzebüttel, um dort die Urkunden über die Großmutter Goldenstein zu bekommen. Er traf den Pastor Schmidt an, den er als Nachbarskind kannte und der ihm bereitwillig die Kirchenbücher vorlegte. Im Taufregister des Jahres 1835 fand er zunächst die Taufe seiner Großmutter Dorothea Goldenstein. Deren Vater war mit Peter Hinrich Nicolaus Goldenstein, geboren in Posen, von Beruf Schneider, angegeben. Bei der Durchsicht der älteren Jahrgänge im Taufregister fand er dann im Jahrgang 1831 die Taufe des P. H. N. Goldenstein mit folgender Eintragung: Der Täufling, eheleiblicher Sohn des Israeliten Pincus Goldstein zu Schrimm oder Zrym im Großherzogtum Posen, erzogen im Judentum, führte, bis er getauft wird, den Namen Michael Goldstein. Er erhielt in der Taufe die Namen Peter Hinrich Nicolaus Goldenstein. Er ist geboren zu Zrym den 17.11.1792. Er wird nachdem er ein ganzes Jahr in Unterricht und Vorbereitung gestanden, in der Ritzebütteler Kirche am 20. Februar getauft. Ihm ist sofort beim Lesen dieser Eintragung bewußt gewesen, daß es sich bei diesem Michael Goldstein um den Vater der Großmutter Goldenstein handelt. Durch diese plötzliche Entdeckung seiner jüdischen Abstammung ist er in hohem Maße erschrocken gewesen. Seine ganze bisherige Lebenswelt sei ihm, so gibt er an, zusammengestürzt. Als dann bald darauf Pastor Schmidt den Raum verließ, ist er in dieser seelischen Stimmung zu dem plötzlichen Entschluss gekommen, die Beziehung zwischen Peter Hinrich Nicolaus Goldenstein zu Michael und Pincus Goldstein zu vertuschen. Pastor Schmidt ist etwa 10 Minuten abwesend gewesen. In dieser Zeit hat der Beschuldigte in der genannten Eintragung des Taufregisters 1831 die Worte ‚Er erhält in der Taufe den Namen Peter Hinrich Nikolaus Goldenstein. Er ist geboren zu Zrym den 17.11.1792‘ mit der angefeuchteten Fingerkuppe

unleserlich ausradiert. Dann hat er das Taufregister des Jahres 1831 aufgeschlagen und dort unter Nr. 1 folgende Eintragung gefunden: ‚Bräutigam Peter Hinrich Nikolaus Goldenstein, alias Michael Goldstein, gebürtig Zrym im Großherzogtum Posen, Alter 39 Jahr‘, Vater Pincus Goldstein. In dieser Eintragung radierte er auf die gleiche Weise folgende Worte aus: ‚alias Michael Goldstein, Pincus Goldstein‘. Außerdem radierte er, wiederum auf die gleiche Weise im Registerband der Kirchenbücher unter dem Jahre 1831 den Namen ‚Goldenstein‘ aus. Nach der Begehung dieser Tat hat er einen stundenlangen Spaziergang gemacht, um seine durch sie aufgewühlten Nerven zu beruhigen. Er ist dann nach Hamburg gefahren. Seiner vorgesetzten Dienststelle hat er von seiner Feststellung keine Kenntnis gegeben, auch nicht als er zum 1. Juli 1938 Oberstudiendirektor wurde. Er will zweimal den Entschluss gefasst haben, sich seinen Vorgesetzten anzuvertrauen; er hat aber doch den Mut dazu nicht aufgebracht.“

Durch diese Handlungen habe Peyn seine Pflichten als Beamter schuldhaft verletzt und sich eines Dienstvergehens schuldig gemacht. „Allen Volksgenossen soll er ein Vorbild treuer Pflichterfüllung und unbedingter Redlichkeit sein. Durch sein Verhalten in und außerhalb des Amtes hat er sich der Achtung und des Vertrauens, die seinem Beruf entgegengebracht werden, würdig zu zeigen, fordert das Deutsche Beamtengesetz in § 22.“

Das Urteil präziserte, was von einem Oberstudiendirektor nach dem Beamtenrecht auch in einem nationalsozialistischen Staat erwartet wurde: „Diese für das Beamtentum des nationalsozialistischen Reiches in seiner Gesamtheit geltenden Grundsätze (§ 3 des Deutschen Beamtengesetzes), gelten in ganz besonderem Maße für alle Beamten die, wie der Beschuldigte als Schulleiter und später Oberstudiendirektor, berufen sind, dem Volke in führender besonders verantwortungsvoller, andererseits aber deshalb auch besonders ehrenvoller, Staatsstellung zu dienen. Er genießt in dieser Stellung ganz besonders Achtung und Vertrauen seiner untergeordneten Beamten und darüber hinaus aller Volksgenossen und hat sich dessen durch besonders ehrenhaftes Verhalten würdig zu erweisen.“

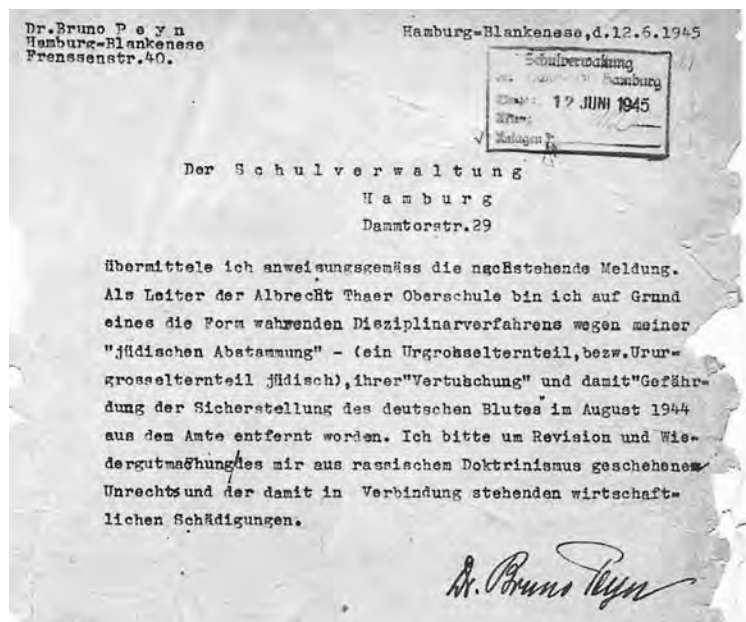
Im Urteil wurde aber auch festgestellt: „Nach den Bekundungen der Zeugen Dr. Züge, Wriede, Behne, Ossenbrügge, Rodde und Winzelmann hat er sowohl vor als auch nach der Machtübernahme nationalsozialistische Haltung und Überzeugung gezeigt. Mit besten Charaktereigenschaften, wie Bescheidenheit, Uneigennützigkeit und Kameradschaftlichkeit ausgestattet, war er seinen Schülern ein vorbildlicher Lehrer, seinen Mitarbeitern ein guter Kamerad und seinen Vorgesetzten ein pflichttreuer Untergebener. Durch sein vorbehaltloses Geständnis hat er auch im Dienststrafverfahren diese Eigenschaften bewiesen. Schließlich fällt ins Gewicht, dass er seinen Sohn auf dem Altar des Vaterlandes geopfert hat.“

Trotzdem legte Bruno Peyn Berufung gegen dieses Urteil ein. Ohne Erfolg. Am 18.7.1944 bestätigte das Reichsverwaltungsgericht, 2. Dienststrafsenat, die Entscheidung der 1. Instanz.³⁵ Im Weiteren bemühte sich Peyn um eine Weiterbeschäftigungsmöglichkeit. Am 22.6.1944 fragte die Firma Blohm & Voss bei der Schulverwaltung an, ob Peyn an der Werftberufsschule als Lehrer eingesetzt werden könne. Die Behörde lehnte ab. Am 17.7.1944 wurde Bruno Peyn dann aber als Unterrichtsleiter in der Lehrlingsausbildung der Motorenwerke Hamburg eingestellt. Am 10.8.1944 wurde er durch einstweilige Verfügung des Gauleiters Karl Kaufmann rechtskräftig aus der NSDAP ausgeschlossen.³⁶

Nachdem die NS-Herrschaft ein dreiviertel Jahr später vorüber war, wandte sich Bruno Peyn in einem Schreiben vom 12.6.1945 an die Schulverwaltung. Er wies darauf hin, dass er als Leiter der Albrecht-Thaer Oberschule „aufgrund eines die Form wahrenenden Disziplinarverfahrens wegen meiner ‚jüdischen Abstammung‘ –, ihrer ‚Vertuschung‘ und damit ‚Gefährdung der Sicherstellung des deutschen Blutes‘ im August 1944 aus dem Amte entfernt worden“ war. „Ich bitte um Revision und Wiedergutmachung des mir aus rassistischen Doktrinismus geschehenen Unrechts und der damit in Verbindung stehenden wirtschaftlichen Schädigungen.“³⁷

Wie war Bruno Peyn dieses Schreiben von der Feder gegangen?

Zwei Monate später fragte Senatsdirektor Siemssen am 24.8.1945 an, ob Peyn als stellvertretendes Vorstandsmitglied der Niederdeutschen Bühne tragbar sei?



Bruno Peyns
peinlicher Antrag

Siemssen erinnerte sich an die jahrelange Tätigkeit Peyns als Landesleiter der Reichsschrifttumskammer in Hamburg. Und Schulsenator Landahl antwortete am 7.9.1945 unter Hinweis auf Peyns NSDAP-Mitgliedschaft seit dem 25.2.1933 und seiner SA-Aktivitäten schon vor 1932, schließlich auf das Urteil der Dienststrafkammer: „Dieses Urteil dürfte auch nach dem Zusammenbruch unter den veränderten politischen Verhältnissen weiter Gültigkeit haben. Die Schulverwaltung hat einen inzwischen eingegangenen Wiedergutmachungsantrag des Dr. Peyn zurückgewiesen. Es erscheint ausgeschlossen, daß Herr Dr. Peyn in Zukunft noch irgendein Amt oder Ehrenamt bekleiden kann.“³⁸

Nun begann das Entnazifizierungsverfahren unter Umkehrung der bisherigen Akzentsetzung. Hatte Peyn sich 1943 und 1944 noch bemüht, sich als glühenden Nationalsozialisten zu präsentieren, versuchte er jetzt entgegengesetzt zu argumentieren. Und wieder ergaben sich etwa 100 Seiten Schriftsätze, Vermerke und Stellungnahmen. Die wichtigsten Punkte sollen dargestellt werden.

In der Schulbehörde hatte Peyn es mit dem für die höheren Schulen zuständigen Oberschulrat Heinrich Schröder zu tun, der am 1.9.1945 einen ersten kurzen Bericht über Peyn schrieb. Er verwies auf Peyns Mitgliedschaften in NSDAP und SA, seine Funktionen als Schulleiter und im Kulturbereich, „aufgrund seiner nationalsozialistischen Einstellung, der er sich immer gerühmt hat“. Und er verwies auf das Zeugnis von Peyns Intimus, dem vormaligen Oberschulrat Behne, der am 16.11.1943 bestätigt hatte, dass Peyn „seiner Schule ein nationalsozialistisches Gepräge gegeben hätte“. Zum Dienststrafverfahren vermerkte Schröder: „Dieses Urteil dürfte auch nach dem Zusammenbruch unter den geänderten politischen Verhältnissen weiter Gültigkeit haben. Es wäre sogar zu prüfen, ob Herrn Dr. Peyn der ihm in dem Urteil zugesprochene Unterhaltsbeitrag von 75 % bzw. 50 % des erdienten Ruhegehalts weiterhin belassen werden kann, da er ohne dieses Strafverfahren zweifellos jetzt von der Militärregierung ohne Versorgungsansprüche entlassen worden wäre.“ Und er schloss: „Auf jeden Fall erscheint es ausgeschlossen, daß Herr Dr. Peyn in Zukunft noch irgend ein Amt oder Ehrenamt bekleiden kann.“³⁹

Peyn, der sich „keiner politischen Verfehlungen in den verflossenen zwölf Jahren bewusst ist“, hingegen „viel an Schikane und Duldsamkeit habe hinnehmen müssen“, bat um Pensionierung mit vollen Ruhegehaltsbezügen. Und alle Kürzungen seit 1943 wünschte er, erstattet zu bekommen.⁴⁰

Als Peyn seinen Entnazifizierungsfragebogen einreichte, führte Oberschulrat Schröder ein längeres Gespräch mit ihm und wies ihn darauf hin, seine Angaben entsprechen nicht der Personalaktenlage. In seinem Interesse sei eine Ergänzung notwendig.

Nun erwies es sich als Bumerang, dass Peyn sich in seinen Disziplinarverfahren Zeugen organisiert hatte, die ihn als besonders frühen und hartnäckigen Kämpfer

für die nationalsozialistische Sache skizzierten. So etwa Oberfeldwebel und SA-Mann Wenzelmann, der vor der Dienststrafkammer erklärt hatte: „Peyn war von 1932 bis 1937 Truppführer und Angehöriger des von mir geführten SA-Sturmes 36 und der Standarte 31. Schon seine mir zur Kenntnis gelangte Tätigkeit in den Jahren vor 1932 bei anderen SA-Marine-Einheiten kennzeichnet ihn als treuen Kämpfer in der SA-Formation.“⁴¹

Diese Erklärung war Peyn vor der Disziplinarstrafkammer vorgelesen worden und er hatte sie laut Aktenvermerk nicht dementiert. In einer eigenen Erklärung hatte Peyn am 10.12.1943 dargelegt, dass er sich „in der SA vom Sturmmann zum Obertruppführer hinaufdiente“.

Im Fragebogen indes hatte die SA-Mitgliedschaft auf Mai 1933 datiert und die Frage ob er Ämter bekleidet habe, mit „Nein“ beantwortet.

Auch in anderen Punkten verhielt sich Peyn nicht verwaltungsmäßig korrekt, sondern eher gemäß „dichterischer Freiheit“. Zum Strafverfahren wegen der Fälschung des Kirchenbuches schrieb er in der Anlage zum Fragebogen: „Das Verfahren gegen mich wurde nach sechs Monaten sang- und klanglos eingestellt.“ Schröder vermerkte, das Verfahren wurde „nicht sang- und klanglos eingestellt, sondern es wurde eingestellt, weil für das Vergehen nach § 133 des Strafgesetzbuches, dessen Herr Dr. Peyn schuldig war und für das auf eine höhere Freiheitsstrafe zu erkennen gewesen wäre, bereits Verjährung eingetreten war.“⁴²

Heinrich Schröder führte fünf gravierende falsche Aussagen an und kam zu dem Schluss: „Aus diesen Feststellungen ergibt sich, daß Herr Dr. Peyn bei der Ausfüllung des Fragebogens die notwendige Sorgfalt hat vermissen lassen. Ob er die unrichtigen Angaben bewußt oder fahrlässig gemacht hat, bleibt dahingestellt. Auf jeden Fall würde es untragbar sein, wenn Dr. P weiter im Genuß seiner ihm zugesprochenen Versorgungsbezüge bleiben würde, während andere nationalsozialistische Schulleiter, die sich keines solchen Dienstvergehens schuldig gemacht haben, jetzt ohne Versorgung entlassen werden.“⁴³

Bruno Peyn erschien also abermals als Mann, der es mit der Wahrheit nicht sonderlich genau nahm.

Am 28.10.1945 schrieb Peyn Heinrich Schröder: „Ich glaube, es dürfte kaum nötig sein, nochmals zu betonen, dass das, was damals von mir und Männern, die mir helfen wollten, herausgestellt worden ist, bei der heutigen Beurteilung gänzlich gegenstandslos erscheinen muss. Wenn bei einer Gelegenheit angedeutet wurde, dass ich, als ein ‚Mann von Meriten‘, manches zu meinen Gunsten gewendet sehen möchte, so habe ich mir eben diese Meriten soweit zugesprochen, als es unverdächtig Weise geschehen konnte. Wenn die Gutachten zudem dem Tatsächlichen mancherlei zugaben, so konnte mir das in der Lage, in der ich mich befand, nur

passen; ich hatte keinen Grund, dagegen zu protestieren oder richtigzustellen. Wer wie ich mit allen Hunden gehetzt worden ist, hat sich auch dahin hetzen lassen. Die Verantwortung tragen die anderen. Mir waren damals alle Mittel recht – heute darf ich das wohl erklären. Ich war in die Opposition getrieben worden und habe mich seitdem bewusst oppositionell verhalten. Ich wusste, was mir als ‚Judenstämmling‘, wie es so schön hieß, blühte, was selbst meinen Kindern noch daraus erwachsen würde, wie mir Beispiele zeigten.“ Und zu Behnes Würdigung, seiner „nationalsozialistischen Prägung der von ihm geleiteten Schule“ sagte er flott: „Ich habe stets eine würdevolle nationale Haltung vertreten. In dieser hat mich mein langjähriger Kollege Behne an der Bogenstraße kennen gelernt. Wenn er diese Verdienste in seinem Gutachten im nationalsozialistischen Sinne erhöhte – ja meinestwegen!“⁴⁴

Zur SA-Arbeit habe er, neben seiner Spielleitertaufgabe abends kaum Zeit gehabt. Und: „Gelten taten hier nur, die sich schon vor 1933 herumgeschlagen haben.“

Bruno Peyn war „Schriftsatzsteller“, kämpfte um seine Pension, aber hatte auch Freude an Formulierungen, die manchmal so gar nicht opportunistisch ausfielen. Und sie zeigten, dass er nicht verstand, was Heinrich Schröder und die Schulverwaltung von ihm wollten: „Wenn die getroffenen Maßnahmen darauf abzielen sollen, eine Reinigung des Beamtenkörpers zu vollziehen, um in Zukunft das politische Leben einwandfrei zu gestalten, so kann ein Mann wie ich dabei kaum noch von Belang sein, da ich längst ausgeschieden bin, eine Säuberungsaktion auf mich nicht zutrifft und die angestrebte Haltung der neuen Schule durch mich ihr fern Stehenden nicht mehr gefährdet sein kann. Ich stehe doch wirklich gänzlich außerhalb jeder Debatte, da der Nationalsozialismus mich längst von sich aus ausgemerzt hat. Im hamburgischen Schuldienst bin ich seitdem schon unschädlich.“⁴⁵

Nach dem umfangreichen Schreiben Peyns und seinen ergänzenden Anmerkungen, vermerkte Oberschulrat Schröder am 15.11.1945, dass Peyns nunmehrige Angabe, „Oberscharführer in der SA“ gewesen zu sein, nach den Bestimmungen der britischen Militärregierung ein „Entlassungsfall sei. Wie soll mit den Unterhaltszahlungen für Peyn weiter verfahren werden?“ fragte Schröder.

Am 13.2.1946 empfahl die britische Militärregierung: „Dismissal“. Es wurde dabei auch darauf hingewiesen, dass Peyn 1933 der Säuberungskommission von Schul-Bibliotheken angehört habe.⁴⁶

Die Einstellung aller Zahlungen an Peyn teilte Senator Landahl ihm mit Schreiben vom 1.4.1946 mit. Peyn antwortete, ihm und seiner Familie werde nun auch noch das genommen, was der ihm „gegenüber gewiss nicht schonsame nationalsozialistische Staat immerhin gegönnt habe“. Zudem antwortete er am 24.4.1946 mit einem ausführlichen Schreiben und warb um Landahls Bereitschaft, dieses Schrei-

ben, mit Anlage insgesamt 58 Seiten, auch persönlich zu lesen. Peyn fand in seiner Argumentation immer stärker in die Opferrolle und gerierte sich als quasi Oppositioneller in Zeiten, die er weit vor 1943 verlegte und für die er keine objektiven Hinweise gab. Er schrieb: „Innerlich war ich mit der ‚Bewegung‘ längst fertig, seitdem ich meine eigene ‚Belastung‘ seit dem 16. Juli 1937 erkannt hatte.“ Man lese seine gegenteiligen Ausführungen 1943. Die Diktion und Argumentation Peyns in seinen Ausführungen soll mit einer kurzen Passage illustriert werden: „Dass ich in der ersten Ratlosigkeit, vollends als mir ein Urahn ‚Pincus‘ Goldstein zu Gesicht kam, mit dem schweissigen Finger eines affekterhitzten Körpers einen schwachen Versuch der Verwischung machte, der mir soweit gelang, dass mir die den Fall untersuchenden Kriminalbeamten von sich aus erklärten: ‚dass man das ja eigentlich noch alles lesen könne!‘, wird man mir heute in Rückerinnerung an so vieles, was in rassistischen Dingen von politischen Wüstlingen geschehen ist, ebenso wenig übelnehmen können, wie dem durch Sterilisation Bedrohten, der die ihn belastende Erbmasse zu verheimlichen suchte, oder dem mit dem Judenstern Gebrandmarkten, der sich fälschend mit anderen Namen und Papieren versah und unterzutauchen suchte. Nicht ich bin verantwortlich für ungesetzliche Manipulationen, sondern der amoralische Gesetzgeber und Staat, der bis dahin Unbelastete über Nacht zu Parias und Verfemte zu stempeln versuchte. Wer Gegner einer solchen Welt- und Lebensordnung werden musste, brauchte kein moralisches Gewissen.“⁴⁷

Anders als die von Peyn Angeführten, die ihr Leben oder körperliche Unversehrtheit retten wollten, ging es Peyn ausschließlich darum, angesehenes Mitglied der nationalsozialistischen Gemeinschaft zu bleiben. Es gab andere Beispiele von Schulleitern und Lehrern, die bei der Nachforschung für den Ariernachweis feststellten, dass sie oder ihre Ehefrauen jüdischer Abstammung waren und die anders reagierten, etwa Ernst Hüttmann oder Cäsar Iburg. Diese Männer waren ebenfalls schockiert, Opfer auch ihrer eigenen bisherigen Ideologie. Sie wurden aus der NSDAP ausgeschlossen, aber nicht in ihrer Existenz bedroht. Cäsar Iburg wurde als Schulleiter abberufen, aber als Lehrer weiterbeschäftigt.⁴⁸ Diesen gesellschaftlichen Abstieg und die damit verbundene Diskriminierung hätte Peyn befürchten müssen. Und es wäre Anlass gewesen, über die nationalsozialistische Doktrin und Rassenlehre nachzudenken. Bruno Peyn verstieg sich in seiner einundzwanzigseitigen Schrift zu der Behauptung, im Krieg als Leiter der Passierscheinstelle Tausenden von Juden das Leben gerettet zu haben. Auch dafür konnte er keinen Beleg erbringen. Pathetisch beendete er sein Schreiben: „Front gemacht habe ich in den sechs Jahren Friedentätigkeit nur gegen Provokateure, Spitzel und Denunzianten, die immer nur das bezweckten, politische Gegner von ehemals und rassistisch ‚Belastete‘ anzuprangern und zu verderben. Tausende deutsche Staatsbürger jüdischen

Glaubens atmen heute freiere Luft in Amerika; sie sind nicht in Theresienstadt und Auschwitz ihres Lebens beraubt worden. Für das für sie geübte Einstehen fordere ich vor der Geschichte heute meinen Lohn, da es nicht anders geht, um selber das mäßig zurückgegolten zu sehen, womit ich die Tausenden einst beglückt habe.“⁴⁹

In der Anlage beschrieb Peyn ausführlich seine frühere Gegnerschaft, seine „bald einsetzenden oppositionellen Regungen“. Wie auch in anderen Fällen richteten sich diese Regungen gegen einzelne Personen, vornehmlich auch HJ-Verantwortliche, die als „der Nationalsozialismus“ erhalten mussten. Wie hatte sein ehemaliger Schulleiter Züge festgestellt: „Er hatte nur einen Fehler. Er war leicht erregt und aufbrausend.“⁵⁰ Beispiele seines Aufbrausens wurden nun in oppositionelles Verhalten umgedeutet.

Bemerkenswert erscheint das Leumundszeugnis einiger Kollegen der Albrecht-Thaer-Schule. Sie schrieben am 6.5.1946: „Herr Dr. Peyn ist 1933, wie wir glauben, mit dem Auftrag zu uns gekommen, in unserer als rot verlästerten Schule die Fahne des Nationalsozialismus aufzurichten. Flaggenparade und Schulappell, nach behördlicher Anordnung allwöchentlich wiederholt, mögen die äußeren Kennzeichen dieses Versuches gewesen sein. Sie wurden von der Schülerschaft zuerst begeistert, sehr bald aber schon gleichgültig und zuletzt widerwillig hingenommen; der Lehrkörper verhielt sich abwartend.“ Bald wurde die Flaggenparade eingestellt. Peyn hätte „nach guter alter Sitte Weihnachtsfeiern von ergreifender Schönheit gestaltet“ und „sich bemüht, Einmischungsversuche der HJ-Führung geschickt abzuweisen“. Ein weiteres Argumentationsmuster zum Lob ehemaligen NS-Schulleiter.

Schulleiter Peyn sei „niemals selbstherrlich wie ein Schul-Tyrann aufgetreten“ und habe „das gute Alte liebevoll pflegen lassen, ohne sich dem Fortschritt zu versagen“. Unterschrieben am 6.5.1946 unter anderem von seinem ehemaligen Stellvertreter und Nachfolger als Schulleiter, Adolf Winter, und auch von Heinrich Sahrhage, NSLB-Beauftragter an zentraler Stelle für die Hamburger Kinderlandverschickung.⁵¹

Auch von Richard Ohnsorg gab es einen Persilschein für Bruno Peyn. Ohnsorg schrieb am 15.4.1946: „Ich erkläre zugleich, dass Herr Dr. Peyn, wenn auch seit dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP, sich unparteiisch und objektiv für den Verbleib aller Mitglieder im Verband unserer Bühne eingesetzt hat und es bewerkstelligte, dass trotz starker politischer Anfeindungen einzelner Mitglieder niemand aus den Reihen unserer Bühne zu weichen hatte. Herr Dr. Peyn hat stets eine aufopferungsvolle kameradschaftliche Haltung für jeden an den Tag gelegt. Als vielleicht bester Kenner des von Dr. Peyn seit 1919 geschaffenen plattdeutschen Schrifttums darf ich ihm das Zeugnis ausstellen, dass er weder vor noch nach 1933 in seinen Stücken einen parteidoktrinären Standpunkt vertreten hat oder nationalsozialistische Ideologien darin verkörpert hat.“ Und: „Ich habe es außerordentlich bedauert,

dass mir als Intendanten der Niederdeutschen Bühne seit 1943 die Aufführung der Stücke Dr. Peyns durch die hamburgische Kulturbehörde und das Reichspropagandaamt verboten wurde.“⁵²

Auch Peyns Tätigkeit als Hauptmann bei der Passierscheinstelle erfuhr im Entnazifizierungsverfahren noch einmal große Aufmerksamkeit. Erschüttert wurde die Darstellung von Peyns Wirken bei der deutschen Wehrmacht in Brüssel, Luxemburg und Paris durch Freiherr von Hüne, der am 15.5.1946 folgende Aussage machte: „Mein Bruder hat als Hauptmann a. D. etwa 15 Jahre lang seinen Wohnsitz in Luxemburg gehabt und ist nach der Besetzung Luxemburgs im Jahre 1940 wieder in die deutsche Wehrmacht eingetreten. Mein Bruder hatte dienstlich mit Herrn Dr. Peyn zu tun, der meines Wissens Hauptmann in derselben Dienststelle war. Mein Bruder hat sich Herrn Dr. Peyn gegenüber einmal sehr entsetzt über die Schandtaten der Gestapo und des Sicherheitsdienstes in Luxemburg geäußert. Dies hat sich Dr. Peyn, ohne etwas dazu zu sagen, angehört und meinen Bruder daraufhin denunziert. Zunächst erfolgte daraufhin eine Strafversetzung meines Bruders. Später wurde aber deswegen noch ein Kriegsgerichtsverfahren eingeleitet, das mit einer Degradierung und Verurteilung zu zwei Jahren Zuchthaus endete. Mein Bruder hat diese Strafe zunächst aus Gesundheitsgründen nicht antreten können. Als er dann für haftfähig erklärt werden sollte – es war im September 1944 –, ist er über die Front nach dem damals bereits besetzten Luxemburg geflüchtet und dadurch weiteren Verfolgungen entgangen.“⁵³

Zu dem Vorfall wurde Bruno Peyn am 2.6.1947 von Franz Harten, Mitglied des Entnazifizierungsfachausschusses, befragt. Peyn gab zu Protokoll: „Ein Herr von Hüne ist mir bekannt und zwar aus dem Passierscheinwesen. Er hatte die Passierscheinstelle Brüssel, während ich die Stelle Moulins hatte. Ich habe eines Tages mit von Hüne gelegentlich einer Tagung der Passierscheinstellen allein in einem Restaurant in Paris gesessen. Bei dieser Gelegenheit machte von Hüne außerordentlich scharfe Bemerkung über den Nationalsozialismus. Er sprach von ‚Hitler und den Verbrechern um ihn‘ und äußerte sich auch sehr abfällig über das Benehmen des Gauleiters vom Luxemburg. Ich bat von Hüne, ein anderes Gesprächsthema anzuschlagen und mit mir zu den anderen Kollegen zu gehen. Wir haben uns dann draußen verabschiedet. Ich wollte ihn auch nicht etwa vor den anderen Kameraden zur Rechenschaft ziehen, sondern ihn nur erst einmal aus dem Lokal entfernen, wo dicht gedrängt viele Offiziere saßen.

Als ich nach Moulins zurückkam, habe ich einem Kameraden, mit dem ich das Quartier teilte (Sonderführer Bofinger), von diesem Vorfall gesprächsweise erzählt und ihm gesagt, daß ich ganz erschüttert sei von dem was ich gehört hätte. Bofinger hat seinerseits, ohne mich zu fragen (ich habe ihm das sehr übel genommen)

mit Hauptmann Kutz gesprochen, der zufällig alsbald als Kurier nach Paris fuhr und die Angelegenheit dort (wiederum ohne mein Wissen und Wollen) bei dem Abwehroffizier zur Sprache gebracht hat. Daraufhin wurde ich von dieser Abwehrstelle zum Bericht aufgefordert. Diesen Bericht habe ich unter ‚geheim‘ erstattet und mit einem persönlichen Anschreiben an einen der genannten Offiziere geschickt. Bevor ich dies tat, bin ich sofort nach Erhalt der Aufforderung selbst nach Paris gefahren und habe die Herren gebeten, die Sache kameradschaftlich beizulegen, was aber abgelehnt wurde. Anschließend habe ich nichts wieder von der Sache gehört. Wenn der Fall trotzdem später noch zu einer kriegsgerichtlichen Verurteilung des Herrn v. H. geführt hat, so deshalb, weil mein Nachfolger in der Leitung der Passierscheinstelle Moulins, Hauptmann Kutz, in einer Geheimakte meinen ersten Bericht fand und nun aufgrund dieses Berichts den Fall wieder ins Rollen zu bringen suchte. Auch darüber ist mir nichts bekannt geworden. Ich war damals schon aus Moulins fort. Meinen Bericht habe ich nach meiner Erinnerung im Dezember 1941 gemacht. Zur Verhandlung ist es erst im März 1943 gekommen. Ich wurde als Zeuge geladen und habe mich dabei nach besten Kräften bemüht, meinen Bericht möglichst abzuschwächen. Ich erinnere mich, dass ich wörtlich gesagt habe: ‚Ich bin gekommen, um nichts für Herrn von Hüne zu komplizieren.‘⁵⁴

In der Entnazifizierungsakte Peyns war auch eine Abschrift des Anschreibens der von ihm gefertigten Aktennotiz enthalten, wobei die Notiz selbst wichtiger gewesen wäre. Laut Abschrift hatte Peyn am 21.12.1941 geschrieben: „Nach Rücksprache mit der mir vorgesetzten Dienststelle gebe ich Kenntnis von im Laufe eines Gesprächs erfolgten Äußerungen des Major von Hüne, mit dem ich zufällig zusammentraf und der zu meinem eigenen großen Bedauern meinte, aus seiner politischen Einstellung mir gegenüber keinen Hehl machen zu müssen. Ich bitte als Offizier, der sich kameradschaftlichen Zusammenstehens voll bewusst ist, nach erfolgter mündlicher Mitteilung nunmehr zu schriftlichen Eingabe aufgefordert, den Urheber dieser Äußerungen damit nicht belasten zu wollen, sondern sie allein zu dem Zwecke zu verwenden, dass Major von Hüne, der auch sonst schon Äußerungen ähnlicher Art getan haben soll, zum Beispiel Rittmeister Adler gegenüber, bewogen wird, in Zukunft mit allen kritischen Bemerkungen zur politischen, militärischen und wirtschaftlichen Lage Vorsicht walten zu lassen. Rein kameradschaftlich bitte ich darum, um den Genannten vor Weiterungen zu bewahren, da seine politische Haltung ihn sonst in die schwierigste persönliche Lage bringen könnte.“⁵⁵

Ein solches Anschreiben zu einem Bericht, in dem unter anderem von einer Aussage: „Hitler und die Verbrecher um ihn“ berichtet wurde, betrachte ich mit großer Skepsis. Und letztlich war das ganze Verfahren und die Verurteilung von Hüne darauf zurückzuführen, dass Bruno Peyn ihm gegenüber gemachte Äußerun-

gen an Dritte weitergegeben hatte. Ihm hätte klar sein müssen, welche Brisanz und Folgen dieses haben konnte.

Im Entnazifizierungsverfahren entschied der Berufungsausschuss 3 am 9.3.1949 unter Leitung des für milde Urteile bekannten Dr. Kiesselbach, dass Bruno Peyn ab dem 1.3.1949 ein Unterhaltsbeitrag von 50 Prozent der ihm als Studienrat zustehenden Pension erhalten sollte. Er wurde in Kategorie V (Entlastete) eingeordnet.⁵⁶

Spätere Schreiben von Bruno Peyn trafen aus Kampen auf Sylt ein, wo er zumindest in den Sommermonaten lebte.

1952 hatte Rechtsanwalt Rompf die Vertretung von Bruno Peyns Interessen übernommen. Er wies darauf hin, dass Peyns reduzierte Pensionsbeiträge in der Nazizeit aufgrund „der rassischen Zugehörigkeit seines Mandanten erfolgen“. In der Schulbehörde der 1950er Jahre prüfte man, Oberschulrat Schröder war gestorben und es gab offenbar kaum noch Personen, die Bruno Peyn persönlich kannten. Auch in dem Gnadengesuch von Rechtsanwalt Kurt Rompf vom 5.7.1954 kam die NS-Verstrickung Peyns gar nicht mehr vor. Im Mittelpunkt stand dessen Schriftsteller-Tätigkeit. Rompf wusste zu vermelden: „Der Peyn ist weit über seine Schul-tätigkeit hinaus bekannt geworden als niederdeutscher Schriftsteller, als Verfasser zahlreicher an der Niederdeutschen Bühne in Hamburg aufgeführter Theaterstücke und als besonderer Pfleger und Förderer des heimatlichen niederdeutschen Sprachgutes. Er ist Träger des ‚Stavenhagenpreises‘, des ‚Richard-Ohnsorg-Preises‘ und des 1952 von der Niederdeutschen Woche verliehenen ‚Klaus-Groth-Preises‘. 1954 wurde Dr. Peyn anlässlich des niederdeutschen Bühnentages mit drei seiner neuen Theaterstücke (‚Schrott‘, ‚Herr Senator a. D.‘ und ‚Alles Leben ist Gott gewollt‘) als Autor zeitnaher niederdeutscher Dramatik herausgestellt.“⁵⁷

Rompf verwies im Weiteren darauf, dass die Umstände neu zu bewerten seien und insbesondere auf die Meriten Bruno Peyns als Schriftsteller. Der Denunziant zum Schaden Peyns sei der „nationalsozialistische Sippenforscher Höpcke“ und Rompf stellte fest, dass „heute ein jüdischer Blutanteil“ nicht zur „Entfernung von der Stellung als Direktor einer höheren Schule führen“ würde. Das „Verwischen im Kirchenbuch sicherlich schon“. Der Wegfall des einen Grundes sei aber sicherlich ein „maßgebender Grund für einen Gnadenerweis“.

Die Bewertung von Oberschulrat Reimers ging 1954 dahin, Peyn maximal die Pension eines Studienrates zu gewähren.⁵⁸

Acht Jahre gab es keine Bewegung in dem Fall. Der zuständige neue Oberschulrat, Wagner, wies 1962 daraufhin, dass Peyn wegen seiner NS-Verstrickung auch nicht zum 70. Geburtstag gratuliert werden sollte. Bruno Peyn wurde danach wieder aus Kampen und Hamburg aktiv. Die Disziplinarsache wurde wieder auf-

gerollt. Und die Disziplinarkammer Hamburg entschied unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Scheefe am 25.5.1965, das Urteil vom 16.3.1944 zu mildern, Bruno Peyn um die Gehaltskürzung seiner Dienstbezüge um ein Fünftel auf die Dauer von fünf Jahren zu verurteilen. Als Grund wurde hauptsächlich die „erhebliche psychische Belastung“ bei der Tat Peyns hervorgehoben. „Der Grad seiner jüdischen Abstammung hätte dem Beschuldigten, – wäre er bekannt geworden – Nachteile gebracht, wenn auch nicht kraft der damaligen Gesetze, so doch in gesellschaftlicher Hinsicht und hätte die beruflichen Aussichten des Beschuldigten beeinträchtigen können. Neben der Furcht vor einer gesellschaftlichen Abwertung wirkte sich beim Vorgehen des Beschuldigten auch ein Schock aus. Die Erkenntnis über Einzelheiten seiner Herkunft traf den Beschuldigten völlig unerwartet und umso heftiger, als er sie nach seiner damaligen Überzeugung als einen Makel empfinden musste, der ihn als überzeugtes Mitglied zahlreicher nationalsozialistischer Organisationen erheblich belastete.“⁵⁹

Damit gab sich Bruno Peyn nicht zufrieden. Er stritt weiter um höhere Pensionsbezüge. In seinem Schreiben vom 24.1.1965 zog Peyn alle Register. Aus seiner Sicht hatte er mit dem Nationalsozialismus nur noch als Opfer zu tun: „Ich gebe sogar zu, dass ich 1937 im Sinne nationalsozialistischer Bestimmungen verbrecherisch gehandelt habe und damit das ideologische Gebäude zur Reinerhaltung der nordischen Rasse ins Wanken gebracht haben kann. Denn wohin würde es gefährlich geführt haben, wenn durch eine so einfache Verwischung derart grobe Vertuschung Schule gemacht hätte. Nach allem, was ich heute weiß, darf ich mich wohl wundern, dass ich nicht dem Zugriff der Gestapo verfallen und im KZ gelandet bin.“³⁹

Täter und Schuft war nun der Sippenforscher Walter Höpcke: „Wenn ich mir 1937 in Hinblick auf das Kommende zu helfen versucht habe, so geschah das bestimmt aus einer Schockwirkung heraus. Es war leider ein ‚Unfug‘, durch den ich nur aufmerksam machte auf das, was ich hatte verhindern wollen. Dazu faselt der Sippenforscher Höpcke dann noch von Beseitigung mit ‚chemischen Mitteln‘, als wenn man ständig solche Flaschen mit sich herumschleppt! Aber solche Behauptung eines rasse-ideologisch abgestempelten Sippenfexen zogen trotz ihrer Unsinnigkeit! Dabei wurde in der Untersuchung der Verwischung festgestellt, daß ‚mit primitiven Mitteln‘ und ‚in Eile vorgenommen‘ von mir verfahren war.“⁶¹

Höpcke war von Pastor Schmidt ins Vertrauen gezogen worden. „Auch dieser zum Schweigen verpflichtet, wusste aber nun Bescheid, um zu gelegener Zeit sein schweres Geschütz gegen mich aufzufahren, das war 1942, obgleich damals schon ganz anders auf Leben und Tod geschossen wurde. Dieser Sippennarr scheint damals noch an den Endsieg geglaubt zu haben, um dann für seine Verdienste um rassische Reinerhaltung einen Hakenkreuz-Orden einheimsen zu können.“⁶²

Bruno Peyn drückte weiter auf die Tube. Mit keinem Wort erwähnt er seine NS-Vergangenheit, dafür charakterisierte er die Disziplinkammermitglieder von 1943:

„Besetzt war das Gericht mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten Schmidt-Egk als Vorsitzenden und dem Landgerichtsdirektor Wehlen als Beisitzer, von dem mein Anwalt sagte, von dem sei nichts zu erhoffen, der habe schon Todesurteile in Hamburg unterschrieben. Der Anklagevertreter war der Syndikus der Schulbehörde, Landgerichtsdirektor von Wedel, als Nachfolger von Obersenatsrat Edens, der mir in der Voruntersuchung wenig wohl wollte und meine mangelnde ‚Treue zum Führer‘ erschwerend beibrachte. Als von Wedel Justitiar der Behörde wurde und damit Behördenvertreter in meiner Sache, wurde mir wörtlich erklärt, jetzt sei die Sache für mich ‚zappenduster‘, denn er sei SS-Obersturmbannführer! – Was hatte ich also zu erwarten? – Dennoch plädierte in der Verhandlung dieser SS-Mann auf ehrenvolle Pensionierung mit voller mir zustehender Pension. Als sich das hohe Gericht dann zur Urteilsfindung zurückzog, kam dieser SS-Obersturmbannführer zu mir, stellte sich vor, gab mir die Hand, ohne dass sie ihm verdorrte, und brachte zum Ausdruck, dass er hoffe in meinem Sinne gesprochen zu haben. Zu mehr langte es in diesem kurzen Augenblick nicht, denn schon hatte Schmidt-Egk das Urteil gefunden und drückte mir als das Wesentliche seiner gewonnenen Erkenntnis den ‚Makel jüdischer Abstammung‘ auf, obgleich er vorher unterstellt hatte, daß – in dubio pro reo – nur ein Ururgroßelternteil als sicher anzunehmen sei und damit nur ein geringer Bluteinschlag vorliege.“⁶³

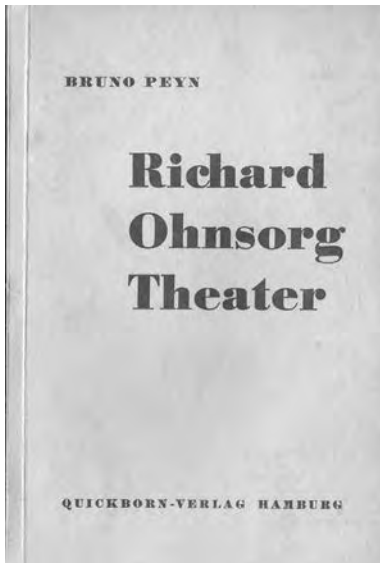
Ein dramaturgisch geschickt aufgebautes Schreiben.

Staatsrat von Heppe bereitete den Fall für den Hamburger Senat auf und legte ein Papier vor, in dem die Begnadigung Peyns vorgeschlagen wurde und ab dem 1.2.1965 „die Rechtsstellung eines Oberstudiendirektors a. D. zuzuerkennen“.⁶⁴ Es ist nicht sicher, ob diese Drucksache im Senat tatsächlich verabschiedet wurde. Einen Erfolg erreichte Bruno Peyn.

Nach Mitteilung der Schulbehörde erhielt er für die Zeit vom 1.8.1944 bis zum 31.12.1965 eine Nachzahlung von 64.968,22 DM brutto.⁶⁵

Auch zum 80. Geburtstag wurde Peyn kein Glückwunsch der Schulbehörde zuteil. Am 19.11.1968 teilte Bruno Peyn mit, dass seine Ehefrau Maria am 18.11.1968 gestorben sei. Am 31.5.1970 starb auch Bruno Peyn in Kampen. In der Traueranzeige seiner Tochter Ute Peyn stand: Oberstudiendirektor i. R.

Nachtrag: In der „Plattdeutschen Bibliografie Biografie“ werden Peyns Werke aufgeführt, insgesamt 18, ein geringerer Anteil davon zwischen 1933 und 1945 geschrieben, sowie diverse Werke, die nicht gedruckt oder in Katalogen ermittelt wurden.⁶⁶



Im „Hamburger Abendblatt“ wurden zwischen 1955 und 1959 die großen Stücke Peyns im Ohnsorg-Theater rezensiert: „Onkel-Ehe“, „Lüchtfür“ und „Döschmaschin“, an denen die bekannten Schauspieler des Ohnsorg-Theaters beteiligt waren: Heidi Kabel, Otto Lüthje, Jochen Schenk, Christa Wehling, Henry Vahl und Erna Raupach-Petersen.

Das „Hamburger Abendblatt“ kommentierte ihn wohlwollend: „Bruno Peyn, Schulmeister und Poet dazu, hat immer ganz gut gewusst, was ‚anliegt‘. Zwar hat er die früher so eifrig und erfolgreich gepflegte plattdeutsche Szene lange Jahre missen müssen (und sie ihn), aber nun ist er zurückgekehrt und sogleich mit einer Aktualität, der Komödie ‚Onkel-Ehe‘. Bei

diesem Thema weiß jedermann, was die zeitgenössische Glocke geschlagen hat: das sind doch die Leute, die aus verschiedenen Gründen zusammen leben und aus einem nicht heiraten, wegen der Witwenrente.“ Und zum Schluss hieß es: „Der Autor wurde von einem milde gestimmtem Publikum auf die Szene gerufen.“⁶⁷ Das dürfte dem Autoren gefallen haben.

Peyn schrieb 1965 ein Buch über das Ohnsorg-Theater, das im Quickbornverlag erschien. Auch hier widerstand er nicht dem Versuch, bei allen Verdiensten um die Niederdeutsche Bühne seine Rolle im Nationalsozialismus zu schönem. Als für die Bilanzen der Niederdeutschen Bühne Verantwortlicher musste er sich damit auseinandersetzen, dass die in der „Deutschen Arbeitsfront“ organisierten arbeitslosen Schauspieler danach strebten, bei der Niederdeutschen Bühne Engagements zu bekommen. „Zu Anfang des Februar 1933 teilte mir mein Kollege Behne in der Schule mit, daß am Abend vorher in einer Sitzung des Kampfbundes für deutsche Kultur eine Gruppe erwerbsloser Schauspieler, zusammengeschlossen in der NSBO (wohl Nationalsozialistische Betriebszellen Organisation), in nicht mißzuverstehender Weise Front gegen die ‚Niederdeutsche Bühne Hamburg‘ gemacht habe. Sie sei eine Dilettantenbühne, die in öffentlichen Aufführungen den Berufsschauspielern das Brot nehme und außerdem dem Doppelverdienenden Vorschub leiste.“⁶⁸ Diese Auseinandersetzung mit arbeitslosen Schauspielern, die sich über Jahre immer andere Unterstützer suchten, stilisierte Peyn in seinem Buch zu einem Kampf mit den Nationalsozialisten. Ein aus zahlreichen Entnazifizierungsverfahren geläufiges Verfahren.

In der Vorbemerkung des Buches hieß es: „Einer der tatkräftigsten Mitstreiter Ohnsorgs in diesen Jahrzehnten war Dr. Bruno Peyn, der sich als Autor und geschäftlicher Leiter um die Förderung des Theater sehr verdient gemacht hat. Im übrigen aber hat man Dr. Bruno Peyn seit 1945 totgeschwiegen. Nur in den Mitteilungen aus dem Quickborn hat man ihn nie vergessen, und außerdem hat kürzlich der jetzige Intendant Hans Mahler – beim Empfang des Richard Ohnsorg Preises der Stiftung F.V.St. – gesagt: ‚Nicht unerwähnt lassen möchte ich, daß sich Dr. Ohnsorg in der ersten Zeit der Feldbestellung auf einen Freund stützen konnte, der sowohl literarisch als verwaltungstechnisch ein außerordentlich erfolgreicher Mitarbeiter war. Es ist der Autor Bruno Peyn, der ein erstaunlich umfangreiches, höchst eigenwilliges Bühnenwerk in einer beachtlichen Zahl von Titeln schuf, Stücke, die man damals ob ihrer Vielfalt der Formen und Möglichkeiten als Fundament des Niederdeutschen Dramas ansehen konnte.“⁶⁹ Und Alexander Stempel, Mitarbeiter Peyns beim Quickborn und in der niederdeutschen Sprachforschung trug seinerseits zur Geschichtsklitterung bei, wenn er schrieb: „Dr. Bruno Peyn hat immer im Schatten Dr. Ohnsorgs gestanden, und das hat er gerne getan. Daß er seit 1945 totgeschwiegen worden ist, hat ihn natürlich gekränkt, und dass er sich keineswegs nur ‚in der ersten Zeit der Feldbestellung‘ als wahrer Freund Ohnsorgs unser Niederdeutschen Bühne bewährt hat, daß Dr. Peyn vielmehr gerade als Retter der Niederdeutschen Bühne über die Jahre des Nationalsozialismus angesehen werden muss, das haben uns Leute vom ‚Bau‘ bestätigt. Zum Glück für die Bühne, muß man sagen, war Bruno Peyn schon im Mai 1933 in die Partei eingetreten. Nur so hat er die gefährlichen Angriffe aus den Reihen der Parteigenossen gegen die Niederdeutschen Bühne und gegen Dr. Ohnsorg abwehren können.“⁷⁰

So werden Märtyrer produziert.

Anmerkungen

- 1 Der Lebenslauf und alle anderen Angaben laut Personalakte Peyn, StA HH, 361-3_A 1067.
- 2 Lebenslauf, ebd.
- 3 Alle Dokumente in der Personalakte, ebd.
- 4 Schreiben des Beratenden Ausschusses für das höhere Schulwesen im Entnazifizierungsverfahren Peyn, in StA HH, 221-11_Ed 10964.
- 5 Schreiben von Schulsenator Heinrich Landahl vom 7.9.1945, ebd. Siehe auch die Biografie Behne in diesem Buch.
- 6 Der ehemalige Schulleiter Adolf Winter (von 1943 bis 1950), schon zu Peyns Zeiten Lehrer und Stv. Schulleiter an der Schule. Abgedruckt in der Festschrift vom 120jährigen Bestehen des Albrecht-Thaer-Gymnasiums, Hamburg 1993 und auf der Homepage der Schule unter dem Link: Schulgeschichte.
- 7 Ebd.
- 8 StA HH, Nachlass Krogmann, Tagesberichte, C 1_Bd.3 1935.
- 9 Siehe Schreiben von Senator Landahl vom 7.9.1945, Entnazifizierungsakte Peyn, a. a. O.

- 10 Personalakte Peyn, a. a. O.
- 11 Hartwig Fiege: Geschichte der hamburgischen Volksschule, Hamburg 1970, S. 123.
- 12 Siehe deren Biografien in diesem Buch.
- 13 Siehe Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 100.
- 14 Uwe Schmidt 2010, S. 102.
- 15 Walter Behne: Bruno Peyn zum 50. Geburtstage, in: Mitteilungen aus dem Quickborn, 30. Jahrgang, 1936/37, S. 71.
- 16 Walter Behne, a. a. O., S. 72.
- 17 Ebd.
- 18 Alle Zitate Walter Behne, a. a. O., S. 73.
- 19 Alle Angaben nach Personalakte Peyn, a. a. O.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Vernehmung Walter Höpcke vom 9.4.1943, ebd.
- 23 Ebd. Siehe auch Personalakte Walter Höpcke, Staatsarchiv Stade, Rep. 180 S, Nr. 3963. Danach war der Lehrer Walter Höpcke, in Cuxhaven am 20.7.1892 geboren, bis 1933 Lehrer in Ritzenbüttel, in den 1920er Jahren Mitglied der Freideutschen Jugend. Höpcke betätigte sich lebenslang als Heimat- und Familienforscher. Im Entnazifizierungsverfahren 1945 wurde er in die Kategorie V eingruppiert (Entlasteter). Er war seit 1.5.1937 Mitglied der NSDAP gewesen, was der Hauptausschuss zur Entnazifizierung in Cuxhaven als „nominell, ohne Einfluss“ bewertete. Im „Hamburger Echo“ vom 11.9.1950 wurde Höpcke als „verdienstvoller Heimatforscher“ gewürdigt, der eine Kartei mit 4000 Cuxhavener Familiennamen erstellt habe, „aus denen er ein Familienbuch des Amtes Ritzenbüttel aufstellen will.“
- 24 Personalakte Peyn, a. a. O.
- 25 Vernehmungsprotokoll vom 23.11.1943. Rodde war NSDAP- und SA-Mitglied seit 1930. Rodde wurde 1945 interniert und im Bielefelder Spruchgerichtsverfahren zu 2 ½ Jahren Gefängnis verurteilt. Siehe: StA HH, 221-11_46695 KAT.
- 26 Das Schreiben Witts in Personalakte Peyn, a. a. O.
- 27 Entnazifizierungsakte Peyn, a. a. O.
- 28 Vernehmung Ossenbrügge vom 19.11.1943, ebd.
- 29 Erklärung vom 16.11.1943, ebd.
- 30 Alle Zitate aus: Abschließende Erklärung von Bruno Peyn vom 10.12.1943 zum Disziplinarverfahren, ebd.
- 31 StA HH, 221-10_586 Peyn. Siehe auch Biografie Karl Züge in diesem Buch.
- 32 Ebd. Siehe auch Biografie Hinrich Wriede in diesem Buch.
- 33 Urteil und weitere Dokumente in: StA HH, 131-8 Senatskommission für den höheren Verwaltungsdienst, G 8 c HV 143 IV 036.
- 34 Dieses Zitat und alle weiteren folgenden ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Personalakte Peyn, a. a. O.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Entnazifizierungsakte Peyn, a. a. O.
- 40 Schreiben vom 21.9.1945, ebd.
- 41 Schreiben von Wenzelmann in Personalakte Peyn, a. a. O. Heinrich Schröder zitiert daraus, Entnazifizierungsakte Peyn, a. a. O.
- 42 Aktenvermerk Schröders vom 19.10.1945. Alle weiteren Punkte sind daraus zitiert, ebd.
- 43 Ebd.
- 44 Alle Dokumente ebd.
- 45 Ebd.
- 46 Ebd.

- 47 Ebd.
- 48 Siehe Biografien Hüttmann und Iburg in diesem Buch.
- 49 Schlusswort von Bruno Peyn in seinem Schreiben, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 50 Siehe Anmerkung 31.
- 51 Entnazifizierungsakte Peyn, a. a. O.
- 52 Ebd.
- 53 Vernehmung Peyn im Beratenden Ausschuss am 2.6.1947, ebd.
- 54 Personalakte Peyn, a. a. O.
- 55 Ebd.
- 56 Ebd.
- 57 Ebd.
- 58 Ebd.
- 59 Ebd. Von Günther Scheefe gibt es in einer anderen Biografie in diesem Buch eine interessante Einlassung. Er schreibt über seinen ehemaligen Lehrer, Hans Rösch, den er anders erlebt hatte, als die Berichterstattung über seine NS-Aktivitäten vermuten lässt.
- 60 StA HH, 131-11 Personalamt_2003.
- 61 Ebd.
- 62 Ebd.
- 63 Ebd. Dr. Albert Schmidt-Egk, geb. 17.3.1888, war in der NS-Zeit Präsident des Hanseatischen Oberlandesgericht, seit 1937 NSDAP-Mitglied, seit 1943 Gauwalter des NS-Rechtswahrbundes, von 1945 bis 1947 in Eselheide interniert, 1948 mit der Pension eines Landgerichtsdirektors im Ruhestand. Siehe: StA HH, 221-11_Z 2754. Hasso von Wedel, geb. 13.12.1909, war laut seiner Entnazifizierungsakte nicht in der SS, allerdings SA-Mitglied seit 1933, in der NSDAP seit dem 1.5.1939. Siehe: StA HH, 221-11_Ed 1888.
- 64 Laut Personalakte Peyn, a. a. O.
- 65 Ebd.
- 66 www.ms-db.de/autor-werke.phb.
- 67 „Hamburger Abendblatt“ vom 2.5.1955.
- 68 Bruno Peyn: Richard Ohnsorg-Theater, Hamburg 1965, S. 88ff.
- 69 Ebd., S. 6.
- 70 Ebd. Alexander Stempel war Bruno Peyn schon früher verbunden gewesen. Er gehörte zu der Kommission, die im Mai 1933 eine Liste mit Autoren vorlegten, die aus den Schulbibliotheken in Hamburg entfernt werden sollten.

Ernst Hüttmann

Opfer der eigenen Wahnsinnsideologie

Zu den Männern der ersten Stunde der Nationalsozialisten im Hamburger Schulwesen gehörte Ernst Hüttmann. Er war seit 1934 Fachschaftsleiter für die Höheren Schulen im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB). Er zeigte sich als strammer Propagandist der NS-Ideologie, bis er den „Ariernachweis“ für sich und seine Ehefrau erbringen musste. Da begann seine persönliche Katastrophe.

Ernst Hüttmann wurde am 6.12.1891 in Hennerode bei Kiel geboren.¹ Sein Vater war Volksschullehrer und später Rektor. Nach dem Abitur an der Oberrealschule vor dem Holstentor, 1910, studierte er in Marburg und Kiel Englisch für die Oberstufe, Französisch für die Mittelstufe und Philosophie.

Am 21.2.1914 machte er mit 23 Jahren das Doktorexamen, sein Thema „Das Partizipium Präsens bei Lydgate im Vergleich zu Chancer's Gebrauch“.

Wie viele seiner Generation und viele spätere Nationalsozialisten absolvierte er einen Turnlehrerkurs, legte darin 1912 ein Examen ab, ebenfalls für einen Spiel-leiterkurs.

Der beginnende Krieg 1914 verhinderte, dass Hüttmann das Studium beenden und sein Staatsexamen ablegen konnte. Er hatte, wie er schrieb, mit Ausnahme von April 1917 bis Juni 1918 „ununterbrochen im Feld gestanden“, erwarb das Eiserner Kreuz I. und II. Klasse und das Hanseatenkreuz, geriet als Leutnant im August 1918 in englische Kriegsgefangenschaft, aus der er Ende 1919 nach Hamburg zurückkehrte. Danach bereitete er sich auf die Staatsprüfung vor, „in wirtschaftlicher Beziehung völlig von meinem Vater abhängig“, wie er schrieb.²

Nach dem Examen absolvierte er das Probejahr an der Realschule an der Uferstraße, 1923 wurde er außerplanmäßiger Beamter und kurz darauf Oberlehrer.

Am 1.4.1925 wechselte er zur Oberrealschule Eppendorf in der Hegestraße, an der er bis 1934 arbeitete.

Ernst Hüttmann war seit dem 16.3.1923 mit Käthe Wiese verheiratet, mit der er drei Kinder hatte.³

Am 1.5.1933 trat er in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 3 030 148). Am 1.10.1934 wurde Hüttmann Gaustellenleiter für die Höheren Schulen im NSLB und kurz darauf, am 10.10.1934, von Senator Karl Witt zum Stellvertretenden Schulleiter der Oberrealschule St. Georg berufen. Ein enger zeitlicher Zusammenhang.

Im NSLB trat er mit der Verantwortung für die höheren Schulen die Nachfolge von Hans Rösch an, der sich im Streitgetümmel mit der Schulverwaltung und der Führung des NSLB aufgegeben hatte.⁴

Die Parteiaktivitäten Hüttmanns waren zahlreich. Im Februar 1934 wurde er an der Gauführerschule ausgebildet. Am 13.10.1934 vertrat er den NSLB bei einer Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner in Trier.

Auf den Reichsparteitagen 1934 und 1936 in Nürnberg jubelte er dem Führer zu, jeweils sechs bis acht Tage vom Dienst befreit. Führerkurse in Uhrenbach und 1937 in Bayreuth sollten Hüttmann für seine Parteiarbeit weiter qualifizieren.⁵

Vom 15. bis 18.8.1938 wurde ihm Urlaub für die Teilnahme an den Bayreuther Festspielen gewährt, Karten erhielt er über den NSLB, vermutlich auch für seine Frau Käthe.⁶



Ernst Hüttmann, nach wie vor in der zweiten Reihe (6. v. r.), Oberrealschule Eppendorf 1927

Trotz seiner Gaustellenleiterfunktion blieb Ernst Hüttmann ein Mann der zweiten Reihe. In der HLZ unterm Hakenkreuz trat er in der Zeit des „Tausendjährigen Reiches“ nur zweimal in Erscheinung. 1935 wurde er in einem Beitrag über „Nationalpolitische Lehrgänge für Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten“ erwähnt und zitiert (Autor: Heinrich Sahrhage). Hüttmann hatte am 4.11.1935 auf einer Versammlung der Fachschaft II (Höhere Schulen) in Hamburg über die Einführung nationalpolitischer Lehrgänge für die vier oberen Schulen berichtet. Offenbar identifizierte sich Hüttmann mit der Aufgabe und führte aus:

„Darin wird der neuen völkischen Schule die Aufgabe zugewiesen, die deutsche Jugend in Heimat, Volk und Staat einzugliedern und ihre gesunden rassischen Kräfte

zu wecken und zu pflegen. „Bei dieser Aufgabe können die Schullandheime wertvolle Dienste leisten, weil sie in dem Zusammenleben der Schüler Kameradschaft und Selbstzucht entwickeln.“⁷ Wobei Heinrich Sahrhage als NSLB-Beauftragter für die Schullandheime sein Interessengebiet gezielt dabei unterzubringen vermochte.

Eine gewisse Schlichtheit Hüttmanns zeigte sich auch im Weiteren deutlich: „Natürlich ist die Voraussetzung für eine richtige Lagergestaltung die Vertrautheit der Erzieher mit den Lebensformen der Hitler-Jugend. Daher müssen die Leiter der nationalpolitischen Lehrgänge vorher selbst Schulungslager bei der HJ, dem NSLB oder in Zusammenarbeit beider mitmachen. Die Auswahl der Lehrer für die nationalpolitischen Lehrgänge ist wichtig, denn mit der Eignung der Lagerleiter steht und fällt die Sache. Jeder Lehrer muss mit innerstem Herzen dabei sein und mitten zwischen seinen Schülern stehen.“⁸

Ein Jahr später berichtete vermutlich Hüttmann von einer Arbeitstagung der Reichssachbearbeiter der Gaufachschäftsleiter 2 im NSLB, Höhere Schulen. Er schrieb u. a.: „Heute haben alle Lehrer eine große gemeinsame Aufgabe: Sie sind Erzieher, sind Wahrer, sind Mittler und Mehrer des völkischen Kultur- und Bildungsgutes, sind Gestalter des kommenden Geschlechts.“ Und: „Fortgesetzt wird die Tagung mit dem Vortrag des Reichssachbearbeiters für Rassenfragen, Pg. Dr. Zimmermann, Bayreuth. Er bezeichnete den Biologieunterricht als Kernfach, aus dessen Arbeit heraus die wesentlichen Grundlagen unserer Weltanschauung erwachsen sind. Erb- und Rassenkunde sowie Bevölkerungspolitik gehören hierher; aber auch Abstammungs- und Entwicklungslehre und die Urgeschichte sind biologische Arbeitsgebiete von weltanschaulicher Bedeutung. Nicht minder wichtig ist die praktische Bedeutung der Biologie (Erzeugungsschlacht!).“⁹

Für Ernst Hüttmann, der mit seinen drei Kindern bei der „Erzeugungsschlacht“ Erfolge zu verzeichnen hatte, begann kurz darauf die persönliche Katastrophe, sein Martyrium: Wie alle anderen Kollegen war Hüttmann aufgefordert, für sich und seine Ehefrau den „Ariernachweis“ zu erbringen. Dies nahm in allen Personalakten nach 1937 großen Raum ein, seitenlange Beglaubigungen aus Taufregistern bis zurück in die Anfänge des 19. Jahrhunderts.

Am 19.10.1934 hatte Ernst Hüttmann noch selbstbewusst verkündet: „Ich versichere hiermit pflichtgemäß: Mir sind trotz sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt, die die Annahme rechtfertigen könnten, daß ich oder meine Ehefrau nicht arischer Abstammung seien oder daß einer unserer Elternteile in irgendeiner Zeit der jüdische Religion angehört habe. Ich bin mir bewußt, daß ich mich dienststrafrechtlicher Verfolgung mit dem Ziel der Dienstentlassung aussetze, wenn diese Erklärung nicht der Wahrheit entspricht.“¹⁰

Die Anlage seiner Verheiratung enthielt noch weitere Angaben über die Abstammung seiner Ehefrau Käthe Wiese, mit Hinweis über Eltern und Großeltern, alle evangelisch-lutherisch, der Großvater mütterlicherseits, 1832 geboren, Kaufmann.

Die persönliche Katastrophe des Ernst Hüttmann, Propagandist auch der NS-Rassenlehre muss sich danach ergeben haben. Er realisierte erst bei weiteren Nachforschungen: „Ein Urgroßvater mütterlicherseits meiner Ehefrau ist nicht arisch“.¹¹

Hüttmann meldete damit gleichzeitig, dass er am 10.11.1939 aus der NSDAP ausgetreten ist. „Mein Gnadengesuch um Belassung in der Partei trotz nicht arischer Abstammung meiner Ehefrau ist abgelehnt worden.“¹²

Damit war für den überzeugten Nationalsozialisten Ernst Hüttmann eine Welt zusammengebrochen. Und die Partei zeigte ihre unerbittliche Härte: Am 18.4.1940 schrieb der Verbindungsreferent der NSDAP an Senator Witt: „Der Austritt war ihm von der Kanzlei des Führers anlässlich der Ablehnung seines Gnadengesuchs um Belassung in der Partei trotz nicht rein arischer Abstammung seiner Ehefrau nahegelegt, um die sonst notwendig gewordene parteigerichtliche Entlassung zu vermeiden.“¹³

Am 4.4.1941 fragte der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung nach, „welche Maßnahmen in diesem Fall beabsichtigt“ seien.¹⁴

Oberschulrat Henze¹⁵ antwortete am 23.4.1941: „Auf Grund der nichtarischen Abstammung der Ehefrau des Oberstudienrats Dr. Hüttmann und des erfolgten Austritts aus der NSDAP hält die Schulverwaltung die Wahrnehmung einer stellv. Schulleiterstelle nicht mehr für vertretbar und beabsichtigt, Dr. Hüttmann nach seiner Entlassung aus der Wehrmacht abzurufen und als Lehrer an eine andere Schule zu überweisen unter Beibehaltung seiner Amtsbezeichnung als Oberstudienrat.“¹⁶

Am 17.8.1942 fragte das Reichsministerium nach, „ob Dr. Hüttmann inzwischen an eine andere Dienststelle versetzt worden ist oder welche anderen Maßnahmen Sie gegen ihn ergriffen haben?“¹⁷

So konsequent kann Verwaltung sein.

Ernst Hüttmann war am 16.10.1940 zum Kriegsdienst einberufen worden. Schwer nachzuvollziehen, was in ihm vorgegangen sein mag, nachdem sein ideologisches Weltbild zusammengebrochen war. Im Krieg wurde er immerhin weiter zum Oberleutnant befördert. Wogegen kämpfte er? Gab es eine Alternative zum Heldentod?

Am 8.2.1943 starb Ernst Hüttmann. Das „Hamburger Fremdenblatt“ notierte am 18.2.: „Die Oberschule für Jungen in St. Georg geleitete am Montag ihren in einem Kriegslazarett gestorbenen Oberstudienrat Dr. Ernst Hüttmann zu seiner letzten Ruhestätte auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Oberschulrat Dr. Züge und der Schulleiter Prof. Franck würdigten die Verdienste des Heimgegangenen als Schulmann und Offizier.“¹⁸

Und Senator Offerdinger schrieb am 30.3.1943 an die Witwe Käthe Hüttmann: „Sehr geehrte Frau Hüttmann, der Reichsstatthalter in Hamburg hat angeordnet, daß die Namen der Gefolgschaftsmitglieder der Staats- und Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg, die in diesem Kriege ihr Leben für Führer und Volk hingaben, in Sonderausgaben des Amtlichen Anzeigers veröffentlicht werden.

Ich übersende Ihnen einen Abdruck der Sonderausgabe des Amtlichen Anzeigers vom 7. März 1943, in der Ihr Ehemann, der Oberstudienrat Dr. Ernst Hüttmann gestorben als Oberleutnant im Februar 1943, aufgeführt ist, und spreche Ihnen und Ihren Angehörigen zu dem schweren Verlust im Namen der Schulverwaltung mein aufrichtiges Beileid aus.

Heil Hitler!“¹⁹

Käthe Hüttmann musste nach 1945 den Entnazifizierungsfragebogen ausfüllen. Und, wie viele Frauen von NS-Funktionären, schrieb sie, „nie Mitglied in einer NS-Organisation gewesen zu sein“.²⁰

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben, wenn nicht anders belegt, aus seiner Personalakte, StA HH, 361-3_A 1629.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Siehe Biografie Hans Rösch in diesem Buch.
- 5 Alle Angaben laut Personalakte, a. a. O.
- 6 Ebd.
- 7 HLZ 46/ 1935, S. 444.
- 8 HLZ 46/ 1935, S. 445.
- 9 Bericht, nicht namentlich gekennzeichnet, in: HLZ 17-18/1937, S. 183.
- 10 Personalakte Hüttmann, a. a. O., Bl. 38.
- 11 Schreiben Hüttmann vom 6.2.1940, Personalakte a. a. O.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd. Bl. 36.
- 15 Siehe auch: HLZ 8-972011, S. 42ff. und HLZ 10-11/2011, S. 46ff. sowie die Biografie Henze in diesem Buch.
- 16 Siehe Personalakte Hüttmann, a. a. O.
- 17 Ebd. Bl. 41.
- 18 „Hamburger Fremdenblatt“ Nr. 49 vom 18.2.1943.
- 19 Personalakte Hüttmann a. a. O., Bl. 47.
- 20 Fragebogen von Käthe Hüttmann, unterschrieben am 17.1.1946, Personalakte Hüttmann, a. a. O.

Cäsar Iburg

„Nach den Richtlinien für die Parteigerichte können Parteigenossen, die jüdisch versippt sind, nicht weiterhin in der NSDAP verbleiben.“

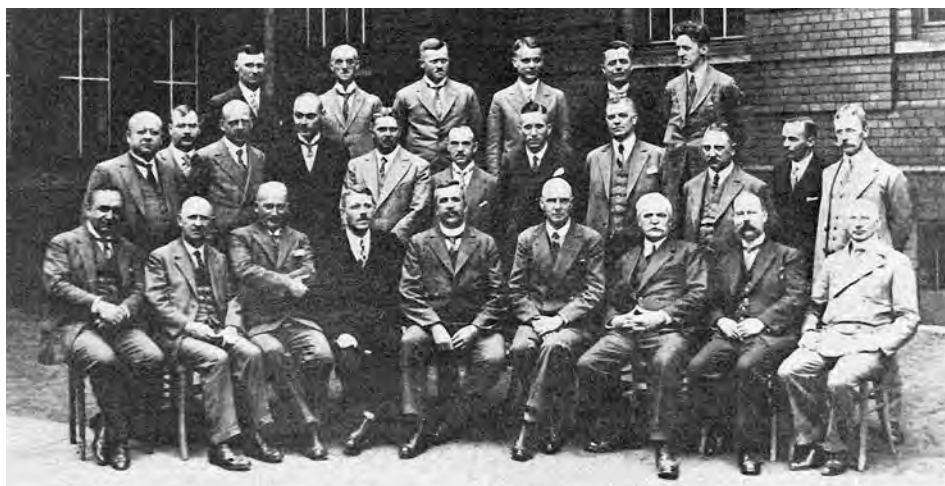
Ein komplizierter Fall ist Cäsar Iburg. Schon 1927 war er als Schulleiter am Kirchenpauer-Realgymnasium gewählt worden. Er blieb es in der Nazizeit, hilfreich dafür war sein Eintritt in die NSDAP zum 1.5.1933. Auch das Amt des NSLB-Verbindungsmannes an seiner Schule übernahm er, nach seiner Erklärung nach 1945, um zu verhindern, dass der umtriebige SA-Mann Walter Brockmöller darüber Einfluss auf die Schule gewann. Später wurde entdeckt, dass die Ehefrau Iburgs einen jüdischen Vater hatte. Iburg verlor die NSDAP-Mitgliedschaft und sein Schulleiteramt. Er protestierte und argumentierte dagegen. Nach 1945 behauptete er, alles nur zum Schutz seiner Familie und seiner Schule getan zu haben. Die Entnazifizierung gestaltete sich für ihn schwierig trotz vieler entlastender Zeugnisse.

Cäsar Iburg wurde am 13.8.1888 in Hamburg als Sohn eines Volksschullehrers geboren. Nach der Volksschule besuchte er das Wilhelm-Gymnasium, bestand dort die Reifeprüfung und studierte anschließend in München, Leipzig und Rostock Philologie, Französisch, Englisch und Latein. Das Anleitungsjahr absolvierte er 1913 an der Gelehrtenschule des Johanneums. Seine Doktorarbeit in Rostock hatte das Thema: „Über Metrum und Sprache der Dichtungen Nicole de Margival's“. Cäsar Iburg zog dann bis 1917 in den Krieg, in dem er 1916 zum Leutnant befördert wurde.

Die Festanstellung Iburgs erfolgte 1917, er wurde zum Oberlehrer ernannt, zunächst an der Gelehrtenschule des Johanneums und nach Ausscheiden aus dem Kriegsdienst im November 1917 dem Kirchenpauer-Realgymnasium zugeteilt. 1927 wählte das Kollegium ihn zum Schulleiter.¹

Cäsar Iburg trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 3 005 311). Später, am 11.1.1943, gab Iburg noch weitere NS-Mitgliedschaften zu seiner Personalakte. NSLB seit 1.4.1933, NSV seit 1937 und NSKOV seit 1933. Ebenso diverse Kriegs-, Orden- und Ehrenzeichen.²

Das hatte einen besonderen Grund. Auf Cäsar Iburgs berufliche Karriere und sein persönliches Leben war 1938 ein Schatten gefallen. Zusammengefasst stellte das Kreisgericht 5 der NSDAP am 11.4.1938 den Antrag, Cäsar Iburg aus der NSDAP zu entlassen. Zur Begründung hieß es, dass „Pg. Iburg jüdisch versippt ist. Erst auf Grund einer Meldung, die bei der Ortsgruppe ‚Hammer Redder‘ einging, wurde durch den Ortsgruppenleiter Pg. Behrens nach Rücksprache mit Pg. Dr. Iburg festge-



Cäsar Iburg (4. v. r.) als Schulleiter des Kirchenpauer-Realgymnasiums, 1929; links daneben sein Stellvertreter Hermann Jessen.

stellt, daß der Großvater der Ehefrau des Pg. Dr. Iburg Volljude gewesen ist. Pg. Dr. Iburg gibt zu, dies gewusst zu haben. Er will aber bei Abgabe seiner Aufnahmeerklärung über diesen Punkt nicht befragt worden sein. Dies glaubt ihm das Kreisgericht auch. Unverständlich ist aber dem Kreisgericht, dass Pg. Dr. Iburg als Studiendirektor und Schulleiter der Kirchenpauer-Oberschule nicht gewusst haben will, daß er die jüdische Versippung der Partei hätte melden müssen. Hieraus ist ihm unbedingt ein Vorwurf zu machen. Nach §26, Ziffer 7 der Richtlinien für die Parteigerichte können Parteigenossen, die jüdisch versippt sind, nicht weiterhin in der NSDAP verbleiben.“³

Cäsar Iburg legte gegen diesen Beschluss des NSDAP-Kreisgerichts Beschwerde ein. Ohne Erfolg. Die dritte Kammer des Gaugerichts der NSDAP-Hamburg wies Iburgs Beschwerde zurück und schrieb in der Begründung: „Die Beschwerde ist jedoch unbegründet. Nach den feststehenden Grundsätzen der Partei können Volksgenossen nicht der Partei angehören, solange sie mit Trägern jüdischer Blutsteile verheiratet sind. Eine Abweichung von dieser grundsätzlichen Einstellung wäre mit der nationalsozialistischen Weltanschauung unvereinbar. Hierbei ist es auch unbeachtlich, wie stark der jüdische Rasseneinschlag des Ehegatten ist. Der Beschluss des Kreisgerichtes besteht somit zu Recht. Auch ist vom Kreisgericht bereits berücksichtigt, daß auf Seiten des Angeschuldigten ein Verschulden nicht vorliegt, so daß gemäß §26 Ziffer 7 der Richtlinien für die Parteigerichte nicht auf Ausschluß, sondern auf Entlassung aus der NSDAP zu erkennen war. Ein Rechtsmittel ist gegen diesen Beschluss dem Angeschuldigten nicht gegeben. Dem zuständigen politischen Leiter steht ein Beschwerderecht innerhalb einer Frist von acht Tagen zu.“⁴

Kurz darauf wurde Cäsar Iburg per Verfügung von NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann am 25.6.1938 aus der NSDAP entlassen.⁵

Hermann Jessen, der seit 1927 Stellvertreter von Cäsar Iburg an der Schule war, schrieb auftragsgemäß ein kurzes Gutachten über Cäsar Iburg: „Während 12 Jahren habe ich als stellvertretender Schulleiter an der Kirchenpauer-Oberschule unter Herrn Dr. Iburg gearbeitet und ihn in seiner Eigenschaft als Schulleiter kennen gelernt. In der Erledigung seiner Amtsgeschäfte zeichnete er sich aus durch peinliche Gewissenhaftigkeit, große Treue und unermüdlichen Fleiß. Wir Lehrer empfanden, daß hinter seiner Arbeit nicht nur das Pflichtbewusstsein stand, sondern auch die Liebe zu seinem Amte und zu unserer Schule. Als Vorgesetzter bewies Herr Dr. Iburg im Verkehr mit seinen Amtsgenossen auch in schwierigen Lagen ein feines Taktgefühl und stete Hilfsbereitschaft. Über seine Lehrtätigkeit kann ich nicht urteilen.“⁶

Iburg war am 30.3.1939 auch seines Amtes als Schulleiter enthoben und durch den strammen Nationalsozialisten Paul Dittmer ersetzt worden, der die Schule wieder „auf Linie“ bringen sollte.⁷

Cäsar Iburg wurde zum 1.4.1939 an die Oberschule für Jungen nach Altona versetzt, an die Schule von Schulleiter Peter Meyer, wo er den ebenfalls suspendierten Schulleiter Robert Grosse kennenlernte.⁸

Interessant erschien, dass auch Iburg auf seinen Antrag vom 26.7.1940 gewährt wurde, den Titel „Oberstudiendirektor“ weiter zu tragen.

Am 28.7.1943 wurden Iburg und seine Frau total ausgebombt (Moorende 27) und zogen nach Stubbendorf, in den Kreis Stormarn.

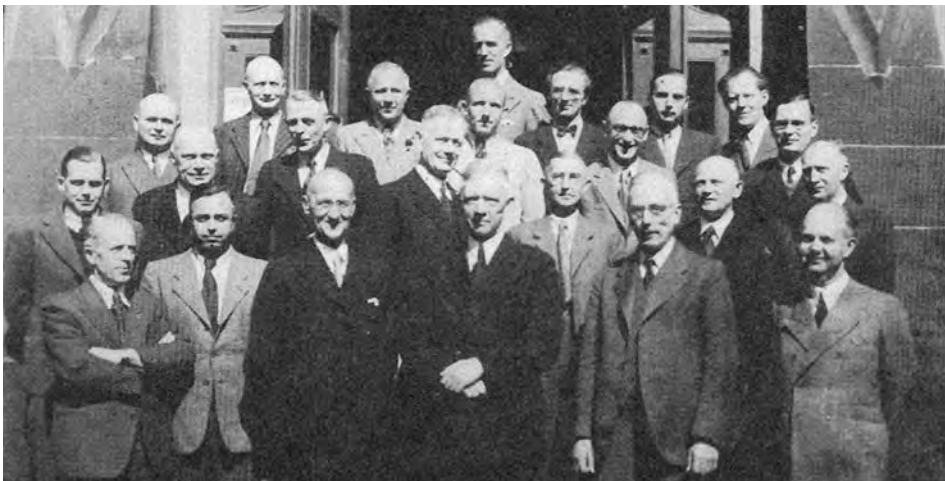
Ab dem 27.2.1945 wurde Iburg gewährt (kriegswichtige Arbeit), in der Abteilung Recht des Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverbandes Schleswig Holstein zu arbeiten.

Nach Ende der NS-Herrschaft war Cäsar Iburg dann guten Glaubens, wieder als Schulleiter eingesetzt zu werden. Der nach wie vor in Stubbendorf wohnende Cäsar Iburg schrieb am 11.5.1945 an die Schulverwaltung: „Hierdurch erhebe ich in aller Form einen Anspruch auf Rehabilitierung als Leiter der Kirchenpauerschule, da ich am 30.3.1939 lediglich deswegen meines Amtes enthoben wurde, weil ich ‚jüdisch versippt‘ war, während meine mehr als zwölfjährige Amtszeit wiederholt von meinen damaligen Vorgesetzten – insbesondere Oberschulrat Dr. Oberdörffer – als einwandfrei und vorbildlich anerkannt wurde.“⁹

Iburg arbeitete nach wie vor in der Rechtsabteilung des Viehwirtschaftsverbandes bei Syndikus Rechtsanwalt John Schmidt, der ihn juristisch beriet. Iburg schrieb weiter: „Ich möchte meinem eigentlichen Berufe baldmöglichst wieder zugeführt werden. Jedoch ist die Lösung der Wohnungsfrage unerläßliche Vorbedin-

gung. Ich bitte die Schulverwaltung, mir die Hausmeisterwohnung der Kirchenpauerschule als Direktorwohnung einzuräumen. Der Hausmeister könnte dann in den anstoßenden Räumen, die bisher als Papp-, Holz- und Metallwerkstatt dienten, geeignete Unterkunft finden. Um Mißverständnisse auszuschließen, betone ich, daß auch ich mit letztgenannten Räumen gern vorliebnehme, oben vorgeschlagene Regelung aber aus autoritären Gründen für gangbar halte.“ Und unter PS ergänzte er: „Solange eine Betätigung als Oberschul-Leiter nicht in Frage kommt, bitte ich mich in der Ernährungswirtschaft zu belassen.“¹⁰

Unterstützung erhielt Cäsar Iburg von der Vereinigung ehemaliger Schüler des Kirchenpauer-Realgymnasiums. Mit Schreiben vom 8.6.1945 richtete sich deren Vorsitzender an die Hamburger Schulverwaltung: „Die Vereinigung ehemaliger Schüler des Kirchenpauer-Realgymnasiums e. V., die sich aus mehr als 400 Mitgliedern zusammensetzt und in deren Reihen die hanseatische Kaufmannschaft und alle höheren Berufe stark vertreten sind, sieht mit Sorge der Entwicklung der Kirchenpauer-Oberschule entgegen, da dieselbe nach der Abberufung des Schulleiters Dr. Iburg seit 1939 aus reinen parteipolitischen Gründen von völlig unqualifizierten Personen geleitet wurde. Der Rückgang unserer Schule musste umso mehr auffallen, als die Schule sich jahrelang in der Person von Herrn Dr. Iburg eines besonders tätigen, zuverlässigen und mannhaften Direktors erfreut hatte. Für die früheren Schüler, die mit unwandelbarer Treue an ihrer alma mater weiter hängen, würde es die größte Beruhigung sein, wenn die Schulverwaltung der Kirchenpauer-Oberschule ihr angestammtes Oberhaupt wiedergibt, da gerade unsere Schule durch den Nationalsozialismus allerschwersten Schaden gelitten hat, weil manche schwe-



Kollegium der Oberschule für Jungen in Altona 1949, Cäsar Iburg 2. Reihe 2. v. l.; Schulleiter Peter Meyer vorne, 3. v. r.

re Lücken durch diese Partei uns gerissen wurden und wir die besten Lehrkräfte, ja fast sogar selbst das Schulgebäude abgeben mussten.“¹¹

Und auch ehemalige Kollegen, die zu der Gruppe von zehn bis zwölf Nichtnationalsozialisten an der Schule gehörten, verwendeten sich für Cäsar Iburg. So forderte Dr. Adolph Grabner die Rehabilitierung von Cäsar Iburg und des Lehrerkollegen Walther Gabe, dessen Großmutter Jüdin war. Zu Iburg schrieb Grabner: „Dr. Iburg, lange Jahre vor 1933 gewissenhafter und guter Schulleiter, wurde als einziger der damaligen Schulleiter im früheren hamburgischen Gebiet Weihnachten 1938 nicht als Oberstudiendirektor bestätigt und Ostern – ohne Angabe des Grundes – als Schulleiter abgesetzt; er erbat und erhielt dann seine Versetzung. Schritte des Lehrkörpers zu seinen Gunsten blieben erfolglos; Gründe wurden nicht mitgeteilt.“¹²

Offenbar war das Lehrerkollegium über die Motive für Iburgs Demission im Unklaren gelassen worden.

In einem internen Vermerk stellte Oberschulrat Heinrich Schröder am 8.9.1945 fest: „Dr. Iburg kann als Parteigenosse vom 1.5.1933 kein leitendes Amt bekleiden. Die Entlassung aus der NSDAP, die nicht auf seinen Wunsch erfolgt ist, gegen die er im Gegenteil sogar noch Beschwerde eingelegt hat, kann daran nichts ändern. Irgendwelche Beweise, daß Herr Dr. Iburg sich als Gegner des Nationalsozialismus gezeigt hat, liegen nicht vor. Im Gegenteil, die Tatsache, daß er gegen die Entlassung aus der Partei Beschwerde einlegte, spricht dafür, daß er sich vom Nationalsozialismus nicht trennen wollte. Die Wiedereinsetzung in das Amt eines Oberstudiendirektors wäre außerdem eine durch nichts gerechtfertigte Bevorzugung vor denjenigen Direktoren, die jetzt wegen ihrer Mitgliedschaft in der Partei gemäßregelt werden und entweder entlassen, pensioniert oder nur als Studienrat weiterbeschäftigt werden.“¹³

Am 25.9.1945 teilte Schröder Cäsar Iburg mit, dass er aus den genannten Gründen nicht wieder Leiter am Kirchenpauer-Gymnasium werden könne.¹⁴ Und nachdem Iburg den Entnazifizierungsfragebogen ausgefüllt hatte, wurde ihm von Senator Landahl am 20.11.1945 mitgeteilt, dass er auf Anordnung der Britischen Militärregierung entlassen werde. Schwerwiegend dafür war die Parteimitgliedschaft zum 1.5.1933 und die NSLB-Funktion als Schulwalter, die nach Kriterien der britischen Militärverwaltung als die eines politischen Leiters gewertet wurde.¹⁵

Iburg begründete seinen Eintritt in die NSDAP damit, seine Familie schützen zu wollen: „Da mein Schwiegervater Volljude war und bereits grosse Gefahr für sich und seine Familie befürchtete, trat ich in die Partei ein, um ihn und seine Angehörigen, darunter meine halbjüdische Frau zu schützen. Ich war der Ansicht, dass ich auf diese Weise die zu erwartenden Verfolgungen, wenn nicht ganz vermeiden, so doch wenigstens abmildern konnte.“¹⁶

Anlage 1.

Gründe für den Eintritt in die Partei :

1. Da mein Schwiegervater Volljude war und bereits grosse Gefahr für sich und seine Familie befürchtete, trat ich in die Partei ein, um ihn und seine Angehörigen, darunter meine halbjüdische Frau zu schützen. Ich war der Ansicht, dass ich auf diese Weise die zu erwartenden Verfolgungen, wenn nicht ganz vermeiden, so doch wenigstens abmildern konnte. vergl. Anl. 2.

2. Mit vielen meiner Kollegen, die gleich mir eine besorgliche und bedenkliche Entwicklung der N. S. D. A. P. in Richtung auf einen Krieg beobachteten, war ich der Ansicht, dass durch den Eintritt vieler besonnenen Leute eine Abschwächung der radikalen Richtung zu erreichen sein würde. Diesem Irrtum konnte ich um so eher verfallen, da ich mich vorher nie mit politischen Dingen beschäftigt hatte und die N. S. D. A. P. für eine Partei wie andere Reichsparteien auch hielt, das heisst der Ansicht war, dass man durch seinen Eintritt einen gewissen Einfluss auf Ziele und Entwicklung nehmen konnte. In diesem Punkte hatte ich mich natürlich völlig getäuscht, da alle Parteiversammlungen nichts als ein blosser Befehls-empfang waren.

3. Auf einer Schulleiterkonferenz, kurz vor dem 1.5.33 war den Leitern der Hamburger Schule der Eintritt in die N. S. D. A. P. als "Wunschbefehl" des Reichsstatthalters, d.h. also meines damaligen höchsten Vorgesetzten, nahegelegt worden. Vom Standpunkte des Beamtengehorsams glaubte ich mich diesem Wunschbefehl nicht entziehen zu dürfen, und soweit ich weiss hat auch keiner der Althamburger Schulleiter dies getan.

¹ Ich bemerke, dass mir niemals ein Parteibuch ausgehändigt wurde.

Erklärung als Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen, 1945

Später formulierte Iburg dieses Argument noch stärker und schrieb: „Ich war mir der Folgen voll bewusst, die sich aus der Durchführung des Parteiprogrammes für meine halbjüdische Frau und für meinen Schwiegervater, der Jude war, ergeben würden und hoffte, meinen Verwandten durch diese Tarnung Schutz zu gewähren. Später wurde mir jedoch vollkommen klar, dass diese Berechnung ein Fehler gewesen war.“ Und: „Meine Frau ist in Altona geboren. Ihr Vater war Jude und ein Freund des bekannten früheren jüdischen Reichsministers Walther Rathenau, der ein Opfer faschistischer Gruppen wurde. Meine Schwiegermutter starb im Jahre 1936 in Folge mehrerer Schlaganfälle, die durch die Aufregungen, welche durch die Naziverfolgungen verursacht waren, hervorgerufen wurden.“¹⁷

Und: „Meine Frau wurde aufgrund falscher Anschuldigungen der Nazis in Haft genommen und von einem nazistischen Polizisten derartig misshandelt, dass sie noch heute unter den Folgen leidet. Nach zweitägiger Haft wurde sie freigelassen, nachdem Rechtsanwalt Schmidt, John, die völlige Unhaltbarkeit der Beschuldigungen bewiesen hatte.“

Dies war eine zumindest nicht zu widerlegende Argumentation, auch wenn im Kontext der weiteren Aussagen Iburgs Zweifel blieben bei den Entnazifizierungsausschüssen. Etwa, wenn Iburg weiter argumentierte, warum er der NSDAP beitrug: „Mit vielen meiner Kollegen, die gleich mir eine besorgliche und bedenkliche Entwicklung der N. S. D. A. P. in Richtung auf einen Krieg beobachteten, war ich der

Ansicht, dass durch den Eintritt vieler besonnener Leute eine Abschwächung der radikalen Richtung zu erreichen sein würde. Diesem Irrtum konnte ich umso eher verfallen, da ich mich vorher nie mit politischen Dingen beschäftigt hatte und die NSDAP für eine Partei wie andere Reichstagsparteien auch hielt, das heisst der Ansicht war, dass man durch seinen Eintritt einen gewissen Einfluss auf Ziele und Entwicklung nehmen konnte.“

Dieses Argument war in Entnazifizierungsverfahren ziemlich verbreitet. Wobei es nicht wirklich den Eintritt in die NSDAP zum 1.5.1933 erklärt. Darum gab Iburg als nächstes Argument an: „Der damalige Reichsstatthalter ordnete an, dass die Schulleiter der Partei beizutreten hätten. Ein Ungehorsam würde eine Entfernung vom Posten eines Direktors zur Folge gehabt haben. In dem Falle würde ein aktiver Nazi meine Stelle eingenommen haben. Nachdem mir von meinen Kollegen entsprechend geraten worden war, trat ich sowohl im Interesse meiner Schule als im Interesse meiner Kollegen der Partei bei.“¹⁸

Und auch seine Übernahme des Amtes des NSLB-Vertrauensmannes begründete er so, dass bei den Mitgliedern des Entnazifizierungsausschuss Zweifel aufkommen konnten, weil es wieder nach dem damals gängigen Rechtfertigungsmuster aussah: „Wenn ich mir selber treu bleiben wollte, konnte ich nicht gestatten, dass Nazis auf die Leitung der Schule irgendwelchen Einfluss bekamen. Da ich Vertrauensmann der Berufsorganisation (NSLB) an der Schule war, konnte ich es nicht verhindern, dass diese Stelle von der NSDAP in ein Amt (eines ‚Schulwalters‘) verwandelt wurde ohne verdächtigt zu werden oder Gefahr zu laufen, dass diese Stelle mit einem SA-Sturmführer besetzt wurde.“

Da in einem parallel laufenden Entnazifizierungsverfahren der ehemalige Lehrer der Kirchenpauer-Oberrealschule, Hermann Schwegler, behauptet hatte, dass er „am 1.5.1933 nur unter Druck meines damaligen Schulleiters Dr. Iburg in die Partei eingetreten“ sei, wurden Iburgs Aussagen weiter erschüttert. Als Beleg hatte Schwegler das Schreiben vom damaligen Schulleiter Cäsar Iburg vom 13.5.1933 beigebracht, in dem Iburg geschrieben hatte, „dass der Unterschied zwischen Ihrer Dienstauffassung, die der eines freischaffenden Künstlers sehr nahe kommen dürfte und der meinigen, die streng soldatisch ist und bleiben wird“.¹⁹ Dies wurde von Schwegler genutzt, um Iburg als Schulmonarchen mit Wehrmachts-Offiziersgehabe darzustellen. Aus meiner Sicht eine nahezu intrigenhafte Verdrehung von Tatsachen. Bei Durchsicht der Personalakte von Hermann Schwegler wurde deutlich, dass er immer wieder an den etwa zehn Schulen seiner Berufstätigkeit wegen seiner laxen und unzuverlässigen Berufs-Auffassung Schwierigkeiten hatte mit Kollegen und Schulleitungen. Dieser kurze aus einem Kontext gerissene Brief von Cäsar Iburg warf ein unzulässiges Licht auf Iburg, das Schwegler entlastete und Iburg schadete.

Fazit: Der Beratende Ausschuss fasste am 13.8.1946 folgenden Beschluss: „Dr. Iburg war 1927 Schulleiter an der Kirchenpauer-Schule, damals vom Kollegium gewählt. 1933 trat er in die Partei ein, wurde als Schulleiter von der nationalsozialistischen Schulverwaltung bestätigt und später auch zum Oberstudiendirektor befördert. Am 11.4.1938 wurde er durch Entscheidung des Parteigerichts aus der NSDAP ausgeschlossen, weil er jüdisch versippt sei und es unterlassen habe, diese Tatsache der Partei zu melden. Gegen diese Entscheidung legte Iburg Beschwerde ein, die aber von der Kammer des Gaugerichts am 9.1.1938 zurückgewiesen wurde. Iburg wurde daraufhin von seinem Amt als Schulleiter abberufen und als Studienrat weiter beschäftigt, erhielt aber Titel und Gehalt eines Oberstudiendirektors. Seine Entlassung durch die Militärregierung dürfte auf sein Amt als Schulwalter zurückzuführen sein. Iburgs politische Haltung wird von einigen seiner Kollegen nicht als nationalsozialistisch bezeichnet. Demgegenüber steht die Angabe Dr. Schweglers, daß er nur auf den Druck von Dr. Iburg hin in die Partei eingetreten sei. Über die ‚soldatische‘ Haltung Iburgs gibt ein aus der Akte Schweglers beigefügtes Schreiben Auskunft. Der Antrag Dr. Iburgs im Sommer 1945, seinen Fall als Wiedergutmachungsfall zu betrachten und als Oberstudiendirektor seiner ehemaligen Schule wieder eingesetzt zu werden, wurde von der Schulverwaltung abgelehnt, weil Iburg seit 1933 Mitglied der NSDAP war und weil er durch seine Beschwerde gegen das Urteil des Kreisgerichts gezeigt hat, daß er auch 1938 noch an der Partei festhalten wollte. Weil Iburg aber als durch die Rassengesetzgebung Geschädigter angesehen werden kann, befürwortet der Beratende Ausschuss seine Weiterbeschäftigung als Studienrat.“²⁰

Für Iburg sprachen die Leumundszeugnisse einiger antinazistischer Kollegen seiner alten Schule. So schrieb etwa Walther Gabe, der wegen seiner jüdischen Großmutter Schwierigkeiten hatte: „Die Nachricht von Ihrer Entlassung aus dem Schuldienst und die Aberkennung aller materiellen Rechte hat mich erschüttert, und es drängt mich, Ihnen zu sagen, wie schmerzlich ich Ihre unverdientes Unglück mitempfinde. Anders kann ich es mir nicht erklären, als daß hier ein ‚oversight‘ passiert ist, denn was könnte ausgerechnet gegen Ihre Person vorliegen! Als Sie seinerzeit in die Partei eintraten, geschah es, wie mir bald klar wurde, nicht deshalb, weil Sie das Programm billigten, sondern offenbar zu dem Zweck, mit Hilfe dieser Tarnung das von Ihnen geleitete Kirchenpauer Realgymnasium zu decken und vor Einmischungen und Angriffen von Naziseite zu schützen. Ich erinnere mich auch gern, wie Sie bei dem Angriff des Herrn Brockmöller gegen mich sowohl der Schulverwaltung wie auch dem NSLB gegenüber für mich eingetreten sind. Sie taten das im vollen Bewusstsein der Gefährdung Ihrer eigenen Stellung.“²¹

Und: „Bei der Beurteilung Ihres Charakters, lieber Kollege Iburg, und Ihrer einwandfreien politischen Haltung darf meine Stimme besonders schwer ins Gewicht

fallen, angesichts der Tatsache meiner Abstammung und der Verfolgung durch die Nazis, der ich wehrlos ausgesetzt war. Anfang 1943 wurde ich von heute auf morgen aus dem Schuldienst entfernt und als gewöhnlicher Schreiber 2 1/4 Jahr lang in der Verwaltung beschäftigt. Im Mai 1945 schlug dann meine Befreiungsstunde. Mit Bestimmtheit rechne ich auf Ihre Rehabilitierung!“

Auch der antinazistische Lehrer Theodor Claussen bestätigte Iburg: „Waren Sie es doch gerade, der es in den damaligen politisch aufgeregten Zeiten verstand, dem Nationalsozialismus sozusagen die schlimmsten Giftzähne auszubrechen.“²²

Und auch Iburgs ehemaliger Stellvertreter, Hermann Jessen, bestätigte Iburgs Motiv, die NSLB-Schulwalter-Stelle zu übernehmen: „Daß Dr. Iburg später Schulwalter wurde, hatte folgende Bewandnis: Herr Studienrat Hestermann war im Kollegium der Vertrauensmann des Philologenvereins und legte das Amt nieder bei der Umwandlung dieses Vereins in den NS. Lehrerbund. Da bestand die Gefahr, dass Herr Brockmöller, ein SA Sturmführer und Aktivist, sich dieses Postens bemächtigen würde. Daher übernahm Dr. Iburg dieses Amt, das ohne sein Zutun zum Amt eines Schulwalters wurde; er hoffte, die Parteispitzel auf diese Weise unbehindert in Schach zu halten und von der Schule eine dauernde Beunruhigung abzuwehren.“²³

Auch die Vereinigung ehemaliger Schüler des Kirchenpauer-Realgymnasiums verwendete sich am 23.1.1946 noch einmal für Cäsar Iburg. Ebenso Rechtsanwalt John Schmidt, der sich als bekannten Anti-Nationalsozialisten bezeichnete und schrieb: „Ich sehe das Unrecht, das hier begangen wurde darin, dass jemand, der jahrelang – schon lange vor 1933 – und dann bis 1939 als gewählter Schulleiter in vorbildlichster Weise eine höhere Schule in Hamburg geleitet hat, zum Schutze seiner jüdischen Angehörigen reiner Formgenosse in der Partei gewesen ist und schließlich auch als Opfer nationalsozialistischer Machenschaften von seinem Posten als Schulleiter entfernt ist, nun abgestempelt werden soll als politisch untragbarer Nationalsozialist.“²⁴

Cäsar Iburg wandte sich am 30.12.1946 an den ehemaligen Kollegen in Altona, Robert Grosse, von dem er vermutete, dass er Einfluss nehmen könne, das langwierige Verfahren positiv zu verkürzen und Heinrich Schröder anzusprechen. Und in der Tat, das Schreiben gelangte in die Hände von Oberschulrat Schröder und damit auch in die Personalakte von Cäsar Iburg.²⁵

Der Berufungsausschuss tagte am 24.1.1947 und gab der Berufung Iburg statt, „mit der Maßgabe, dass Iburg als Studienrat wieder einzusetzen ist“.²⁶

Interessant darin ist auch die andere Bewertung der Behauptung Hermann Schweglers: „Die Angabe Dr. Schweglers, er sei nur auf Drängen von Iburg der Partei beigetreten, kennt der Berufungsausschuss aus der Akte Dr. Schweglers und hat sie damals für nicht sehr glaubwürdig gehalten. Auch der der Akte beiliegende Brief Dr. Iburgs an Dr. Schwegler dürfte nicht besonders belastend sein.“²⁷

Die Verdächtigung durch Schwegler hat das Verfahren immerhin um zwei Jahre verlängert. Cäsar Iburg wurde als Studienrat an das Gymnasium Schlee-Schule berufen.

Am 5.9.1948 beantragte er die Wiederaufnahme des Verfahrens. Ein Jahr später entschied der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten in Iburgs Sinne. Ihm „wird die Führung der Amtsbezeichnung Oberstudiendirektor und das Gehalt eines Oberstudiendirektors mit Wirkung vom 1. September 1949 zuerkannt“. Er wurde in Kategorie V eingestuft, Entlasteter. In der Begründung hieß es: „Nach der Auffassung des Berufungsausschusses hat Dr. I. seinen Beitritt zur NSDAP erklärt, um die Leitung der Schule gegenüber einem aktiveren Nationalsozialisten weiter zu behalten und um seine jüdischen Familienangehörigen besser schützen zu können. Er hat tatsächlich, wie ihm von sämtlichen unbelasteten Mitgliedern seines Kollegiums bestätigt wird, die Schule nach Möglichkeit von den ns. Einflüssen freigehalten, so daß ihm allseits hierfür Dank ausgesprochen wird. Bei dieser Haltung erscheint es dem Ausschuss nicht gerechtfertigt, ihm den den nationalsozialistischen Machthabern abgerungenen Titel bzw. die Amtsbezeichnung als Oberstudiendirektor und die hiermit verbundene Besoldung abzuerkennen. Seiner Berufung war daher stattzugeben.“²⁸

Die Schulbehörde akzeptierte dieses nicht und gewährte Iburg weiterhin nur die Bezüge eines Studienrates.²⁹ Cäsar Iburg klagte vor dem Landesverwaltungsgericht und auch dort wurde seine Klage am 25.5.1950 abgewiesen.

Der Ton zwischen Iburg und der Schulbehörde verschärfte sich. Der damalige juristische Vertreter der Behörde in solchen Verfahren, Oberregierungsrat von Zersen, soll Iburg in einem Prozess des ehemaligen Kirchenpauer-Studienrats Werner Studt gegen die Behörde nach Aussagen seines Rechtsanwalts als „Querulanten“ bezeichnet haben. Iburgs Anwalt John Schmidt wies dies in einem Schreiben an das Personalamt entschieden zurück. Und Iburg selbst schrieb einen ironischen Brief an die Schulbehörde, die ihm zum 1.1.1953 zum 40jährigen Dienstjubiläum gratulierte und ihm mitteilte, dass für eine Feier anlässlich des Jubiläums „aus öffentlichen Mitteln bis zu 50 DM zur Verfügung gestellt werden“. Iburg antwortete am 9.3.1949: „Der Schulbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg spreche ich hierdurch meinen aufrichtigen Dank aus für die mir anlässlich meines 40jährigen Dienstjubiläums erwiesene Ehrung sowie die großzügige Geldspende, die mich instand setzte, eine Feier in meinem Betriebe zu veranstalten und darüber hinaus meinen Hausrat, den ich als Ausgebombter völlig eingebüßt hatte, ansehnlich zu ergänzen.“³⁰

Am 13.8.1953 wurde Iburg in den Ruhestand versetzt, zur Weiterführung einer Abiturklasse in Englisch und Französisch erhielt er noch einen Lehrauftrag für ein Jahr.

1964 wurde Cäsar Iburg nach A 14 übergeleitet. Er legte Widerspruch ein und

ein Vergleich beendete den jahrelangen Rechtsstreit am 9.3.1966. Iburg erhielt danach Versorgungsbezüge nach A 15.

Am 12.8.1968 gratulierte Landesschulrat Wolfgang Neckel Iburg zum 80. Geburtstag mit der Standardformel und ergänzte den Dank „insbesondere für Ihre erfolgreiche Tätigkeit als Leiter der Kirchenpauer-Schule.“ Eine kleine Rehabilitation.

Cäsar Iburg starb am 21.4.1969. Seine Ehefrau Clara am 6.9.1980.

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach Iburgs Personalakte, StA HH, 361-3_A 1595 Bd. 1.
- 2 Ebd.
- 3 Abschrift des Schreibens, ebd.
- 4 Entscheidung vom 9.6.1938, ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Siehe Biografie Paul Dittmer in diesem Buch.
- 8 Siehe Biografien Peter Meyer und Robert Grosse in diesem Buch.
- 9 Personalakte Iburg, a. a. O.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Schreiben vom 30.6.1945, ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Ebd.
- 16 Personalakte Iburg, StA HH, 361-3_A 1595 Bd. 2.
- 17 Anlage 3, ebd.
- 18 Alle Argumente Iburgs ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Schreiben vom 31.12.1945, ebd.
- 22 Schreiben vom 6.12.1945, ebd.
- 23 Schreiben vom 16.12.1945, ebd. Siehe auch Biografie Walter Brockmöller in diesem Buch.
- 24 Schreiben vom 3.12.1945, ebd.
- 25 Personalakte Iburg Bd. 1, a. a. O.
- 26 Personalakte Iburg Bd. 2, a. a. O.
- 27 Ebd. Siehe auch die Personalakte Schwegler, StA HH, 361-3_A 3061 und auch seine Entnazifizierungsakte, StA HH, 221-11_Ed 6933. Daraus ergibt sich, dass Schwegler sehr wohl nationalsozialistisch aktiv war. So trat er nicht nur am 1.5.1933 in die NSDAP ein, er war mehrere Monate SS-Anwärter und später im NSLB als Ortsgruppen-Amtswalter tätig. Seine Beschuldigung gegenüber Cäsar Iburg muss danach als Schutzbehauptung gewertet werden.
- 28 Ebd.
- 29 Alle zitierten Dokumente ebd.
- 30 Dieses und alle weiteren Dokumente ebd.

Wilhelm Oberdörffer

„Der Gauleiter richtete einen Antrag an den Führer, Dr. Oberdörffer wegen seiner persönlichen Eigenschaften zu gestatten, Parteimitglied zu bleiben.“

Eine der widersprüchlichsten Personen im Hamburger Schulwesen der NS-Zeit war aus meiner Sicht Wilhelm Oberdörffer. Oberdörffer, karrierebewusst, war schon seit 1921 in der Schulverwaltung tätig, seit 1926 als Oberschulrat. Als DVP-Mitglied galt er als liberal und geschickter Personalplaner. Als einer der wenigen Schulaufsichtsbeamten blieb er 1933 im Amt, nachdem er am 1.5.1933 NSDAP-Mitglied geworden war. Sein Amt versah er ähnlich wie Fritz Köhne durchaus mit Blick für die Nöte von Lehrern, die keine Nationalsozialisten wurden. 1941 schied Oberdörffer aus dem Staatsdienst aus und wechselte als Leiter der Personalverwaltung in den Zigaretten-Konzern Reemtsma. Als Grund nannte er die Erkenntnis, dass einer seiner „Urgroßväter mütterlicherseits blutsmäßig Volljude“ gewesen sei. Die Darstellung über die Gründe und den Zeitpunkt des Wechsels Oberdörffers erscheinen zumindest zweifelhaft.

Wilhelm Oberdörffer wurde am 14.4.1886 als Sohn eines Musiklehrers, „Tonkünstler“, wie Wilhelm Oberdörffer schrieb, in Hamburg geboren.¹ Er besuchte von 1892 bis 1904 das Realgymnasium des Johanneums, wo er 1904 die Reifeprüfung bestand. Danach studierte er neue Sprachen, Geschichte und Philosophie in Freiburg, Berlin und Kiel. 1908 promovierte er mit einer Arbeit „Das Aussterben altenglischer Adjektive und ihr Einsatz im Verlaufe der englischen Sprachgeschichte“. Das 1. Staatsexamen in Berlin und Kiel erfolgte 1909 und 1910.

Ausgebildet wurde er an den Oberrealschulen St. Georg und Eppendorf sowie an der Realschule St. Pauli und dem Heinrich Hertz-Realgymnasium. Seit dem 1.10.1912 arbeitete er als Oberlehrer am Heinrich Hertz-Realgymnasium.

Wegen eines Herzleidens war Wilhelm Oberdörffer vom Militär- und Kriegsdienst befreit. Dafür engagierte sich Oberdörffer an seiner Schule umso aktiver. „Er hat die umfangreiche Arbeit aller Kriegsanleihen in der Schule in tadelloser Form ausgeführt, die ja am Heinrich Hertz-Realgymnasium einen sehr guten Erfolg hatten. Bei allen Sammlungen in der Schule ist er auf das eifrigste beteiligt, besonders hat er die Knochensammlung erfolgreich organisiert und der ‚Produktion‘ mancherlei Ratschläge erteilt. An jedem Kriegsweihnachten hat er mit den Schülern seiner Klasse große und reiche Bescherung für 70–80 Kinder von Kriegsteilnehmern ärmerer Klassen eingerichtet, die ebenso erfolgreich wie rücksichts- und liebevoll durchgeführt wurden. Mit seinen Schülern, die auf landwirtschaftlichem Hilfsdienst

waren, unterhielt er stets umfangreichen, viel Zeit beanspruchenden Briefwechsel; überhaupt verstand er es, sie in hervorragendem Maße geistig anzuregen, wie z. B. die Berichte der Schüler und der von ihnen herausgegebene Druckband es bezeugen. Dieser Band ist in mehreren 100 Exemplaren zu je 1 Mark für die Kriegshilfe verkauft.“² Oberdörffer wurde als „höchst umsichtiger, hilfsbereiter Mann von selten großem Geschicke und reicher tatkräftiger Anregung“ bezeichnet.

Parallel dazu war Oberdörffer im Verein der Oberlehrer aktiv. 1918 wurde er als Vertreter der Oberlehrer in den interimistischen Beamtenausschuss der Oberschulbehörde gewählt.³ Auf der Liste „Aufbau/Verein der Oberlehrer“ wählte man ihn 1918 und 1920 in die Lehrerkammer.⁴

Schon zum 1.4.1921 sicherte sich die Oberschulbehörde (OSB) die Dienste Oberdörffers. Am 3.3.1921 hatte dieser sich bereit erklärt, neben seinem Unterricht am Heinrich Hertz-Realgymnasium als „Hilfsarbeiter in der OSB für Schulrat Wolfgang Meyer die Geschäfte des höheren Knabenschulwesens“ mit zu bearbeiten.⁵ Er wurde Schulrat und ab 1926 Oberschulrat für das höhere Schulwesen. Zu seinen Aufgaben gehört die Aufsicht über die Privatschulen sowie das Referat für das deutsche Auslandschulwesen, mit der Oberaufsicht über die an diesen Schulen stattfindenden Reifeprüfungen.

Oberdörffer war Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP), seit 1921 mit Gretchen Oberdörffer verheiratet und hatte zwei Töchter.

1933 gehörte Oberdörffer zu den wenigen Schulaufsichtsbeamten, die von den Nationalsozialisten im Amt belassen wurden. Oberdörffer war seit dem 1.5.1933 Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer 3 494 167), des NSLB seit 1934, der NSV (1934), des VDA (1939), des NS-Altherrenbundes (Juni 1938) und im Reichsluftschutzbund.⁶

Uwe Schmidt schrieb: „Oberdörffer fügte sich in die große Linie der neuen Schulpolitik ein und verhielt sich den neuen Machthabern gegenüber als loyaler Beamter, war jedoch zugleich bemüht, denen zu helfen, die durch die nationalsozialistische Personalpolitik in Not gerieten.“⁷

Dabei dürfte es für Oberdörffer nicht ganz einfach gewesen sein, insbesondere in seiner Verantwortung für die Privatschulen und die Jüdischen Schulen. So war etwa die Altonaer Waldorfschule für die örtliche NSDAP „eine Brutstätte der Reaktion“, da sie hauptsächlich von Kindern wohlhabender Leute, „die am NS-Geschehen wenig oder gar keinen Anteil hatten“, besucht wurde.⁸

Bei den von NS-Fanatikern bekämpften Privatschulen war Oberdörffer 1939 damit befasst, sie in das öffentliche Schulwesen zu überführen. Schmidt berichtete, wie ein Oberlehrer sich bei Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer bedankte „für all das, was sie in zwei Jahrzehnten für die privaten Schulen getan haben. Sie haben

durch ihre Umsicht und ihr Verstehen für die vorhandenen Grenzen uns unsere Arbeit tun lassen“ und „mit unerschöpflicher Geduld die oftmals nahezu grotesken Spannungen, die bei den an der Wahnschaff-Schule gegebenen Voraussetzungen unvermeidlich waren, ertragen und immer wieder für uns gelöst.“⁹

Noch schwieriger war es für Oberdörffer in seiner Schulaufsichtsfunktion für die jüdischen Schulen. Ursula Randt schrieb in ihrer Geschichte der Mädchenschule der deutsch-israelitischen Gemeinde in Hamburg, Carolinenstraße 35: „Anscheinend hat das traditionell gute Verhältnis zur Schulbehörde selbst in den ersten Jahren des Nationalsozialismus noch weiter bestanden. Die Schulaufsicht über die beiden jüdischen Schulen führte Oberschulrat Dr. Oberdörffer. Schon 1924 hatte er an der Abschiedsfeier für Mary Marcus teilgenommen, und noch 1939 hatte er über Dr. Jonas und Direktor Spier sachliche und anerkennende Berichte geschrieben. Mit Sicherheit war er kein Antisemit. Sein Einfluss blieb aber wohl verhältnismäßig gering; vor allem konnte er nicht verhindern, dass die Schulen immer mehr unter die Kontrolle der Gestapo gerieten.“¹⁰

Uwe Schmidt wies ebenfalls darauf hin, dass „eine enge Verbundenheit“ bestand zwischen Oberdörffer und den jüdischen Schulen. „Oberdörffer wurde als zuverlässiger Freund der jüdischen Schulen angesehen.“ Oberdörffer verhielt sich „gegenüber den jüdischen Schulen und ihren Menschen human und respektvoll und kannte zum Beispiel die Schülerinnen und Schüler, deren Abitur er abnahm, mit Namen.“¹¹

Schmidt zog eine Parallele von Oberdörffer zu Fritz Köhne, die er „Anwälte des Menschlichen“ nannte. Beide „mussten sich in die große Linie der Schulpolitik einfügen und Befehle und Anordnungen von höherer Stelle nach ‚unten‘ weitergeben. Beide verhielten sich den neuen Machthabern gegenüber als loyale Beamte und trugen auf diese Weise dazu bei, nationalsozialistische Erziehungsvorstellungen in den Schuldienst zu bringen. Dessen ungeachtet waren beide – in einer Art Doppelrolle – Garanten dafür, dass es im Schulwesen, soweit es irgend möglich war, auch unter geänderten Verhältnissen weiterhin menschlich zugeht.“¹²

Parallelen sind offensichtlich. Irritierend erscheint die frühe Parteimitgliedschaft Oberdörffers 1933, die man wohl als Opportunismus verstehen kann. Oberdörffer wollte seine Position nicht aufgeben. Fritz Köhne war 1933 im Amt geblieben, er war für das Volksschulwesen mit seinem Wissen unverzichtbar, obwohl er als alter Sozialdemokrat nicht in die NSDAP eintrat. 1937, als die Nationalsozialisten ihn aufforderten, Parteimitglied zu werden, wollte Köhne sich pensionieren lassen. Er wurde von seinen alten Freunden aus der „Gesellschaft der Freunde“ bedrängt, das Opfer auf sich zu nehmen und seine „schützende Hand“ weiter über die Volksschulen und die Hamburger Lehrerschaft zu halten.

Irritierend wirken auch zwei andere Berichte. So berichtete Volker Detlef Heydorn über seine Schulzeit im „Dritten Reich“ an dem Realgymnasium Blankenese. Heydorn hatte Schwierigkeiten, weil er sich nicht in der Hitler-Jugend organisieren wollte. Er erinnerte: „Meine Sonderstellung als nicht in der HJ organisierter Schüler und die durch eine Aktion der Geheimen Staatspolizei gegen meinen Vater hervorgerufene schärfere Akzentuierung meiner liberalen Weltanschauung beunruhigte die Hitlerjugendführung. Sie schaltete sich vor dem Abitur 1939 energisch ein, um mir ein positives Ergebnis unmöglich zu machen. An der schriftlichen Prüfung konnte ich mich noch beteiligen. Vor Beginn des mündlichen Examens wurde ich in den Musiksaal hinaufgerufen. Dort saßen neben dem versammelten Kollegium einige Hitlerjugendführer sowie der damalige Oberschulrat Oberdörffer (der nach dem Zweiten Weltkriege mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde). Dieser erhob sich und sagte etwa wörtlich: ‚Die höhere Schule hat nicht nur die Aufgabe, hohles Wissen zu vermitteln, sie soll vielmehr den Menschen weltanschaulich formen. Ihre Leistungen reichen zwar aus, doch haben sie in der letzten Zeit zu oft gezeigt, dass sie nicht durchdrungen sind von den Ideen, die uns alle bewegen. Darum können wir Ihnen das Zeugnis der Reife nicht geben. Sie haben die Schule zu verlassen oder noch viel an sich zu arbeiten.‘

Darauf erhoben sich Pädagogen und HJ-Führer zum ‚Deutschen Gruß‘. Ich verzichtete auf diese politische Geste und verließ, überzeugt, dass mir das Ende des ‚Dritten Reiches‘ auch mein Reifezeugnis bringen würde, den Raum. Für den von mir gewählten Berufs benötigte ich es sowieso nicht.“¹³

Und Uwe Schmidt berichtet davon, dass der traditionsbewusste Oberdörffer im Vorstand des Ehemaligenvereins seiner alten Schule, des Realgymnasiums des Johanneums aktiv war und beim 100jährigen Bestehen der Schule am 29.9.1934 in einem Grußwort ausführte: „Solche Vereinigungen wie der Ehemaligenverein dieser Schule seien nicht nur nicht entbehrlich, sondern sie müssten schleunigst gegründet werden, wo sie noch nicht bestehen; weil sie den Geist erhalten, den der neue Staat will: ‚den Geist der Treue, der Kameradschaft, der Zusammengehörigkeit und des Stehens im Dienste einer Gemeinschaft‘.“¹⁴

Im Personalbogen Oberdörffers wurde festgehalten: „Der Beamte hat entsprechend den Richtlinien zu § 1 a Abs.3 des Reichsbeamtengesetzes seine arische Abstammung und die arische Abstammung seines Ehegatten nachgewiesen.“ Dabei ist das Wort „nachgewiesen“ unterstrichen.¹⁵

1940 passierte nun etwas, das Oberdörffer am 15.11.1945 in der Nachschau folgendermaßen beschrieb: „Bei der Beschaffung von Unterlagen über meine Vorfahren ging mir am 3. November 1937 vom Direktor des Hamburgischen Staats-

archivs die Nachricht zu, dass einer meiner Urgroßväter mütterlicherseits, Nicolaus Emanuel Pein, geboren am 21. Oktober 1790, kirchlich getraut zu St. Michaelis in Hamburg am 28. März 1819, gestorben am 21. September 1837, blutmässig Volljude gewesen sei. Ich stellte mein Amt zur Verfügung, mir wurde aber bedeutet, dass ich im Amte und in der Partei zu bleiben hätte, bis eine Entscheidung von höherer Stelle ergangen sei. Durch ein Schreiben der Parteileitung vom 5. Juni 1940 wurde mir eröffnet, dass ich wegen meines artfremden Bluteinschlages nicht der Partei angehören könnte und dass meine Mitgliedschaft in der Partei annulliert würde. Gleichzeitig erfuhr ich, dass die Gestapo und der SD seit langem Material gegen mich wegen meiner kirchlichen Bindungen und meiner Einstellung zur Judenfrage sowie meiner grundsätzlichen Haltung überhaupt gesammelt und dem Reichsstatthalter ausgeliefert hatten. Antragsgemäß wurde ich daraufhin am 11. September 1940 beurlaubt und zum 31. März 1941 in den Ruhestand versetzt.“¹⁶

Aus meiner Sicht erscheint diese Darstellung nicht wirklich nachvollziehbar oder glaubhaft. Es gibt keinen mir bekannten Fall, in dem die Erkenntnis über „artfremdes jüdisches Blut“ in der Ahnenreihe bei den Nationalsozialisten nicht zu sofortigen Konsequenzen geführt hätte. Wenn Oberdörffer am 3.11.1937 von offizieller Seite, dem Direktor der Staatsarchives, die geschilderte Nachricht bekommen hatte und dieses der NSDAP oder der Behördenleitung gemeldet hätte, wäre es, wie in anderen Fällen, zu prompten Reaktionen gekommen. Schlimm genug. Aber eine fast dreijährige Reaktionszeit – welchen Grund sollte sie gehabt haben?

Wahrscheinlicher ist, dass Oberdörffer erst 1940 den Zeitpunkt für gekommen sah, den jüdischen Urgroßvater anzugeben. Ursula Randt bot eine mögliche Erklärung für Oberdörffers Entscheidung an: Sie stellt „in Bezug auf Oberdörffers Rückzug aus der Schulverwaltung“ die naheliegende Frage, ob der Grund hierfür wirklich sein jüdischer Urgroßvater war: „Mir scheint, dass er 1940 keine Möglichkeit mehr sah sein Amt in humaner Weise zu führen.“¹⁷

Eine andere Interpretation, nicht ganz so ehrenwert wie die Vermutung von Ursula Randt, ist die Hypothese, dass Oberdörffer 1940 für sich entschieden hatte, keine Perspektive mehr zu sehen, keine Identifikationsmöglichkeiten mit seiner Aufgabe, vielleicht auch im Krieg das Gefühl zu haben, auf einem „sinkenden Schiff“ zu sitzen. Negativ und zugespitzt gedacht, die Möglichkeit zu nutzen, sich von dem Ballast der NS-Mitgliedschaft zu befreien.

Mit Wirkung vom 1.4.1940 war Wilhelm Oberdörffers Oberschulratsstelle nach A1 b besetzt. Anzunehmen ist, dass Oberdörffer bei seinem Schritt, aus der Schulverwaltung auszuschneiden, die Option, bei Reemtsma Leiter der Personalverwaltung zu werden, vorher geklärt hatte.

Formal ergab sich folgender Ablauf: Senator Karl Witt schrieb am 3.9.1940

an Reichsstatthalter Karl Kaufmann: „Auftragsgemäß habe ich heute mit Herrn Dr. Oberdörffer über seine Pensionierung gesprochen. Herr Oberdörffer ist bereit, sich pensionieren zu lassen. Er bittet, da er ohne Vermögen ist, die Pensionierung auf den 1. April 1941 auszusprechen und ihn bis dahin zu beurlauben, damit er einen Übergang findet und sich auf sein Einkommen als Ruheständler einrichten kann. Er hat zwei Töchter, die beide noch in der Ausbildung begriffen sind; eventuell muss er sich auch um eine andere Wohnung kümmern.

Zu seinem Nachfolger bitte ich, Pg. Oberstudiendirektor Henze zu bestellen. Nach den Bestimmungen des Ministers muss Pg. Henze, ehe er als Oberschulrat angestellt werden kann, sechs Monate sein Amt kommissarisch ausüben. Pg. Henze könnte dann zum 1. April angestellt werden, wenn die Stelle Dr. Oberdörffer freigegeben ist. Ich werde dem Pg. Henze neben der Leitung des höheren Schulwesens und der Bearbeitung der Personalien noch die politische Begutachtung sämtlicher Lehrkräfte übertragen.“¹⁹

Auch eine andere Personalentscheidung war getroffen worden: „Oberschulrat Dr. Behne ist eingezogen; Oberschulrat Dr. Saß ist erkrankt, so dass augenblicklich außer Dr. Oberdörffer kein Schulaufsichtsbeamter des höheren Schulwesens zur Verfügung steht. Ich bitte Sie um die Ermächtigung, den Oberstudiendirektor Dr. Züge, Fachschaftsleiter für das höhere Schulwesen im NSLB, zur Vertretung zu bestellen. Ich werde Dr. Züge darauf hinweisen, dass aus dieser aushilfsweisen Beschäftigung keine Folgerungen gezogen werden können. Herr Dr. Züge, der die politische Betreuung der Studienräte im NSLB ausübt, ist sehr wohl im Stande, auch in der ersten Zeit Pg. Henze beratend zur Seite zu stehen. Pg. Henze ist nie an einer Staatsschule tätig gewesen, und ich halte eine Einführung durch Pg. Dr. Züge, der politisch gut beurteilt ist, für sehr nützlich.“

Und Oberdörffer hatte noch ein Anliegen, das Witt dem Reichsstatthalter vortrug: „Herr Dr. Oberdörffer bittet, dass die Unterredung mit dem Standartenführer Schulz noch stattfinden kann. Ihm liegt daran festzustellen, dass er wegen seiner Abstammung freiwillig aus dem Amte scheidet. Er möchte nicht, dass ihm vorgeworfen würde, er sei politisch unzuverlässig und er gehe aus Furcht vor einem Disziplinarverfahren.“

Karl Kaufmann stimmte allen drei Punkten zu. Oberdörffer wurde bis zum 1.4.1941 beurlaubt²⁰ und stellte daraufhin am 12.9.1940 den Antrag, zum 31.3.1941 in den Ruhestand versetzt zu werden.

Karl Witt wandte sich am 12.9.1940 an die Personalabteilung des Hauptverwaltungsamtes. Aus dem Schreiben geht hervor, dass mit Unterstützung der Reichsstatthalters Kaufmann der Versuch gemacht worden war, durch Sonderregelung Adolf Hitlers Oberdörffer als Parteimitglied zu halten. Witt schrieb: „Der am

Herrn Senator Witt -Schulverwaltung-.

Auf Ihr Schreiben vom 3.d.M. erkläre ich mich mit Ihren Vorschlägen einverstanden, wonach

- 1) Oberschulrat Dr. Oberdörffer bis zu seiner zum 1. April 1941 einzuleitenden Versetzung in den Ruhestand beurlaubt wird,
- 2) Oberstudiendirektor Henze sofort kommissarisch mit der Wahrnehmung der Obliegenheiten eines Oberschulrats für das höhere Schulwesen beauftragt und zum 1. April 1941 endgültig ernannt wird,
- 3) Oberstudiendirektor Dr. Züge zum Vertreter des Oberschulrats bestellt wird.

Auf die Frage der weiteren Erledigung der Angelegenheit Oberdörffer komme ich noch besonders zurück.

Karl Kaufmann

Reichsstatthalter Karl Kaufmanns Entscheidung, 1940

14.4.1886 geborene Oberschulrat Dr. Oberdörffer ist rassenmäßig deutschblütig im Sinne des Reichsbürgergesetzes und der dazu ergangenen ersten Durchführungsverordnung, da keiner seiner vier Elternteile voll jüdisch ist. Er entspricht daher rassenmäßig den Anforderungen, die das Deutsche Beamtengesetz (§25) für Beamte aufgestellt hat. Dagegen hat sich herausgestellt, dass ein Elternteil mütterlicherseits jüdisch ist, so dass die für die Zugehörigkeit zur NSDAP aufgestellten strengeren Anforderungen nicht erfüllt sind. Er hat deshalb seinen Austritt aus der Partei bereits vollzogen. Dr. Oberdörffer hat selbst erklärt, dass er sich unter diesen Umständen nicht mehr in der Lage fühlt, das ihm bisher übertragene Amt eines Schulaufsichtsbeamten und Referenten für das höhere Schulwesen auszuüben, zumal auch die Schulverwaltung auf Anweisung des Herrn Reichsstatthalters an die Reinblütigkeit der im Unterrichts- und Erziehungsdienst verwendeten Beamten besonders strenge Anforderungen gestellt hat. Die Schulverwaltung schließt sich der Auffas-

sung Dr. Oberdörffers an; sie ist auch nicht in der Lage, Dr. Oberdörffer im Rahmen der Schulverwaltung eine andere angemessene amtliche Tätigkeit zu übertragen. Andernfalls müsste mit Bemängelungen gerechnet werden, die für Dr. Oberdörffer persönlich wie für die Verwaltung gleich untragbar wären. Ich habe daher Dr. Oberdörffer vorläufig beurlaubt. Eine Möglichkeit, Dr. Oberdörffer zwangsweise aus dem Beamtenverhältnis zu entfernen, besteht nicht. Es liegen weder die Voraussetzungen des §59 noch des §71 des Deutschen Beamtengesetzes vor. Letzteres ergibt sich schon daraus, dass der Gauleiter seinerzeit selbst einen Antrag an den Führer gerichtet hat, Dr. Oberdörffer wegen seiner persönlichen Eigenschaften zu gestatten, Mitglied der Partei zu bleiben. Dieser Antrag ist nur aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt worden.“²¹



Wilhelm Oberdörffer

Oberdörffer genoss somit die Wertschätzung der höchsten nationalsozialistischen Entscheidungsträger. Es wurde ihm gestattet, ein halbes Jahr mit vollen Bezügen beurlaubt zu werden. Am 12.9.1940 teilte Witt den Leitern der höheren Schulen in einer Sitzung die Gründe des Ausscheidens mit.

Oberdörffer fing dann am 1.4.1941 bei Reemtsma als Leiter der Personalverwaltung an.

Als der Hamburger Kaufmann Rudolf Petersen, ehemaliges DVP-Mitglied, am 16.5.1945 im Auftrag der britischen Militärregierung zum Bürgermeister Hamburgs ernannt wurde, beauftragte er seinen ehemaligen DVP-Parteifreund Oberdörffer mit der Leitung der Schulverwaltung. Oberdörffer blieb es für einige Tage, dann wurde Heinrich Landahl am 1.6.1945 zum Schulsenator ernannt. Oberdörffer war durch seinen frühen NSDAP-Beitritt zum 1.5.1933 für die britische Militärregierung nicht tragbar. Dieses war durch seinen Entnazifizierungsfragebogen, den er am 14.5.1945 ausgefüllt hatte, sichtbar geworden.²²

Oberdörffer bekam von der Firma Reemtsma ein Leumundsgutachten, in dem es hieß, Oberdörffer „ist als Personalleiter der Verwaltung Wandsbek tätig. Aufgrund seiner früheren Stellung im hamburgischen Schulwesen, die ihn fachlich auch über die Grenzen des Reiches hinausführte, war er Mitglied verschiedener betreuter und anderer Organisationen der NSDAP. In seiner Ahnenreihe tauchte jüdisches Blut auf und dieses führte zu Schwierigkeiten und schließlich zur Entlassung aus dem Amt. Er fand sodann Anstellung in unserer Firma. In unserem Betrieb ist er politisch im Sinne des Nazismus nicht hervorgetreten.“²³

Und der Vorsitzende des Fachausschusses 6b, Friedrich Wilhelm Licht, stellte fest: „O. darf nicht als eifriger NS. angesprochen werden. Er besaß eine gewisse Wendigkeit, so dass er sich längere Zeit in der Schulverwaltung halten konnte. Im starken Gegensatz befand er sich zur HJ, aber auch sonst wurde er angefeindet. Er war kein Militarist und man warf ihm vor, er besäße ‚kein genügendes soldatisches Format‘. Um O. aus der Schulverwaltung zu beseitigen, ging man zuletzt bis nach Berlin. Die Aktion gegen O. endete mit seiner Pensionierung, die er zuletzt selber beantragte. Trotz seiner Tätigkeit in der Schulverwaltung kann man O. als einwandfrei bezeichnen.“²⁴

Oberdörffer wurde nach 1945, nachdem er bei Reemtsma ausgeschieden war, zu einer öffentlich bekannten Person durch sein ehrenamtliches Engagement auf gemeinnützigem und kulturellem Gebiet. Anerkennung erhielt er beim Wiederaufbau der Hamburger Staatsoper. Er war in der Patriotischen Gesellschaft tätig, im Hochschulbeirat und dem Übersee-Club. Oberdörffer war wesentlich mit der Organisation des jährlichen Hafengeburtstages am 7. Mai beschäftigt. Für sein umfassendes Engagement wurde er 1961 mit dem großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.²⁵

Fünf Jahre vorher hatte Bürgermeister Sieveking ihm die Medaille für „treue Arbeit im Dienste des Volkes“ verliehen.²⁶

Zum 70. Geburtstag gratulierte ihm Schulsenator Hans Wenke am 14.4.1956. Er schrieb: „Sie haben dabei in ihrem Wirken und in ihrer Persönlichkeit die heute so selten gewordene Verbindung von Tüchtigkeit und Umsicht in den praktischen Dingen und einer hohen Verpflichtung vor den geistigen Aufgaben uns vorgelebt. Als Oberschulrat wurden sie von Lehrern und Schülern geschätzt und verehrt, weil sie auch in diesem Amte Unerbittlichkeit in den Anforderungen und einem feinen menschlichen Verständnis verbanden. Am heutigen Tage werden viele Hamburger Lehrer, die in den vergangenen Jahrzehnten unter ihrer Obhut gearbeitet haben, Ihrer in Dankbarkeit gedenken. Die Schulbehörde weiß, dass sie in Ihnen einen ihrer hervorragendsten Vertreter besessen hat.“²⁷

Und Heinrich Landahl, der Oberdörffer nach dessen Intermezzo an der Spitze der Hamburger Schulverwaltung im Mai 1945 ablöste, schrieb in seiner zweiten Amtszeit als Schulsenator am 13.4.1961 zu Oberdörffers 75. Geburtstag: „Sie wurden schon mit verhältnismäßig jungen Jahren in die Schulbehörde berufen, und ich darf Ihnen heute einmal sagen, dass Sie mir oft ein großartiger Beweis für meine Auffassung gewesen sind, tüchtige Männer und Frauen nicht zu spät mit führenden und verantwortlichen Aufgaben zu betrauen. Sie haben mit ihrer frischen und lebendigen Initiative das Hamburger Schulwesen gefördert, immer neue Möglichkeiten gefunden, den drängenden Fragen der Zeit gerecht zu werden. Ihnen war auch die hohe Gabe der Menschenführung eigen, in der sich Güte und Verständnis, Klar-

heit und Unerbittlichkeit verbanden. Es war ein Segen für die Hamburger Schule, dass Sie an leitender Stelle seine Entwicklung und seinen inneren Ausbau mit bestimmt haben.“²⁸

Wilhelm Oberdörffer starb am 16.5.1965

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach seiner Personalakte, StA HH, 361-3_A 1328.
- 2 Schreiben vom 22.11.1917, ebd.
- 3 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium, Hamburg 1999, S. 129.
- 4 Uwe Schmidt, a. a. O., S. 127.
- 5 Personalakte Oberdörffer, a. a. O.
- 6 Laut Personalakte Oberdörffer a. a. O. und Entnazifizierungsakte, StA HH, 221-11_I (TL) 3621.
- 7 Uwe Schmidt: Wilhelm Oberdörffer, in: Hamburgische Biografie, Personenlexikon, herausgegeben von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Göttingen 2003, Bd.2, S.302.
- 8 Zitiert nach: Uwe Schmidt 1999, S. 282.
- 9 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 279.
- 10 Ursula Randt: Carolinenstrasse 35, Geschichte der Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg 1884–1942, Hamburg 1984, S. 66.
- 11 Uwe Schmidt 2010, S. 279.
- 12 Uwe Schmidt 2010, S. 369.
- 13 In: Blankenese, Monatszeitschrift des Blankeneser Bürger-Vereins e. V., Nr. 10/1967, S. 19f.
- 14 Uwe Schmidt 1999, S. 400.
- 15 Personalakte Oberdörffer, a. a. O.
- 16 Entnazifizierungsakte, a. a. O., Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen.
- 17 Schmidt 2010, S. 279. Siehe zu diesem Thema auch die Biografien Hüttmann und Iburg.
- 18 Personalakte Oberdörffer, a. a. O.
- 19 Ebd.
- 20 Schreiben von Karl Kaufmann vom 5.9.1940, ebd.
- 21 Schreiben vom 12.9.1940, ebd.
- 22 Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 23 Schreiben vom 4.19.1946, ebd.
- 24 Ebd.
- 25 „Welt“ vom 11.4.1961.
- 26 „Welt“ vom 16.4.1956.
- 27 Personalakte Oberdörffer, a. a. O.
- 28 Ebd.

Erwin Zindler

„Diesen roten Saustall werde ich schon ausmisten.“

Erwin Zindler gehört zu den wichtigsten Personen des Hamburger Schulwesens während der NS-Zeit. Die Bewertungen Zindlers gehen sehr weit auseinander. Auffallend ist dabei, dass Zindler bei aller Verstrickung in den Nationalsozialismus offenbar ein sehr anregender Pädagoge gewesen ist, was einige ehemalige Schülerinnen und Schüler von ihm heute noch bezeugen. Unter ihnen die prominente Hannelore („Loki“) Schmidt, die an der von ihm einige Zeit geleiteten Lichtwarkschule Schülerin war und Zindler später mehrfach sehr positiv darstellte. Loki Schmidt hatte Zindler als unterstützend und fürsorglich erlebt, kannte aber nicht die ganze Persönlichkeit und Geschichte Zindlers, die ihn als ehrgeizigen und karrierebewussten Nationalsozialisten ausweist mit bestem Leumund bei den führenden Nationalsozialisten in Hamburg, die ihn in wichtige Funktionen beförderten.

Erwin Zindler wurde am 6.10.1895 in Hamburg geboren. Sein Vater war Volksschullehrer und Schulleiter der Knaben-Schule Schleidenstraße 11. Erwin Zindler besuchte von 1902 bis 1905 die Volksschule Lohkoppelstraße 36, danach bis zur Reifeprüfung 1914 die Gelehrtenschule des Johanneums.¹ Er begann dann in Göttingen ein Studium (Deutsch, Geschichte, Pädagogik und Turnen), unterbrach das Studium, weil er sich freiwillig zum Kriegsdienst meldete. Zindler wurde Offizier, als Leutnant dekoriert mit dem Eisernen Kreuz I und II. Nach dem Krieg schloss er sich dem Bahrenfelder Freikorps von Hanstein an und setzte das Studium in Göttingen fort, blieb aber seiner militärischen Einheit verbunden. Zindler schrieb eine Regimentsgeschichte seines „Feldartillerieregiments Nr. 108“ und gab diese 1919 heraus, ebenso wie von 1920 bis 1934 das Nachrichtenblatt für seine ehemaligen Offiziere. 1929 verarbeitete Erwin Zindler seine Kriegserlebnisse in dem Buch „Auf Biegen und Brechen“. Zindler, der sich als Dichter und Schriftsteller verstand und in rascher Folge einige Bücher publizierte², dichtete, statt eines Vorwortes:

„1914–1918

Marschtritt von Millionen dröhnt
Nach West – nach Ost.
Sorgenvolle Heimat stöhnt,
Weil dort Tod mit Leben lost.

Mancher bangt: Was dann – was dann,
wenn der Opfersinn verweht? –
Draußen – dennoch – stirbt, ersteht:
Der volksbewußte Mann.“³

Das Fazit des Buches, in einem Brief formuliert, zeigte, was viele Offiziere nach dem Ersten Weltkrieg dachten, und deutet an, wo Erwin Zindler ideologisch 1933 landen würde:

„Wir Deutsche liegen am Boden und zeigen nicht einmal in unserer Wehrlosigkeit männliche Größe. Die Welt erlebt vielmehr das widerwärtige Schauspiel, daß dieselbe Nation, die der halben Welt länger als vier Jahr ihr zu Wasser, zu Lande und in der Luft trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit erfolgreichen Widerstand leistete und diese halbe Welt nicht nur in vielen Schlachten besiegt hat, sondern sogar tief in Feindesland stand, sich in Revolutionskämpfen selbst zerfleischt und den Hass immer tiefer in die eigenen Reihen gräbt.

Von jeher hat der Mensch aus Dummheit oder Heimtücke die Erbärmlichkeit bewiesen, das Verneinende zu sehen und laut schreiend davon Zeugnis abzulegen, weil man seinem majestätischen Ich angeblich auf den Fuß zu treten gewagt hat. Leichte Sache das, nicht wahr? Man kann sich ja so herrlich leicht den Nimbusmantel des besseren Könnens um die bröckeligen Schultern hängen, ohne es unter Beweis stellen zu brauchen. Die Masse denkt alsdann: Das, das ist unser Mann. Der fängt alles besser an! Niemand aber kommt auf den Gedanken, Rückschlüsse auf solche windigen Spekulanten zu ziehen. Gilt nicht auch heute noch des alten Goethe Wort, daß alles von Menschen Geschaffene Bruchstück ist eines großen Bekenntnisses vom Ziel und Wesen des eigenen Lebens?

Wir aber müssen uns auf harte Tatsachen einstellen. Als Nation sind wir nach außen macht- und wehrlos geworden. Noch nie hat sich ein kraftgewaltiges Volk wie das unsrige in einer dunklen Stunde von so viel folgenschwerer Schwäche übermannen lassen, den Ausdruck seines Lebenswillens in diesem Kriege, Armee und Flotte, aufzulösen und auszuliefern, ehe es ein Faustpfand seiner Gegner als Gewähr für den versprochenen Völkerfrieden in Händen hielt.“⁴

In der „Gesellschaft der Freunde“ wurde mit Vergnügen die Geschichte erzählt, dass Spötter wie Max Traeger Erwin Zindler bei Versammlungen fragten: „Was war noch Ihr Buch? Zum Biegen oder zum Brechen?“⁵

Zunächst war Erwin Zindler aber mit dem Abschluss seines Studiums beschäftigt. Er absolvierte am 16.12.1921 die wissenschaftliche Prüfung und kam dann für den Vorbereitungsdienst an die Oberrealschule für Jungen in der Bogenstraße, die spätere Bismarckschule. Dort traf er auf die Oberlehrer Karl Züge, Walter Behne und Bruno Peyn, die in der Zeit des Nationalsozialismus auch eine bedeutende Rolle im Hamburger Schulwesen spielen sollten.

Bemerkenswert erschienen die Berichte, die über Erwin Zindlers praktische Tätigkeit geschrieben wurden. Sie spiegeln wider, mit welchem pädagogischen



Zindler Erwin (1. Reihe, 3. v. r.) in der Oberrealschule Bogenstraße 1926. Neben ihm der Schulleiter des Bismarck-Gymnasiums nach 1945, Otto Nicolai

Geschick Zindler seine Ausbilder überzeugte. Der damalige Direktor der Schule, Prof. Lorenz, fasste Zindlers Leistungen so zusammen: „Von der ersten Stunde, die ich bei Herrn Z. zuhörte, habe ich die feste Überzeugung gehabt, daß er ein geborener Schulmann ist. Er läßt die Schüler sich die Stoffe selbst erarbeiten, soweit es irgend möglich ist. Auch in der Erdkunde gibt er sehr gründlichen und lebendigen Arbeitsunterricht und läßt das meiste aus der Karte durch Selbstbeobachtung lernen. Die bisher abgehaltenen Lehrproben (Deutsch in Untersekunda und Geschichte in Untertertia) fielen in jeder Weise vorzüglich aus.“

Nach den übereinstimmenden Berichten aller Herren, die ihn kennen, leistet Herr Zindler Hervorragendes, und zwar in solcher Formvollendung und Selbstzucht einer innerlich gefestigten Persönlichkeit, wie ich sie noch bei keinem jungen Herren gefunden habe.“⁶

Und Zindlers Anleiter, Wilhelm Thomann, ergänzte: „In allem außerordentlich gewissenhaft und pflichtgetreu, hat er keine Anlage zur Pedanterie, sondern ist in allem jugendfrisch und elastisch. Immer bemüht er sich, seinen Unterricht anregend und lebendig zu gestalten, indem er selbst mit Schwung und gutem Beispiel den Schülern vorangeht. Besonders geeignet hat er sich bisher für etwas reifere Schüler gezeigt. Vor allem ist da der Deutschunterricht in einer Untersekunda hervorzuhellen, den er nicht nur selbst mit Lust und Liebe gegeben, sondern der auch Lust und Liebe bei den Schülern erzeugt hat. Dabei gleiten ihm die Zügel keinen Augenblick aus der Hand, ohne daß er genötigt ist, Zwangsmittel anzuwenden. Er ist den Jungen etwas und bietet ihnen viel.“

Über die eigenwillige Seminarhausarbeit Zindlers in Verbindung mit seiner praktischen Unterrichtsarbeit wurde resümiert: „So zeigt auch diese Arbeit, was jede Seminarstunde verriet und jede Lehrstunde zeigte, dass Herr Z. ein gottbegnadeter Lehrer ist und die Schule sich glücklich schätzen kann, die solche Kraft ihr eigen nennt.“

1923 wurde Erwin Zindler Oberlehrer, 1926 Studienrat. Bei den über ihn abgegebenen Gutachten wundert es nicht, dass Zindler an der Oberrealschule in der Bogenstraße weiter beschäftigt wurde. 1926 heiratete Erwin Zindler, mit seiner Ehefrau bekam er 1927 einen Sohn.

Zindler arbeitete an der Schule in der Bogenstraße bis 1930 und wechselte dann zum Johanneum. 1933, als die Nazis an die Macht kamen, trat Erwin Zindler in die NSDAP ein. Er schilderte 1948 seinen Parteieintritt folgendermaßen: „Im Februar 1933 wurde ich zur Schulverwaltung gerufen (Oberschulrat Behne). Er teilte mir mit, ich sei als Leiter einer höheren Schule vorgesehen aufgrund meiner wissenschaftlichen Leistungen. Oberschulrat Dr. Behne teilte ferner mit, daß Zugehörigkeit zur NSDAP nötig sei. Ich betone, daß keinerlei Druck auf mich ausgeübt wurde. Ich hatte keine Bedenken gegen die Partei, die soeben erst auf verfassungsmäßigem Wege zur Macht gekommen war und von der Zustimmung im Reich durchweg getragen war, am wenigsten aber auch nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes, an dessen Billigung zahlreiche Reichstagsabgeordnete aus nicht rechtsgerichteten Parteien – auch solche aus Norddeutschland – mitgewirkt haben.“⁷

Die Zusammenarbeit mit Walter Behne seit 1921 zahlte sich offenbar aus. Erwin Zindler erhielt die Aufgabe, eine für die Nationalsozialisten schwierige Schule, die reformpädagogische Lichtwarkschule, auf Vordermann zu bringen. Die Lichtwarkschule wurde seit 1927 von Heinrich Landahl geleitet. „Obwohl Heinrich Landahl am 5. März 1933 als Abgeordneter der Deutschen Staatspartei (vorher die DDP) in den Reichstag gewählt worden war, seine Zustimmung zu Hitlers Ermächtigungsgesetz gegeben und die Anordnungen der Schulbehörde befolgt hatte, dachten die Nazis keinen Augenblick daran, sein Verhalten zu honorieren. Er gehörte zu den Betroffenen, als die Landesunterrichtsbehörde nach den Ferien einen großen Schulleiterwechsel vornahm. Sie akzeptierte keine Schulleiter mehr, die unter der Devise ‚retten was noch zu retten ist‘ die Anpassung widerwillig, lax oder auf dem kleinsten Nenner vollzogen, sondern Beamte, die die Gleichschaltung bedingungslos durchführten.“⁸

Vorausgegangen waren, wie beinahe bestellt, eine Reihe von Denunziationen an der Lichtwarkschule. So erhielt Schulsenator Witt schon eine Woche nach der Senatsbildung das Schreiben einer Frau, die behauptete, „sie habe von der Mutter einer Schülerin der Lichtwarkschule erfahren, daß dies ‚nur eine kommunistische

und Judenschule' sei, auf der den Kindern eingeprägt werde, sich nicht konfirmieren zu lassen". Die Informantin forderte die Behörde auf, etwas zu unternehmen, „um noch die junge Generation vor dem Kommunismus zu retten“.⁹

Mit solchen vagen Aussagen wurden Stimmungen entfacht und staatliche Organe zum Handeln getrieben. Und auch in weiteren Schreiben wurden Vorwürfe vorgebracht und erklärt, dass „national erzogene Schüler“ den Besuch der Lichtwarkschule „als ein Unglück empfinden müssen“.¹⁰

Dadurch wurde natürlich besonders Schulleiter Heinrich Landahl unter Druck gesetzt, letztlich ein willkommener Impuls, Landahl abzusetzen und Zindler zu inthronisieren.

Und so geschah es. Als Schulleiter wurde Erwin Zindler installiert, als Stellvertreter Berthold Ohm, letzterer als prominentes Mitglied des Philologenvereins, dessen Kassenverwalter er seit 1924 war. Ohm war ein bekennender Verbandsvertreter der „akademischen Lehrer“ und bekämpfte den NSLB, den er als Verein der Volksschullehrer betrachtete. Konfrontationen schienen vorprogrammiert.¹¹

Der Schulleiterwechsel bedeutete einen gravierenden Wendepunkt an der Lichtwarkschule. Ein ehemaliger Schüler erinnert sich, dass die „Verabschiedung Landahls das einschneidendste und grausamste Erlebnis gewesen sei“.¹² Genauer: „Wir waren versammelt in der Aula. Hein Landahl wurde verabschiedet und Zindler hat eine flammende Rede gehalten. Und und und. Die ganze Schule versammelt. Dann wurde Heinrich Landahl rausgeleitet, und wir mussten ihn verabschieden, hier mit dem alten Römergruß, also mit dem Salve, hier mit dem Deutschen Gruß. Die ganze Schule hat pauschal geheult. Das war grausam. Das war grausam.“¹³

Erna Stahl, ehemalige Lichtwarkschullehrerin, beschrieb die Szene: „Jedem, der mit Bewusstsein dabei war, (wird) unvergeßlich sein: der erste Tag nach den Ferien, die Stunde des Eintritts des neuen Schulleiters – und der Abgang des alten ... Vor der versammelten Schülerschaft, vor dem gesamten Kollegium, das laut Anordnung von dieser getrennt ihr gegenüber auf der Bühne hier saß.“¹⁴

Und Loki Schmidt, 1933 vierzehnjährig, hat ihre Erinnerung an Erwin Zindler mehrfach geschildert: „Ich sehe ... in einem Fenster im ersten Stock das Gesicht unseres neuen Schulleiters Erwin Zindler und höre die Worte, die er damals in den Hof brüllte: ‚Diesen roten Saustall werde ich schon ausmisten.‘ Es war das Jahr 1934, und der Oberstudiendirektor Zindler war in die Schule gekommen, um sie im nationalsozialistischen Sinne umzukrempeln.“¹⁵

Im Weiteren beurteilte sie Erwin Zindler sehr positiv durch die Brille einer 15-Jährigen, der gegenüber Schulleiter Zindler sich aufmerksam und unterstützend verhielt. Die andere Seite Zindlers, sich für Schüler und Lehrerinnen, die seine Sympathie finden, energisch einzusetzen. Loki Schmidt blendete in allen Gesprächen 60

bis 70 Jahre später die dunkle Seite des Erwin Zindler schlichtweg aus. Das macht das Urteil von Zeitzeugen bruchstückhaft und einseitig. Aber dazu später mehr. Erst einmal hatten Zindler und Ohm, die beide von Ursel Hochmuth als von „tiefbrauner Gesinnung“ bezeichnet wurden,¹⁶ einen klaren Auftrag: „Bei ihren Bemühungen, die Lichtwarkschule nationalsozialistischen Vorstellungen anzugleichen, bediente die neue Schulleitung sich nach Übernahme der Schule im August 1933 zweier Mittel: einerseits Zerschlagung all dessen, was bereits während der Republik in nationalsozialistischen und konservativen Kreisen auf heftige Ablehnung stieß, andererseits Betonung all dessen, was mit nationalsozialistischen Erziehungszielen vereinbar schien.“¹⁷

Erwin Zindler versuchte mithilfe von Berthold Ohm das Kollegium personell auszutauschen. KPD-Mitglied Gustav Heine war bereits im Mai 1933 aus dem Unterricht heraus verhaftet worden.¹⁸ Die beiden jüdischen Lehrer Hans Liebeschütz und Ernst Loewenberg wurden 1934 entlassen. Andere mussten folgen. Zindler und Ohm wollten die gewachsenen Verbindungen zerstören und tauschten alle Klassenlehrer aus. Der ehemalige Schüler Peter Renyis fasste Zindlers „Großreinemachen“ folgendermaßen zusammen: „Ein Beauftragter der Nazis (hatte) das Kommando übernommen, der mit seinem Feldwebelgebrüll und seinem ewigen Gepfeife in kurzer Zeit die Schule in eine Kaserne verwandelte, eine Schule, die noch vor kurzem in ganz Europa Bewunderung erregt hatte.“¹⁹

Anfangs forcierten Zindler und Ohm den Eintritt der Schüler in die HJ. Später kam Erwin Zindler häufig in Konflikt mit HJ-Führern, die immer stärker in die Schule hineinregieren wollten. Zindler aber versuchte, die Schule zu führen, wie er es beim Militär gelernt hatte. Sein erster Eintrag im Mitteilungsbuch der Lichtwarkschule musste vom gesamten Kollegium gegengezeichnet werden. Seine sechs Punkte lauteten: „1. Mit dem heutigen Tage habe ich die Leitung der Lichtwarkschule übernommen. 2. Mit dem Glockenzeichen zur 1. Stunde wollen die Klassenleiter ihre Klassen in den Festsaal führen. 3. Der gesamte Lehrkörper nimmt auf den Bänken und Stühlen der Orgelbühne Platz. 4. Nach geschäftlichen Mitteilungen werde ich an die Schulgemeinde eine Ansprache halten. 5. Unterricht nach Beendigung der Schulgemeinde bis einschließlich zur vierten Stunde. 6. Lehrerversammlung.“²⁰

Unter Zindler „wurde der ‚deutsche Gruß‘ an der Lichtwarkschule eingeführt.“ Die Behörde hatte an alle Schulleitungen den Senatserlass vom 17.7.1933 zur Einführung des Hitler-Grußes im öffentlichen Dienst und genauen Ausführungsbestimmungen geschickt: „Der Hitler-Gruß wird durch Erheben des rechten Armes und durch gleichzeitigen Ausspruch ‚Heil Hitler!‘ ausgeführt ... Bei dem Singen des Deutschlandliedes und des Horst-Wessel-Liedes sind die ersten und letzten Strophen stehend mit erhobenem Arm zu singen.“ Im pädagogisch-didaktischen Be-

reich bewirkte Erwin Zindler massive Veränderungen. „Der Kulturkundeunterricht wurde abgeschafft und die herkömmliche Fächertrennung wieder eingeführt. Der Unterricht in Deutsch und Geschichte passte sich in besonderer Weise nationalsozialistischen Bildungsideologemen an.“²¹

Eine zentrale Rolle spielte dabei Berthold Ohm. Er legte seine inhaltliche Unterrichtsgestaltung in Deutsch, Englisch und Geschichte vor. Da spielten die „nationale Revolution“, die „Geschichte der NSDAP“ und in Deutsch und Geschichte gleichermaßen Hitlers „Mein Kampf“ eine zentrale Rolle.²²

Erwin Zindler begann auch schon im August mit einer Vortragsreihe an der Lichtwarkschule unter dem Titel „Erziehung zur Deutschheit“. Die einzelnen Themen hießen:

„1. Maß und Anmaßung in der alten Lichtwarkschule. 2. Geschichte, deutsch empfunden. 3. Weltanschauungswandel. 4. Nationalsozialismus als deutsche Sendung. 5. Kunst deutscher Art, vornehmlich im Schrifttum. 6. Das deutsche Nibelungenlied als Ausdruck der Deutschheit.“²³

Für seinen ersten Vortrag, praktisch auch seine öffentliche Premiere als neuer Schulleiter, hatte sich Erwin Zindler einige Schülerarbeiten angesehen, aus denen er ausführlich zitierte. Der „Hamburger Anzeiger“ berichtete am 24.8.1933 von dieser Veranstaltung: „Die Ausführungen Zindlers gaben unter dem Stichwort: ‚Maß und Anmaßung in der alten Lichtwarkschule‘ das Bild der Erziehungsrichtung und erzieherischen Arbeit. Sie zeigten die geistige Übersteigerung der Schülerarbeiten am Exempel. Aus den verlesenen Manuskripten konnte man allerdings das Gruseln kriegen. Es wimmelte von Ödipuskomplexen, Psychoanalyse und wissenschaftlich zu hochgesteckten Primärzielen. Was der neue Mann will, ist: die Jugend zur Ehrfurcht vor dem geistig Großen ohne Überspannung erziehen. Er ist ganz entfernt davon, jetzt die Lichtwarkschule mit eisernem Besen auszukehren, sondern stellt das Bejahende und Verneinende nebeneinander. Jeder kann sich so ein persönliches Urteil bilden. Er bejaht den Geist, der bei den Leibesübungen gepflegt worden ist, die Fülle der eigenen Schülerbeobachtungen der künstlerischen, biologischen, geologischen Arbeiten. Das Verneinende sieht er in den Erziehungsschwankungen der Lehrerschaft, in der geistigen Überspitzung, die beim jungen Menschen sicher zur Großschnauzigkeit und unverdauten Wiedergabe von angelesenem Stoff führt.“²⁴

In den „Hamburger Nachrichten“ wurde festgestellt: „Der Redner konnte in der Tat für seinen Vortrag keinen besseren Titel wählen als ‚Maß und Anmaßung‘. Völliger Mangel an Selbstkritik, eine grenzenlose Überheblichkeit beweisen schon die Themen der Arbeiten. Von krankhafter Eitelkeit und Fahrlässigkeit, von einem gefährlichen Mangel an Achtung vor großen, geistigen Leistungen aber zeugen die Ausarbeitungen. Zindler bezeichnete die geistige Haltung, wie sie hier gepflegt

wurde, als geistige Großschnauzigkeit und traf damit den Nagel auf den Kopf. Er hätte noch hinzufügen können, daß auch unbewusst zur geistigen Hochstapelei erzogen wurde. Diesem Versuch der geistigen Überspitzung, der wie gesagt, ein klägliches Ergebnis hatte, gesellte sich eine einseitig marxistisch-kommunistische Einstellung, so daß der Staat die Pflicht hatte, hier einzugreifen.“

Und so wurde auch der neue Oberschulrat für die höheren Schulen, Walter Behne, der die Vortragsreihe Zindlers einleitete, zitiert: „Er betonte, daß man mit der Darlegung und Geißelung der alten Zustände nicht einzelne Lehrer treffen wolle, sondern das System. Er hob hervor, daß für die Eltern kein Grund zur Besorgnis bestehe, daß etwa auch in Zukunft die Lichtwarkschule bei der Behörde in schlechtem Ansehen stehen werde.“²⁵

Im zweiten Vortrag, „Geschichte, deutsch empfunden“, erklärte Zindler, dass „Blut und Boden die Elemente der Geschichte sind: Die Rassenkunde lehrt, dass die Geschichte unbarmherzig ist und keine Rücksicht nimmt auf ‚vernünftende, dekadente Völker‘. Die Deutschen müssen die Wendung zu Volkstum und Nation vollziehen.“²⁶

Schulleiter und Schriftsteller Erwin Zindler traf sich mit einer kleinen Kommission von Gleichgesinnten im Auftrag der NS-Schulverwaltung und erstellte eine Liste von Autoren, die aus Schülerbibliotheken und Unterricht entfernt werden sollten. Die Wegbereiter der Bücherverbrennung. Mit Erwin Zindler agierten Alexander Stempel, Bruno Peyn, Otto Ludwig und Walter Machleidt. Im Vorwort zur erstellten Liste hieß es: „Die Kommission schlägt der Landesschulbehörde vor, folgendermaßen zu verfahren: Die Bücher der in Liste A genannten Verfasser sind umgehend an die Landesschulbehörde einzusenden. Diese Schriften werden in nächster Zeit öffentlich verbrannt. Die Bücher der in Liste B genannten Verfasser sind aus der Schülerbücherei zu entfernen und aus den Katalogen zu streichen. Sie können entweder in die Lehrerbücherei oder in die Schüler-Lehrbücherei aufgenommen werden. Jedenfalls sollen sie nur auf besonderen Antrag eines Lehrers in die Hand der Schüler kommen. Die Landesschulbehörde wünscht sich bis zum ... Meldung von den Büchereiverwaltern über alle Schriften, die aus ihrer Schülerbücherei ausgeschieden worden sind, mit genauer Angabe von Verfasser, Titel und neuem Aufbewahrungsort. Erst nachdem dies geschehen ist, werden die Büchereien wieder zur Benutzung freigegeben. Die Kommission fasst ihre ausmerzende Tätigkeit nur als den ersten Teil ihres Auftrages auf. Sie wird daher in nächster Zeit der Landesschulbehörde eine Bücherliste einreichen, von deren Schriften sie glaubt, dass sie in einer modernen Schülerbücherei vorhanden sein müssen. Die Kommission bittet, den Büchereiverwaltern von dieser Liste Kenntnis zu geben und sie zu verpflichten, bei nächster Gelegenheit aus ihr Bücher zur Anschaffung auszuwählen.“²⁷

Zu den auszumerzenden Autoren der Liste A gehörten laut Zindler und seiner Kommission u. a.: Josef Conrad, Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Leonhard Frank, Heinrich Heine, Heinrich Mann, Ludwig Marcuse, Arnold Zweig und Stefan Zweig.²⁸

Und in Liste B befanden sich unter anderem die Autoren: Dostojewski, Fallada, Gogol, Gorki, Gandhi, Gerhart Hauptmann, Hofmannsthal, Kollwitz, Thomas Mann, Karl Marx, Puschkin, Stendhal, Rousseau, Zola, Tolstoi, Werfel, Wilde.²⁹

„In seinen Vorträgen machte Zindler deutlich, daß die Lichtwarkschule ihre Vorbehalte gegenüber deutschkundlichen Positionen restlos aufgeben und im Deutschunterricht ausschließlich deutsche Klassiker wie Goethe, Schiller, Kleist, Keller, Storm etc. statt zeitgenössischer Literatur – hier nannte er Thomas Mann – gelesen werde. Der Geschichtsunterricht schließlich sollte fortan dem Ziel dienen, den ‚Kampf deutschen Blutes um deutschen Raum‘ aufzuzeigen.“³⁰

Am 19.1.1934 veröffentlichte Erwin Zindler eine „Denkschrift über die Lichtwarkschule“.³¹ Er bemerkte vorab, handschriftlich, dass diese Denkschrift „vom Schulleiter eigenhändig geschrieben“ sei, „also nicht Unbefugten zur Kenntnis gekommen“. Der Ausgangspunkt für Zindler war die Ermordung des Polizisten Perske durch den früheren Lichtwarkschüler Winzer (Reifeprüfung Michaelis 1930). Zindler brachte die Persönlichkeit des Mörders in Verbindung mit dessen Aufsatz bei seiner Reifeprüfung zum Thema „Die Grundzüge der kapitalistischen Gesellschaft in der Auffassung von Karl Marx“. Prüfungsvorsitzender sei damals Heinrich Landahl gewesen, Dezernent Ludwig Doermer, Landesschulrat bis 1933. Hauptmaterial für Zindlers Recherche waren die Jahresarbeiten der alten Lichtwarkschule, deren große Mehrheit Zindler auf das schärfste ablehnte. Positiv für Erwin Zindler waren nur einige naturwissenschaftliche Arbeiten und zwei Arbeiten über Gottfried Keller und Ernst Jünger. Zindler bemängelte die fehlenden Belege und damit die Unmöglichkeit der Nachprüfbarkeit, die Aura der „universitätsprofessoralen Geistigkeit, Überheblichkeit, Bildungsdünkel, Gespreiztheit mit hochtrabender Intellektualität“. All dies sei kennzeichnend für die Lichtwarkschule alter Prägung. Thomas Mann erschien Zindler als „der Verkörperer der Entartung“, Sinnbild der Dekadenz.

Den Ton im Kollegium habe das „Linkslager“ angegeben, nur eine Minderheit sei „grunddeutsch“ gerichtet gewesen. Auf Schulfesten sei es „mehr als zweifelhaft“ zugegangen. „Lehrer und Schüler hätten sich geduzt“. Mit Schulmaterial (Büchern) sei „sehr schludrig umgegangen worden“.³²

Zindlers Fazit: Die Mehrheit des Kollegiums sei „marxistisch geneigt und bekennt sich nur getarnt zum nationalsozialistischen Staat“. Ein äußerlich geregelter Dienstbetrieb sei „nur unter dauernder Anwendung von Rücksichtslosigkeit und Grobheit (durch den Schulleiter) möglich“. Es sei „eine harte Arbeit, mit dem fast noch unveränderten Lehrkörper der Lichtwarkschule eine nationalsozialistische hö-

here Schule zu gestalten“. Positive Ausnahmen wären für Erwin Zindler im Januar 1934 sein Stellvertreter Berthold Ohm, dann die Lehrer Etzrodt, Schöning, Blunk und Witter. Zindler bat daher die Schulverwaltung um „Beorderung geeigneter Herren“ durch „Streuversetzung“ anderer, um „wenigstens den Stamm wurzelechter Persönlichkeiten erwachsen zu lassen“.³³

Erwin Zindler war Schulleiter, Schriftsteller und nationalsozialistischer Propagandist in einer Person. Neben seinen Büchern, Romanen und Gedichten veröffentlichte er auch in der „Hamburger Lehrerzeitung“ unterm Hakenkreuz. Zum Thema „Schule und schaffende Kunst“ beschrieb Zindler die unter seiner Führung eingeleitete Praxis, im nationalsozialistischen Sinne tätige Künstler in die Schule einzuladen:

„Aufgabe der Staatsschule im nationalsozialistischen Staat ist es, die geistige und körperliche Entwicklung des Kindes im Rahmen der gesetzten Zielforderungen in die vom Staate gewünschte Bahn zu lenken. Aus der Verbindung zwischen geistigen und körperlichen Anforderungen ergibt sich eine starke Vielseitigkeit der Betätigung. Die wissenschaftlichen Fächer, die Leibeserziehung und die Kunsterziehung ebenso wie die Werkstätigkeit stellen ihre vom Fach aus zu bewertenden Forderungen an den einzelnen Schüler. Gleichzeitig geht die Ausbildung zum politischen Menschen in der Hitlerjugend vor sich.“³⁴

Und wie immer wurde eine NS-Autorität zur Begründung herangezogen:

„Nach der Rede des Herrn Reichsministers und Führerstellvertreters, Rudolf Heß, über den Deutschlandsender vom Juni 1934 darf unter keinen Umständen die wissenschaftliche Ausbildung vernachlässigt werden. Es wird nachdrücklich betont, daß der junge Deutsche ein hohes Maß von Vorbildung in technischer und geisteswissenschaftlicher Hinsicht bereits auf der Schule erworben haben muß, ehe er in die Berufsausbildung eintritt. Der Wettbewerbskampf der Völker erfordert, wie der Minister scharf herausgestellt hat, gerade für uns Deutsche, die wir an allen Ecken und Enden in unserer Entwicklungsfreiheit durch das Ausland beschränkt werden, einen ganz besonders hohen Grad des Ausbildungsstandes.“

Erwin Zindler verwies auf die von der Lichtwarkschule eingeführte und verankerte Praxis, ein- bis zweimal im Monat eine sogenannte Künstlertmorgensprache stattfinden zu lassen: „Wir laden ein: anerkannte, in ihrem Schaffen irgendwie urtümliche Persönlichkeiten, Schriftsteller, Gelehrte, Komponisten, nachschaffende Musiker, Maler, Bildhauer und Graphiker. Sie sprechen vor der Schulgemeinde und stellen ihr Werk dar in einer Form, die für jugendliche Gemüter wirksam ist.“



Erwin Zindler

Und um Nachhaltigkeit und eine engere Bindung von Künstlern und Schule herzustellen, hatte Zindler einen Gedanken in die Tat umgesetzt: „Damit nun Schüler nicht denken, daß Werke der Kunst gewissermaßen aus dem Handgelenk entstehen und der Künstler nur ein besserer Unterhalter ist, wird die Schülerschaft verpflichtet, soweit ihre Eltern nicht arbeitslos sind, einen so genannten ‚Kultur Groschen‘ zu zahlen, der den Künstlern ausgekehrt wird. Man versuche einmal, diesen Gedanken weiterzudenken, ihn von einer Schule auf viele Schulen auszudehnen, vom hamburgischen Staatsgebiet ihn erweitert sehen auf das gesamte Reichsgebiet. Welche Werbung für deutsche Kultur könnte dadurch ausgelöst werden! Welche kulturelle Stellung in der Öffentlichkeit könnte sich die Schule im nationalsozialistischen Staat erwerben mit einer derartigen Vertrauensstützung dem schaffenden Künstler begegnet zu sein!“

Erwin Zindler berichtete noch über eine andere Aktivität unter seiner Ägide, die „Ausstellung Werkgemeinschaft Lichtwarkschule“. Zindler leitete seinen Beitrag mit zwei Aussagen von Adolf Hitler ein: „In seinem Buche ‚Mein Kampf‘ spricht der Führer aus: ‚Es dürfte kein Tag vergehen, an dem der junge Mensch nicht mindestens vormittags und abends je eine Stunde lang körperlich geschult wird.‘ Und schon in der Rede, die er am 27. April 1923 in München hielt, sagte er der alten Schule ins Gesicht: ‚Wir leiden heute an einer Überbildung. Man schätzt nur das Wissen, die Neunmalweisen aber sind Feinde der Tat. Was wir brauchen, ist Instinkt und Wille.‘ Wenn ich als Leiter der Lichtwarkschule diese beiden Führerworte überdenke, so hat die alte Lichtwarkschule ein gut Teil davon zu verwirklichen getrachtet, ist aber trotzdem, aufs Ganze gesehen, in die Irre gegangen. Sie hat durch die Pflege der täglichen Turnstunde, die in pädagogisch wertvoller Weise von Stunde zu Stunde den jungen Menschen zu einem körperlich bewußten und wirkungsfähigen heranbildete, eine Leistung vollbracht, die Würdigung und Anerkennung von allen nationalsozialistisch denkenden Menschen erfahren wird. Wenn aber das zweite Wort des Führers, das gegen die Überbildung gerichtete, betrachtet wird, so hat sich die alte Lichtwarkschule in durchaus richtigem Fühlen ebenfalls gegen die Überbildung gestemmt. Auch das muss zugegeben werden. Ihr Fehler war, daß sie auf manchen Gebieten (längst nicht auf allen) das Kind mit dem Bade ausschüttete. Und ihr anderer Fehler war, daß sie die Wurzeln einer deutsch-völkischen Erziehung in den wichtigsten Fächern Deutsch und Geschichte zumeist nicht anerkannte und dafür einen blutleeren internationalen Marxismus gewähren ließ.“³⁵

Es erstaunt, wie offen und selbstherrlich Zindler beschrieb, wie der nationalsozialistische Staat und er als neuer Schulleiter an das Umkrempeln der Lichtwarkschule herangingen:

„Wenn nun nach der Machtergreifung durch den nationalsozialistischen Staat diese zwiespältige Schule mit ihren wertvollen Ansatzmöglichkeiten in den neuen

Staat hineinwachsen sollte, so durfte sie nicht ohne weiteres zerschlagen werden. Wir müssen der Landesunterrichtsbehörde Dank sagen, daß sie diese Einsicht immer vertreten hat. Trotzdem konnte dem Wesen des nationalsozialistischen Staatswillen gemäß nicht die neue Marschrichtung gewonnen werden, indem mit einem weichen ‚vom Kinde aus‘ – ‚Versuche‘ dazu unternommen wurden. ‚Versuchsschulen‘ sind nicht der pädagogische Ort nationalsozialistischen Erziehungswillens. Im Wesen des Anspruchs auf Ganzheit, wie sie der Nationalsozialismus, seinem inneren Gesetz gehorchend, vertritt, ruht die Forderung auf Anerkennung seines Willens. Die entsprechende Forderung dazu war also von der Leitung der Schule in der ersten Zeit ihrer Tätigkeit zu erheben und auf Biegen und Brechen durchzusetzen. So hat in dieser Schule eine Zeit harter Arbeit für Lehrer und Schüler abrollen müssen, und der zum Teil erbitterten Widerstände ist eine Menge gewesen. Der Außenstehende kann sich schwerlich eine rechte Vorstellung machen von der Schwere dieses täglichen verbissenen Arbeitseinsatzes. Und doch, es ist geschafft worden. Heute begreift Schülerschaft und Elternschaft, daß ohne den Willen zu solcher Arbeit schulische Tätigkeit im nationalsozialistischen Staat undenkbar ist.“³⁶

Die Ausstellung der „Werkgemeinschaft Lichtwarkschule“ wurde letztlich nur mit neun Zeilen erwähnt. Hier ging es Zindler offensichtlich um ein Statement, eine Demonstration seiner Umgestaltung seiner Schule als deren nationalsozialistischer Schulleiter. Zindler schrieb, worum es ihm in der neuen Lichtwarkschule ging. Das Gesetz seiner Schule: „‚Instinkt und Willen‘ des jungen deutschen Menschen, des Trägers deutscher Zukunft im nationalsozialistischen Staat, zu fördern.“³⁷

Die zweite Januarausgabe der „Hamburger Lehrerzeitung“ 1936 gab Erwin Zindler das Titelblatt für drei Gedichte, in denen er Walther von der Vogelweide, Bismarck und Adolf Hitler pries. Das letzte sei zitiert:

„Adolf Hitler/der Führer

Du Sohn unseres Volkes,	Mit Worten dich loben
Geboren aus Nächten zum Licht!	Erscheint uns vermessen und kalt.
Du wirkst für uns alle	Du lebst deiner Arbeit,
Und kennst nur ein Jüngstes Gericht.	Erfüllst uns mit Sturmesgewalt.
Du gehst ohne Zaudern	Der Sturm deines Wissens
Den Weg, den das Schicksal bestimmt	Durchbraust uns und ruft: Kamerad!
Und handelst entschlossen,	Ermann dich und weih dich
Eh deine Sekunde zerrinnt.	Dem Reiche, dem Deutschland der
	Tat!“ ³⁸

Dieser Dichter wird neun Jahre später behaupten, niemals Nationalsozialist gewesen zu sein.

Hamburger Lehrerzeitung

Wochenchrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes Gau Hamburg

15. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 18. Januar 1936

Nummer 2

Zum Reichsgründungstag 18. Januar

Drei Deutsche

Heer Walther von der Vogelweide / Der Stürmer

Des Herrgotts deutsche Lande
Durchstreiche ich, ihr Sohn.
Ich fühle heil'ge Bande,
Stimmen mir Lied und Ton.

Ich liebe lichte Weite,
Den unbesäumten Blid.
Mein Herz zieht auf die Freite,
Freut sich am Erdenglüd.

Ich dürst nach rotem Leben,
Sünd meine Sadel dran.
Ich möcht den Deutschen geben,
Was mir sich aufgetan.

Und stapft der Tod auf Fluren,
Erstarrt, was einst gelebt —
Sucht sich mein Geist die Spuren,
Auf denen er gebebt.

Vor Hamburgs Bismarckdenkmal / Der Gründer

Quadergelürmte
Redengestalt,
Trohig und wehrhaft,
Fromm und geballt,
Reichsichwert in Fäusten,
Adlerbewacht,

Blid in die Weite,
Furchtlos vor Schlächt,
Ragend für Zeiten
Über der Zeit,
Bismarck, der Deutsche,
Der uns befreit.

Adolf Hitler / Der Führer

Du Sohn unfres Volkes,
Geboren aus Nächten zum Licht
Du wirkst für uns alle
Und kennst nur ein Jüngstes Gericht.
Du gehst ohne Säubern
Den Weg, den das Schicksal bestimmt
Und handelst entschlossen,
Eh deine Sekunde zerrinnt.

Mit Worten dich loben
Erscheint uns vermessend und kalt.
Du lebst deiner Arbeit,
Erfüllst uns mit Sturmesgewalt.
Der Sturm deines Willens
Durchbraust uns und ruft: Kamerad!
Ermann dich und weis dich
Dem Reiche, dem Deutschland der Tat!

Erwin Jöhler

Einschneidend für Erwin Zindlers so öffentlich wirksam begonnene Karriere war die Auseinandersetzung in seinem Kollegium zwischen zwei Lehrern, die Zindler eigentlich zu seiner Unterstützung an seiner Seite haben wollte. Sein Stellvertreter, Berthold Ohm, mit Zindler zusammen an die Lichtwarkschule gekommen, um „den roten Saustall auszumisten“, und Erich Witter waren mit noch zwei anderen NSDAP-Mitgliedern an die Schule gekommen. Erwin Zindler hatte auf deren Unterstützung gesetzt: „Im Oktober 1934 rief ich die drei Parteigenossen in meinem Lehrkörper: Dr. Etzrodt, Dr. Witter und Klein zusammen und sagte ihnen, daß im nationalsozialistischen Staat die Parteigenossen eine erhöhte Aufgabe und Verantwortung zu erfüllen hätten. Die drei genannten Herren müssten sich mit meinem ganz besonderen Vertrauen ausgestattet empfinden und bei jedem Anzeichen eines von der Schulleitung notwendigen Eingriffs das Entsprechende bei mir veranlassen. Unsere Aufgabe sei, mit den von der Behörde überwiesenen Lehrkräften aus der Lichtwarkschule eine Anstalt zu machen, die sich nicht zu verstecken brauche.“³⁹

Berthold Ohm, der seit 1924 Kassenverwalter des Philologenvereins gewesen war und eine mächtige Ablehnung gegen den NSLB hatte, sah diesen Verband als bloße Fortführung der „Gesellschaft der Freunde“ an.

Witter hingegen war Vertrauensmann des NSLB an der Lichtwarkschule geworden und fühlte sich von Ohm nicht ernst genommen, gekränkt und in seiner Arbeit für den NSLB behindert.⁴⁰ Der Kampf zwischen Witter und Ohm tobte zwei Jahre, belastete das Kollegium, weil Witter mehrere Beschwerdebriefe über Ohm schrieb, mit denen das gesamte Kollegium beschäftigt wurde. In der Biografie Ohm habe ich die Auseinandersetzung genauer beschrieben. Sie endete am 21.10.1935 mit der Umsetzung Erich Witters. Aber auch Schulleiter Erwin Zindler hatte in diesem Streit seine Führungsqualität nicht unter Beweis gestellt. Er hatte den Konflikt zu lange treiben lassen. Und hilfreich war sicherlich auch nicht, dass er in seiner siebenseitigen Stellungnahme am 11.5.1935 an die Schulverwaltung die Rufschädigung seiner Schule feststellte: „Es ergibt sich also der Zustand, daß mein Lehrkörper und darüber hinaus zahlreiche andere Lehrkörper, die selbstverständlich davon gehört haben, in höchster Aufregung sind über die Befehlsverhältnisse innerhalb des Schulwesens in Hamburg.“⁴¹

Das hätte er als Schulleiter verhindern müssen. Zu seiner Grundhaltung hatte er geschrieben: „In meiner Eigenschaft als Schulleiter habe ich zu wiederholten Malen, zuletzt zweimal im Monat März 1935, meinem Lehrkörper mit harten und eindringlichen Worten gesagt, daß der von der Reichsleitung geführte Kampf gegen Nörgler und Meckerer auch innerhalb der Lehrkörper Geltung habe. Das Schlimmste aber wären die neuerdings in dem Entwurf zum Reichsstrafgesetzbuch aufs Härteste geächteten widerwärtigen Typen der Materialiensammler, die im

Dunkeln arbeiteten und zu gelegener Zeit mit ihrer Mappe höheren Orts vorstellig wurden.“ Deutliche Worte gegen das Denunziantentum. Zindler erwarte von der Landesunterrichtsbehörde, „Wandel zu schaffen“. ⁴²

Nicht hilfreich war sicherlich auch, dass Zindler sich so eindeutig auf Seiten Ohms stellte. Über Ohm hatte Witter geschrieben, wie dieser sich darüber moiert habe, als Gauamtsleiter Willi Schulz zum Landesschulrat befördert worden sei. Ohm soll verärgert reagiert haben mit der Feststellung, dass die Funktion des Landesschulrates kein Amt für Volksschullehrer sei, sondern „einem Akademiker zusteht“. ⁴³ Dies hatte Landesschulrat Schulz, der als Gauamtsleiter des NSLB die Schreiben von Erich Witter vorgelegt bekam, sicherlich nachhaltig empört. Und Schulz hatte zu den Erklärungen von Erwin Zindler und Berthold Ohm am 24.5.1935 reserviert festgestellt: „Als Gauamtsleiter des Amtes für Erzieher bin ich nicht in der Lage, mit diesen Erklärungen die Angelegenheit als abgetan zu betrachten; denn es ist dadurch nicht hinreichend begründet, inwieweit nunmehr die von Pg. Dr. Witter in seiner Beschwerdeschrift angeführten Tatsachen gegenstandslos geworden sein sollen. Es wird vielmehr nötig sein, über die von Pg. Dr. Witter angeführten Tatbestände eine parteiamtliche Untersuchung herbeizuführen. Die von Ihnen als Leiter der Lichtwarkschule angestellten Untersuchungen sind für den Lehrerbund gegenstandslos.“ ⁴⁴

Einstweilen war Erwin Zindler auch noch damit beschäftigt, sein Kollegium von alten Mitgliedern des Lehrkörpers der Lichtwarkschule zu säubern. Für Erna Stahl hatte Zindler zu Beginn eine Schwäche gehabt, oder hatte, wie Ursel Hochmuth es ausdrückt, „sich zunächst ein falsches Bild gemacht“. ⁴⁵ Witter behauptete, dass Ohm zu ihm schon 1934 gesagt hätte: „Die Stahl muss weg. Glauben Sie etwa, daß die kein jüdisches Blut in den Adern hat!‘ Ich antwortete, daß sie bei Herrn Zindler ihrer großen künstlerischen Fähigkeiten halber gut angeschrieben sei (sie war unter anderem öffentlich gelobt worden). Herr Ohm gab zu, daß sie Herrn Zindler ‚ganz eingewickelt‘ habe, daß aber zum Beispiel die künstlerischen Arbeiten ihrer Schüler nichts als Nachahmungen von Vorbildern seien, wie er festgestellt habe. Er fügte hinzu, er werde schon dafür sorgen, daß sie wegkäme.“ ⁴⁶

Erna Stahl hatte Ostern 1933 eine Quarta übernommen und ließ die zehn- und elfjährigen Kinder eine geschichtsunterrichtliche Ausstellung über das Rittertum erarbeiten, die in der Aula der Schule gezeigt wurde. „Die Hamburger Lehrerzeitung veröffentlichte dazu im November 1933 Erna Stahls pädagogischen Begleitbericht ‚Das Rittertum in kulturkundlicher Bedeutung‘.“ ⁴⁷

Ursel Hochmuth schrieb, dass Zindler sich bemühte, „die ihm harmlos erscheinende Klassenleiterin Stahl, von der er wusste, daß sie parteipolitisch nicht gebunden war, für die NSDAP zu gewinnen, aber sie wich ihm geschickt aus“. ⁴⁸

Als Zindler später erfuhr, „daß auch Erna Stahl an einer privaten Kollegenzusammenkunft teilgenommen hatte, zu der unter anderem der entlassene Gustav Heine eingeladen war, um über das Schulwesen in England zu sprechen, veranlaßte er zu Ostern 1935 ihre Versetzung an die Mädchenoberschule Alstertal. In ihrer Wohnung unterrichtete Erna Stahl ihre Klasse ein Jahr lang weiter in Deutsch und Geschichte und beschloß diese – de facto illegalen – Schulstunden mit einer Studienfahrt nach Berlin“.⁴⁹

Von Beginn an unerbittlich und schärfer ging Erwin Zindler gegen die unerschrockene und weniger diplomatische Kollegin Ida Eberhard vor. Zindler gab auf Anforderung der Schulverwaltung einen Befähigungsbericht über Ida Eberhard ab und bezog sich auf Denunzianten aus dem Kollegium, unter anderem auch auf den Schulhausmeister und strammen Nationalsozialisten, Dietz. Ida Eberhard hatte Schulleiter Zindler „mindestens achtmal angesprochen“, er möge seinen scharfen Kurs gegen die alte Lichtwarkschule ändern. Sie hatte den VDA-Vortrag eines Russlanddeutschen bemängelt, „der die Beteiligung der jüdischen Rasse am Bolschewismus kurz streifte“, weil dieser jüdische Schüler kränken könnte und hat sich auch gegen zwei Ausgaben des „Stürmer“ gewendet. Sie weigerte sich, dem NSLB beizutreten, um dadurch nicht mit der NSDAP in eine Beziehung zu treten, „sie aber wesentliche Wirtschafts- und Rasseinstellungen der Partei nicht zu billigen imstande wäre“. Auch in ihrer Wohnung fanden private Sitzungen mit Mitgliedern des Kollegiums der Lichtwarkschule statt. Ida Eberhard wurde daraufhin am 23.11.1934 vom Dienst suspendiert, am 11.2.1935 ganz aus dem Schuldienst entlassen.⁵⁰

Als die Behörde der Lichtwarkschule im August 1936 einen Referendar zur Vertretung zuwies, hatte Zindler nachgeprüft, dass der Referendar Alfred Arndt Schüler der alten Lichtwarkschule gewesen war und dort zur Reifeprüfung im Herbst 1930 eine verdächtige Arbeit verfasst hätte. Zindler schrieb: „Die Arbeit fußt rückhaltlos auf der marxistischen Klassenkampftheorie und bejaht den historischen Materialismus von Karl Marx. Auf der Schlußseite ist deutlich Stellung genommen gegen Faschismus und die Bedeutung von Rasse und Blut, ebenso gegen die Kräfte der Seele, wie der zersetzende Ungeist des Judentums als unwahr abgelehnt wird.“ Und Zindler wies darauf hin, wie er mit Alfred Arndt umzugehen gedenke: „Ich werde mir angelegen sein lassen, während der Zeit der Kommandierung von Referendar Arndt an der Lichtwarkschule seinen Unterricht besonders eingehend zu überwachen.“⁵¹

Zur selben Zeit säuberte Erwin Zindler die Bibliothek der Lichtwarkschule. 132 Bücher liberaler, sozialistischer und marxistischer Verfasser, vor allem auch zehn Schriften von Walther Rathenau wurden entfernt.⁵²

Joachim Wendt beschrieb, dass Zindler bis zuletzt eine Personalpolitik betrieb, die darauf abzielte, „antinazistische Tendenzen auszuschalten“.⁵³

So verhinderte Zindler, dass der beurlaubte Lehrer Hans Donandt wieder an die Lichtwarkschule zurückkehren konnte. Zindler hatte geschrieben, es sei „mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß es bei einer Zuweisung an die Lichtwarkschule meinen Bemühungen in Sachen Leitung der Lichtwarkschule wegen der noch in den Resten des alten Lehrkörpers und der alten Schüler bestehenden Bindungen nicht dienlich sein wird“.⁵⁴ Kurz darauf wurde Donandt an die Hansa-Oberrealschule versetzt.

Schülerinnen und Schüler, die bereits 1933 die Lichtwarkschule verließen und den Übergang von Heinrich Landahl zu Erwin Zindler miterlebt hatten, beschrieben ihn als „Widerling“ oder „Supernazi“. Interessant erscheint, dass Zindler insbesondere im Laufe der Jahre bis 1937 von den Schülern anders wahrgenommen wurde als etwa Berthold Ohm. Joachim Wendt, der mit einigen ehemaligen Schülern gesprochen hat und deren Aussagen auswertete, schrieb: „Wiederholt erscheint Zindler aus Schülerperspektive – im Gegensatz etwa zu den neuen Lehrern Witter, Etzrodt und Ohm – nicht als Nationalsozialist, sondern eher als ein nationalsozialistisch gesinnter Lehrer, der wie sehr viele seiner Generation vom Fronterlebnis des ersten Weltkrieges geprägt wurde und für den im Umgang mit Schülern traditionelle deutsche Kulturgüter stärker im Vordergrund standen als dezidiert nationalsozialistisches Gedankengut.“⁵⁵

Auf Berthold Ohm bezogen, resümierte Wendt in Auswertung der Gespräche mit ehemaligen Schülern, dass Ohm in ihren Augen „die eigentliche Verkörperung eines Nazis gewesen“ sei.⁵⁶

Darin stimmten Wendt und Hochmuth überein, die nach Gesprächen mit ehemaligen Schülern und Lehrern zum Urteil kamen, dass Berthold Ohm von „ebenso brauner Gesinnung“ gewesen sei wie Erwin Zindler.⁵⁷

Erheblich dazu beigetragen, Erwin Zindler in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen, hat aufgrund ihrer Prominenz Loki Schmidt. Sie wurde eingangs schon einmal zitiert, als sie dem „Hamburger Abendblatt“ gegenüber am 30.10.1999 von dem Auftritt Zindlers im ersten Stock der Schule erzählte, der damals in den Hof brüllte: „Diesen roten Saustall werde ich schon ausmisten.“ Es war das Jahr 1934, und der Oberstudiendirektor Zindler war in die Schule gekommen, um sie im nationalsozialistischen Sinne umzukrempeln. Aber es kam ganz anders. Zwei Jahre später fragte er mich ganz erschüttert: ‚Was haben sie nur aus unserer schönen Schule gemacht?‘ Der besondere Geist der Schule und des Kollegiums, dessen Mitglieder von gemeinsamen pädagogischen Vorstellungen und Idealen eng zusammengehalten wurden, vom Erzkonservativen bis hin zum Kommunisten, hatten ihn verwandelt.“

1992 hatte sie geschrieben: „Für mich ist Erwin Zindler eine der tragischen Gestalten meines Lebens: in der Schule wurde er zuerst als nationalsozialistischer Umerzieher kritisiert oder abgelehnt. Von der von Nazis beherrschten Schulbehörde wurde er als Versager betrachtet und degradiert. Und nach Kriegsende wurde er als Nazi eingesperrt. Die Schule aber, die er hatte retten wollen, wurde 1937 aufgelöst.“⁵⁹

1983 hatte sie geschrieben: Zindler „war zwar ein Nazi, aber er war in irgendeiner Weise auch recht naiv oder beeinflussbar, ich weiß nicht, wie ich es von heute aus gesehen schildern soll. Jedenfalls war er nach kurzer Zeit so beeindruckt von der Atmosphäre der Schule, dass er den Lehrern, die von dem alten Kollegium noch übrig geblieben waren, und das war eine große Zahl, freie Hand ließ.“⁶⁰

Nur: Loki Schmidt war am 10.7.1933 dreizehneinhalb Jahre alt. In Gesprächen mit Reiner Lehberger wurde deutlich, dass Erwin Zindler offenbar positiv angeganen war von der Schülerin Hannelore Glaser, wie sie damals hieß. Lehberger, der schon zwei Bücher über Gespräche mit Loki Schmidt veröffentlicht hatte und dabei auch jeweils die Erfahrungen mit Schulleiter Erwin Zindler erfragt hatte, schrieb in seiner Biografie über Loki Schmidt, wie Erwin Zindler sich in einer für sie sehr wichtigen Situation eingesetzt und für sie etwas erreicht hatte: „Mit dem 8. April 1935, also wenige Tage vor Ostern und damit dem Versetzungstermin in der Obersekunda-Reife, wäre beinahe auch die Schullaufbahn von Hannelore Glaser an der Lichtwarkschule beendet gewesen. Als sie nach der Schule nach Hause kam, hatte ihre Mutter einen Brief in der Hand und machte einen verstörten Eindruck. Das Schreiben kam aus der Fürsorgebehörde, und darin wurde den Glasers mitgeteilt, dass Loki nach Ostern die Schule nicht weiter besuchen dürfe. Es sei nicht damit zu rechnen, dass die Eltern aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage ein Studium bezahlen könnten, so dass eine Fortführung der Schulgeldbefreiung und ein weiterer Schulbesuch nicht infrage kämen. Das von den Nazis propagierte Ideal der sogenannten Volksgemeinschaft war eben nur Propaganda.“⁶¹

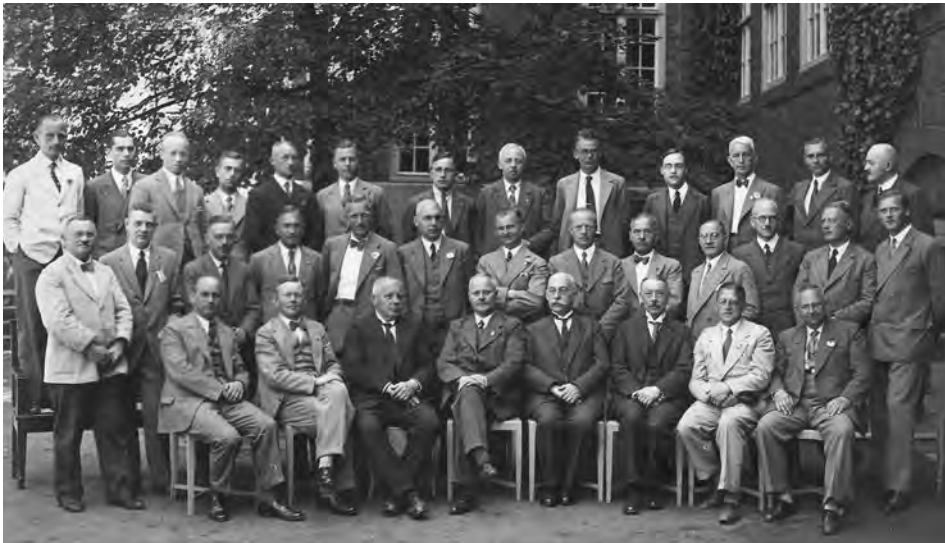
Hannelore Glasers Mutter hatte sich daraufhin an Schulleiter Zindler gewandt und in einem Brief um Unterstützung gebeten. Lehberger schrieb: „Erstaunlicherweise setzte sich der von den Nazis eingesetzte Schulleiter Zindler sehr nachhaltig bei der Schulbehörde um die Rücknahme von Lokis Abschlusung ein. Auch die Klassenkonferenz fasste in diesem Sinne einen einstimmigen Beschluss, und der Klassenlehrer Roemer erstellte einen förmlichen Bericht, in welchem er ihre Charaktereigenschaften und ihre besonderen mathematisch-naturwissenschaftlichen Leistungen lobte. Zindler übersendete auch ein gesondertes Gutachten des Mathematiklehrers Nölle an die Schulbehörde, der seinen überaus positiven, ganz im Lichtwarkschulduktus gehaltenen Bericht so zusammenfasst: ‚Wenn jemals einem jungen, begabten, aufstrebenden, sonnigen Menschenkind durch staatliche Hilfe

über häusliches Geld-Elend hinweg geholfen werden kann, sollte man für diese Schülerin die allererste Anwartschaft geltend machen.“

Zindler hatte der Familie Glaser Unterstützung signalisiert und Hannelore Glaser gesagt, „dass er und die Schule sich für sie einsetzten. Sie solle aber dringlichst ihre Frisur ändern, sie sähe aus wie ‚ein Chinese‘ und sie solle vor allem in den Bund Deutscher Mädel (BDM) eintreten“.

Die Schulbehörde war von dem Einsatz der Schule positiv angetan. Und Zindler schrieb am 1.6.1935 an Hermann Glaser: „Ich kann Ihnen zu meiner Freude mitteilen, dass meine auf das eindringlichste begründete Eingabe zu Gunsten ihrer Tochter Hannelore Erfolg gehabt hat. Hannelore bleibt nach wie vor in unserer Schule.“

Insofern hatte Loki Schmidt mit Erwin Zindler eine für sie existenziell wichtige positive Erfahrung gemacht. Wie übrigens auch andere ehemalige Schüler, auch solche, die Erwin Zindler nach 1945 als Lehrer hatten. Darauf wird noch am Ende eingegangen. Das Beispiel zeigt, dass Zindler mit Schwarzweiß-Kategorien nicht abgebildet werden kann. Aber es kann dadurch auch nicht der Blick dafür verstellt werden, welche Rolle Erwin Zindler als nationalsozialistischer Propagandist und Aktivist im Hamburger Schulwesen gespielt hat.



Erwin Zindler (3. Reihe, 1. v.l.) im Kollegium des Johanneums, Anfang 1933. In der 1. Reihe (5. v.r.) der neu gewählte Schulleiter, Werner Puttfarcken. Ganz rechts in der 3. Reihe steht Ernst Fritz, gegen den Zindler 1934 ein Ermittlungsverfahren bei der Gestapo in Gang bringt, das für Fritz mit Gefängnis und Entlassung endet.

Eine mehr als dubiose Rolle spielte Erwin Zindler zwischenzeitlich in einem anderen gravierenden Fall. Am 28.3.1934 richtete er ein Schreiben an die Landesunterrichts-

behörde. Darin vermerkte er den Besuch einer Mutter, deren Sohn am Johanneum sitzen geblieben sei und jetzt an eine nationalsozialistische Schule in Berlin umgeschult werden solle. Erwin Zindler war bis 1933 der Klassenlehrer ihres Sohnes gewesen. Die Mutter machte „Andeutungen über die sittlich nicht einwandfreie Unterrichtsführung eines der Lehrer am Johanneum“.

Sie war nach Zindlers Worten nicht im Stande, genauer zu beschreiben, was unter „sittlich nicht einwandfrei“ zu verstehen sei. Zindler bestellte daraufhin ihren Sohn und einen Mitschüler zu sich. „Auf ernstem Vorhalt, nur die reine Wahrheit zu berichten, ferner auf Vorhalt, daß ich gewillt sei, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, – sie hätten sich also ihre Aussage doppelt und dreifach zu überlegen,“ machten sie Aussagen, die Zindler protokollierte und an Oberschulrat Behne weitergab. Es ging dabei um den Studienrat des Johanneums, Ernst Fritz. Zindler führte zwölf Punkte auf, unter anderen:

„Studienrat Fritz hat zum Beispiel gesagt:

1. ‚Der Nationalsozialist ist wie ein Hund. Der hebt auch an gewissen Orten sein Bein hoch.‘
2. Zu einem Schüler der damaligen II b: ‚Sie haben doch nicht etwa Heil Hitler begrüßt?‘ – Der Schüler: ‚Nein, ich bin kein Nazi.‘ – Studienrat Fritz: ‚Na ja, anständige Leute muss es ja auch geben.‘ (...)
4. 1933: ‚Das Horst-Wessel-Lied ist dichterisch unmöglich.‘ (...)
10. Herr Fritz erzählt angeblich: ‚Die jungfräuliche Königin Elisabeth von England habe einmal auf einem Schiff einen Prinzen besucht. Als sie wieder herunterkam, habe sie vor lauter Kraft nicht mehr gehen können.‘
11. 1932 habe Herr Fritz in der Klasse IIb gesagt: ‚Wenn Hitler ans Ruder kommt, wandere ich aus.‘
12. Herr Fritz ist Klassenleiter einer Sexta. Die Sextaner, von den Obersekundanern nach ihrem Klassenleiter befragt, erklärten angeblich: ‚Fritz ist ein Schwein.‘“⁶²

Was trieb Zindler zu diesem Schreiben? Er war selbst von 1930 bis 1933 Studienrat am Johanneum, Lehrerkollege vom damaligen Schulleiter Werner Puttfarcken (seit 1933) und Ernst Fritz. Er notierte, er „habe heute Herrn Dr. Puttfarcken vergeblich zu erreichen gesucht“. Wie hätte er reagiert, wenn Puttfarcken im umgekehrten Fall Ermittlungen über Vorgänge an der Lichtwarkschule vorgenommen hätte, um sie ohne Kenntnis des Schulleiterkollegen an die Schulaufsicht weiterzugeben? Möglicherweise spielt verletzte Eitelkeit hier eine Rolle. Unter Punkt drei notierte Zindler: „Im Mai 1933 regt sich Herr Fritz über die amtlich zu veranstaltende Schlageterfeier auf. Ich hatte damals die Weiherede zu halten. Schüler sagen: ‚Wir sind aber reich-

lich entschädigt worden.⁴ Herr Fritz macht eine abfällige Bemerkung, die nicht mehr genau wiedergegeben werden kann, und lachte dazu in hässlich-hämischer Weise.“

Kann es einen so simplen Hintergrund geben? Er, Zindler, hatte am 26.5.1933 in einer Aula-Feier im Johanneum zum zehnjährigen Todestag des von den Nationalsozialisten als Märtyrer verehrten Albert Leo Schlageter die sogenannte Weiherede gehalten, und Ernst Fritz hätte hässlich-hämisch gelacht?

Die mögliche Rache Zindlers war der Beginn eines Verfahrens, das Ernst Fritz letztlich in die Hände der Gestapo und in das Gefängnis brachte. Davon hat sich Ernst Fritz gesundheitlich nie wieder erholt. Fritz, dem seine Schüler Ralph Giordano und Walter Jens ein Denkmal setzten „für geleisteten Antifaschismus.“⁶³ Uwe Reimer schilderte den Fall Fritz und kam bei Darstellung auch weiterer biografischer Einzelheiten zu dem Ergebnis, Fritz „sei nicht die Lichtgestalt“ gewesen, zu der ihn seine prominenten Schüler machten: „Als Heldenfigur ist Ernst Fritz trotz seines widrigen Schicksals nicht geeignet.“⁶⁴

Aber darum geht es nicht. Puttfarken⁶⁵, der den Bericht 1934 von Erwin Zindler in Kopie bekommen hatte, „stellte daraufhin Studienrat Fritz zur Rede“.⁶⁶ Fritz wurde dann auch von Oberschulrat Walter Behne in die Behörde einbestellt. Werner Puttfarken teilte zwei Jahre später das vormalige Ergebnis mit: „Vom Verlauf dieser Verhandlung machte mir Herr Oberschulrat Behne Mitteilung: Studienrat Fritz sei von ihm verwarnt worden. Auch von mir wurde Herrn F. eine Verwarnung ausgesprochen.“⁶⁷ Dass weiter nichts erfolgte, begründete Werner Puttfarken so: „Aufgrund des Ergebnisses der verschiedenen Unterredungen waren sowohl Herr Oberschulrat Behne wie auch ich des festen Glaubens, daß Studienrat Fritz für sein zukünftiges Verhalten die nötigen Folgerungen aus diesem Vorgang ziehen werde. Von weiteren Schritten wurde Abstand genommen, um Fritz als Volksgenossen die Möglichkeit zu geben, tiefer in die nationalsozialistische Weltanschauung einzudringen und ihn für den Nationalsozialismus zu gewinnen.“

1936 wurde der Fall Ernst Fritz wieder aufgenommen, weil weitere Vorwürfe von der Hitler-Jugend laut geworden waren. Jetzt wurde Walter Behne damit konfrontiert, dass er den Fall von 1934 für geklärt gehalten hatte und daraufhin das Schreiben von Erwin Zindler vernichtete. Für Behne eine unangenehme Angelegenheit: „Als ich das Aktenstück vernichtete, bin ich mir nicht darüber klar gewesen, daß dies unzulässig sei; es ist dabei zu berücksichtigen, daß mir derzeit Erfahrungen auf dem Gebiet der Schulverwaltung noch in hohem Maße abgingen; ich habe mir daher nicht klargemacht, daß ich einen nicht an mich persönlich, sondern an die Behörde gerichteten Bericht auch dann nicht beseitigen durfte, wenn ich die Angelegenheit für erledigt hielt. Ich habe hier in der Tat nur aus Mangel an Vertrautheit mit den amtlichen Gebräuchen gehandelt.“⁶⁸

Walter Behne war gerade ein Jahr Schulaufsichtsbeamter ohne vorherige Verwaltungserfahrung. Zur Begründung, warum er die Sache für beendet hielt, führte er an: „Ich hatte niemals bei Fritz beobachtet, daß er dem Nationalsozialismus gegenüber ablehnend sei und hatte daher Zweifel an seiner politischen Zuverlässigkeit nicht gehegt. Ich hatte noch kurz vorher Gelegenheit gehabt, Fritz bei der Abnahme einer Reifeprüfung, und zwar in Geschichte zu beobachten. Die Art, wie Fritz über neuere und neueste Geschichte prüfte, zeigte eine durchaus positive Einstellung. Zu demselben Urteil war der Leiter des Johanneums Studienrat Puttfarcken gekommen, mit dem ich damals die Angelegenheit genau besprochen habe. Es war mir allerdings bekannt, daß Fritz überhaupt einen gewissen Hang zur Ironie hat, daß sich aber die Ironie besonders gegen die herrschenden politischen Mächte auswirkt, haben weder Herr Puttfarcken noch ich beobachtet, und wir kamen daher übereinstimmend zu dem Urteil, daß es sich nicht sowohl um eine grundsätzliche Gegnerschaft des Studienrats Fritz gegen den Nationalsozialismus und nicht um das Bestreben, den Nationalsozialismus bei den Schülern herabzusetzen, sondern um taktlose Entgleisungen gehandelt habe.“

Karl Witt musste auf Anfrage des Gauleiter-Vertrauten und Staatsrats Georg Ahrens erklären, dass er Walter Behne auf seinen Fehler hinweisen würde.⁶⁹ Es bleibt die Frage: Was hatte Erwin Zindler zu seinem Vorgehen veranlasst?

1937 gab es einen deutlichen Einschnitt an der Lichtwarkschule und auch für Erwin Zindler persönlich. Am 5.1.1937 übte Erwin Zindler zum ersten Mal heftige Kritik an Berthold Ohm. 1935 und 1936 seien durch ihn „tiefgreifende Erschütterungen“ im Kollegium und in den von ihm unterrichteten Klassen entstanden. Zindler befürwortete die Umsetzung Ohms an die von Karl Züge geleitete Bismarck-Oberrealschule. Zwischen Züge und Ohm bestehe „seit Jahren ein vertrautes Verhältnis“. Beide gehörten dem Hamburger Vorstand des Philologenvereins an, Züge als Vorsitzender und Ohm als Kassenverwalter.⁷⁰

Am 1.4.1937 wurde das Gebäude des Realgymnasiums Rechtes Alsterufer mit nur noch 150 Schülern geräumt (Schlump/Ecke Bundesstraße). Die Zusammenlegung mit der Lichtwarkschule in deren Gebäude am Grasweg wurde eingeleitet und Erwin Zindler erstmalig über die Absicht der Schulverwaltung informiert, die Lichtwarkschule mit dem Realgymnasium Rechtes Alsterufer unter dem Namen „Oberschule für Jungen am Stadtpark“ zusammenzulegen.⁷¹ Schulleiter wurde der bisherige Schulleiter der aufgegebenen Schule, der 16 Jahre ältere Bernhard Studt. Stellvertretender Schulleiter der bisherige Leiter der Lichtwarkschule, Erwin Zindler. Die Mädchen der bisherigen Lichtwarkschule wurden an die Emilie-Wüstenfeld-Schule und die Klosterschule versetzt.⁷²

Seine Abberufung als Schulleiter der Lichtwarkschule stellte Zindler im Rück-

blick 1945 und 1948 als eine geradezu dramatische Aktion gegen einen von den Machthabern als gefährlich angesehenen Menschen dar und brachte sie mit dem Fall Ohm in Verbindung. Seine diesbezügliche Beschwerde beschrieb er 1948 so, dass „ein bedingungsloser Nationalsozialist ... dergleichen bestimmt nicht gegen eine nationalsozialistische Behörde tue“, d. h., er sah sich im Rückblick nicht als bedingungslosen Nationalsozialisten.⁷³

Erwin Zindler setzte jetzt offenbar auch einen anderen Schwerpunkt. Er nahm an Reserveübungen der Wehrmacht teil. Am 4.1.1935 war er schon zum Oberleutnant und Reserveoffizier im Artillerieregiment 20 ernannt worden. Am 1.3.1938 teilte er der Behörde mit, zum Hauptmann befördert worden zu sein.⁷⁴ Die Übungen, zu denen er einberufen wurde, dauerten jeweils etwa vier Wochen. Am 3.9.1938 meldete er der Behörde alle Orden und Ehrenzeichen. Es schien, als suchte Erwin Zindler nach dem empfundenen Karriereknick die Rehabilitation bei der Wehrmacht. Im September 1939 nahm er am Polenfeldzug teil, 1940 kämpfte er in Frankreich und danach in Russland bis 1942 als Kommandeur einer Heeresartillerieabteilung. Dort wurde er auch 1942 zum Major befördert.⁷⁵

Über seine Erkenntnisse und „furchtbarsten Kriegserlebnisse“ schrieb er im Entnazifizierungsverfahren 1948. Vorerst klang es anders: Unter der Überschrift „Berichte für besondere Tapferkeit. Politische Leiter wurden ausgezeichnet“ brachten die Gaunachrichten der NSDAP 1940 16 Bilder von Ausgezeichneten, und zwar von denjenigen politischen Leitern des Kreises 1 (heute Kreis Nord), „die als Aktivisten des Führers sich auch aktiv an der Front als Soldaten eingesetzt haben“, unter ihnen der Ortsgruppenamtsleiter (Schulungsleiter) der Ortsgruppe Otto Blöcker, Pg. Hauptmann Erwin Zindler. Er erhielt jeweils die Spange zum EK II und EK I. In der Ausgabe für Kreis 3, wurde der Politische Leiter dargestellt als „der aktive Parteigenosse, der die Politik des Führers nach den ihm erteilten Anordnungen an der Front des Volkes leitet. Die politischen Führer ... sind also Hoheitsträger. ... Wir sind gewissermaßen die Fingerspitze des Führers“.⁷⁶

Und ein Jahr später meldete das Blatt: „Unsere Schulungsleiter erhielt die Spange zum EK 1. Klasse.“ Zindler wurde in seinen verschiedenen Funktionen vorgestellt: „Schulmeister, Dichter und Denker – als politischer Leiter und Schulungsleiter ist er uns in der Ortsgruppe Otto Blöcker ein lieber Kamerad, und als Hauptmann und Batteriechef tut er jetzt seine Pflicht für Führer und Volk, unser Pg. Erwin Zindler.“ Zindler selbst schrieb von der Front an „Liebe Kameraden“. Er nannte seine „brauchbaren Erfolge“ im Frankreichfeldzug wie „die Vernichtung von drei Batterien und erfolgreiches Punkteschießen auf besetzte Kirchtürme“, vor allem aber seinen Anteil an der „Erstürmung von Belfort“ und schloss mit „Euch allen ein kräftiges Heil unserem Führer! Euer Erwin Zindler“.⁷⁷

In der Heimat tat sich auch etwas: „Die Schulverwaltung beabsichtigt, dem Herrn Reichsstatthalter den Oberstudienrat Erwin Zindler unter Ernennung zum Oberstudiendirektor als Leiter der Elise-Averdieck-Schule vorzuschlagen. Es wird um eine Mitteilung gebeten, ob von Seiten des Kreises gegen die Ernennung des Oberstudienrates Erwin Zindler Bedenken erhoben werden“, fragte Karl Witt beim Kreisleiter der NSDAP des Kreises 5, Amandus Brandt, an.⁷⁸

Es waren zwei getrennte Welten. Während Soldaten und Offiziere im Krieg waren, wurden sie in ihren Heimatstädten auf Funktionen berufen, befördert und umgesetzt.

Zindler wurde also in Abwesenheit am 30.1.1942 zum Oberstudiendirektor ernannt und bekam an die Feldpostnummer 27 705 von Landesschulrat Willi Schulz am 7.2.1942 folgendes mitgeteilt: „Der Herr Reichsstatthalter in Hamburg hat Sie mit Wirkung vom 1. Januar 1942 zum Oberstudiendirektor befördert. Ich beglückwünsche Sie herzlich zu dieser Beförderung und benutze die Gelegenheit, Ihnen für die Zukunft, besonders für die Zeit ihres Einsatzes als Soldat, alles Gute zu wünschen. Mit diesem Wunsche verbinde ich die Hoffnung, daß Sie nach dem Siege alsbald ihre Friedenstätigkeit bei der Schulverwaltung arbeitsfreudig und in voller Gesundheit wieder aufnehmen können.“⁷⁹

Möglicherweise wurde Erwin Zindler mit dieser Beförderung das Leben gerettet. In einer „Denkschrift in eigener Sache“ schrieb er als Anlage zu seinem Entnazifizierungsantrag am 30.6.1948, in welcher Kriegs-Situation ihn die Nachricht seiner Beförderung in Russland erreichte: „Der Winter 1941/42 war mein furchtbarstes Kriegserleben, gegen das die Abwehrschlachten des ersten Weltkrieges fast als geringfügig anzusprechen waren. Ich sah als Kommandeur einer selbständigen Heeresartillerieabteilung vor Moskau – nur 25 km vom Kreml entfernt – den Führungswahnsinn der obersten Heeresleitung sich auswirken, erlebte das Erfrieren und Sterben der Panzerdivisionen, die ohne Winterausrüstung bei 50 Grad Frost in die Schneewüsten gejagt worden waren. Ich beobachtete ferner um die Jahreswende 1941/42 aus nächster Nähe – als Heeresartillerist wechselte ich in schneller Folge die Kommandobehörden – das Fallenlassen bewährter Generale alten Schlages. Die seelische Erschütterung jener Monate war die Veranlassung zu meinem Bruch mit der Wehrmacht. Der entsetzliche Winter hatte mich gelehrt, daß ich meine Truppe nicht mehr nach altüberlieferten Grundsätzen zu führen vermochte.

In dem Augenblick, wo ich im Februar 1942 dem Generalsobersten Reinhard unterstellt war, betrieb ich über meinen Verleger Dr. Hermann von Hase und dessen Vetter, den Berliner Stadtkommandanten General von Hase (nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet) meine Entlassung. Das ist durch Fernschreiben des Generals von Hase und dem Generalobersten Reinhard erreicht worden. Entlassung aus der

Wehrmacht am 27. Mai 1942, obwohl kv.“⁸⁰

Hier wurde nachträglich etwas verdichtet und eine Legende gestrickt. Erwin Zindler war Schriftsteller gewesen und hatte seine Kriegserlebnisse in Romanform verarbeitet. Uwe Reimer schrieb, Zindlers „literarischen Hervorbringungen atmen völkisch-nationalen Ungeist.“⁸¹ Das bezog er sowohl auf dessen ersten Kriegsroman „Auf Biegen und Brechen“, der den ersten Weltkrieg thematisierte, aber auch den 1943 erschienenen Roman „Und abermals Soldat“, in dem Zindler die Erlebnisse des Zweiten Weltkrieges verarbeitete. Und da klang es anders als in dem Entnazifizierungsschreiben, das Zindler „Schon 1942 Bruch mit der Wehrmacht“ betitelte. Reimer über den letzten Roman des Kriegsschriftstellers Zindler: „Das war keine direkte NS-Propaganda, aber eine kitschige Feier des Soldatentums war es allemal. Textprobe: ‚Gehörten diese Toten nicht in dieses Erdreich, das ihren Lebensquell aufgesogen hatte, als er am Versiegen war? Im Versiegen trugen sie den Sieg davon: ‚Niemand hat größere Liebe, als wer sein Leben lässt für seine Freunde.‘ Dieser Sieg aber wurde zur Last den ihnen verbundenen Seelen, die unter Schmerzen sich weiteten, um alle Welt zu überwinden, – um Wanderer fortan zu bleiben.‘“⁸²

Ein „Bruch mit der Wehrmacht“ war dieses Kriegsbuch jedenfalls nicht.

Sicherlich hatten auch Zindlers gute Kontakte zu Gauleiter Kaufmann und dem neuen starken Mann in der Landesunterrichtsbehörde, Albert Henze, zu seiner Rückkehr auf einen Schulleiterthron beigetragen. Die nächsten Karriereschritte zeugten davon.

Bernhard Studt, der ihm vorgezogene Schulleiter der Oberschule für Jungen am Stadtpark, attestierte Zindler eine „vorzügliche Bewährung“. Studt schrieb: „In der Schulzucht war er eine besonders kräftige und zielbewusste Stütze des Kollegiums und des Schulleiters. Sein Verhältnis zu den Schülern war energisch bestimmt und doch wohlwollend und freundlich.“⁸³

Zindler wurde mit Schreiben vom 26.8.1942 zum Schulleiter des Johanneums ernannt⁸⁴, Werner Puttfarken, der bisherige Schulleiter, gleichzeitig als Schulleiter an die Oberrealschule Armgartstraße versetzt. Puttfarken hatte in einigen Fällen nicht die vom Oberschulrat Albert Henze gewünschte Härte und Strenge gegenüber der Schülerschaft, insbesondere denjenigen Schülern, die zur Swing-Jugend zu zählen waren, gezeigt.⁸⁵

Zindlers Ansehen in der Behörde war groß. Er bemühte sich mit Erfolg um die Wiederherstellung der Schulbezeichnung des Johanneums als „Gelehrtenschule“ und das Reichserziehungsministerium erkannte das Johanneum als bedeutende höhere Schule an mit der Folge, dass Zindler in eine höhere Besoldungsgruppe überführt wurde, sehr zum Verdross seines Vorgängers Werner Puttfarken. Für mich

bekommt Zindlers an Puttfarcken vorbei an die Behörde gerichteter Brief über den Lehrer Ernst Fritz aus dem Jahre 1934 hier noch einmal eine besondere Bedeutung.

Der Stellenwert Zindlers wurde auch deutlich durch seine Beförderung zum kommissarischen Gauamtswalter des Hamburger NSLB für den erkrankten Willi Schulz, der nominell in dieser Position verblieb, aber nicht mehr wiederkam. Zindler war damit auf dem Höhepunkt einer machtvollen Stellung, parallel zu Albert Henze, dem starken Mann in der Schulverwaltung nach Ausscheiden von Landesschulrat Willi Schulz. Erwin Zindler führte wie viele andere Schulleiter einen Kampf mit der HJ, die er und seine Mitdirektoren, in der Regel Reserveoffiziere, als anmaßend ansahen. Auf eine Anfrage des HJ-Bannführers des Bannes Hamburg Nord – 188 –, Herde, der die Schulleiter zu einer kurzen Besprechung wegen der Schulappelle bat, ihn in der Banndienststelle aufzusuchen, antwortete Zindler, der als „Herr Zindler“ angeschrieben worden war: „Nicht ich als Direktor und Stellvertreter des NSLB-Gauwalters komme alsdann zu ihnen, sondern das Umgekehrte dürfte sich empfehlen, zumal gewisse Höflichkeiten im soldatischen Deutschland – wie mir als Major nicht fremd – durchaus nicht abgeschafft sind.“ An den Kopf des Schreibens hatte Zindler gesetzt: „Johanneum – Gymnasium für Jungen (gegründet 1529). Der Oberstudiendirektor“. Und Albert Henze notierte am 1.10.1942 am Rand: „Sehr richtig!“⁸⁶

Erwin Zindlers NSLB-Arbeit hatte einen politisch-agitatorischen Charakter. Er hielt Vorträge zu den Themen: „Soldat und Erzieher“, „Des Führers Auftrag an Schule und Schulung“, „Auftrag des Führers an die deutsche Schule“.⁸⁷

Am 3.2.1943 gab er als kommissarischer NSLB-Gauwalter ein Durchhalteflugblatt heraus. Es war ein bemerkenswerter Kontrast zu den Verlautbarungen Zindlers, als er sich nach 1945 um seine materielle und berufliche Existenz sorgte und behauptete, niemals Nationalsozialist gewesen zu sein. Unter der Überschrift „Erziehung zum zeitnahen Denken“ schrieb er im Namen des NSLB:

„Über 40 Monate schon währt dieser Krieg, der ein zweiter Weltkrieg geworden ist. Zur See, in der Luft, in der nordafrikanischen Wüste wie in den schnee- und eisverhangenen Weiten Russlands wird um Sein oder Nichtsein gerungen. Wie hart aber dieses Ringen ist, davon macht sich in der Heimat nicht jeder erwachsene Volksgenosse eine richtige Vorstellung. Um wie viel weniger aber ein Schüler. Wie es Aufgabe der politischen Erziehung in der Schule ist, das geschichtliche Werden Deutschlands in seinen Irrwegen ebenso wie in seinen Höhepunkten begreiflich zu machen – immer mit dem ständig dabei aufleuchtenden Ziel vor Augen, den jungen Deutschen zum Nationalsozialisten aus innerer Nötigung und Verpflichtung reifen zu lassen –, so fordert der Krieg und seine Dynamik das wache Auge auch für die Ereignisse des Tages.“

Und weiter: „Seien wir ehrlich, wie nur Soldaten, denen aus nüchterner Beurteilung der Lage der Entschluss zum Handeln erwächst! – Diese Ehrlichkeit gebietet, festzustellen, daß sich da und dort Zeitgenossen – Alte und Junge – finden lassen, die mit dem Blick nach Osten die trüben Züge in ihrem Antlitz nicht zu bannen wissen. – Nach den Ursachen solchen Gebarens ist zu fragen.

Als Kämpfer der vordersten Front auch dieses Krieges glaube ich in meiner gegenwärtigen Stellung als k-Gauwalter des NSLB meinen Berufskameraden die Antwort geben zu müssen. Wir Deutsche sind durch die gigantischen Erfolge der Wehrmacht verwöhnt, maßlos verwöhnt worden. Kessel- und Vernichtungsschlacht waren und wurden für uns fast so etwas wie Tagesordnung. Vergessen haben wir, daß Graf Schlieffen sein klassisch gewordenes Werk Cannae nannte, also 2000 Jahre rückwärtsschreiten mußte, um ein Musterbeispiel seiner strategischen Ideen zu finden. Und was erhielten wir dank dem Genie des Führers?

Unsere Führer, Generale aller Grade, waren unter uns. Selbst der Führer erschien an bedrohtester Front. Und der Erfolg war mit uns. In einem Ringen, das härter war als das von mir mitgemachte Ringen um Verdun, haben wir bis zum Eintritt des Tauwetters die Lage wieder hergestellt. Und wieviel Gelände habt ihr preisgegeben, werden die Überklugen fragen? – Was bedeuten, sagen wir so fragenden Zeitgenossen, einige tausend Quadratkilometer in diesem Russland der Grenzlosigkeit? Vertrauen wir vielmehr auf die Führung. Vertrauen gilt der Härte des deutschen Soldaten. Das ist das Gebot der Stunde.

Die Tapferkeit des Herzens nämlich ist der Prüfstein der Bewährung. Und so – scheint mir – ist es eine große und herrliche Aufgabe, gerade jetzt während des Krieges Gedanken solcher und verwandter Art vor deutscher Jugend vorzutragen in dieses Wertes edelster Bedeutung, – nämlich als Fackelträger deutsches Siegeswillens voranzutragen. Hier ist der Ort echtester Erzieherbewährung.

Jeder Lehrer, dem ein Herz in der Brust pocht, glühend für Deutschland, muß zum Anwalt deutschen Lebens werden.“⁸⁸

Zindler formulierte 1943 die glühenden Appelle, mit denen die letzten Personen motiviert werden sollen, um an der Front oder, später, in Volkssturmkommandos für Führer, Volk und Vaterland den Heldentod zu sterben. Und dieser Erwin Zindler behauptete fünf Jahre später, mit der „Wehrmacht 1942 endgültig gebrochen zu haben“?

Über Zindlers Tätigkeit am Johanneum in Kriegszeiten gab es unterschiedliche Resonanz. Uwe Reimer zitierte den unverdächtigen Lehrer am Johanneum, Thede, der stark mit Entnazifizierungsverfahren befasst war. Willi Thede bescheinigte Zindler „große Energie, den Betrieb der Schule aufrecht zu erhalten.“⁸⁹

Einmischungen der HJ konnten „bei dem Ansehen, das der Direktor bei der Partei genoß, zurückgewiesen werden.“⁹⁰

Die von Uwe Reimer nach Befragungen ehemaliger Schüler erhaltenen Rückmeldungen sind widersprüchlich. Zindler sei „ein überzeugter Nationalsozialist gewesen“, die Schüler erlebten ihn aber auch „als einen begeisternden Vermittler der großen Werke deutscher Kunst und Kultur.“⁹¹

Jemand anderes nannte Zindler einen „unverbesserlichen Nazi, der seine fraglos vorhandenen pädagogischen Fähigkeiten noch 1944 und 1945 zu nutzen suchte, um uns Fünfzehnjährige und Sechzehnjährige für Krieg und Naziideologie zu begeistern.“⁹²

Diese Einschätzung wurde belegt durch Zindlers Verhalten am 6.6.1944, als die Alliierten in der Normandie landeten. Zindler rief „die Schüler aus dem Unterricht, ließ sie Aufstellung vor dem Direktorzimmer nehmen und verkündete, daß durch die Landung der feindlichen Truppen ein entscheidender Schritt zum Endsieg“ getan sei.⁹³

Uwe Reimer gab noch ein Beispiel von Erwin Zindlers Schulleiterhandeln. „Das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 hätte ihm ebenfalls Gelegenheit zu vorauseilendem Gehorsam gegeben; hier waren ihm aber die Sommerferien in die Quere gekommen. Am ersten Schultag nach den Ferien setzte er dann sofort die behördliche Anweisung um, ‚den Schülern zu Bewußtsein zu bringen, wie dankbar das deutsche Volk der Vorsehung sein muss, daß ihm der Führer erhalten blieb.‘ Im Schulleitertagebuch heißt es unter dem 27. Juli 1944: ‚Schulbeginn mit einem Appell in der Ehrenhalle. Ansprache des Direktors zu dem Attentat auf den Führer. Brandmarkung des Verbrechens, Hinweis auf Parallelen in deutscher Geschichte.‘“⁹⁴

Während Zindlers rastloser Arbeit starb seine Frau Luise Zindler am 18.12.1942.

Nach „Stilllegung“ der Arbeit des NSLB am 18. Februar 1943 wurde Zindler zum „Gauschulbeauftragten der NSDAP in der Leitung der Kinderlandverschickung“ berufen.⁹⁵

Nach der Bombardierung Hamburgs 1943 war der Unterricht weitestgehend zum Erliegen gekommen, ein Großteil der Schüler in die Kinderlandverschickungslager evakuiert worden. Zindler hielt Vorträge im Rahmen der zentral durchgeführten pädagogischen Wochen in der Musikhalle vor 1500 Zuhörern, einmal zum Thema „Staat und öffentliche Meinung“, dann zum Thema „Der preußische Staat des 18. Jahrhunderts“.⁹⁶

Zum „Führergeburtstag“ am 20.4.1944 sprach Zindler bei einem Appell in der Ehrenhalle des Johanneums zum Thema „Von der Schwere der Führungämter“ und verglich Hermann den Cherusker, Friedrich den Großen und den Freiherrn von

Stein mit Adolf Hitler und nannte dessen „Leistungen von der Beseitigung der Versailler Schande an, Aufhebung der Arbeitslosigkeit, Rettung der deutschen Kultur, Umsicht, Planung und Kühnheit im großen Kriege als Beweise seiner geschichtlichen Größe“. Einer der gefallenen Schüler des Johanneums wurde als „Vorbild für die Treue zum Führer hingestellt“.⁹⁷

Erwin Zindler blieb rastlos tätig bis zum Schluss. Am Ende befahl er drei Volkssturmbataillone aus 50- bis 60jährigen Männern, „verbunden mit der Aufgabe, den Amtsbereich des Reichsstatthalters in Harvestehude abzusichern. Seinen Gefechtsstand über den Abschnitt Eidelstedt bis S-Bahnhof Alte Wöhr und sein Wafendepot verlegte Zindler in den nördlichen Keller des Johanneums. Vom 13. bis 20. März 1945 leitete er einen VolkssturMLEHrgang in der Volksdorfer Walddörfer-Schule.“⁹⁸

Am 27.6.1945 wurde Erwin Zindler auf Anordnung der britischen Militärregierung beurlaubt. Zindler sollte täglich mit mindestens sechs Stunden zu Aufräumarbeiten und Arbeiten in den Sammlungen des Johanneums eingesetzt werden.⁹⁹

Am 20.8.1945 meldete Zindler der Schulverwaltung, von der Kriminalpolizei vernommen worden zu sein. Es hätten Anzeigen gegen ihn vorgelegen. Die Vorhaltungen: „1. Er sei ein scharfer Antisemit. 2. Er habe langjährig mit nationalsozialistischen Zeitungen und Zeitschriften zusammengearbeitet. 3. Er verkehre nur mit intellektuellen Nazikreisen. 4. Seine Bücher seien typische Naziliteratur.“¹⁰⁰

Zindler hatte alle Punkte bestritten und Gegenbeispiele angeführt, „Beweise“, wie er es nannte. Unter Hinweis auf jüdische Freunde führt er aus: Er sei nur gegen „jüdische wie nichtjüdische Minderwertigkeitsnaturen“ eingeschritten. Zindler nannte zwei jüdische Beispiele aus der Lichtwarkschule: D., der eine „Onanie-Epidemie“ entfesselt habe, und S. wegen „Kameradendiebstahls“. – Den Nichtjuden J. hingegen, Sohn eines Oberlandesgerichtsrates, der ebenfalls das Johanneum besucht habe, habe er „wegen perverser Neigungen der Schule verwiesen.“¹⁰¹

Im Entnazifizierungsfragebogen vom 17.7.1945 riss sich Zindler dazu hin, auf die Frage 29: „Sind Sie aus irgend einer Stellung aufgrund aktiven und passiven Widerstandes gegen die Nazis entlassen worden?“ zu antworten: „1937 wegen Auflehnung gegen die Schulverwaltung vorübergehend dienstenthoben“.¹⁰²

Zindler gab an, als Lager- und Transportarbeiter zu arbeiten. Das Verfahren für Erwin Zindler zog sich hin. Offenbar forcierte auch Zindler das Verfahren nicht, weil ihm klar war, dass nur Zeit seine Aktivitäten verblassen lasse. Am 30.6.1948 legte er eine zehneitige „Denkschrift in eigener Sache“ vor. Zindler schönte in seiner Denkschrift seine Arbeit und bauschte vereinzelte Ereignisse insbesondere an der Lichtwarkschule auf. „Sittliche Verfehlungen“ nach § 175, Diebstähle, „exhibitionistische,

perverse Täter, die turnende Frauenabteilungen belästigt hätten“ und – überraschend – „jahrelange Spannungen mit meinem Stellvertreter (Studienrat Ohm)“ sowie die Bagatellisierung seiner propagandistischen Aktivitäten. Seine von ihm so leidenschaftlich durchgeführte Tätigkeit als kommissarischer NSLB-Gauamtsleiter nannte er „Kommandierung zum NSLB und mein Gegenkurs“. Er habe insbesondere versucht, im Curio-Haus künstlerische Darbietungen und Kunstsammlungen zu organisieren. Seine Propaganda- und Durchhalteaktivitäten verschwieg er. Seine Denkschrift war ein Beleg für Verdrängung und Verleugnung und extrem selektive Wahrnehmung.

Die vorgelegten Leumundszeugnisse waren entsprechend dürftig. Vom Johanneum meldete sich der Lehrer Dr. H.L. Lorenzen, der wegen seiner jüdischen Wurzeln aus dem Schuldienst entlassen worden war. Lorenzen, der Schwager des fanatischen NS-Aktivisten am Johanneum, Hans Langhein, hatte sich durch inflationäre Persilscheine für erheblich belastete Nationalsozialisten nach 1945 hervorgetan, immer unter Hinweis auf seinen jüdischen Familienzweig. Lorenzen schrieb am 10.4.1949: „Herr Zindler ist nach meinem Dafürhalten ein Idealist, der wohl zuerst große Hoffnungen auf die Partei und ihre Versprechungen gesetzt hat. Er hat aber nie, wie andere Kollegen und Schulleiter, die heute zum Teil bereits wieder im Amt sind, restlos vor der NSDAP kapituliert.“¹⁰³

Der ehemalige Generalmajor Söth nannte Zindler einen „hochanständigen Offizier“ und bei Fritz Ulmer, ehemaliger Lehrer und Kollege Zindlers am Johanneum wird Mitleid und Empathie für das Schicksal Zindlers nach 1945 deutlich: „Während der vier Jahre seit seiner Suspendierung und fristlosen Entlassung 1945 hatte er bei härtester körperlicher Beanspruchung als Lastwagenfahrer alle seelischen Belastungen standhaft ertragen.“¹⁰⁴ Vorher hatte Ulmer, der selbst einem schwierigen Entnazifizierungsverfahren ausgesetzt war, noch festgestellt: „Er bewährte sich als ausgezeichnete Lehrer, der seinen Schülern menschlich nahekam und sie im Geiste des Humanismus zu wahrheitsliebenden und pflichtbewussten Menschen erzog. Als Schulleiter ein gerechter Vorgesetzter und Kamerad seiner Kollegen, führte er ein vorbildliches Regiment, dem sich jeder gern freiwillig einfügte.“

Der Beratende Ausschuss, der sich intensiv mit den vorhandenen Unterlagen beschäftigt hatte, entschied am 28.6.1949: „Die von der Schulbehörde beigefügten Auszüge aus den Personalakten 1. Arndt, 2. Ohm beweisen eindeutig seine üble aktivistische Einstellung in den Jahren nach 1933. Der Ausschuss hat sich durch Aktenstudium und eingehende Unterhaltung mit Zindler nicht überzeugen können, daß er trotz späterer Ernüchterung durch entschiedenes Abrücken seine früheren Vergehen wettgemacht habe.“¹⁰⁵ Am 6.9.1949 entschied der Ausschuss, dass Zindler als Lehrer nicht tragbar sei. „Gegen die Gewährung eines Ruhegehaltes in Höhe von 90 % der Pension eines Studienrates bestehen keine politischen Bedenken.“¹⁰⁶

Und der Vorsitzende des Fachausschusses, Friedrich Wilhelm Licht, gab am 10.1.1950 eine entschiedene Stellungnahme ab, nachdem Erwin Zindler gegen die bisherigen Entscheidungen Berufung eingelegt hatte: „Zindler war ein Nazi reinsten Wassers. Das musste auch Oberstudienrat Dr. Thede zugeben, der sonst noch bereit war, für den Betroffenen eine Lanze zu brechen, indem er diese Tatsache auf seine politische Dummheit zurückführen wollte. Jedenfalls ist Zindler zweifellos ein Exponent des Nationalsozialismus in Hamburg gewesen, was schon daraus hervorgeht, daß man ihn nach der Ausbootung des Oberstudiendirektors Puttfarcken zum Direktor des Johanneums machte und ihn, als den Nazigrößen im NSLB das Wasser schon bis an die Brust stieg, zum Leiter dieser Organisationen ernannte. Als solcher hat er sich, nachdem der Untergang des Systems bereit deutlich sichtbar war, noch an die Lehrerschaft in einem Schreiben gewandt, indem er sie zum Kampf gegen den Defätismus und zum Glauben an den Führer aufforderte.

„Kampf“ war überhaupt die Parole dieses ‚deutschen‘ Mannes. Das Mitglied des Fachausschusses Beuken hat ihn als Volkssturmkommandeur genossen und ist noch heute von den markigen Worten erschüttert, die Zindler in dieser Eigenschaft an seine Untergebenen gerichtet hat. Wenn der Betroffene jetzt behauptet, er habe nur so gesprochen, um seine den Nationalsozialismus unterminierende Tätigkeit zu tarnen, so erscheint diese Aussage dem Fachausschuss unglaubwürdig. Zindler gehörte weiter zu den Lehrern, die als Reserveoffiziere den Kasernenhof als den besten geeigneten Erziehungsplatz für die deutsche Jugend ansahen. Auch das wurde durch die Vernehmung des Oberstudienrats Dr. Thede bestätigt. Da man das Verhalten des Betroffenen im Falle Arndt und das Gutachten, das er über den berüchtigten Studienrat Ohm abgegeben hat, hinzunimmt, so müsste das wohl wirklich genügen, den vom Fachausschuss gefassten Beschluss zu rechtfertigen.“¹⁰⁷

Der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten urteilte am 4.3.1950 schon etwas milder: „Der Berufung wird mit der Maßgabe stattgegeben, daß Zindler mit Wirkung vom 1.4.1950 75 % der Pensionsbezüge eines Studienrates und mit Erreichung des 65. Lebensjahres bzw. bei früherem Eintritt der Dienstunfähigkeit die vollen Pensionsbezüge eines Studienrates zugesprochen werden. Gegen die Beschäftigung von Zindler im Verwaltungsdienst bestehen keine politischen Bedenken.“¹⁰⁸

Danach ging es in die juristische Auseinandersetzung. Erwin Zindler ließ sich von Rechtsanwalt Otto von Laun vertreten, der behauptete, Zindler sei nicht wieder eingestellt worden, weil man ihn als Militaristen bezeichnet habe. Laun polemisierte dagegen, ganz unjuristisch: „Die angebliche, militaristische Vergangenheit und Haltung des Beschwerdeführers kann nun schon gar nicht als Grund anerkannt werden, ihn aus dem Dienst zu jagen. Der Beschwerdeführer hatte nichts anderes

‚verbrochen‘, als sich seinem Vaterlande zur Verfügung zu stellen und in zwei Weltkriegen als Offizier freudig seine Pflicht zu erfüllen. Daraus Vorwürfe abzuleiten, ist gewiss nicht angängig und würde umso unverständlicher sein in einem Augenblick, in dem alles darauf hinzielt, wieder eine Heeresmacht zu schaffen, um notfalls jedem Angreifer gegenüber eine schlagkräftige Verteidigung zu ermöglichen.“¹⁰⁹

Der juristische Einsatz beförderte Erwin Zindler nicht wieder in den Schuldienst. Es war Oberschulrat Dr. Hans Reimers, der Personalreferent für die Gymnasien, der sich an Senator Landahl am 28.9.1953 wandte. Er teilte Landahl mit, dass Zindler „sehr gern wieder als Lehrer tätig sein würde. Er arbeitet zur Zeit im Lebensmittelgroßhandel. Es wird uns von vielen Seiten gesagt, daß er sich nach 1945 in seiner Haltung erhebliche Anerkennung verdient hat. Die Personallage zum Herbst 1953 ist für mich sehr angespannt. Ich wäre deshalb bereit, Herrn Zindler zu diesem Termin zu übernehmen. Die Oberschule für Jungen St. Georg, K. E. Doermer, würde Herrn Zindler in das Kollegium aufnehmen.“¹¹⁰

Reimers hatte offenbar mit Landahl schon einmal über Zindler gesprochen. Denn er erwähnte in dem Schreiben, dass er Zindlers Nibelungenbuch „Der stolze Adel Mensch“ inzwischen gelesen habe.

Reimers hatte sich in dieser Sache auch an den Lehrerbetriebsrat gewandt, der sich mit der Wiedereinstellung Zindlers einverstanden erklärte.¹¹¹

Interessant ist, dass der ehemalige Lehrer der Lichtwarkschule, Dr. Roemer, der damalige Klassenlehrer von Loki Schmidt während Zindlers Schulleiterzeit, nunmehr als Betriebsratsvorsitzender der Lehrer fungierte. Und Senator Landahl war bekanntlich der von Zindler abgelöste Vorgänger als Schulleiter der Lichtwarkschule. So schlossen sich Kreise nach 20 Jahren.

Es zog sich noch ein wenig hin. Die Schul-Deputation war am 1.4.1954 mit Zindlers Wiedereinstellung als wissenschaftlicher Angestellter mit vollem Lehrauftrag einverstanden. Zindler übernahm eine 11. Klasse als Klassenlehrer an der wissenschaftlichen Oberschule für Jungen in St. Georg.¹¹²

Am 8.12.1954 begutachtete Schulleiter Doermer den „Oberstudiendirektor z. W. v. E. Zindler“ zum ersten Mal. Er schrieb: „Herr Zindler hat die lang entbehrte Lehrertätigkeit mit Freude und Interesse wieder aufgenommen. Er besitzt gute Kenntnisse auf dem Gebiete seiner Fächer und versteht es, Schüler der Oberstufe zu geistig konzentrierter Mitarbeit heranzuziehen. Auf der Unterstufe hat Herr Zindler, jedoch nur vorübergehend, teilweise wohl auch durch das Fach (Religion) bedingt, Schwierigkeiten in der Kontaktfindung gehabt, sich um diese aber stets, und wie es scheint, auch erfolgreich bemüht. In der Art des Ausdrucks ist Herr Zindler recht klar und für Jungen eindrucksvoll, gelegentlich jedoch auch etwas derb. In allen Angelegenheiten der Klassenführung zeigt sich Herr Zindler zuverlässig und

gewissenhaft. Beweglichkeit und Gewandtheit im Umgang mit Menschen haben Herrn Zindler schnell Kontakt finden lassen mit dem Kollegium. Zu jeder sich bietenden Mitarbeit zeigt Herr Zindler sich bereit.“¹¹³

Unter Schulsenator Hans Wenke in der Zeit des Hamburg-Blocks wurde Erwin Zindler am 5.4.1955 beamteter Studienrat auf Lebenszeit.¹¹⁴

Ein Jahr später war er schon Vorsitzender des Bezirksaufnahmeausschusses für die Übergänge zum Gymnasium (damals wissenschaftliche Oberschule genannt). Zwei Jahre später wurde er als Kandidat für die Nachfolge des pensionierten Schulleiters genannt. Die beiden Kollegiumsvertreter im Findungsausschuss lehnten ihn wegen seines Alters ab (62). 1958 übernahm Zindler eine Nebenbeschäftigung an der Heeresoffiziersschule Jenfeld.¹¹⁵

Am 3.8.1958 wurde Erwin Zindler zum Oberstudienrat befördert. Die Beurteilung seiner Arbeit war jetzt noch positiver: „Mit guten Kenntnissen ausgestattet, vermag Herr Zindler mit unvergleichlicher Vitalität einen selten lebendigen, lebensnahen Unterricht zu erteilen, wobei er durch systematische Kleinarbeit die Voraussetzungen für einen ausgezeichneten Oberstufenunterricht in der Verbindung der Fächer Deutsch, Geschichte und Kunstgeschichte zu schaffen vermag. Als lebensfroher, pflichttreuer, von seinem Beruf voll erfüllter Pädagoge wird er von seinen Schülern hoch geschätzt, obwohl er ihnen nichts schenkt, sondern das letzte von ihnen verlangt. Seine pädagogische Begabung und vorbildliche Haltung machen ihn zu einem vorzüglichen Anleiter für Referendare.“¹¹⁶

Der Ernennungsvorschlag war wieder von Senator Landahl unterschrieben, nachdem der Hamburg-Block 1957 durch die Bürgerschaftswahlen abgewählt wurde.

Ende März 1961 trat Erwin Zindler dann in den Ruhestand.

Am 5.11.1964 starb Erwin Zindler. Betrauert wurde er von seiner jungen Frau Edda, die er 1949 geheiratet hatte, und seinen beiden Kindern aus beiden Ehen. „Ein reiches, strebendes Erdenleben hat sein Ende und Frieden gefunden.“¹¹⁷

Erwin Zindler passt in keine Schwarz- oder Weiß-Schublade. Offenbar war er pädagogisch-methodisch für viele Schüler eine ansprechende und inspirierende Lehrerpersönlichkeit. Darüber gibt es vielfältige Zeugnisse und Dokumente. Ich habe Informationen über Kontakte zu ehemaligen Schülern des Gymnasiums in St. Georg, deren Klassenlehrer, Deutsch- und Geschichtslehrer Erwin Zindler 1954 bis 1957 gewesen ist, als er „wieder darauf brannte“, als Lehrer arbeiten zu können. Jürgen Kasiske schrieb: „Erwin Zindler hat mir und ganz sicher den meisten meiner Mitschüler gut getan, mir sind keine Ausnahmen bewusst.“¹¹⁸ Ein anderer Mitschüler ergänzte: „Ich habe ihn als Klassenlehrer ab der elften Klasse erlebt und zwar als Deutsch-/Literatur- und Geschichtslehrer. In den erwähnten Fächern hat er mir

viel humanistische Bildung vermittelt. Auf der Klassenfahrt im Sommer 1955 in den main-fränkischen Raum hat er meine Begeisterung für die Kirchenarchitektur geweckt (Bamberger Dom, Sebaldus- und Lorenzkirche in Nürnberg etc.). Diese Begeisterung hat bis heute angehalten! Über seine Zugehörigkeit zur NSDAP hat er nie gesprochen; er hat allerdings immer den Mut der Männer des 20. Juli 1944 hervorgehoben. Zusammenfassend möchte ich Erwin Zindler als einen liberalen Hanseaten charakterisieren – zumindest so habe ich ihn in bester Erinnerung.“¹¹⁹

Und Klaus Drefahl, der Zindler offenbar auch als Schüler in St. Georg von 1955 bis 1960 erlebt hatte, charakterisierte ihn folgendermaßen: „Robust-forscher und zugleich fair mit uns umgehender Lehrer, der einen anspruchsvollen, literarisch zielgerichteten Unterricht durchführte und zugleich außerordentlich fleißig war. Betonung des Germanischen, des Heroischen, Abwertung des Marxistischen, Defätistischen, Dekadenten. Der NS-Staat hätte Erlösung schaffen können, wenn es nicht den Proletarier Hitler gegeben hätte, der alles ruiniert habe. Erwin Zindler war auch in der Zeit nach 1945 immer noch von dem Gedanken des Nationalsozialismus bestimmt.“¹²⁰

Nach aller Durchsicht von Unterlagen, die Erwin Zindler in seiner Schulleiterfunktion zeigen, lässt sich feststellen, dass Zindler im Gegensatz zu anderen nur aus parteipolitischen und ideologischen Gründen eingesetzten nationalsozialistischen Schulleitern für diese Arbeit nicht ungeeignet war. Er hatte Führungs- und Management-Kompetenzen. Wenngleich er in der Lichtwarkschule an der Komplexität der Aufgabe scheiterte, weil er sich zu sehr auf die Konflikte im Kollegium fokussierte. Alle mir vorliegenden Beurteilungen und viele Rückmeldungen von ehemaligen Schülern belegen, dass Zindler ein inspirierender und kenntnisreicher Lehrer war. Dahinter kann aber nicht verblassen, dass er ebenfalls, entgegen dem von ihm nach 1945 entworfenen Bild, ein überzeugter Nationalsozialist war, ein NS-Propagandist bis zur letzten Stunde. Er war 1933 an der Säuberung der Literatur und der Schulbibliotheken federführend beteiligt. Er hatte die Listen der Bücher mit zusammengestellt, die dann am 15.5.1933 am Kaiser-Friedrich-Ufer vernichtet wurden, spektakulär als Hamburger Bücherverbrennung bekannt geworden.

„Dominant waren seine Affinität zum Militärischen und sein Drang, innerhalb der Schulverwaltung herausragende Positionen zu bekleiden“, wie Uwe Schmidt es charakterisierte.¹²¹

Seine „erschütternde Erfahrung“ 1942 als Kommandeur 25 km vor Moskau hatte daran nichts geändert. Auffällig erschien Zindlers Abneigung, ja sein Hass gegen alles Unmännliche gewesen. Mit einem gewissen Fanatismus verfolgte er alles, was er für „pervers“, „sittlich anrühig“ hielt und was für ihn unter den „Paragraphen 175“ fiel.

Am Ende trug er einige Jahre sein erzwungenes Los nach 1945 als Transportfahrer für ein Kolonialwarenhandelsgeschäft ohne große Larmoyanz. Von Jürgen Kasiske habe ich erfahren, dass er dadurch seine 27 Jahre jüngere Frau Edda kennenlernte, die er vergötterte. Aber opportunistisch hat er wortreich nach 1945 im Bemühen, wieder eingestellt zu werden, das Bild als Gegner und Opfer des NS-Regimes gemalt. Beides ist er nicht gewesen. Dieses Bild entsprang der Verdrängung und seiner schriftstellerischen Kreativität.

Anmerkungen

- 1 Alles zitiert nach, StA HH, 362-2/19_14 und Entnazifizierungsakte Zindler, StA HH, 211-11_Ed 1049, sowie der Personalakte Zindler im Archiv der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) Hamburg.
- 2 Weitere Bücher Zindlers: Der stolze Adel Mensch, Nibelungendrama in fünf Aufzügen, Hamburg 1932; Die Flucht des Sönke Braderup, Frankfurt/M., 1933; Und abermals Soldat, Leipzig 1942.
- 3 Erwin Zindler: Auf Biegen und Brechen, Leipzig, 1929, S. 5.
- 4 Ebd., S. 280f.
- 5 Von dem GEW-Vorsitzenden ab Januar 1948, Hermann Lange, in einem Gespräch mit Reiner Lehberger und mir am 16.9.1986 erfahren (unveröffentlichte Gesprächsniederschrift).
- 6 Alle Berichte in Personalakte Erwin Zindler, Archiv der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) Hamburg.
- 7 Denkschrift in eigener Sache vom 30.6.1948, Bl. 16 und 17, Entnazifizierungsakte Zindler, a. a. O. Hier spielte Zindler auf Heinrich Landahl an, der als kurzzeitiger Reichstagsabgeordneter der Deutschen Staatspartei dem Ermächtigungsgesetz im Reichstag zugestimmt hatte.
- 8 Ursel Hochmuth: Lichtwarkschule/Lichtwarkschüler: „Hitler führt ins Verderben. Grüßt nicht!“, in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hrsg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 87.
- 9 Joachim Wendt: Die Lichtwarkschule in Hamburg, 1921–1937, Hamburg 2000, S. 342.
- 10 Ebd., S. 343.
- 11 Siehe Biografie Ohm in diesem Buch.
- 12 Wendt, a. a. O., S. 433f.
- 13 Ebd., S. 344.
- 14 Zitiert nach Hochmuth, a. a. O., S. 87.
- 15 „Hamburger Abendblatt“ vom 30.10.1999, S. 13.
- 16 Hochmuth, a. a. O., S. 88.
- 17 Wendt, a. a. O., S. 344.
- 18 Siehe Hochmuth, a. a. O., S. 89ff. und Wendt, a. a. O., S. 344ff.
- 19 Hochmuth, a. a. O., S. 89.
- 20 Ebd. S. 88; wie auch die Einführung des Hitler-Grußes, S. 87.
- 21 Wendt, a. a. O., S. 348.
- 22 Siehe ausführlich in Biografie Ohm.
- 23 StA HH, 362- 2/36_386; Hochmuth, a. a. O., S. 89, „Hamburger Nachrichten“ vom 26.8.1933.
- 24 „Hamburger Anzeiger“ vom 24.8.1933.
- 25 Beides in: „Hamburger Nachrichten“ vom 26.8.1933.
- 26 „Hamburger Tagesblatt“ vom 1.9.1933.
- 27 In: 100 Jahre Gymnasium Kaiser- Friedrich-Ufer, Hamburg 1992, S. 58ff.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Wendt, a. a. O., S. 349.

- 31 StA HH, 361-2 VI_417-Sonderaufgaben höherer Schulen, insbesondere im nationalen oder nationalsozialistischem Sinn, 1934–1937.
- 32 Alles zitiert aus der Denkschrift vom 19.1.1934, Personalakte Zindler, a. a. O.
- 33 Ebd.
- 34 Alle Zitate aus HLZ 41/1934, S. 591 f.
- 35 HLZ 46/1935, S. 447.
- 36 Ebd.
- 37 HLZ 46/1935, S.448.
- 38 HLZ 2/1936, Titelblatt.
- 39 StA HH, 362-2/20_6 Bd. 1, Akte Ohm.
- 40 Siehe Biografie Ohm.
- 41 StA HH, 362-2/20_6 Bd. 1, Akte Ohm.
- 42 Ebd.
- 43 Ebd. Siehe dazu auch die Biografie Ohm.
- 44 Ebd.
- 45 Hochmuth, a. a. O., S. 91.
- 46 StA HH, 362-2/20_6 Bd. 1, Akte Ohm. Siehe dazu auch die Biografie Erna Stahls in: Evelin Moews: Erna Stahl: „Sie war immer der Regisseur“, in: Hochmuth/de Lorent, a. a. O., S. 291 ff.
- 47 Hochmuth, a. a. O., S. 91.
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.
- 50 StA HH, 362-2/20_6 Bd. 1 Akte Ida Eberhardt; Wendt, a. a. O., S. 364.
- 51 StA HH, 362-2/20_7.
- 52 Wendt, a. a. O., S. 208f.
- 53 Ebd., S. 352.
- 54 StA HH, 362-2/20_6 Bd. 1 Akte Donandt.
- 55 Wendt, a. a. O., S. 354.
- 56 Ebd., S. 356.
- 57 Hochmuth, a. a. O., S. 88.
- 58 „Hamburger Abendblatt“ vom 30.10.1999, S. 13.
- 59 Hannelore Schmidt: Gezwungen, früh erwachsen zu sein, in: Wolf Jobst Siedler (Hrsg.): Kindheit und Jugend unter Hitler, Berlin 1992 S. 30ff.
- 60 Hannelore Schmidt in: Geert Platner und Schüler der Gerhart-Hauptmann- Schule in Kassel, München (dtv) 1983, S. 85.
- 61 Alle Zitate aus: Reiner Lehberger: Loki Schmidt. Die Biographie, Hamburg 2014, S. 48ff.
- 62 Schreiben Zindlers vom 28.3.1934, Personalakte Zindlers, a. a. O. Alle weiteren Zitate ebd.
- 63 Siehe: Ralph Giordano: Rassismus und Militarismus im NS- Schulalltag, in: Johanneum 1 (1988), S. 21–27; Walter Jens: „Schließt die Augen Jungs“, in: Hochmuth/de Lorent, a. a. O., S. 214f.
- 64 Uwe Reimer: Johanneum 1945 – Ende und Anfang, Hamburg 2012, S. 57.
- 65 Siehe Biografie Puttfarken in diesem Buch.
- 66 Dieser Vorgang und das weitere Verfahren in Personalakte Ernst Fritz, StA HH, 361-3_A 1838.
- 67 Schreiben von Puttfarken vom 2.6.1936 in Personalakte Zindler, a. a. O.
- 68 Schreiben vom 9.6.1936 an den Präsidenten der Behörde, ebd.
- 69 Schreiben vom 11.6.1936, ebd.
- 70 StA HH, 362-2/20_6 Bd. 1 Akte Ohm.
- 71 Wendt, a. a. O., S. 365.
- 72 StA HH, 362-2/36_209.
- 73 Entnazifizierungsakte Zindler, a. a. O.
- 74 Personalakte Zindler, a. a. O.

- 75 Entnazifizierungsakte Zindler, a. a. O.
- 76 Gaunachrichten der NSDAP 6. Jg. Nr. 136, 1. Oktober-Ausgabe 1940 Kreis 1, S. 6.
- 77 Gaunachrichten der NSDAP 6. Jg. Nr. 138, 1. November-Ausgabe 1940 Kreis 1, S. 2.
- 78 Personalakte Zindler, a. a. O.
- 79 Ebd.
- 80 Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 81 Reimer, a. a. O., S. 17.
- 82 Ebd., S. 18.
- 83 Schulinterne Personalakte Zindler, a. a. O.
- 84 Personalakte Zindler, a. a. O., Bl. 131.
- 85 Siehe Biografien Henze und Puttfarcken in diesem Buch.
- 86 StA HH, 361-2 VI_1530 Zusammenarbeit Schule und HJ.
- 87 StA HH, 362-10/1_6.
- 88 Entnazifizierungsakte Zindler, a. a. O., Bl. 125.
- 89 Reimer, a. a. O., S. 19.
- 90 Ebd., S. 19f.
- 91 Ebd., S. 21.
- 92 Ebd.
- 93 Ebd.
- 94 Ebd. S. 21f.
- 95 StA HH, 362-2/36_326.
- 96 StA HH, 361-2 VI_1699 Bd. 1.
- 97 Archiv Johanneum: Schulleitertagebuch II.
- 98 Uwe Schmidt: Erwin Zindler, in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hrsg.): Hamburgische Biographien, Personenlexikon, Bd 5, Göttingen 2010, S. 395.
- 99 Personalakte Zindler, a. a. O.
- 100 Schreiben von Erwin Zindler vom 20.8.1945, ebd. Im Weiteren daraus zitiert.
- 101 Ebd., Bl. 143.
- 102 Entnazifizierungsakte Zindler, a. a. O.
- 103 Schreiben vom 10.4.1949, ebd.
- 104 Schreiben vom 18.3.1949, ebd.
- 105 Ebd.
- 106 Ebd.
- 107 Ebd., Bl. 69.
- 108 Ebd., Bl. 74.
- 109 Schreiben vom 8.5.1952, ebd.
- 110 Personalakte Zindler, a. a. O., Bl. 202.
- 111 Schreiben an den Lehrerbetriebsrat vom 9.9.1953, der seine Zustimmung abzeichnet, ebd.
- 112 Ebd.
- 113 Ebd.
- 114 Ebd.
- 115 Ebd.
- 116 Beurteilung vom 28.8.1957, ebd.
- 117 Ebd.
- 118 Persönliche Mail an mich vom 16.9.2009.
- 119 Von Jürgen Kasiske am 4.2.2013 mitgeteilt.
- 120 Nach Mitteilung von Uwe Schmidt an mich vom 10.9.2004.
- 121 Ebd.

Berthold Ohm

„Die eigentliche Verkörperung eines Nazis“

Eine Person, an der sich die Geister scheiden, ist Berthold Ohm gewesen. Ursel Hochmuth nannte ihn einen Mann „von tief brauner Gesinnung“.¹ Uwe Schmidt empfand dies als „eine verkürzte Charakterisierung“, die „seiner Persönlichkeitsstruktur nicht gerecht“ wird.² Er schrieb: „Dem Persönlichkeitstyp nach muß es sich bei Ohm um einen überaus konservativen, trotz seiner erst 40 Jahre äußerst altmodischen Lehrer gehandelt haben, der darauf bedacht war, sich den neuen Machthabern anzupassen“.³

Ohm war zentraler Akteur in zwei Fällen. Einmal als stellvertretender Schulleiter der Lichtwarkschule von 1933 bis 1937 und später in einem Kriegsverbrecherprozess, weil er am 28.4.1945 als kommandierender Oberstleutnant den Erschießungsbefehl exekutieren ließ gegen sieben Bürger in Penzberg, die beim Anrücken amerikanischer Truppen verhindern wollten, dass angesichts des nahenden Kriegsendes noch Widerstand geleistet wurde.

Berthold Ohm war am 21.4.1893 als Sohn eines Betriebssekretärs in Hamburg geboren, besuchte von 1900 bis 1903 die Vorschule der Oberrealschule Eimsbüttel, danach die Oberrealschule (Kaiser-Friedrich-Ufer), wo er 1912 das Abitur ablegte.⁴

Danach studierte Ohm Deutsch, Englisch und Geschichte für das höhere Lehramt an den Universitäten Tübingen (1912 bis 1914), Berlin (1914), Halle und Hamburg. In Tübingen schloss sich Berthold Ohm der Landsmannschaft Ulmia an, einem „pflichtschlagenden Männerbund“, in dem man sich „Mensuren mit studentischen Fechtwaffen zufügte“.⁵ In Berlin wurde Ohm Mitglied in der Landsmannschaft Guilelmia.

Vom 21.12.1914 bis zum 10.12.1918 nahm Berthold Ohm am Ersten Weltkrieg teil, wurde Leutnant und Ordonanzoffizier beim Artillerie-Kommandeur der 3. Reichsdivision. Er nahm danach das Studium wieder auf und legte in Hamburg 1921 das 1. Staatsexamen ab. Den Vorbereitungsdienst absolvierte er an der Oberrealschule auf der Uhlenhorst, an der er danach weiter beschäftigt war. 1926 wurde Ohm zum Oberlehrer ernannt.⁶

Am 1.7.1933 bestimmte Schulsenator Karl Witt Ohm zum Stellvertretenden Schulleiter an der Lichtwarkschule. In seinem Lebenslauf für die Bewerbung, ab 1.1.1939 wieder aktiver Offizier zu werden und aus dem Schuldienst auszuschcheiden, schrieb Ohm, dass die Lichtwarkschule „Ostern 1937 von der Behörde aufgelöst worden war und er zur Oberrealschule an der Uhlenhorst zurückkehrte“.⁷



Kollegium Oberrealschule Auf der Uhlenhorst 1926: Berthold Ohm steht 2. Reihe, 3. v. r.

Im Entnazifizierungsfragebogen 1952 antwortete Berthold Ohm auf die Frage: „Sind Sie aus irgend einer Stellung aufgrund aktiven oder passiven Widerstands gegen die Nazis entlassen worden?“: „Verlor meine Stellung als stellvertretender Schulleiter an der Lichtwarkschule und wurde wieder Studienrat an der Oberrealschule Uhlenhorst.“⁸

Berthold Ohm war nach dem Ersten Weltkrieg in die DNVP eingetreten, 1929 Mitglied des Stahlhelms geworden. Seit 1924 war er Kassenwart des Hamburger Philologenvereins und im Bund Deutscher Akademiker. Über den Reiseausschuss dieses Bundes hatte er seit 1928 ausgedehnte Schiffsreisen unternommen (USA, Ägypten, Palästina, Kanarische Inseln, Italien etc.)⁹

Berthold Ohm war zweifellos auf der Liste des Philologenvereins gewesen, als deren ehemaliger Vorsitzender und nunmehr Oberschulrat für das höhere Schulwesen, Theodor Mühe, mit Senator Witt und dem alten Nationalsozialisten Walter Behne, ab 1933 ebenfalls Oberschulrat für das höhere Schulwesen, die Schulleitungsliste zusammenstellte.¹⁰ Den Ablauf der Schulleiterbenennungen hatte der eifrige NS-Aktivist Hans Rösch als „Kuhhandel“ bezeichnet, bei dem insbesondere verdiente Funktionäre des Philologenvereins in Schulleitungsfunktionen gelangten.¹¹

Als Stellvertreter war Ohm zusammen mit Schulleiter Erwin Zindler an die Lichtwarkschule gekommen, um das „rote Mistbeet“ zu säubern.¹² Die Lichtwarkschule war eine der wenigen Reformschulen im Bereich der höheren Schulen in Hamburg, von 1927 an von Heinrich Landahl geleitet, der seit 1924 für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) in der Bürgerschaft saß und 1945 als Schulsenator auf die politische und pädagogische Bühne zurückkehrte.

Zindler und Ohm trafen auf eine für sie nicht einfache Situation, die genauer in der Biografie von Erwin Zindler in diesem Buch beschrieben wird. Im Kollegium saßen überwiegend reformpädagogisch orientierte Lehrer, die auch politisch ganz anders ausgerichtet waren, als die Reserveoffiziere Zindler und Ohm. Und auch die Schülerschaft war pädagogisch und von ihrer Grundhaltung gänzlich anders orientiert.¹³



1937 zurück an der alten Schule: Berthold Ohm steht 2. Reihe, ganz rechts, wieder ohne Blick in die Kamera.

Joachim Wendt schrieb in seiner Untersuchung über die Lichtwarkschule: „Bei ihren Bemühungen, die Lichtwarkschule nationalsozialistischen Schulvorstellungen anzugleichen, bediente die neue Schulleitung sich nach Übernahme der Schule im August 1933 zweier Mittel: einerseits Zerschlagung all dessen, was bereits während der Republik in nationalsozialistischen und konservativen Kreisen auf heftige Ablehnung stieß, andererseits Betonung all dessen, was mit nationalsozialistischen Erziehungszielen vereinbar schien.“¹⁴ Berthold Ohm trug seinen Teil dazu bei. Im Englischunterricht versuchte Ohm die anderen Englischlehrer mit einem Fragebogen auf eine Linie zu bringen. Sie mussten detailliert Rechenschaft ablegen über ihre Arbeit. Über den vorgefundenen Geschichtsunterricht urteilte Ohm: „Ich übernahm den Geschichtsunterricht in der Ia1 zu Beginn des Wintersemesters 1933/1934. Auf Anordnung der L.U.B. sollte seit Ostern 1933 die neueste Geschichte nach der Gründung des Deutschen Reiches bis in die Gegenwart hinein, behandelt werden. Zu Beginn des Wintersemesters 1933/1934 war die Klasse aber erst beim Beginn des Weltkrieges angelangt. Deshalb habe ich zunächst diese Arbeit fortgesetzt und bis in die gegenwärtige Zeit weitergeführt. Als Grundlage für diese Arbeit dienten uns für den Weltkrieg Beumelburg ‚Sperrfeuer um Deutschland‘,

für die Nachkriegszeit Volkmann ‚Revolution über Deutschland‘ und Beumelburg ‚Deutschland in Ketten‘. Die Geschichte der NSDAP und die nationalsozialistische Revolution wurden anhand von Gehl ‚Die nationalsozialistische Revolution und der nationalsozialistische Staat‘ behandelt. Die Schüler wurden vielfach zu Vorträgen über ausgewählte Kapitel dieser Bücher herangezogen. Es machte sich sehr störend bemerkbar, dass von der Mittelstufe her fast keinerlei Tatsachenkenntnisse vorhanden waren, so dass auch das Pensum der Mittelstufe in der Oberprima nachträglich mit erledigt werden musste.“¹⁵

Am 1.12.1934 stellte Ohm dar, was er in der Abiturklasse im Deutschunterricht gemacht hatte: „In der Oberprima seit Ostern 1934 wurden eingehend die Gedankengänge des Nationalsozialismus unter Zugrundelegung der Lektüre von Hitler ‚Mein Kampf‘ erarbeitet. Zur Zeit wird Goethes Faust gelesen. Seit Ostern 1934 sind die nachstehenden Aufsatzthemen behandelt worden:

- 1a) Warum ich im V. D. A. (H. J., Jungvolk, SA, SS, B. d. M.) bin.
- 1b) Das liebste Buch seit meiner Kindheit.
- 2) Welchen Gewinn brachte mir meine diesjährige Klassenreise?
- 3) Volk und Rasse (Gedanken zu Hitlers „Mein Kampf“, Kapitel 11).
- 4a) Das Stadtbild Hamburgs.
- 4b) Meine Ferieneindrücke.
- 5a) Vergebens sucht der Mensch des Glückes Quelle weit ausser sich in wilder Lust, in sich trägt er den Himmel und die Hölle und seinen Richter in der Brust.
- 5b) Geld ist ein guter Diener aber ein schlechter Herr.
- 5c) Es soll sich jeder einen Helden wählen, dem er die Wege zum Olymp empor sich nacharbeitet.
- 6a) Über den Wert der allgemeinen Wehrpflicht.
- 6b) Mensch sein heißt Kämpfer sein.
- 6c) Faust und Wagner.

Auch in dieser Klasse musste besonders Augenmerk auf die Aufsatzlehre und die Zeichensetzung gerichtet werden.“¹⁶

Stellvertreter Ohm handelte in völliger Übereinkunft mit Schulleiter Zindler. Erwin Zindler stellte seine Positionen in sechs Vorträgen unter dem Titel „Erziehung zur Deutschheit“ vor und machte deutlich, dass die Lichtwarkschule „ihre Vorbehalte gegenüber deutschkundlichen Positionen restlos aufgegeben und im Deutschunterricht ausschließlich ‚deutsche Klassiker wie Goethe, Schiller, Kleist, Keller, Storm etc. statt zeitgenössischer Literatur‘ – hier nannte er Thomas Mann – gelesen werde. Der Geschichtsunterricht schließlich sollte fortan dem Ziel dienen, den ‚Kampf deutschen Blutes um deutschen Raum‘ aufzuzeigen.“¹⁷

Wie Ohm war Zindler nach Durchsicht von Schülerarbeiten der Auffassung, dass die Schüler „die Wurzeln einer deutsch-völkischen Erziehung in den wichtigsten Fächern Deutsch und Geschichte zumeist nicht anerkannten und die Schule dafür einen blutleeren internationalen Marxismus gewähren ließ“. Statt die Lichtwarkschule zu zerschlagen, sollte sie vielmehr „mit ihren wertvollen Ansatzmöglichkeiten in den neuen Staat hineinwachsen“.¹⁸

Interessant erscheint, dass Zindler insbesondere in den Jahren bis 1937 von den Schülern anders wahrgenommen wurde als Berthold Ohm. Joachim Wendt, der mit einigen ehemaligen Schülern gesprochen hat und deren Aussagen auswertete, schrieb: „Wiederholt erscheint Zindler aus Schülerperspektive – im Gegensatz etwa zu den neuen Lehrern Witter, Etzrodt und Ohm – nicht als Nationalsozialist, sondern eher als ein nationalsozialistisch gesinnter Lehrer, der wie sehr viele seiner Generation vom Fronterlebnis des 1. Weltkrieges geprägt wurde und für den im Umgang mit Schülern traditionelle deutsche Kulturgüter stärker im Vordergrund standen als dezidiert nationalsozialistisches Gedankengut.“¹⁹

Auf Berthold Ohm bezogen resümierte Wendt in Auswertung der Gespräche mit ehemaligen Schülern, Ohm sei „die eigentliche Verkörperung eines Nazis gewesen“.²⁰

Darin stimmte Wendt mit Ursel Hochmuth überein, die nach Gesprächen mit ehemaligen Schülern und Lehrern zum Urteil kam, dass Berthold Ohm „von ebenso brauner Gesinnung“ gewesen sei wie Erwin Zindler.²¹ Eines aber schafften weder der Schulleiter noch sein Stellvertreter: „Zindler und Ohm hatten die Schule gleichschalten und ihr Wesen zerstören können, aber aus dem ‚roten Mistbeet‘ eine NS-Elite-Oberschule entstehen zu lassen, hatte sich als nicht erzwingbar erwiesen.“²²

Ostern 1937 wurde die Lichtwarkschule mit dem Realgymnasium am rechten Alsterufer, ehemals Heinrich-Hertz-Realgymnasium, zusammengelegt, am Standort der alten Lichtwarkschule und mit neuem Namen versehen: „Oberschule am Stadtpark“. Der ältere der beiden bisherigen Schulleiter, Bernhard Studt, wurde Schulleiter, Erwin Zindler sein Vertreter. Berthold Ohm wurde als Studienrat wieder an die Uhlenhorster Realschule versetzt.

Zindler erklärte sich mit dieser Maßnahme einverstanden²³, Ohm sah dies als ungerechtfertigte Maßregelung. Vorausgegangen war eine erbitterte Auseinandersetzung im Kollegium. Kontrahenten dabei waren Berthold Ohm und der Vertrauensmann des NSLB an der Schule, Schulwalter genannt, Erich Witter.²⁴ Beteiligt waren natürlich auch Schulleiter Erwin Zindler und das gesamte Kollegium.

Erich Witter kam am 1.4.1933 an die Lichtwarkschule, um als Nationalsozialist der ersten Stunde dazu beizutragen, die Lichtwarkschule umzugestalten und

ihr einen nationalsozialistischen Stempel aufzudrücken. Witter übernahm mit Eifer die Funktion des Verbindungsmannes zum NSLB und gehörte, wie auch Berthold Ohm, zu den neuen Lehrern, über die Schüler sagten: „Wir bekamen neue Lehrer, vor denen haben wir zu Anfang mächtig Angst gehabt.“²⁵

Im Kollegium war Witter auch aufgrund seiner chronischen Krankheiten mit daraus resultierenden wochenlangen Abwesenheiten nicht sehr verankert. Und Berthold Ohm, der zur selben Zeit, bis zur Auflösung des Philologenvereins 1935, Vorstandsmitglied und Kassenverwalter gewesen war, hatte entschiedene Vorbehalte gegen den NSLB, den er als konkurrierende Vertretung der nicht akademischen Lehrerschaft empfand.

Der Philologenverein versuchte 1933 seine Eigenständigkeit zu bewahren, während die „Gesellschaft der Freunde“ mit dem NSLB gleichgeschaltet wurde. Insofern traten Witter und Ohm im Kollegium als Organisations-Konkurrenten auf. Witter fühlte sich von Ohm nicht ernst genommen, arrogant behandelt, in seiner Arbeit für den NSLB behindert. Wobei Witter insofern auf Seiten der Macht stand, als der Gauamtsleiter des NSLB gleichzeitig Landesschulrat in Hamburg war.

Am 28.3.1935 wandte sich Witter mit einem Schreiben an den NSLB. Man kann dieses Schreiben als Beschwerde werten, in der Folge weiterer Schreiben bekommt es einen denunziatorischen Charakter. Witter notierte: „Seit Sommer 1933 ist Herr Studienrat Ohm stellvertretender Schulleiter an der Lichtwarkschule. Er gehört dem Vorstand des Hamburger Philologenvereins an und hat seine amtliche Stellung dazu gebraucht, um meine Arbeit im Sinne des NSLB so weit wie möglich zu behindern. Auch Kränkungen musste ich mir als Vertreter des NSLB gefallen lassen.“²⁶

Und dann gab Witter wieder, was Ohm über den NSLB, die HLZ und den Landesschulrat gesagt haben sollte: „Als Hauptverfechter der Interessen des Philologenvereins und als erbitterter Feind des NSLB hat sich Herr Ohm mehrfach zu Schmähungen des Lehrerbundes hinreißen lassen. Er nannte ihn eine ‚Gesellschaft von Marxisten‘. Marxisten waren sie früher als die G.d.F. und Marxisten sind sie noch heute als NSLB, nur das Vorzeichen haben sie geändert und sich damit getarnt, aber Sie haben doch ihre Zeitung zu tarnen vergessen, sie zeigt noch deutlich das alte Gesicht aus marxistischer Zeit. Die Hamburger Lehrerzeitung bezeichnete Herr Ohm als gänzlich wertlos: ‚Was liefere ich für drei Mark im viertel Jahr?‘ Das Philologenblatt mit seinen wirklich gehaltvollen Aufsätzen! Und was liefern Sie eigentlich für Reichsmark 8.50? Wertlose Blätter, die ungelesen in den Papierkorb wandern“. Und: „Mit großem Ärger verzeichnet Herr Ohm die Tatsache, dass der Gauamtsleiter dieses Bundes Landesschulrat geworden ist. Er sieht diese Tatsache als widerrechtlich an, da nach Fug und Recht und Herkommen dies Amt keinem Volksschullehrer sondern einem Akademiker zusteht.“

Ohms Charakterzüge und seine Grundhaltung vor Augen erscheinen diese Aussagen nicht ganz unwahrscheinlich, der denunziatorische Charakter ist aber nicht von der Hand zu weisen, da sich Witter im Streit zwischen Organisationen der Lehrer an die staatliche Obrigkeit wandte und Gerüchte („sicherer Nachricht zufolge“) bemühte. So berichtete Witter: „Besonderes Befremden erregte weiter bei mir das Auftreten des Herrn Ohm gegen nationalsozialistische Belange im Unterricht. Er ließ in der Unterprima einen Aufsatz schreiben über das Thema: ‚Das Geld ist ein guter Diener, aber ein schlechter Herr‘. Dabei gab er dem aufsichtsführenden Fräulein Pollitz den Auftrag, den Schülern mitzuteilen: ‚Ich will nicht, dass in diesem Aufsatz etwas von nationalsozialistischer Ansicht dargelegt wird. Ich will nur philologische Ausführungen haben.‘ Und weiter: ‚Ich will doch nicht dauernd die nationalsozialistische Wirtschaftsauffassung lesen müssen! Das hängt einem ja zum Halse heraus!‘ Soweit die mir persönlich bekannten Fälle. Herr Ohm übt einen großen Einfluss aus und die Lichtwarkschule zeigt deutlich den Stempel seiner Persönlichkeit. Sie ist damit in Gefahr, entgegen dem Willen der großen Mehrheit des Kollegiums, zu einer Schule der Reaktion zu werden, wie es im Protokoll einer der letzten Konferenzen heißt.“ Und Witter schloss: „Herr Ohm ist sicherer Nachricht zufolge wegen parteischädigender Haltung aus der Partei ausgeschlossen. Ich erkläre hiermit als überzeugter Nationalsozialist und Politischer Leiter, dass ich Herrn Ohm nicht mehr als Vorgesetzten und Führer in der Wahrung nationalsozialistischer Belange im Unterricht ansehen kann.“

Die gravierendste Aussage für Gauamtsleiter und Landesschulrat Willi Schulz dürfte der Satz gewesen sein, dass die Funktion des Landesschulrates kein Amt für Volksschullehrer sei, sondern „einem Akademiker zusteht“.

Das nächste Schreiben von Erich Witter vom 4.4.1935 an den NSLB eskalierte die Auseinandersetzung. Witter war von Schulleiter Zindler am 3.4.1935 ins „Amtszimmer“ gerufen und gefragt worden, warum er die Beschwerde eingereicht hätte. Darauf hatte Witter erklärt, von seinem „Fachschaftsleiter informiert worden zu sein“. Herr Ohm „sei wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen, ein Umstand, der erst vor kurzem dem NSLB bekannt geworden sei. Nach meiner Kenntnis nun ist diese Strafe die schwerste, die die Partei zu verhängen hat und pflegt für Beamte meist mit Verlust des Amtes verbunden zu sein. Als politischer Leiter und Vertrauensmann des NSLB hätte ich nun keinen Grund mehr gehabt, gegen Herrn Ohm irgendwelche kollegialen Rücksichten zu üben“, hatte Witter dem Schulleiter erklärt.²⁷

Zindler hatte darauf erwidert, dass dieses nicht zutreffe, „Herr Ohm sei lediglich als Anwärter von der Liste gestrichen“. Zindler fragte Witter, ob er einen Auftrag zur Berichterstattung erhalten hätte. „Ich antwortete, ein Auftrag wäre es wohl nicht zu nennen, eher eine Aufforderung, es wäre mir nahegelegt worden. Bei

diesen Ausdrücken geriet Herr Zindler in heftige Erregung, die sich noch steigerte, als ich ihm auf weitere Fragen erklärte, im Kollegium sei die Meinung vorherrschend, dass die jüngsten Versetzungen auf Betreiben des Herrn Ohm zurückzuführen seien. Er kanzelte mich ab wie einen Schuljungen, sprach schreiend von einem Vertrauensbruch, den ich begangen, weil ich nicht vorher mit ihm Rücksprache genommen hätte, ich sei ein alter Mann, der über die Tragweite seines Schrittes hätte im Klaren sein müssen, und drohte mir, bevor er die Unterredung brüsk für beendet erklärte, die Sache könne mir teuer zu stehen kommen.“

Witter bitte den NSLB, ihn als Vertrauensmann vor einer „derartigen Behandlung“ in Schutz zu nehmen.

In einer anschließenden Konferenz sei Erich Witter „an den Pranger wegen Burgfriedenbruchs“ gestellt worden. Zindler erklärte sich mit Ohm solidarisch. „Die Meldung greife ihn ebenso als Schulleiter an, auch das Kollegium sei von mir gekränkt worden. Er erklärte, dass es für ihn unerträglich sei, dass aus seiner Schule von einem Mitglied Berichte über ein anderes an den NSLB gegeben würden.“

Witter bat um Schutz des NSLB, wenn „ein Vorgesetzter die Machtmittel seines Amtes gebraucht, um ihn wegen der „Erfüllung meiner Pflichten als Vertrauensmann an den Pranger zu stellen“. Witter benannte Zeugen, die seine Einschätzung und Beobachtung stützen würden. „Zum Schluss möchte ich noch bemerken, dass Herr Zindler den Kollegen auf Befragen verboten hat, mit mir über den ‚Fall‘ zu sprechen, da er zu difficil sei.“

Im Weiteren verhielt sich Erich Witter immer denunziatorischer. Am 9.4.1935 gab er eine dritte Meldung ab: „Nach Schulschluss am Sonnabend saß ich mit ca. zwölf Herren des Kollegiums im sogenannten Landhaus am Stadtpark. Nach einiger Zeit erschienen Herr Zindler und Herr Ohm am Tisch. Kaum sah mich der Schulleiter, Herr Zindler, als er brüsk ausrief: ‚Unter diesen Umständen kann ich freilich nicht bleiben!‘ Er drehte sich schroff um und ging hinaus. Ich erblicke in diesen Worten und Gesten eine mir bewusst vor den Kollegen zugefügte persönliche Kränkung.“²⁸ Und jetzt wurde alles vorgebracht, was Berthold Ohm weiter in ein schlechtes Licht rücken konnte. „Am Lichtwarktage im WS 34/35 hatte Herr Ohm mit den Herren Schütt und Börnsen und Frl. Stahl, die zusammen einen dienstlichen Auftrag des Herrn Zindler durchführten, einen Zusammenstoß, der sehr erregt war. Herr Ohm rief laut: ‚Wir wollen ja gar keinen Lichtwarktag!‘ Zu mir persönlich hat er darauf gesagt, er werde dafür sorgen, dass kein Lichtwarktag mehr stattfände.“

Und über Erna Stahl, für die Erwin Zindler anfänglich große Sympathien hegte, die dann aber 1935 gehen musste, schrieb Witter: „Über Fräulein Stahl sagte er zu mir: ‚Die Stahl muss weg! Glauben Sie etwa, dass die kein jüdisches Blut in den Adern hat!‘ Ich antwortete, dass sie bei Herrn Zindler ihrer großen künstlerischen

Fähigkeiten halber gut angeschrieben sei (sie war u.a. öffentlich gelobt worden). Herr Ohm gab zu, dass sie Herrn Zindler ‚ganz eingewickelt‘ habe, dass aber z. B. die künstlerischen Arbeiten ihrer Schüler nichts als Nachahmungen von Vorbildern seien, wie er festgestellt habe. Er fügte hinzu, er werde noch dafür sorgen, dass sie wegkäme.“ Und das hat er dann offenbar auch geschafft.

Am 26.4.1935 schrieb Witter dem NSLB, dass inzwischen einige Volksschullehrer ihre Töchter von der Lichtwarkschule wegen Berthold Ohm abgemeldet und sich über diesen beschwert hätten.²⁹ Der Konflikt zog Kreise im Kollegium. In der Konferenz am 10.5.1935 gab Walter Kurenbach zu Protokoll, „dass die Englischlehrer der Schule sich gegen die starke Betonung der grammatischen Seite des neusprachlichen Unterrichts ausgesprochen hätten, wie es Studienrat Ohm vertrete. Die Fachschaft vertrete, dass in weitgehendem Maße Sprechen und Lektüre zu betreiben seien“.³⁰

Schulleiter Zindler regte sich darüber auf. Entscheidend sei, was in den Richtlinien stehe und nicht in der Fachschaft des NSLB diskutiert werde. „Ich bin empört darüber, dass ausgewachsene Beamte ihre Dienstanweisung vergessen“, schrieb Zindler zu dieser Erklärung Kurenbachs.³¹

Am 10.5.1935 fand an der Lichtwarkschule eine Konferenz statt, die zu einer Art Tribunal zu den von Erich Witter gesammelten „Anlagepunkten“ wurde. Die von Witter zusammengestellten Äußerungen Berthold Ohms können nicht verifiziert werden, zum Teil wurden diese ja im Vieraugengespräch geäußert. Erich Witter nahm an der Konferenz nicht teil wegen seiner Krankheit (Leberleiden seit dem Ersten Weltkrieg). Die Konferenz diente offensichtlich der Material- und Beweissammlung. Am nächsten Tag gaben sowohl Ohm als auch Zindler umfangreiche Stellungnahmen ab. Gravierender Punkt in der Entgegnung von Berthold Ohm war die angeblich vom NSLB-Fachschaftsleiter Ernst Hüttmann gemachte Aussage, Ohm sei wegen parteischädigenden Verhaltens aus der NSDAP ausgeschlossen worden. Ohm hatte gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren am 21.4.1934 gestellt, weil er von der Anwärterliste zur Aufnahme in die NSDAP gestrichen worden war.³² Die Behörde hatte diesen Antrag als unbegründet abgelehnt. Ohm gab zu allen Punkten eine achtseitige plausible Erklärung ab. Er stützte sich dabei zumeist auf die Aussagen des Kollegiums vom Tag zuvor, das von den meisten ihm vorgehaltenen Äußerungen nichts gehört hätte. Am Ende benannte er Leumundszeugen, die etwas zu seiner klaren nationalsozialistischen Einstellung sagen könnten. So etwa den NSDAP-Gauleiter von Pommern, ein mit Ohm Vertrauter der Deutschen Landsmannschaft. Außerdem den Berliner NSLB-Gauamtsleiter, der auch Führer der Deutschen Landsmannschaft war.³³

Auch Erwin Zindler reichte am 11.5.1935 auf sieben Seiten eine Stellungnahme ein. Er kam zu dem Fazit: „Zu keiner einzigen der vorgelegten Fragen konnte

auch ein einziges Mitglied des Lehrkörpers irgend eine Bestätigung der Anklagepunkte erbringen. Im Gegenteil, der Lehrkörper zuckte die Achseln und brach bei manchen Punkten in schallendes Gelächter wegen der Widersinnigkeit der Anklagepunkte aus.“³⁴

Zindler schrieb, alle von Witter benannten Zeugen wiesen auf Ohms „völkische Haltung“ hin, „die er u. a. bei Schulveranstaltungen und eigenen Ansprachen unter Beweis gestellt habe.“³⁵

Zindler ärgerte sich, dass entgegen seiner Vorgabe gehandelt worden sei, „Misshelligkeiten im Dienstverkehr innerhalb der Schule zunächst von Mann zu Mann zu bereinigen“. Erwin Zindler regte sich besonders über die Rufschädigung seiner Schule nach außen auf: „Es ergibt sich also der Zustand, dass mein Lehrkörper und darüber hinaus zahlreiche andere Lehrkörper, die selbstverständlich davon gehört haben, in höchster Aufregung sind über die Befehlsverhältnisse innerhalb des Schulwesens in Hamburg.“

Und an anderer Stelle stellte Zindler fest: „Die Herrn Ohm vom NSLB in Abschrift zugegangenen 4 Beschwerdeschriften enthalten Punkt für Punkt offene oder versteckte Angriffe auf meine Leitung der Lichtwarkschule. Ich verstehe unter ‚Verantwortung‘ das Entstehen für jegliche Handlung oder Rede eines mir unterstellten Beamten im Schulgebäude während der Dienstzeit.“

Überdies erklärte Zindler noch, dass er besonders in Bezug auf Erich Witter Hoffnungen gehabt habe, in seiner Arbeit unterstützt zu werden: „Im Oktober 1934 rief ich die drei Parteigenossen in meinem Lehrkörper: Dr. Etzrodt, Dr. Witter und Klein zusammen und sagte ihnen, daß im nationalsozialistischen Staat die Parteigenossen eine erhöhte Aufgabe und Verantwortung zu erfüllen hätten. Die drei genannten Herren müssten sich mit meinem ganz besonderen Vertrauen ausgestattet empfinden und bei jedem Anzeichen eines von der Schulleitung notwendigen Eingriffs das Entsprechende bei mir veranlassen. Unsere Aufgabe sei, mit den von der Behörde überwiesenen Lehrkräften aus der Lichtwarkschule eine Anstalt zu machen, die sich nicht verstecken brauche.“ Und zu seiner Grundhaltung hatte Zindler ausgeführt: „In meiner Eigenschaft als Schulleiter habe ich zu wiederholten Malen, zuletzt zweimal im Monat März 1935 meinem Lehrkörper mit harten und eindringlichen Worten gesagt, daß der von der Reichsleitung geführte Kampf gegen Nörgler und Meckerer auch innerhalb der Lehrkörper Geltung habe. Das Schlimmste aber wären die neuerdings in dem Entwurf zum Reichsstrafgesetzbuch aufs Härteste geächteten widerwärtigen Typen der Materialiensammler, die im Dunkeln arbeiteten und zu gelegener Zeit mit ihrer Mappe höheren Orts vorstellig wurden.“ Deutliche Worte gegen das Denunziantentum. Zindler erwartete von der Landesunterrichtsbehörde, „Wandel zu schaffen“.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gauleitung

Hamburg

Geschäftsstelle: Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15
Für den Dienstverkehr geöffnet: 10 bis 18 Uhr
Sonnabends geschlossen
Fernsprecher: 44 59 10 und 44 44 15



Postfach: Hamburg 303 82, Landesrat Schulz
Sparkassenkonto b. d. Hamburger Sparkasse n. 1827
Konto: 38/255, Landesrat Schulz
Gauzeitung: „Hamburger Tageblatt“

Amt für Erzieher
(N.S. Lehrer-Bund)

Amthilfes Organ: „Hamburger Lehrerzeitung“

Hamburg 13, den 24. M a i 1935
Curiohaus

Herrn
Schulleiter Erwin Z i n d l e r , Lichtwarkschule


Betrifft: Beschwerde Dr. Witter gegen Studienrat Ohm

Auf Ihr Schreiben vom 17. Mai ds. Js. teile ich Ihnen hierdurch mit, daß ich die von dem Pg. Dr. W i t t e r Herrn O h m und Ihnen gegebenen Erklärungen zur Kenntnis genommen habe.

Des weiteren ist mir durch den stellvertretenden Gauamtsleiter Pg. Mansfeld parteiamtlich berichtet worden, daß Pg. Dr. Witter die Abgabe dieser Erklärungen damit begründet habe, daß die Parteiunwürdigkeit des Herrn Ohm nicht durch Ausschluß aus der Partei sondern durch Streichung von der Anwärterliste festgestellt worden sei.

Als Gauamtsleiter des Amtes für Erzieher bin ich nicht in der Lage, mit diesen Erklärungen die Angelegenheit als abgetan zu betrachten; denn es ist dadurch nicht hinreichend begründet, inwiefern nunmehr die von Pg. Dr. Witter in seiner Beschwerdeschrift angeführten Tatsachen gegenstandslos geworden sein sollten. Es wird vielmehr nötig sein, über die von Pg. Dr. Witter angeführten Tatbestände eine parteiamtliche Untersuchung herbeizuführen. Die von Ihnen als Leiter der Lichtwarkschule angestellten Untersuchungen sind für den Lehrerbund gegenstandslos.

Heil Hitler!



Gauamtsleiter Willi Schulz zeigt sich nachhaltig verärgert.

Einen ziemlich kläglichen Schlusspunkt setzte Erich Witter am 13.5.1935 mit einer Erklärung gegenüber Berthold Ohm: „Sehr geehrter Herr Kollege Ohm! Auf

der heutigen Sitzung bei Herrn Oberschulrat Mansfeld wurde mir restlos klar, daß die Grundlage meines Angriffes gegen Sie ein freches Schwindelmanöver war, dem ich zum Opfer gefallen bin. Damit erweisen sich alle Schlussfolgerungen, die ich ziehen zu müssen glaubte, als falsch. Ich nehme sie mit dem Ausdrucke tiefsten Bedauerns zurück und erkläre, daß, wenn es überhaupt einen Lichtpunkt in dieser für mich so leidvollen Angelegenheit gibt, es der Umstand ist, in Ihnen einen Mann von vornehmster Gesinnung und tiefer menschlicher Güte kennengelernt zu haben, der auf mich einen unauslöschlichen Eindruck gemacht hat. Selbstverständlich bin ich bereit, auch dem Kollegium diese meine Erklärung mitzuteilen. Ich zeichne mit Heil Hitler! Gez. Dr. Erich Witter.“³⁶

Auch gegenüber Erwin Zindler gab Erich Witter eine ähnliche Erklärung ab: „Ich bedaure es auf das tiefste, anlässlich irriger Schlussfolgerungen, die ich aus einer Falschmeldung zog, nicht mit Ihnen in persönliche Verbindung getreten zu sein. Eine persönliche Rücksprache war nicht nur der vorgeschriebene amtliche Weg, sie hätte auch sofort die gesamte Sachlage geklärt und mich selbst vor all den Irrungen und Wirrungen bewahrt, in die ich durch die Falschmeldung verstrickt worden bin. Es soll keine Entschuldigung sein, wenn ich schreibe, daß die Erklärungen einer Dienststelle im NSLB mich in den Zustand größter Erregung versetzte, ich hätte auch dann besonders in Anbetracht der Tatsache, daß Sie mir stets ein vorbildlicher und gütiger Vorgesetzter gewesen sind, den Weg zu einer persönlichen Aussprache in politischen Dingen finden müssen. Nur die Tatsache, daß Herr Studienrat Ohm in tiefster menschlicher Güte mir nach Bereinigung der unglückseligen Angelegenheit die Hände zur Versöhnung reichte, läßt mich hoffen, daß ich auch Ihre Verzeihung, um die ich Sie herzlich bitte, erlangen werde.“³⁷

Mit Kopfschütteln könnte man bei diesen unterwürfigen Formulierungen dieses Kapitel schließen. Es gab aber noch ein Nachspiel. Für den NSLB und Landesschulrat Willi Schulz war die Angelegenheit noch nicht beendet. Nicht alle kolportierten Aussagen von Berthold Ohm über den NSLB und seinen Gauamtsleiter waren damit vom Tisch. Willi Schulz schrieb am 24.5.1935 an Erwin Zindler: „Als Gauamtsleiter des Amtes für Erzieher bin ich nicht in der Lage, mit diesen Erklärungen die Angelegenheit als abgetan zu betrachten; denn es ist dadurch nicht hinreichend begründet, inwiefern nunmehr die von Pg. Dr. Witter in seiner Beschwerdeschrift angeführten Tatsachen gegenstandslos geworden sein sollten. Es wird vielmehr nötig sein, über die von Pg. Dr. Witter angeführten Tatbestände eine parteiamtliche Untersuchung herbeizuführen. Die von Ihnen als Leiter der Lichtwarkschule angestellten Untersuchungen sind für den Lehrerbund gegenstandslos.“³⁸

Da die zweibändige Personalakte von Berthold Ohm im Hamburger Staatsarchiv zwar registriert aber nicht auffindbar ist, kann der konkrete weitere Ablauf

dieser Angelegenheit nicht im Detail rekonstruiert werden. Insbesondere die Ohm zugeschriebene Aussage, einem Volksschullehrer stehe das Amt eines Landesschulrats nicht zu, dürfte einen tiefsitzenden Stachel bei NSLB-Gauamtsleiter und Landesschulrat Schulz sowie seinem Vertreter, Albert Mansfeld, beide Volksschullehrer, hinterlassen haben.

Die skizzierten Ereignisse hatten kurz- und mittelfristig drei Effekte:

1. Nach seiner kläglichen, devoten Erklärung gegenüber Ohm und Zindler wurde Erich Witter am 21.10.1935 an die Oberrealschule Alstertal versetzt. Es begann damit eine Reise als „Wanderpokal“. 1938 ging Witter weiter an die Oberschule für Mädchen am Lerchenfeld. 1940 wurde er ans Johanneum versetzt, 1941 an die Oberschule für Jungen Armgartstraße, 1943 an den Paulsenstift (Bülau-Straße), 1944 wieder ans Lerchenfeld.³⁹

2. Erwin Zindler hatte dieses Treiben bei allen anderen für die Nationalsozialisten an der Lichtwarkschule zu lösenden Problemen zu lange laufen lassen. Das wurde ihm als Führungsschwäche ausgelegt und führte am Ende der Lichtwarkschule mit dazu, dass er bei der Schulzusammenlegung nur als stellvertretender Schulleiter infrage kam.

3. Und Berthold Ohm wurde 1937 bei der Zusammenlegung der Schulen als stellvertretender Schulleiter entpflichtet und als Studienrat an die Oberschule auf der Uhlenhorst zurückgeschickt. Auch dort muss es wieder Probleme gegeben haben. In seinem Entnazifizierungsfragebogen trug Ohm später ein: „Sollte 1938 durch Landesunterrichtsbehörde aufgrund von Denunziationen gemäßregelt werden, dass ich mitten im Semester an eine andere Schule versetzt wurde. Deshalb schied ich freiwillig aus höherem Schuldienst Hamburgs aus und trat als aktiver Offizier in die Wehrmacht ein, wohin damals der Arm der Partei noch nicht reichte.“⁴⁰

Es bleiben an dieser Stelle einige Merkwürdigkeiten festzustellen. Wie geschildert war Berthold Ohm für die von Joachim Wendt befragten Schüler „die eigentliche Verkörperung eines Nazis“. Nicht bekannt ist, warum er von der Anwärterliste für die NSDAP gestrichen worden war. In seiner Personalakte der Lichtwarkschule gab er an, Mitglied der NSDAP, des Philologenvereins und des Stahlhelms gewesen zu sein. Bei NSLB hatte er einen dicken Strich gemacht. Offenbar hatte er die Anwartschaft 1934 als Mitgliedschaft gewertet oder er hat schlicht geschwindelt.⁴¹

Auch Uwe Schmidt hat die Auseinandersetzung zwischen Witter und Ohm beschrieben. Witter charakterisierte er zugespitzt: „Ohms Konterpartner Erich Witter erscheint in den Akten der Lichtwarkschule als der Prototyp des intriganten Denunzianten, den, hätte er im 17. Jahrhundert gelebt, Molière zu einer seiner Figuren hätte stilisieren können. Auch ein Vergleich mit dem Parasiten aus der grie-

chisch-römischen Komödie liegt nahe. Da Witter zwischendurch alle seine Behauptungen vorübergehend zurücknahm, ist auch hier der Vergleich mit einem Theaterstück naheliegend – wenn es sich nicht um einen politisch riskanten, mit dem der Gefahr des Verlustes der beruflichen oder gar bürgerlichen Existenz verbundenen und zugleich menschlich widerwärtigen Vorgang gehandelt hätte.“⁴²

Bei Ohm, dem Kassenverwalter des Philologenvereins urteilte Uwe Schmidt milder. Er bestritt, dass Ursel Hochmuth ihn als Menschen von „tiefbrauner Gesinnung“ bezeichnen könne. Für Schmidt blieb Ohm ein „überaus konservativer, äußerst altmodischer Lehrer, der darauf bedacht war, sich den neuen Machthabern anzupassen, der aber zugleich eine aus einem distanzierten Standesbewusstsein gespeiste tiefe Abneigung gegen den NSLB, seine Verlautbarungen und seine Praktiken zur Schau trug.“⁴³

Ich weiß nicht, ob Uwe Schmidt diese Einschätzung aufrecht erhalten hätte, wenn er die Militärakte von Berthold Ohm gelesen und von dessen Kriegsverbrechen gewusst hätte.

Ich hatte mich bei Nachforschungen über Ohm gewundert, dass eine Personalakte in zwei Bänden im Hamburger Staatsarchiv zwar verzeichnet ist, aber nicht aufgefunden werden konnte. Das deutete für mich darauf hin, dass die Akte für andere Zwecke angefordert worden war, etwa für einen Übertritt in ein anderes Bundesland nach 1945, wie in anderen Fällen von belasteten Lehrern auch, die beispielsweise nach Schleswig-Holstein wechselten, wo eine Wiedereinstellung leichter war. Und in der Tat stellte sich später heraus, dass Berthold Ohm zum 1.6.1947 einen befristeten Lehrauftrag an der Oberschule in Ahrensburg erhalten hatte. Er war jedoch kurz zuvor, am 29.5.1947 verhaftet und in Untersuchungshaft überführt worden zur Vorbereitung eines Strafverfahrens. Aus der Haft war er knapp fünf Jahre später entlassen worden, nachdem seine Haftunfähigkeit festgestellt worden war. Auf diese Spur kam ich durch die Einsicht in eine Akte über Disziplinarverfahren gegen Berthold Ohm infolge der gegen ihn durchgeführten Strafverfahren nach 1945.

Dazu muss noch kurz die weitere Karriere Ohms bei der Wehrmacht beschrieben werden. Berthold Ohm hatte den Schuldienst verlassen aus Gründen, die er nicht genauer beschrieb. Er meldete sich zum 1.1.1939 als Offizier zurück zur Wehrmacht. Seiner Militärakte ist zu entnehmen, dass er seit 1936 regelmäßig, bis zu fünfmal im Jahr, an Übungen teilgenommen hatte, zusammengenommen fast sechs Monate während seiner Dienstzeit an den Schulen. Während einer Pflichtübung vom 15.9.1938 bis zum 24.10.1938 hatte er am Einmarsch in das Sudetenland teilgenommen. Während dieser Übungen war er am 1.1.1937 zum Oberleutnant und am 1.11.1938 zum Hauptmann befördert worden.⁴⁴

Die dabei gemachten Erfahrungen im Kontrast zu den Widrigkeiten in der Schule mögen ihn auch angesichts des zu erwartenden Krieges bewogen haben, sein Tätigkeitsfeld zu wechseln. Ohm musste einen sechsmonatigen „Probendienst als Ergänzungsoffiziersanwärter“ absolvieren. Zum 1.8.1939 wurde er dann endgültig von der Wehrmacht übernommen. Am 1.8.1940 erfolgte seine Beförderung zum Major, am 1.4.1943 zum Oberstleutnant. Am 9.8.1939 hatte sich Ohm „mit jeder Verwendung in jedem Standort im aktiven Wehrdienst“ bereit erklärt.⁴⁵

Das Generalkommando des II. Armeekorps stellte am 17.8.1939 fest, dass über Hauptman Ohm in „strafrechtlicher, politischer und spionagepolitischer Hinsicht nichts Nachteiliges“ bekannt sei.⁴⁶ Auch die „arische“ Abstammung von Berthold Ohm und seiner Ehefrau Herta wurde geprüft und bestätigt (beide hatten einen Sohn, geboren 1924).

Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war Ohm Chef einer Beobachtungsbatterie und nahm mit ihr am Polenfeldzug teil. Er erhielt dort die Spange zum EK II. Nach Abschluss des Westfeldzuges, in dem Ohm mit seiner Batterie an der Front eingesetzt worden war, wurde er am 1. September 1940 zum Kommandeur einer Beobachtungsabteilung ernannt. Im Russlandfeldzug, an dem er von Beginn an teilnahm, erhielt er die Spange zum EK I, und wurde am 1. April 1943 zum Oberstleutnant befördert. Nach einer Erkrankung an Gelbsucht im Sommer 1944 wurde er zur Heeresnebeltruppe abgestellt und im Oktober 1944 zum Kommandeur eines schweren Werferregimentes ernannt. Dieses Regiment führte er in der Ardennenschlacht und den anschließenden Rückzugskämpfen bis er nach Penzberg kam, wo sich für ihn und seine Truppe ein folgenschweres Ereignis zutrug.⁴⁷



Berthold Ohm, seit dem 1.1.1939 Berufsoffizier

Vor der Beschreibung der Penzberger Abläufe sollen noch die aufschlussreichen Beurteilungen des Offiziers Berthold Ohm in seiner Militärakte genauer betrachtet werden.

Am 8.2.1941 hieß es über Major Berthold Ohm: „Er hat sich bei allen Einsätzen der Abteilung in Polen und im Westen als Batteriechef hervorragend bewährt. Seine Kenntnisse und dienstlichen Leistungen auf dem Gebiete des Beobachtungswesens sind gut. Von einwandfreiem Charakter, ist er ein allgemein beliebter Kamerad. Zum Kommandeur einer Beobachtungsabteilung geeignet.“⁴⁸

Bei der Ernennung zum Kommandeur der Beobachtungsabteilung V wurde festgehalten: „Soweit ich Major Ohm kennen lernte, ist er charakterlich einwandfrei; hat gute dienstliche Kenntnisse, führt und bildet seiner Abteilung gut aus. Nach dem Urteil seiner früheren Vorgesetzten im Polen- und Westfeldzug vor dem

Feinde voll bewährt. Füllt seine jetzige Stelle gut aus“, schrieb Divisionskommandeur Generalmajor von Lützwow.

Weitere Beurteilungen folgten in kurzen Abständen. So am 1.3.1943: „Aufrechter, starker Charakter, der fest auf dem Boden soldatisch-nationalsozialistischen Denkens steht und diesen auch auf andere zu übertragen versteht. Vor dem Feinde durch Umsicht und Schneid bewährt. Rastlos tätig mit gutem Blick für eine zweckmäßige Ausbildung. Geistig beweglich und klug, körperlich kräftig und allen Anforderungen trotz höheren Lebensalters gewachsen. Führerpersönlichkeit. Ein über Durchschnitt stehender Frontoffizier. Sehr guter und umsichtiger Abteilungskommandeur, der seine Abteilung in kurzer Zeit fest in die Hand genommen hat. Nach kurzer Tätigkeit als schießender Artillerist zum Regimentskommandeur geeignet.“

Und am 8.11.1943: „Ausgereifte Führerpersönlichkeit mit festem ernsten Charakter und starkem Pflichtbewusstsein, klare soldatische Einstellung, fürsorgend und energisch, gut belastbar. Verkörpert feste nationalsozialistische Einstellung. Nach dem Urteil seiner früheren Vorgesetzten vor dem Feinde voll bewährt. Gute Leistungen als Abteilungskommandeur, sowohl in der Ausbildung als auch in der Führung des Offizierskorps. Geistig beweglich und rastlos tätig, körperlich rüstig und Anforderungen gewachsen, einsatzbereit, vertritt eigene Meinung taktvoll, bietet sich an. Bei Kameraden geachtet. Erzieherische Fähigkeiten.“

Am 18.12.1943, nach der Beförderung zum Oberstleutnant hieß es: „Tüchtiger, trotz vorgerückten Alters jugendlich wirkender, geistig gut veranlagter Offizier. Artilleristisches und taktisches Können gut; brauchbarer Durchschnitt. Weiterentwicklungsfähig.“

Und am 1.6.1944: „Klarer, offener, gerader Mensch mit tadellosem, einwandfreiem Charakter. Unermüdlich, pflichtbewusst, zuverlässig und stets einsatzbereit, Nationalsozialist. Ist seinen Untergebenen ein Vorbild. Vor dem Feinde als Kommandeur einer schießenden Artillerieabteilung voll bewährt. Zeigt auch als Führer seines Regiments im Küsteneinsatz nach kurzer Dienstleistung Umsicht und Tatkraft. Geistig und körperlich voll einsatzfähig. Überlegt, zielbewusst, setzt sich durch.“ Und ausdrücklich wird vermerkt: „Zur Ordnung angeschlagener Verbände voll geeignet.“

Die letzte Beurteilung datierte vom 7.10.1944, nach einem Lehrgang für Regiments- und Brigadeführer vom 11.9. bis zum 7.10.1944. Ohm sei „zum Regimentskommandeur geeignet“: „Frischer, tüchtiger Offizier mit guten taktischen Kenntnissen“.

Der Krieg war für Berthold Ohm am 8.5.1945 in der Nähe von Kitzbühel zu Ende. Bis dort war er mit seinem Regiment gekommen und von amerikanischen Streitkräften „überrollt“ worden. Da sein Regiment bis zur Kapitulation gekämpft hatte, „wurde es als entwaffnete Truppe behandelt und blieb bis zur Entlassung im

Juli 1945 unter dem Befehl seiner Offiziere.“⁴⁹ Während dieser Zeit wurde Berthold Ohm nachträglich mit Wirkung vom 1.5.1945 zum Oberst befördert.

Nach der Entlassung wandte sich Berthold Ohm nach Hamburg und traf dort mit seiner Frau und seinem Sohn zusammen. Er bewarb sich in Schleswig-Holstein um eine Wiedereinstellung in den höheren Schuldienst und erhielt zum 1.6.1947 einen befristeten Lehrauftrag an der Oberschule in Ahrensburg, den er aber nicht antreten konnte. Am 29.5.1947 wurde er verhaftet und in Untersuchungshaft genommen, weil ein Strafverfahren gegen ihn vorbereitet wurde, dessen Hintergrund im Folgenden beschrieben werden soll.

Was wurde Berthold Ohm vorgeworfen? Das Drama spielte sich gegen Ende des Rückzugs ab, jedenfalls die Handlung, die Ohm strafgerichtlich vorgehalten wurde. Aus den Schwurgerichtsunterlagen ergibt sich folgender Ablauf:

Am 28.4.1945 wurde ab 2:00 Uhr morgens von dem Reichssender München die Nachricht verbreitet, dass ein bewaffneter Aufstand zur Beseitigung des Nationalsozialismus ausgebrochen sei, der von der „Freiheitsaktion Bayern“ getragen werde. In diesem an das bayerische Volk gerichteten Aufruf wurde die Zivilbevölkerung der noch nicht von amerikanischen Truppen besetzten Landesteile aufgefordert, die noch im Amt befindlichen nationalsozialistischen Machthaber auszuschalten und durch Hissen weißer Flaggen die Übergabe der Städte und Ortschaften an die vorrückenden amerikanischen Truppen einzuleiten. Gleichzeitig wurden die im noch nicht besetzten Gebiet stehenden deutschen Soldaten zur Waffenniederlegung aufgerufen. Es wurde außerdem bekannt gegeben, dass sich der Reichstatthalter, Ritter von Epp, der Freiheitsaktion angeschlossen und mit den Alliierten Waffenstillstandsverhandlungen aufgenommen habe. Dieser in kurzen Abständen immer wieder verbreitete Aufruf wurde auch in der oberbayerischen Bergarbeiterstadt Penzberg gehört, deren Verwaltung bis 1933 fast ausschließlich in den Händen von Sozialdemokraten und Kommunisten gelegen hatte und deren Einwohnerschaft dem Nationalsozialismus größtenteils ablehnend gegenüberstand. Zwischen 5:00 Uhr und 6:00 Uhr morgens hörte auch der vor 1933 amtierende sozialdemokratische Bürgermeister von Penzberg, der pensionierte Bergmann Hans Rummer, den Aufruf im Rundfunk. Rummer befürchtete ebenso wie andere politisch gleichgesinnte Penzberger Bürger, dass die noch amtierenden Nationalsozialisten vor dem Einmarsch der Amerikaner noch zu einer Verzweiflungstat schreiten und das Bergwerk, das die wirtschaftliche Grundlage der Stadt bildete, sprengen könnten. Um dies zu verhüten, begab er sich mit dem Metzgermeister Reithofer und dessen Freund Biersack zum Bergwerk, um die Ausfahrt der Fröhschicht zu veranlassen. Auf dem Bergwerksgelände trafen sie sich mit dem früheren KPD-Vorsitzenden von Penzberg, dem Bergmann Ludwig März und dessen Freund Krug, die ebenfalls

den Rundfunkaufruf gehört hatten und sich zum gleichen Zweck zum Bergwerk begeben hatten. Unter der Führung von Rummer traten sie nun als geschlossene Gruppe auf. Rummer setzte durch, dass die Fröhschicht gegen 6:45 Uhr wieder ausfuhr. Dem Bergwerksdirektor gegenüber stellte er sich als neuer Bürgermeister vor. Danach fuhr die Gruppe in einem von der Bergwerksleitung zur Verfügung gestellten Kraftfahrzeug in das in unmittelbarer Nähe der Stadt gelegene „Russenslager“, in dem etwa 200 kriegsgefangene Offiziere verwahrt wurden. Auch dem Führer der Lagerwache stellte Rummer sich als neuer Bürgermeister vor und erklärte ihm mit Hinweis auf den Rundfunkaufruf, dass der Krieg zu Ende sei und die Wache heimgehen könne. Sein Verlangen, dass ihm die Russen für eine am Nachmittag geplante Demonstration zur Verfügung gestellt würden, lehnte der Führer der Lagerwache ab. Anschließend begaben sich Rummer und seine Mitstreiter zum ebenfalls in der Nähe der Stadt gelegenen Lager kriegsgefangener Franzosen. Dieses wurde von einer zivilen Wache bewacht, deren Leiter ein Gesinnungsfreund Rummers war. Nachdem Rummer die Gefangenen durch einen Dolmetscher unterrichtet hatte, dass der Krieg beendet sei, sie aber im Lager bleiben und Ruhe bewahren sollten, fuhr Rummer mit vier weiteren Männern in das Rathaus. Dort trafen sie auf den seit November 1944 kommissarisch tätigen Bürgermeister Vonwerden, den sie im Amtszimmer für abgesetzt erklärten, da der Krieg aus sei und ein Nazi nicht mehr Bürgermeister sein könne. Vonwerden erklärte, er weiche der Gewalt, übergab Rummer die Schlüssel und bekam die Zusicherung, seiner Person und seinem Eigentum würde nichts geschehen.

Zu diesem Zeitpunkt traf die erste Abteilung des von Berthold Ohm geföhrten Regiments nach einem anstrengenden Nachtmarsch in Penzberg ein, um dort Quartier zu beziehen. Die einrückenden Soldaten stießen bei den Einwohnern Penzbergs auf eine ablehnende, teilweise sogar feindliche Haltung, so dass Hauptmann Bentrott versuchte, sich Klarheit über den Grund hierfür zu verschaffen. Als er von dem Rundfunkaufruf und der Absetzung des Bürgermeisters durch Rummer erfuhr, begab er sich ins Rathaus, um dort die Lage zu erkunden. Im Rathaus suchte er das Bürgermeisterzimmer auf und traf, mit entsicherter Pistole, auf Rummer und seine Mitstreiter, die sich zu einer ersten Beratung niedergelassen hatten. Rummer erklärte als Sprecher, dass der Krieg zu Ende sei und sie die Macht in Penzberg übernommen hätten. Auf Bentrotts Frage, wer sie denn seien, erklärte Rummer: „Wir, Sozialdemokraten und Kommunisten.“ Anschließend forderte Rummer Bentrott auf, die Waffen niederzulegen und die Soldaten nach Hause zu schicken und mit ihnen gemeinsame Sache zu machen. Bentrott erklärte, dass er seinem Kommandeur von der neuen Situation Meldung machen müsse und sicherte dann durch Soldaten den Eingang zum Rathaus, mit dem Befehl, keine weiteren Personen in das Rathaus hineinzulassen.

Inzwischen war das gesamte Regiment mit Kommandeur Berthold Ohm in Penzberg eingetroffen. Bentrott erstattete Ohm Bericht über die Lage und schlug vor, diesen Ort wegen der gespannten Lage sofort wieder zu verlassen. Dies wies Ohm zurück, ebenso wie andere aus den Reihen der Offiziere kommende Vorschläge, die neuen Machthaber im Rathaus kurzerhand mit der Panzerfaust zu erledigen bzw. sie zu verprügeln. Ohm erteilte Bentrott den Befehl, für Ruhe und Ordnung in der Stadt zu sorgen, ernannte ihn zum Stadtkommandanten und kündigte an, in Kürze selbst im Rathaus zu erscheinen.

Bentrott begab sich daraufhin in das Rathaus. Dort hatte sich die personelle Zusammensetzung verändert, Rummer und vier weitere Männer wurden festgenommen. Über Penzberg wurde eine Ausgangssperre verhängt.

Oberstleutnant Ohm traf dann im Rathaus ein, sprach mit dem abgesetzten Bürgermeister Vonwerden, den er wieder in sein Amt einsetzte, und verhörte die im Bürgermeisterzimmer festgenommenen mittlerweile sechs Personen. In einer kurzen Befragung gab Rummer freimütig zu, den bisherigen Bürgermeister abgesetzt zu haben, Bentrott aufgefordert zu haben, „mit ihnen gemeinsame Sache zu machen und die Waffen niederzulegen, sowie die Soldaten nach Hause zu entlassen“ und die gefangenen Russen in Freiheit setzen zu wollen. Die Männer um Hans Rummer blieben weiter im Bürgermeisterzimmer festgesetzt und Berthold Ohm fuhr mit zwei Kraftwagen zusammen mit Bürgermeister Vonwerden von Penzberg in Richtung München, um dem bayerischen Gauleiter in München Bericht erstatten zu können. Gauleiter in Bayern war Paul Giesler, der gleichzeitig seit 1942 bayrischer Ministerpräsident war und im April zum Reichsverteidigungskommissar Süd ernannt worden war. Giesler befand sich im Bunker des ehemaligen bayerischen Zentralen Ministeriums. Im Vorraum des Bunkers, der mit vielen Amtsträgern gefüllt war, erfuhr Ohm von dem „Putschversuch der Freiheitsaktion Bayern“, der niedergeschlagen worden sei, so dass „der Gauleiter in München und Umgebung wieder völlig Herr der Lage und die Ordnung wiederhergestellt worden sei“. Der weitere Verlauf wurde von Bürgermeister Vonwerden und Berthold Ohm im späteren Schwurgerichtsverfahren unterschiedlich dargestellt. Beide schilderten Giesler die Vorgänge in Penzberg. Giesler machte Vonwerden Vorwürfe wegen seiner Nachgiebigkeit und fragte Berthold Ohm, „warum er die Leute nicht gleich umgelegt habe“, was Ohm damit erklärte, er habe „erst die Lage klären wollen“.⁵⁰ Nachdem sich Giesler zur Beratung mit seinem Stab kurz zurückgezogen hatte, kehrte er nach 5–10 min wieder zurück und erklärte ohne Einleitung:



Paul Giesler

„Die Leute werden erschossen.“ Vonwerden fragte, „ob das wirklich sein müsse, nachdem ihm die Leute doch nichts getan hätten“. Er wurde daraufhin von Giesler scharf zurechtgewiesen und angeherrscht, „was er denn für ein Bürgermeister sei, der sich zuerst absetzen lasse und dann noch für die Leute eintrete“. Daraufhin wandte sich Paul Giesler an Berthold Ohm und fragte, ob „er in der Lage sei, aus seiner Truppe ein Exekutionskommando zusammenzustellen“. Ohm bejahte die Frage und wandte ein, ob nicht vorher ein Standgericht zusammentreten müsse oder solle?“ Giesler verwies auf seine Stellung als Reichsverteidigungskommissar und ergänzte den Erschießungsbefehl dahin, dass über den Vorgang ein Protokoll aufzunehmen sei. Daraufhin erkundigte sich Berthold Ohm nach dem Sitz des Stellvertretenden Generalkommandos, dem er von den Vorgängen in Penzberg und dem eben erhaltenen Erschießungsbefehl Mitteilung machen müsse. Giesler reagierte „mit der in barschem Ton gestellten Gegenfrage, ob er denn noch einen zweiten Befehl brauche und ob ihm sein Befehl nicht genüge?“ Ohm sagte darauf, dass ihm dieser Befehl schon genüge, er aber verpflichtet sei zur Berichterstattung beim stellvertretenden Generalkommando. Er bekam von Giesler den Hinweis, das Generalkommando sei gegenwärtig im Ort Pullach untergebracht.

Nachdem Gauleiter Giesler Regimentskommandeur Ohm „noch Rauchwaren für seine Truppe zur Verfügung gestellt hatte“, verließen Ohm und seine mitfahrenden Offiziere den Bunker in München um nach Pullach zum stellvertretenden Generalkommando zu fahren. In Pullach stellten sie fest, dass das Generalkommando mittlerweile am Starnberger See stationiert war. Dort angekommen fanden sie den stellvertretenden kommandierenden General nicht vor, Berthold Ohm machte seine Meldung gegenüber dem dort anwesenden Hauptmann und einem Generalmajor, deren Namen er nicht erfasste. Ihm wurde erklärt, „dass der General die Ereignisse in Penzberg bereits genau kenne und ihretwegen nach München gefahren sei. Der Befehl Gieslers gehe in Ordnung und könne ausgeführt werden; er solle, wie ihm befohlen die festgenommenen Männer durch ein Exekutionskommando erschießen lassen“. Daraufhin ergriff der Generalmajor das Wort und sagte: „Was? Erschießen wollen Sie die Leute? Lumpen hängt man auf!“ Ohm wandte daraufhin ein, „dass er von Giesler nicht einen Erhängungs-, sondern einen Erschießungsbefehl bekommen habe, worauf der Generalmajor nach einigem Hin und Her erklärte: „Na, meinetwegen, dann erschießen Sie die Leute.“⁵¹

Ohm traf dann zwischen 16 und 17:00 Uhr wieder in Penzberg ein. Die Festgenommenen befanden sich immer noch im Sitzungssaal. Ihre Zahl hatte sich auf sieben erhöht, weil Bentrott auch den zivilen Führer der Gefangenenwachen im Franzosenlager hatte festnehmen lassen. Berthold Ohm begab sich direkt in das Bürgermeisterzimmer und erklärte den dort anwesenden Offizieren, dass der Gau-

leiter und Reichsverteidigungskommissar die festgenommenen Männer „zum Tode verurteilt hätte und das Regiment ein Erschießungskommando zu stellen hätte“. Sodann erteilte er seinem Abteilungskommandeur den Befehl, das Erschießungskommando zusammenzustellen und zu leiten. Dem entzog sich Bentrott jedoch unter Hinweis auf seine Unabkömmlichkeit als Ortskommandant, wobei er als Leiter des Kommandos den ebenfalls anwesenden Hauptmann Koopmann vorschlug. „Ohm billigte dies und ließ die Einwendungen Koopmanns, dass er sich für eine solche Aufgabe nicht für geeignet halte, nicht gelten.“ Anschließend begaben sich Bürgermeister Vonwerden und Berthold Ohm zu den Festgenommenen, Vonwerden verkündete das Urteil des Gauleiters und Reichsverteidigungskommissars Giesler, sie „wegen Hochverrats und Wehrmachtzerstörung zum Tode durch Erschießen verurteilt zu haben“.⁵²

Um 18:00 Uhr wurden die Verurteilten in einen Omnibus verladen, der sie zu einer in aller Eile ausgewählten Berghalde in unmittelbarer Nähe der Stadt transportierte, wo das aus acht Soldaten gebildete Exekutionskomitee unter Führung eines Leutnants bereits angetreten war. „Dort wurden die Männer einzeln aus dem Omnibus herausgeführt und mit verbundenen Augen an die Bergwand gestellt und dann nacheinander erschossen.“ Das gewünschte Protokoll diktierten Vonwerden, Bentrott und Ohm einer Stadtangestellten, indem sie in chronologischer Reihenfolge die Vorfälle des Tages im Einzelnen schilderten. Während das Protokoll in Reinschrift übertragen wurde, gingen Berthold Ohm und sein Adjutant zum Abendessen in das Quartier. Als der Brigadekommandeur in Penzberg eintraf, fand im Rathaus eine Lagebesprechung statt, bei der Brigadekommandeur Coupette über die Vorgänge des Tages informiert wurde. Am nächsten Tag verließ das Regiment Penzberg.

Von Paul Giesler ist überliefert, dass er noch im Januar 1945 in der „Münchener Feldpost“ eine von Fanatismus geprägte Parole verbreitete: „Der Hass muss freie Bahn haben. Unsere hasserfüllte Gesinnung muss dem Gegner wie eine versengende Glut entgegenschlagen!“⁵³ Mit Hilfe von SS-Einheiten hatte Giesler am 28. und 29.4.1945 in München die „Freiheitsaktion Bayern“ unter dem Hauptmann Rupprecht Gerngross niedergeschlagen. Wenige Stunden und Tage vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen waren mehr als 100 Menschen ermordet worden. Giesler selbst flüchtete am Tag nach den Penzberger Exekutionen, am 29.4.1945, mit seinem Gaustab und Verwandten vor den einrückenden amerikanischen Truppen aus München. Sein Tod ist im Sterbebuch der katholischen Pfarrei Berchtesgaden für den 8.5.1945 dokumentiert. Die Angaben zu Gieslers Todesumständen sind widersprüchlich und ungesichert: Er soll am 1.5.1945 zusammen mit seiner Frau und seiner Schwiegermutter einen Suizidversuch mithilfe von Schlafmitteln unternommen haben, der misslang. Am folgenden Tag erschoss Giesler in

einem Waldstück in der Nähe des Hintersees seine Frau. Ein möglicherweise zweiter Suizidversuch hatte nach einiger Zeit Erfolg: Durch einen Kopfschuss schwer verwundet, wurde Giesler in ein Lazarett im Bischofswieser Ortsteil Stanggaß, nahe Berchtesgaden, gebracht, wo er einige Tage später starb.⁵⁴

Berthold Ohm war also im Juli 1945 nach Hamburg zurückgekehrt und wurde zum ersten Mal im Mai 1946 verhaftet. Nach der zweiten Verhaftung am 29.5.1947 blieb Berthold Ohm in Untersuchungshaft, bis er am 4.3.1952 wegen Haftunfähigkeit entlassen wurde. Im Weiteren bestand das Leben von Berthold Ohm im Wesentlichen aus einer unendlichen Reihe von Strafverfahren, die jeweils in eine neue Etappe gingen, weil von Ohm Revision eingelegt wurde.

Am 7.8.1948 wurde Berthold Ohm zum ersten Mal durch die Strafkammer des Landgerichts München II wegen sieben Verbrechen des Totschlags zur Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Durch Revision wurde das Urteil durch das Oberlandesgericht in München am 8.12.1949 aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Schwurgericht in Augsburg zurückverwiesen.⁵⁵

Das Schwurgericht in Augsburg verurteilte Ohm am 17.4.1950 wegen sieben in Tateinheit begangener Vergehen der fahrlässigen Tötung zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren. Auch dieses Urteil wurde durch Revision von Berthold Ohm und der Staatsanwaltschaft durch das bayerische Oberste Landesgericht am 29.11.1950 aufgehoben und zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Schwurgericht Augsburg zurückverwiesen.

Das Schwurgericht in Augsburg verurteilte Ohm am 30.6.1951 wegen sieben in Tateinheit begangener Verbrechen der Beihilfe zum Totschlag zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren. Ohm legte Revision ein und der erste Strafsenat des Bundesgerichtshofes hob das Urteil am 23.9.1952 auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Schwurgericht Augsburg zurück.

Durch Urteil vom 16.1.1954 verurteilte das Schwurgericht in Augsburg Ohm nunmehr wegen sieben in Tateinheit begangener Verbrechen der Beihilfe zum Totschlag zu vier Jahren und sechs Monaten Gefängnis und erklärte die Strafe als durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt. Auch hiergegen legte Ohm Revision ein. Der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofes hob durch Urteil vom 4.10.1955 das angefochtene Urteil wiederum auf und verwies die Sache nunmehr zu neuer Verhandlung und Entscheidung an das Schwurgericht beim Landgericht München II.

Durch Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht München II vom 2.2.1956 wurde Berthold Ohm freigesprochen.

Damit war die juristische Auseinandersetzung für Berthold Ohm noch nicht beendet. Er war zwar seit dem 18.2.1952 wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhe-

stand getreten, musste sich aber nach dem Schwurgerichtsverfahren noch einem Disziplinarverfahren stellen. Es wundert mich nicht, dass Ohm vom Bundesdisziplinarhof am 8.7.1960 nicht verurteilt wurde, nachdem das Strafverfahren letztendlich mit einem Freispruch endete. Der Bundesdisziplinarhof stellte das Verfahren ein. Die Ohm in der Anschuldigungsschrift vorgehaltenen dienstlichen Verfehlungen waren im Vergleich zu den vorgenommenen Erschießungen aus meiner Sicht wirklich marginal: In der Anschuldigungsschrift wird Ohm zur Last gelegt, es unterlassen zu haben, „die sieben hingerichteten Penzberger Bürger namentlich und zahlenmäßig festzustellen“, sie „ohne eine gründliche Vernehmung und ohne Durchführung eines kriegsgerichtlichen Verfahrens der Gewalt des Reichsverteidigungskommissars und Gauleiters Giesler überantwortet zu haben“, nach Rückkehr aus München bei der sogenannten Verkündung der Todesurteile „den Verurteilten keine Gelegenheit gegeben zu haben, wenigstens nun noch eine letzte Erklärung mündlich oder schriftlich abzugeben „und die Exekutionsvorschriften nicht beachtet zu haben“.⁵⁶

Es ist nicht bekannt, ob Berthold Ohm neben seinem Ruhegehalt, das 1958 monatlich 1136,10 DM brutto betrug⁵⁷ einer weiteren Beschäftigung nachging. Intensiv war er in jedem Fall mit den zahllosen Prozessen beschäftigt. Allein für das Disziplinarverfahren erstellte Ohm eine eng beschriebene Stellungnahme von 48 Seiten. Daraus soll abschließend zitiert werden, weil hier noch einmal deutlich wird, mit welcher Haltung Ohm die Prozesse führte, symptomatisch für viele NS-Prozesse, in denen die Angeklagten sich auf einen Befehlsnotstand beriefen und häufig freigesprochen wurden.⁵⁸

In der Vorbemerkung zitierte Berthold Ohm die Aussage seines Brigadekommandeurs Oberst Coupette, der erst am Abend nach den Erschießungen in Penzberg eingetroffen war und vor dem Schwurgericht Augsburg ausgesagt hatte: „Hätte Ohm abends bei meinem Eintreffen den ihm erteilten Befehl nicht ausgeführt gehabt, so hätte ich ihn dem kommandierenden General melden müssen, und ich bezweifle sehr, ob dann noch irgendetwas zu retten gewesen wäre.“⁵⁹

Später führte Ohm aus: „Ist Hitler aber alleiniger Gesetzgeber, dann konnte er auch den ‚Katastrophenbefehl vom März 1945‘ geben, der die Grundlage für die Verurteilung Rummers und seiner sechs Anhänger durch den Reichsverteidigungskommissar und damit auch für die rechtliche Beurteilungen meines Verhaltens, als ich das Exekutivkommando zur Durchführung der Exekution stellte, bildet. Die Bekanntgabe eines Führerbefehls auf dem Dienstwege ist für den Soldaten der Veröffentlichung eines Gesetzes gleichzusetzen. Dieser Katastrophenbefehl Hitlers, den mein Regiment am 23. oder 24.3.1945 auf dem Dienstwege über die vorgesetzte Brigade erhielt, beinhaltete, dass bei Defätismus, Hoch- und Landesverrat, Desertieren, Meuterei und Befehlsverweigerung jeder jeden richten könne.

Konnte ein solcher Befehl Hitlers, der unbeanstandet auf dem langen Dienstwege einschließlich der zugeordneten Rechtsabteilungen der Truppe bekannt gegeben und dadurch sanktioniert worden war, überhaupt rechtswidrig sein und darüber hinaus muss gefragt werden: War die Rechtswidrigkeit von Soldaten überhaupt zu erkennen? Beide Fragen müssen einwandfrei verneint werden. Der Befehl trug die Bezeichnung ‚Katastrophenfall‘ oder ‚Katastrophenbefehl‘. Nach ihm war jeder Waffenträger berechtigt und verpflichtet, ohne Gericht jeden Plünderer, Deserteur, Defätisten, Befehlsverweigerer, Hoch- und Landesverräter zu erschießen und dieser Befehl habe sich auch auf Zivilisten bezogen.“⁶⁰ Und etwas später: „Die Festgenommenen waren sämtlich auf frischer Tat ertappt worden. Ihr Hochverrat war dadurch bewiesen, dass sie nach Absetzung des Bürgermeisters Vonwerden im Bürgermeisterzimmer zu einer Stadtratssitzung unter dem Vorsitz Rummers zusammengetreten waren. Diese eine Tatsache des Hochverrats genügte bei allen für ein Todesurteil und kein Gericht hätte aufgrund dieses Tatbestands ein anderes Urteil als Todesstrafe fällen können.“⁶¹

Berthold Ohm erklärte, nicht „über den Tötungsbefehl bestürzt gewesen zu sein“, sondern erst darüber, als sich der Reichsverteidigungskommissar an mich wandte und „mir den Befehl zur Gestellung des Exekutivkommandos gab, weil ich, der ich immer bemüht war, alles Unangenehme von meinen Soldaten fernzuhalten, Ihnen diese schwere Aufgabe, die sie seelisch schwer belasten musste, ersparen wollte. Exekutionen durchzuführen, sind das schwerste, was von einem Soldaten verlangt wird. Deshalb versuchte ich bei Giesler alles, um Zeit zu gewinnen und durch einen möglicherweise inzwischen erteilten Einsatzbefehl für mein Regiment um diese Durchführung herumzukommen.“⁶²

Ohm verwies auf die Praxis der Kriegsgerichte insbesondere in den letzten Monaten des Krieges: „Die Urteile der Kriegsgerichte waren drastisch, und ich hatte keine Veranlassung den von Günter Weißenborn festgestellten 9500 wegen Befehlsverweigerung hingerichteten deutschen Soldaten meine eigene noch hinzuzufügen. Die Kriegs- und Standgerichte waren während des ganzen Krieges gefürchtet. In den letzten Monaten des Krieges waren ihre Urteile von drakonischer Strenge. Ich wusste, dass ich vor einem solchen Kriegs- oder Standgericht bei Ausführung des Befehls nur Todesstrafe zu erwarten hatte und dass Sippenhaftung höchstwahrscheinlich durchgeführt wurde, weil auch Frau und Sohn im Dienst der Wehrmacht standen. Coupette hat das in die Worte gekleidet: ‚Das einzige, was Ohm hätte tun können, war, sich eine Kugel in den Kopf zu schießen. Er und auch der kommandierende General hätten das Vorgehen Ohms vollkommen gebilligt.‘“⁶³

Und zum Schluss schrieb Berthold Ohm: „Die Feststellung, wie man den Befehl hätte verweigern können, zeigen eine eigenartige, unverständliche Auffassung

über das Dritte Reich. Wäre es so gewesen, dass sich das jemand hätte gestatten können, dann wäre eigentlich gegen das Dritte Reich und seine Praxis nichts einzuwenden gewesen. Die Feststellung, ich habe mich absolut sicher gefühlt, sonst hätte ich nicht während der Erschießung das Rathaus verlassen und mich in mein Quartier begeben können, um das Abendbrot einzunehmen, geht fehl, weil ich von meiner Truppe nicht zu befürchten hatte, nachdem ich den erhaltenen Befehl ausführen ließ. Anders wäre es gewesen, wenn ich den erhaltenen Befehl sabotiert hätte. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, dass das Urteil mir anscheinend zum Vorwurf macht, dass mein Adjutant und ich in dieser Lage zu Abend gegessen hätten (es war das erste Essen an diesem Tage). Soldaten sind leider gezwungen, im Krieg ihr Essen neben gefallenen Kameraden an der Front einzunehmen. Das weiß jeder, der einmal an der Front gewesen ist. Würden sie das nicht tun, so würden sie binnen kurzem verhungert sein.“⁶⁴

In all den Prozessen über viele Jahre hinweg wurden viele Aussagen gemacht und protokolliert. Berthold Ohm verwies darauf, dass im Urteil des Schwurgerichts in Augsburg vom 16.1.1954, festgestellt wurde, dass er „mittlerweile offenbar über die Verwerflichkeit“ seiner Tat „ein gewisses Maß an Einsicht gewonnen habe“, da er in seinem Schlusswort „bedauernde Worte, wenn auch mit Einschränkung, gefunden habe“. Ohm stellte dazu fest: „Damit soll wohl auf die Feststellungen zurückgegriffen werden, dass ich geltend gemacht habe, dass ich den Tod der sieben Männer bedauere, soweit sie nicht Kommunisten waren (eine Erklärung des Bedauerns ist übrigens von mir entgegen den Feststellungen des Urteils in jedem Prozess abgegeben worden und findet sich sogar gedruckt schon im Jahre 1948 in der von der Zeitung ‚Hochlandbote‘ herausgegebenen Schrift über den ersten Penzbergprozess). Ich habe nicht gesagt, ‚soweit sie nicht Kommunisten waren‘, sondern meine diesbezügliche wörtliche Auslassung, die ich aus einem vorbereiteten Skriptum verlas, lautete, wie folgt: ‚Ich beuge mich in Stille vor dieser echten Trauer der Hinterbliebenen, da auch diese Toten, soweit sie nicht einem landfremden Kommunismus verfallen waren, für ihr Vaterland gestorben sind.“⁶⁵

Wie wäre Ohms Leben nach 1945 weiter verlaufen, hätte er den Vorschlag von Hauptmann Bentrott angenommen, der nach Erkundung der Situation in Penzberg vorgeschlagen hatte, „diesen Ort wegen der undurchsichtigen und gespannten Lage sofort wieder zu verlassen“. Möglicherweise wäre Ohm wieder in den Schuldienst zurückgekehrt, wie so viele andere NS-belastete Lehrer auch. Wäre das für die Schule gut gewesen? Loki Schmidt, ehemalige Schülerin an der Lichtwarkschule, war in einem ihrer Gespräche mit Reiner Lehberger von diesem gefragt worden: „Erinnern Sie denn einige von den neuen Lehrern, die überzeugte Nationalsozialisten waren?“ Sie antwortete: „Ja, ein Herr Ohm, ein ganz unangenehmer

Mensch, der bei uns aber nur einmal eine Vertretungsstunde gab und sich dabei die Fingernägel sauber machte ...“⁶⁶

Berthold Ohm starb am 21.7.1967.⁶⁷

Anmerkungen

- 1 Ursel Hochmuth: Lichtwarkschule/Lichtwarkschüler: „Hitler führt ins Verderben. Grüßt nicht!“, in Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hrsg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 88.
- 2 Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium, Hamburg 1999, S. 330.
- 3 Schmidt 1999, S. 329.
- 4 Entnazifizierungsakte Berthold Ohm, StA HH, 221-11_Ed 12791.
- 5 Siehe den handschriftlichen Lebenslauf von Berthold Ohm vom 18.1.1939 in seiner Militärakte, BArch-Militärarchiv, Pers. 6/6616.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 9 Angaben nach Entnazifizierungsakte, a. a. O., und Lebenslauf, a. a. O.
- 10 Siehe die Biografien Theodor Mühe und Walter Behne.
- 11 Siehe Biografie Hans Rösch.
- 12 „Hamburger Tageblatt“ vom 2.7.1933.
- 13 Siehe Hochmuth, a. a. O., und Arbeitskreis Lichtwarkschule: Die Lichtwarkschule, Idee und Gestalt, Hamburg 1979. Siehe auch die Biografie von Erwin Zindler in diesem Buch.
- 14 Joachim Wendt: Die Lichtwarkschule in Hamburg, 1921–1937, Hamburg 2000, S. 344.
- 15 StA HH, 362-2/20_6 Bd 1, Akte Ohm.
- 16 Ebd.
- 17 Wendt, a. a. O., S. 349.
- 18 Erwin Zindler: Ausstellung „Werkgemeinschaft Lichtwarkschule“, in: HLZ 46/1935, S. 447f.
- 19 Wendt, a. a. O., S. 354.
- 20 Ebd., S. 356.
- 21 Hochmuth, a. a. O., S. 88.
- 22 Ebd., S. 92.
- 23 Wendt, a. a. O., S. 365.
- 24 Siehe Personalakte Witter, StA HH, 361-3_A 1525.
- 25 Wendt, a. a. O., S. 355.
- 26 Dieses Zitat und die weiteren Zitate aus dem Schreiben in: StA HH, 362-2/20_6, Bd. 1, Akte Ohm.
- 27 Schreiben vom 4.4.1935, wie auch die weiteren Zitate, ebd.
- 28 Alles ebd. Siehe auch Evelin Moews: Erna Stahl: „Sie war immer der Regisseur“, in: Hochmuth/de Lorent, a. a. O., S. 291 ff.
- 29 StA HH, 362-2/20_6 Bd. 1, Akte Ohm.
- 30 Ebd. Einige der Dokumente sind auch enthalten in der Personalakte Witter, a. a. O.
- 31 Ebd.
- 32 Schmidt 1999, S. 330.
- 33 Alles in der Personalakte Ohm der Lichtwarkschule, a. a. O.
- 34 Alle Zitate ebd.
- 35 Schreiben vom 11.5.1935, alle Zitate daraus, ebd.
- 36 Schreiben vom 17.5.1935, ebd.

- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Personalakte Witter, a. a. O.
- 40 Entnazifizierungsakte Ohm, a. a. O.
- 41 Personalakte Ohm der Lichtwarkschule, a. a. O.
- 42 Schmidt 1999, a. a. O., S. 330.
- 42 Schmidt 1999, a. a. O., S. 329f.
- 44 Siehe Militärakte, a. a. O.
- 45 Ebd.
- 46 Ebd.
- 47 Siehe dazu das Urteil des Bundesdisziplinarhofs vom 8.7.1960 mit ausführlichen biografischen Daten, in: StA HH, 131-11_4320.
- 48 Militärakte, a. a. O., alle weiteren Zitate ebd.
- 49 Urteil des Bundesdisziplinarhofs, a. a. O., S. 3.
- 50 Weitergehend zusammengefasst nach der Sachdarstellung im Urteil des Bundesdisziplinarhofs, a. a. O., alle wörtlichen Zitate S. 5-21.
- 51 Ebd., S. 17f.
- 52 Ebd., S. 19.
- 53 Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt/M. 2003, S. 184.
- 54 Karl Höffkes: Hitlers politische Generäle. Die Gauleiter des Dritten Reiches, Tübingen 1997, S. 95ff.
- 55 Auflistung der Urteile in: Bundesdisziplinarhof, a. a. O., S. 4ff.
- 56 Ebd., S. 24f.
- 57 StA HH, 131-11_4320.
- 58 Ebd.
- 59 Stellungnahme von Berthold Ohm vom 30.3.1955, ebd. S. 1.
- 60 Ebd., S. 19.
- 61 Ebd., S. 28.
- 62 Ebd., S. 31.
- 63 Ebd., S. 38.
- 64 Ebd., S. 47.
- 65 Ebd., S. 15f.
- 66 Loki Schmidt: Mein Leben für die Schule. Im Gespräch mit Reiner Lehberger, Hamburg 2005, S. 106.
- 67 Laut Sterbebuch des Standesamtes Hamburg-Altona, Nr. 1426/1967.

Alfred Grobmann

Die Hamburger Lehrer-Nachkriegskarriere eines Hauptsturmführers und Propagandisten der Waffen-SS

Alfred Grobmann wurde am 18.8.1955, in Zeiten des Hamburg-Blocks mit Schulsenator Hans Wenke, dem Wilhelm-Gymnasium in Hamburg als Studienrat zugeordnet. Grobmann fand die Anerkennung insbesondere des Schulleiters, Oberstudiendirektor Prof. Franz Bömer, der selbst noch nicht lange am Wilhelm-Gymnasium arbeitete, nachdem er Schwierigkeiten mit der Entnazifizierung in Bonn gehabt hatte, weil er aktiver Nationalsozialist und SA-Mann gewesen war. Es lohnt sich, die Wertschätzung Grobmanns am Wilhelm-Gymnasium nachzuzeichnen und auf seine Biografie zu sehen und festzustellen, dass Alfred Grobmann einer der verbohrtesten NS-Ideologen und Hauptsturmführer der Waffen-SS gewesen war.

Alfred Grobmann, der am 26.12.1910 in Köln als Sohn des Ingenieurs Walter Grobmann geboren worden war, hatte 1929 am Kirchenpauer-Realgymnasium in Hamburg Abitur gemacht. Er studierte dann in Tübingen und Hamburg von 1929 bis 1935 Literaturwissenschaft, Geschichte und Religion. In Tübingen war Grobmann dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) beigetreten.

Grobmann absolvierte 1935 das 1. Staatsexamen und 1937 das 2. Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen. Dass Grobmann danach nicht in den Schuldienst übergang, lag einerseits an der schwierigen Stellensituation im öffentlichen Dienst, aber auch daran, dass Grobmann sich schon früh nationalsozialistisch orientiert und organisiert hatte. Laut seines handschriftlichen Lebenslaufs in seiner SS-Personalakte war er schon 1921 in einer völkischen Jugendgruppe in Hamburg aktiv geworden. Er hatte vor seinem SS-Beitritt am 1.5.1933 (Mitgliedsnummer: 90 650) dem Jungsturm angehört und als Funktionär des NSDStB „Schulungen abgehalten“, war von 1933 bis 1935 Ausbilder in Wehrsportabteilungen gewesen und später auch HJ-Schulungsleiter.²

Seine SS-Karriere bis hin zum weltanschaulichen Propagandisten und Mitglied der Waffen-SS soll später genauer geschildert werden.

Von Alfred Grobmann liegt nur eine knappe schulische Personalakte des Wilhelm-Gymnasiums vor, seine Personalakte aus der Schulbehörde wurde nach seinem Tode vernichtet. Es war auch keine Entnazifizierungsakte zu ermitteln, da Alfred Grobmann in den Jahren bis 1945 keinen festen Wohnort in Deutschland hatte. Nicht bekannt ist mir, ob er in Kriegsgefangenschaft gewesen war.

In seiner Personalakte aus dem Wilhelm-Gymnasium wurde aufgelistet, wo Grobmann pädagogisch tätig gewesen war. Nach 1945 nannte er ohne Jahreszahlen:

- „- Pädagogium, Schloss Seedorf (Internatsleiter),
- Lüderitzschule Bremen,
- Volksschule Wandsbek,
- Private höhere Schule Lüneburg (Schulleiter).“³

Franz Bömer, Oberstudiendirektor am Wilhelm-Gymnasium, verfasste mehrere Gutachten über Grobmann, aus denen deutlich wird, wie sehr er Grobmann schätzte und zu fördern suchte. Schon am 30.11.1955, kurz nach Grobmanns Arbeitsbeginn am Wilhelm-Gymnasium, berichtete Bömer: „Herr Dr. Grobmann trat nach den Sommerferien 1955 in das Kollegium des Wilhelm-Gymnasiums ein. Er übernahm den Unterricht in Religion, Deutsch und Geschichte in mehreren Mittel- und Oberklassen. Nach dem 1. Oktober übernahm er dazu auch das Ordinariat der Klasse 012.“ Obwohl Grobmann erst knapp ein halbes Jahr am Wilhelm-Gymnasium tätig war, konnte Bömer seinen ersten Eindruck schildern:

„Herr Dr. Grobmann macht den Eindruck einer ruhigen, sicheren, sehr gefestigten Persönlichkeit; diese gibt ihm eine wesentliche Voraussetzung für seinen Unterricht und seinen außerunterrichtlichen Umgang mit den Schülern. Ihm konnte nach kurzer Zeit die Aufgabe übertragen werden, eine schwierige und durch den Tod ihres Ordinarius ein wenig aus den Fugen geratene Klasse zu übernehmen. Es ist Herrn Dr. Grobmann gelungen, in Kürze einen Überblick zu gewinnen und mit



Wilhelm-Gymnasium, 1956, Alfred Grobmann steht in der mittleren Reihe (2.v.l., heller Anzug); Schulleiter Bömer (sitzend, 4.v.r.)

sicherer Hand normale Verhältnisse wiederherzustellen und, wie es scheint, auch das Vertrauen der Eltern zu gewinnen.“

Grobmann habe die Klasse „im Schatten eines ganz überragenden Vorgängers“ übernommen. Bömer stellte fest: „Sein Unterricht hebt sich von diesem durch seine wesentlich andere Einstellung ab. Herr Dr. Grobmann scheint kein Freund moderner pädagogischer Extravaganzen zu sein. Was er bringt, ist durchdacht, klar, zielstrebig und häufig stark vom Lehrer her betont, ohne daß diese die Eigenheit der Schüler zu benachteiligen droht. Ich halte das nicht für einen Nachteil, sondern für eine Frage des Temperaments.“⁴

Grobmann hatte sich aktiv und mit Erfolg „an der Gestaltung der Morgenandachten“ beteiligt. Und: „Im persönlichen Umgang sind Korrektheit und eine gewisse Reserve vorherrschend.“

Insgesamt befürwortete Bömer die endgültige Übernahme Grobmanns, der „für das Kollegium einen Gewinn bedeuten würde“.

Schon im Jahr darauf wurde Grobmann für die damaligen Gymnasial-Aufnahmeprüfungen Mitglied des Bezirksaufnahmeausschusses und im nächsten Bericht am 9.11.1961 war Bömer voll des Lobes für Grobmann und schlug erstmalig vor, Grobmann stärker zu fördern und auch zu befördern. „Er hat in der Zwischenzeit zwei Klassen zum Abitur geführt (1957, 1961) und ist insbesondere als Fachlehrer für Religion und als Ausbilder für Referendare und Studenten in allen drei Fächern hervorgetreten. Zu dieser Tätigkeit machen ihn sein gründliches Wissen, seine solide Arbeitsweise und vor allem seine großzügige und menschliche Art, mit Gleichaltrigen und jüngeren Kollegen umzugehen, besonders geeignet. Von hierher kann man es auch verstehen, daß Herr Dr. Grobmann vor seinem Übertritt in den hamburgischen Schuldienst einer Privatschule als Direktor vorgestanden hat; er hat durchaus das Zeug dazu und ist als Studienrat eigentlich unter Rang und Leistung eingestuft.“

Über Grobmanns Wirkungskreis notierte Bömer: „So ist er auch Mitglied des Elternrates und Mitglied des Vertrauensausschusses der Schule; seiner vernünftigen, sachlichen, selbstverständlichen und überlegenen Art ist zu einem wesentlichen Teil das gute Verhältnis zwischen Kollegium und Schulleiter und damit auch das ausgezeichnete ‚Arbeitsklima‘ der Schule zu verdanken.“

Bömer schloss mit der Befürwortung, Grobmann zum Oberstudienrat zu befördern.⁵

1963 war es dann soweit. Am 4.9.1963 wurde Alfred Grobmann Oberstudienrat. Franz Bömer hatte in seinem Bericht geschrieben, dass „der überdurchschnittlich positive Eindruck sich im Laufe der Jahre immer mehr gefestigt hatte“.⁶

Alfred Grobmann war am Wilhelm-Gymnasium der Mann für den Nachwuchs geworden: „In seinen Fächern, Deutsch, Geschichte, Gemeinschaftskunde, Religi-

on, unterrichtet er mit größter Selbständigkeit, Selbstverständlichkeit, ohne sachliche, disziplinarische oder menschliche Schwierigkeiten. Es hat sich gezeigt, daß er auf diesen Gebieten auch jetzt noch in seiner Fortbildung bemüht ist und im Stande ist, auch die Anforderungen der Umstellung des Geschichtsunterrichts sofort aufzunehmen und in die Tat umzusetzen. Aus all diesen Gründen wird er seit Jahren vor allen anderen Kollegen seines Faches mit der Ausbildung von Referendaren und Studenten betraut. Seine sichere Beherrschung des Stoffes und seine überlegene menschliche Art bietet seit langer Zeit die Gewähr dafür, daß gerade auf diesem für den Nachwuchs so wichtigen Gebiete ganze Arbeit getan wird.“⁷

Grobmann blieb vielseitig aktiv. Er war „Mitglied des Elternrates, Mitglied des Vertrauensausschusses der Schule, Vertreter der Schule in dem zuständigen Bezirks-Aufnahme-Ausschuss (BAA), Träger der Aktion Jugendschutz an der Schule und Herausgeber des Mitteilungsblattes „Das Wilhelm-Gymnasium“.“⁸

Alfred Grobmann unterrichtete nicht nur Geschichte, er zeichnete also auch für die Geschichtsschreibung der Schule verantwortlich.

Als die Schulleiter der Hamburger Gymnasien aufgefordert werden, Kollegen „für die Vergoldung“ vorzuschlagen, also für die Möglichkeit, verdienten Mitarbeitern Zulagen zu gewähren, wurde Alfred Grobmann von Schulleiter Prof. Bömer auf den ersten Platz gestellt.⁹ Bömer begründete dies mit Grobmanns „vierzehnjähriger ununterbrochener Tätigkeit im Vertrauensrat der Schule und seiner erfolgreichen Ausbildungstätigkeit für Referendare“. Und in einer Liste, die Bömer an die zuständige Oberschulrätin schickte, schlug er Grobmann an erster Stelle für die Übernahme einer Schulleitung eines Hamburger Gymnasiums vor.¹⁰

Als Alfred Grobmann am 29.8.1971 starb, hielt der Lehrerkollege Friedrich-Wilhelm Zinke bei der Trauerfeier am 6.9.1971 eine Ansprache, in der es hieß:

„Das Wilhelm-Gymnasium trauert um Herrn Grobmann, einen seiner tüchtigsten und beliebtesten Lehrer. Er war ein Pädagoge von Format, mit reichem Wissen und Können. Mit Eifer widmete er sich den Dingen, die er einst studiert und dann unterrichtet hatte: Germanistik, Literatur, Geschichte und Religion. Dazu kamen in letzter Zeit Gemeinschaftskunde mit für ihn zum Teil wenig geläufigen Teilgebieten, für deren Erarbeitung er seine Kraft einsetzte. Herr Grobmann war in diesen wissenschaftlichen Disziplinen mit überlegener Sicherheit zu Hause, und er war aufgeschlossen und wißbegierig gegenüber allen neuen Erkenntnissen. – Am Wilhelm-Gymnasium war er eine treibende Kraft für neue Formen des Unterrichts



Alfred Grobmann

in der Gemeinschaftskunde und im Deutschunterricht der Oberstufe, in der er bevorzugt eingesetzt war.

Es gab kaum eine Reifeprüfung, bei der er nicht als Prüfer oder Korreferent mitwirkte. Aber nicht nur für schulische Dinge hatte er ein waches Auge. Ihn interessierte vieles um sich herum, sei es politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Natur. Er nahm dazu unvoreingenommen Stellung und hat im Laufe der Jahre manches in sich aufgenommen, wenn es auch noch so gegensätzlich war zu bisher Gedachtem und Erlebtem. Er setzte seine Kraft für seinen Beruf ein, ohne jedoch etwa das liegen zu lassen, was außerhalb der Schule lag und was das Leben an Wertvollem, Schönem und Befriedigendem zu geben hat und es lebenswert macht. Dazu gehörten Reisen und Geselligkeit. Er lebte das Leben, ohne sich etwa an einem abgegrenzten Lebensbereich zu orientieren. Das brachte mit sich, daß er in einer Klasse souverän, über den Dingen stehend, unterrichten konnte und jeder auch nicht schulischen Situation gewachsen war. Er formte die Schüler – ohne daß sie oder er sich dessen vielleicht bewusst waren – durch seine Persönlichkeit. Es ist selbstverständlich, daß seine Fähigkeiten, vor allem auch in pädagogischer Hinsicht, für die Ausbildung von Referendaren nutzbar gemacht wurden. Er war geschätzt und beliebt bei Schülern, Eltern und Kollegen. Das wird besonders deutlich im Gespräch mit ehemaligen Schülern.

Eine Charakterisierung des Verstorbenen wäre unvollständig, wenn nicht seine dominierende Stellung im Kollegium unserer Schule erwähnt würde. – Herr Grobmann war im August 1955 zu uns gekommen. Er gewann schnell das Wohlwollen der Kollegen, die ihn zu ihrem Vertreter im Elternrat und in den Vertrauensausschuß des Kollegiums wählten. – Etwa 1 1/2 Jahrzehnte bis zu seinem Tode schätzten wir in diesen Gremien, wie überhaupt, seine stete Bereitschaft mitzuarbeiten, mitzudenken und mitzuhelfen, und das oft mit viel Zeit und Kraftaufwand, vor allem, wenn es darum ging, durch persönliche Gespräche vermittelnd zu wirken. Herr Grobmann war dazu geeignet und hatte Erfolg, denn er war kontaktfreudig, beherrscht und verfügte – nicht zuletzt durch seine reiche Lebenserfahrung – über einen gesunden Menschenverstand. Oft half eine humorvolle Bemerkung, die seiner frischen, fröhlichen Weise entsprach. Wer Kummer hatte oder Rat brauchte, kam zu ihm, die gleichaltrigen Kollegen und die jüngeren, die Schüler, die Eltern, der Schulleiter, sein Stellvertreter und der nächste Vorgesetzte in der Behörde. – Herr Grobmann leistete seinen Beitrag für ein gesundes Arbeitsklima in der Schule, und er war ein unentbehrlicher Helfer bei Schwierigkeiten im Schulleben, das heute weitaus stärker als früher die Kräfte aller Beteiligten beansprucht und überbeansprucht. Herr Grobmann fühlte sich für das Wohl und Wehe des Wilhelm-Gymnasiums mitverantwortlich. Mit ihm ist ein Kernstück unserer Schule herausgerissen worden.“¹¹

Was zu Grobmanns „reicher Lebenserfahrung“ beigetragen hatte, war am Wilhelm-Gymnasium nicht bekannt. Vielleicht bei Schulleiter Prof. Bömer, der ja von Grobmanns Schulleitertätigkeit an einer Privatschule wusste und sich aufgrund seiner eigenen Vita Gedanken darüber machen konnte, warum Grobmann nicht schon vorher im Öffentlichen Dienst erfolgreich gewesen war. Gerüchte über eine NS-Vergangenheit Grobmanns gab es bei Schülern, wie mir der ehemalige Schüler, Wolfgang Ehrhardt, in mehreren Gesprächen erzählte. Insofern erweitert sich das Bild Alfred Grobmanns, wenn man seinen politischen Hintergrund genauer in den Blick nimmt.

Alfred Grobmanns pädagogische Ausbildung war begleitet gewesen durch nationalsozialistisches Engagement. Vom nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, dem er in Tübingen 1929 beitrug, über die Mitgliedschaft im NSLB (Nummer 63 538), in den er noch als Student zum 1.6.1933 eingetreten war, der SS am 1.5.1933 (Mitgliedsnummer 448 873) und der NSDAP zum 1.5.1935 führte ihn seine NS-Überzeugung über die SS-Junkerschule in Braunschweig in die Waffen-SS. Alfred Grobmann war am Ende SS-Hauptsturmführer im SS-Regiment „Nordland“ der SS-Panzer-Division „Wiking“. Angehörige der SS-Panzer-Division Wiking waren „im Zuge des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941 an mehreren Kriegsverbrechen und Massakern beteiligt gewesen“.¹²

Da von Alfred Grobmann keine Personalakte mehr existiert, ließ sich sein beruflicher Werdegang nur über Unterlagen rekonstruieren, die sich in seiner SS-Personalakte befanden.¹³

Daraus ergab sich, dass Grobmann trotz seines NS-Engagements 1937 nach dem 2. Staatsexamen keine Anstellung als Lehrer bekam. Er befand sich in einem schweren persönlichen Dilemma. 27jährig, Oberscharführer eines SS-Reitersturms, benötigte Alfred Grobmann die Erlaubnis des Rasse- und Siedlungsamtes der SS in Berlin, um die 22jährige Nachbarin Lieselotte Dreyer heiraten zu können. Die SS legte strenge Maßstäbe an solche Verbindungen. Und insofern deutet der Vorgang in der Sippenakte Alfred Grobmanns auf Naivität oder Verzweiflung hin. Grobmann stellte am 12.1.1937 einen Antrag auf „Verlobungsgenehmigung“. Er benannte die Braut, einen SS-Arzt, zwei Bürgen (einen SS-Untersturmführer und einen NSDAP-Ortsgruppenleiter) und auch den Führer eines SS-Sturmes. Grobmann schrieb: „Ich bitte sehr darum, die ganze Angelegenheit möglichst zu beschleunigen, da meine zukünftige Braut sich in anderen Umständen befindet und wir natürlich gern noch vorher heiraten möchten. Ich bin mir dessen bewusst, dass mein Gesuch, obwohl ich noch nicht verlobt bin, unter Berücksichtigung dieser Tatsache zu spät eintrifft, denn wir haben schon nach ca. zwei Monaten die Niederkunft zu erwarten. Wir hätten sofort nach Erkenntnis des Tatbestandes weitere Schritte einleiten

müssen. Trotzdem bitte ich darum, die Angelegenheit nicht schematisch oder bürokratisch zu behandeln, sondern auch die Dinge mit zu berücksichtigen, die dazu geführt haben. Dass ich mich eines formalen Fehlers dabei schuldig gemacht habe,



Alfred Grobmann (SS-Akte)

ist mir vollkommen bewusst. Ich habe seit einer Reihe von Jahren die Absicht gehabt, mich mit Fräulein Dreyer zu verloben, geschah es nicht, so nur, weil wir beide keine ewige Brautzeit halten wollten. Es sollte die Aussicht bestehen, dass in absehbarer Zeit ein eigener Hausstand gegründet werden könnte. Diese Möglichkeit hat jedoch bei der, auch im ‚Schwarzen Korps‘ häufig genug geschilderten Lage der Studienreferendare, nicht bestanden. Als ich im Sommer vergangenen Jahres von der Tatsache erfuhr, dass unser Verkehr nicht ohne Folgen bleiben würde, war die Frage der Verlobung offen. Reichte ich jedoch ein Gesuch an das Rasse- und Siedlungsamt ein, so würde ich moralisch und sachlich gezwungen sein, auf jeden Fall nach neun Monaten zu heiraten. Ich schob das Gesuch auf, um erst einmal alles zu versuchen, mir so einigermaßen Gewissheit über die spätere Anstellung zu verschaffen.“¹⁴

Der Sachbearbeiter beim Rasse- und Siedlungsamt der SS notierte am 13.1.1937 „sofort!“ auf diesem Antrag und bemerkte über den ersten drei Zeilen in noch größerer Schrift: „7. Monat!!!“

Bei dem, was die SS an Unterlagen prüfte, war der Vorlauf äußerst knapp. Aber die Verzweiflung Grobmanns über seine beruflichen Perspektiven wirkte sehr anschaulich.

Am 31.1.1937 schickte Grobmann seine „Papiere“ an das SS-Rasse- und Siedlungsamt. Umfangreich beantwortete Fragebögen, Ahnenreihen, Bescheinigungen und ärztliche Gutachten. Grobmann verwies noch einmal auf die „drängende Lage: wir haben die Niederkunft – wenn sie sich nicht noch verfrüht – um den 10. März zu erwarten.“ Im Übrigen bemerkte er, dass er „mitten im Staatsexamen sitze“.¹⁵

Über seine zukünftige Braut beantwortete Grobmanns Bürge, Dr. med. Willi Ide, Ortsgruppenleiter aus Wittdün auf Amrum, am 21.1.1937 folgende Fragen, die deutlich machen, welche Eigenschaften bei Frauen von der SS erwünscht waren: „Ist sie zuverlässig oder unzuverlässig? Kinderlieb oder nicht kinderlieb? Kameradschaftlich oder herrschsüchtig? Sparsam oder verschwenderisch? Häuslich oder flatterhaft, putzsüchtig? Ist die Familie wirtschaftlich oder unwirtschaftlich? Sind Ihnen in der Familie und bei den weiteren Vorfahren Geisteskrankheiten, Nervenleiden, Tuberkulose oder sonstige schwere Erkrankungen bekannt? Sind Selbstmorde oder Selbstmordversuche vorgekommen? Hat die zukünftige Braut und Ihre Familie

sich für die nationalsozialistische Erhebung eingesetzt oder sind sie heute zuverlässige Verteidiger der nationalsozialistischen Weltanschauung? Halten Sie die zukünftige Braut als Frau eines SS-Angehörigen geeignet?“ Bürge Willi Ide, „Vetter ersten Grades“ der Braut, die er „von Kleinkind an“ kannte, beantwortete alle Fragen zufriedenstellend positiv.¹⁶ Dann wurde Grobmann noch aufgefordert, einen Bericht seines Zahnarztes nachzureichen, „ob ihr Gebiss völlig in Ordnung ist.“¹⁷

SS-Oberscharführer Alfred Grobmann musste parallel zum Staatsexamen laufend weitere Unterlagen nachreichen. Er schrieb: „Es ist meines Erachtens unmöglich – auch mit dem SS-Standpunkt unvereinbar – wenn ich das Mädchen in dauernder Unruhe lasse, ob überhaupt noch das Kind ehelich zur Welt kommt. Ich bin immer mit ganzer Begeisterung bei der SS gewesen, glaube auch sonst, wie aus meinem Lebenslauf zu sehen ist, meine Pflicht der Bewegung gegenüber getan zu haben. Es wäre mir daher sehr schwer, wenn ich aus diesem Konflikt heraus gezwungen wäre, um meinen Austritt aus der Staffel zu bitten. Ich hoffe immer noch, dass dieser Schritt mir erspart bleiben wird.“¹⁸

Am 19.2.1937 erhielt Alfred Grobmann dann die Heiratserlaubnis, allerdings zu spät, um vor der Geburt des Kindes noch das Aufgebot für die Eheschließung bestellen zu können, für das wiederum Unterlagen zurückgeschickt werden mussten. Grobmann heiratete nicht und es ist nicht aktenkundig, ob und wann das Kind geboren wurde.

Im ersten Schreiben Alfred Grobmanns am 12.1.1937 erläuterte er auch seine berufliche Perspektivlosigkeit und dies erklärte vielleicht auch, warum er sich so spät an das SS-Rasse- und Siedlungshauptamt gewandt hatte. Grobmann schrieb: „Von der Landesunterrichtsbehörde war mir das Versprechen gegeben worden, ein halbes Jahr früher Examen machen zu dürfen (es handelte sich um das Assessor-Examen). Ich war seit 33 von der SS beauftragt, als Ausbilder im Wehrsport für die Lehrer tätig, man wollte die viele verlorene Zeit auf diese Weise wieder vergüten, denn der ganze Dienst lief neben dem SS-Dienst zur Zeit meines ersten Examens. Auf meine Anfrage (das Examen hätte im Herbst steigen können) antwortete man mir, die Zeugnisse seien zwar ausreichend, man erinnere sich auch noch, aber die Verhältnisse hätten sich geändert, es sei ja manches versprochen worden 33 aber heute ... Meinem damaligen Vorgesetzten sagte ich, dass ich sehr schnell heiraten wolle – wenn ich ihm nicht den genauen Grund sagte, so ist das verständlich – er setzte sich für mich ein, neue Gesuche – abgeschlagen. Und das, obwohl ich erklärte, ich wollte nur einen Abschluss haben, um mir dann irgendwie eine Existenz gründen zu können. Nichts half, im Gegenteil, die Aussichtslosigkeit meines Berufes wurde in den schwärzesten Farben geschildert, vor zehn Jahren sei keine Hoffnung zu erwarten. Unter dieser Voraussetzung, nach diesen Erfahrungen

eine Ehe gründen? Ich ließ den Mut nicht sinken, wandte mich an den Reiterabschnitt – allerdings auch ohne Angabe der näheren Gründe – und bat, Ausschau zu halten, da ich mich verheiraten wolle. Das geschah, ich bekam eine Sache in Aussicht gestellt, die sich aber immer weiter hinzog und noch heute schwebt.

Ich habe in der ganzen Zeit meinen Dienst getan, so gut ich konnte. Anfang 36 war ich als Stellenleiter für Schulung in einen Bann der HJ berufen worden, bekam dazu dann die Kulturstelle, wurde außerdem als Referent für Schrifttum in den Gebietsstab berufen, Verbindungsmann vom Gebiet zur ‚Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums‘ und machte daneben so weit wie möglich den Dienst in der SS. Viel Arbeit, viele Ehrenämter aber keine Aussicht auf Verdienst.“¹⁹

Am Ende seines Schreibens deutete Grobmann an, dass er eigentlich gar nicht heiraten wolle unter diesen Umständen. Alles in allem ein Dokument, das die desolante Situation widerspiegelt: „Ich versteifte mich auf den Gedanken: Ohne etwas Festes kann ich nicht heiraten, eine Ehe unter diesen finanziellen Verhältnissen wäre leichtsinniges Hineinziehen auch der Frau in eine völlig ungesicherte Zukunft. Denn wovon sollte sie leben, wenn ich dann auch noch zum Heer einberufen würde? Lieber soll das Kind so zur Welt kommen, heiraten müssen wir dann eben später, vielleicht in zehn Jahren. Ich erzählte meinem Sturmführer die Sache. Er sagte: Sofort einreichen, wenn es auch so spät ist, wenn ihr auch noch nicht alles zusammen habt. Es wird sich für dich etwas finden. Soweit der Sachverhalt, ganz kurz. Jetzt ist der 7. Monat. Meine Braut hat ihre Papiere fast vollzählig zusammen, bei mir fehlt noch einiges. Ich werde mich bemühen schnell alles zusammen zu bekommen. Aber ich bitte darum, mich in der Abwicklung zu unterstützen, damit wenigstens die Möglichkeit besteht, noch rechtzeitig zu heiraten, was dann kommt muss sich finden.“²⁰

SS-Oberscharführer der Reiterstaffel Alfred Grobmann setzte auf das politische Pferd. Er hatte das SA-Sportabzeichen gemacht, absolvierte 1938 eine Schriftleiterprüfung und meldete sich zum Kriegsdienst. Ab 4.9.1939 war er bei einer Flak-einheit, ab dem 25.1.1940 bei der Waffen-SS. Die Stationen seiner SS-Tätigkeiten finden sich in seiner SS-Personalakte präzise dokumentiert. Grobmann durchlief mehrere Lehrgänge in den SS-Junkerschulen in Bad Tölz und in Braunschweig und als Untersturmführer wurde er am 1.8.1940 kommandiert zur 1. SS-Standarte Nordland als Führer für weltanschauliche Erziehung. Am 20.4.1942 wurde Grobmann befördert zum Obersturmführer, am 9.1.1943 zum Hauptsturmführer der Waffen-SS.²¹

Alfred Grobmann hatte sich in den Kriegslehrgängen an der SS-Junkerschule Braunschweig (vom 20.5.1940 bis 21.9.1940) so profiliert, dass er zum 4.12.1941 für „weltanschauliche Erziehung“ in die SS-Junkerschule Braunschweig berufen wird.²²

Die SS-Junkerschule Braunschweig war Anfang 1935 im Braunschweiger Herzogsschloss gegründet worden „als Lehrstätte für den Nachwuchs, der eines Tages die Regimenter und Bataillone der SS-Armee übernehmen sollte“.²³ Die auf den Junkerschulen ausgebildeten Offiziere der SS-Verfügungsgruppen und der Waffen-SS sollten sowohl eine „militärische als auch politische und rassische Elite darstellen“. Dementsprechend wurden die Lehrer der Junkerschule größtenteils aus der Wehrmacht und der Landespolizei rekrutiert und es wurden dabei Aufnahmekriterien zu Grunde gelegt, die den Schwerpunkt auf körperliche Anforderungen legten. An einer Junkerschule konnte 1934 nur angenommen werden, wer höchstens 23 Jahre alt war, mindestens 1,74 m und kein Brillenträger war. Der Nachweis „rassischer Tauglichkeit“ sowie in ein ärztliches Gesundheitszeugnis mussten zwingend vorgelegt werden. „Ziel der Ausbildung war die Vorbereitung für den kommenden Kriegseinsatz – abgesehen von einem minimalen Grundwissen wurden keine intellektuellen Fähigkeiten gefordert.“²⁴

Der Stoff der auf den SS-Junkerschulen (ab dem 28.4.1937 „SS-Führerschulen“ genannt) vermittelt wurde, war vollständig „heereskonform“ gewesen. Die weltanschauliche Schulung umfasste fünf Wochenstunden. Der Stoff-Gliederungsplan sah dabei folgendermaßen aus:

„1. bis 6. Woche: Lebensgesetzliche Grundlagen. Erkenntnis: auch der Mensch ist den Gesetzen des Lebens (Kampf, Vererbung, Auslese usw.) unterworfen. Der Nationalsozialismus hat als biologisch begründete Weltanschauung diese Gesetze zur Grundlage seines Handelns, Denkens und Fühlens gemacht. Zu behandeln sind: die Lebensgesetze (z. B. Rasse, Vererbung, Kampf ums Dasein usw.) allgemeine Bedeutung der Vererbungslehre für Rassenkunde und Rassenpolitik, die Rassen Europas, Rasse und Kultur, die rassische Zusammensetzung der europäischen Völker, Rassenpflege und Erbpflege.

7. und 8. Woche: Reich und Europa: Indogermanische Grundlagen. Erkenntnis: gemeinsame Wurzeln aller germanischen Völker und ihre hohen Leistungen in Politik und Kultur, die das Bindemittel Europas darstellen.

9. und 10. Woche: Die Germanen.

11. bis 13. Woche: das Reich des Mittelalters.“²⁵

Alfred Grobmann hatte in den Zeiten bis zum 15.4.1944 in der SS-Junker- bzw. Führerschule Braunschweig gelehrt, unterbrochen von aktiven Kriegseinsätzen mit der Waffen-SS.

Seine inhaltliche Stoffaufbereitung für die weltanschauliche Schulung führte Alfred Grobmann dazu, 1943 im Zentralverlag der NSDAP in der Schriftenreihe „Volkwerdung und Glaube“, Bd. 13, sein Werk zu veröffentlichen unter dem Titel „Die Sendung des Reiches“.²⁶ In diesem Buch verarbeitete Grobmann nicht nur,



was weltanschaulich den SS-Junkern über die zentrale Rolle Deutschlands in der Welt weitergegeben wurde, sondern auch, was er u. a. als Waffen-SS-Offizier in der SS-Panzer-Division Wiking im Krieg erlebte. Diese Division war am 20.10.1940 aufgestellt worden. Ihr gehörte unter anderem Grobmanns Standarte „Nordland“ an. Darüber hinaus kämpften ausländische Freiwillige mit, aus, im NS-Sprachgebrauch genannt: „germanischen bzw. artverwandten Völkern“ (Flamen, Niederländer, Esten, Wallonen, Dänen, Schweden, Norweger und Finnen). Dazu später mehr. Zuerst zu der Schrift Grobmanns, für deren Veröffentlichung er mit Antrag vom 16.6.1943 der Reichsschrifttumskammer beitrug.²⁷

Die Weltanschauung und das Geschichtsbild Grobmanns soll anhand von Zitaten aus seiner 80seitigen Schrift wiedergegeben werden. Vor die Inhaltsangabe setzte er ein Zitat von Friedrich Nietzsche:

„Denn glaubt es mir –

Das Geheimnis, um die größte Fruchtbarkeit

und den größten Genuß vom Dasein einzuernten, heißt:

Gefährlich leben!“

(FR. NIETZSCHE)

Und im Vorwort hieß es: „Jede Fahne bedarf des Blutopfers derer, die sie emporheben. Dann jedoch leben Millionen ihnen nach.“²⁸

Auch unter dem Eindruck, mit Menschen anderer nordischen Länder im Kampf der Waffen-SS-Division „Wiking“ gegen die Sowjetunion am Brückenkopf des Dnjepr gekämpft zu haben, schrieb Grobmann:

„Als rechte Deutsche erst sind wir die wahren Europäer, denn Europa ist nicht ohne uns, das pulsierende Herz dieses Erdteiles. Wir aber sind auch nicht ohne Europa. Das ist unsere und die Wirklichkeit aller anderen Staaten dieses Raumes, mehr als Idee und Traum. Vor ihr haben wir uns zu verantworten wie die anderen Nationen, insbesondere diejenigen, die unseres Blutes sind.

Nun beginnen sich die Umriss abzuheben. In diesen Tagen gebiert sich aus Feuer und Blut die strahlende Zukunft unserer Rasse. Auf die letzte geistige Auseinandersetzung folgt die Berufung und Bewährung derer, die wissen, daß die Tat

vor dem Richter der Geschichte alles ist. Denn nicht aus der Diskussion, aus der abwartend neutralen Haltung heraus erneuert sich das Leben, sondern aus dem Blute, das verbindet und sich im Opfer verzehrt, um neue Saat ausreifen zu lassen. Von diesem letzten und ersten Weg sollen unsere Zeilen Zeugnis ablegen. Sie erwachsen nicht in der wissenschaftlichen Analyse, nicht aus der Schreibtischauseinandersetzung, sondern im Lager, dort, wo die waffengewillte Mannschaft des neuen germanischen Reiches, einem Führungsanspruch sich instinktiv beugend, marschierte, aus Vorträgen vor den Männern der SS-Division ‚Wiking‘. Sie waren die ersten, die den Ruf nicht nur hörten sondern ihm zu folgen bereit waren, bis in den Einsatz. ‚Sie waren wirklich e i n e s Stammes, ein Glaube war’s, der sie beseelte ...‘ der Glaube an Führer und Reich!“²⁹

Das Trauma der Niederlage des Ersten Weltkriegs, das von den Nationalsozialisten sogenannte „Versailler Diktat“ und die Zerrissenheit der Weimarer Republik beschrieb Grobmann unter der Überschrift „Das Herz des Erdteils“:

„Mit dreister Anmaßung rieten uns die Gouvernante von jenseits des Kanals und der französische Hauslehrer immer wieder, wir sollten als sentimentales ‚Volk der Dichter und Denker‘ machtlos unser Dasein fristen, um zugleich unsere politische Dummheit zu verspotten. Brach jedoch der als langmütig verschriene Deutsche auf, nahm er sich die allen anderen selbstverständlichen Rechte eines eigenen Staatswesens, so verwahrte sich mit heuchlerischer Scheinheiligkeit der Westen dagegen und bezeichnete uns als barbarisch. Selbst in einer Epoche, da das Reich nicht mehr war als ein Trümmerhaufen in jenem Augenblick tiefster Schande nach dem Diktat von Versailles, da die Mitte Europas einem zerrissenen Fetzen glich, wurde Frankreich den Alpdruck keine Sekunde los, spüren wir aus allen anderen Staaten des Kontinents den faszinierten Blick, mit dem Wanderer in den Krater des scheinbar ausgebrannten Vulkan starrt, gewärtig, die dämonischen Kräfte möchten ihr unheimliches Werk doch wieder beginnen. Je lauter das gellende Geschrei der ‚besten Europäer‘ tönt, umso weniger werden sie offensichtlich das beängstigende Gefühl los, daß sie ihr Haus ohne Fundament erbaut haben. Denn das sind wir: Wir sind die friedliebenden und die tapfersten Soldaten der Welt und fanden uns in Stunden der europäischen Not zusammen, erlebten sie immer aufs neue, um unserer Aufgabe würdig zu werden. Wir wurden lange gewogen und nicht zu leicht befunden.“³⁰

Und etwas später: „Es erweist sich, daß alle wahrhaftigen Auseinandersetzungen Europas im Herzen des Reiches ausgetragen wurden. Es gibt keine Höhe, die wir nicht erklommen hätten, keine Niederung, die wir nicht beschritten, keine weltanschaulichen oder religiösen Kämpfe, die nicht zutiefst in unserer Seele ausgetragen wurden. Diesem Volke ist nichts Menschliches fremd. Von Anbeginn seiner

Geschichte bis in die Gegenwart hat ein hartes Schicksal es Prüfungen ausgesetzt, von denen kein anderes sich eine Vorstellung macht. Am wenigsten jedenfalls ist das bei denen der Fall, die sich seit einer Reihe von Jahrhunderten von der europäischen Geschichte pensionieren ließen.“³¹

Grobmann erklärte, worum es in den gerade geführten Schlachten ging: „Zwei Generationen stehen heute wiederum unter den Waffen. Väter und Söhne treten vor ihre Frauen und Kinder und – vor die Völker des Festlandes im Kampfe wider die zerstörenden Mächte. Dabei haben wir uns lediglich die letzten 30 Jahre unserer an Gläubigkeit, Hingabe und Kämpfen so reichen Geschichte in Erinnerung gerufen, und sie galt, wie in diesen Tagen, nur zu oft der Rettung Europas.“³²

Seine historische Herleitung überspringe ich. Zur Überlegenheit des Landes der Dichter und Denker stellte Grobmann fest:

„Vertieften wir uns nicht später auch in den Geist aller fremden Literatur, lasen mehr Dostojewski, Tolstoi und Tagore, als ihre eigenen Landsleute und ließen uns endlich durch den jüdischen Schmutz in der Kunst verführen? Der Nationalsozialismus überbrückte endlich die seelische wie geographische Mainlinie. In uns erwachte einer der schönsten Züge der Antike, das Heldentum, zu sterben, ‚wie das Gesetz es befahl‘. Ein Lessing schrieb den ‚Laokoon‘. Deutsche Männer erforschten Homer, gruben Troja aus Schutt und Asche; in Weimar erstand ‚Iphigenie‘ und wie viele Philosophen setzten das Altertum in steter Forscherarbeit bei uns fort! Was wäre die moderne ärztliche Kunst ohne Röntgen, Robert Koch, Virchow und Schleich, um nur wenige Namen zu nennen. Und im übrigen verdanken wir unser modernes Weltbild Kopernikus und Kepler. Der Auftrag, unter dem wir seit Jahrhunderten standen, lehrte uns nicht weichliches Beten, sondern schöpferisches Gestalten und ‚das Nichtigte von dem Echten, den Schein von der Wirklichkeit zu unterscheiden‘. Das ist unsere Wahrheit und die Europas. Sie ist zugleich die einzig gültige Wirklichkeit. Wer mit ihr zu rechnen vergißt, dem erschließt sich die Gleichung unseres Erdteiles nie.“³³

Die strategische und praktische Bedeutung Deutschlands in Europa beschrieb Alfred Grobmann mit folgender Einleitung: „Der praktisch bereits in diesem Augenblick entschiedene Ausgang des größten Ringens der Weltgeschichte schließt eine Reihe unabsehbarer Folgen in sich, über die sich Freunde und Feinde im klaren sein dürften.“ Und weiter: „Dabei sieht sich das Reich als Ordnungsmacht des Kontinents vor einer kaum zu überschätzenden Fülle von Aufgaben, während die Menschen unseres Volkes sich mit einer Reihe von Problemen auseinanderzusetzen haben, die sie seit langer Zeit bedrängten. Liegt doch hinter uns tausendjähriges blutiges und leidenschaftliches Ringen mit dem französischen Nachbarn, das unsere ganze Geschichte überschattet. Daneben empfanden wir in der jüngsten Vergan-

genheit nichts bitterer als die Tatsache, als Volk ohne Raum inmitten einer reichen Umwelt zu stehen, und mit dem Diktat von Versailles wurde uns außerdem der Schlüssel zu jeder Tür, die aus unserer Bedrängnis führte, entwunden. Nur allzu verständlicherweise wandten sich deshalb unsere Augen immer wieder nach Westen und Osten. Wir besitzen kein größeres Interessengebiet als die neue Ordnung, die sich hier und im Südosten anbahnt. Trotzdem bewegt uns zuvor die Frage nach der Zukunft jener artverwandten Nationen, die wie eine Perlenkette an unseren Grenzen im Westen und Norden wohnen. Das liegt in unserer rassebewussten Weltanschauung begründet und der Einsicht, dass unser Kontinent, will er einer neuen Blüte entgegengehen, des schöpferischen nordischen Menschen bedarf. Das kommende Jahrtausend soll man einst als das germanische ansprechen.“²⁹

Getreu der NS-Ideologie widerspiegelte in diesem Kontext auch Grobmann den Antisemitismus:

„Europa wurde in eine endlose Unruhe verstrickt, und das Geistesleben, seien es Kunst, Philosophie, Recht oder Geschichtsschreibung, fielen einem uferlosen Skeptizismus anheim. Dazu fanden auf diesen Boden die alles Gesunde negierenden Kräfte des Judentums und der rassistischen Zersetzung einen erstaunlich fruchtbaren Nährboden. Ja, eine seelenlose Geistlichkeit, eine bürgerlich-morbide Intelligenz, der bei ihrer Bewegung vortäuschenden zappelnden Ruhelosigkeit doch schon die hektische Röte auf dem Gesicht geschrieben steht, spielt geradezu mit dem Feuer, das alles zu verzehren droht. Diese Erscheinung ist vergleichbar den Salons vor der Revolution von 1789 wie jenen russischen Zirkeln der zaristischen Zeit, in denen Adel und Bürgertum, von der Perversierung alles Echten und Natürlichen ergriffen, einen Hexentanz auf dem Vulkan aufführten, in dem Rausch und Vernunft zu einer seltsamen Ehe verkoppelt sind.“³⁰

Und: „Der Jude stößt in den neutralisierten Raum, er wird in Basel schnell heimisch wie in Amsterdam oder Kopenhagen, er findet die Reichsfeindlichkeit wie die Skepsis vor und ordnet beide seinen destruktiven Plänen ein. Eins ist dabei jedoch zu betonen: So ähnlich sich jüdische und neutral-protestantische Formulierungen sehen, so weltfern sind sie im Grunde genommen doch voneinander verschieden. Das Verhältnis ist ähnlich wie das zwischen den deutschen Arbeitern und ihren jüdischen Verführern, die auch hier nur einen günstigen Nährboden fanden. Die zerstörerische Haltung ist eine jüdische Rasseeigenschaft, und gerade darin unterscheiden sich die germanischen Neutralen trotz aller Schwächen von ihnen.“³¹

Aus dem ganzen Dilemma gab es laut Waffen-SS-Hauptsturmführer Grobmann nur eine Rettung:

„Das Reich endlich, der Hort des Erdteils, neigte sich, von den Juden gepeitscht, ebenfalls dem Untergange zu. So war also denn dem Kontinent die schöp-

ferische Führungsschicht genommen, und der ‚Untergang des Abendlandes‘ schien unvermeidlich und gesetzmäßig.“ Aber: „Das zerschlagene, geknechtete Reich allein ist es, daß in dem Sohne seines Volkes, Adolf Hitler, sich seiner besinnt und die Rassenfrage in den Mittelpunkt seines Denkens stellt. Hier beginnt der Säuberungsprozess, der dann zum Kampfe für ein neues Europa führen soll; hier wird planmäßig eine neue Führungsschicht herangezogen, denn allein auf einer breiten, gesunden Basis vermögen sich die gestaltenden Kräfte der Zukunft zu erheben.“³⁷

Zum Schluss seines Werkes berichtete der sendungsbewusste Alfred Grobmann noch von seinem Kampf mit den nordischen Brüdern der SS-Panzer-Division Wiking am Brückenkopf Dnjeprpretowsk am 26.9.1941, überschrieben „Heroische Symphonie“. Grobmann schilderte den Kampf unter dem Motto: „SS-Mann – deine Ehre heißt Treue“.³⁸

Grobmanns Prosa im Zentralverlag der NSDAP ist Landserheft-Romantik und -Dramatik: „Aus den Jungen werden Männer, und die Linie wird gehalten, Tag um Tag. Wie eine Kette reiht sich schließlich Woche an Woche, Angriff an Angriff. Da ist kein Däne, Norweger, Finne, Holländer oder Deutscher, da ist eine graue Front gläubigen Vertrauens. Sie ist voll stillen Heldentums. In der 4. Woche wird der Widerstand der Roten schwächer, nur ihre Artillerie läßt kaum nach. Die Kommandeure halten die Muscheln der Fernsprecher an die Lautsprecher, die Kompaniechefs lauschen den Nachrichten von der gewaltigen Vernichtungsschlacht um Kiew und geben Sie den Graben entlang weiter. Und es kommt der Tag, da rollt in der Ferne der Donner von Geschützen, da flammt es jenseits des Niemandslandes auf, da brechen deutsche Panzer in die Flanke der Gegner. Die Männer steigen mit glänzenden Augen aus den Gräbern, wiederum stürmen sie vor, neben ihnen die toten Kameraden und vor ihnen die Weite des östlichen Raumes. Doch er ist nicht mehr endlos; er hat seine Grenze in den Herzen dieses jungen Europa gefunden. Sie besteigen die Fahrzeuge, und in ihrer Bewährung liegt der Sieg, die Zukunft der nordischen Rasse, denn dem Tapferen allein gehört die Welt. Des Mannes Mut ist das Maß aller Dinge!“³⁹

Die „Heroische Symphonie“ im Propagandawerk des Waffen-SS-Hauptsturmführers Alfred Grobmann, 1943 veröffentlicht, diente der „weltanschaulichen Aufrüstung“. Nüchterner wurde die Situation im armeeinternen Lagebericht des Divisionskommandanten, Generalleutnant Roettig beschrieben:

„Die Division hat im Brückenkopf Dnjeprpretowsk täglich nach drei Richtungen mehrere (bis zu 5) russische Angriffe mit Panzerunterstützung unter schweren, blutigen Verlusten, Gefangenen- und Geräteeinbußen für den Feind, oft im Gegenstoß mit der blanken Waffe zurückgeschlagen. Sie hat trotzdem ihre Stellung noch durch Angriff auf rund 14 km Ausdehnung erweitert und sie anschließend unver-

ändert gehalten. Sie hat hierbei 2592 Gefangene eingebracht. Die Truppe sieht sich einer stark überlegenen und mit viel Munition ausgestatteten Artillerie gegenüber, die aus den Stellungen rings um den Brückenkopf und aus Panzerzügen frontal wie auf beiden Flanken ihre Reihen lichtet, ohne daß ihr aus geeigneten Stellungen in dem engen Brückenkopf und wegen völlig unzureichenden Munitionsnachschiebs durch eigene Artillerie Entlastung geschaffen werden konnte. Die täglichen und besonders auch nächtlichen Bombenangriffe konnten trotz einsatzstarker Flakereinheiten nur gemildert werden. Eigener Bombereinsatz gegen feindliche Artilleriestellungen und Angriffstruppen erfolgten trotz regelmäßiger Anforderungen nur selten, so daß eine Erleichterung für die Division nicht spürbar geworden ist. Die Division hat in diesem ununterbrochenen Ringen – ohne Regiment Nordland – 43 Offiziere und 1300 Mannschaften verloren.⁴⁰

Der strategische Effekt jenseits aller Verluste wurde übrigens positiv bewertet: „Der Brückenkopf Dnjepnpretowsk trug zum Gelingen der Kesselschlacht bei Kiew bei, weil er russische Kräfte gebunden hat und die russische Führung über die wahren deutschen Operationsabsichten im Unklaren hielt.“⁴¹

Und es wurde auch vermerkt: „Am 28. September werden 21 862 Gefangene gemacht und 128 Geschütze erbeutet.“⁴²

Unerwähnt blieb, was die Waffen-SS-Division Wiking mit den Gefangenen gemacht hat.

Im akademischen Rochester University Press Verlag wurden 2012 unter dem Titel „Nazi Policy on the Eastern Front, 1941: Total War, Genocide, and Radicalization“ über den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion Zahlen veröffentlicht: „Zusätzlich zu den Millionen Zivilisten starben rund 3,3 Millionen von insgesamt 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in der Haft, die meisten von ihnen verhungerten. Von diesen 3,3 Millionen kamen 2 Millionen bereits in den ersten sieben Monaten des Krieges um, vor Anfang Februar 1942.“⁴³

Uwe Klußmann beschrieb die Division Wiking, „blonde junge Männer“ als „meist junge Idealisten und völkische Romantiker“. Unter ihnen befand sich der norwegische Lyriker Arild Hamsun, Sohn des Literaturnobelpreisträgers Knut Hamsun, aber auch Verbrecher wie der erste Kommandant des KZ Dachau, Hilmar Wäckerle, sowie Josef Mengele, der im KZ Auschwitz ab Mai 1943 verantwortlich war für Menschenversuche und Massenmorde.⁴⁴

Alfred Grobmanns Stationen bei der SS und der Waffen-SS ergeben sich aus seiner SS-Personalakte. Unter anderem arbeitete er ab dem 15.10.1944 drei Monate im SS-Hauptamt in Berlin.⁴⁵

Persönlich und biografisch interessant: Alfred Grobmann gelang es während des Krieges, tatsächlich zu heiraten. Mit den Vorerfahrungen aus dem Jahre 1937

und guten Verbindungen zu einem „Kameraden“ bei der Waffen-SS und im Rasse- und Siedlungs-Hauptamt in Berlin, bekam er alle Papiere zusammen, erhielt einen kurzen Fronturlaub, um am 30.5.1941 in Stuttgart die Hamburgerin Dorothea Deuble zu heiraten.⁴⁶ Dass Alfred Grobmann inzwischen eine Stellung und Möglichkeiten bei der Waffen-SS besaß, zeigt ein Nebensatz in dem Schreiben vom 23.5.1941, den „Leutnant Dr. Grobman“ mit der Feldpost Nummer 17 038 an SS-Hauptsturmführer Neumann beim Kommando der Waffen-SS in Berlin schickte. Grobmann leitete das Schreiben an den „lieben Kamerad Neumann“ ein mit den Worten: „Damit dieses Schreiben auf dem schnellsten Wege nach Berlin kommt, gebe ich es nachher im Flugzeug des Reichsführers mit und hoffe, es ist noch morgen bei dir.“⁴⁷

Leutnant Dr. Grobmann
Feldpost Nr. 17 038

0.U.23.5.41

An
Hauptsturmführer Neumann
Kommando der Waffen-SS, Abt. VI
Berlin
Kaiserallee 188

Lieber Kamerad Neumann!
In aller Eile möchte ich Dich, nachdem ich gestern mich mit Friedel besprochen habe, um eine grosse Gefälligkeit persönlicher Art bitten. Damit dieses Schreiben auf dem schnellsten Wege nach Berlin kommt, gebe ich es nachher dem Flugzeug des Reichsführers mit und hoffe, es ist noch morgen bei Dir.

SS-Unterstützung

Die Verbindungen Grobmanns dürften ihm möglicherweise nach 1945 hilfreich gewesen sein, als er Internatsleiter im Pädagogium Schloss Seedorf wurde oder später Schulleiter der Privaten höheren Schule Lüneburg. Darüber und auch über seine Entnazifizierung liegen mir bisher keine detaillierten Unterlagen vor.

Als Grobmann am 29.8.1971 in Hamburg starb und bei der Trauerrede als „einer der tüchtigsten und beliebtesten Lehrer“ bezeichnet wurde, erhielten in Kenntnis der Tätigkeiten und Erfahrungen Grobmanns zwei Sätze des Trauerredners Zinke noch einmal eine besondere Bedeutung, wenn er sagte, dass Grobmann „unvoreingenommen Stellungnahmen“ zu politischen wirtschaftlichen und kulturellen Fragen, „wenn es auch noch so gegensätzlich war zu bisher Gedachtem und Erlebtem“ abgeben konnte und auch der Hinweis darauf, dass Grobmann „über

einen gesunden Menschenverstand“ verfügte, der ihn kontaktfreudig und beherrscht erscheinen ließ, „nicht zuletzt durch seine reiche Lebenserfahrung“, liest sich noch einmal anders, wenn man weiß, worin diese Erfahrungen bestanden.⁴⁸

Alfred Grobmann hatte am humanistischen Wilhelm-Gymnasium in Hamburg offensichtlich einen für ihn günstigen Wirkungsort gefunden. Anders als sein Kollege Dr. Gerhard Schinke, der mit ihm als Hauptmann der Waffen-SS an der SS-Junkerschule in Braunschweig Lehrer für weltanschauliche Schulung gewesen war. Über Schinke berichtete der SPIEGEL 1970, er sei seines Dienstes enthoben worden. Nachdem er von Schülern des Göttinger Felix-Klein-Gymnasiums vor seinem Haus in der Weihnachtszeit nachts mit Schneebällen beworfen worden war, hatte sich Schinke mit einer geladenen Schrotflinte vor sie gestellt und einen Schüler mit 40 Schrotkugeln getroffen. Als er sich danach auf Anraten des Personalrates krank meldete und dann zur Kur abreiste, hatten die Schüler der Schule Material über Äußerungen Schinkes gesammelt und veröffentlicht, das „von einer positiven Einstellung zum Militarismus und Faschismus gekennzeichnet“ war, wie der SPIEGEL berichtete. So hatte der ehemalige Schüler Eberhard von Löhneysen aufgeschrieben, was Schinke über einen „stämmigen Ostpreußen“ im Unterricht gesagt hatte, der „14 Russen mit dem Seitengewehr aus dem Schützengraben geschaufelt hat wie mit einer Mistgabel“. Und der SPIEGEL berichtete auch über eine Aussage Schinkes über den Vietnamkrieg: „So ein Wahnsinn, die Amerikaner kostet ein toter Vietcong Millionen. Ich habe meinen Jungs immer gesagt, ein Toter Iwan darf nicht mehr als 95 Pfennig kosten.“ Erklärung: „Soviel kostet nämlich ein Schuss Munition.“⁴⁹

Oberstudienrat Schinke wurde seines Dienstes vorläufig enthoben. Der SPIEGEL schloss den Artikel mit einem Schülerreim: „Schinke ist kein Einzelfall, Schinkes gibt es überall.“⁵⁰

Anmerkungen

- 1 Angaben nach StA HH, 362- 2/30 Wilhelm-Gymnasium_171.
- 2 Siehe Lebenslauf in: BArch, R 9361/III_59276.
- 3 Personalakte Grobmanns Wilhelm-Gymnasium, a. a. O.
- 4 Dieses Gutachten und das Anschließende, ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd. Bericht vom 8.4.1963.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Liste vom 28.8.1969, ebd.
- 11 Ebd.

- 12 Ebd.
- 13 Siehe: Georg Tessin: Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, Bissendorf 1973, Rupert Butler: SS-Wiking. The History of the Fifth SS Division 1941–45, Spellmount, Staplehurst 2002.
- 14 BArch, R 9361/ III_59276.
- 15 Ebd., Bl. 1.
- 16 Ebd., Bl. 14.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd., Bl. 16.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd. Siehe auch: Bernhard Kiekenap: SS-Junkerschule. SA und SS in Braunschweig, Braunschweig 2008.
- 23 Heinz Hohne: „Der Orden unter dem Totenkopf“, München 1984, S. 409.
- 24 Siehe Richard Schulze-Kossens: Militärischer Führungsnachwuchs der Waffen-SS. Die Junkerschulen, Osnabrück 1987.
- 25 Ebd. S. 129. Abgedruckt auch bei Kiekenap, a. a. O., S. 210.
- 26 Einzusehen u. a. in der Staatsbibliothek Hamburg.
- 27 BArch R 9361/ V_20200.
- 28 Alfred Grobmann: Die Sendung des Reiches. Schriftreihe der NSDAP, Zentralverlag der NSDAP, Berlin 1943, S. 7.
- 29 Alfred Grobmann, a. a. O., S. 8f.
- 30 Alfred Grobmann, a. a. O., S. 24f.
- 31 Alfred Grobmann, a. a. O., S. 27.
- 32 Alfred Grobmann, a. a. O., S. 28.
- 33 Alfred Grobmann, a. a. O., S. 33.
- 34 Alfred Grobmann, a. a. O., S. 34f.
- 35 Alfred Grobmann, a. a. O., S. 45.
- 36 Alfred Grobmann, a. a. O., S. 61.
- 37 Alfred Grobmann, a. a. O., S. 71.
- 38 Alfred Grobmann, a. a. O., S. 76.
- 39 Alfred Grobmann, a. a. O., S. 77ff.
- 40 Wilhelm Ticke: Das III. Armeekorps (mot.) im Brückenkopf Dnepropetrowsk Aug./Sept. 1941, in: Allgemeine schweizerische Armeezeitschrift (ASMZ), Band 137 (1971) Heft 11, S. 777.
- 41 Wilhelm Ticke, a. a. O., S. 781.
- 42 Ebd.
- 43 Siehe Buchbesprechung von Clara Weiss: Der Vernichtungskrieg der Nazis gegen die Sowjetunion, www.wsws.org.
- 44 Uwe Klußmann: Des Führers Wikinger, Spiegel Geschichte 6/ 2010, S. 133.
- 45 SS-Personalakte Grobmann, BArch, a. a. O.
- 46 BArch 9361/V_20200.
- 47 Ebd.
- 48 Ansprache von Friedrich Wilhelm Zinke auf der Trauerfeier am 6.9.1971, StA HH, 362- 2/30 Wilhelm-Gymnasium_171.
- 49 Alles laut SPIEGEL Heft 27/1970, S. 63.
- 50 Ebd.

Heinrich Haselmayer

„Gegen Verbastardisierung und Vernegerung unseres Daseins“

Zu den schillerndsten, ideologisch verbohrtesten, persönlich offenbar schwierigsten und arrogantesten Personen mit steiler, aber sehr kurzer Karriere im Hamburger Bildungswesen muss Heinrich Haselmayer gezählt werden. Haselmayer, Nationalsozialist der ersten Stunde, SA-Mitglied, SS-Mann, erster AStA-Vorsitzender der NS-Studentengruppe 1931 an der Universität-Hamburg, Autor einer dürftigen Dissertation über die Notwendigkeit der Sterilisation „Schwachsinniger“, machte 1933 im Bildungswesen Karriere, sorgte stets für Tumulte, stürzte ab und geriet nach 1945 erneut in die Schlagzeilen. Die Biografie eines Unverbesserlichen.

Heinrich Haselmayer wurde am 13.7.1906 in Würzburg geboren als Heinrich Johann Evangelist Melchior Haselmayer. Je nach Umfeld setzte er seine Vornamen unterschiedlich ein. Als Student nannte er sich Heinz Haselmayer und nach 1945, im Entnazifizierungsverfahren, kehrte er den Evangelist Melchior hervor. Die Wechsel des Vornamens führten dazu, dass ich einige Zeit brauchte, um bei Recherchen die unterschiedlichen Dokumente, alle ein und derselben Person zuzuordnen.

Haselmayer entstammte einer bildungsbürgerlichen Familie. Sein Vater war Institutsdirektor in Würzburg, der eine Großvater Studienprofessor und der andere, mütterlicherseits, Landgerichtsdirektor.¹

Schon als Jugendlicher war Heinrich Haselmayer 1922 der SA beigetreten, nahm 1923 am Hitler-Putsch in München teil², trat im Mai 1927 der NSDAP bei (Mitgliedsnummer 61234). Seit 1929 gehörte er auch der SS an. Und im Semester 1929/30 war er Organisationsleiter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB).³

Haselmayer studierte Medizin in Würzburg, Berlin und Hamburg. In Würzburg war er 1927 Mitbegründer des NSDStB, nach dem Studienplatzwechsel nach Berlin fungierte er dort als Organisationsleiter. Auf dem Weg nach Hamburg sorgte Haselmayer als NS-Studentenfunktionär für einen ersten größeren Skandal.

In Kiel war der 1926 emeritierte liberale Theologe Otto Baumgarten tätig, der Vorstandsmitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) war wie des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus. Baumgarten hatte sich intensiv mit der „völkischen Bewegung“ beschäftigt und 1926 das Buch „Kreuz und Hakenkreuz“ herausgegeben, in dem er sich mit dem völkischen Antisemitismus auseinander-

setzte, den er als „pathologische Selbstüberhöhung“ bezeichnete, „der aller Gesittung Hohn spreche“.⁴ Danach sah er sich scharfen Attacken der „Freien Deutschen Studentenschaft“ und des NS-Studentenbundes ausgesetzt.⁵

Als Baumgarten am 5.10.1930 auf dem Deutschen Bachfest in Kiel die Festpredigt halten sollte, versuchte der NS-Studentenbund, dies zu verhindern. Die Nazi-Studenten verteilten vor der Nikolaikirche ein Flugblatt, in dem Baumgarten als „Landesverräter“, „Philosemit“, „Pazifist“ und „Verräter“ am Nationalsozialismus bezeichnet wurde, „er kämpft mit Fremdstämmigen gegen Deutschblütige, die sich für die Befreiung unseres Volkes von der jüdischen Weltpest einsetzen“, unterschrieben von H. Haselmayer, Kiel.

Der Rektor der Kieler Christian-Albrecht-Universität nahm diesen Vorfall in einem Schreiben vom 16.10.1930 zum Anlass, seinem Rektoren-Kollegen in Hamburg diesen Vorfall darzustellen und darauf hinzuweisen, dass der Verfasser des NSDStB-Flugblattes, „der cand. med. Haselmayer aus Würzburg, an der Uni Kiel nicht immatrikuliert sei. Somit untersteht er auch nicht ‚der Disziplinargewalt‘ der hiesigen Universität.“

Haselmayer war vernommen worden und hatte erklärt, „im letzten Semester in Hamburg immatrikuliert gewesen zu sein“. Er sei in den Ferien nach Kiel gekommen, „um hier zu doktorieren“ und sich hier immatrikulieren zu lassen. Man habe Haselmayer deutlich gemacht, dass er in Kiel nicht angenommen werde. Und: „Der Senat hat wegen der Verbreitung des Flugblatts der hiesigen Hochschulgruppe des Nationalsozialistischen Studentenbundes die Anerkennung und die Rechte als akademischer Verein entzogen“ und „bringt die Vorfälle allen anderen Hochschulen zur Kenntnis.“⁶

Die Kieler Vorkommnisse hatten reichsweite Resonanz in Medien und Protestresolutionen von NS-nahestehenden studentischen Gremien zur Folge.⁷

Für Haselmayer gab es ein Nachspiel an der Universität Hamburg. Er wurde von Rektor Ludolph Brauer, Medizinprofessor, vorgeladen, ermahnt, und seine weitere Immatrikulation wurde an Bedingungen geknüpft: „Haselmayer habe die Pflicht, sich während seiner weiteren Studienzeit in Hamburg ruhig und unauffällig zu betragen; jedes erneute Vorkommnis würde die Gefahr eines scharfen Eingreifens der akademischen Disziplinarinstanzen mit sich führen und unter Umständen die Möglichkeit einer Fortsetzung des Studiums abschneiden und damit seine gesamten Pläne als Mediziner durchkreuzen. Zugleich würden aber durch solche erneuten Vorfälle die Verpflichtungen verletzt werden, die ihm durch das ihm vom Rektor entgegengesetzte Vertrauen erwachsen“. Durch Handschlag bestätigte Haselmayer, „daß er die Verpflichtung zu ordnungsmäßig akademischer Führung übernehme.“⁸

Wie gutgläubig, naiv oder wohlwollend der Hamburger Uni-Rektor in das Gespräch gegangen war, zeigte sich kurz darauf. 1931 wurde der NS-Studentenbund mit 39,5 % der Stimmen deutlicher Gewinner bei den AStA-Wahlen der Universität Hamburg und Heinz (wie er sich da noch nannte) Haselmayer zum 1. nationalsozialistischen AStA-Vorsitzenden in Hamburg gewählt.⁹

Schon am 29.4.1931 inszenierte Haselmayer einen ersten großen Eklat. Der AStA residierte in Räumen einer Villa in der Neuen Rabenstraße 13, in der auch ein Mensaraum und ein Lesesaal untergebracht waren. Als die Aufsicht des Lesesaals einige Tage erkrankte und dadurch Unordnung durch gelieferte, aber nicht einsortierte Zeitungen entstanden war, nutzte der AStA-Vorsitzende Haselmayer die Situation und schloss den Lesesaal für knapp drei Tage. Er telegraphierte einige Gesinnungsgenossen herbei und begann selbstherrlich, eine neue Ordnung herzustellen. Nicht nur das. Ein wesentliches Ziel war dabei offenbar, eine Reihe der ihm unliebsamen und überflüssig erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften zu entfernen. Er ließ sich auch nicht von dem Geschäftsführer der Hamburger Studentenhilfe, Böhler¹⁰, abhalten, der darauf hinwies, dass der Lesesaal-Ausschuss damit zu befasen sei, der von dem Psychologie-Professor William Stern geleitet wurde. „Haselmayer widersprach heftig und erklärte, dass er sich von dem einmal gefassten Entschluss nicht mehr abbringen lasse. Er habe seine Kameraden bestellt und werde sofort mit den geplanten Maßnahmen beginnen.“¹¹

Haselmayer, Mann der Tat, entfernte 40 bis 50 Zeitungen und Zeitschriften, die er auch sofort zerriss, ebenso die entsprechenden Karteikarten.

Dies blieb nicht ohne Folgen. Haselmayer wurde vom Rektor der Universität, Prof. Ludolph Brauer, am 16.5.1931 das Betreten der Lesehalle untersagt. Am 4.6.1931 wurde Haselmayer vom Rektor vorgeladen und „räumte ein, sich formell falsch betragen“ zu haben.¹² Es folgten einige Untersuchungen und Auseinandersetzungen. Der Nationalsozialistische Studentenbund legte sämtliche Ämter nieder, nachdem die anderen Studentengruppen das Verhalten Haselmayers scharf kritisiert hatten. Der NSDStB organisierte eine Protestkundgebung am 10.6.1931, auf der neben Haselmayer auch der Gauleiter der NSDAP, Karl Kaufmann, sprach.¹³



Der Universitätssenat beschäftigte sich am 19.6.1931 mit der Affäre. Dort stellte der Rektor einleitend fest, dass die Studentenschaft selbst in knapper Zeit Ordnung geschaffen habe. Ein Problem sei, dass durch den Auszug der NS-Studenten der AStA beschlussunfähig sei. „Haselmayer habe sich inzwischen bei ihm, dem Rektor, entschuldigt, daß er sein Versprechen, sich in Hamburg ruhig und unauffällig zu benehmen, nicht gehalten habe; er habe angegeben, dies Versprechen sei ihm damals nicht zum Bewußtsein gekommen; er wolle jetzt aber dennoch die Folgen daraus ziehen, sich völlig zurückzuhalten und am Ende des Semesters sich exmatrikulieren lassen, um sich zum Examen zu melden.“¹⁴ Es ist nicht überprüfbar, wie die Kommunikation zwischen dem damaligen Rektor der Universität, Hamburg,



Heinrich Haselmayer

Ludolph Brauer, einem international durch seine Tuberkuloseforschung bekannt gewordenen renommierten Mediziner, und Haselmayer tatsächlich abgelaufen war. Im gesamten Verfahren fiel allerdings auf, mit welcher schützender Hand Brauer dem Medizinstudenten Haselmayer begegnete. Brauer war 1910 zum ärztlichen Direktor des Allgemeinen Krankenhauses Eppendorf berufen worden und 1923 planmäßiger Ordinarius geworden.¹⁵ Die ideologische Nähe zum Nationalsozialismus wurde 1933 deutlich, als Brauer als Prodekan der Universität Hamburg die „große deutsche nationale Erhebung“ pries und verkündete: „Wir bekennen uns zu unserem kraftvollen Reichskanzler Adolf Hitler (...) Wir haben des Mannes, der uns von der deutschen Zwietracht erlösen sollte, sehnsüchtig geharrt. Nun ist er erstanden. Freudig wollen wir ihm dienen.“¹⁶ Brauer gehörte im November 1933 auch zu den Unterzeichnern des „Bekennnisses der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und zum nationalsozialistischen Staat“. Das schützte ihn alles nicht vor späteren Auseinandersetzungen mit fanatischen Nationalsozialisten in Hamburg nicht nur im Bereich der Universität.¹⁷

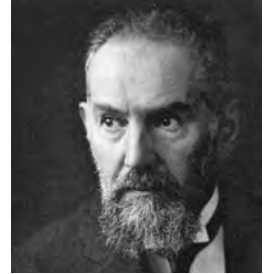


Rektor Ludolph Brauer

Bemerkenswert an Haselmayers Säuberungsaktion im Lesesaal der Universität Hamburg war, dass hier unter noch anderen politischen Machtverhältnissen 1931, aber schon mit einem überraschenden Wählerzuspruch für den Nationalsozialistischen Studentenbundes ein erster Versuch unternommen wurde, unerwünschte Medien auszusondern und zu vernichten, einer Art erster „Zeitungsverbrennung“.

Bedrückend auch, dass einige prominente Vertreter der Professorenschaft in dieser Auseinandersetzung, wie der Vorsitzende des Lesesaal-Ausschusses, der Psychologe William Stern, als jüdischer Professor nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 Hamburg und Deutschland verlassen mussten.¹⁸

Und auch zwei andere wichtige Mitglieder der Professorengruppe im Senat der Universität Hamburg, emigrierten nach 1933 aus Hamburg und Deutschland. Dem an diesen Diskussionen im Universitätssenat beteiligten Ernst Cassirer¹⁹, Vorgänger von Brauer als Rektor der Universität, wurde als jüdischem Philosophieprofessor der Lehrstuhl entzogen. Er verließ Hamburg und ging nach England, später nach Schweden und in die USA. Das Gleiche galt für Erwin Panofsky.²⁰ Panofsky, einer der bedeutendsten Kunsthistoriker des 20. Jahrhunderts, wurde 1933 auf Grundlage des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen. Er emigrierte in die USA. Da dürften die Haselmayers jubiliert haben.



William Stern

Heinrich Haselmayer hatte offenbar Unterstützung und Zuspruch in seinem Fachbereich. Kurz nach seinem AstA-Intermezzo, im Herbst 1931, legte er sein medizinisches Staatsexamen ab. Zum 1.1.1932 begann er ein Medizinalpraktikum in der Psychiatrischen und Nervenheilanstalt der Universitätsklinik, der Krankenanstalt Friedrichsberg. Im Herbst 1932 legte er bereits eine Dissertation vor. Sein Thema: „Ein Beitrag zu Sterilisation Schwachsinniger“. Das lässt über seine Arbeit in der Krankenanstalt nichts Gutes vermuten.

Haselmayers Dissertation umfasste real 15 Seiten, mit Deckblatt und Literaturangaben kam er auf 21 Seiten. Aber nicht nur die Kürze, auch die wissenschaftliche Dürftigkeit und das Verifizieren politischer Gesinnung dieser im Oktober 1932 vorgelegten und angenommenen Dissertation verblüffen. Eine Arbeit, die heute schwerlich als Haus- oder Bachelorarbeit akzeptiert werden würde.²¹

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, detailliert auf den schon in der Weimarer Republik entwickelten Geist und die Positionen in den Psychiatrischen Anstalten und der Nervenklinik der Universität Hamburg, dem Staatskrankenhaus Friedrichsberg ein-



zugehen. Nur soviel: Haselmayer, der nach seiner NS-Studentenzeit im AstA innerhalb von 12 Monaten sein Studium abschloss, Examen machte und seine Doktorarbeit vorlegte, erwähnte als Inspirator und Förderer den Direktor der Nervenlinik, Prof. Wilhelm Weygandt und Prof. Friedrich Meggendorfer, der Haselmayers Arbeit angeregt und gefördert hatte.

Meggendorfer, am 7.6.1880 in Bad Aibling, Oberbayern geboren, hatte 1904 in Würzburg Abitur gemacht²². Möglicherweise gab es aus dieser Zeit einen Kontakt, zumindest eine Bekanntschaft oder Affinität zur Familie Haselmayer. Heinrich Haselmayers Vater arbeitete über lange Jahre als Institutsdirektor in Würzburg. Meggendorfer studierte Medizin und kam 1913 als Assistenzarzt an das Eppendorfer Krankenhaus, 1927 wurde er als Professor zum leitenden Oberarzt ernannt und leitete in Friedrichsberg die Abteilung für Vererbungsforschung. Am 1.5.1933 trat er in die NSDAP ein. Sein Bemühen, in Hamburg Nachfolger von Prof. Weygandt als Direktor der Nervenlinik zu werden, erfüllte sich nicht. Berufen wurde statt seiner das NSDAP- und SA-Mitglied Hans Bürger-Prinz.

„Aus seinen Forschungsarbeiten leitete Meggendorfer die Forderung nach rassenhygienischen Maßnahmen ab. Er sprach sich 1930 für die Kastration als therapeutisches Mittel bei Homosexualität aus. Bedeutsam wurden seine Arbeiten zur Indikation des Alkoholismus, in denen er sich nicht nur für die Sterilisation der offensichtlich schweren Alkoholiker aussprach, sondern auch diejenigen erfasst sehen wollte, „die durch ihre erbliche Belastung, ihre Psychopathie, ihre Kriminalität und ihr sonstiges asoziales Wesen zeigen, daß sie Träger von kranken Erbanlagen sind.“²³

Wilhelm Weygandt, der andere Förderer Haselmayers, am 3.9.1890 in Wiesbaden geboren, Mediziner, der auch in Würzburg promoviert worden war und praktiziert hatte, war seit 1908 Direktor der Hamburger Staatskrankenanstalt Friedrichsberg, damals eine der führenden psychiatrischen Anstalten des Reiches.²⁴ Weygandt war einer der Pioniere der erbhygienisch denkenden Psychiatrie, der ab der Jahrhundertwende durch die „Radikalität seiner Forderungen hervortrat. Er plädierte für einen wesentlich breiteren Indikationskatalog, als ihn die Nazis 1933 in der Form des ‚Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses‘ kodifizierten. In einer Reihe von Fällen plädierte er für Kastration anstelle von Sterilisation.“²⁵

Auch Weygandt beantragte 1933 die Mitgliedschaft in der NSDAP.²⁶ Dies wurde abgelehnt mit Hinweis auf seine frühere Logenzugehörigkeit. Ihm wurde „intellektualistische Gesinnung“ vorgeworfen. Gegen ihn intrigierte der Führer der Hamburger NS-Ärzeschaft, Willy Holzmann, im Bunde mit anderen Hamburger Nazis. Diese Nichtakzeptanz verwand Weygandt nicht. Dabei ging er in seinen Forderungen und Vorstellungen weiter als viele andere Wissenschaftler: „Ein wie auch immer erweiterter Katalog von zu sterilisierenden Erbkrankheiten reichte ihm aller-

dings zur Hebung der deutschen Rasse keineswegs mehr aus Neben der Gruppe der Sexualverbrecher, bei denen die Notwendigkeit der Kastration zu diesen Zeiten allgemein angenommen wurde, wollte Weygandt die Kastration auch für ‚die zur Gewalt neigenden Gewohnheitsverbrecher und die rückfälligen Affektverbrecher‘ sowie für ‚Alkoholiker, bei denen (...) Rohheit gewöhnlich ein antisoziales, gemeingefährliches Verhalten bedingt‘, angewendet sehen.“²⁷

Als er 1939 starb, schrieb das „Hamburger Tageblatt“: „Seine Arbeiten auf dem Gebiet der Geisteskrankheiten, der Idiotie und des Kretinismus führten ihn immer wieder zu eindringlichen Hinweisen auf die Bedeutung der Erbschäden und die Rolle des Alkoholismus als häufige Ursache dieser Erscheinungen.“²⁸

Auch Weygandt hatte vermutlich einen früheren Kontakt zur Familie Haselmayer gehabt, war er doch, vor seiner Hamburger Zeit, 1904 Extraordinarius in Würzburg geworden und vermutlich mit Haselmayers Vater bekannt. Dieses Umfeld ermöglichte es dem 26jährigen Heinrich Haselmayer, zügig Doktor der Medizin zu werden.

In seiner Dissertation, die eigentlich unkommentiert in Gänze abgedruckt werden müsste, berichtete er eingangs über die nordamerikanische Praxis der Sterilisation „Schwachsinniger“ seit der Jahrhundertwende und nannte als Kriterium für die Sterilisation „die Minderwertigkeit“. Wie an anderer Stelle deutlich wird, setzte er seine eigene Auffassung in den Vordergrund: „Geistesranke (dazu zählen auch die verschiedensten Formen der Erbkrankheiten wie z. B.: Idioten, Imbezille, Schwachsinnige usw.)“.²⁹

Und offen schrieb Haselmayer, worum es ihm ging: „Ich will mich im Laufe dieser Arbeit, wie ich später nochmals betonen werde, auf keinerlei juristische Fragen einlassen, ob überhaupt die Sterilisation als solche erlaubt sei und bei welchen Indikationen sterilisiert werden darf und ob der zu Sterilisierende immer zu der Vornahme der Operation seine Einwilligung geben muß, selbst wenn er sich in einem Zustande befinden sollte, dessen Geistesschwäche und Einsichtslosigkeit die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme gar nicht zu erkennen läßt.“³⁰

In eindeutiger Absicht beschrieb Haselmayer die dünnen empirischen Erkenntnisse und die Forschungslage. Haselmayer beschäftigte sich insbesondere mit dem Zusammenhang der schlechten Begabung und der Kinderzahl der Familien:

„Die höchste Kinderzahl trifft man bei den schlechtesten Noten; es deutet also darauf hin, daß Minderbegabte, Schwachsinnige, die zudem auch noch Hilfschüler sind, eine überdurchschnittliche Geschwisterzahl gegenüber den normal Begabten haben.“³¹

Und als Konsequenz führte Haselmayer an: „Während die einen, nämlich die Schwachsinnigen, aus ihren eigenen Kräften heraus sich erhalten und somit also die Minderwertigkeit zum mindesten über ihre Konstanz hinaus erhalten bleibt,

sind die anderen ihnen gegenüber unterlegen bzw. nehmen ab und können so den biologischen Konkurrenzkampf nicht durchhalten, was ihre Verdrängung und damit eine Kulturentartung im Gefolge hat.“³²

Haselmayer wusste, was er wollte und was politisch die Konsequenz sein musste: „Die Erbuntüchtigkeit ist der Erbtüchtigkeit überlegen. Der Untermensch droht! Die Kriminalität wächst! Und hierbei trägt ein gut Teil der Schwachsinn bei. Diese Menschen verfallen auf Grund ihrer Haltlosigkeit leichter der Verführung, verbreiten ansteckende Geschlechtskrankheiten mit allen ihren üblen Folgen, erliegen dem Alkohol und seinen Schäden, werden zu Verbrechern, Dirnen, gemeingefährlichen Naturen, kurzum sie bedrohen die Sicherheit der sozialen Totalität. Dieser Gefahr zu begegnen ist Aufgabe der Eugenik.“³³

Nachdem Haselmayer beschrieben hatte, welches Ziel er verfolgte, musste er jetzt noch einige empirische Untersuchungen und Belege liefern: „Ich hatte insgesamt 100 Fälle von Schwachsinn, nur weibliche Patienten, die in unserer Anstalt gewesen sind, herausgegriffen.“³⁴

Er beschrieb dann die Schwierigkeit, Kinder dieser Patientinnen zu finden, zu besuchen und Schlussfolgerungen zu formulieren. Es blieben als Grundlage für seine Dissertation ganze acht Fälle. Für den unvoreingenommenen Leser zeigte die Beschreibung der Kinder von, laut Haselmayer, „schwachsinnigen Müttern“, dass diese zumeist in einfachen sozialen Verhältnissen lebend ein relativ unspektakuläres, normales Leben führten. Acht Fälle! Und Haselmayer musste konstatieren: „Es erfordert das ganze Problem eine Genauigkeit und Gründlichkeit und zeigt daran, wie zurückhaltend man andererseits mit der Sterilisation bei solchen Individuen sein muss. Gerade bei Fall IV wäre ein wertvoller Ausfall für die Allgemeinheit zu verzeichnen. Bei den übrigen 6 Fällen zeigt sich die Vererbung der Minderwertigkeit und des Schwachsinnig ganz deutlich.“³⁵

Nach der misslungenen empirischen Aufarbeitung kam Haselmayer im Schlussabsatz zurück auf seine politisch-ideologische Grundeinstellung. Und so endet eine Dissertation, mit der Heinrich Haselmayer in Hamburg 1932 Arzt werden konnte:

„Das mir vorliegende geringe Material zeigt, wieso das Problem eine schnelle Inangriffnahme erfordert. Nach einer neueren Schätzung von Ministerialrat Ostermann sollen wir haben: 250 000 Geistesranke, noch mehr Schwachsinnige und Idioten, noch viel mehr Psychopathen, nach Lenz die ungeheure Zahl von 6 000 000, 90 000 Epileptiker, 36 000 Blinde und 48 000 Taubstumme. An Asozialen kämen noch hinzu 120 000 Alkoholiker und 70 000 Fürsorgezöglinge; somit wäre anzunehmen, dass jeder 50. Deutsche zu den Asozialen zählt; sicherlich ist das noch zu gering gegriffen, da noch nicht mit einbegriffen sind: die Verbrecher, Vagabunden und Arbeitsscheuen, die Dirnen und die Zuhälter. Bei Berücksichtigung dieser

enormen Zahlen und ersichtlich aus meinem kleinen Material, das das ungeheure Unglück in seiner Tiefe aufzeigt, erfordert die Bekämpfung der Minderwertigkeit baldige Maßnahmen. Einstweilen ist es nur möglich auf dem Wege der negativ gerichteten Eugenik, diese den Staat und die gesamte menschliche Gesellschaft in ihrer kulturbedrohenden Gefahr zu dämmen. Hierbei lasse man sich nicht von sentimentalischen Gefühlsanwandlungen leiten, denn das Interesse der Gesamtheit muß ein höheres sein als das vermeintliche Recht des Einzelnen.³⁵

Mit dieser Haltung bekam Haselmayer, der vom 1.1.1932 bis zum 1.1.1933 als Medizinalpraktikant in der psychiatrischen Klinik Friedrichsberg gearbeitet hatte, zum 1.1.1933 eine Assistenzarztstelle in den Alsterdorfer Anstalten.³⁶

Da wird er schon entsprechend gewirkt haben können.

Jemand, der 1933, mit 26 Jahren schon als alter Kämpfer der NSDAP galt, mit Mitgliedsnummer 61 234 Träger des goldenen Parteiabzeichens, das 1934 allen Nationalsozialisten mit einer Mitgliedsnummer unter 100 000 verliehen wurde, jemand, der Parteigrößen wie etwa Gauleiter Karl Kaufmann schon lange persönlich als Kampfgenossen kannte, dieser Jemand machte Karriere.³⁷

Heinrich Haselmayer wurde am 1.4.1933 Leiter der Volkshochschule in Hamburg und löste den SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Kurt Adams ab.³⁸

Der Aufstieg Haselmayers im Bildungswesen erfolgte parallel zur Emigration seiner Widersacher an der Universität Hamburg zwei Jahre zuvor. Während die international renommierten jüdischen Professoren William Stern, Ernst Cassirer und Erwin Panofsky aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamten­tums vom 7.4.1933 entlassen wurden, startete der noch 26jährige Dr. Heinrich Haselmayer zur selben Zeit eine „Volksbildungsoffensive“.

Haselmayer, der gleichzeitig als Hamburger Führer des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ auftrat, dessen Ziel es seit Gründung 1928 war, eine umfassende nationalsozialistische Prägung des Kulturlebens zu entwickeln, wurde dementsprechend auf breiter Ebene aktiv. Der Verein wurde übrigens schon 1934 wieder aufgelöst und in die „Dienststelle Rosenberg“ ihres Gründers und Chefideologen Alfred Rosenberg integriert.

Man muss den Gründungsaufwurf des Kampfbundes von 1928 kennen, um den umfassenden Volksbildungsansatz von Heinrich Haselmayer nachvollziehen zu können.

So hieß es in dem im Mai 1928 veröffentlichten Aufruf des Kampfbundes, der eine deutlich antisemitische und rassistische Stoßrichtung hatte, man stehe vor einem „von volksfeindlichen Kräften geförderten politischen Niedergang“, der einen „planmäßigen Kampf gegen sämtliche deutschen Kulturwerte“ beinhalten würde.

Und: „Rassenfremdes Literatentum“ habe sich „mit den Abfällen der Großstädte“ verbündet. Es gelte nun gegen die „Verbastardisierung und Vernegerung unseres Daseins“ willensstarke und opferbereite deutsche Männer und Frauen an sich zu binden, um „artbewußte“ Zeitungen und Zeitschriften, bisher „unterdrückte“ Gelehrte und Künstler zu fördern, Ausstellungen zu veranstalten und auf Theaterspielpläne Einfluss zu nehmen.³⁹

Und so startete Haselmayer in seinem neuen Amt.

Schnell umriss er, wie er als „Gaubeauftragter der NSDAP für Volksbildungsfragen“ seinen Auftrag definierte. Aufgabe der VHS war für ihn:

„1. Die nationalsozialistische Weltanschauung als die Lebenshaltung auf allen Gebieten in alle Volkskreise zu tragen.

2. Darauf aufbauend und darüber hinausgehend eine Bereicherung des Wissens und der Kenntnisse des einzelnen durch Vertiefung zu erstreben.

3. Als Höchstaussdruck nationalsozialistischen Leistungsprinzips eine einsatzfähige Auslese zu schaffen.“⁴⁰

Und er schloss: „Erreichbar ist dies durch die einheitliche Herausschälung der ewig deutschen Charakterwerte auf den verschiedensten Gebieten. Erforderlich ist ein ausgerichteter Lehrkörper, im Glauben an die nationalsozialistische Idee fest.“

Haselmayer erhob für sich den Anspruch, Führer für alle Schulungsleiter aller nationalsozialistischer Organisationen zu sein.

Die Reichstagung der deutschen Volkshochschulen fand am 16. und 17.9.1933 in Hamburg statt. Sie wurde eröffnet von Senator Karl Witt, dem Präses der Landesunterrichtsbehörde in Hamburg, einige Kultusminister sprachen nach ihm.

Das zentrale Referat über Aufbau und Aufgaben der Volkshochschulen hielt Heinrich Haselmayer. Und er entwarf darin sein Lehrer- und Dozentenbild:

„Eine Betrachtung des Themas kann nur als Nationalsozialist geschehen. Es sind also grundsätzliche Fragen der Erziehung, die berührt werden, denn der Nationalsozialismus treibt keine Pädagogik, sondern bildet Führer. Der Lehrer soll deshalb nicht viel Wissen seinen Hörern geben, sondern die Anschauung vom nationalsozialistischen Standpunkt aus vermitteln. Die Voraussetzung für jeden Lehrer ist daher nationalsozialistische Gesinnung, die der Lehrer durch persönliches Erleben oder durch nationalsozialistische Schulung erhalten haben muß. Wird diese Voraussetzung nicht erfüllt, bleibt die Dozentenschaft nur ein Sammelsurium und lehrt nach ihrem eigenen persönlichen Standpunkt. Der liberalistische Grundsatz ‚Wissen ist Macht‘ gilt nicht mehr, er ist ersetzt durch den nationalsozialistischen Grundsatz, ‚Glauben ist Macht‘.“⁴¹

Haselmayer stellte die VHS um, bildete dreizehn Abteilungen und richtete regionale Zweigstellen ein. Die erste und wichtigste Abteilung, „Rasse“, wollte er selbst

leiten. Für andere Abteilungen waren von ihm offenbar aus der NSDAP vertraute Personen vorgesehen, die auch anderswo noch eine Rolle spielen sollten, wie der spätere Leiter der Schulverwaltung, Ernst Schrewe, und der Studienrat Rudolf Ibel.⁴²

Eng arbeitete Haselmayer auch mit dem Oberschulrat für das Höhere Schulwesen zusammen, Walter Behne, NSDAP-Mitglied seit 1931. Behne referierte auf der Eröffnungsfeier des Sommersemesters 1933 in der Hamburger Kunsthalle über „Fichtes Reden an die Deutsche Nation“. Regelmäßig waren die Repräsentanten des NS-Senats anwesend, Senator Karl Witt, Bürgermeister Carl Vincent Krogmann. Die Teilnehmerzahlen stiegen und das „Hamburger Tageblatt“ zitierte Haselmayer, der die VHS als „die umfassendste und größte Volkshochschule“ feierte.⁴³

Ein interessanter Nebenaspekt war, wie die Gleichschaltung der Hamburger Presse funktionierte. Haselmayer schickte einen Text an die Staatliche Pressestelle: „Ich bitte Sie, vorliegenden Artikel in der gesamten Hamburger Presse am 25.3.1933 veröffentlichen zu wollen.“⁴⁴ Und genauso funktionierte es auch. Wortgleich, nahezu ohne Kürzungen.

Haselmayer verfügte 1933 über engste Verbindungen zum NSDAP-Apparat. Es gibt im Hamburger Staatsarchiv den Nachlass der Kaufmannsfamilie Krogmann. 1933 wurde Carl Vincent Krogmann Erster Bürgermeister in Hamburg, trat gleichzeitig in die NSDAP ein und blieb bis 1945 Bürgermeister. Er führte in all dieser Zeit Tagebuch. Diese Aufzeichnungen sind aufbereitet und im Staatsarchiv einsehbar.

Bereits am 18.4.1933 wurde Haselmayer bei Krogmann im Hamburger Rathaus vorstellig. Sie sprachen über die Volkshochschule. Krogmann notierte: Haselmayer „stimmte mir voll zu, dass man alles versuchen müßte, um die Mittelmäßigkeit nicht kommen zu lassen, im Gegenteil, dass man versuchen müsse, das heutige Niveau, soweit irgend möglich, wieder zu heben. Bat ihn, nach solchen Persönlichkeiten Ausschau zu halten, die weltanschaulich auf dem gleichen Boden stehen, sich bisher aus Bescheidenheit zurück gehalten haben.“⁴⁵

Das Ergebnis ist rasch beschrieben. Haselmayer versammelte um sich nationalsozialistische Ideologen, das Niveau veränderte sich entsprechend.

Im nächsten Gespräch am 11.5.1933 erweiterte Haselmayer die Themen, redete vordringlich über Theater und Kunst, ganz im Sinne des Kampfbundes für deutsche Kultur. Haselmayer „regte an, das Thalia-Theater ganz fallen zu lassen. Man müsste in Hamburg 2 Sprechbühnen bestehen lassen“, vermerkte Krogmann.⁴⁶

Am 1.7.1933 und am 1.8.1933 sprachen Krogmann und Haselmayer über gezielte Veränderungen in den Vereinigungen von Künstlern, die ab sofort eindeutig von NSDAP-Mitgliedern majorisiert werden sollten. Im August gab es drei Gespräche über eine von Haselmayer geplante Kulturwoche, auf der Bürgermeister Krogmann reden sollte und Alfred Rosenberg am 10.9.1933 das Hauptreferat hielt.⁴⁷

Seinen umfassenden Anspruch verdeutlichte Haselmayer im Rathaus am 14.9.1933, wo auch Senator Witt zugegen war. „Es wird die Einrichtung des Vortragsamtes zunächst beschlossen. Gegen die Absicht von Dr. Haselmayer, das gesamte Vortragswesen zu verstaatlichen, wurde Einspruch eingelegt. Es sollen nur die politisch wichtigen Vorträge durch den Staat veranstaltet werden.“⁴⁸

Haselmayer erhob erneut den Anspruch, die Leitung für alle Schulungen und das NS- Vortragswesen zu übernehmen.

Am 23.11.1933 verlor Haselmayer seine Führungsrolle im Kampfbund für deutsche Kultur, die auf Vorschlag Krogmanns nunmehr Senator von Allwörden übertragen wurde.

Der Stern Haselmayers hatte seinen Zenit bald überschritten. 1935 und 1936 gewährte Krogmann ihm selten Audienz. Das hing damit zusammen, dass Krogmann engen Kontakt zu Dr. Wilhelm von Kleinschmit pflegte, einem adligen Wissenschaftler der Universität Marburg, der in Hamburg Regierungsdirektor einer von ihm aufzubauenden Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst werden sollte, gleichzeitig auch Leiter der Kunsthalle. Der intellektuelle, aus großbürgerlichen Kreisen stammende Freiherr von Kleinschmit, den Krogmann im Anstellungsschreiben mit „sehr geehrter Herr Baron“ anredete und der sehr schnell zu einem engen Gesprächspartner Krogmanns werden sollte, geriet damit ins Fadenkreuz offener und verdeckter Attacken Haselmayers. Erst einmal demonstrierte Haselmayer seinem freiherrlichen Gegenspieler den Stolz als NSDAP-Urgestein, als er am 23.6.1934 bei dem der Volkshochschule vorgesetzten Regierungsdirektor die Genehmigung für eine „Kundgebung der Alten Garde“ in Berlin Beurlaubung beantragte, „da ich Mitglied der Alten Garde“ bin. Von Kleinschmit genehmigte. Und er nahm zur Kenntnis, wenn der Leiter der Gauführerschule, Wilhelm Gundlach, mitteilte, dass „der Gauleiter Pg Kaufmann den Pg Dr. H. Haselmayer, Mitgliedsnummer 61 234, zum Referenten für das Volksbildungswerk im Gau Hamburg ernannt“ hat. Hier wurden Zähne gezeigt. „Als solcher gehört Pg Haselmayer zum Stabe des Gauschulungsamtes und steht im Range eines Gauabteilungsleiters. Sein Referat umfasst alle Gebiete des Volksbildungswesens.“⁴⁹ Eindeutige Duftmarken.

Im Befähigungsbericht beschrieb von Kleinschmit am 27.3.1935 die Eigenwilligkeit Haselmayers folgendermaßen: „Herr Dr. Haselmayer ist außerordentlich energisch und besitzt große Zielstrebigkeit. Die Volkshochschule hat zahlenmäßig einen großen Zuwachs von Hörern aufzuweisen. Die Erfahrung in Verwaltungsarbeiten ist nur gering; ein größeres Verständnis für gesetzliche und behördliche Vorschriften wäre zu wünschen.“⁵⁰

Haselmayer war als Redner ständig unterwegs. Parallel dazu bemühte er sich um Gehaltserhöhungen, bestand darauf, als „Direktor“ und nicht als „Leiter“ der

VHS geführt zu werden. Das wurde von Senator Ahrens nicht akzeptiert.

Gleichzeitig geriet das Privatleben von Haselmayer in Turbulenzen. Am 10.7.1933 zeigt er die Heirat mit Helenita Napp an. Schon 1935 befand er sich im Scheidungsprozess, sein Gehalt wurde gepfändet. Am 6.3.1936 heiratete er seine geschiedene Frau erneut.

Haselmayers Leben blieb turbulent. So war er weiterhin als Redner und Feirnder unterwegs. Im Oktober 1935 auf einer Tagung des Reichsschulungsamtes. Am 25./26.1.1936 feierte er „in Anwesenheit des Führers“ das 10jährige Bestehen des NS-Studentenbundes in München.

Die Konflikte zwischen Haselmayer und von Kleinschmit spitzten sich zu. Sie resultierten nicht zuletzt aus unterschiedlichen Auffassungen, was korrekte Verwaltung zu sein habe.

In einem Schreiben an den Senator für Kulturangelegenheiten, Wilhelm von Allwörden, berichtete Behördenleiter von Kleinschmit über „mehrere Unverträglichkeiten mit Herrn Dr. Haselmayer“. So hatte Haselmayer am 17.5.1934 eigenmächtig und ohne Rücksprache mit der aufsichtführenden Behörde den Leiter der Volkshochschul-Zweigstelle in Cuxhaven, den Pastor Roth, abberufen und durch den NSDAP-Kreisschulungsleiter Wiehemeyer ersetzt.

Kleinschmit monierte zweitens, dass Haselmayer sich für von ihm selbst durchgeführte Sonderkurse über Nationalsozialismus eine Vergütung angewiesen habe. Der Rechnungsprüfer habe daraufhin am 8.6.1934 problematisiert, dass damit von der Praxis abgewichen werde, dem Direktor der Volkshochschule für eigene Vorlesungen keine Honorare zu überweisen. Haselmayer hatte daraufhin seinen Beamten Steffen beauftragt, beim Rechnungshof telefonisch „zu interpellieren, wie er zu dieser Anfrage käme, offenbar säße im Rechnungshof, bzw. sei der Sachbearbeiter kein Nationalsozialist“. Und von Kleinschmit konstatierte: „Ein solcher Fall sei bisher im Rechnungshof nicht vorgekommen.“ Von Kleinschmit schloss, dass die „Einhaltung formeller Vorschriften bei Erledigung von Verwaltungsarbeiten eine Forderung sei, der sich sowohl die Behörde wie auch die Volkshochschule unterwerfen müssen.“ Und: „Hiervon kann sich die Behörde auch nicht abbringen lassen, wenn Herr Dr. Haselmayer und zwar im drohenden Sinne, mitteilt, er würde sich an die Gauleitung der NSDAP wenden.“⁵¹

Offensichtlich hatte sich Haselmayer bei Senator von Allwörden über von Kleinschmit und andere Behördenmitarbeiter beschwert. Von Allwörden antwortete am 14.9.1934 unmissverständlich, „dass ich es für ausserordentlich unzumässig halte, derartige verwaltungsmässige Differenzen durch Schreibereien auf die Spitze zu treiben. Sie geben selbst an, dass Sie sehr temperamentvoll veranlagt sind und dass bei den Charakteranlagen sowohl des Herrn Ellenbrock wie auch der

Ihrigen die rein verwaltungsmässigen Differenzen zu heftigen Explosionen führen können. Ich teile Ihnen hierzu mit, dass ich kein Freund von derartigen Explosionen bin, sondern dass ich vielmehr wünsche, dass derartige Differenzen in absolut kameradschaftlicher und loyaler Weise in Aussprachen bereinigt werden, damit kein unnötiger Papierkrieg entsteht.“

Von Allwörden teilte Haselmayer mit, dass von Kleinschmit einen Durchschlag seines Schreibens erhalte und dieser reagierte schon am nächsten Tag: „Ich muss es aber auf das entschiedenste zurückweisen, dass Sie mir in Ihrem Schreiben zuzumuten, mich nach Ihren Wünschen zu richten. Es ist vollkommen ausgeschlossen, dass ich eine besondere Geschäftsordnung einführe, welche auf Ihr eigenes Temperament abgestimmt wäre.“ Und: „Die Art und Weise, wie Sie Ihre Ansichten im schriftlichen Verkehr zum Ausdruck bringen, hat, wie Sie wissen, schon mehrfach zu Kränkungen und Verletzungen geführt.“ Hier war schon nach einem Jahr eine gemeinsame Arbeitsgrundlage zerstört: Von Kleinschmit forderte Haselmayer auf, „weniger auf Ihr Temperament zu pochen und sich mehr zu einer reibungslosen Arbeit“ zu verstehen.⁵²

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Klar war allerdings, dass ein Charakter wie Haselmayer dies nicht kampflos hinnehmen würde.

Im Tagebuch von Bürgermeister Krogmann stand am 7.3.1935: „Senator von Allwörden wegen der Angriffe der NS-Kulturgemeinde Berlin, welcher Rosenberg vorsteht, gegen Dr. v. Kleinschmit. Wir beschlossen, gemeinsam in Berlin vorstellig zu werden.“⁵³

Trotz der inzwischen nahezu freundschaftlichen Beziehung der Familien Krogmann und von Kleinschmit, die sich regelmäßig nicht nur bei kulturellen Gelegenheiten trafen, sondern auch wechselseitig miteinander frühstückten und mit Ehefrauen zum Essen einluden – die Auseinandersetzung mit den harten Ideologen in der NS-DAP konnte von Kleinschmit nicht gewinnen. Es wurden Gerüchte kolportiert, von Kleinschmit habe sich in akademischen Kreisen in Marburg 1932 gegen Adolf Hitler geäußert und „seine Arbeit als Behördenleiter“ hätte „ihm die entschiedene Ablehnung alter Parteigenossen in Hamburg eingebracht“. Von Allwörden ging dem nach und bekam von der NSDAP-Gauleitung mitgeteilt, dass „derartige Meldungen nicht vorliegen“. Man ahnt, wer hinter einem solchen „alten Parteigenossen“ steckte, auch wenn dieser kaum 30 Jahre alt war. Der Rektor der Philipps-Universität in Marburg, Prof. Bauer, teilte am 5.12.1935 mit, dass 1932 seitens „der akademischen Kreise keine Kundgebung gegen Adolf Hitler erfolgt ist“. Allerdings habe „Dr. Kleinschmit von Lengfeld wie fast alle Dozenten bei dem Aufruf der Universität Marburg für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg mit unterschrieben. Dieser Aufruf enthält keine positiven Angriffe gegen die Person oder die Bewegung Adolf Hitlers“.⁵⁴

Letzten Endes nützte alles nichts. Auch wenn Haselmayer selbst lange aus dem Amt war, endete die Beschäftigung von Kleinschmits in Hamburg 1938.

Dass Haselmayer auch praktizierender Antisemit war, belegen Dokumente aus den Jahren seiner Volkshochschul-Leiter-Tätigkeit.

Als Vorsitzender des Kampfbundes für deutsche Kultur trat Haselmayer am 13.6.1933 in einer entscheidenden Vorstandssitzung der Patriotischen Gesellschaft auf.⁵⁵ Haselmayers Ziel war, wie ausgeführt, die Gleichschaltung sämtlicher Organisationen im kulturellen Bereich. Er hielt bei der Patriotischen Gesellschaft in dieser Sitzung eine Grundsatzrede. Das Protokoll der Sitzung verzeichnete „Einstimmigkeit, daß die Programmgestaltung für den nächsten Winter in engster Zusammenarbeit mit dem Kampfbund nach den von Herrn Haselmayer vorgetragenen Richtlinien erfolgen soll“.⁵⁶ Mit dem Schulleiter des Johanneums, Werner Puttfarcken, wurde auch Haselmayer stellvertretender Vorsitzender der Patriotischen Gesellschaft, um über die Gleichschaltung zu wachen.⁵⁷

Nach der 1934 erfolgten Auflösung des Kampfbundes, einer „kulturellen SA“, schied Haselmayer als stellv. Vorsitzender wieder aus. Die Grundlagen waren gelegt, im folgenden Jahr den „Arierparagrafen“ in die Satzung einzuführen und die jüdischen Mitglieder aus der Patriotischen Gesellschaft auszuschließen.

Dies erfolgt synchron mit dem Ausschluss von Juden aus Veranstaltungen der Volkshochschule.

Elsa Cronheim, Jüdin, wohnhaft in der Bogenstraße 25, hatte am 21.9.1934 die Anfrage an die Tesdorpfstraße 4 gestellt: „Ich hätte Interesse, ausschließlich an den fremdsprachlichen Kursen, wie englisch und französisch teilzunehmen, und wäre Ihnen für gefl. Rückäußerung sehr verbunden, ob mir der Zutritt als Nichtarin noch gestattet ist.“⁵⁸

Drei Tage später bekam sie die Antwort: „Die Volkshochschule kann Ihrem Antrag nicht entsprechen“, unterschrieben von Heinrich Haselmayer.

Sie wandte sich an die Landesunterrichtsbehörde in der Dammtorstraße 25 und versuchte es noch einmal: „Da mir die Absage reichlich hart erscheint, bitte ich Sie hiermit höfl. mein Gesuch, um Aufnahme in den obigen Kursen stattzugeben, da ich mich in den genannten Sprachen weiterbilden möchte und mein geringes Gehalt einen anderen Unterricht nicht zulässt. Es liegt ja auch eigentlich kein Bedenken vor, Nichtarin nicht an den fremdsprachlichen Kursen teilnehmen zu lassen.“

Regierungsdirektor von Kleinschmit richtete sich in dieser Frage an die Verwaltung für Kulturangelegenheiten. Er schrieb, dass der Standpunkt des Leiters der Hamburger VHS durchaus verständlich sei, da „die VHS ja in erster Linie der charakterlichen und weltanschaulichen Bildung dienen soll“. Er bat dennoch um

Klärung, „in Rücksicht darauf, dass bei den Hochschulen den Nichtariern ein bestimmter Prozentsatz zugebilligt ist“.

Der Justitiar der Verwaltung für Kulturangelegenheiten kam zu dem Ergebnis: „Es ist rechtlich unbedenklich und entspricht auch wohl dem Charakter der Volkshochschule als einer weltanschaulichen Erziehungsanstalt des deutschen Volkes, den Besuch auf arische Volksgenossen zu beschränken.“

Senator von Allwörden zeigte sich einverstanden und Elsa Cronheim wurde am 17.10.1934 mitgeteilt, dass „ein Besuch der Volkshochschule durch Nichtarier nicht möglich ist“.

Den Irrsinn des Antisemitismus kennzeichnete auch der hartnäckige Schriftwechsel auf eine Eingabe von Oskar Lion aus dem Mittelweg 123. Er schrieb am 10.11.1934, dass er sich für einen Kursus der VHS anmelden wolle. Auf dem Meldeschein sei die Frage gestellt: „arisch oder nicht arisch?“, eine Frage, „die ich nicht ohne weiteres mit ja oder nein beantworten konnte, da ich unglücklicherweise zu denen gehöre, denen der arische Großvater fehlt, während ich nie in meinem ganzen Leben irgendwie mit Juden zu tun gehabt habe und stets von allen als Volldeutscher anerkannt worden bin“.⁵⁹

Lion vermerkte auf dem Meldeschein: „Großvater väterlicherseits Jude – Frontkämpfer.“ Und er ergänzte: „Mit dem letzten Hinweis wollte ich jede Beanstandung meiner Anmeldung begegnen. – Der Herr, der die Anmeldescheine annahm, teilte mir mit, er könne von sich aus mir keinen Teilnahmeausweis aushändigen, sondern müsse erst höheren Entscheid einholen.“

Zwei Tage später erfolgte der Bescheid, dass „Nichtarier zur Volkshochschule nicht zugelassen werden“.

Oskar Lion ließ das nicht auf sich beruhen. Und in der weiteren Korrespondenz wird eine andere Facette des ganzen Dramas in fast grotesker Weise deutlich.

So schrieb Lion: „Zum besseren Verständnis der ganzen Sachlage muss ich hinzufügen, dass sich auch s. Zt. die sonstigen Kinder meines Grossvaters taufen ließen, so dass ich keinerlei jüdische Verwandtschaft mehr hatte und so persönlich nie in meinem ganzen Leben in engerer Beziehung mit Juden gestanden habe. Mein Vater gehörte der früheren nationalliberalen Partei an, und meine Mutter war eine der glühendsten Verehrerinnen Bismarcks, und in dieser rein nationalen Atmosphäre aufgewachsen, fühlte ich mich stets nur als Volldeutscher und wurde stets als solcher anerkannt.“ Er erklärte, für ihn sei das „Arier-Gesetz ein harter Schlag“ gewesen, aber: „Innerlich konnte mir das Gesetz natürlich nichts nehmen oder geben, sondern ich bin und bleibe vor mir selbst, was ich immer war: Vollwertiger Deutscher; und Ihr Führer ist mein Führer! Innerlich habe ich nichts mit Juden zu tun und will nichts mit ihnen zu tun haben.“

Er erwarte darüber hinaus, dass er „als Frontkämpfer zu dieser „geistigen Fortbildung“ zugelassen werde.

Intern gab es an den Sachbearbeiter der Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst einen Kurzvermerk von Wilhelm von Kleinschmit vom 12.12.1934: „Die Entscheidung Dr. Hs bleibt bestehen.“⁶⁰

Oskar Lion bekam die Mitteilung, die Frage sei noch einmal geprüft worden. Mit Rücksicht „auf die grundsätzlichen Entscheidungen“ sei die Behörde jedoch noch nicht in der Lage, eine Änderung des Bescheids der VHS herbeizuführen. In einem späteren Schreiben berief sich die Behörde auf das Reichsgesetz gegen die Überfüllung von deutschen Schulen und Hochschulen vom 15.4.1933. Diese Anwendung nun bestritt Oskar Lion in seiner Entgegnung: „Die Volkshochschule will nur die allgemeine Bildung heben und gibt dem Teilnehmer keinerlei Berechtigung zu irgendeinem Berufe, sodass die Überfüllung eines Berufes gänzlich ausser Gefahr ist. Oder soll etwa der Begriff Überfüllung gleichbedeutend sein mit einfachem Platzmangel? – Ebenso gut, wie Sie mich heute von der Volkshochschule ausschließen wollen, kann ich morgen von dem Besuch staatlicher Museen oder staatlichem Theater ausgeschlossen werden.“⁶¹

Zu diesem Zeitpunkt, am 21.1.1935 ahnte Lion noch nicht, wozu die Nationalsozialisten in der Lage sein würden.

Lion verwies noch einmal auf seine „Eigenschaft als Frontkämpfer“ und teilte mit, eine Urkunde vom 7.1.1935 „im Namen des Führers und Reichskanzlers zu besitzen, mit der ihm das Ehrenkreuz für Frontkämpfer verliehen worden“ sei.

Nun bat von Kleinschmit die Verwaltung für Kulturangelegenheiten um erneute Entscheidung, legte die bisherigen Akte bei und verwies darauf, dass Senator von Allwörden so entschieden habe, nach Vortrag von ihm, von von Kleinschmit.

Justitiar Dr. Schultz befasste sich damit und legte am 25.1.1935 einen Vermerk mit verändertem Ergebnis vor: „Nach dem Reichsgesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sind bekanntlich nicht arische Frontkämpfer vom Ausschluss ausgenommen und nach dem Reichsgesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen (§ 4 Abs. 3) gelten sogar Kinder nicht arischer Frontkämpfer und Nichtarier, die von mindestens zwei arischen Großeltern abstammen, hinsichtlich des Ausschlusses als neutral. Diese Grundsätze sollten auch für den Ausschluss vom Besuch der Volkshochschule maßgeblich sein. Da Dr. Lion sowohl Frontkämpfer ist als auch von einer arischen Mutter und drei arischen Großeltern abstammt, sollte er zum Besuch der Volkshochschule zugelassen werden.“

Senator von Allwörden zeichnete das Petikum ab: „Es ist künftig entsprechend zu verfahren.“

Am 12.2.1935 wurde Oskar Lion mitgeteilt, dass seiner Beschwerde stattgegeben sei „und die Volkshochschule angewiesen ist, Sie als Hörer zuzulassen.“

Am 14.2.1935 wandte sich nun Haselmayer an die Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst und wies darauf hin, schon in einem vorigen Schreiben zum Ausdruck gebracht zu haben, die Behörde zu ersuchen, „irgendwelche die Volkshochschule betreffende Fragen vorher mit mir zu besprechen, denn auch in diesem Falle dürfte die Regelung eine andere als die bereits getroffene sein“.⁶²

Er verwies auf eine Sitzung 1933 im Reichsinnenministerium, bei der er als Vertreter des Hamburger Staates zugegen gewesen war, bei der „ein Gesetzentwurf über die Volkshochschulen angeordnet“ wurde, „der seine Anerkennung von sämtlichen Vertretern fand“. In §8 sei festgestellt: „Inhaber von Volkshochschulen sowie Leiter, Lehrer und Teilnehmer in solchen müssen Personen sein, deren staatsbürgerliche und sittliche Zuverlässigkeit feststeht, Nichtarier sind weder als Leiter, Lehrer noch als Teilnehmer zugelassen.“

Zum Schluss bat Haselmayer die Behörde nochmals „nicht voreilig irgendwelche Benachrichtigungen herausgeben zu lassen, bevor nicht Fühlungsnahmen mit dem verantwortlichen Dienststellenleiter genommen wurde“.

So wies ein 29jähriger VHS-Leiter mit Goldenem Parteiabzeichen einen Senator und seinen Amtsleiter zurecht.

Kurzfristig wurde daraufhin im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung angefragt, ob es eine Niederschrift von der von Haselmayer genannten Sitzung gebe und der Reichsminister antwortete am 19.3.1935, er wolle bei einer Regelung des Volkshochschulwesens nicht über die Bestimmungen des Reichsgesetzes gegen Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen hinausgehen. Mit anderen Worten: Der von Haselmayer zitierte Entwurf aus dem Jahre 1933 hatte 1935 noch keine Gültigkeit erlangt, wenngleich der von Haselmayer gewünschte Antisemitismus im Laufe der Zeit über den Ausschluss von Bildungsveranstaltungen bekanntlich weit hinausging.

Die Intervention Haselmayers hatte dazu geführt, dass die VHS Oskar Lion immer noch nicht zu dem Kurs zugelassen hatte. Er fragte erneut nach und bekam am 21.2.1935 zur Antwort, über seinen Einspruch sei noch keine Entscheidung gefallen, der von ihm angefragte Kurs lief zu diesem Zeitpunkt bereits seit drei Monaten. Dann wurde Lion aufgefordert, seinen Militärpass und Papiere vorzulegen, die sein Frontkämpferkreuz legitimierten.

Nach sechs Monaten, am 8.4.1935 wurde die Volkshochschule dann angewiesen, Oskar Lion als Hörer zuzulassen. Er konnte das Besitzzeugnis über die Verleihung des Frontkämpferkreuzes vorlegen, und belegen, dass er als Grenadier der 1. Kompagnie des Grenadierregiments im Oktober 1915 an den Gefechten am Styr

in Galizien teilgenommen hatte und Ende Oktober 1915 mit der ganzen Kompanie in russische Gefangenschaft geriet, aus der er erst Ende 1918 zurückgeehrt war.⁶³ Nachsatz: Über das weitere Schicksal Oskar Lions ist mir leider nichts bekannt.

Vor dem oben dargestellten Ausscheiden von Kleinschmits passierte nun etwas, was die Karriere Haselmayers jäh stoppte. Es begann mit einem Antrag Haselmayers, der mitteilte, „auf Veranlassung der Auslandsorganisation der NSDAP“ am 1. bis 3.5.1936 in Holland „sprechen zu sollen“. Haselmayers Auslandsauftritt wurde genehmigt.

Aus Dokumenten in Haselmayers Personalakte ist nicht zu ersehen, was in Holland passierte, sichtbar sind allerdings die gravierenden Konsequenzen für den forschen Träger des goldenen Parteiabzeichens. Erst durch Recherche im Bundesarchiv, dem Berlin Document Center, war in den Unterlagen des NSDAP-Bestandes nachzulesen, welches Verhalten Haselmayers zu einem Ausschlussverfahren aus der NSDAP geführt hatte.

Mit Einschreiben vom 2.7.1936 wurde Heinrich Haselmayer gekündigt. Er nahm gerade an einer achtwöchigen Übung der Reichswehr teil. Von Kleinschmit notierte: „Die Anweisung des Herrn Senators zur Kündigung des Herrn Dr. Haselmayer und zur sofortigen Beurlaubung desselben ist am 1. Juli 1936 während der Fahrt nach Bergedorf erfolgt. Kündigung und Beurlaubung erfolgt aus Gründen, die nicht erörtert worden sind.“⁶⁴

Kurz darauf wurde die Kündigung zurückgezogen und eine Beurlaubung bis zum 31.12.1936 ausgesprochen. Hinter den Kulissen dürfte es viele Gespräche gegeben haben, die nirgendwo dokumentiert sind. Haselmayer schrieb am 25.11.1936, er wolle wieder in seinen ärztlichen Beruf zurückkehren und bat darum, dass die Kündigung auf den 31.3.1937 datiert und ihm noch ein Zeugnis ausgestellt werde.

Karl Witt antwortete als Präsident der neugebildeten Kultur- und Schulbehörde, zu der nach Umstrukturierung mittlerweile auch die Abteilung für Volkstum, Kirche und Kunst gehörte. Der Wunsch Haselmayers wurde erfüllt. In dem von Karl Witt am 16.2.1937 unterschriebenen Zeugnis heißt es: „Herr Dr. Haselmayer hat es verstanden, die Volkshochschule in recht kurzer Zeit nicht nur wieder mit Leben zu erfüllen, sondern sie auch mit dem Geist des Nationalsozialismus zu durchdringen. Organisatorisch hat er mit großem Fleiß viel geleistet. Die Hamburger Volkshochschule ist unter seiner Leitung eine der größten in Deutschland geworden, ein wichtiges Verbindungsmittel zwischen Bevölkerung, Partei und Staat. Die Kultur- und Schulbehörde erkennt diese Leistungen dankbar an und bewahrt Herrn Dr. Haselmayer, der sich jetzt wieder der medizinischen Wissenschaft zugewandt hat, ein gutes Andenken.“

Er absolvierte vom 1.8.1936 bis zum 1.1.1937 seine Restzeit als Assistenzarzt. Und vom 1.1.1937 wurde Haselmayer von der Gesundheitsbehörde als Schularzt beschäftigt. Parallel dazu führte er in Bergedorf ab 1938 eine Praxis als Praktischer Arzt. Seit 1940 übernahm er eine Leitungsfunktion in der Hamburger Ärztekammer. Zwischen 1939 und dem 1.11.1944 war er auch als Stabsarzt im Kriegsdienst.

Was hatte zu diesem einschneidenden Karriereknick für Heinrich Haselmayer geführt?

Haselmayer war eingeladen worden von der Reichsdeutschen Gemeinschaft, in Holland über die NSDAP-Auslandsorganisation (NSDAP-AO), als sogenannter Heimatredner. Starten sollte er am 1.5.1936 in Leiden, dann am 2.5. in Haarlem und am 3.5. in Vlissingen.

Die Hinweise im Bundesarchiv besagen: Gegen Haselmayer wurde vor der II. Kammer des Obersten Parteigerichts der NSDAP verhandelt, nachdem der „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, Haselmayer am 19.6.1936 aus der Partei ausgeschlossen hatte.⁶⁵

Das im Bundesarchiv auf 300 Seiten dokumentierte Verfahren hat bei der Schilderung der „Holland-Affäre“ beinahe operettenhafte Züge. Beteiligt waren einige prominente Nationalsozialisten.

Der Reihe nach: Das Drama spielte sich in Haarlem ab. Haselmayer hatte am 1.5.1936 in Leiden gesprochen und sollte sich am nächsten Tag telefonisch in Haarlem beim Organisationsleiter der Veranstaltung melden, konkrete Absprachen treffen, möglichst schon um 16.00 Uhr in Haarlem eintreffen. Alles war von der Reichsdeutschen Gemeinschaft gut vorbereitet.

Es war ebenfalls geplant, dass Haselmayer in Rotterdam und Amsterdam jeweils noch etwas von der Stadt sehen sollte.

Der mit Haselmayer verabredete Anruf am 2.5. erfolgte mit zweistündiger Verspätung, da es, so Haselmayers Begründung, „in Leiden bis 6 Uhr früh eine lustige Sauferei gegeben habe“.⁶⁶

Folglich funktionierten auch alle anderen Vorbereitungen nicht, da Haselmayer den Zug verpasste und der in Haarlem zur Abholung bereitstehende Wagen ohne den Redner abfahren musste.

Als Haselmayer dann um 20 Uhr 30 in Haarlem eintrudelte, kam es zu leichten Tumulten bei der Eingangskontrolle. Haselmayer hatte noch zwei Kumpane der „lustigen Sauferei“ aus Leiden mitgebracht, einer davon konnte sich nicht ausweisen. „Wenn der nicht reinkommt, spreche ich nicht“, sagte Haselmayer und erst da wurde deutlich, dass der Festredner in einem Trio in stark angetrunkenem Zustand gerade angekommen war.⁶⁷

Organisationsleiter Max Gerisch lotste Haselmayer in ein Nebenzimmer und

vermerkte später: „Dabei hatte ich den Eindruck eines übernachtigten und alkoholisierten Menschen“.

Haselmayer verkannte die Situation: Gerisch notierte über die Erstbegegnung im Nebenzimmer, es war inzwischen 20 Uhr 45, also 15 Minuten vor dem geplanten Festvortrag: „Pg. Dr. Haselmayer erwähnte dann u.a., dass einer der beiden aus Leiden in Amsterdam ‚wie ein Reiher gekotzt hätte‘, dass sie im Lido (ein Amsterdamer Lokal) gewesen wären, um Amsterdamsche Dekadenz zu sehen, dass sie Kaffee, Likeure und Bier – nach meiner Erinnerung je 6 Stück von allem – getrunken hätten und dass ‚wir heute nun aber feste weitermachen würden‘.“

Schwierig wurde es bei der Frage, worüber Haselmayer zu sprechen gedenke. Haselmayer wollte über sein Spezialgebiet reden, „die Rassenfrage“.

Gerisch zog den anwesenden deutschen Generalkonsul für Holland, Werner Otto von Hentig, hinzu. Von Hentig teilte dem uneinsichtigen Haselmayer mit, dass die holländische Regierung im Jahr 1936 „das Auftreten reichsdeutscher Redner davon abhängig gemacht habe, dass gerade Rassen- und religiöse Fragen nicht berücksichtigt werden.“⁶⁸

Nach langem Disput und dem Hinweis von Gerisch, Haselmayer wäre doch Leiter der Volkshochschule und „müsse doch auch andere Gebiete beherrschen“, erklärte sich Haselmayer bereit, über „die kulturelle Bedeutung der NSDAP“ zu sprechen und erhielt 20 Minuten Vorbereitungszeit.

Die Rede Haselmayers gab Generalkonsul von Hentig folgendermaßen wieder: „Bei den einleitenden Worten erschien der Hauptredner auch ganz ruhig. Dann aber erging er sich völlig zusammenhanglos über asoziale Typen im deutschen Volk, Freihandel, das Recht, in der Fremde freie Verträge abzuschließen, um dann doch auf die Rassenfrage zu kommen. Etwa ½ Stunde lang ging er von einem Punkt dieses Gegenstand auf den anderen bei wachsender Unruhe der Zuhörerschaft. Als Pg Haselmayer in breitester Ausführung den Alkoholismus in seiner Familie und seine eigene Stellung zum Trunk als Beweis dafür anführte, dass der Alkohol die Erbmasse nicht beeinflussen könne, und als er dann weiter ausführte, daß er nichts gelernt, nicht gelesen hätte und es trotzdem zu den höchsten Ämtern in Partei und Staat gebracht habe, empfanden die Zuhörer dies nicht als eine gewisse Selbstironie, sondern, gemessen an ihrem eigenen Ernst, als unwürdig.“⁶⁹

Werner Otto von Hentig, seit 1911 im diplomatischen Dienst, war erst seit einigen Monaten Generalkonsul in Amsterdam, vorher in San Francisco und Bogota. Sein Sohn, Hartmut von Hentig, beschrieb ihn als national eingestellt mit einer deutlichen Abneigung gegen die Nationalsozialisten: „Aber der Vater traute den Nazis nicht zu, große Gedanken zu verwirklichen; für ihn waren das kleine Leute in großer Pose, waren Dilettanten und durch und durch verlogen.“⁷⁰

Haselmayers Auftritt in Haarlem dürfte ihn in seiner Meinung bestätigt haben.

Ein Stenograf der reichsdeutschen Gemeinschaft hatte versucht, die Rede Haselmayers mitzuschreiben. Er notierte, bevor er diesen Versuch aufgab: „Durch die Ereignisse im Saal und durch die vollkommen unzusammenhängenden Ausführungen der sowieso schon verfehlten Themen, war es nicht möglich, auch nur stichwörtlich den weiteren Verlauf seiner Rede zusammenhängend zu Papier zu bringen.“⁷¹

Max Gerisch vermerkte: „Wenn dennoch einstweilen alles ruhig blieb, so ist dies nur der beispielhaften Disziplin der fast 300 Zuhörer zu danken, die das alles mit unglaublicher Geduld über sich ergehen ließen. Bis es dann doch zu einer Entladung kam. Hervorgerufen war dies u. a. durch eine Bemerkung von Pg. Dr. Haselmayer, dass er zwar studiert aber danach kein Buch mehr gelesen habe – er sei aber 14 Jahre Nazi – was anscheinend von der Mehrzahl der Hörer als Verhöhnung aufgefasst wurde.“

Daraufhin stand im Saal ein Mann auf und befand, „die Würde des heutigen Abend und der Deutschen Kolonie“ sei bedroht. Die mehrmaligen Versuche des Versammlungsleiters, Haselmayer zum Ende zu bewegen, scheiterten. Haselmayer ignorierte alles und begann, weit nach der verabredeten Zeit „wieder von den Griechen anzufangen“. Da schritt der Versammlungsleiter ein, verhinderte noch, dass die erregte Saalwache tätig wurde und wies Haselmayer energisch an, sich hinzusetzen.

Generalkonsul von Hentig, der danach redete, stellte fest, dass Alkoholkonsum sehr wohl Auswirkungen habe und „dass dies auch eine Erkenntnis des Führers sei, der ja überhaupt nicht trinkt“. Vermerkt wurde, dass daraufhin „unbeschreiblicher Beifall ausbrach“, was als „Protest gegen das Verhalten des Pg. Dr. Haselmayer“ zu verstehen war.

Notiert wurde auch, dass Haselmayer noch lange nicht das Feld räumte, erst durch eine anwesende Krankenschwester beruhigt werden konnte, nicht ohne allen Vertretern der Reichsdeutschen Gemeinschaft den Parteiausschluss angekündigt zu haben: „Über Sie werde ich mich mit dem Gauleiter unterhalten.“

Es kam anders. Nach den Berichten von Organisationsleiter Max Gerisch vom 4.5.1936 und dem Deutschen Generalkonsul Werner Otto von Hentig vom 5.5.1936 über die NSDAP-AO und das Auswärtige Amt reagierte die Partei kurz vor der Olympiade in Berlin (1.–16.8.1936) schnell und eindeutig. Gerisch hatte aus Haarlem am 22.5.1936 noch kurz nachgemeldet: „Das Verhalten dieses Heimatredners hat hier die Gemüter stark bewegt. Erfreulicherweise war die Geschlossenheit der Zuhörer so intakt, dass wenigstens nichts in die holl. Presse gekommen ist.“

Der Leiter der Parteikanzlei der NSDAP, Martin Bormann, bezog sich auf den Bericht des Generalkonsuls für die Niederlande und einen Bericht des Auswärtigen

Amtes und schrieb am 8.6.1936 an das Oberste Parteigericht. „Der Stellvertreter des Führers wünscht, dass der im Bericht vom 5.5. genannte Pg Dr. Haselmayer mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen wird.“⁷²

Am 19.6.1936 verfügte Rudolf Heß den Ausschluss Haselmayers aus der NSDAP. Gründe: „Sie waren als Redner für eine Maifeier am 2. Mai ds. Js. in Haarlem (Holland) bestimmt. Zu dieser Veranstaltung erschienen Sie im stark betrunkenen Zustande. Trotz Ihres unwürdigen Zustandes begannen Sie mit Ihrer Rede und ergingen sich in zusammenhang- und sinnlosen Ausführungen. (...) Durch dieses würdelose Verhalten haben Sie das Ansehen der Partei im Auslande äußerst schwer geschädigt.“⁷³

Das Oberste Parteigericht beschäftigte sich in den folgenden Monaten mit dem Fall, Haselmayer hatte fristgerecht Einspruch gegen den Ausschluss eingelegt.

Zeugen wurden angeschrieben, auch die „Trinkkumpane“ Haselmayers aus Leiden, die sich zum Umfang des Alkoholkonsums äußern sollten. Und auch Haselmayer meldete sich, „z. Zt. Kanonier, Neustettin E Batterie 4“.

Nun sollen hier nicht die Deutungen wiederholt werden, welche Alkoholmengen tatsächlich konsumiert wurden, es kamen offenbar noch Cognac und Whiskey dazu. Interessant erscheinen vielmehr die Äußerungen von höheren Stellen über Heinrich Haselmayer.

Für Haselmayer verwendeten sich Ernst-Wilhelm Bohle, Gauleiter und Führer der NSDAP-AO, der 1930 bis 1933 in Hamburg gelebt hatte und Haselmayer aus dieser Zeit kannte. Bohle räumte in einem Schreiben vom 6.6.1936 an Rudolf Heß ein: „Zweifellos hat Pg Dr. Haselmayer im angetrunkenen Zustand seinen Vortrag gehalten. Gerade ich als Gauleiter der AO muss dieses Verhalten als eine schwere Schädigung des Ansehens der NSDAP im Ausland betrachten, da unsere Auslandsdeutschen ein ganz vorbildliches Auftreten der Heimatredner mit recht verlangen.“ Er habe Haselmayer sofort und endgültig von der Rednerliste abgesetzt. Er wies aber auch darauf hin, „dass Haselmayer ganz alter Parteigenosse ist mit einer Mitgliedsnummer von etwa 60 000, seit 1928 anerkannter Redner und schon 1922/23 SA-Mann war“. Bohle bat Heß darum, ihn mündlich zu hören.⁷⁴

Partei für Haselmayer ergriff auch der Hamburger Leiter der NSDAP-AO, Hans Zeberer, der auch als Pressereferent der Gesamtorganisation fungierte. Zeberer reduzierte den Konflikt auf ein landsmannschaftliches Mentalitätsproblem zwischen „dem Preußen Gerisch und dem Bayern Haselmayer“. Er schrieb: „Als Bayer und ehemaliger Burschenschaftler hat Pg. Dr. H. manchmal einen etwas rauhen und burschikosen Ton, der Weihnachtsmännern unsympathisch ist.“ Zeberer vermutete „kirchliche Kreise“, die diesen Zwischenfall „als gefundenes Fressen“ aufbauschen würden, insbesondere der evangelische Pastor in Haarlem, „ein ganz besonders trostloses Exemplar dieser überflüssigen Berufsgattung“.

Zeberer empfand es als unkameradschaftlich, „einen durch seinen Dienst übermüdeten Redner mit so hervorragenden Verdiensten um die Bewegung wegen eines einmaligen Versagens anzugreifen“ und empfahl: „Ich bin sogar dafür, daß den Weihnachtsmännern ganz offen vom Rednerpult aus entgegengehalten wird, was sie, die Meckerer, denn in der Zeit für Deutschland getan hätten, als dieser Redner in Saalschlachten und vielen Kampfesjahren seinen Mann gestanden hat.“

Freunde muss man haben. Wobei Zeberers Stern schon wenig später sank, nachdem er am 18.11.1936 in Berlin auf Veranlassung der Gestapo festgenommen wurde und am 18.12.1936 wegen fortgesetzten Vergehens gegen § 175 StGB zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war.⁷⁵

Interessant war natürlich besonders, wie ein anderer Kampfgefährte Haselmayers sich in diesem Verfahren verhielt. Karl Kaufmann äußerte sich am 1.9.1936 gegenüber dem Obersten Parteigericht: „Pg. Dr. Haselmayer ist ein alter Parteigenosse und Inhaber des Goldenen Ehrenzeichens der Partei. Er hat sich in der Kampfzeit als Redner für die Bewegung mit gutem Erfolg stets eingesetzt. Vor allem auf dem Gebiet der Schulung war Haselmayer tätig. Dies veranlasste mich, dem Vorschlage zuzustimmen, ihn mit der Leitung der Hamburger Volkshochschule zu beauftragen. Haselmayer hat die Hamburger Volkshochschule durchaus mit Erfolg geführt.“

Kaufmann erklärte aber auch: „Es ist mir schon früher hier und da zu Ohren gekommen, daß Haselmayer wiederholt unter dem Einfluß von Alkohol ein Benehmen gezeigt hat, daß ihm und der Partei abträglich sein musste. Ich habe Pg Dr. Haselmayer deswegen verwarnet. Nach der Verwarnung ist mir Nachteiliges über seine Betätigung in Hamburg nicht mehr bekannt geworden.“

Der Vorfall in Holland habe Kaufmann somit überrascht. Als Konsequenz habe er Haselmayer seines Amtes als VHS-Leiter enthoben. Eine Bestrafung Haselmayers sei notwendig, sofern die Vorwürfe aus Holland „den Tatsachen entsprechen“. Kaufmann setze sich aber „unter Berücksichtigung seiner langjährigen Arbeit und seiner Verdienste um die Partei für sein weiteres Verbleiben in der NSDAP ein“.⁷⁶

Am 15.10.1936 entschied die II. Kammer des Obersten Parteigerichts. Es wurde beantragt, die Verfügung von Rudolf Heß auf Parteiausschluss aufzuheben und in eine Verwarnung umzuwandeln bei gleichzeitigem Verbot, in den nächsten drei Jahren in der NSDAP ein Amt zu übernehmen.

Das Parteigericht rekonstruierte den Ablauf in Haarlem am 2. Mai des Jahres und kam zu dem Ergebnis, dass „der Angeschuldigte durch sein Verhalten das Ansehen der Bewegung in Holland beträchtlich geschädigt hat“. Insbesondere aber die positive Beurteilung von Gauleiter Karl Kaufmann und Haselmayers „anerkenntnenswerten Verdienste in der Kampfzeit in Würzburg und Berlin“ sowie das Goldene Parteiabzeichen begründen das milde Urteil jenseits des Parteiausschlusses.⁷⁷

Die Strafe wurde in Haselmayers Parteibuch eingetragen.

Am 16.3.1938 fragte das Wehrbezirkskommando Hamburg beim Obersten Parteigericht an, ob das Parteigerichtsverfahren Anlass gäbe, Haselmayer nicht in das Offizierkorps aufzunehmen. Die Antwort am 7. 4.1938 vom Reichsleiter Grimm:

„Die Vorgänge, die nur parteiinterne Bedeutung haben, sind nicht geeignet, die Übernahme des Haselmayer in das Offizierkorps des Beurlaubtenstandes unerwünscht erscheinen zu lassen.“⁷⁸

Am 14.1.1938 entschied Rudolf Heß im Sinne des Obersten Parteigerichts und hob den Parteiausschluss auf. Am 27.4.1938 verfügte Adolf Hitler eine Amnestie und Haselmayer beantragte daraufhin den Erlass der Strafe und deren Streichung in den Mitgliedsbüchern. Am 29.6.1938 erhielt Haselmayer die korrigierten Mitgliedsbücher zurückgereicht.⁷⁹

Nachtrag: In seinen 1962 veröffentlichten Erinnerungen „Mein Leben – eine Dienstreise“ schrieb Werner Otto von Hentig zu dem Zwischenfall in Haarlem: „Selbstverständlich verübelte mir die Partei dieses Vorgehen stark, aber da ihr Mann sie nur zu offensichtlich blamiert hatte und ich mir auch die Eideshilfe des anwesenden Landesgruppenleiters sichern konnte, blieb der Vorfall zunächst ohne Folgen für mich.“⁸⁰

Am 14.6.1945 wurde Heinrich Haselmayer verhaftet und in das Internierungslager Neumünster, später Eselheide (bei Paderborn) überführt.

Die Internierung endete am 17.12.1947. Haselmayer wurde durch Zwischenbescheid der Britischen Militärregierung vorläufig in Kategorie III eingestuft.⁸¹

Am 29.1.1948 wurde er durch die 11. Kammer des Spruchgerichts Bielefeld von der Anklage der Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation freigesprochen. Am 15.5.1948 konnte er sogar seine ärztliche Praxis in Bergedorf wieder eröffnen.

Wie schwierig die Beweisführung für die Spruchgerichte war, zeigte sich an dem Bielefelder Urteil deutlich. Hatte Haselmayer sich in seiner Personalakte in einem Fragebogen vom 1.6.1934 noch seiner früheren politischen Mitgliedschaften gerühmt: „SA-Mann 1922/23, SS-Mann 1929/30 (Sturm Berlin), NSDAP 1927“, so vermerkte das Spruchgericht lediglich seine Parteimitgliedschaft und seine Tätigkeit von Anfang 1944 bis Mai 1945 als stellvertretender Kreisamtsleiter für Volksgesundheit. Damit war er „Angehöriger des politischen Führungskorps“.

Haselmayer bestritt vor Gericht, jemals Kenntnis von verbrecherischen Handlungen gehabt zu haben und das Gericht resümierte: „Es lässt sich seine Einlassung, daß er als Arzt völlig in seinem Beruf aufgegangen sei, und sich nur mit Problemen der Gesundheitspflege und ärztlichen Betreuung der Soldaten befasst habe,

so daß er nie auf die Idee gekommen sei, sich speziell über Judenangelegenheiten Gedanken zu machen, nicht widerlegen.“ Von Judenverfolgungen habe Haselmayer nach seinen Aussagen nie etwas mitbekommen. Zur Frage „der Niederhaltung politischer Gegner mittels des unmenschlichen Systems der KZs“ hatte Haselmayer natürlich auch keine Kenntnis. Haselmayer gab an, dass er davon ausgegangen sei, nur „kriminelle Verbrecher“ nach „vorausgegangener Verurteilung“ seien in solche Lager verwiesen, „oder Personen, die sich staatsfeindlich betätigt hätten“. Die Spruchkammer stellte dazu fest: „Wenngleich in Hamburg die Kenntnis darüber, dass politische Gegner der NSDAP auf Grund von Anzeigen politischer Leiter ohne gerichtliche Verfahren den KZ überantwortet wurden, weitgehend verbreitet war, so kann hieraus nicht mit Sicherheit der Schluss gezogen werden, dass auch der Angeklagte ein solches Wissen hatte.“⁸²

Der Ermittlungsbericht stellte über Haselmayer fest: „Obwohl H. ein überzeugter Nationalsozialist war, hat er nicht versucht andere Personen in üblem Sinn zu beeinflussen.“ Obskure Zeugnisse lagen vor, wie das des NS-Ärztchefs Willy Holzmann, selbst strammer Nazi, der über Haselmayer feststellte: „Dr. H. ist Träger des goldenen Parteiabzeichens, ist frisch und lebendig, fast zu lebendig, ein brauchbarer Arzt, ist weltanschaulich vollkommen i. O.“⁸³

Heinrich Haselmayer startete eine private Ärztekariere und bemühte sich im weiteren Verfahren um seine völlige Rehabilitierung.

In einem Schreiben vom 9.5.1949 an den Staatskommissar für Entnazifizierungen legte er den Schwerpunkt darauf, seine politische Vergangenheit als Jugendverirrung darzustellen. „Im Mai 1927, also in einem Alter von 20½ Jahren, bin ich als Student in die damalige NSDAP eingetreten.“ Und: „Im Zeitpunkt meines Eintritts in die Partei war ich, wie bereits vorstehend erwähnt, 20 Jahre. Mag man auch heute sich auf den Standpunkt stellen, dass ich als angehender Intellektueller wissen musste, was ich tat, so muss mir doch rein zugute gehalten werden, dass ich bei dem schweren Studium niemals eine politische Reife zu dieser Zeit erreichen konnte, die mir einen klaren Blick für das politische Geschehen eröffnete. Ich gebe zu, dass ich seinerzeit in der Verwirklichung der Gedankengänge des sogenannten Parteiprogramms etwas Ideales gesehen habe. Ich konnte zu dieser Zeit mich der sehr geschickten nationalsozialistischen Propaganda nicht entziehen, ohne mir als denkenden Menschen den Vorwurf zu machen, dass ich geistig und sozial fortschrittlich faul sei. Daraus mir heute einen Vorwurf zu machen ist leicht. Man darf



Heinrich Haselmayer

aber nicht verkennen, dass gerade wir als junge Menschen seinerzeit doppelt stark den Einflüsterungen unterlegen waren.“⁸⁴

Das Urteil der Spruchkammer Bielefeld zitierte er ausführlich und erweckte den Eindruck, nach seiner Jugend- und Studentenzeit weitgehend unpolitisch und als Arzt beruflich aktiv gewesen zu sein.

Haselmayer war vom 28.8.1939 bis zum 6.11.1944 bei der Wehrmacht als Stabsarzt tätig. Seine Funktionärstätigkeit als stellvertretender Kreisamtsleiter für Volksgesundheit wurde als sehr kurze Tätigkeit, 5 Monate, verharmlost, als wäre diese Zeit die einzige politisch exponierte Stellung Haselmayers gewesen. Am 2.2.1949 wurde der Berufung Haselmayers stattgegeben. Er wurde in Kategorie IV eingestuft und zum 1.4.1950 wieder als Kassenarzt zugelassen. Als Leumundszeugnisse brachte er Stellungnahmen von Patienten bei und einem mit ihm zusammenarbeitenden Masseur. Seine Absicht dabei war, zu belegen, „dass ich mich immer als Mensch und niemals als Nationalsozialist benommen habe“.⁸⁵

Auch der ehemalige Kreisleiter der NSDAP in Bergedorf, Fritz Schuster schrieb noch aus der Internierung in Eselheide am 30.9.1947, wo er zu diesem Zeitpunkt mit Haselmayer und anderen Nationalsozialisten festgehalten wurde, Haselmayer habe niemals an Kreisstabssitzungen der politischen Leiter teilgenommen. Wozu doch ein gemeinsames Internierungslager nützlich sein kann, in dem auch viele belastete Juristen saßen, die später ebenfalls wieder als Anwälte praktizieren durften.⁸⁶

Interessant auch der Persilschein von Gustav Grebe, der schrieb: „Auf Wunsch bestätige ich Ihnen, dass Sie als Schularzt in der Sterilisationsabteilung beim Gesundheitsamt Hamburg, bei der ich seiner Zeit tätig war, als Gutachter herangezogen waren. Ich erinnere mich, dass Sie schon nach kurzer Zeit heftige Auseinandersetzungen mit dem damaligen Präsidenten Dr. Peters hatten. Die Schulärzte wurden danach nicht mehr zur Gutachtertätigkeit herangezogen.“⁸⁷

An Sterilisationen war Haselmayer also auch beteiligt, nicht verwunderlich nach seiner Doktorarbeit. Und seine Begabung, nach kürzester Zeit mit allen Menschen in heftigste Auseinandersetzungen zu geraten, sollte hier zum entlastenden Beleg werden. Taurige Verfahren, die die ganze Kläglichkeit der Entnazifizierung belegen.

1953 machte Heinrich Haselmayer noch einmal öffentlich auf sich aufmerksam. Im SPIEGEL vom 21.1.1953 liest es sich so:

„Der praktische Arzt und Geburtshelfer Dr. med. Heinrich Haselmayer, 46, war gerade beim Abendessen, als es am Mittwoch vergangener Woche gegen 22.20 Uhr an seiner Wohnungstür in der Hamburger-Bergedorfer Chrysantherstraße 32 langanhaltend klingelte. Dr. Haselmayer wurde nicht mehr satt. Dem Hausmädchen, das die Tür öffnete, erklärten zwei Zivilisten, sie seien ‚alte Bekannte des

rich Haselmayer nicht. 1930 war er Organisationsleiter des NS-Studentenbundes in Hamburg geworden und hatte im gleichen Jahr mit einer Arbeit über Fragen der Sterilisation promoviert. Nach dem Kriege saß er bis 1947 in Internierungslagern und wurde schließlich in Gruppe V eingestuft. Seit dieser Zeit führte er in Bergedorf wieder eine Praxis.

Aber da waren andere, die schon mehr braunes Profil gehabt hatten, z. B. der ehemalige Geschäftsführende Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Dr. Werner Naumann. Er erlebte das Kriegsende im Führerbunker in Berlin, setzte sich dann nach Süddeutschland ab und fand sich schließlich in Düsseldorf-Büderich wieder in der Wohnung des ehemaligen deutschen Propagandaoffiziers Herbert Lucht, der dort mit seiner belgischen Gattin eine Ex-

Stellungen vermitteln wollte. Der Kreis war weder geschlossen noch ein Kreis im geometrischen Sinne dessen Punkte — sprich Mitglieder — vom Mittelpunkt gleich weit entfernt waren. Die meisten der etwa hundert Gesinnungstreue waren nur durch gelegentliche Besuche und Korrespondenzen verbunden.

Es war für Bundesverfassungsschutzchef Otto John daher nicht allzu schwierig, durch V-Männer gute Nachrichten aus dieser Gemeinde zu ziehen. Zeitweilig hatte er bis zu einem halben Dutzend Agenten im Naumann-Kreis sitzen. Nie hatten sie etwas beobachtet, was Anlaß zum Eingreifen hätte geben können.

Selbst in London hatten sich Korrespondenten gefragt, wieso der Bundesrepublik gerade im kritischsten Stadium der Westverträge demonstriert wurde, wie schnell

schaffen.

- Die Verschwörer planten, diese Politik auf die Wiedervereinigung Deutschlands und Schaffung einer starken Nationalarmee zu richten.
- Die Verschwörer wollten vor und nach der Wiedervereinigung die Ost-West-Gegensätze ausnutzen, um Deutschlands vereorene Machtpositionen in Europa wiederzugewinnen.
- Von der westdeutschen Industrie erhielten sie laufend große Geldmittel zur Durchführung ihres Programms.

Nun ist es von Nutzen, sich den welt-politischen Hintergrund zu dieser belgischen Nachricht gegenüber zu machen:

- In Frankreich läuft der Courdour-Prozess. Die französische Presse berichtet ausführlich über die Schandtaten und Verbrechen der Deutschen.
- In Holland wartet man immer noch darauf, daß Deutschland die sieben aus dem Zuchthaus Breda geflohenen kriegsverurteilten Holländer ausliefert. Der holländische Botschafter in Bonn drückte offiziell sein Erstaunen über die laische Sucharbeit der deutschen Polizei aus.
- In Norwegen wartet man auf die Auslieferung zweier geflohenen Kriegsverurteilter durch die Bundesrepublik.
- In England berichtet Lord Norwich, der ehemalige Duff Cooper, im Oberhaus und in Zeitungsartikeln: „Die Deutschen sind jetzt aggressiver, als sie jemals waren. Es gibt Leute die glauben, man könnte die Deutschen zur Bekämpfung der Sowjetunion benutzen. Deutschland hat aber kein Interesse daran, gegen die Sowjets zu kämpfen, weil es nichts gewinnen kann als unfruchtbares Ackerland im Nordosten Europas.“ Und: „Jeder Tag bringt neue Beispiele dafür, wie der Wind weht.“
- In den USA dagegen schickt sich die neue Regierung Eisenhower an, nichts unversucht zu lassen, doch noch deutsche Kontinente unter die Waffen zu bekommen. Die einflußreiche Zeitschrift „US News and World Report“ hatte gerade ausdrücklich festgestellt, daß es ein Come back der Nazis nicht zu denken sei. „Der Hitler-Mythos scheint hier (in Deutschland) tot zu sein.“



Zwecks näherer Untersuchung abgeholt: Naumann, Haselmayer, Kaufmann

und Import-Firma Cominbel hatte. Lucht starb 1951.

Als der SPIEGEL am 21. Januar 1951 über das Schicksal von Goebbels' Tagebuchaufzeichnungen berichtete, erwähnte er auch den Namen Naumanns. Die Haselmayers erfuhren so, daß auch Naumann noch einmal davongekommen war und trafen mit ihm in Verbindung.

Dann holten die Engländer noch den ehemaligen Reichsstudentenführer Dr. Gustav Adolf Scheel aus seinem Zimmerchen

„Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte“ gefährdet sein können. Denn die Sicherheit der alliierten Streitkräfte haben sich die Alliierten auch noch im Generalvertrag selbst vorbehalten. So drängte sich bald der Eindruck auf, die nächtliche Aktion müsse andere Gründe als die angegebenen haben; zumal ein Sprecher des Foreign Office in London erzählte, welche hohe britische Persönlichkeiten mit der Angelegenheit befaßt worden waren. Sir Ivone Kirkpatrick sei schon vor einiger Zeit nach London gezogen, um

Aus dem SPIEGEL-Artikel vom 21.1.1953

Doktors' und hätten ihn gern gesprochen. Dem inzwischen vom ersten Stock des Einfamilienhauses herbeigeeilten Dr. Haselmayer erklärten die ‚alten Bekannten‘ jedoch, sie seien Beamte der britischen Militärregierung, hätten einen Haftbefehl gegen ihn und müßten das Haus durchsuchen.

Einer der beiden Zivilisten drehte sich daraufhin dem im Dunkel liegenden Garten zu und hob die Hand. Im Laufschrift näherten sich 15 mit Maschinenpistolen bewaffnete Militärpolizisten. Gemesseneren Schrittes folgten ihnen ein blau-uniformierter Offizier der Public Safety und ein Dolmetscher, ebenfalls Engländer. Insgesamt 18 Personen betreten das Haus und verteilen sich auf die einzelnen Räume. Um das Haus herum standen weitere zwölf bewaffnete Militärpolizisten. Mit zwei Personen- und einem Lastkraftwagen waren die Briten in der Chrysantherstraße angerückt.

In der Wohnung des Dr. Heinrich Haselmayer befanden sich außer ihm um diese Zeit noch das Hausmädchen und die vier Kinder des Arztes im Alter von 4, 9, 12 und 15 Jahren. Sie wurden von zwei Militärpolizisten geweckt, in ein Nebenzim-

mer verfrachtet und dort von einem Engländer bewacht. Ihnen wurde auferlegt, sich ruhig zu verhalten. Die häufigen Bedürfnisse der vierjährigen Christiane durften nur unter militärpolizeilicher Aufsicht verrichtet werden. Sobald sich die Kinder im Zimmer lauter unterhielten, als es dem wacheschiebenden Militärpolizisten recht war, rief er zur Ruhe.

Die Frau des Dr. Haselmayer platzte unvorbereitet in das Durcheinander hinein, als sie gegen 24 Uhr nach Hause kam. ‚Ich dachte an einen Verkehrsunfall, als ich die vielen Menschen sah; daß es Uniformierte waren, habe ich zunächst gar nicht bemerkt‘, erinnert sich Frau Haselmayer. Sie wurde schnell aufgeklärt. Als sie ihren Mann sprechen wollte, wurde ihr dies verweigert. Auch die Kinder durfte sie nicht sprechen. Die Kleinen warteten noch immer, nur im Nachthemd bekleidet, in dem ungeheizten Zimmer auf eine Erklärung über das ungewöhnliche Treiben der Briten, die auch auf die im Schulenglisch vorgetragenen Anknüpfungsversuche des ältesten der vier Kinder nicht reagierten.

Erst auf energische Vorstellung der Frau Haselmayer, daß es unverantwortlich sei, die Kinder so lange wach zu halten, noch dazu in einem ungeheizten Raum – ‚meine Kinder müssen früh in die Schule‘ – wurde ihnen gestattet, ihr Schlafzimmer wieder aufzusuchen. Sie fanden die Betten nicht mehr so vor, wie sie sie verlassen hatten. Es war kurz vor 1 Uhr, und die britische Aktion war beendet.

Über das, was von 22.20 Uhr bis 1 Uhr geschehen war, berichtet Frau Haselmayer: ‚Sämtliche vier Praxisräume und die Küche im Erdgeschoß sowie die vier Wohn- und das Badezimmer im oberen Geschoß wurden während der zweieinhalbstündigen Haussuchung auf den Kopf gestellt. Während zwei Militärpolizisten die Bettbezüge von jedem der vier Kinderbetten abgezogen, selbst die Kopfkissenbezüge entfernten und die Matratzen umdrehten, beschäftigten sich andere Engländer damit, die 750 Bände starke Bibliothek meines Mannes aufzulösen. Jedes Buch wurde herausgenommen, durchgeblättert und auf den Fußboden gelegt. Im Kühlschrank und im Büfett wurde jede Tasse und jeder Teller hochgenommen. Kein Schubfach in keinem Schrank blieb unberührt. Ich fragte mehrmals: ‚Was suchen Sie eigentlich, darf ich Ihnen behilflich sein?‘, erhielt aber keine Antwort. Jede Anzug- oder Kleidertasche wurde umgedreht, und die Wäschestapel wurden einzeln abgenommen. Auch der WC-Wasserkasten blieb nicht verschont, und aus meiner Kommode holten die Engländer meine Schulzeugnisse und meine Kinderbriefe hervor, um sie genauestens durchzulesen.‘

‚Als einer der englischen Zivilisten in einem Telefonbuch dann entdeckte, daß verschiedene Nummern angestrichen waren, wurden sämtliche anderen Telefonverzeichnisse eingesammelt. Mein Mann hatte die Angewohnheit, Rufnummern, wie den Krankentransport etwa, im Verzeichnis anzustreichen, damit er die

fragliche Nummer schnell wiederfand. Aus den Photoalben wurden die Bilder herausgenommen.'

„Erst kurz vor Beendigung der Suchaktion durfte ich meinen Mann sprechen, unter Aufsicht von vier Engländern. Er hat mir in Anwesenheit der Bewacher schnell die wichtigsten Dinge, die ich nun zu erledigen hätte, diktiert. Ein Offizier erklärte mir dann, ich solle Marschverpflegung für meinen Mann für acht Stunden, zwei Anzüge, Wäsche und Rasierzeug einpacken. Ich hatte kein Brot im Haus. Der Offizier sagte darauf: ‚Na, es geht auch so.‘ Auf alle Fragen, warum man meinen Mann abführt, bekam ich keine Antwort. Nicht einmal vorgestellt haben sich die Engländer.'

Bis in die Morgenstunden hatte Frau Haselmayer dann zu tun, um die Wohnung wieder aufzuräumen. Nur die Bücher hatten die Engländer wieder in die Regale gestellt. Bis auf die Telephonbücher wurde nichts mitgenommen und nicht gefunden.

Erst durch die Mittagszeitung am Donnerstag erfuhr Frau Haselmayer, was es mit dem nächtlichen Besuch für eine Bewandnis gehabt hatte:

Zum ersten Mal seit Kriegsende war im Foreign Office in London morgens früh kurz nach 7 Uhr eine Pressekonferenz abgehalten worden. Der Chef der Presseabteilung, Mr. Ridsdale, der sonst nur selten bei solchen Gelegenheiten erschien, verteilte persönlich das Kommuniké über die Vorgänge in der britischen Zone Deutschlands während der noch kaum abgelaufenen Nacht, denen auch der praktische Arzt und Geburtshelfer Haselmayer in Hamburg-Bergedorf zum Opfer gefallen war:

„Es ist den britischen Behörden seit einiger Zeit bekannt, daß eine Gruppe ehemaliger führender Nazis sich mit Plänen zur Wiederergreifung der Macht in Westdeutschland befaßt ... Im Einklang mit den ihnen nach dem revidierten Besatzungsstatut vorbehaltenen Befugnissen hat der britische Hohe Kommissar entschieden, daß die Tätigkeit dieser Gruppe näher zu untersuchen ist. Auf seine Anweisung sind die Rädelsführer verhaftet und zwecks Untersuchung in Gewahrsam genommen worden.'

Und dann folgten die Namen von sechs ehemaligen Mitgliedern der NSDAP.

An jenem Mittwochabend, an dem Dr. Heinrich Haselmayer verhaftet wurde, war Konrad Adenauer von seinen Koalitionsfreunden der Deutschen Partei in die DP-Fraktionsräume im Bonner Bundeshaus eingeladen gewesen. Die DP-Abgeordneten hatten mit ihrem Kanzler eine ausführliche Unterhaltung über das neue Wahlrecht und über die Ratifizierungspraxis des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft erhofft.“⁸⁸

Was hier harmlos als Homestory unter der Überschrift „Naziverschwörung“ auftauchte, war einer der ersten großen Nachkriegsdeutschland-Skandale. Eine Schar ehemals führender Nazis war von der britischen Besatzungsmacht in der Nacht zum 15.1.1953 verhaftet worden, weil sie seit einiger Zeit dabei beobachtet

worden waren, sich in Westdeutschland zu sammeln, um Pläne „zur Wiederergreifung der Macht zu schmieden“.⁸⁹

Dabei gab es konkrete Hinweise insbesondere über die Unterwanderung der FDP, namentlich in Nordrhein-Westfalen. Die Gruppe, nach dem ehemaligen Staatssekretär des NS-Propagandaministeriums, Werner Naumann, benannt, der in Hitlers Testament als Goebbels-Nachfolger bestimmt worden war, der „Naumann-Kreis“ oder auch „Gauleiter-Kreis“ genannt, weil dazu neben Karl Kaufmann, Hamburgs Gauleiter, auch einige andere ehemalige NSDAP-Gauleiter gehörten, wie etwa Gustav Adolf Scheel, der ehemalige NS-Reichsstudentenführer und spätere Gauleiter von Salzburg, der sich nach dem Krieg auch als Arzt in Hamburg betätigte oder Hans Fritzsche, einst Starkommentator des NS-Rundfunks⁹⁰ und eben auch Heinrich Haselmayer, der niemals seine NS-Kontakte aufgegeben hatte, insbesondere nicht die zu dem mächtigen Hamburger Gauleiter Kaufmann.

Die in Hamburg und Düsseldorf Verhafteten wurden in das britische Militärgefängnis nach Werl gebracht und das tonnenweise beschlagnahmte Aktenmaterial nach Wahnerheide, dem Sitz der britischen Hohen Kommission.⁹¹

Werner Naumann war übrigens erst nach dem Amnestiegesetz Anfang 1950 aus der Illegalität aufgetaucht, nachdem er vorher unter falschem Namen in Deutschland verborgen gelebt und ein Netzwerk aufgebaut hatte.

Bundeskanzler Konrad Adenauer wurde über den Inhalt des lastwagenweise beschlagnahmten Materials informiert und war über die Sprengkraft der Papiere und Information sehr besorgt. 30 Kisten Beweismaterial waren zusammengestellt worden.⁹²

Naumann hatte 1951/52 viele Vorträge deutschlandweit gehalten. In Hamburg u. a. am 18.11.1952. Die Einladung dazu ging von Gustav Adolf Scheel und Heinrich Haselmayer aus, geladen war eine größere Anzahl von mit Scheel und Haselmayer befreundeten und bekannten Ärzten, genannt wurden u. a. die Namen Berg und Kunstmann.⁹³

Am 20.3.1953 begannen Vernehmungen der Verhafteten durch deutsche Staatsanwälte, am 28.3.1953 beantragte der Oberbundesanwalt Haftbefehl gegen Naumann, Haselmayer und die anderen Inhaftierten.⁹⁴



Gustav Adolf Scheel



Werner Naumann in
SS-Uniform

Das Verfahren zielte ab auf Bildung einer „verfassungsfeindlichen Vereinigung“ und „Geheimbündelei“ (§ 90a und § 128 Strafgesetzbuch). „Die beiden in Hamburg und Düsseldorf gegründeten ‚Kreise‘ hatten sich nach Auffassung der ermittelnden Staatsanwälte die ‚Erhaltung und Fortbildung des nationalsozialistischen Gedankengutes‘ zum Ziel gemacht“ und versucht, „in politischen Parteien und anderen Organisationen durch ‚Unterwanderung‘ Einfluß zu gewinnen und damit die Wiedereinrichtung einer nationalsozialistischen Herrschaft vorzubereiten“, wurde im Antrag des Oberstaatsanwaltes festgestellt.⁹⁵

Nachdem der Untersuchungsrichter am Bundesgerichtshof diesen Anträgen entsprochen hatte, wurden die Beschuldigten Anfang April 1953 von Werl nach Karlsruhe verlegt. Dort ließ man sich fortan viel Zeit.⁹⁶

Anfang Juni erfuhr Adenauer, dass man im Bundesamt für Verfassungsschutz das Beweismaterial für „unzureichend“ hielt. Ende Juni wurde Naumann bei einem Haftprüfungstermin des Bundesgerichtshofes auf freien Fuß gesetzt. Zwei Monate vorher waren andere der Inhaftierten der „Naumann-Gruppe“ bereits freigelassen worden, Heinrich Haselmayer und Karl Scharping bereits am 8.4.1953.⁹⁷

Die Unterwanderung der FDP war erfolgreich gewesen, durch die Verhaftung der „Naumann-Gruppe“ und die publizistischen Reaktionen gelang bei den Bundestagswahlen am 6.9.1953 keiner rechten Sammlungspartei ein Erfolg, wiewohl es einer Reihe von ehemaligen Nazis und SS-Männern gelang, über die FDP bundesweit Karriere zu machen, übrigens auch in der SPIEGEL-Redaktion.⁹⁸

Die Verhafteten mussten also nach einiger Zeit wieder freigelassen werden. Für die Adenauer-Regierung war eine prekäre Situation entstanden, da die Verträge mit den West-Alliierten auf dem Spiel standen. Zur selben Zeit wurde eine Allensbach-Umfrage bekannt, nach der 44 Prozent der Deutschen der Meinung waren, dass am Nationalsozialismus auch eine Menge Gutes gewesen sei.

Für Haselmayer bestanden übrigens lebenslange Freundschaften und „interfamiliäre Beziehungen“ zu Werner Naumann und auch zu Gustav Scheel.⁹⁹

Heinrich Haselmayer sollte noch ein weiteres Mal auffallen. Zeit seines Lebens eine schillernde, extrovertierte Person, kam er erneut mit dem Gesetz in Konflikt.

In der Nacht vom 30. auf den 31.1.1959 wurde Heinrich Haselmayer zu einer Krebspatientin gerufen, bei der die Hilfe eines praktischen Arztes nicht mehr wirken konnte. Sie starb am nächsten Tag.

Haselmayer verließ das Krankenbett um 1 Uhr nachts. In der Hoffnung, noch Bekannte zu treffen, fuhr er zum Bergedorfer Lokal „Zur Sonne“, in dem er Stammgast war. Dort traf er drei Bekannte, unter anderem den Chefredakteur der „Bergedorfer Zeitung“.

Nach eigenen Angaben trank Haselmayer zwei Gläser Wodka. Anschließend

fuhr die Gruppe zu den Barke-Weinstuben, wo Haselmayer, wieder nach Selbsteinschätzung sechs bis sieben Flaschen Salvator-Bier und mehrere Schnäpse trank.

Gegen 6 Uhr morgens verließ das Trio das Lokal und Haselmayer chauffierte in seinem Wagen den Chefredakteur nach Hause. Auf der Rückfahrt in der vereisten Justus-Brinckmann-Straße kam Haselmayer mit seinem Wagen ins Rutschen und setzte seinen BMW gegen einen Baum. Er sprach einen vorbeikommenden Passanten an, den er bat, eine Abschleppfirma zu rufen, dann schief er hinter dem Steuer sitzend ein.

Als eine Polizeistreife der Wache 61 vorbeikam, Haselmayer weckte und ihn aufforderte, den Wagen zu verlassen, weigerte er sich und hielt sich am Lenkrad fest. Von zwei Polizisten herausgezogen, setzte er sich auf den Boden und musste von den Polizisten zum Peterwagen getragen werden. Auf der Wache randalierte er, verweigerte die Entnahme einer Blutprobe durch einen herbeigerufenen Arzt, „den er nicht kannte“. Drei Polizisten mussten ihn festhalten, damit Blut abgenommen werden konnte.

In der Schrift des Oberstaatsanwaltes beim Landgericht Hamburg vom 2.4.1959 wurde Haselmayer angeklagt, dass er „infolge körperlicher und geistiger Mängel (Blutalkoholgehalt 2,1 Promille) sich nicht sicher im Verkehr bewegen“ konnte und Widerstand gegen die „rechtmäßig ausgeübte“ Staatsgewalt geleistet habe.

Am 15.5.1959 wurde Haselmayer vom Amtsgericht Bergedorf wegen Trunkenheit am Steuer zu drei Wochen Haft verurteilt und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 300 DM Geldstrafe. Die Haftstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Ein von der Hamburger Ärztekammer berufsgerichtlich geführtes Verfahren folgte Ende des Jahres 1959. Haselmayer erhielt dabei einen Verweis.¹⁰⁰

Für sich genommen war dieser Vorfall sicher nicht überzubewerten, warf aber noch einmal ein besonderes Licht auf eine der schillerndsten Figuren der Geschichte nationalsozialistischer Herrenmenschen in Hamburg. Ausgerechnet Heinrich Haselmayer, dessen Biografie an zwei Stellen infolge exzessiven Alkoholgenusses entscheidend Schaden nahm: Wie hatte Haselmayer die „Erbuntüchtigen“, „Minderwertigen“, „Schwachsinnigen“ charakterisiert? „Diese Menschen verfallen aufgrund ihrer Haltlosigkeit leichter der Verführung, verbreiten ansteckende Geschlechtskrankheiten mit allen ihren üblen Folgen, erliegen dem Alkohol und seinen Schäden, werden zu Verbrechern, Dirnen, gemeingefährlichen Naturen, kurzum, sie bedrohen die Sicherheit der sozialen Totalität.“¹⁰¹

Heinrich Haselmayer starb am 21.1.1978 in Würzburg.

Anmerkungen

- 1 Personalakte Haselmayer, StA HH, 361-3_A 1149. Angaben nach dem von Haselmayer ausgefüllten „Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“.
- 2 Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Koblenz 2013, S. 230.
- 3 Entnazifizierungsakte Haselmayers, StA HH, 221-11_59466 KAT.
- 4 Siehe: www.evangelischer-widerstand.de, Otto Baumgarten (1858-1934). Siehe auch Carsten Misch/Christoph Cornelißen, in: Julius H. Schoeps/Werner Tress (Hrsg.): Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933, Hildesheim 2008, S. 530f.
- 5 Siehe: Hasko von Bassi: Otto Baumgarten, Ein „moderner Theologe“ im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Frankfurt/M., Bern, New York, Paris, 1988.
- 6 Alle Angaben nach: StA HH, 364-5 Universität I_Di. H. 01.
- 7 Siehe: „Hamburger Nachrichten“ v. 20. November 1930; „Vossische Zeitung“ v. 2. Februar 1931; siehe auch „Hamburger Nachrichten“ Nr. 49 v. 27. Febr. 1931.
- 8 StA HH, 364-5 Universität I_Di. H. 01.
- 9 Siehe Michael Grüttner: „Ein stetes Sorgenkind für Partei und Staat“. Die Studentenschaft 1930 bis 1945, in: Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer (Hrsg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“, Die Hamburger Universität, Berlin, Hamburg 1991, S. 204ff.
- 10 Zur Studentenhilfe und dem Studentenhaus siehe auch: Hermann Hipp: Das Haus der Studentenhilfe, Neue Rabenstraße 13 in Hamburg Rotherbaum, in: Krause, Huber, Fischer, a. a. O., S. 307ff.
- 11 Bericht von F. Böhler vom 10.5.1931 in StA HH, 364-5 Universität I_Di. H. 01.
- 12 Alle Dokumente ebenda.
- 13 Siehe „Hamburger Tageblatt“ vom 7.6.1931; „Hamburger Tageblatt“ vom 12.6.1931 und „Hamburger Anzeiger“ vom 8.6.1931.
- 14 Auszug aus dem Protokoll des Universitätssenats vom 19.6.1931 in StA HH, 364-5 Universität I_Di. H. 01.
- 15 „Hamburger Nachrichten“ vom 29.6.1935: „Prof. Ludolph Brauer 70 Jahre alt“.
- 16 Zitiert nach: „Das Versagen der Universität im Dritten Reich“, www.uni-hamburg.de/wandlungsprozesse.
- 17 Ludolph Brauer, am 1.7.1865 auf dem Rittergut Hohenhaus, Landkreis Thorn geboren, war jenseits der Hochschulpolitik ein renommierter Mediziner. Er gilt als einer der Wegbereiter der deutschen Luftfahrtmedizin und als Entwickler der Überdrucknarkose und der Tuberkulosebekämpfung. Er starb am 25.11.1951. Vgl. Ludolph Brauer in Wikipedia und Hendrik van dem Bussche (Hg.): Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“, Hamburg 1989.
- 18 William Stern, geboren als Wilhelm Louis Stern am 29.4.1871 in Berlin, war ein bedeutender deutscher Psychologe, Begründer der Differenziellen Psychologie. Ab 1897 lehrte Stern Psychologie an der Universität Breslau. 1916 wurde der international renommierte Wissenschaftler nach Hamburg auf einen Lehrstuhl für Philosophie und Psychologie berufen. Bei zahllosen Hamburger Lehrern war William Stern Mitglied der Prüfungskommission, häufig zusammen mit dem Erziehungswissenschaftler Gustaf Deuchler, der 1933 fanatischer Nationalsozialist wurde. Nach seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten aufgrund seiner jüdischen Herkunft 1933 emigrierte Stern und lehrte bis zu seinem Tod am 27.3.1938 in Durham, North Carolina an der dortigen Duke University. Siehe auch: Martin Tschechne: William Stern, Hamburg 2010.
- 19 Ernst Cassirer, geb. am 28.7.1874 in Breslau war, ein international renommierter deutscher Philosoph, der seit 1919 als Philosophieprofessor an der Universität Hamburg lehrte. 1929 war er für ein Jahr Rektor der Universität Hamburg und in der akademischen Selbstverwaltung aktiv. 1933 wurde ihm als Juden der Lehrstuhl entzogen, Cassirer emigrierte, erst nach Schweden, später in die USA, wo er an der Columbia-Universität in New York lehrte. Cassirer starb am 13.4.1945.
- 20 Erwin Panofsky, geb. 30.3.1892 in Hannover, war der dritte renommierte Professor, mit dem der NS-Studentenführer Haselmayer in seiner kurzen Aktivitätsphase zu tun bekam. Panofsky, ebenfalls Jude, war einer der bedeutendsten Kunsthistoriker des 20. Jahrhunderts. Seit 1927 war er ordentlicher Professor an der Universität Hamburg. Nach seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten emigrierte auch er 1933 in die USA und lehrte in New York, zuletzt in Princeton, wo er am 14.3.1968 starb.
- 21 Die Arbeit ist einzusehen u. a. in der Staatsbibliothek Hamburg.
- 22 Sofern nicht anders zitiert, siehe StA HH, 252- 10_245.
- 23 Siehe Wikipedia und van dem Bussche, a. a. O., S. 82ff.

- 24 van dem Bussche, a. a. O., S. 58ff.
- 25 Ebd., S. 58.
- 26 van dem Bussche, a. a. O., S. 59.
- 27 Zitiert nach van dem Bussche, a. a. O., S. 240f.
- 28 „Hamburger Tageblatt“ vom 25.1.1939.
- 29 Heinrich Haselmayer: Ein Beitrag zur Sterilisation Schwachsinniger, Inaugural-Dissertation, Hamburg Okt.1932, S. 4.
- 30 Haselmayer-Dissertation, a. a. O., S. 5.
- 31 Haselmayer-Dissertation, a. a. O., S. 10.
- 32 Ebd.
- 33 Haselmayer-Dissertation, a. a. O., S. 12.
- 34 Haselmayer-Dissertation, a. a. O., S. 13.
- 35 Haselmayer-Dissertation, a. a. O., S. 18.
- 36 Entnazifizierungsakte Haselmayer, a. a. O.
- 37 Personalakte Haselmayer, a. a. O.
- 38 Zu Kurt Adams siehe John Hopp: Kurt Adams, „Hiermit fängt unser Ende an“, in: Ursel Hochmuth/ Hans-Peter de Lorent (Hrsg.): Hamburg- Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 152ff.
- 39 Zitiert nach und Literaturhinweise dazu in Wikipedia: Kampfbund für deutsche Kultur.
- 40 Heinrich Haselmayer: Aufbau, Aufgabe und Bedeutung der Volkshochschule, StA HH, 365- 5_V I a 17.
- 41 Bericht von der Tagung in: HLZ 36/37- 1933, S. 498.
- 42 StA HH, 363- 5_VI a1.
- 43 „Hamburger Tageblatt“ vom 17.9.1934. Siehe auch Biografie Walter Behne in diesem Buch.
- 44 StA HH, 363- 5_VI a1.
- 45 Tagebuch Carl Vincent Krogmann 1933 in: StA HH, 622-1153_C 15 Bd I 1933, S. 2.
- 46 Tagebuch Carl Vincent Krogmann 1933, a. a. O., S. 3.
- 47 Tagebuch Carl Vincent Krogmann 1933, a. a. O., S. 6ff.
- 48 Tagebuch Carl Vincent Krogmann 1933, a. a. O., S. 11.
- 49 Personalakte Haselmayer, a. a. O.
- 50 Ebd.
- 51 Das gesamte Schreiben ebd.
- 52 Die gesamte Korrespondenz in der Personalakte Haselmayers, a. a. O.
- 53 StA HH, 622- 1/153_C15 Bd III.
- 54 Siehe StA HH, 131-15_C 0243 und 131-10I,1934_Ja II a80.
- 55 Siehe Marlis Roß: Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder 1935. Die Patriotische Gesellschaft im Nationalsozialismus, Hamburg 2007, S. 51; auch digital einsehbar.
- 56 Marlis Roß, a. a. O., S. 52. Das Protokoll findet sich in: StA HH, 622-1, Akte Nirrnheim.
- 57 Siehe Biografie Puttfarken in diesem Buch.
- 58 Der gesamte Vorgang ist dokumentiert in: StA HH, 363-5_V I a 10.
- 59 Ebd.
- 60 Die gesamte Korrespondenz in: StA HH, 363-5_V I a 10.
- 61 Schreiben vom 21.1.1935, ebd.
- 62 Schreiben vom 14.2.1935, ebd.
- 63 Ebd., wie auch alle vorher zitierten Aussagen.
- 64 Dieses und die weiteren Dokumente in Personalakte Haselmayer, a. a. O.
- 65 Bundesarchiv, Berlin Document Center, NSDAP OPG, Haselmayer, Heinrich.
- 66 Bericht Max Gerisch, ebd.
- 67 Ebd. Wenn nicht anders angegeben, auch die weiteren Zitate aus diesem Bericht.

- 68 Bericht des Deutschen Generalkonsulats vom 5.5.1936, ebd.
- 69 Ebd.
- 70 Hartmut von Hentig: Mein Leben, München 2007, S. 58.
- 71 Alle weiteren Zitate aus dem Bericht Gerisch, a. a. O., S. 8.
- 72 Alle auch weiter zitierten Dokumente in der Akte des Obersten Parteigerichts der NSDAP, BArch, a. a. O.
- 73 Ebd.
- 74 Ebd. Zu Bohle siehe auch: Frank-Rutger Hausmann: Ernst-Wilhelm Bohle. Gauleiter im Dienst von Partei und Staat, Berlin 2009.
- 75 StA HH, 213-11_4555/37 Zeberer.
- 76 Akte OPG, BArch, a. a. O.
- 77 Ebd.
- 78 Ebd.
- 79 Ebd.
- 80 Werner Otto von Hentig: Mein Leben – eine Dienstreise, Göttingen 1962, S. 313.
- 81 Alles, wenn nicht anders angegeben, in Haselmayers Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 82 Alle Dokumente ebd.
- 83 Ebd.
- 84 Ebd.
- 85 Ebd.
- 86 Ebd.
- 87 Grebe am 8.7.1949, ebd.
- 88 SPIEGEL Nr. 4/1953 v. 21.1.1953, S. 5.
- 89 Siehe Zeitonline 23, 2003 oder „Junge Welt“ vom 31.12.2010.
- 90 Die Liste mit den Angehörigen des Naumann-Kreises ist abgedruckt in: Wikipedia, Stichwort „Naumann-Kreis“.
- 91 Siehe auch die ausführliche Darstellung in: Norbert Frei: Vergangenheitspolitik, Mannheim 1997. Besonders das Kapitel: Die Naumann-Affäre und die Rolle der Alliierten (1953), S. 361 ff.
- 92 Ebd. S. 37.
- 93 Günter J. Trittel: „Man kann ein Ideal nicht verraten ...“. Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013, S. 123.
- 94 Alles nach Frei, a. a. O. wiedergegeben.
- 95 Zitiert nach Frei, a. a. O., S. 384.
- 96 Ebd.
- 97 Siehe Trittel, a. a. O., S. 216.
- 98 Nach Frei, a. a. O., S. 388f.
- 99 Trittel, a. a. O., S. 24.
- 100 Alle Dokumente befinden sich in: StA HH, 352-6 Gesundheitsbehörde_2126 (belastete Ärzte, Unterakte Haselmayer)
- 101 Dissertation Haselmayer, a. a. O., S. 12.

Werner Fuss

Ralph Giordanos Albtraum – die „Speckrolle“

Werner Fuss (mitunter auch „Fuß“ geschrieben) war jener Lehrer, der in Ralph Giordanos autobiographischem Roman „Die Bertinis“ der Romanfigur „die Speckrolle“ zugrunde liegt, der Lateinlehrer am Johanneum, der den halb-jüdischen Schüler Roman Bertini zur Verzweiflung bringt, die 1938 in einen Selbstmordversuch mündet. Welche reale Person und welche Geschichte standen hinter der Romanfigur „Speckrolle“?

Ralph Giordano scheiterte zweimal hintereinander an seinem Lehrer Dr. Werner Fuss, an dessen Diskriminierung und Benotung, sodass er ohne Abitur vom Johanneum abgehen musste. Später zählte er die „Speckrolle“ ebenso wie Schulleiter Werner Puttfarcken (im Roman: „Pottferk“) zu den schlimmsten Nazis:

„Werner Puttfarcken war so, wie ich ihn in den ‚Bertinis‘ schildere – ein strammer PG, genannt unter den Schülern ‚Tendenzbrocken‘, was seine Hinneigung zur Partei und zum Nationalsozialismus charakterisieren sollte. Unvergessen sein Aufmarsch vor versammelter Schülerschaft auf dem Innenhof am Montagmorgen, das Hissen der Flagge durch den Turnlehrer ganz oben, und dann ‚Deutschland, Deutschland über alles ...‘ und ‚Die Fahne hoch ...‘. Beliebt war er jedenfalls nicht.

Wann immer ich Werner Puttfarcken über den Weg lief, gab es von seiner Seite irgendwelche gehässigen Bemerkungen, nicht direkt antisemitisch, aber immer entwürdigend. Natürlich wußte er genau, wie die ‚Speckrolle‘, Dr. Werner Fuß, mich behandelte, bis zu meinem Selbstmordversuch im November 1938. Möglich, daß es schlimmere Nazis als ihn gegeben hat, z. B. die ‚Speckrolle‘ – aber Werner Puttfarcken war schlimm genug.“¹

Nach 1945, im Entnazifizierungsverfahren, versuchte Werner Fuss Leumundszeugen zu finden, die ihn entlasteten. Er bat unter anderen den Lehrerkollegen am Johanneum, Willi Thede, um eine Stellungnahme. Thede, der in den Entnazifizierungsausschüssen für die höheren Schulen saß, schrieb über Werner Fuss am 10. Juli 1946: „Ich lernte Dr. Fuss nach seiner Versetzung an das Johanneum 1934 näher kennen. Er betonte seine nationalsozialistische und militärische Einstellung in einer so aufdringlichen Art und Weise, dass die Kollegen (darunter viele Parteigenossen) von seinen politischen Phrasen teils belustigt, teils angewidert waren. Er suchte jede Gelegenheit zur Propaganda mit den Redensarten, die man ihm in einem so ge-

nannten politischen Seminar beigebracht hatte. Während die Kollegen sich gegen seine Art der Nazipropaganda wehren konnten, mussten die Schüler widerstandslos die Qual solcher Beeinflussung erdulden.

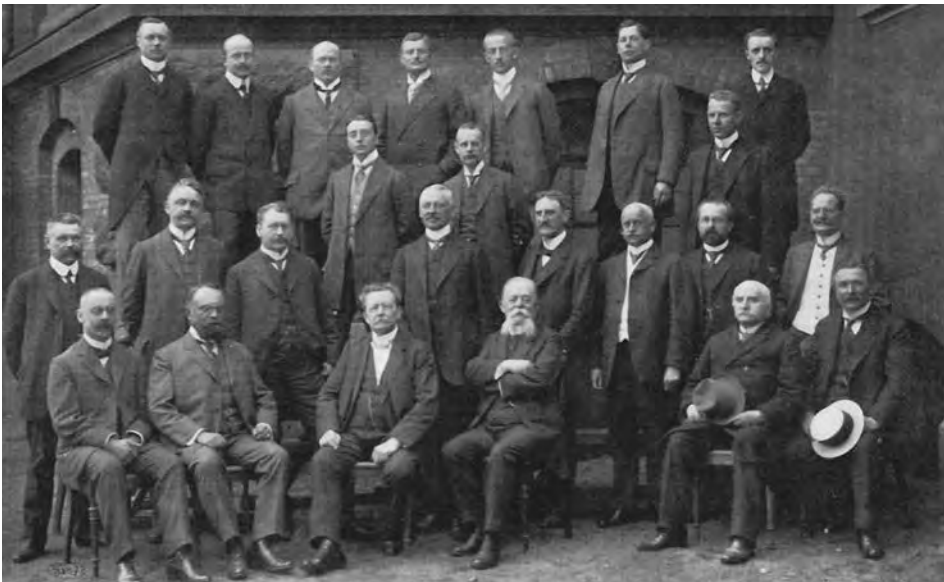
Der Unterzeichnete hat oft die Klagen der Schüler anhören müssen. Dr. Fuss lehrte die Unfehlbarkeit des Führers und hieß die Scheußlichkeiten des Systems als politische Notwendigkeit gut. Er propagierte die Welteroberungspläne und den damit verbundenen Militarismus. Er lehrte den Rassenhass. Da er selbst eingebildet und überheblich ist, fiel die Lehre von der germanischen Herrenrasse bei ihm auf besonders fruchtbaren Boden. Schüler jüdischer Abstammung wurden schlecht behandelt, z. B. die Brüder Giordano.

Es entspricht nicht der Tatsache, wenn Dr. Fuss behauptet, er habe aus politischen Gründen am Johanneum Schwierigkeiten gehabt. Im Gegenteil: obgleich er pädagogisch untragbar war, wurde er wegen seiner politischen Zuverlässigkeit nicht weiter versetzt.

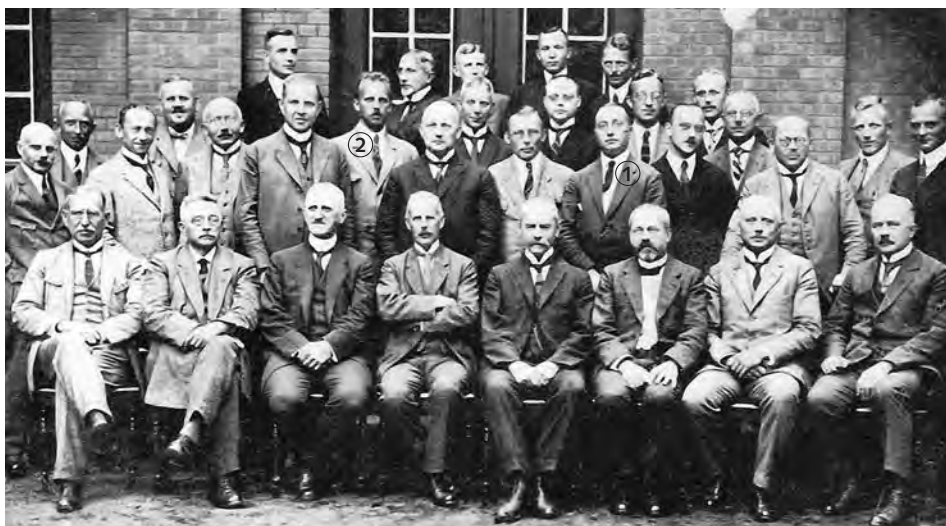
Zusammenfassend muss gesagt werden: Dr. Fuss galt bei Kollegen und Schülern als der aktivste, geradezu fanatische Anhänger Hitlers.

Mir ist aber nicht bekannt, dass er einen politisch Anders-Denkenden angezeigt hat, obgleich zu solchen Anzeigen fast täglich Gelegenheit war.“²

Werner Fuss wurde am 3.9.1885 in Gießen geboren, ging dort zur Schule und bestand am 19.2.1904 am Gymnasium Gießen die Reifeprüfung.



Wilhelm-Gymnasium, 1912: Werner Fuss links in der 3. Reihe



Kollegium des Wilhelm-Gymnasiums, 1925 mit Werner Fuss (1) und Hans Rösch (2)

Er studierte neun Semester klassische Philologie und Germanistik, legte im Juli 1908 das Examen für das höhere Lehramt ab und promovierte am 3. Juli 1910 zum Dr. phil. Nach seiner Zeit als Lehramtsreferendar in Hessen bis Ostern 1910 wurde er Lehrer am Wilhelm-Gymnasium und am 1.4.1911 zum Oberlehrer befördert.³

Werner Fuss unterrichtete am Wilhelm-Gymnasium bis 1934, machte zwischenzeitlich eine Sportlehrerprüfung und war lange Protektor des Gymnasial-Rudervereins „Hamburg“.

Ideale, die ihn dabei leiteten, hatte er in der Festschrift des Wilhelm-Gymnasiums 1931 so beschrieben:

„Die ruhige körperliche Ertüchtigung in Licht und staubfreier Luft, die erzieherische Wirkung des Ruderns als Mannschaftssport, der die Jugend zur Unterordnung unter den Gemeinschaftswillen, zum Verantwortungsbewußtsein, zur Pünktlichkeit und Dienstbereitschaft erzieht, die wertvollen erzieherischen Kräfte, die in der Betreuung des Materials, in der Anleitung zur Handfertigkeit mit dem Zwecke der Selbsthilfe bei Materialschaden liegen, die Entwicklung von Mut und Ausdauer, Stärkung von Natur- und Heimatgefühl auf den Wanderfahrten – all das fällt zusammen mit den erzieherischen Zielen der Schule. Behutsam beraten und betreut von ihrem Protektor, durch ältere schon erfahrenere Schüler geleitet, reifen die jüngeren Mitglieder allmählich zu höheren Aufgaben heran, bis sie dann das Vertrauen ihrer Kameraden zu einer führenden, verantwortungsvollen Stellung beruft. Gerade die Liebe zur Kleinarbeit ist neben der Entwicklung von Führeigenschaften für die Jungen ein wertvolles Vermächtnis fürs Leben.“⁴

Auf der Liste der Landesunterrichtsbehörde vom 10.7.1933, auf der der Schulsenator des NSDAP-geführten neuen Hamburger Senates, Karl Witt, die neuen Schulleiter und Stellvertreter der höheren Staatsschulen präsentierte, war Dr. Werner Fuss zum stellvertretenden Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums bestellt worden. Passend dazu war er am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten.

Fuss gehörte der Deutschen Burschenschaft an, mit Zeichen praktizierter schlagender Verbindung im Gesicht. Er war seit 1936 Mitglied des NS-Altherrenbunds, ab 1935 Mitglied des NSLB und seit dem 1.4.1934 aktiv in der SA. Dort wurde er am 9.11.1943 Truppführer, am 20.4.1945 sogar Sturmführer, immerhin die neunte Hierarchiestufe in der SA.⁵

Sein Bekenntnis zum Nationalsozialismus qualifizierte ihn dann also nach 23jähriger Tätigkeit am Wilhelm-Gymnasium für die Berufung zum stellvertretenden Schulleiter.

Zu Beginn des neuen Schuljahres 1933/34 hielt Werner Fuss die Begrüßungsrede und stellte den neuen Schulleiter Bernhard Lundius vor. Fuss übernahm die Aufgabe, die Schulgemeinde, das Kollegium und die Schüler auf die neue Zeit vorzubereiten, ja einzuschwören. Er tat dies mit folgenden Worten:

„Wer das Glück gehabt hat, in den Ferien durch Deutschland zu wandern und zu reisen, dem ward immer wieder das erhebende Erlebnis zu Teil, überall hochgestimmte Menschen zu sehen. Es ist, als sei ein böser Alp von dem Deutschen genommen. Der deutsche Mann und die deutsche Frau tragen ihr Haupt wieder höher und stolzer, seit wir durch unseren großen Führer wieder ehrlich vor uns selber geworden sind. Das deutsche Volk ist in vollem Aufbruch begriffen, nicht zu einem neuen Krieg, sondern zu einem auf Gleichberechtigung und Gerechtigkeit begründeten Frieden, zu Arbeit und Brot.“

Fuss richtete sich direkt an die versammelte Schülerschaft:

„Wo hast nun Du, deutscher Schüler, Deine Kraft einzusetzen? Es ist von unserem Führer Adolf Hitler in einer seiner letzten Reden das Wort gefallen, die Revolution sei abgeschlossen. Damit ist – so hat der Reichsminister Dr. Frick dieses Wort ausgelegt – die siegreiche deutsche Revolution in das Stadium der Evolution, d. h. normaler gesetzmäßiger Aufbauarbeit getreten. Gewiß, die innere revolutionäre Begeisterung und Ergriffenheit, die seelische Bereitschaft und Hingabe für das neue nationalsozialistische Deutschland soll wach erhalten bleiben, aber fortan darf die sachliche Leistung nicht zurückstehen. Nur das Leistungsprinzip, ernster, entsagender Arbeitswille zum Wohle unseres ganzen Volkes kann uns aus der Niederung emporführen. Pünktlichkeit, Ruhe und Ordnung, treue Pflichterfüllung, Fleiß vor allem im Kleinen und Kleinsten muß nun auch in unser Schulleben zurückkehren.“

Und weiter appellierte Fuss: „Der Dienst in Euren Bünden und Wehrforma-

tionen soll Euch nicht verkümmert werden, er ist zur Ergänzung Eurer Erziehung neben der Schule notwendig.“

Und: „Man muß auch dem deutschen Schüler an seiner inneren und äußeren Haltung gegenüber den ihm von seiner Schule gestellten Aufgaben ansehen können, daß eine neue Zeit angebrochen ist! Aus Euren Reihen vor allem sollen die künftigen Führer und Hüter des neuen deutschen Schicksals hervorgehen. Beweist also, daß Ihr die Zeichen der Zeit erkannt habt und wendet Euch ab von Lauheit und Gleichgültigkeit! Tut Eure Arbeit gläubig, wie sie Euch von Euren Lehrern gewiesen wird, gläubig, daß es zu Eurem Besten ist! Dazu fordere ich Euch im Namen Eurer Lehrer auf.“⁶

Schon ein halbes Jahr später geriet das Wilhelm-Gymnasium in Turbulenzen. Am 30.1.1934, am ersten Jahrestag der Machtübertragung an die Nationalsozialisten, beauftragte der neue Schulleiter Bernhard Lundius den glühendsten Nationalsozialisten im Lehrerkollegium, Hans Rösch, damit, vor dem Kollegium und der Schülerschaft die Rede auf dieser Feier zu halten. Und Rösch stimmte die Schulgemeinde nicht behutsam und zusammenführend auf die neue Zeit ein, sondern nutzte das Rednerpult, um mit den Zögerlichen, den bisherigen NS-Gegnern, denjenigen, die vor Hitlers Machtübernahme anders organisiert und orientiert waren, abzurechnen.

Hans Rösch gehörte zu einer kleinen Gruppe von nationalsozialistischen Aktivisten, die schon länger „zur Bewegung gehörten“, die sich als „alte Kämpfer“ empfanden, eine kleine Gruppe innerhalb des NSLB bildeten und im Weiteren eine vehemente Auseinandersetzung mit den neuen Führern des NSLB und der Schulverwaltung suchten.

Rösch, der in diesem Buch auch porträtiert wird⁷, nutzte die Bühne des Wilhelm-Gymnasiums zu einer ersten massiven Konfrontation vor der gesamten Schülerschaft und dem Lehrerkollegium.

Vom Rednerpult rechnete er bei dieser Feier mit jeglichem „liberalistischem Glauben“ ab. Er denunzierte alle Kollegen, die vor 1933 den Nationalsozialisten skeptisch oder ablehnend gegenüber gestanden hatten. „Wir älteren wissen es noch ganz genau wie heute, wie man überall im Reich, also auch im Lehrerzimmer die Köpfe zusammensteckte und den wenigen unentwegten Anhängern Adolf Hitlers teils mit Schadenfreude, teils mit Mitleid, teils mit gütig warnendem Finger mitteilte, dass Adolf Hitler offenbar nicht der kommende Mann sei, da er ja den Vizekanzlerposten abgelehnt habe. Das war eine solche Stunde der Prüfung. Die Worte klingen uns wenigen von damals noch in den Ohren und sie sind ja auch euch teilweise bekannt, dadurch daß sie in den Klassen gefallen sind. ‚Euer armer Hitler wird es nun doch wohl nicht machen‘, ‚Hitler ist nicht der Mann, ich hab es

ja immer gesagt, da müssen ganz andere Leute kommen, die ihm zeigen, wie's gemacht wird.'“

Und Rösch richtete sich direkt an das versammelte Kollegium: „Ein Teil kann den Arm noch nicht oder schon wieder nicht mehr, ein Teil nur widerwillig erheben zum deutschen Gruß, und ein dritter tut es mit Eifer, weil es nützlich ist.“

Spätestens hier machte sich Unruhe in weiten Teilen des Kollegiums bemerkbar. Die Schüler reagierten vielfach mit deutlicher Zustimmung, mit Amüsement darüber, dass sich einer ihrer Lehrer so deutlich außerhalb der Rolle bewegte.

Die Schulleitung war konsterniert. Bernhard Lundius, gerade ein halbes Jahr im Amt, wahrte die Form und griff nicht ein. Werner Fuss, selbst Nationalsozialist, aber hier in erster Linie Teil der Obrigkeit des Wilhelm-Gymnasiums, war fassungslos, dass sein langjähriger Kollege Hans Rösch die Lehrerschaft und deren Führung dermaßen brüskierte und sich mit den Schülern gegen sie verbündete.

„Und jetzt zu euch, liebe Schüler! Ihr seid noch nicht in das Hin und Her, das Für und Wider parlamentarischen Wesens verstrickt gewesen. Eure jungen Herzen sind den herrlichen Gedanken unseres Führers rückhaltlos geöffnet. Und früher als sonst soll in euer Spiel der Ernst der Verantwortung treten. Teilweise gegen die Eltern. Sicher aber gegen die Schule hattet ihr längst den Weg zur Bewegung gefunden.“

Rösch identifizierte sich mit der Hitler-Jugend und wies daraufhin, wo der gemeinsame Gegner stand: „Die deutschnationale Reaktion versäumte es nicht, uns Schwierigkeiten zu machen. Wir konnten uns auch gegen sie und die Behörde durchsetzen. So hat damals die Schule alles getan, um den Anschluß an die Bewegung gründlich zu verpassen. Sie hätte auch dann noch Vieles wieder gutmachen können. Aber es war über ihr wie ein schweres Geschick: Gerade sie, deren Aufgabe es doch gewesen wäre, sie hat deutsche Jugend in Braunhemd immer noch nicht begriffen. Sie wird euch auch nicht begreifen, bis der überwiegende Teil der Lehrer aus euren Reihen hervorgegangen ist. Das kann Jahre dauern. Unserm Führer, unserm Volk, unserem Vaterland, dem nationalsozialistischen dritten Reich ... Sieg Heil!“⁸

Nach dieser Rede gab es im Kollegium einen Sturm der Entrüstung. Insbesondere Werner Fuss gehörte zu den Empörten. Mit anderen Kollegen protestierte er per Unterschriftliste gegen Rösch und seine Rede. Auch Schulleiter Lundius war aufgebracht. Am nächsten Tag, am 31.1.1934, fand in der Schule eine Lehrerversammlung statt, in der die meisten Lehrer sich darüber aufregten, dass ein Großteil des Kollegiums vor der HJ und der gesamten Schülerschaft bloßgestellt worden ist und Angriffe gegen Schulleitung und Behörde gestartet wurden. Werner Fuss empörte sich, dass „die Würde des gestrigen Tages in dieser Weise herabgesetzt worden sei“.⁹

An anderer Stelle sprach Fuss von „mindestens einer ganz groben pädagogischen Entgleisung“.¹⁰

Werner Fuss zeigte sich auch deswegen besonders erregt, weil es einerseits seinem Verständnis von Loyalität mit der schulischen Führungsebene und dem Kollegium widersprach, wenn sich ein Lehrer vor der Schülerschaft derart abwertend und provokativ äußerte. Andererseits stand auch er im Kreuzfeuer der Kritik des Nationalsozialisten Rösch, der sich, obwohl auch er erst 1933 in die NSDAP eingetreten war, zu den „alten Kämpfern“ zählte und Leute wie Fuss, der vorher beim „Stahlhelm“ organisiert war, als zu wenig entschieden und „gleichgültig“ empfand.

Im Rahmen der Auseinandersetzung um seine Rede konkretisierte Hans Rösch seine Argumentation und fokussierte seine Angriffe auf die Person Werner Fuss:

„Wahre Disziplin wird in geradezu leichtfertiger Weise dadurch untergraben, daß man statt der nationalsozialistischen Lehrer Feinde der Bewegung oder Gleichgültige zu Leitern bestellt. Dies war in den Augen der Lehrer und Schüler am Wilhelm-Gymnasium geschehen. Schon bei der Bekanntgabe der Ernennung des stellvertretenden Leiters Dr. Fuß verhehlten die Schüler nur schlecht Unwillen und Enttäuschung.“¹¹

Ein Schüler hatte entsprechende Kritik an die Schulverwaltung gerichtet:

„Wahre Disziplin wird untergraben, wenn dieser Fall wie folgt behandelt wird: Der Schreiber des Briefes, der Unterprimaner Ralf Rösch, wurde zum Senator gerufen. Der Senator begründete die Eignung von Fuß damit, daß F. seine Schüler stets gut zum Abitur geführt habe. Diese Antwort erweckt bei den nationalsozialistischen Schülern den Eindruck, als ob es nur auf Einpumpen von Wissen für die Eignung als Führer und Lehrer ankomme. Der Schüler aber kennt Adolf Hitler, Mein Kampf: S. 452 ff. Er weiß also, daß charakterliche Qualitäten die Vorbedingung sind.“¹²

Zu den Besonderheiten dieser Auseinandersetzung gehörte, dass es sich bei dem Unterprimaner und HJ-Aktivisten Ralf Rösch um den erstgeborenen Sohn des Lehrers Hans Rösch am selben Gymnasium handelt.

Es zeigte sich zweierlei: Auch unter den Nationalsozialisten existierten in den Jahren nach 1933 politische Lager und graduelle bzw. gravierende Unterschiede. Selbst ein Werner Fuss musste es sich 1934, zu einem Zeitpunkt, als er schon Parteimitglied und Aktivist der SA war, gefallen lassen, als „Konjunkturritter“ und Opportunist, also als kein „wahrer Nationalsozialist“ bezeichnet zu werden, wobei Hans Rösch innerhalb der Bewegung zu den fanatischen Dogmatikern gehörte. Und es erklärt vielleicht auch, warum Werner Fuss im Weiteren in seinem Auftreten keine Zweifel aufkommen lassen wollte, seinerseits unzweideutig ein überzeugter Nationalsozialist zu sein.

Es waren aber offenbar nicht nur HJ-Aktivisten, die Kritik am Lehrer Werner Fuss äußerten. Der spätere Landesgerichtsdirektor Günther Scheefe erinnerte sich

an seine Lehrer Hans Rösch und Werner Fuss und beschrieb den Unterricht von Werner Fuss am Wilhelm Gymnasium 1925 folgendermaßen: „Dr. Fuß, von seinen Kollegen leicht spöttisch ‚der schöne Werner‘ genannt, erschien mir mit seinem breiten Schmiß, seiner näselnden Stimme und seiner überheblich herablassenden Attitüde recht eigentlich als das extreme Gegenteil von Dr. Rösch. Wenig älter als dieser, gab er einen ausgesprochenen Paukunterricht, ‚erledigte‘ in einer Unterrichtsstunde 250 Homer-Verse und mehr, indem er je 50 auf mehrere Schüler verteilte, die sie dann entweder teilweise übersetzten oder auch nur inhaltlich wiedergeben mußten und war in allem auf solche äußeren ‚Erfolge‘ aus. Nirgends gab es Vertiefung, Besinnung, Auskosten von Schönheiten. Mich übersah er von Anfang an mit verletzender Gleichgültigkeit. Richtige oder gar gute Leistungen bemerkte er ‚versehentlich‘ nicht. Es war überdeutlich, daß er mich nicht gelten lassen wollte. Die Klasse, nicht nur der schwächere Teil, duckte sich vor ihm, unfroh, mißmutig. Ich habe nie ein Lob über ihn vernommen.“¹³

Neben den antisemitischen Ausfällen des Werner Fuss zeigen zwei andere Dokumente aus der Zeit seiner Arbeit am Johanneum, welch überzeugter Nationalsozialist er war.

Am 23.7.1942 schrieb er an die Schulverwaltung: „Ich bitte, den Schüler Wolfgang Stabe, Sohn des Dr. Stabe aus Marxen (Kr. Harb) in mein Haus aufnehmen zu dürfen (ab Sept. 42). Begründung des Vaters liegt bei. Wolfgang Stabe ist inzwischen im Johanneum (Kl. V) angemeldet worden. Der Junge ist bei seiner und seines Elternhauses nationalsozialistischer Einstellung (der Vater ist altes PG+ SA-Standartenarzt) ein wertvoller Zuwachs unserer Schülerschaft. Heil Hitler! Fuss“.¹⁴

Die Schulverwaltung in Person von OSR Züge befürwortete dies.

Der andere Fall wirft ein besonderes Licht auf den nationalsozialistischen Schulalltag und die Charakterlosigkeit der beiden handelnden Parteigenossen:

Am 16.1.1941 schrieb das NSDAP-Mitglied am Johanneum, Dr. Erich Witter, mit dem Schulstempel des Johanneums an die Schulverwaltung:

„Der Primaner Sporleder, 7 a, hat in einer der letzten Deutschstunden, gelegentlich einer Würdigung des Dichters Johst, den Schlageter offen als ‚Geschichtsfälschung‘ bezeichnet. Ich erblicke hierin eine Verhöhnung nationalsozialistischer Weltanschauung. Witter“¹⁵

Dieses Schreiben und seine Aktivität in diesem Fall wurde Witter in seinem Entnazifizierungsverfahren sechs Jahre später, 1947, zur Last gelegt.

Im Verfahren wurde festgestellt: „Weiter hat Dr. Witter sich hinsichtlich der von Studienrat Thede geführten Unterprima dahin geäußert, daß er – Witter – in einer derartig antinazistisch ausgerichteten Klasse nicht unterrichten könne.“

Nun, sechs Jahre später, war eben dieser Studienrat Thede Mitglied des beratenden Entnazifizierungsausschusses höherer Schulen.

Jetzt äußerte sich Witter folgendermaßen zu diesem Vorfall:

„Leider hat ein ungünstiges Geschick mich ohne mein Zutun in weitere Affären verstrickt, in denen ich aus einer Zwangslage heraus zur Stellungnahme gezwungen war.

1940 war ich ans Johanneum gekommen und gab u. a. Deutsch in der Unterprima. Der Primaner Sporleder störte sehr häufig den Unterricht durch Lachen und Zwischenrufe, alle Ermahnungen blieben erfolglos. Auftragsgemäß hatte ich Johst' Schlageter mit der Klasse zu lesen.

Zum Schluß sprach ich abschließend über den Opfertod als metaphysische Angelegenheit. Da springt plötzlich Sporleder auf und ruft in die Klasse hinein: ‚Das ist ja alles Kitsch! Der Dichter wird nur deswegen gelobt, weil er Präsident der Reichsschrifttumskammer ist und SS-General!‘ Es entstand ein ungeheurer Tumult und ich konnte mich bis zum nahen Klingelzeichen nicht wieder durchsetzen. Nach Schluß der Stunde stürzten die Schüler in die Nebenklassen und die Kunde von dem Vorfall verbreitete sich wie ein Lauffeuer.

Nun hatte ich den Primanern wiederholt gesagt, wenn sie abweichende Ansichten hätten, dürften sie sie ohne Scheu vortragen, aber selbstverständlich in einer anständigen Form und unter Wahrung der Disziplin. Eine Vorschrift besagte nun klar und deutlich, daß jeder ernste Verstoß gegen die Disziplin mit einer Meldung an den Direktor zu beantworten sei, das war dienstliche Vorschrift. Ich mußte also zum Direktor gehen. Dies war Dr. Puttfarken, ein milder und menschenfreundlicher Mann noch aus der Zeit der Republik, den ich sehr schätzte.¹⁶ Ich wollte ihn bitten, dem Sporleder klarzumachen, dass es so nicht weiter gehe und er sich in Acht nehmen müsse.

Als ich am nächsten Tag in die Schule kam, trat mir der Kollege Dr. Fuß, ein höherer SA-Führer, entgegen. Er hatte von dem Vorfall gehört und fragte, was ich tun werde. Als er hörte, ich wollte zum Direktor, sagte er: Puttfarken greift nicht durch, er ist zu schlapp. Sie müssen zur Partei gehen und die Sache anzeigen. Hier handelt es sich um eine direkte Verhöhnung des Nationalsozialismus.

Ich geriet in einen furchtbaren Schrecken. Ich bekam Herzkrämpfe und musste am Nachmittag zum Arzt. Ich war ein unzuverlässiger PG, wenn ich die Ratschläge eines SA-Führers missachtete. Trotzdem stand ich am nächsten Vormittag im Vorzimmer des Direktors, um mit ihm im oben angeführten Sinnen zu sprechen. Da will es wieder das Missgeschick, dass Puttfarken nicht anwesend ist. ‚Schreiben Sie es auf und machen sie es dringlich‘, sagt die Sekretärin, ‚dann lässt er sie holen, wenn er da ist.‘



Fuss in SA-Uniform, 2. Reihe (3. v.l.),
Schulleiter Werner Puttfarcken
1. Reihe (2. v. r)

Ich schreibe den Vorfall kurz nieder. Dabei kommt mir die Redensart des SA-Führers in den Sinn und ich schreibe sie zum Schluß mit hin, um sie als Rücken- deckung zu benutzen, falls er mich, wie es auch geschah, wieder zur Rede stellen würde. Der Direktor ließ mich auch bald holen und wir sind uns auch schnell einig, dem Jungen eine nachdrückliche Warnung zu geben. Sie erwies sich als wirksam, die Störungen hielten auf. Fuß konnte ich abblitzen lassen, indem ich ihm den Wind aus den Segeln nahm, ‚ich habe in der Meldung ihre eigenen Worte gebraucht‘.“

Ungünstig für Witter, dass seine Meldung mitten in seinem Entlassungsverfahren, 1946, gefunden wurde. Witter war schon an seinem vorigen Arbeitsplatz, an der Lichtwarkschule, als übler Denunziant unrühmlich aufgefallen.¹⁷

Dieses Manöver hat Witter nur zum Teil genützt. Dank des Beteiligten Willi Thede im Entnazifizierungsausschuss wurde Witter in den Ruhestand versetzt (al- lerdings mit 75 % seines Gehaltes!). In der Begründung hieß es: „Nach Überzeu- gung des Ausschusses genügt die von ihm unter 16.1.1941 gegen den Primaner Sporleder erstattete Anzeige, um ihn als Lehrer im Hamburger Schuldienst als un- tragbar erscheinen zu lassen.“¹⁸

Die Krönung dieser Affäre war allerdings, dass sich Werner Fuss 1949, nach dem eigenem Entnazifizierungsverfahren gerade in den Ruhestand versetzt, in Un- kenntnis der bisherigen Vorgänge, in gönnerhaftem Ton zum Leumundszeugen für Erich Witter machte. Er schrieb am 31.5.1949:

„Herr Dr. Erich Witter suchte mich heute in Sachen seiner Entnazifizierung auf. Als Ergebnis unsrer Unterredung erkläre ich folgendes: Ich erinnere mich in Umrissen zu dem Fall Sporleder (Unterprima 1940). Hr. Dr. Witter, den ich seit lan- gem als freundlichen und milden Lehrer kannte, berichtete mir von dem Vorfall und wir besprachen ihn eingehend. Wir kamen beide übereinstimmend – wie ich auch

sonst derartige Fälle beurteilte – zu der Ansicht, den Fall als jugendliche Entgleisung anzusehen, andererseits, damit Herr Dr. Witter sich vor Weiterungen schützte, den Fall Herrn Dir. Puttfarken, der auch als milder Beurteiler bekannt war, entsprechend den Dienstvorschriften als Disziplinarfall zu melden.“¹⁹

Ohne Scham verteilte man hier Persilscheine.

Werner Fuss wurde also nach dem Scheitern seiner stellvertretenden Schulleiterkarriere schon 1934 an ein anderes humanistisches Gymnasium, die Gelehrtenschule des Johanneums versetzt. Dort wirkte er in der beschriebenen Weise. Auch außerhalb der Schule war er insbesondere in der SA, im Sturmbann Hansa aktiv. Dort hielt er Reden über Tagesfragen, wie er auch bei Schulfeiern als überzeugter nationalsozialistischer Redner auftrat. Am 7.8.1944 wandte sich der Führer der Gruppe Hansa und Hamburger Reichstagsabgeordnete der NSDAP, Herbert Fust, an den damaligen Leiter der Hamburger Schulverwaltung, Ernst Schrewe, mit einem eindeutigen Anliegen:

„Der SA-Truppenführer Studienrat Dr. Fuss, der dem Lehrkörper der Gelehrtenschule des Johanneums angehört, ist für eine SA-dienstliche Beförderung vorgesehen und zum Sturmführer geeignet.

Ich würde eine Beförderung seitens der Schulverwaltung ebenfalls befürworten.

Truppführer Fuss gehört zur Zeit dem Stab des Sturmbannes z. b. V. ‚Hansa‘ an als Sachbearbeiter für Presse und Propaganda. Gleichzeitig ist F. Sachbearbeiter im Stab der Gruppe Hansa für das Referat ‚Feldherrnhalle‘. Vor dieser Verwendung führte Fuss eine Schar im Sturm 2= /Ha.

Truppführer Fuss hat sich bisher durch besondere Dienstfreudigkeit und stete Einsatzbereitschaft ausgezeichnet. Hervorzuheben ist sein Einsatz anlässlich der Terrorangriffe im vergangenen Jahr, wofür er mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet wurde.

Die geistigen Fähigkeiten von Fuss sowie seine einwandfreie weltanschauliche Festigkeit machen es möglich, ihn zu Sonderaufgaben einzusetzen. Dabei zeigt er immer erneut wieder gute Führeigenschaften, die sich auch im besonderen in der Erziehung der Männer auswirken. Seine Gesamthaltung als SA-Mann ist untadelhaft.

Ausserdienstlich ist mir Nachteiliges über Fuss nicht bekannt worden.“²⁰

Selten findet man so eindeutige Belege, wie Absprachen, Impulse und Anregungen zwischen Naziorganisationen und Verwaltung funktionierten.

Oberschulrat Walter Behne antwortete Fust, dass „eine Beförderung des Studienrats Dr. Fuss zum Oberstudienrat bereits durch die Schulverwaltung vorgesehen“ sei. „Zum nächstmöglichen Termin wird diese Beförderung vorgenommen.“²¹

Das wurde dem SA-Führer am 1.10.1944 mitgeteilt. Am 12.12.1944 beförderte die Behörde Fuss dann zum Oberstudienrat.

Werner Fuss wurde in seiner pädagogischen Arbeit am Johanneum von den Schülern nicht besser bewertet als am Wilhelm-Gymnasium. Ralph Giordano bezeichnete ihn als „Nazi, Rassist und Militarist in einer Person“.²² Uwe Reimer, der mit vielen ehemaligen Schülern gesprochen hat, stellte fest: „Giordanos Sicht auf Fuss ist kein Einzelfall, wenn auch wohl kein anderer Schüler so unter ihm zu leiden hatte wie er. Andere ehemalige Schüler berichten besonders von Fuss' Propagandatätigkeit: ‚Er war ein 150 %iger Nazi und bemühte sich, uns laufend mit NS-Parolen zu indoktrinieren. Als stumm drohend, wie in dem Film ‚Die Bertinis‘ dargestellt, haben wir ihn nicht gekannt. Er versuchte vielmehr, auf allerlei Weise mit uns in Kontakt zu kommen, stieß aber, auch aufgrund seines pädagogischen Uneschicks auf allgemeine Ablehnung.“²³

Bedeutsam war sicherlich auch, dass Werner Fuss von 1933 bis 1934, also unmittelbar nach dem Wechsel vom Wilhelm-Gymnasium zum Johanneum, der Anleiter von Hans Wegner war. Wegner wurde im April 1946 Schulleiter des Johanneums²⁴ und 1951 Oberschulrat für die höheren Schulen in der Schulbehörde, nachdem Heinrich Schröder überraschend gestorben war. Insofern hatte Wegner eine konkrete Erinnerung daran, wie Werner Fuss am Johanneum in der NS-Zeit aufgetreten war. In seiner Beurteilung über den Referendar Hans Wegner hatte Fuss über dessen Lateinunterricht viel Positives festzustellen, aber kritisch angemerkt: „Wünschenswert wäre es auch, dass sich W. körperlich mehr ausbildet. Er ist zwar körperlich leistungsfähig, wie ich auf Klassenausflügen feststellen konnte, er ist eifriger Wanderer und Radfahrer, aber es fehlt ihm etwas an straffer, energischer Haltung. Ein Volkssportkursus oder besser noch eine SA-Ausbildung wäre ihm deshalb auch sehr dienlich.“²⁵

Am 12.9.1945 teilte der neue Schulsenator Heinrich Landahl mit, dass Werner Fuss auf Anordnung der britischen Militärregierung aus dem Schuldienst entlassen werde. Fuss wurde in das Internierungslager Neuengamme überführt.

Am 26.1.1946 schrieb er dem neuen Oberschulrat für die höheren Schulen, Heinrich Schröder, er sei am 21.12.1945, „nach lebensgefährlicher Erkrankung aus dem Internierungslager entlassen“. Von der Entlassung aus dem Schuldienst habe er erst dann erfahren. Er wolle seine „durch 35 Jahre lang treu und fleißig geleistete(n) Dienste“ anführen und dadurch „wohlerworbene Rechte geltend machen“. Er wies darauf hin, dass in seinem Alter (über 60) keine Aussicht bestehe, „sich auf einen anderen Beruf einzustellen“.²⁶

Am 1.7.1946 unternahm Fuss den Versuch, den ehemaligen Vorsitzenden des Elternrates des Wilhelm-Gymnasiums und neuen Bürgermeister, Rudolf Petersen, anzuschreiben.

Schon in leichter Verwirrung schrieb Fuss an „Eure Magnifizienz“:

„Ich wurde im Herbst als stellvertretender Leiter des Wilhelmgymnasiums aus politischen Gründen abgesetzt und dem Johanneum überwiesen, wo ich ebenfalls als politisch Unzuverlässiger Schwierigkeiten hatte. Ich habe mich deshalb zunächst innerlich gesträubt, Nationalsozialist zu werden. Wenn ich mich dann doch in der SA betätigt habe so erstens deshalb, weil ich sah, daß ich dem einfachen SA-Mann geistig etwas zu bieten hatte und ihn auf meine Weise beeinflussen konnte und zweitens in der ideellen Absicht, zu meinem kleinen Teil dazu beizutragen, aus der Revolution eine Evolution zu machen.“

„Ihr sehr ergebener“ Dr. Werner Fuss bat darum, „da Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Leistungen der Altphilologie kennen (Lehrer Ihrer Neffen!), mir wenigstens zu der mir rechtlich zustehenden Pension zu verhelfen.“²⁷

Wenig später, nach Rücksprache mit dem ehemaligen Kollegen Willi Thede, klang Fuss ungleich kleinlauter. In einem Schreiben an OSR Schröder bat er am 14.8.1946 um Pensionierung. Er begründete dies mit seinem Alter (kurz vor seinem 61. Geburtstag), seinem Gesundheitszustand, nach „lebensgefährlicher Erkrankung, die mich monatelang am Rande des Todes gehalten hat“ und einer „seelische(n) Erschütterung, die mein Gleichgewicht völlig zerstörte“.²⁸

Ergänzend ließ Fuss noch Entlastungszeugen zu Wort kommen – in erster Linie seine Hausangestellte, die er „geistig förderte“, und einen Gartennachbarn.

In zwei Dokumenten äußerte sich Fuss noch einmal zu seinem politischen Werdegang. So schrieb er u. a. am 10.3.1947 an den Berufungsausschuss zur Ausschaltung von Nationalsozialisten:

„Warum ich eingetreten bin: Ich glaubte, in dem Programm der NSDAP eine gute und brauchbare Form der Demokratie sehen zu können, wie sie mir 1. als Burschenschafter aus dem Programm der Urburschenschaft und 2. als Altphilologe aus Platos ‚Staat‘ im Sinne Bogners, der gerade ‚Die vollendete Demokratie‘ im alten Griechenland dargestellt hatte, vorschwebte.

Warum ich blieb, als sich dieses Ideal nicht gleich verwirklichte: in der SA lernte ich eine nicht unbedeutende Zahl einfacher Leute aus den unteren Ständen meines Volkes kennen, mit denen ich recht gut als Kamerad stand, sodaß ich hoffte, aus diesem Kreis allmählich die Idealisten und Unterführer erstehen sehen zu können, die eine wahre Demokratie errichten helfen könnten. Diese Hoffnung verstärkte sich an den gemütlichen Abenden nach dem Ausbildungsdienst in den Leibesübungen, die ich – ohne befördert zu werden – auf Vorschlag meines damaligen Sturmführers Wienken übernommen hatte, und nach denen auch zu kurzen Aussprachen und Referaten von mir Zeit und Gelegenheit war. Sehr viele von uns waren bis zum Kriege davon überzeugt, daß die vielen sog. ‚Alten Kämpfer‘, die vielfach aus egoistischen

Motiven der Partei beigetreten waren, allmählich durch tüchtigere und geeignetere, idealistisch gesonnene Männer aus den jüngeren Parteimitgliedern ersetzt würden: auch ich hoffte zuversichtlich darauf.“²⁹

Wer in Partei und dem Schulwesen nachweislich keine Karriere machte, führte im Entnazifizierungsverfahren idealistische Motive an.

Der Beratende Ausschuss für die höheren Schulen empfahl, Fuss im Ruhestand einen Teil der Pension zu gewähren. Maßgeblich für die Entscheidung war die Aussage Thedes, „daß man von seiner Seite nie eine Anzeige zu befürchten brauchte, daß man vielmehr offen mit ihm reden konnte“.³⁰ Das blendete zumindest alles aus, was jüdische und systemkritische Schüler mit Werner Fuss erlebt hatten.

Der Berufungsausschuss kam am 9.3.1948 zu dem Ergebnis, dass Fuss mit der Pension eines Studienrates in den Ruhestand versetzt wurde und in Kategorie IV (Mitläufer) einzustufen sei. Fuss sei „zwar ein überzeugter Nationalsozialist“, aber „nicht als Aktivist zu bezeichnen“.³¹

Nachspiel: Im Kontext des Verleihung des Bertini-Preises hat Ralph Giordano dem „Hamburger Abendblatt“ zum 27.1.2012 ein Interview gegeben, in dem er berichtete, welche Rachegefühle er nach dem Krieg gegenüber seinem Peiniger, Werner Fuss, empfand:

Abendblatt: „1945. Hitler ist tot, Deutschland befreit – es hätte ein Moment der Rache werden können.“

Giordano: „Ja, und es ist erstaunlich, wie wenig Selbstjustiz damals geübt worden ist. Mein Bruder und ich wollten nach dem Krieg vier Leute töten, unter anderem einen Lehrer des Johanneums, wir nannten ihn die ‚Speckrolle‘, der meinem Bruder und mir das Leben so zu Hölle gemacht hatte, dass ich mich wegen ihm umbringen wollte.“

Abendblatt: „Es muss viel passieren, bis ein Kind den Entschluss fasst, zu sterben.“

Giordano: „Tagelang lag ich in einem Graben im Stadtpark, ich war direkt aus der Schule dort hingerrannt. Ich fühlte mich so hilflos. So allein. So einsam. Am zweiten Tag war ich wie erstarrt und in der Hoffnung, dass ich bald sterben würde. Aber dann geschah etwas, was ich bis heute nicht begreife, dieser Graben war mir eine Universität. Denn dort ist mir klar geworden: Nicht Du bist der Verbrecher. Die Speckrolle ist der Verbrecher. Und Deine Mutter ist der beste Mensch von der Welt! Was sind das für Lügen gegen die Juden? In diesem Graben bin ich Jude geworden!“

Abendblatt: „Wie sah denn die Rache an dem verhassten Lehrer aus?“

Giordano: „Zwischen Egon, meinem älteren Bruder, und mir war es so selbstverständlich, dass wir nie darüber gesprochen haben: Wir würden die Speckrolle töten. Wir haben die Speckrolle kurz nach Kriegsende aufgesucht. Ich werde es nie

vergessen, wie dieser Mann uns die Tür in seiner Wohnung am Winterhuder Marktplatz öffnete, die Arme ausbreitete und rief: ‚Oh, die Giordanos!‘ Ein alter Mann in einer zerschlissenen Wolljacke und Hausschuhen, Jahre zuvor noch uniformstrotzender Nazi, SA-Führer. Als er den Blick in unsren Augen sah, hat er sich umgedreht und ist in die Wohnung gerannt. Er wollte die Tür zuschlagen, aber mein Bruder hatte den Fuß dazwischen. In seinem Wohnzimmer setzte er sich auf einen Stuhl, den Kopf legte er auf die Tischplatte vor sich. Das alles spielte sich in wenigen Sekunden ab. Ich hatte die Pistole entsichert und hinter sein rechtes Ohr gesetzt. Und dann, kurz bevor ich abdrücken wollte, sah ich in die Augen meines Bruders.“

Abendblatt: „Was haben Sie dort gesehen?“

Giordano: „Das war ein Blick in mich hinein. Egon war nicht bereit zu dem, was ich zu tun bereit war. Und als ich das merkte, dass er nicht dazu bereit war, konnte ich plötzlich auch nicht mehr.“³²

Während des Entnazifizierungsverfahrens war Werner Fuss von seiner Frau Paula schuldig geschieden worden, mit der er seit 1914 verheiratet gewesen war. „Er verweigere sich jeder Gemeinschaft und habe erklärt, er habe kein Interesse mehr für sie“.³³

Da dies kein Einzelfall war, sich viele Frauen nach 1945 von ihren NS-aktiven Männern scheiden ließen, deren Leben vornehmlich in Männerbünden stattfand, sei dies erwähnt.

Paula Fuss erklärte: „Ich habe lediglich meiner Kinder willen so lange ausgehalten. Ich wäre als scharfe Gegnerin des NS-Regimes unweigerlich schuldig geschieden worden.“³⁴

Nach der Scheidung lebte Paula Fuss noch weiter getrennt im gemeinsamen Haus. Als Werner Fuss ernsthaft an Leukämie erkrankte, pflegte sie ihn bis zu seinem Tod.

Werner Fuss starb am 7. 8.1950.

Anmerkungen

- 1 Mitteilung von Ralph Giordano an Rainer Hering, in: Rainer Hering: Nationalsozialist oder schwacher Charakter, in: Symposion, Festschrift zum 475-jährigen Jubiläum der Gelehrtenschule des Johanneums, Hamburg 2004, S. 57.
- 2 Entnazifizierungsakte Fuss, StA HH, 221-11_1149.
- 3 Personalakte Fuss, StA HH, 361-3_A 1060.
- 4 Werner Fuss: Unser Schüler-Ruderverein, in: Wilhelm-Gymnasium Hamburg 1881–1981, Hamburg 1981, S. 62.
- 5 Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 6 Wilhelm-Gymnasium 1881–1981, a. a. O., S. 142.
- 7 Siehe die Biografie Hans Rösch in diesem Buch.
- 8 Von mir gekürzte Rede von Hans Rösch, Original in seiner Personalakte, StA HH, 361-3_A 1399 Band 2.

- 9 Aktenvermerk, ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Günther Scheefe: Meine Erinnerung an Hans Rösch und das WG von 1925–1927, in: Wilhelm-Gymnasium Hamburg, Festschrift zum 125 jährigen Jubiläum 2006, S. 118f.
- 14 Personalakte Fuss, a. a. O.
- 15 Entnazifizierungsakte Erich Witter, StA HH, 221-11_Ed 14784.
- 16 Ebd.
- 17 Siehe die Biografien Erwin Zindler und Berthold Ohm in diesem Buch.
- 18 Entnazifizierungsakte Witter, a. a. O.
- 19 Ebd.
- 20 Personalakte Fuss, a. a. O.
- 21 Ebd.
- 22 Ralph Giordano: Rassismus und Militarismus im NS- Schulalltag. In: Johanneum 1 (1988), S. 22.
- 23 Uwe Reimer: Johanneum 1945 – Ende und Anfang, Hamburg 2012, S. 37f.
- 24 Uwe Reimer: Das Johanneum in der Nachkriegszeit, Hamburg 2014, S. 34ff.
- 25 Entnazifizierungsakte Hans Wegner, StA HH, 221-11_Ed 3513.
- 26 Entnazifizierungsakte Fuss, a. a. O.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 „Hamburger Abendblatt“ vom 27.1.2012.
- 33 Personalakte Fuss, a. a. O.
- 34 Ebd.



Klassenlehrer Werner Fuss mit seiner Klasse 1938 vor dem Johanneum. Ralph Giordano vorne links (Hamburger Abendblatt v. 17.1.2012)

Bertinis Speckrolle

Später dann, im Klassenzimmer, saß die neue Sexta kaum zehn Minuten über dem Ludus Latinus, dem lateinischen Lehrbuch, als plötzlich die Tür aufgerissen wurde und ein ziemlich korpulenter Lehrer eintrat – in der Hand eine Liste, Schmisse an der linken Wange und im Nacken einen rötlichen Wulst, der den Spitznamen die Speckrolle sofort verständlich machte.

Als Roman Bertini sie in dieser ersten Stunde auf dem Johanneum eintreten sah, hörte er in sich einen uralten, singenden Alarm, bei dem sich ihm die Haare sträubten. Was die Speckrolle da vorn mit dem Ordinarius besprach, verstand einstweilen noch niemand, aber alle wurden Zeugen, wie Ernst Freund schneeweiß wurde, rasch ans Fenster trat und mit dem Rücken zur Klasse starr hinausblickte.

Dann rief die Speckrolle mit etwas heiserer Stimme: „Die Juden David Hanf – Cesar Bertini – Roman Bertini vortreten!“

Als die drei sich erhoben, winkte eine knappe Handbewegung sie nach vorn, vor die Wandtafel neben der Tür. Dort standen sie, in der Mitte David Hanf, ein Junge mit glattem, blankem Schwarzhaar, schwammig von Statur und sehr unruhig. Er schaute unruhig hin und her von der Speckrolle auf den steifen, unbeweglichen Rücken des Klassenlehrers, von ihm auf die weiße Front der Gesichter. Nichts regte sich, außer David Hanfs ängstlichem, vogelhaftem Kopfrucken. Im Raum herrschte Totenstille. Die Speckrolle war nahe ans Fenster getreten, fast Anzug an Anzug mit Ernst Freund. Dann machte sie auf der Liste drei Haken, ging zur Tür, sagte, die Klinke schon in der Hand, über die Schulter zu dem Ordinarius: „Sie haben Glück, Kollege – in anderen Klassen ist die Fraktion der Itzigs erheblich stärker“, und verschwand.

Am nächsten Tag, mit der Versetzung von der Obertertia in die Obersekunda, wurden sie getrennt – die Untersekunda fiel damals 1938, auf allerhöchste Anordnung aus, weil damit ein Jahr für die vormilitärische Organisation des Arbeitsdienstes gewonnen wurde.

David Hanf wurde der OS 1 zugeschlagen, zusammen mit Peter Togel; Walter Janns in der OS 2 isoliert, während Roman und Cesar Bertini, zusammen mit Kay Krause, in die OS 3 kamen – ihr Klassenlehrer: die Speckrolle.

Längst waren die Zeiten vorbei, da sie zum Montagmorgen-Appell in schäbigem Zivil erschien. Die Speckrolle stand vielmehr seit langem in der großen Garderobe eines gehobenen SA-Führers am Kopfe der Oberprima, wenn auf

den Glockenschlag acht Uhr der Schulleiter Pottferk im Mittelteil des Portals auftauchte und einen Moment den Blick majestätisch über die versammelte Schülerschaft, die Lehrer und das Hauspersonal, den hinkenden Pedell eingeschlossen, gleiten ließ, ehe er sein „Heil Hitler“ über den Innenhof bellte. Dann folgte das Auge rechts, das Auge links, das übliche Ritual – kurzer Gang in die Mitte des Hofes, stramme Kehrtwendung um die eigene Achse, das „Heiß Flagge!“ und Absingen der Nationalhymne, „Deutschland, Deutschland über alles ...“, samt der obligatorischen Ergänzung durch „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen, SA marschiert in ruhigem festen Schritt ...“

Die Gebrüder Bertini waren im Laufe der Jahre innerhalb der streng gestaffelten Schülerhierarchie vom äußersten Sextanerflügel bis vor die Prima gedrungen, dem traditionellen Standort der Speckrolle also immer näher gerückt. Beim Anblick ihres quellend-rötlichen Nackenwulstes, des schmissgezeichneten, runden, zu dieser Stunde stets von politischer Ekstase hingerissenen Gesichts, hatten sich Roman jeden Montagmorgen wieder die Haare gestäubt, langsam, in Zeitlupe sozusagen, als würde sich jedes von ihnen einzeln aufrichten.

Am Tage der Annektion Österreichs war die Speckrolle über sich selbst hinausgewachsen, hatte die eigentliche Macht auf der Gelehrtenschule des Johanneums ergriffen, improvisierte eine Siegesfeier. Schritt unter dem verdoppelten Gewicht ihrer Uniform in die Mitte des Innenhofes, wo sie die gesamte Schülerschaft aus eigenem Ermessen hatte antreten lassen. Dann verkündete sie die „Heimkehr der Ostmark in den Mutterschoß Großdeutschland“, pries das Werk des Führers in starken, gefühlsbebenden, sehr beteiligten Worten, nannte sein größtes dabei aber: dass er nun auch Österreich von der Judenherrschaft befreie!

Währenddessen stand der ausgeschaltete Schulleiter Pottferk wie ein Statist inmitten der versammelten Lehrerschaft und stimmte in die allgemeinen Ovationen ein.

In seiner Rolle als Klassenlehrer der OS 3 gab sich die Speckrolle jovial. Von dem Zweikampf, der sofort zwischen ihr und Roman Bertini ausgebrochen war, von diesem stummen, tödlichen Krieg so ungleicher Kräfte, bemerkte zunächst niemand etwas außer Roman selbst. Erst allmählich fiel es auf, daß die Speckrolle, scheinbar absichtslos, über Roman hinweg sah, als säße dort vorn in der ersten Reihe niemand neben Cesar Bertini, den sie behandelte wie alle anderen auch.

Die Speckrolle unterrichtete in Latein und Griechisch, und sie übersah Roman in beiden Fächern. In seine Nähe kam sie nur, wenn sie Uniform angelegt

hatte. An solchen Tagen pflegte sie sich wie zufällig und in Gedanken verloren neben ihm aufzupflanzen, mit quellendem, rötlichen Nackenwulst, Tuch an Tuch fast, schwer und über und über braun. Roman Bertini wagte nicht aufzusehen von seiner Bank, der Atem stockte ihm, er stierte vor sich hin, kroch in sich zusammen, schrumpfte förmlich vor Entsetzen. Ging die Speckrolle dann endlich beiseite, kehrte ihm langsam das Blut ins Gesicht zurück, er öffnete den Mund und stieß den Atem aus, den er gestaut hatte, bis er glaubte, ersticken zu müssen.

Schwerfällig, mit gekrauster Stirn, saß Cesar daneben und wusste nicht, wie er dem Bruder helfen sollte in seiner Not.

Sie übersetzten Plato und Homer, und als die erste Klassenarbeit zurückgegeben wurde, waren die Ränder von Romans Hefteseiten voller roter Striche und Kreuze. Es stellte sich heraus, dass niemand außer ihm Ungenügend bekommen hatte. Er verglich seine Arbeit mit der anderer. Ihre Fehler waren einzeln gesetzt, oft befand sich dazwischen der horizontale Strich, das Zeichen für einen halben Fehler, während bei Roman halbe zu ganzen und ganze zu schweren geworden waren, zusammengezogen nach einem verschachtelten System, das keinen Akzentirrtum ausließ und dessen böse Absicht nicht ohne weiteres nachzuweisen gewesen wäre. Roman hielt, während der Unterricht weiterging, das Heft aufgeschlagen und versuchte so ein einziges Mal, die Speckrolle durch offene Aufsässigkeit zu zwingen, Notiz von ihm zu nehmen.

Aber sie nahm keine Notiz von Roman Bertini. Sie sah seine Extemporale nach, füllte die Ränder mit roten Strichen und setzte darunter die Noten Mangelhaft oder Ungenügend und besser dagegen fielen die Zensuren für Cesar aus, und wenn Roman in vorsichtigen Andeutungen von Systematik und Methode sprach, so schüttelten die Mitschüler ratlos die Köpfe – mit Antisemitismus hätten die schlechten Zeugnisse doch kaum zu tun, denn würde der sich auch gegen Cesar richten, oder gegen David Hanf, der in der Nebenklasse ebenfalls von Speckrolle in den Altssprachen unterrichtet werde, ohne ähnliche Folgen?

Sie rieten ihm, sich besser vorzubereiten.

Als Roman Bertini im Laufe des Sommers einsah, dass er diesem fürchterlichem Kampf verlieren würde; als er die wohldurchdachte Strategie der Speckrolle erkannte, nämlich ihn auszuspielen gegen Cesar und David Hanf und ungenügender Leistungen in mehreren Fächern wegen von der Schule zu vertreiben, da kamen ihm Gedanken, die sein Wesen langsam, aber stetig veränderten.

Aus: Ralph Giordano: Die Bertinis, Fischer 2005, S. 139ff.

Hinrich Wriede, Martin Duttge, Friedrich Grimmelshäuser

Die braunen Lehrer des schwarzen Schülers

Hans-Jürgen Massaquoi, 1926 als afrodeutscher Sohn in Hamburg geboren, hat 1999 seine Kindheits- und Jugenderinnerungen in der Autobiografie „Neger, Neger, Schornsteinfeger!“ veröffentlicht. Wer waren die darin beschriebenen Lehrer Duttge und Grimmelshäuser und der Schulleiter, Hinrich Wriede? Wie wurden sie zu braunen Rassisten und was ist aus ihnen nach 1945 geworden?

Bei Hans-Jürgen Massaquoi's Geburt am 19.1.1926 war sein Großvater Generalkonsul von Liberia in Hamburg und erster Diplomat eines afrikanischen Landes in Deutschland. Hans' Vater studierte in Dublin. Nachdem er zunächst in des



Hans-Jürgen Massaquoi

Großvaters Diplomatenvilla gewohnt hatte, zog Hans-Jürgen Massaquoi mit seiner Mutter, der deutschen Krankenschwester Berta Baetz, nach Barmbek-Süd. Hier wurde er in die Schule Käthnerkamp 8 eingeschult. In Barmbek lernte er Platt und Missingsch und sah sich mit Lehrern konfrontiert, die die Rassenideologie der Nationalsozialisten lebten, alle „Nichtarier“ als minderwertig behandelten und quälten. Zu ihnen gehörten der Schulleiter Hinrich Wriede, sein Stellvertreter, Martin Duttge, und Massaquois neuer Klassenlehrer, Friedrich Grimmelshäuser. Hier sollen die beschriebenen Erlebnisse und Empfindungen des afrodeutschen Schülers und die Nazibiografien seiner Lehrer nachgezeichnet werden.

Hinrich Wriede

Hinrich Wriedes Nazikarriere begann mit seinem Eintritt in die NSDAP am 1.5.1933 (Mitgliedsnummer 3 009 967). Er wurde am 11.7.1933 Schulleiter der Volksschule Käthnerkamp 8 in Barmbek. Seinen ersten Auftritt vor der gesamten Schülerschaft und dem Kollegium schilderte Massaquoi so: „Herr Wriede trat gegen Ende des zweiten Schuljahres in mein Leben, an dem Tag, als er unser neuer Schulleiter wurde. Um sich uns vorzustellen, ließ er alle Schüler und Lehrer auf dem Schulhof angetreten, wo er in seiner braunen NS-Uniform in Schaftstiefeln und Breeches umher

schritt wie ein General bei der Truppeninspektion. Erklärtes Ziel seines Auftritts war es, Lehrern und Schülern gleichermaßen klarzumachen, daß an der Käthnerkampschule ein neuer Wind wehte und daß fortan alles nach Wriedes Art und Weise zu laufen hatte – wenn wir wüssten, was er meinte. Natürlich wussten wir Kinder nicht, was er meinte, doch seinem Ton nach zu urteilen, ahnten wir, daß wir von ‚Wriedes Art und Weise‘ nicht sonderlich begeistert sein würden.

Während er vor uns auf und ab marschierte, entdeckte er mich inmitten der Jungen und fixierte mich mit einem hasserfüllten Blick, wie eine Schlange, die ihre Beute hypnotisiert. ‚Ich werde dafür sorgen, daß meine Schüler stolz darauf sind, deutsche Jungen in einem nationalsozialistischen Deutschland zu sein‘, verkündete er, ohne mich aus den Augen zu lassen.“¹ Hinrich Wriede, am 4.9.1882 in Finkenwerder geboren, war vor 1933 ein durchaus positiv aktiver und umtriebiger Mensch gewesen. Wenig deutete damals auf seine spätere nationalsozialistische Schulleiterkarriere hin. In Finkenwerder (Westerschule) und später auf St. Pauli von 1887 bis 1898 zur Schule gegangen, hatte er danach die Lehrerbildungsanstalt in Hamburg besucht (von 1898 bis 1904). Am 16.5.1907 bestand er die Prüfung zur festen Anstellung als Lehrer.² Kurz zuvor, am 2.12.1906 hatte er mit seinem Vetter Johann Kinau (Künstlername: Gorch Fock) in der Kombüse des Kinauschen Fischkutters „HF 125“ die Finkwarder Speeldeel gegründet. Hinrich Wriede schrieb selbst einige plattdeutsche Stücke, bekannt geworden ist sein viel aufgeführtes Lustspiel „Leege Lüd“, 1914 im Quickbornverlag veröffentlicht.³ Er fungierte auch als Spielleiter der Finkwarder Speeldeel, bis er 1930 Finkenwerder verließ und als Lehrer nach Hamburg ging. In Finkenwerder hatte Wriede als Lehrer an der Westerschule gearbeitet, die er auch schon als Schüler besucht hatte. Die Westerschule war klein, fünf Lehrer, eine Lehrerin, mit Schulleitung in den Zeiten der Selbstverwaltung. Alle drei Jahre im rotierenden Verfahren fungierte einer der Lehrer als Schulleiter. Später rühmte sich Hinrich Wriede, schon in Weimarer Zeiten Schulleiter gewesen zu sein, gedacht als Beleg demokratischer Vergangenheit und Akzeptanz. Parallel zum Eintritt in die NSDAP trat er auch dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) bei, wurde Gauredner für die NSDAP und den NSLB und darüber hinaus Mitglied verschiedener anderer nationalsozialistischer Organisationen. Am 1.10.1937 ging er in die SA-Reserve, wo er Scharführer wurde. Der Entnazifizierungsausschuss bezeichnete ihn später als „sehr betonten und primitiven Nationalsozialisten“.⁴ Wriede widmete sich seit 1933 intensiv der Parteiarbeit. 1934 und 1937 wurde er zum Reichspartei-



Hinrich Wriede

tag in Nürnberg vom Dienst als Schulleiter beurlaubt, er absolvierte Lehrgänge bei der Gauführerschule (1935 und 1936), hielt Vorträge bei der Deutschen Arbeitsfront (DAF) als Gauschulungswalter. Er nahm an Tagungen der niederdeutschen Schriftsteller teil und arbeitete in Goebbels Reichsschrifttumskammer als Fachberater für Plattdeutsch. 1941 litt er an einem Herzmuskelschaden, am 16.4.1942 gratulierte Senatssyndikus Ernst Schrewe zum 40jährigen Dienstjubiläum und überreichte im Namen des Führers das damals sogenannte Treue- und Ehrenzeichen. Der kranke Wriede wurde mit Ablauf des 30.6.1942, knapp 60jährig, pensioniert. In seiner Schulleiterzeit bekam der schwarze Schüler Massaquoi die Abneigung des braunen Schulleiters Wriede immer wieder zu spüren.

Zwei Szenen aus den Erinnerungen Hans-J. Massaquois sollen das veranschaulichen. Massaquoi beschrieb Wriede „als fanatischen Anhänger Hitlers, was er auch dadurch unterstrich, dass auch er ein allerdings rötlichblondes Hitlerbärtchen trug“.⁵ Hans-J. Massaquoi schilderte eine Sportvertretungsstunde: „Zum erstenmal bekam ich Wriedes Abneigung deutlich zu spüren, als er für unseren erkrankten Sportlehrer einsprang. Er erklärte, er wolle diese Gelegenheit für eine Mutprobe nutzen, um die Feiglinge von den Jungen mit Courage zu trennen. Das allein machte mir noch nichts aus, da ich überzeugt war – und auch schon öfter bewiesen hatte –, dass ich mindestens so viel Mut besaß wie jeder andere in meiner Klasse. Wriede führte uns in die Turnhalle, wo wir aus verschiedenen Turngeräten – Barren, Seitpferde, Schwebebalken und so weiter – einen großen kreisförmigen Hindernislauf aufbauen mussten. Die Hindernisse folgten in so großen Abständen aufeinander, dass man schon über ein gewisses Geschick verfügen musste, um von einem Gerät zum anderen zu springen. Eine Lücke war so groß, dass sie nur zu bewältigen war, indem man nach einem dicken Seil hechtete, dass von der Decke hing, und sich dann wie Tarzan zum nächsten Hindernis schwang. Als zusätzliche Schwierigkeit postierte Wriede dort einen Jungen, der das Seil mit einer langen Stange ständig in Bewegung hielt. Ich ging davon aus, dass ich den Hindernislauf ohne Probleme schaffen würde, und wartete zuversichtlich, bis ich an die Reihe kam. Als es soweit war, hatten die meisten Jungen den Lauf schon erfolgreich gemeistert, nur einige waren gescheitert und auf Wriedes Anordnung in die ‚Feiglinge-Ecke‘ verbannt worden. Die ersten Hindernisse nahm ich mühelos, doch als ich zu der großen Lücke kam, stand dort Wriede und hielt die lange Stange nun selbst in der Hand. Statt das Seil hin und her zu schwingen, hielt er es so, dass ich es unmöglich erreichen konnte. Ich wartete, dass er es wieder zu mir schwingen ließ, um danach zu springen, doch er rief nur: ‚Feigling! Du hast keinen Mut.‘ Ich konnte mir einfach nicht vorstellen, dass er so unfair war, und wartete noch einen Augenblick ab, doch er wurde noch wütender und rief: ‚Aus dem Weg. Mach Platz für jemanden, der Mut hat. Los, rüber zu den anderen

Feiglingen.' Widerwillig gehorchte ich und trollte mich zu der kleinen Gruppe von Ausgeschiedenen. Ich fühlte mich wie geprügelt – obwohl mir eine Tracht Prügel weniger weh getan hätte, als zu Unrecht als Feigling gebrandmarkt zu werden.“⁶ Als die Schule Käthnerkamp in eine Sonderschule umgewandelt wurde, mit der Konsequenz, alle bisherigen Schüler auf andere Schulen zu verteilen, wurden alle Schüler zum Abschied in den Zeichensaal geführt. In den Erinnerungen Massaquois fand diese Veranstaltung folgendermaßen statt: „Der Höhepunkt war eine Abschiedsrede von Schulleiter Wriede. Wie üblich hatte er die Gelegenheit genutzt, seine über alles geliebte NS-Uniform anzuziehen, und als er hinter dem Rednerpult eine ähnliche Pose einnahm wie Hitler auf dem lebensgroßen Porträt an der Wand, konnten sich einige Jungen ein Kichern nicht verkneifen. Sichtlich verärgert über die Störer, ließ Wriede uns wissen, dass die unbeschwerten Zeiten für uns bald vorbei seien und dass wir in nicht allzu ferner Zukunft keine Jungen mehr sein würden, sondern Männer, die den jeweils für uns vorgesehenen Platz im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands einzunehmen hätten. Plötzlich schnappte seine Stimme über und nahm einen schrillen Falsetton an, was bei den Schülern grölendes Gelächter auslöste. Die ganze Zeit über war ich nervös auf meinem Stuhl hin und her gerutscht. Zwar entging auch mir nicht, wie lächerlich diese stocksteife Figur dort auf dem Podium wirkte, doch ich hatte inzwischen gelernt, mich zu beherrschen und nicht mitzumachen, wenn meine Mitschüler ihrer Erheiterung hemmungslos Ausdruck verliehen. Mehr als einmal hatte Wriede mich für die Sünden der ganzen Klasse büßen lassen. Obwohl es mein letzter Tag an der Käthnerkampschule war, hielt ich es für klüger, auf Nummer Sicher zu gehen, solange ich noch Wriedes Gerichtsbarkeit unterstand, um dem bösartigen Schulleiter keinen Vorwand für irgendwelche Strafaktionen zu bieten. Er erzählte seinen jungen Zuhörern, dass ihnen eine beneidenswerte Zukunft bevorstehe und dass sie in einigen Jahren alt genug seien, in der besten Armee zu dienen, die die Welt je gesehen habe. Die deutsche Wehrmacht biete jungen Männern, die dem Ideal des Führers entsprächen, unbegrenzte Möglichkeiten, sagte er und fügte hinzu: ‚Ich weiß, dass ich mich, solltet ihr einmal dazu auserkoren werden, für euren Führer und euer Vaterland zu kämpfen, darauf verlassen kann, dass ihr euer Bestes geben werdet.‘ Dann fixierte er mich mit einem vernichtenden Blick und sagte: ‚So mancher wird sich jedoch nicht die Ehre verdienen, die Uniform eines deutschen Soldaten zu tragen. Denen kann ich nur einen Rat geben: Verschwindet aus Deutschland, solange ihr noch könnt, denn das zukünftige Deutschland wird ein Deutschland von Soldaten und nicht von Feiglingen und Drückebergern sein. Der Führer wird dafür sorgen, dass Deutschland nie wieder zu einer Zufluchtsstätte für verräterisches nichtarisches Gesindel wie Juden, Neger und andere Außenseiter wird. Adolf Hitler lässt nicht zu, dass sie das edle deutsche

Blut schänden und das deutsche Volk um den Lohn seiner schwer errungenen Siege betrügen.' Bei dem Wort ‚Neger‘ versuchte ich vergeblich, mich hinter dem Rücken eines kleineren Klassenkameraden zu verstecken. Wie auf Kommando hatten alle in der Aula den Kopf nach mir umgedreht, um sich den Jungen genauer anzusehen, den der Schulleiter soeben als Feind des deutschen Volkes gebrandmarkt hatte. Mein Herz klopfte so laut, dass ich fürchtete, es wäre im ganzen Saal zu hören. Mir zitterten die Knie, und ich war in Schweiß gebadet. Ich wünschte, der Boden würde sich öffnen und mich verschlucken, damit ich nicht länger den demütigenden Blicken meiner Mitschüler ausgesetzt war. Doch der Boden verschluckte mich nicht, und ich musste die Blicke aushalten. Wie schon so oft hatte Wriede mich in seinem Ärger über das Gelächter der Schüler zum Sündenbock gemacht. Unterdessen beschwor er weiter die Segnungen einer militärischen Laufbahn. ‚Einige von euch werden irgendwann auf dem Felde der Ehre fallen und damit zu den ehrenvollsten Männern im deutschen Staate überhaupt zählen, zu denen, die von der Vorsehung als würdig erachtet wurden, ihr Leben für unseren geliebten Führer und die Zukunft unseres geliebten Vaterlandes hinzugeben. Mit diesen Gefühlen im Herzen sage ich euch Lebewohl. Lang lebe unser Führer! Lang lebe Deutschland!‘⁶

So sehr Wriede als Nationalsozialist und in seiner rassistischen Haltung als Schulleiter gegenüber Hans J. Massaquoi Schuld auf sich geladen hat, in den Jahren zuvor, insbesondere für die Pflege der niederdeutschen Sprache, hatte er durchaus etwas geleistet. Als Spielleiter der Finkwarder Speeldeel und als plattdeutscher Autor war Hinrich Wrede nicht ohne Erfolg. 1920 bemühte er sich, bei der Gewerbepolizei in Hamburg eine Theaterlizenz für die Aufführungen der Speeldeel zu erwerben. Er bekam anerkennende Unterstützung, so etwa vom Dramatiker Alexander Zinn, der ihm „künstlerische Leistungen und eine menschliche und dichterische Persönlichkeit“ bescheinigte.⁷ Auch der Dramaturg und Regisseur des Altonaer Theaters lobte Wriede und attestierte ihm die Fähigkeit, „ein heimisches Spiel sehr wirkungsvoll einstudieren“ zu können. Richard Ohnsorg unterstützte Wriede und der Schutzverband deutscher Schriftsteller bezeichnete die Speeldeel als „eine im kulturellen Sinne außerordentlich begrüßenswerte Pionierarbeit“. Nur der Deutsche Bühnenverein polemisierte gegen die gewünschte Spielerlaubnis eines „reinen Dilettantenunternehmens“.⁸ Wriede war noch anderweitig schriftstellerisch aktiv. 1927 gab er mit dem Herausgeber der Zeitschrift „Volk und Rasse“, Walter Scheidt, ein Buch heraus: „Die Elbinsel Finkenwärder“.⁹ Während Wriede eine durchaus lesenswerte Untersuchung über Finkenwärder (damalige Schreibweise) und seine Bevölkerung zusammentrug und kulturelle Eigenheiten und sprachliche Besonderheiten beschrieb, profilierte sich Walter Scheidt mit einer „rassenkundlichen und volkstums-

kundlichen Erhebung“. Es überrascht kaum, dass Scheidt dann 1933 zum ersten Direktor des neu gegründeten Lehrstuhls für Rassenbiologie an der Hamburger Universität ernannt wurde. Am 11.11.1933 gehörte Walter Scheidt zu den Unterzeichnern des „Bekennnisses der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und den nationalsozialistischen Staat“.¹⁰

Nachdem Wriede Finkenwerder verlassen hatte, um in Hamburg als Lehrer zu arbeiten und nach Volksdorf zog, wo er seit 1920 ein Grundstück besaß, blieb er als Leiter der niederdeutschen Vereinigung Quickborn weiter aktiv für die „niederdeutsche Sprache“.

Wo fanden in seiner Biografie die Brüche statt?

Schwarz-Weiß-Malerei wäre fehl am Platz. Aber auffällig ist die Nähe vieler Aktivisten der plattdeutschen Sprache und der niederdeutschen Bühne zu den Nationalsozialisten. Da ist Hinrich Wriede kein Einzelfall. So war der Hamburger Schulleiter und Schriftsteller Bruno Peyn, NSDAP- und SA-Mitglied, Leiter der Fachgruppe Niederdeutsch in der Hamburger Landesleitung der Reichsschrifttumskammer. Zur Arbeitstagung dieser Fachgruppe im Gau Hamburg erschienen als Teilnehmer am 24.–27.8.1935 neben Hinrich Wriede auch Rudolf Kinau und Hermann Claudius.¹¹ Enge Beziehungen gab es zum Intendanten der Niederdeutschen Bühne, Richard Ohnsorg, ehemaliger Burschenschaftler. Johannes Saß, Hamburger Schulleiter und NSDAP-Propagandaredner war Gaukulturwart für niederdeutsche Sprachpflege und plattdeutsche Rechtschreibung, nach 1945 launiger Moderator und Rezitator auf niederdeutschen Dichtertagungen.

Ein Schlüssel für Wriedes Entwicklung lag sicherlich in seinen Erfahrungen im Ersten Weltkrieg. Das hatte er mit vielen anderen nationalsozialistischen Aktivisten im Bildungsbereich gemeinsam. Heimat, nationaler Stolz, Feindorientierung als Offizier (Leutnant) im Krieg, gekränkter Stolz und Depression nach dem verlorenen Weltkrieg.

Wie schmal der Grat war, wie leicht der Fall auf die falsche Seite sein konnte, wenn Heimat, Volk und Vaterland, in Abgrenzung, Chauvinismus und Nationalismus umgedeutet wurden, zeigten die Erinnerungen Wriedes an seinen Jugendfreund Johann Kinau.¹²

Johann Kinau, Künstlername Gorch Fock, Schriftsteller, Vetter und Nachbar von Hinrich Wriede, war 1916 in der Seeschlacht im Skagerrak zu Tode gekommen, genauer: ertrunken. Wriede hat in dem Gedenkbuch 1937 seine Erinnerungen an Gorch Fock beschrieben. Zum selben Zeitpunkt also, als der Schulleiter Wriede den Schüler Hans-J. Massaquoi quälte. Wriede stilisierte Gorch Fock zwanzig Jahre nach dessen Tod „als Held des 1. Weltkrieges“, zum „Wegbereiter des Nationalsozialismus“¹³. Richtig ist, dass Gorch Fock mit seinem 1913 erschienenen Roman „Seefahrt



Johann Kinau (Gorch Fock)

tut not“ berühmt wurde und offenbar den damaligen Zeitgeist traf:

„Heldentum war ganz groß in Mode, mit ungebremstem Hurra-Patriotismus taumelte Deutschland unter Führung des Kaiser Wilhelm II. in den Ersten Weltkrieg.“¹⁴

Der Wriede-Text gibt aber aus meiner Sicht die Verblendung des Autoren wieder, wenn er Gorch Fock fast 25 Jahre später eher propagandistisch instrumentalisiert als ihm gerecht zu werden. Seine Argumentation baute sich folgendermaßen auf: „Immer wieder bestimmte zuletzt doch der Kampfes- und Lebenswille seines nordischen Blutes seine Haltung und stets gelang es ihm, Furcht, Kleinmut und Träumerei zu überwinden, ja selbst sein dichterisches Werk hintanzusetzen, wenn es galt, einen Kampf zu führen.“¹⁵

Wriede deutete alles nachträglich im NS-Sinne um. Was er mit Kinau 1900 erlebt hatte, wurde 1937 der nationalsozialistischen Ideologie eingepasst: „Alles Große, Heldische, Kämpferische wuchs aus ihm hervor aus einer gewaltigen seelischen und geistigen Spannung, die als rassische und persönliche Anlage von seinen Vorfahren her in ihm wirksam war. Alles, was er sah, erlebte, wünschte und wollte, das sah, erlebte und tat er mit solcher Urgewalt und Kraft, daß er alles Kleine und Alltägliche hinwegschwemmte.“¹⁶

Johann Kinau wurde beschrieben als ein relativ kleiner Junge, der immer wieder bemüht war, seine Furcht zu überwinden. Bei Wriede hieß es: „Und doch, hätte sich Gorch Fock nicht zu dieser Haltung der Furchtlosigkeit durchgerungen, er wäre nicht das geworden, als was wir ihn heute am höchsten schätzen: Ein Vorreiter zum völkischen Leben und Handeln.“¹⁷

Sicherlich kann der 1916 in der Seeschlacht im Skagerrak ertrunkene Johann Kinau nicht für Wriedes Aussage in Vorbereitung des nächsten kriegerischen Wahnsinns vereinnahmt werden: „Wieviel deutsches Blut ist dahingeflossen, ohne Deutschland zu nützen! Denn von Urzeiten her liegt es in unserem Blute, kämpfend und sterbend die Welt zu erobern, gleichgültig, ob für uns selbst oder für andere. Heute aber wissen wir, daß Kampf und Heldentum erst dann ihren letzten und tieferen Sinn erhalten, wenn sie eingesetzt werden für Leben, Freiheit und Ehre von Volk und Vaterland.“¹⁸

Wobei Kinau in Briefen an Wriede 1914 Aussagen machte, die Wriede 1937 im Sinne der Nationalsozialisten nutzte. Kinau schrieb 1914 an Wriede: „Eine ungeheure Wetterwolke hängt über Deutschland. Aber wir sind die Enkel der Nibelungen“ und: „Möchte unser Glaube an Deutschlands Sieg nicht zuschanden werden. Nein, er kann es nicht, uns bleibt keine andere Wahl, als zu siegen.“¹⁹

Am Ende zeigte sich, wie Hinrich Wriede als erprobter Gauredner der NSDAP seinen Schul- und Jugendfreund Johann Kinau/Gorch Fock zum Kronzeugen Adolf Hitlers machte, wie Heimatliebe und nationaler Stolz missbraucht wurden: „Denn gerade, weil bei ihm Wort und Tat zur Einheit verschmolzen sind, weil er unter seine Worte über Volk und Vaterland das Siegel mit seinem Herzblut gesetzt hat, haben sich in ihm früh alle Deutschen zusammengefunden, die ihr Volk und Vaterland über alles lieben. So ist er Wegbereiter des Nationalsozialismus geworden; denn sein Leben und sein Tod sind Beispiel und Mahnmal zugleich, die uns Nachfahren das Wort zurufen: ‚Für Deutschland!‘“²⁰

Krankheitsbedingt wurde Hinrich Wriede am 30.6.1942 pensioniert. Schon im Jahr zuvor war er an einem Herzmuskelschadens behandelt und zur Kur geschickt.²¹

Im Entnazifizierungsverfahren musste er auch als Pensionär den Fragebogen ausfüllen. NSDAP-Mitgliedschaft, SA-Tätigkeit, Reichskulturkammeraktivität mussten aufgeführt werden. Wriede vermerkte, von 1928 bis Februar 1930 Mitglied der SPD gewesen zu sein. Seine schriftstellerische Tätigkeit nannte er „unpolitisch“. Und: „Ungefähr 40 Jahre stehe ich in der Volkstumsarbeit.“ Wie fasste der Beratende Ausschuss für die Entnazifizierung sein Urteil zusammen: „Wriede war ein sehr betonter und primitiver Nationalsozialist.“²²

Als Hinrich Wriede am 2.5.1958 starb, veröffentlichte das „Hamburger Abendblatt“ einen Nachruf: „Das Plattdeutsche ist wieder um einen seiner echten und bewährten Heimatdichter ärmer geworden. Weiterleben wird er fraglos mit einigen Bühnenstücken, die ihm besonders am Herzen lagen.“²³

Der Entnazifizierungs-Fachausschuss setzte am 15.11.1948 Wriedes Versorgungsbezüge herab auf die eines Volksschullehrers. 1953 wurde diese Beschränkung aufgehoben, Wriede erhielt die volle Pension eines Schulleiters.

In Bremen ist die Hinrich-Wriede-Straße nach ihm benannt worden.²⁴

Friedrich Grimmelshäuser

Hans Massaquois Lehrerin während der ersten beiden Schuljahre, die ihn freundlich und fair behandelt hatte, wurde an eine andere Schule versetzt und der Klasse mitgeteilt, „dass ein anderer Lehrer, Herr Grimmelshäuser (Massaquoi schreibt den Namen in seiner Autobiografie ohne Umlaut, d. L.), ihren Platz einnehmen würde.“

Es verging kein Tag, an dem nicht irgendwelche abfälligen Kommentare über die Juden gemacht wurden. ‚Wenn die Juden nicht gewesen wären‘, beteuerte Herr Grimmelshäuser, ‚hätte Deutschland den Krieg gewonnen.‘

Herr Grimmelshäuser, ein großer, schlaksiger Mann mit dunklem, welligem

Haar und schwarzer Hornbrille, erklärte uns den Begriff ‚Dolchstoß‘, demzufolge die Juden mit ihren Lügengeschichten über deutsche Niederlagen die Zivilbevölkerung schließlich zu der Überzeugung gebracht hätten, dass jede weitere Kriegsanstrengung vergeblich wäre.

Herr Grimmelshäuser las uns mit Begeisterung Artikel aus dem Stürmer, dem Völkischen Beobachter und dem Angriff vor, drei Naziblättern, die von judenfeindlicher Hetze nur so triefen. Doch damit nicht genug. Eines Tages verkündete er, dass wir uns einen Film ansehen würden, der uns einen sehr viel genaueren Eindruck davon vermitteln könnte, wie die Juden tatsächlich seien. Das filmische Machwerk stellte Juden als verschlagene, wild gestikulierende, moralisch und körperlich unsaubere Wesen dar. Doch dieser Film war noch eine gemäßigte Version des sogenannten ‚Dokumentarfilms‘ ‚Der ewige Jude‘, der zu Beginn der vierziger Jahre in die Kinos kam und als einer der perfidesten antisemitischen Propagandafilme gilt. Er zeigte angeblich Juden in überfüllten Ghettos, wie sie verstohlen dahineilen, um ihren unsauberen Geschäften nachzugehen. Als nächstes schwenkte die Kamera auf abstoßend aussehende Ratten, die ‚verstohlen dahineilen‘, um Abfälle und Aas zu suchen. Damit auch ja niemandem die Parallelsetzung von Juden und Ratten entging, erklärte ein Sprecher, dass Juden ebenso wie Ratten Ungeziefer seien, dass sie Krankheiten und Seuchen verbreiten und daher aus der Gesellschaft getilgt werden müssten.

Solche Filme hinterließen einen tiefen Eindruck bei uns Kindern. Noch Wochen später schauderte uns bei dem Gedanken, körperlichen Kontakt mit Juden zu haben. Das erklärte Ziel der Juden, so machte man uns glauben, war die totale Vernichtung des edlen Volkes und seiner edlen Kultur.

‚Warum verhaftet die Polizei sie nicht einfach und steckt sie ins Gefängnis?‘ fragte ein Klassenkamerad, nachdem Herr Grimmelshäuser wieder mal eine antijüdische Rede vom Stapel gelassen hatte.

‚Nur Geduld, mein Junge‘, meinte unser Lehrer zu dem empörten Kind. ‚Ich bin sicher, dass der Führer zur passenden Zeit schon eine Lösung finden wird.‘ Weder ich noch Herr Grimmelshäuser, glaube ich, ahnten damals, wie nah er damit der schrecklichen Wahrheit kam.“²⁵

Friedrich Grimmelshäuser, am 13.4.1887 in Hamburg geboren, besuchte die Volksschule bis 1901, danach das Lehrerseminar in Hamburg, arbeitete nach der Lehrprüfung, 1908, in Hamburg, von 1908 bis 1939 am Käthnerkamp 8.

Grimmelshäuser war seit dem 1.5.1933 NSDAP-Mitglied und stieg im Laufe der Jahre innerhalb der Partei kontinuierlich auf. Von 1933 bis 1936 politischer Zellenleiter, von 1936 bis 1944 erst Ortsgruppenorganisationsleiter, dann Propagandaleiter, ab dem 1.10.1944 sogar Vertreter des Ortsgruppenleiters im Ortsamt.²⁶

Am 31.8.1945 war er aus dem Schuldienst entlassen, drei Tage zuvor von der Kripo verhaftet worden, und, wie viele andere Nationalsozialisten in politischen Funktionen, bis zum 18.1.1946 im Civilian Internment Camp in Neumünster inhaftiert worden.

Der Beratende Ausschuss bezeichnete ihn im Entnazifizierungsverfahren als einen der „aktivsten und unsympathischsten führenden Parteigenossen in Volksdorf“.²⁷

Zur Begründung wurde angeführt: „Er machte den Eindruck eines beschränkten und sturen Menschen. Es ist erschütternd zu denken, dass solche Menschen Macht über andere Menschen ausgeübt haben.“²⁸

Und der neue Schulrat Hans Brunckhorst stellte fest, dass Grimmelshäuser „in Volksdorf als eifriger Nationalsozialist bekannt war, dem man gern aus dem Weg ging.“²⁹ Vom Beratenden Ausschuss darauf angesprochen erklärte Grimmelshäuser: „Die Leute hatten eben Angst vor der Partei.“³⁰

Diesem Menschen war der 7jährige Hans Massaquoi als Klassenlehrer ausgeliefert.

Als Leumundszeugen für Grimmelshäuser traten nach 1945 Nachbarn ein, die ihn als hilfsbereit bezeichneten. Einer, Erich Sasse, fügte dabei hinzu: „Es ist mir wohl aufgefallen, dass Herr G. sich nicht besonderer Beliebtheit erfreute, aber ich schreibe das seinem Charakter (kurz angebunden) zu.“³¹

Zum Charakter Grimmelshäusers gehörte es auch, wie er sich nach 1945 verteidigte. Mit einem Drittel seines Lehrergehaltes in den Ruhestand versetzt, als Bauhilfsarbeiter mit Trümmerräumen beschäftigt, beklagte er, dass vergleichbare NS-Funktionäre bei der Entnazifizierung besser weggekommen seien. Detailliert listete er diese mit ihrer jeweiligen NS-Funktion auf. Der für ihn zuständige Berufungsausschuss stellt dazu am 25.6.1948 nüchtern fest:

„Wenn, wie Grimmelshäuser behauptet, andere stärker Belastete günstiger abgeschnitten haben, so kann dieser Ausschuss das nur bedauern, aber nicht ändern.“³²

Zu den Unsäglichkeiten in den Entnazifizierungsverfahren gehörte es, dass NS-Belastete sich gegenseitig Persilscheine ausstellen. So attestierte der für den Bezirk Wandsbek zuständige NS-Schulrat und NSDAP-Ortsgruppenleiter Hugo Millahn, dass keinerlei Beschwerden von Schulleitern in Volksdorf gegen Grimmelshäuser vorgelegen hätten und dass Grimmelshäuser keinen überragenden Einfluss in der NSDAP-Ortsgruppe gehabt hätte. Selbst Hinrich Wriede bescheinigte am 7.4.1947, „dass G. pünktlich seinen Dienst versah, bei Schülern und Eltern gleichermaßen beliebt war und seine Klassen gut abschnitt.“³³

Da war die Meinung von Hans-J. Massaquoi und seiner Mutter nicht gefragt gewesen.

Martin Duttge

„Es ist schwer zu sagen, wer von den zwei bigottesten und fanatischsten meiner Lehrer der schlimmere war, Herr Wriede oder Dutke (von Massaquoi so geschrieben, d. L.) mit seiner Hornbrille. Letzterer trug stets stolz seine NS-Uniform zur Schau, wenn er seinen Volkskundeunterricht gab, den er meist nutzte, um seiner Feindseligkeit gegenüber Nicht-Ariern Luft zu machen. ‚Lass dieses negerhafte Grinsen‘, fauchte er mich einmal an, als ich mit der ganzen Klasse über irgendetwas lachen musste. ‚Neger haben im nationalistischen Deutschland keinen Grund zu grinsen.‘ Um diese Haltung zu untermauern, holte er häufig Schüler nach vorn, die er für typisch arisch hielt. Sie mussten sich vor der Klasse aufstellen, und Dutke wies dann auf ihr blondes Haar, die blauen Augen, den ‚edel geformten Schädel‘ und andere ‚wünschenswerte‘ körperliche Merkmale hin.

Als ein Schüler einmal Dutkes Behauptung, dass Menschen ‚nichtarischen Blutes‘ intellektuell und körperlich minderwertig seien, mit dem Hinweis auf meine schulischen und sportlichen Fähigkeiten in Frage stellte, kanzelte Dutke diesen Schüler ab, weil er es gewagt hatte, ihm zu widersprechen. Dann erklärte er der Klasse, dass ich nur die Ausnahme sei, die die Regel bestätigte, und behauptete, dass ich sämtliche ‚normalen Merkmale‘ von meinem arischen Elternteil geerbt habe. Schließlich spekulierte er, dass das letzte Wort ja noch nicht gesprochen sei und die Möglichkeit bestehe, dass mein minderwertiges Blut irgendwie doch noch die Oberhand gewinnen könnte. ‚Es gibt viele Arten der rassistischen Minderwertigkeit‘, argumentierte er. ‚Ich würde mich nicht wundern, wenn euer Klassenkamerad eines Tages zum asozialen Subjekt wird, beispielsweise ein Krimineller oder Alkoholiker.‘

Anschließend wies Dutke mich an, nach dem Ende der Stunde den Raum nicht zu verlassen. ‚Was ich dir zu sagen habe, dauert nicht lange‘, knurrte er, nachdem alle anderen Schüler fort waren. Er musterte mich verächtlich durch seine dicke Hornbrille und warf mir vor, die Klasse gegen ihn aufbringen zu wollen und ihm gegenüber mit meinem dauernden ‚negerhaften Grinsen‘ ein respektloses Verhalten an den Tag zu legen. ‚Eins kann ich dir sagen, junger Mann. Dir wird das Lachen noch vergehen. Wenn wir mit den Juden fertig sind, bis du und deinesgleichen nämlich als nächstes dran. Heil Hitler.“³⁴

Auch der dritte braune Quälgeist des Hans-J. Massaquoi war ein besonders unangenehmer Zeitgenosse. Martin Duttge, am 18.4.1903 in Makersdorf, Kreis Görlitz geboren, war über das Lehrerseminar in Fraustadt in den Beruf gekommen, hatte die ersten Jahre an einer privaten Mädchenschule gearbeitet, kam 1929 als Hilfslehrer an den Kätthnerkamp und wurde am 1.4.1930 fest angestellt. Am Kätthnerkamp avancierte er zum stellvertretenden Schulleiter, nachdem auch er am 1.5.1933 in die

NSDAP eingetreten war und als Ortsgruppenamtsleiter im NSLB fungierte. Seine Personalakten durchziehen drei Motivationsstränge: Die materielle Not der Lehrer in den Jahren der Weimarer Republik traf auch Martin Duttge, der drei Kinder zu ernähren hatte und dessen Frau drei weitere Kinder bei der Geburt oder kurz danach verlor. Duttge und seine Familie hatten viele Krankheitsfälle auch finanziell zu bewältigen. Und er versuchte auch deswegen und mit magerem Erfolg, Karriere zu machen. Über die Partei, über Lehrgänge an der Parteiführerschule.³⁵ Dabei schreckte er nicht vor üblen Denunziationen zurück. Am 18.7.1933 schickte er ein siebenseitiges Denunziationsschreiben an die Parteileitung der NSDAP über die Ortsgruppe Barmbek-Nord. Namentlich wurde die Hälfte des Kollegiums Käthnerkamp verleumdet, einerseits des Opportunismus bezichtigt (Anbiederung an NSDAP und NSLB), andererseits des Marxismus beschuldigt. So der Kollege Karl Neumann, der sich als Schulleiter beworben hatte und dem Duttge eine marxistische Einstellung unterstellte. Wobei Neumann laut seiner Personalakte selbst am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten und Ortsgruppenamtsleiter des NSLB seit dem selben Tag war, Hitler später auf mehreren Parteitag in Nürnberg zujubelte und am 11.7.1933 Schulleiter an der Schule Von-Essen-Straße 124 wurde.³⁶ Möglicherweise zuviel für den weniger erfolgreichen Duttge.



Martin Duttge

Duttge benannte als verlässliche NSDAP-Mitglieder in seinem wirren Schreiben lediglich sich und Grimmelshäuser.

Auch seine Verteidigungsschrift nach dem frühen Ende des „Tausendjährigen Reiches“ glich einem Konglomerat von langatmigen Schutzbehauptungen und denunziatorischen Verdrehungen. Es begann mit der Aussage: „Mein Eintritt in die Partei erfolgte lediglich aus Sicherheitsgründen zur Abwehr politischer Intrigen und hatte nichts mit einer etwaigen Billigung oder beabsichtigten Förderung des Nationalsozialismus zu tun.“ Als Zeugen dafür benannte er u.a. seinen Kumpanen Grimmelshäuser. Duttge gerierte sich mit seinen Schriftsätzen im August 1946 nahezu als Widerstandskämpfer. Rührig erwies er sich dabei, Leumundszeugnisse von Nachbarn und Bekannten herbeizubringen.³⁷

Interessant und bezeichnend für die Person des Martin Duttge ist der Bericht, den einmal mehr Schulrat Gustav Schmidt über ihn am 21.8.1946 schrieb. Schmidt war zuständiger Schulrat für den Käthnerkamp in den 1930er Jahren gewesen und wurde 1942 aus der Behörde entfernt, weil er sich weigerte, in die NSDAP einzutreten.

Schmidt über Duttge: „Duttge ist ein Mann ohne feste Haltung. Er wendet sich dorthin, wo er meint, seinen Vorteil zu finden. Die Schulverwaltung hat dafür

ganz üble Beispiele erfahren.“ Er nannte dabei die „üble Denunziation“, die Duttge einreichte und in der er über sich schrieb: „Sei es bei nationalen Feiern, Beflaggen oder irgendeine würdige Raumausstattung, sie kümmern sich um nichts, überlassen diese Angelegenheit meiner Klasse und mir und Pg. Pauls.“ Gustav Schmidt: „Herr Duttge stellte sich hier also ganz offen als ein eifriger und guter Verfechter des Nationalsozialismus selbst hin. Duttge hat im Lehrerbund das Amt eines Ortsgruppenleiters bekleidet, zu solchen Ämtern (wurden) stets nur zuverlässige Parteigenossen genommen. Duttge hat auch eine politische Funktion ausgeübt, denn er hat über andere Kollegen Berichte über deren politische Haltung abgefasst.“³⁸

Auch die zahlreichen Dokumente aus der Zeit, in der Duttge sich mit seinen Klassen in Lagern der Kinderlandverschickung (KLV) in Bayreuth und Böhmen aufhielt, werfen kein günstiges Licht auf ihn.

Duttge, der in Barmbek im Haus Rübenkamp 82 ausgebombt war, nahm gegen ausdrückliche Anweisung Frau und Kinder mit in die KLV-Lager, was aus der Not vielleicht nachvollziehbar ist. Der Hamburger Beauftragte für die Kinderlandverschickung, Heinrich Sahrhage stellte fest, „dass der Lagerleiter Duttge bei den Bewirtschaftern erhebliche Schwierigkeiten mache, und dass insbesondere Frau Duttge die eigentliche Triebfeder sei. Es gäbe Zank und Streit mit fast allen Menschen, mit denen Pg. Duttge in der KLV zu tun habe.“³⁹

In seiner Beurteilung über Martin Duttge kam der NSLB-Schulbeauftragte für die KLV, Erwin Zindler, am 27.12.1943 zu folgender Beurteilung: „Duttge tritt mit äußerster Anmaßung mit angeblich unerschütterbarem Recht auf. In Wort und Ton kennt er keine Rücksichten, so dass ihm nicht gewachsene Verhandlungspartner schnell unterlegen sind. Dieser Mangel an Erziehung, den ihm Pg. Zindler hart und eindeutig vorhielt, verbunden mit sehr selbstgerechter Abstreitung, Erinnerung und Auslegung von Tatbeständen, lässt Duttges Charakter als nicht unbedenklich erscheinen. Für den Dienst in der KJLV ist er bei aller Anerkennung seiner Eignung als Lehrer nicht mehr verwendbar. Der Schulverwaltung stelle ich anheim, auch ihrerseits Duttges Verhalten zu rügen.“⁴⁰

Wieder zurück in Hamburg meldete sich Duttge seit dem 31.8.1944 wegen leichten Rheumatismus dienstunfähig. Seine Dienstunfähigkeit erstreckte sich bis zum März 1945, dann wurde er im Ortsamt Uhlenhorst beschäftigt, machte vier Monate Militärdienst als Grenadier – und wurde dann auf Anordnung der Britischen Militärregierung aus dem Beamtenverhältnis entlassen.⁴¹

Aber Duttge lavierte sich mit seinen vielen „Vernebelungsschreiben“ (Gustav Schmidt) durch die Entnazifizierung, wurde 1949 wieder ein Jahr als Angestellter in den Schuldienst übernommen, ab dem 5.4.1950 war er wieder Beamter und arbeitete ab 1952 an der Jahnschule.

Aktiv blieb Duttge vorwiegend in Richtung Schulbehörde, Anträge auf Pflichtstundenermäßigung, 50 Prozent Schwerbehinderung wegen eines Hörschadens, Vorschüsse. Duttge blühte erst wieder auf, als er am 24.1.1966 an die Sonderschule Bokelkamp versetzt wurde. Dort war der ehemalige NSDAP-Schulleiter Claus Hartlef jetzt Schulleiter. Der bestätigte Duttge, „gesundheitlich und leistungsmäßig erfüllt er restlos seine Aufgabe.“ Dort blieb Duttge, Krankheiten waren Vergangenheit, aktiv über das 65. Lebensjahr hinaus. Erst am 31.3.1969 wurde er pensioniert.⁴²

Duttge starb am 18.2.1986.

Nachwort

Hans J. Massaquoi hat seine Peiniger überlebt, folgerichtig Deutschland verlassen und lebte in Detroit. Er hat nie wieder etwas von seinen Lehrern gehört, kannte deren Geschichte nicht. Es gab nur eine weiße Taube in seiner Schulgeschichte:

„Vermutlich eines der ersten Opfer dieser ‚Säuberung‘ war unsere gütige Klassenlehrerin Fräulein Beyle. Am Ende des zweiten Schuljahres teilte man uns lediglich mit, dass sie an eine andere Schule versetzt worden sei und ein anderer Lehrer, Herr Grimmelshäuser, ihren Platz einnehmen würde. Ich habe nie wieder von ihr gehört und weiß nicht, ob man ihr erlaubte, ihre Lehrerkarriere woanders fortzusetzen.“⁴³

Margarethe Beyle wurde an die kleine Schule Wittenkamp im selben Schulkreis versetzt. Über sie gibt es im Staatsarchiv keine Personal- und keine Entnazifizierungsakte. Sie war unspektakulär, einfach nur menschlich und Pädagogin. Im Streit um die Schulleitung am Käthnerkamp im Frühjahr 1933 war sie auf Seiten des Kandidaten Karl Neumann, der gegen Friedrich Gosau antrat. Nationalsozialisten standen sich auf beiden Seiten des Kollegiums gegenüber. Margarethe Beyle hatte sich vermutlich für die Gruppe der jungen Lehrer entschieden und keine politischen Maßstäbe angelegt, gehörte somit zu den Gegnern von Duttge und Grimmelshäuser. Sie arbeitete weiter pädagogisch bis zu ihrer Pensionierung an der Schule Steilshooper Straße 338, bis sie am 1.4.1957, 60jährig, in den Ruhestand trat.⁴⁴

Ich habe Hans-Jürgen Massaquoi die Geschichte seiner Lehrer zugesandt.

Hans-Jürgen Massaquoi starb an seinem 87. Geburtstag, am 19.1.2013 in Jacksonville, Florida.⁴⁵

Anmerkungen

- 1 Hans J. Massaquoi: „Neger, Neger, Schornsteinfeger!“, Meine Kindheit in Deutschland, München 1999, S. 77.
- 2 Alle Angaben, wenn nicht anders verzeichnet, aus Wriedes Personalakte, StA HH, 361-3_A 919.
- 3 Siehe: Die plattdeutschen Autoren und ihre Werke in: www.ins-db.de.
- 4 Wriedes Entnazifizierungsakte, StA HH, 221- 11_Z 8962.

- 5 Massaquoi, a. a. O., S. 77.
- 6 Massaquoi, a. a. O., S. 126ff.
- 7 Alle Äußerungen aus: StA HH, Gewerbebehörde, 376-2 , Spz. IX A21.
- 8 Im Dezember 1920, ebd.
- 9 Die Elbinsel Finkenwärder, hrsg. von Walter Scheidt und Hinrich Wriede, München 1927.
- 10 Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2012, S. 529.
- 11 Siehe Biografie Bruno Peyn in diesem Buch.
- 12 In: Gorch Fock und seine Heimat, von Deich und Dünung, hrsg. von Walter Schnoor, Franke Verlag Berlin 1937, S. 181.
- 13 Gorch Fock und seine Heimat, a. a. O., S. 201.
- 14 Dierk Strothmann: Gorch Fock – ein Mann macht Finkenwerder unsterblich, in „Hamburger Abendblatt“ vom 22.8.2005.
- 15 Massaquoi, a. a. O., S. 181f.
- 16 Massaquoi, a. a. O., S. 184.
- 17 Massaquoi, a. a. O., S. 196f.
- 18 Ebd.
- 19 Massaquoi, a. a. O., S. 197.
- 20 Massaquoi, a. a. O., S. 198f.
- 21 Personlakte Wriede, a. a. O.
- 22 Entnazifizierungsakte Wriede, a. a. O.
- 23 „Hamburger Abendblatt“ v. 6.5.1958.
- 24 Massaquoi, a. a. O., S. 126f.
- 25 Massaquoi, a. a. O., S. 64f.
- 26 Entnazifizierungsakte Grimmelshäuser, StA HH, 221-11_Ed. 1024.
- 27 Am 22.12.1947, ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Am 12.9.1947, ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Massaquoi, a. a. O., S. 114f.
- 35 Personlakte Martin Duttge, StA HH, 361-3_A 2566 und Entnazifizierungsakte Duttge, StA HH, 221-11_Ed. 1027.
- 36 Alle Angaben laut Personlakte Duttge, a. a. O. Vgl. auch Personlakte Karl Neumann StA HH, 361-3_A 2090 und Entnazifizierungsakte Neumann, StA HH, 221-11_Ed. 10355.
- 37 Entnazifizierungsakte Duttge, a. a. O.
- 38 Ebd.
- 39 Personlakte Duttge, a. a. O.
- 40 Aktenvermerk Erwin Zindlers vom 27.12.1943, in PA Duttge, a. a. O. Siehe auch Biografie Zindler.
- 41 Alle Angaben nach Personlakte Duttge, a. a. O.
- 42 Massaquoi, a. a. O., S. 64.
- 43 Laut Hamburgisches Lehrer-Verzeichnis Jahrgang 1962/63, hrsg. vom Verlag der „Gesellschaft der Freunde“.
- 44 Ebd.
- 45 Mit einem seiner beiden Söhne habe ich danach noch einmal korrespondiert, wobei er mir dabei mitteilte, dass sein Vater gerade verstorben sei.

Werner Puttfarken

Schulleiter und praktizierender Antisemit

Der Schulleiter der Gelehrtenschule des Johanneums von 1933 bis 1942, Werner Puttfarken, ist bekannt geworden durch die Romanfigur des Schulleiters Pottferk in Ralph Giordanos Roman „Die Bertinis“. Vielfach nicht bekannt ist, dass Puttfarken 1942 als Schulleiter gegen Erwin Zindler ausgewechselt worden ist, weil die NS-Schulverwaltung den Eindruck hatte, dass Puttfarken insbesondere die Schülerschaft nicht mehr genügend im Griff hatte. Auch in diesem Fall ist es erschütternd, wie ein bekennender Nazi und Antisemit schon 1947 wieder im Schuldienst sein konnte.

Werner Puttfarken war schon am 6.1.1933, also noch vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten, vom Kollegium und Elternrat der Gelehrtenschule des Johanneums zum Schulleiter gewählt worden (mit 40 zu 4 Stimmen). Am 1.4. 1933 trat er sein Amt als Schulleiter an, gleichzeitig wurde er Mitglied im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB)¹, fungierte dort als Ortsgruppenamtsleiter für Eppendorf-Süd, hielt mehrfach Vorträge wie etwa: „De Lagarde als Wegbereiter des Nationalsozialismus“.²

Am 1.5.1933 wurde er Mitglied der NSDAP, übernahm 1934 das Amt eines Blockleiters, ab 1942 das des stellvertretenden Blockleiters. In all dieser Zeit war er im Sinne der Partei aktiv. 1935 nahm er vom 13. Mai bis zum 8. Juni an einem Kurs der Gauführerschule Ritterstraße teil und wurde dafür vom Dienst als Schulleiter befreit.

Eine der ersten Anordnungen der Landesunterrichtsbehörde betraf das „Flaggenhissen am Montagmorgen“ vom 1.7.1933: „Nachdem die Einigung des deutschen Volkes vollzogen ist, das Parteiwesen aufgehört hat und es nur noch eine einzige deutsche Bewegung gibt, die zur deutschen Volksgemeinschaft führen soll, will die Landesunterrichtsbehörde das Symbol dieses neuen Deutschland auch der heranwachsenden Jugend deutlicher als je einprägen.“³

Unschwer zu erkennen, dass Werner Puttfarken das Muster für die Romanfigur des Schulleiters Pottferk abgegeben hat in dem autobiografischen Roman von Ralph Giordano, in dem die Schikanen der Schule gegenüber jüdischen Schülern am Johanneum geschildert werden:

„Von der Sexta bis zur Obertertia tummelten sich die Johanneer in den Pausen auf dem Außenhof, während der Innenhof mit der nackten Bronzestatue, dem

Schatten einer riesigen Kastanie und der gelassenen Würde des breiten Portals den Schülern der Oberstufe, zwischen Untersekunda und Oberprima vorbehalten war.

Hier nun wurde jeden Montag ein Ritual im Stil der neuen Zeit zelebriert – der Morgenappell! Die traditionelle Andacht in der Aula mit ihren gewaltigen Orgelklängen und dem Absingen heiliger Lieder aus einem kleinen schwarzen Buch genügte nicht mehr. Zu Wochenbeginn ging es hinaus auf den Innenhof, wo sich kurz vor acht Uhr, nach Klassen angetreten, die sechshundertköpfige Schülerschaft versammelte, dazu die Lehrer und das Hauspersonal, der hinkende Pedell eingeschlossen. Gebannt starrten alle auf das Mittelteil des Portals, wo auf den Glockenschlag der vollen Stunde der neue Schulleiter Pottferk erschien, um einen Moment den Blick fest über die Versammlung schweifen zu lassen, ehe er den rechten Arm hob und den deutschen Gruß über die Fläche bellte. Der Chor gab mächtig Echo: ‚Heil Hitler!‘

Dann schritt der starkbelebte Mann, das Auge rechts, das Auge links, kurzbeinig über den steinernen Streifen des Innenhofs, drehte sich um die eigene Achse, verschränkte die Hände auf dem Rücken und schaute zur Dachkanzel empor. In dieser Pose, halb Napoleon, halb Cäsar, verharrte der Schulleiter eine Minute in bedeutsamer Konzentration, worauf sein militärisches ‚Heiß Flagge‘ erscholl. Und während dort oben von der Hand des Hauptturnlehrers kraftvoll bedient, das schwarze Balkenkreuz im weißen Grund auf roter Fahne am Mast emporstieg, stimmten Pottferk, Lehrer, Schüler und das Hauspersonal ohne jede orchestrale Begleitung die Nationalhymne an: ‚Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt ...‘ Danach trat eine winzige Pause ein, und weiter ging es mit der neuen Zwillingshymne ‚Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen, SA marschiert in ruhig festem Tritt ...‘

Waren auch diese Strophen verklungen, stapfte Schulleiter Pottferk wieder auf das Portal zu und verkündete von der höchsten Treppenstufe herab, das Auge rechts, das Auge links: Deutschland sei erwacht! Dann pries er den Führer, für dessen Werk er von Woche zu Woche bewegtere Worte fand.“⁴

Werner Puttfarken bekannte sich in einem „Gelöbnis“ im Juniheft des Johannenum 1933 gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Elternbundes und des Ehemaligenvereins zum nationalsozialistischen Staat: „Stets hat unsere Schule es als hohe Aufgabe betrachtet, die ihr anvertraute Jugend im nationalen Geiste zu erfüllen. Doch bekennen wir voll Dankbarkeit und Verehrung, daß unser Reichskanzler Adolf Hitler Persönlichkeit, Wort und Werk uns zu tieferer Erkenntnis und bewußterer Erfassung der deutschen Erziehungsaufgaben geleitet hat. Er weist uns neue Wege, neue Ziele: Nation und Deutscher Mensch als Aufgabe, Erziehung zur gemeinschaftsgebundenen, christlichen Persönlichkeit, die im Geiste eines wahren Sozialismus sich bewusst, uneigennützig, pflichtfreudig und verantwortungsbereit dem großen Ganzen der zu schaffenden Deutschen Nation unterordnet und eingliedert.“⁵

Zwei Jahre später fand am Johanneum in einer „volksdeutschen Feierstunde“ am 20.9.1935 die Einweihung einer Hitlerbüste statt. Puttfarken erneuerte dabei sein Bekenntnis zu Adolf Hitler: „Dieser Glaube unseres Führers, der auch unser Glaube ist und es immer tiefer und stärker und reiner werden soll, duldet auf politischem Gebiete nichts neben sich, er bekennt: Deutschland, nur Deutschland!“⁶

Das dies durchaus im Einklang mit der Arbeit eines humanistischen Gymnasiums stand, belegte die Aufforderung Puttfarkens an die Landesunterrichtsbehörde, sich für die Erhaltung dieser Schulform einzusetzen, „die wie keine andere Schulform geeignet sei, zu staatsbürgerlichem Denken und Wollen zu erziehen.“⁷

Der beste Chronist der nationalsozialistischen Prägung des Schulalltags am Johanneum war Werner Puttfarken selbst. Seit seinem Dienstantritt führte er ein Diensttagebuch, das erhalten geblieben ist. In der Schulzeitschrift „Das Johanneum“ ist er Autor der „Schulnachrichten“.

Sicher für einen anderen Zweck angelegt, dokumentierte der Verantwortliche hier, dass sich das Johanneum nicht von dem NS-geprägten Schulalltag anderer Schulen unterschied: „Flaggenappelle, Übertragungen von Reden führender Nationalsozialisten, nationalpolitische Filmvorführungen, Sammeltage des Winterhilfswerks, Gedächtnisfeiern des 30. Januars 1933, Reichsgründungsfeiern, ‚Führergeburtstage‘, der Tod Hindenburgs und dessen Gedächtnisfeier. Die Anschaffung einer HJ-Fahne war ihm erwähnenswert.“⁸

Positiv, dass das Johanneum sich in seiner Festschrift zum 475jährigen Jubiläum der Gelehrtenschule in einem bemerkenswerten Beitrag von Rainer Hering selbst mit seiner nationalsozialistischen Phase auseinandersetzte.⁹

Senator Karl Witt hatte am 21.8.1933 315 neue Schulleiter an höheren Schulen, Volks- und Berufsschulen in ihr Amt eingeführt¹⁰, um dafür zu sorgen, dass im Sinne nationalsozialistischer Ideologie Schule gehalten und geleitet wurde. Insofern war die Praxis Puttfarkens nicht ungewöhnlich.

Deutlich darüber hinaus gingen allerdings Puttfarkens antisemitischen Aktivitäten. „Sie zeigte sich vor allem in seiner Aggression gegen jüdische Schüler, die er ‚aus der Schule hinausgeschikanierte‘, um auf diese Weise ihre Zahl zu dezimieren. Sicherlich wollte er sich damit gegenüber der Behörde profilieren, aber sein vehementes Engagement lässt auch auf innere Überzeugung schließen“, wie Rainer Hering schrieb.

Hering nannte einige Beispiele. So wurde im September 1935 der Schüler Ludwig Scheuer, in damaliger Terminologie als „Nichtarier“ diskreditiert, „wegen seiner passiven negativen Einstellung zum nationalsozialistischen Gedankengut und Staat von der Schule verwiesen“, wie Puttfarken in seinem Diensttagebuch festhielt.¹¹

Puttfarken hatte in einem Brief an Scheuers Vater den Verweis von der Schule damit begründet, Ludwig Scheuer hätte „seit längerem in verschiedenen Unter-



Kollegium Johanneum 1938, Werner Puttfarken sitzt in der ersten Reihe (5.v.r.)

richtsstunden eine Einstellung gezeigt, die von bewusster Gleichgültigkeit und Ablehnung des gebotenen Stoffes zeugt und trotz mehrfacher Ermahnung und lange geübter Nachsicht sein Verhalten nicht geändert. Seine Einstellung sei in seinem letzten deutschen Aufsatz, in dem eine völlig unangebrachte und unberechtigte Kritik am deutschen Unterricht und darüber hinausgehend an der nationalsozialistischen Schule zu deutlichem Ausdruck gelangt“.¹²

Im Februar 1938 verfasste Werner Puttfarken einen „Bericht über Juden am Johanneum“, in dem er von ihm ergriffene Maßnahmen beschrieb: „Mit Beginn des neuen Schuljahre 1937/38 wurden Anordnungen über die Behandlung der Juden vom Schulleiter erlassen: besondere Plätze in der Klasse, empfohlen, keine Teilnahme an Schulfestlichkeiten, Wandertagen, Reisen usw., kurz an allen Veranstaltungen, die das Gepräge kameradschaftlichen Gemeinschaftserleben tragen und über den Rahmen des Unterrichtlichen hinausgehen.“ Im Schulorchester durften nur HJ-Angehörige oder „mindestens HJ-fähige Schüler mitspielen“.¹³

Puttfarken hatte im Einvernehmen mit der Behörde besondere „Richtlinien für die Behandlung der Judenfrage“ herausgegeben, nach denen die „Judenfrage“ im Geschichtsunterricht mindestens drei bis vier Stunden „eingehend“ thematisiert werden musste. Danach habe es eine Reihe von Abmeldungen jüdischer Schüler „sowie eine bewusstere Stellungnahme der deutschen Schüler gegenüber den jüdischen“ gegeben.

Dennoch war ihm der Stand von 20 ‚Juden‘ und 22 ‚Mischlingen‘ bei insgesamt 520 Schülern immer noch ein Dorn im Auge. Gerade an den „Halbjuden, die ihres jüdischen Aussehens wegen in der Öffentlichkeit schon oft Anstoß erregten“ störte er sich. Er verlangte, dass keine weiteren „Juden“ bzw. „Mischlinge“ aufgenommen würden, bis der Prozentsatz von 1,5 unterschritten sei.¹⁴

Puttfarken und sein Stellvertreter, Gerhard Rösch, der schon seit 1932 der SA angehörte, hatten schon 1937 die Aufnahme jüdischer Schüler abgelehnt, was Puttfarken folgendermaßen kommentierte: „Ich habe durch die grosse Anzahl jüdischer und halbjudischer Schüler grosse Schwierigkeiten und Behinderungen in der politischen Erziehung der Schüler. Keiner meiner Lehrer und deutschen Schüler würde es verstehen, wenn jetzt noch Juden aufgenommen würden.“¹⁵

Den Antisemitismus praktizierte Puttfarken auch bei seiner Tätigkeit in der Patriotischen Gesellschaft, die er zeitweise (von 1935 bis 1937) als Vorsitzender leitete und dessen Vorstand er bis 1949 angehörte.

Unter Vorsitz von Puttfarken wurde am 24.9.1935 beschlossen, dass für die Mitgliedschaft in der Patriotischen Gesellschaft der „Arierparagraph“ gelten sollte. Die Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft mussten also neun Tage nach Beschluss der Nürnberger Rassengesetze ihre arische Herkunft nachweisen. Sie hatten eine Erklärung abzugeben, in der es hieß: „Ich erkläre, dass ich und meine Frau arischer Abstammung sind.“

Daraufhin wurden unter Vorsitz von Puttfarken 21 Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft ausgeschlossen, unter ihnen Aby und Max Warburg.¹⁶

In zwei Situationen zeigte Werner Puttfarken nichtopportunistisches Verhalten. Als der Studienrat Ernst Fritz 1936 von Schülern denunziert, danach entlassen und verhaftet wurde, meldete Puttfarken bei der Behörde Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Schüleraussage an.¹⁷

Das Risiko für Puttfarken blieb überschaubar, auch der mit ihm befreundete Hamburger Landesbischof Franz Tügel, selbst überzeugtes NSDAP-Mitglied seit 1931, hatte sich ebenfalls für Ernst Fritz eingesetzt, der einen seiner Söhne unterrichtete. Immerhin diente es Puttfarken im späteren Entnazifizierungsverfahren als Hinweis, im Gegensatz zur NSDAP gestanden zu haben.

Ein zweites Beispiel beschrieb Rainer Hering. Als im März 1942 drei 6-Klässler Pfeile auf ein über der Tafel hängendes Hitlerbild abgeschossen hatten, versuchte Puttfarken dieses als dummen Schülerstreich nicht überzubewerten. Nach Denunziationen wurde dieses aber im Beisein der Oberschulräte Albert Henze, Theodor Mühe, Karl Züge und zweier Vertreter der Geheimen Staatspolizei untersucht. Die Schüler wurden im Einvernehmen Puttfarkens von der Schule verwiesen, aber an einer anderen höheren Schule weiter unterrichtet.

Einige Monate später wurde Puttfarken dann als Schulleiter an die Oberschule für Jungen an der Armgartstraße versetzt, was er schon deshalb als Kränkung empfinden musste, weil jede andere höhere Schule natürlich nicht das Prestige der Gelehrtenschule hatte. Statt seiner wurde Erwin Zindler an das Johanneum berufen¹⁸. Auch diesen Vorgang wurde von Puttfarken im späteren Entnazifizierungsverfahren genutzt.

Werner Puttfarken blieb Schulleiter, bis er am 29.6.1945 durch den neuen Schulsenator Heinrich Landahl beurlaubt wurde und am 12.9.1945 Senator Landahl die Entlassung verfügte.¹⁹

Biografische Daten: Werner Puttfarken wurde am 9.9.1889 in Hamburg geboren. Er war der ältere zweier Söhne des Zollbeamten Erich Puttfarken und seiner Ehefrau Margarete. Bevor der Vater mit der Familie nach Rostock ging, besuchte Werner Puttfarken von 1896 bis 1897 die Vorschule des Realgymnasiums des Johanneums. Nach der Rückkehr nach Hamburg ging Puttfarken auf das Matthias-Claudius-Gymnasium, an dem er 1908 die Reifeprüfung ablegte.

Danach studierte er fünf Jahre Geschichte, Alte Sprachen und Philosophie in München, Berlin und Kiel, wo er 1913 die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen mit Auszeichnung bestand. 1914 promovierte er in Kiel, Thema seiner Arbeit: „Asyndeton bei den römischen Dichtern“.

Er bewarb sich in Hamburg und absolvierte am Johanneum von 1913 bis 1915 das Anleitungs- und Probejahr, wurde dann zum Kriegsdienst eingezogen und durch einen Halsschuss schwer verwundet, die Sprechfähigkeit war vorübergehend verloren gegangen.

Nach seiner Wiederherstellung wurde Puttfarken 1919 als Oberlehrer der Gelehrtenschule des Johanneum zugewiesen.

Am 25.7.1919 heiratete Puttfarken Anni Schümann, mit der er drei Kinder hatte.

Nach der Suspendierung am 29.6.1945 wurde die persönliche Geschichte umgeschrieben.

Puttfarken füllte den Entnazifizierungsfragebogen am 8.8.1945 aus, in Deutsch und Englisch. Als Zeuge unterschrieb Heinrich Schröder, der ihm als Oberschulrat für das Höhere Schulwesen einen Monat später den ersten Persilschein ausstellte.

In einer Erklärung, die er als Anlage zu dem Fragebogen abgab, verfolgte Puttfarken eine geschickte Strategie: So wies er darauf hin, dass ihn das Kollegium schon vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten am 30.1.1933 gewählt hätte (nämlich am 6.1.1933). Damit suggerierte er, nicht durch NS-Protektion in

das Amt gekommen zu sein. Bei Puttfarken hieß es: „Später wurde ich von der Nationalsozialistischen Regierung als Schulleiter bestätigt.“

Als zweites wies er auf die Auseinandersetzungen mit der HJ an der Schule hin, die es an nahezu allen Schulen gegeben hatte. „Im besonderen wurde ständig gegen die altbewährten und von mir strikt abgehaltenen Schulveranstaltungen gekämpft (Konzerte, Theateraufführungen z. T. christlichen Inhalts zu Weihnachten)“. Man erinnere sich an die Eintragungen Puttfarkens in sein Dienstagebuch, bei denen ganz andere Feiern und Anlässe eine hervorsteckende Rolle spielten. Dann erwähnte er die Verhaftung von Schülern, die zur Swing-Jugend gehörten und die Verhaftung von Ernst Fritz im Jahr 1936.



Werner Puttfarken

„Ich sprach ihm trotzdem in der Schulzeitschrift öffentlich meinen Dank für seine 19-jährige Tätigkeit am Johanneum aus und erhielt auf Denunziation der HJ einen scharfen Verweis vom Reichsstatthalter, das Schriftstück muss in meiner Personalakte liegen.“¹⁹

Da befand es sich allerdings nicht.

Für seine NSDAP-Mitgliedschaft fand er eine interessante Formulierung: „Es erscheint mir unmännlich, wenn ich nicht offen bekennen wollte, dass ich am 1.5.1933 aus Idealismus in der felsenfesten Überzeugung in die NSDAP eintrat, dass sich durch sie eine bessere Zukunft für Deutschland anbahne.“ Er bekannte sich zur praktischen Tätigkeit als Blockleiter, „machte aber bald die Erfahrung, dass es sich dabei um eine ganz untergeordnete ungeistige Tätigkeit handelte, auch in dem dann übernommenen Amt als Ortsgruppenamtsleiter machte ich dann die gleiche enttäuschende Erfahrung und benutzte dann eine 1936 entstehende Venenentzündung, um als politischer Leiter ganz auszuscheiden.“²⁰

Auf starken Druck hätte er dann 1942 noch einmal als Blockleiter fungiert. „Inzwischen hatte sich meine Einstellung zur NSDAP aufgrund meiner Erfahrungen völlig geändert, aber ich konnte es nicht wagen, meinen Austritt zu erklären, einmal als Vater von drei unversorgten Kindern und zum anderen aus Rücksicht auf das Johanneum, das sowieso als Hort des Widerstandes gern und oft angegriffen wurde.“²¹

In Kenntnis seiner Ausfälle gegen Juden und Andersdenkende an seiner Schule und der Partei- und SA-Mitgliedschaft vieler Lehrer der Schule eine peinliche Einlassung.

Puttfarken verwies dann noch auf seine religiöse Einstellung und seine Morgenandachten, in denen er jeweils an Bibelzitate angeknüpft hätte.

Und letztlich führte er die „Strafversetzung“ an, wie er es nannte. Er habe diese (displaced by punishment to another less famous school) als „ungerechte Kränkung“ empfunden und später als unmittelbare materielle Schädigung dadurch, daß „die Gelehrtenschule des Johanneums zu einer besonders bedeutsamen Schule erklärt wurde, deren Direktor das Gehalt eines Oberschulrats erhielt, während die von mir geleitete Schule nicht dazu gehörte.“²² Hier bestimmten Kränkung und Eitelkeit die Feder von Werner Puttfarken, er vergaß dabei ganz den strategischen Aspekt seiner eingeschlagenen Argumentation.

Am 20.8.1945 schrieb er an Oberschulrat Heinrich Schröder:

„Es ist mir inzwischen klar geworden, daß der mir durch meine Strafversetzung zugefügte ideelle und materielle Schaden sehr wohl eine Beschränkung der beruflichen Freiheit aus religiösen Gründen genannt werden kann.“²³

Was mag die Erinnerung so getrübt haben?

Werner Puttfarken hatte in den letzten beiden Kriegsjahren schwere familiäre Schicksalsschläge hinnehmen müssen. So starb am 28.8.1944 seine Ehefrau Anni. Kurz davor war schon die Frau seines sich im Krieg befindlichen Sohnes Dietrich gestorben, wahrscheinlich in Folge der Geburt eines zweiten Kindes, das überlebte. Auf Anfrage Puttfarkens erklärte die Wehrmacht, keine Meldung über seinen Sohn, Ritterkreuzträger und Hauptmann, vorliegen zu haben.

Puttfarken übernahm die Verantwortung für die beiden Enkelkinder. Der Sohn war noch 1947 als vermisst gemeldet.

Puttfarken wandte sich in dieser Zeit stark der Kirche zu. 1950 heiratete er wieder, die jüngere Schwester seiner ersten Frau.

Die antisemitische Haltung Puttfarkens wurde im gesamten Entnazifizierungsverfahren nicht ein einziges Mal erwähnt. Die Entnazifizierung im Bereich der Höheren Schulen fand offensichtlich anders statt als im Bereich der Volksschulen. Während dort erklärte Gegner des Naziregimes, zumeist von den Nationalsozialisten entlassene ehemalige Schulleiter und Vorstandsmitglieder der Gesellschaft der Freunde arbeiteten, saßen in diesem Verfahren befangene Personen an entscheidenden Stellen. Im Entnazifizierungsausschuss für Puttfarken urteilte Willi Thede, Lehrer des Johanneums, mit dem Puttfarken verbunden war, 1934 laut Personalakte auf gemeinsamer Studienreise in England. Willi Thede, mittlerweile stellvertretender Direktor des Johanneums, hatte sich in einem Leumundbrief schon vorher für Puttfarken eingesetzt. Unverständlich, dass er dennoch im Beratenden Ausschuss diesen Fall entscheiden konnte. So bedurfte es nur noch weniger Schritte, um Puttfarken wieder in den Schuldienst aufzunehmen.

Der Beratende Ausschuss begründete seine Entscheidung:

„Ein Mitglied des Beratenden Ausschusses, Herr Thede, der Puttfarken schon

seit 22 Jahren kennt, hat ausführlich Stellung genommen. Danach ist Puttfarken trotz seiner formalen Belastung nur als nominelles Mitglied anzusehen. Der Beratende Ausschuss befürwortet seine Wiedereinstellung als Studienrat.“²⁴

Angefangen hatte dieses begünstigende Verfahren mit dem Persilschein aus der Schulbehörde, den der sonst so kritische Oberschulrat Heinrich Schröder schon am 5. September 1945 geliefert hatte : „In his inmost heart, he never was a national socialist, and above all he defendet the Christian traditions of his school against attacks by the party and the HJ. For the benefit of his school he thought it necessary to take over the office of a Blockleiter. The non-Party members of his staff vouch for him. There is no doubt about his being able to render valuable service to the democratic school when teaching Latin and Greek.“²⁵ Für mich unverständlich, wieso sich Heinrich Schröder so deutlich und vehement für Werner Puttfarken einsetzte. Es muss eine Beziehung unter Altphilologen gegeben haben, die für mich nicht nachvollziehbar ist.

Erwähnenswert noch die Leumundszeugnisse von Pastoren aus dem Bereich der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Hoheluft. Am 17.8.1945 berief die Gemeinde Puttfarken zum Kirchenvorsteher, „da wir Sie als tief-religiöse Persönlichkeit und als eifrigen Besucher unserer Gottesdienste kennen und wertschätzen gelernt haben“.²⁶ Dafür mögen die Todesfälle in Puttfarkens Familie möglicherweise ursächlich gewesen sein.

Schon am 10.4.1947 wurde Puttfarken an der Oberschule für Mädchen Alstertal wieder als Lehrer eingestellt.²⁷

So leicht sind andere vergleichbar belastete Personen im Hamburger Bildungswesen nicht entnazifiziert worden.

Die einzige Irritation hatte es durch zwei Opfer Puttfarkens gegeben.

Egon und Ralph Giordano schrieben 1947 einige Male an die Schulbehörde und fragten: „Wir haben gehört, dass der Naziaktivist Werner Puttfarken wieder im Schuldienst tätig sein soll und bitten Sie, so schnell wie möglich mitzuteilen, ob das Tatsache ist.“

Nach mehrfacher Nachfrage wurde geantwortet, dass der frühere Oberstudiendirektor Puttfarken nicht wieder in sein bisheriges Amt eingesetzt, sondern nach Rückstufung in das Amt eines Studienrates der Oberschule im Alstertal zugewiesen ist.²⁸

Am 7.1.1952 wurde Puttfarken mitgeteilt, er sei zum Abschluss der Entnazifizierung endgültig in Kategorie V eingestuft, als Unbelasteter.

Bis zu seiner Pensionierung am 2.3.1955 stritt Puttfarken darum, sowohl die Amtsbezeichnung Oberstudiendirektor als auch die entsprechenden Bezüge zu erhalten. Das wurde ihm verwehrt.

Pensioniert wurde er als Studienrat, er selbst unterschrieb meist als Oberstudiendirektor a. D., arbeitete noch drei Jahre nach seiner Pensionierung als Lehrbeauftragter.²⁹

Werner Puttfarcken starb am 17.2.1964, „nach langem Leiden“, wie es in der Traueranzeige hieß.³⁰

Anmerkungen

- 1 Alle Daten, wenn nicht anders angegeben, aus seiner Personalakte: StA HH, 361- 3_A 1582 oder der Entnazifizierungsakte Puttfarcken, StA HH, 221- 11_Ed 1055.
- 2 HLZ 40/ 1934, S. 582.
- 3 Siehe: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schullalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 9.
- 4 Ralph Giordano: Die Bertinis, Roman Frankfurt/M. 1985, S. 152f.
- 5 Das Johanneum, 6. Jg., Heft 23. Juni 1933, S. 317.
- 6 Das Johanneum, 8. Jg., Heft 33, Dez. 1935, S. 230–233.
- 7 Siehe Uwe Schmidt: Aktiv für das Gymnasium, Hamburg 1999, S. 382.
- 8 Rainer Hering: Nationalsozialist oder schwacher Charakter? Dr. Werner Puttfarcken, Schulleiter der Gelehrtenschule des Johanneums von 1933–1942, in: Symposion, Festschrift zum 475-jährigen Jubiläum der Gelehrtenschule des Johanneums, hrsg. von Christine von Müller, Uwe Petersen und Uwe Reimer, Hamburg 2004, S. 49ff.
- 9 Ebd.
- 10 HLZ 30/1933, S. 421.
- 11 Hering, a. a. O., S. 54.
- 12 Ebd.
- 13 Zitiert nach Hering, a. a. O., S. 54ff.
- 14 StA HH, 361-2 II Oberschulbehörde A 1_Nr. 20, zitiert nach Hering, a. a. O., S. 55.
- 15 Angaben nach Hering, a. a. O., S. 51.
- 16 Marlies Roß: „Mitglied der Gesellschaft kann jeder arische Volksgenosse werden“, in : Hamburger Notizen, 4. Quartal , Hamburg 2004, hrsg. von der patriotischen Gesellschaft von 1765, Hamburg 2004.
- 17 Siehe Walter Jens: Ernst Fritz: „Schließt die Augen, Jungs“ in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hrsg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 214. Siehe auch: Uwe Reimer: Johanneum 1945. Ende und Anfang, Hamburg 2012, S. 52 ff.
- 18 Siehe Biografie Erwin Zindler in diesem Buch.
- 19 Entnazifizierungsakte Puttfarcken, a. a. O.
- 20 Ergänzung zum Fragebogen, ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Personalakte Puttfarcken, a. a. O.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Dieses und alle vorstehenden Dokumente ebd.
- 30 Ebd.

Kurt Holm

„Er war nicht primitiv und stur, sondern kritisch, wendig, ein guter Diplomat“: Der „Lächler“ und „schlaue Einflüsterer“

Kurt Holm gehörte zur jungen Generation in der nationalsozialistischen Bewegung. In der Gruppe um Willi Schulz, der Landesschulrat wurde und Gauamtsleiter, also Führer des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB), war Kurt Holm neben dem Stellvertreter von Schulz, Albert Mansfeld, der dritte Mann im NSLB, Geschäftsführer mit Sitz im Curio-Haus und im Laufe der kurzen Zeit des „tausendjährigen Reiches“ verantwortlich für die sozialen Kassen und das Curio-Haus. In der Geschichtsschreibung der von den Nazis gleichgeschalteten „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“, kurz auch Genitivverein, später GEW, hatte Kurt Holm somit eine besondere Bedeutung, weil er von vielen persönlich dafür verantwortlich gemacht wurde, dass die „Gesellschaft der Freunde“ liquidiert wurde und Vermögen und Werte, die sozialen Kassen und das Curio-Haus in die Hände der Nationalsozialisten, des NSLB übergingen.

Ähnlich wie Willi Schulz und Albert Mansfeld war auch Kurt Holm den Anfeindungen der Gruppe der „alten Kämpfer“ im NSLB im besonderen Maße ausgesetzt.¹ Besonders ihm wurde der Vorwurf gemacht, dass er nicht rigoros die alten Angestellten der „Gesellschaft der Freunde“ entließ und bis 1935 noch das Curio-Haus für jüdische Ärzte und jüdische Feiern offen hielt.

Im Parteigerichtsverfahren gegen Willi Schulz 1935 beschrieb der abgesetzte Gaukassenwart des NSLB, Heinrich Hehn, die neue Richtung um Schulz folgendermaßen:

„Pg Schulz hat nicht dem NSLB gedient, sondern dem alten ehemals rot verseuchten Genitivverein. Pg Schulz hat dessen wirtschaftliches und geistiges Erbe verwaltet, wie er in der Wahl seiner Mitarbeiter, in der Haltung der Hamburger Lehrerzeitung und in der Verwaltung des Curio-Hauses bekundet hat.“ Weiter wies Hehn auf die „Judenanzeigen unter dem Hakenkreuz in der NS-Lehrerzeitung“ hin, bezeichnete das Curio-Haus als „Hilfssynagoge der Hamburger Judenschaft“ und beklagte, dass „der damaligen Gauleitung des NSLB 1933 Arbeitsräume im Curio-Haus verweigert worden wären“.²

Diese Auseinandersetzungen, die die Gruppe um Willi Schulz in den Anfangsjahren vor Parteigerichte zerrte, sollten im späteren Entnazifizierungsverfahren von Kurt Holm noch eine besondere Rolle spielen.

Kurt Holm trat als überzeugter Nationalsozialist auf und machte ab 1933 als Parteigenosse im Hamburger Schulwesen Karriere. Die Funktionen im NSLB waren nebenberufliche Tätigkeiten mit einem hohen Zeitaufwand. Am 1.9.1934 wurde



Kurt Holm

Kurt Holm zum Schulrat für das Volksschulwesen ernannt, am 19.10.1936 zum Leiter der Lehrerfortbildung und, nachdem die Nationalsozialisten den Krieg begonnen hatten, wurde Holm im Dezember 1939 an die Hochschule für Lehrerbildung berufen.

Am 26.1.1940 erhielt Schulrat Kurt Holm „die mit dem Namenszug des Führers“ ausgefertigte Ehrenurkunde“ als Professor für Allgemeine Raumlehre und Methodik des Rechen- und Raumlehreunterrichts.³

Zur differenzierten Betrachtung der Persönlichkeit Kurt Holms gehört sicherlich, dass er ein angenehmes Auftreten hatte. In der ehemaligen Geschäftsstelle der „Gesellschaft der Freunde“ wurde er von den Beschäftigten als „der Lächler“ bezeichnet. Die langjährige Sekretärin der „Gesellschaft der Freunde“, Annemarie Biedermann, stellte rückblickend fest, dass Holm „sich mit Freundlichkeit überall durchgesetzt und immer mehr Unterlagen in die Hand bekommen hatte“.⁴ Holm war Geschäftsführer im Curio-Haus geworden und die Beschäftigten aus Zeiten der „Gesellschaft der Freunde“ stellten über ihn fest: „Persönlich hat er uns, das muss ehrlich gesagt werden, nie das geringste getan. Der Landesschulrat (Schulz) und er stachen angenehm ab von den übrigen NSLB-Leuten: die beiden benahmen sich eben so, wie wir es von unseren bisherigen Vorgesetzten als selbstverständlich gewohnt waren – das war damals sicher ein großes Plus.“⁵

Bei anderen löste diese Art Holms, angenehm und intelligent im Auftreten, dabei zielgerichtet und karrierebewusst mit guten Kontakten zu den Mächtigen auch Skepsis hervor. So bezeichnete ihn der parteilose Schulrat Gustav Schmidt als „schlaunen Einflüsterer“. Er sah ihn als einflussreichen Strategen in der zweiten Reihe der Nationalsozialisten im Hamburger Schulwesen.⁶

Kurt Holm wurde am 10.7.1900 als Sohn eines Kaufmanns in Kellinghusen, Kreis Steinburg, geboren.⁷

Holm besuchte die Realschule in Kellinghusen und Itzehoe. Nachdem er ein Jahr in der Präparandenanstalt in Barmstedt absolviert hatte, wurde er an dem Lehrerseminar in Uetersen ausgebildet und machte dort nach halbjähriger Kriegsdienstunterbrechung als Landsturmpflichtiger mit zwanzig Jahren die erste Lehrprüfung.

Nach einer Vertretungstätigkeit am Realgymnasium in Blankenese wurde Kurt Holm Lehrer an der Seminarschule Angerstraße 33. Schulleiter Heinrich Witthöft beschrieb ihn als „fleißig, kenntnisreich, mit guten pädagogischen Fähigkeiten“.

Holm arbeitete dann als außerplanmäßiger Lehrer an der Kirchenschule in Kirchwerder, später an der Volksschule Rellinger Straße. Am 1.4.1927 bekam er eine feste Anstellung in Hamburg.

Nach dem Hamburgischen Lehrerverzeichnis 1924/25 war Kurt Holm Mitglied der „Gesellschaft der Freunde“, dort offenbar auch aktiv. Später schrieb er: „Am Vereinsleben der Gesellschaft der Freunde habe ich gern und regelmäßig teilgenommen.“⁸

1927 wurde er dann auch in den Vorstand der Krankenkasse der „Gesellschaft der Freunde“ gewählt. Er habe Vorschläge zur „wirtschaftlichen Gesundung“ gemacht, sei „später auch wiedergewählt“ worden und konnte „so an der Organisationsarbeit der Hamburger Lehrerschaft teilnehmen“⁹, so Holm, mit dieser Akzentuierung in einem Schreiben vom 29.9.1945, mit dem er seine vorher erfolgte Beurlaubung aufheben zu lassen versuchte.

Über die Mitarbeit bei den sozialen Kassen der „Gesellschaft der Freunde“ hinaus ergaben sich in dieser Zeit laut Personalakte keine sonderlichen Aktivitäten.

Dieses änderte sich 1933. Kurt Holm trat Ende April 1933 der NSDAP bei. Später, zu Beginn seines Entnazifizierungsverfahrens, begründete er das damit, „um der Gleichschaltung zu genügen und die Arbeit in der Krankenkasse fortführen zu können, aber auch weil ich glaubte, dass die Einheit sozialen und nationalen Handelns für Deutschland eine bessere Zukunft heraufführen könnte.“¹⁰

Schwer zu sagen, was den von manchem als „zu klug und undurchsichtig“¹¹ Bezeichneten bewog, als Nationalsozialist Karriere zu machen. Überzeugung oder das Gespür, im Bunde mit den gestandenen NSDAP-Mitgliedern Willi Schulz und Albert Mansfeld eine führende Rolle im Schulwesen der neuen Bewegung einzunehmen – Kurt Holm machte Karriere. Schon mit 34 Jahren wurde er Schulrat und Geschäftsführer im Curio-Haus, Herr der sozialen Kassen der alten „Gesellschaft der Freunde“. Im Umgang zeigte er sich, wie beschrieben, freundlich aber beharrlich, agierte mit Geschick. Im Wort, in Artikeln in der Hamburger Lehrerzeitung (HLZ) gab er den überzeugten Nationalsozialisten.

So schrieb er in seinem ersten Artikel in der HLZ unter der Überschrift: „Auf dem Weg zum Ziel“: „Der gewaltige Umbruch der deutschen Nation hat mit Notwendigkeit alle Gebiete geistigen und kulturellen Lebens erfasst und sie in den großen Wandlungsprozeß einbezogen. Organisations- und Lebensformen, die der Ausdruck einer vergangenen Zeit und eines alten Geistes sind, werden durch Formen ersetzt, die dem Ideengut des Nationalsozialismus ihr Gepräge verdanken.

Alles Geschehen aber ist ausgerichtet auf die große, vom Schicksal der deutschen Nation gestellte Aufgabe, ein Volk zu werden. Die geschichtliche Sendung unseres Führers Adolf Hitler ist es, dies Werk, das er so klar erkannte und so genial begann, mit der heutigen Generation erfolgreich zu vollenden. Die nationalsozialistische Bewegung stellt die Aktivierung und den disziplinierten Einsatz aller Volksgenossen dar, die für dieses Werk kämpfen. Der Nationalsozialistische Lehrerbund will diese Arbeit auf dem Gebiete der Erziehung und allen damit zusammenhängenden Kulturgebieten leisten. Aufgebaut auf der Weltanschauung des Nationalsozialismus und insbesondere dem Prinzip des verantwortlichen Führers, steht der NSLB den alten demokratisch-liberalistischen Lehrerorganisationen wesensfremd gegenüber. Unmöglich ist es, beide miteinander zu verbinden.“¹²

Er machte deutlich, wie er sich als zukünftiger Funktionär die neue Organisation der Lehrerschaft vorstellte:

„Erste und vordringliche Aufgabe dieser Organisation ist die weltanschauliche Schulung der Lehrerschaft und ihre innere Gewinnung für die nationalsozialistische Bewegung und den nationalsozialistischen Staat; denn nur durch eine nationalsozialistische Lehrerschaft können wir die nationalsozialistische Schule schaffen.“¹³

Schon zu diesem Zeitpunkt forderte Kurt Holm, was ihm bei den alten Mitgliedern der „Gesellschaft der Freunde“ den Ruf des Liquidators ihrer Gesellschaft einbrachte, der er später tatsächlich werden sollte:

„Nur der NSLB als Einheitsorganisation aller deutschen Lehrer kann die großen Erziehungsaufgaben der Gegenwart lösen. Er ist die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiete der Erziehung und wird, wie die NSDAP, die alten Verbände auflösen. Das moralische Recht dazu gibt ihm die Größe seiner Ziele und Aufgaben, die juristische Möglichkeit der Umstand, dass die Mitglieder der alten Verbände fast restlos Einzelmitglieder im NSLB geworden sind.“¹⁴

Offenbar hatte Kurt Holm auch am Parteitag 1933 in Nürnberg teilgenommen. So berichtete er davon:

„Im Anschluß an die Bayreuther Tagung fuhren die Leiter des NSLB im Autobus durch das fränkische Land zum Reichsparteitage nach Nürnberg. Hier hielt Minister Schemm am Donnerstag im Kulturvereinshause eine von seiner hinreißenden Persönlichkeit getragene Rede programmatischen Inhalts, in der er u. a. ausführte: ‚Wir stehen mitten im größten Erleben der ganzen deutschen Geschichte. Der Parteitag dieses Jahres ist das Ergebnis einer vierzehnjährigen Erziehungsarbeit, ist die Ernte von eineinhalb Jahrzehnten. Jeder Erzieher ist ein Säemann. Der größte Säemann der letzten 14 Jahre ist Hitler. Sein Name ist die nationalsozialistische Idee. Sein Acker ist Deutschland. Erziehen heißt ja nichts anderes als säen und wachsen lassen. Hit-

ler unterschied sich von allen Säemännern seiner Zeit. Die anderen Männer hatten vielerlei Samen, und der Teufel mischte auch Unkraut hinein. Aber Hitler hatte nur einen Samen. Die anderen Männer säten ins Gehirn, nicht ins Herz. Sie säten in die Wirtschaft. Das sind aber keine stoff- und kraftreichen Felder. Hitler säte guten Samen, und er säte ihn auf den besten Boden, auf den Boden lebenswahrer Religiosität. Wie der Same der Pflanze nicht erst nach oben, sondern erst einmal nach unten wächst und dort seine Wurzeln in die Kraft- und Nährquellen entsendet, so wendet sich jede lebensvolle organische Erziehung zunächst nach innen in die Tiefe des Herzens und des Gemütes, des Charakters und der Seele. Hat aber die Erziehung den Menschen im Innersten erfasst, so treten auch die wundervollen Erscheinungen der Hingabe, Einsatzbereitschaft und des Opferwillens zutage, ohne die unsere Bewegung in der Hitze der Verfolgung zugrunde gegangen wäre. Jetzt stehen wir mitten in der gewonnenen Revolution der deutschen Erziehung. Unserer organischen Erziehung liegt unsere Weltanschauung als Wurzel zugrunde. Eine Weltanschauung, die auf jede Frage eine Antwort gibt, manchmal allerdings eine für einen Liberalisten schmerzliche Antwort. Unsere Aufgabe als deutsche Lehrer ist es, uns immer tiefer von dieser Weltanschauung erfassen zu lassen, damit wir die Fragen unserer Kinder so beantworten können, dass der Urgrund ihrer Seele unserer Antwort zustimmt und sie als heilige Verpflichtung empfindet.“¹⁵

Wie auch in späteren Artikeln arbeitete Holm intensiv mit Zitaten von Führern der nationalsozialistischen Bewegung, anders als Mansfeld trat er nicht mit eigenständigen ideologischen Aussagen auf. Daraus kann man aus heutiger Sicht vielleicht auf angepasstes, opportunistisches und karrierebewusstes Verhalten schließen ohne wirkliche innere Überzeugung und Verblendung, die bei anderen Protagonisten des NSLB deutlich wurden. Wie dem auch sei. Holm agierte als Transporteur dieses Gedankengutes. Und er schloss seinen Bericht mit den Worten: „Begeistert stimmte die Versammlung in das von Schemm auf den Führer Adolf Hitler ausgebrachte ‚Sieg-Heil!‘ ein. Das spontane Treuegelöbnis aber, das die Obleute des NSLB ihrem verehrten Führer Hans Schemm darbrachten, wird in allen Herzen nachklingen und immer wieder Ansporn sein, nach besten Kräften in stets erneuerten Anspannung dem Führer und seinem Werke zu dienen.“

Nach diesem Muster erwies sich Kurt Holm auch in späteren HLZ-Beiträgen als Propagandist der nationalsozialistischen Weltanschauung, indem er ausgiebig die Größen von Staat und Partei zitierte, vorzugsweise die NSLB-Führer Hans Schemm und, nach dessen tödlichem Unfall, seinen Nachfolger Fritz Wächtler.

So gab Holm wieder, was ihm für die Hamburger NSLB-Mitglieder bei der Führertagung des NSLB 1936 in Bayreuth wichtig war:

„Die Revolution musste geschehen aus der Notwendigkeit, die Zukunft des

deutschen Volkes auf Jahrhunderte hinaus zu sichern. Immer wieder müssen wir uns dies Ziel vor Augen halten, damit das Ideengut der Bewegung nie verloren gehen kann. Erst wenn der Nationalsozialismus als Weltanschauung und Haltung Gemeingut des ganzen Volkes geworden ist, hat die Bewegung das Ziel der Revolution gesichert. Hier hat die Erzieherschaft dem Führer gegenüber eine besondere Pflicht, durch Haltung und Tat mitzuhelfen, den Nationalsozialismus zu verankern. Wie alle Gliederungen der Bewegung an der großen Aufgabe mitarbeiten, das Ideengut des Nationalsozialismus voranzutragen, so muß auch der NS-Lehrerbund sich stets der Verantwortung und Ehre bewusst sein, zur Gefolgschaft Adolf Hitlers zu gehören.“¹⁷

Schnell wurde Kurt Holm ein mächtiger Mann im Hamburger NSLB. Schulz und Mansfeld waren stärker eingebunden durch ihre Ämter in der Landesunterrichtsbehörde, als Landesschulrat und Oberschulrat für das Volksschulwesen. Hinter dem Gauamtsleiter Schulz und seinem Stellvertreter Mansfeld regelte Holm, zugleich Schulrat im Hauptamt, das operative Geschäft des NSLB. Er hielt Verbindung zur NSLB-Zentrale in Bayreuth. Holms Ziel, alle Hamburger Pädagogen im NSLB zu organisieren, war schon im Sommer 1933 erreicht. In der HLZ verkündet Holm unter der Überschrift: „Der NSLB, die Einheitsorganisation aller Erzieher“ mit 7000 Mitgliedern „die Mitgliedschaft der alten Verbände wohl nahezu hundertprozentig erfasst.“¹⁸

Holm kletterte weiter auf der Karriereleiter. 1936 wurde er neben seiner Schulratsfunktion und parallel zur Geschäftsführertätigkeit im Curio-Haus Dozent an der Hochschule für Lehrerbildung und später, 1940, zum Professor an der Hansischen Hochschule ernannt.

Auf die Rolle Kurt Holms bei der Liquidierung der „Gesellschaft der Freunde“ ist schon hingewiesen worden. Bernhard Nette hat dies auch damit verbunden, den Ankauf des Gebäudes Rothenbaumchaussee 19 darzustellen.¹⁹

Die „Gesellschaft der Freunde“ hieß ab dem 1.2.1934 „Abteilung Wirtschaft und Recht des NSLB“. NSLB-Führer Hans Schemm hatte auf Vorschlag von Willi Schulz zum geschäftsführenden Leiter Kurt Holm ernannt. Damit hörten die Veranstaltungen der „Gesellschaft der Freunde“ im Curio-Haus auf.²⁰

Am 25.6.1937 wurde der Schlusstrich unter die Auflösung der „Gesellschaft der Freunde“ gezogen. Mit Wirkung vom 30.6.1937 wurde sie aufgelöst. Das Gesamtvermögen, inklusive aller sozialen Kassen, des Verlages und des Curio-Hauses, wurde dem NSLB überschrieben. Als Liquidator wurde Kurt Holm bestellt.

Verbrieft ist in den vorliegenden Dokumenten, dass Kurt Holm gemeinsam mit Richard Schlorf, der für die Kasse des NSLB zuständig war, durchaus für Hamburger Interessen gegen die Bayreuther Zentrale des NSLB eintrat und die Mitglieder-gelder des Hamburger NSLB in das Curio-Haus investierte. So unglaublich es

klingt: Kurt Holm und dem neueingesetzten Geschäftsführer des Curio-Hauses, Wilhelm Bernhardt, ist es zu verdanken, dass das Curio-Haus durch die Mitgliedsbeiträge der quasi Zwangsmitgliedschaft aller Hamburger PädagogInnen im NSLB 1943 schuldenfrei war.

Getrübt war Holms Karriere durch die Auseinandersetzungen mit der „alten Garde“ des NSLB. Diese bezeichneten ihren erbitterten Kampf gegen Willi Schulz, Albert Mansfeld und Kurt Holm als Auseinandersetzung zwischen den „alten Kämpfern“ versus den „Emporkömmlingen“ oder den „gescheiterten Spätlingen“.²¹

An anderer Stelle wird dies noch genauer beleuchtet werden. Die „alte Garde“ überzog Schulz und seine Gruppe mit Vorwürfen und Parteigerichtsverfahren. Am Ende obsiegte die Gruppe Schulz. Gegen Kurt Holm gab es ein gesondertes Parteigaugerichtsverfahren. Holm hatte in der Auseinandersetzung mit den „alten Kämpfern“ ein Schriftstück unterschlagen, was ihm nachgewiesen werden konnte. Er wurde dafür mit einer parteiamtlichen Verwarnung bestraft, zugleich der Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung eines Parteiamtes für die Dauer eines Jahres. Dies tat seiner Karriere keinen Abbruch getan. Die Gruppe um Willi Schulz, zu der Holm gehörte, stand in engem Kontakt zum Hamburger NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann.

Nach 1945 diente das Parteiverfahren Holm als Argument, in der NSDAP umstritten, wenn nicht gar missliebig gewesen zu sein. Das war jedoch nicht der Fall. Holm war schlau und machtbewusst, und karrieremäßig in den Auseinandersetzungen des NSLB der Anfangszeit auf der richtigen Seite.

Als Willi Schulz 1942 aus Krankheitsgründen nicht mehr das Hamburger Schulwesen und den NSLB leiten konnte und Albert Mansfeld im Kriegsdienst war, wurde der machtbewusste Erwin Zindler zum Verantwortlichen des NSLB. Es kam zu einem Machtkampf zwischen Zindler und Holm. Kurt Holm wehrte sich erfolgreich. Mein gleichfalls in diesen Fragen forschender und leider verstorbener Kollege Uwe Schmidt, mit dem ich mich darüber freundschaftlich verständigte, vermutete, dass Holm sich mit dem kommenden starken Mann in der Hamburger Schulverwaltung verbündet hatte, dem skrupellosen Albert Henze.²²

Gustav Schmidt, der ausgebootete parteilose Schulrat, hatte nach dem Weggang von Willi Schulz in seinem Kriegstagebuch gefragt: „Welche Rolle wird der ‚schlaue Einflüsterer‘ an der Seite des skrupellosen Albert Henze, der Prof. Holm spielen?“²³

Am 8.6.1945 wurde Kurt Holm, der bis auf fünf Wochen bei der Kriegsmarine im Februar 1945 während des Krieges u. k. gestellt war, auf Anweisung der britischen

Militärregierung beurlaubt und am 10.11.1945 aus dem Schuldienst und dem Beamtenverhältnis entlassen.

Der Pakt mit den Mächtigen, seit 1933 erfolgreich, funktionierte nicht mehr.

Ex-Schulrat Gustav Schmidt teilte dem Wohnungsamt Eppendorf auf Anfrage mit, dass Prof. Holm als aktiver Nationalsozialist anzusehen sei.

Kurt Holm protestierte gegen seine Beurlaubung und die Entlassung und führte einen langen Kampf um seine Wiedereinstellung. Er hatte es nicht leicht. Zu sehr war er als Liquidator personifiziert für die „Gesellschaft der Freunde“ und deren ehemals führende Mitglieder spielten in den Entnazifizierungsverfahren eine wesentliche Rolle. Von daher musste Kurt Holm sehr viel länger auf die Wiedereinstellung warten als vergleichsweise ungleich höher belastete Personen. Wie sah die Strategie Kurt Holms aus?²⁴

In den Vordergrund stellte er sein Eintreten für die Sache, für die Kollegen. Schon in seiner Seminarzeit in Uetersen sei er „Leiter der Selbstverwaltung des Internats gewesen sowie 1. Vorsitzender der schleswig-holst. Seminaristenverbandes und des Vereins für Psychologie und Pädagogik in Uetersen“.

In seiner Geschäftsführertätigkeit für den NSLB stellte er heraus, „die alten Mitarbeiter und Angestellten der Gesellschaft der Freunde ausnahmslos übernommen“ zu haben, „obwohl sie damals der NSDAP nicht angehörten. Aus diesem Grunde war ich vielen Anfeindungen der sog ‚alten Garde‘ ausgesetzt, die sich zu regelrechten Terrorakten wie Drohbriefen und nächtlichen Anrufen steigerten“. Erwartungsgemäß rückte er das Parteigerichtsverfahren in den Mittelpunkt seiner Argumentation: „Mir wurden Verstöße gegen die Parteidisziplin und demokratisches Verhalten zum Vorwurf gemacht, besonders als ich es ablehnte, die alten Angestellten der Gesellschaft zu entlassen, die der SPD angehört hatten. Das Kreisgericht Hoheluft verurteilte mich zum Ausschluß aus der NSDAP; das Gaugericht wandelte dies Urteil nach mehrfachen Berufungsverhandlungen in eine Verwarnung mit 1-jährigem Amtsverbot um, die schwerste Strafe vor dem Ausschluß.“²⁵

Da das Schreiben an Oberschulrat Fritz Köhne adressiert war, konnte es keinen durchschlagenden Erfolg haben, da Köhne als Schulratskollege von Holm miterlebt hatte, dass das Parteigerichtsverfahren Holms sicherlich beschwerlich gewesen war, seiner Karriere im Hamburger Bildungswesen aber keineswegs geschadet hatte.

Kurt Holm erwähnte auch seinen Einsatz für den Lehrer Dr. Paul Baden.

Tatsächlich hatte Holm sich für Paul Baden eingesetzt. Baden war Lehrer an der Schule Binderstraße 34 gewesen, Holm der für die Schule zuständige Schulrat. Beide kannten sich aus dem NSLB, in dem Baden mitarbeitete und auch durch Veröffentlichungen in der HLZ unterm Hakenkreuz nach 1933 in Erscheinung trat und, wie Holm, stundenweise in der Lehrerfortbildung tätig war.

Probleme ergaben sich für Paul Baden, als er wie alle Staatsbeamte 1937 aufgefordert wurde, seine Abstammung zu dokumentieren, den sog. Ariernachweis einzureichen. Am 7.3.1938 reichte Baden die Abstammungsurkunden ein. Dabei ergab sich, dass Badens Mutter, Rieke Baden, die Tochter des jüdischen Kaufmannes Hesekei Seligmann und seiner Frau Sara war.²⁶

Kurt Holm hatte sich offenbar für Paul Baden verwendet. Die Personalakte Badens weist aus, dass auch Albert Mansfeld mit Badens Weiterbeschäftigung als Lehrer bis 1943 einverstanden war. Später waren sogar der berühmte Oberschulrat Albert Henze und Kultursenator Offerdinger mit dem Fall Baden beschäftigt. Baden war als Ehemann einer „Halbjüdin“ objektiv bedroht, fand in Holm einen Fürsprecher und letztlich den Schutz des nationalsozialistischen Regimes. Eine widersprüchliche Lebensgeschichte.

Baden schilderte sein Schicksal und die Abläufe seit 1943 folgendermaßen:

„Mit Wirkung vom 1. Februar 1943 nicht mehr als Lehrer und Erzieher beschäftigt, da ‚nicht rein deutschen Blutes‘. Der Termin wurde auf den 15. Juli 1943 verschoben, um die geführte Klasse (Ausleseklasse) auslaufen zu lassen. Ab September 1943 Beschäftigung als Schreiber in der Schülerkontrolle, einer Dienststelle der Schulverwaltung. Hier versuchte man, mir mein schweres Los erträglich zu gestalten. Als bei strengster Auslegung des Arierparagraphen im Februar 45 die Verfolgung der Juden und Mischlinge sich verstärkte, wurde ich für den 24. Februar als Arbeiter bei der Bauverwaltung vom Arbeitsamt verpflichtet. Nachdem die Schulverwaltung auf meine schwere Beschädigung hingewiesen und die daraus resultierende Unfähigkeit zu körperlicher Arbeit besonders unterstützt hatte, wurde der bis dahin aufgeschobene Verpflichtungsbescheid mit Ablauf des 14. März 1945 zurückgenommen.“²⁷ Paul Baden hatte als aktives NSLB-Mitglied Unterstützung bis in höchste Stellen des NSLB und der Schulverwaltung und nicht nur seines Schulrates Kurt Holm. Nach dem Krieg wurde Baden mit Wirkung vom 1.8.1945 als Schulleiter der Schule Binderstraße 34 eingesetzt.

Seine Dankbarkeit gegenüber Holm zeigte Baden von nun an durch einen jährlichen anonymen Präsentkorb zu Weihnachten, wie in Holms Familie kolportiert wurde. Dies diente einer in der Familie nie wirklich aufgeklärten Legendenbildung.²⁸

Kurt Holm wusste natürlich, dass ihm seine Rolle beim Ende der „Gesellschaft der Freunde“ zur Last gelegt wurde, wobei er im September 1945 nicht ahnen konnte, dass in den Entnazifizierungsverfahren im besonderen Maße die ehemaligen Funktionäre der „Gesellschaft der Freunde“ eine entscheidende Rolle spielen würden.

Holm schrieb, er habe bei der „Auflösung der Gesellschaft der Freunde und der Überführung ihrer Vermögenswerte nachdrücklich den Rechtsstandpunkt ver-

treten“. Er wies darauf hin, dass die Witwen- und Waisenrenten erhalten blieben, ebenso wie die Leistungen der Krankenkasse.

Wenig glaubhaft dann die Aussage, „dass ich die Entwicklung der Erziehung und Schule seit 1933 mit großer Sorge betrachte, habe ich mehrfach auch öffentlich zum Ausdruck gebracht“.²⁹



Kurt Holm 1955

Es war nur mit Hilfe der Personalakte Holms und einiger Schriftstücke der „Gesellschaft der Freunde“, die sich im Archiv der GEW-Hamburg befanden, rekonstruierbar, wie Holms Entnazifizierung ablief. Auch die Entnazifizierungsakte ist jüngst wieder aufgefunden worden.

Holm wurde vorerst weder im Schuldienst noch im Hochschuldienst wieder eingestellt. Das Arbeitsamt wies ihm 1947 eine Teilbeschäftigung als Nachtwächter beim Bewachungsdienst Nordwacht zu.³⁰

Die Entscheidung des Fachausschusses am 19.1.1948, der Holm als belastet erklärte und ihm die Wiedereinstellung verwehrte, wurde am 17.9.1949 von der Zentralstelle für Berufungsausschüsse aufgehoben, allerdings mit der Maßgabe, dass eine Tätigkeit als Schulrat oder als Schulleiter ausgeschlossen sei. Ihm wurden aber Pensionsansprüche zuerkannt und Holm wurde in Kategorie V (Entlasteter) eingestuft. Dabei wurde zwar festgestellt, dass Holm nationalsozialistisches Gedankengut in das Schul- und Erziehungswesen hineingetragen hatte („Prof. Holm bestreitet nicht, nationalsozialistisch ausgerichtet gewesen zu sein“); als entlastend wertete man aber die Schwierigkeiten, die Holm insbesondere mit der „alten Garde“ des NSLB gehabt hatte.

Der Berufungsausschuss „hat jedoch keine Bedenken, dass Prof. Holm im übrigen als Lehrer oder Erzieher wieder im Schulwesen beschäftigt wird“.³¹ Das hatte Friedrich Wilhelm Licht für den Fachausschuss am 1.9.1949 noch ganz anders gesehen: „Holm ist in den Jahren von 1933 ab an exponierter Stelle als Vertreter des Nationalsozialismus in Erscheinung getreten. Seine Wiederezulassung für den Schuldienst würde in der Hamburger Lehrerschaft in allerhöchstem Maße Aufsehen erregen und politisch sehr unerwünschte Rückwirkungen auslösen.“³² Licht, zweiter Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde zu diesem Zeitpunkt, machte deutlich, wie tief die Skepsis in Kreisen der Lehrgewerkschaft war. Auch Fritz Köhne hatte im Berufungsausschuss am 19.1.1948 über Kurt Holm geäußert: „Er war nur zu bereit, den neuen Strömungen entgegenzukommen.“³³

Landesschulrat Ernst Matthewes regte ein Gespräch im Schulratskollegium über die weitere Verwendung Holms an. Die Schulräte sprachen sich einstimmig gegen die Wiedereinstellung Holms aus und beschlossen, ihn in den Ruhestand zu versetzen.

Holm, mit seiner Familie in materieller Not, blieb in seinen Schriftsätzen verbindlich und höflich, hatte aber gehofft, am Pädagogischen Institut wieder eingestellt zu werden. Aber auch daraus wurde nichts. Dem 49-Jährigen wurde „das erdiente Ruhegehalt“ zuerkannt, wobei Holm anfänglich 75 Prozent der bis zum 1.1.1933 erworbenen Bezüge zugebilligt wurden.

Die Schulbehörde hielt 1949 eine Wiedereinstellung auch in der Lehrerbildung für ausgeschlossen, würde Holm aber Pensionsansprüche auch für die Zeit von 1933 bis 1945 gewähren. Es begann ein langanhaltender, komplizierter juristischer Austausch von Schriftsätzen, die in verwaltungsrechtliche Auseinandersetzungen mündeten.

Da die Behörde Holm nicht wieder einstellen wollte, ging der Streit erst einmal um die Frage, an welchem Gehalt sich die Versorgungsbezüge orientierten.

1951 wurde der gerade in den Ruhestand getretene Fritz Köhne zum Fall Holm befragt.

Am 31.5.1951 schrieb der Jurist der Schulbehörde, von Zerssen an Köhne: „Holm ist am 1.9.1934 Schulrat und am 1.10.1936 Professor geworden. Der Gedanke liegt nahe, dass diese Beförderungen vorgenommen sind, weil er nicht nur Pg von 1933 war, sondern im NSLB das Amt eines Leiters als Gauhauptstellenleiter bekleidet hat. Das Personalamt ist aber – sicherlich mit Recht – der Auffassung, dass überzeugend nachgewiesen werden müsste, dass eine Ernennung wegen der Verbindung zum Nationalsozialismus vorgenommen sei, wenn die Betroffenen im Entnazifizierungsverfahren gut weggekommen sind. Es wird kaum genügen, dass in dem oben angegebenen Entnazifizierungsbescheid eine Tätigkeit Holms als Schulrat oder Schulleiter ausgeschlossen wird. Können Sie etwas darüber sagen, ob Holm wegen seiner engen Verbindung zum Nationalsozialismus Schulrat und Professor geworden ist? Wer könnte nach Ihrer Meinung sonst etwas darüber aussagen? In der Schulbehörde ist offenbar niemand, der es kann.“

Köhne antwortete aus einem Kurort im Spessart, wo er sich gerade erholte. Im Gegensatz zu vielen anderen Schreiben stellte er keinen reinen Persilschein aus. Aber eindeutig positionieren mochte er sich auch nicht. Seine Charakterisierung Holms las sich folgendermaßen:

„Der Fall Holm ist sicher nach den beiden vorliegenden Beurteilungen schwer zu entscheiden. In der ersten Sitzung wurde ich als Zeuge hinzugerufen, am Schluß meinte der Vorsitzende, Herr Dr. Kiesselbach: ‚Ich glaube, Herr Schulrat Köhne ist mit dem Urteil nicht zufrieden‘. Das war ich auch nicht. Herr Holm ist in den Nazijahren nicht mein Freund gewesen, wir standen oft sachlich gegeneinander. Er war der Vertreter der Schulpolitik des NS-Lehrerbundes und versuchte mit Klugheit und Geschick, das Beste für die Schule und Lehrerschaft aus dieser Entwicklung

herauszuholen. Er war nicht primitiv und stur, sondern kritisch, wendig, ein guter Diplomat; es lohnte sich schon, mit ihm über die Sache zu sprechen. Er war manchem Funktionär zu klug und undurchsichtig, auch trug er keine Uniform und hatte keine soldatische Haltung.

Man kann nicht sagen, dass Holm Schulrat und Professor in der Lehrerbildungsanstalt nur wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP geworden ist, er besaß auch die praktischen und theoretischen Fähigkeiten für diese Aufgaben.³⁴

Interessant erscheint, dass Fritz Köhne mit etwas Abstand von der Schulbehörde anders urteilt als noch zwei Jahre vorher. Holm brachte in einem Schreiben an die Deputation ein fachliches Gutachten von Fritz Köhne aus dem Jahr 1949 ein, in dem dieser schrieb:

„Herr Kurt Holm galt nach dem Urteil seiner Schulrätin Frau D. Christiansen – 1933 in den Ruhestand versetzt – als ein außergewöhnlich tüchtiger Lehrer. Sowohl in der eigentlichen Unterrichtspraxis als auch in der Methodik und Wissenschaft der grundlegenden Schulfächer hat Herr Holm Vorzügliches geleistet.“³⁵

Interessant ist, dass der Befähigungsbericht über Schulrat Kurt Holm vom 4.1.1936, unterschrieben von Karl Witt, dem Präsidenten der Landesunterrichtsbehörde nur begrenzt euphorisch ausfiel: „Geschickter Verhandler, guter Organisator und Aufsichtsbeamter, fleißig in seiner Arbeit. Im Detail wird bewertet: Gesundheitszustand: befriedigend; Veranlagung im allgemeinen: gut; Auftreten, Umgangsformen: gut; Eignung zum Vorgesetzten: ja; Befähigung zum freien Vortrag: ja; Schriftliche Ausdrucksweise: ausreichend.“³⁶

Von den von Köhne an von Zerssen genannten Personen antwortete als erster Peter Jacobsgaard, der selbst Schulleiter in der NS-Zeit war, Mitglied der NSDAP und Mitarbeiter von Holm im NSLB. Jacobsgaard betonte, dass „Holms Beförderung nicht auf seine Verbindung mit dem Nationalsozialismus, sondern auf seine beruflichen und mehrheitlichen Qualitäten zurückgeht.“³⁷

Ein echter Persilschein von jemandem, der selbst belastet war und der auch nach 1945 noch familiäre Beziehungen zu Holm pflegte.³⁸

Von Zerssen selbst zitierte Gustav Schmidt, der darauf hinwies, dass Holm als Schulrat Jacobsgaard gefördert und zum Schulleiter gemacht hatte.

Gustav Schmidt äußerte sich auch auf die Anfrage zu Holm:

„Nach meiner Erinnerung war Holm an den Verhandlungen beteiligt, die 1933 geführt wurden, um die Gesellschaft der Freunde und andere Einrichtungen gleichzuschalten und schließlich in den NS. Lehrerbund überzuführen. Dabei kam er mit den neuen Machthabern in Berührung. Sie beförderten ihn bald zum Schulrat. Für dieses Amt brachte er einige Vorbedingungen mit: Er konnte mit Menschen umgehen, konnte Verhandlungen geschickt führen und seinen Schulkreis gut organisie-

ren. Pädagogisch war er bis 1933 meines Wissens nicht hervorgetreten. Das Amt des Schulrates ist von ihm nur als Durchgang angesehen worden; als sich ihm eine Möglichkeit bot, ist er Dozent und Professor an der Hochschule für Lehrerbildung geworden.“³⁹

Max Traeger hatte sich mündlich gegenüber von Zerssen geäußert. Holm wäre „vielleicht aufgrund seiner wendigen und gewandten Art ohnehin Schulrat jedoch nie Professor an der Hochschule für Lehrerbildung geworden“.⁴⁰

1950 wurde Holm nach einem Vergleichsvorschlag des Personalamtes die Zahlung der Schulratspension zugebilligt.

In einem Schreiben an Senator Landahl vom 21.6.1951 behauptete Holm zum ersten Mal „nachdrücklich für die 1933 politisch gemaßregelten Lehrkräfte und Schulräte eingetreten“ zu sein. Er gerierte sich dabei als unangepasster Kämpfer in der damals nationalsozialistischen Behörde.⁴¹

Landesschulrat Ernst Matthewes schrieb am 28.6.1951 in einem Vermerk an Senator Heinrich Landahl: „Nachdem der ehemalige Oberschulrat Mansfeld nicht eingestellt wurde, kann Prof. Holm noch weniger eingestellt werden. Er ist nach dem Urteil derjenigen, die ihn kennen, politisch ungünstiger zu beurteilen als Mansfeld.“⁴²

Landahl teilte Holm am 28.6.1951 mit, dass er sich nicht in der Lage sieht, ihn wieder zu beschäftigen.

Die regelmäßigen Schriftsätze Kurt Holms wurden verzweifelter, etwa wenn er feststellte: „Die Folgen meines politischen Irrtums waren ein mehrjähriger zwangsweiser Nachtwächterdienst mit 60 Pf. Stundenlohn, der Ausschluß aus der Berufsarbeit und -gemeinschaft und schwerer wirtschaftlicher und seelischer Druck für die ganze Familie.“⁴³

Eine Klage Kurt Holms vor dem Verwaltungsgericht wurde am 28.2.1952 abgewiesen.⁴⁴

Als 1953 nach den Bürgerschaftswahlen der konservative Hamburg-Block die Regierung in Hamburg übernahm, veränderten sich die Bedingungen.

Für die Hochschulen zuständig wurde Senator Biermann-Ratjen, den Holm noch aus den Zeiten kannte, als er für den NSLB Liquidator der alten Gesellschaft der Freunde war. Biermann-Ratjen hatte als Notar alle Umwandlungsverträge angefertigt.

In einem Vermerk wurde am 12.2.1954 festgestellt, dass nach veränderter Rechtslage durch den Artikel 131 des Grundgesetzes, der die Wiederverwendung ehemaliger Nazis im Öffentlichen Dienst einleitete, sich ein Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung für Kurt Holm ergeben würde.

Biermann-Ratjen schlug vor, bei der Schulbehörde überprüfen zu lassen, Holm als Studienrat wieder zu verwenden, da am Pädagogischen Institut alle Planstellen

besetzt seien. Holm erhielt mittlerweile ein Übergangsgehalt von 590 DM monatlich als Professor zur Wiederverwendung.

Ein Einstellungsantrag der Schulbehörde wurde von der Schul-Deputation am 2.6.1954 abgelehnt⁴⁵.

Schulsenator in Hamburg war im neuen Senat der Erziehungswissenschaftler Prof. Hans Wenke, von dem später bekannt werden sollte, dass er nationalsozialistisch belastet war. Wenke gab in einem Vermerk wieder, warum die Deputation und der Lehrerbetriebsrat sich gegen Holms Wiedereinstellung ausgesprochen hatten. „Seitens des Lehrerbetriebsrates und innerhalb der Deputation war dabei maßgeblich die Auffassung, dass Herr Professor Holm seine politische Überzeugung zur persönlichen Bereicherung benutzt habe. Er habe sich nämlich bei der Überleitung des Lehrerverbandes in den NSLB in das Verlagswesen der Gesellschaft der Freunde ‚hineingedrängt‘ und in seiner Stellung als Verlagsleiter erheblichen persönlichen Gewinn erzielt; auch habe er sich aus eigennützigen Überlegungen an die Spitze der Lehrerkassensatzung gesetzt. Die Lehrerschaft, die das miterlebt habe, sei deswegen auch heute noch erbittert gegen ihn eingestellt.“⁴⁶

Wenke schlug als taktische Maßnahme vor:

„In der Deputation der Schulbehörde wurde daher die Auffassung vertreten, dass sich die Schulbehörde bei der Wiedereinstellung des Herrn Holm, wenn er nicht anderweitig beschäftigt werden könne – was aus den vorstehenden Gründen das Richtige sei –, nur dem äußeren Zwang beugen dürfe, d.h. durch ein Gerichtsverfahren. Wenn es jetzt durch einen Beschluss der Senatskommission für den Verwaltungsdienst geschieht, so glaube ich, dass damit der Widerstand in der Deputation und hoffentlich auch innerhalb der Lehrerschaft überwunden werden wird.“⁴⁷

Und so geschah es. Die Senatskommission für den Verwaltungsdienst beschloss in ihrer 144. Sitzung am 1.2.1955, dass Kurt Holm innerhalb der Schulbehörde im Schuldienst wieder zu verwenden sei.

Oberschulrat Reimers stellte im Auftrag von Senator Wenke eine freie Planstelle im Bereich der wissenschaftlichen Oberschule, wie die Gymnasien zu der Zeit hießen, bereit.

Jetzt ergab sich eine weitere Verzögerung, weil Holm nicht die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz im Bereich der höheren Schulen hatte.

Am 15.4.1955 wurde Kurt Holm wieder eingestellt, um in der Albrecht-Thaer-Oberschule für Jungen zu arbeiten.

Der Lehrerbetriebsrat hatte dieser Einstellung und auch der Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit nicht zugestimmt. Anders dagegen die Schuldeputation, die positiv votierte. Sie war nach den Wahlen 1953 gemäß den politischen Mehrheitsverhältnissen in der Bürgerschaft neu zusammengesetzt. Als CDU-Vertreter

war jetzt auch der ehemalige NS-Oberschulrat Karl Züge in der Deputation, der eng mit Kurt Holm im NSLB zusammengearbeitet hatte.

Am 18.10.1955 wurde Kurt Holm Beamter auf Lebenszeit. Bürgermeister Kurt Sieveking unterzeichnete die Ernennungsurkunde.

Kurt Holm blieb weiterhin mit Eingaben aktiv, was die Anrechnung seiner Dienstzeiten von 1933 bis 1945 betraf, war allerdings nicht erfolgreich. Sein Antrag, zum Oberstudienrat befördert zu werden, wurde 1963 abgelehnt.

Am 22.7.1965 teilte man Holm mit, er trete Ende September 1965 in den Ruhestand. „Für die treuen Dienste spricht der Senat seinen Dank und seine Anerkennung aus.“⁴⁸

Kurt Holm, der ausweislich seiner Personalakte lange Zeit gesundheitliche Probleme zu bewältigen hatte, führte seine letzte Klasse über den Eintritt in den Ruhestand hinaus noch ein Jahr weiter mit 14 Wochenstunden als Angestellter und schied dann 1966 aus dem Hamburger Schuldienst aus.

Am 18.11.1984 starb Kurt Holm.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu auch die Biografien von Willi Schulz und Albert Mansfeld.
- 2 Berlin Document Center (BDC) OPG I 83. Freundlicherweise von Uwe Schmidt zur Verfügung gestellt.
- 3 Personalakte Holm, StA HH, 361-6 Hochschulwesen PA, IV 1870.
- 4 Annemarie Biedermann: Als Sekretärin beim NSLB, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 26.
- 5 Ebd.
- 6 Gustav Schmidt: Kriegstagebuch 1939–1945, Hamburg 2004, S. 69.
- 7 Sofern nicht anders angegeben, alle Daten aus der Personalakte Kurt Holm, a. a. O.
- 8 Ebd.
- 9 Schreiben vom 2.9.1949 in seiner Personalakte. Zu berücksichtigen ist sicherlich, dass er sich mit diesem Schreiben in ein günstiges Licht zu setzen versuchte.
- 10 Schreiben vom 29.9.1945, Personalakte Holm, a. a. O.
- 11 Fritz Köhne über Kurt Holm in einem Schreiben am 10.6.1951, Personalakte Holm, a. a. O.
- 12 Kurt Holm: Auf dem Weg zum Ziel, in: HLZ 34/ 35-1933, S. 475.
- 13 Ebd.
- 14 Kurt Holm, a. a. O., S. 476.
- 15 Ebd.
- 16 Kurt Holm, a. a. O., S. 477.
- 17 Kurt Holm: Die Führertagung des NSLB in Bayreuth, in: HLZ 5/1936, S. 50.
- 18 HLZ 29/1933, S. 406f.
- 19 Bernhard Nette: Rothenbaumchaussee 19. Das jüdische Erbe der GEW, in: 200 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, Jubiläumsausgabe, HLZ 10-11/2005, S. 75ff. Siehe dazu auch: Bernhard Nette/Stefan Romey: Die Lehrgewerkschaft und ihr „Arisierungserbe“, Hamburg 2010.
- 20 Siehe dazu und zu den folgenden Ausführungen auch die Festschrift 150 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, Hamburg 1955, S. 70ff. und Hans-Peter de

- Lorent: Der Nationalsozialistische Lehrerbund, in: Lehberger/de Lorent,1986, S. 119ff.
- 21 Siehe Berlin Document Center (BDC) OPG I 83.
 - 22 Uwe Schmidt in Auszügen über die persönlichen Daten Kurt Holms, in: Unveröffentlichte Datensammlung, die er mir überlassen hat, während ich ihm meine Kopien aus der Personalakte Kurt Holms zur Verfügung gestellt hatte.
 - 23 Gustav Schmidt: Kriegstagebuch 1939-45, Hamburg 2004, S. 69.
 - 24 Entnazifizierungsakte von Kurt Holm, StA HH, 221-11_Ed 8014.
 - 25 Alle Zitate aus Kurt Holms Schreiben vom 29.9.1945, Personalakte Holm, a. a. O.
 - 26 Entnazifizierungsakte Dr. Paul Baden, StA HH, 221- 11_Ed 11486. 27. Ebd. Siehe auch Personalakte Baden, StA HH, 361- 3_ M 1 042 A.
 - 28 Wie ich aus meiner Korrespondenz mit Sohn und Enkel von Kurt Holm erfahren habe.
 - 29 Laut Personalakte Holm im Juni 1947, a. a. O.
 - 30 Alle Angaben beziehen sich auf Dokumente in der Personalakte Holm, a. a. O.
 - 31 Ebd.
 - 32 Entnazifizierungsakte Holm, StA HH, 221-11_Ed 8014.
 - 33 Ebd.
 - 34 Schreiben von Köhne vom 10.6.1951 aus Bad Orb, Personalakte Holm, a. a. O.
 - 35 Schreiben vom 26.4.1949, ebd.
 - 36 Ebd.
 - 37 Original in meinem Besitz. Peter Jacobsgaard war von 1933 bis 1945 enger Mitarbeiter von Kurt Holm im NSLB gewesen. Siehe auch Biografie Jacobsgaard.
 - 38 So war Holm beispielsweise in ärztlicher Behandlung von Peter Jacobsgaards Sohn, des Arztes Dr. Johannes Jacobsgaard.
 - 39 Schreiben vom 23.6.1951, Personalakte Holm, a. a. O.
 - 40 Ebd.
 - 41 Ebd.
 - 42 Ebd.
 - 43 Holm am 8.7. 1951 an die Deputation der Schulbehörde, ebd.
 - 44 Ebd.
 - 45 Ebd.
 - 46 Schreiben vom 3.1.1955, ebd.
 - 47 Ebd.
 - 48 Alle Angaben ebd.

Hinrich von der Lieth **Nationalsozialist der ersten Stunde** **mit „notorischer Unfähigkeit“**

Eine der schillerndsten Personen im Hamburger Schulwesen in der NS-Zeit und in der Zeit davor, war Hinrich von der Lieth. 1930 schon Mitglied der NSDAP geworden und 1931 in den NSLB eingetreten, war er schon vor 1933 Leiter des NSLB gewesen und blieb es auch in der ersten Zeit mit einer kleinen Schar „alter Kämpfer“, die einen erbitterten Kampf mit dem zukünftigen Gauamtsleiter des NSLB, Willi Schulz und seinen Mitstreitern führten. Hinrich von der Lieth verhielt sich flexibler, fand seinen Frieden mit Schulz, der NS-Schulverwaltung und den NSDAP-Größen und wurde immer wieder mit Funktionen und Aufgaben betraut.

Annemarie Biedermann, 1903 geboren, Sekretärin bei der „Gesellschaft der Freunde“ schon seit 1922, beschrieb von der Lieths erstes Auftreten im Curio-Haus nach der Gleichschaltung mit dem NSLB:

„Am tollsten haben mir aber doch die Knie beim folgenden Erlebnis gewackelt: Der Parteigenosse von der Lieth war damals an der Reihe, der Erste im NSLB-Stab zu sein. Er saß in seiner funkelnagelneuen braunen Uniformen recht repräsentativ im Verlagszimmer am Leiter-Schreibtisch. Als ich dann in die Anfangsgründe meiner Arbeit (das Einheften der gestempelten Lichtbilder in die Personalausweise mittels Lochzange) eingeführt worden war, ließ er eigens für mich eine Ansprache steigen. Er legte seinen Dienstrevolver vor sich auf den Tisch (im Futteral wenigstens noch – Gott sei Dank!) und eröffnete mir: ‚Also – Frau Biedermann! Wir haben Sie hierher nun zur Hilfe mit herangezogen. Aber das eine will ich Ihnen gleich von vornherein sagen: Über alles, was Sie hier sehen und hören, haben Sie strengstes Stillschweigen zu bewahren! Erfahre ich, daß Sie auch nur das Geringste davon zum Beispiel im II. Stock erzählen, so würden Sie von uns kalt gemacht werden!‘ Wenn ich mir den fidelen ‚Hinnerk von der Lieth‘, wie er früher vor dieser seiner Glanzzeit schon genannt wurde, jetzt in der Rolle vorstelle, möchte ich sagen: ‚Er hat sich einen Ulk gemacht.‘ Aber nein, es war wirklich Ernst! Die neue Größe war den damaligen Machthabern tatsächlich zu Kopf gestiegen.“¹

Und Friedrich Wilhelm Licht schrieb am 9.11.1948: „Lediglich aus der Tatsache, dass von der Lieth bei seiner notorischen Unfähigkeit und Ungeschicklichkeit von den Nazis nicht groß herausgestellt werden konnte, ist es zu erklären, dass dieser Mann nicht eine ganz hohe leitende Stellung im hamburgischen Schulwesen

erhalten hat. Immerhin haben die maßgebenden Nazikreise immer wieder versucht, ihn in gehobenen Stellungen unterzubringen, die er allerdings wiederholt wechseln mußte, weil überall seine Unfähigkeit schnell zu Tage trat.“²

Hinrich von der Lieth wurde am 31.3.1900 in Dörpstedt bei Schleswig als Sohn eines Gastwirtes geboren. Er besuchte die einklassige Dorfschule in Hollingstedt bis zu seinem 14. Lebensjahr und wechselte dann auf das Lehrerseminar in Rendsburg. 1920 kam er nach Altona, wo er Ostern 1921 die 1. Lehrerprüfung bestand. Zwischenzeitlich war er drei Monate im Militärdienst gewesen (bis zum 20.12.1918), „ohne im Feld gewesen zu sein“.³

Das Seminar in Altona schloss er mit einem schwachen Zeugnis ab, durchweg „genügend“, bis auf „Gesang und Violinspiel“. Hier lag offenbar auch eine Leidenschaft und Begabung des fidelen Hinrich von der Lieth, der nach 18monatiger „Stellungslosigkeit“ am 13.10.1922 an der Schule Taubenstraße 6 auf St. Pauli angestellt wurde. Er studierte parallel dazu sieben Semester Musikwissenschaft und Phonetik an der Universität Hamburg. Vermerkt wurde, dass von der Lieth auch als Chorleiter des Chorvereins St. Pauli von 1923 gewirkt hatte.

Ein durchgehendes Problem von der Lieths war seine Geldknappheit. In seiner Personalakte wurden immer wieder Pfändungsverfahren notiert. 1926 begründete von der Lieth seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit der Erwerbslosigkeit seines Vaters und seines Bruders, die von ihm unterstützt wurden.

Am 4. Juni 1929 bestand er die 2. Lehrerprüfung und wurde fest angestellt. Auch danach gibt es etliche Gehaltspfändungen.

Nicht gerade reputationsfördernd für einen Schulmeister, wenn sich ein Schneider am 8.3.1932 an die Behörde wandte, bei dem von der Lieth eine beauftragte Weste nicht bezahlt hatte. Er schrieb: „Der Mann ist seine Stellung ja gar nicht wert ... Ich möchte aber, wenn ich ein schulpflichtiges Kind hätte, es so einem Manne nicht anvertrauen.“ Von der Lieth habe „schmutzigen Charakter“.⁴

Hinrich von der Lieth trat am 1.12.1930 in die NSDAP ein, im Sommer 1931 wurde er Mitglied des NSLB, was ihn, als „alten Kämpfer“, für führende Positionen 1933 prädestinierte. Da sich der NSLB 1932 in einer konfliktreichen Situation befand, wurde Hinrich von der Lieth mit Unterstützung der Reichsleitung des NSLB und auch des Hamburger Gründungsmitglieds, Albert Mansfeld, sowie des NSDAP-Gauleiters, Karl Kaufmann, Vorsitzender des Hamburger NSLB.⁵

Eine große Lehrerversammlung der „Gesamtlehrerschaft bei Sagebiel“ fand am 29.4.1933 statt, auf der die Hamburger Lehrerschaft auf den NSLB und die nationalsozialistische Bewegung eingeschworen werden sollte. „SA-Männer besorgten die Saalordnung, eine SA-Kapelle spielte Märsche, Hitler-Jugend marschierte auf

und nahm in den Gängen Aufstellung. Der Gauobmann des Lehrerbundes, Herr von der Lieth, leitete die Versammlung. Das Lied der Nationalsozialistischen Revolution und das Deutschlandlied werden stehend gesungen, dem Regierenden Bürgermeister Hamburgs und dem Führer des Reichs und der Bewegung wurde gehuldigt.“⁶

Als Redner fungierten der neue Schulsenator Karl Witt sowie die gerade berufenen Oberschulräte Walter Behne und Theodor Mühe sowie Bürgermeister Carl Vincent Krogmann. Offenbar zeigte sich aber bald danach für die führenden Nationalsozialisten im Schulwesen, was Licht „notorische Unfähigkeit und Ungeschicklichkeit“ genannt hatte. 1933 flammten immer wieder Auseinandersetzungen im NSLB auf⁷, an denen anfangs Prof. Gustaf Deuchler und zunehmend Albert Mansfeld und Willi Schulz beteiligt waren.



Hinrich von der Lieth

Zuerst stärkte die Zentrale des NSLB in Bayreuth den Gauleiter von der Lieth, allerdings mit abnehmender Geduld: „Verantwortlich, und zwar hundertprozentig sind Sie allein. Wenn der Laden in Hamburg nicht endlich klappt, muss ich Sie auch verantwortlich machen. Also handeln Sie, aber taktisch klug und sonst ohne Rücksicht, nur unserem Bund zu Ehren und Nutzen. Mit besten Wünschen und Hitler-Heil!“⁸

Hinrich von der Lieth war für seine Arbeit von der Landesunterrichtsbehörde am 24.4.1933 „auf unbestimmte Zeit“ und „zur besonderen Verwendung“ vom Schuldienst beurlaubt worden. Am 31.5.1933 wurde er aufgefordert, den Dienst wieder aufzunehmen.⁹ Die Zeiten waren bewegt. Willi Schulz und Albert Mansfeld setzen sich gegen „die alten Kämpfer“ im NSLB durch, aber Hinrich von der Lieth wurden Angebote gemacht. Am 11.7.1933 wurde er zum Schulleiter der Schule Taubenstraße 6 ernannt, der Reichsgeschäftsführer des NSLB dankte ihm „herzlich für Ihren abschließenden Bericht. Ich bedaure ihren Rücktritt außerordentlich und hoffe, Sie mit Ihren lieben Kameraden als Treuhänder und Wächter über unserer heiligen Sache in Hamburg auf dem Posten zu finden. Im Namen des Staatsministers Schemm spreche ich Ihnen für die geleistete zielbewusste Arbeit im NSLB Dank und Anerkennung der Reichsleitung aus.“¹¹

Und am 22.7.1933 erhielt von der Lieth von der NSDAP-Parteizentrale in München die Ernennung zum „Stellvertreter des Reichsschulungsleiters Pg. Gundler, Hamburg für die SA und SS“.¹²

Um das Glück zu vervollständigen, heiratete Heinrich von der Lieth am 3.6.1933 die 20jährige Charlotte Schardig.

Von der Lieth agierte rührig in der NS-Bewegung. Am 9.9.1933 meldete er sich für zwei Tage vom Dienst ab. Er hatte „die Aufforderung der obersten SA-Füh-

rung erhalten, sofort nach Berlin zu kommen, um organisatorische Aufgaben zu erledigen“.¹³

Beruflich zeigt sich allerdings, dass von der Lieth nie lange Wirkungsmöglichkeiten blieben, „weil überall seine Unfähigkeit schnell zu Tage trat“, wie Friedrich Wilhelm Licht es später zuspitzte. Schon nach einem Jahr wurde von der Lieth am 3.8.1934 zu Wilhelm Gundlach an die Gauführerschule abgeordnet.¹⁴

Auch an der Gauführerschule erwies sich von der Lieths Unzuverlässigkeit. Er antwortete nicht auf Schreiben der Landesunterrichtsbehörde (LUB) und Oberschulrat Albert Mansfeld vermerkte, „auch frühere Schreiben der LUB hat Herr von der Lieth unbeantwortet gelassen“.¹⁵

Schon am 1.11.1934 war von der Lieth wieder zurück an der Taubenstraße als Schulleiter. Es folgte ein Gespräch mit Landesschulrat und NSLB-Gauamtsleiter Schulz beim NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann. Der loyale Parteisoldat von der Lieth sollte mit besonderer Besoldung die Leitung der Gauführerschule Lütjensee übernehmen. In der Personalakte wurde vermerkt, dass von dem Gehalt von der Lieths immer noch Schulden abzuzahlen waren. Die nächste Station war dann am 1.9.1935 die Schulleitung der Schule Slomanstieg auf der Veddel, eine Schule mit „Oberbau“, der Berechtigung, die Mittlere Reife abzunehmen. Daher wurde von der Lieth am 2.5.1936 zum Mittelschullehrer ernannt (Besoldungsgruppe A 12).



Turnunterricht an der von Hinrich von der Lieth geleiteten Schule Slomanstieg auf der Veddel

Am 12.5.1936 fragte der stets klamme von der Lieth bei Karl Witt an, ob „eine Möglichkeit vorliegt, dass die drei Jahre meiner Zugehörigkeit zur NSDAP vor der Machtübernahme auf mein Besoldungsdienstalter angerechnet werden können? Sollten Sie auch das veranlassen können, so wäre ich Ihnen außerordentlich dankbar und ich wäre restlos befriedigt. Heil Hitler!“ Die Befriedigung stellte sich ein. Es wurde vermerkt: von der Lieth und ein anderer Geförderter „sind alte Kämpfer der NSDAP und wurden auf besonderen Wunsch des Herrn Reichsstatthalters nachträglich beschleunigt zur Ernennung vorgeschlagen.“ Die Ernennung wurde auf den 1.1.1936 vordatiert.¹⁶

Von der Lieth blieb weiterhin rühmig in der NS-Bewegung, er wurde Prüfer für das Gebiet „Weltanschauliche Schulung“ bei Organisationen des Reichsberufswettkampfes, 1937 jubelte er dem Führer beim NSDAP-Parteitag in Nürnberg zu.¹⁷

Von 1936 an war Hinrich von der Lieth auch für den NSLB wieder aktiv als Kreisamtsleiter im Kreis II.¹⁸

Über von der Lieths Schulleitertätigkeit hat sich eine Beschwerde eines Vaters in seiner Personalakte erhalten. Julius Schierholz beschwerte sich über die Züchtigung seines neunjährigen Sohnes Rolf durch Schulleiter von der Lieth. Von der Lieth hatte Aufsicht im Schulgebäude gehabt, dabei zwei Kinder mit dem Rohrstock „gezüchtigt“, weil die Kinder im Schulgebäude getobt hätten und zu laut waren. Die Version von Vater Schierholz: Sein Sohn habe „nur ganz leise zu seinem Nebemann bei der Züchtigung des ersten Kindes geflüstert ‚das hat aber hingezogen‘, worauf der Schulleiter mit den Worten: ‚Raus du, du bist auch noch nicht gezähmt‘, den ‚Zähmungsanfang‘ einleitete und mit dem Rohrstock den nötigen Hinterdruck verlieh. Ich kann Zähmungsversuchen von Domteuren Tieren gegenüber das volle Verständnis entgegenbringen, von Schulleitern bei Kindern nicht.“ Hinrich von der Lieth „bügelt die Beschwerde des Vaters im persönlichen Gespräch ziemlich rüde ab“ und Schulrat Köhne versuchte ebenfalls, abzuwiegeln, forderte aber von Schulleiter von der Lieth ein nochmaliges Gespräch und wies den Vater Schierholz darauf hin, dass von der Lieth „gerade viele Unterredungen“ zu führen habe.¹⁹

Hinrich von der Lieth hatte selbst drei Kinder (geboren 1933, 1936 und 1939), als er am 20.5.1940 zum Kriegsdienst eingezogen wurde.²⁰ Nach halbjähriger Tätigkeit als Gefreiter bei einer Nachschubkolonnenabteilung in Frankreich²¹ und einigen Schriftwechseln wurde er für die Kinderlandverschickung reklamiert. In seinem Spruchkammerverfahren verharmloste er diese Phase als „mit Schülern in der Kinderlandverschickung“.²² Tatsächlich war er NSLB-Inspekteur im Gau München-Oberbayern.²³ Die Briefwechsel, die Hinrich von der Lieth auf dem Briefpapier der NSDAP-Gauleitung München-Oberbayern mit dem verantwortlichen Organisator der Kinderlandverschickung in Hamburg, Heinrich Sahrhage, und dem NSLB-

Gauamtsleiter, Willi Schulz, führte, sind sehr aufschlussreich. Sie zeigen einen loyalen und verständigen von der Lieth, der offenbar nach der schwierigen, konfliktbeladenen Zeit im NSLB-Hamburg 1933, als er von Willi Schulz als Gauamtsleiter abgelöst wurde, ein gutes, vertrauensvolles Verhältnis zu Schulz pflegte. Er schrieb: „Auch Dir danke ich ganz besonders für das Vertrauen, dass Du mir entgegenbringst. Soweit es in meiner Kraft liegt, werde ich tätig sein und ich hoffe, Dich nicht zu enttäuschen.“²⁴ Und nach Erörterung einiger Probleme merkte er an: „Mir persönlich geht es hier ausgezeichnet. Augenblicklich fühle ich noch kein Erlahmen meiner Arbeitskraft. Ich hoffe auch nicht, der Nachfolger von Herrn Lipke zu werden in gesundheitlicher Hinsicht. Meine Nerven werden es mir schon gestatten, die KLV zu überleben, auch wenn man KLV liest: ‚Kannst langsam verrückt werden!‘ Dir die herzlichsten Grüße. Heil Hitler! Dein Hinnerk von der Lieth.“²⁵

Der Konflikt mit Heinrich Sahrhage bestand darin, dass KLV-Inspekteur von der Lieth eigene Vorstellungen hatte, wieviele Lehrkräfte er in den KLV-Lagern in Oberbayern haben konnte und darüber in Konflikte mit Schulleitungen an Hamburger Schulen geraten war. Sahrhage wies darauf hin, dass nur die Zentrale in Hamburg hierüber Überblick und Entscheidungskompetenz habe. Er schrieb am 22.7.1941: „Daher die Bitte, Du mögest dort keinerlei Hamburger Lehrkräfte ohne unsere Mitwirkung einsetzen oder absetzen. Du bist nun selbst schon so lange aus dem eigentlichen Schuldienst in Hamburg fort, dass Du die augenblickliche Lage hier schwer übersehen kannst. Rechne bitte einmal nach, was es bedeutet, wenn von rund 4000 Lehrkräften zunächst einmal über 1200 der einsatzfähigsten Männer bei der Wehrmacht sind und weitere über 1200 Männer und Frauen in der Kinderlandverschickung. Der Rest sitzt hier in zum Teil stark überfüllten Klassen und wird dadurch keinesfalls leistungsfähiger. Ich bitte das bei Deinen Anforderungen auf Ablösung von Lehrkräften, die sich dort nicht mehr voll und ganz bewähren, zum Teil wohl auch wegen ihrer langdauernden Überbeanspruchung durch das Lagerleben, zu berücksichtigen. Selbstverständlich hast Du als Inspekteur volles Vertrauen der Hamburger Gauverwaltung und auch Handlungsfreiheit, soweit sie sich eben mit den hiesigen Verhältnissen in Übereinstimmung bringen lässt. Irgendwie werden wir nun doch wohl zurecht kommen, wenn wir uns gegenseitig bestmöglich unterstützen.“

Am 1.4.1941 meldete sich von der Lieth „zur Verwendung in den besetzten Ostgebieten“. Ebenso wie manch anderer überlegte offenbar Hinrich von der Lieth, wo er nach dem gewonnenen Krieg eine geeignete Wirkungsstätte finden könne. Am 30.4.1942 erneuerte er seinen Wunsch auf Verwendung als Schulbeauftragter in besetzten Ostgebieten bei den Gebietskommissaren im Osten.²⁶

Von der Lieth lernte Russisch, nahm an einem vierwöchigen Sprachkurs teil, um die Dolmetscherprüfung ablegen zu können. Er war dafür vom Schuldienst

befreit worden. Am 13.12.1944 dankte von der Lieth dem Leiter der Hamburger Schulverwaltung, Ernst Schrewe, und teilte mit, die Dolmetscher-Prüfung bestanden zu haben und mit dem 5.12.1944 in die Dolmetscher-Kompanie Posen eingezogen worden zu sein.

Es kam anders, aus der Ostkarriere nach dem Krieg wurde nichts, von der Lieth geriet am 28.1.1945 in russische Kriegsgefangenschaft. Auch dort dürfte das Dolmetscherexamen hilfreich gewesen sein.

Aus der Kriegsgefangenschaft am 27.9.1945 entlassen, schloss sich nahtlos die Internierung an, zuerst im Internierungslager Neumünster, dann in Eselheide, wo er mit anderen NS-Aktivisten und Kriegsverbrechern auf die Prozesse wartete.

Die Internierungslager erfüllten bei der Erfassung und Separierung der Täter eine zentrale Funktion, erwiesen sich aber insofern als problematisch, als die im NS-System Verantwortlichen über Monate und Jahre zusammensaßen und so Absprachen gemeinsamer Verteidigungsstrategien möglich wurden.

Ins Internierungslager geriet Hinrich von der Lieth, weil er politischer Leiter gewesen war, Kreisamtsleiter des NSLB. Die politischen Leiter galten für die Britische Militärregierung als Säulen des NS-Systems, die von den Verbrechen der Nationalsozialisten gewusst hatten und daran beteiligt waren.

Hinrich von der Lieth wurde im Lager Eselheide erfasst, Internierungsnummer: 109 601, er trug seine politischen Funktionen in einen Fragebogen ein, schrieb einen Lebenslauf, bei dem er durch Kommunikation im Lager wusste, worauf es ankam. Darüber hinaus wurden in der Heimatstadt des Beschuldigten von einem von der Britischen Militärregierung eingesetzten Polizei-Kriminalamt, Public Safety Special Branch, Ermittlungen durchgeführt, die an das Spruchgericht Bielefeld gesendet wurden, wo ein Staatsanwalt eine Anklageschrift verfasste. Bei der Vielzahl der Verfahren gestaltete sich dies als eine zeitaufwändige Angelegenheit.

Die Anklageschrift von Staatsanwalt Hollburg wurde erst am 17.11.1947 vorgelegt.

Hinrich von der Lieth verfasste also einen Lebenslauf, der die Daten seines Parteieintritts (Dezember 1930) und der NSLB-Mitgliedschaft (Sommer 1931) korrekt wiedergab. Seine Funktion im NSLB verkleinerte er („Mitarbeiter und Obmann“). Er verschwieg seine kurzzeitige Arbeit und Leitung in der Gauführerschule und die Inspektorsfunktion bei der KLV („war mit Schülern in der Kinderlandverschickung“). Hingegen stellte er besonders heraus, dass er Freimaurer gewesen war: „Ich möchte hier einschalten, daß ich langjähriger Freimaurer gewesen bin. Ich bin bis 1932 Mitglied der Loge Roland gewesen. Während der ersten Zeit der Mitgliedschaft in der NSDAP waren beide Mitgliedschaften nebeneinander möglich.

Da ich jedoch aus Parteikreisen heftigen Angriffen ausgesetzt war, trat ich aus der Loge aus. Jedoch waren meine Anschauungen von der Logenmitgliedschaft her beeinflusst. Daher habe ich auch in der Judenfrage eine humane Stellung vertreten.“²⁷

Besonders befragt wurden die Beschuldigten, wie mit Juden, Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern in der NS-Zeit umgegangen wurde und zu den Konzentrationslagern. Hinrich von der Lieth führt dazu aus: „Ich kannte zwar die grundsätzliche Einstellung der NSDAP zur Judenfrage, wusste aber nicht, daß diese durch Massenvernichtung der Juden gelöst werden sollte. Von den Novembervorgängen 1938 habe ich hinterher Kenntnis erhalten, dadurch, daß ich bei meinen Gängen durch die Straßen zertrümmerte Fensterscheiben in jüdischen Häusern sah. Von wem diese Aktionen ausgingen, weiß ich nicht. Alles was ich darüber vermuten oder äußern hörte, habe ich für Gerüchte gehalten. Den Stürmer habe ich wohl gelegentlich in Aushängen gelesen, habe aber geglaubt, daß es sich dabei um Ausschweifungen der Phantasie des Herrn Streicher handelte. Davon, daß während des Krieges die Juden nach dem Osten deportiert und ausgerottet wurden, habe ich überhaupt keine Kenntnis gehabt. Von der Frage der Fremdarbeiter und ihrer Behandlung habe ich keine Kenntnis. Ich habe auch nie gehört, dass irgendwelche Stellen des politischen Leiterkorps damit etwas zu tun gehabt hätten. Von der Frage der Kriegsgefangenen und der alliierten Flieger habe ich auch keinerlei Kenntnis, da ich viele Jahre hindurch Soldat gewesen bin, und mit Kindern in der Kinderlandverschickung unterwegs gewesen bin.

Von der Einrichtung der KZ hatte ich Kenntnis, kannte jedoch nur das Lager Dachau. Von dem Lager Neuengamme bei Hamburg wusste ich nichts. Den Zweck der KZ habe ich mir so vorgestellt, dass dort asoziale Elemente festgehalten werden sollten, um künftig von ihrem schädlichen Treiben abgehalten zu werden. Ich habe keinem dazu verholfen, dass er in ein KZ gebracht wurde, habe auch in meinem Bekanntenkreis keine Personen, die in einem solchen Lager gewesen sind. Ich hatte an der Schule bis etwa Mai 33 zwei jüdische Kolleginnen. Diese sind mit voller Pension entlassen worden. Was weiter mit ihnen geschah, ist mir nie bekannt geworden. Weitere jüdische Bekannte hatte ich nicht.“²⁸

Die Aussagen von der Lieths wurden mit seinem Lebenslauf und insbesondere mit dem Ermittlungsbericht des Polizei Kriminalamt Special Branch konfrontiert. Der Bericht von Polizei-Inspektor Blunck aus Hamburg war am 21.8.1947 erstellt worden. Blunck stellte fest, dass er die „1945 stark bereinigte Personalakte“ von der Lieths durchgesehen hatte. Er notierte die Tätigkeit von der Lieths an der Gauführerschule und verwies auf die vielen Darlehens- und Schuldentilgungsverfahren, auch darauf, dass der NSLB ihm ein Darlehen von 500 Reichsmark geschenkt hatte.

Blunck hatte auch ermittelt, dass Oberschulrat Schult sagte, „dass L. ein guter Nazi und als Kreisamtsleiter im NS-Lehrerbund recht rührig tätig war. Schult war ferner bekannt, dass L. als Parteikassierer sich hat Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen, aber weder von parteilicher Seite noch gerichtlich dafür belangt worden ist“. Und: „Von Schulrat Köhne hat Frau v.d.L. sich ein Leumundszeugnis für ihren Mann beschafft, das sehr gut ausgefallen ist. Köhne hat in der Nazizeit schon L. in der Personalakte gut beurteilt.“²⁹

Zu den etwas absurden Teilen der Ermittlungen gehörten Befragungen von Einzelpersonen, eher willkürlich ausgewählt, die Aussagen darüber machten, was in Hamburg in der Bevölkerung, also auch für von der Lieth bekannt gewesen war über die Naziverbrechen. Diese Gespräche wurden vom Polizeimeister Koch geführt und protokolliert. Die Befragten waren durchweg systemkritische Personen, die von den Nazis verfolgt und aus politischen Gründen auch ins KZ oder ins Gefängnis gebracht worden waren.³⁰ So wurde etwa die Aussage von dem Behördenangestellten Richard Mussi protokolliert: „Allgemein war bekannt, wenn irgendjemand sich gegen die Partei oder deren Mitglieder abfällig geäußert hatte, erhielt zunächst die Partei hiervon Kenntnis und diese leitete die Anzeige an die Gestapo weiter. Jeder kleinste Pg., der eine Funktion hatte, war verpflichtet, die politische Überwachung über alle Personen innerhalb des Wohnbezirks zu übernehmen. Die Judenverfolgungen setzten nicht erst während des Krieges sondern schon Jahre vorher ein. So stellten sich vor den Läden der Juden Angehörige der SA auf und forderten jeden, der den Laden betreten wollte auf, dieses nicht zu tun, weil es sich um einen jüdischen Inhaber handelte. An den Scheiben wurde ‚Jude‘ geschrieben, später die Scheiben eingeschlagen, die Läden geplündert und die Inhaber rausgesetzt und alte verdiente Pg's reingesetzt. Alles dieses spielte sich in der Öffentlichkeit ab. Es war auch jedem bekannt, dass die Juden abgeholt, zu Transporten zusammengestellt und abtransportiert wurden, die Möbel und andere Sachen öffentlich verkauft, oder von der Partei übernommen. Das politische Korps der Partei hatte die Aufgabe, anhand der von Ihnen aufgestellten Listen die Juden zur Meldung zu bringen. Die ganze Judenaktion war eine reine Angelegenheit der Partei und ihrem politischen Korps und ihren Gliederungen. Jeder, der eine Zeitung gelesen hat, konnte aus dieser den Propagandafeldzug gegen die Juden lesen. Auch waren an vielen Stellen auf der Straße Zeitungsanschlätze des ‚Stürmer‘ angebracht. Allgemein war bekannt, dass die Gefangenen und Fremdarbeiter schlecht behandelt wurden. Dieses traf zur Hauptsache in den Städten zu. Täglich konnte man beobachten, wie diese Menschen die Ascheimer nach etwas Essbarem durchsuchten. Es wurde auch oft beobachtet, dass diese von Partei- oder Gliederungsangehörigen – wenn sie sie hierbei erwischten – geschlagen wurden. Der Verkehr zwischen Gefangenen,

Fremdarbeitern und Deutschen war streng untersagt. Bei Zuwiderhandlungen wurden beide Teile bestraft. Auch hierüber konnte man in den Zeitungen lesen.“³¹

Und Schuhmachermeister Ferdinand Legin, KPD-Mitglied seit 1919, hatte zu Protokoll gegeben: „Allgemein wurde in unserem Wohngebiet davon gesprochen, dass von der Partei Läger eingerichtet wurden, in die man die politisch Verfolgten unterbrachte. In unseren Kreisen war es natürlich ganz besonders bekannt, denn hieraus wurden ja später die Insassen. Wie ich erfahren habe, wurden die meisten Anzeigen an die Partei eingereicht und dann an die Gestapo weitergeleitet. Unter der Bevölkerung bemerkt man allgemein bei Unterhaltungen antinazistischer Art, eine große Furcht, denn jeder wusste, wenn ihre Äußerungen bekannt würden, wurden sie abgeholt und ins KZ gebracht. Die Behandlung im KZ war in unseren Kreisen bekannt und aus der allgemeinen Bevölkerung hörte man, dass die, die entlassen wurden, zur Verschwiegenheit verpflichtet waren. Und doch erhielten weite Kreise von verschiedenen Begebenheiten Kenntnis.“³²

Hinrich von der Lieth konnten keine persönlich begangenen Verbrechen nachgewiesen werden. Der Staatsanwalt hielt von der Lieth die ermittelten Aussagen vor und argumentierte: „Als Kreisamtsleiter gehört der Beschuldigte als Mitglied zu einer verbrecherischen Organisation im Sinne des Nürnberger Urteils. Er gibt zu, die grundsätzliche Einstellung der NSDAP zur Judenfrage, die Ausschreitungen vom November 1938 und das Bestehen der KZ gekannt zu haben. Er bestreitet aber, gewusst zu haben, dass das politische Führerkorps zu Handlungen eingesetzt wurde, die im Nürnberger Urteil für verbrecherisch erklärt worden sind.“ Und weiter nahm Staatsanwalt Hollburg auf, was das Polizeikriminalamt ermittelt hatte und was danach in Hamburg bekannt gewesen sei: „In der Stadt Hamburg, in der der Beschuldigte seinen Wohnsitz hatte, wurde ganz allgemein davon gesprochen, dass in die KZ-Läger politisch und rassistisch Verfolgte eingeliefert wurden, denen im Falle ihrer Entlassung ein Schweigegebot auferlegt wurde. Es war in Hamburg auch ein offenes Geheimnis, dass die Einlieferung durch die Gestapo in Verbindung mit Parteidienststellen erfolgte. Wegen der schlechten Behandlung in den KZ hatte die Hamburger Bevölkerung große Angst davor, in diese eingeliefert zu werden. Aus den protokollarischen Vernehmungen des Polizeikriminalamts Hamburg ergibt sich weiterhin, dass in Hamburg die Juden in aller Öffentlichkeit durch die Partei und ihre Gliederungen verfolgt wurden. Die Juden wurden auch zu Transporten zusammengestellt und abtransportiert. Schließlich war es auch der Hamburger Bevölkerung im allgemeinen bekannt, dass der Verkehr zwischen fremdl. Zivilarbeitern und Deutschen streng verboten war und dass gewisse Kreise von Fremdarbeitern sehr schlecht gepflegt und behandelt wurden. Diese Menschen gingen in Lumpen gehüllt und suchten die Ascheimer nach etwas Essbarem ab. Diese Dinge, von

denen ganz Hamburg sprach, müssen auch dem Beschuldigten bekannt gewesen sein. Er musste insbesondere als Parteimitglied von 1930 und als Amtsträger die im Nürnberger Urteil angeführte Rede Adolf Hitlers über die Vernichtung des europäischen Judentums als Folge eines Krieges gehört oder gelesen habe. Bei der ganzen Art, in der die Judenverfolgungen stattfanden, musste er sich darüber im klaren sein, dass die abtransportierten Juden einem ungewissen und grausamen Schicksal entgegengingen. Die Mitwirkung des politischen Führerkorps bei der Schaffung und propagandistischen Deckung des Systems der KZ-Lager, der Durchführung der Judenaktionen und des Zwangsarbeiterprogramms sind ihm bei seiner Tätigkeit als Kreisamtsleiter und bei seiner langjährigen Parteimitgliedschaft ebenfalls bekannt gewesen.“

Staatsanwalt Hollburg kam zu dem Schluss: „Mit Rücksicht darauf, dass der Beschuldigte nur bis zum Mai 1940 und später vom Juni 1942 bis zum 31.1.1943 sein Parteiamt ausgeübt hat, seine persönliche Mitwirkung bei verbrecherischen Handlungen nicht vorliegt und dass der Beschuldigte nach dem Polizeibericht in seinen ehemaligen Wohngebieten politisch nicht aufgefallen ist, ist eine Geldstrafe von 3000 Reichsmark, verbüßt durch die Internierungshaft eine angemessene Sühne.“³³

Das Spruchgericht entschied in diesem Sinne eine Woche später und Hinrich von der Lieth wurde aus Baracke A 14 in Eselheide entlassen. Von der Lieth erhob noch in Eselheide Einspruch gegen den Bescheid und zog den Altonaer Rechtsanwalt Friedrich Koch hinzu, der dann am 25.5.1948 den Einspruch gegen den Bescheid in Vollmacht von von der Lieth zurückzog.

Der Traum von einer Karriere im Bildungswesen in den besetzten Ostgebieten nach dem „Endsieg“ war schon in russischer Kriegsgefangenschaft und in Eselheide geplatzt. Nach der Entlassung aus dem Internierungslager musste von der Lieth, durch das Bielefelder Spruchgericht in Kategorie III eingestuft, sich noch einem Entnazifizierungsverfahren stellen. Von der Lieths Frau und die drei Kinder lebten in Hamburg-Fuhlsbüttel. Er wusste aber, dass er und sein exponiertes Wirken in Hamburg sattsam bekannt waren. Somit ging er, wie viele andere auch, zurück in das Heimatdorf, wo Verwandte und ehemalige Freunde lebten. Sein Rechtsanwalt Hans Radischat, schrieb später in einem Schriftsatz: „Nach seiner Entlassung aus der Internierung war sein Gesundheitszustand schlecht. Er ging deshalb in seine Heimat nach Schleswig zurück. In Schleswig erhielt er vom Arbeitsamt die Aufforderung, als Landarbeiter tätig zu sein. Er wurde in Hollingstedt bei Schleswig eingesetzt.“³⁴

Hollingstedt war der Ort, in dem von der Lieth als Schüler die einklassige Volksschule besucht hatte. Dort bekam er jetzt Leumundszeugnisse, ließ sich ent-

nazifizieren, wurde am 16.8.1948 in Kategorie IV eingestuft mit dem Vermerk: „L. kann nur als Lehrer und nicht in leitender Stellung mit einer Beförderungssperre von fünf Jahren eingestellt werden.“³⁵

Damit war Hinrich von der Lieth allerdings nicht erfolgreich. Hamburg und Schleswig-Holstein tauschten im Zuständigkeitsgerangel Noten aus. Gesetzlich war vorgeschrieben, dass man dort entnazifiziert werden musste, wo man bis 1945 gelebt hatte. Von der Lieth beschäftigte zwei Rechtsanwaltssozietäten nacheinander. 1949 mündete es in einem Verwaltungsgerichtsverfahren, das ausgesetzt wurde, um auf eine Bundesentscheidung zu warten. Von der Lieths Einspruch dagegen wurde am 27.6.1949 zurückgewiesen.³⁶

Die Vermerke von Personalreferent Karl Hoffmann in der Hamburger Schulbehörde und des Fachausschusses waren so eindeutig, dass von der Lieth in Hamburg keine berufliche Perspektive im Schuldienst erwarten konnte. Hoffmann hatte am 6.10.1948 festgestellt: „Herr von der Lieth ist am 8.12.1947 aus der Internierung entlassen, hat sich am 21.2.1948 auf der Schulbehörde gemeldet und am 23.2.1948 einen Ersatzfragebogen abgegeben. Der Aufforderung der Schulbehörde, den vierseitigen Fragebogen einzureichen, ist er nicht nachgekommen. Er hat seitdem der Schulbehörde keine Nachricht mehr zukommen lassen. Jetzt reichte von der Lieth eine Spruchentscheidung aus Schleswig ein, nach der er in die Kategorie IV eingestuft worden ist und will hier angestellt werden. Herr von der Lieth ist nicht entlassen worden. Es erhebt sich aber die Frage, ob er nicht hätte entlassen werden können, weil er sich hier trotz Aufforderung nicht wieder gemeldet hat. Herr von der Lieth ist so schwer belastet, dass die allergrößten Bedenken gegen eine Wiedereinstellung in den hamburgischen Schuldienst bestehen. Die Anordnung, sich an seinem Wohnort entnazifizieren zu lassen, wirkt sich hier, wie in anderen Fällen, ungünstig aus. Sie wird von stark belasteten Personen benutzt, um sich einer wirklichen Untersuchung an dem Ort ihrer früheren Tätigkeit zu entziehen. Die Zeugen werden durch Leumundszeugnisse, die der Antragsteller selbst beschafft, ersetzt. Die Spruchkammer müsste angewiesen werden, keine Entscheidung zu fällen, ohne eine entsprechende Stelle des Heimatortes gehört zu haben.“³⁷

Und der Fachausschuss urteilte durch seinen Sprecher Friedrich Wilhelm Licht in der schon anfangs kurz skizzierten Eindeutigkeit „Von der Lieth ist in der ganzen Hamburger Lehrerschaft als Naziaktivist der Zeit vor 1933 bekannt. In der ersten Zeit der nationalsozialistischen Machtergreifung und vor dieser war von der Lieth der Führer des Hamburger NS-Lehrerbundes. Unter seiner Leitung fand die erste Großkundgebung der Hamburger Lehrerschaft statt, in der die neuen politischen Machthaber in Hamburg zur Lehrerschaft sprachen. Lediglich aus der Tatsache, dass von der Lieth bei seiner notorischen Unfähigkeit und Ungeschicklichkeit von

den Nazis nicht groß herausgestellt werden konnte, ist es zu erklären, dass dieser Mann nicht eine ganz hohe leitende Stellung im hamburgischen Schulwesen erhalten hat. Immerhin haben die maßgebenden Nazikreise immer wieder versucht, ihn in gehobenen Stellungen unterzubringen, die er allerdings wiederholt wechseln musste, weil überall seine Unfähigkeit schnell zu Tage trat. Er ist nicht nur als Naziaktivist sondern zugleich auch als Nutznießer des Nazisystems zu bezeichnen. Diesen Mann heute wieder in den Schuldienst hineinzustellen würde einen Hohn auf die Entnazifizierung bedeuten und eine Flut dann allerdings berechtigter Anträge auf Revision früherer Entscheidung in anderen Fällen nach sich ziehen. Der Fachausschuss hält daher von der Lieth als Lehrer für völlig untragbar und beschließt: Von der Lieth ist aus dem Hamburger Schuldienst zu entlassen, seine Wiederverwendung als Lehrer kommt nicht in Frage. Er wird in Kategorie III eingestuft.³⁸

Am 21.9.1950 fragte von der Lieths Rechtsanwalt Alfred Heynen beim Rechtsamt in Hamburg an, ob Hamburg es akzeptieren würde, wenn von der Lieth einen „Privatvertrag mit der dänischen Schulvereinigung abschließen würde“. Und am 23.6.1951 vermerkte die Personalabteilung der Hamburger Schulbehörde, dass von der Lieth in Schleswig-Holstein „im Schulamt Ratzeburg“ wieder als Lehrer tätig sei.³⁹

Während die Juristen stritten, ließ sich Charlotte von der Lieth im März 1950 scheiden. Nachdem Hinrich von der Lieth „plötzlich und unerwartet am 26.10.1951 starb durch Herzschlag“⁴⁰, bemühte sich Charlotte von der Lieth, um die Gewährung von Waisengeld für ihre drei Kinder. In ihrem Entnazifizierungsfragebogen vom 12.3.1952 war, wie bei etlichen Frauen von Nazi-Aktivisten, vermerkt, sie habe niemals überhaupt einer nationalsozialistischen Organisation angehört.⁴¹

Am 8.1.1952 entschied die Schulbehörde, den Kindern von der Lieths das Waisengeld eines Volksschullehrers zu zahlen.

Bei aller Unzuverlässigkeit Hinrich von der Lieths ist es bemerkenswert, dass in der Traueranzeige nach seinem Tod im „Hamburger Abendblatt“, in der seine drei Kinder, sein Bruder und seine Schwester ihn betrauernten, vermerkt war: „Sein Leben galt nur seinen Kindern. Unser Vater starb zu früh.“⁴²

Anmerkungen

- 1 Anni Andersen und Annemarie Biedermann: Von der ‚Gesellschaft‘ 1933 zur ‚Gesellschaft‘ 1945, in: 175 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, Hamburg 1980, S. 122; abgedruckt auch unter: Annemarie Biedermann: Als Sekretärin im NSLB, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 127f.
- 2 Vorsitzender des Fachausschusses am 9.11.1948 in der Entnazifizierungsakte von der Lieth, StA HH, 221-11_Z 6594.
- 3 Alle Angaben nach seiner Personalakte, StA HH, 361-3_A 693.

- 4 Ebd.
- 5 Siehe: Hans-Peter de Lorent: Der Nationalsozialistische Lehrerbund, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 119ff.; siehe auch: Uwe Schmidt: Lehrer im Gleichschritt: Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg, Hamburg 2006; sowie Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 155ff. Siehe auch die Biografien von Willi Schulz und Albert Mansfeld.
- 6 HLZ 18/1933, S. 259.
- 7 Detailliert beschrieben bei Uwe Schmidt 2006.
- 8 Schreiben vom 10.5.1933 an von der Lieth, BArch NS 12_8995.
- 9 Personalakte von der Lieth, a.a.O.
- 10 Ebd.
- 11 BArch NS 12_8995.
- 12 Ebd.
- 13 Personalakte, a.a.O.
- 14 Ebd. Siehe auch die Biografien Wilhelm Gundlach und Albert Henze.
- 15 Vermerk Mansfeld vom 19.9.1934, ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Laut Lebenslauf, den er im Internierungslager Eselheide geschrieben hat, BArch Z 42 IV/ 748.
- 19 Alle Angaben laut Personalakte, a.a.O.
- 20 Ebd.
- 21 Lebenslauf, BArch, a.a.O.
- 22 Ebd.
- 23 Siehe StA HH, 361-10 KLV_53 Band 4.
- 24 Schreiben von der Lieth an Gauamtsleiter Schulz vom 6.8.1941, ebd.
- 25 Der gesamte Schriftwechsel ebd.
- 26 Alle Angaben laut Personalakte von der Lieth, a.a.O.
- 27 Vernehmung von der Lieths zur Sache, in: BArch Z 42 IV/ 748.
- 28 Ebd.
- 29 Ermittlungsbericht vom 21.8.1947, ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Aussage vom 28.8.1947, in Ermittlungsbericht, Bl. 11 f., ebd.
- 32 Aussage vom 6.9.1947, ebd.
- 33 Verfügung vom 17.11.1947, ebd.
- 34 Schriftsatz zur Klage gegen die Hamburger Schulbehörde vom 14.3.1949, in Personalakte von der Lieth, a.a.O.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd.
- 39 Ebd.
- 40 Traueranzeige im „Hamburger Abendblatt“ vom 31.10.1951.
- 41 Entnazifizierungsakte von der Lieth, a.a.O.
- 42 „Hamburger Abendblatt“ v. 31.10.1951.

Richard Schlorf

„Moralische Verantwortung an dem im KZ erfolgten Tod“

Die eigentlich eher unspektakuläre Beamten- und Lehrerfunktionärskarriere eines engagierten Mannes, der 1945 von sich sagte, „nach meiner Veranlagung wenig politisch interessiert“ zu sein, führte ihn über die NSDAP-Mitgliedschaft 1933 in eine Schulleitungsfunktion, später als Oberschulrat für das Berufsschulwesen in die Schulverwaltung. Parallel war Schlorf aktiv als Kassenverwalter des NSLB und sorgt für die Entschuldung des Curio-Hauses. 1944 wurde er als Oberschulrat mit dem Fall des Gewerbelehrers Gustav Holler konfrontiert, der sich im Lehrerzimmer „defätistisch“ geäußert haben sollte. Die Gestapo wurde eingeschaltet und Holler starb zwei Tage nach Einlieferung ins KZ. Schlorf war nach Kriegsende 17 Monate in Neuengamme interniert.

Richard Schlorf, geboren am 26.11.1882 in Warnkenhagen (Mecklenburg) machte Karriere im „3. Reich“. Er trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein, zwei Monate später wurde er Schulleiter der Gewerblichen Berufsschule VII in der Paulinenstraße. Seit 1931 war er dort schon stv. Schulleiter gewesen. 1936 wechselte Schlorf in die Schulbehörde, zunächst als Hilfsreferent, 1938 wurde er dann Schulrat und am 1.2.1944 Oberschulrat für das Berufsschulwesen.¹

Parallel dazu war Richard Schlorf Funktionär im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB). Hinter Gauamtsleiter Willi Schulz und dem Gauhauptstellenleiter und Geschäftsstellenleiter des NSLB, Kurt Holm, war Schlorf als Gaukassenverwalter ab 1933 für die Finanzen zuständig, mit Sitz im Curio-Haus.

Eine eher normale Beamtenvertreter-Karriere in dieser Zeit, so scheint es – mit einem allerdings spektakulären Ereignis am Ende der Nazizeit.²

Die biografischen Stationen Richard Schlorfs sind schnell erzählt.

Der Sohn eines Lehrers in Mecklenburg besuchte von 1889 bis 1897 die ein-klassige Volksschule, ging danach in das Lehrerseminar Neukloster (1897–1903), arbeitete nach der Prüfung 1903 als Volksschullehrer, mit fester Anstellung ab 1907.

Im selben Jahr heiratete er und bekam mit Marie Schlorf zwei Kinder.

Zur Finanzierung der Familie nimmt Schlorf neben seiner Volksschullehrerarbeit ab 1910 Lehraufträge an Gewerbeschulen an. So unterrichtete er vier Stunden Geometrie, Rechnen, Algebra an der Staatlichen Baugewerbeschule.

Am 28.2.1915 wurde Musketier Schlorf in den Kriegsdienst eingezogen, im

selben Jahr mit einem Magendurchschuss verwundet.

1920 ging er an die Allgemeine Fortbildungsschule für Knaben und legte im April 1921 eine Prüfung für Direktoren, Mittelschullehrer und Gewerbeoberlehrer ab. Als Gewerbelehrer arbeitete er dann an der Gewerblichen Berufsschule VII in der Paulinenstraße, an der er später stellvertretender Schulleiter (1931) und Schulleiter (1933) wurde.

Schlorf engagierte sich über die Lehrertätigkeit hinaus. So trat er erst dem Mecklenburger Lehrerverein bei, später in Hamburg der „Gesellschaft der Freunde“, dem Verein Hamburger Gewerbelehrer. Er war in der Baugenossenschaft Hamburger Lehrer aktiv und in der Vereinigung Hamburger Kinderanstalten. Ehrenamtlich engagierte er sich als Waisen- und Wohlfahrtspfleger und Schöffe, von 1920 bis 1933 als Vorsitzender des Beamtenausschusses in der Berufsschulbehörde.³

Bei der Machtübertragung an die Nationalsozialisten war Richard Schlorf schon 50 Jahre alt. Er wurde Parteimitglied, fuhr 1935 als Delegierter der NSDAP zum Reichsparteitag, für die NSDAP und den NSLB war er aktiv und viel unterwegs.⁴

Interessant erscheint, wie Schlorf sich später im Entnazifizierungsfragebogen zu seinen Mitgliedschaften im NSLB und der NSDAP einließ, nachdem er am 29.8.1945 als Oberschulrat entlassen worden war.

Mit den Worten Schlorfs liest sich die Geschichte des NSLB 1933 so:

„Im Sommer 1933 kam es zu den heftigsten Kämpfen um die Führung im NSLB zwischen den Extremisten der alten Leitung und den gemäßigten Kreisen um den LSR Wilhelm Schulz, die mit dem Sieg der Richtung Schulz endeten. Nach dem Abschluss dieser Kämpfe wurde ich am 1. Oktober 1933 von Schulz mit der Führung der Kassengeschäfte beauftragt.

Ich fand im NSLB ein Chaos vor. Mit Hilfe der alten hauptamtlichen Mitarbeiter der Gesellschaft habe ich dann die Kassenführung des NSLB neu aufgebaut.“⁵

Mit Stolz wies Schlorf darauf hin, dass er sich bei seiner Amtsführung „stets als der Lehrerschaft verantwortlich gefühlt“ habe. Auch für die GEW heute von Bedeutung ist seine Feststellung zum Curio-Haus: „So ist es gelungen, das Curio-Haus in der Zeit von 1933–1943 schuldenfrei zu machen. Das Haus war zuerst eine so schwere Belastung für den NSLB, dass Pläne erörtert wurden, es aufzugeben. Nur durch vorsichtiges Wirtschaften und weitestgehendes Eintreten des NSLB für das Curio-Haus ist es möglich gewesen, das Haus der Lehrerschaft zu erhalten.“⁶

Schlorf wies darauf hin, dass er es als Kassenverwalter des NSLB stets abgelehnt habe, „Mittel der Lehrerschaft für Schulungszwecke und für die Ausgaben der HJ herauszugeben, da sie für die Zwecke der Lehrerschaft (Aufrechterhaltung der Unterstützungskasse, Curio-Haus, Lehrerzeitung usw.) notwendig gebraucht wurden.“

Dies führte Richard Schlorf zwangsläufig in Auseinandersetzungen mit dem Leiter des Gauschulungsamtes, Albert Henze, der später noch eine bedeutende Rolle im Hamburger Schulwesen übernehmen sollte und der vehement Front machte, als Schlorf 1944 durch Entscheidung Ernst Schrewes zum Oberschulrat für das Berufsschulwesen ernannt wurde.⁷

In der Anlage zum Entnazifizierungsfragebogen erklärte Schlorf, dass er sich 1937 dagegen gewehrt habe, eine Umlage von 75 000 Reichsmark für den Bau des NSLB-Hauses in Bayreuth aufzubringen. Dabei war er von Kurt Holm und dem Geschäftsführer des Curio-Hauses, Wilhelm Bernhard sowie dem NSLB unterstützt worden.⁸

Was Richard Schlorf in diesem Zusammenhang natürlich nicht erwähnt, sind seine Aktivitäten 1945, als er in einer tagelangen Vernichtungsaktion NSLB-Unterlagen verbrannte, die der britischen Besatzung nicht in die Hände fallen sollten. Die Sekretärin des NSLB, Annemarie Biederermann, beschrieb dies so:

„Sonst hatte Herr Schlorf, der als damaliger Leiter der Bücherei nach der Auflösung des NSLB mit zwei Angestellten im Curio-Haus geblieben war, in den Tagen vor dem Einzug der Engländer alle Andenken an den NSLB restlos verbrannt. Diese drei hatten sich wirklich alle Mühe gegeben. Immer wieder sahen wir Herrn Schlorf damals mit aufgekrempten Hemdsärmeln eine neue Ladung in die Heizung befördern. Nicht ein einziges Aktenstück war, wie wir jetzt feststellen konnten, übriggeblieben, keine Karteikarte – nichts. Nur eins fanden wir, was originellerweise der Aufmerksamkeit und dem Feuertode entgangen war: die NSLB-Mitgliederjournale. Diese hätten allerdings (...) die ganze Mühe umsonst gemacht. Jedes Mitglied war mit genauen Personalangaben bei seinem Eintritt in den NSLB in diese Bücher eingetragen worden.“⁹

Schlorf gab an, er sei nach seiner „Veranlagung wenig politisch interessiert“.

Während des Kaiserreiches habe er „mit den Linksparteien sympathisiert“. In die NSDAP sei er am 1.5.1933 eingetreten, „weil ich erstens die Hoffnung hatte, es müsse möglich sein, aus dieser Bewegung ein Sammelbecken aller aufbauwilligen Deutschen zu formen und ein Deutschland zu bauen, fest nach außen und mit sozialer Gerechtigkeit nach innen“. Ihm sei als NSLB-Mitglied auch deutlich gewesen, „daß der Lehrerbund wenig zu bedeuten hatte und daß ein Einfluß auf die Schule nur durch die Partei zu gewinnen sei“.¹⁰

Zusammengefasst kann festgestellt werden: Richard Schlorf war Nationalsozialist geworden, teils aus Überzeugung, teils aus Opportunismus. Er fand im NSLB



Richard Schlorf

einen Rahmen für sein Engagement und in diesem Kontext machte er auch beruflich Karriere. Er war ein korrekter und arbeitsamer Kassenverwalter mit mecklenburgischer Sturheit – durchaus auch zum Nutzen der Hamburger Lehrerschaft.

Eine Karriere wie manch andere auch.

Wenn nicht im August 1944 Oberschulrat Richard Schlorf dienstlich mit einer Angelegenheit konfrontiert worden wäre, die tödlich im KZ endete und bei der er sich in einem wirklichen Dilemma befand.

Im Kollegium der Gewerbeschule IX in der Münzstraße hatte der Gewerbeoberlehrer Gustav Holler¹¹ mehrfach „defätistische Gedanken“ geäußert. So soll er am 25.8.1944 unter anderem gesagt haben: „Wer heute noch nicht glaubt, daß wir den Krieg verlieren, muss ein Idiot sein.“ Und: „Wenn wir den Krieg verlieren, können wir wenigstens frei reden.“¹²

Diese Äußerungen wurden von dem Kollegen Martin Heuer, SA-Mann, gehört und dem Gewerbeoberlehrer Richard Feist zugetragen, der den erkrankten stellvertretenden Schulleiter vertrat.

Für Feist entstand eine schwierige Lage. Aus innerer Überzeugung wollte er keine offizielle Anzeige machen. Den Hinweis des SA-Mannes Heuer nicht zu verfolgen schien ihm nicht nur wegen Heuer problematisch. Die Schule war durchaus in den Fokus der nationalsozialistischen Obrigkeit geraten. Im Jahr zuvor war ein anderer Lehrer der Schule, Ernst Mittelbach, wegen Hochverrats verurteilt und kurz zuvor, am 26.6.1944 hingerichtet worden.¹³

Außerdem wusste Feist, dass der Schulhausmeister Drews Zellenleiter der NSDAP war, Spitzeldienste für die Gestapo leistete und „einem in der G IX beschäftigten Handwerksmeister gegenüber geäußert hatte, das Kollegium sei politisch verseucht“.¹⁴

Mit dem Kollegium zu sprechen, traute sich Feist nicht zu, dazu fehlte ihm die formale Autorität an der Schule. blieb also nur die Möglichkeit, sich an den zuständigen Oberschulrat zu wenden. Und das war seit einem halben Jahr Richard Schlorf. Vielleicht war es auch mangelnde Zivilcourage, die Entscheidungen immer nach oben delegiert.

Schlorf war ebenfalls unschlüssig, wie er sich verhalten sollte und wandte sich an den damaligen Leiter der Schulverwaltung, Prof. Ernst Schrewe. Der Justitiar der Behörde, Hasso von Wedel, wurde hinzugezogen.

Ergebnis der Beratung war, dass der Fall Holler offiziell verfolgt wurde. Hasso von Wedel übernahm und führte Verhöre durch. Es endete mit einem Dienststrafverfahren, das von Schrewe und von Wedel beantragt wurde. Die Gestapo schaltete sich ein, Holler wurde am 1.12.1944 verhaftet und sogleich in das KZ Neuengamme

eingeliefert. Die Todesbescheinigung des Lagerarztes an die Schulbehörde und Frau Holler datierte vom 3.12.1944 und gab als Todesursache eine Darmentzündung an.

Nach Ende des Nationalsozialismus hatte der Tod Hollers ein Nachspiel für die Verantwortlichen. Schrewe und von Wedel war 1950 der Prozess gemacht worden. Sie wurden nach langem Prozess am 28.8.1950 vom Landgericht freigesprochen, von Wedel dann im Revisionsprozess 1953 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Richard Schlorf war auf Anordnung der Britischen Militärregierung am 25.6.1945 entlassen worden und später wegen seiner Verstrickung in den Fall Holler über 17 Monate in Neuengamme interniert.¹⁵

Im Entnazifizierungsverfahren stellte der Beratende Ausschuss der Oberbeamten am 10.10.1947 fest, dass Schlorf die Beförderung zum Schulrat und später zum Oberschulrat „zweifellos seiner Parteimitgliedschaft“ verdanke, bescheinigte ihm allerdings auch, sein Amt „stets korrekt geführt“ zu haben. Empfehlung: Zurückstufung als Gewerbeoberlehrer und Pensionierung.¹⁶

Dies sah der Beratende Ausschuss Gewerbelehrer ganz anders. Unter der Überschrift „Bedenken“ stellt er die Verstrickung Schlorfs in den Fall „Holler“ noch etwas anders dar als das Landgericht zwei Jahre später in dem Verfahren gegen Schrewe und von Wedel. Darin wurde Richard Schlorf als „moralisch Verantwortlicher, wenn nicht sogar schuldig an dem im KZ erfolgten Tod des Gewerbeoberlehrers Gustav Holler“ bezeichnet.

Im Einzelnen hieß es: „F. trug Schlorf den Fall vor, betonte, daß er einen Rat wollte, es sich nicht um eine offizielle Meldung handelte, mit der Bitte, ins Kollegium zu kommen. Schlorf war nach Feists Darstellung bei dieser Unterhaltung recht ungehalten, weil sich an der G IX nun schon wieder ein ähnlicher Fall wie der Fall Mittelbach zugetragen hatte.

Schlorf vernahm Heuer, bestellte Feist wieder zu sich, sagte, die Holler-Äußerungen seien so schwerwiegend, so daß der von Feist und auch von Heuer vorgebrachte Wunsch, die Angelegenheit durch eine Aussprache zu bereinigen für ihn als Schulaufsichtsbeamten nicht in Frage kommen würde und er sich weitere Schritte vorbehalten müsste“.¹⁷

Ein sehr negatives Bild auf den eher etwas hausbacken und bürokratisch wirkenden Schlorf warf die weitere Schilderung der Rekonstruktion des Ablaufs durch den Entnazifizierungsausschusses:

„Der Beratende Ausschuss verhörte in der Angelegenheit Heuer/Holler u. a. Zeugen Herrn Schlorf und GewOl. Feist. In der ersten Verhandlung behauptete Schlorf, nicht er habe die Sache an den Juristen der Behörde herangetragen, sondern Feist sei zu Landgerichtsdirektor von Wedel gegangen. Feist erklärte dagegen,

er sei bereit, unter Eid zu erklären, dass er niemals bei v. Wedel und Schrewe gewesen sei, er habe den Dienstweg eingehalten und sich nur an Schlorf gewandt.

Bei der Gegenüberstellung kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Schlorf und Feist über ihre beiderseitigen Behauptungen. In der 2. Verhandlung gab Schlorf zu, dass er mit Prof. Schrewe über die Angelegenheit gesprochen habe. Zu dieser Unterredung sei v. Wedel hinzugekommen. Demnach hat also Schlorf die Sache weitergeleitet, obwohl er nach einstimmiger Meinung des B.A. die Angelegenheit hätte abbiegen können. Schlorf erscheint aus diesem Grunde dem B.A. als moralisch mit verantwortlich für den Tod Hollers, der aller Wahrscheinlichkeit nach in Neuengamme zu Tode geprügelt worden ist.“¹⁸

Schlorf wurde letztendlich durch die Zentralstelle für Berufungsausschüsse am 2.2.1948 pensioniert. Zuvor hatte Richard Schlorf sich nach der 17monatigen Haft in Neuengamme für arbeitsunfähig erklärt und um die Versetzung in den Ruhestand gebeten. Er erhielt die Pension eines Gewerbeoberlehrers und wurde in Kategorie IV eingestuft (als Mitläufer).¹⁹

Das Klima in Deutschland veränderte sich. Am 23.1.1952 erklärte der Hamburger Staatskommissar für Entnazifizierung und Kategorisierung den Bescheid für ungültig. Am 1.5.1952 wurde Schlorf vom Leitenden Ausschuss in Kategorie V (Entlasteter) eingestuft und nach Art 131 GG erhielt er mit Wirkung von diesem Tag an die Pension nach Oberschulratsgehalt.²⁰

Entnazifizierung in Worten sah dann so aus: Im Entwurf eines Glückwunsches zu Schlorfs 80. Geburtstag formulierte der Referent Dr. Johannsen:

„Von 1904 bis 1945 standen Sie im Dienst der hamburgischen Schule: Zunächst in der Volksschule, später im beruflichen Schulwesen, erst als Lehrer, schließlich als OSR. Eine entscheidende Periode der hamburg. Schulgeschichte, ja der deutschen Geschichte überhaupt, haben Sie so miterlebt und mitgestaltet.

Erst wir sind heute ja in der Lage, zu erkennen, um was es wirklich in dieser Zeit ging, wo Schuld und Versagen, aber auch, wo menschliche Bewährung zu finden ist. Sie haben sich auch in jener inhumanen Zeit bemüht, Menschlichkeit zu bewahren.“²¹

Landesschulrat Ernst Matthewes schrieb dann am 23.11.1962: „Über 40 Jahre standen Sie im Dienst der hamb. Schule: Zunächst in der Volksschule, später im beruflichen Schulwesen. In dieser Zeit haben Sie mit Ihrem überragenden Wissen und mit feinsinniger Menschlichkeit der Jugend und Ihren Kollegen selbstlos gedient.“²²

In den 1960er Jahren sah die Welt schon wieder anders aus.

Richard Schlorf starb am 6.3.1963.

Anmerkungen

- 1 Siehe Personalakte Schlorf, StA HH, 361-3_A1119 und seine Entnazifizierungsakte: StA HH, 221-11_Ed 1161.
- 2 Siehe die Biografien Willi Schulz, Kurt Holm und Hinrich von der Lieth.
- 3 Personalakte Schlorf, a. a. O.
- 4 Entnazifizierungsakte Schlorf, a. a. O.
- 5 Anlage zum Fragebogen zur Entnazifizierung, Entnazifizierungsakte Schlorf, a. a. O.
- 6 Siehe dazu auch Bernhard Nette: Wie war es möglich? Die Gesellschaft der Freunde als NS Lehrerbund, in Jubiläumsausgabe 200 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, HLZ 10-11/ 2005, S. 47ff.
- 7 Siehe Biografie Henze in diesem Buch.
- 8 Siehe Bernhard Nette 2005, a. a. O., und Biografie Holm in diesem Buch.
- 9 Annemarie Biedermann: Als Sekretärin beim NSLB, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 131.
- 10 Entnazifizierungsakte Schlorf, a. a. O.
- 11 Siehe dazu auch: Gerhard Hoch: „Defaitistische Gedanken“. Der Fall des Gewerbeoberlehrers Gustav Holler, in: Lehberger/de Lorent, a. a. O., S. 179ff.
- 12 Die Fälle Gustav Holler und Yvonne Mewes, die beide im KZ umkamen, führten zu einem Strafverfahren gegen den letzten Leiter der Schulverwaltung in der Nazizeit, Prof. Ernst Schrewe und den damaligen Justitiar der Behörde, Dr. Hasso von Wedel. Das Urteil des Landgerichts ist abgedruckt in: Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, Amsterdam Bd. 7, lfd. Nr. 234 und Bd. 10 lfd. Nr. 357.
- 13 Siehe: Autorenkollektiv des Gymnasiums Ohmoor: Ernst Mittelbach: Weil er seinen Schüler nicht im Stich ließ, in: Lehberger/de Lorent, a. a. O., S. 265f.
- 14 Urteil des Landgerichts, siehe Anmerkung 12.
- 15 Entnazifizierungsakte Schlorf, a. a. O.
- 16 Ebd.
- 17 Beratender Ausschuss Gewerbelehrer im Entnazifizierungsverfahren Schlorf am 6.7.1946, siehe Entnazifizierungsakte Schlorf, a. a. O.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Personalakte Schlorf, a. a. O.
- 22 Ebd.

Wilhelm Lühning

Schon als Student NSLB-Mitglied,
unauffällig führend im NSLB und im Volksschulbereich,
aber „kein übler Streber und Postenjäger“

Eine nach außen eher unauffällige Karriere im nationalsozialistischen Schulwesen machte Wilhelm Lühning. Dabei gehörte er nach der Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“ dem ersten gemeinsamen Vorstand des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) als 4. Vorsitzender an und wurde bereits im Mai 1933 kommissarischer Schulrat in der Schulverwaltung. Er agierte im Hintergrund, hielt keine dokumentierten Reden, profilierte sich auch nicht mit Aufsätzen in der HLZ, nahm aber im nationalsozialistischen Schulapparat eine wichtige Stellung ein. Er war schon im November 1929 Mitglied der NSDAP geworden und 1930 in den NSLB eingetreten, wo er in der gesamten NS-Zeit die Funktion des Fachschaftsleiters für die Volksschulen innehatte.

Friedrich Wilhelm Lühning wurde am 15.10.1900 als Sohn des Lehrers Wilhelm Lühning in Bergedorf geboren.¹ Lühning, der auf den Rufnamen Wilhelm hörte, besuchte die Volksschule und anschließend das Lehrerseminar in der Binderstraße 34. Dort bestand er 1921 die 1. Lehrprüfung, wurde Hilfslehrer und machte 1924 das 2. Lehrerexamen. Parallel dazu immatrikulierte sich Wilhelm Lühning in der Universität in Hamburg, um Pädagogik und Geschichte zu studieren. Als er 1925 um Beurlaubung bat, wurde ihm lediglich eine Freistellung von einem Jahr gewährt, so dass er 1927 aus dem Volksschuldienst ausscheiden musste, um genügend Zeit für den Abschluss seines Studiums zu haben. 1930 beantragte er die Wiedereinstellung in den Schuldienst: „Jetzt bin ich soweit, dass ich meine Doktorarbeit in Geschichte abgebe und zum Examen zugelassen werde.“² Lühning wurde wieder eingestellt, zunächst als Hilfslehrer, dann seit dem 2.10.1930 als planmäßiger Lehrer im öffentlichen Schuldienst und Beamter, erst an der Schule Genslerstraße 33, ab dem 1.4.1932 an der Schule Fraenkelstraße. Was mit der Doktorarbeit in Geschichte passierte, ist aus der Personalakte nicht ersichtlich.

Offenbar war Lühning während des Studiums im November 1929 der NSDAP beigetreten, somit konnte er auch ohne Promotion und nach sehr kurzer Tätigkeit als Lehrer einen großen Karriereschritt vollziehen und kommissarischer Schulrat im Bereich der Volksschulen werden, zum 1.8.1933 wurde er dann zum Schulrat ernannt.³

Neben Landesschulrat Willi Schulz, der vor 1933 Landschullehrer gewesen war und dem neuen Oberschulrat für das Volksschulwesen, Albert Mansfeld, war Wilhelm Lühning der Dritte der nationalsozialistischen „Troika“ im Volksschulwe-

sen, stark auch deswegen, weil Willi Schulz und Albert Mansfeld die Leitung des NSLB in Hamburg innehatten und Wilhelm Lühning neben der Schulratsstelle zugleich Fachschaftsleiter für das Volksschulwesen im NSLB war. Über die Resonanz, die Wilhelm Lühning als Schulrat erfuhr, soll im Kontext des Entnazifizierungsverfahrens näher eingegangen werden, wozu es Stellungnahmen und Rückmeldungen, Persilscheine von Lehrern und Schulleitern aus seinem Verantwortungsbereich gab, aber auch von ehemaligen anderen Schulräten.

Wilhelm Lühning war seit dem 3.10.1931 mit Anita Grambow verheiratet und hatte mit ihr zwei Töchter.

Am 3.10.1939 wurde Wilhelm Lühning zur Wehrmacht eingezogen. Am 1.8.1940 zum Unteroffizier befördert, stieg er am 20.11.1941 zum Leutnant und ein Jahr später zum Oberleutnant auf. Anita Lühning wandte sich im November 1944 an Oberschulrat Fritz Köhne, der seinerseits in einem Vermerk an die Personalabteilung der Schulverwaltung mitteilte, „dass Herr Schulrat Lühning nach Aussage der Ehefrau als vermisst gilt“.⁴ Tatsächlich war Wilhelm Lühning seit dem 16.9.1944 in Kriegsgefangenschaft, anfangs in finnischer, danach in russischer. Von dort wurde er erst am 1.7.1948 entlassen und kehrte nach Hamburg zurück.

Die Entlassung und das Entnazifizierungsverfahren fanden somit zunächst in Lühnings Abwesenheit statt. Am 22.5.1945 teilte der vorläufige Leiter der Schulverwaltung, Oberdörffer, mit, dass auf Anweisung der Hauptverwaltung alle Beamten, die der NSDAP vor dem 1.4.1933 beigetreten seien, mit sofortiger Wirkung bis auf Weiteres zu beurlauben seien. Am 18.6.1945 erfolgte dann ein Schreiben vom neuen Schulsenator Heinrich Landahl, der mitteilte, Wilhelm Lühning sei auf Anordnung der Militärregierung mit „sofortiger Wirkung entlassen“.⁵

Anita Lühning, die offenbar in Kontakt mit Fritz Köhne stand, der auch nach 1945 in der Oberschulratsfunktion für das Volksschulwesen verblieb, erhielt von diesem am 11.6.1946 eine Stellungnahme zu ihrem Mann: „Auf Ihre Bitte bestätige ich Ihnen, dass ich Ihren Mann von 1933 bis zu seiner Einberufung zum Wehr- und Kriegsdienst als Schulrat in der hamburgischen Schulverwaltung näher kennen gelernt habe. Er war ohne Zweifel Nationalsozialist, hat aber sein Amt in der Schulverwaltung und im NS-Lehrerbund nie dazu benutzt, Lehrer zu quälen oder sonst zu schädigen;



Wilhelm Lühning (l.) an der Seite von Willi Schulz und Albert Mansfeld, 1. Mai 1936

er war kein übler Streber und Postenjäger und hat sich meines Wissens auch nicht auf Kosten anderer bereichert. Er war ein stiller, hilfsbereiter Mensch, der in seiner dienstlichen Tätigkeit als Politiker und Werber nicht besonders in Erscheinung trat.“⁶

Die Not im Hause Lühning war groß. Anita Lühning wandte sich am 4.12.1947 an die Schulverwaltung: „Mein Mann, der Schulrat Wilhelm Lühning, ist aufgrund des Gesetzes Nr. 6 vom 11. Mai 1945 aus dem Dienst entlassen. Er befindet sich noch immer in russischer Gefangenschaft und an eine Rückkehr ist nach seiner letzten Mitteilung noch nicht zu denken. Seitdem mir das Gehalt nicht mehr gezahlt wurde, habe ich mich recht und schlecht bis heute mit unseren Ersparnissen durchgerungen. Nun bin ich vollkommen am Ende meiner Kraft. Ich habe ein Kind, meine Gerda, schon in ein Kinderheim geben müssen, das unter den veränderten Verhältnissen sehr krank geworden ist. Zum Beweise lege ich zwei Abschriften bei. Das älteste Kind ist in Bayern untergebracht. Ich muss für beide Kinder den Unterhalt selbst verdienen. Da meine Gerda Mitte Januar aus dem Kinderheim wieder nach Hause kommt, kann ich nicht mehr den ganzen Tag beruflich tätig sein, wodurch mein Verdienst entsprechend geringer wird. Ich weiß daher nicht mehr ein noch aus und bitte Sie höflichst, prüfen zu wollen, ob mir, solange mein Mann in Gefangenschaft ist und sein Fall noch nicht geprüft werden kann, nicht monatlich eine kleine Unterstützung gewährt werden könnte.“⁷

Frau Lühning erhielt Unterstützung durch ein Gutachten des Leiters der Schule für Sprachkranke in der Karolinenstraße 35, Adolf Lambeck. Das Gutachten beschrieb sensibel, wie „das gut begabte und geistig rege Kind leidet unter den Sprachhemmungen“. Und Adolf Lambeck vermerkte: „Die häuslichen Verhältnisse sind für das übermäßig erregbare, zarte Kind denkbar ungünstig: Vater noch in russischer Gefangenschaft, die Mutter ganztätig im Beruf, die Wohnverhältnisse eingeschränkt. Für eine sprachliche Gesundung ist erforderlich, dass das Kind vor allen Dingen zur Ruhe kommt; es muss seinen ungestörten Schlaf haben, früh ins Bett und morgens gut ausschlafen.“⁸

Adolf Lambeck war nach 1945 schnell wieder Schulleiter geworden. In der NS-Zeit war er als Fachschaftsleiter für die Sonderschulen im NSLB neben Wilhelm Lühning aktiv gewesen.

Nachdem sich Anita Lühning auch erneut an Fritz Köhne gewandt hatte, wurde die Frage in der Schulbehörde geklärt, ob es eine Unterstützungsmöglichkeit für Frau Lühning und ihre Kinder gab. Am 2. Januar 1948 fertigte der Jurist in der Schulverwaltung, von Zerssen, einen Bericht, den er Senator Landahl vorlegte.

Von Zerssen machte auf ein rechtliches Dilemma aufmerksam. Das Entlassungsschreiben vom 22.5.1945 war Wilhelm Lühning nicht zugestellt worden. „Außerdem erhebt sich die Frage, ob Lühning seinerzeit überhaupt entlassen werden darf-

te, weil er noch vermisst war, zumal er keine Möglichkeit hatte, Einspruch gegen die Entlassung zu erheben. Die britische Militärregierung hatte festgestellt, dass ‚eine Entlassung aus der Stellung in Abwesenheit des Betreffenden im Widerspruch zu dem rechtlichen Verfahren steht‘. Von Zerssen schrieb weiter: „Falls danach die Entlassung Lühnings nicht rechtswirksam wäre, hätte Lühning sogar Gehaltsansprüche nach der Verordnung Nummer 99 der Militärregierung.“ Von Zerssen schlug vor, diese Frage rechtlich prüfen zu lassen und dabei das Personalamt einzubeziehen. Landahl erklärte sich einverstanden.⁹

Das Personalamt sah ähnliche Probleme und machte den Vorschlag: „Mit Rücksicht auf die besondere wirtschaftliche Notlage der Antragstellerin würde das Personalamt jedoch empfehlen, von Frau Lühning die Ausfüllung des politischen Fragebogens für sich und für ihren Ehemann zu fordern. Falls die Schulbehörde keine besonderen belastenden Momente gegen den Schulrat Lühning oder seine Ehefrau ermittelt, könnte dann im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen der Antragstellerin eine Unterstützung gewährt werden.“¹⁰

Anita Lühning füllt die Entnazifizierungsfragebögen für sich und ihren Mann aus, der weiterhin in Gefangenschaft war. Es zeigte sich, dass sie über den politischen Hintergrund von Wilhelm Lühning nur grob informiert war. In Bezug auf die NSDAP-Mitgliedschaft konnte sie nur angeben, ihr Mann sei vor 1933 eingetreten, was allerdings auch eine wesentliche Aussage war. Über Funktionen im NSLB konnte sie keine Angaben machen. Sie selbst hatte keiner NS-Organisation angehört, lediglich als zahlendes Mitglied der „Frauensschaft“.¹¹

Auch der Fachausschuss 6b, zuständig für die Entnazifizierungsverfahren im jeweiligen Bereich, gab am 2.3.1948 eine kurze Stellungnahme ab. Kurt Zeidler, bis 1933 einer der führenden Funktionäre der „Gesellschaft der Freunde“, der 1933 seiner Schulratsfunktion enthoben worden war und als einfacher Lehrer in den Schuldienst zurückkehrte, wobei er aus dieser Zeit Wilhelm Lühning sehr genau kannte, schrieb als 2. Vorsitzender des Fachausschusses: „Da Lühning nach den Angaben auf dem provisorischen Fragebogen bereits vor 1933 der NSDAP beigetreten ist, da er ferner als erster nationalsozialistischer Schulrat nach Schulz in die damalige Landesschulbehörde berufen wurde, da er eine hohe leitende Stellung im Hamburger NS-Lehrerbund inne hatte und überall als ein überzeugter Nationalsozialist aufgetreten ist, muss mit seiner Entlassung nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft gerechnet werden. Der Fachausschuss sieht sich daher nicht in der Lage, eine Unterstützung seiner Familie zu befürworten.“¹²

Wilhelm Lühning tauchte nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft erstmals mit einem Schreiben vom 26.6.1948 auf, in dem er Einspruch gegen seine Entlassung als Schulrat erhob. Daraufhin fand unter „deutscher Regie“ das

Entnazifizierungsverfahren statt. Nach dem Fachausschuss war auch der Beratende Ausschuss in seinem Votum vom 13.12.1948 skeptisch in Bezug auf die Person Lühning. Die ehemaligen und aktuellen Oberschulräte Johannes Schult, Karl Hoffmann und Emmy Beckmann verwiesen darauf, dass Wilhelm Lühning bereits 1929 in die NSDAP eingetreten sei und „also als alter Kämpfer bezeichnet werden muss“. Er habe sich damals noch im Studium befunden. „Er blieb auch nachher, als er in Hamburg als Volksschullehrer angestellt wurde, Mitglied der Partei, obgleich ihm bekannt sein musste, dass der Senat die Mitgliedschaft zur NSDAP den Beamten untersagt hatte. Er hat dadurch gegen seinen Amtseid verstoßen.“ Und sie verwiesen auch darauf: „1933 wurde er aufgrund seiner Bekanntschaft mit führenden Nationalsozialisten der Lehrerschaft zum Schulrat ernannt. Es ist selbstverständlich, dass diese Beförderung nicht anerkannt werden kann. Herr Lühning ist oft in der Uniform als politischer Leiter gesehen worden; er bestreitet auch keineswegs, überzeugter Nationalsozialist gewesen zu sein.“¹³

Der Beratende Ausschuss hatte allerdings auch gewürdigt, dass sich für Lühning einige Personen ausgesprochen hatten, die Nichtnationalsozialisten waren und einen demokratischen Ruf genossen: „In seinem Amt als Schulrat hat sich Herr Lühning so verhalten, dass auch vom Standpunkt seiner Gegner nichts nachteiliges über ihn gesagt werden kann. Er hat auch politische Gegner anständig behandelt. Das braucht ihm nicht als Verdienst angerechnet zu werden, da diese Handlungsweise von jedem anständigen Menschen erwartet werden muss. Die Leumundszeugnisse, die ihm darüber ausgestellt worden sind, können ihn politisch nicht entlasten.“ Am Ende gelangte der Beratende Ausschuss zu folgendem Ergebnis: „Eine Rückkehr des Herrn Lühning in ein Volksschullehreramt kann darum nicht empfohlen werden, weil er als ‚alter Kämpfer‘ gelten muss und Nutznießer des Nazisystems war. Der Beratende Ausschuss empfiehlt, ihm ein Ruhegehalt zu gewähren.“

Am 9.2.1949 entschied dann der Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten. Dort hatte Wilhelm Lühning persönlich ausgesagt. Er erklärte unter anderem, er habe bereits vor 1933 mit Oberschulrat Schulz, der kurz darauf Landesschulrat wurde, im NSLB zusammengearbeitet, so dass Schulz ihn als Schulrat berufen habe. Lühning erklärte, Wert darauf zu legen, „wieder eine Tätigkeit als Lehrer auszuüben“.¹⁴

Der Berufungsausschuss entschied im Beisein von Kurt Zeidler als Vertreter des Fachausschusses, der Berufung stattzugeben, Lühning „ab sofort als Volksschullehrer im Angestelltenverhältnis einzustellen und ihn nach zwei Jahren im Beamtenverhältnis zu bestätigen“.

Von den eingebrachten Leumundszeugnissen sollen drei Stellungnahmen kurz zitiert werden. Der ehemalige Lehrer Robert Werdier, in der NS-Zeit Lehrer an der

Schule Moorkamp 3 und nach 1945 Schulrat in der Schulbehörde, bestätigte, dass Lühning auf ihn und andere, dem NS-Regime gegenüber ablehnende Lehrer „nie einen Druck ausgeübt oder mich irgendwie zu beeinflussen versucht hätte“. Dieses Urteil „habe ich auch in Unterhaltungen mit vielen Kollegen des jetzt von mir betreuten Kreises gehört, die sich alle sehr wohlwollend über Herrn Lühning geäußert haben. Ich persönlich habe deshalb keine Bedenken, dass man Herrn Lühning eine Chance gibt, wieder als Lehrer tätig zu sein.“¹⁵

Lühnings ehemaliger Klassenkamerad im Lehrerseminar in der Binderstraße von 1915 bis 1921, Werner Schumann, schrieb: „W. L. war überzeugter, gutgläubiger Anhänger Hitlers. Bei unseren Unterhaltungen blieb L. durchaus sachlich und übte weder offenen noch versteckten Druck auf mich aus, wie ich es von anderen Nazis erfahren habe. Er galt unter uns Nicht-Parteigenossen als anständiger Charakter.“ Und Emma Lange wurde nach ihrer Absetzung als Schulleiterin der Mädchenvolksschule Schanzenstraße 105, „die ihm seit 1933 unterstellt war, wegen meiner langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Mädchenerziehung oftmals in Fragen, die die Mädchenbildung im besonderen betrafen, zu Rate gezogen, obgleich ich damals nicht in der Partei und auch sonst keine Nationalsozialistin war.“

Wilhelm Lühning, der am 13.12.1948 vor dem Berufungsausschuss erklärt hatte, noch nicht arbeitsfähig zu sein („Ich leide an Wassersucht“), wurde als Lehrer wieder eingestellt und begann am 25.3.1949 seinen Dienst an der Schule Sasel-West. Seine Frau Anita versah seit dem 14.1.1948 eine Stelle als Büroangestellte beim Hamburger Schulverein.

Wilhelm Lühning wendete sich am 20.12.1949 an die Schulbehörde mit dem Gesuch, unmittelbar wieder in das Beamtenverhältnis aufgenommen zu werden, da er im Berufungsausschuss ab dem 1.1.1950 in die Kategorie V (Entlastete) eingestuft werde. Er wurde vom Personalreferenten im Volksschulbereich, Schulrat Karl Hoffmann, darauf hingewiesen, dass die getroffene Entscheidung des Berufungsausschusses, ihn ab Ostern 1951 in das Beamtenverhältnis aufzunehmen, verbindlich sei.¹⁶

Kurioserweise waren die nächsten Unterlagen in Lühnings Personalakte ein Strafbefehl gegen ihn, erlassen, weil er „mit einem Fahrrad den Gehweg in Ahrensburg in der Adolfstrasse befahren“ habe und „seinen Personalausweis nicht bei sich geführt hatte“. Der Strafbefehl war mit einer Geldstrafe von 8 DM und 2,50 DM Verwaltungskosten verbunden. Auch hierin zeigt sich, wie die Zeiten sich verändert haben.¹⁷

Lühning ließ nicht locker. Nachdem ihm für seine 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst unter Anrechnung des Militärdienstes und der Kriegsgefangenschaft für seine „in treuer Pflichterfüllung geleistete Arbeit“ von Senator Landahl

die Anerkennung ausgesprochen wurde (wie in solchen Fällen üblich), begehrte Wilhelm Lühning erneut, ins Beamtenverhältnis aufgenommen zu werden.

Landesschulrat Matthewes erhielt dazu zwei Stellungnahmen von den Schulräten Hans Brunckhorst und Karl Hoffmann. Brunckhorst schrieb am 24.4.1950: „Der Lehrer Lühning hat immer als Lehrer ordentlich gearbeitet und arbeitet auch jetzt wieder durchaus zufriedenstellend. Von Schulleitungen wurde mir berichtet, dass er fleißig und erfolgreich in seiner Klasse und auch über das hinaus im Rahmen der gesamten Schularbeit tätig ist. Sonst besteht kein Grund, ihm die Anerkennung für treue Pflichterfüllung vorzuenthalten. Andererseits ist aber festzustellen, dass Herr L. sich nie durch irgendeine besondere Arbeit auf pädagogischem oder sonstigem schulischem Gebiet ausgezeichnet hat. Er ist auch nicht in den Jahren, als er nationalsozialistischer Schulrat war, irgendwie geistig hervorgetreten. Vielmehr hat er sich damals nur als ausgesprochener Nationalsozialist gebärdet. Er ist offenbar auch nur als solcher in das Amt eines Schulrates berufen worden. Eine pädagogische Führung in jener Zeit ist ihm nicht nachzuweisen. Er unterscheidet sich als Schulrat in nichts von seinen gleich bedeutungslosen Spezialkollegen. So hat er damals im moralischen Sinne eigentlich zu Unrecht die Würde und die Gehaltsbezüge eines Schulrates in Anspruch nehmen dürfen. Das gibt ihm aber meines Erachtens niemals die Berechtigung, jetzt in den Genuss der Ansprüche aus nationalsozialistischer Zeit zu kommen.“ Karl Hoffmann schloss sich der Stellungnahme von Hans Brunckhorst an und ergänzte: „Herr Lühning gehört zu den Lehrern, die immer wieder genannt werden, wenn führende Persönlichkeiten der ‚Gesellschaft‘ auf ehemalige Nationalsozialisten hinweisen, die eigentlich nicht hätten Lehrer werden dürfen.“¹⁸

Lühning wurde dann, wie vom Berufungsausschuss festgelegt, zu Ostern 1951 in das Beamtenverhältnis übernommen. Parallel dazu hatte der „Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen- und Vermisstenangehörigen Deutschlands e.V.“ sich an die Schulbehörde gewandt, um Lühning zu unterstützen: „Nachdem inzwischen durch das Entnazifizierungs-Abschlussgesetz alle Berufsverbote und Berufsbeschränkungen generell aufgehoben worden sind, erscheint es uns nicht mehr angängig, dass Herr L. weiterhin in dieser Weise benachteiligt bleibt. Das ist unbillig, zumal Herr L. durch seine lange Kriegsgefangenschaft und die damit verbundenen Leiden und Entbehrungen härter bestraft ist als alle anderen, die während dieser Zeit in der Heimat hatten verbleiben können.“¹⁹

Tatsächlich war es so, dass in den Entnazifizierungsverfahren alle diejenigen, die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrten, unter für sie günstigeren Bedingungen entnazifiziert wurden, als diejenigen, die den strikten Richtlinien der Britischen Militärregierung unterstanden. Auch in den nächsten Jahren gab es einige

Versuche von Rechtsanwälten, die von Wilhelm Lühning beauftragt wurden, eine bessere Besoldungseingruppierung für ihn zu erreichen.

Am 5.1.1954 teilte die Schule am Park in Sasel der Schulbehörde mit, dass am 15.12.1953 auf einer Konferenz des Kollegiums Wilhelm Lühning mit 17 Stimmen, bei 3 Stimmen Enthaltung, zum stellvertretenden Schulleiter gewählt worden sei. „Es wird um Bestätigung der Wahl gebeten.“²⁰

Die Bestätigung der Schulbehörde erfolgte bereits am 20.1.1954. Darin beauftragte sie Wilhelm Lühning mit Wirkung vom 15.12.1953 mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines stellvertretenden Schulleiters an der Volksschule Sasel-West.

Parallel dazu liefen Verfahren vor dem Landesverwaltungsgericht und dem Oberverwaltungsgericht. Darin stritten die Rechtsanwälte von Wilhelm Lühning darum, Lühning in die bis 1945 geltenden Rechte wieder einzusetzen. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte dabei am 31.3.1954 das ablehnende Urteil der 1. Instanz.²¹

Wilhelm Lühning arbeitete weiter als stellvertretender Schulleiter und Lehrer in Sasel und wurde am 4.11.1965 in den Ruhestand versetzt.

Wilhelm Lühning starb am 4.10.1978.

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben laut Personalakte Lühning, StA HH, 361-3_A 2502. Siehe auch: Hans-Peter de Lorent: Der Nationalsozialistische Lehrerbund, in: Reiner Lehberger/Hans-Peter de Lorent (Hg.). „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986.
- 2 Personalakte Lühning, a. a. O., Bl. 21.
- 3 Personalakte Lühning, a. a. O.
- 4 Ebd., Bl. 67.
- 5 Alle Angaben nach Personalakte Lühning, a. a. O.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Gutachten vom 1.8.1947, ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Schreiben v. 24.1.1948, ebd.
- 11 Ebd., Bl. 79 und 80.
- 12 Ebd., Bl. 81.
- 13 Entnazifizierungsakte Lühning, StA HH, 221-11_Z 10471, Bl. 22.
- 14 Ebd., Bl. 25.
- 15 Alle Dokumente, ebd.
- 16 Beide Schreiben in der Personalakte, a. a. O.
- 17 Ebd.
- 18 Beide Schreiben ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Urteil in der Personalakte, ebd.

Wilhelm Gundlach

„Führen ist im Dritten Reich nicht eine Frage der Uniform, sondern der inneren Überlegenheit ganzer Menschen.“

Wilhelm Gundlach war ebenfalls eine der schillerndsten Figuren in der Hamburger Schulgeschichte. Ehrgeizig, profilsüchtig, erster Leiter der NSDAP-Gauführerschule in Hamburg, immer wieder der Unehrlichkeit überführt und aus seinen Funktionen suspendiert, danach jeweils seine politische Einstellung wechselnd, das Chamäleon unter den NS-Funktionären im Hamburger Schulwesen. Aufgestiegen, tief gestürzt und nach 1945 als Kronzeuge gegen das Naziregime auftretend.

Wilhelm Gundlach wurde am 12.11.1878 als Sohn eines Landmanns in Bujendorf bei Lübeck geboren. Seine Bildungsbiografie ist bemerkenswert. Er besuchte die Dorfschule, wechselte dann auf das Lehrerseminar in Greiz (Thüringen), absolvierte dort die 1. und 2. Lehrerprüfung, 1900 und 1903. 1912 legte er in Hamburg die Mittelschullehrerprüfung ab, die ihn für eine Schulleitertätigkeit qualifizierte.¹

1919 machte Gundlach das Abitur an der Oberrealschule vor dem Holstentor, als 41-Jähriger. Nach einer Zwischenphase, die noch genauer zu beleuchten ist, studierte Gundlach an der Hamburger Universität und bestand 1926 das Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen (Fächer: Englisch und Französisch). 1927 wurde er Oberlehrer am Paulinum (Wichernschule). So weit, so gut.

In der Chronologie seiner Tätigkeiten im Personalbogen, den Gundlach während der NS-Zeit ausfüllte, überschlug er seine Tätigkeit im Hamburger Polizeiapparat, die allerdings anhand seiner Personalakte rekonstruierbar ist.

Am 30.5.1919 „wird Gundlach durch Verfügung des Kriegsministeriums zum Schulkommissionsmitglied im Kriegsministerium“ ernannt. Er wurde beauftragt mit dem „Ausbau und der Organisation der Militärbildungsanstalt für aktive Unteroffiziere“, als „Korpsschulleiter“, vom Generalkommando bestellt und betraut „mit der Ausarbeitung der Organisationspläne für die Ausbildung“.²

Schon am 27.9.1920 hatte Wilhelm Gundlach die Grundlagen für einen solchen Bildungsgang gelegt, einen Lehrplan ausgearbeitet, Verantwortlichkeiten in den norddeutschen Garnisonen benannt und Abschlussprüfungen vorgesehen. Die nächsten Schritte waren geplant. Gundlach schrieb: „Neben dieser Tätigkeit bin ich vom Reichswehrgruppenkommando Berlin mit Ausarbeitung der Organisationspläne für das Bildungswesen der gesamten Reichswehr beauftragt; und in Pinneberg und Altona sind die ersten Reichsweherschulen bereits ins Leben gerufen. Dazu

aber habe ich auch den Auftrag vom Chef der Sicherheitswehren in Hamburg, das Schulwesen der gesamten Militärpolizeitruppen (6000 Mann) zu regeln. In den letzten Wochen habe ich in Hamburg die Reichswehr-Hochschule gegründet. In dieser wird wöchentlich jeder Kompanie ein Vortrag geboten über Tagesfragen, über Nationalökonomie und über Staatsbürgerkunde vom ganz objektiven Standpunkt aus, damit in jedem Angehörigen der Reichswehr Verständnis erweckt wird für die Not und Gefahr des Vaterlandes, für die Notwendigkeit zum neue Aufbau des Reiches.“³ Wilhelm Gundlach fordert, diese Tätigkeit nicht länger nebenamtlich betreiben zu müssen und bekam dafür die Unterstützung von Schulrat Prof. Brütt: „Im Interesse der Sache ist es dringend erwünscht, daß für diesen wichtigen und verantwortlichen nebenamtlichen Pflichtenkreis eine selbständige amtliche Stellung geschaffen werde. Und für ebenso wichtig und notwendig halte ich es, daß Herrn Gundlach dieses Amt übertragen wird. Er hat sich als umsichtiger Organisator von seltener Arbeitskraft bewährt, hat die für das weitere Gelingen seines Werkes erforderlichen Beziehungen und vor allem das hierfür nötige Vertrauen gewonnen. Nach dem ganzen Charakter seiner amtlichen Betätigung würde er einer Gruppe einzureihen sein, die der Gruppe XI in der Besoldungsordnung für Reichsbeamte entspricht.“⁴

Wilhelm Gundlach hatte genaue Vorstellungen, wie er besoldet werden müsste: „Sowohl schriftlich als auch mündlich ist mir von der maßgebenden Stelle eröffnet worden, daß das Reichswehrministerium in Aussicht genommen hat, mir gegebenenfalls die Stelle eines Unterrichts-Inspektors beim Ministerium oder in einem Wehrkreis zu übertragen. Diese Beamten sollen im Range der preußischen Regierungs- und Schulräte stehen und gehören zur Gruppe XI der Besoldungsordnung für Reichsbeamte.“⁵

Am 14.4.1920 bezeichnete auch der spätere Landesschulrat Prof. Karl Umlauf Gundlach als „durchaus geeignet“. Er schrieb: „Gundlach hat unermüdlich und erfolgreich an seiner Weiterbildung gearbeitet; er wird bei seinem gewandten, sicheren und taktvollen Auftreten ohne Zweifel auch den höheren Anforderungen in der neuen Stelle im vollsten Maße gerecht werden.“⁶

Schulsenator Emil Krause hatte offenbar seine Zweifel und wendete sich am 20.11.1920 an die Polizeibehörde: „Aus einem mir zugegangenen Schreiben ersehe ich, daß sich der Volksschullehrer Gundlach als Polizeischulrat bezeichnet. Ich erlaube mir die ergebene Anfrage, ob Herrn Gundlach diese Bezeichnung von der Polizeibehörde gestattet ist und weiter, ob die Polizeibehörde darüber informiert ist, daß Herr Gundlach zwar ohne Gehalt an die Polizeibehörde von mir beurlaubt ist, sich aber noch immer als Volksschullehrer bei der Oberschulbehörde im Amte befindet.“

Der Polizeipräsident antwortete umgehend am 23.11.1920: „Im Juni 1920 ist der Volksschullehrer Gundlach dortseits ohne Gehalt beurlaubt worden. Gundlach nimmt seitdem die nicht feste Stelle eines Schulleiters bei der hiesigen Polizei ein und bezieht in dieser Eigenschaft das Gehalt eines Majors. Es handelt sich dabei nur um ein vorläufiges Dienstverhältnis, dessen definitive Gestaltung aber nicht zu umgehen sein wird.“

Er fragte an, ob die Oberschulbehörde damit einverstanden ist, Gundlach auch auf den Etat der Polizeibehörde zu nehmen. Und am 31.12.1920 schrieb der Senator und Polizeiherr an die Oberschulbehörde: „Auf Vorschlag des Herrn Chefs der Polizei habe ich am 7.10.1920 unter Vorbehalt der Genehmigung des Senats Herrn Gundlach die Bezeichnung ‚Polizeischulrat‘ beigelegt. Mit der Amtsbezeichnung ‚Volksschullehrer‘ konnte Herr Gundlach unmöglich seinen Aufgaben gerecht werden. Hiernach kann über das Rechtsverhältnis des Herrn Gundlach zur Polizeibehörde kaum Zweifel herrschen.“

Das Ansehen Wilhelm Gundlachs blieb auch im nächsten Jahr noch gut. Der Chef der Polizei, Polizeiobst Frahm, gab über den Polizeischulrat am 21.3.1921 ein positives Dienstleistungszeugnis: „Herr Polizeischulrat Gundlach stellte sich im Oktober 1919 in uneigennütziger Weise vom reinen idealen Gesichtspunkt geleitet, der Polizei zur Verfügung, um ihr die Bildungsmöglichkeiten zu bieten, wie sie bei der Reichswehr in Geltung waren. Aus kleinen Anfängen gelang es ihm, ein Schulwesen zu schaffen, das in seiner Organisation vorbildlich geworden ist. Mit unermüdlichem Eifer wusste er alle Schwierigkeiten zu überwinden, die sich ihm dauernd entgegen setzten; er verstand es in hervorragendem Maße Lehrer auszuwählen, die sich ihrer schweren und wichtigen Aufgabe mit gleichem Eifer unterzogen, und bei den Beamten Interesse und Freude an dem Unterricht zu wecken, die zum Gedeihen des Werkes unentbehrlich sind. Der Polizeischulrat Gundlach hat in rastloser, mühevoller Arbeit demnach in verhältnismäßig kurzer Zeit ein Ziel erreicht, das für die Polizei von unschätzbarem Wert ist, und das im besonderen es dem hamburgischen Staat ermöglicht, sich in der Polizei ein Werkzeug zu schaffen, das der an sie herantretenden Forderung an Bildung, Moral und Gesinnung gerecht wird. Herr Gundlach ist ein lauterer, gerader und biederer Charakter, beseelt von einem unzerstörbaren Optimismus und von einer tiefwurzelnden Vaterlandsliebe, seine Aufgaben packt er mit festem Griff und starker Energie an; seine nie verletzende Offenheit und sein reifes Wissen haben ihn zu einem wertvollen Mitarbeiter gemacht, dessen aufopfernde Tätigkeit von der Polizei nie vergessen werden kann.“⁷

Was so euphorisch klang und gegebenenfalls auch unter späteren politischen Verhältnissen geschrieben worden sein könnte, der Stern Gundlachs bei der Polizei sank schon nach geraumer Zeit. Am 23.4.1923 teilte die Polizeibehörde mit, dass

sie auf die Dienste Gundlachs „von jetzt ab verzichten will“.⁸ Senator Emil Krause fragte am 30.4.1923 an, was gegen Gundlach vorliege. Oberschulrat Carl Götze erneuerte die Anfrage am 2.5.1923. Die Antwort aus der Polizeibehörde erfolgte am 6.6.1923. Darin wurde unter anderem ausgeführt: „Im Polizei- und Kriminalmuseum habe Gundlach ‚einem großen Teil seines ausgedehnten Bekanntenkreises den Zugang zugänglich gemacht‘. Die ausdrückliche Anweisung, vor Besichtigungen die Genehmigung des Polizeipräsidenten einzuholen, sei von Gundlach immer missachtet worden. Gundlach habe mit ‚Penetranz‘ versucht, Freikarten für das Hansatheater für auswärtige Lehrer zu erhalten.“ Es werden Gundlach auch weitere Missachtungen von Vorschriften vorgehalten. „Nach Zurredestellung durch den Polizeipräsidenten habe Gundlach alles abgestritten.“⁹

Die Charakterisierung Gundlachs, es mit der Wahrheit nicht genau zu nehmen, zog sich durch seine gesamte Berufsbiografie. In seinem Lebenslauf für die Einstellung als Lehrer 1927 am Paulinum schrieb er: „Seit dem 1.4.1924 bin ich aufgrund eines ärztlichen Attests – Zusammenbruch der Nerven – im vorläufigen Ruhestand“⁹ und in einem späteren Fragebogen (10.7.1936) schrieb er, er sei der „SPD zwangsweise als Polizeischulrektor von Januar 23 bis März 23“ beigetreten, „worauf ich freiwillig aus Amt und Partei zurücktrat“.¹⁰

Als Gundlachs biografische Daten wegen einer anderen falschen Angabe genauer untersucht wurden, war diese falsche Aussage: „freiwillig zurücktrat“ von einem Sachbearbeiter entdeckt worden, der an den Rand des Fragebogens schrieb: „stimmt nicht“ und auf Blatt 30 der Personalakte verwies, auf dem die Gründe dargelegt wurden, warum die Polizeibehörde „auf die Dienste Gundlachs von jetzt ab verzichten will“.

Gundlach arbeitete seit 1927 wieder als Lehrer am privaten Paulinum und orientierte sich nach dem unrühmlichen Abgang von der Polizeischule politisch neu. Im „Fragebogen zur Durchführung der Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ gab er an: „Seit 1924 NSDAP gewählt, seit 1. November 1931 eingetragenes Mitglied.“ Auch im NSLB war Gundlach ab 1931 aktiv.

Die NSDAP, nicht reich an erfahrenem Personal, konnte einen ehemaligen Leiter der Polizeischule gut gebrauchen. Gundlach schied aus dem Privatschulwesen am 30.9.1933 aus, wurde am 1.10.1933 zum Studienrat ernannt, bekam die Leitung der „Amtswalterschule“ übertragen, einer Qualifizierungsschule für NS-Funktionäre. Am 22.12.1934 wurde Gundlach Leiter der Gauführerschule, sein Stellvertreter wurde der umtriebige Albert Henze.

Gauleiter Karl Kaufmann hatte am 21.12.1934 erklärt, dass die Gauführerschule verwaltungsmäßig wie höhere Staatschulen zu bewerten seien, mit entsprechender Zulage für die Leitung. Am 15.10.1933 wurde „Gauschulungsleiter Pg. Stu-

dienrat Wilhelm Gundlach in seiner Eigenschaft als Reichsschulungsleiter für die SA in den Stab des Reichsschulungsamtes der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront berufen“ durch die NSDAP-Reichsleitung.¹¹

Die Anfangszeit der Arbeit an der Gauführerschule verlief offenbar erfolgreich. Eine große Berichterstattung zum einjährigen Bestehen in allen – gleichgeschalteten – Hamburger Medien dokumentierte dies. 2000 bisherige Teilnehmer der Gauführerschule marschierten auf und versammelten sich am 4.11.1934 um 8:00 Uhr auf der Moorweide. Reichsstatthalter und Gauleiter Karl Kaufmann bedankte sich insbesondere bei dem Schulleiter Wilhelm Gundlach, „dem sein Werk, seine Schule ans Herz gewachsen sei“¹² und Kaufmann begründete die Bedeutung der Gauführerschule und sagte, „daß ein Jahr Gauführerschule gleichbedeutend sei mit einem Jahr Übung in Haltung und Disziplin, weltanschaulicher Vertiefung und der Kameradschaftspflege. Wir Nationalsozialisten haben die Führerschulen in der Erkenntnis geschaffen, daß unsere Arbeit mit der Machtergreifung nicht getan ist, sondern daß sie vielmehr zum größeren Teil noch vor uns liegt. Die innere Überwindung und Neugestaltung aller ist unser Ziel, und die Träger dieses Gedankens sind vor allem die politischen Leiter, die aus den Führerschulen hervorgehen. Wir wurden und wir sind Nationalsozialisten mit dem Gefühl; aber wir wollen und müssen es auch mit dem Verstand werden. Dies zu erreichen ist der tiefe Sinn aller Schulungskurse. Der Begriff des Führers kann nur Adolf Hitler nachgebildet wer-



Wilhelm Gundlach an der Spitze eines Aufmarsches der Gauführerschule, 1934 (vorne rechts)

den. Führen ist im Dritten Reich nicht eine Frage der Uniform, sondern der inneren Überlegenheit ganzer Menschen. Diesen Menschen wird es gelingen, auf unsere Art, für unsere Zukunft dem Volke einen neuen Gehalt und eine neue Gestalt zu geben. Für diese Aufgabe aber müssen wir gerüstet und unzerstörbar einig sein.“¹³

Wilhelm Gundlach dankte dem Gauleiter und seinem Stellvertreter Henningsen „für ihre stets bekundete Fürsorge“ um die Gauführerschule. Er ging dann auf die Arbeit der Schule ein, die immer „von einem heiligen Fanatismus geleitet worden sei“ und deren Inhalt und Sinn man „mit den Worten des Dichters zusammenfassen könne: ‚Sich selbst bekriegen ist der schwerste Krieg; sich selbst besiegen ist der schönste Sieg.‘ Gundlach stimmte dann das Lied an: ‚Im Volke geboren, erstand uns ein Führer‘.“¹⁴

Jenseits der Belobigung gab es offenbar immer wieder Zweifel an den Aussagen Gundlachs über seine Biografie. Am 19.12.1932 hatte sich Gundlach an den damaligen Leiter der Hamburger Volkshochschule, den SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Kurt Adams gewandt. Er habe „in Erfahrung gebracht, daß in den Arbeitsgebieten der Volkshochschule dem nationalen Element mehr Bedeutung beigelegt werden soll“. Gundlach bot Mitarbeit an zu den Themen „Das Auslandsdeutschum“ und: „Die nationale Erziehung und ihr Einfluss auf die Kriminalität.“ VHS-Direktor Adams fragte daraufhin bei der Landesschulbehörde an, ob Gundlach berechtigt sei zur Führung der Amtsbezeichnung „Studienrat“, mit der er seine Anfrage unterschrieben habe. Adams bat um Zusendung der Personalakte Gundlachs. Antwort am 22.12.1932: „Gundlach sei nicht berechtigt die Amtsbezeichnung ‚Studienrat‘ zu tragen, da er nicht auf einer Staatsstelle arbeite.“¹⁵

Mit Schreiben vom 27.4.1934 forschte Oberschulrat Theodor Mühe nach, „an welchen Kriegshandlungen Gundlach vom 4.8.1914 bis 2.1.1915 teilgenommen habe, wann er das EK II, Hanseatenkreuz, Friedrich-August-Kreuz erhalten habe, weshalb er aus der Fronttruppe ausgeschieden sei und zur Intendantur versetzt worden sei (Januar 1915 bis August 1919), warum er Lazarettinspekteur geworden sei“. Daraufhin wurde Mühe am 20.8.1934 eine Militärpass-Abschrift zugesandt.

Am 11.10.1935 erbat das Gaugericht der NSDAP bei der Schulbehörde die Personalakte von Wilhelm Gundlach. Offenbar sollten Angaben nachgeprüft werden. Wer Zweifel geäußert hatte, ist nicht erkenntlich. Möglicherweise war man im Kontext der von Gauleiter Kaufmann verfügten Gehaltszulage bei Durchsicht der Personalakte Gundlachs auf Ungereimtheiten gestoßen.

Am 26.8.1936 gab Wilhelm Gundlach eine ziemlich peinliche Erklärung ab. Dem muss ein persönliches Gespräch mit Karl Kaufmann am 24.8.1936 vorausgegangen sein. Da hatte Kaufmann den Leiter der Gauführerschule damit konfrontiert, falsche Angaben über seinen Parteieintritt gemacht zu haben.

Im Anschreiben Gundlachs hieß es: „Gauleiter, im Einvernehmen mit der Personalabteilung der Landesunterrichtsbehörde habe ich die beifolgende Erklärung eingesandt. Heil Hitler, Wilhelm Gundlach.“¹⁶

Die Erklärung, die in handschriftlichem Original und in Abschrift in seiner Personalakte enthalten ist, lautete: „Als am 24. August 1936 der Herr Reichsstatthalter mir die Eintragung in meiner Personalakte zeigte: ‚seit dem 1. November 1931 eingetragenes Mitglied der NSDAP‘ musste ich sehen, daß ich unterlassen hatte, zur gegebenen Zeit eine Berichtigung einzusenden. Ich hole sie daher nach: Anfang November 1931 habe ich mich zum Eintritt in die NSDAP und den NSLB gemeldet. Für Erstere habe ich trotz wiederholter Aufforderung durch die Kreisleitung Uhlenhorst aber keinen Beitrag bezahlt, sondern nur für den NSLB da ich der Meinung war, das genügte. Am 21. Januar 1933 erfuhr ich meinen Irrtum und trat noch am selben Tage in die NSDAP ein, wobei ich die Bitte aussprach, die Rückdatierung meines Eintritts zu versuchen, da ich doch ‚in gutem Glauben‘ gehandelt hätte. Als ich 1934 meine rote Mitgliedskarte erhielt, musste ich sehen, daß eine Rückdatierung nicht vorgenommen war. Nun versuchte ich das selbst noch einmal, und zwar sowohl im Kreise als auch beim Herrn Reichsschatzmeister selbst. Doch auch dieses war umsonst. Demnach steht es folgendermaßen:

Anmeldung für den NSLB: November 1931, Eintritt: 1. Februar 1932. Mitgliedsnummer 2633

Anmeldungen für die NSDAP: 21. Januar 1933, Eintritt: 1. März 1933. Mitgliedsnummer: 1 499 415. Hamburg den 26. August 1936.

Gezeichnet Wilhelm Gundlach“¹⁷

Damit stand Wilhelm Gundlach nicht mehr als „alter Kämpfer“ sondern als alter Fälscher da.

Am nächsten Tag wandte sich Gundlach an die Landesunterrichtsbehörde: „Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsstatthalter werde ich demnächst wegen meines fortgeschrittenen Alters als Gauschulungsleiter zurücktreten. Gemäß meiner Ernennungsurkunde vom Oktober 1933 könnte ich in eine höhere Schule zurückkehren, und zwar als Studienrat in gleicher Stellung wie jetzt. Das aber würde für mich eine ganz neue Tätigkeit darstellen, der ich mich mit meiner angegriffenen Gesundheit nicht mehr gewachsen fühle.“ Gundlach bat um Versetzung in den Ruhestand.

Der Präsident der Behörde, Karl Witt, vermerkte auf Gundlachs Schreiben: „Von einer ärztlichen Untersuchung wird abgesehen.“ Und Gauleiter Karl Kaufmann antwortete am 1.9.1936: „Hiermit bestätige ich Ihnen den Eingang Ihres Gesuches auf Versetzung in den Ruhestand aus Gesundheitsgründen. Ich habe Ihr Gesuch der zuständigen Behörde weitergeleitet mit dem Auftrag, Ihnen die nach dem Gesetz mögliche Höchstpension als Studienrat zu geben. In ihrer Eigenschaft

als Gauschulungsleiter bitte ich Sie, sich bis zu meiner endgültigen Entscheidung als beurlaubt zu betrachten. Ihre Geschäfte bitte ich ordnungsgemäß im vollen Umfang dem Pg. Henze zur Weiterführung zu übergeben.“¹⁸

Damit war der Weg frei für den umtriebigen Albert Henze.¹⁹

Am 9.9.1936 lag Gundlachs großzügig berechnetes Ruhegehalt vor. Am 5.9.1936 und am 24.10.1936 wurden kurze ärztliche Gutachten nachgeliefert. Dem 58jährigen Wilhelm Gundlach wurde Herzmuskelschwäche und Arbeitsunfähigkeit wegen eines „gastro-cardialen Symptomkomplexes“ bescheinigt.²⁰

Am 12.12.1936 trat Gundlach dann in den Ruhestand.

Nach Gundlachs Charakter war damit zu rechnen, dass er nicht selbstkritisch seinen Beitrag zu diesem persönlichen Desaster bedachte, sondern ein neues Feindbild entwickelte, gegen diejenigen, die seine Karriere jäh beendeten. In seinem Entnazifizierungsfragebogen beantwortete er die Frage 28: „Sind Sie aus irgend einer Stellung aufgrund aktiven oder passiven Widerstands gegen die Nazis entlassen worden?“ Gundlachs handschriftliche Antwort: „Ja, 1936 aus dem Schuldienst, weil für Partei untragbar“.

Er trug außerdem ein: „1943 KZ Fuhlsbüttel“.²¹

Im Entnazifizierungsverfahren Gundlachs gab es einige weitere Ungereimtheiten. Am 31.1.1946 äußerte sich der neue Oberschulrat für den berufsbildenden Bereich, Johannes Schult: „Herr Gundlach ist in der Zeit von 1933–1945 in der Öffentlichkeit als aktiver Nationalsozialist derartig stark hervorgetreten, daß er, wenn er noch im Amt gewesen wäre, schon im vorigen Jahr aus diesem hätte entlassen werden müssen. Er war jahrelang Leiter der Gauführerschule und Redner der NSDAP. Es ist bei der Militärregierung zu beantragen, daß er aus dem öffentlichen Dienst entlassen wird, was für ihn den Verlust seines Ruhegehalts zur Folge haben würde.“²²

Entsprechend wandte sich Senator Landahl an die britische Militärregierung: „Gemäß einer in unserem Besitz befindlichen Unterlage beantragte Studienrat Wilhelm Gundlach, der am 31. März 1937 wegen seiner schlechten Gesundheit auf die Pensionsliste gesetzt worden war, Anfang November 1931 seine Aufnahme in die NSDAP. Er wurde aber erst am 1. März 1933 aufgenommen. In der Zeit von 1933–1944 ist Gundlach als aktiver Nationalsozialist sehr stark hervorgetreten. Er war mehrere Jahre lang Leiter der Gauführerschule und Parteiredner. Aus diesem Grunde beantrage ich sofortige Pensionsentziehung für den pensionierten Studienrat Wilhelm Gundlach.“²³

In seiner Entnazifizierungsakte enthalten war ein Dankes- und Anerkennungsschreiben vom „Stellvertreter des Führers“ vom 21.12.1936, also nach Ausscheiden aus dem Amt als Leiter der Gauführerschule. Zudem eine zweite Stellungnahme vom

25.8.1947 von Oberschulrat Schult, die in merkwürdigem Kontrast zu seinem Vermerk vom 31.1.1946 stand. Schult schrieb jetzt: „Herr Wilhelm Gundlach ist mir seit mehr als 25 Jahren persönlich gut bekannt. Er war nach dem Ersten Weltkrieg eine Zeit lang Direktor der Hamburger Polizeischule. Er ist ein Mann von ungewöhnlicher Aktivität und betätigte sich außer in seinem Beruf in den verschiedensten Stellen freiwillig. 1933 wurde er zum Leiter der Gauführerschule der NSDAP ernannt, jedoch schon 1935 wieder aus dieser Stellung entfernt. Ich habe ihn nachher mehrfach getroffen und längere Gespräche mit ihm geführt. Von seiner ursprünglichen nationalsozialistischen Einstellung war er schon frühzeitig wieder los gekommen und erzählte mir von zahlreichen Skandalgeschichten innerhalb der NSDAP. Er ist ein guter Kamerad und ist auch immer für Bedrängte eingetreten. Als Denunziant ist er nie aufgetreten und hat gern Fühlung mit Gegnern des Nationalsozialismus gehalten.“²⁴

Schult berücksichtigte oder wusste nicht, warum Gundlach „aus dieser Stellung entfernt“ wurde, keineswegs aus politisch-ideologischen Gründen.

In Gundlachs Personalakte war ein weiteres brisantes Dokument enthalten, dem zu entnehmen war, dass Gundlach von 1939–1943 „ehrenamtlicher Leiter der Abteilung der Neuen Sparkasse von 1864“ gewesen war. Auch dies ein Beleg, dass er durchaus noch die Rückendeckung der Nationalsozialisten in Hamburg hatte. 1943 muss es einen erneuten gravierenden Vorfall gegeben haben, der dazu führte, dass Gundlach sechs Wochen in Haft genommen wurde. Nach der Haftentlassung wurde Gundlach von seinem Arzt, Dr. W. Nissen, der ihn schon 1936 dienstunfähig geschrieben hatte, untersucht. Der herzkranke Gundlach hatte in der Haft 28kg abgenommen („von 112kg auf 84kg“). Dadurch und in Folge „der hochgradigen seelischen Depression“ hatte sich die „seit langem bestehende Herzinsuffizienz“ verschlimmert.²⁵

Gundlach, dem seine ehrenamtliche Tätigkeit bei der Neuen Sparkasse 1943 entzogen wurde, trat nach 1945 als Kronzeuge gegen die Nationalsozialisten in Hamburg auf. Ein „erster Bericht des von der Bürgerschaft am 8.3.1946 eingesetzten Ausschusses zur Prüfung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend Untersuchung nationalsozialistischer Korruptionsfälle“ hält unter Punkt 18 den Auftritt von Wilhelm Gundlach fest:

„Zum Schluss veröffentlicht der Untersuchungsausschuss im Auszuge die ihm von einem früheren führenden Parteigenossen gemachten Angaben. Es handelt sich um Wilhelm Gundlach, bis 1935 Gauschulungsleiter, von 1939–1943 ehrenamtlicher Leiter der Wirtschaftsabteilung der Neuen Sparkasse von 1864. Als solcher hatte er gute Gelegenheit, die Schiebungen seiner Kameraden mit eigenen Augen zu beobachten. Er berichtet darüber folgendes: „Eine merkwürdige Wendung trat erst ein, als der Gauleiter zum Reichsstatthalter ernannt wurde, als er dann die

Nazigrößen in den Staatsapparat einbaute, als das Wort ‚Die Partei ist der Staat‘ in die Tat umgesetzt wurde; denn nun begann die ‚Postenjägerei der Parteibonzen‘, die sich alsbald aus den einfachen, gutgläubigen Nationalsozialisten heraushoben. So entstand in den Jahren ab 1935 ein richtiger Nazi-Club, der sich bis zum Schluss als Nazi-Kamarilla in Hamburg entwickelt hat. Diesen muss man kennen, und man hat den Schlüssel zu der ganzen Korruption.

Es waren folgende Personen: 1.) Staatsrat Fritz Meyer, Ratsherrenältester; 2.) Fritz Dorn, Direktor der Neuen Sparkasse von 1864; 3.) Staatsrat Stanik, Generaldirektor der HHAG; 4.) Staatsrat Lahts, Direktor der Hamburger Wasserwerke; 5.) Dr. Otto Wolf, Gauwirtschaftsberater und Direktor der HPAG; 6.) Wilhelm Tegeler, Bevollmächtigter des Reichskommissars für die Schifffahrt; 7.) Hermann Okrass, Direktor des Tageblatts; 8.) Hans Lindemann, Präsident des Arbeitsamtes und Reichstreuhand der Arbeitsverwaltung; 9.) SS-Obergruppenführer Querner, Höherer Polizeiführer; 10.) SA-Obergruppenführer Fust; 11.) Senator Richter; 12.) Dahlem, Gau-Stabsleiter.

Dieser Kreis, genannt der ‚Bonzen-Club. Ich lade ein‘, traf sich in seiner Gesamtheit einmal wöchentlich zum gemeinsamen Mittagessen, zu dem jeder abwechselnd einlud. Das feudale Mal, das entweder im Atlantik-Hotel, Bürgerhaus, Europäischer Hof oder Mühlenkamper Fährhaus bei Hillesheim stattfand, gab den Rahmen für alle staatspolitischen Fragen, und hier sorgte einer für den anderen oder für seine Freunde. Vor allem wurden hier alle ‚Besorgungen‘ besprochen, alle Posten besetzt und einträgliche Aufsichtsratsposten vergeben. Der größte ‚Besorger‘ war wohl der Gau-Wirtschaftsberater Dr. Otto Wolf. Als erster holte er schon 1940 große Mengen von Speck, Dauerwurst, Butter, Kaffee und Zucker aus den besetzten Gebieten und teilte alles unter seinen Bonzen-Freunden. Im weiteren Verlaufe sind Wein, Cognac, Liköre und Zigarren dazugekommen. Durch ihn konnten bei der Arisierung von Geschäften seine Freunde preiswert wertvolle Gegenstände kaufen. Ganz besonders einflussreich war seine Tätigkeit zum Zusammenholen von Möbeln und Haushaltsgegenständen aller Art, die von Juden oder aus Frankreich und Belgien stammten. Hierfür hatte er den so genannten ‚Wirtschaftsstab‘ eingerichtet, der vor Auktion erst die besten Sachen für sich aussuchte und damit alle Parteiräume ausstattete. Der weitaus größte ‚Besorger‘ war aber der Direktor der Neuen Sparkasse von 1864, der aus dieser Position heraus die Möglichkeit hatte, zum Einkauf das nötige Geld und die Devisen zu beschaffen. Im Jahre 1933 war er ein kleiner Angestellter mit gut 200 Reichsmark Monatsgehalt, und 1944 hatte er ein Monatsgehalt von mehr als 2000 Reichsmark, besaß mehrere eigene Grundstücke und ein ansehnliches Privatvermögen. Mit der Begründung, für seine Gefolgschaft zu sorgen, schuf er Erholungsheime, für die er vom Wirtschaftsstab Möbel

und Einrichtungsgegenstände kaufte. Bevor sie jedoch dafür abgegeben werden durften, suchte er für sich und seine Freunde das Beste aus. Zwar durften auch Gefolgschaftsmitglieder in diesen Heimen wohnen, die besten Räume aber reservierte er für sich und seine Freunde, um hier zum Teil für Monate zu wohnen. Mit der gleichen Begründung kaufte er selbst in Dänemark oder ließ hier, in Norwegen, in Frankreich oder Belgien ungeheure Mengen an Rohkaffee, Schweine- und Ochsenfleisch, Speck, Dauerwurst, Butter, Schmalz, Konserven, Gänse, Weine, Spirituosen und Zigarren kaufen, mit denen er zunächst seine Vorratsräume füllte und seine Freunde, vom Gauleiter angefangen, versorgte.“²⁶

Aus einem Schreiben Gundlachs vom 23.2.1950 ging hervor, dass offenbar das ehemalige KPD-Mitglied, der spätere Senator, Franz Heitgres ihn zu seiner Aussage aufgefordert hatte: „Als ich ins Konzentrationslager kam, lag ich mit dem nachmaligen Senator Heitgres in einer Zelle. Bei dieser Gelegenheit, da in gemeinsamer Not sich bekanntlich die Herzen gegenseitig öffnen, erzählte ich ihm voller Bitterkeit und Empörung die dort aufgeführten Tatsachen. Als er darauf Mitglied des Korruptionsausschusses war, ersuchte er mich, zu meiner Erzählung zu stehen. Selbstverständlich mußte ich das tun, und so ist dieser Bericht durch ihn im Korruptionsausschuss zu Stande gekommen.“²⁷

Dieser spektakuläre Auftritt sowie die Aussage von Oberschulrat Johannes Schult nutzten Gundlach in seinem Verfahren. Die Zentralstelle für Berufungsausschüsse stufte Gundlach in Kategorie IV ein und billigte ihm mit Wirkung vom 1.12.1947 75 % des gesetzlichen Ruhegehalts als Studienrat zu, da Gundlach „im Laufe der Zeit die Verworfenheit des NS-Systems erkannte und alsdann zu einem ausgesprochenen Gegner der NSDAP wurde“.²⁸

Wilhelm Gundlach beantragte am 20.2.1950 ein Wiederaufnahmeverfahren. Jetzt gab er eine weitere Version dafür an, warum er „schon am 1.9.1936 aller Ämter in der NSDAP enthoben worden war, und zwar weil ich einmal in der Loge seit 1907 war und zum anderen der Schwiegervater einer Volljüdin war. Der Gauleiter teilte mir mit, daß ich aus den beiden Gründen weder für die Partei noch für den Staatsdienst weiterhin tragbar sei“.²⁹ Schwer erträglich, mit welcher Penetranz Wilhelm Gundlach fortgesetzt falsche Aussagen machte. Aber nach 14 Jahren waren die Spuren verwischt und im Wust der vielen Entnazifizierungsverfahren war die Überprüfung der einzelnen Angaben nicht immer einfach.

Der Berufungsausschuss stufte Gundlach am 31.3.1950 in Kategorie V (Entlastete) ein.³⁰

Oberschulrat Heinrich Schröder war am 25.5.1950 der Auffassung, dass damit geprüft werden müsste, ob Gundlach nicht die volle Pension zu gewähren sei. Und, in der Tat, mit Entscheidung des Leitenden Ausschusses vom 1.2.1950 wurde Gund-

lach mit Wirkung vom 1.12.1950 die volle Pension eines Studienrates zugebilligt. Dazu kam es allerdings nicht, weil Oberschulrat Reimers am 17.10.1951 im Schreiben an das Personalamt erklärte: „Die Schulbehörde hat den vom Personalamt übersandten Vorgang geprüft. Es wurde zusätzlich mit dem Personalreferenten für das höhere Schulwesen, Dr. Oberdörffer, der als Oberschulrat in der Zeit von 1927–1941 die Personalien bearbeitete, über diese Angelegenheit gesprochen. Es kann nach Prüfung der Umstände nicht angenommen werden, daß der Studienrat Wilhelm Gundlach in den Staatsdienst übernommen worden wäre, wenn die Machtübernahme durch die NSDAP nicht stattgefunden hätte. Herr Gundlach wurde 1933 bereits 55 Jahre; in diesem Alter stellte die Schulbehörde bei dem übergroßen Angebot an jungen Lehrkräften während der 30er Jahre niemanden mehr ein. Die Tatsache, daß Herr Gundlach während der fünf Jahre zwischen 1927 und 1933 nur an Privatschulen tätig war, spricht dafür, daß an eine Einstellung in den Staatsdienst nicht gedacht war. Einen Anspruch auf Einstellung in den Hamburger Schuldienst konnte Herr Gundlach damals ebenfalls nicht geltend machen. Die Schulbehörde beantwortet die Anfrage des Personalamtes deswegen dahin, daß mit einer Ernennung des Herrn Gundlach zum Studienrat im Hamburger Schuldienst nicht hätte gerechnet werden können.“³¹

Die Frage des Personalamtes war, „ob und gegebenenfalls zu welchem Zeitpunkt Gundlach zum Studienrat voraussichtlich ernannt worden wäre, wenn die Machtübernahme durch die NSDAP nicht stattgefunden hätte.“³²

Der Jurist der Personalabteilung der Schulbehörde, von Zerssen, hatte die Personalakte Gundlachs studiert und zeigte, wie man sich durch vorgefundene Aussagen täuschen lassen kann. Zur Leitung der Gauführerschule schrieb bzw. vermutete von Zerssen: „Dieses Amt hat Gundlach jedoch schon 1936 niedergelegt, wie er angibt, aus Gesundheitsgründen, tatsächlich vielleicht deswegen, weil er von der Entwicklung der NSDAP, die er vorher falsch eingeschätzt hatte, enttäuscht war.“³³

Es zeigte sich, das Legen von falschen Spuren kann zur Vernebelung beitragen und Legenden bilden. Genutzt hat es Wilhelm Gundlach nichts mehr.

Er starb am 18.5.1952.

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach Gundlachs Personalakte, StA HH, 361-3_A 1937.
- 2 Ebd.
- 3 Schreiben vom 27.9.1913, ebd.
- 4 Schreiben vom 15.3.1920, ebd.
- 5 Schreiben vom 9.3.1920, ebd.
- 6 Alles, auch die folgenden Zitate und Dokumente ebd.

- 7 Ebd.
- 8 Alle Dokumente ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Alle Zitate und Dokumente ebd.
- 12 „Hamburger Anzeiger“ vom 5.11.1934.
- 13 „Hamburger Nachrichten“ vom 5.11.1934.
- 14 Ebd.
- 15 Personalakte, ebd., wie auch die weiteren Dokumente.
- 16 Ebd.
- 17 Schreiben vom 27.8.1936, ebd.
- 18 Alle zitierten Dokumente ebd.
- 19 Siehe Biografie Albert Henze in diesem Buch.
- 20 Personalakte Gundlach, a. a. O.
- 21 Entnazifizierungsakte Gundlach, StA HH 221-11_Ed 11072, Fragebogen vom 7.11.1949, Bl. 2.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd., Bl. 16.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd., Bl. 28.
- 27 Schreiben Gundlachs vom 23.2.1950, ebd., Bl. 27.
- 28 Schreiben vom 26.11.1947, ebd.
- 29 Ebd., Bl. 10.
- 30 Alle Dokumente ebd.
- 31 Personalakte Gundlach, a. a. O.
- 32 Schreiben vom 10.9.1951, ebd.
- 33 Schreiben vom 17.11.1951, ebd.



NSLB Gauführerschule: Die ideologische Aufrüstung beginnt mit dem Morgenappell. Weser Ems 1938

Hellmuth Messerschmidt

„Das Urbild des ‚reinen Toren‘:
Er sah das ‚Schaufenster‘ des Nationalsozialismus und
begeisterte sich gläubigen Herzens an der Auslage.“

Ein besonderer Fall ist der des Lehrers Hellmuth Messerschmidt, der formal, als Mitglied der Waffen-SS und des Sicherheitsdienstes (SD) schwer belastet war, im Entnazifizierungsverfahren seine Arbeit beim SD bagatellierte, positive Leumundszeugnisse bekam und schon 1949 wieder in den Hamburger Schuldienst übernommen wurde.

Hellmuth Messerschmidt wurde am 28.9.1904 in Hamburg als Sohn des Telegrafensekretärs Ludwig Messerschmidt geboren. Von Ostern 1911 bis Ostern 1916 besuchte er die Realschule vor dem Lübecker Tor und darauf das Realgymnasium des Johanneums, das er im Frühjahr 1923 mit dem Reifezeugnis verließ. Nachdem er in dem Exporthaus Julius Grossmann in Hamburg eine kaufmännische Lehre absolvierte und dort als kaufmännischer Angestellter tätig gewesen war, studierte er an der Hamburger Universität englische, französische und iberoromanische Philologie. Im Frühjahr 1929 unternahm er eine Studienreise in die Serra de Estrela (Portugal), deren wissenschaftliche Ergebnisse er in seiner Dissertation „Haus und Wirtschaft in der Serra de Estrela“ verarbeitete.

Am 19.8.1931 bestand er vor dem wissenschaftlichen Prüfungsamt der Oberschulbehörde Hamburg „mit Auszeichnung“ die Staatsprüfung für das höhere Lehramt in den Hauptfächern: Englisch, Französisch, Spanisch und den Zusatzfächern: Portugiesisch und Philosophie. Ein Mitglied der Prüfungskommission war der jüdische Psychologe William Stern. Anschließend ging Messerschmidt in den Vorbereitungsdienst, den er 1931/32 an der Oberrealschule Uhlenhorst und 1932/33 an dem Realgymnasium des Johanneums absolvierte. 25.9.1933 bestand er die 2. Lehrerprüfung unter den Prüfungsvorsitz vom neuen NS-Oberschulrat Walter Behne.¹

Da Hellmuth Messerschmidt danach keine Anstellung im Hamburger Schuldienst bekam, arbeitete er bis zum 10.1.1934 als Sprachlehrer in der privaten Studienanstalt Jessel. Und da er auch danach im Hamburger Schuldienst mit seinen Fächern keine Einstellungsmöglichkeit sah, bewarb er sich um eine Stelle an einer deutschen Schule in Südamerika. „Meine Bewerbung hatte Erfolg. Ich wurde Lehrer für neuere Sprachen an der deutschen Realschule in Concepcion (Chile). Im Jahre 1936 habe ich in Chile eine Reichsdeutsche geheiratet. 1938 bin ich aus finanziellen Erwägungen mit meiner Familie nach Deutschland wieder zurückgekehrt und fand zum 1.4.1938 eine Anstellung als Studienassessor an der Walddörfer-Schule in Hamburg-Volksdorf.“²

Zum 1.7.1940 wurde Messerschmidt fest angestellter Studienrat.³

Die Arbeit in der Schule war allerdings nur von begrenzter Dauer.

Die nächsten Stationen: Schon vor der Übernahme der Studienratsstelle wurde Messerschmidt zur Waffen-SS „einberufen“, wie er später behauptete. Im Mai 1940 wurde er Sturmmann, im Oktober 1940 Rottenführer und von November 1940 bis April 1945 arbeitete er für den Sicherheitsdienst (SD).

1934 war er in die NSDAP eingetreten. Auffällig ist, dass alle Schritte, die ihn nach der Befreiung vom Nationalsozialismus im Mai 1945 belasteten, von Messerschmidt als „unfreiwillig“ umgedeutet werden. So etwa der Parteieintritt: „Als ich Anfang 1934 eine Stellung im Ausland in Aussicht hatte, machte die Partei meine Ausreise von meinem Eintritt in die NSDAP abhängig, wahrscheinlich, um mich unter Kontrolle zu halten. Um der Stellung nicht verlustig zu gehen, trat ich 1934 in die Partei ein, habe jedoch niemals ein Amt in ihr bekleidet.“⁴

Und nach 1945 beschrieb er ausführlich seine Distanz und dass er sowohl in der Waffen-SS und auch beim Sicherheitsdienst (SD) an harmlosen Themen gearbeitet habe.

Der Hintergrund war vermutlich, dass Hellmuth Messerschmidt, aus einfachen Verhältnissen stammend, infolge der „Mittellosigkeit meiner Eltern“ sein gesamtes Studium durch Werkarbeit verdient hatte⁵ und nun drohte, arbeitslos zu werden. In dieser Situation hatte er sich aus verbreiteten „opportunistischen“ Gründen der NSDAP angeschlossen. Später, als er das Internierungslager und das Spruchgerichtsverfahren in Bielefeld überstanden hatte und wieder zurück in Hamburg war, musste er das Entnazifizierungsverfahren durchlaufen, um wieder in den Schuldienst zu gelangen. Die stärksten und positivsten Leumundszeugnisse erhielt er von seinem ehemaligen Kollegen aus der Walddörfer-Schule, Dr. Johannes Wilke, und dem Schulleiter Dr. Heino Hayungs. Aber auch die beiden schrieben deutlich, dass Messerschmidt nicht das „passive Opfer“ war, der gegen seinen Willen und seine Überzeugung NS-Rekrutierte. Wilke: „Er entstammt einem christlich-national eingestellten Elternhaus und zeigte eine nationale Haltung im besten Sinne, idealistisch und opferbereit.“ Und an anderer Stelle: „Für Herrn Messerschmidt bedeutete der Zusammenbruch des 3. Reiches auch den Zusammenbruch seiner idealistischen Einstellung der ‚Bewegung‘ gegenüber.“⁶

Und Schulleiter Hayungs charakterisiert Messerschmidt folgendermaßen: „Herr M. ist mir immer als das Urbild des ‚reinen Toren‘ erschienen. Er sah das ‚Schaufenster‘ des Nationalsozialismus und begeisterte sich gläubigen Herzens an der Auslage, ohne zu ahnen, dass es hinter dem Schaufenster wesentlich anders aussah. Diese Täuschung hat er wohl mit vielen gutgläubigen, naiven Menschen geteilt.“⁷

Messerschmidt war nach dem Ausscheiden aus dem Sicherheitsdienst am 23.4.1945 in die Oberschule für Jungen Barmbek versetzt worden. „Nach dem Zusammenbruch war ich auf dem Ortsamt Uhlenhorst durch Vermittlung der Schulverwaltung als Deutschdolmetscher tätig, bis am 30.8.1945 meine Verhaftung erfolgte.“⁸

Aus dem Schuldienst wurde Hellmuth Messerschmidt auf Anordnung der Britischen Militärregierung am 31.10.1945 entlassen.⁹ Zu diesem Zeitpunkt hatte er eine Familie mit fünf Kindern (geboren 1938, 1939, 1940, 1943, 1944) zu versorgen.

Nach der Verhaftung kam Helmuth Messerschmidt zuerst in das Internierungslager Neumünster, danach wurde er in das Lager Eselheide überführt, wo er auf das Verfahren des Spruchgerichts Bielefeld wartete und entsprechend vernommen wurde.

Es wurde schon erwähnt, dass Messerschmidt seine NS- und SS/SD-Geschichte in einem milden Licht beschrieb. Die siebenköpfige Familie wurde erwähnt, seine Kinder waren 1945 zwischen knapp einem Jahr und sieben Jahren alt. Er schrieb in seinem Lebenslauf in Eselheide: „Vor 1933 war ich politisch völlig desinteressiert. Ich sympathisierte aufgrund der sozialen Stellung meiner Eltern mit der sozialistischen Studentengruppe. Meine Einstellung zum Judentum war positiv, was daraus hervorgeht, daß ich mich der bitteren Feindschaft der damaligen NS-Studentengruppe aussetzte, indem ich im Auftrage des damaligen portugiesischen Lektors Lopez d'Almeida (heute Prof. für Geschichte an der Universität Coimbra) eine Schrift verfaßte, in der ich die Heinrich Heine-Übersetzungen eines modernen portug. Dichters lobend besprach und gegen die Ausschreitungen Hamburger NS-Studenten, sowie die würdelose Beschmutzung des Heine-Denkmal Stellung nahm.“¹⁰

Den NSDAP-Eintritt 1934 erklärte er damit, dass „die Partei meine Ausreise von meinem Eintritt in die NSDAP abhängig machte, wahrscheinlich, um mich unter Kontrolle zu halten“. Und Messerschmidt erwähnte Konflikte, die er danach in Chile hatte: „1935 hatte ich mit dem Ortsgruppenleiter in Concepcion (Chile) eine heftige Auseinandersetzung, da ich Kritik geübt hatte an dem deutschumsschädigenden Verhalten führender Männer der Auslandsorganisation und einer provozierenden Auslandspolitik des Reiches. Ich vertrat den Standpunkt einer Verständigung mit den Nachbarvölkern und geißelte jede nationalsozialistische Überheblichkeit. Wegen dieses Verhaltens wurde mir in einem förmlichen Parteigerichtsverfahren auf 5 Jahre die Fähigkeit zur Bekleidung eines Amtes innerhalb der Partei abgesprochen. Mich gänzlich aus der Partei auszustoßen war untunlich, da ich zwar in solchem Falle niemals wieder nach Deutschland hätte zurückkehren können, andererseits aber durch Indiskretionen, die man meinerseits befürchtete, gewisse Männer von lokaler Bedeutung in ein schiefes Licht geraten wären.“¹¹

Auch den nächsten Schritt machte Messerschmidt nach eigenen Angaben nicht aus eigenem Antrieb. Die dargestellte Version hatte er im Internierungslager

Eselheide unter NS-Belasteten, die ebenfalls auf ihre Verfahren vor der Spruchkammer Bielefeld warteten, im Laufe von zwei Jahren entwickeln können: „Nach Ausbruch des Krieges erhielt ich vermutlich durch Machenschaften der Partei, auf deren ‚schwarzen Liste‘ ich immer noch stand, einen Einberufungsbefehl zur Waffen-SS. Hier diente ich als Schütze, bzw. Sturmman vom Juni 1940 bis Dezember 1940 in einer Nachrichtenabteilung des 10. SS-Inf. Rgt. in Danzig und wurde im Januar 1941 zur Dienstleistung im SD-Hamburg auf Kriegszeit abkommandiert. Ich hatte damals nicht die geringste Ahnung von der Existenz und den Aufgaben des SD. Meine Tätigkeit in Hamburg, die ich ununterbrochen von Jan. 41 bis Kriegsende ausübte, bestand in reiner Bürotätigkeit und beschränkte sich auf das Sammeln und Umarbeiten von Berichten über Mißstände auf dem Gebiet der Volksgesundheit und des Schulwesens. Ich hatte keinerlei Selbständigkeit und nahm eine ganz untergeordnete Stellung ein, was sich schon daraus ergibt, daß ich trotz meines akademischen Grades einen Dienstgrad als Rottenführer bekleidete, während die Portiers, Kraftfahrer u. andere untergeordnete Kräfte mindestens den Rang eines Oberscharführers innehatten. Da ich so gut wie nie Uniform trug, machte mir dies nichts Besonderes aus. Im Aug. 1944 jedoch wurde mir der Ehrenrang eines Untersturmführers mit vorübergehender Berechtigung zum Tragen der entsprechenden Uniform verliehen. Dies war keine Beförderung, sondern lediglich ein Ehrenrang, der im April 1945 wieder rückgängig gemacht wurde. Ich habe die Untersturmführeruniform auch kaum jemals getragen, wie ich durch zahlreiche Zeugnisse aus meiner Hausnachbarschaft beweisen kann.“¹²

Messerschmidts Version, so naiv sie erschien, wurde bestätigt durch die Erklärung eines anderen in Eselheide Inhaftierten, Raffelsieper, der in der Personalabteilung im SD-Hamburg gearbeitet hatte.¹³ Da war es sicherlich von Vorteil, viele Beteiligte vor Ort in Eselheide zu haben.

Als nächstes wurden Ermittlungen vom Polizeikriminalamt Special Branch II aus Hamburg eingeholt. Inspektor Blunck fertigte einen Ermittlungsbericht: „Die Personalakte M.'s bei der Schulverwaltung Hamburg, ist, wie alle dortigen Akten, 1945 politisch bereinigt worden.“ Und weiter: „Charakterlich und fachlich wird M. sehr gut beurteilt.“ Zur Waffen SS- und SD-Tätigkeit schrieb Blunck: „Ob M. sich freiwillig zur Waffen-SS gemeldet hat, konnte nicht ermittelt werden. Eine Abkommandierung von der Waffen-SS zum SD scheint glaubwürdig. Die Ausbildungskompanie („Kunitz“) hat es in Hamburg praktisch nicht gegeben. Sie war nur eine Tarnung für ehemalige SD-Leute, die nun nach 1945 besser untertauchen konnten. Solche Tarnkompanien hat es in Hamburg mehrfach gegeben.“¹⁴

Dies korrespondierte mit Angaben Messerschmidts. Um es den SS- und SD-Angehörigen zu erleichtern, unter- und abzutauchen, wurde eine Scheinkompanie

gebildet. Hellmuth Messerschmidt hatte in der Vernehmung ausgesagt: „Im April 1945 wurde meine Kommandierung zum SD wieder aufgehoben und ich wurde der SS-Ausbildungs-Komp. ‚Konitz‘ Hamburg zugeteilt. Diese Einheit hat aber nur auf dem Papier gestanden; irgendeinen Dienst habe ich bei dieser imaginären Truppe nicht geleistet. Es war mir lediglich ein Soldbuch diese Einheit ausgehändigt worden. In diesem Soldbuch war ich wieder mit meinem alten Dienstgrad als SS-Rottenführer aufgeführt.“¹⁵ Das erwies sich als praktisch für das spätere Entnazifizierungsverfahren. Die Version, Messerschmidt sei von der NSDAP-Ortsgruppe zur Waffen-SS „delegiert“ worden, wurde von seiner Ehefrau Dorothea bei einer Vernehmung bei Inspektor Blunck bestätigt: „Im Frühjahr 1940 kam Herr Schneider in unsere Wohnung und hatte mit meinem Mann eine Aussprache. Mein Mann kam sehr erregt heraus und teilte mir mit, dass er zur Waffen-SS einberufen werden sollte. Im Mai oder Juni 1940 wurde mein Mann zur Waffen-SS eingezogen.“¹⁶

Adolf Schneider, ehemals Zellenleiter der NSDAP in Volksdorf, gleichzeitig Lehrer, dementierte diese Geschichte am 13.8.1947. „M. kenne ich persönlich seit etwa 1939. Wir wohnen in gleicher Siedlungsgenossenschaft. Mir ist nicht erinnerlich, dass ich anlässlich der Besuche bei ihm eine Mitteilung betreffs Abberufung oder Abstellung zur Waffen-SS gebracht habe. Ich habe niemals derart Ähnliches einem Parteigenossen mitteilen müssen. Eine Liste, worauf etwa 12 für die Waffen-SS vorgemerkte Personen gestanden haben sollen, habe ich nie besessen und auch nie gesehen.“¹⁷ Nach 1945 war nichts mehr wie zuvor. Auch der Lehrer Adolf Schneider hatte im Entnazifizierungsverfahren Gründe genug, seine Parteiaktivitäten zu bagatellisieren. Der Weg Hellmuth Messerschmidts zur Waffen-SS konnte nicht wirklich aufgeklärt werden.

Das Verfahren vor dem Spruchgerichts Bielefeld wurde unter diesen Bedingungen eingestellt und der internierte Messerschmidt (Internierungs-Nummer 108 866) am 31.10.1947 nach über zweijähriger Internierungszeit nach Hause entlassen.¹⁸

Die Leumundszeugnisse, die Messerschmidt beibringen konnte, stimmen überein, dass Messerschmidt charakterlich positiv beschrieben wird, der nie politisch agitiert hätte. Andererseits schrieb Schulleiter Hayungs: „Eine seltene Ausnahme bildete aber seine Haltung und sein Verhalten anderen gegenüber. Jedenfalls habe ich keinen überzeugten Nationalsozialisten kennen gelernt, der so zurückhaltend und bescheiden auftrat wie Herr M., so sehr andere Ansichten duldete und achtete, wenn er sie auch nicht verstand, und dem der Gedanke, Andersdenkende zu verraten oder ihnen irgendwie zu schaden, so fern lag, wie Herrn M.“¹⁹

Ein in der Tat wichtiges Beurteilungskriterium. Andererseits: Aus meiner Sicht verharmloste Hellmuth Messerschmidt durchweg seine Tätigkeit beim Sicherheitsdienst. In einem Bericht am 16.2.1948, den er im Zuge seiner Entnazifizierung

anfertierte, schrieb er: „Der SD, von dessen Existenz ich vorher nie etwas gehört hatte, entpuppte sich, jedenfalls in der Abteilung, in der ich zu tun hatte (III B 3), als eine Inlands-Nachrichtenstelle, deren Aufgabe es war, den Führungsstellen in Berlin wahrheitsgetreue, ungeschminkte Berichte über die wirkliche Lage auf den verschiedensten Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen Lebens usf. zuzuleiten. Nachdem ich anfangs probeweise auf dem Sport- und Erziehungssektor tätig gewesen war, wurde ich bald meiner eigentlichen Aufgabe zugeführt: der Bearbeitung von Angelegenheiten der Volksgesundheit. Hier bestand meine Aufgabe darin, die aus den verschiedenen Stadtbezirken eingehenden Berichte über Fragen der Volksgesundheit zu einem zusammenfassenden Übersichtsbericht zu verarbeiten. Es waren dazu keinerlei Fachkenntnisse nötig, denn die einzelnen Berichte, auf die ich mich stützte, waren von Fachleuten geschrieben. Ich besorgte lediglich die Zusammenstellung. Ich besaß dabei keinerlei Selbständigkeit, sondern handelte nach genauen Anweisungen eines Abteilungsleiters, der für den Inhalt verantwortlich und allein zeichnungsberechtigt war.“²⁰

Und an anderer Stelle: „Die Abteilung des SD, in der ich tätig war, konnte man als eine wirkliche ‚Meckerzentrale‘ oder den Schuttablageplatz für allerhand Mißstände bezeichnen. Die Verfasser der Berichte, deren Namen von den Leitern der Außenstellen möglichst geheimgehalten wurden, waren keineswegs immer Pgs. Vielfach entstammten sie Kreisen, die dem Nationalsozialismus gegenüber sehr kritisch eingestellt waren. Auf die Stichhaltigkeit der Argumente kam es allein an. Eine Reihe namhafter Wissenschaftler, Ärzte, Künstler etc. zählten zu den ständigen oder gelegentlichen Mitarbeitern.“²¹

Es dürfte zum Teil gravierende Auswirkungen gehabt haben, was da berichtet, denunziert und von SD-Mann Hellmuth Messerschmidt zusammengefasst wurde.

Fast karikierend spielte er die Themen, an denen er arbeitete, hinunter: „Die Themen, über welche in meiner Abteilung berichtet wurde, waren sehr vielgestaltig. Sie umfaßten alle auf dem Gebiet der Volksgesundheit anfallenden Fragen. Mehr als eingehende Erklärungen besagt die Aufzählung verschiedener Beispiele“:

„Wie wirkt sich der Mangel an Damenbinden verhängnisvoll auf Stimmung und Leistung der weiblichen Arbeitskräfte aus?“

„War die letzte Diphtherieschutzimpfung wirklich ein Erfolg?“

„Praktische Vorschläge zur Verbesserung der heutigen Entlausungsverfahren.“

„Magengeschwüre als Ausweichkrankheit.“

„Kritische Stimmen zur Rattenbekämpfungsaktion.“²¹

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es in den vier Jahren so banal gewesen war, stets so alltäglich zuging. Da dürfte Hellmuth Messerschmidt schon adressatenbezogen, zu seiner Entlastung geschickt ausgewählt haben.

Uwe Schmidt beschrieb, dass Messerschmidt als SD-Mann an Schulleiterkonferenzen teilgenommen hatte, bei denen Berichte zu brisanten Themen erstattet wurden: „Homosexuelle Vorfälle in mehreren KLV-Lagern, auf höherer Ebene bezeichnet als ‚Seuche‘, waren Thema der Direktorenbesprechung der Oberschulen am 8. April 1943: In einem KLV-Lager hatte der Lagerleiter die Sache nur mit dem Vater des betreffenden Schülers besprochen und wurde für das Verschweigen nun einer strafbaren Handlung bezichtigt.“²²

SD-Berichte hatten nach einer solchen Sitzung zweifellos eine erhebliche Bedeutung und auch Konsequenzen für darin genannte Personen.

Der Beratende Ausschuss unter Leitung von Johann Helbig entschied am 22.3. 1948, „daß seine Tätigkeit im SD als nicht schwer belastend anzusehen ist. Einer Einstufung in die Kategorie IV würde der Beratende Ausschuss sich nicht widersetzen.“²³

Und der Berufungsausschuss unter Leitung von Dr. Kiesselbach gab am 23.2. 1949 der Berufung statt und stufte Messerschmidt in Kategorie V (Entlastete) ein. Begründung: „Im Januar 1941 ist er dann von der Waffen-SS zum SD abkommandiert. Eine irgendwie ins Gewicht fallende politische Belastung vermag der Ausschuss in diesen Daten nicht zu erblicken, zumal sich aus den Erklärungen der Herren Wilke und Dr. Hayungs überzeugend ergibt, daß Messerschmidt ein anständiger zurückhaltender Mann ist, der politisch niemals in Erscheinung getreten und insbesondere Andersdenkende nicht zu bekehren oder zu schädigen versucht hat. Angesichts dieser Zeugnisse glaubte der Ausschuß, in diesem Sonderfall auch von der Erfordernis einer Bewährung absehen zu können, wobei in Betracht gezogen worden ist, daß er bereits vier Jahre aus seinem Beruf ausgeschaltet ist und damit gesühnt hat, was er etwa politisch gefehlt hat. Der Vertreter des Fachausschusses schloß sich der Entscheidung an.“²⁴

Sicherlich musste der Einzelfall geprüft und nicht formal auf Mitgliedschaften und Funktionen gesehen werden. Aber bei einem Mann, der für den Sicherheitsdienst der SS von 1941 bis 1945 gearbeitet hatte, konnte kaum als Kriterium gelten, dass derjenige „öffentlich politisch niemals in Erscheinung getreten“ sei. Mir scheint, dass unauffälliges Verhalten die Bedingung für die Arbeit im Sicherheitsdienst war.

Ein besonderes Gewicht für den Berufungsausschuss hatte sicherlich auch die Tatsache, dass Messerschmidt mit seiner Qualifikation, seinen intellektuellen Fähigkeiten und mit fünf kleinen Kindern nach der Internierung zwei Jahre mit unqualifizierter Beschäftigung hinter sich gebracht hatte und sich die Familie in akuter materieller Not befand. Die zweijährige Haftzeit im Internierungslager Eselheide und die Tatsache, dass der fünffache Familienvater Messerschmidt seit 1945 seinem ursprünglichen Beruf nicht nachgehen konnte, wurde zu seinen Gunsten als abgeglichene Buße gewertet.

Hellmuth Messerschmidt hatte nach der Entlassung aus dem Internierungslager eine Anstellung als Lagerarbeiter gefunden. Jetzt wurde er zum 20.4.1949 im



Hellmuth Messerschmidt (1) im Kollegium des Charlotte-Paulsen-Gymnasiums 1949; wiederingestellt die NS-Aktivisten Erwin Gottsleben (2) und Willi Kowallek (3)



Hellmuth Messerschmidt (1) im Kollegium derselben Schule von 1960

Charlotte-Paulsen-Gymnasium eingestellt. Dort traf er auf die ebenfalls belasteten und gerade entnazifizierten Willi Kowallek und Erwin Gottsleben.

Neben seiner Studienrattätigkeit blieb Messerschmidt zur Ernährung der Familie auf Nebentätigkeiten angewiesen. So erteilte er an der staatlichen Abendrealschule nebenbei sechs Wochenstunden Spanisch, später auch an der Staatlichen Fremdsprachenschule.

Am 1.4.1959 wechselte er an das Albert Schweitzer Gymnasium. Am 8.3.1966 wurde er zum Oberstudienrat befördert.²⁵

Am 12.12.1968 starb Hellmuth Messerschmidt.

Anmerkungen

- 1 Alle Angaben nach seiner Personalakte, StA HH, 361-3_Nr. 66817.
- 2 Vernehmung Messerschmidt, Spruchgericht Bielefeld, BArch Z 42 IV_4903.
- 3 Personalakte, a. a. O.
- 4 Lebenslauf Messerschmidt, während der Haft im Internierungslager Eselheide am 22.5.1945 geschrieben für das Spruchgericht Bielefeld, in: BArch Z 42IV_4903.
- 5 Personalakte, a. a. O.
- 6 Schreiben vom 30.9.1948, in der Entnazifizierungsakte Messerschmidt, StA HH, 221-11_Ed. 3494.
- 7 Schreiben vom 15.2.1948, ebd.
- 8 Vernehmung Messerschmidt, BArch, a. a. O.
- 9 Siehe Personalakte, a. a. O.
- 10 Lebenslauf, im Internierungslager geschrieben, a. a. O.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Erklärung vom 30.4.1947, ebd.
- 14 Ebd., Bl. 12.
- 15 Vernehmung, BArch, a. a. O.
- 16 Ebd., Bl. 14.
- 17 Ebd.
- 18 Dokumente ebd.
- 19 Schreiben vom 15.2.1948, Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 20 Bericht vom 16.2.1948, ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010, S. 591.
- 23 Entnazifizierungsakte, a. a. O.
- 24 Ebd.
- 25 Alle Angaben nach der Personalakte, a. a. O.

Hans Rösch

„Als Nationalsozialist, SA-Mann, Fachschaftsleiter und Lehrer habe ich zu handeln, wie es der Führer vorschreibt.“

Hans Rösch gehörte zu den Personen, die als kompromisslose Verfechter der Ideen Adolf Hitlers in Schule und im Hamburger Bildungswesen auftraten. Rösch hatte kein Verständnis dafür, dass der neue Senat 1933 zwar nationalsozialistisch geführt war, aber als „Kompromiss-Senat“ gebildet wurde. Rösch zeigte sich enttäuscht, dass kein alter Nationalsozialist als Schulsenator eingesetzt wurde und dass die Philologen aus „Standesdünkel“ sich nicht dem NSLB anschlossen. Er geißelte, dass Schulleiterlisten nach einem „Kuhhandel“ mit Deutschnationalen und Vertretern des Philologenvereins besetzt wurden und nicht durchweg mit „echten Nationalsozialisten“.¹ Am 30.1.1934 hielt Rösch im Wilhelm-Gymnasium zum Jahrestag der Machtübertragung an Adolf Hitler die Festrede und provozierte das Kollegium und die Führung in Schule und Schulverwaltung. Der Vorgang führte zu einer erheblichen Auseinandersetzung, die mit Hans Röschs Versetzung, Suspendierung und Entlassung aus dem Schuldienst endete und in der Rösch einige bemerkenswerte Einblicke in die Abläufe im Hamburger Senat und der Schulverwaltung direkt nach der Machtübertragung gab.

Hans Rösch wurde am 30.3.1888 als Sohn eines Volksschullehrers in Hamburg geboren. Rösch besuchte schon als Schüler das Wilhelm-Gymnasium in Hamburg, studierte nach dem 1906 abgelegten Abitur klassische Philologie in Marburg, München und Kiel, legte die Staatsprüfung im November 1911 ab, vorher promovierte er und erwarb die Lehrbefähigung im Turnen und Schwimmen.²

Seinen Vorbereitungsdienst absolvierte er 1912 bis 1913 in Posen, unterbrach ihn dann für den Dienst im ersten Seebataillon in Kiel. Nach Ende des zweiten Teils des Vorbereitungsdienstes „rückte ich am ersten Mobilmachungstage mit dem 1. Marine-Infanterie-Regiment aus und am Ende des Jahres 1918 wurde ich vom Arbeiter- und Soldatenrat entlassen.“³

Rösch war zum Unteroffizier und Vizefeldwebel befördert worden, bekam das EK II und war durch einen Beckenquerschläger verwundet worden und schwer erkrankt.

Rösch präsentierte sich als vielseitig interessierte Persönlichkeit. So lernte er, der Latein- und Griechischlehrer, während seiner Genesungszeit Holzbildhauerei und Möbeltischlerei, „Dinge, die ich bereits vorher als Liebhaberei betrieben hatte“. Er gehörte einer Wandervogel-Gruppe an. „Engstes Zusammenleben mit der Jugend

in Arbeit und Sport und auf Klassenwanderungen und ausgedehnten Ruderfahrten hatten mir die Wertung des Schülers als Gesamtpersönlichkeit zur Selbstverständlichkeit gemacht. Meine aus persönlicher Erfahrung gewonnene Kenntnis von Mühsal und Wert Deutscher Handarbeit hat mir von vornherein das rechte Verhältnis zum Arbeiter der Hand gegeben. Um auch meinen Schülern diese Erkenntnis zu vermitteln, habe ich lange Zeit Tischler- und Buchbinderunterricht gegeben. Aus dieser gemeinsamen Arbeit von Schülern und Lehrern im Dienste der Gemeinschaft entstand die Schulbühne des Wilhelm-Gymnasiums.“⁴

1919 wurde Hans Rösch erst kurz wissenschaftlicher Hilfslehrer an der Hansa-Schule in Bergedorf, dann ab dem 1.4.1919 Oberlehrer am Wilhelm-Gymnasium.⁵ Dass Hans Rösch mit seinem unkonventionellen Verhalten Irritationen hervorrufen konnte, zeigte sich im Jahre 1920. Rösch hatte eine Postkarte mit seiner Krankmeldung an den Direktor des Wilhelm-Gymnasiums geschickt, auf der ohne irgendeine konventionelle Anrede oder Formel stand: „Grippeanfall. Dauer unbestimmt. Rösch“.

Darauf erhielt Hans Rösch ein Schreiben des Beirates des Wilhelm-Gymnasiums: „Sehr geehrter Herr Kollege, die unterzeichneten Mitglieder des Beirates bringen über die Form, in der sie Herrn Dr. Dir. Gerstenberg von ihrer Erkrankung in Kenntnis gesetzt haben, ihre Entrüstung zum Ausdruck. Besonders bedauerlich erscheint es den Unterzeichneten, daß sie das jede Höflichkeit entbehrende Schreiben als offene Karte sandten, weil dadurch dritte Personen in die Lage versetzt wurden, sich ein falsches Bild über die Formen des Umganges, die in unseren Kreisen herrschen, zu machen. Mit kollegialen Grüßen“⁶



Hans Rösch (1) im Kollegium des Wilhelm-Gymnasiums 1925

Hans Rösch war verheiratet und hatte mit seiner Frau Henriette vier Kinder (geboren 1916, 1917, 1919, 1924).

Rösch, der 1933 den Eindruck erweckte, schon lange „Mitglied der Bewegung“ zu sein, „alter Kämpfer“, wie die NSDAP-Mitglieder genannt wurden, die schon vor 1933 der Partei angehörten, war aber tatsächlich erst, wie viele andere auch, am 1.5.1933 in die NSDAP, die SA und den NSLB eingetreten.⁷ Rösch schrieb: „Als im Frühjahr 1933 die nationalsozialistische Bewegung auch in der Schuljugend gesichert erschien, habe ich geglaubt, meine Arbeit bei der Schulung und Beeinflussung der Erwachsenen einsetzen zu müssen. Ich trat daher am 1. März in die OG meiner Gemeinde ein, desgleichen in den NSLB und die SA, zu denen ich bereits vorher Beziehungen hatte, hatte ich mich doch schon seit 1931 an allen Veranstaltungen der SA beteiligt.“⁸ Dieses Schreiben und das Datum des Parteieintritts von Hans Rösch sollten später noch eine große Bedeutung bekommen.

Als Kontrapunkt zu späteren Ausführungen, die Hans Rösch als unversöhnlichen Heißsporn zeigten, der politische Kompromisse geißelte und offen provokativ auftrat, sei darauf hingewiesen, dass ein ehemaliger Schüler von Rösch, der erklärte, keinerlei Sympathien für den Nationalsozialismus entwickelt zu haben, den Lehrer Hans Rösch sehr positiv schilderte. Günther Scheefe, späterer Landgerichtsdirektor, besuchte das Wilhelm-Gymnasium von 1925 bis zum Abitur 1927. Scheefe schrieb über Rösch: „In Wahrheit war dieser Mann, unbeschadet seines schlimmen politischen Irrtums und gewiss auch anderer Schwächen, eine herausragende idealistische Persönlichkeit und ein Lehrer von hohen Graden. Ihm verdanke ich den Einstieg in die Antike und damit den wesentlichen Grund meiner geistigen Entwicklung.“⁹

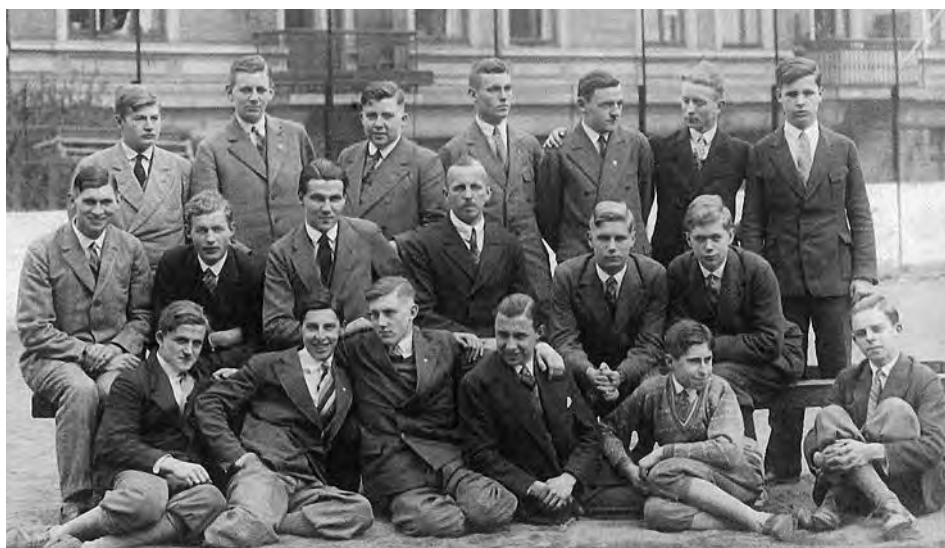
Aus bescheidenen sozialen Verhältnissen kommend, hatte Scheefe 1923, 15jährig, die Seminarschule Wallstraße 22 verlassen und eine Lehre bei der Deutschen Bank begonnen, deren eintönige Arbeit ihn nicht glücklich machte. So starteten seine Eltern den Versuch, für ihren Sohn eine Schule zu finden, bei der er die Reifeprüfung absolvieren könnte. Ostern 1924 sprachen sie im Wilhelm-Gymnasium mit dem Schulleiter, Professor Boerner, der sich die Noten aufmerksam ansah und den Fall in der Lehrerkonferenz besprechen wollte, da zumindest für Latein und Griechisch nachdrückliche Unterstützung durch einen Lehrer auf privater Basis notwendig war. Ein einziger Lehrer sei dazu damals bereit gewesen, Hans Rösch. Scheefe schilderte Rösch mit seinen ganzen persönlichen Eigenheiten so, dass die von ihm 1934 gehaltene Rede und sein beharrlicher weiterer Kampf noch etwas besser einzuordnen sind: „Dr. Rösch hatte damals gerade sein 36. Jahr vollendet. In seiner hoch aufgeschossenen Gestalt hielt er sich ein wenig gebückt. Er sprach sehr ruhig und überlegt, wobei seine kräftigen Hände die Worte gewissermaßen nachformten. Der Blick seiner grau-grünen Augen hatte etwas Nachsinnendes und

hellte sich oft auf, bevor Dr. Rösch lächelnd die vollen Lippen von den starken weißen Zähnen zog. Während der Unterhaltung, auch während des Unterrichts, begann er oft, plötzlich seine Waden zu massieren, wie er überhaupt überraschend gewisse Allüren zeigen konnte, die seltsam und befremdend, ja manchmal verletzend wirkten. Damit berühre ich schon hier einen Zug seines Wesens, der sein Verständnis bei vielen Menschen erschwerte, wenn nicht gar ausgeschlossen hat. Er selbst schien solchen Vorfälle gar nicht zu bemerken, so absolut war er in sein Eigenwesen eingehüllt. So begrüßte er einmal meine Mutter, die sich zufällig in meiner Begleitung befand, mit den Worten: ‚Sie habe ich ja gar nicht eingeladen‘, was ganz unstrittig und gar nicht beabsichtigt war. Es bedurfte schon einer näheren Vertrautheit mit seiner vielfältigen, oft recht eigenbrötlerischen Natur, um seine Äußerungen richtig zu verstehen. Jahre später, als er auf meinen Besuch nicht vorbereitet war, schloss er, als er meiner ansichtig wurde, wortlos vor mir die Haustür und ließ sich nicht mehr sehen. Damals kannte ich ihn gut genug, um zu wissen, daß dies im Klartext hieß: ‚Bitte, entschuldigen Sie mich, ich darf im Augenblick unter keinen Umständen gestört werden.‘ Wenn es ihm um Wichtiges ging, waren ihm Umgangsformen, die er sonst durchaus liebenswürdig zu handhaben wusste, vollkommen gleichgültig.“¹⁰

Scheefe hatte es der uneigennütigen Bereitschaft Röschs zu verdanken, die Reifeprüfung gut geschafft zu haben. Er hat später mitbekommen, dass Rösch „sich 1933 völlig erwartungswidrig und kaum verständlich jener Schreckenspartei zugewandt hat. Noch vor meiner Einschulung hatte er mir deutlich erklärt, daß er von ihr und ihrem Führer nichts halte.“¹¹ Das war 1925 gewesen. Und weiter schrieb Scheefe: „Entscheidend bleibt die Persönlichkeit. Dr. Rösch hat sich politisch geirrt. Er ist in der Wahrnehmung seiner Überzeugung übers Ziel geschossen. Es ging ihm um die Sache. Für sich hat er nie Vorteile erstrebt, schon gar nicht mit verwerflichen Mitteln. Als Persönlichkeit war er integer. Er war ein reiner Tor.“¹²

In diesem Zusammenhang erscheint es erhellend, dass Günther Scheefe Rösch in deutlich positivem Gegensatz zu einem anderen Lehrer erlebt hat, der im Zusammenhang mit Rösch und der Hamburger Schulgeschichte noch von Bedeutung sein sollte. Es war der spätere Klassenlehrer von Ralph Giordano am Johanneum, Dr. Werner Fuss, den Giordano in seinem Roman „Die Bertinis“ als „Speckrolle“ beschrieben hat. Über ihn schrieb Scheefe: „Dr. Fuß, von seinen Kollegen leicht spöttisch ‚der schöne Werner‘ genannt, erschien mir mit seinem breiten Schmiß, seiner näseldenden Stimme und seiner überheblich herablassenen Attitüde recht eigentlich als das extreme Gegenteil von Dr. Rösch. Wenig älter als dieser, gab er einen ausgesprochenen Paukunterricht, ‚erledigte‘ in einer Unterrichtsstunde 250 Homer-Verse und mehr, indem er je 50 auf mehrere Schüler verteilte, die sie dann entweder

teilweise übersetzten oder auch nur inhaltlich wiedergeben mussten und war in allem auf solche äußeren ‚Erfolge‘ aus. Nirgends gab es Vertiefung, Besinnung, Auskosten von Schönheiten. Mich übersah er von Anfang an mit verletzender Gleichgültigkeit. Richtige oder gar gute Leistungen bemerkte er ‚versehentlich‘ nicht. Es war überdeutlich, daß er mich nicht gelten lassen wollte. Wahrscheinlich empfand er mein Abenteuer, das es im schönsten Sinne ja war, als Unverschämtheit eines sozial Unzugehörigen. Die Klasse, nicht nur der schwächere Teil, duckte sich vor ihm, unfroh, mißmutig. Ich habe nie ein Lob über ihn vernommen.“¹³ Dieser Werner Fuss wurde zum großen Verdruss von Hans Rösch im Sommer 1933 stellvertretender Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums.



Hans Rösch inmitten einer Klasse des Wilhelm-Gymnasiums 1925

Hans Rösch ist also offenbar ein unorthodoxer, den Schülern zugewandter und sehr engagierter Lehrer gewesen. Dass Rösch sich immer stärker politisierte, hat er selbst in seinem Lebenslauf geschildert. Seit 1933 gehörte er als Oberlehrer dem NSLB an und übernahm dort das Amt des Leiters der Fachschaft für höhere Schulen. „Bei der SA versah ich so lange wir zur Standarte 76 gehörten, die Stelle des Sturmbannsportwarts. Nach der Eingliederung in die Standarte 265 besuchte ich die SA-Schule in Heide, wo ich mit der Erteilung der bestmöglichen Auszeichnung die Anwartschaft auf das goldene SA-Sportabzeichen erwarb. Nach Abtrennung der SA-Reserve I habe ich die Weltanschauungsschulung in meinem Sturm durchzuführen und bin für die Schulung des Stahlhelms in meinem Sturmbann aus-ersehen.“¹⁴

Das Jahr 1933 war im Hamburger Schulwesen ein Jahr des Umsteuerns auf allen Ebenen. Es war lange darum gerungen worden, wie die leitenden Positionen besetzt wurden. Wer würde Senator? Wer Landesschulrat? Wie wurden die leitenden Funktionen im NSLB besetzt? Da gab es natürlich persönliche Ambitionen und Frustrationen bei Nichtberücksichtigung. Hans Rösch, der im NSLB die Vertretung für die Lehrer der höheren Schulen übernommen hatte, nachdem der NSLB die bisherigen Lehrerorganisationen gleichgeschaltet hatte, war nicht einverstanden damit, dass der Philologenverein nicht gleich im NSLB aufging. Insbesondere der ehemalige Vorsitzende des Philologenvereins, Prof. Theodor Mühe, der auch noch in die Schulverwaltung berufen wurde, war ihm ein Dorn im Auge, von ihm als „reaktionär“ bezeichnet. Aber auch der deutschnationale Schulsenator Karl Witt und das ehemalige DVP-Mitglied Wilhelm Oberdörffer, der sofort in die NSDAP übertrat, waren in Röschs Augen keine wirklichen Nationalsozialisten. Dabei war Rösch selbst früher DVP-Mitglied gewesen, wie er in seinem Lebenslauf einräumte. Vertrauter in der Schulverwaltung war für Rösch der schon 1931 in die NSDAP eingetretene ehemalige Oberlehrer der Oberrealschule an der Bogenstraße, OSR Walter Behne, der mit Hans Rösch eng kommunizierte, was Rösch im Laufe des Verfahrens 1934 immer offener preisgab. Auf Röschs Seite auch Prof. Gustaf Deuchler, Erziehungswissenschaftler und 1933 ambitioniert für eine führende Stellung im Hamburger Schulwesen, vorzugsweise als Schulsenator.

Rösch dachte radikal und prinzipiell und wollte nur Nationalsozialisten in führenden Stellungen, keine „Opportunisten“ und „Karrieristen“, für die er ehemalige Deutschnationale hielt. Deswegen nutzte er die Gelegenheit, als Bernhard Lundius, der neue Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums, ihm das Angebot machte, am 30.1.1934 die Festrede zum Jahrestag der Machtübertragung an die Nationalsozialisten zu halten. Da diese Rede nie veröffentlicht wurde und sich nur ein schwer lesbarer Durchschlag des Manuskriptes in Hans Röschs Personalakte befindet, möchte ich sie in weiten Zügen wiedergeben. Schulleiter Bernhard Lundius schilderte den Rahmen der Feierstunde:

„Am 30. Januar 1934 fand – nachdem die Landesunterrichtsbehörde angeordnet hatte, den Tag würdig zu feiern – auf Anordnung des Schulleiters in der Aula des W. G. in der 6. Stunde eine Gedenkfeier statt, die folgendes Programm hatte:

In die mit zahlreichen Hakenkreuz- und einigen schwarz-weiß-roten Fahnen festlich geschmückten Aula zogen nach einem vom Schulorchester gespielten Marsch die im Lichthof aufgestellten Schüler des J.V., der HJ und der SA bzw. SS feierlich ein und nahmen auf den ersten Bänken bzw. vor den Bänken Platz. Die gesamte Lehrerschaft war zugegen. Nach dem Einmarsch sang die ganze Schulgemeinde drei Strophen des Liedes ‚Der Gott, der Eisen wachsen ließ‘. Darauf trugen

zwei Unterprimaner vaterländische Sprüche bzw. Auszüge aus Adolf Hitlers Reden vor. Dann folgte die Festrede des Herrn Dr. Rösch.“¹⁵

Hans Rösch hielt folgende Rede:

„Meine Herrn Amtsgenossen! Kameraden von der S.S., S.A., H.J. u. vom Jungvolk, liebe deutsche Jungs!

Und rufst du alle Mann für Mann, die Knechtschaft hat ein Ende! So der Dichter, und eben drangen, wie vor einem Jahr, Hitlers Worte in Ohr und Herz: ‚Wir appellieren nunmehr an das deutsche Volk! – Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland!‘ Beide zeitlich weit getrennt und doch wie eine Urkraft des deutschen Volkstums!

Kurz und einfach sind die Worte des Führers, wie alles, was er sagt. Eine Auslegung ist überflüssig, ja kann die Wirkung nur zerstören.

Willensstark und bekenntnishaft sind Worte und Schriften dieses Mannes! Seit dem Tage, da diese Worte gesprochen wurden, ist ein Jahr vergangen. – Und gewiß sind unser aller Herzen erneut diesem Manne zugeflogen, als wir heute Morgen schon in aller Frühe die Stadt bis in die kleinsten Gassen im Flaggenschmucke sahen – Wir brauchen in dieser Stunde keinen historischen Rückblick, lassen wir das denen die 100 Jahre nach uns sind. Wir haben vielmehr das unbeschreiblich köstliche Geschick, selber Teil des Geschehens zu sein. Wir leben in dieser Gegenwart nicht, um uns zu erbauen, sondern wir leben in ihr für die Zukunft. Wenn wir überhaupt zurückschauen, so nur um der Rechenschaft willen, und weil das, was im Jahre 33 unsere Wachsamkeit aufrief, auch im 2. Jahre des dritten Reiches noch fortzudauern den Versuch machen wird. Ich tue den Rückblick, weil ich aufgefordert bin, die Dinge um den 30. Januar so zu schildern, wie ich sie selbst mit Leib und Seele erlebt habe. Und dieser Rückblick soll sein, niemand zu Leid, niemand zur Freud, aber der Wahrheit zur Ehre!

Hitler appellierte an das Volk. Was ward aus diesem Appell? Diejenigen, die in seiner Gefolgschaft stehen, wissen genau, daß er bei diesem Wort sich keiner falschen Hoffnung hingab. Er wußte ja recht gut, und auch wir wissen es, wie es noch kurze Stunden zuvor in diesem Volke aussah. So ist sein Wort als der Ausdruck einer unbeirraren Zuversicht zu fassen, irgendwann einmal werde hinter der zum Siege durchbrechenden Bewegung das ganze deutsche Volk stehen. Diese Zuversicht stammte aus einem ganz unerschütterlichen Glauben an die guten Wurzeln der Kraft im deutschen Volke. Freilich solcher Glaube war nicht Angelegenheit des Liberalismus der vergangenen Epoche. Wer im Liberalismus glaubte, der ‚meinte‘ nur und drehte ein Ding nach allen

Seiten, ob es nicht vielleicht zwei oder mehr richtige Seiten habe und darunter auch eine persönlich nützliche. So meinte auch damals ein großer Teil des deutschen Volkes – und meint noch heute! Nur bei der N.S.D.A.P. war Glaube in jeder Stunde, und unser Führer hatte den Glauben an diese Schicksalsstunde. Liberalistisches Glauben kann keinen harten Proben standhalten, solche Proben zeigen, wer hinter Hitler steht oder nicht. Wir älteren wissen es noch ganz genau wie heute, wie man überall im Reich, also auch im Lehrerzimmer die Köpfe zusammensteckte und den wenigen unentwegten Anhängern Adolf Hitlers teils mit Schadenfreude, teils mit Mitleid, teils mit gültig warnendem Finger mitteilte, das Adolf Hitler offenbar nicht der kommende Mann sei, da er ja den Vizekanzlerposten abgelehnt habe. Das war eine solche Stunde der Prüfung. Die Worte klingen uns wenigen von damals noch in den Ohren und sie sind ja auch euch teilweise bekannt, dadurch daß sie in den Klassen gefallen sind. ‚Euer armer Hitler wird es nun doch wohl nicht machen‘, ‚Hitler ist nicht der Mann, ich hab es ja immer gesagt, da müssen ganz andere Leute kommen, die ihm zeigen, wie’s gemacht wird.‘ Etwa so Zentrum oder Staatspartei. Und die Kleinmütigen bestanden die Probe nicht, sie stießen zu den andern, die Wahlen zeigten es. (...) Alle Terrorakte von links sind nur möglich gewesen wegen dieser Haltung der ‚bürgerlichen, der parlamentarischen Mitte‘. Die Nachwirkung dieser Haltung ist es auch, die während der Zeit des sog. Durchbruchs den wirklichen letzten Gegnern die vermeintliche Unterlage für ihr unglückseliges Treiben schuf. Das Reaktionäre hat sich mit dem Eigensinn eines Kindes auch durch das erste Jahr des dritten Reichs hinübergerettet. Die Reden von Röhm und Goebbels, die Reden von Heß und Schirach zeigen es, sie ist da die Reaktion, aber wir werden uns ihrer auch zu erwehren wissen. Diese Abwehrarbeit hat begonnen. Folgendermaßen etwa sieht es heute in meiner Generation aus: Ein Teil kann den Arm noch nicht oder schon wieder nicht mehr, ein Teil nur widerwillig erheben zum deutschen Gruß, und ein dritter tut es mit Eifer, weil es nützlich ist. Man könnte nun sagen: Warum erzählen wir uns nichts von dem herrlichen Errungenen? Gewiß! Es erfüllt uns mit Stolz. Auf den verschiedensten Gebieten ist Großes erreicht. Froh künden es die Hakenkreuzfahnen in Stadt und Land. Unsere Zeitungen erzählen es in langen Spalten. Aber wir wollen nicht klüger sein als die eben erwähnten Führer. Denn es ist doch so: In einer Zeit des Uebergangs, da das Reich noch im Kommen ist, müssen solche Erscheinungen als Symptome gewertet werden. Wir wissen es selber, einst kommt eine Zeit, wo auch über sie das ‚Belanglos‘ gesprochen werden kann. Demgegenüber haben wir nun in Deutschland die verhältnismäßig kleine Schar derer, die aus voller Überzeugung, und weil sie

gar nicht anders konnten, aus Herzensdrang um des dritten Reiches willen und um der völkischen Gemeinschaft willen zu Hitler getreten sind. Unter ihnen frühere Gegner!

Sie sind nicht die Schlechtesten, wenn sie nur aus einem revolutionären Lager kommen. Unter meinen S.A.Kameraden befinden sich ehemalige Kommunisten. Denn es kommt darauf an, ob jemand revolutionär war. Wenn er dann ins falsche Lager geriet, war es der Geist der Führer, denen er schicksalsmäßig in die Hände fiel. Die Rechten unter den Neuen sind auch daran zu erkennen, daß sie still und wie selbstverständlich an den linken Flügel gehen, um sich zunächst in die neue Gedankenwelt einzuarbeiten. Zumeist sind sie auch, wenn sie nicht im Stahlhelm waren, soweit es ihre Gesundheit gestattete, sofort in die S.A. eingetreten, oder haben sich sonst zu jeglicher Arbeit an unterster Stelle zur Verfügung gestellt. Hingegen wird man als unrecht erkannt, wenn man noch nach dem Umbruch, etwa gar noch im Jahr 34 um den Eintritt in den Stahlhelm nachsucht. Denn den alten Stahlhelm in Ehren, – sehen wir ruhig darüber hinweg, daß er zu seinem guten Teile das Kommen des dritten Reichs durch seine Tempelhofer Demonstration verlangsamt –, seit dem 5. März mußte es jedem klar sein, wohin der Anhänger Adolf Hitlers gehört. Stahlhelmegeist ist zwar ein guter Geist, aber er ist nur die Hälfte vom S.A.-Geist. Soweit die älteren, auf die das Reich nur sehr teilweise gegründet werden kann. Und jetzt zu euch, liebe Schüler! Auch ihr müßt heute die Dinge sehen, wie sie sind, ohne Beschönigung. Euer Verhältnis zur Bewegung ist ein ganz anderes, ja glücklicheres. Ihr seid für den Führer das kommende Geschlecht, an dem einstmal meine Hoffnung erfüllt werden soll: „Das ganze Volk wird hinter dem



Hans Rösch mit der Segelfliegergruppe des Wilhelm-Gymnasiums 1931

Dritten Reiche stehen', Ihr seid noch nicht in das Hin und Her, das Für und Wider parlamentarischen Wesens verstrickt gewesen. Eure jungen Herzen sind den herrlichen Gedanken unseres Führers rückhaltlos geöffnet. Und wie eure Herzen ihm entgegenschlagen, so seines euch. Wie sagte doch euer Führer Baldur von Schirach so schön ‚Euch zwang Hitlers Liebe vielmehr als sein Befehl in seine harte Gefolgschaft.‘ – Harte Gefolgschaft!? – Ihr erinnert euch, wie ich vor zehn Monaten hier das erste nationalsozialistische Wort vor der Schulgemeinde sprechen konnte, da sagte ich euch: Es ist unendlich schön, und erfüllt mit Stolz, daß der Führer gerade euch verlangt. Aber es ist auch hart. Es bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß man von euch verlangt, ihr sollt die Kinderschuhe früher ausziehen als die Generationen vor Euch. Und früher als sonst soll in euer Spiel der Ernst der Verantwortung treten. Wir hofften damals, daß es nun leichter werden würde als es bisher gewesen war. Teilweise gegen die Eltern. Sicher aber gegen die Schulte hattet ihr längst den Weg zur Bewegung gefunden. Gelegentlich besuchten wir wenigen unter den Lehrern euch auf den Veranstaltungen des N.S.S.B. Dann gründeten wir aus dem Bedürfnis nach manneswürdiger Betätigung heraus unsere Segelfliegergruppe. Das konnte man uns schlecht verwehren. Zusammen mit unsern Freunden von der Flieger-S.A. zogen wir denn hinaus. Die deutschnationale Reaktion versäumte es nicht, uns Schwierigkeiten zu machen. Wir konnten uns auch gegen sie und die Behörde durchsetzen. Mitten in unser fröhliches Fliegerdasein fiel dann die Kunde vom Blutsonntag in Altona. Das gab uns so recht die nötige Wut uns durchzubeißen. Wir denken noch an unsere Propagandazüge, unsere Wahlarbeit, wie auch den von uns allein bestrittenen deutschen Abend. Nach unserer Heimkehr steigerte sich je nach der politischen Lage Duldung und Nichtduldung unseres Braunhemdes und unserer Abzeichen. Unter diesen Widerständen erstarkte die Hitlerjugend, und das ist das einzige Verdienst um die H.J., das die Schule mit ihrem Widerstreben gewann, wenn auch ungewollt. Und die Hitlerjugend marschierte, sie marschierte noch mancher Mal. Sie sah auch einen zweiten Bluttag in Altona. Wie das erste Mal waren auch jetzt meine Söhne dabei. Kein Wunder, das in uns allen eine heillose Wut wuchs, und wir den Tag der Abrechnung herbeisehnten. Weil es so sein mußte, aus innerstem Herzenszwang, nicht aus Ungehorsam zogt ihr am Tage nach der Märzwahl die Hakenkreuzfahne auf. Korrektes Bürgertum holte sie wieder zur Mitte herunter. Da naht ihr eine andere, heftetet sie an eine hölzerne Stange und ließet sie zum Klassenfenster hinauswehen. Und unvergeßlich ist es, wie nun auf dem Schulhof jubelnd aus euren Kehlen das Lied emporbrandete, unser Kampflied: ‚Die Straße frei! ...‘ Die ganze bisher nur schlecht verhehlte Wut der

Hitlergegner brandete über uns wenige und euch! Umsonst! Am nächsten Morgen hißten wir, nicht wie es hätte sein sollen – unter der Beteiligung der ganzen Schule –, nein unter der Teilnahme der uns doch fremden jubelnden Bevölkerung, die dicht gedrängt an der Verbindungsbahn stand, unsere Flagge aufs neue. So hat damals die Schule alles getan, um den Anschluß an die Bewegung gründlich zu verpassen. Sie hätte auch dann noch Vieles wieder gutmachen können. Aber es war über ihr wie ein schweres Geschick: gerade sie, deren Aufgabe es doch gewesen wäre, sie hat deutsche Jugend im Braunhemd immer noch nicht begriffen. Sie wird euch auch nicht begreifen, bis der überwiegende Teil der Lehrer aus euren Reihen hervorgegangen sind. Das kann Jahre dauern. Obwohl wir wenigen nichts versäumen, die Behörde auf das immer noch nicht geregelte Verhältnis der Schule zur H.J. hinzuweisen, geschieht nichts, um das Wachstum der deutschen Reichsjugend, wie man die H.J. einmal nach Erfassung aller wird nennen können, geschieht nichts sage ich, um es zu fördern, dagegen alles, um es zu stören. Gerade in diesem Punkte habe ich in der Unterhaltung völlige Uebereinstimmung mit Herrn Oberschulrat Dr. Behne feststellen können. Und ich bedaure es außerordentlich, daß er aus dienstlichen Gründen dieser Erinnerungsstunde nicht hat beiwohnen können. Dabei sind von Anfang an praktische Vorschläge sowohl von Lehrern wie von dem Vertrauensmann der H.J. bei der Behörde gemacht worden. Auch über diese Vorschläge besteht volle Uebereinstimmung mit dem genannten Oberschulrat. Die Schule tut bis auf einzelne besondere Fälle das Gegenteil. Bei der Flaggenhisung, die ja eigentlich so recht Angelegenheit der H.J. und des J.V. wäre, tretet ihr immer noch nicht geschlossen an. Euerer müßte die Ausgestaltung dieser Feierstunde sein. Wir sehen nichts davon. Statt dessen beschäftigt sich die Behörde mit einer Kompetenzabgrenzung von H.J. und Schule. Dabei ist da gar nichts abzugrenzen, Schule und H.J. sollten vielmehr ein Herz und eine Seele sein. Und trotzdem sagen wir uns immer wieder, es kann doch unmöglich am guten Willen fehlen. Die ganze Schwierigkeit hängt wohl damit zusammen, daß Schule etwas ist, was aus der Zeit des Liberalismus her noch so etwas wie ein Privatdasein zu führen sich für berechtigt hält. Den Errungenschaften auf manchen anderen Gebieten steht also auf dem der Schule nur wenig gegenüber. Glaubt man wirklich, man könne in den Grundsätzen des Nationalsozialismus unterrichten, wenn man selbst gegen das Wachsen nationalsozialistischer Lebenshaltung anarbeitet? – Und wer kann dann von Nationalsozialismus reden, der N.S. Schüler von 29, oder der N.S. Lehrer von 1934? Die von unserem Führer so eindeutig angegebene Richtung einer Umwandlung der schulischen Erziehung wird einfach nicht beachtet. Ein krasses Beispiel dafür ist die

körperliche Erziehung, über deren traurige Aussichten das Hamburger Tageblatt von gestern Abend Auskunft gibt. Wir haben jetzt miteinander, die ältere und die jüngere Generation, die Geschehnisse und ihre Begleiterscheinungen an unserm Auge vorüberziehen lassen. Das Ergebnis der Schau ist nicht besonders. Das darf uns und soll uns nicht entmutigen. Wir wissen, daß keine irdische Gewalt auch nur ein Tütelchen streichen kann von den Forderungen, die Adolf Hitler für euch und euer Wohl erhoben hat in seinem Buch ‚Mein Kampf‘. Der Liebe und Aufmerksamkeit, die unser Führer eurer Erziehung zuwendet, muß bei euch trotz des wenig erfreulichen Rückblicks die höchste Disziplin entsprechen. Euer fester Glaube an die Durchführung nationalsozialistischer Erziehungsgedanken gibt euch die Kraft dazu. Baldur von Schirach hat auch gesagt, daß ihr mit Recht eure Schullehrer als eure Führer ablehnt. Sie sind nicht mit euch in der Bewegung herangewachsen und sie haben mit wenigen Ausnahmen beim Kommen des Reichs eine traurige Rolle gespielt. Das gibt euch aber nicht das Recht, ihre Unterweisung in den wissenschaftlichen Fächern abzulehnen. Ihr sollt vielmehr nie vergessen, daß sie auch in Zeiten, die nun durch die Hitlerbewegung zum Abschluß gekommen sind, kein höheres Ziel und keine andere Pflicht und keine größere Liebe gekannt haben, als nach ihrem besten Wissen euch zu brauchbaren Menschen zu machen. Nur über den brauchbaren Menschen und die Wege zu ihm ist Hitler oft anderer Meinung. Es wäre ein schlechter Dank an den Führer und an das Schicksal, das euch in die Bewegung hineingeboren werden ließ, wolltet ihr in Überheblichkeit euch zu Zuchtlosigkeiten hinreißen lassen. Gewiß, in der Schule gilt der Satz ganz besonders ‚Man kann nicht von einem Manne lernen, den man nicht leiden kann‘. Das entschuldigt aber nie ein Verlassen der rechten Zucht. Ihr müßt dessen bewußt sein, daß in der Schule ein Notstand herrscht, bis die Lehrer herangewachsen sind, die auch eure Führer sein können, da sie durch die Schule eurer S.A. und H.J. gingen. Das aber liegt noch im weiten Felde. Dann aber wird es in den Schulen wahre Volksgemeinschaften geben. Und es wird sich vielleicht ein Nebeneinander von Schule und H.J. erübrigen, weil dann in ihr selbst alle Vorbedingungen der H.H. gegeben sind. Bis dahin bleibt ihr im Gehorsam. – Trotz des wenig erfreulichen, was das Jahr 33 für das Schulwesen gebracht hat, lassen wir uns Freude und Stolz an dem nicht nehmen, was das deutsche Volk erreicht hat. Was sonst nicht Jahrhunderte an Wandel bringen, das hat dies Jahr vermocht. Mit unserm Führer gehen wir zuversichtlich in das zweite Jahr des dritten Reiches, möge es ein Vorwärts auf den eingeschlagenen Wege bringen! Möge es auch allen Gewalten zum Trotz das Wachsen des braunen Heeres der S.A., H.J. u. J.V. bringen. Es ist

dies braune Heer nicht nur die große Schutzmauer des deutschen Blutes und damit der deutschen Zukunft, sondern auch die Schule der Brüderlichkeit, der Überwindung der Klassengegensätze, der Beseitigung der Standesvorurteile, der nationalen Opferbereitschaft und die Schule der nationalen Disziplin und des Gehorsams. Möge immerdar von euch liebe Jugend Hitlers Wort gelten ‚Unerhört ist der Jugend freiwilliger Opferdienst, der Leichtsinns der Jugend früherer Generationen ist ihr fremd, das bürgerliche Wohlleben unbekannt! Die Schonung des eigenen Ichs unverständlich, Gewinn und Vorteil scheiden aus, ja, wenn nötig, erscheint selbst das eigne Leben als ein Nichts. Deutschland ist alles!‘ An alle gesunden Jungen aber richtet heute der Führer das ‚Bis wann zaudert ihr noch? Wann faßt ihr entschlossen ein Herz euch?‘ Schüler und Lehrer aus S. S., S. A., H. J., u. Jungvolk versprechen sich aufs neue Garanten der nationalsozialistischen Revolution zu sein. Niemand soll uns Wasser in den Feuerwein gießen! Wir werden, auch wenn es für uns Unangenehmes bringt, es wäre ja nicht das erste Mal – den Finger auf Mulmiges und Wurmsstichiges legen. Beide, Lehrer und Schüler des braunen Heeres und alle, die aus Herzenszwang zu Hitler treten, erneuern das Treugelöbnis ... Unserm Führer, unserem Volk, unserem Vaterland, dem nationalsozialistischen dritten Reich ... Sieg Heil!“¹⁶

Es ist nachvollziehbar, dass diese Rede vor der gesamten Schüler- und Lehrerschaft zu heftigen Reaktionen im Kollegium und bei der Schulleitung führte. In der Konferenz des Kollegiums schon am nächsten Tag um 11:00 Uhr wurde durchaus kontrovers argumentiert. Während Prof. Franz Geppert erklärte, er „werde nie wieder an einer Feier teilnehmen, bei der Herr Dr. Rösch die Rede hielt. Kein Kollegium könnte sich gefallen lassen, vor der Schülerschaft in dieser Weise kritisiert zu werden. Gerade im nationalsozialistischen Staat sei der Zusammenhalt besonders nötig.“¹⁷ Werner Fuss (stellvertretender Schulleiter) „gibt seiner Empörung darüber Ausdruck, dass die Würde des gestrigen Tages in dieser Weise herabgesetzt worden sei.“ Auf die Frage von Schulleiter Lundius, wer die Rede Rösch billigen würde, gaben nur die Kollegen Klein, Ibel und Schaub keine ablehnenden Stellungnahmen ab. Schulleiter Bernhard Lundius ließ dann folgende Erklärung protokollieren:

„Herr Dr. Rösch! Ich hatte Sie gebeten, die Festrede zu halten, weil ich Ihnen Vertrauen entgegenbrachte, und Sie daher auch nicht besonders aufgefordert, sich während der Rede loyal zu verhalten. Ich habe Ihnen während meiner ganzen Amtszeit hier stets Wohlwollen und Vertrauen entgegengebracht. Dieses Vertrauen haben Sie gründlich getäuscht und missbraucht. Ich habe Ihnen folgendes zu sagen: Als Schulleiter, der vom nationalsozialistischen Staat mit der Führung des W. G. be-

auftragt worden ist, muss ich diese Entgleisung eines mir unterstellten Beamten auf schärfste tadeln. Ich kann es nicht ruhig ansehen, dass in meiner Gegenwart und der meiner gesamten Herren Kollegen vor der gesamten Schule meine Anordnungen kritisiert und als politisch verdächtig hingestellt werden. Ich kann es nicht dulden, dass meinen Mitarbeitern und mir coram publico die heute mehr denn je nötige Lehrerautorität verkleinert wird. Ich betrachte Herrn Dr. Röschs Verhalten als maßlose Disziplinlosigkeit und Aufhetzung der Schüler gegen die Schule und ihre Lehrer. Ich verlange daher, dass Herr Rösch zunächst jetzt sofort gegenüber den Herren Kollegen seine Worte zurücknimmt und bedauert und ferner von derselben Stelle, von der er seine Anklagen geschleudert hat, eine klare Entschuldigung und Zurücknahme seiner Vorwürfe ausspricht und dadurch die Autorität des Schulleiters wieder voll hergestellt.“ Vermerkt ist im Protokoll der Lehrerversammlung noch: „Herr Dr. Rösch versuchte, während der Rede zu widersprechen und den Raum zu verlassen, wurde aber durch die Empörung der Kollegen daran gehindert. Auf die Frage, ob er bereit sei, die obige Forderung zu erfüllen, verneinte er. Daraufhin erklärte der Schulleiter, er werde die Angelegenheit der Behörde übergeben und schloss die Versammlung.“¹⁸

In einem Schreiben an die Landesunterrichtsbehörde präzisierte Lundius seinen Ärger, der „Schulleiter und seine Mitarbeiter“ wurden „vor den Augen und Ohren der Schüler getadelt und in ihrer Würde herabgesetzt“.¹⁹

Gezielt von Hans Rösch offenbar auch die nächste Provokation, die ihren Stachel hinterlassen hatte: „Außerdem wurde der Stahlhelm als minderwertig bezeichnet, dem der Schulleiter und sein Stellvertreter sowie mehrere Kollegen angehören; die mittlere, bürgerlichen Schicht wurde für alles Vergangene verantwortlich gemacht, der Kommunist dem Nationalsozialisten als Revolutionär zur Seite gestellt.“²⁰

Am 6.2.1934 meldete Lundius, die Schüler hätten für Hans Rösch Partei ergriffen und insbesondere der Schüler und SA-Mann Baberadt hänge Anschläge ans HJ-Brett. Die Disziplin sei untergraben. Lundius erwarte eine baldige Entscheidung der Behörde.²¹

Und auch die SA mischte sich ein. Der Standartenführer der SA-Standarte 265, Lüdemann, wandte sich an Senator Wilhelm von Allwörden:

„In der Anlage überreicht die Standarte 265 eine Meldung des SA-Scharführers Dr. Hans Rösch. Rösch ist seit 1931 im NS Lehrerbund (Beamtengruppe Bahrenfeld) gewesen und seit Anfang 1933 in der SA. Kinder des R. sind in der HJ bzw. SS. Die Standarte 265 bittet Sie Herr Senator, einmal den Hans Rösch, der als Nationalsozialist seit 1929 den Lokstedtern und Niendorfern bekannt ist, anhören zu wollen. R. ist ein Mann der im geraden Ton das rügt, was nach seiner Ansicht noch nicht durchgeführt ist. Auch unserem verstorbenen alten Ortsgruppenleiter Josef Klant war R. persönlich bekannt.“²²

Hans Rösch beteiligte sich heftig an der Auseinandersetzung durch regelmäßige Schreiben an die SA. So erklärte er, er habe „von dem deutschnationalen Chef meiner Anstalt“ den Auftrag für die Rede erhalten. „Die Rede hat viele vor den Kopf gestoßen, was bei der Verfassung der Hamburger Lehrerschaft nicht weiter zu verwundern ist.“²³

Durch Schreiben von OSR Walter Behne vom 6.2.1934 wurde Hans Rösch mitgeteilt, dass er auf Anordnung des Präsidenten der Landesunterrichtsbehörde, Karl Witt, „bis auf weiteres vom Schuldienst beurlaubt werde“.²⁴

Karl Witt richtete kurz darauf ein sechsseitiges Schreiben an Senator von Allwörden und begründete detailliert, warum er die Rösch-Rede für untragbar hielt. „Ich ersehe aus den ganzen Äußerungen des Herrn Dr. Rösch eine starke Beleidigung der Behörde und besonders meiner Person, die er ja in einem Schreiben an die SA in einer vollkommen disziplinlosen Art weiter angreift. Bemerken möchte ich noch, daß mit dem Schreiben an die SA nicht nur ich, sondern der gesamte Senat und auch der Herr Reichsstatthalter, der meine Ernennung sowohl zum Senator als auch zum Präsidenten der Landesunterrichtsbehörde vorgenommen hat, auf das schärfste beleidigt sind.“²⁵

Der Justitiar der Behörde, Dr. Schultz, untersuchte die Festrede und kam zu dem Schluss: „Diese Kritik muss jedenfalls vor dem Forum der Schülerschaft aller Jahrgänge als eine für einen Pädagogen bedauerliche Entgleisung bezeichnet werden.“²⁶

Zu einem Dienstgespräch am 28.2.1934 mit Senator von Allwörden, Präsident Karl Witt und Landesschulrat Willi Schulz brachte Hans Rösch seinen Sturmbannführer Losch und einen weiteren SA-Mann mit. Justitiar Schultz protokollierte die lange politische Auseinandersetzung zwischen Senator und SA-Obersturmbannführer und die abschließende Erklärung von Hans Rösch, er werde auch in Zukunft dienstliche Meldungen über Schulfragen an die SA geben.²⁷

„Die alsdann begonnene persönliche Vernehmung zur Sache konnte wegen vorgerückter Zeit und auch mit Rücksicht auf die persönliche Erregung des Beschuldigten nicht durchgeführt werden“, resümierte Protokollführer Dr. Schultz.²⁸

Hans Rösch wurde am 3.3.1934 und am 6.3.1934 vernommen. Er gab an, dass der Erziehungswissenschaftler und SA-Mann Professor Gustaf Deuchler, der selbst gerne Schulsenator geworden wäre, „die Rede durchweg billigte“, als Gutachter hinzugezogen werden sollte.²⁹

Nicht erleichtert dürfte Karl Witt gewesen sein, als er am 12.2.1934 die telefonische Mitteilung überliefert bekam, dass sich der stellvertretende NSDAP-Gauleiter Henningsen „über den Inhalt der Rede sehr gefreut und die Angelegenheit an den Herrn Reichsstatthalter weitergegeben“ habe.³⁰

Es war absehbar, dass ein verwaltungsmäßiges Verfahren mit einer Person wie

Hans Rösch, der „überraschend gewisse Allüren zeigen konnte“, „absolut in sein Eigenleben gehüllt sein“, „oft recht eigenbrötlicher Natur“ war und dem, „wenn es ihm um Wichtiges ging, Umgangsformen, die er sonst durchaus liebenswürdig zu handhaben wusste, vollkommen gleichgültig“ waren, wie sein ehemaliger Schüler Günther Scheefe beschrieb³¹, nicht erfolgreich für diesen Menschen enden würde.

Der mit ihm sympathisierende Kollege Kurt Klein, der das Manuskript der Rede vorab gelesen und keine Bedenken dagegen geäußert hatte, ergänzte einen Charakterzug von Hans Rösch in einer Vernehmung bei Justitiar Schultz: „Wenn er sich irgendein Ziel gesetzt hat, so kennt er keinerlei Hemmungen und Rücksichten, das ist allgemein bei ihm zu beobachten.“³²

Es soll nun im Weiteren nicht darum gehen, alle Einzelheiten bis zur Entlassung von Hans Rösch minutiös aufzuführen. Vielmehr soll illustriert werden, was sich 1933 und 1934 bei dem Umbruch des Hamburger Schulwesens abspielte. So schrieb Rösch, dass er mit Bruno Peyn und Walter Machleidt im Februar 1933 von Reichsstatthalter Karl Kaufmann den Auftrag erhalten habe, „im Einvernehmen mit den Oberschulräten Schulz und Behne einen Vorschlag für die Gestaltung der Behörde auszuarbeiten“ und sie dabei die Erfahrung machten, „daß diese Aufgabe schlechterdings nicht zu lösen war“. Hinderlich dabei waren der nur noch kurz im Amt befindliche Landesschulrat Meyer und insbesondere der neue Oberschulrat Theodor Mühe, der „die Übelstände der Verschiedenheit der politischen Herkunft und des Alters in seiner Person vereinigte“.³³

Gegen Theodor Mühe und auch gegen den 1933 weiter im Amt belassenen Oberschulrat Wilhelm Oberdörffer hatte Rösch bei einer Kreisversammlung des NSLB im August 1933 schon einmal heftig polemisiert. Er war von Willi Schulz am 18.8.1933 nachdrücklich gebeten worden, durch eine „bedauernde Erklärung“ dieses zu bereinigen, was er nicht getan hat.³⁴

Gustaf Deuchler, der selbst einen Sohn am Wilhelm-Gymnasium hatte, bestätigte, dass er die Rede von Hans Rösch „vom pädagogischen Standpunkt aus gut und geschickt aufgebaut“ fand. Er verwandte sich in einem Schreiben an Senator von Allwörden für Hans Rösch.³⁵

Rösch wurde in der Dienststrafsache am 5.4.1934 mit einem Verweis bestraft, eine vergleichsweise milde Ahndung.³⁶

Es war schon zu vermuten, dass Hans Rösch, der „keine Hemmungen und Rücksichten kennt, wenn er sich Ziele gesetzt hat“, dies nicht auf sich beruhen lassen würde. Zu den Protokollen seiner Vernehmungen fertigte er eine „Beweisakte“ an, mit der er sich auf die dritte Vernehmung durch Justitiar Schultz vorbereitete. Darin beschrieb er, wie die Schulleiterliste für die höheren Schulen zum Sommer 1933 zu Stande gekommen war. Wenn es so war, konnte es dem Fachschaftsleiter

für höhere Schulen im NSLB, der Rösch zu dem Zeitpunkt war, nicht gefallen haben. Rösch war in seiner Funktion in enger und ständiger Kommunikation mit den Verantwortlichen, insbesondere mit dem „alten“ Nationalsozialisten Walter Behne. Insofern kam seinen Aufzeichnungen Brisanz zu und sie beleuchteten Abläufe, die der Öffentlichkeit sonst verborgen blieben. Rösch schrieb: „Die Führung der Behörde hat eine durch parlamentarischen Kuhhandel zu Stande gekommene Schulleiterliste genehmigt, trotzdem ihr von der Gauleitung des NSLB eine rein nationalsozialistische Schulleiterliste vorgelegt worden war. Die Einzelheiten des Kuhhandels berichtete Oberschulrat Behne. Nach dem Bericht Behnes setzten sich Landesschulrat Meyer, Oberschulrat Mühe (deutschnational) Oberschulrat Oberdörffer (Volkspartei) und Oberschulrat Behne an einen Tisch. Schlag nun Behne einen Nationalsozialisten vor, so überstimmten ihn sofort die drei anderen, wenn ihnen der Vorschlag aus irgendeinem Grunde nicht genehm war. So kamen vorwiegend Mitglieder des Philologenvereins, nicht aber des NSLB auf die Liste. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Äußerung des Schulleiters Kowallek, er hätte sich eigentlich sagen müssen, dass er Schulleiter würde, da er ja lange Jahre im Vorstand des Philologenvereins gewesen sei. Behne legt nun Witt die Kuhhandelsliste vor. Witt musste nun glauben, dass es sich um die nationalsozialistische Liste handele, fragte aber trotzdem noch einmal nach, ob die Liste so gut sei, und genehmigte dann die Liste, ohne die ihm vorliegende Liste des NSLB zum Vergleich heranzuziehen. Witt ist noch einmal fernmündlich in der Nacht vom 10. zum 11. Juli von der Gauleitung des NSLB auf die Unhaltbarkeit der Schulleiterliste aufmerksam gemacht worden. Es geschah nichts. Wahre Disziplin und der Glaube an die Führerautorität wird untergraben, wenn der Oberschulrat, der, von der nationalsozialistischen Bewegung getragen, in die Behörde berufen wird, sich gegenüber der Reaktion für ohnmächtig erklärt.“³⁷

Diese von Rösch erst einmal für die dritte Vernehmung vorbereitete Veröffentlichung des Hin und Hers unter Beteiligung aller relevanten Akteure des Hamburger Schulwesens entwickelte Brisanz, weil Rösch sein Papier in der Folgezeit weitergab, streute, der SA übermittelte und für eine unangenehme Öffentlichkeit sorgte. In seinem Papier waren für alle behaupteten einzelnen Punkte die Beteiligten namentlich als Zeugen angegeben.

Rösch war vorgeworfen worden, dass seine Rede zur Disziplinlosigkeit am Wilhelm-Gymnasium beigetragen habe, darum begann er jeden Beweispunkt: „Wahre Disziplin wird untergraben, wenn ...“

Hans Röschs Antipode und Inkarnation des „Reaktionären“ war Theodor Mühe, der als Philologenvereins-Vorsitzender bis 1932 für Rösch eine einheitliche Lehrerorganisation hintertrieb: „Wahre Disziplin wird untergraben und der Glaube an die Führerautorität der Behörde wird gefährdet, wenn statt Nationalsozialisten

mit gleichwertiger Vorbildung Deutschnationaler und Volksparteier in die Behörde kommen oder dort verbleiben. Es muss dies als eine Vergewaltigung und Verhöhnung der Bewegung und ihrer Träger erscheinen, umso mehr, wenn man ‚Mein Kampf‘ Seite 657 liest: ‚Aus dem Grundstamm der alten Bewegung hat sie nicht nur alle wichtigen Positionen des eroberten Gebildes zu besetzen, sondern auch die gesamte Leitung zu bilden.‘

Wahre Disziplin und Führerautorität werden untergraben, soweit ein Nationalsozialist eine solche einem im Mai übergetretenen Deutschnationalen zusprechen kann, wenn er über die Fehler der Liste aufgeklärt, ihre unheilvollen reaktionären Folgen noch verstärkt durch Bestätigung des ihm als reaktionär bekannten Oberschulrates Mühe. Unbedingt reaktionär ist man, wenn man gegen nationalsozialistische Reichsleiter, wie den Kultusminister Schemm und die ihm unterstellte Reichsorganisation anarbeitet. Dies tat Mühe, als er in der am 29.4.1933 auf Anordnung des Senates stattfindenden Erzieherversammlung als Redner auftrat und durch seine Ausführungen das Wachstum des NSLB schädigte. Nach dieser Zeit wurde der Gauleitung des NSLB wiederholt bekannt, dass nach Ansicht von Oberschulrat Mühe ein Eintritt in den NSLB überflüssig sei. Senator Witt erklärte mir, dass es ganz unmöglich sei, den kommissarischen Oberschulrat Mühe vom Reichsstatthalter bestätigt zu erhalten, da er von allem anderen abgesehen viel zu alt sei, nämlich 59 Jahre. Auch widersprach er nicht, als ich ihn in dieser wie in einer früheren Unterredung auf dem Stephansplatz auf die Untragbarkeit dieses Mannes für die Bewegung hinwies. Bald darauf erfuhr ich, dass Mühe und Behne zusammen bestätigt und Schulz Landesschulrat werden sollte. Ich ging sofort zu Behne und erfuhr hier, dass Witt seine Meinung über Mühe geändert und nun folgende Absicht habe: ‚Zuoberst lege ich Schulzens Angelegenheit, hinten (zu Behne) Ihre und dazwischen packe ich den Fall Mühe. Wenn Kaufmann dann länger bei dem Fall Mühe verweilen will, dann sage ich, schnell etwas von SA-Mann geworden und sehe zu, dass er darüber hinweggeht.‘ Hier liegt ein ganz offener Versuch vor, dem Reichsstatthalter über einen wichtigen Umstand im Unklaren zu halten. Gleichzeitig habe ich an den Reichsstatthalter und an den Landesleiter des NSLB Oberschulrat Schulz in meiner Eigenschaft als Landesfachschaftsleiter der Lehrer an höheren Schulen im NSLB geschrieben, sie möchten diese Verewigung der Reaktion in der Behörde verhindern.“³⁸

Hier wurde es nun für Walter Behne und Karl Witt problematisch, weil Hans Rösch intimes Insiderwissen offenbarte. Walter Behne war der Hauptinformant für Rösch, die sich in dieser Phase als NSDAP-Achse verstanden. Und Karl Witt hatte sich Rösch gegenüber offenbar deutlich geäußert und nicht damit gerechnet, dass Rösch diese auf konkrete Personen, Oberschulräte in seiner Behörde vorgenomme-

nen Qualifizierungen öffentlich machen würde. Insbesondere Röschs Behauptung, die Schulleiterbestellungen wären das Ergebnis eines „parlamentarischen Kuhhandels“ wurde ihm im Weiteren vorgehalten.

Dass Hans Rösch noch ein sehr persönliches Motiv hatte für seinen unversöhnlichen Kampf erklärt sich aus dem nächsten Punkt. Er selbst war als Schulleiter vorgesehen und wurde im letzten Moment von der Schulleiterliste gestrichen: „Wahre Disziplin wird auch in folgendem Fall untergraben. Wie im Fall Mühe, so schillerte der Präses auch im Falle Oberdörffer. Am 10.7.1933 sprach ich zum ersten Male aus Anlass meiner Rede vom 7.7.1933 mit dem Senator Witt. Dieser teilte mir mit, dass ich mittags von der Schulleiterliste abgesetzt sei wegen einer gegen Oberdörffer gerichteten Beleidigung. Die Unterlagen für diesen Angriff erhielt ich von Oberschulrat Dr. Behne, der auch nach Zurücknahme eines Teils meiner Äußerungen auf dem Standpunkt stand, dass der Angriff dennoch nach den Tatsachen berechtigt sei. Die teilweise Zurücknahme erfolgte, da mir Witt und Oberdörffer mündlich versicherten, dass ich falsch unterrichtet sei, und dass sie schriftliche Unterlagen hätten, aus denen mein Irrtum ersichtlich sei (es ging dabei um die Behauptung, Oberdörffer hätte sich zwischen 1914 und 1918 vor dem Kriegsdienst gedrückt, deL.). Im Verlaufe des Gesprächs vom 10. Juli erklärte mir Witt, dass er Oberdörffer lieber heute als morgen los sei. ‚Geben Sie mir einen Paragraphen, Rösch, und der Mann ist morgen draußen.‘ Ich sagte darauf, ein Nationalsozialist habe in seinem Gewissen seinen Paragraphen. Darüber, wie er Oberdörffers Charakter einschätzte, ließ der Senator in seinen Ausdrücken keinen Zweifel. Bei einer nächsten Besprechung nach den Sommerferien 33 war ich dann ganz überrascht, wie Witt seine Meinung über Oberdörffer geändert hatte; wie aber wuchs mein Erstaunen, als ich folgende Begründung hörte: ‚Was meinen Sie, würde mir und meiner Stellung geschehen, wenn ich Oberdörffer hinausschmeißen wollte?! Der Mann hat ja einen Freund im Senat, Herrn Burchardt-Motz‘. Heute möchte der Präses Witt den Fall Oberdörffer/Rösch gern wieder aufgreifen, er vergisst aber dabei, dass dies nur ein kleiner Teilangriff jener Rede ist, die im übrigen, wie mir dienstlich im Auftrage des Senators von Herrn Oberschulrat Behne mitgeteilt wurde, einen ganz großen Eindruck auf Witt gemacht und seine völlige Billigung gefunden hatte.“³⁹

Nun war vollends deutlich, dass Hans Rösch für Senator Karl Witt und Oberschulrat Walter Behne und deren Reputation äußerst gefährlich werden konnte. Damit war auch klar, dass Rösch keine Chance haben würde, zumal er, „wenn er sich ein Ziel gesetzt hat, keine Hemmungen und Rücksichten kennt.“

Hans Rösch handelte als Nationalsozialist, der für sein Handeln eine Grundlage in Adolf Hitlers „Mein Kampf“ fand und diese immer wieder zitierte: „Als Nationalsozialist, SA-Mann, Fachschaftsleiter und Lehrer habe ich zu handeln, wie

es der Führer vorschreibt: ‚Ein Mensch, der eine Sache weiß, eine gegebene Gefahr kennt, die Möglichkeit einer Abhilfe mit seinen Augen sieht, hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, nicht im Stillen zu arbeiten, sondern in aller Öffentlichkeit gegen das Übel auf- und für seine Heilung einzutreten. Tut er das nicht, dann ist er ein pflichtvergessener elender Schwächling, der entweder aus Feigheit versagt oder aus Faulheit und Unvermögen.‘ (Mein Kampf, S. 399).⁴⁰

Hans Rösch wurde nach seiner Beurlaubung und dem ausgesprochenen Verweis an die Lichtwarkschule umgesetzt. Dort leitete der Nationalsozialist und erfahrene Offizier Erwin Zindler die Schule. In der Behörde wird man gedacht haben, dass eine Autorität wie Zindler mit Rösch fertig würde. Rösch legte am 7.4.1934 Einspruch gegen die Versetzung an die Lichtwarkschule ein und bat um Beurlaubung bis Ende des Verfahrens.⁴¹ Oberschulrat Behne teilte ihm am 13.4.1934 mit, dass es „keinen Grund für weitere Beurlaubung gebe.“ Es ergab sich ein Hin und Her. Altphilologe Rösch sollte an der Lichtwarkschule Deutsch, Erdkunde und Geschichte unterrichten. Rösch weigerte sich. Erwin Zindler beauftragte ihn dann schriftlich: „Soeben, 13:15 Uhr, erhalte ich von Herrn Oberschulrat Dr. Behne den von dem Herrn Präsidenten Witt erteilten Auftrag, daß sie in den ihnen zugewiesenen Unterrichtsfächern den entsprechenden Unterricht zu erteilen haben. Es ist allgemeine Übung, daß Lehrkräfte mit philosophischer Propädeutik für die erste Stufe Deutsch und Geschichte mindestens bis zur Mittelstufe einschließlich geben. In Bezug auf Erdkunde sind wir bei dem Mangel an Fachlehrern – an der Lichtwarkschule ist nur ein einziger – genötigt, zu behelfsmäßigen Maßnahmen zu greifen und zu erwarten, daß die betreffenden Lehrkräfte sich schnellstens einarbeiten. Darf ich bei dieser Gelegenheit persönlich als Kollege und zugleich als Parteigenosse Sie bitten, sich jeden Schritt Ihrerseits reiflich zu überlegen, damit Ihnen keine unnötigen Schwierigkeiten entstehen.“⁴²

Formal fügte sich Hans Rösch. Am 9.5.1934 wurde er unangemeldet von Oberschulrat Walter Behne und Schulleiter Erwin Zindler in seinem Unterricht hospitiert, in Deutsch, Erdkunde und Geschichte. Im Hospitationsbericht schrieb Behne nach der Erdkundestunde: „Den Hauptwert legt Herr Dr. Rösch auf die Betonung der nationalsozialistischen Weltanschauung, was besonders zum Ausdruck kam bei der Behandlung der Bevölkerungsfrage.“⁴³

In der Aussprache erklärte Hans Rösch, dass er „absichtlich“ in allen drei Klassen, in denen er in diesen drei Fächern eingesetzt werde, „zunächst einmal die Klärung der Begriffe über das Wesen des Nationalsozialismus vorgenommen hätte. Dies ist einerseits nötig, um die Schüler und Schülerinnen gegenwärtig immer wieder zu dem Gedankengut des Nationalsozialismus zu erziehen. Andererseits hätte er diesen Weg gehen müssen, da er bisher in diesen Fächern und auf dieser Stufe

nicht unterrichtet hätte. Wenn also auch nicht der Unterricht rein stofflich gesehen dem Stundenplan entspricht, so muß doch zugegeben werden, daß Herrn Dr. Rösch pädagogische und weltanschauliche Gründe veranlasst haben, den Unterricht in dieser Form zu geben.⁴⁴ Und OSR Behne fand sogar Gefallen daran und bemerkte: „Um mit den Schülern und Schülerinnen Föhlung zu bewahren, geht er bewußt als Nationalsozialist von der Durcharbeitung des Gedankengutes des Nationalsozialismus aus. Dies muss ganz ohne Frage die Grundlage für den gesamten Unterricht sein, und in dieser Beziehung ist die Unterrichtsweise von Herrn Dr. Rösch als vorbildlich hinzustellen. Ja, es ist damit die Frage aufgeworfen, ob überhaupt nicht im gegenwärtigen Augenblick der Gesamtunterricht an allen Schulen die Aufnahme des nationalsozialistischen Gedankengutes in der Art, wie Herr Dr. Rösch es tut, durchführen soll.“⁴⁵

Da erwiesen sich die Nationalsozialisten Rösch und Behne also wieder als Brüder im Geiste.

Eltern der Lichtwarkschule sahen das anders. Ein Vater, G. vom Hau, offenbar Untersuchungsrichter beim Landgericht in Hamburg, wandte sich an Schulleiter Zindler: „Seit Ostern 34 ist in der Klasse meines Sohnes Peter Herr Dr. Rösch mit 5 Stunden Deutsch wöchentlich angesetzt. Bis heute hat jedoch Herr Dr. Rösch noch keinen Deutschunterricht erteilt. Er hat Stunde für Stunde über die grundlegenden nationalsozialistischen Probleme gesprochen, ohne aber jemals ein Thema zu vertiefen, das die Kinder zu einer Arbeit zwang. Ein oder zweimal haben sie eine Rechtschreibnummer zur Hausarbeit aufgehabt, sonst ist weder in der Schule noch im Hause eine schriftliche Arbeit, Diktat oder Aufsatz geleistet worden. Herr Dr. Rösch erzählt vor der Klasse, er sei strafversetzt worden, er sei Latein- und Griechischlehrer und kein Deutschlehrer, er gäbe erst Unterricht, wenn Befehl von oben käme. Da dieser Zustand die Arbeitsauffassung der Kinder untergräbt, bitte ich dringend um Änderung und Klärung des Falles.“⁴⁶

Damit war Hans Rösch nicht mehr zu halten. Am 12.6.1934 wurde er erneut beurlaubt⁴⁷ und am 23.6.1934 leitete Karl Witt gegen Rösch ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung ein.⁴⁸

Neben der Art seines Unterrichts an der Lichtwarkschule und den Versuchen von Hans Rösch, am Wilhelm-Gymnasium eine Versammlung durchzuführen und sich dort mit befreundeten Kollegen zu treffen, wurde Rösch jetzt als gravierendster Punkt vorgeworfen, der Behörde gegenüber bei der Beantwortung des Fragebogens zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 die Frage nach der früheren Parteizugehörigkeit falsch bzw. irreführend beantwortet zu haben: „In seiner zu dieser Frage gegebenen näheren Erklärung hat

der Beschuldigte am Schluß vermerkt: ‚Seit Weihnachten 1931 in der Bewegung. Seit 1933 1. März in der SA Res. 31/76‘. Durch diese Angabe wurde der Eindruck erweckt, als ob der Beschuldigte bereits seit Weihnachten 1931 Mitglied der NSDAP, und erst seit 1. März 1933 in der SA-Reserve sei. Der Beschuldigte kann sich demgegenüber nicht darauf berufen, daß er von einer Mitgliedschaft zur NSDAP überhaupt nichts erwähnt habe. Die Gegenüberstellung ‚Bewegung‘ und ‚SA-Reserve‘ in der Erklärung des Beschuldigten sowie der Umstand, daß die in Rede stehende Ziffer 5a des Fragebogens ganz klar und unzweideutig nach der Parteizugehörigkeit und deren Dauer fragt, zwangen unbedingt zu der Annahme, daß mit ‚Bewegung‘ die ‚NSDAP‘ gemeint sei. Hierüber kann auch bei dem Beschuldigten, als er seine Erklärung abfaßte, keinerlei Zweifel bestanden haben. Wie der Behörde aber jetzt zur Kenntnis gekommen ist, ist der Beschuldigte erst seit März 1933 Mitglied der Partei. Fest steht danach, daß der Beschuldigte der Behörde gegenüber auf dienstliches Befragen unwahre Angaben gemacht hat. Der Beschuldigte hat nicht Anstand genommen, seine vorgesetzte Behörde durch seine unwahre bzw. gewollt irreführende Erklärung zu täuschen und damit gegen die für jeden Beamten vornehmste Pflicht zur Gewissenhaftigkeit und Wahrhaftigkeit gröblichst verstoßen.“⁴⁹

Falsche Angaben über den Eintritt in die NSDAP galten als sehr gravierend.⁵⁰ Das verübte insbesondere auch der Reichsstatthalter Kaufmann, zu dem Rösch anfänglich einen guten Kontakt gehabt hatte. Peinlich für Hans Rösch erwies sich überdies, dass er in seinem ganzen Auftreten öffentlich stets den Eindruck erweckt hatte, ein „alter Kämpfer“ zu sein. Dass er letztlich zum selben Zeitpunkt wie der von ihm geschmähte Wilhelm Oberdörffer in die NSDAP eintrat und formal in der SA Mitglied wurde, parallel zu Theodor Mühe, dürfte bei seinen Kontrahenten eine gewisse Schadenfreude bewirkt haben.

Dass die Landesunterrichtsbehörde das Ziel verfolgte, Rösch ernsthaft zu bestrafen und aus dem Verkehr zu ziehen, wurde auch daran deutlich, dass sie als ihren Vertreter im Disziplinarverfahren in der Disziplinarkammer Hamburg am 25.4.1935 den letzten Vorsitzenden des Philologenvereins, Karl Züge, einem enger Freund von Röschs Antipoden Theodor Mühe benannt hatte.

Die Disziplinarkammer erklärte Rösch des Dienstvergehens für schuldig und entschied auf Versetzung in den Ruhestand bei Kürzung des Ruhegehalts für die Dauer von zwei Jahren um 25 %.⁵¹

Im Revisionsverfahren vor dem Disziplinarhof am 5.11.1935 entsandte die Landesunterrichtsbehörde Berthold Ohm, den stellvertretenden Schulleiter der Lichtwarkschule, einen langjährigen Schatzmeister des Philologenvereins, der sich schulintern in der Schule erfreut darüber geäußert hatte, Rösch wieder los geworden zu sein.⁵²

Der Disziplinarhof Hamburg verfuhr milder mit Rösch. Er anerkannte, dass Rösch „ohne Parteigenosse zu sein, sich schon seit Jahren im Sinne der Bewegung betätigt hat“.⁵³ Insbesondere die SA, in der Rösch nach wie vor äußerst aktiv war (später zum Oberscharführer befördert), aber auch Oberschulrat Behne hatten sich positiv zu Rösch geäußert. Behne räumte sogar ein, dass bei seinem Bericht gegenüber Rösch, Peyn und Machleidt über die „Koalitionslösung“ der Schulleiterliste der Ausdruck „Kuhhandel“ verwandt worden wäre, „von einer oder anderen Seite“ und er froh gewesen wäre, dass „wenigstens einige Männer der nationalsozialistischen Lehrerliste Schulleiter geworden seien“.⁵⁴

Rösch war seinerseits nicht untätig gewesen und hatte sich an die Privatkanzlei von Adolf Hitler und persönlich auch an Rudolf Heß gewandt, Hitlers Stellvertreter. Das dürfte alles sehr viel Staub hinter den Kulissen aufgewirbelt haben. Hans Rösch begann nach der Entlassung aus dem Schuldienst ein Zahnmedizinstudium, das er 1940 mit Prädikat abschloss. Er blieb aktiv in der SA, wurde dort zum Sturmführer befördert. Parallel kämpfte er um Rehabilitation und Wiedereinstellung in den Schuldienst. Senator von Allwörden lehnte das aber weiterhin ab. Am 16.12.1939 erklärte Reichserziehungsminister Rust, den Rösch mehrfach persönlich angeschrieben hatte: „Im Hinblick auf die durch den Krieg gegebenen Verhältnisse bin ich bereit, Dr. Rösch außerhalb Hamburgs zunächst für ein Jahr probeweise zu beschäftigen.“⁵⁵

Das staatliche Gymnasium in Kiel benötigte Lehrer. Tatsächlich bekam Rösch dann das Angebot, am Katharineum in Lübeck zu unterrichten. Rösch tat die Stelle aber nicht an, sondern wurde als Leutnant zur Wehrmacht eingezogen. Am 1.7.1941 wurde er zum Oberleutnant, am 1.8.1942 zum Hauptmann befördert.⁵⁶

Am 24.5.1943 wurde seiner Frau mitgeteilt, Hans Rösch werde seit Januar 1943 in Stalingrad vermisst. 1946 meldete Frau Rösch der Schulverwaltung, dass ihr Mann in russischer Kriegsgefangenschaft sei. Am 11.1.1950 berichtete sie der Schulverwaltung, dass im September 1949 das letzte Mal Post angekommen sei. Durch Heimkehrer, die mit Hans Rösch am 18.11.1949 gesprochen hatten, wusste sie, dass er Anfang Dezember 1949 entlassen werden sollte. „Er ist bisher aber nicht gekommen.“ Am 21.4.1950 vermerkte Oberregierungsrat Grotmack, Rösch sei seit dem 18.11.1949 verschollen, „Ableben ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen.“ Kurz danach teilte Frau Rösch mit, ihr Mann sei am 3.5.1950 aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt.⁵⁷

Unmittelbar davor hatte Henriette Rösch für ihren Mann den Entnazifizierungsfragebogen ausfüllen müssen. Sie schrieb: „Soweit bin ich in der Lage, Angaben zu machen. Ich füge hinzu: Mein Mann ist sieben Jahre in russischer Kriegsge-

fangenschaft. Wir verloren im Krieg zwei Söhne und ein Pflegekind.“⁵⁸ Vorher war sie selbst entnazifiziert worden und als unbelastet in Kategorie V eingestuft worden.

Nach siebenjähriger Kriegsgefangenschaft baute Hans Rösch sich seine Zahnarztpraxis wieder auf und konzentrierte sich auf eine intensive Kriegsgefangenen-Korrespondenz, die er schon in russischer Kriegsgefangenschaft begonnen hatte.

Am 21.6.1953 starb Hans Rösch, 65jährig an einem Herzschlag.

Was für ein Leben! Sein ältester Sohn, der sich als SS-Mann und Führer in der Hitler-Jugend für ihn am Wilhelm-Gymnasium kurz vor seinem Abitur vehement eingesetzt hatte, war als Soldat im Krieg gefallen, ein zweiter Sohn an Kinderlähmung gestorben.

Sein ehemaliger Schüler, Günther Scheefe, hatte auch nach Röschs Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft wieder Kontakt zu ihm. Er schrieb:

„Entscheidend bleibt die Persönlichkeit. Dr. Rösch hat sich politisch geirrt. Er ist in der Wahrnehmung seiner Überzeugung übers Ziel geschossen. Es ging ihm um die Sache. Für sich hat er nie Vorteile erstrebt, schon gar nicht mit verwerflichen Mitteln. Als Persönlichkeit war er integer. Er war ein reiner Tor. Und – er hat, ein wahrer Humanist, sich nicht in die Niederungen des Hasses und der Verzweiflung niederziehen lassen, er hat gekämpft, auch in aussichtslosen Lagen, und immer wieder hat er sich dem Leben zugewandt, aufrecht und hilfreich. Neben dem schließlich erfolgreichen Kampf um sein Amt hat er mit voller Hingabe Medizin studiert und als alle Examina summa cum laude bestanden. Aus seiner Überzeugung hat er seine erfolgreiche Praxis unterbrochen und sich freiwillig an die Ostfront gemeldet. In Stalingrad ist er für acht Jahre in russische Gefangenschaft gegangen. Auch hier hat er sich dem Leben zugewandt, hat Russisch bis zur Vollendung gelernt, Holzskulpturen geschnitzt, Beschwerden nach Moskau aufgesetzt, so dass ein Kommissar im Lager erschien. Er ist für seine Überzeugung in den Hungerstreik getreten, hat die Haft in der Einzelzelle, Fleckfieber und Typhus überstanden. Hans Rösch hat nie den Versuch einer Entschuldigung oder erklärenden Beschönigung seines Irrtums unternommen, sondern ihn offen bekannt und bedauert. Dieser Irrtum hat zahlreiche Schüler nicht davon zurückgehalten, ihn später aufzusuchen in dankbarer Erinnerung an das Schöne und Großartige, was er gewirkt und geleistet hat, noch davon, ihm in Dankbarkeit und Verehrung das letzte Geleit zu geben.“⁵⁹

Im „Hamburger Abendblatt“ gab es unter der Überschrift „Helfer der Gefangenen“ einen kurzen Nachruf auf Hans Rösch: „In Niendorf ist der Zahnarzt und frühere Studienrat am Wilhelm-Gymnasium, Dr. phil. Dr. med. dent. Hans Rösch, im 66. Lebensjahre gestorben. Im letzten Kriege Truppenoffizier, geriet er 1942 vor Stalingrad in Gefangenschaft und hat seinen Mitgefangenen als Kamerad, Arzt,

Helfer und Vorbild das Martyrium siebenjähriger Gefangenschaft mannigfach erleichtern können. Er kehrte im Mai 1950 in die Heimat zurück und wurde nicht müde, den Angehörigen der noch nicht Heimgekehrten Nachrichten über den Verbleib ihrer Väter und Söhne zu vermitteln. Dr. Rösch ist heute mittag in Niendorf beigesetzt worden.“⁶⁰

Und der „Hamburger Anzeiger“ schrieb: „Viele werden seinen Namen von der umfangreichen Kriegsgefangenen-Korrespondenz her kennen, die er nach seiner Rückkehr aus Russland führte. Bereits im Lager sorgte er dafür, daß zahlreiche Familien die erste Nachricht über ihre vermissten Angehörigen erhielten, indem er Heimkehrer die Namen und Anschriften zurückbleibender Kameraden auswendig lernen ließ. Von Hamburg aus suchte er viele Familien selbst auf, um ausführlichen Bericht über das Schicksal kriegsgefangener Söhne und Männer zu erstatten.“⁶¹

Ein Kondolenzschreiben existiert auch vom Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums, Prof. Franz Bömer. Bömer der erst 1955 nach Hamburg kam und zum Schulleiter des Wilhelm-Gymnasiums berufen wurde, nachdem er in Bonn wegen seiner nationalsozialistischen Aktivitäten, u. a. in der SA, einige Jahre nicht wieder an die Universität und in den Öffentlichen Dienst zurückkehren durfte, schrieb der Witwe Henriette Rösch am 25.6.1953: „Nun ist Ihr Gatte als Dritter in kurzer Zeit aus den Reihen der Ehemaligen des W.G. abberufen worden. Die historischen Ereignisse der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts haben dem Entschlafenen schwere Schicksale gebracht. Wir fühlen mit Ihnen, wie schwer der Verlust Sie und Ihre Angehörigen gerade in einer Zeit, die ein Aufatmen nach schwerem Leid zu bringen schien, getroffen hat.“⁶²

Anmerkungen

- 1 Siehe Schreiben von Hans Rösch vom 5.3.1933 an den SA-Sturmführer Losch, StA HH, 221-10_161.
- 2 Lebenslauf Rösch, ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Angaben nach Personalakte Hans Rösch, StA HH, 361-3_A 1399 Bd. 1.
- 6 StA HH, 362-2/30 Wilhelm-Gymnasium_312 Akte Rösch.
- 7 Entnazifizierungsakte Hans Rösch, StA HH, 211-11_78406 KAT.
- 8 Lebenslauf Rösch, a. a. O.
- 9 Günther Scheefe: Meine Erinnerung an Hans Rösch und das WG von 1925–1927, in: Wilhelm-Gymnasium Hamburg, Festschrift zum 125jährigen Jubiläum 2006, S. 116.
- 10 Scheefe, a. a. O., S. 117.
- 11 Scheefe, a. a. O., S. 121.
- 12 Scheefe, a. a. O., S. 122.
- 13 Scheefe, a. a. O., S. 118f.
- 14 Lebenslauf Rösch, a. a. O.
- 15 Personalakte Hans Rösch, StA HH, 361-3_A 1399, Bd. 2.

- 16 Leicht von mir gekürzte Rede von Rösch, ebd.
- 17 Niederschrift der allgemeinen Lehrerversammlung des WG vom 31.1.1934, ebd. Daraus auch die weiteren Zitate.
- 18 Personalakte Rösch, Bd. 2, a. a. O.
- 19 Schreiben vom 1.2.1934, ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Schreiben vom 7.2.1934, ebd.
- 23 Schreiben von Rösch an die SA-Standarte 265 vom 2.2.1934, ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Aktenvermerk v. 20.2.1934, ebd.
- 27 Aktenvermerk v. 28.2.1934, ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Vernehmung vom 6.3.1934, ebd.
- 30 Kurzvermerk vom 12.2.1934, StA HH, 221-10_161 Rösch.
- 31 Scheefe, a. a. O., S. 117.
- 32 Aktenvermerk vom 7.3.1934, Personalakte Rösch, Bd. 2, a. a. O.
- 33 Schreiben vom 11.11.1933, ebd. Siehe auch Biografie Mühe in diesem Buch.
- 34 Ebd. Siehe auch die Biografie Oberdörffer.
- 35 Vermerk vom 13.3.1934 und Schreiben vom 15.3.1934, ebd.
- 36 Verfügung vom 5.4.1934, ebd.
- 37 Personalakte Rösch, Bd. 2, a. a. O.
- 38 Ebd.
- 39 Ebd.
- 40 Ebd.
- 41 Ebd., wie auch alle weiteren Angaben.
- 42 Ebd.
- 43 Ebd.
- 44 Ebd.
- 45 Ebd.
- 46 Ebd.
- 47 Ebd.
- 48 Personalakte Rösch, Bd. 1, a. a. O.
- 49 Schreiben von Karl Witt vom 20.6.1934 an die Staatsanwaltschaft Hamburg, StA HH, 221-10_161.
- 50 Siehe auch die Biografie Wilhelm Grundlach in diesem Buch.
- 51 StA HH, 221-10_161 Rösch. Siehe auch die Biografie Züge in diesem Buch.
- 52 Siehe Biografie Ohm.
- 53 Urteil des Disziplinarhofs zu Hamburg vom 5.11.1935, in: StA HH, 221-10_161 Rösch.
- 54 Ebd.
- 55 Personalakte Rösch, Bd. 1, a. a. O.
- 56 Diese und alle anderen Angaben laut Personalakte Rösch, Bd. 1, a. a. O.
- 57 Ebd.
- 58 Alle Angaben nach Entnazifizierungsakte Hans Rösch, a. a. O.
- 59 Scheefe, a. a. O., S. 122.
- 60 „Hamburger Abendblatt“ vom 25.6.1953.
- 61 „Hamburger Anzeiger“ vom 25.5.1953.
- 62 StA HH, 2/30 Wilhelm-Gymnasium_312 Akte Rösch.

Anhänge

Abkürzungen

ADLV	Allgemeiner Deutscher Lehrerinnenverein	LSR	Landesschulrat
BArch	Bundesarchiv	LSB	Landesschulbehörde
BDC	Berlin Document Center	LUB	Landesunterrichtsbehörde
BDM	Bund deutscher Mädel	Lvz	Lehrerverzeichnis
DAF	Deutsche Arbeitsfront	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
DFW	Deutsches Frauenwerk	NSS	Nationalsozialistischer Schülerbund
DJ	Deutsches Jungvolk	NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
DLV	Deutscher Lehrerverein	NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg	NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
GdF	Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens	NSStB	Nationalsozialistischer Studentenbund
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
Gy	Gymnasium	OfJ	Oberschule für Jungen
HA	Hamburger Anzeiger	OfM	Oberschule für Mädchen
HE	Hamburger Echo	OSB	Oberschulbehörde
HF	Hamburger Fremdenblatt	OSR	Oberschulrat
HHL	Hansische Hochschule für Lehrerbildung	RAD	Reichsarbeitsdienst
HLZ	Hamburger Lehrerzeitung	REM	Reichserziehungsministerium
HN	Hamburger Nachrichten	SA	Sturmabteilung
HT	Hamburger Tageblatt	SD	Sicherheitsdienst
IfL	Institut für Lehrerfortbildung	SS	Schutzstaffel
KLV	Kinderlandverschickung	StAHH	Staatsarchiv Hamburg
LBA	Lehrerbildungsanstalt		

Literaturverzeichnis

Ahrens, Michael: Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945–1959, Hamburg 2011

Andersen, Anni/Biedermann, Annemarie: Von der „Gesellschaft“ 1933 zur „Gesellschaft“ 1945, in: 175 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, Hamburg 1980; abgedruckt auch unter: Annemarie Biedermann: Als Sekretärin im NSLB, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S.125–131.

Andersen, Ulf: Das Christianeum während des Dritten Reiches, in: Andersen, Ulf (Hg.): 250 Jahre Christianeum 1738–1988, Bd. 1 Hamburg 1988

Andersen, Ulf (Hg.): 250 Jahre Christianeum 1738–1988. Festschrift, Hamburg 1988, Band I

Arbeitskreis Lichtwarkschule (Hg.): Die Lichtwarkschule, Idee und Gestalt, Hamburg 1979

Bär, Curt: Von Göttingen über Osleb nach Godesberg. Politische Erinnerungen eines Hamburger Pädagogen 1919–1945. Hamburg 1979

Bajohr, Frank: Hamburgs „Führer“. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900–1969), in: Hamburg im Dritten Reich. Sieben Beiträge, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 1998, S. 119–148

Behrens, Reinhard: Die Deutschnationalen in Hamburg 1918–1933, Dissertation Hamburg 1973

van dem Bussche, Hendrik (Hg.): Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“, Hamburg 1989

Butler, Rupert: SS-Wiking. The History of the Fifth SS Division 1941–45, Spellmount, Staplehurst 2002

Dargel, Reinhard/Joachim, Dierk: „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen“. Zur Geschichte der Oberrealschule für Jungen Altona (OJA) im Faschismus, in: Festschrift 1882–1982, Gymnasium Altona, Hamburg 1982, S. 17 ff. In gekürzter Fassung derselben Autoren auch in: Hochmuth, Ursel/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 68 ff.

Die 200-Jahr-Feier des Christianeums in Altona. Bericht über die Festtage 23.–25. Sept. 1938, Hamburg 1938

Dreckmann, Hans: Hamburg nach der Kapitulation. Erinnerungen an 1945/46. Geschichte der ernannten Bürgerschaft, Hamburg 1985

Festschrift 75 Jahre Jungen-Gymnasium Hamburg-Altona 1882–1957, Hamburg 1957

Festschrift 50 Jahre Kirchenpauer-Gymnasium 1930–1980, Hamburg 1980

Festschrift 1882–1982, Gymnasium Altona, Hamburg 1982

Festschrift vom 120jährigen Bestehen des Albrecht-Thaer-Gymnasiums, Hamburg 1993

Fiege, Hartwig: Geschichte der hamburgischen Volksschule, Bad Heilbrunn und Hamburg 1970

Fiege, Hartwig: Fritz Köhne. Ein großer Hamburger Schulmann 1879–1956, Hamburg 1986

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik, Mannheim 1997.

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, in: Meseth, Wolfgang/Proske, Matthias/Radtke, Frank-Olaf (Hg.): Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts 11), Frankfurt a.M. 2004

75 Jahre Bismarck-Gymnasium, Hamburg 1981

50 Jahre Bismarck-Schule 1906–1956, Hamburg 1956

50 Jahre Jahnsschule, Hamburg 1984

Giordano, Ralph: Die Bertinis, Frankfurt/M. 1985

Giordano, Ralph: Rassismus und Militarismus im NS-Schulalltag, in: Johanneum 1 (1988), S. 21–27

Giordano, Ralph: Rassismus und Militarismus im NS-Schulalltag, in: Schule im Dritten Reich – Erziehung zum Tod? Eine Dokumentation, hg. von Geert Platner und Schülern der Gerhart-Hauptmann-Schule in Kassel, München 1983, S. 72–80

Grobmann, Alfred: Die Sendung des Reiches. Schriftreihe der NSDAP, Zentralverlag der NSDAP, Berlin 1943

Grüttner, Michael: „Ein stetes Sorgenkind für Partei und Staat“. Die Studentenschaft 1930 bis 1945, in: Krause, Eckart/ Huber, Ludwig/ Fischer, Holger (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“, Die Hamburger Universität, Berlin, Hamburg 1991, S. 204 ff.

Hagener, Cäsar: Fritz Köhne, Mythos und Wirklichkeit, in: Hochmuth, Ursel/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 244 ff.

Hartnack, Rudolf: Baven un ünn, Falken-Verlag Hamburg 1940

Hausmann, Frank-Rutger: Ernst-Wilhelm Bohle. Gauleiter im Dienst von Partei und Staat, Berlin 2009

Hering, Rainer: Nationalsozialist oder schwacher Charakter? Dr. Werner Puttfarken, Schulleiter der Gelehrerschule des Johanneums von 1933 bis 1942, in: SYMPOSITION, Festschrift zum 475-jährigen Jubiläum der Gelehrerschule des Johanneums (Hamburg 2004), S. 49–62

von Hentig, Hartmut: Mein Leben, München 2007

von Hentig, Werner Otto: Mein Leben – eine Dienstreise, Göttingen 1962

Hoch, Gerhard: Yvonne Mewes: „Warten, daß ich mich ins Unrecht setze ...“, in: Hochmuth, Ursel/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 259 ff.

Hoch, Gerhard: „Defaitistische Gedanken“. Der Fall des Gewerbeoberlehrers Gustav Holler, in: Lehberger, Reiner/ de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 179 ff.

Hochmuth, Ursel/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985.

Hochmuth, Ursel: Lichtwarkschule/Lichtwarkschüler: „Hitler führt ins Verderben. Grüßt nicht!“, in: Hochmuth, Ursel/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 87

Höffkes, Karl: Hitlers politische Generäle. Die Gauleiter des Dritten Reiches, Tübingen 1997

Hoffmann, Traute: Der erste deutsche Zonta-Club. Auf den Spuren außergewöhnlicher Frauen, Hamburg 2002

Hohne, Heinz: „Der Orden unter dem Totenkopf“, München 1984

Hopp, John: Kurt Adams. „Hiermit fängt unser Ende an“, in: Hochmuth, Ursel/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 152 ff.

Hund, Wulf D./Seegert, Christian: Bürgerliche Hegemonie und konservative Kontinuität der Justiz. Das Beispiel der Wiedereröffnung des hanseatischen Oberlandesgerichtes in Hamburg 1945, in: Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie: Restauration im Recht, Veröffentlichung der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Opladen 1988

100 Jahre Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Hamburg 1992

150 Jahre Gesellschaft der Freunde, Hamburg 1950

Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie: Restauration im Recht, Veröffentlichung der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Opladen 1988

Jens, Walter: „Schließt die Augen Jungs“, in: Hochmuth, Ursel/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 214 f.

Jochmann, Werner: Nationalsozialismus und Revolution. Ursprünge und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933, Hamburg 1963

Kiekenap, Bernhard: SS-Junkerschule. SA und SS in Braunschweig, Braunschweig 2008

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt/M. 2003

Koldehoff, Stefan: Die Bilder sind unter uns. Das Geschäft mit der NS-Raubkunst, Frankfurt/M. 2009

Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.): Hamburgische Biographie, Personenlexikon, Band 2 (Hamburg 2003); Band 4 (Hamburg 2008); Band 5 (Hamburg 2010)

Krause, Eckart/Huber, Ludwig/Fischer, Holger (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“, Die Hamburger Universität 1933–1945, Hamburg 1991

Krause, Thomas: Schüler und Nationalsozialismus vor 1933, in: Der Traum von der freien Schule. Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik, hg. von Hans-Peter de Lorent und Volker Ullrich, Hamburg 1988, S. 211–221

Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986.

Lehberger, Reiner: Der „Umbau der Hamburger Volksschule“, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 15–33

Lehberger, Reiner: Einflüsse der Reformpädagogik auf das Hamburger Regelschulwesen in der Weimarer Republik, in: de Lorent, Hans-Peter/Ullrich, Volker: Der Traum von der freien Schule, Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik, Hamburg 1988, S. 118 ff.

Lehberger, Reiner: Loki Schmidt. Die Biographie, Hamburg 2014

de Lorent, Hans-Peter: Rädchen im Getriebe, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 191 ff.

de Lorent, Hans-Peter: „Laßt hinter Euch die Welt des Intellektes“. Der Nationalsozialistische Lehrerbund, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 119–124

de Lorent, Hans-Peter: Personalpolitik, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 203–212

de Lorent, Hans-Peter/Ullrich, Volker (Hg.): Der Traum von der freien Schule. Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik, Hamburg 1988

de Lorent, Hans-Peter: Schule ohne Vorgesetzte, Hamburg 1992

Lück, Helmut E.: 100 Jahre Deutsche Gesellschaft für Psychologie. Internet-Kalendarium

Massaquoi, Hans J.: „Neger, Neger, Schornsteinfeger!“, Meine Kindheit in Deutschland, 1999

Meyer, Beate: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999

Milberg, Hildegard: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935. Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg Band VII, Hamburg 1970

- Moews, Evelin: Erna Stahl: „Sie war immer der Regisseur“, in: Hochmuth, Ursel/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 291 ff.
- Moser, Helmut: Zur Entwicklung der akademischen Psychologie in Hamburg bis 1945. Eine Kontrast-Skizze als Würdigung des vergessenen Erbes von William Stern, in: Krause, Eckart/Huber, Ludwig/Fischer, Holger (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“, Die Hamburger Universität 1933–1945, Teil I, Hamburg 1991 S. 483 ff.
- Nette, Bernhard/Romey, Stefan: Die Lehrgewerkschaft und ihr „Arisierungserbe“, Hamburg 2010
- Ottweiler, Ottwilm: Die Volksschule im Nationalsozialismus, Weinheim und Basel 1979
- Petroupoulos, Jonathan: Kunstraub und Sammelwahn. Kunst und Politik im Dritten Reich, Berlin 1999
- Peyn, Bruno: Richard Ohnsorg-Theater, Hamburg 1965
- Randt, Ursula: Carolinenstrasse 35, Geschichte der Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg 1884–1942, Hamburg 1984
- Randt, Ursula: „Träume zerschellen an der Wirklichkeit“. Die Situation jüdischer Schüler an jüdischen Schulen in Hamburg in der Frühphase der NS-Zeit, in: Lehberger, Reiner/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1986, S. 291–300
- Reimer, Uwe: Johanneum 1945 – Ende und Anfang, Hamburg 2012
- Reimer, Uwe: Das Johanneum in der Nachkriegszeit, Hamburg 2014
- Reusch, Ulrich: Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung: Planung und Politik 1943–1947, Stuttgart 1985 (Forschungen und Quellen der Zeitgeschichte 6)
- Roß, Marlis: Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder 1935. Die Patriotische Gesellschaft im Nationalsozialismus Hamburg 2007
- Saul, Klaus: „Ein Volk, eine Schule, ein einheitlicher Lehrerstand“. Die Durchsetzung der Universitätsausbildung für Volksschullehrer in Hamburg 1903–1926, in: de Lorent, Hans-Peter/Ullrich, Volker: Der Traum von der freien Schule. Schule und Schulpolitik während der Weimarer Republik, Hamburg 1988, S. 135 ff.
- Saul, Klaus: Lehrerbildung und Demokratie und Diktatur. Zum Hamburger Reformmodell einer universitären Volksschullehrerbildung, in: Krause, Eckart/Huber, Ludwig/Fischer, Holger (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“, Die Hamburger Universität 1933–1945, Teil I, Hamburg 1991
- Scheidt, Walter/Wriede, Hinrich (Hg.): Die Elbinsel Finkenwärder, München 1927
- Scheuerl, Hans: Zur Geschichte des Seminars für Erziehungswissenschaft, in: Krause, Eckart/Huber, Ludwig/Fischer, Holger (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“, Die Hamburger Universität 1933–1945, Teil I, Hamburg 1991
- Schmidt, Gustav: Kriegstagebuch 1939–1945, Hamburg 2004
- Schmidt, Hannelore: Gezwungen, früh erwachsen zu sein, in: Siedler, Wolf Jobst (Hg.): Kindheit und Jugend unter Hitler, Berlin 1992, S. 30 ff.
- Schmidt, Hannelore in: Geert Platner und Schüler der Gerhart-Hauptmann-Schule in Kassel, München (dtv) 1983, S. 85
- Schmidt, Loki: Mein Leben für die Schule. Im Gespräch mit Reiner Lehberger, Hamburg 2005
- Schmidt, Uwe: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute, Hamburg 1999
- Schmidt, Uwe: Lehrer im Gleichschritt. Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg, Hamburg 2006
- Schmidt, Uwe: Nationalsozialistische Schulverwaltung in Hamburg, Hamburg 2008
- Schmidt, Uwe: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“, Hamburg 2010
- Schmidt, Uwe: Erwin Zindler, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.): Hamburgische Biographien, Personenlexikon, Bd. 5, 2010, S. 395
- Schnoor, Walter (Hg.): Gorch Fock und seine Heimat, von Deich und Dünung, Berlin 1937
- Schoeps, Julius H./Tress, Werner (Hg.): Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933, Hildesheim 2008
- Schulze-Kossens, Richard: Militärischer Führungsnachwuchs der Waffen-SS. Die Junkerschulen, Osnabrück 1987
- Steenbock, Kristina: Gesellschaft der Freunde. Die Gewerkschaft der Lehrer wird gleichgeschaltet in: Hochmuth, Ursel/de Lorent, Hans-Peter (Hg.): Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 12–17
- Storjohann, Uwe: „Hauptsache überleben“, Hamburg 1993
- SYMPOSION. Festschrift zum 475jährigen Jubiläum der Gelehrtenschule des Johanneums, hg. von Christine von Müller, Uwe Petersen und Uwe Reimer, Hamburg 2004

Szodrzynski, Joachim: Entnazifizierung – am Beispiel Hamburg, www.hamburg.de/contentblob/4462240/data/aufsatz-szodrzynski.pdf.

Tessin, Georg: Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, Bissendorf 1973

Thorun, Walter: Martha Muchow (1892–1933). Opfer ihrer Überzeugung, in: Hamburger Notizen 2/2003, hg. von der Patriotischen Gesellschaft von 1765, S. 37ff.

Ticke, Wilhelm: Das III. Armeekorps (mot.) im Brückenkopf Dnepropetrowsk Aug/Sept. 1941, in: Allgemeine schweizerische Armeezeitschrift (ASMZ), Band 137 (1971) Heft 11

Tieke, Wilhelm/Rebstock, Friedrich: Im letzten Aufgebot. Die 18. SS-Freiwilligen-Panzer Grenadier-Division Horst Wessel, Truppenkameradschaft 18/33, 1995

Trittel, Günter J.: „Man kann ein Ideal nicht verraten ...“. Werner Naumann. NS-Ideologie und politische Praxis der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013

Tschechne, Martin: William Stern, Hamburg 2010

Ullrich, Volker: Adolf Hitler. Die Jahre des Aufstiegs, S. Fischer Verlag, 2013

Vollnhals, Clemens (Hg.): Entnazifizierung, Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen, München 1991

Wendt, Joachim: Die Lichtwarkschule in Hamburg 1921–1937, Hamburg 2000

Werum, Karin: Die Entnazifizierung der Verwaltungsbeamten in Hamburg (1945–1950), Masterarbeit, Hamburg 1987

Wilhelm-Gymnasium Hamburg. Eine Dokumentation über 100 Jahre Wilhelm-Gymnasium, hg. von Peter-Rudolf Schulz, Hamburg 1981

Wilhelm-Gymnasium Hamburg. Festschrift zum 125jährigen Jubiläum 2006

Zeidler, Kurt: Pädagogischer Reisebericht durch acht Jahrzehnte, Hamburg 1975

Zindler, Erwin: Auf Biegen und Brechen, Leipzig, 1929

Zindler, Erwin: Der stolze Adel Mensch, Nibelungendrama in fünf Aufzügen, Hamburg 1932

Zindler, Erwin: Die Flucht des Sönke Braderup, Frankfurt/M., 1933

Zindler, Erwin: Und abermals Soldat, Leipzig 1942

Bildnachweis

Bundesarchiv Seiten 72, 74, 143, 163, 186, 196, 254, 293, 295, 301, 337, 354, 386, 438, 458, 589, 593, 608, 651, 702, 719, 733

Charlotte-Paulsen-Gymnasium – Archiv Seite 766

Christianeum – Archiv Seiten 191, 325, 347

Denkmalschutzamt Bildarchiv Titelseite, Seiten 100, 123, 369, 739

Galerie Morgenland Seite 11 (Foto: Joachim Grabbe)

Gymnasium Altona – Archiv Seiten 194, 197, 209, 216, 232, 520

Gymnasium Allee – Archiv Seite 225

Hamburger Schulmuseum Seiten 272, 518, 720, 758

HLZ – Archiv Seiten 9, 28, 54, 57, 100, 105, 422

Johanneum – Archiv Seiten 11 (r., Foto: Gerd Hachmann), 556, 666, 694, 697

Matthias-Claudius-Gymnasium – Archiv Seiten 57, 344

Wilhelm-Gymnasium Seiten 603, 658, 659, 769

Staatsarchiv Hamburg Seiten 31, 49, 53, 56, 57, 60, 61, 82, 88, 89, 92, 119, 163, 164, 178, 179, 181, 182, 283, 343, 372, 383, 387, 395, 399, 400, 405, 406, 407, 408, 413, 418, 419, 420, 421, 426, 429, 434, 451, 452, 459, 460, 482, 483, 513, 535, 540, 547, 576, 577, 605, 624, 625, 687, 710, 750, 772, 776

Alle anderen aus Privatbesitz.

Verzeichnis der höheren Schulen Hamburgs

Albrecht-Thaer-OfJ, Holstenglacis (St.Pauli) (*1873)

Bis 1937 Thaer-Oberrealschule vor dem Holstentor; gegr. 1873 als Höhere Bürgerschule, später Oberrealschule vor dem Holstentor; 1920 Benennung Albrecht-Thaer-Schule; 1957 Albrecht-Thaer-Gymnasium. – 243, 248, 282, 290, 371, 387, 457, 482f., 486, 492, 497, 502, 512, 714, 746

Oberschule fJ und Mädchen (sprachl. Form) im Alstertal, Erdkampsweg 89 (Fuhlsbüttel) (*1924)

Bis 1937 Oberrealschule im Alstertal; gegr. 1924 als Realschule; 1937 OfJ und OfM unter gemeinsamer Leitung, 1940 getrennte Schulen für Jungen und Mädchen; ab 1953 schrittweise Wiedereinführung der Koedukation, zunächst an der Mädchenschule; 1958 Umbenennung in Albert-Schweitzer-Schule, später Albert-Schweitzer-Gymnasium. Umbenennung der früheren Jungenschule in Gy Alstertal. – 215, 359, 553, 587, 669

OfM in Altona (sprachl. Form), Allee 99 (Altona-Nord) (*1876)

Bis 1937 Mädchen-Realgymnasium Altona; gegr. 1876, Vollanstalt als zehnklassige Städtische Höhere Töcherschule; 1889–1926 Angliederung eines Lehrerinnenseminars, preußisches Lyzeum und Oberlyzeum; 1922 Realgymnasium fM; 1957 GyfM Altona; 1972 nach Einführung der Koedukation Benennung als Gymnasium Allee, Altona. – 225, 271, 346, 385

OfJ in Altona, Hohenzollernring 57 (Ottensen) (*1882)

Bis 1937 Oberrealschule Altona; gegr. 1882 als Realschule; 1955–1957 Rückkehr in das bis dahin von der britischen Besatzungsmacht als Lazarett genutzte Schulgebäude; 1957 GyfJ Altona; 1968 nach Einführung der Koedukation Gy Altona. – 23, 178, 181f., 194, 207, 212, 220, 223, 226, 228, 230, 232, 238, 240, 243–247, 271f., 276, 292

OfJ an der Armgartstraße, Armgartstraße 24 (Uhlenhorst) (*1834)

Bis 1937 Realgymnasium des Johanneums; gegr. 1834 als Realschule an der Gelehrtenschule des Johanneums; 1905 Umzug in das Schulgebäude Armgartstraße 24; 1943.06.03. Umbenennung in Joachim-Jungius-Schule; 1943 teilweise zerstört, nach 1945 Wiederaufbau; 1945 Vereinigung mit der Realschule Hamm zur OfJ Armgartstraße; 1949.16./17.09. als selbständige Schule verlegt in das Gebäude des Gymnasiums St.Georg, Bülastraße 30; 1950 geschlossen (Einbeziehung in das Gymnasium St.Georg). – 272, 275, 278, 331, 481, 528, 531, 562, 587, 696, 759

OfJ in Barmbek, Osterbekstraße 107 (*1907)

Bis 1937 Realgymnasium und Realschule; gegr. 1907 als Realschule; Vollanstalt als Oberrealschule 1925; 1945 Zusammenschluss mit der OfJ auf der Uhlenhorst zur Oberschule; seit 1957 zum Gy. Uhlenhorst-Barmbek. – 290, 761

Bismarck-Schule, OfJ, Bogenstraße 59 (Eimsbüttel) (*1906)

Bis 1937 Bismarck-Oberrealschule; gegr. 1906 als Realschule, später Oberrealschule an der Bogenstraße; 1933 Umbenennung in Bismarck-Oberrealschule; 1957 Bismarck-Gymnasium; ab 1972 Oberstufen-Kooperation mit den benachbarten Schulen Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer und Helene-Lange-Gymnasium (Eimsbütteler Modell); als selbständiges Gymnasium aufgegeben 1997. – 11f., 24, 41, 385–390, 393, 438, 452, 459, 472, 481f., 539f., 559

OfJ in Blankenese, Kirschtenstraße 1 (*1892)

Bis 1937 Städt. Reform-Realgymnasium mit Realschule Altona-Blankenese; gegr.1892; Vollanstalt 1914; 1957 Gymnasium Blankenese. – 23, 181f., 246, 269, 281, 283ff., 294f., 298, 301–304, 312, 331, 334, 531, 703

Christianium in Altona, Oberschule und Gymnasium fJ, Roonstraße 200 (*1738)

Bis 1937 staatliches Gymnasium und Realgymnasium Christianium der Stadt Altona; 1936 Umzug aus der Altonaer Innenstadt in die frühere Pädagogische Akademie in Othmarschen; 1971 abermaliger Umzug vom Gebäude Behringstraße 52 (aufgegeben wegen Bau der Autobahn A 7) Neubau Otto-Ernst-Straße. – 16, 23f., 58f., 169f., 181f., 187, 190f., 208, 224, 243, 255, 268f., 272–276, 278, 292f., 310–323, 325–334, 341, 346, 347, 349

OfJ in Eilbek, Uferstraße 9 (Hohenfelde)

Von 1933 bis 1927 Oberrealschule; 1933 Zusammenschluss der 1892 gegr. Realschule Eilbek (Ritterstraße 44) mit der 1916 gegr. Realschule Uferstraße zur Oberrealschule Eilbek im Gebäude Uferstraße (Nutzung

des Gebäudes Ritterstraße 44 als Amtswalterschule/Gauführungsschule der NSDAP, 1943 zerstört); 1943 Zerstörung des Gebäudes Uferstraße; 1945 als höhere Schule aufgegeben. – 164, 385, 391, 512

Ofj in Eimsbüttel, Kaiser-Friedrich-Ufer 6 (*1892)

Bis 1937 Oberrealschule; 1912 Einzug in das Gebäude Kaiser-Friedrich-Ufer; 1914–1919 Nutzung als Lazarett mit Auslagerung der Schule; 1957 GyfJ in Eimsbüttel; 1972 gemeinsame integrierte Oberstufe mit dem Helene-Lange-Gymnasium im „Eimsbütteler Modell“ (im Gebäude des früheren Bismarck-Gymnasiums). – 22, 271, 371f., 389, 474, 485, 575

Emilie-Wüstenfeld-Schule, OfM (sprachl. Form), Bundesstraße 78 (Eimsbüttel)

Bis 1937 Realschule und deutsche Oberschule fM; 1943 Notquartier für Bombengeschädigte; Auslagerung in das Schulgebäude Bogenstraße 32 (heutiges Helene-Lange-Gymnasium); erst 1953 Rückkehr in das eigene Schulgebäude nach Räumung durch Mitbenutzer (z.B. Bezirksamt Eimsbüttel); 1965 Doppelanstalt zusammen mit dem Gymnasium Bundesstraße 78 (siebenstufiges und Aufbaugymnasium); 1968 Zusammenführung der beiden Schulen unter dem Namen Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium und Auslaufen der Klassen 5/6; Wiedereinführung des neunstufigen Gymnasiums 1996. – 279, 559

Ofj in Eppendorf, Hegestraße 35 (*1904)

Bis 1937 Oberrealschule in Eppendorf; gegr. als Realschule, Vollanstalt als Oberrealschule 1911; Gy Eppendorf 1957. – 368, 392, 452, 512f., 528

OfM in Groß-Flottbek (hausw. Form), Klaus Groth-Straße 1 (Othmarschen) (*1901)

Bis 1937 Städtisches Bertha-Lyzeum Altona-Großflottbek (sechsstufiger Lehrgang bis zur Obersekundareife); 1916–1938 Bertha-Lyzeum (nach der Gründungsschulleiterin Bertha Uhl); 1938 Vollanstalt; 1957 Gy Großflottbek, 1959–1966 schrittweise Übersiedlung in das heutige Schulgebäude Hochrad als Gy Hochrad. – 345

Hansa-Schule in Bergedorf, Ofj, Bismarckstraße 25 (*1883)

Bis 1937 Hansaschule, Gymnasium und Oberrealschule; 1914 Einzug in das jetzige Schulgebäude (errichtet 1912–1914). – 152, 337, 769

Hansa-Schule, OfM (sprachl. Form), Bogenstraße 32 (Eimsbüttel) (*1910)

Bis 1937 Hansa-Oberrealschule; gegr. als höhere Mädchenschule auf dem rechten Alsterufer (später Lyzeum Hansasträße); 1927 Umbenennung in Helene-Lange-Schule; 1933 abermalige Umbenennung in Hansa-Oberrealschule; 1945 Rückbenennung in Helene-Lange-Schule; 1957 Helene-Lange-Gymnasium; seit 1972 integriertes Oberstufenmodell mit dem Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer („Eimsbütteler Modell“). – 554

Heilwig-Schule, OfM (hausw. Form), Isestraße 146 (Harvestehude) (*1881)

Bis 1939 anerkannte private Oberschule fM (Klasse 1–6 hausw. Form); 1939 Verstaatlichung und Zusammenschluss mit der Privatschule Henckel-Berblinger zur Heilwigsschule, OfM; bis 1966 Unterbringung in zwei ursprünglichen Wohnhäusern Isestraße 144 und Harvestehuder Weg 65; 1966 Umzug in das heutige Schulgebäude Wilhelm-Metzger-Straße 4. – 279, 345

Johanneum, Gymnasium fJ, Maria-Louisen-Straße 114 (Winterhude) (*1529)

Bis 1937 Gelehrtenschule des Johanneums; 1914 Umzug des Johanneums in den Schumacherbau an der Maria-Louisen-Straße. – 11–16, 22, 26, 57, 59, 181f., 212, 272, 278, 311, 337, 371, 381f., 385, 455, 457, 466f., 517, 538, 541, 556–559, 562–568, 587, 635, 657f., 664f., 667–670, 672ff., 691–694, 696ff., 771

Kirchenpauer-Schule, Ofj, Hammer Steindamm 123 (Hamm) (*1914)

Bis 1937 Kirchenpauer-Realgymnasium; 1943–1956 ganz oder teilweise ausgelagert ins Gebäude der Caspar-Voght-Schule, 1959 Rückkehr als Kirchenpauer-Gy ins eigene Gebäude; 1982 zunächst zusammengelegt mit dem Caspar-Voght-Gy, dann 1987 mit dem Gy Borgfelde, die später zusammengeschlossen wurden zum Gymnasium Hamm. – 24, 59, 209, 272, 336–339, 341, 385, 517–521, 523–527, 602

Klosterschule, OfM (sprachl. Form), Westphalensweg 1 (St.Georg) (*1872)

Bis 1937 Realschule, Realgymnasium und Deutsche Oberschule fM; gegr. als Unterrichtsanstalt des Klosters St. Johannis (Höhere Mädchenschule mit Lehrerinnenseminar) am Holzdamm; Ausbau zur Vollanstalt ab 1910 mit realgymnasialem Zweig; ältestes Gymnasium für Mädchen in Hamburg; 1923 Verstaatlichung; 1934 Zusammenlegung mit der Deutschen Oberschule am Lübeckertorfeld (DOL) in deren 1923 von Kurt Schumacher errichteten Gebäude am Westphalensweg unter dem Namen „Klosterschule“; 1957 Gymnasium Klosterschule. – 468, 559

OfM am Lerchenfeld (sprachl. Form), Lerchenfeld 10 (Hohenfelde) (*1910)

Bis 1937 Mädchenoberschule; gegr. als Lyzeum auf dem linken Alsterufer („Staatliche höhere Mädchenschule am Lerchenfeld“); 1921–1935 päd. Seminar für Lehramtsanwärterinnen angeschlossen; 1922 Oberrealschule fM; 1958 Gymnasium fM; 1970 mit Einführung der Koedukation Gy Lerchenfeld. – 587

OfJ in Lokstedt, Friedhofstraße (*1925)

Bis 1937 Realschule in Niendorf; gegr. 1925 als private Mittelschule in Lokstedt; 1932 Ausbau zur privaten preußischen Realschule in Niendorf; 1934/1936 schrittweise Unterstellung unter staatliche Schulaufsicht; 1937 OfJ Lokstedt; 1960/61 Gy Bondenwald in neuem Gebäude.

Luisen-Schule in Bergedorf, OfM (sprachl. Form), Reinbeker Weg 76 (*1888)

Bis 1937 Realschule und Deutsche Oberschule fM; 1957 Luisen-Gymnasium. – 485

Matthias-Claudius-Schule in Wandsbek, Oberschule und Gymnasium fJ, Witthöftstraße (*1872)

Bis 1937 Gymnasium und Realgymnasium; 1930 Ausbau der Realschule zum Reform-Realgymnasium; 1938 OfJ in Wandsbek (ohne altsprachlichen Zweig); 1943 teilweise Zerstörung des Hauptgebäudes und Auslagerung an die OfJ in Rahlstedt; 1949–1950 Wiederherstellung des Hauptgebäudes, 1954 Wiedereinrichtung des altsprachlichen Zweiges. – 336, 343ff., 696

Richard-Wagner-Schule, Oberschule in Aufbauform für Jungen und Mädchen, Felix-Dahn-Straße 7 (Eimsbüttel) (*1922)

Bis 1937 Aufbauschule; gegr. als Deutsche Oberschule für Absolventen der Volksschule, die nach der 7. Klasse aus dem Oberbau der Volksschule auf die höhere Schule übertreten (Hohe Weide/Anna-Wohlwill-Straße); 1932 umbenannt in Gerhart-Hauptmann-Schule; 1933 in Richard-Wagner-Schule; 1939 geschlossen. Das Gebäude wird heute vom Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung genutzt. – 279, 440

OfJ in Rothenburgsort, Marckmannstraße 127–129 (*1914)

Bis 1937 Realschule; 1941 Räumung des Gebäudes zugunsten der Erweiterung des Kinderkrankenhauses Rothenburgsort; Verlegung an die Hindenburgschule und nominelle Weiterführung der Schule am Brekelbaums Park; 1945 aufgegeben. – 303

Schlee-Schule in Altona, OfJ, Heinrich-Lohse-Straße 151 (*1871)

Bis 1937 städtische Schlee-Reformschule, Königstraße 151; gegr. als Realschule; 1943 Zerstörung des Schulgebäudes durch Bomben; 1957 Schlee-Gymnasium (ab 1971 Ernst-Schlee-Gymnasium); ab 1988 wegen zu geringer Anmeldezahlen Auslaufen der Schule; 1997 Schließung der Schule. – 178ff., 183, 371, 526

OfJ am Stadtpark, Vossberg 23 (Winterhude) (*1878)

Zusammenschluss aus den bis 1937 bestehenden Schulen Heinrich-Hertz-Realgymnasium (gegr. 1878 als Realschule) und Lichtwarkschule (gegr. 1920). – HHRG: 1937 Reduzierung auf eine OfJ im Gebäude der bisherigen Lichtwarkschule und Verteilung der Schülerinnen auf andere Oberschulen; 1945 Wiederherstellung des Namens Heinrich-Hertz-Schule; 1968 zusammen mit den beiden Volksschulen am Voßberg umgewandelt in eine kooperative Gesamtschule mit gymnasialem Zug. – 14ff., 20, 25, 36, 88, 121, 139, 147, 299, 352, 354, 359f., 374, 418, 484, 538, 541–549, 551–555, 557, 559, 562, 566, 569, 571, 575–581, 583f., 586f., 599, 666, 787ff.

OfJ in St. Georg, Bülaustraße 30 (*1905)

Bis 1937 Oberralschule; gegr. als Realschule. zunächst in den vom Realgymnasium des Johanneums aufgegebenen Räumen im Gebäude des heutigen Museums für Kunst und Gewerbe am Hauptbahnhof; ab 1945 auch wieder Unterricht im stark beschädigten Gebäude Bülaustraße 30, das ab 1948 wieder ganz zur Verfügung steht; 1957 Gymnasium St. Georg; 1959 Unterbringung des neu gegründeten Abendgymnasiums im Schulgebäude; ab 1966 Verlegung nach Horn unter Beibehaltung des Namens. – 163, 281, 354, 512, 515, 528, 569ff.

OfJ auf der Uhlenhorst, Averbhoffstraße 38 (*1896)

Bis 1937 Oberrealschule; 1943 Zerstörung des Schulgebäudes; 1945 Zusammenlegung mit der OfJ Barmbek zur OfJ, später Gymnasium Uhlenhorst-Barmbek an deren Standort Osterbekstraße. – 163, 281, 290, 475, 480, 575f., 579, 587, 759

OfM in Wandsbek (sprachl. u. hausw. Form), Neumann-Reichardt-Straße 20–22 (*1916)

Bis 1937 Oberlyzeum; 1945 Umbenennung der OfM Wandsbek in Charlotte-Paulsen-Schule; 1971 in Charlotte-Paulsen-Gymnasium. – 766f.

Walddörferschule in Volksdorf, OfJ und OfM (sprachl. Form), Im Allhorn 50 (*1928/1930)

Bis 1937 Realschule mit Realgymnasium und Deutsche Oberschule; gegr. als Walddörferschule; 1940 Trennung in Oberschule für Jungen und Oberschule für Mädchen; 1945 Zusammenführung der beiden Schulen und Wiedereinführung der Koedukation; 1971 Walddörfer-Gymnasium. – 566, 759, 760

Wilhelm-Gymnasium für Jungen, Moorweidenstraße 40 (Rotherbaum) (*1881)

Bis 1937 Gymnasium und Deutsche Oberschule; gegr. als zweite Althamburger Gelehrtenschule für Jungen; 1885 Einzug in das Gebäude Moorweidenstraße (heutiger Altbau der Staats- und Universitätsbibliothek); 1943 geschlossen; 1945 wiedereröffnet als Gastschule im Gebäude der Albrecht-Thaer-Schule; 1952 verlegt in das Gebäude des heutigen Gymnasiums Kaiser-Friedrich-Ufer; 1964 Neubau in Harvestehude Klosterstieg 17. – 16, 26, 43, 147, 172, 354, 467, 517, 602–607, 619, 658–663, 668, 768–770, 772f., 776, 783f., 788

Wichern-Schule (Horn) (*1874)

Bis 1939 „halböffentliche Realschule“; gegr. als Schule des Rauhen Hauses in Kombination von Elementarschule, Progymnasium, Realgymnasium und Realschule; 1888 Benennung der Schule als Paulinum; 1927 Umbenennung in Wichernschule; 1931 Anerkennung als Oberrealschule; 1939 Verstaatlichung, später Beschlagnahme des Schulgeländes für eine am Standort errichtete SS-Internatsschule; 1943 Zerstörung der Schulgebäude durch Bomben; 1957 Neugründung als evangelische Privatschule, die Grundschule, Haupt- und Realschule und Gymnasium (1963 staatlich anerkannt) in einem Verbund zusammenfasst. – 282, 362f., 366, 746, 749

Namensverzeichnis

- Ackermann, Richard** 366
 Adams, Kurt 629, 751
 Adenauer, Konrad 650ff.
 Adler 504
 Ahrens, Georg 559, 633
 Albers, Friedrich 29
 Albrecht, Karl 30, 34
 Albrecht, Reinhard 127f.
 Albrecht, Wilhelm 30
 Albus, Theodor 343
 von Allwörden, Wilhelm 32, 89f., 484, 632ff., 636f., 781ff., 790
 Anders, Otto 259
 Anschütz, Georg 149, 153
 Armytage, Hugh 53
 Arndt, Alfred 553, 567f.
 Arp, Wilhelm 31, 33ff., 103, 314f.
- Baberadt** 781
 Backeberg, G. H. W. 261
 Backhaus, Franz 31
 Baden, Paul 708f.
 Bahrs 183
 Ballerstaedt, Richard 28, 30f., 42, 101, 121, 136, 398
 Banaschewski, Anne 358, 369
 Bangen, Hermann 270
 Bannert, Clara 30
 Banuscher 308
 Barrelet, Adelheid 352, 353ff.
 Barrelet, Horst 352, 358
 Barrelet, Sophie 22, 24, 30, 34, 103, 352–361
 Baumgarten, Otto 621f.
 Bauer 634
 Becker, Herbert Theodor 31, 33f., 112
 Beckmann, Emmy 30, 108f., 131, 353, 358, 381, 470, 742
 Behn, Walter 18, 24f., 59, 401, 404f., 418, 421f., 425, 427, 438–448
 Behn, Wilhelm 418f., 421
 Behne, Walter 15, 18, 24f., 31, 33f., 43, 96, 104, 185, 203ff., 331f., 374f., 377, 379, 385ff., 393f., 457–479, 482–487, 492, 494, 496, 498, 500, 508, 533, 539, 541, 545, 557ff., 576, 631, 667, 719, 759, 773, 778, 782–788, 790
 Behnken, Heinrich 34, 420
 Behrens 517
 Benecke, Alwin 34
 Bentrott 592–595, 599
 Berg 651
 Bernack, Franz 238f.
 Bernhardt, Wilhelm 111f., 122, 707, 733
 Bernstein, Eduard 187
- Bertheau, Carl 30, 103, 374
 Best, Walter 484
 Beuken 568
 Beyle, Margarethe 689
 Biedermann, Annemarie 28, 702, 717, 733
 Biener 80
 Biermann-Ratjen, Hans-Harder 713
 Biersack 591
 Blättner, Fritz 30, 34
 Block, Hermann 30, 34
 Blöcker, Otto 560
 Blohm, Rudolf 404
 Blume, Carl 30
 Blunck 724f., 762f.
 Blunk 547
 Bock, Rudolf 411, 414
 Böckenhauer, Johannes 34
 Boerner 770
 Bofinger 503
 Bohle, Ernst-Wilhelm 643
 Böhler 623
 Bömer, Franz 26, 602–605, 607, 792
 Borchers, Wilhelm 30
 Bormann, Martin 173, 642
 Börnsen 582
 Böse, Robert 368
 Brandt, Amandus 561
 von Brauchitsch, Walter 167, 301
 Brauer, Ludolph 622–625
 Brauer, Max 21, 46, 56, 179
 Brix, Emil 188
 Brockmann 226
 Brockmüller, Walter 22, 24, 59, 336–345, 517, 524f.
 Broscheit 213, 234
 Brüggmann, Walter 73ff., 77, 81ff.
 Brunckhorst, Hans 30f., 42, 104, 685, 744
 Brütt, Maximilian 747
 de Bruycker, Adolf 23, 182, 255, 270, 310–322, 325, 328, 333f.
 Bucerius, Gerd 54, 94
 Burchardt-Motz 786
 Bürger-Prinz, Hans 345, 626
- Cammann** 494
 Carlsen, Hermann 34
 Carstens, Joachim 23, 182, 195ff., 199, 204, 209–216, 222, 225, 249, 251
 Cassirer, Ernst 217f., 625, 629
 de Chapeaurouge, Paul 148
 Chemnitz, Ernst-Wilhelm 194, 226, 230, 232f., 241, 245f.
 Christiansen, Dorothea 30f., 42, 712
- Christiansen 221
 Claudius, Hermann 484, 681
 Claussen, A. 476
 Claussen, Theodor 278, 338f., 525
 Conti, Leonardo 79
 Coupette 595, 597f.
 Cronheim, Elsa 635f.
- Dahlem** 755
 Dahms, Hellmuth 33, 35
 Daniel (Bürgermeister) 179
 Deuchler, Gustaf Adolf 23f., 30, 34, 45, 88, 99, 103, 108, 142–159, 354, 418, 719, 773, 782f.
 Dietz 553
 Dittmer, Paul 23, 178, 180, 194, 211f., 240f., 254f., 268–279, 310, 313f., 316ff., 321, 329, 331, 334, 519
 Doermer, Karl Edmund 569
 Doermer, Ludwig 30f., 33, 42, 99, 101, 143, 393, 546, 569
 Donandt, Hans 554
 Dorn, Fritz 755
 Dreckmann, Hans 51
 Drefahl, Klaus 571
 Drews 734
 Drexelius (Schulsenator) 138
 Dronke, Heinz 442
 Duttge, Martin 26, 676, 686–689
- Ebel, Karl** 342f.
 Eberhard, Ida 553
 Eberhardt, Margarethe 30
 Edens 32, 284, 286, 490, 494, 507
 Eggers, Ingeborg 34
 Ehlers, Paul 31
 Ehrhardt, Wolfgang 607
 Einfeldt, Hans 12, 24, 29, 33f., 66, 126, 401, 404f., 443, 450–456, 465
 Eitze, Werner 150
 Eitzen, Kurt 23, 182, 281, 284–288, 292, 296, 298–309
 Ellenbrock 633
 Elsner, Burkhard 268, 326
 Elsner, Wilhelm 270
 Engel, Hans 388f.
 von Epp, Franz Ritter 591
 Erdland 308
 Erdlen, Hermann 31
 Erichsen 294, 325f.
 Essig, Olga 30, 99, 353
 Etzrodt, Willi 547, 551, 554, 579, 584
- Feger, Erich** 30
 Fehling, Rudolf 12, 24, 60, 399ff., 404f., 408, 411f., 424–436, 443, 450, 455

- Fehring, Max 33ff., 103, 258ff., 262
 Feist, Richard 734ff.
 Fey, Heiner 169, 274, 330
 Fiege, Hartwig 45, 54, 62ff., 420, 457
 Fischer, August 35
 Flemming, Rudolf 32
 Flitner, Wilhelm 30, 147
 Fock, Gorch/Kinour, Johann 677, 681ff.
 Förster, Hedwig 118
 da Fonseca-Wollheim, Käthe 223
 Frahm, Jürgen 235
 Frahm (Polizei) 748
 Franck, Walter 515
 Franke, Walter 303
 Franz, Karl 303, 372
 Franzen, Volker 288
 Frick, Wilhelm 660
 Fritz, Ernst 13ff., 381, 556ff., 563, 695, 697
 Fritzsche, Hans 651
 Fromm 363
 Fuss, Werner 12, 22, 26, 382, 657–672, 771f. 780
 Fust, Herbert 667, 755
- Gabe, Walther** 270, 275, 311ff., 331, 333f., 339, 341, 521, 524
 Gabor, Josef 442
 Gall 198
 Garms, Harry 24, 34, 362–370
 Gebauer, Wolfgang 435
 Gebhardt, Julius 30, 147
 Geffert, Heinrich 29, 31, 33f., 103, 112
 Genske, Fritz 34
 Geppert, Franz 780
 Gerisch, Max 640–643
 Gerngross, Rupprecht 595
 Gerstenberg 769
 Giesler, Paul 593–598
 Giordano, Egon 658, 670f., 699
 Giordano, Ralph 381, 558, 657f., 668, 670ff., 691, 699, 771
 Gläser, Johannes 101
 Gloede, Werner 118
 Gloy, Walter 433f.
 Goebbels, Joseph 148, 171, 173, 425, 651, 678, 775
 Gohde, Heinrich 179f.
 Goldschmidt, Clara 353
 Görland, Albert 217
 Gosau, Friedrich 689
 Gottsleben, Erwin 766f.
 Götz, Carl 99, 129, 152, 420
 Gotzhein, Karl 287f., 302f.
 Grabke, Erich 180
 Grabner, Adolph 521
 Grebe, Gustav 647
- Grimm 645
 Grimme, Adolf 193
 Grimmelshäuser, Friedrich 26, 676, 683ff., 687, 689
 Grobmann, Alfred 25f., 602–619
 Grolle, Joist 44
 Grosse, Robert 23, 181f., 187, 190–205, 207f., 211–215, 217f., 223ff., 227f., 230, 234–237, 244f., 323, 325, 519, 525
 Grotmack 790
 Gruber, Siegfried 325
 Grubert, Wilhelm 29
 Grünewald, Wilhelm 30f., 42
 Gundlach, Wilhelm 26, 33ff., 163ff., 632, 720, 746–757
 Gutzeit 408f.
- Haasis, Albert** 411
 Haefeker 34
 Hagemann, August 33f., 362ff., 366
 Hagener, Caesar 62f.
 Hahn, Karl 282, 475
 Hamfeldt, Hermann 319
 Hamsun, Arild 617
 Hansen, Karl 30, 34
 Harte, Erich 228
 Harten, Franz 503
 Hartlef, Claus 689
 Hartnack, Rudolf 405f., 411, 433, 443
 von Hase, Hermann 561
 Haselmayer, Heinrich 15, 18, 26, 40, 184, 484, 621–653
 vom Hau, G. 788
 Hayungs, Heino 760, 763, 765
 Hefter, Philipp 79f.
 Hehn, Heinrich 112, 701
 Heine, Gustav 543, 553
 Heinrich, Hedwig 416f.
 Heitges, Franz 756
 Helbig, Johann 57, 213, 221, 224, 234f., 296, 307, 341, 343f., 765
 Henningsen 751, 782
 von Hentig, Harmut 641
 von Hentig, Werner Otto 641f., 645
 Henze, Albert 9, 17ff., 23, 42, 95, 113, 162–176, 187, 197, 203f., 215, 217f., 256, 273ff., 303, 311f., 313f., 316f., 321, 329ff., 333f., 347f., 377, 453, 484, 515, 533, 562f., 695, 707, 709, 733, 749, 753
 von Hepe 507
 Herrmann 34
 Herzer, Albert 29
 Herzog, Walter 75ff.
 Herzogenrath 466f.
 Hess, Max 413f.
 Heß, Rudolf 547, 640, 643ff., 775, 790
- Hestermann, Edgar 339, 525
 Heuer, Martin 734f.
 Heydorn, Hans-Joachim 207f.
 Heydorn, Volker Detlef 531
 Heynen, Alfred 729
 Himmler, Heinrich 167, 441
 Himstedt, Karl 34
 Hindenburg, Paul von 142, 464f., 634, 693
 Hintze, Karl 169, 273, 330
 Hitler, Adolf 13, 22, 44, 50, 53, 64, 69–86, 97, 123f., 142, 148f., 195, 213, 231, 247, 295, 302, 314, 322, 328, 359, 368, 388, 401, 425, 454, 461ff., 465, 503f., 533, 541, 548, 557, 565f., 571, 597f., 616, 624, 634, 645, 651, 658, 660f., 670, 679, 681, 683, 687, 692f., 704ff., 727, 743, 750, 768, 774ff., 779, 790
 Hitler/Hiller, Alois 69–86
 Hitler, Angela 70, 74
 Hitler, Bridget, geb. Dowling 71
 Hitler/Hiller, Erna, geb. Mach 70–85
 Hitler, Franziska 70f.
 Hitler, Hedwig, geb. Mickley 70f.
 Hitler, Heinrich 71, 84
 Hitler/Hiller, Johann 70, 77
 Hitler, Klara 71
 Hitler, Paula 71, 74
 Hitler, William Patrick 71, 74, 85
 Hoffmann, Karl 29, 108, 131, 266, 340, 431, 470, 728, 742ff.
 Hollatz 488
 Hollburg 32, 723, 726f.
 Holler, Gustav 731, 734ff.
 Höller, Guido 112, 397
 Holm, Kurt 17, 21, 26, 29, 33ff., 41f., 122, 124, 131, 162, 357, 359, 701–715, 731, 733
 Holzmann, Willy 626, 646
 Höpcke, Walter 489, 505f.
 Hugenberg 375
 von Hüne 503f.
 Hüttmann, Ernst 25, 33, 390, 501, 512–516, 583
- Ibel, Rudolf** 631, 780
 Iburg, Cäser 24f., 209, 272, 338f., 341, 501, 517–527
 Ide, Willi 608f.
 Irmisch 210
 Irls, Ernst 333
 Isberg, Andreas 35, 348
- Jacobsgaard, Peter** 22, 24, 28f., 35, 114, 340, 397–405, 408f., 411, 413–417, 421, 425ff., 433, 450, 455, 712
 Jens, Walter 14, 381, 558
 Jessen, Georg 259
 Jessen, Hermann 339, 518f., 525
 Jeziorsky, Walter 400, 419–422, 426, 431
 Jöde, Fritz 101

- Johannsen 736
Jonas 530
Juhl, Jes 221
Jünemann, Wolfgang 466
- Kanitz, Horst** 23, 182, 281, 283–288, 291–298, 302f., 307
Kasche, Siegfried 149f.
Kaufmann, Karl 23ff., 42, 102, 109, 113, 137f., 143, 162–165, 167, 169–172, 174, 183, 204, 262f., 274f., 312, 330f., 390f., 404, 490, 497, 519, 533f., 562, 623, 629, 632, 644, 651, 707, 718, 720, 749–752, 783, 785, 789
Kiehn, Ludwig 31
Kiesselbach, Wilhelm 49f., 58, 132, 188, 224, 228, 296, 381, 431, 472, 505, 711, 765
Kinau, Rudolf 484, 681
Kinder, Theodor 34
Kirch, August 179ff., 188, 238
Klagges, Dietrich 142
Klant, Josef 781
Kleeberg, Alfred 440
Klein, Kurt 551, 584, 780, 783
von Kleinschmit, Wilhelm 632–635, 637, 639
Klepp (Senator) 97
Knack, Andreas 30
Knoll 356
Koch, Friedrich 263f., 266, 727
Koch, Hermann 302ff.
Koch (Polizeimeister) 725
Koch (Schulrat Visselhövede) 445
Köhler, Ernst 312, 325, 333
Köhne, Fritz 22, 28, 30f., 33f., 42, 45, 51f., 54, 57f., 61–66, 94f., 111f., 114, 116, 126f., 130ff., 139, 170f., 185, 250, 256, 260f., 266, 358f., 398, 403f., 420, 455, 528, 530, 708, 710ff., 721, 725, 739f.
Koopmann 595
Körner, Theodor 20
Korshenrich 444
Köster, Hermann Leo 181
Kowallek, Willi 468, 766f., 784
Krause, Emil 30, 374, 747, 749
Krebs, Albert 142
Kreß, Hans 30, 33f.
Kriek, Ernst 148
Krogmann, Carl Vincent 183f., 203, 205, 483f., 631f., 634, 719
Krollmann, Maria 30
Kropp, Wolfgang 172
Krug 591
Krumm 323
Kruse, Christoph 34
Küchler, Gustav 28f., 100, 104, 119, 122
Kuhn 366
- Kumlehn 401, 409ff.
Kunrede, Wilhelm 278
Kunstmann 651
Kurenbach, Walter 278, 583
Küster, Erwin 150
Kutz 504
Kwasny 471
- Lahts 755**
Lambeck, Adolf 33, 455, 740
Landahl, Heinrich 14, 36, 52f., 59, 64f., 88, 121, 131f., 134, 139, 154f., 212, 248, 276, 321, 359, 367, 374, 380, 383, 392f., 402f., 431, 434ff., 469f., 498, 500, 521, 535f., 541f., 546, 554, 569f., 576, 668, 696, 713, 739ff., 743, 753
Landt, Otto 34
Lange, Emma 743
Lange, Hermann 29
Langeheine, Richard 447
Langhein, Hans 567
Lau, Hermann 23, 170, 268ff., 272, 275, 278, 310–313, 315ff., 320f., 323–334, 347f.
von Laun, Otto 568
Legin, Ferdinand 726
Lemburg, Richard 286
Lemke, Helmut 175
Lennardt 198f.
Leuteritz, Max 30
Ley, Robert 167
Licht, Friedrich Wilhelm 19, 28f., 57, 319f., 322, 374, 474, 536, 568, 710, 717, 719f., 728
Liebeschütz, Hans 543
von der Lieth, Hinrich 18, 26, 187, 717–729
Liersch 64
Lindemann, Adolf 20
Lindemann, Hans 755
Lion, Oskar 636–639
Lipke, Gustav 722
Löden, Paul 389
Loewenberg, Ernst 543
von Löhneysen, Eberhard 619
Lohse, Udo 30ff., 42, 186
Lorenz 458, 481
Lorenzen, H. L. 567
Losch 782
Lottig, William 419
Lucca 333
Lüdemann 781
Ludendorff, Erich 283
Lüders, Leo 231, 248
Ludwig, Otto 485, 545
Luger, Adolf 29
Lühning, Wilhelm 17f., 21, 26, 28f., 31, 33f., 42, 123, 738–745
Lundius, Bernhard 660ff., 773, 780f.
- Lurati 276, 278, 454
Lüthje, Hans 279
von Lützwow 590
- Maack, Ernst 28f.**
Machleidt, Walther 468, 485, 545, 783, 790
Maertens, Willi 393
Manig, Herbert 33
Manow, Friedrich 35
Mansfeld, Albert 17ff., 21, 23, 28f., 31, 33ff., 38, 41f., 60, 62, 64f., 92, 99, 102, 104, 108, 118–140, 162, 165, 172, 185, 374, 379, 416, 431, 434, 436, 586f., 701, 703, 705ff., 709, 713, 718ff., 738f.
Marcus, Mary 530
Martens, Marg. 35
Marx, Friedrich 29
Marx, Gerhard 172
März, Ludwig 591
Massaquoi, Hans-Jürgen 26, 676–689
Matthewes, Ernst 94, 120, 128, 132, 135, 138, 208, 252, 360, 369, 383, 394, 473, 710, 713, 736, 744
Meggendorfer, Friedrich 626
Meier, G. 35
Melcher, Alb. 35
Mengele, Josef 617
Messerschmidt, Hellmuth 26, 759–767
Mewes, Yvonne 279
Meyer, Adolf 194, 199f., 228, 232–237, 248, 251
Meyer, Fritz 755
Meyer, Peter 22f., 43, 182f., 186, 194, 196f., 199, 202–205, 207, 209, 212–215, 217, 220f., 224f., 227–232, 234ff., 239ff., 243–252, 268, 271, 276, 278, 350, 468, 519f., 783f.
Meyer, Wolfgang 30, 300, 529
Michaelis 546
Michaelsen, Heinrich 22, 382f.
Miething 435
Millahn, Hugo 34, 112, 685
Miller, Max Josef 276, 278
Mittelbach, Ernst 734f.
Möller, Otto 29
Morissee 492
Mrugowski, Alexander 466
Muchow, Martha 152, 158
Mücke 80
Mühe, Theodor 18, 20, 22, 24, 31, 33, 41, 43, 60, 347, 350, 371–383, 385, 389f., 392, 395, 468, 474, 484, 576, 695, 719, 751, 773, 783–786, 789
Müller, Ludwig 35
Müller, Werner 33
Müller 112
Müller, Bernhard 211

- Murmann, Julius 264
Mussi, Richard 725
- Naumann, Werner 651f.**
Neckel, Wolfgang 138, 216, 527
Nestwerdt 265
Neumann, Karl 687, 689
Neumann, Richard 439, 442
Nicolai, Otto 393, 540
Niekerken, Walter 35
Nielsen 195
Nissen 198
Nissen, W. 754
Nölle 555
- Oberdörffer, Wilhelm 18, 22, 25, 31f., 34, 42f., 94, 167, 182, 284, 290, 341f., 358, 377, 379, 391f., 468f., 519, 528–537, 739, 757, 773, 783f., 786, 789**
Ofterdinger, Friedrich 89, 97, 183f., 203ff., 231, 334, 475, 490, 516, 709
Ohm, Berthold 20, 25, 542ff., 547, 551f., 554, 559f., 567f., 575–600, 789
Ohnsorg, Richard 482f., 502, 509, 680f.
Okross, Hermann 755
Oppermann 59
Ossenbrügge, Dietrich 31, 33f., 36, 43, 60, 96, 378, 491, 496
- Paetel, Otto 34**
Panofsky, Erwin 625, 629
von Papen 233
Pätz, Rudolf 34, 341
Paulsen, Heinrich 194, 199, 226–230, 250
Pein, Bernhard 34, 193, 475
Pein, Nicolaus Emanuel 532
Peiserich, Arthur 33
Perske 546
Peter, Rudolf 30, 35, 112, 400
Peters 647
Peters, Otto 320
Peters, Ulrich 147
Petersen, Peter 147
Petersen, Rudolf 34, 49f., 53, 56, 59, 393, 535, 668
Peyn, Bruno 24f., 385ff., 393, 457, 459, 466, 468, 472, 480–509, 539, 545, 681, 783, 790
Piper, Paul 405, 414
Piwitt 184, 188, 197
Platen, Curt 30
Pollitz, Alice 215, 581
von Pressentin (Senator) 97
Preuße, Ernst 29, 113
Puttfarken, Werner 12, 14f., 26, 272, 455, 467, 555–559, 562f., 568, 635, 657, 665ff., 691–700
- Querner, Rudolf 174, 755**
- Radischat, Hans 727**
Raebel, Karl 194, 200, 230f., 250
Raffelsieper 762
Rahmann, Gustav 366
vom Rath, Ernst Eduard 386
Rathenau, Walther 522, 553
Räthling 215
Rathjens 184
Rathlov, Ernst 30
Reemtsma, Philipp 25, 532, 535
Reimers, Hans 569
Reimers, Hermann 23, 182, 281–290, 292, 295–298, 302f., 305, 307f., 343, 505, 714, 757
Reimnitz, Hermann 258, 260–263
Rein, Adolf 145, 148
Reinhard 561
Reisener, Hermann 12, 401, 405, 408f., 411f., 426f., 450
Reithofer 591
Renyis, Peter 543
Renzenbrink, Friedrich 250
Rexhausen 445
Richter 198
Richter (Senator) 755
Ridsdale 650
Riefenstahl 439
Rockel, Werner 343
Rodde, Hans 490, 496
Rode, Margarete 35
Roettig 466
Roemer, Hans 360, 555, 569
Röhl, Adolf 30
Rohlf, Otto 411, 414
Röhm 775
Roloß, Hans Paul 152
Rompf, Kurt 505
Rösch, Gerhard 13, 467, 695
Rösch, Hans 13, 18, 23, 26, 43, 95, 378, 390, 467f., 484, 513, 576, 659, 661–664, 768–792
Rösch, Ralf 663
Rose 78, 156
Rosenbaum, Betty 62
Rosenberg, Alfred 151, 167, 173, 295, 401, 629, 631, 634
Rössel, Fritz 30
Rost, Reinhard 30
Roth (Pastor) 488, 633
Rothenburg, Gerda 45
Rühe 321
Rummer, Hans 591ff., 597f.
Rust, Bernhard 365, 790
Rüther, Eduard 337
- Sahrhage, Heinrich 34, 502, 513f., 688, 721f.**
Samwer (Rechtsanwalt) 96f.
- Saß, Hermann 18f., 23, 34, 178–188, 190f., 193–197, 199–207, 211f., 217f., 224, 229, 235, 238–242, 244, 246, 254f., 268, 270ff., 277, 304, 310, 325, 348, 377, 391, 533
Saß, Johannes 681
Sasse, Erich 685
Sauerlandt, Max 30
Schacht, Hermann 471
Schaeffer 494
Scharping, Karl 652
Schaub 780
Scheefe, Günther 506, 663, 770f., 783, 791
Scheel, Gustav Adolf 29, 651f.
Scheidt, Walter 680f.
Schemm, Hans 105, 125, 143f., 148, 461, 704ff., 719, 785
Scheuer, Ludwig 693
Schierholz, Julius 721
Schindler, Thomas 33, 333
Schinke, Gerhard 619
Schirach, Baldur von 466, 775, 777, 779
Schlageter, Albert Leo 558, 664f.
Schlee, Ernst 371
Schlippe 289
Schlorf, Richard 26, 33ff., 113, 122, 706, 731–736
Schlotfeldt, Karl 23, 34, 113, 219f., 254–266, 314, 316, 321
Schmidt, Arthur 235
Schmidt, Gustav 30f., 33f., 42, 57f., 60, 112, 114, 116, 130ff., 139f., 170ff., 367f., 394, 418f., 434, 687f., 702, 707f., 712
Schmidt, Hermann 386f., 452
Schmidt, John 519, 522, 525f.
Schmidt, Loki/Glaser, Hannlore 25, 369, 538, 542, 554ff., 569, 599
Schmidt 210
Schmidt, P. 35
Schmidt (Pastor) 488f., 495, 506
Schmidt, Rudolf 392, 452
Schmidt-Egk 494, 507
Schneider, Adolf 763
Schneider, P. 30
Schnüge, Hugo 186, 194, 228, 232, 238–242, 277
Schönfeldt 33
Schöning 547
Schönwald, Wilhelm 118
Schrader, August 33, 112
Schramm, Wilhelm 303
Schrewe, Ernst 64, 184f., 262, 631, 667, 678, 723, 733–736
Schrüder, Heinrich 52f., 57f., 191, 208, 221, 224, 269f., 275, 290, 306, 308, 310–313, 315–322, 325, 331–334, 349f., 394, 469, 498ff., 505, 521, 525, 668f., 696, 698f., 756

- Schröder, Walter 35
Schuback 366
Schumann, Heinrich 31
Schumann, Werner 743
Schult, Johannes 30, 94, 108f., 131, 187, 381, 394, 470, 725, 742, 753f., 756
Schultz 32, 205, 262, 637, 782f.
Schultze, Walter 30, 34f.
Schulz, Willi (Wilhelm) 19, 21, 23, 28–33, 35, 40ff., 64f., 92, 99–116, 118, 122f., 137, 144ff., 148, 153, 157, 168, 172, 259, 273, 329, 341, 356, 363, 379, 552, 561, 563, 581, 586f., 701ff., 706f., 717, 719f, 722, 731f., 738f., 741f., 782f., 785
Schütt 582
Schütz, Harald 212
Schwegler, Hermann 523–526
Seggelke, Heinrich 417f., 421
Shelton (Major) 52f., 64f., 139, 248, 393
Siefken, Julius 30
Siemssen 497f.
Sieveking, Kurt 158, 536, 715
Silber, Kurt 194, 198, 201, 223ff., 248, 250f.
Soll 321
Sonntag, Kurt 35
Söth 567
Speer, Albert 173
Spier 530
Sporleder 664ff.
Stabe, Wolfgang 664
Stadel 270, 319
Stahl, Erna 542, 552f., 582
Stanik 755
Stavenhagen, Max 89, 96
Steffen 633
Stegemann, Hermann 255
Stellmann 445
Stender, Richard 23, 194, 201, 209, 215–222, 248–251, 260
Steppes, Otto 30
Stern, William 143, 148, 152, 336, 418, 623, 625, 629, 759
Sternberg, Gustav 81, 83
Stölken, Alfred 434ff.
Stoltenberg, Detlev 270, 326
Storjohann, Adolf 398, 405, 411, 414ff.
Stempel, Alexander 485, 509, 545
Streicher, Julius 724
Strentz, Otto 78f.
Struck 13f.
Stückrath, Fritz 30, 35, 152, 158f.
Studt, Bernhard 476, 559, 562, 579
Studt, Werner 526
Stuhlmann 332
Tegeler, Wilhelm 755
Teichert, Rudolf 112
Thaer, Albrecht 457
Thede, Willi 57f., 213, 224, 234, 564, 568, 657, 664ff., 669f., 698
Thietz 210
Thilenius, Georg 144
Thole, Heinrich 126
Thomann, Wilhelm 540
Tiedemann, Henry 405, 411ff.
Timm, Richard 386
Toepffer, Oscar 49f., 58, 167, 174, 390f., 473
Traeger, Max 19, 28, 30, 101, 119ff., 128, 131f., 398, 539, 713
Tretler, Paul 29, 33f.,
Trog, Hermann 24, 191, 251f., 255, 270, 293f., 312, 315, 325, 333, 346–351, 475
Tschierpe, Rudolf 31
Tügel, Franz 695
Tügel, Peter 14
Ulmer, Fritz 13f., 567
Umlauf, Karl 747
Ulrich, Ernst 192f.
Vierth, Herbert 469ff., 473, 477
Vohwinkel, Ernst 208
Vonwerden 592–595, 598
Voß (Pastor) 394
Waage, Richard 411f., 405, 416, 426f.
Waage, Elsa 412f., 436
Wächtler, Fritz 705
Wäckerle, Hilmar 617
Wagner 505
Wahl, Heinrich 172
Wahncau, Auguste 118
Wallis, Franz 407
Warburg, Aby 695
Warburg, Max 695
von Wedel, Hasso 219, 258ff., 262, 391, 494, 507, 734ff.
Wegner, Hans 668
Wehlen 507
Wehrt, Erich 312, 325, 333
Weißenborn, Günter 598
Wendling, Karl 275, 311–316, 321, 325, 331, 333f.
Wenke, Hans 158, 359, 369, 395, 536, 570, 602, 714
Wenzelmann 499
Werdier, Robert 434f., 742
Westphal 145
Wetzel, Paul 466
Weygandt, Wilhelm 626f.
Weyland, Hermann 259
Wiehemeyer 633
Wiencken, Herbert 29
Wienken 669
Wilke, Johannes 760, 765
Wilkens, Johann 442f., 446
Willwater, Carl 460
Winzelmann 496
Winter 471
Winter, Adolf 502
Winzer 546
Witt 491
Witt, E. L. 490f.
Witt, Karl 18, 22f., 30, 32, 35, 40, 42f., 60, 65, 88–97, 99, 103, 106f., 121, 133, 135, 137, 144, 146, 148, 165, 168, 172, 375, 377ff., 382, 390, 450f., 454, 460, 468, 512, 515, 532f., 535, 541, 559, 561, 575f., 630ff., 639, 660, 693, 712, 719, 721, 752, 773, 782, 784–788
Witter, Erich 547, 551f., 554, 579–588, 664–667
Witthöft, Heinrich 30, 103, 703
Wöhlert, John 128
Wolf 153
Wolf, Otto 755
Wolgast, Heinrich 101
Wommelsdorf, Otto 415f., 420
Wriede, Hinrich 26, 494, 496, 676–683, 685f.
Wulff, Johannes 416f.
Wulle, Theodor 473
Wunderlich 192
Wundt, Wilhelm 146
Wünneberg 285
Zahrt 444
Zeberer, Hans 643f.
Zeidler, Kurt 19, 28, 30f., 42, 45, 52, 57, 64, 90, 99, 108, 110, 119, 132–136, 139, 143, 341, 381, 398, 741f.
Zelck, Max 30f., 42
von Zerssen, Otto 116, 242, 470, 472, 526, 711ff., 740f., 757
Ziesenitz, Walter 337
Zimmermann 514
Zindler, Erwin 14ff., 25, 113, 272, 385f., 457, 484f., 538–572, 576–579, 581–584, 586f., 688, 691, 696, 707, 787f.
Zinke, Friedrich-Wilhelm 605, 618
Zinn, Alexander 680
Züge, Karl 20, 24, 35, 41, 60, 303, 374f., 385–395, 459, 475, 490f., 494, 496, 502, 515, 533, 539, 559, 664, 695, 715, 789

Dank

Dieses Buch hätte nicht geschrieben werden können, ohne zahlreiche Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen, Dokumenten und Fotos.

Zu Dank verpflichtet bin ich insbesondere Christina Ahrens vom Staatsarchiv Hamburg, die mich über viele Jahre auf zahlreiche Spuren gebracht hat, David Hamann für seine Recherchedienste im Bundesarchiv Berlin, Prof. Dr. Rainer Hering, dem Leiter des Landesarchivs Schleswig-Holsteins, Sabine Büge vom Archiv der Behörde für Schule und Berufsbildung in Hamburg, Lena Griem für die Mitschriften der Gespräche mit Uwe Storjohann, Joachim Szodrzynski für sein sachkundiges Lektorat und Andrea Orth für die Gestaltung des Buches und den professionellen Blick auf alles sowie Dr. Rita Bake für die Betreuung des gesamten Projektes.

Biografische Daten

Dr. Hans-Peter de Lorent

Geb. 1949, war Lehrer, Hauptseminarleiter und Leitender Oberschulrat im Hamburger Bildungswesen, Redakteur und Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung, GEW-Vorsitzender in Hamburg, Bürgerschaftsabgeordneter und Autor wissenschaftlicher und belletristischer Literatur.

Für Fragen, Anmerkungen, Rückmeldungen: Hans-Peter.deLorent@hamburg.de.

„Täterprofile“ – die Biografien der wichtigsten Personen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Forschungsarbeit.

Personenbezogene Notizen und Dokumente der Verantwortlichen der NS-Politik im Hamburger Schulwesen, der Täter, werden ausgewertet. Ziel dabei ist es, zu verstehen und nachzuzeichnen, was die jeweiligen Personen in den zwölf Jahren des „tausendjährigen Reiches“ gemacht hatten, wie deren Karriere verlief und wie sie sich nach 1945 erklärten, verteidigten, herausredeten.

Alle Biografien geben einen tiefen Einblick in die Zeit des Hamburger Bildungswesens unterm Hakenkreuz. Das Wirken in den Schulen und in der Ausbildung, in der Schulverwaltung und im Nationalsozialistischen Lehrerbund wird ebenso dargestellt wie die Geschichte der unvollendeten Entnazifizierung in Hamburg.



Hamburg |

Behörde für Schule und Berufsbildung
Landeszentrale für politische Bildung